

Andreas Malycha
Die SED in der Ära Honecker

Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für
Zeitgeschichte

Band 102

Andreas Malycha

Die SED in der Ära Honecker

Machtstrukturen,
Entscheidungsmechanismen
und Konfliktfelder in der
Staatspartei 1971 bis 1989

DE GRUYTER
OLDENBOURG

ISBN 978-3-486-74709-6
E-ISBN 978-3-11-034785-2
ISSN 0481-3545

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data

A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

© 2014 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 143, 81671 München, Deutschland
www.degruyter.com
Ein Unternehmen von De Gruyter

Einbandgestaltung: hauser lacour
Druck und Bindung: Hubert & Co, Göttingen

Gedruckt in Deutschland
Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

Inhalt

Danksagung	VII
Einführung	1
I. Von Ulbricht zu Honecker.....	11
1. Die Machtzentren der SED: Politbüro und Sekretariat des Zentralkomitees	11
2. Die Waldsiedlung bei Wandlitz.....	20
3. Das Politbüro der späten Ulbricht-Ära	31
4. Der Abbruch der Wirtschaftsreformen und das Ende der Ära Ulbricht	39
5. Der Sturz Ulbrichts	50
II. Machtpolitische Weichenstellungen und Führungsstrukturen in der Ära Honecker	69
1. Der neue Parteichef	69
2. Personal und Struktur von Politbüro, Sekretariat und ZK-Apparat.....	75
3. Personalpolitische Rochaden an der Führungsspitze	93
4. Politbüro und Sekretariat in den 1980er Jahren	103
5. Die SED-Bezirksleitungen	113
III. Schlaglichter der Personalpolitik im Politbüro	123
1. Absturz in der Wüste – Legenden um Werner Lamberg	123
1.1 Zwischen Einbindung und Ausgrenzung: Werner Lamberg und die Kulturpolitik der SED.....	124
1.2 Honeckers persönlicher Botschafter in der „Dritten Welt“... ..	132
1.3 Der Hubschrauberabsturz: Attentat oder tragischer Unfall?... ..	134
2. Sturz eines selbst ernannten Kronprinzen – Auf- und Abstieg Konrad Naumanns.....	138
2.1 Der plötzliche Rücktritt im November 1985	138
2.2 Von der FDJ ins Politbüro: Eine typische Karriere im SED-Herrschaftsgefüge.....	141
2.3 Polarisierung und Abstrafung: Konrad Naumann und die Kulturpolitik der SED.....	144
2.4 Die Rede Naumanns am 17. Oktober 1985 und ihre Folgen ..	151
3. Herbert Häber – ein Fall eigenständiger Westpolitik?	162
3.1 Aufstieg und Fall Herbert Häbers als deutschlandpolitischer Berater Honeckers.....	162

3.2 Ein Fall für die Psychiatrie? Mythen und Legenden nach dem Sturz Häbers	171
IV. Der „Konsumsozialismus“ der Honecker-Ära	177
1. Sozialpolitik als Herrschaftssicherung – ein Strategiewechsel?	177
2. Die Verschuldungsfalle – beginnende Unruhe im Politbüro	186
3. Kontroversen über die Wirtschaftspolitik der SED	201
4. Ein vertrauliches Gespräch über wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen	212
5. Das „Spiegel-Manifest“ und die Kritik an der Wirtschaftspolitik der Parteiführung	219
6. Der Eklat um die Erhöhung der Verbraucherpreise	228
7. Die Gegner des „Konsumsozialismus“ im Politbüro	243
V. Schleichende Erosion der SED-Herrschaft.	257
1. Allwissenheit des MfS? Informationsquellen über den Verfall der Wirtschaft	257
2. Warnungen vor dem ökonomischen Niedergang	263
3. Das Gespenst der Zahlungsunfähigkeit und die Angst vor dem Staatsbankrott	276
4. Innere Erosion im Herrschaftsgefüge	289
5. Reformunwilligkeit der Führung und Resignation in der SED-Mitgliedschaft	302
VI. Die vergebliche Suche des Politbüros nach Auswegen aus der Krise. . .	323
1. Das Schwinden der Handlungsspielräume	323
2. Der Eklat um die Versorgung mit Kinderhosen	336
3. Die Schürer-Mittag-Kontroverse	341
4. Ratlosigkeit angesichts des wirtschaftlichen Verfalls	350
5. Interne Bilanzen und Eingeständnisse im Angesicht des Untergangs	362
VII. Der Zusammenbruch der SED und ihrer Herrschaft	373
1. Der unaufhaltsame Niedergang	373
2. Der Sturz Erich Honeckers	389
3. Das Ende von Politbüro und Zentralkomitee	409
Schlussbetrachtung	435
Quellen- und Literaturverzeichnis	447
Abkürzungen	463
Personenverzeichnis	467

Danksagung

Die Abteilung Berlin des Instituts für Zeitgeschichte hat mir vorzügliche Arbeitsmöglichkeiten sowie eine angenehme Arbeitsatmosphäre für die Realisierung meines Forschungsvorhabens geboten. Mein Dank gebührt daher dem Institut und seinem Direktor Herrn Prof. Dr. Andreas Wirsching sowie dem Leiter der Berliner Abteilung Herrn Prof. Dr. Hermann Wentker. Für die Aufnahme des Werkes in die „Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte“ danke ich dem wissenschaftlichen Beirat des Instituts und seinen Gutachtern. Für die professionelle Betreuung des Bandes gilt mein Dank dem stellvertretenden Direktor des Instituts Herrn PD Dr. Magnus Brechtken sowie Frau Gabriele Jaroschka von Seiten des Oldenburger Wissenschaftsverlages. Insbesondere möchte ich Herrn Prof. Dr. Hermann Wentker dafür danken, dass er mit wertvollen Manuskripthinweisen sowie weiterführenden Anregungen und Ratschlägen zum Gelingen des Projektvorhabens wesentlich beigetragen hat.

Die Monographie ist Ergebnis eines Forschungsvorhabens, das im Rahmen des Stipendienprogramms „*Die SED-Geschichte zwischen Mauerbau und Mauerfall*“ der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur durchgeführt wurde. Das Forschungsvorhaben war Teil eines Verbundprojekts des Instituts für Zeitgeschichte München/Berlin mit der Universität Leipzig (Lehrstuhl Neuere und Zeitgeschichte, Prof. Dr. Günther Heydemann) sowie der Technischen Universität Chemnitz (Lehrstuhl Politische Systeme, Politische Institutionen, Prof. Dr. Eckhard Jesse). Die Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur hatte in diesem Verbundprojekt ein Postdoc-Stipendium und zwei Promotionsstipendien finanziert. Daraus sind zwei Dissertationen hervorgegangen, die die ehemaligen DDR-Bezirke Halle und Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) als regionale Vergleichsstudien in den Mittelpunkt stellen. An ausgewählten Beispielen wurden wichtige Säulen der SED-Herrschaft sowie Funktionszusammenhänge diktatorischer Herrschaft in der DDR analysiert: „*Politikspielräume und Interessenkonflikte im Bezirk und Kreis: Die Wohnungspolitik im Bezirk Halle von 1961 bis 1989*“ (Kathy Hannemann, Universität Leipzig) und: „*SED und MfS. Das Verhältnis der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt und der MfS-Bezirksverwaltung von 1961 bis 1989*“ (Gunter Gerick, Universität Chemnitz).¹ Die Untersuchungen über die Bezirke Halle und Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) auf den genannten Feldern liefern tiefer gehende Erkenntnisse über das Verhältnis von zentralen Entscheidungen der SED-Führung, ihrer Umsetzung auf Bezirksebene und den sich aus diesem Spannungsverhältnis ergebenden Spielräumen für regional interessengeleitetes Handeln. Diese Einzelstudien tragen zur Aufhellung von Strukturen, Funktionen und dem Funktionswandel bezirklicher Regionalpolitik bei.

¹ Die Promotionsschrift wurde 2013 publiziert: Gunter Gerick, *SED und MfS. Das Verhältnis der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt und der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit 1961 bis 1989*, Berlin 2013.

Für die von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erwiesene Unterstützung und Förderung gilt an dieser Stelle mein Dank. Ohne die vielfältige Unterstützung in den verschiedenen Archiven hätte dieses Buch ebenfalls nicht entstehen können. Vor allem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Berliner Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv – erwähnt sei hier ausdrücklich Frau Sylvia Gräfe – haben meine Forschungen maßgeblich unterstützt. Zu nennen sind ferner die Mitarbeiterinnen des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Frau Brigitte Freudenberg und Frau Christel Tinz. Frau Dr. Katja Klee hat die Endfassung gründlich Korrektur gelesen. Darüber hinaus haben viele weitere Personen die Entstehung dieses Buches wohlwollend begleitet und unterstützt.

Berlin, im März 2014

Andreas Malycha

Einführung

In der Bilanz des Forschungsstandes über die Geschichte kommunistischer Herrschaft in Ostdeutschland nach 1945 fällt auf, dass die Staatspartei SED in der nahezu unüberschaubaren Publikationsvielfalt zur Geschichte der DDR in den Jahren seit 1989/90 nur für die Konstituierungsphase der kommunistischen Diktatur (1945/46–1961) besondere Aufmerksamkeit gefunden hat. Die Totalität der Herrschaft der SED wird zwar häufig betont, doch ist die Zahl einschlägiger Arbeiten zur historischen Aufhellung dieses Phänomens eher begrenzt.¹ Zumeist stehen die staatlichen Repressionsapparate wie das Ministerium für Staatssicherheit im Zentrum der Aufmerksamkeit, wenn die totalitären Herrschaftsansprüche der Staatspartei und die Wirkungsbedingungen einer kommunistischen Diktatur untersucht werden. Wird nach der Reichweite diktatorischer Herrschaft in der DDR gefragt, spielt die organisationspolitische Entwicklung der SED nur eine untergeordnete Rolle. Das trifft vor allem dann zu, wenn nach den Entscheidungsabläufen innerhalb der SED-Führung bis hinab zur Basis gefragt wird.²

Der Blick in das Innenleben der SED, den inneren Machtzirkel und die zentralen Konfliktlagen sowie auf die strukturellen Verflechtungen des Parteiapparates mit der Gesellschaft kann jedoch wesentliche Erkenntnisse für Etablierung, Sicherung und Zerfall kommunistischer Herrschaft im Osten Deutschlands sowie die Art und Weise der Umsetzung totalitärer Herrschaftsansprüche in der Gesellschaft liefern. Deshalb ist es notwendig, die DDR-Staatspartei stärker als bisher in das Zentrum quellengestützter zeitgeschichtlicher Forschung zu rücken, um Fragen nach den inneren Wirkungsmechanismen kommunistischer Diktaturen und ihrer Staatsparteien beantworten zu können.

Noch immer gibt es für DDR-Forscher Ungewissheiten über die konkreten Zuständigkeiten und Aufgabenverteilungen der verschiedenen ZK-Abteilungen, Arbeitsgruppen und Kommissionen des Politbüros. Diese sind vor allem in den ersten zwei Jahrzehnten häufig umorganisiert, umstrukturiert und personell ständig verändert worden. Somit fiel es bislang schwer, die genauen Entscheidungshintergründe für inhaltliche und personelle Weichenstellungen zu bestimmen. Zumindest für die Jahre von 1949 bis 1963 hat Heike Amos eine Schneise in das SED-Organisationsdickicht geschlagen. Sie beschreibt die Organisation, Struktur, personelle Zusammensetzung und die Verteilung fachlich-politischer Verantwortlichkeiten im SED-Politbüro, ZK-Sekretariat, ZK-Fachapparat und im Zentral-

¹ Vgl. Jens Gieseke/Hermann Wentker, Die SED – Umriss eines Forschungsfeldes. Zur Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme, Berlin 2011, S. 7–15.

² Eine detaillierte Analyse des Forschungsstandes zur Geschichte der SED ist an dieser Stelle nicht beabsichtigt. Verwiesen sei auf die Bilanzen aus dem Jahre 2003, die in der Grundtendenz noch immer Gültigkeit besitzen: Andreas Malycha, „Die Partei hat immer Recht!“ – Die Geschichte der SED, in: Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mählert (Hrsg.), Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn 2003, S. 85–92; Günther Heydemann, Die Innenpolitik der DDR. Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 66, München 2003.

komitee der SED. Der Wert dieser Arbeit für die gesamte DDR-Forschung kann kaum überschätzt werden, denn der Parteiapparat der SED bildete die eigentliche Stütze im Herrschaftsinstrumentarium der DDR. Zu Struktur, Entwicklung und Funktionsweise der Parteizentrale der SED bestehen insbesondere für die Honecker-Ära allerdings noch immer erhebliche Forschungslücken. Zeitgeschichtliche Grundlagenforschung, die Strukturen, Personen und Entscheidungsgrundlagen analysiert, genießt in der DDR-Forschung häufig kein hohes Ansehen. Der hier vorgelegte Überblick über die Kompetenzen der Sekretariats- und Politbüromitglieder sowie über die Struktur des zentralen Apparates der SED in den Jahren von 1971 bis 1989 soll dazu beitragen, ein differenziertes Bild über innerparteiliche Steuerungs- und Herrschaftsmechanismen zu zeichnen.

Eine Trennung der Staatspartei und ihrer totalitären Herrschaftsansprüche von den realen Existenzbedingungen der SED-Diktatur ist schwer möglich. Aus diesem Grund kann die SED-Geschichte von einer DDR-Geschichte nicht völlig abgegrenzt werden. Dennoch ist hier nicht beabsichtigt, die unterschiedlichen Aspekte und Facetten der von der SED dominierten Politikbereiche (beispielsweise Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Justiz, Außenpolitik) zu analysieren. Stattdessen werden Entscheidungsabläufe, Konfliktfelder und mögliche alternative Politikansätze auf der obersten Parteiebene, im Politbüro der Honecker-Ära untersucht. Auf diese Weise können anhand machtpolitischer Entscheidungshintergründe und Konfliktlagen Einblicke in die Herrschaftspraxis der SED gewährt werden. Dabei spielen innerparteiliche Strömungen und Richtungskämpfe im Politbüro eine zentrale Rolle.

Die Mechanismen der Meinungs- und Entscheidungsfindung im engeren Führungszirkel der SED blieben der Forschung aufgrund fehlenden oder nicht zugänglichen Archivmaterials lange Zeit verschlossen. Monika Kaiser lenkte den Blick auf Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse auf der Herrschaftsebene in den 1960er Jahren und fragte nach Handlungsspielräumen der SED-Führung.³ Die von ihr beschriebenen Konflikte und Widersprüche in der SED-Politik der 1960er Jahre erklärte sie vorrangig aus der Existenz und dem Wirken von zwei Flügeln innerhalb der SED-Führung, die immer wieder untereinander und in Wechselwirkung mit den politischen Interessen der sowjetischen Vormacht einen Konsens erzielen mussten. Zeitzeugenberichte und empirische Untersuchungen für die Ära Honecker boten verschiedene Anhaltspunkte für die Annahme, dass vergleichbare Konflikte und Interessengegensätze auch in Honeckers Politbüro immer wieder aufbrachen.⁴ Die von Hans-Hermann Hertle und Peter Skyba ge-

³ Vgl. Monika Kaiser, *Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972*, Berlin 1997.

⁴ Vgl. Theo Pirker/Rainer M. Lepsius/Rainer Weinert/Hans-Hermann Hertle (Hrsg.), *Der Plan als Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen*, Opladen 1995; Hans Modrow (Hrsg.), *Das Große Haus. Insider berichten aus dem ZK der SED*, Berlin 1994; Manfred Uschner, *Die zweite Etage. Funktionsweise eines Machtapparates*, Berlin 1993; Günter Schabowski, *Der Absturz*, Berlin 1991; Gerhard Schürer, *Gewagt und verloren. Eine deutsche Biographie*, Frankfurt (Oder) 1998; Egon Krenz, *Herbst '89*, Berlin 1999.

schilderten Diskussionen der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED⁵ lenkten den Blick auf die internen Debatten um die wirtschaftlichen Folgen der exzessiven Sozialpolitik Honeckers unter SED-Wirtschaftsfunktionären, die nun nicht nur auf der Grundlage von Zeitzeugeninterviews und lebensgeschichtlichen Erinnerungen dokumentiert, sondern anhand von Primärquellen verfolgt werden können.

Nach dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker unternahm die SED-Führung mit einer erheblichen Ausweitung staatlicher Sozialpolitik einen zunächst erfolgreichen, doch letztlich vergeblichen Versuch, die SED-Herrschaft politisch zu stabilisieren. Aus diesen Bemühungen modifizierter Gesellschaftspolitik entsprangen Konflikte, die unterhalb der Schwelle offener Machtkämpfe – ganz im Unterschied zur Ulbricht-Ära – aufbrachen. Die im Laufe der 1970er Jahre im Politbüro der SED aufbrechenden Konflikte über den wirtschaftspolitischen Kurs der Partei entwickelten sich zu einem zentralen Konfliktfeld innerhalb der SED-Führung, das in diesem Buch sowohl in seiner innerparteilichen Binnenwirkung als auch in seinen herrschaftspolitischen Folgen analysiert wird.

Ziel dieses Buches ist es, den politischen Kern der Konflikte sowie die Formen ihrer Regelung zu bestimmen und darzustellen. Das betrifft im Wesentlichen Konflikte, die aus dem Übergang zu einer exzessiven Sozialpolitik resultierten, die wiederum zur Erosion der wirtschaftlichen und damit auch der machtpolitischen Grundlagen der SED-Herrschaft beitrug. Es war nicht nur der Chef der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, der grundsätzliche Einwände gegen diesen konsumorientierten Kurs Honeckers erhob. Inwieweit die unter Wirtschaftsfunktionären existierenden Problemsichten innerhalb des Politbüros erörtert wurden, soll in der vorliegenden Darstellung geklärt werden.

Um die Hintergründe für die Diskussionen über die Wirtschaftsstrategie im SED-Politbüro im Verlauf der 1970er Jahre verstehen zu können, ist ein kurzer Blick auf die Wirtschaftspolitik Ulbrichts und die internen Debatten dazu am Ende der 1960er Jahre notwendig. Denn die Diskussionen über die Wirtschaftsstrategie der SED, die sich auf das Für und Wider der in den 1960er Jahren begonnenen Wirtschaftsreformen konzentrierten und die letztlich 1970 endgültig abgebrochen wurden, ähneln in vielerlei Hinsicht den Mitte der 1970er Jahre ausbrechenden Debatten.

Darüber hinaus gibt es Anhaltspunkte für Differenzen innerhalb der Honecker-Führung in der Frage der Gestaltung deutsch-deutscher Beziehungen, denen

⁵ Vgl. Hans-Hermann Hertle, Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED, in: *Der Plan als Fiktion*, S. 314–345; ders., Die DDR-Wirtschaft am Ende. Schürers Schlussbilanz an das SED-Politbüro im Herbst 1989, in: Franz-Josef Schlichting/Hans-Joachim Veen (Hrsg.), *Der Anfang vom Ende 1989. Schlussbilanz der DDR-Diktatur*, Erfurt 2009, S. 37–64; Peter Skyba, Die Sozialpolitik der Ära Honecker aus institutionengeschichtlicher Perspektive, in: Christoph Boyer/Peter Skyba (Hrsg.), *Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR*, Dresden 1999, S. 49–62; ders., Sozialpolitik als Herrschaftssicherung. Entscheidungsprozesse und Folgen in der DDR der siebziger Jahre, in: Clemens Vollnhals/Jürgen Weber (Hrsg.), *Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur*, München 2002, S. 39–80.

anhand von zugänglichem Archivmaterial nachzugehen ist. So wird von einem „moskautreuen“ und einem „moskaukritischen“ Flügel im SED-Politbüro berichtet⁶ – eine Behauptung, die auf ihren rationalen Kern hin zu überprüfen sein wird. Mit der Berufung Herbert Häbers zum Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK im Mai 1984 platzierte Honecker einen entschiedenen Fürsprecher seiner von Moskau argwöhnisch beobachteten Westpolitik im Führungszirkel der SED, wo er mit Willi Stoph, Alfred Neumann, Werner Krolikowski, Konrad Naumann und wohl auch Erich Mielke ernstzunehmende Widersacher hatte, von denen einige über enge Kontakte zur Partei- und Staatsführung der Sowjetunion sowie zum sowjetischen Geheimdienst KGB verfügten.⁷ Die im August 1984 vom sowjetischen Partei- und Staatschef Konstantin Tschernenko ausgesprochene Drohung, ein Abweichen von der deutschlandpolitischen Linie der Sowjetunion könne auch Konsequenzen für Honecker persönlich haben⁸, verschärfte auch die internen Konflikte im Politbüro. Auch die für die „Sicherung der Volkswirtschaft“ zuständige Hauptabteilung XVIII des Ministeriums für Staatssicherheit befürchtete seit Anfang der 1980er Jahre den wirtschaftlichen Niedergang der DDR und befürwortete deshalb einen abrupten Kurswechsel in der Deutschlandpolitik sowie in der Außenwirtschaft.⁹

Nachweislich hat es Bemühungen um eine vorsichtige Abgrenzung vom Moskauer Konfrontationskurs und eine stärkere Annäherung an die Bundesrepublik gegeben, die in erster Linie auf die rasant anwachsende ökonomische Krise in der DDR zurückzuführen sind.¹⁰ In der gesamten Honecker-Ära bildeten die wirtschaftlichen Folgen der exzessiven Sozialpolitik einschließlich der zunehmenden Westverschuldung und die damit einhergehende Intensivierung der deutsch-deutschen Wirtschaftskontakte ein zentrales Konfliktfeld innerhalb der SED-Führung, das vorrangig über Zeitzeugenberichte und einige veröffentlichte Dokumente Aufmerksamkeit gefunden hat.¹¹ Die bislang in der DDR-Forschung vor-

⁶ Vgl. Peter Przybylski, *Tatort Politbüro. Die Akte Honecker*, Berlin 1991; ders., *Tatort Politbüro. Bd. 2: Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski*, Berlin 1992.

⁷ Vgl. Iwan Kusmin, *Die Verschwörung gegen Honecker*, in: *Deutschland Archiv* 28 (1995), S. 286–290.

⁸ Vgl. Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan, *Die Häber-Protokolle. Schlaglichter der SED-Westpolitik 1973–1985*, Berlin 1999, S. 398ff.

⁹ Vgl. Hans-Hermann Hertle, *Die DDR an die Sowjetunion verkaufen? Stasi-Analysen zum ökonomischen Niedergang der DDR*, in: *Deutschland Archiv* 42 (2009), S. 476–495; Hans-Hermann Hertle/Franz-Otto Gilles, *Zur Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR-Wirtschaft*, in: Renate Hürtgen/Thomas Reichel (Hrsg.), *Der Schein der Stabilität – DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker*, Berlin 2001, S. 173–189.

¹⁰ Vgl. Hermann Wentker, *Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989*, München 2007, S. 500–510.

¹¹ Vgl. Hans-Hermann Hertle, *Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft. Das Scheitern der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ am Beispiel der Schürer-Mittag-Kontroverse im Politbüro 1988*, in: *Deutschland Archiv* 25 (1992), S. 127–131; ders., *Der ökonomische Untergang des SED-Staates*, in: ebenda, S. 1019–1030; Gerhard Schürer, *Planung und Lenkung der Volkswirtschaft in der DDR – Ein Zeitzeugenbericht aus dem Zentrum der DDR-Wirtschaftslenkung*, in: *Die Endzeit der DDR-Wirtschaft – Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik*, hrsg. v. Eberhard Kuhr in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck u. Gunter

gestellten Thesen werden hier auf der Grundlage der zugänglichen Quellen überprüft.

Ohne die Zustimmung der KPdSU-Führung war eine Entscheidung über die Hauptrichtung der gesellschaftspolitischen Strategie in der DDR undenkbar. Die SED-Führung konnte bis Anfang der 1960er Jahre allenfalls Vorschläge unterbreiten bzw. Konsultationen einfordern.¹² In den späteren Jahren lockerte die sowjetische Parteiführung zwar gegenüber der DDR die Zügel, die Politik der SED-Führung blieb aber stets von Moskauer Grundsatzentscheidungen abhängig. Selbst in der Honecker-Ära war die SED-Politik eng an die geopolitisch-strategischen Planungen der Moskauer Führung gebunden, obwohl es eine unmittelbare Einflussnahme auf interne Richtungskämpfe – wie noch in der Ulbricht-Ära – nicht mehr gab. Das wird allein durch die Art und Weise deutlich, wie Moskau die Kontakte Honeckers zu Regierungsstellen der Bundesrepublik kontrollierte, reglementierte und im Zweifelsfalle unterband. Wie die Gespräche zwischen Leonid Breschnew und Erich Honecker auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim zeigen, eskalierten die Auseinandersetzungen über die Politik der DDR gegenüber der Bundesrepublik zwischen Ost-Berlin und Moskau bereits am Ende der 1970er Jahre.¹³ Deshalb werden in diesem Buch die Verbindungen der SED zur „Bruderpartei“ KPdSU und der Einfluss Moskauer Führungsentscheidungen auf die Diskussion ökonomischer Krisen in der Führungsspitze der SED für die Honecker-Ära ein angemessenes Gewicht erhalten.

Mit der Darstellung der überaus bedeutsamen wirtschaftspolitischen Debatten im Politbüro wird ein Blick in das Innenleben und die Auseinandersetzungen im inneren Machtzirkel der SED geworfen. Das Buch analysiert zentrale Entscheidungsprozesse, führungsinterne Spannungsverhältnisse, politische Rahmenbedingungen, mögliche Handlungsspielräume und subjektive Wahrnehmungen bzw. Motive. Somit steht für die 1970er und 1980er Jahre die Frage im Mittelpunkt, wie die SED-Führung mit partiellen Differenzen umging, auf welche Weise bestimmte Kurswechsel und Einzelentscheidungen des Politbüros zustande kamen bzw. unterlaufen oder wieder revidiert wurden. Als zentrales Konfliktfeld wird die Auslandsverschuldung bzw. die Wirtschaftspolitik der SED behandelt. In diesen Fällen soll der inhaltlichen Substanz der Behauptung von früheren „Insidern“ nachgegangen werden, dass es in dieser Frage Richtungskämpfe im Politbüro gegeben habe. Damit ist die Frage verbunden, welche Alternativen zum

Holzweißig, Opladen 1999, S. 61–98; Andreas Malycha, Ungeschminkte Wahrheiten. Ein vertrauliches Gespräch von Gerhard Schürer, Chefplaner der DDR, mit der Stasi über die Wirtschaftspolitik der SED im April 1978, in: VfZ 59 (2011), S. 283–305.

¹² Vgl. Wilfried Loth, Die Sowjetunion und die deutsche Frage. Studien zur sowjetischen Deutschlandpolitik, Göttingen 2007; Jan Foitzik (Hrsg.), Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944–1954, München 2012; Gerhard Wettig, Sowjetische Deutschland-Politik 1953 bis 1958. Korrekturen an Stalins Erbe, Chruschtschows Aufstieg und der Weg zum Berlin-Ultimatum, München 2011.

¹³ Vgl. Hans-Hermann Hertle/Konrad H. Jarausch (Hrsg.), Risse im Bruderbund. Die Gespräche Honecker-Breschnew 1974 bis 1982, Berlin 2006.

„Konsumsozialismus“¹⁴ Honeckers im engeren Führungskreis der SED diskutiert wurden und überhaupt denkbar waren. In diesem Buch werden somit die in der Forschung kontrovers diskutierten Fragen nach Stabilität und Instabilität des Herrschaftssystems in der DDR thematisiert.¹⁵ Die offenkundige Ratlosigkeit der Honecker-Führung angesichts der Anfang der 1980er Jahre ausgebrochenen Wirtschaftskrise liefert wertvolle Erkenntnisse über die Innenansichten und Aktionsmuster von diktatorisch handelnden politischen Führungsschichten in Krisensituationen.

Eine zentrale Frage bezieht sich auf die Rolle, die das Politbüro und das ZK-Sekretariat als zentrale Führungsgremien innerhalb des SED-Herrschaftssystems in der Honecker-Ära tatsächlich spielten. Hatten sie letztlich nur das zu bestätigen, was zuvor in den ZK-Abteilungen vorbereitet und als Vorlage für Politbürositzungen eingereicht wurde? Damit hätten diese Führungsgremien dann eine ähnliche Funktion wie das Zentralkomitee der SED, das wiederum die Beschlüsse des Politbüros und des Sekretariats zu legitimieren hatte. In diesem Kontext wird die Bedeutung informeller Zirkel zu klären sein, etwa des „kleinen Kreises“ von Politbüromitgliedern, die sich auf Einladung Honeckers zu regelmäßig stattfindenden Beratungen der Wirtschaftspläne in seinem Büro einfanden. Zu fragen wäre dabei auch nach der Bedeutung verschiedener Führungspersonen in der SED. War alles auf Honeckers persönliche Entscheidung zugeschnitten? Wer konnte die entsprechende Fachkompetenz vorweisen, um Politbürovorlagen ausarbeiten und zur Vorlage im Politbüro einreichen zu können? Kam es überhaupt auf Fachkompetenz an oder standen machtpolitische Erwägungen bzw. Rivalitäten im Vordergrund? Anhand wirtschaftspolitischer Entscheidungen wird darzustellen sein, welche Rolle den unterschiedlichen Kommissionen sowie den nicht im SED-Apparat strukturell fest verankerten Arbeitsgruppen, die an der Konzipierung der Politik beteiligt waren, zukam. Denn Honecker führte die von Ulbricht in den 1960er Jahren eingeführte Praxis weiter, mit Beschlüssen von Kommissionen des Politbüros, die sich für Wissenschaftler und Praktiker öffneten, den schwerfälligen ZK-Apparat im internen Entscheidungsprozess auszuschalten. Ulbricht hatte damit den Anspruch verbunden, die Steuerungs- und Kontrollfunktion der Führungsgremien und des gesamten Apparates stärker auf sachlich-inhaltliche Problemstellungen und weniger auf ideologische Überwachungsfunktionen zu konzentrieren. Vieles spricht dafür, dass Honecker wieder stärker den ZK-Abteilungen vertraute und die weiter bestehenden Kommissionen nur eine untergeordnete Rolle spielten.

¹⁴ Den Begriff „Konsumsozialismus“ benutzte erstmals Politbüromitglied Werner Krolkowski in seinem Bericht für Leonid Breschnew vom 24. Oktober 1980, in: SAPMO BArch, DY 30 25758.

¹⁵ Vgl. Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989*, Frankfurt (M.) 1993; Christoph Boyer/Peter Skyba (Hrsg.), *Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR*, Dresden 1999; Andrew I. Port, *Die rätselhafte Stabilität der DDR. Arbeit und Alltag im sozialistischen Deutschland*, Berlin 2010; Mary Fulbrook, *Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR*, Darmstadt 2011.

Damit hängen Fragen nach dem Verhältnis von Partei- und Staatsapparat zusammen, die im Kontext der wirtschaftspolitischen Debatten im Politbüro beantwortet werden sollen. Denn es gehört zu den erklärungsbedürftigen Eigenheiten der primär zentralistischen Struktur des SED-Herrschaftssystems, dass das Politbüro, das letztlich für das Funktionieren des planwirtschaftlichen Systems vom eigenen Selbstverständnis her verantwortlich war, die Verantwortung für nicht erfüllte – im Grunde genommen nicht erfüllbare – Wirtschaftspläne den staatlichen Instanzen und den Betrieben zuschob. Dabei argumentierte die Parteispitze nach dem Schema: Die Parteiführung fasst die richtigen Beschlüsse und die staatliche Wirtschaftsverwaltung ist nicht in der Lage, diese umzusetzen. Es geht also auch um das Beziehungsgeflecht zwischen Politbüro, wirtschaftspolitischen Abteilungen des ZK, Wirtschaftskommission des Politbüros, Ministerrat und Staatlicher Plankommission sowie um die Handlungschancen auf diesen verschiedenen Ebenen.

Die Studie basiert vor allem auf Unterlagen des Bundesarchivs in Berlin-Lichterfelde. Dabei standen Überlieferungen der zentralen wirtschaftsleitenden Institutionen in Partei und Staat im Zeitraum von 1970–1989 im Zentrum des Interesses. Dies betraf die wirtschaftspolitischen Abteilungen des Zentralkomitees, das Büro Günter Mittag sowie die Staatliche Plankommission, die an der Ausarbeitung und Bilanzierung der Wirtschaftspläne beteiligt waren. Somit rücken die strukturellen Vernetzungen des zentralen Parteiapparates mit dem Staatsapparat in den Blick, so dass Fragen nach dem Verhältnis zwischen Staat und Partei an konkreten Fallbeispielen dargestellt werden können.

Die Diskussionen, Konflikte und Entscheidungshintergründe in der Wirtschaftspolitik konnten für die Honecker-Ära aufgrund persönlicher Aufzeichnungen und handschriftlicher Notizen des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission Gerhard Schürer bzw. seines Stellvertreters Heinz Klopfer über die Beratungen bei Honecker bzw. im SED-Politbüro über die Entwürfe für die Volkswirtschaftspläne (5-Jahrpläne, Jahrespläne) rekonstruiert werden. Bei diesen zahlreichen Beratungen im sogenannten kleinen Kreis (Erich Honecker, Günter Mittag, Gerhard Schürer bzw. Heinz Klopfer) oder im gesamten Politbüro standen generelle Probleme der Wirtschaft, insbesondere der DDR-Außenwirtschaft, zur Diskussion. Die im Bundesarchiv überlieferten Notizen über die Beratungen enthalten die Redebeiträge der teilnehmenden Funktionäre, so dass deren unterschiedliche Standpunkte zu einzelnen Aspekten der Wirtschafts- und Sozialpolitik rekonstruiert werden konnten. Derartige Möglichkeiten bieten die Beschlussprotokolle der Politbürositzungen nicht, wenngleich die archivierten Anlagen zu diesen Protokollen Vorlagen, Planentwürfe und wirtschaftspolitische Ausarbeitungen bzw. Analysen enthalten. Rückschlüsse auf die zentralen Konfliktfelder im Politbüro sind ebenso auf der Grundlage der Aufzeichnungen und Notizen von Politbüromitglied Werner Krolikowski aus den Jahren von 1980 bis 1987 möglich. Es handelt sich um Dokumente, die der Generalstaatsanwalt der DDR am 1. Februar 1990 im Haus des Zentralkomitees beschlagnahmte. Das Bundesarchiv erhielt die Unterlagen im September 1999 von der Staatsanwaltschaft II in Berlin Moabit.

Darüber hinaus wurden Akten im Archiv der Berliner Staatsanwaltschaft gesichtet. Denn am 5. Dezember 1989 leitete der damalige Generalstaatsanwalt der DDR gegen Erich Honecker, Erich Mielke und Günter Mittag ein Ermittlungsverfahren wegen „Untreue, Rechtsbeugung und Amtsanmaßung“ ein. Ihnen wurde u. a. vorgeworfen, der Volkswirtschaft der DDR durch die bevorzugte Versorgung der Mitglieder des Politbüros in der Waldsiedlung Wandlitz einen Schaden in Höhe von mehreren Millionen Valutamark zugefügt zu haben. Darüber hinaus hätten sie durch die privilegierte Ausstattung ihrer Wochenend- und Freizeitobjekte der DDR-Volkswirtschaft erheblich geschadet. Dieser Vorwurf wurde auch auf andere Politbüromitglieder ausgedehnt und führte zu ausgedehnten Ermittlungen zu verschiedenen Aspekten der Wirtschaftspolitik der SED, die auch grundsätzliche Probleme der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ betrafen. In diesem Zusammenhang entstand ein ganzer Fundus von Dokumenten, der im Archiv der Berliner Staatsanwaltschaft aufbewahrt wird. Es war möglich, alle relevanten Akten zum Ermittlungsverfahren gegen Honecker, Mielke und Mittag einzusehen.

Es handelt sich dabei nicht nur um zahlreiche Protokolle von Befragungen ehemaliger Politbüromitglieder, Funktionäre aus den wirtschaftspolitischen Abteilungen des Parteiapparates, Leiter des Büros des Politbüros, Sekretärinnen und persönlicher Mitarbeiter des SED-Generalsekretärs sowie Zeugenaussagen von Ministern und Staatssekretären der DDR-Regierung. Im Archiv der Berliner Staatsanwaltschaft lagern ebenso zeitgenössische Dokumente aus der gesamten Honecker-Ära, die während der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen 1989 und 1990 im Büro Günter Mittags sowie anderen Abteilungen des Zentralkomitees beschlagnahmt wurden. Diese beleuchten unter anderem die enge Verflechtung zwischen SED und Staat und die Abhängigkeit von wirtschaftspolitischen Direktiven und Anordnungen der SED-Machtzentrale und ermöglichen Antworten auf Fragen nach den Chancen und Grenzen wirtschaftlicher Planung und Steuerung in der Zentralverwaltungswirtschaft der DDR.

Im Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) wurden vor allem interne Analysen des Ministeriums für Staatssicherheit über volkswirtschaftliche Schlüsselprobleme eingesehen und ausgewertet. Die Unterlagen ermöglichten Einschätzungen zur Frage, auf welche Weise Grundprobleme des wirtschaftlichen Planungsmechanismus, strukturelle Mängel der DDR-Wirtschaft in den 1980er Jahren, aber auch Auseinandersetzungen im Politbüro über den wirtschaftspolitischen Kurs der SED vom Staatssicherheitsdienst dokumentiert wurden. Interne Informationen von Abteilungsleitern der Staatlichen Plankommission (SPK) sowie politischen Mitarbeitern der Abteilung Planung und Finanzen beim ZK der SED dienten der Hauptabteilung XVIII des MfS dabei als wichtige Quellen.

Alle genannten Quellen erlauben Aufschlüsse über die Auseinandersetzungen über die Finanzierbarkeit der seit 1971 ausufernden Sozialpolitik. Von Anfang an stand dabei die Außenhandelsbilanz und die ständig steigende Verschuldung im

westlichen Ausland im Zentrum des Konflikts. Letztlich handelt es sich bei den hier vorgestellten innerparteilichen Konflikten um zentrale Fragen der Legitimation, zeitweiligen Konsolidierung und inneren Erosion der SED-Herrschaft sowie um systemrelevante Ursachen, die zum Scheitern der kommunistischen Diktatur in Ostdeutschland geführt haben.

Die im Laufe der 1970er Jahre im Politbüro aufbrechenden und sich in den 1980er Jahren verschärfenden Konflikte über den wirtschaftspolitischen Kurs der Partei bilden in den Kapiteln IV und V den inhaltlichen Schwerpunkt dieser chronologisch gegliederten Darstellung. Dabei geht es nicht nur um Strukturen, Entscheidungsmechanismen und Prozesse auf den zentralen Politikfeldern Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern auch um die darin involvierten staatlichen Instanzen und die mit unterschiedlichen Interessen handelnden Akteure. Im Kontext der Suche nach Auswegen aus der Wirtschaftskrise wird die Rolle des MfS während der Diskussionen um den ökonomischen Niedergang der DDR analysiert. Wenngleich die Jahre vom Amtsantritt Honeckers im Mai 1971 bis zur Selbstauflösung von Politbüro, Sekretariat und Zentralkomitee Anfang Dezember 1989 im Mittelpunkt stehen, kann auf die Analyse jener innerparteilichen Vorgänge, die zum Sturz Ulbrichts führten, nicht verzichtet werden. In den ersten drei Kapiteln geht es um die Arbeitsweise sowie um Personal und Struktur der zentralen Führungsgremien sowie des ZK-Apparates. Anhand von drei Fallbeispielen werden Schlaglichter auf die Personalpolitik im Politbüro geworfen. Nach grundsätzlichen Bemerkungen zur Reformunwilligkeit der SED-Führung nach dem Machtantritt Gorbatschows in Moskau im März 1985 widmen sich zwei abschließende Kapitel der Erosion der SED-Herrschaft zwischen 1985 und 1989. Für die Phase des inneren Zerfalls der SED-Herrschaft wird die Handlungsunfähigkeit und Ratlosigkeit der SED-Führung angesichts der akuten Herrschaftskrise im Herbst 1989 geschildert.¹⁶

¹⁶ Dies wurde allein schon anhand der Wortprotokolle der letzten Tagungen des Zentralkomitees anschaulich dokumentiert: Hans-Hermann Hertle/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.), *Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees*, Berlin 2012.

I. Von Ulbricht zu Honecker

1. Die Machtzentren der SED: Politbüro und Sekretariat des Zentralkomitees

Im Verlauf der Transformation der SED zu einer „Partei neuen Typus“ in den Jahren 1947/48 erhielt die zentrale Parteiführung eine völlig neue Struktur.¹ An die Stelle des bisherigen Machtzentrums der Partei, des Zentralsekretariats, trat im Januar 1949 das Politbüro, welches „alle wichtigen Fragen der Parteiführung und Parteipolitik, besonders Fragen marxistisch-leninistischer Erziehung der Parteimitglieder, zu beraten und zu entscheiden“ hatte.² Zusätzlich zur bisherigen Leitungsstruktur wurde das „Kleine Sekretariat des Politbüros“ unter Vorsitz von Walter Ulbricht geschaffen. Es erhielt die Aufgabe, die Arbeit des Politbüros zu unterstützen, seine Beschlüsse vorzubereiten und ihre Durchführung zu kontrollieren. Es regelte weiterhin die Verbindung des Politbüros mit den Abteilungsleitern und kontrollierte somit auch die Abteilungen des zentralen Parteiapparates. Mit dem Vorsitz des „Kleinen Sekretariats“, das sich kurze Zeit später in ein „Sekretariat des Zentralkomitees“ wandelte, übernahm Ulbricht eine Schlüsselstellung sowohl in der Parteiführung als auch im zentralen Parteiapparat.³

Das vom dritten Parteitag (20. bis 24. Juli 1950) beschlossene Parteistatut fixierte all jene strukturellen, politischen und personellen Veränderungen, die im Zuge der Umwandlung der SED zur „Partei neuen Typus“ durchgesetzt worden waren. An die Stelle des Parteivorstandes trat das Zentralkomitee, das Zentralsekretariat wurde endgültig durch das Politbüro ersetzt. Das Zentralkomitee sollte formell die gesamte Tätigkeit der Partei leiten und diese „im Verkehr mit anderen Parteien, Organisationen, staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Verwaltungen und Institutionen“ vertreten.⁴ 1950 umfasste das Zentralkomitee 51 Mitglieder und 30 Kandidaten. Da es in der Regel nur vierteljährlich zusammentrat, konnte es die ihm laut Statut vorgeschriebene Führungsposition zu keinem Zeitpunkt ausfüllen. Es war daher von Anfang an ein rein repräsentatives Forum, das die Beschlüsse des Politbüros lediglich zu sanktionieren hatte.

Eine eindeutige Aufgabenabgrenzung zwischen Politbüro und Sekretariat als den entscheidenden Führungsgremien existierte nicht. Während das Politbüro „die politische Arbeit“ der Partei leiten sollte, war das Sekretariat „für die allgemeine Leitung der Organisationsarbeit und für die tägliche operative Führung

¹ Vgl. Andreas Malycha, Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, Paderborn 2000.

² Protokoll der Ersten Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 25. bis 28. Januar 1949 in Berlin, Berlin 1949, S. 547.

³ Vgl. Monika Kaiser, Die Zentrale der Diktatur – organisatorische Weichenstellungen, Strukturen und Kompetenzen der SED-Führung in der SBZ/DDR 1946 bis 1952, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 57–86.

⁴ Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: Protokoll des III. Parteitages der SED, Bd. 2, Berlin 1951, S. 316.

der Tätigkeit der Partei“ zuständig.⁵ Politbüro und Sekretariat konkurrierten um politische Zuständigkeiten und Kompetenzen. Ihre personelle Zusammensetzung war im Unterschied zu späteren Jahren nicht identisch, d. h. die meisten Sekretäre des Zentralkomitees gehörten zunächst nicht dem Politbüro an. Anfangs gehörten nur drei Mitglieder des Politbüros auch dem Sekretariat an: Walter Ulbricht, Fred Oelßner und bis Mai 1953 Franz Dahlem. Seit Dezember 1959 gehörten alle ZK-Sekretäre zugleich dem Politbüro an.⁶

Walter Ulbricht konnte seine Machtstellung innerhalb der Führung ausbauen, indem ihn das Zentralkomitee am 25. Juli 1950 zum Generalsekretär wählte. Die Ämter der Parteivorsitzenden, die bislang Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl innehatten, wurden durch Änderungen des Parteistatuts auf dem IV. Parteitag der SED im April 1954 abgeschafft.⁷ Das vom IV. Parteitag beschlossene Parteistatut hatte die Fixierung auf die Unterordnung und bedingungslose Durchführung der Beschlüsse der höchsten Parteigremien gravierend verstärkt.

Wenngleich das Amt des Generalsekretärs auf der 15. ZK-Tagung im Juli 1953 in das eines Ersten Sekretärs umgewandelt wurde, war damit kein Funktionswandel verbunden. Auch als Erster Sekretär beharrte Ulbricht auf seinem autoritären Führungsstil. Die Schar seiner kritiklosen Anhänger im Politbüro, zu der am Ende der 1950er Jahre Hermann Matern, Alfred Neumann, Erich Honecker und Willi Stoph gehörten, war zwar begrenzt, doch einflussreich und entschlossen. Ihnen stand eine Politbüromehrheit der Unentschlossenen gegenüber, zu der insbesondere Otto Grotewohl, aber auch Heinrich Rau, Friedrich Ebert, Erich Mückenberger, Herbert Warnke und Bruno Leuschner zählten. Sie versuchten, sich aus allen politischen Auseinandersetzungen und parteiinternen Machtkämpfen bzw. persönlichen Rivalitäten herauszuhalten. Wilhelm Pieck nahm seit Anfang 1957 krankheitsbedingt nicht mehr an den Sitzungen des Politbüros teil.

Das Sekretariat des ZK gewann im Verlauf der 1960er Jahre wieder an Bedeutung, nachdem es zuvor zu einem Hilfsorgan des Politbüros degradiert worden war. Es bildete in der späten Ulbricht-Ära das eigentliche Machtzentrum der Partei. Den einzelnen Sekretariatsmitgliedern unterstanden entsprechend der Geschäftsverteilung jene Abteilungen, Arbeitsgruppen und Kommissionen des zentralen SED-Apparates, die in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen tätig waren.⁸ Die Sekretäre waren verantwortlich für die Erarbeitung von Vorlagen für Sitzungen des Politbüros und für die Kontrolle der Umsetzung der Beschlüsse in der politischen Arbeit der SED. Das Sekretariat fungierte als Verbindungsglied zwischen Politbüro und Abteilungsleitern, regelte die Leitung und Organisation

⁵ Ebenda, S. 315.

⁶ Vgl. Heike Amos, *Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat*, Münster 2003, S. 629.

⁷ Vgl. das Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der SED, 30. März bis 6. April 1954, Bd. 1, Berlin 1954, S. 1118.

⁸ Vgl. das Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros am 13. Juni 1967, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2A/1230; sowie die Arbeitsordnung des ZK der SED vom 29. Juni 1966, in: ebenda, DY 30/J IV 2/3A/1331.

der täglichen Arbeit des Parteiapparates und kontrollierte nachgeordnete Gremien und Strukturteile. Es entwickelte sich zum wichtigsten Entscheidungsgremium bei der Besetzung leitender Funktionen im Staats-, Wirtschafts- und Parteiapparat, bei der Bildung der „Kaderreserve“ der SED und der Genehmigung von Auslandsreisen für SED-Funktionäre.

Seit 1963 setzte Ulbricht Honecker ein, der während seiner Abwesenheit die Aufgaben im Sekretariat und im Politbüro wahrnehmen sollte. Da sich Ulbricht in seinen letzten Amtsjahren häufig vertreten ließ, nutzte Honecker dessen Abwesenheit im Sekretariat, um dort seine politischen Machtansprüche gegen Konkurrenten durchzusetzen. In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre leitete er in der Regel die Sitzungen des Sekretariats, an dessen Beratungen Ulbricht nur noch sporadisch teilnahm. Damit lebte auch der in den 1950er Jahren schwelende Kompetenzkonflikt zwischen Politbüro und Sekretariat wieder auf. Honecker baute in dieser Zeit das Sekretariat erfolgreich zu seinem persönlichen Machtzentrum aus und degradierte das Politbüro in der politischen Praxis zu einer nachgeordneten Entscheidungsinstanz. Ein ähnliches Verfahren hatte schon Ulbricht als Generalsekretär in den 1950er Jahren praktiziert, um Schlüsselkompetenzen an sich zu ziehen.

Die Sitzungen des Sekretariats fanden zunächst am Montag, Mittwoch und Freitag jeder Woche, seit Ende Januar 1951 montags und donnerstags statt.⁹ Das Sekretariat blieb auch in der Honecker-Ära das wichtigste Entscheidungsgremium bei der Besetzung leitender Funktionen in Staat, Wirtschaft und Partei. Sitzungen des Sekretariats fanden in den 1960er Jahren jeweils am Mittwoch jeder Woche, einen Tag nach der Sitzung des Politbüros, statt. War es zunächst gängige Praxis, die Beschlüsse des Sekretariats in regulären Sitzungen zu verabschieden, erfolgte die Beschlussfassung ab 1960 vereinzelt und ab 1970 meistens im Umlaufverfahren. Vorlagen waren bis spätestens um 12.00 Uhr am Freitag, ab 1966 bis um 10.00 Uhr vor der Sitzung im Büro des Politbüros abzugeben.

Das Politbüro tagte in der Regel wöchentlich, jeweils am Dienstag. Vorab reichten die Politbüromitglieder die Vorlagen, die sie direkt in der Sitzung behandelt wissen wollten, dem Ersten Sekretär ein. Vorlagen des Sekretariats und von Mitgliedern des Politbüros, die der Beschlussfassung als Grundlage dienten, mussten drei Tage vor der jeweiligen Sitzung bei Ulbricht eingereicht sein. Jeweils am Tag vor der Politbürositzung entschied dann das Sekretariat darüber, ob und in welcher Form diese Vorlagen vom Politbüro behandelt werden sollten.¹⁰ Letztlich legte der Erste Sekretär die jeweilige Tagesordnung der Politbürositzungen endgültig fest. Die vom Politbüro getroffenen Festlegungen gelangten wiederum zum Ersten Sekretär, der sowohl die Sekretariatsmitglieder als auch

⁹ Vgl. den Beschluss des Politbüros über „die Verbesserung der Arbeit der leitenden Organe und des Apparates des Zentralkomitees der SED“ vom 11. November 1952, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2/244.

¹⁰ Vgl. den Beschluss des Sekretariats über „Fragen der Geschäftsordnung im Politbüro und Sekretariat des ZK“ vom 22. Dezember 1950, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/3/162.

die Leiter und Mitarbeiter der ZK-Abteilungen zur Durchführung und Umsetzung veranlasste.

Entsprechend dem Arbeitsplan und unter Berücksichtigung aktueller Gegebenheiten legte Walter Ulbricht die Tagesordnung der Politbürositzungen fest und leitete die wöchentlich durchgeführten Sitzungen. Seit November 1960 galt die Festlegung, die Vorlagen und Informationen für das Politbüro in 27 Exemplaren abzugeben.¹¹ In den neu gefassten Richtlinien für Vorlagen für das Politbüro vom 29. Juli 1964 und 29. Juni 1966 waren diese stets in 25-facher Ausfertigung bis spätestens um 10.00 Uhr am Freitag vor der nächsten Sitzung im Büro des Politbüros abzugeben.¹²

Die Vorlagen für die Sitzungen des Politbüros wurden in den entsprechenden Fachabteilungen des ZK ausgearbeitet und von den einzelnen Politbüromitgliedern oder vom Ersten Sekretär selbst eingebracht. Der Erste Sekretär entschied, welche Vorlagen in der Sitzung – nicht durch förmliche Abstimmung, sondern durch Zustimmung – zu Beschlüssen erhoben wurden. Laut Statut hatte der Kandidat des Politbüros lediglich eine beratende Stimme. Dies war jedoch in der Praxis irrelevant, da es in der Honecker-Ära wenige Situationen gab, in denen im Politbüro tatsächlich abgestimmt wurde. Wenn dies doch der Fall war, wie beispielsweise bei der Nominierung Honeckers zum Staatsratsvorsitzenden 1976, wurde vorher im Politbüro vereinbart, dass auch die Kandidaten mitstimmen konnten.¹³

Für die Abwicklung der verwaltungsorganisatorischen Vor- und Nachbereitung der Sitzungen des Politbüros und des Sekretariats wurde ein Büro des Politbüros gebildet, das Otto Schön in den Jahren von 1953 bis 1968 leitete. Das Büro war für die Anfertigung der Sitzungsprotokolle des Politbüros verantwortlich und verwaltete sämtliche Materialien, die in Vorbereitung und Durchführung der Sitzungen entstanden. Nach dem Ausscheiden von Otto Schön übernahm Gisela Glende (geborene Trautzsch) im September 1968 die Leitung des Büros des Politbüros. Darüber hinaus veranlasste der Büroleiter auf Weisung des Ersten Sekretärs die Anfertigung von Beschlussauszügen zu einzelnen Tagesordnungspunkten für die zuständigen Funktionsträger. Außerdem stellte der Büroleiter im Auftrag Ulbrichts bzw. später Honeckers zur Vorbereitung und Auswertung der Beratungen für die Mitglieder des Politbüros, des Sekretariats und für andere ausgewählte Mitarbeiter des Parteiapparates Informationen zu verschiedensten Vorgängen des politischen und gesellschaftlichen Lebens bis hin zu Personalangelegenheiten zusammen.

Der Leiter des Büros des Politbüros trug die Hauptverantwortung für die administrativ-technische Vorbereitung, Organisation und Protokollierung der

¹¹ Vgl. den Beschluss des Sekretariats vom 21. November 1960, in: ebenda, DY 30/J IV 2/3/713.

¹² Vgl. die Richtlinien für die Einreichung von Vorlagen für das Politbüro und für das Sekretariat vom 29. Juni 1966, in: ebenda, DY 30/J IV 2/3/1194.

¹³ Vgl. das Vernehmungsprotokoll Egon Krenz vom 16. Juli 1991, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 97/91, Bd. 36, Bl 29.

Parteitage, der Tagungen des Zentralkomitees, der Sitzungen des Politbüros sowie des Sekretariats des ZK. Ferner war er für die Verteilung und den Versand der Beschlüsse, der parteiinternen Lesematerialien, der Informationen, der Rund- und Fernschreiben an Funktionäre im zentralen sowie regionalen Partei- und Staatsapparat zuständig. Das Büro des Politbüros hatte grundsätzlich die Arbeitsfähigkeit der Parteiführung zu sichern, die Büros der Sekretariate in den Bezirksleitungen der SED anzuleiten und zu kontrollieren sowie das Parteischriftgut zu sichern. Die Leiter des Büros des Politbüros hatten dafür zu sorgen, dass die in den Grundsatzdokumenten festgeschriebenen Aufgaben zur Arbeitsweise für den zentralen und regionalen Parteiapparat durchgeführt wurden. Maßgebend dafür waren die Arbeitsordnungen des Apparates des ZK, die Richtlinien für die Arbeit mit Verschlussachen im Parteiapparat, die Richtlinien für die Einreichung von Vorlagen für das Politbüro/Sekretariat und die Richtlinien zum Aufbau der Parteiinformationen.

Seit dem Machtantritt Honeckers im Mai 1971 konzentrierte sich die politische Entscheidungsgewalt wieder ausschließlich im Politbüro.¹⁴ Die Mitglieder des Sekretariats des Zentralkomitees gehörten jetzt ausnahmslos dem Politbüro an und waren den entsprechenden ZK-Abteilungen übergeordnet. Eine am 2. Februar 1972 vom Sekretariat verabschiedete Arbeitsordnung für den Apparat des ZK regelte, wie bei der Ausarbeitung der Vorlagen für das Politbüro und das Sekretariat zu verfahren sei.¹⁵ Eine Neufassung der Richtlinien für das Einreichen von Vorlagen an das Politbüro und das Sekretariat wurde vom Sekretariat am 24. Januar 1980 bestätigt.¹⁶ Demnach waren Vorlagen für das Politbüro stets in 30-facher Ausfertigung bis spätestens 10.00 Uhr am Freitag vor der nächsten Sitzung dem Leiter im Büro des Politbüros zu übergeben.

Gisela Glende, die von September 1968 bis Mai 1986 das Büro des Politbüros leitete, erklärte gegenüber der Staatsanwaltschaft Berlin im November 1990, dass Honecker in den ersten Jahren seiner Amtszeit durchaus noch Diskussionen zu Politbürovorlagen zugelassen habe. Das habe sich allerdings nach zwei bis drei Jahren geändert. „Die Mehrzahl der Vorlagen kam erst dann ins Politbüro, wenn sie mit Honecker abgestimmt waren und das wurde auch während der Sitzung gesagt, dass die Vorlage mit dem Generalsekretär abgestimmt war. Damit wurde auch die Diskussion eingeschränkt. Diese Art dominierte in der Sitzung.“¹⁷

In den ersten Amtsjahren Honeckers kam es vor, dass Vorlagen von Mitgliedern oder Kandidaten des Politbüros in den Sitzungen behandelt wurden, die mit dem SED-Chef zuvor nicht abgestimmt waren. Das war beispielsweise der Fall, als der Leiter des Amtes für Preise, Walter Halbritter, im November 1971 eine Vorlage

¹⁴ Vgl. Gerd Meyer, *Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker*, Tübingen 1991, S. 46–49.

¹⁵ Vgl. das Protokoll Nr. 12/72 der Sitzung des Sekretariats am 2. Februar 1972, in: SAPMO BAArch, DY 30/J IV 2/3/1835.

¹⁶ Vgl. das Protokoll Nr. 8/80 der Sitzung (Umlauf) des Sekretariats am 24. Januar 1980, in: ebenda, DY 30/J IV 2/3/3011.

¹⁷ Protokoll der Befragung von Gisela Glende vom 22. November 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 245/90, Haft-Band VIII, Bd. 83.

zur Preispolitik einbrachte¹⁸, die auf der Sitzung des Politbüros am 30. November 1971 von Honecker und der Politbüromehrheit zurückgewiesen wurde.¹⁹ Grundsätzlich war es seit Mitte der 1970er Jahre nicht mehr möglich, Vorlagen, die in der Regel in den ZK-Abteilungen ausgearbeitet und vom zuständigen ZK-Sekretär eingereicht wurden, ohne Zustimmung Honeckers auf die Tagesordnung von Politbürositzungen zu setzen. Hierzu diente ein informelles Verfahren, das auf persönlichen Absprachen, Telefonaten und Randbemerkungen Honeckers auf vorgelegten Schriftstücken beruhte. ZK-Wirtschaftssekretär Günter Mittag bevorzugte die Methode, sich die Zustimmung Honeckers zu eingereichten Vorlagen oder auch zu verschiedenen Entscheidungsvarianten schriftlich einzuholen.²⁰ Dem Generalsekretär gingen die von der staatlichen Verwaltung bzw. den Ministerien ausgearbeiteten Vorlagen grundsätzlich über die zuständigen ZK-Abteilungen zu, was ihnen die Möglichkeit bot, Informationen und Berichte zu filtern und Entwürfe mit „Hinweisen zur Überarbeitung“ zurückzuweisen.

Das Politbüro erhielt dadurch lediglich die Aufgabe, die eingereichten Beschlussvorlagen zu bestätigen. An der Entscheidungsfindung war es nicht beteiligt. Zwar gab es insbesondere zu wirtschaftspolitischen Schlüsseldokumenten mitunter lebhafte Diskussionen, zu denen auch die zuständigen Wirtschaftsfunktionäre aus dem Apparat der SED und der Regierung geladen wurden. Doch nahmen die Politbürositzungen nie den Charakter eines Meinungsaustauschs oder eines Streitgesprächs an. Hin und wieder riskierten Politbüromitglieder Einwände gegen Sparauflagen in ihren Ressorts. In der Regel wurden die Vorlagen aber ohne größere Änderungen vom Politbüro bestätigt. Die hauptsächlichen Entscheidungen fielen in der Ära Honecker nicht im Politbüro, sondern in bilateralen Absprachen zwischen Honecker und den zuständigen Sekretariatsmitgliedern, in Beratungen im „kleinen Kreis“, zu denen Honecker SPK-Chef Schürer und Sekretariatsmitglied Mittag sowie oft auch Politbüromitglied Krolkowski einlud. In diesen informellen Gruppen und Vorabbesprechungen, in die nicht selten auch Abteilungsleiter des ZK, Minister oder Funktionäre der staatlichen Verwaltung eingebunden waren, bestanden die informellen Strukturen fort, die Parteichef Ulbricht in den 1960er Jahren etablierte hatte. Allerdings verloren die Kommissionen und Arbeitsgruppen, die Ulbricht in Konkurrenz zu den hauptamtlichen ZK-Abteilungen bilden ließ, unter Honecker wesentlich an Bedeutung.

Honecker setzte für die Vorbereitung und Durchführung der wöchentlichen Politbürositzungen während seiner Amtszeit ein strenges Reglement durch. Edwin Schwertner, der im Juni 1986 in der Nachfolge Gisela Glendes als Leiter des

¹⁸ Vgl. die Vorlage Walter Halbritters „zur Sicherung der Stabilität der Verbraucherpreise mit dem Volkswirtschaftsplan 1972“ vom 25. November 1971, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2A 1560.

¹⁹ Vgl. das Protokoll Nr. 25/71 der Sitzung des Politbüros am 30. November 1971, in: ebenda, DY 30/J IV 2/2/1366.

²⁰ Vgl. Erhard Meyer, Der Bereich Günter Mittag. Das wirtschaftspolitische Machtzentrum, in: Hans Modrow (Hrsg.), Das Große Haus. Insider berichten aus dem ZK der SED, Berlin 1994, S. 137.

Büros des Politbüros eingesetzt wurde, schilderte die Modalitäten der Vorbereitung von Politbürositzungen folgendermaßen: „Jeweils Freitag vor der Sitzung wurden aus den einzelnen Abteilungen des ZK oder von Einzelpersonlichkeiten auf der Grundlage des Arbeitsplanes und aktueller Aufgaben Vorlagen beim Büro des Politbüros abgegeben. Auf dieser Grundlage entstand ein Entwurf der Tagesordnung, der Freitagnachmittag vom Generalsekretär des ZK, Erich Honecker, in der Regel bestätigt wurde. Über Änderungen oder Ergänzungen entschied er allein. Die bestätigte Tagesordnung wurde mit den dazugehörigen Vorlagen am Freitagnachmittag allen Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros zugestellt, so dass jeder die notwendigen Materialien für die Sitzung rechtzeitig in der Hand hatte.“²¹ Zum Ablauf der Sitzungen fügte Schwertner hinzu: „Die Sitzung lief in der Regel streng nach der Tagesordnung ab. Erich Honecker leitete straff, und ein großer Teil der Vorlagen wurde nach kurzer Verständigung bestätigt. Zu den meisten Tagesordnungspunkten wurden Gäste eingeladen, die als Ausarbeiter oder Experten zu den Sachfragen ihre Meinung sagen konnten. Längere umfangreiche Diskussionen gab es vereinzelt in den Sitzungen. Es handelte sich dabei hauptsächlich um wirtschaftspolitische Fragen wie Entscheidungen zur Energiewirtschaft oder zur Versorgungslage in der DDR. Kontroverse Diskussionen habe ich mit Ausnahme der letzten Monate 1989 kaum erlebt. Letztlich entschied die Meinung von Mittag, die meist mit Honecker vorabgestimmt war, die Diskussion.“²²

Honecker traf in einigen wichtigen Politikbereichen, insbesondere in Sicherheitsfragen, der Außen- bzw. Deutschlandpolitik, der Justizpolitik sowie in der Kirchenpolitik oft selbstherrliche Entscheidungen, die er vom Politbüro lediglich formell oder erst nachträglich bestätigen ließ. In der Innen-, Sicherheits- und Justizpolitik gelangten alle relevanten Informationen aus den entsprechenden Abteilungen ausschließlich an Honecker, der ein spezielles System der Informationskontrolle und Informationszuweisung innerhalb des Politbüros aufbaute.²³ Allein Honecker entschied über den Verteilerkreis der Informationen, die über die Abteilungen, aus den Ministerien und aus den Bezirken auf seinen Tisch kamen. Auf diese Weise gelang es ihm, das Politbüro aus bedeutsamen Entscheidungsprozessen, etwa in der Außen- und Sicherheitspolitik, auszuschalten und es über Motive und Hintergründe anstehender Entscheidungen im Unklaren zu lassen. Honecker etablierte im Laufe seiner Amtszeit ein stark auf seine Person bezogenes Herrschaftssystem, das Johannes Raschka zu Recht als „Generalsekretär-System“ bezeichnet.²⁴

Auf anderen Politikfeldern, etwa in der Kulturpolitik, für die sich Honecker nicht sehr interessierte, ließ er dem zuständigen Sekretär Kurt Hager vergleichs-

²¹ Protokoll der Zeugenvernehmung von Edwin Schwertner am 17. Januar 1991, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 245/90, Bd. 86.

²² Ebenda.

²³ Vgl. Johannes Raschka, Justizpolitik im SED-Staat. Anpassung und Wandel des Strafrechts während der Amtszeit Honeckers, Köln 2000, S. 299.

²⁴ Ebenda.

weise großen Spielraum. Das betraf beispielsweise kulturpolitische Entscheidungen, die aufgrund von persönlichen Absprachen zwischen Hager, ZK-Abteilungsleiterin Ursula Ragwitz und Kulturminister Hans-Joachim Hoffmann getroffen wurden. Wenn es allerdings um die Bewilligung von Anträgen auf „ständige Ausreise“ in die Bundesrepublik bzw. nach Berlin-West von Schriftstellern und Künstlern ging, ließ sich Hager seine Zustimmung bzw. Ablehnung stets von Honecker bestätigen.²⁵

Generell waren alle Politbüromitglieder stark auf das ihnen zugewiesene Tätigkeitsfeld fixiert. Angelegenheiten aus ihren Zuständigkeitsbereichen, die nicht im Politbüro behandelt werden mussten, ließen sich die Politbüromitglieder und ZK-Sekretäre vom Generalsekretär absegnen: „Einverstanden. E.H.“ – so hieß die Bestätigungsformel.²⁶ In der Regel handelten die Politbüromitglieder in ihren Ressorts relativ autonom und selbstständig. Politbüromitglieder mit anderen Zuständigkeiten verfügten kaum über Möglichkeiten, auf Entscheidungsvorlagen außerhalb ihres Bereiches einzuwirken. Nur Honecker hatte in wichtigen, schwierigen oder gar strittigen Fragen das Recht, Änderungen vorzunehmen. Mittag, der sich in der Wirtschaftspolitik nicht von anderen Politbüromitgliedern hineinreden ließ, traf wirtschaftspolitische Entscheidungen stets in enger Absprache mit Honecker. Generell entschied Honecker über politische Grundsatzfragen, die Staat und Gesellschaft als Ganzes betrafen. Die Innen- und Sicherheitspolitik spielte, folgt man den Aussagen Edwin Schwertners, im Politbüro kaum eine Rolle. Diese wären im Nationalen Verteidigungsrat bzw. im direkten Kontakt zwischen Honecker und Staatssicherheitsminister Erich Mielke sowie Honecker und Verteidigungsminister Heinz Hoffmann bzw. Heinz Keßler persönlich besprochen worden.²⁷ Grundsatzfragen der Medienpolitik seien ebenfalls nur in ganz seltenen Fällen in Politbürositzungen behandelt worden. „Das Wesentliche dazu ist zwischen Honecker und Herrmann entschieden worden. Das gilt insbesondere für die tägliche Presse- und Medienarbeit. Manchen Genossen war bekannt, dass die Gestaltung des Neuen Deutschland und die Sendung der Aktuellen Kamera unmittelbar von Honecker beeinflusst wurden und Herrmann nach den täglichen Gesprächen bei Honecker diese Weisungen konsequent umsetzte.“²⁸

Honecker, der seit 1976 wieder den ursprünglichen, bis 1954 gebräuchlichen Titel „Generalsekretär“ führte, kultivierte wie schon sein Vorgänger Ulbricht ein autoritäres Führungsprinzip, das nachgeordnete Leitungsebenen streng an die Entscheidungen höherer Instanzen band. Das auf dem IX. SED-Parteitag im Mai

²⁵ Vgl. exemplarisch die Notiz von Hager über das Gespräch mit Honecker am 11. Juli 1980, in dem der Generalsekretär dem Vorschlag zustimmte, dem Schriftsteller Kurt Bartsch und seiner Frau Irene Böhme-Bartsch eine Ausreise für 3 Jahre zu genehmigen. Vgl. SAPMO BArch, DY 30/26307.

²⁶ Vgl. hierzu die recht willkürliche Zusammenstellung derartiger Dokumente in: Henrik Eberle/Denise Wesenberg (Hrsg.), *Einverstanden, E.H. Parteiinterne Hausmitteilungen, Briefe, Akten und Intrigen aus der Honecker-Zeit*, Berlin 1999.

²⁷ Vgl. das Protokoll der Vernehmung von Edwin Schwertner vom 8. Februar 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 97/91, Bd. 3.

²⁸ Ebenda.

1976 verabschiedete neue Statut der Partei bestätigte den „demokratischen Zentralismus“ als das zentrale Organisationsprinzip der Partei.²⁹ Als demokratischer Zentralismus galten danach die Prinzipien der Wählbarkeit, der Rechenschaftspflicht, der straffen Parteidisziplin und der Kritik und Selbstkritik. Die formalen demokratischen Prinzipien, die Wahl der Parteileitungen, blieben jedoch vollkommen bedeutungslos, da alle Mitglieder unter Androhung von Parteistrafen an die bedingungslose Umsetzung von Beschlüssen der Parteispitze gebunden waren. Die Mitglieder hatten in den gewählten regionalen Gremien das zu legitimieren und umzusetzen, was in den zentralen Führungsgremien beschlossen wurde.

Das Statut deklarierte den Parteitag als höchstes gewähltes Organ. Doch gab es dort weder kontroverse Debatten noch fielen programmatische oder gesellschaftspolitische Entscheidungen. Auf dem Parteitag wurden die Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees und der Zentralen Revisionskommission bestimmt, nachdem Politbüro und Sekretariat zuvor entsprechende Personalentscheidungen getroffen hatten. Der Parteitag bestätigte Grundsatzdokumente wie das Parteiprogramm und das Statut, Grundsätze der Innen- und Außenpolitik der SED und mittelfristige ökonomische Ziele.

Das Zentralkomitee (ZK) war laut Statut zwischen den Parteitagen das politisch mächtigste Gremium der SED. Aus seiner Mitte wurden der Erste Sekretär bzw. Generalsekretär, die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros und die des Sekretariats des Zentralkomitees gewählt. Das ZK berief die Mitglieder und Kandidaten der Zentralen Parteikontrollkommission und bestätigte die Abteilungsleiter im zentralen Parteiparat. Allerdings traf nicht das Zentralkomitee, sondern das Politbüro oder das Sekretariat alle wichtigen Entscheidungen auf den Gebieten der Außen-, Frauen-, Gesundheits-, Kirchen-, Sicherheits-, Sozial-, Sport-, West-, Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik wie auch Personalentscheidungen. Das ZK wurde von den Delegierten des Parteitages zwar zur politischen Leitung der Partei zwischen den Parteitagen gewählt, verfügte jedoch über keinerlei eigenständige politische Entscheidungsbefugnisse. Es trat vier- bis sechsmal im Jahr zusammen und diente vor allem der öffentlichen Propagierung und Vermittlung gesellschaftspolitischer Entscheidungen in der Mitgliedschaft und in der Bevölkerung. Seit 1978 fanden ZK-Tagungen nur noch halbjährlich statt. Das Zentralkomitee löste sich am 3. Dezember 1989 auf seiner 12. Tagung auf.

Die Größe dieses Gremiums schwankte zwischen 189 im Jahre 1971 (davon 54 Kandidaten) und 221 Personen im Jahre 1986 (davon 57 Kandidaten). Sämtliche Mitglieder des Politbüros und des Sekretariats und alle 1. Sekretäre der Bezirksleitungen der SED gehörten allein aufgrund ihres Amtes dem Zentralkomitee an. Hinzu kam etwa die Hälfte aller Abteilungsleiter des ZK-Apparats, etwa ein Drittel aller Minister und nahezu alle SED-Mitglieder des Staatsrates.³⁰ Vertreter der SED-Kreisleitungen (1. Sekretäre), der Betriebsparteileitungen (Parteisekretäre)

²⁹ Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlossen auf dem IX. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 18.-22. Mai 1976, Berlin 1976, S. 14.

³⁰ Vgl. Meyer, Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker, S. 64.

sowie einfache Mitglieder der Partei bildeten eine Minderheit. So kann für die Zeit zwischen 1971 und 1989 von einer Dominanz der zentralen Führungsgremien und Verwaltungsapparate von Partei und Staat im Zentralkomitee gesprochen werden – ein Aspekt, der das gesamte Verhältnis von Zentrale und Region im politischen Machtgefüge der DDR während der Honecker-Ära kennzeichnete.³¹

2. Die Waldsiedlung bei Wandlitz

Zum Herrschaftssystem der SED in der Ära Honecker gehörte auch die selbst gewählte Isolation des Politbüros vor dem Volk und der eigenen Partei in der Abgeschlossenheit einer Waldsiedlung, die zwar nicht von Honecker erdacht und angeordnet, aber von ihm aus Furcht vor politischen Unruhen ganz bewusst fortgesetzt wurde. Nach den Erschütterungen der politischen Herrschaft der SED, die sowohl vom 17. Juni 1953 als auch von der Herrschaftskrise 1956/57 ausgingen, dachte das Politbüro intensiver über seine eigene Sicherheit nach, was dann zur Entscheidung über den Bau einer Waldsiedlung in der Nähe des Ortes Wandlitz außerhalb Berlins führte. In dem Beschluss vom 28. August 1956 hieß es zunächst unbestimmt: „Es sind Maßnahmen für eine neue Wohnsiedlung vorzubereiten.“³² Der Bau der Wohnsiedlung bei Wandlitz kann daher nicht auf den Aufstand in Ungarn vom 23. Oktober bis 4. November 1956 zurückgeführt werden. Gleichwohl wird die Erstürmung der Budapester Parteibüros im Herbst 1956 und die Angst des Politbüros vor ähnlichen Aktionen die Suche nach einem abgeschotteten Wohnquartier für SED-Spitzenpolitiker angetrieben haben. Die Waldsiedlung bei Wandlitz konnte leichter durch das MfS abgeschirmt werden als die bislang in Berlin-Pankow am Majakowski-Ring konzentrierten Stadthäuser der Politbüromitglieder.³³

Nach einer umfassenden Standortsuche reifte im März 1958 die Idee, im Stadforst Bernau unweit Berlins eine Politbürosiedlung zu errichten. Bei der Auswahl des Geländes sollen Hermann Matern und Justizministerin Hilde Benjamin führend beteiligt gewesen sein.³⁴ Im März 1958 wurde das Gelände für den Bau der Siedlung bestätigt und im April des gleichen Jahres begann der Aufbau.³⁵ Ende Februar/Anfang März 1960 waren die Bauarbeiten im Wesentlichen abgeschlossen. Der Umzug in die Waldsiedlung Wandlitz wurde am 31. Mai 1960 vom Politbüro beschlossen.³⁶ Walter Ulbricht und seine Frau Lotte zogen am 1. September

³¹ Vgl. ebenda, S. 65.

³² Protokoll Nr. 42/56 der Sitzung des Politbüros vom 28. August 1956, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/ 496.

³³ Vgl. Hans-Michael Schulze, In den Wohnzimmern der Macht. Das Geheimnis des Pankower „Städtchens“, mit einem Vorwort v. Wolfgang Leonhard, Berlin 2001.

³⁴ Vgl. Peter Kirschey, Wandlitz/Waldsiedlung – die geschlossene Gesellschaft. Versuch einer Reportage. Gespräche – Dokumente, Berlin 1990, S. 29.

³⁵ Vgl. Paul Bergner, Die Waldsiedlung. Ein Sachbuch über „Wandlitz“, Berlin 2001, S. 20.

³⁶ Vgl. das Protokoll Nr. 24/60 der Sitzung des Politbüros vom 31. Mai 1960, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/705.

1960 in Wandlitz in das Haus Nr. 7 ein.³⁷ Entsprechend dem Beschluss des Politbüros vom 31. Mai 1960 unterstand die Waldsiedlung formell dem Leiter des Büros des Politbüros. Die praktische Realisierung der Versorgungs- und Betreuungsaufgaben oblag der Hauptabteilung Personenschutz des MfS (HA PS), Abteilung V, die von MfS-Oberst Günther Baumann und seit April 1979 von MfS-Oberst Gerd Schmidt geleitet wurde.³⁸ Entsprechend einer Dienstanweisung des Leiters der HA Personenschutz vom 1. Juni 1972 hatten die Angehörigen der Abteilung V „im unmittelbaren Versorgungs- und Betreuungsbereich alle an sie herangetragenen Wünsche und Forderungen unverbindlich und ohne Bemerkungen entgegenzunehmen“ und unverzüglich an den Leiter der Abteilung weiterzuleiten.³⁹

Die Kosten für den Bau der Wohnsiedlung mit insgesamt 23 Häusern im Bernauer Stadtforst schlugen im Staatshaushalt mit 27,5 Millionen DDR-Mark zu Buche.⁴⁰ Die Bewohner des sogenannten Innenrings – Mitglieder und Kandidaten des Politbüros sowie deren Familien⁴¹ – lebten in großzügigen Einfamilienhäusern mit jeweils 180 Quadratmetern Grundfläche und hatten Zugang zu einer Sonderverkaufsstelle, einem Klubhaus mit Kino, einer Gaststätte, einer medizinischen Einrichtung (Poliklinik) und einem Schwimmbad. Wenngleich man die Innenausstattung der Wohnhäuser im Vergleich zum damals üblichen Wohnstandard nicht als Luxus bezeichnen kann, bildete sich unter den Bewohnern der Waldsiedlung im Verlauf der 1960er Jahre ein Lebensstil heraus, der weit über dem eines normalen DDR-Bürgers lag. Angehörige des MfS bewachten das nicht öffentlich zugängliche Areal und stellten Putz- und Hausmeisterdienste sicher. Am Ende der 1980er Jahre gab es insgesamt ca. 650 Mitarbeiter für die Versorgung und Betreuung (einschließlich der medizinischen) und 140 Angehörige des MfS-Wachregiments „Felix Dzierzynski“ für die äußere Bewachung des Geländes.⁴² Alle Mitarbeiter der Waldsiedlung waren Angehörige des MfS und wurden von diesem Ministerium bezahlt. Für die persönliche Sicherheit der Politbüromitglieder war auch innerhalb der Waldsiedlung die Hauptabteilung Personenschutz des MfS zuständig. Eine Direktive des Politbüros vom 18. Januar 1972 bestätigte noch einmal die Zuständigkeiten für die Waldsiedlung. Es hieß dort:

³⁷ Vgl. Bergner, Die Waldsiedlung, S. 30.

³⁸ Vgl. das Protokoll der Vernehmung von Gerd Schmidt vom 22. Januar 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 245/90, Bd. 2; Gerd Schmidt, Ich war Butler beim Politbüro. Protokoll der Wahrheit über die Waldsiedlung Wandlitz, Schkeuditz 1999.

³⁹ Dienstanweisung Nr. 11/72 des Leiters der HA Personenschutz des MfS vom 1. Juni 1972, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 245/90, Bd. 140.

⁴⁰ Vgl. Bergner, Die Waldsiedlung, S. 22.

⁴¹ Mit Ausnahme von Erich Mückenberger, der erst 1971 in Wandlitz einzog. Des Weiteren verblieben jene Mitglieder und Kandidaten des Politbüros, die als 1. Sekretäre der Bezirksleitungen diesem Gremium angehörten, in ihren jeweiligen Bezirken. Auch der Minister für Nationale Verteidigung Heinz Hoffmann, obgleich seit 1973 Mitglied des Politbüros, wohnte nicht in Wandlitz, sondern in Strausberg bei Berlin.

⁴² Vgl. das Protokoll der Vernehmung von Gerd Schmidt am 22. Januar 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 245/90, Bd. 2.

„Entsprechend dem Beschluss des Politbüros des ZK der SED vom 31.5.1960 untersteht die Waldsiedlung dem Leiter des Büros des Politbüros. Den Sicherheitsorganen obliegt der Schutz der Siedlung sowie die notwendige Betreuung der einzelnen Häuser in bezug auf Versorgung, Stellung von Reinigungskräften etc. [...] Änderungen des Regimes in der Waldsiedlung bedürfen der Zustimmung des Leiters des Büros des Politbüros.“⁴³

Rein formal gehörte die Waldsiedlung zwar in den Zuständigkeitsbereich der Leiterin des Politbüros, doch praktisch liefen die Absprachen über den gesamten Organisations- und Versorgungsbetrieb persönlich zwischen Honecker und Mielke bzw. über die Hauptabteilung Personenschutz des MfS. Gisela Glende erklärte hierzu: „1972 legte Honecker eine Vorlage vor, in der festgelegt wurde, dass alle Fragen, die Wandlitz betreffen, mit dem Büro des Politbüros abgestimmt werden müssen. [...] Da aber keinerlei weitere Abstimmung mit mir erfolgte, habe ich mit Erich Honecker gesprochen und ihn darauf aufmerksam gemacht. Er hat mir dann gesagt, dass er alles direkt mit Mielke abspricht. Ich habe ihn dann gebeten, dass ich von dieser Verantwortung entbunden werde. Dem hat er auch zugestimmt. Ich habe mich dann nur noch um Fragen gekümmert, die mit dem Auszug von Bewohnern aus Wandlitz zusammenhingen (Bei Todesfällen und Ausscheidung aus der Funktion).“⁴⁴

Als ein in der Bevölkerung besonders in Verruf geratenes Symbol für das Bestreben des Politbüros, sich abgeschildert von jeglicher Kontrolle einen elitären Lebensraum zu schaffen, kann die Sonderverkaufsstelle, das sogenannte Ladenkombinat, gelten. Dazu gehörten als Hauptgeschäft die Verkaufsstelle in der Waldsiedlung und vier kleinere Außenstellen. Das „Ladenkombinat“ war handelsrechtlich Teil der Firma „Letex“, einer am 1. Januar 1966 gegründeten Firma, die nur diese Sonderversorgung organisierte. Die Firma „Letex“ firmierte offiziell als ein Betrieb des Ministeriums für Handel und Versorgung, war aber tatsächlich über den Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo) dem MfS unterstellt.⁴⁵ Das Statut des Betriebes wurde vom Minister für Staatssicherheit am 20. Dezember 1965 bestätigt.⁴⁶ Entsprechend des Statuts hatte „Letex“ die Aufgabe, die Betreuung und Versorgung des festgelegten Personenkreises mit Nahrungs- und Genussmitteln und Industriewaren in „höchster Qualität“ zu sichern. Die Bewohner der Waldsiedlung Wandlitz wurden seitdem durch diesen Sonderbetrieb mit hochwertigen Konsum- und Gebrauchsgütern versorgt, die auch aus dem westlichen Ausland gegen Devisen beschafft wurden.⁴⁷ „Letex“ bezog wiederum durch

⁴³ Anlage Nr. 13 zum Protokoll Nr. 2/72 der Sitzung des Politbüros vom 18. Januar 1972, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1375.

⁴⁴ Protokoll der Befragung von Gisela Glende vom 22. November 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 245/90, Bd. 83.

⁴⁵ Vgl. das Protokoll der Vernehmung von Ingolf Geiler, Direktor der Firma Letex von 1973 bis 1984, am 3. Mai 1990, in: ebenda, Bd. 2.

⁴⁶ Vgl. den Vermerk der Staatsanwaltschaft Berlin vom 15. Februar 1991, in: ebenda, Bd. 87.

⁴⁷ Vgl. Klaus Marxen/Gerhard Werle (Hrsg.), *Strafjustiz und DDR-Unrecht. Dokumentation*, Bd. 3: *Amtsmissbrauch und Korruption*, Berlin 2002, S. 290.

Tabelle 1: Valutaausgaben für die Walsiedlung Wandlitz 1980 bis 1989⁴⁸

Jahr	Ausgaben in DM
1980	4 360 000
1981	4 621 000
1982	4 791 000
1983	5 403 000
1984	4 373 000
1985	5 790 000
1986	6 503 000
1987	8 034 000
1988	6 895 000
1989	8 618 000
gesamt	59 388 000

die Handelsunternehmen „Delta“ und „Asimex“ – ebenfalls Firmen des Bereichs KoKo – Erzeugnisse westlicher Herkunft. Die Beschaffung dieser Produkte über Warenverträge war eine Art Nebenleistung dieser Firmen, die Geschäfte mit Unternehmen auf dem westeuropäischen Markt abwickelten.

Im Laufe der Jahre wuchsen die Konsumbedürfnisse der Politbüromitglieder und ihrer Familien, insbesondere stieg die Nachfrage nach westlichen Konsumgütern. Die Bewohner der Walsiedlung kauften in den 1970er Jahren jährlich Importwaren im Wert von 3 bis 4 Millionen DM ein, die ihnen in einem Verhältnis von etwa 1:1,5 für DDR-Mark angeboten wurden.⁴⁹ Der Anteil der Importe von Textilien, Schuhen, Lederwaren, Nahrungs- und Genussmitteln, Kosmetika sowie von Schmuck und Heimelektronik aus dem westlichen Ausland am Gesamtassortiment nahm in den 1980er Jahren stetig zu. Dieser lag dann bei Textilien bei 70 Prozent und bei Lebensmitteln bei 60 Prozent. In den 1980er Jahren stellte „Letex“ für die Bewohner des sogenannten Innenrings der Walsiedlung jährliche Valutamittel in Höhe von 5 bis 6 Millionen DM zur Verfügung.⁵⁰ 1987 erreichte die Warenbeschaffung aus westlicher Produktion mit einem Wert von über 8 Millionen DM einen absoluten Höhepunkt. Allein für die Jahre von 1980 bis 1989 wurden von der Firma „Letex“ Importwaren im Wert von über 59 Millionen DM in Wandlitz bereitgestellt.⁵¹ Der wertmäßige Umfang der Importbeschaffung in den 1980er Jahren ist aus Tabelle 1 ersichtlich.

Alexander Schalck-Golodkowski gab vor dem Untersuchungsausschuss, den der 12. Deutsche Bundestag zur Tätigkeit des Bereichs Kommerzielle Koordinie-

⁴⁸ Vgl. das Protokoll der Vernehmung von Erich Honecker am 3. September 1990, in: ebenda, Bd. 80.

⁴⁹ Vgl. das Protokoll der Vernehmung von Gerd Schmidt am 22. Januar 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 245/90, Bd. 2.

⁵⁰ Vgl. den „Sachstandsbericht“ des Generalstaatsanwalts der DDR vom 1. März 1990, in: ebenda, Aktenzeichen 2 Js 97/91, Bd. 18.

⁵¹ Vgl. den Vermerk der Staatsanwaltschaft Berlin vom 15. Februar 1991, in: ebenda, Aktenzeichen 2 Js 245/90, Bd. 87.

rung 1990 eingesetzt hatte, auch detaillierte Einblicke in die Zuständigkeiten und die Praxis der Versorgung in Wandlitz. Den Grundsatzauftrag zur Finanzierung der Valutaimporte habe er mündlich von Mittag und Mielke erhalten. Die organisatorische und finanzielle Abwicklung habe er seinem Stellvertreter Manfred Seidel übertragen. Hinsichtlich der Devisenbeschaffung fügte er hinzu: „Nicht unerwähnt soll bleiben, dass die zur Finanzierung der Valuta-Importe weisungsgemäß bereitgestellten Beträge von jährlich ca. 6,0 Mio. DM vom Bereich Kommerzielle Koordinierung zusätzlich, d. h. außerhalb des damaligen planmäßigen Valutaaufkommens erwirtschaftet wurden.“⁵² Damit war klar, dass die Westimporte für Wandlitz zum überwiegenden Teil aus Einnahmen der Handelskonzerne des Ko-Ko-Bereichs (u. a. Intrac, Transinter, Forum und BIEG) sowie aus dubiosen Geschäften mit Kunstgegenständen und Einnahmen aus dem Häftlingsfreikauf finanziert wurden.⁵³

Nach dem Ende der SED bekannte sich kein Bewohner der Waldsiedlung dazu, dass er gern, freiwillig oder zumindest ohne „inneren Widerwillen“ dort gewohnt hätte. Günter Schabowski verglich die Wohnverhältnisse in Wandlitz mit einer „Gettosituation“, die Annehmlichkeiten eines „goldenen Käfigs“ bot.⁵⁴ Kurt Hager sprach sogar von einem „Internierungslager“.⁵⁵ Hager konnte zudem die offizielle Begründung, die Übersiedlung nach Wandlitz entspräche einem Sicherheitsinteresse, nicht einsehen. „Worin die Sicherheit bestehen sollte, wenn die Mehrheit der Mitglieder des Politbüros in einer Wohnsiedlung konzentriert wurde, war nicht zu verstehen.“⁵⁶ Selbst Honecker hatte angeblich nie ein wirkliches Interesse daran gehabt, von Berlin-Niederschönhausen nach Wandlitz in die Waldsiedlung zu ziehen: „Damals wurde der Beschluss gefaßt, Wandlitz auszubauen. Ich selbst war gar nicht daran interessiert, in die Siedlung zu gehen, und eine Reihe anderer ebenfalls nicht, weil wir doch in einem bestimmten Maße abgeschnitten wurden vom Leben.“⁵⁷ In den 1960er Jahren soll Ulbricht noch versucht haben, den persönlichen Kontakt zwischen den Politbüromitgliedern in Wandlitz aufrechtzuerhalten. „Wissen Sie, ursprünglich war daran gedacht, Wandlitz auszunutzen, um abends mal zusammenzukommen, entweder im Restaurant oder im Kinosaal. Einige Male wurde das auch von Walter Ulbricht organisiert, und wir haben uns einige Filme zusammen angesehen. Aber das ist dann wieder eingeschlafen.“⁵⁸

⁵² Aufzeichnung von Alexander Schalck vom 12. November 1990, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 12. Wahlperiode. Drucksachen Bd. 501. Drucksache 12/7600. Anlagenband 1, Bonn 1994, S. 298.

⁵³ Vgl. den zweiten Teilbericht des 1. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes mit einer Darstellung der zum Bereich Kommerzielle Koordinierung gehörenden Unternehmen vom 9. Dezember 1992, in: Deutscher Bundestag. 12. Wahlperiode. Drucksache 12/3920, Bonn 1992.

⁵⁴ Günter Schabowski, Das Politbüro. Ende eines Mythos, Reinbek bei Hamburg 1990, S. 48.

⁵⁵ Kurt Hager, Erinnerungen, Leipzig 1996, S. 444.

⁵⁶ Ebenda, S. 259.

⁵⁷ Zitiert in: Reinhold Andert/Wolfgang Herzberg, Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör, Berlin/Weimar 1990, S. 379.

⁵⁸ Ebenda, S. 380.

Persönliche Freundschaften konnten sich in der von der Außenwelt abgeschotteten Waldsiedlung kaum entwickeln. Es gab zumindest in den 1970er Jahren noch persönliche Kontakte zwischen einzelnen Politbüromitgliedern und deren Familien, die auf Gemeinsamkeiten der regionalen Herkunft und des beruflichen Werdegangs beruhten. So standen sich Horst Sindermann und Werner Felfe persönlich nahe.⁵⁹ Beide waren vor ihrer Karriere im zentralen Apparat Bezirkschef der SED in Halle gewesen. Darüber hinaus sprach Sindermann in einem Interview von „guten Beziehungen“ zu Hermann Axen und Günther Kleiber. „Da gab's nichts, was zwischen uns stand.“⁶⁰ Zu Stoph habe Sindermann dagegen nie ein enges Verhältnis gehabt, weil dieser völlig zurückgezogen lebte. „Er will keine Kontakte, mit keinem.“⁶¹ Mitunter wurden dienstliche Belange in Wandlitz besprochen. So berichtete Hager in seinen Erinnerungen über den persönlichen Kontakt zum Minister für Staatssicherheit: „Was zu besprechen war, konnte ich mit Erich Mielke persönlich erledigen. Wir trafen uns täglich um 6 Uhr früh im Schwimmbad.“⁶² Natürlich wirkten in der Waldsiedlung auch persönliche Feindschaften nach, so beispielsweise jene zwischen Willi Stoph und Günter Mittag.

In den Anfangsjahren der Waldsiedlung Wandlitz gab es eine Gemeinschaft der Freizeitjäger. So trafen sich Gerhard Grüneberg, Erich Apel und Günter Mittag zu gemeinsamen Jagdausflügen im Staatsjagdgebiet Schorfheide und saßen anschließend im sogenannten Funktionärsklub zusammen.⁶³ Bis zum Tod Apels im Dezember 1965 herrschte zwischen Grüneberg, Apel und Mittag offenbar ein freundschaftliches Verhältnis. In den frühen Jahren trafen sich auch andere Führungsmitglieder im Clubhaus der Waldsiedlung. „Weitere Bewohner, auch Honecker, erschienen in den frühen Jahren [...] regelmäßig zum Skat mit drei, vier Kollegen. Werner Jarowinsky kam oft, Paul Verner vorzugsweise an den Wochenenden, auch Horst Sindermann war häufig Gast.“⁶⁴ Die Familien der Politbüromitglieder feierten in den 1960er Jahren oft gemeinsam den Jahreswechsel in einem Oberhofer Gästehaus. Am Silvesterabend kamen häufig Lotte und Walter Ulbricht dazu.⁶⁵ Nach dem Amtsantritt Honeckers gab es dann den Versuch, den Jahreswechsel mit Politbüromitgliedern und deren Familien in der Waldsiedlung zu feiern. Es war jedoch keiner bereit, mit Honecker und seiner Frau Silvester im Funktionärsklub zu feiern. Die Freizeit verbrachten die meisten Politbüromitglieder und ihre Familien auf ihren Datschen. Auch dies zeigt, wie frostig das Verhältnis zwischen den Politbüromitgliedern in der Honecker-Ära gewesen sein muss.

⁵⁹ Vgl. das Gespräch mit Horst Sindermann, Frau Sindermann und Sohn Michael am 30. November 1989 in Wandlitz, in: Kirschey, Wandlitz/Waldsiedlung, S. 24.

⁶⁰ Ebenda.

⁶¹ Ebenda, S. 24.

⁶² Zitiert in: Hager, Erinnerungen, S. 262f.

⁶³ Vgl. Thomas Grimm, Das Politbüro privat. Ulbricht, Honecker, Mielke & Co. aus der Sicht ihrer Angestellten, Berlin 2004, S. 46.

⁶⁴ Zitiert in: Lothar Herzog, Honecker privat. Ein Personenschützer berichtet, Berlin 2012, S. 49.

⁶⁵ Vgl. Grimm, Das Politbüro privat, S. 60f.; Herzog, Honecker privat, S. 57.

In den 1970er Jahren trafen sich nur noch die leidenschaftlichen Jäger Mittag und Honecker, um gemeinsam auf die Pirsch zu gehen.

Glaubt man den Schilderungen Günter Schabowskis, so hat es in den 1980er Jahren so gut wie keinen direkten Kontakt mehr zwischen den Politbüromitgliedern in Wandlitz gegeben. „Symptomatisch ist, dass ich in Wandlitz kein Haus von innen gesehen habe, nur das von Herrmann. [...] Es hat auch keiner unser Haus gekannt. Wir waren alle isoliert.“⁶⁶ Der Vorstellung, in Wandlitz habe ein Cliquenverhältnis unter den Politbüromitgliedern geherrscht, widersprach Schabowski energisch: „Wir sind nach Hause gekommen, haben uns in unsere Häuser begeben und dort unsere rare Freizeit verbracht. Es hat nicht einmal zum Nachbarhaus familiäre Kontakte gegeben. [...] Es hat auch keiner ein Interesse daran gehabt, privat miteinander zu verkehren.“⁶⁷ Es sei auch nicht üblich gewesen, Politbüromitglieder zu Familien- und Geburtstagsfeiern in Wandlitz einzuladen. „Wenn Honecker Geburtstag hatte, hat er bestenfalls noch Mittag eingeladen, Herrmann schon nicht mehr.“⁶⁸ Auch Herbert Häber, der im Mai 1984 zusammen mit seiner Familie in die Waldsiedlung einzog, nahm mit Erschrecken zur Kenntnis, wie sich die Bewohner voneinander abschotteten. „Also in Wandlitz gab es keine private Kommunikation. Ich war naiv und glaubte, nachdem ich da rausziehen musste, ich müsste einen Einstand geben und meine Nachbarn einladen. Und erntete natürlich ein höhnisches Gelächter, ich wusste gar nicht warum, weil das einfach undenkbar war. Man besuchte sich nicht!“⁶⁹

Am augenfälligsten waren die Bemühungen Mittags, den privaten Kontakt mit Honecker aufrechtzuerhalten. Die engen Beziehungen, die beide pflegten, beruhten jedoch nicht auf persönlicher Freundschaft, sondern auf gegenseitigen Abhängigkeiten. Für Honecker schien Mittag als einziges Politbüromitglied über die wirtschaftspolitische Sachkompetenz zu verfügen, um das ambitionierte Projekt des Sozialprogramms zu realisieren. Mittag hatte den SED-Chef auch stets in der Illusion gestützt, dass es nur auf die Härte und Entschiedenheit ankomme, um die erwarteten Fortschritte in der Volkswirtschaft zu realisieren. Für Mittag wiederum, den Honecker überraschend 1976 nach seiner vorherigen Ablösung wieder als Wirtschaftssekretär eingesetzt hatte, blieb der SED-Chef der Garant, um seine nahezu unbegrenzten wirtschaftspolitischen Befugnisse in der Parteizentrale sichern zu können. Beide unternahmen an den Wochenenden ausgedehnte Jagdausflüge im Staatsjagdgebiet Schorfheide, auf denen politische Entscheidungen des Politbüros beraten und auch entschieden wurden.⁷⁰ Auch Egon Krenz bestätigte die gängige Praxis, während der gemeinsamen Jagdausflüge politische Entscheidungen des Politbüros vorzubereiten: „Allgemein herrschte die Stim-

⁶⁶ Zitiert in: Schabowski, Das Politbüro, S. 25.

⁶⁷ Ebenda, S. 46.

⁶⁸ Ebenda, S. 47.

⁶⁹ Zitiert in: Stuhler, Die Honeckers privat, S. 32f.

⁷⁰ Vgl. Burghard Ciesla/Helmut Suter, Jagd und Macht. Die Geschichte des Jagdreviers Schorfheide, Berlin 2011. Vgl. auch Carl-Heinz Janson, Totengräber der DDR. Wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte, Düsseldorf 1991, S. 239.

mung vor, dass Mittag gemeinsam mit Honecker während ihrer Jagdausflüge zusammen (in der Regel jeden Mittwochnachmittag und jeden Sonnabend- bzw. Sonntagnachmittag) alle Fragen vorbesprachen, die in der darauf folgenden Woche im Politbüro bzw. im Sekretariat behandelt werden sollten.⁷¹

Die Physiotherapeutin Renate Nahacz, die seit 1969 viele Politbüromitglieder in der Walsiedlung Wandlitz medizinisch betreute, gab während der staatsanwalt-schaftlichen Ermittlungen gegen Honecker im Februar 1990 auf die Frage nach den persönlichen Verhältnissen der Politbüromitglieder untereinander zu Protokoll: „Aus meiner Sicht gab es nur wenig familiäre Kontakte. Zum Anfang meiner Tätigkeit (1969) gab es in Wandlitz in den Familien noch Kinder. Ich glaube, dass durch diese Kinder die Beziehungen der Familien untereinander besser waren. Mit dem Erwachsenwerden der Kinder und ihrem Weggang aus Wandlitz zogen sich dann die Familien mehr zurück und kümmerten sich dann um ihre Enkel und diese Familien. Ausgesprochen zurückgezogen lebten die Familien Stoph und Hager.“⁷² Auch die für die Familien Ewald, Warnke und Herrmann in Wandlitz tätige Haushälterin Ulrike Hainke erinnerte sich daran, wie in den späteren Jahren, als die Kinder aus dem Haus waren, der Zusammenhalt zwischen den Funktionsfamilien zunehmend bröckelte. „Mit der Zeit kristallisierte sich heraus, dass man doch nicht so gut miteinander klarkam, teilweise aus Eifersucht, Neid und Ehrgeiz. Manch einer spekulierte, wenn ein Funktionär starb, auf dessen Posten. Zum Beispiel dachte Stoph immer, dass er der Chef würde, wenn Ulbricht geht oder abdankt oder stirbt. Als das nicht der Fall war, wurde Stoph ganz grantig.“⁷³

Die Familie Honecker pflegte in der Walsiedlung Wandlitz keinen dauerhaften persönlichen Kontakt zu anderen Politbüromitgliedern und deren Familien. Bezeichnend für deren private Situation in der Politbürosiedlung ist die Aussage von Honeckers Physiotherapeutin, Erika Steinhorst, die seit 1962 als Angestellte der Außenstelle Wandlitz des Regierungskrankenhauses dort tätig war. Demnach zählten sie und ihr Mann zu den einzigen freundschaftlichen Verbindungen, die die Familie Honecker in Wandlitz unterhielt. Im Februar 1990 führte sie aus: „Ich muss sagen, dass ich und auch meine Familie ein freundschaftliches Verhältnis zur Familie Honecker hatten. Dieses Verhältnis hat sich im Laufe der Jahre entwickelt. Dies dehnte sich dann auch auf meine Familie aus. Ich muss sagen, dass wir für ihn so eine Art Ersatzfamilie waren, dies hängt auch mit dem beruflichen Einsatz seiner Frau zusammen. Er besuchte uns öfters in Libbesicke⁷⁴ und auch wir waren ab und an im Objekt ‚Wildfang‘⁷⁵ und auch in seinem Haus in Wandlitz.“⁷⁶

⁷¹ Protokoll der Vernehmung von Egon Krenz am 23. Juli 1991, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 97/91, Bd. 36.

⁷² Protokoll der Zeugenvernehmung von Renate Nahacz vom 27. Februar 1990, in: ebenda, Bd. 3.

⁷³ Zitiert in: Grimm, Das Politbüro privat, S. 88.

⁷⁴ Wochenendhaus der Familie Steinhorst am Libbesicker See in der Schorfheide/Chorin.

⁷⁵ Jagd- bzw. Forsthaus Honeckers in der Nähe Groß-Schönebecks in der Schorfheide/Chorin.

⁷⁶ Protokoll der Zeugenvernehmung von Erika Steinhorst vom 26. Februar 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 97/91, Bd. 3.

In den 1960er Jahren sah dies noch anders aus. Nach der Erinnerung des früheren Mithäftlings Robert Menzel, der Honecker im Zuchthaus Brandenburg 1937/38 kennenlernte, war die Familie Honecker in den ersten Jahren in Wandlitz an freundschaftlichen Kontakten interessiert. So gab Menzel, der nach 1945 als FDJ-Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt bzw. als FDJ-Vorsitzender des Berliner Landesverbandes oft mit Honecker nicht nur beruflich zusammentraf⁷⁷, während einer Zeugenvernehmung am 16. Februar 1990 zu Protokoll: „Diese Beziehungen waren sehr freundschaftlich, kameradschaftlich. Wir waren im Kreise mit anderen Genossen auch in seiner Wohnung, früher in Pankow, später in Wandlitz. Hier spielten wir öfter Skat. Auch die Beziehungen zu Margot Honecker, die ja aus Halle kam, waren freundschaftlich. Es waren schöne und glückliche Stunden, wenn wir in dieser Gemeinschaft zusammen waren. Diese Runde bestand aus Heinz Keßler⁷⁸, Gerhard Heidenreich⁷⁹, Helmut Hartwig⁸⁰ und anderen.“⁸¹ Nachdem Honecker Parteichef geworden war, so Menzel, seien die Kontakte jedoch mehr oder weniger abgebrochen.

Für sein nachlassendes Interesse an persönlichen Kontakten in der Waldsiedlung nach 1971 gab Honecker in einem späteren Interview eine simple und durchaus einleuchtende Begründung: „Wenn man den Tag über zusammen ist, ich meine jetzt nicht nur in den Sitzungen des Politbüros, sondern auch, wenn man sehr intensive Arbeit hat und sich mittags beim Essen auch noch sprechen kann und sich über diese oder jene Frage austauscht, und man kommt dann spät nach Hause, dann hatte man natürlich die Nase voll. Man brauchte frische Luft für den anderen Tag, so dass, von diesem Gesichtspunkt aus gesehen, man zum größten Teil isoliert in der Familie lebte. [...] Diejenigen, die von großen Spaziergängen in Wandlitz schreiben, haben nicht recht. Die Spaziergänge waren meist innerhalb der Familie.“⁸²

Margot Honecker, die im November 1963 im Alter von 36 Jahren zur Ministerin für Volksbildung der DDR ernannt wurde, empfand im Rückblick das Leben „hinter der Mauer in Wandlitz“ als unangenehm. „Aber das war so aus Gründen der Sicherheit, aus Gründen der Tradition. Ein Privatleben war das nicht. Ich möchte jemand sehen, der mit uns hätte in dieser Beziehung tauschen mögen.“⁸³

⁷⁷ Robert Menzel war von 1953 bis 1982 stellvertretender Minister für Verkehrswesen der DDR.

⁷⁸ Heinz Keßler war von 1948 bis 1950 hauptamtlicher Sekretär des Zentralrats der FDJ und in dieser Funktion in engem beruflichen Kontakt zu Honecker, der danach auch nicht abbrach, als Keßler hohe Ämter in der KVP bzw. NVA übernahm.

⁷⁹ Gerhard Heidenreich war 1949/50 als 2. Sekretär des Zentralrats der FDJ ebenfalls im unmittelbaren Umfeld Honeckers tätig. Heidenreich gehörte 1950 zum Gründungskreis des MfS und machte später in der HV A Karriere, u. a. als Stellvertreter von Markus Wolf.

⁸⁰ Helmut Hartwig war 1950/51 2. Sekretär des Zentralrats der FDJ und damit ein früherer Weggefährte Honeckers an der Spitze des Jugendverbandes. Seit 1951 arbeitete er für die Auslandsaufklärung des MfS als Abteilungsleiter in der HV A.

⁸¹ Protokoll der Zeugenvernehmung von Robert Menzel am 16. Februar 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 6/90, Bd. 46.

⁸² Zitiert in: Andert/Herzberg, Der Sturz, S. 380f.

⁸³ Zitiert in: ebenda, S. 383.

Dass sich die Familie Honecker in der Waldsiedlung trotz der gebotenen Annehmlichkeiten nicht sonderlich wohl fühlte, ist wohl keine reine Schutzbehauptung, die aus dem starken Rechtfertigungsdrang sämtlicher Politbüromitglieder des Jahres 1990 resultierte.

Margot Honecker hielt die Waldsiedlung offenbar schon in den 1960er Jahren für keine glückliche Lösung. Dies geht zumindest aus einem MfS-Dokument der Hauptabteilung XX vom Februar 1965 hervor, das über private Gespräche zwischen IM „Kurt“⁸⁴ und Klaus Korn in den Tagen zwischen Weihnachten und Silvester 1964 informierte.⁸⁵ Korn arbeitete zu dieser Zeit im Ministerium für Volksbildung als wissenschaftlicher Mitarbeiter eng mit Margot Honecker zusammen und wurde im September 1970 Direktor des Instituts für Bildungsökonomie an der neu gegründeten Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) der DDR. IM „Kurt“ notierte die Ansichten Korns zum Leben seiner Chefin in Wandlitz und darüber hinaus zum allgemeinen Lebensstil der Politbüromitglieder sowie die Reaktion der Ministerin wie folgt: „K. Korn diskutiert bei diesen Gesprächen offen über die seiner Meinung nach vorhandenen Mängel in der Führung der SED. Seine Hauptargumente dabei waren, dass deren persönlicher Lebensstil der von südamerikanischen Diktatoren sei, die keine Ahnung mehr hätten, wie es im Leben zugeht. K. Korn habe zusammen mit Margot Honecker deren Geburtstag in einer Villa in der Schorfheide gefeiert. Dabei habe er mit eigenen Augen deren Lebensstil kennengelernt. Alles, was dort verzehrt wurde, stamme aus Westdeutschland und dem kapitalistischen Ausland. Das gehe sogar bis zu Kleinigkeiten und Genußmitteln. Er führe Margot in seinen regelmäßigen Gesprächen, die er mit ihr nach Feierabend habe, immer wieder vor Augen, was sich daraus für Konsequenzen ergeben. Er beweise ihr auch anhand des Lebensstils und der Zitate der Klassiker, dass das nichts mehr mit den Praktiken einer Arbeiterpartei zu tun hat.“⁸⁶ Wie IM „Kurt“ weiter berichtete, würde auch die Ministerin das Leben in der Waldsiedlung „nicht in Ordnung“ finden. Sie hätte zu Korn gesagt, dass Erich Honecker die Siedlung „liquidieren“ werde, sobald er Erster Sekretär geworden sein wird.

Dass Honecker solche Überlegungen anstellte, wurde später von Gisela Glende in einer Zeugenvernehmung bestätigt. 1972 habe er den Leiter der Protokollabteilung des ZK, Jost Becher, und sie gefragt, was mit Wandlitz geschehen soll. „Wir antworteten beide: ‚Abschaffen‘. Er dachte darüber nach und sagte, er müsse das prüfen lassen. Einige Wochen später sagte er mir: ‚Wandlitz müssen wir behalten, wir können das aus Sicherheitsgründen nicht verändern‘.“⁸⁷ Nach der Version

⁸⁴ Zur Identität des Inoffiziellen Mitarbeiters des MfS (IM) „Kurt“ können keine Angaben gemacht werden. Er war vermutlich ein enger Vertrauter von Heinz Adameck, der zu jener Zeit Intendant des Deutschen Fernsehfunks und Präsident des Verbandes der Film- und Fernseh-schaffenden war.

⁸⁵ In einer Publikation von Ed Stuhler wurde aus diesem Dokument ohne Quellenangabe zitiert: Die Honeckers privat. Liebespaar und Kampfgemeinschaft, Berlin 2005, S. 30f.

⁸⁶ Treffbericht von MfS-Oberstleutnant Hans Ludwig über ein Treffen mit IM „Kurt“ vom 4. Februar 1965, in: Archiv BStU, MfS Sekretariat des Ministers 1444.

⁸⁷ Protokoll der Vernehmung von Gisela Glende am 22. November 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 245/90, Bd. 83.

Glendes ließ Honecker die Auflösung der Waldsiedlung in einer Arbeitsgruppe der Abteilung Sicherheitsfragen des ZK prüfen. Diese Arbeitsgruppe soll dann vorgeschlagen haben, die Waldsiedlung bei Wandlitz aufzulösen. Honecker habe sich letztlich jedoch dagegen entschieden.

Klaus Korn, der bisweilen die Wochenenden in der Waldsiedlung verbrachte, um mit der Volksbildungsministerin Redemanuskripte zu überarbeiten und Bildungskonzepte zu entwerfen⁸⁸, beschäftigte der Lebensstil der Führungsmitglieder noch längere Zeit. Am 31. Mai 1965 schilderte Korn in einem vertraulichen Gespräch mit IM „Gerhard“, wie er abermals seine Chefin mit seinen Ansichten zum Leben in Wandlitz konfrontiert habe. IM „Gerhard“ zufolge habe Korn Margot Honecker während seines Aufenthalts in Wandlitz gefragt, „für was sie eigentlich kämpfen, da für sie doch der Kommunismus schon lange ausgebrochen sei. Für alles, was sie reden, haben sie im persönlichen Leben keinerlei Beziehungen mehr. In Wandlitz existiere eine eigene Versorgung, eigene Dienstleistung usw. Wenn er, Klaus Korn, der seiner Chefin jede Rede und Vorlage ausarbeitet, dagegen betrachtet, unter welchen Bedingungen er lebt und wohnt, und wenn er die Dummköpfe sieht, die Abteilungsleiter und Hauptabteilungsleiter sind, packt ihn die Wut.“⁸⁹

Wie aus diesen Berichten deutlich wird, vermochten schon damals viele SED-Mitglieder den abgehobenen Lebenswandel und die Abschottung der Führung nicht mit den Grundsätzen der Partei in Einklang zu bringen, die in öffentlichen Festreden stets verkündet wurden. In der Abgeschiedenheit von Wandlitz hatte sich eine Führungsschicht im Gegensatz zur öffentlichen Selbstinszenierung als Führer einer Arbeiterpartei elitäre Bedingungen geschaffen. Sie verkündete moralische Prinzipien und nutzte, behütet und bewacht von zuletzt rund 650 Angestellten rund um die Uhr, einen abgeschotteten Lebensraum für sich und wenige Begünstigte. Die zitierten Berichte vermitteln daher auch eine Ahnung davon, warum die Skandalisierung des Lebens in der Politbürosiedlung in den öffentlichen Debatten im Herbst 1989 so breiten Raum einnehmen konnte.

Das Leben der Politbüromitglieder in der von der Außenwelt isolierten Wohnanlage wirft ein bezeichnendes Licht auf das Verhältnis zwischen der SED-Führung und der Bevölkerung in der DDR. Letztlich beruhte ja der Bau der Waldsiedlung bei Wandlitz auf der Furcht vor dem Volk. Die Waldsiedlung konnte sicherer durch das MfS abgeschirmt werden als die Stadthäuser in Berlin-Pankow am Majakowski-Ring, in denen zuvor die Politbüromitglieder gewohnt hatten. In der Waldsiedlung entwickelte sich ein eigener Lebensstil der SED-Führung: im goldenen Käfig und doppelt isoliert – vom Volk und voneinander.

⁸⁸ Vgl. den Bericht über das Treffen mit IM „Gerhard“, vermutlich ein persönlicher Referent von Margot Honecker im Ministerium für Volksbildung, vom 15. Januar 1965, in: Archiv BStU, MfS Sekretariat des Ministers 1444.

⁸⁹ Vgl. den Bericht von MfS-Oberstleutnant Hans Ludwig über ein Treffen mit IM „Gerhard“ vom 3. Juni 1965, in: ebenda.

3. Das Politbüro der späten Ulbricht-Ära

Zu Ulbricht gab es Anfang der 1960er Jahre keine personelle Konkurrenz mehr aus der Gruppe alter kommunistischer Spitzenkader. Paul Merker, Franz Dahlem, Wilhelm Zaisser, Rudolf Herrnstadt, Karl Schirdewan und Fred Oelßner waren im Verlauf der 1950er Jahre als Konkurrenten ausgeschaltet worden. Wilhelm Pieck, Präsident der DDR, und Ministerpräsident Otto Grotewohl hatten sich aufgrund schwerer Erkrankungen aus dem politischen Leben zurückgezogen. Pieck starb am 7. September 1960 und Grotewohl am 21. September 1964. SED-Wirtschaftsexperte und Politbüromitglied Heinrich Rau hatte bereits vor seinem frühen Tod am 23. März 1961 an politischem Einfluss verloren. Jene Politbüromitglieder, die, wie Friedrich Ebert, Hermann Matern und Erich Mückenberger, die erbitterten Machtkämpfe an der Spitze der Partei durch ständiges Lavieren in den 1950er Jahren unbeschadet überstanden hatten, waren keine ernsthaften Konkurrenten Ulbrichts.

Lediglich Erich Honecker und Willi Stoph waren denkbare personelle Alternativen zu Parteichef Ulbricht. Stoph war im September 1964 Grotewohl im Amt des Ministerpräsidenten gefolgt. Der gelernte Maurer war seit 1931 Mitglied der KPD und begann 1948 seine Parteikarriere als Leiter der Abteilung Wirtschaft beim Zentralsekretariat bzw. Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik des ZK der SED.⁹⁰ Auf seiner 15. Tagung im Juli 1953 wählte ihn das Zentralkomitee in das Politbüro. Seit 1952 bekleidete Stoph verschiedene Ämter im Ministerrat der DDR: Minister des Innern, Minister für Nationale Verteidigung, Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Vorsitzender des Ministerrates.⁹¹ Stoph sah sich lange Zeit selbst als legitimen Nachfolger im Amt des Parteichefs. Auch die sowjetische Führung sah in ihm einen geeigneten Kandidaten für das Amt des Ersten Sekretärs.

Da sich Ulbricht während seiner Abwesenheit im Politbüro seit 1963 durch Erich Honecker immer häufiger vertreten ließ, galt auch Honecker parteiintern als aussichtsreicher Nachfolger. Die Funktion eines Stellvertreters bzw. Zweiten Sekretärs des ZK gab es offiziell nicht, doch agierte er im Apparat des ZK als „zweiter Mann“ hinter Ulbricht. Honecker war seit Juli 1950 Kandidat des Politbüros und auf der 1. ZK-Tagung am 16. Juli 1958 zum vollwertigen Mitglied des Politbüros aufgerückt. Zuvor hatte ihn das ZK auf einer Tagung im Februar 1958 zum Sekretär des Zentralkomitees bestimmt und ihm die Verantwortung für die Ressorts Sicherheit, Kader und Organisation übertragen. Im Politbüro war er für dieselben Politikbereiche zuständig. In der Machthierarchie der Führungsgremien kam ihm in erster Linie seine Zuständigkeit für die ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen zugute. Hier bündelten sich die Kompetenzen für Polizei, Militär, Staats-

⁹⁰ Vgl. die Kaderakte Willi Stophs, in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/11/v.5495.

⁹¹ Vgl. zur Biografie Stophs: Ulrich Mählert, Willi Stoph – Ein Fußsoldat der KPD als Verteidigungsminister der DDR, in: Hans Ehlert/Armin Wagner (Hrsg.), Genosse General! Die Militärelite der DDR in biographischen Skizzen, Berlin 2003, S. 279–300.

sicherheit, aber auch für sicherheitsrelevante Bereiche der Justiz (Generalstaatsanwalt, Militärstaatsanwalt). Da Honecker auch dem im Februar 1960 per Gesetz der Volkskammer gebildeten Nationalen Verteidigungsrat der DDR als Sekretär angehörte, liefen bei ihm die Fäden sämtlicher sicherheitsrelevanter Bereiche von Partei und Staat zusammen. Eine zentrale Rolle bei der Vorbereitung von Personalentscheidungen spielte die im August 1963 gebildete und ebenfalls von Honecker geleitete Kaderkommission des Sekretariats des ZK der SED.

In den wöchentlichen Sitzungen des Politbüros präsentierte sich der ehrgeizige Honecker als Erfüllungsgehilfe des Ersten Sekretärs. Ulbricht überließ ihm im Verlauf der 1960er Jahre de facto die Leitung des Sekretariats, an dessen Beratungen er selbst nur noch selten teilnahm.⁹² Honecker baute – ähnlich wie Ulbricht zu Beginn der 1950er Jahre – das Sekretariat erfolgreich zu seinem persönlichen Machtzentrum aus und entzog dem Politbüro wichtige Entscheidungsbefugnisse.⁹³ Obwohl es lediglich das Politbüro durch die Kontrolle seiner Beschlüsse unterstützen sollte, verstärkte sich in der Praxis die Tendenz, viele maßgebliche Entscheidungen auf den Sitzungen des Sekretariats zu treffen und anschließend vom Politbüro formell bestätigen zu lassen.

In der zweiten Hälfte der 1960er Jahre gewann der Staatsrat zunehmend an Gewicht, so dass sich sein Vorsitzender Ulbricht in der Öffentlichkeit immer häufiger als Staatsmann und nicht als Parteichef zeigte. Überdies konzentrierte er seine Arbeitsenergie darauf, gesellschaftspolitische Reformen zu initiieren und zu lenken. Am Ende seiner Amtszeit schätzte Ulbricht den Rat und die Ideen renommierter Wissenschaftler weitaus mehr als die bürokratische Routine des Parteiapparates, dem er keine kreativen Lösungen für die gesellschaftspolitischen Probleme mehr zuzutrauen schien. Mit dem Biomediziner Samuel Mitja Rapoport, dem Chemiker Peter Adolf Thiessen, den Physikern Max Steenbeck und Manfred von Ardenne pflegte er beispielsweise einen für SED-Funktionäre ungewöhnlich intensiven Gedankenaustausch. Im Haus des Zentralkomitees hielt sich Ulbricht dagegen nur noch am Dienstag zu den Politbürositzungen auf.⁹⁴

Aus den Machtkämpfen an der Spitze der Partei der Jahre 1956 bis 1958 waren einige Funktionäre als Gewinner hervorgegangen, die in den 1960er und 1970er Jahren innerhalb der SED-Machthierarchie an Einfluss gewannen. Der Leiter der ZK-Abteilung für gesamtdeutsche Fragen Paul Verner wurde im Februar 1958 als Sekretär des ZK eingesetzt. Die 1. ZK-Tagung bestätigte Verner am 16. Juli 1958 als Kandidat des Politbüros. Er übernahm im Februar 1959 von Hans Kiefert die Funktion des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung Berlin. Im Januar 1963 erhielt Verner im Politbüro den Status eines Mitgliedes. Der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Frankfurt/Oder, Gerhard Grüneberg, kam auf dem 7. Plenum des ZK im

⁹² Nach Angaben von Monika Kaiser hatte Ulbricht von 1960 bis 1970 an keiner Sitzung des Sekretariats mehr teilgenommen: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997, S. 371.

⁹³ Vgl. Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale, S. 573.

⁹⁴ Vgl. Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, S. 371.

Dezember 1959 als Kandidat in das Politbüro und wurde im September 1966 Mitglied. 1960 trat er die Nachfolge von Erich Mückenberger als ZK-Sekretär für Landwirtschaft an. Eine höhere Stufe auf der Karriereleiter erreichte auch der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin, Alfred Neumann. Er rückte im Februar 1958 vom Kandidaten zum Mitglied im Politbüro auf und wurde auf der 1. ZK-Tagung am 16. Juli 1958 als ZK-Sekretär gewählt. In der internen Parteihierarchie war auch Albert Norden aufgestiegen. Nachdem er im April 1955 zum ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda berufen worden war, bestimmte ihn das Zentralkomitee im Juli 1958 sogleich zum Vollmitglied im Politbüro. Norden genoss dank seiner agitatorisch-propagandistischen Fähigkeiten und publizistischen Leistungen innerhalb der SED im Vergleich zu anderen Funktionären hohes Ansehen.

In den 1960er Jahren kamen Funktionäre in den engeren Führungszirkel, die in der gesamten Honecker-Ära an Grundsatzentscheidungen der Partei maßgeblich mitwirkten. Nachdem ihn das Zentralkomitee im Januar 1963 vom Kandidaten zum Mitglied des Politbüros befördert hatte, profilierte sich ZK-Sekretär Kurt Hager in der zweiten Reihe hinter Ulbricht, Honecker und Stoph zum einflussreichen Mann in der engeren Führungsspitze. Nach seiner Rückkehr aus der englischen Emigration im Juli 1946 arbeitete Hager, der seit August 1930 der KPD angehörte, zunächst als Redakteur in Berlin und wissenschaftlicher Mitarbeiter bzw. Abteilungsleiter im Forschungsinstitut für wissenschaftlichen Sozialismus beim Parteivorstand der SED in Kleinmachnow bei Berlin – dem Vorläufer des späteren Instituts für Marxismus-Leninismus. Im Februar 1949 begann er seine Karriere im ZK-Apparat: als Leiter der Abteilung Parteischulung beim Parteivorstand der SED und von 1950 bis 1955 als Leiter der Abteilung Propaganda/Wissenschaften des ZK der SED.⁹⁵ Die 23. ZK-Tagung bestätigte ihn im April 1955 als hauptamtlichen Sekretär des ZK. Hager, der in den 1970er Jahren als „Ideologisekretär“ eine wichtige Stütze Honeckers werden sollte, hatte sich fragwürdige Verdienste bei der Durchsetzung marxistisch-leninistischer Glaubenssätze an den Philosophie-Instituten der ostdeutschen Universitäten erworben.⁹⁶ Er wurde im September 1951 ohne ein Universitätsstudium zum ersten ordentlichen Professor und Lehrstuhlinhaber für dialektischen und historischen Materialismus an der Humboldt-Universität zu Berlin berufen.

Hager stand jedoch unter verstärkter Beobachtung, nachdem er während der Stalinismus-Debatte 1956 mit einigen liberalen Ansichten der damaligen Ulbricht-Kritiker sympathisiert hatte. Nach einer würdelosen Selbstkritik auf dem Oktober-Plenum 1957, in der er „ideologische Schwankungen“ und „unklare Hal-tungen“ zugegeben hatte, bestimmte ihn das Zentralkomitee im Juli 1958 zum

⁹⁵ Vgl. die Kaderakte Kurt Hagers, in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/11/v.5319.

⁹⁶ Vgl. Guntolf Herzberg, *Abhängigkeit und Verstrickung. Studien zur DDR-Philosophie*, Berlin 1996; Volker Gerhardt/Hans-Christoph Rauh (Hrsg.), *Anfänge der DDR-Philosophie. Ansprüche, Ohnmacht, Scheitern*, Berlin 2001; Hans-Christoph Rauh/Peter Ruben (Hrsg.), *Denkversuche. DDR-Philosophie in den 60er Jahren*, Berlin 2005.

Kandidaten des Politbüros. Danach machte er durch rüde Attacken auf vermeintliche Oppositionelle sowie undogmatische Gesellschaftswissenschaftler auf sich aufmerksam und initiierte Kampagnen gegen „ideologische Abweichungen“ vom Marxismus-Leninismus. Hager rückte in das Politbüro auf, weil er sich reumütig zeigte und öffentlich die Bereitschaft zur damals üblichen Form der Selbstanklage, der „Selbstkritik“, bekundete. Diese Erfahrung hat ihn offenbar nachhaltig geprägt und bestimmte in den folgenden Jahrzehnten auch sein angepasstes Verhalten gegenüber der Politbüromehrheit. Seine uneingeschränkte Loyalität gegenüber Honecker endete auch nicht nach dessen Sturz im Oktober 1989.

Im Laufe der 1960er Jahre rückten jüngere Funktionäre mit akademischem Hintergrund in die SED-Führungsgremien auf und machten altgedienten Funktionären ernsthafte Konkurrenz oder schoben diese sogar beiseite. So wurde beispielsweise auf der 13. Tagung des ZK im Juli 1961 der damals 43-jährige Erich Apel nach nur vier Jahren SED-Mitgliedschaft zum Kandidaten des Politbüros gewählt. Der gelernte Werkzeugmacher und studierte Maschinenbauingenieur war erst 1954 als Kandidat, 1957 als Mitglied der SED beigetreten und im Februar 1958 von Ulbricht zum Leiter der neu gebildeten Wirtschaftskommission beim Politbüro ernannt worden. Im Mai 1955 hatte ihn die Volkskammer zum Minister für Schwermaschinenbau gewählt. 1960 promovierte Apel mit einer Dissertation zum Chemieprogramm der DDR. Im Januar 1963 übernahm der einschlägig qualifizierte Fachmann in der Nachfolge von Karl Mewis den Vorsitz der Staatlichen Plankommission, zugleich wurde er stellvertretender Ministerpräsident. Damit war Apel in kurzer Zeit an die Spitze des Wirtschaftsapparates aufgestiegen.

Apel übernahm von Mewis ein schwieriges Amt mit persönlichen Risiken: Zwei seiner drei Vorgänger hatten sich beim Versuch, die Wirtschaft der DDR zu stabilisieren, gesundheitlich ruiniert. Heinrich Rau, Planungschef von 1950 bis 1952, dann Außenhandelsminister, erlitt im März 1961, 61 Jahre alt, einen tödlichen Herzinfarkt. Bruno Leuschner, Planungschef von 1952 bis 1961, starb, erst 54-jährig, im Februar 1965. Apel blieben nur wenige Jahre, um den Wirtschaftsbetrieb einigermaßen in Gang zu halten. Er nahm sich am 3. Dezember 1965 in seinem Dienstzimmer das Leben⁹⁷, nachdem am 2. Dezember 1965 auf einer außerordentlichen Politbürositzung nach heftigen Auseinandersetzungen Apels Entwurf für den Fünfjahrplan der Jahre 1966 bis 1970 mit dem Verweis auf das persönliche Versagen den Planungschefs abgeschmettert worden war.⁹⁸

Im Januar 1963 wurden der 35-jährige Wirtschaftswissenschaftler Werner Jarowsky und der 36-jährige Verkehrsexperte Günter Mittag als Kandidaten neu ins Politbüro gewählt. Der gelernte Industriekaufmann Jarowsky war ein bemerkenswerter Seiteneinsteiger. Nach Abschluss seines Studiums der Wirtschafts-

⁹⁷ Vgl. Monika Kaiser, *Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972*, Berlin 1997, S. 105–132; Rainer Karlsch/Agnes Tandler, *Ein verzweifelter Wirtschaftsfunktionär? Neue Erkenntnisse über den Tod Erich Apels 1965*, in: *Deutschland Archiv* 34 (2001), S. 50–65.

⁹⁸ Vgl. das Protokoll Nr. 47/65 über die außerordentliche Sitzung des Politbüros am 2. Dezember 1965, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1015.

wissenschaften 1951 promovierte er an der Humboldt-Universität zu Berlin 1956 und leitete danach das Forschungsinstitut für Binnenhandel des Ministeriums für Handel und Versorgung. Seit 1957 machte er Karriere im Ministerium für Handel und Versorgung: zunächst als Hauptverwaltungsleiter, dann als stellvertretender Minister und schließlich seit 1961 als Staatssekretär. In den kaderpolitischen Beurteilungen wurde stets sein fachliches Können betont. So charakterisierte ihn der Parteisekretär des Ministeriums für Handel und Versorgung als den „mit Abstand qualifiziertesten Mitarbeiter“ im Ministerium.⁹⁹ Die 4. ZK-Tagung bestätigte Jarowsky im November 1963 als hauptamtlichen Sekretär des ZK der SED.

Der gelernte Eisenbahner Mittag konnte im Unterschied zu Jarowsky auf langjährige Erfahrungen im hauptamtlichen Apparat der Partei verweisen. Seine Karriere im zentralen Apparat begann im Januar 1952 als Instrukteur für Eisenbahn im Sektor Verkehr in der ZK-Abteilung Handel und Verkehr. Danach stieg Mittag rasch im ZK-Apparat auf: Im Februar 1953 wurde er als Sektorenleiter für Eisenbahn in der ZK-Abteilung Eisenbahn, Verkehr und Verbindungswesen und im Dezember 1953 als Leiter derselben ZK-Abteilung eingesetzt. Im Juni 1962 bestätigte ihn das Zentralkomitee als Sekretär des ZK. Neben seiner Tätigkeit im hauptamtlichen Apparat bewältigte Mittag an der Hochschule für Verkehrswesen Dresden ein Fernstudium, das er 1956 mit einem Diplom in der Fachrichtung Ingenieur-Ökonomie abschloss. Anschließend begann er an der Dresdener Hochschule für Verkehrswesen eine Aspirantur in der Fachrichtung Wirtschaftswissenschaft, die er 1958 mit einer Promotion zum Doktor der Wirtschaftswissenschaften (Dr. rer. oec.) beendete.¹⁰⁰

Insgesamt kann von einem allgemeinen Trend zur Verjüngung und personellen Erweiterung der Führungsgremien der Partei gesprochen werden. Dies veranschaulicht die Zusammensetzung des Politbüros nach 1963. Das ZK bestätigte am 21. Januar 1963 Erich Apel, Hermann Axen, Karl-Heinz Bartsch, Georg Ewald, Gerhard Grüneberg, Werner Jarowsky, Günter Mittag, Margarete Müller und Horst Sindermann als Kandidaten des Politbüros.¹⁰¹ Außer Apel und Grüneberg hatte keiner der genannten Kandidaten dem bisherigen Politbüro angehört. In das Politbüro rückten insgesamt sieben Funktionäre als Kandidaten auf, die zwischen 32 und 47 Jahre alt waren und von denen fünf eine agrar- bzw. wirtschaftswissenschaftliche Qualifikation vorweisen konnten. Die Gewichte zwischen den Themen, die im Politbüro behandelt wurden, verschoben sich. Das 1963 gewählte Politbüro beschäftigte sich mehr als je zuvor mit wirtschaftspolitischen Themen bzw. Vorlagen zur Reform der planwirtschaftlichen Verwaltung.

Die zentralen Führungsgremien der Partei – Zentralkomitee, Politbüro, Sekretariat – öffneten sich für Wissenschaftler und Praktiker, deren Expertise erwünscht

⁹⁹ Beurteilung der Betriebsparteiorganisation des Ministeriums für Handel und Versorgung vom 22. Dezember 1961, in: Kaderakte Werner Jarowskys, in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/11/v.5349.

¹⁰⁰ Vgl. die Kaderakte Günter Mittags, in: ebenda, DY 30 IV 2/11/v.5409.

¹⁰¹ Vgl. das Protokoll der 1. Tagung des ZK am 21. Januar 1963, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/288.

war. Einzigartig war der rasante politische Aufstieg des 39-jährigen Diplomlandwirts Karl-Heinz Bartsch. Bartsch hatte bis zu seiner Wahl in das Politbüro im Januar 1963 zielstrebig eine Wissenschaftlerkarriere verfolgt. Nach seinem 1949 an der Universität Halle erfolgreich abgeschlossenen Landwirtschaftsstudium arbeitete er an verschiedenen Wissenschaftsinstitutionen: als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Zentralforschungsanstalt für Tierzucht in Dummerdorf, als wissenschaftlicher Assistent am Institut für Tierzucht an der Universität Rostock und als Betriebsleiter am Institut für Tierzuchtforschung in Klausberg im Kreis Eisenach. Seit November 1960 leitete Bartsch als ordentlicher Professor das Institut für Tierzuchtforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seine wissenschaftliche Kompetenz schien dann auch im Landwirtschaftsministerium gefragt zu sein: Im Januar 1963 wurde der Professor zum stellvertretenden Minister für landwirtschaftliche Erfassung und Forstwirtschaft berufen.¹⁰²

Die Karriere dieses Seiteneinsteigers endete im Politbüro so plötzlich, wie sie begonnen hatte. Bartsch wurde bereits wenige Wochen nach seiner Wahl am 9. Februar 1963 aus dem Politbüro sowie aus dem ZK der SED wegen „verschwiegener Mitgliedschaft in der Waffen-SS“ ausgeschlossen.¹⁰³ Nach Informationen der MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg hatte sich Bartsch im Jahre 1941 freiwillig zur Wehrmacht gemeldet und danach in der berüchtigten 3. SS-Panzerdivision „Totenkopf“ und später in der 17. SS-Panzer Grenadierdivision „Götz von Berlichingen“ gedient. Das Kriegsende erlebte er in Saalfelden/Österreich in einem Internierungslager.¹⁰⁴ Kurz nachdem seine Wahl zum Kandidaten des Politbüros im Zentralorgan „Neues Deutschland“ veröffentlicht worden war, machte eine West-Berliner Tageszeitung seine frühere Mitgliedschaft in der Waffen-SS bekannt.¹⁰⁵ Es gab auch einen Leserbrief an das „Neue Deutschland“, der sich darüber empörte, wie Personen mit nationalsozialistischer Vergangenheit in das Politbüro kommen konnten.¹⁰⁶ Offenbar hatte die hierfür zuständige Abteilung 11

¹⁰² Vgl. die Personalakte von Karl-Heinz Bartsch, in: Archiv BStU, MfS AOP 957/67, Bl. 135–137.

¹⁰³ Der Ausschluss von Karl-Heinz Bartsch aus dem Politbüro und Zentralkomitee wegen „Verschweigen der Zugehörigkeit zur Waffen-SS“ wurde am 9. Februar 1963 durch die Politbüromitglieder im Umlauf bestätigt. Vgl. das Protokoll Nr. 2/63 der Sitzung des Politbüros am 5. Februar 1963, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/866.

¹⁰⁴ Vgl. den „Sachstandsbericht“ der Abteilung XVIII/2 der MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg vom 22. Dezember 1965, in: Archiv BStU, MfS AOP 957/67, Bl. 135.

¹⁰⁵ Vgl. Henry Leide, NS-Verbrecher und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, Göttingen 2005, S. 87. Generell zum Umgang mit NS-belasteten Funktionären in der DDR: Heinrich Best/Sandra Meenzen, „Da ist nichts gewesen.“ SED-Funktionäre mit NSDAP-Vergangenheit, in: Deutschland Archiv 43 (2010), S. 222–231; Christiaan Frederik Rüter, Das Gleiche. Aber anders. Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen im deutsch-deutschen Vergleich, in: ebenda, S. 213–221; Sandra Meenzen, Konsequenter Antifaschismus? Thüringische SED-Sekretäre mit NSDAP-Vergangenheit, Erfurt 2011; Annette Winke, Die Verfolgung von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigungen 1949–1969 oder: Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg, Paderborn 2002; Olaf Kappelt, Die Entnazifizierung in der SBZ sowie die Rolle und der Einfluss ehemaliger Nationalsozialisten in der DDR als ein soziologisches Phänomen, Hamburg 2010.

¹⁰⁶ Vgl. den „Sachstandsbericht“ der Abteilung XVIII/2 der MfS-Bezirksverwaltung Neubrandenburg vom 22. Dezember 1965, in: Archiv BStU, MfS AOP 957/67, Bl. 135.

der Hauptabteilung IX des MfS aufgrund der überraschenden Berufung des Institutsleiters Bartsch keine Möglichkeit, die sonst üblichen „kaderpolitischen“ Überprüfungen vorzunehmen. In einem anschließenden Verfahren der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) wurde Bartsch im März 1963 aus der SED ausgeschlossen. Nach seiner Entlassung aus dem Ministerium im März 1963 arbeitete Bartsch als Tierzuchtleiter im Volkseigenen Gut (VEG) Groß-Vielen im Kreis Waren und von 1965 bis 1981 als Direktor im VEG Tierzucht Woldegk im Kreis Strasburg. 1981 wurde er Vorsitzender der LPG (Tierzucht) Göhren im Kreis Strasburg. Seine in den 1970er Jahren wiederholt unternommenen Bemühungen um Wiederaufnahme in die SED scheiterten an der ablehnenden Haltung des Vorsitzenden der ZPKK, Erich Mückenberger.¹⁰⁷

Dass Ulbricht offenbar an allen kaderpolitischen Kontrollinstanzen vorbei den Direktor eines Forschungsinstituts direkt in das Politbüro holte, blieb ein einmaliger Vorgang. Obwohl Bartsch nur kurze Zeit im Politbüro verweilte, zeigt sein Beispiel, wie schnell ausgewiesene Fachleute in den 1960er Jahren innerparteiliche Aufstiegschancen erhielten, die das Netz linientreuer, aber inkompetenter Funktionäre sprengten. In der SED wurden nunmehr Leitungsposten mit Personen besetzt, die über eine entsprechende fachliche Qualifikation verfügten. Diese Praxis stand in deutlichem Gegensatz zu den rigiden politischen Auslesekriterien in den 1950er Jahren, als vorrangig politische Gesinnung und Zuverlässigkeit für eine Karriere im Parteiapparat erforderlich gewesen waren. Diesen Trend zur Kompetenzsteigerung innerhalb der Parteibürokratie beschrieb Peter Christian Ludz mit seiner These von der „Parteielite im Wandel“.¹⁰⁸ Von den fachkompetenten Seiteneinsteigern gingen nicht selten Kreativität und kritische Veränderungsimpulse aus. Die in den 1960er Jahren nachrückende Generation von SED-Funktionären ließ sich von der Einsicht leiten, dass sich eine komplizierter werdende Gesellschaft nicht allein mit ideologischen Appellen und politischen Direktiven steuern ließ, sondern einer weithin versachlichten, qualifizierten Leitungstätigkeit bedurfte.

Die Tendenz zur Verjüngung der Führungsgremien dokumentierte auch das vom VI. Parteitag im Januar 1963 bestätigte Zentralkomitee. Fast die Hälfte der 181 Mitglieder und Kandidaten kam neu in dieses Gremium. Die meisten davon befanden sich in einem Alter zwischen 35 und 40 Jahren. Zugleich erhöhte sich der Anteil der ZK-Mitglieder, die eine abgeschlossene Fach- bzw. Hochschulausbildung vorweisen konnten, von 30 (1958) auf 39 Prozent (1963).¹⁰⁹ Damit stieg die Zahl der jüngeren Facharbeiter, Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler in diesem Gremium. Noch immer dominierten aber hauptamtliche Spitzenfunktionäre aus Partei, Staat und Massenorganisationen. 60 Prozent der ZK-Mitglieder

¹⁰⁷ Vgl. das Schreiben von Erich Mückenberger an Karl-Heinz Bartsch vom 2. März 1974, in: ebenda, MfS BV Nbg III 616/67, Bl. 41.

¹⁰⁸ Vgl. Peter Christian Ludz, *Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung*, Opladen 1970.

¹⁰⁹ Vgl. Amos, *Politik und Organisation der SED-Zentrale*, S. 614.

waren hauptberuflich im Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparat tätig. Das Zentralkomitee blieb jedoch trotz des erkennbaren Öffnungsprozesses ein Akklamationsorgan und entwickelte sich auch in den 1960er Jahren nicht zu einem vollwertigen Koordinations- und Konsultations- oder Beratungsgremium.¹¹⁰ Auf seinen turnusmäßig stattfindenden Tagungen wurden die vom Politbüro bzw. Sekretariat zuvor beschlossenen Verfügungen, Richtlinien und Dekrete per Akklamation einstimmig abgesegnet. Das im Januar 1963 auf dem VI. Parteitag beschlossene neue Statut der SED schrieb vor, dass alle sechs Monate ein ZK-Pleum stattzufinden habe.¹¹¹

Die zweite Hälfte der 1960er Jahre brachte im Politbüro nur geringfügige personelle Veränderungen. Auf dem VII. Parteitag im April 1967 rückte Günther Kleiber als Kandidat des Politbüros in den engeren Führungskreis auf. Der gelernte Elektriker schloss 1958 sein Studium der Elektrotechnik/Elektronik an der Technischen Hochschule Dresden ab und arbeitete anschließend dort am Institut für Luftfahrtgeräte der Fakultät für Luftfahrtwesen bis 1962 als wissenschaftlicher Assistent. Danach war er in der SED-Bezirksleitung Dresden zunächst als politischer Mitarbeiter und seit 1965 als Leiter der Abteilung Elektronik tätig und amtierte seit 1966 als stellvertretender Minister für Elektrotechnik und Elektronik. 1966 bestätigte ihn die Volkskammer zugleich als Staatssekretär für die Koordination des Einsatzes und der Nutzung der EDV beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR.

Mit dem 39-jährigen Diplomwirtschaftler Walter Halbritter kam auf dem VII. Parteitag überdies ein Organisator der Wirtschaftsreform in das Politbüro. Der gelernte Verwaltungsangestellte begann seinen beruflichen Aufstieg 1951 als Referent bzw. als Abteilungsleiter in der Hauptabteilung Staatshaushalt des Ministeriums der Finanzen. Im Januar 1955 wechselte er in den hauptamtlichen ZK-Apparat, wo er bis 1957 als politischer Mitarbeiter im Sektor Finanzen der Abteilung Planung und Finanzen arbeitete. An der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst beendete er im Juni 1957 sein Fernstudium als Diplomwirtschaftler. 1957 stieg er in der ZK-Abteilung zum Sektorenleiter und 1960 zum stellvertretenden Abteilungsleiter auf. Es schien nur eine Frage der Zeit zu sein, wann Halbritter auf die nächsthöhere Ebene berufen werden würde. 1961 ging er jedoch wieder zurück in das Finanzministerium, wo er den Posten des stellvertretenden Ministers übernahm. In den Jahren von 1963 bis 1965 arbeitete Halbritter an der Seite Apels als stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommis-

¹¹⁰ In dieser Hinsicht erwies sich die These von Ludz über die gewandelte Funktion des ZK im SED-Herrschaftssystem als falsch: Ludz, *Parteielite im Wandel*, S. 327. In diesem Kontext erwies sich auch seine These vom Aufstieg einer „institutionalisierten Gegenelite“ an die Macht, der zu einem innersystemischen Wandel führen würde, als nicht zutreffend. Vgl. Jens Gieseke, *Die SED-Parteielite zwischen Wandel und Verharren*. Peter Christian Ludz' Modernisierungstheorie, in: Jürgen Danyel/Jan-Holger Kirsch/Martin Sabrow (Hrsg.), *50 Klassiker der Zeitgeschichte*, Göttingen 2007, S. 111.

¹¹¹ Vgl. Statut der SED, in: *Protokoll der Verhandlungen des VI. Parteitages*, Bd. IV, Berlin 1963, S. 406–436.

sion. 1965 wurde er im Rang eines Ministers zum Leiter des Amtes für Preise ernannt.¹¹²

Die hier skizzierten personellen Veränderungen in der Zusammensetzung des SED-Politbüros zeigen deutlich, wie in der sogenannten Reformphase der 1960er Jahre ausgewiesene Fachleute mit entsprechender akademischer Qualifikation innerparteiliche Aufstiegschancen erhielten. Diese Wege ins Politbüro stehen beispielhaft für die Phase hoher Mobilität in den 1960er Jahren, die deutliche Unterschiede zu den 1950er Jahren aufwiesen. Bis zum Mauerbau vollzogen sich Karrieren zumeist entweder innerhalb der staatlichen oder innerhalb der Parteiebene. So hatten sich in der SED parallele Kaderkorridore für Karrieren auf der Partei- und der staatlichen Ebene herausgebildet – auch, weil ein Wechsel aus dem Parteiapparat zur staatlichen Ebene als wenig prestigeträchtig und eher als Karriereabstieg galt. Das wurde in der späten Ulbricht-Ära anders, so dass es bei den Karriereverläufen zu bemerkenswerten Verzahnungen zwischen Staat und Partei kam. In der Honecker-Ära wurde demgegenüber wieder mit den üblichen Kaderentwicklungsplänen langfristig geplant, um „Nachwuchskader“ über mehrere Stationen im hauptamtlichen Apparat der Partei an die vorgesehenen Funktionen heranzuführen. Die Zeit der fachkompetenten Seiteneinsteiger war dann in der Regel vorbei. Der geradlinigste Weg, um innerhalb der Parteihierarchie aufzusteigen, führte nun wieder über eine hauptamtliche Funktion im Jugendverband FDJ, den insbesondere sein ehemaliger Chef Erich Honecker als „Kampfreserve der Partei“ betrachtete. Als hinreichende fachliche Qualifikation für höhere Parteiämter wurde der Besuch der SED-Parteihochschule angesehen.

4. Der Abbruch der Wirtschaftsreformen und das Ende der Ära Ulbricht

Im Verlauf der 1960er Jahre hatte die Ulbricht-Führung nach systemimmanenten Problemlösungen gesucht, nachdem ihre innerparteiliche Autorität im Ergebnis langwieriger interner Machtkämpfe gesichert schien. Ihr Hauptaugenmerk richtete sich auf die instabile Wirtschaft; aber auch die SED stand im Zentrum von Reformüberlegungen, die auf Konsolidierung und Stabilisierung gerichtet waren. Das Politbüro modifizierte sein Herrschaftskonzept, in dem es nun nicht mehr offener Repression sondern Wohlstandsversprechen auf der Grundlage einer leistungsstarken Wirtschaft Priorität beimaß.¹¹³ Denn nach den verschlissenen Klas-

¹¹² Vgl. die Kaderakte Walter Halbritters, in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/11/v.5321.

¹¹³ Vgl. Christoph Boyer, Die Sozial- und Konsumpolitik der DDR in den sechziger Jahren in theoretischer Perspektive, in: Christoph Boyer/Peter Skyba (Hrsg.), Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR, Dresden 1999, S. 37–48; Peter Hübner, Gesellschaftliche Strukturen und sozialpolitische Handlungsfelder, in: Christoph Kleßmann (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 9, 1961–1971. Deutsche Demokratische Republik. Politische Stabilisierung und wirtschaftliche Mobilisierung, Baden-Baden 2006, S. 79–135.

senkampfpaparen der 1950er Jahre wurde es immer schwieriger, eine glaubhafte Begründung für die „führende Rolle“ der SED in Staat und Gesellschaft zu präsentieren. Das Gesellschaftssystem blieb krisenanfällig und entsprach nicht den Ansprüchen einer modernen Industrienation. Aufgrund der schwachen Wirtschaftskraft konnten die wachsenden Konsumwünsche der Bevölkerung nicht erfüllt werden.

Durch die hauptsächlich in Wirtschaft und Wissenschaft entwickelten Reformkonzepte sollte die Herrschaftspraxis in der späten Ulbricht-Ära modifiziert und effizienter gestaltet werden. Die Reformexperimente waren Bestandteil des gesellschaftlichen Stabilisierungs- und Konsolidierungskonzepts der SED.¹¹⁴ Die SED-Führung unter Ulbricht machte die Lösung sozialer Probleme ausdrücklich von wirtschaftlichen Erfolgen abhängig und interpretierte Sozialpolitik ebenso nachdrücklich als Stimulanz wirtschaftlicher Leistungen.¹¹⁵ An diesen Ansatz knüpfte Honecker schließlich mit seiner Verbindung von Wirtschafts- und Sozialpolitik an. Tatsächlich konnte mit der verkündeten Aussicht auf Verbesserungen der sozialen Lage der Bevölkerung das Herrschaftssystem zeitweilig stabilisiert werden. Die Propaganda der SED konnte für eine bestimmte Zeit die Vorstellungswelt, das Lebensgefühl und das Gesellschaftsbild großer Teile der Bevölkerung beeinflussen. Zu nennen wäre beispielsweise der Slogan von der wissenschaftlich-technischen Revolution, der den Menschen suggerierte, die SED mache sich rechtzeitig den technischen Fortschritt zunutze. Obgleich die DDR den Herausforderungen der wissenschaftlich-technischen Revolution in keiner Weise gewachsen war, blieb diese Suggestion lange Zeit nicht ohne Wirkung.¹¹⁶

Das Politbüro hatte lange Zeit aus einer überzogenen Wissenschafts- und Technikgläubigkeit heraus hohe Erwartungen an die Möglichkeiten technisch-wissenschaftlicher Innovationen geknüpft.¹¹⁷ Die Wissenschaftsgläubigkeit der Ulbricht-Führung nährte die Hoffnung, mit einer Reform des zentralistischen Planungssystems und einer Konzentration des Forschungspotenzials die technologische Rückständigkeit gegenüber den westlichen Industrieländern verringern zu können.¹¹⁸ Die Führungsspitze ging davon aus, dass sich durch einen Modernisie-

¹¹⁴ Vgl. Hubert Laitko, Das Reformpaket der sechziger Jahre – wissenschaftspolitisches Finale der Ulbricht-Ära, in: Dieter Hoffmann/Kristie Macrakis (Hrsg.), *Naturwissenschaft und Technik in der DDR*, Berlin 1997, S. 35–57.

¹¹⁵ Vgl. Hans Günter Hockerts, Grundlinien und soziale Folgen der Sozialpolitik in der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 519–544; Arnd Bauerkämper, *Die Sozialgeschichte der DDR*, München 2005, S. 6–11.

¹¹⁶ Vgl. Stefan Wolle, *Aufbruch nach Utopia. Alltag und Herrschaft in der DDR 1961–1971*, Berlin 2011, S. 145f.

¹¹⁷ Vgl. Agnes Charlotte Tandler, *Geplante Zukunft. Wissenschaftler und Wissenschaftspolitik in der DDR 1955–1971*, Freiberg 2000, S. 217; Tobias Schulz, „Sozialistische Wissenschaft“. Die Berliner Humboldt-Universität (1960–1975), Köln 2010, S. 102–110.

¹¹⁸ Zur Wirtschaftsreform vgl. ausführlich: Jörg Roesler, *Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 und 1970*, Freiburg i. Br. 1990; André Steiner, *Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül*, Berlin 1999.

rungsschub die kapitalistisch hoch entwickelten Gesellschaften ökonomisch, kulturell und politisch überflügeln ließen. So weckten die forcierten Bemühungen um eine Modernisierung der industriellen und wissenschaftlichen Basis Hoffnungen, den Systemwettbewerb in absehbarer Zeit gewinnen zu können. Der Systemwettstreit erhielt deshalb auch in der Richtlinie des Politbüros zur Wirtschaftsreform vom Juni 1963 einen übergeordneten Stellenwert.¹¹⁹ Die Reform der Planwirtschaft sollte dem Zweck dienen, „die Überlegenheit unserer sozialistischen Ordnung gegenüber dem kapitalistischen System in Westdeutschland auch auf ökonomischem Gebiet zu beweisen.“¹²⁰

Die inhaltliche Substanz dieser Hoffnungen schlug sich in der von Ulbricht seit 1968 propagierten Formel vom „Überholen ohne einzuholen“ nieder.¹²¹ Politisch hatte dieser Slogan eine überzeugende Logik, denn nur durch eine höhere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit konnte das System nach innen und außen hinreichend attraktiv gestaltet werden. Das Politbüro ging von der Annahme aus, ein ökonomischer Aufschwung werde auch zur politischen Stabilität der DDR beitragen. Wirtschaftlich war dieses Vorhaben in den anvisierten Fristen allerdings kaum zu erreichen, denn die DDR verfügte nicht über eine ausreichende ökonomische Basis für die Realisierung der hochgesteckten Ziele. Indem dieser Ansatz zur zentralen Begründung der Legitimität der SED-Herrschaft erklärt wurde, stand die SED-Führung unter Erfolgszwang. Die Kopplung von Wohlstandsversprechen und Legitimation der SED-Herrschaft bot zwar die Chance zur zeitweiligen Herrschaftskonsolidierung, vergrößerte aber das Risiko des völligen Scheiterns.¹²²

In seiner Reformbereitschaft war das Politbüro deutlich in zwei Lager gespalten. Strittig waren die modifizierten Herrschaftspraktiken, die Ulbricht angesichts neuer gesellschaftspolitischer Herausforderungen seit dem Mauerbau durchzusetzen versuchte. Mit den Reformexperimenten sollte die Herrschaftspraxis der SED effizienter organisiert werden. Eine anfangs noch defensiv agierende Gruppe um Erich Honecker lehnte dieses gesellschaftliche Stabilisierungs- und Konsolidierungskonzept, das auf ökonomischen Pragmatismus statt auf Klassenkampf setzte, von vornherein ab. Als auf dem VI. Parteitag der SED im Januar 1963 für das Reformkonzept – aus gutem Grund noch nicht durch konkrete Reformziele untersetzt – die Weichen gestellt wurden, waren den Kritikern im Politbüro vorerst die Hände gebunden, denn ein offenes Auftreten gegen einen Parteitagsbeschluss konnte als ein Verstoß gegen die Parteidisziplin ausgelegt werden.¹²³

¹¹⁹ Vgl. das Protokoll Nr. 20/63 der Sitzung des Politbüros am 26. Juni 1963, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/884.

¹²⁰ Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Beschluss des Ministerrates der DDR vom 11. Juli 1963, Berlin 1965, S. 15.

¹²¹ Vgl. André Steiner, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, München 2004, S. 142; ders. (Hrsg.), *Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte?*, Berlin 2006.

¹²² Vgl. Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989*, Frankfurt (M.) 1992, S. 123 ff.

¹²³ Vgl. Steiner, *Die DDR-Wirtschaftsreform*, S. 60–64.

Vor dem Hintergrund der Erprobung neuer planwirtschaftlicher Steuerungselemente erklärte die SED-Führung auf dem VI. Parteitag im Januar 1963 das Konzept der Einheit von Wissenschaft und Produktion zum Kernpunkt jener Wirtschaftsreform in der DDR, die in den folgenden Jahren als „Neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (NÖSPL) bekannt wurde. Sie stellte das Herzstück der Modernisierungsversuche dar, mit denen Ulbricht die Produktionsrückstände gegenüber den westlichen Industrieländern wettmachen wollte. Das 1963 verkündete Reformkonzept kam den sozialen Erwartungshaltungen in der Parteibasis gleich in mehrfacher Hinsicht entgegen: Das NÖSPL stellte die Durchsetzung des Leistungsprinzips in Aussicht, war auf die Entwicklung moderner Produktivkräfte orientiert und versprach eine gewisse Absicherung gegen subjektive Fehlentscheidungen der Wirtschaftsfunktionäre.

Das Konzept des NÖSPL beruhte nicht auf einem Konsens in der SED-Führung. Es nahm 1963 ohne aktive Beteiligung des skeptischen Politbüros konkrete Gestalt an. Das Reformkonzept wurde in der Verantwortung von zwei Wirtschaftsfunktionären erarbeitet, die 1961 bzw. 1963 vom ZK zu Kandidaten des Politbüros gewählt worden waren: Erich Apel, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, sowie Günter Mittag, ZK-Sekretär für Wirtschaft.¹²⁴ Die zentrale Reformgruppe arbeitete unter Leitung von Walter Halbritter am Rande der offiziellen Parteistrukturen.¹²⁵ Zu den Architekten der Wirtschaftsreform gehörte Ulbrichts Wirtschaftsberater Wolfgang Berger, der entscheidende Ideen zu den Reformüberlegungen beitrug.¹²⁶ In ihrem Umfeld agierten jüngere SED-Mitglieder mit wirtschaftswissenschaftlichem Sachverstand, die nicht vor 1933 kommunistisch sozialisiert worden waren und eine neue Generation von „Führungskadern“ repräsentierten. Dazu gehörten Herbert Wolf, Otto Reinhold und Helmut Koziolk. Sie genossen das Vertrauen Ulbrichts, der sich im Politbüro im Unterschied zu den 1950er Jahren für die Reformen einsetzte.¹²⁷ Offensichtlich wurde mit den in der ersten Hälfte der 1960er Jahre konzipierten Reformansätzen zwar an die Diskussion angeknüpft, die der Wirtschaftswissenschaftler Evsei G. Liberman im Herbst 1962 in der Sowjetunion angestoßen hatte, doch wurde ohne direkte Einflussnahmen der sowjetischen Führung experimentiert.¹²⁸

Den entscheidenden Schlüssel für die Wirtschaftsreform sah der Reformflügel der SED in der Umwandlung der Vereinigungen der Volkseigenen Betriebe (VVB), in denen damals die verstaatlichte Industrie organisiert war, von ineffektiven Verwaltungseinheiten in gewinnorientiert operierende Wirtschaftsorganisationen. In

¹²⁴ Vgl. Erich Apel/Günter Mittag, *Ökonomische Gesetze des Sozialismus und neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft*, Berlin 1964.

¹²⁵ Vgl. Steiner, *Die DDR-Wirtschaftsreform*, S. 61.

¹²⁶ Vgl. Wolfgang Berger, *Zu den wissenschaftlichen Grundlagen des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung. Das neue ökonomische System – ein wichtiger Beitrag der SED zur marxistisch-leninistischen Theorie*, Berlin 1966.

¹²⁷ Vgl. Kaiser, *Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker*, S. 57–132; Mario Frank, *Walter Ulbricht. Eine deutsche Biografie*, Berlin 2001, S. 352f.

¹²⁸ Vgl. Herbert Wolf, *Hatte die DDR je eine Chance?*, Hamburg 1991.

der vom SED-Politbüro am 26. Juni 1963 verabschiedeten „Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ war sogar von „sozialistischen Konzernen“ die Rede.¹²⁹ Die Marktkräfte sollten nicht mehr als baldmöglichst zu beseitigender „kapitalistischer Restbestand“ behandelt, sondern für ein effizienteres Wirtschaften nutzbar gemacht werden. Die Richtlinie zielte – innerhalb des planwirtschaftlichen Systems – auf einen ordnungspolitischen Richtungswechsel. Beabsichtigt war, Plan und Markt besser miteinander zu verbinden, um auf diese Weise das Wirtschaften effektiver zu gestalten. Ein übergreifendes theoretisches Bezugssystem, in dem das Verhältnis von Plan und Markt wissenschaftlich erörtert worden wäre, gab es für das NÖSPL allerdings nicht. Somit begann ein langjähriges Experimentieren, um die volkseigenen Betriebe in sozialistische Warenproduzenten umzuwandeln.¹³⁰ Der Sinn der seit 1963 eingeführten Veränderungen bestand darin, die VVB für Innovationen zu öffnen und bei ihnen die Einheit von Forschung und Entwicklung, Projektierung, Produktion und Absatz zu sichern. Von der Wirtschaft sollte ein Impuls für die Suche nach innovativen Lösungen ausgehen, von dem sich die Reformeure auch stimulierende Auswirkungen auf alle anderen gesellschaftlichen Bereiche versprochen.

Nach zwei Jahren fortwährenden Experimentierens, bei dem es zu ständigen Regeländerungen infolge kurzzeitiger Misserfolge kam, begann in den Jahren von 1965 bis 1967 die zweite Phase der Wirtschaftsreform mit veränderten Konditionen. Ulbricht präsentierte im April 1967 auf dem VII. Parteitag der SED das „Ökonomische System des Sozialismus“ mit wiederum abgewandelten Regelungen. In rasantem Tempo wurde versucht, eine strukturell innovationsträge Wirtschaft binnen weniger Jahre in ein hochinnovatives und effizientes wirtschaftliches System umzuwandeln.¹³¹ Die dadurch entstehenden Spannungen und Rückschläge diskreditierten die ursprünglichen Reformideen und schufen damit für die Reformgegner Vorwände, auch die tatsächlich innovativen Momente der Wirtschaftsreform seit Anfang der 1970er Jahre vollständig zurückzunehmen.

Die SED-Führung war – bei aller demonstrativen Einmütigkeit nach außen – in der Frage der Wirtschaftsreformen von Anfang an gespalten. Die Reformgegner im Politbüro hielten es angesichts der parteiinternen Machtkonstellationen für ratsam, sich zunächst zurückzuhalten und ihre grundsätzliche Ablehnung durch scheinbare Loyalität zu überspielen. Sie erhielten nach dem Machtwechsel von Chruschtschow zu Breschnew im Oktober 1964 erheblichen Rückenwind und gaben nach dem ersten Auftreten wirtschaftlicher Schwierigkeiten ihre Zurückhaltung auf. In der oberen Machtetage der SED waren sie in der Mehrheit. Die interne Lagerbildung in der Führungsspitze blieb auch während der Auseinandersetzungen im Politbüro über den wirtschaftspolitischen Kurs der Partei nach dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker bestehen.

¹²⁹ Richtlinie für das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, S. 8.

¹³⁰ Vgl. André Steiner, Weder Plan noch Markt: Bilanz der DDR-Wirtschaftsreformen der sechziger Jahre, in: Repression und Wohlstandsversprechen, S. 29–36.

¹³¹ Vgl. Steiner, Die DDR-Wirtschaftsreform, S. 135–154.

Die Kritiker des wirtschaftspolitischen Reformkurses wurden von Honecker angeführt, der sich seit 1965 immer stärker als Exponent des orthodoxen marxistisch-leninistischen Sozialismuskonzepts profilierte. Zu seinen Anhängern im engeren Führungskreis gehörten Sindermann, Stoph, Axen, Hager, Verner sowie altgediente Funktionäre und kommunistische Traditionsbewahrer wie Alfred Kurella und Alexander Abusch.¹³² Diese Altkommunisten waren wie Honecker innerhalb der kommunistischen Jugendbewegung bzw. der Kommunistischen Internationale in der Endphase der Weimarer Republik politisch sozialisiert worden und hatten das von Stalin geprägte Gesellschafts- und Parteimodell fest verinnerlicht. Sie versuchten, jeden strukturellen Neuansatz rigoros zu unterbinden. Zu den engen Vertrauten Honeckers zählte vor allem Axen, der seit Januar 1963 dem Politbüro als Kandidat angehörte. Axen hatte wie Honecker seine Karriere als Mitbegründer der FDJ und hauptamtlicher Sekretär im Zentralrat der Jugendorganisation begonnen und war im Sekretariat des ZK seit Januar 1966 verantwortlich für internationale Beziehungen.

Honecker und Axen, aber auch andere Mitglieder des engeren Führungszirkels wie Landwirtschaftssekretär Gerhard Grüneberg und der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig Paul Fröhlich sahen in den Reformexperimenten eine Bedrohung des Machtmonopols der SED. Zu den erklärten Gegnern der Reformkonzeption gehörte das Politbüromitglied Alfred Neumann. Neumann, noch am Ende der 1950er Jahre ein enger Vertrauter Ulbrichts, betrachtete die Reformexperimente zunehmend mit Skepsis. In der von Ulbricht auf dem VII. Parteitag 1967 verkündeten These vom Sozialismus als einer „relativ selbstständigen Gesellschaftsformation“ vermisste er die „führende Rolle der SED“, die – obwohl auch Ulbricht nicht daran zu rütteln wagte – nun nicht mehr explizit im Vordergrund stand. In der historischen Rückschau bewertete er die Aktivitäten der Reformer so: „Ich wusste, dass es Gruppen gibt, dass auch Walter Ulbricht seine Gruppe hatte, auch wen er für Ratschläge heranzog. Dazu gehörten Mittag, Apel, Wolf und Berger. Was die da für Quatsch sich ausgedacht haben, erfuhr ich ziemlich schnell.“¹³³ Neumann sah als Vorsitzender des 1961 gegründeten Volkswirtschaftsrates wie andere konservativ denkende Wirtschaftsfunktionäre der Staatlichen Plankommission in den Neuerungen der Wirtschaftslenkung vor allem eine Gefahr für die Erfüllung der jährlichen Volkswirtschaftspläne.

Neumann beteiligte sich allerdings nicht an den machtpolitischen Manövern zum Sturz des Parteichefs, wodurch er nach der Machtübernahme Honeckers im Politbüro isoliert war. Zum Ende seiner Amtszeit konnte sich Ulbricht nur noch auf eine Minderheit im Politbüro stützen. Zu seinen Anhängern gehörten Matern, Norden und bis zu einem gewissen Grad auch Halbritter. Die einzige Frau im Politbüro, Margarete Müller – eine LPG-Vorsitzende und spätere Leiterin der Agrar-Industrie-Vereinigung Friedland –, hielt sich ebenfalls aus allen macht-

¹³² Vgl. Kaiser, *Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker*, S. 168.

¹³³ Zitiert in: Siegfried Prokop im Gespräch mit Alfred Neumann, *Poltergeist im Politbüro*, Frankfurt(Oder) 1996, S. 182.

politischen Intrigen heraus. Sie war im Januar 1963 im Kandidatenstatus in das Politbüro gewählt worden. Die zwei verbliebenen früheren Sozialdemokraten im Politbüro, Erich Mückenberger und Friedrich Ebert, orientierten sich an der jeweiligen Politbüromehrheit.

In den 1960er Jahren glaubte die SED-Führung, die gesellschaftliche Entwicklung strategisch planen, beherrschen und steuern zu können.¹³⁴ Vor dem Hintergrund dieser Annahme wurden Prognosen in den verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen erstellt. Deren Aufgabe bestand darin, komplexe Modelle der zukünftigen gesellschaftlichen Situation zu entwickeln und auf den Grad der Verwirklichung der Zielfunktion zu prüfen.¹³⁵ Viel Zeit und Kraft investierte Ulbricht deshalb in die aufwendige Vorbereitung und Durchführung von Beratungen des im November 1966 gebildeten „Strategischen Arbeitskreises“ beim Politbüro „zur Planung der Strategie der Partei auf den Gebieten der Politik, der Wirtschaft und der Kultur“, den er persönlich leitete, was wiederum seine politische Richtlinienkompetenz untermauern sollte. In diesem „Strategischen Arbeitskreis“ ließ Ulbricht programmatische Materialien ausarbeiten und diskutieren, die ursprünglich der Vorbereitung des VII. Parteitages der SED 1967 dienten. Die Arbeit wurde nach dem Parteitag in sechs Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Politikfeldern weitergeführt (Innenpolitik, Außenpolitik, Wirtschaftspolitik, Wissenschaft und Technik, Kultur, Sozialpolitik).¹³⁶ Die Arbeitsergebnisse hatten programmatischen Charakter. Sie sollten den VIII. Parteitag der SED vorbereiten und seinen Beschlüssen zugrunde gelegt werden. Ulbricht konzipierte gemeinsam mit dem Sekretär des Arbeitskreises, Wolfgang Berger, den für April 1971 geplanten Parteitag als programmatisches Forum, das ganz im Zeichen der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ stehen sollte. Die vorbereiteten Entschlüsse rückten wirtschaftliches Wachstum und Ressourcenmobilisierung in den Mittelpunkt der Parteipolitik.

Als eine Art Zauberformel für die Beherrschung gesellschaftlicher Reproduktionsprozesse galten jetzt die „marxistisch-leninistische Organisationswissenschaft“, die Kybernetik und die Systemtheorie.¹³⁷ Ulbricht förderte die Kybernetik als wissenschaftlich untermauerte Theorie einer „sozialistischen Führungstätigkeit“ in großem Stil, um nicht nur wissenschaftliche, sondern auch staatliche Ent-

¹³⁴ Vgl. Martin Sabrow, Zukunftspathos als Legitimationsressource. Zu Charakter und Wandel des Fortschrittsparadigmas in der DDR, in: Heinz-Gerhard Haupt/Jörg Requate (Hrsg.), Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, ČSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, Weilerswist 2004, S. 165–185.

¹³⁵ Vgl. Ulrike Thoms/Andreas Malycha, Aufbruch in eine neue Zukunft? Biowissenschaftliche Prognosen in der DDR und der Bundesrepublik in den 1960er und 1970er Jahren, in: Heinrich Hartmann/Jakob Vogel (Hrsg.), Zukunftswissen. Prognosen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft seit 1900, Frankfurt (M.) 2010, S. 107–134.

¹³⁶ Vgl. Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, S. 400.

¹³⁷ Vgl. Tandler, Geplante Zukunft, S. 301–312; Jakob Tanner, Komplexität, Kybernetik und Kalter Krieg. „Information“ im Systemantagonismus von Markt und Plan, in: Michael Hagner/Erich Hörl (Hrsg.), Die Transformation des Humanen. Beiträge zur Kulturgeschichte der Kybernetik, Frankfurt (M.) 2008, S. 377–413.

scheidungsprozesse und Handlungsabläufe zu optimieren.¹³⁸ All jene mit enormem Aufwand im „Strategischen Arbeitskreis“ vorbereiteten programmatischen Materialien wurden jedoch Makulatur, als Ulbricht als Parteichef abgelöst wurde. Der „Strategische Arbeitskreis“ musste die Arbeit einstellen.

Der Sieg im Systemwettstreit an der Trennlinie zwischen den Militärblöcken war für Ulbricht zentral für das Überleben der DDR. In diesem vornehmlich ökonomischen Wettbewerb stand Ende der 1960er Jahre nicht mehr ausschließlich der Konsum der Bevölkerung im Vordergrund, sondern die Produktivität in der Industrie, in der sich die Überlegenheit des planwirtschaftlichen Modells erweisen sollte. Selbst angesichts des Scheiterns der Wirtschaftsreform schrieb Ulbricht am 2. Juni 1970 in einem Brief an Breschnew von seiner Gewissheit, dass die industriegesellschaftliche Modernisierung der DDR mit Hilfe der „Produktivkraft Wissenschaft“ gelingen werde.¹³⁹ Entsprechend seiner Prognose sollten bis Ende der 1970er Jahre die wirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um in der DDR den Übergang zur kommunistischen Gesellschaft einzuleiten. Dieser übersteigerte Optimismus gründete sich auf den in der SED weit verbreiteten Glauben an die Möglichkeit, mit Hilfe der Wissenschaften, insbesondere neuer oder wieder entdeckter Wissenschaftsdisziplinen, den ökonomischen Wettstreit der Systeme gewinnen zu können.

Die Praxis stand diesem Anspruch allerdings immer deutlicher entgegen: Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik und damit der materielle Lebensstandard der Bevölkerung waren seit der frühen Nachkriegszeit permanent höher als in der DDR.¹⁴⁰ Um sich dauerhaft als eigenständiger Staat an der Grenze zur Bundesrepublik behaupten zu können, musste, darüber herrschte im Politbüro Klarheit, ein systemgemäßer Ausweg aus der krisenhaften Wirtschaftssituation gefunden werden – und dies überwiegend aus eigener Kraft, denn die Sowjetunion hatte aufgrund eigener Schwierigkeiten die zugesagten wirtschaftlichen Hilfsleistungen an die DDR permanent reduzieren müssen. Daher blieb als Ausweg nur die verstärkte wirtschaftliche Kooperation im Rahmen des RGW oder eine grundsätzliche Umorientierung des Außenhandels der DDR.

Ulbricht und der Reformflügel konnten sich letztlich nicht durchsetzen. Die Wirtschaftsreformen wurden zu Beginn der 1970er Jahre vollständig abgebrochen. Der SED-Chef war Ende der 1960er Jahre an die Grenzen seiner Möglichkeiten gestoßen, Grundsatzentscheidungen mit Hilfe seiner über Jahre hinweg aufgebauten Machthierarchie und persönlichen Autorität durchzusetzen. Das Reformprojekt scheiterte zu einem nicht geringen Teil an innerparteilichen Wider-

¹³⁸ Vgl. Walter Ulbricht, *Probleme der sozialistischen Leitungstätigkeit*, Berlin 1968; Heinz Liebscher, *Kybernetik und Leitungstätigkeit*, Berlin 1966; Georg Klaus, *Kybernetik – eine neue Universalphilosophie der Gesellschaft?*, Berlin 1973.

¹³⁹ Vgl. das Schreiben Ulbrichts an Breschnew vom 2. Juni 1970, in: SAPMO BArch, DY 30/2119.

¹⁴⁰ Vgl. André Steiner, *Preispolitik und ihre Folgen unter den Bedingungen von Diktatur und Demokratie in Deutschland im Vergleich*, in: ders., (Hrsg.), *Preispolitik und Lebensstandard. Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich*, Köln 2006, S. 202f.

sachern im Politbüro und vor allem im hauptamtlichen Apparat. Honecker und den konservativen Reformgegnern gelang es, über ihre Dominanz im Sekretariat des ZK den zentralen Parteiapparat auf ihre Seite zu ziehen, der durch die innerparteilichen Reformen seine Machtpositionen gefährdet sah und von Anfang an den Reformprozess unterlief.¹⁴¹ Zudem konnte sich Honecker auf die meisten Bezirks- und Kreissekretäre stützen, die in ihm einen entschiedenen Interessenvertreter des hauptamtlichen Apparates sahen. Während Ulbricht in den 1960er Jahren in seiner Funktion als Vorsitzender des Staatsrates der DDR immer mehr staatliche Machtbefugnisse an sich zog, verlor er zugleich die Kontrolle über seine ursprüngliche Hausmacht, den Parteiapparat.¹⁴²

Die Konflikte zwischen Ulbricht und seinen Reformstrategen und dem von Honecker geleiteten Flügel der Parteibürokratie wurzelten im Wesentlichen in der von beiden Lagern unterschiedlich beantworteten Frage, ob eine Reform des Herrschaftssystems ohne Gefährdung des gesamten Machtgefüges möglich sei. Offensichtlich sah Ulbricht im Unterschied zu den 1950er Jahren eine derartige Möglichkeit. Er hatte sich zeitweilig für eine Modernisierung von oben mit Hilfe wirtschaftlicher Reformen entschieden, um so die gewaltigen Modernisierungsschübe des Westens auf- und einzuholen. Die Vorstellung, die DDR werde künftig das internationale Leistungsniveau – gerade im Hinblick auf die westlichen Industriestaaten – bestimmen, wurde alsbald von der Realität eingeholt. Das Ausbleiben schneller Erfolge und die Zunahme innerer Widersprüche und Spannungen im Reformprojekt selbst beflügelten die Reformgegner in ihrem Bestreben, diesen Modernisierungskurs aufgrund unkalkulierbarer Risiken abubrechen.

Einer Mehrheit des Politbüros um Honecker erschien die Reform unter dem Gesichtspunkt der Herrschaftssicherung der SED zu riskant. Der konservative Flügel der Parteispitze sah durchaus den Reformbedarf des planwirtschaftlichen Systems, doch fürchtete er die Eigendynamik einmal in Angriff genommener Reformprojekte und den damit drohenden Kontrollverlust über gesellschaftspolitische Entwicklungen. Diese Reformverweigerung bildete bis zum Rücktritt Honeckers im Oktober 1989 eine Konstante und folgte einer gewissen machtpolitischen Logik. Zudem konnte die parteiintern heftig diskutierte Frage, ob die von der SED initiierten Versuche zur Stabilisierung und Konsolidierung der Macht nicht doch an den Fundamenten des ganzen Herrschaftssystems rüttelten und letztlich zum Machtverlust führen würden, der sowjetischen Führung nicht gleichgültig sein. Diese hatte ebenso wie die Mehrheit im Politbüro ein vitales Interesse am Abbruch der Reformversuche.

¹⁴¹ Das war beispielsweise beim Politbürobeschluss über die Organisation der Parteiarbeit nach dem Produktionsprinzip vom 26. Februar 1963 der Fall, durch den Büros für Industrie und Bauwesen und für Landwirtschaft beim Politbüro gebildet wurden, die de facto eine völlig neue Entscheidungs- und Beratungsebene schufen, um bessere Voraussetzungen für die Steuerung, Koordination und Kontrolle der Volkswirtschaft zu schaffen. Vgl. SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/869.

¹⁴² Vgl. Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, S. 371; Frank, Walter Ulbricht, S. 415ff.

Ulbricht beugte sich schließlich der Politbüromehrheit, weil auch für ihn die Sicherung der Macht wichtiger war als eine Fortsetzung des Reformversuchs mit zunehmend ungewissem Ausgang. Die Ereignisse in der Tschechoslowakei hatten gezeigt, wie eine Debatte um Wirtschaftsreformen in eine gesamtgesellschaftliche Diskussion mit unabsehbaren Folgen auch für das politische System münden konnte. Zudem schien der Mehrzahl der Wirtschaftsfunktionäre die Fortsetzung der Reform zu mühsam geworden zu sein. Sie waren nach Jahren zielgerichteter, aber im Detail in sich widersprüchlicher Veränderungen am Wirtschaftsmechanismus reformmüde geworden. Ulbricht scheiterte mit seinen Experimenten an den Unzulänglichkeiten der Reformansätze und vor allem am Widerstand des von ihm selbst etablierten bürokratischen Apparates. Die systemimmanenten Beharrungskräfte erwiesen sich stärker als die Modernisierungs- und Reformversuche.¹⁴³

Seit der Jahreswende 1969/70 nahmen die Spannungen im gesamten Wirtschaftssystem zu. Die Wirtschaftspläne wurden an immer realitätsferneren Zielen ausgerichtet. Der geplante jährliche Produktivitätszuwachs von fast 9 Prozent war nicht erreichbar und entsprach reinem Wunschenken. Dennoch sprach Ulbricht immer noch von „Weltspitze“. Auch bei einer angemessenen Konzentration des Industriepotenzials gab es angesichts der begrenzten Möglichkeiten in der DDR nur geringe Chancen, tatsächlich „Weltniveau“ zu erreichen. Die monatlichen Produktionspläne konnten nicht mehr erfüllt werden. Es kam 1970 zu empfindlichen Versorgungsschwierigkeiten, vor allem in der Zulieferindustrie. Betriebsdirektoren versuchten vergeblich, die Rückstände mit Sonderschichten an den Wochenenden aufzuholen, was unter den Belegschaften Unmut auslöste.¹⁴⁴

Seit Jahresbeginn 1971 intensivierte die Politbüromehrheit um Honecker im Verbund mit dem Sekretariat ihre Bemühungen, die wirtschaftspolitischen Reformversuche nun endgültig zu beenden und rasch zu dem seit Jahrzehnten erprobten Modell zentralistischer staatlicher Planung und Leitung zurückzukehren. Insbesondere argumentierten Mittag, Stoph und Honecker, es wäre angesichts der angespannten Wirtschaftslage unverantwortlich, weiter mit riskanten Wirtschaftsreformen zu experimentieren. Unter dem Eindruck der sich verschärfenden Wirtschaftskrise wurden die Wirtschaftsreformen schließlich abgebrochen. Die ehrgeizigen Projekte scheiterten letztlich am Dilemma der bestehenden Planwirtschaft, die sich aufgrund ihrer Schwerfälligkeit als untauglich für die Beherrschung moderner Produktivkraftentwicklung erwies. Trotz Ökonomisierung der Planung ließen sich ihre grundlegenden Prinzipien nicht überwinden. Die eingeführten Marktelemente wurden weiterhin durch die Planung und den zentralstaatlichen

¹⁴³ Vgl. Steiner, *Weder Plan noch Markt*, S. 35f.; Arnd Bauerkämper/Burghard Ciesla/Jörg Roesler, *Wirklich wollen und nicht richtig können. Das Verhältnis von Innovation und Beherrschung in der DDR-Wirtschaft*, in: Jürgen Kocka/Martin Sabrow (Hrsg.), *Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven*, Berlin 1994, S. 116–121.

¹⁴⁴ Vgl. Steiner, *Von Plan zu Plan*, S. 180–186; Jörg Roesler, *Die Wirtschaft der DDR*, Erfurt 2002, S. 55.

Lenkungsanspruch dominiert.¹⁴⁵ Letztlich scheiterten die Reformer an dem Versuch, marktwirtschaftliche Mechanismen in das bestehende System der Planwirtschaft zu implementieren.¹⁴⁶

Die in den 1960er Jahren unternommenen Versuche, die Wirtschaft durch eine Reform des planwirtschaftlichen Systems von oben zu modernisieren, scheiterten nicht nur an den Reformgegnern im Politbüro und im ZK-Apparat. Die Erkenntnis, dass in modernen Gesellschaften wirtschaftliches Wachstum und wissenschaftliche Leistungsfähigkeit überwiegend auf nicht sicher planbarer und voraussehbarer Innovation beruhen, konnte sich selbst im Reformflügel der SED nicht durchsetzen.¹⁴⁷ Die Notwendigkeit, für unterschiedliche Aufgaben und Bedingungen variable und flexible Organisationsformen zu wählen, wurde im allgemeinen Trend zur Vereinheitlichung und Zentralisation bis zuletzt nicht gesehen. So verhinderten auch die in der Reformphase modifizierten Methoden der Wirtschaftsplanung die nötige Flexibilität und Entwicklungsfähigkeit des DDR-Wirtschaftssystems. Die Wirtschaft blieb einem unflexiblen Planungssystem unterworfen, welches wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Innovationen hemmte und nicht förderte.¹⁴⁸ Vor allem aber zeigte das Politbüro auch unter Ulbrichts Führung keinerlei Bereitschaft, Abstriche an seiner uneingeschränkten Führungsrolle zuzulassen. Die Demokratisierung des politischen Systems stand nicht auf der Agenda des Reformflügels der SED. Vor dem Erfahrungshintergrund der Krisen der 1950er Jahre sollte ja gerade die Steuerungs- und Kontrollkompetenz der Partei erhöht werden. Damit ergab sich aber auch eine permanente Handlungsüberlastung der Politik, die bis zum Ende der DDR andauerte.

Honecker und seine Mitstreiter entschieden sich mit dem Abbruch der Reformansätze – so unvollständig sie auch gewesen sein mögen – für den uneingeschränkten Machterhalt und ein pragmatisches Lavieren unter Verzicht auf strategisches Handeln. Seitdem waren strukturell bedeutsame Reformen chancenlos,

¹⁴⁵ Vgl. André Steiner, Reformen in der DDR der sechziger Jahre: Planwirtschaft auf dem Weg zum Markt?, in: Christoph Boyer (Hrsg.), Sozialistische Wirtschaftsreformen. Tschechoslowakei und DDR im Vergleich, Frankfurt (M.) 2006, S. 125–190.

¹⁴⁶ Vgl. Steiner, Weder Plan noch Markt, S. 29ff.

¹⁴⁷ Vgl. Hans-Jürgen Wagener, Zur Innovationsschwäche der DDR-Wirtschaft, in: Johannes Bähr/Dietmar Petzina (Hrsg.), Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen. Vergleichende Studien zur wirtschaftlichen Entwicklung im geteilten Deutschland 1945–1990, Berlin 1996, S. 21–48.

¹⁴⁸ Vgl. zur Funktionsweise der Planwirtschaft: János Kornai, Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus, Baden-Baden 1995; M. Rainer Lepsius, Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 17–30; Rainer Weinert, Wirtschaftsführung unter dem Primat der Parteipolitik, in: Theo Pirker/M. Rainer Lepsius/Rainer Weinert/Hans-Hermann Hertle (Hrsg.), Der Plan als Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen, Opladen 1995, S. 285–308; André Steiner, Die DDR als ökonomische Konkurrenz: Das Scheitern des „zweiten deutschen Staates“ als Vergleichswirtschaft, in: Werner Plumpe/Joachim Scholtyseck (Hrsg.), Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft. Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik, Stuttgart 2012, S. 151–178.

sie konnten nur noch gegen die SED durchgesetzt werden und liefen damit zwangsläufig auf einen Systemwechsel hinaus.

5. Der Sturz Ulbrichts

Mit dem Sturz Chruschtschows am 13. Oktober 1964 änderten sich im Verhältnis zwischen SED- und KPdSU-Führung die politischen Rahmenbedingungen. Während der Amtszeit Chruschtschows waren die sowjetischen Einflussnahmen und direkten Kontrollen tendenziell zurückgegangen, so dass sich der innenpolitische Gestaltungsrahmen insbesondere zwischen 1962 und 1964 erweitert hatte.¹⁴⁹ Dies hatte sich während der Ausarbeitung und Umsetzung des Konzepts der Wirtschaftsreform gezeigt, doch blieb der Handlungsspielraum der DDR aufgrund der wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Sowjetunion eng begrenzt.¹⁵⁰ Von politischer Souveränität konnte auch in diesen Jahren nicht ansatzweise gesprochen werden.¹⁵¹ Als neuer KPdSU-Generalsekretär folgte Leonid Breschnew, der wieder stärker als sein Vorgänger die von Lenin und Stalin geprägten kommunistischen Werte und Ideale sowie die orthodoxe marxistisch-leninistische Ideologie in den Vordergrund rückte. Die 1956 eingeleitete, aber nicht konsequent weitergeführte Entstalinisierung wurde jetzt endgültig für beendet erklärt. Die neue sowjetische Parteispitze um Breschnew begegnete den Reformprojekten in der DDR mit zunehmendem Misstrauen und wachsender Ablehnung.¹⁵²

Nach einer kurzen Phase der Zurückhaltung war Breschnew bestrebt, seine osteuropäischen Bündnispartner wieder an die „kurze Leine“ zu nehmen, was in der „Breschnew-Doktrin“ sichtbaren Ausdruck fand.¹⁵³ Sie schränkte die staatliche und politische Souveränität der osteuropäischen Staaten wieder drastisch ein und leitete aus der erklärten „begrenzten Souveränität“ das grundsätzliche Recht ab, militärisch einzugreifen, wenn in einem dieser Staaten der Sozialismus bedroht war. Die „Breschnew-Doktrin“ wurde am 12. November 1968 verkündet, um den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei vom 21. August nachträglich zu rechtfertigen.¹⁵⁴ Die sowjetische Führung bemühte

¹⁴⁹ Vgl. Jörg Roesler, Der Handlungsspielraum der DDR-Führung gegenüber der UdSSR. Zu einem Schlüsselproblem des Verständnisses der DDR-Geschichte, in: ZfG 41 (1993), S. 297.

¹⁵⁰ Vgl. Steiner, Die DDR-Wirtschaftsreform, S. 55; Ralf Ahrens, Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW – Strukturen und handelspolitische Strategien 1963–1976, Köln 2000, S. 144–147.

¹⁵¹ Vgl. Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989, München 2007, S. 217.

¹⁵² Vgl. ebenda, S. 225–228.

¹⁵³ Vgl. Boris Meissner, Die Breschnew-Doktrin. Das Prinzip des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ und die Theorie von den „verschiedenen Wegen zum Sozialismus“, Köln 1969, S. 47 f.

¹⁵⁴ Vgl. die Rede Leonid Breschnews auf dem V. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei am 12. November 1968 in Warschau, in: Europa-Archiv 24 (1969), Folge 11, 10. Juni 1969, S. D 257 ff.

sich im Rahmen ihrer Politik der „friedlichen Koexistenz“ von nun an stärker als zuvor um den Blockzusammenhalt unter konservativen ideologischen Vorzeichen.¹⁵⁵

Gegenüber der sowjetischen Führung präsentierte sich Ulbricht mit einem gesteigerten ostdeutschen Selbstbewusstsein, das sich auf die in den 1960er Jahren gewachsene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gründete.¹⁵⁶ Die oberlehrerhafte Art, mit der Ulbricht den sowjetischen Genossen begegnete, störte Breschnew besonders. Während der bilateralen Treffen zwischen Spitzenpolitikern der KPdSU und der SED stellte Ulbricht die Entwicklung in der DDR als Vorbild heraus, auch im Vergleich mit der UdSSR. Während eines Vier-Augen-Gesprächs mit Honecker am 28. Juli 1970 beklagte Breschnew gerade diese arrogante Haltung: „Ich möchte es offen als Kommunist zu Kommunist sagen, es gibt bei Ihnen eine gewisse Überheblichkeit gegenüber anderen sozialistischen Ländern, ihren Erfahrungen, Methoden der Leitung usw. Es gibt dies auch gegenüber uns.“¹⁵⁷ Mit sichtlicher Empörung tadelte Breschnew die Anmaßung Ulbrichts, in der DDR das beste Modell des Sozialismus entwickelt zu haben. In unangenehmer Erinnerung war Breschnew sein Besuch im Oktober 1964 in der DDR, als er auf dem Feriensitz des Staatsrates am Döllnsee in der Schorfheide von Ulbricht regelrecht in die Mangel genommen worden war. „Du weißt, damals 1964 Datsche (Döllnsee) – er stellte einfach meine Delegation auf die Seite (Tichonow etc.). Presst mich in ein kleines Zimmer und redet auf mich ein, was alles falsch ist bei uns und vorbildlich bei euch. Es war heiß. Ich habe geschwitzt. Er nahm keine Rücksicht. Ich merkte nur, er will mir Vorschriften machen, wie wir zu arbeiten, zu regieren haben. Läßt mich gar nicht erst zu Wort kommen. Seine ganze Überheblichkeit kam dort zum Ausdruck, seine Missachtung des Denkens, der Erfahrungen anderer.“¹⁵⁸

Bei jeder sich bietenden Gelegenheit strich Ulbricht gegenüber Breschnew die staatliche Selbstständigkeit der DDR heraus und behauptete, dass die DDR eben kein von Moskau ferngesteuerter Satellitenstaat sei. Ulbricht unterstützte zwar die „Breschnew-Doktrin“, wollte sich aber gerade in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit die Bedingungen vom „großen Bruder“ nicht widerspruchslos diktieren lassen. Mit Blick auf die in den 1960er Jahren erzielte Wirtschaftskraft wählte Ulbricht die DDR in der Gruppe der zwanzig führenden Industrie- und Handelsnationen. Im Vergleich zu den 1950er Jahren, als ausschließlich das sowjetische Gesellschaftsmodell in der DDR gerühmt wurde, konnte das Auftreten Ulbrichts durchaus als provokante Haltung gegenüber Moskau gedeutet werden.

¹⁵⁵ Vgl. Bernd Stöver, *Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947–1991*, München 2007, S. 386–394.

¹⁵⁶ Vgl. Wentker, *Außenpolitik in engen Grenzen*, S. 227.

¹⁵⁷ Notizen Erich Honeckers über das Gespräch mit Leonid Breschnew am 28. Juli 1970, zitiert in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik*, hrsg. v. Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs, VI. Reihe/Bd. 1, bearbeitet v. Daniel Hofmann, München 2002, S. 672.

¹⁵⁸ Zitiert in: ebenda, S. 674.

Das anmaßende Verhalten Ulbrichts trug dazu bei, dass die sowjetische Führung intensiv über einen Machtwechsel an der Spitze der SED nachdachte. Doch wurde Breschnew von Ulbricht selbst damit konfrontiert. Während eines Gesprächs mit Breschnew am 7. Oktober 1969 anlässlich der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der DDR soll Ulbricht Honecker als seinen Nachfolger vorgeschlagen haben.¹⁵⁹ Dieser war schon seit längerem der Kandidat der sowjetischen Führung. Unklar blieben lediglich der Zeitpunkt und die Modalitäten des Machtwechsels.

Darüber hinaus steigerten die umstrittenen deutschlandpolitischen Offerten Ulbrichts den Unmut Breschnews.¹⁶⁰ Ulbricht hatte den DDR-Ministerratssitzenden Stoph zu zwei deutsch-deutschen Gipfeltreffen geschickt. Die Regierungschefs beider deutscher Staaten – Willy Brandt und Willi Stoph – trafen sich am 19. März 1970 in Erfurt und am 21. Mai in Kassel.¹⁶¹ Zwar verhandelte Stoph in Erfurt und Kassel im Einvernehmen mit Moskau, doch beobachtete die sowjetische Führung die deutsch-deutschen Annäherungsversuche nicht ohne Argwohn. Die KPdSU-Spitze wollte die Öffnung nach Westen selbst gestalten und lehnte daher einen deutschen Sonderweg kategorisch ab. Eine mögliche deutsch-deutsche Annäherung ohne ausdrückliche Zustimmung Moskaus wollten Breschnew und ebenso seine Nachfolger angesichts der schwelenden nationalen Frage verhindern.¹⁶² Breschnew drängte während eines Gesprächs mit einer SED-Delegation am 21. August 1970 in Moskau darauf, die begonnenen Verhandlungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik nicht weiterzuführen und den begonnenen Prozess der deutsch-deutschen Annäherung abzubrechen.¹⁶³ Abgrenzung statt Dialog – das entsprach ganz dem Ansinnen Honeckers, der sich durch die Haltung des sowjetischen Generalsekretärs bestätigt sah. Allgemein wurde im SED-Politbüro die politische Intervention Breschnews als Parteinahme für die Konservativen um Honecker und als deutlicher Affront gegen Ulbricht gewertet.

Während der eskalierenden Auseinandersetzungen zwischen Honecker und Ulbricht spielten Richtungskämpfe um die Gestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen eine erhebliche Rolle.¹⁶⁴ Die Verfechter einer kompromisslosen Abgrenzungspolitik gegenüber der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler

¹⁵⁹ Vgl. die Notizen über das Gespräch zwischen Erich Honecker und Leonid Breschnew vom 28. Juli 1970, in: ebenda, S. 672.

¹⁶⁰ Vgl. Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, S. 363–365.

¹⁶¹ Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 324–330; Detlef Nakath, Gewaltverzicht und Gleichberechtigung. Zur Parallelität der deutsch-deutschen Gespräche und der deutsch-deutschen Gipfeltreffen in Erfurt und Kassel im Frühjahr 1970, in: *Deutschland Archiv* 31 (1998), S. 196–213.

¹⁶² Vgl. Hans-Hermann Hertle/Konrad H. Jarausch (Hrsg.), *Risse im Bruderbund. Die Gespräche Honecker-Breschnew 1974 bis 1982*, Berlin 2006, S. 20.

¹⁶³ Vgl. den Vermerk über die gemeinsame Besprechung der Delegation des ZK der KPdSU mit der Delegation des ZK der SED am 21. August 1970 in Moskau, veröffentlicht in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik*, VI. Reihe/Bd. 1, S. 761–765.

¹⁶⁴ Vgl. Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, S. 430f.; Jochen Stelkens, Machtwechsel in Ost-Berlin. Der Sturz Walter Ulbrichts 1971, in: *VfZ* 45 (1997), S. 520f.

Willy Brandt beargwöhnten den vorsichtigen Annäherungskurs des SED-Chefs. Die deutsch-deutschen Verhandlungen hatten im Frühjahr 1970 zwar keine greifbaren Resultate gebracht, doch galt in den Augen der ideologischen Dogmatiker im Politbüro die westdeutsche Sozialdemokratie noch immer als „Klassenverräter“, die im Interesse des Monopolkapitals handelte. Insbesondere wertete ZK-Sekretär Axen die Annäherungspolitik als unzulässiges Zugeständnis an die Politik Brandts, die seiner Meinung nach auf ein ideologisches Eindringen in die DDR abziele. Axen, Stoph und Honecker plädierten entschieden dafür, den deutsch-deutschen Dialog durch Maximalforderungen wie der vollen völkerrechtlichen Anerkennung der DDR abzublocken und sich gegenüber der Bundesrepublik strikt abzugrenzen.¹⁶⁵

Ulbricht wertete den Regierungswechsel in Bonn tendenziell positiv und setzte auf Dialog- und Kompromissbereitschaft, um die Spannungen zwischen den beiden deutschen Staaten abzubauen. Verbal hielt Ulbricht noch immer an der Einheit der deutschen Nation fest, obgleich jetzt von zwei gleichberechtigten, souveränen Staaten deutscher Nation gesprochen wurde.¹⁶⁶ Ulbrichts Festhalten an der Sprachregelung von zwei Staaten einer einheitlichen deutschen Nation bestärkte die Politbüromehrheit in ihrer skeptischen Haltung zu der vom Parteichef initiierten Annäherungspolitik. Sie sahen die staatliche Souveränität und demzufolge die innere Stabilität der DDR gefährdet. Argumentationshilfen erhielten sie von Staatssicherheitschef Erich Mielke und Verteidigungsminister Heinz Hoffmann. Mielke wertete die von Bundeskanzler Brandt initiierte „Neue Ostpolitik“ auf einer ZK-Tagung am 12. Dezember 1969 als „eine gesteigerte politisch-ideologische Aufweichungs- und Zersetzungstätigkeit zur Unterminierung der Grundlagen des Sozialismus“.¹⁶⁷ Die Mehrheit im Politbüro um Honecker, Stoph, Hager und Axen wertete die „Neue Ostpolitik“ Brandts auf ähnliche Weise.¹⁶⁸

Viel zu spät erkannte Ulbricht die Folgen der gegen ihn gerichteten Intrigen Honeckers. Erst im Sommer 1970 begann der Erste Sekretär einen verzweifelten Kampf gegen seine drohende Entmachtung, indem er Honecker aus dem Sekretariat entfernen wollte. Auf der Sitzung des Politbüros am 1. Juli 1970 ließ Ulbricht den Punkt „Fragen der Arbeitsweise des Politbüros und des Sekretariats des ZK“ auf die Tagesordnung setzen, um die Dominanz des von Honecker beherrschten

¹⁶⁵ Vgl. Detlef Nakath, *Deutsch-deutsche Grundlagen. Zur Geschichte der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik in den Jahren von 1969 bis 1982*, Schkeuditz 2002, S. 77; Wentker, *Außenpolitik in engen Grenzen*, S. 320–324.

¹⁶⁶ In der am 6. April 1968 durch einen Volksentscheid bestätigten Verfassung war von einem „sozialistischen Staat deutscher Nation“ die Rede. Artikel 8, Absatz 2 erklärte die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen und die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung als „nationales Anliegen“ der DDR. Dieser Passus wurde in der am 7. Oktober 1974 geänderten Fassung gestrichen. Vgl. Siegfried Mampel, *Die sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Text und Kommentar*, Frankfurt (M.) 1972, S. 3ff.

¹⁶⁷ Protokoll der 12. Tagung des ZK der SED am 12./13. Dezember 1969, in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/1/404.

¹⁶⁸ Vgl. Wentker, *Außenpolitik in engen Grenzen*, S. 322.

Sekretariats zu brechen.¹⁶⁹ Hier traten die seit Jahren schwelenden Macht- und Richtungskämpfe zwischen Ulbricht und Honecker offen zutage. Zweifelhaft bleibt, ob der von Ulbricht unternommene Versuch, Honecker von der Funktion als ZK-Sekretär zu entbinden und ihm damit die Machtbasis im Sekretariat zu entziehen, tatsächlich erfolgreich war. Nach Darstellung Monika Kaisers gab es einen entsprechenden Beschluss zur Ablösung Honeckers als ZK-Sekretär, der jedoch aufgrund des heftigen Widerstands der sowjetischen Führung wieder zurückgenommen werden musste.¹⁷⁰

In der folgenden Politbürositzung am 7. Juli standen erneut „Fragen der Arbeitsweise des Politbüros und des Sekretariats des ZK der SED“ auf der Tagesordnung.¹⁷¹ Monika Kaiser zufolge wurde Honecker nun wieder in seine Funktion als ZK-Sekretär eingesetzt.¹⁷² Unabhängig davon, ob dies zutrifft, wirkten die zwei Sitzungen des Politbüros Anfang Juli 1970 als eine Art Fanal. Alle Politbüromitglieder wurden zu Zeugen eines erbitterten Machtkampfes zwischen Ulbricht und Honecker. Auch im Politbüro der KPdSU sorgten die Berichte über den Machtkampf zwischen Honecker und Ulbricht für Unruhe.

Das Missfallen der KPdSU-Führung über die Machtkämpfe an der Spitze der SED bekam Honecker deutlich zu spüren, als er am 28. Juli 1970 Breschnew in einer Klinik bei Moskau besuchte. Breschnews Meinung nach konnten die Entwicklungen an der SED-Spitze zu einer Gefährdung der politischen Stabilität der DDR führen. Der sowjetische Parteichef zeigte sich vom unerwarteten Vorstoß Ulbrichts, Honecker als ZK-Sekretär abzulösen, völlig überrascht. Er gab auch unmissverständlich zu verstehen, dass die sowjetische Führung künftige Alleingänge Ulbrichts gegen Honecker nicht tolerieren werde. „Auf irgendwelche Schritte von Walter, die die Einheit des PB, die Einheit der SED betreffen, werden wir von uns aus entsprechend reagieren [...]. Ich sage dir ganz offen, es wird ihm auch nicht möglich sein, an uns vorbei zu regieren, unüberlegte Schritte gegen Sie und andere Genossen des PB zu unternehmen. Wir haben doch Truppen bei Ihnen. Erich, ich sage Dir offen, vergesse das nie: Die DDR kann ohne uns, ohne die SU, ihre Macht und Stärke – nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR.“¹⁷³ Breschnew forderte Honecker zur Besonnenheit auf. Eine umgehende und vollständige Entmachtung Ulbrichts hielt der sowjetische Parteichef noch nicht für erforderlich. Er plädierte für einen behutsamen Machtwechsel, an dessen Ende Honecker die Führung der Partei übernehmen und Ulbricht Vorsitzender des

¹⁶⁹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Politbüros am 1. Juli 1970, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1290.

¹⁷⁰ Vgl. Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, S. 373f. Das überlieferte Arbeitsprotokoll der Politbürositzung enthält keinen derartigen Beschluss: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2A/1452.

¹⁷¹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Politbüros am 7. Juli 1970, in: ebenda, DY 30/J IV 2/2/1291.

¹⁷² Vgl. Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, S. 374.

¹⁷³ Notizen über das Gespräch zwischen Honecker und Breschnew vom 28. Juli 1970, zitiert in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, VI. Reihe, Bd. 1, S. 670.

Staatsrates bleiben sollten. Die sofortige Ablösung Ulbrichts käme nach Ansicht Breschnews nur in Frage, „wenn es nicht anders geht – aber dann mit Entschlossenheit“.¹⁷⁴ Breschnew kündigte schließlich an, selbst mit Ulbricht über alle strittigen Fragen zu sprechen, „sodass er die Situation begreift“.

Die Gelegenheit zu einem Treffen mit Ulbricht ergab sich Mitte August 1970 anlässlich einer Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten in Moskau. Auf der offiziellen Tagesordnung stand die in Europa eingetretene Lage, nachdem am 12. August 1970 der Moskauer Vertrag zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet worden war. Darin hatte die Bundesrepublik gegenüber der Sowjetunion die existierenden Grenzen in Europa, insbesondere die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie auch die Oder-Neiße-Grenze als unverletzlich anerkannt.¹⁷⁵ Zugleich hatte Bundeskanzler Brandt in Moskau einen „Brief zur deutschen Einheit“ übergeben, in dem darauf verwiesen wurde, dass der Vertrag „nicht im Widerspruch zu dem Ziel der Bundesrepublik steht, auf einen Frieden in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“¹⁷⁶ In der politischen Praxis bedeutete dies, dass Bonn jetzt bereit war, mit der DDR-Regierung zu verhandeln, diese also de facto anzuerkennen und damit auf den bislang hartnäckig verteidigten Anspruch zu verzichten, die einzige legitimierte Vertretung des ganzen deutschen Volkes zu sein.¹⁷⁷

Vor der offiziellen Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses fanden bilaterale Konsultationen zwischen den Führungen der Staatsparteien der osteuropäischen Länder statt. Ulbricht, Stoph, Honecker, Mittag, Hager, Axen, Otto Winzer sowie Werner Eberlein reisten am 19. August nach Moskau. In Abwesenheit Ulbrichts – angeblich hatte er sich aufgrund Unwohlseins in ärztliche Behandlung begeben müssen – kam es am 20. August 1971 in Moskau zu einer separaten Beratung zwischen der sowjetischen Führung und der SED-Delegation, auf der Breschnew den mit der Bundesrepublik unterzeichneten Vertrag würdigte. Zugleich warnte er davor, die DDR weiterhin als Vorbild der sozialistischen Entwicklung in Europa zu preisen: „Man sollte seine Modelle des Sozialismus nicht so anpreisen. Man darf in den anderen Ländern nicht den Eindruck bekommen, dass man alles besser macht, als andere. Es gibt Dinge, die man beachten muss, es gibt nationale Traditionen, auch bei uns. Dies ist wichtig. Man darf keine nationale Überheblichkeit aufkommen lassen. Das ist für uns alle von Schaden.“¹⁷⁸ Abschließend wies Breschnew eindringlich auf die Bedeutung der „politisch-

¹⁷⁴ Ebenda, S. 670f.

¹⁷⁵ Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 329; Werner Link, Die Entstehung des Moskauer Vertrages im Lichte neuer Archivalien, in: VfZ 49 (2001), S. 295–315.

¹⁷⁶ Zitiert in: Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumente von 1949 bis 1994, Köln 1995, S. 338.

¹⁷⁷ Vgl. Heinrich Potthoff, Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961–1990, Berlin 1999, S. 99ff.

¹⁷⁸ Notizen Honeckers über die Ausführungen Breschnews am 20. August 1970, zitiert in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, VI. Reihe, Bd. 1, S. 759.

organisatorischen Einheit“ der Führung der Partei hin. Namen nannte er nicht, doch war allen Anwesenden klar, dass Breschnew keine weiteren Auseinandersetzungen im SED-Politbüro wünschte.

Nach einer Unterredung mit Ulbricht ging Breschnew in einer weiteren Besprechung am folgenden Tag auf die Auseinandersetzungen im SED-Politbüro ein: „Wir erhielten in letzter Zeit einige Signale und Gerüchte, dass bei Euch im Politbüro, sagen wir, Reibereien und Streitigkeiten entstanden sind. Wir sind gegenüber solchen Fragen sehr empfindlich und äußerst aufmerksam. Ich habe gegenüber Gen. Ulbricht diese Fragen aufgeworfen und offen gesprochen.“¹⁷⁹ Erneut stellte Breschnew die „Einheit des Politbüros“ als wichtigsten Garanten für die politische Stabilität der DDR heraus und forderte die anwesenden Politbüromitglieder nachdrücklich dazu auf, den offen ausgebrochenen Streit beizulegen: „Probleme in der Arbeit gibt es immer. Sie müssen in einer sachlichen Atmosphäre gelöst werden.“¹⁸⁰ Auch Ministerpräsident Alexej Kossygin warf beschwichtigend ein: „Manchmal gibt es auch Mißverständnisse. Das braucht aber doch nicht zu Mißtrauen und scharfem Streit zu führen.“¹⁸¹

Breschnew drängte in Moskau also auf ein Ende des offen ausgebrochenen Machtkampfes und wollte Zeit gewinnen – Zeit, in der Ulbricht zur Einsicht gebracht werden sollte, den Posten als Parteichef freiwillig zu räumen und sich mit dem Amt des Staatsratsvorsitzenden zu begnügen. Vorerst sollte der Status quo bewahrt werden. Somit hatte Ulbricht in Moskau dafür gesorgt, dass über seinen Rücktritt in nächster Zeit keine Debatten stattfinden sollten. Zugleich war die Ablösung Honeckers als ZK-Sekretär nun endgültig vom Tisch. Ulbricht ging auf das Versöhnungsgebot Breschnews ein und versprach, die Probleme im Politbüro einvernehmlich zu regeln. „Lieber Genosse Leonid! Seien Sie vollkommen beruhigt! Die Mannschaft wird weiter gemeinsam arbeiten.“¹⁸² Fraglich war nur, wie lange dieser „Burgfrieden“ zwischen den Lagern im SED-Politbüro halten würde. Zudem waren die grundsätzlichen Differenzen zwischen Moskau und Ost-Berlin keineswegs ausgeräumt, wie die provokante Bemerkung Ulbrichts erkennen ließ, mit der er abermals eine gleichberechtigte wirtschaftliche Kooperation mit der Sowjetunion forderte: „Wir wollen uns so in der Kooperation als echter deutscher Staat entwickeln. Wir sind nicht Bjelorussland, wir sind kein Sowjetstaat. Also echte Kooperation“.¹⁸³

Jedoch brachen auf dem Feld der Wirtschaftspolitik die in Moskau nur mühsam gekitteten Konflikte schon bald wieder auf. Streitpunkt war die Frage, wie auf die im Herbst 1970 ausbrechende Wirtschaftskrise, die sich als Versorgungskrise und im Zusammenbruch der bis dahin vernachlässigten Zulieferindustrie äußer-

¹⁷⁹ Vermerk über die Besprechung der Delegation des ZK der KPdSU und der Delegation des ZK der SED am 21. August 1970 in Moskau, in: ebenda, S. 762f.

¹⁸⁰ Zitiert in: ebenda, S. 763.

¹⁸¹ Ebenda.

¹⁸² Zitiert in: ebenda, S. 765.

¹⁸³ Ebenda.

te, reagiert werden sollte.¹⁸⁴ Die für Dezember 1970 anberaumte Tagung des Zentralkomitees sollte darauf überzeugende Antworten geben.

Die volkswirtschaftliche Bilanz, die Paul Verner im Auftrag des Politbüros auf dem 14. ZK-Plenum am 9. Dezember 1970 vorlegte, dokumentierte die tiefe Zerrissenheit der Führung in der Wirtschaftspolitik. Dem Politbüro war es weder gelungen, zu einer realistischen Einschätzung der wirtschaftlichen Krise zu gelangen noch Lösungsvorschläge anzubieten. Der Bericht des Politbüros beschrieb den auslaufenden Fünfjahrplan 1966 bis 1970 als reine Erfolgsgeschichte, in dessen Verlauf sich in der Volkswirtschaft lediglich einige „Spannungen“ ergeben hätten. In diffusen Andeutungen sprach Verner von „unterschiedlichen Ergebnissen der Plandurchführung“ und „entscheidenden Bilanzlücken“ als Ursachen für fehlende Ausrüstungen und Zulieferungen.¹⁸⁵ Zum künftigen Wirtschaftskurs der Partei gab es keine konkreten Festlegungen. In der Diskussion bezeichnete lediglich Alfred Neumann die Wirtschaftslage als besorgniserregend. Die Ursache aller Probleme sah er in der mangelhaften Planungsarbeit, die die Volkswirtschaft in Teilgebiete zergliederte und nicht zusammenhängend analysierte. Notwendig sei aber eine komplexe Sicht auf die Volkswirtschaft. „Ressortwirtschaft können wir gerade auf diesem Gebiet gar nicht brauchen.“¹⁸⁶

In etwas abgeschwächter Form äußerten die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen Werner Krolkowski (Dresden), Harry Tisch (Rostock), Hans Albrecht (Suhl), Alois Pisnik (Magdeburg) und Bernhard Quandt (Schwerin) ihre Sorgen über die angespannte Wirtschaftslage und die schwierige Situation der Industriebetriebe in ihrem Bezirk. Jedoch sprachen auch sie nicht von einer Krise, sondern lediglich von einer „komplizierten Situation“. Um die Probleme nicht offen benennen und die Wirtschaftspolitik Ulbrichts nicht frontal angreifen zu müssen, forderten sie, das Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft zu beachten. Dies galt parteiintern als Chiffre für einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik, insbesondere für einen radikalen Wandel in der Investitionspolitik.

Auf dem ZK-Plenum wurden die Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik indes nicht offen angesprochen, sondern lediglich die nicht mehr aufzuholenden Planrückstände thematisiert. Stoph riskierte einen Seitenhieb auf die überzogenen Planvorgaben der letzten Jahre, indem er in seiner Begründung für den Volkswirtschaftsplan 1971 vor „gewissen subjektivistischen Wünschen“ warnte, „die im Widerspruch zu den realen Möglichkeiten standen. Wir können keine Sprünge machen und zum Beispiel 10 Prozent Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Produktion pro Jahr als Aufgabe stellen, ohne dass dafür reale Voraussetzungen vorhanden sind.“¹⁸⁷ Stoph setzte für den Jahresplan 1971 neue Akzente, die

¹⁸⁴ Vgl. Steiner, Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre, S. 503–520.

¹⁸⁵ Protokoll der 14. Tagung des ZK vom 9. bis 11. Dezember 1970, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/413.

¹⁸⁶ Diskussionsbeitrag Neumanns auf der 14. Tagung des ZK, in: ebenda, DY 30/IV 2/1/415.

¹⁸⁷ Rede Stophs über den Volkswirtschaftsplan 1971, in: ebenda, DY 30/IV 2/1/413.

sich aber noch nicht grundsätzlich von der vom VII. SED-Parteitag beschlossenen Strukturpolitik unterschieden. So müsse man den Fragen der Versorgung der Bevölkerung, des Wohnungsbaus und der Zulieferindustrie wieder größeres Gewicht beimessen. Für die Ausrichtung der Strukturpolitik im kommenden Fünfjahrplan 1971 bis 1975 sprach Stoph von Konsequenzen, ohne diese konkret zu benennen. Den Fünfjahrplanentwurf bezeichnete er als „eine Korrektur bestimmter Vorstellungen, die mit den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus nicht im Einklang stehen“. Damit deutete Stoph vage an, dass die Wirtschaftspläne von nun an auf realistischen ökonomischen Kennziffern beruhen und sich künftig nicht mehr nach weltfremden Illusionen politischer Administratoren richten sollten.

Trotz aller Unentschlossenheit setzte die 14. ZK-Tagung sichtbare Zeichen für eine Korrektur der Wirtschaftspolitik, die maßgeblich von Stoph, Mittag und Honecker getragen wurde. Insbesondere Mittag präsentierte sich plötzlich als ein heftiger Kritiker der seit dem VII. Parteitag 1967 getroffenen wirtschaftspolitischen Entscheidungen.¹⁸⁸ Seit dem Tod Apels 1965 profilierte er sich im Wirtschaftsapparat der SED als zentrale Figur. Allerdings konnte er sich als Architekt der Wirtschaftsreform nur durch einen Schwenk auf die Seite der Reformgegner in der SED-Machthierarchie behaupten. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen Ulbrichts, die Mittag zuvor noch mit unrealistischen Vorhaben und Ideen bedingungslos unterstützt und gegen Widerstände im ZK-Apparat durchgesetzt hatte, attackierte er jetzt heftig. Ein offenes Abrücken von der bislang verfolgten Strukturpolitik, die ja beispielsweise im Maschinenbau und in der chemischen Industrie durch „komplexe Automatisierung“ kurzfristige Produktions- und Effektivitätszuwächse bringen sollte, war jedoch noch nicht erkennbar.

Eine Abkehr vom bisherigen Wirtschaftskurs wurde nunmehr von der überwiegenden Mehrheit des Politbüros mitgetragen. Dies dokumentierten die Stellungnahmen, die Ulbricht Mitte Dezember 1970 von verschiedenen Politbüromitgliedern erhielt und die sich ausnahmslos gegen die Veröffentlichung seines Schlusswortes auf dem 14. Plenum am 11. Dezember 1970 richteten.¹⁸⁹ Mittag behauptete, durch Ulbrichts wirtschaftspolitische Orientierung werde eine gewisse „Verwirrung“ in die Partei hineingetragen. Sein abschließendes Urteil lautete: „Wenn das Schlusswort so veröffentlicht würde, wie es gegenwärtig vorliegt, käme direkt ein Gegensatz zu den von der 14. Tagung des ZK bestätigten Referaten heraus und wir würden in breitem Umfang eine Diskussion über unterschiedliche Auffassungen oder zwei Linien in der Partei bekommen.“¹⁹⁰ Axen sprach sich aus ähnlichen Gründen gegen eine Veröffentlichung des Schlusswortes aus. Seiner Ansicht nach habe der Erste Sekretär die Ursachen für die „aufgetretenen Komplikationen und Schwierigkeiten“ im laufenden Planjahr 1970 zu Unrecht im Mechanismus der Planung und Leitung gesucht und damit die Schuld der Staat-

¹⁸⁸ Vgl. Steiner, Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre, S. 537.

¹⁸⁹ Vgl. Stelkens, Machtwechsel in Ost-Berlin, S. 506f.

¹⁹⁰ Schreiben Mittags an Ulbricht vom 17. Dezember 1970, in: SAPMO BArch, DY 30/2119.

lichen Plankommission bzw. der Regierung in die Schuhe geschoben. Stattdessen seien die außerordentlich hohen Planziele für 1970 von vornherein materiell nicht bilanziert und damit unrealistisch gewesen.¹⁹¹ Auch Hager, Stoph, Verner und Sindermann erhoben gegen den vorliegenden Text Ulbrichts grundsätzliche Einwände und lehnten ebenfalls die Veröffentlichung seines Schlusswortes ab.¹⁹²

Unter dem Eindruck dieser ablehnenden Stellungnahmen verzichtete Ulbricht auf den Abdruck seines Schlusswortes im gedruckten Protokoll der 14. ZK-Tagung.¹⁹³ Dass sich das Politbüro mehrheitlich gegen die Veröffentlichung der Rede des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees auf einer Plenartagung wandte, war ein einmaliger Vorgang. Ganz offensichtlich handelte es sich um eine von Honecker initiierte und untereinander abgestimmte Aktion, die die Autorität des Parteichefs nachhaltig untergrub.¹⁹⁴

Eine Mehrheit im Politbüro hatte sich für eine grundlegende Korrektur der Wirtschaftsstrategie entschieden. Dies zeigte sich auch während der Ausarbeitung des Fünfjahrplanes für die Jahre 1971 bis 1975, die weitgehend in der Verantwortung von Mittag und Honecker lag.¹⁹⁵ Die heftigen Auseinandersetzungen in der Wirtschaftspolitik lähmten die Handlungsfähigkeit des Politbüros. Zentral getroffene Entscheidungen wurden umgehend wieder korrigiert und widersprachen sich häufig. Nach jeder Politbürositzung begann ein ermüdender Kampf um die Interpretation der getroffenen Entscheidungen, je nachdem, ob die Honecker- oder die Ulbricht-Fraktion die Deutungshoheit über die Politbürobeschlüsse für sich reklamierte. Die Uminterpretation und die faktische Zurücknahme zentraler wirtschaftspolitischer Beschlüsse konnte sich die SED-Führung auf Dauer nicht leisten.

Seit Jahresbeginn 1971 intensivierte die Politbüromehrheit um Honecker, Hager, Verner und Mittag ihre Bemühungen, den Wirtschaftskurs zu ändern. Mit dem Politbürobeschluss vom 23. März 1971, der das Hauptaugenmerk nunmehr auf die Erhöhung des Lebensstandards sowie die Erhöhung der Arbeitsproduktivität lenkte und damit die im Juni 1971 verkündete „Hauptaufgabe“ vorwegnahm, wurde die Wende in der Wirtschaftsstrategie endgültig vollzogen.¹⁹⁶ Als Haupthindernis für die Umsetzung dieses Beschlusses betrachtete die Politbüromehrheit den Ersten Sekretär, der sich nur widerwillig und halbherzig den Entscheidungen der Politbüromehrheit beugte.¹⁹⁷

¹⁹¹ Schreiben von Axen an Ulbricht vom 17. Dezember 1970, in: ebenda.

¹⁹² Vgl. die entsprechenden Mitteilungen von Hager, Stoph, Verner und Sindermann, in: ebenda.

¹⁹³ Vgl. den Brief Ulbrichts an die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros vom 17. Dezember 1970, in: ebenda.

¹⁹⁴ So sah es Alfred Neumann nach dem Untergang der DDR: Siegfried Prokop, Ulbrichts Favorit. Auskünfte von Alfred Neumann, Berlin 2009, S. 283.

¹⁹⁵ Vgl. Steiner, Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre, S. 542f.

¹⁹⁶ Vgl. das Protokoll Nr. 13/71 der Sitzung des Politbüros am 23. März 1971, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1331.

¹⁹⁷ Vgl. Jochen Staadt, Walter Ulbrichts letzter Machtkampf, in: Deutschland Archiv 29 (1996), S. 686–700.

Ulbricht verlor nicht nur im Politbüro zunehmend an Unterstützung. Der Chef der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, setzte sich dafür ein, alle Entscheidungen über Produktionskennziffern, Investitionen und Exporte wieder administrativ auf der zentralen Regierungsebene, also innerhalb der Plankommission, zu treffen. Er sprach sich vehement für Plankorrekturen und eine Änderung der Investitionspolitik aus. Als besonderes Ärgernis betrachtete Schürer den deutlichen, obschon im Vergleich zu späteren Jahren moderaten Anstieg der Auslandsverschuldung, vor allem in konvertierbaren Devisen.¹⁹⁸ Dazu trugen seiner Meinung nach Investitionen in Prestigeobjekte bei, die keinerlei ökonomischen Nutzen brächten, so z. B. in die technische Ausstattung des Vergnügungsparks in Berlin-Plänterwald, der am 4. Oktober 1969 eröffnet worden war und rund 20 Millionen Valutamark gekostet hatte. Allein für den Import zweier neuer Achterbahnen der schwäbischen Firma Schwarzkopf GmbH in Münsterhausen hatte der Staatsratsvorsitzende 1,5 Millionen D-Mark bewilligt. Nach Ansicht Schürers könne sich die DDR derart nutzlose Investitionen künftig nicht mehr leisten. Die Auslandsverschuldung und die Investitionspolitik stellte Schürer auch in den folgenden zwanzig Jahren immer wieder im Politbüro zur Diskussion.

Auch Halbritter, der zu den Architekten der Wirtschaftsreformen gehört und sich im Ministerrat der DDR für den Wirtschaftskurs Ulbrichts engagiert hatte, plädierte seit September 1970 für einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel.¹⁹⁹ Ulbrichts Handlungsspielräume verengten sich zusehends. Bereits Ende 1970 wagte es im Politbüro niemand mehr, sich offen zu der auf dem VII. Parteitag beschlossenen Wirtschaftspolitik zu bekennen. Selbst der Erste Sekretär unterstützte nun den neuen wirtschaftspolitischen Ansatz, den Lebensstandard auf der Basis steigender wirtschaftlicher Leistungen deutlich anzuheben. Gleichwohl hielt er an seiner Vision fest, mit Hilfe einer durchgreifenden wissenschaftlichen Modernisierung Anschluss an die führenden Industrienationen des Westen zu finden. Vor allem unter machtpolitischen Aspekten erschien es ihm notwendig, im Wettstreit der Systeme auf ausgewählten Gebieten der Wirtschaft und Wissenschaft „Weltspitze“ bzw. „Weltniveau“ zu erreichen.²⁰⁰

Anfang 1971 ergriffen Honecker und seine Getreuen die Initiative, mit Unterstützung Breschnews Ulbricht zu stürzen. Am 21. Januar 1971 unterzeichneten 13 der insgesamt 20 Mitglieder und Kandidaten des Politbüros einen Brief an die

¹⁹⁸ Vgl. die Ausführungen Gerhard Schürers auf einer Beratung mit den stellvertretenden Vorsitzenden und Abteilungsleitern der SPK am 8. September 1970, in: Bundesarchiv, DE 1/54672.

¹⁹⁹ Vgl. Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, S. 412f.

²⁰⁰ Vgl. André Steiner, Von „Hauptaufgabe“ zu „Hauptaufgabe“. Zur Wirtschaftsentwicklung der langen sechziger Jahre in der DDR, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl-Christian Lammers (Hrsg.), *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2000, S. 218–247; ders., *Anschluß an den „Welthöchststand“? Versuche des Aufbrechens der Innovationsblockaden im DDR-Wirtschaftssystem*, in: Johannes Abele/Gerhardt Barkleit/Thomas Hänseroth (Hrsg.), *Innovationskulturen und Fortschrittserwartungen im geteilten Deutschland*, Köln 2001, S. 71–88.

KPdSU-Führung²⁰¹, in dem sie sich über Ulbricht beschwerten und ihm vorwarfen, Parteibeschlüsse zu missachten.²⁰² In dieser von Honecker initiierten Denunziation baten sie Breschnew, den Partei- und Staatschef zum freiwilligen Rücktritt zu überreden. Als Grund führten sie vor allem seine Weigerung an, die im Politbüro vereinbarte Korrektur der Wirtschaftspolitik zu unterstützen: „Genosse Walter Ulbricht hält sich gar nicht an Beschlüsse und getroffene Vereinbarungen. Er geht nicht von den ZK- und Politbürobeschlüssen aus, sondern stellt gefaßte Beschlüsse immer wieder infrage und zwingt dem Politbüro ständig Diskussionen auf, die es in nicht mehr zu vertretender Weise von der konkreten Arbeit bei der Lösung der wichtigsten Aufgaben abhalten.“²⁰³ Als konkreten Anlass für diese Behauptung führten die Politbüromitglieder das Schlusswort Ulbrichts auf dem ZK-Plenum an: „Nachdem die 14. Tagung des Zentralkomitees (9. bis 11. Dezember 1970) eine realistische Einschätzung der inneren, insbesondere der wirtschaftlichen Entwicklung und eine entsprechende Zielstellung erarbeitet und gebilligt hatte, hielt Genosse Walter Ulbricht ein Schlusswort, das in seiner Grundtendenz nicht mit dem, was auf dieser Tagung gesagt wurde, und unserer gemeinsamen Linie übereinstimmte. Das Politbüro war gezwungen, die Veröffentlichung dieses Schlusswortes abzulehnen.“²⁰⁴ Darüber hinaus verfolge Ulbricht nicht nur in der Wirtschaftspolitik, sondern auch in der Politik gegenüber der Bundesrepublik und der Sowjetunion eine „persönliche Linie“, die „ernste Gefahren“ für die Beziehungen zwischen der SED und der sowjetischen Bruderpartei heraufbeschwöre.

In dem Schreiben an Breschnew brachten die Politbüromitglieder das „hohe Alter“ und Ulbrichts angebliche Selbstüberschätzung ins Spiel. Im Umgang mit den Mitgliedern des Politbüros sei er oft beleidigend und diskutiere von einer Position der Unfehlbarkeit. Als Lösung schlugen sie das vor, was bereits im August 1970 in Moskau verabredet worden war: Ulbricht sollte als Parteichef zurücktreten, aber weiter im Amt des Staatsratsvorsitzenden verbleiben. Und sie fügten hinzu: „Die Tätigkeit des Staatsrates, die heute oft dazu benutzt wird, um ohne das Politbüro Entscheidungen zu treffen, wäre der Kontrolle des Politbüros zu unterstellen. Der Staatsrat müsste seine Aktivitäten auf den Gebieten einstellen, die voll zum Verantwortungsbereich der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gehören.“²⁰⁵ Ulbricht sollte demnach die Möglichkeit genommen werden, Politbürobeschlüsse durch Anordnungen des Staatsrates zu korri-

²⁰¹ Zu den Unterzeichnern des Briefes gehörten: Erich Honecker, Hermann Axen, Gerhard Grüneberg, Kurt Hager, Günter Mittag, Horst Sindermann, Willi Stoph, Paul Verner, Erich Mückenberger, Herbert Warnke, Werner Jarowinsky, Werner Lamberz und Günter Kleiber. Nicht unterschrieben haben Hermann Matern, Alfred Neumann, Albert Norden, Friedrich Ebert, Walter Halbritter, Georg Ewald und Margarete Müller.

²⁰² Vgl. Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, S.433f.; Stelkens, Machtwechsel in Ost-Berlin, S. 507f.

²⁰³ Schreiben von Politbüromitgliedern an das Politbüro des ZK der KPdSU vom 21. Januar 1971, zitiert in: Peter Przybylski, Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, Berlin 1991, S. 297. Vgl. das Original in: SAPMO BArch, DY 30/2119.

²⁰⁴ Zitiert in: Przybylski, Tatort Politbüro, S. 298.

²⁰⁵ Ebenda, S. 301.

gieren bzw. zu unterlaufen. Der Brief der Politbüromehrheit, die im Übrigen auf eine rasche Lösung drängte, machte deutlich, wie groß Ulbrichts Machtverlust in der Parteispitze tatsächlich war.²⁰⁶ Vorerst reagierte Breschnew auf die Petition der Politbüromitglieder nicht. Noch sah er keinen Handlungsdruck, den Machtwechsel umgehend zu vollziehen.

Gegen eine Politbüromehrheit konnte sich Ulbricht zwar nicht behaupten; ohne die Zustimmung der Moskauer Führung war eine Absetzung Ulbrichts jedoch undenkbar. Als eine SED-Delegation mit Ulbricht, Honecker, Stoph und Eberlein als Gast beim XXIV. Parteitag der KPdSU (30. März bis 9. April 1971) in Moskau weilte, nutzte Honecker die Gelegenheit, Breschnew persönlich davon zu überzeugen, dass die Ablösung Ulbrichts nicht länger hinausgeschoben werden könne. Er wiederholte dabei noch einmal jene Argumente, die auch im Brief vom 21. Januar angeführt worden waren: Ulbricht habe immer wieder Einschätzungen und Fragen aufgeworfen, die nicht mit der realen Lage und den Beschlüssen des Politbüros übereingestimmt hätten. Sein Gesundheitszustand und seine körperliche Verfassung hätten sich leider zusehends verschlechtert.²⁰⁷ Wenn es nach dem Willen des Ersten Sekretärs ginge, so mutmaßte Honecker, müssten sich Partei, Staat und Wirtschaft erneut auf „irreale, gefährliche Zielstellungen“ einrichten und das Volk Opfer für die wissenschaftlich-technische Revolution bringen. Mit dem starrsinnigen Festhalten Ulbrichts an einer verfehlten ökonomischen Politik könne der bevorstehende VIII. Parteitag nicht ordnungsgemäß vorbereitet werden. Es könne daher nicht mehr so weitergehen, „so, wie wir es bisher dachten. In dem Maße, in dem er sich weiter vom wirklichen Leben der Partei und den Massen entfernt, gewinnen immer mehr irrealen Vorstellungen und Subjektivismus Herrschaft über ihn.“²⁰⁸ Deshalb trete das Politbüro für eine „parteiliche, kulturvolle Lösung der Fragen“ ein. Honecker verwies auf die zuvor schon mehrfach besprochene Ämtertrennung, wobei er davon sprach, „die Funktion des 1. Sekretärs des ZK für heute und alle Zukunft von der Funktion des Vorsitzenden des Staatsrates“ zu trennen. Welchen Wert die Formulierung „für alle Zukunft“ haben sollte, zeigte sich am 29. Oktober 1976, als sich SED-Chef Honecker von der Volkskammer zum Vorsitzenden des Staatsrates wählen ließ.

Während eines Vier-Augen-Gesprächs zwischen Breschnew und Ulbricht, das am 11. April 1971 in Moskau stattfand, forderte der sowjetische Parteichef Ulbricht nun definitiv zum Rücktritt aus Altersgründen auf.²⁰⁹ Ulbricht willigte unter der Bedingung ein, weiterhin Vorsitzender des Staatsrates bleiben zu können. Damit verband er die Hoffnung, im politischen Leben künftig mitreden zu können. Den Termin des Rücktritts handelte Ulbricht offenbar mit Honecker

²⁰⁶ Honecker hatte sich auch um die Unterschrift Materns unter den Brief vom 21. Januar 1971 bemüht, der zu dieser Zeit im Sterben lag und am 24. Januar 1971 verstarb. Vgl. Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, S. 434.

²⁰⁷ Vgl. die handschriftlichen Notizen Honeckers für das Gespräch mit Breschnew während des XXIV. Parteitages der KPdSU, ohne Datum [März 1971], in: SAPMO BArch, DY 30/2119.

²⁰⁸ Dieses und alle folgenden Zitate ebenda.

²⁰⁹ Vgl. Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, S. 436.

persönlich aus: Er sollte auf der 16. ZK-Tagung am 3. Mai 1971, die der Beratung der Direktive zum Fünfjahrplan der Volkswirtschaft der DDR von 1971 bis 1975 diente, verkündet werden. Im Politbüro kündigte Ulbricht am 27. April 1971 schließlich an, vom ZK-Plenum eine Vorlage „Zu einigen politisch-organisatorischen Fragen“ verabschieden zu lassen, die auch Ulbrichts persönliche Erklärung enthielt, wonach er sich „nach reiflicher Überlegung“ entschlossen habe, um seine Entbindung von der Funktion des Ersten Sekretärs des ZK der SED zu bitten. Das Politbüro bestätigte den Rücktritt Ulbrichts und legte die Wahl Honeckers als neuen Ersten Sekretär auf der kommenden ZK-Tagung fest.²¹⁰

Für den konkreten Zeitpunkt des Machtwechsels am 3. Mai 1971 bedurfte es der ausdrücklichen Zustimmung Breschnews, wenngleich in dem Gespräch vom 11. April die Modalitäten grundsätzlich geklärt worden waren. Von der sowjetischen Führung musste der am 27. April im SED-Politbüro beschlossene Text „Zu einigen politisch-organisatorischen Fragen“, der den Amtsverzicht Ulbrichts zum Inhalt hatte, bestätigt werden. Am 1. Mai 1971 flog Politbüromitglied Werner Lamberz in geheimer Mission mit einer sowjetischen Militärmaschine vom Militärflugplatz Sperenberg nach Moskau, um das persönliche Einverständnis Breschnews zur Absetzung Ulbrichts auf dem für den 3. Mai einberufenen ZK-Plenum einzuholen. Über den Ablauf dieser abenteuerlichen Geheimaktion, in die nicht mehr als drei bis vier Personen eingeweiht waren, berichtete der damalige Leiter der 7. Abteilung des Oberkommandos der GSSD²¹¹ in Wünsdorf, Juri W. Bassistow.²¹²

Der von Honecker aus machtpolitischem Interesse herbeigeführte Führungswechsel erfolgte nicht auf Drängen Breschnews; aber dieser war eingeweiht und unterstützte, nicht zuletzt aus deutschlandpolitischen Gründen, die Ablösung Ulbrichts. Letztlich dürfte auch die Furcht vor politischer Instabilität der DDR Breschnew dazu veranlasst haben, sich für einen raschen Machtwechsel auszusprechen. Der sowjetische Parteichef sah angesichts der Wirtschaftskrise 1970/71 in Honecker, der die Mehrheit des Politbüros hinter sich hatte, einen Garanten für die gewünschte wirtschaftliche und damit auch politische Stabilität der DDR. Für den schnellen Wechsel an der Spitze der SED spielte auch die Krise in Polen 1970/71 eine entscheidende Rolle, die die politische Stabilität des Landes gefährdete und unkalkulierbare Risiken mit sich brachte. Die polnische Krise wurde auf ähnliche Weise entschärft wie in der DDR: Die neue Führung der PVAP unter Edward Gierek beschloss auf ihrem VI. Parteitag im Dezember 1971 eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik, die ähnliche Akzente setzte wie Honecker in der DDR und die Parteiführungen in anderen RGW-Ländern zu Beginn der 1970er

²¹⁰ Vgl. den Beschluss des Politbüros „Zu einigen politisch-organisatorischen Fragen“ vom 27. April 1971, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1336.

²¹¹ Die offizielle Aufgabe der 7. Abteilung des Oberkommandos der GSSD bestand darin, die Beziehungen mit den Staats- und Parteiorganen, den gesellschaftlichen Organisationen und der NVA zu pflegen.

²¹² Vgl. Juri W. Bassistow, Die DDR – ein Blick aus Wünsdorf, in: JHK 1994, Berlin 1994, S. 221. Vgl. auch: Stelkens, Machtwechsel in Ost-Berlin, S. 512f.

Jahre.²¹³ Die sowjetische Führung wollte ein Ausscheiden aus dem „sozialistischen Lager“, wie es sich mit dem „Prager Frühling“ abgezeichnet hatte und nur durch eine militärische Intervention unterbunden werden konnte, als gewolltes oder ungewolltes Resultat eigenmächtiger Politik in jedem Fall verhindern.

Nachdem Breschnew gegenüber Lamberz dem Machtwechsel zugestimmt hatte, wurde Ulbricht auf dramatische Weise zum endgültigen Verzicht auf sein Parteiamt gezwungen. Als sich dieser am 2. Mai 1971 wie immer an den Wochenenden im Gästehaus des Staatsrates am Döllner See in der Nähe Berlins aufhielt, rückte Honecker mit einem erweiterten Aufgebot des Personenschutzes dort an, um Ulbricht die vorbereitete Erklärung zum sofortigen Amtsverzicht unterschreiben zu lassen. Nach der Darstellung Markus Wolfs lief die Aktion am 2. Mai in der Schorfheide nach einem sorgfältig vorbereiteten Plan ab, um den widerspenstigen Ulbricht zur Unterschrift zu zwingen: „Vor der Begegnung hatte Honecker die Männer des Personenschutzes aufgefordert, ihn von seinem Jagdsitz Wildfang abzuholen und zu Ulbrichts Residenz in Dölln zu begleiten. Die Leute der Hauptabteilung Personenschutz wunderten sich über den ungewöhnlichen Befehl, zu einem solchen Besuch unter Freunden nicht nur die normale Ausrüstung, sondern auch Maschinenpistolen mitzunehmen. Vor Ulbrichts Residenz angekommen, berief sich Honecker gegenüber dem Kommandanten auf seine Weisungsbefugnis als verantwortlicher ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen. Er ordnete an, alle Tore und Ausgänge zu besetzen und die Nachrichtenverbindungen zu kappen. Honecker schien also entschlossen, seinen Ziehvater festzusetzen, falls dieser sich seinen Forderungen verweigern sollte.“²¹⁴ Derart bedrängt habe Ulbricht die Erklärung zum Amtsverzicht unterschrieben, die am folgenden Tag, dem 3. Mai, vor dem ZK-Plenum verlesen wurde.²¹⁵

Einen anderen, tragischen Verlauf der Vorgänge in Dölln schildert der frühere Spiegel-Redakteur Peter-Ferdinand Koch, der das Ereignis allerdings irrtümlich auf den 3. Mai 1971 datiert. Nach dem Eintreffen Honeckers und seiner Personenschützer sollen sich am Eingang der Sommerresidenz am Döllnsee dramatische Szenen abgespielt haben, die den Amtsantritt Honeckers in ein völlig neues Licht rücken würden: „Plötzlich Hektik, in der ein Personenschützer, der MfS-Oberleutnant Wolfgang Mischner, mit seiner Pistole auf die ‚Angreifer‘ feuerte. Die schossen zurück. Ein Querschläger durchschlug den Kopf einer zufällig anwe-

²¹³ Vgl. Peter Hübner/Christa Hübner, *Sozialismus als soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968–1976*, Köln 2008, S. 282–290.

²¹⁴ Zitiert in: Markus Wolf, *Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen*, München 1997, S. 256f. Wolf stützte sich bei dieser Darstellung auf Aussagen von Heinz Michael, dem damaligen stellvertretenden Leiter der Hauptabteilung Personenschutz des MfS.

²¹⁵ Ein ehemaliger Mitarbeiter der Hauptabteilung Personenschutz schildert auf der Basis von Aussagen eines damals beteiligten Diensthabenden im Objekt Dölln, Major Dietrich Roggatz, ebenfalls den dramatischen Charakter der Vorgänge am 2. Mai 1971: Günter Vogler, *Erinnerungen eines Personenschützers. Vom Döllnsee nach Schluf!*, Schluf! (Gemeinde Schorfheide) 2010, S. 44.

senden Besucherin: Mischners 30-jährige Ehefrau Renate – tot.“²¹⁶ Nach diesem angeblichen Schusswechsel zwischen den Personenschützern Ulbrichts und Honeckers soll der amtierende Parteichef sichtlich schockiert über die Tragik der Geschehnisse schließlich eingelenkt und die Verzichtserklärung unterschrieben haben. In der unbewiesenen Version Kochs sei der tragische Tod Renate Mischners anschließend ihrem Ehemann in die Schuhe geschoben worden, um einen öffentlichen Skandal zu vermeiden, an dessen Ende Honecker kaum mehr als neuer Parteichef in Frage gekommen wäre. Auf Weisung Mielkes habe der Leiter der „Inneren Sicherheit“ des MfS, Edgar Braun, kriminelle Methoden angewandt, um Mischner zur Übernahme der Verantwortung für den Tod an seiner Ehefrau zu bewegen. In einem mysteriösen Gerichtsverfahren habe er schließlich gestanden, seine Frau in einem Waldstück bei Wandlitz mit seiner Dienstwaffe selbst getötet zu haben.²¹⁷

In dieser mit keinem einzigen Quellennachweis²¹⁸ belegten und deshalb unglaubwürdigen Version Kochs erscheint der MfS-Oberleutnant Wolfgang Mischner als willfähiges Bauernopfer im skrupellosen Machtstreben Honeckers, der eigentlich die persönliche Verantwortung für dieses Unglück hätte übernehmen müssen. Der Personenschützer des MfS musste demnach als Sündenbock für ein tragisches Unglück herhalten, um die Karriere Honeckers nicht zu gefährden. Mielke habe befürchtet, dass „freigekaufte Mithäftlinge das Döllner Missgeschick ausplaudern und der Westen den Generalsekretär als eigentlichen Übeltäter entlarven“ könnte.²¹⁹ Wenn diese Schilderung zuträfe, so hätte MfS-Chef Mielke, der die geheime Vertuschungsaktion letztlich angeordnet haben soll, ein nicht zu unterschätzendes Erpressungsmaterial gegen Honecker in der Hand gehabt. Nicht zuletzt würde diese Aktion aber auch ein Schlaglicht auf die moralische Beschaffenheit des neuen SED-Chefs werfen. Bedenkt man die Entschlossenheit, mit der Honecker seit Jahren auf die Ablösung Ulbrichts hingearbeitet hatte, erscheint der Vorgang in der von Koch geschilderten Version nicht völlig abwegig – beweisen konnte der frühere Spiegel-Redakteur dies jedoch nicht.

Nach Auskunft von Zeitzeugen, die damals im „Sicherungskommando“ von Honecker an der Aktion beteiligt waren, gab es zur fraglichen Zeit keinen Schusswechsel vor oder im Objekt Dölln.²²⁰ Zweifelsfrei belegen lassen sich das Ermittlungsverfahren und die umfangreichen Untersuchungen des Militär-Oberstaatsanwalts der DDR.²²¹ Der 1a-Militärstrafsenat des Obersten Gerichts der DDR sah es in seinem Urteil vom 19. Mai 1972 als erwiesen an, dass Mischner am 3. Mai 1971 seine Ehefrau Renate in einem Waldstück im Raum Wandlitz/Bernau vor-

²¹⁶ Zitiert in: Peter-Ferdinand Koch, *Enttarnt. Doppelagenten: Namen, Fakten, Beweise*, Salzburg 2011, S. 373.

²¹⁷ Vgl. ebenda, S. 374.

²¹⁸ In den „Quellennachweisen“ heißt es dazu stets: „Recherchen Autor“.

²¹⁹ Koch, *Enttarnt*, S. 379.

²²⁰ Ein ehemaliger Mitarbeiter der HV A des MfS befragte Zeitzeugen und sichtete die ihm zugänglichen Unterlagen: Klaus Eichner, *Die Schüsse von Dölln*, Berlin 2012.

²²¹ Vgl. Archiv BStU, MfS GH Nr. 122/85. 21 Bde.; Archiv BStU, MfS GH Nr. 250/85.

sätzlich getötet hat.²²² Die internen Untersuchungen des MfS enthalten aber keinerlei Hinweise darauf, dass Mielke die wahren Hintergründe vertuschen wollte, um einen möglichen Skandal um Honecker zu verhindern.²²³ Am 19. Mai 1972 wurde Mischner im Prozess vor dem Militärstrafsenat des Obersten Gerichts der DDR wegen „eines Verbrechens der Spionage im besonders schweren Fall und wegen eines Verbrechens des Mordes“ zum Tode verurteilt.²²⁴ Da der MfS-Oberleutnant – er war als Sachbearbeiter in der Abteilung IX der Hauptabteilung Personenschutz u. a. zuständig für die Sicherung der Protokollstrecke zur Politbürosiedlung nach Wandlitz – der Spionage für den Bundesnachrichtendienst schuldig gesprochen wurde, könnte es sich auch um einen „Krimi aus dem Kalten Krieg“ gehandelt haben.²²⁵ Mischner wurde am 29. September 1972 in der Strafvollzugsanstalt Leipzig hingerichtet. „Der Vorsitzende des Staatsrates der DDR hat davon abgesehen“, so hieß es im Vollstreckungsprotokoll, „eine Gnadenentscheidung zu treffen.“²²⁶

Ganz offensichtlich sind im Gästehaus des Staatsrates am Döllnsee am 2. Mai 1971 die Würfel endgültig zu Ungunsten Ulbrichts gefallen. Dieser erkannte, dass er den Kampf um die Macht und um das Wohlwollen Breschnews verloren hatte. Noch am selben Tag, am Vorabend des 16. Plenums, lud das Politbüro überraschend die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen nach Berlin, um sie über den unmittelbar bevorstehenden Machtwechsel zu informieren.²²⁷ Auf dem ZK-Plenum am 3. Mai 1971 verlas Ulbricht die vom Politbüro zuvor bestätigte Erklärung, in der er das Zentralkomitee „nach reiflicher Überlegung“ darum bat, „mich von der Funktion des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED zu entbinden“.²²⁸ Er führte Altersgründe an – was bei einem 77-Jährigen auch in der Öffentlichkeit geglaubt werden konnte – und schlug den damals 58 Jahre alten Erich Honecker zu seinem Nachfolger in dieser Funktion vor. „Die Jahre fordern ihr Recht und gestatten es mir nicht länger, eine solche anstrengende Tätigkeit wie die des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees auszuüben. Ich erachte daher die Zeit für gekommen, diese Funktion in jüngere Hände zu geben und schlage vor, Genossen Erich Honecker zum Ersten Sekretär des Zentralkomitees zu wählen.“ Das ZK entsprach dieser „Bitte“ und wählte Honecker zum neuen Ersten Sekretär. Ulbricht wurde zum Vorsitzenden der SED gewählt – ein bedeutungsloses Amt, das es laut Statut gar nicht mehr gab – und blieb Vorsitzender des Staatsrates der DDR. Allerdings verlor der Staatsrat weiter an politischer Bedeutung, indem er einen Teil seiner durch die Verfassung zuerkannten Rechte an die Regierung

²²² Urteil in der Strafsache gegen den ehemaligen Oberleutnant des MfS Mischner, Wolfgang, vom 19. Mai 1972, in: Archiv BStU, MfS GH Nr. 122/85, Bd. 18, Bl. 135.

²²³ Vgl. den Informationsbericht des Leiters der HA IX/5 für Erich Mielke über den „Vorfall Mischner“ vom 11. Mai 1971, in: Archiv BStU, MfS GH Nr. 3/73, Bd. 1, Bl. 03–12.

²²⁴ Schreiben des Militär-Oberstaatsanwalts an den Leiter der Untersuchungshaftanstalt des MfS vom 9. Juni 1972, in: ebenda, MfS GH Nr. 122/85, Bd. 18, Bl. 172.

²²⁵ Vgl. Georg Mascolo, Krimi aus dem Kalten Krieg, in: Der Spiegel, 22/1999, S. 46–50.

²²⁶ Vollstreckungsprotokoll vom 29. September 1972, in: MfS GH Nr. 122/85, Bd. 18, Bl. 290.

²²⁷ Vgl. Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker, S. 438.

²²⁸ Protokoll der 16. ZK-Tagung der SED am 3. Mai 1971, in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/1/424.

Stoph abtreten musste. Da der Staatsrat ohnehin nur auf der Grundlage von Beschlüssen des Politbüros agieren durfte, konnte Ulbricht auch in diesem Gremium keinen politischen Einfluss mehr ausüben.

Ulbrichts Sturz am 3. Mai 1971 wurde intern mit wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen des Ersten Sekretärs und einer durch seine ambitionierte Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik hervorgerufene Versorgungskrise begründet.²²⁹ Tatsächlich kam es 1970/71 zu erheblichen Störungen im Wirtschaftsablauf sowie zu gravierenden Versorgungsproblemen, die den von Ulbricht gegen innerparteiliche Widerstände durchgesetzten Wirtschaftskurs diskreditierten. Die Wirtschaftskrise nahm Honecker indes zum Anlass, um nicht nur den Wirtschaftskurs der Partei seit dem VII. Parteitag 1967 als verfehlt, sondern auch das gesamte politische Wirken Ulbrichts in den letzten Jahren seiner Amtszeit als eine Kette von politischen Fehlentscheidungen herabzuwürdigen. Seine 26-seitige Ausarbeitung „Zur Korrektur der Wirtschaftspolitik auf der 14. Tagung des ZK der SED 1970“ glich einem Scherbengericht über Ulbrichts Politik.²³⁰ Durch die „Überheblichkeit“ und „Selbstherrlichkeit“ Ulbrichts, so Honecker, sei im Politbüro lange Zeit keine sachliche Diskussion über die wirkliche Lage in der DDR möglich gewesen. So habe die Politik des „Überholen ohne einzuholen“ zu großen Versorgungsschwierigkeiten bei Waren des täglichen Bedarfs geführt, einschließlich Zahnbürsten und Scheuerlappen. Für die gravierenden Versorgungsprobleme, die Vernachlässigung der Konsumgüterindustrie sowie andere, nicht von der Hand zu weisende Strukturprobleme der Wirtschaft wurde ausschließlich Ulbricht verantwortlich gemacht. Angesichts der „großsprecherischen Reden des Genossen Ulbricht“ wäre die DDR im Jahre 1970 an den „Rand einer Katastrophe“ getrieben worden – und das vor allem deshalb, weil dieser bei wichtigen Entscheidungen selbstherrlich sowohl das Politbüro als auch das Sekretariat des ZK ausschaltete und „sich in seiner Tätigkeit nicht auf die Mitarbeit des ZK, sondern auf Wissenschaftler, die über wenig Verbundenheit gegenüber der Partei und dem sozialistischen Staat verfügten, stützte“.²³¹

Da Ulbricht in den letzten Jahren seiner Amtszeit namhafte Wissenschaftler als Rat- und Ideengeber wie Peter Adolf Thiessen als Vorsitzender des Forschungsrates der DDR und Manfred von Ardenne mehr schätzte als die Abteilungsleiter des Zentralkomitees, konnte die konservative Mehrheit im Politbüro um Honecker mit der Rückendeckung der ZK-Abteilungsleiter rechnen. Sie erhielt ebenfalls die Unterstützung ihrer neuen Verbündeten, der reformmüde gewordenen Wirtschaftsfunktionäre in der Staatlichen Plankommission.²³² Die Ablösung des lang-

²²⁹ Insbesondere während der Politbürositzung am 26. Oktober 1971, auf der nicht nur die Wirtschaftspolitik Ulbrichts, sondern auch dessen Deutschlandpolitik heftig attackiert wurde. Vgl. das Protokoll Nr. 19/71 der Sitzung des Politbüros am 26. Oktober 1971, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1360, Bd. 1.

²³⁰ Vgl. Erich Honecker, Zur Korrektur der Wirtschaftspolitik auf der 14. Tagung des ZK der SED 1970, ohne Datum [1971], in: SAPMO BArch, DY 30/2119.

²³¹ Dieses und alle folgenden Zitate ebenda.

²³² Vgl. Roesler, Zwischen Plan und Markt, S. 156f.

jährigen Parteichefs hielten sie für erforderlich, um eine ordnungspolitische Wende, um die Restauration des zentralistisch-administrativen Systems der Planung und Leitung durchzusetzen.

Der unter Ulbricht eingeleitete wirtschaftspolitische Strategiewechsel wurde unter Honecker vollständig rückgängig gemacht. Eine Umsteuerung in der Wirtschaftspolitik schien umso mehr geboten, als sich die im osteuropäischen Wirtschaftsbündnis vorgegebenen Rahmenbedingungen änderten: Die DDR hatte sich dem von der Sowjetunion und fast allen RGW-Staaten vollzogenen Schwenk zu einer Wirtschaftspolitik anzuschließen, die auf erweiterte soziale Sicherung und die Verbesserung der Konsumchancen ausgerichtet war. Die KPdSU hatte auf ihrem Parteitag im April 1971 ein Wirtschaftsprogramm verabschiedet, das einen raschen Aufschwung „des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes“ in Aussicht stellte. Dieser „Hauptaufgabe“ folgten alle kommunistischen Staatsapparteien im osteuropäischen Blocksystem, die jetzt – mit Ausnahme Rumäniens – ihre Fünfjahrpläne für dieselben Laufzeiten (1971–1975) konzipierten.²³³

Die Überwindung der 1970 ausgebrochenen Versorgungskrise deuteten Honecker und die Mehrheit im Politbüro als Zeichen für den Erfolg der neuen Wirtschaftsstrategie. Honecker gab die bevorzugte Förderung von Forschung und Entwicklung in bedeutsamen Technologiebereichen auf und bewilligte Investitionen für die Leicht- und Lebensmittelindustrie. Gewiss waren in den Jahren zuvor konsumorientierte Wirtschaftssektoren sträflich vernachlässigt worden. Das nutzte Honecker, um den Orientierungswandel der Wirtschaftspolitik zu begründen. Die vom Politbüro am 23. März 1971 bestätigte „Grundlinie für die Ausarbeitung des Fünfjahrplanes 1971 bis 1975“ räumte der Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung in der Investitionspolitik mehr Platz ein und stellte eine Erhöhung des Lebensstandards in Aussicht.²³⁴ Der damit verbundene Rückgang der Investitionen in Forschung und Entwicklung kann als einer der Gründe für die Anfang der 1980er Jahre aufbrechenden Krisensymptome in der Wirtschaft gesehen werden. Die technische Basis der Industrie konnte mit den internationalen Standards nicht mehr Schritt halten. Honeckers Konzept, über die Steigerung des Konsums zu einer höheren Bereitschaft für Produktivitätssteigerungen in der Industrie zu kommen, war mit einer innovativen Eigendynamik in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik grundsätzlich nicht zu vereinbaren.

²³³ Vgl. Ahrens, Gegenseitige Wirtschaftshilfe?, S. 250f.

²³⁴ Vgl. das Protokoll Nr. 13/71 der Sitzung des Politbüros am 23. März 1971, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1331.

II. Machtpolitische Weichenstellungen und Führungsstrukturen in der Ära Honecker

1. Der neue Parteichef

Mit Erich Honecker stand ein Funktionär an der Spitze der Partei, der sich durch seine langjährige Tätigkeit im „großen Haus“ in den Funktionsmechanismen des Parteiapparates bestens auskannte. Er war 1946 Mitbegründer der FDJ, deren Zentralrat er bis 1955 geleitet hatte, seit Juli 1950 Kandidat und seit Juli 1958 Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees. Als ZK-Sekretär war er von 1958 bis 1971 für die Arbeitsbereiche Sicherheitsfragen (Militär, Polizei, Staatssicherheit), Partei- und Organisationsfragen, Kader (ab 1961), Jugend, Sport und die Redaktion der Zeitschrift „Neuer Weg“ zuständig. Im November 1956 hatte Ulbricht seinen damaligen Vertrauten Honecker als Sekretär der Sicherheitskommission beim Politbüro eingesetzt – eine Schlüsselposition im SED-Machtgefüge, denn im Verantwortungsbereich der Sicherheitskommission befand sich das Ministerium für Staatssicherheit.¹ Als Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK betraute ihn Ulbricht seit 1963 bei Abwesenheit mit der Wahrnehmung der Arbeitsaufgaben in beiden Machtgremien.²

In der grundsätzlichen Art, wie zentrale gesellschaftspolitisch relevante Entscheidungen in einem kleinen Führungskreis gefällt und durchgesetzt wurden, änderte sich nach Honeckers Amtsübernahme nicht viel. Der unter Ulbricht ins politische Abseits gedrängte Anton Ackermann erhielt am 15. März 1972 nach über zwei Jahrzehnten politischer Isolation und Ausgrenzung die Möglichkeit zu einem Gespräch im Büro des neuen Parteichefs. In seinem Urteil über Honecker traf er wohl den Kern: „Alles in allem ist er ganz der jüngere Alte. Er braucht von keinem einen Rat, ist über alles bestens informiert, weiß über alles bestens Bescheid. Er hat alle wesentlichen Methoden vom Alten übernommen, die negativen auch, und hat in vieler Hinsicht gleiche Charaktereigenschaften wie dieser.“³

In der Führungsetage des ZK-Apparates galt Honecker als außerordentlich durchsetzungsfähig, entscheidungsfreudig und als ein Chef mit hoher Arbeitsdisziplin.⁴ In einem Persönlichkeitsprofil, das im Zuge der Ermittlungen des DDR-

¹ Der am 10. Februar 1960 per Gesetz der Volkskammer gebildete Nationale Verteidigungsrat der DDR ersetzte die Sicherheitskommission beim Politbüro. Honecker wurde auf der ersten Sitzung des Nationalen Verteidigungsrates am 16. März 1960 als Sekretär bestätigt. Vgl. Armin Wagner, Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR und seine Vorgeschichte (1953–1971), Berlin 2002, S. 177.

² Vgl. das Schreiben Honeckers an Ulbricht vom 26. April 1963 sowie die handschriftliche Antwort Ulbrichts an Honecker, in: SAPMO BArch, DY 30/3292 (Büro Walter Ulbricht).

³ Zitiert in: Anton Ackermann, Der deutsche Weg zum Sozialismus. Selbstzeugnisse und Dokumente eines Patrioten, hrsg. v. Frank Schumann, Berlin 2005, S. 81.

⁴ Die bislang erschienenen biografischen Arbeiten zu Honecker bieten nur wenige Anhaltspunkte für sein Agieren im Apparat der Partei: Henrik Eberle, Anmerkungen zu Honecker,

Generalstaatsanwalts gegen Honecker im März 1990 aufgrund von Zeugenbefragungen angefertigt wurde, hieß es über dessen Arbeitsstil: „Ihm wird ein gutes Durchsetzungsvermögen, die Überzeugung von der Richtigkeit seiner Politik sowie Fleiß bei der Erledigung der täglichen Aufgaben nachgesagt. Auf Kritik habe er in der Regel beherrscht reagiert, sie aber kaum berücksichtigt. Als Generalsekretär wäre er dann jeder Kritik abhold gewesen, habe sie nicht ertragen. Offene Auseinandersetzungen habe E. Honecker in der Regel gescheut und Gespräche unter vier Augen vorgezogen. Ihm nicht genehme Dinge, die nicht in sein Wunschdenken gepaßt hätten, habe er einfach abgewiesen, z. B. habe er angewiesen, Unterlagen über die zunehmende Westverschuldung zu vernichten. [...] Hinsichtlich seiner politischen Überzeugungen wird er als standhaft angesehen.“⁵ Insgesamt wurden die auffallenden Eigenheiten des SED-Chefs in der Ausarbeitung zutreffend beschrieben: „Nach 1945 habe E. Honecker als bescheidener und sensibler Mensch gewirkt, es wurden ihm sogar Minderwertigkeitskomplexe nachgesagt. Er neige nicht zu Spontanität. [...] Nachgesagt wird ihm, dass er eine Abneigung gegen die eigene Weiterbildung und nicht viel übrig habe für Theorien. Überwiegend wurde E. Honecker als nicht besonders intelligent bewertet. Er soll jedoch den Hang haben stark zu vereinfachen und sich schnell zu entscheiden. Als Jugendfunktionär habe er noch die Fähigkeit besessen, integer und optimistisch zu erscheinen sowie mit Jugendlichen und Werktätigen gut umgehen zu können. [...] In zunehmendem Alter, insbesondere nachdem er Generalsekretär wurde, zeigte sich eine Wandlung in den Fähigkeiten. Offensichtlich bedingt durch autoritäre Verhaltensweisen und weitere Abschottung gingen zunehmend Flexibilität und Anpassungsfähigkeit verloren, in den letzten Jahren sprach man sogar schon von Altersstarrsinn.“⁶

Derartige Einschätzungen beruhten u. a. auf Aussagen aus dem engeren Mitarbeiterstab Honeckers. Frank-Joachim Herrmann, seit 1963 stellvertretender Abteilungsleiter im Zentralkomitee und seit 1968 persönlicher Mitarbeiter Honeckers, konnte auf Nachfragen der Staatsanwaltschaft nur Positives über den Generalsekretär berichten: „In der Zusammenarbeit mit ihm kann ich hervorheben, dass er sehr sachlich, beherrscht und Initiative fördernd wirkte. Ich habe nie erlebt, dass er sich – selbst in schwieriger Situation – zu Wutausbrüchen oder ähnlichem Verhalten gegenüber Mitarbeitern oder anderen Personen hätte hinreißen lassen.“⁷ Ähnlich urteilte Siegfried Otto, seit März 1958 persönlicher Mitarbeiter Honeckers: „Zu seinem Kollektiv der persönlichen Mitarbeiter und des

Berlin 2000; Jan N. Lorenzen, Erich Honecker. Eine Biographie, Reinbek bei Hamburg 2001; Norbert F. Pötzl, Erich Honecker. Eine deutsche Biographie, Stuttgart 2002; Ulrich Völklein, Honecker. Eine Biographie, Berlin 2003.

⁵ Zusammenfassung zur Persönlichkeit des Beschuldigten Erich Honecker vom 13. März 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 97/91, Bd. 3.

⁶ Ebenda.

⁷ Protokoll der Vernehmung von Frank Joachim Herrmann am 13. Februar 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 6/90, Bd. 46. Vgl. auch Frank-Joachim Herrmann, Der Sekretär des Generalsekretärs. Honeckers persönlicher Mitarbeiter über seinen Chef. Ein Gespräch mit Brigitte Zimmermann und Reiner Oschmann, Berlin 1996.

Büros war er korrekt, freundlich und hilfsbereit. Ich möchte einschätzen, dass er Durchsetzungsvermögen hatte, obwohl er auch empfindlich und sensibel war. Fälle von Panik und Kopfllosigkeit sind mir nicht bekannt. Trotz ihm bekannter Fehler war er bis zum Schluss von der Richtigkeit seiner Politik überzeugt.“⁸ Otto bestätigte auf Nachfrage, dass sich sein Chef durchaus über die realen Probleme in der Wirtschaft bewusst gewesen sei, „weil er über gezielte Eingaben an sein Büro informiert war“. Ihm habe aber, so fügte er an, der unbedingte „Wille zur Veränderung“ gefehlt.

Nach Aussagen von Joachim Wolff, der ebenfalls zum engeren Stab des SED-Chefs gehörte⁹, lagen Honecker sehr wohl Informationen über die tatsächliche wirtschaftliche und soziale Lage in der DDR vor: „Analytische Materialien zu den Hauptfragen der Wirtschaftssituation lagen Herrn Honecker vor. Diese wurden mit Zuspitzung der Situation auch zunehmend offener (Nichtbilanzierung der Pläne, gefährliche Verschärfung der Kreditlage). Auch zur Versorgungslage gab es Berichte mit kritischen Hinweisen. Was Herrn Honecker völlig fehlte, waren persönliche Erfahrungen in der echten Wirtschafts- und Versorgungssituation. Seine seltenen Besuche in den Bezirken wurden in höchstem Maße inszeniert. Ich glaube, dass Herr Honecker viele ernste ökonomische Tatsachen nicht aufnahm, weil er sie nicht wissen wollte. Sie störten sein Bild von der schönen DDR, die er als sein Lebenswerk betrachtete.“¹⁰ Auf die Frage nach dem Arbeitsstil seines Chefs gab Wolff eine Antwort, die als Leitmotiv für das Wirken Honeckers in seiner ganzen Amtszeit gelten kann: „Er arbeitete preußisch diszipliniert. Er hatte eine autokratische Vorstellung von der Ausübung seines Amtes. Auf Kritik reagierte er, wie ich es erlebte, beherrscht, berücksichtigte sie aber kaum.“¹¹

Nachdem Honecker die Nachfolge Ulbrichts angetreten hatte, schien zeitweise ein veränderter Arbeitsstil im Politbüro einzuziehen. Für eine kurze Zeit präsentierte sich der neue Parteichef gegenüber den anderen Führungsmitgliedern als aufmerksamer Zuhörer, der Einwände und kritische Hinweise zu schätzen wusste. Selbst Politbüromitglieder, die zu Honecker bislang eher kritische Distanz gehalten hatten, sahen in ihm zunächst einen Hoffnungsträger. So erklärte Jarowinsky, seit 1963 Kandidat des Politbüros, im März 1990: „Schwächen von Erich Honecker, wie das vorschnelle Treffen von Entscheidungen und Urteilen, waren bekannt. Erich Honecker vermittelte aber noch vor der Ablösung von Ulbricht von sich den Eindruck, als würde er in Zukunft mehr den Rat des Kollektivs suchen und ich war zu der Überzeugung gekommen, dass er in der Lage ist und bereit ist, Lehren aus seinem bisherigen Verhalten zu ziehen. Er hat auch ganz prononciert betont, dass er nun Gleicher unter Gleichen sein wolle. In dieser Phase führte er

⁸ Protokoll der Vernehmung von Siegfried Otto am 10. Februar 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 6/90, Bd. 46.

⁹ Seit 1971 gab es insgesamt vier persönliche Mitarbeiter Honeckers: Frank-Joachim Herrmann, Siegfried Otto, Joachim Wolff und Hubertus Ruhmke.

¹⁰ Protokoll der Vernehmung von Joachim Wolff am 14. Februar 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 6/90, Bd. 46.

¹¹ Ebenda.

Beratungen mit Abteilungsleitern und Bezirkssekretären ein, setzte deutlich politische und wirtschaftspolitische Akzente einer Hinwendung zu den Werktätigen und wirkte dadurch auch auf mich, so dass ich dies unterstützte, obwohl ich nicht in allen Belangen übereinstimmte.“¹²

Mit Erich Honecker als Erstem Sekretär zog jedoch kein grundsätzlich neuer Politikstil in das Politbüro ein. Zweifellos gab es zwischen Ulbricht und Honecker graduelle Unterschiede, die sich insbesondere in den 1960er Jahren ausgeprägt hatten. Unter Honecker war nunmehr der Rat renommierter Wissenschaftler weit weniger gefragt, zumal der neue Parteichef generell wenig von wissenschaftlich unterfütterter Politikberatung hielt. Sichtbarer Ausdruck dafür war die Auflösung des Instituts für Meinungsforschung beim ZK der SED im Januar 1979. Honecker vertraute wieder – ähnlich wie schon Ulbricht in den 1950er Jahren – ganz dem hauptamtlichen Apparat der Partei.

In der politischen Vorstellungswelt Honeckers herrschte – wie generell an der Parteispitze – weitgehendes Unverständnis darüber, was unter Sozialismus zu verstehen sei. Das bei ihm vorherrschende Bild vom Sozialismus enthielt im Kern lediglich die Vorstellung von einer Gesellschaftsordnung, in welcher die Diktatur der Kapitalisten über die Arbeiter aufgehoben war.¹³ Der Mangel an sozialtheoretischem Wissen wurde durch ideologische Formeln und politische Propaganda ersetzt, was Honecker als geistiges Erbe des Stalinismus mit sich trug. Dazu gehörte auch der unbedingte Wille zum Machterhalt. Honeckers Politik war mehr noch als die seines Vorgängers von ständigen Ad-hoc-Entscheidungen bestimmt; strategische, wissenschaftliche oder auch nur ideologisch begründete Überlegungen stellte er nicht an.¹⁴ Die zentralistisch organisierte und gesteuerte sowie einer einheitlichen Ideologie und strengster Disziplin unterworfenen Partei – die SED – hielt Honecker ganz in der Tradition Lenins für den Dreh- und Angelpunkt der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung.

In der Partei inszenierte Honecker den Arbeitsstil der kollektiven Beratung, der mit den Jahren zu einem leeren Ritual verkümmerte.¹⁵ Widerspruch im Politbüro gab es zunächst – wie später zu zeigen sein wird – in Wirtschaftsfragen.¹⁶ In den

¹² Protokoll der Vernehmung von Werner Jarowsky am 7. März 1990, in: ebenda, Aktenzeichen 2 Js 97/91, Bd. 3.

¹³ Das wurde noch einmal nach seiner Ablösung deutlich: Reinhold Andert/Wolfgang Herzberg, *Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör*, Berlin 1990, S. 77.

¹⁴ Vgl. Erich Honecker und die Perestroika. Ein Interview mit Peter Ruben, in: *Berliner Debatte* Initial 23 (2012), Heft 2, S. 46.

¹⁵ Entsprechend einem Politbürobeschluss vom 22. Juni 1971 sollte die „Rolle des Politbüros als kollektives Organ“ erhöht werden. Zugleich bestätigte dieser Beschluss die herausgehobene Stellung des Ersten Sekretärs in den zentralen Führungsgremien der Partei. Vgl. das Protokoll Nr. 1/71 der Sitzung des Politbüros am 22. Juni 1971, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1342.

¹⁶ In bisherigen Darstellungen dominiert die Ansicht, im Politbüro habe es seit Beginn der Amtszeit Honeckers keinen wirklichen Meinungsaustausch sowie keinerlei Widerspruch zu eingereichten Vorlagen gegeben. Vgl. Völklein, Honecker, S. 313f.; Eberle, Anmerkungen zu Honecker, S. 73f.; Lorenzen, Erich Honecker, S. 130f. Derartige Einschätzungen beruhen zu meist auf Erinnerungen Schabowskis, der allerdings erst 1981 als Kandidat in das Politbüro kam: Günter Schabowski, *Der Absturz*, Berlin 1991, S. 115f.

1970er Jahren wurde noch über die realen wirtschaftlichen Probleme und die Wirtschaftspolitik im Politbüro diskutiert, nicht jedoch auf den Tagungen des Zentralkomitees. Honecker hatte allerdings auch im Politbüro stets das letzte Wort. Das „Generalsekretär-System“¹⁷, mit dem Honecker das Politbüro und den Parteiapparat beherrschte, konnte der SED-Chef erst in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre vollends durchsetzen. Am Ende des Jahrzehnts lehnte er alternative Vorschläge generell ab und hielt stur an seinen einmal gewonnenen Ansichten fest.

Honecker übernahm sowohl im Politbüro als auch im Sekretariat den Vorsitz. Er knüpfte an den Arbeitsstil Ulbrichts an wie auch später sein Nachfolger Krenz. Bei Abwesenheit aufgrund von Krankheit oder Urlaub beauftragte Honecker einen Stellvertreter mit der Wahrnehmung der Aufgaben im Politbüro. Das waren anfangs Paul Verner, dann Kurt Hager, Horst Dohls, später Egon Krenz und zuletzt Günter Mittag. Die Vertretung des Parteichefs galt als Vertrauensbeweis Honeckers.¹⁸ Der Vertreter informierte ihn nicht nur schriftlich über den Verlauf der Politbürositzung, sondern auch telefonisch über wichtige Vorgänge und gab die Schreiben, die seiner Entscheidung als Generalsekretär, Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates bedurften, umgehend an Honecker weiter.¹⁹ Selbst im Sommer 1989, als der SED-Chef schwer krank war, hielt Mittag als sein Vertreter an diesem Arbeitsstil fest und besuchte ihn am Krankenbett.

Das Politbüro war unter Honecker das beherrschende, höchste, unbeschränkt und unkontrolliert wirkende Führungsorgan nicht nur der SED, sondern auch der staatlichen Verwaltung.²⁰ Das Sekretariat wurde auf seine ursprüngliche Funktion beschränkt, die Arbeit des Politbüros durch die Kontrolle seiner Beschlüsse zu unterstützen. Das Politbüro traf auf seinen wöchentlichen Sitzungen die maßgeblichen Entscheidungen zu allen politischen, gesellschaftlichen, wirt-

¹⁷ So beschrieben bei Johannes Raschka, Justizpolitik im SED-Staat. Anpassung und Wandel des Strafrechts während der Amtszeit Honeckers, Köln 2000, S. 299.

¹⁸ Die „Vertretung während der Abwesenheit des Genossen Erich Honecker“ wurde jeweils per Beschluss des Politbüros geregelt: Vgl. das Protokoll Nr. 10/75 der Sitzung des Politbüros am 11. März 1975, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1551.

¹⁹ Vgl. exemplarisch die Hausmitteilung von Egon Krenz an Erich Honecker vom 29. Mai 1985. Darin teilte er u. a. mit: „Lieber Genosse Erich Honecker! Die heutige Politbürositzung und die sich daran anschließende Sitzung des Sekretariats verliefen so, wie das die Tagesordnung vorsah. Ich möchte Dich jedoch davon informieren, dass die ‚Außenpolitische Direktive für die Entwicklung der kulturellen und wissenschaftlichen Auslandsbeziehungen der DDR 1986 bis 1990‘ im Sekretariat nicht bestätigt wurde. Genosse Kurt Hager hatte darauf aufmerksam gemacht, dass die Vorlage nicht abgestimmt sei. Aus diesem Grunde haben sich alle Sekretariatsmitglieder in Anwesenheit von Oskar Fischer und Günter Sieber gegen die Beschlussfassung ausgesprochen.“ In: SAPMO BArch, DY 30/2122 (Büro Honecker). Honecker hat die Hausmitteilung noch am gleichen Tag mit „EH 29. 5. 85“ abgezeichnet.

²⁰ Vgl. Peter Skyba/Christoph Boyer, Politische Rahmenbedingungen, in: Christoph Boyer/Klaus-Dietmar Henke/Peter Skyba (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 10: 1971–1989. Deutsche Demokratische Republik. Bewegung in der Sozialpolitik. Erstarrung und Niedergang, Baden-Baden 2008, S. 7f.

schaftlichen und kulturellen Entwicklungen in der DDR. Diese Machtfülle behielt es bis zu seiner Selbstauflösung am 3. Dezember 1989.

Der Büroalltag Honeckers war klar strukturiert. Elli Kelm, die bereits im Jugendverband als Honeckers Sekretärin und dann viele Jahre als seine Chefsekretärin arbeitete, machte während der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen folgende Angaben zum Tagesablauf im Büro Honecker: „Montags, mittwochs und freitags kam Herr Honecker immer um 9.00 Uhr ins Büro, da er an diesen Tagen zur medizinischen Betreuung war. Dienstags und donnerstags kam er um 8.00 Uhr. Mittagszeit war 13.00 Uhr und Feierabend war gegen 17.30 Uhr. Es kam auch oft vor, dass er sich Arbeit mit nach Hause genommen hat bzw. ihm noch Unterlagen nach Wandlitz gebracht wurden.“²¹ Die Büroorganisation musste nach Aussage Kelms ebenso klar geregelt werden: „Die Post gliederte sich einmal in Informationen und einmal in Entscheidungsvorschläge. Die Entscheidungsvorschläge waren so aufbereitet, dass Herr Honecker nur noch entscheiden musste, einverstanden oder nicht einverstanden. Alle Beschlüsse, Analysen und andere Berichte kamen von außen und gingen anschließend wieder in die entsprechenden Bereiche zurück. Eine Ablage gab es in unserem Bereich kaum. Auch Herr Honecker selbst hat kaum eine Ablage gehabt. Ein Arbeitsbuch hatte Herr Honecker kaum, er vernichtete persönliche Aufzeichnungen, wenn die offizielle Aktennotiz kam.“²²

Tatsächlich war Erich Honecker mehr als nur ein Rädchen in einem autokratischen Machtapparat, wie es das Klischee des angepassten Apparatschiks in der öffentlichen Wahrnehmung suggeriert.²³ Honecker verfügte an der Spitze der Partei über äußerst weitgehende Machtbefugnisse und handelte eigenständig, ja nicht selten eigenmächtig. Er hielt zwar starrsinnig an der ruinösen Sozialpolitik fest, doch kann seine Politik der strikten Reformverweigerung auch als ein Faktor interpretiert werden, der der DDR bis zum Herbst 1989 im Gegensatz zu anderen Ländern Osteuropas politische Stabilität sicherte. Seine Reformverweigerung folgte machtpolitischer Logik und ging nicht zuletzt auf die geopolitische Lage der DDR zurück. Die rasant fortschreitende innere Erosion der SED-Herrschaft, insbesondere auch die Demoralisierung und Desillusionierung innerhalb der politischen Eliten in Staat und Partei, wollte er jedoch bis zuletzt nicht zur Kenntnis nehmen.

²¹ Protokoll der Zeugenvernehmung von Elli Kelm am 21. Februar 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 97/91, Bd. 3.

²² Ebenda.

²³ Martin Sabrow betont zu Recht, dass Honecker keineswegs allein „der farblose Politruk und unscheinbare Kümmerling“ gewesen war, „zu dem ihn die Nachwelt heute so gern macht“: Martin Sabrow, Der unterschätzte Diktator, in: Der Spiegel, 34/2012, S. 46–48.

2. Personal und Struktur von Politbüro, Sekretariat und ZK-Apparat

Mit dem Politbürobeschluss vom 22. Juni 1971 bildete sich eine formelle Aufgabenverteilung zwischen Politbüro und Sekretariat heraus.²⁴ Das Politbüro war dementsprechend das politisch führende Organ und beschäftigte sich mit allen Grundfragen der Politik der SED, der Staatsführung, der Sicherheitspolitik, den internationalen Beziehungen, der Wirtschaft, der Kultur, der Bildung und der Gesundheit. Es arbeitete auf der Grundlage halbjähriger Arbeitspläne. Das Sekretariat fasste Beschlüsse zu organisationspolitischen und kaderpolitischen Fragen und kontrollierte deren Erfüllung. Der Einsatz leitender Funktionäre im Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparat wurde überwiegend im Sekretariat im Rahmen der „Kadernomenklatur des ZK“ vorbereitet und beschlossen.²⁵ Die „Kadernomenklatur des ZK“ enthielt drei Bestätigungsebenen: Politbüro, Sekretariat und Kaderkommission des ZK.²⁶ Abteilungsleiter des Zentralkomitees und die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen wurden vom Politbüro bestätigt. Das Sekretariat bestätigte die 1. und 2. Sekretäre der SED-Kreisleitungen, genehmigte Auslandsreisen für SED-Funktionäre und bewilligte die Delegation zu Schuleinrichtungen der Partei. Es sollte vor allem die Durchführung der Beschlüsse des Zentralkomitees und des Politbüros kontrollieren und die laufende Arbeit des Parteiapparates koordinieren. Jeder Sekretär war für bestimmte Arbeitsbereiche zuständig und hauptamtlich im Parteiapparat beschäftigt. Die ZK-Kaderkommission entschied ausschließlich über parteiinterne Posten.

Das auf dem VIII. Parteitag der SED (15. bis 19. Juni 1971) neu gewählte Zentralkomitee bestätigte auf seiner ersten Tagung am 19. Juni 1971 Erich Honecker als Ersten Sekretär des ZK und das Politbüro (siehe Tabelle 2).

In der Zusammensetzung des Politbüros drückte sich eine weitere Machtverschiebung zugunsten der Anhänger Honeckers aus. Seit dem letzten Parteitag war Axen vom Kandidatenstatus zum Mitglied aufgestiegen. Krolikowski sowie Lamberz wurden neu als Mitglieder gewählt. Ulbricht blieb zwar Politbüromitglied, nahm jedoch fortan an den Sitzungen aus „Krankheitsgründen“ nur noch sehr selten teil. Nicht mehr dabei war Matern, der nach schwerer Krankheit am 24. Ja-

²⁴ Vgl. das Protokoll Nr. 1/71 der Sitzung des Politbüros am 22. Juni 1971, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1342.

²⁵ Das System der Kadernomenklatur folgte dem Grundprinzip, verantwortliche Positionen in Partei und Staat von der nächsthöheren Ebene zu besetzen und zu bestätigen. Vgl. Matthias Wagner, *Ab morgen bist du Direktor. Das System der Nomenklatur in der DDR*, Berlin 1998.

²⁶ Die Beschlüsse des Politbüros und des Sekretariats zur „Neuaufnahme in die Kadernomenklatur des ZK“ belegen, dass die Liste der vom Sekretariat zu bestätigenden Nomenklaturkader seit 1971 ständig wuchs. Waren es 1968 noch 2248 Positionen in Staat und Gesellschaft, die vom Sekretariat im Rahmen der ZK-Hauptnomenklatur bestätigt wurden, so stieg ihre Zahl bis 1986 auf 3107 an. Vgl. Heike Amos, *Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat*, Münster 2003, S. 589.

Tabelle 2: Mitglieder und Zuständigkeitsbereiche des am 19. Juni 1971 bestätigten Politbüros²⁷

Mitglieder	Zuständigkeitsbereich
Erich Honecker	Erster Sekretär des ZK der SED; Innen- u. Außenpolitik, Abteilung Parteiorgane, Abteilung f. Kaderfragen, Abteilung f. Sicherheitsfragen, Abteilung Verkehr, Allgemeine Abteilung, Büro d. Politbüros, Vorsitzender d. Nationalen Verteidigungsrates
Hermann Axen	Sekretär ZK, Abteilung internationale Verbindungen
Friedrich Ebert	Abteilung Staats- und Rechtsfragen, Vorsitzender der SED-Fraktion in der Volkskammer
Gerhard Grüneberg	Sekretär ZK, Abteilung Landwirtschaft
Kurt Hager	Sekretär ZK, Abteilung Wissenschaften, Abteilung Kultur, Abteilung Volksbildung, Abteilung Gesundheitspolitik, Parteizeitschrift „Einheit“, Institut f. Marxismus-Leninismus, Institut f. Gesellschaftswissenschaften, Dietz Verlag
Werner Krolkowski	1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden
Werner Lamberz	Sekretär ZK, Abteilung Agitation, Abteilung Propaganda, Parteihochschule „Karl Marx“, Institut f. Meinungsforschung
Günter Mittag	Sekretär ZK, Abteilung Planung u. Finanzen, Abteilung Forschung u. technische Entwicklung, Abteilung Grundstoffindustrie, Abteilung Maschinenbau u. Metallurgie, Abteilung Bauwesen, Abteilung Leicht-, Lebensmittel- und bezirksgelieferte Industrie, Abteilung Verkehr u. Verbindungswesen, Abteilung Gewerkschaften u. Sozialpolitik, Abteilung sozialistische Wirtschaftsführung, Zentralinstitut f. sozialistische Wirtschaftsführung
Erich Mückenberger	Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission
Alfred Neumann	Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates
Albert Norden	Sekretär ZK, Abteilung Auslandsinformation, Westabteilung, Arbeitsgruppe sozialistische Wehrerziehung, Arbeitsgruppe befreundete Parteien, Nationalrat der Nationalen Front u. Friedensrat
Horst Sindermann	Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates
Willi Stoph	Vorsitzender des Ministerrates
Walter Ulbricht	Vorsitzender des Staatsrates
Paul Verner	Sekretär ZK, Abteilung Frauen, Abteilung Jugend, Abteilung Sport, Abteilung Finanzverwaltung u. Parteibetriebe, Arbeitsgruppe Kirchenfragen, Zeitschrift „Neuer Weg“
Herbert Warnke	Vorsitzender des Bundesvorstandes des FDGB

nuar 1971 gestorben war. Ausgeschieden war ferner Paul Fröhlich, der am 19. September 1970 verstorben war.

Die 1. Tagung des ZK bestimmte am 19. Juni 1971 sieben Kandidaten (siehe Tabelle 3).

Der neue Parteichef beließ die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros, die sich nicht aktiv am Sturz Ulbrichts beteiligt hatten, nach dem VIII. Parteitag in ihren Funktionen: Friedrich Ebert, Alfred Neumann, Albert Norden und Georg Ewald, der am 14. September 1973 bei einem Verkehrsunfall tödlich verunglückte,

²⁷ Vgl. SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/432 und 433. Die Arbeitsverteilung wurde auf der Sitzung des Politbüros am 22. Juni 1971 bestätigt: Ebenda, DY 30/J IV 2/2/1342.

Tabelle 3: Kandidaten des am 19. Juni 1971 bestätigten Politbüros²⁸

Kandidaten	Zuständigkeitsbereich
Georg Ewald	Mitglied des Ministerrates, Vorsitzender des Rates f. landwirtschaftliche Produktion u. Nahrungsgüterwirtschaft
Walter Halbritter	Mitglied des Ministerrates, Leiter des Amtes für Preise beim Ministerrat
Werner Jarowsky	Sekretär ZK, Abteilung Handel, Versorgung, Außenhandel
Günther Kleiber	Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates
Erich Mielke	Minister f. Staatssicherheit
Margarete Müller	Mitglied des Rates für landwirtschaftliche Produktion u. Nahrungsgüterwirtschaft
Harry Tisch	1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock

Walter Halbritter und Margarete Müller, eine LPG-Vorsitzende und später Leiterin einer Agrar-Industrie-Vereinigung.

Doch trieb Honecker einen behutsamen, aber nicht zu übersehenden Personalwechsel im Politbüro voran. Insgesamt gehörten dem Politbüro 16 Mitglieder und sieben Kandidaten an. Durch den VIII. Parteitag rückte Krolikowski, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, zum Mitglied des Politbüros auf, ohne vorher Kandidat gewesen zu sein. Er hatte sich als scharfer Ulbricht-Kritiker und Gefolgsmann Honeckers profiliert. Lamberz, ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda, wurde vom Kandidaten zum Politbüromitglied befördert. Er galt als Vertrauter Honeckers und genoss in Teilen der Partei aufgrund seines Rufes als Vertreter eines vergleichsweise liberalen Kurses – vor allem gegenüber den Intellektuellen – durchaus Sympathie. Neu hinzugekommen waren Erich Mielke und Harry Tisch, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Rostock, als Kandidaten des Politbüros. Mit der Wahrnehmung der Aufgaben im Politbüro beauftragte Honecker bei seiner Abwesenheit Paul Verner. Bei Abwesenheit Verners übernahm Hager die Leitung.

Die Sekretäre des ZK gehörten nunmehr ausnahmslos dem Politbüro an. Das am 19. Juni 1971 vom Zentralkomitee auf seiner ersten Tagung bestätigte Sekretariat spiegelte ebenso wie das Politbüro die Machtverschiebung zugunsten des Honecker-Flügels wider (siehe Tabelle 4).

Als neuer Sekretär wurde Politbüromitglied Paul Verner, bisher 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin, gewählt. Erich Mückenberger, neben Friedrich Ebert der letzte ehemalige Sozialdemokrat im Politbüro und bisher 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Frankfurt/Oder, wurde als Nachfolger von Matern Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission – ein Amt, das er bis Dezember 1989 ausübte. Der bisherige 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle, Horst Sindermann, wurde Erster Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates neben dem seit 1968 als Erster Stellvertreter Willi Stophs amtierenden Politbüromitglied Alfred Neumann.

²⁸ Vgl. SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/432 und 433.

Tabelle 4: Die am 19. Juni 1971 bestätigten Sekretäre des Zentralkomitees

Sekretäre des Zentralkomitees	Arbeitsbereich
Erich Honecker	Erster Sekretär des ZK, Kaderfragen, Sicherheitsfragen, Parteiorgane
Hermann Axen	Internationale Beziehungen
Gerhard Grüneberg	Landwirtschaft
Kurt Hager	Wissenschaft, Bildung, Kultur und Ideologie
Werner Jarowinsky	Handel und Versorgung
Werner Lamberg	Agitation und Propaganda
Günter Mittag	Wirtschaft
Albert Norden	Auslandsinformation, sozialistische Wehrerziehung
Paul Verner	Frauen, Jugend, Sport, Kirchenfragen, Parteibetriebe

Das Machtzentrum der DDR bildeten in den 18 Jahren, in denen Honecker an der Spitze stand, das Politbüro, das ZK-Sekretariat und der ZK-Apparat mit seinen zuletzt 34 Abteilungen. In den zentralen Apparat der SED kehrte Mitte der 1970er Jahre eine organisationspolitische Normalität ein. Die ständigen Umstrukturierungen und personellen Umbesetzungen im zentralen Parteiapparat der 1950er und 1960er Jahre hatten zu instabilen Strukturen und unklaren Zuständigkeitsverteilungen, zeitweise zu einem unübersichtlichen Zustand geführt.²⁹ In der Amtszeit Honeckers wurden solche Strukturexperimente völlig aufgegeben und die hierarchische Struktur des zentralen Parteiapparates, von der 1963/64 mit dem Ziel der Effizienzsteigerung abgewichen worden war³⁰, wiederhergestellt. Die ZK-Abteilungen fungierten wieder als die zentralen Schaltstellen, die gesellschaftspolitische Entscheidungen vorbereiteten und deren Umsetzung forcierten.³¹

Die nachstehende Grafik illustriert die Entscheidungsabläufe in der SED-Machtzentrale nach dem IX. Parteitag der SED vom Mai 1976, die in der gesamten Amtszeit Honeckers vorherrschten (Abbildung 1).

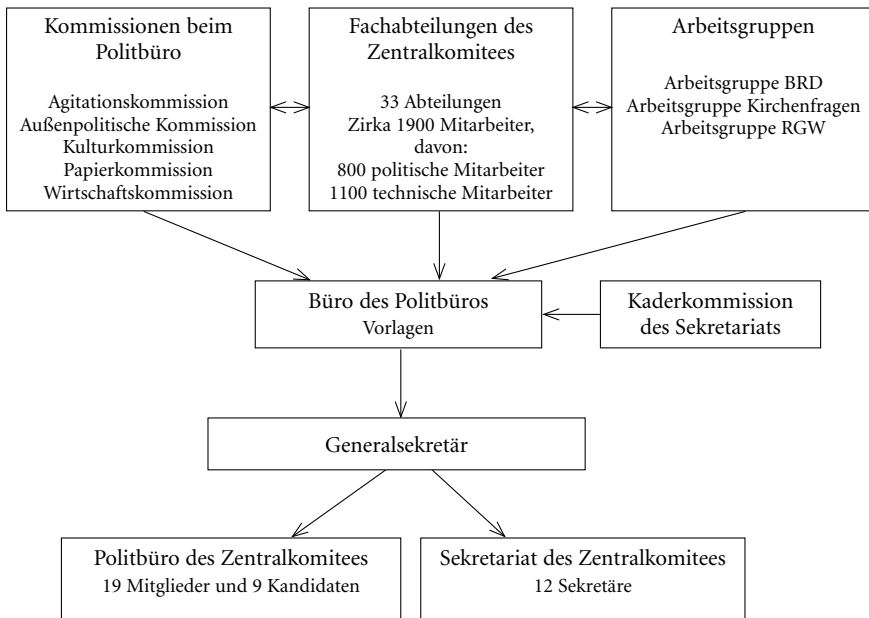
Die jeweiligen Arbeitsordnungen des Apparates des ZK der SED regelten die Arbeitsweise dieser Machtzentrale, insbesondere die Befugnisse der Abteilun-

²⁹ Vgl. Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale, S. 632.

³⁰ Das war beispielsweise nach dem Politbürobeschluss über die „Organisation der Parteiarbeit nach dem Produktionsprinzip“ vom 26. Februar 1963 der Fall. Nach seiner Umorganisation bestand der zentrale Apparat des ZK aus 25 Abteilungen, sechs Arbeitsgruppen, sechs Politbürokommisionen und zwei zentralen Büros: dem Büro für Industrie und Bauwesen und dem Büro für Landwirtschaft. Beide Büros vereinten hauptamtliche Funktionäre der ZK-Abteilungen, gewählte ZK-Mitglieder sowie Parteimitglieder, die leitende Posten in der staatlichen Wirtschaft bzw. genossenschaftlichen Landwirtschaft innehatten. Die Arbeit dieser Büros sowie der sechs Politbüro-Kommisionen sollte mit einem gewissen Abbau von zentralisierter Zuständigkeit beim jeweiligen ZK-Sekretär und der betreffenden Fachabteilung einhergehen und Querverbindungen zwischen inhaltlich ähnlichen bzw. zusammengehörenden Bereichen möglich machen.

³¹ Vgl. Manfred Uschner, Die zweite Etage. Funktionsweise eines Machtapparates, Berlin 1993, S. 21f.; Hans Modrow (Hrsg.), Das Große Haus. Insider berichten aus dem ZK der SED, Berlin 1994.

Abbildung 1: Die Entscheidungsabläufe in der SED-Machtzentrale im Mai 1976



gen.³² Die Beschlüsse, Rundschreiben und Weisungen des Politbüros und des Sekretariats, wie z. B. die Richtlinien für die Arbeit mit den Verschlussachen im Parteiapparat³³, die Richtlinien für die Einreichung von Vorlagen für das Politbüro und für das Sekretariat³⁴ oder die Richtlinien zum Aufbau der Parteiinformationen³⁵ waren für die Tätigkeit des zentralen Parteiapparates bindend.

Honecker baute den Personalbestand des Apparates im Unterschied zu seinem Vorgänger nur geringfügig aus. Seit seinem Amtsantritt erhöhte sich die Zahl der im zentralen ZK-Apparat beschäftigten hauptamtlichen Mitarbeiter nur leicht. Im November 1971 gab es 1888 hauptamtliche Mitarbeiter im Zentralkomitee,

³² Vgl. die im Sekretariat verabschiedete Arbeitsordnung des Apparates ZK der SED vom 29. Juni 1966, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/3A/1331, sowie die Arbeitsordnung vom 22. September 1976, in: ebenda, DY 30/J IV 2/3A/2884.

³³ Vgl. die vom Sekretariat beschlossene Fassung der Richtlinien vom 13. Juni 1972, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/3A/2188–2189, sowie die Fassung vom 24. August 1987, in: ebenda, DY 30/J IV 2/3A/4586.

³⁴ Vgl. die vom Sekretariat beschlossene Fassung der Richtlinien vom 29. Juni 1966 in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/3A/1331–1333, sowie die Fassung vom 24. Januar 1980, in: ebenda, DY 30/J IV 2/3A/3419.

³⁵ Vgl. die vom Sekretariat beschlossene Fassung der Richtlinien vom 29. August 1960 in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/3/699, sowie die Fassung vom 20. November 1974, in: ebenda, DY 30/J IV 2/3/2237.

davon 783³⁶ politische und 1105 technische Mitarbeiter. Am 31. Dezember 1988 gehörten dem zentralen Apparat der SED insgesamt 1927 Mitarbeiter an; davon 839 politische und 1088 technische Mitarbeiter.³⁷ Die Mitarbeiterzahl der verschiedenen Abteilungen bzw. Kommissionen variierte beträchtlich, wie Tabelle 5 über den Stand per 31. Dezember 1988 ausweist.

Hinsichtlich der Zahl der technischen Mitarbeiter stand die Abteilung Verwaltung der Wirtschaftsbetriebe an der Spitze, da ihr die Hausverwaltungen, die gastronomischen Einrichtungen einschließlich der Gastehäuser, die Poliklinik, die Kinderbetreuungsstätten und der Fahrdienst des ZK unterstanden. Die Abteilung schuf organisatorische Voraussetzungen, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der hauptamtlichen Mitarbeiter des zentralen Parteiapparates optimal zu gestalten. Außerdem war sie für die Personalangelegenheiten dieser Bereiche sowie für Fragen des Wohnungswesens und der Beschaffung (Ausstattung der Arbeitsräume, Bereitstellung von Büromaterialien) zuständig. Günter Glende, der Ehemann von Büroleiterin Gisela Glende, leitete die ZK-Abteilung Verwaltung und Wirtschaftsbetriebe. Nach Informationen der Hauptabteilung XX des MfS soll Günter Glende der „heimliche König“ im Haus des Zentralkomitees („Großes Haus“) gewesen sein, da alle Versorgungsfragen und Entscheidungen über materielle Ausstattungen (TV, Radio, PKW) über seinen Tisch gingen.³⁸ Auf diese Weise entstanden persönliche Abhängigkeitsverhältnisse, in denen nach Informationen der Hauptabteilung XX des MfS andere Abteilungsleiter, aber auch ZK-Sekretäre und Politbüromitglieder eingebunden gewesen sein sollen.³⁹

Die Zentrale Druckerei- und Einkaufsgesellschaft (Zentrag) verwaltete das weit verzweigte Netz der SED-eigenen Verlage, Druckereien, Parteizeitungen und anderer wirtschaftlicher Unternehmungen. Sie war ein juristisch selbstständiges Wirtschaftsunternehmen. Zu den unmittelbaren Aufgaben der Zentrag gehörte die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit und der Finanzen in den von ihr kontrollierten Wirtschaftsunternehmen; die Kontrolle der Papierverteilung, des Pressevertriebs und des Buchhandels; die technische Ausstattung der Druckereien und Verlage sowie die Anleitung von Verlagen gesellschaftlicher Organisationen in der DDR. An der Spitze standen als Generaldirektoren seit 1967 Paul Kubach und seit 1983 Werner Würzberger. Die Zentrag unterstand direkt der Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe des ZK.

Die Abteilungen Parteiorgane und Internationale Verbindungen beschäftigten die meisten politischen Mitarbeiter, womit sich auch eine gewisse politische Schwerpunktsetzung innerhalb des Apparates dokumentieren lässt. Blickt man

³⁶ Zum Vergleich: Ende 1963 waren im zentralen SED-Fachapparat 766 politische Mitarbeiter (einschließlich der Redaktionen der Parteizeitschriften „Einheit“ und „Neuer Weg“) beschäftigt. Vgl. Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale, S. 619.

³⁷ Vgl. die Hausmitteilung von Edwin Schwertner, Leiter des Büros des Politbüros, an Erich Honecker vom 12. Januar 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/2180.

³⁸ Vgl. den Ermittlungsbericht der HA XX des MfS vom 15. August 1972, in: Archiv BStU, MfS HA XX 15110.

³⁹ Vgl. den Operativplan der Abteilung XX des MfS 18. Juli 1973, in: ebenda.

Tabelle 5: Die Anzahl der Mitarbeiter im zentralen Apparat des Zentralkomitees im Dezember 1988⁴⁰

Abteilung/Kommission/Büro	pol. Mitarbeiter	techn. Mitarbeiter	Gesamt
Büro des GS bzw. Büros der Sekretäre	26	37	63
Agitation	39	17	56
Agitationskommission	5	3	8
Auslandsinformation	16	3	19
Bauwesen	17	3	20
Befreundete Parteien	6	2	8
Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL)	1	6	7
Büro des Politbüros	32	118	150
Redaktion „Einheit“	26	6	32
Finanzverwaltung u. Parteibetriebe	20	25	45
Forschung u. technische Entwicklung	12	4	16
Frauenpolitik	8	2	10
Gesundheitspolitik	15	4	19
Gewerkschaften u. Sozialpolitik	12	3	15
Grundstoffindustrie	21	4	25
Handel, Versorgung u. Außenhandel	20	4	24
Internationale Politik u. Wirtschaft	20	4	24
Internationale Verbindungen	68	28	96
Jugendpolitik	11	3	14
Kaderfragen	16	9	25
Kirchenfragen	4	1	5
Kultur	25	5	30
Landwirtschaft	30	4	34
Leicht-, Lebensmittel/Bezirksg. Industrie	20	4	24
Maschinenbau u. Metallurgie	30	6	36
Zeitschrift „Neuer Weg“	19	4	23
Parteiorgane	77	61	138
Parteorganisation	6	4	10
Planung u. Finanzen	36	8	44
Propaganda	23	10	33
Sicherheitsfragen	36	10	46
Sozialistische Wirtschaftsführung	8	2	10
Sport	5	2	7
Staats- u. Rechtsfragen	18	7	25
Transport- u. Nachrichtenwesen	16	3	19
Verkehr	11	3	14
Verwaltung d. Wirtschaftsbetriebe	14	648	662
Volksbildung	16	4	20
Wissenschaften	26	6	32
Zentrale Parteikontrollkommission	17	6	23
Zentrale Revisionskommission	11	5	16
Gesamt	839	1088	1927

auf die personelle Stärke der Abteilung Sport sowie auf die Arbeitsgruppe Kirchenfragen, scheinen diese Arbeitsfelder keinen großen politischen Stellenwert im ZK-Apparat gehabt zu haben.

⁴⁰ Vgl. ebenda.

Tabelle 6: Anzahl der Mitarbeiter in den Einrichtungen und Institutionen des Zentralkomitees der SED im Dezember 1988⁴¹

Institution	pol. Mitarbeiter	techn. Mitarbeiter	Gesamt
Parteihochschule „Karl Marx“	373	367	740
Akademie f. Gesellschaftswissenschaften	379	155	534
Institut f. Marxismus-Leninismus	277	207	484
Zentralinstitut f. sozialistische Wirtschaftsführung	110	108	218
Dietz Verlag	73	113	186
Verlag f. Agitations- u. Anschauungsmittel	75	49	124
Redaktion „Neues Deutschland“	254	85	339
Parteischule Kleinmachnow	52	190	242
Sonderschule Woltersdorf	5	18	23
Institut f. soz. Wirtschaftsführung u. gesellsch. Entwicklung in d. Landwirtschaft Liebenwalde	43	76	119
Institut zur Ausbildung v. Funktionären der sozialistischen Landwirtschaft Dresden-Pillnitz	33	55	88
Institut zur Ausbildung v. Funktionären der sozialistischen Landwirtschaft Schwerin	34	72	106
Generaldirektion Zentrang	156	115	271
Organisationseigener Betrieb (OEB) Fundament			
Gesamt	1864	1610	3474

Zum zentralen Apparat gehörten auch die Redaktionen der Zeitschriften „Neuer Weg“ und „Einheit“. Die Mitarbeiter der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) und der Zentralen Revisionskommission hatten ebenfalls ihren Arbeitsplatz im Haus des ZK und zählten gleichfalls zum zentralen Parteiapparat. Die zentralen Bildungs- und Forschungseinrichtungen der SED, wie die Parteihochschule „Karl Marx“, die Akademie für Gesellschaftswissenschaften und das Institut für Marxismus-Leninismus verloren dagegen Anfang der 1970er Jahre ihren zuvor anerkannten Status von ZK-Abteilungen.⁴² In der parteiinternen Statistik wurden sie deshalb gesondert geführt. In den Einrichtungen und Institutionen des Zentralkomitees außerhalb des „großen Hauses“ waren Ende Dezember 1988 insgesamt 3474 Mitarbeiter beschäftigt; darunter 1864 politische und 1610 technische Mitarbeiter.⁴³ Die Anzahl der hauptamtlichen Mitarbeiter in den verschiedenen ZK-Institutionen mit dem Stand vom 31. Dezember 1988 ist aus Tabelle 6 ersichtlich.

⁴¹ Vgl. ebenda.

⁴² Vgl. Lutz Prieß, Die Organisationsstruktur, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hrsg.), Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 131.

⁴³ Vgl. die Hausmitteilung Schwertners an Honecker vom 13. Januar 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/2180.

Bezeichnend für den Anspruch, die „Führungskader“ der SED politisch-ideologisch zu prägen, war die beachtliche Zahl von 740 hauptamtlichen Mitarbeitern an der Parteihochschule „Karl Marx“. Hinzu kamen die 242 hauptamtlichen Mitarbeiter an der 1973/74 in Kleinmachnow eingerichteten zentralen Sonderschule des Zentralkomitees, die sich der Weiterbildung „leitender Kader“ für Agitation, Propaganda und Kultur sowie der Qualifizierung von Parteischullehrern widmete. Aber auch die Zahl von 254 politischen Mitarbeitern in der Redaktion des „Neuen Deutschland“ zeugt davon, welchen Stellenwert die SED-Führung der Zeitung als einem der wichtigsten Propagandawerkzeuge der Partei beimaß.

Für die technische Vorbereitung politischer und personeller Grundsatzentscheidungen der SED-Führung spielte das Büro des Politbüros eine wichtige Rolle, da hier sämtliche Vorlagen für Politbüro- und Sekretariatssitzungen eingereicht und nach den entsprechenden Festlegungen des Generalsekretärs an die betreffenden Personen verteilt wurden. Nur Honecker definierte den Verteilerkreis von Vorlagen, Protokollen, Beschlüssen, Fernschreiben und Informationen. Er konnte somit auch gezielt die Weitergabe von sensiblen Informationen steuern. Das Büro des Politbüros hatte keinen Einfluss auf die Auswahl der Themen der Politbüro- und Sekretariatssitzungen.⁴⁴ Deren Tagesordnungspunkte legte Honecker persönlich fest. Auch die Leitung der Sitzungen lag in seinen Händen, wenn es bei seiner Abwesenheit keine anderen Festlegungen gab.

Das Personalbüro im Bereich des Büros des Politbüros zeichnete für die Einstellung und Entlassung der technischen Mitarbeiter, u. a. in den Bereichen Schreibbüro, Poststelle, Druckerei/Vervielfältigung, Fernschreibzentrale und Telefonzentrale verantwortlich. Die Personalunterlagen wurden dort geführt. Personalangelegenheiten wurden auch in anderen Abteilungen wie in der Abteilung Verwaltung der Wirtschaftsbetriebe getätigt.

Der Einsatz und die Abberufung politischer Mitarbeiter im zentralen Parteiapparat sowie die Delegierung und Abberufung von Funktionären (Absolventen) an Bildungseinrichtungen der SED wurden in der Kaderkommission des Sekretariats des ZK der SED, die Honecker bis 1989 leitete, bestätigt. Die von Fritz Müller geleitete Abteilung für Kaderfragen bereitete derartige Entscheidungen vor und führte u. a. Gespräche mit den betreffenden Funktionären. Die Unterlagen der Nomenklaturkader des ZK wurden in dieser Abteilung geführt.⁴⁵ Honecker behielt die Kaderfragen bis zum Schluss in seinen Händen. Im September 1976 gehörten der Kaderkommission des Sekretariats sechs Funktionäre an (siehe Tabelle 7).

Zu Beginn seiner Amtszeit sah Honecker, der bereits in den 1960er Jahren als Sekretär für Organisationsfragen an allen wesentlichen Personalentscheidungen im ZK-Apparat maßgeblich beteiligt gewesen war, von einem generellen Personalaustausch an der Spitze der ZK-Abteilungen ab. Da der Parteiapparat aus seiner

⁴⁴ Grundlage waren die Arbeitspläne des ZK der SED, vgl. SAPMO BArch, DY 30/9131.

⁴⁵ Dies betraf Mitglieder und Kandidaten des Politbüros, des Sekretariats des ZK, Mitglieder und Kandidaten des ZK, Abteilungsleiter und politische Mitarbeiter des ZK-Apparates (mit Ausnahme der Abteilung für Sicherheitsfragen).

Tabelle 7: Die Kaderkommission des Sekretariats des Zentralkomitees im September 1976⁴⁶

Vorsitzender	Mitglied	Sekretär
Erich Honecker Generalsekretär	Horst Dohlus Kandidat d. Politbüros u. ZK-Sekretär Johannes Hörnig Leiter d. ZK-Abteilung Wissenschaften Bruno Kiesler Leiter d. ZK-Abteilung Landwirtschaft Hermann Pöschel Leiter der ZK-Abteilung Forschung u. technische Entwicklung	Fritz Müller Leiter d. ZK-Abteilung für Kaderfragen

Sicht gut zu funktionieren schien, gab es kaum Gründe, nach seiner Amtsübernahme als Erster Sekretär führende Mitarbeiter in den Abteilungen auszutauschen. In vier Abteilungen, die sich für die Amtszeit Honeckers als wichtige Politikfelder erweisen sollten, nahmen 1971/72 neue Abteilungsleiter ihre Tätigkeit im zentralen Apparat auf: Hans Modrow als Leiter der Abteilung Agitation, Herbert Scheibe als Leiter der Abteilung für Sicherheitsfragen, Hans-Joachim Hoffmann als Leiter der Abteilung Kultur und Hans-Joachim Rüscher als Leiter der Abteilung Leicht-, Lebensmittel- und bezirksgeleitete Industrie. Dieser Personalaustausch wurde nötig, weil die bisherigen Abteilungsleiter z. T. alters- und krankheitsbedingt ausgeschieden waren. Alle anderen Abteilungsleiter amtierten schon seit geraumer Zeit und behielten vorerst ihre Posten. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Abteilungen des ZK und ihrer Leiter in der Honecker-Ära:

Tabelle 8: Die Abteilungen des Zentralkomitees und ihre Leiter (1971 bis 1989)

Abteilung	Leiter	Amtszeit
Büro des Politbüros	Gisela Glende Edwin Schwertner	1968–1986 1986–1989
Allgemeine Abteilung/Arbeitsgruppe (eigenständig bis 1984)	Martha Golke Werner Albrecht Ilse Stephan	1963–1972 1972–1981 1981–1984
Abteilung Agitation	Hans Modrow Heinz Geggel	1971–1973 1973–1989
Abteilung Auslandsinformation	Manfred Feist Reiner Kalisch	1966–1989 Nov./Dez. 1989
Abteilung Bauwesen	Gerhard Trölitersch	1959–1989
Abteilung Befreundete Parteien	Waldemar Pilz Karl Vogel	1968–1985 1985–1989
Abteilung Fernmeldewesen (eigenständig bis 1986)	Heinz Zumpe Heinz Lübke	1967–1975 1975–1986
Abteilung Finanzverwaltung und Parteibetriebe	Karl Raab Heinz Wildenhain	1950–1981 1981–1989
Abteilung Forschung und technische Entwicklung	Hermann Pöschel	1958–1989

⁴⁶ Vgl. die Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 51/76 der Sitzung des Sekretariats des ZK vom 27. September 1976, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/3/2501.

Abteilung Frauen	Ingeburg Lange	1961–1989
Abteilung für Kaderfragen	Fritz Müller	1960–1989
Abteilung für Sicherheitsfragen	Walter Borning	1961–1972
	Herbert Scheibe	1972–1985
	Wolfgang Herger	1985–1989
	Peter Miethe	1989–1990
Abteilung für Staats- und Rechtsfragen	Klaus Sorgenicht	1957–1989
Abteilung Gesundheitspolitik	Werner Hering	1960–1981
	Karl Seidel	1981–1989
Abteilung Gewerkschaften und Sozialpolitik	Fritz Brock	1965–1989
Abteilung Grundstoffindustrie	Horst Wambutt	1969–1989
Abteilung Handel, Versorgung und Außenhandel	Hilmar Weiß	1967–1989
Abteilung Internationale Verbindungen	Paul Markowski	1966–1978
	Egon Winkelmann	1978–1980
	Günter Sieber	1981–1989
Abteilung Jugend	Siegfried Lorenz	1967–1976
	Wolfgang Herger	1976–1985
	Gerd Schulz	1985–1989
Abteilung Kultur	Hans-Joachim Hoffmann	1971–1973
	Peter Heldt	1973–1975
	Ursula Ragwitz	1975–1989
	Lothar Bisky	Nov./Dez. 1989
Abteilung Landwirtschaft	Bruno Kiesler	1959–1981
	Bruno Lietz	Jan.–Nov. 1982
	Helmut Semmelmann	1982–1989
Abteilung Leicht-, Lebensmittel- und bezirksgeleitete Industrie	Gerhard Briksa	1961–1972
	Hans-Joachim Rüschler	1972–1986
	Manfred Voigt	1986–1989
Abteilung Maschinenbau/Metallurgie	Gerhard Tautenhahn	1964–1986
	Klaus Blessing	1986–1989
Abteilung Parteiorgane	Horst Dohlus	1960–1986
	Heinz Mirtschin	1986–1989
Abteilung Planung und Finanzen	Erich Wappler	1969–1974
	Günter Ehrensperger	1974–1989
Abteilung Propaganda	Kurt Tiedke	1961–1979
	Klaus Gäbler	1979–1989
Abteilung Sozialistische Wirtschaftsführung	Carl-Heinz Janson	1966–1989
Abteilung Sport	Rudolf Hellmann	1965–1989
Abteilung Transport und Nachrichtenwesen	Hubert Egemann	1962–1986
	Dieter Wösterfeld	1987–1989
Abteilung Verwaltung und Wirtschaftsbetriebe	Günter Glende	1964–1989
Abteilung Volksbildung	Lothar Oppermann	1963–1989
Abteilung Wissenschaften	Johannes Hörnig	1955–1989
Westabteilung, Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft	Heinz Geggel	1963–1973
	Herbert Häber	1973–1985
	Gunter Rettner	1985–1989
Abteilung Verkehr	Josef Steidl	1966–1985
	Julius Cebulla	1985–1989
	Gunter Rettner	Nov./Dez. 1989

Die Abteilungsleiter im ZK-Apparat sowie die Chefredakteure der zentralen Parteipresse wurden vom Zentralkomitee jeweils auf dem zweiten Plenum nach einem Parteitag bestätigt. Personalwechsel an der Spitze der Abteilung mussten ebenfalls vom Zentralkomitee betätigt werden, was stets ohne Nachfragen erfolgte. Die meisten ZK-Abteilungen waren in Sektoren unterteilt, in denen wiederum für bestimmte Sachgebiete politische Mitarbeiter zuständig waren. Die wichtigste Aufgabe der ZK-Abteilungen bestand in der Vorbereitung von Entscheidungen bzw. Vorlagen für Politbüro und ZK-Sekretariat sowie in der Kontrolle und Unterweisung der zugeordneten Staatsorgane. Es blieb bei der engen Verflechtung von Partei- und Regierungsapparat als dem zentralen Funktionselement der SED-Herrschaft. Jedem Ministerium und jedem Staatssekretariat mit eigenem Geschäftsbereich war eine Fachabteilung bzw. eine Kommission des zentralen ZK-Apparates zugeordnet, die nicht nur über die Regierungsstellen, sondern über sämtliche staatliche Institutionen eine Steuerungs- und Kontrollfunktion wahrnahm. In der Hierarchie standen die Fachabteilungen bzw. Kommissionen des ZK-Apparates nach wie vor über dem jeweils zugeordneten Ministerium und anderen Regierungsstellen. Fachlich bedeutsame Entscheidungen fielen nicht in den Ministerien, sondern in der jeweils federführenden ZK-Fachabteilung.

Gleichwohl konnte die Intensität der Anleitung und Beaufsichtigung der Ministerien und staatlichen Institutionen durch die Abteilungen des ZK unterschiedlich ausfallen. Ausnahmen von der geschilderten Kompetenzverteilung zwischen Ministerien und ZK-Apparat hingen von der Stellung der Minister in der Machthierarchie der SED ab. Das traf auf Margot Honecker zu, die 1963 Volksbildungsministerin wurde. Als Ministerin, ZK-Mitglied und Ehefrau von Erich Honecker nahm sie die ZK-Abteilung Volksbildung und deren Leiter, Lothar Oppermann, nicht sonderlich ernst, obwohl diese formell als oberste Kontrollinstanz für die Bildungspolitik der SED zuständig war. Der Machtantritt ihres Mannes im Mai 1971 hatte auch für Margot Honecker einen Zuwachs an Autorität zur Folge, der weit über ihre Kompetenzen als Ministerin hinausreichte. Seitdem besaß sie eine nahezu unangreifbare Position und traf bildungspolitische Entscheidungen, die die ZK-Abteilung Volksbildung lediglich zur Kenntnis zu nehmen hatte. Wiederholt beschwerte sich Abteilungsleiter Oppermann bei der Ministerin über die ungenügende Einbeziehung des Parteiapparates in die Vorbereitung schulpolitischer Entscheidungen und die fehlenden Informationen über anstehende personalpolitische Entscheidungen im Ministerium für Volksbildung. Derartige Beschwerden fanden bei Margot Honecker kaum Gehör.⁴⁷

Darüber hinaus hatte die Ministerin seit ihrem Amtsantritt 1963 erfolgreich darauf hingearbeitet, dem für das Bildungswesen zuständigen ZK-Sekretär, Kurt Hager, jeglichen Einfluss auf die Schulpolitik zu entziehen. Im Grunde blieb Hager nur noch die Möglichkeit, Entscheidungen der Ministerin im Nachhinein

⁴⁷ Vgl. Andreas Malycha, *Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR 1970–1990. Zur Geschichte einer Wissenschaftsinstitution im Kontext staatlicher Bildungspolitik*, Leipzig 2008, S. 170.

zu sanktionieren. Die Volksbildung war damit der einzige Bereich, in dem ein Ministerium den Vorrang vor der entsprechenden ZK-Abteilung und sogar dem zuständigen ZK-Sekretär genoss. Diese Konstellation stellt allerdings einen – wenngleich bemerkenswerten – Sonderfall im Machtgefüge der DDR dar.

Die Abteilung für Sicherheitsfragen, für die Honecker schon zuvor im Sekretariat zuständig gewesen war, unterstand ihm auch unmittelbar als Erster Sekretär bzw. Generalsekretär. Die ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen sollte den Führungsanspruch der SED in den militär- und sicherheitspolitischen Institutionen, u. a. in der Nationalen Volksarmee, den Grenztruppen, im Ministerium des Inneren sowie im Ministerium für Staatssicherheit durchsetzen. Diese Ministerien verfügten über eigene SED-Kreisleitungen, die als Steuerungs- und Kontrollinstrumente dienten.⁴⁸ Darüber hinaus gab es direkte Beziehungen zwischen dem Leiter der Abteilung für Sicherheitsfragen und den Ministern bzw. der Politischen Hauptverwaltung der NVA/Grenztruppen. Mielke, der seit 1971 dem Politbüro als Kandidat angehörte und seit 1980 den Rang eines Armeegenerals innehatte, fühlte sich allerdings nur Honecker gegenüber verpflichtet. Honecker und Mielke sprachen regelmäßig dienstags nach den Sitzungen des Politbüros unter vier Augen miteinander – nicht nur über Angelegenheiten des Staatssicherheitsdienstes.⁴⁹

Mit Blick auf die Beziehungen zwischen Ost-Berlin und Moskau darf die Allgemeine Abteilung nicht unerwähnt bleiben. Sie fungierte bis in die 1970er Jahre hinein als eine zentrale Verbindungsstelle der SED-Führung zur Parteiführung der KPdSU in Moskau. Sie unterstand seit 1971 Honecker sowie ab 1977 Axen und wurde auf der Grundlage eines Politbürobeschlusses im August 1981 zu einer Arbeitsgruppe heruntergestuft.⁵⁰ Die Abteilung, deren Mitarbeiter vorwiegend Übersetzungsarbeiten im bilateralen Schriftverkehr erledigten und den Austausch von Parteidokumenten organisierten, sicherte den internen Informationsfluss zwischen den Partei- und Regierungschefs der UdSSR und der DDR. Über die Allgemeine Abteilung liefen auch Kontakte zu Diplomaten der UdSSR in der DDR.

Für die hier besonders interessierende Wirtschaftspolitik der SED ist die Abteilung Planung und Finanzen von Bedeutung, die im Jahre 1951 aus der Abteilung Wirtschaftspolitik gebildet wurde und bis zur Auflösung des Zentralkomitees im Dezember 1989 als wichtigste wirtschaftspolitische Abteilung strukturübergreifend für die Ausarbeitung strategischer gesamtwirtschaftlicher Beschlüsse der Parteiführung zuständig war. Im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit stand die Mitwirkung an der Ausarbeitung der Wirtschaftspläne (Fünfjahrpläne/Jahrespläne).

⁴⁸ Vgl. Silke Schumann, Die Parteiorganisation der SED im Ministerium für Staatssicherheit, in: *Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden*. MfS-Handbuch, Teil III/20, Berlin 2002.

⁴⁹ Vgl. Günter Schabowski, Das Politbüro. Ende eines Mythos. Eine Befragung, hrsg. v. Frank Sieren und Ludwig Koehne, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 44; Wilfriede Otto, Erich Mielke – Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten, Berlin 2000, S. 378.

⁵⁰ Vgl. das Protokoll Nr. 18/81 der Sitzung des Politbüros am 25. August 1981, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1907.

Sie kontrollierte die Umsetzung der Wirtschaftspläne auf der zentralen staatlichen Ebene und stand deshalb in ständigem und direktem Kontakt mit der Leitung der Staatlichen Plankommission. Als Abteilungsleiter amtierten Erich Wappler bis 1974 und seitdem Günter Ehrensperger. Ehrensperger (Jg. 1931) verfügte über wirtschaftspolitische Erfahrungen sowohl im staatlichen als auch im Parteiapparat und war an der Vorbereitung wirtschaftspolitischer Entscheidungen maßgeblich beteiligt. Seine Karriere im Wirtschaftsapparat begann der gelernte Industriekaufmann im Jahre 1956 als Referent bzw. Sektorenleiter im Ministerium der Finanzen (bis 1961). Nach dem Besuch der Parteihochschule „Karl Marx“ (1961–1962) arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro des Ministerrates (1962–1963) und danach als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission (1963–1966). Im September 1966 wechselte er in den Parteiapparat und begann in der Abteilung Planung und Finanzen seine Tätigkeit als politischer Mitarbeiter.⁵¹ Von 1974 bis 1989 leitete Ehrensperger diese Abteilung, die in der Wirtschaftslenkung eine Schlüsselstellung einnahm.

Die dominante Rolle der Abteilung Planung und Finanzen innerhalb der wirtschaftspolitischen Abteilungen des ZK-Apparates begründete Günter Mittag mit deren Aufgabe „zu verhindern, dass einzelne Abteilungen, wie Grundstoffindustrie, Maschinenbau usw. nicht von ihren Ressortinteressen ausgehen“.⁵² Ihr Verantwortungsgebiet umfasste Grundfragen der Leitung, Planung, ökonomischen Stimulierung und Strategie der Volkswirtschaft, der Vorbereitung und Bilanzierung der Volkswirtschafts-, Staatshaushalts- und Perspektivpläne, der Abrechnung und Kontrolle der Finanzbilanzen des Staates, der Statistik und Analyse, der Finanz-, Währungs-, Valuta- und Preispolitik, der Investitions-, Grundfonds- und Materialökonomie, der Plan- und Investitionskontrolle, der Koordinierung von Arbeit und Löhnen. Die Abteilung beaufsichtigte zentrale Staats- und Finanzbehörden. Dazu gehörten die Staats- und Außenhandelsbank, die Staatliche Plankommission, die Ministerien für Finanzen und Materialwirtschaft, das Amt für Preise, die Zentralverwaltung für Statistik, die Staatliche Versicherung, das Staatssekretariat für Arbeit und Löhne, die Bank für Land- und Nahrungsgüterwirtschaft, das Staatliche Vertragsgericht, die Staatliche Verwaltung der Staatsreserve sowie die Kombinate Datenverarbeitung, Sekundärrohstoffe und Maschinenbauhandel. Auch im Außenhandel war die Abteilung Planung und Finanzen für strategische Grundfragen zuständig, wie der langfristigen Ex- und Importgestaltung und Aufgaben der ökonomischen Integration und Spezialisierung der RGW-Mitgliedsländer einschließlich der sich daraus ergebenden zwei- und mehrseitigen Außenhandelsbeziehungen und Fragen der Preisentwicklung. In Anbetracht des umfassenden Zuständigkeitsbereichs kann der wirtschaftsstrategische Stellenwert dieser Abteilung kaum überschätzt werden.

⁵¹ Vgl. die Beurteilung der Hauptabteilung XVIII/4/1 des MfS vom 26. Juli 1966, in: Archiv BStU, MfS HA XX 15109, Bl. 76.

⁵² Protokoll der Vernehmung Mittags vom 28. Februar 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 6/90, Bd. 174.

Auch in der Praxis übte die Abteilung Planung und Finanzen großen Einfluss aus. Der Leiter der Abteilung war im Auftrag des Generalsekretärs gegenüber den mit Wirtschafts- und Finanzaufgaben befassten Ministern und Behördenleitern sowie den Generaldirektoren von Kombinat und Betrieben weisungsberechtigt, obwohl einige von ihnen selbst dem Zentralkomitee oder, wie der Leiter der SPK, dem Politbüro als Mitglieder oder Kandidaten angehörten. Ein besonders enges Arbeits-, aber auch Abhängigkeitsverhältnis bestand zum ZK-Sekretär für Wirtschaft, für den die Abteilung Vorlagen und Analysen einschließlich für die von ihm geleiteten Kommissionen und Arbeitsgruppen erarbeitete. Praktische Folgen ergaben sich auch aus den Stellungnahmen und Vorschlägen, die die Abteilung für das Politbüro zu Berichten bzw. Anträgen zentraler staatlicher Gremien anfertigte. Außerdem unterbreitete sie dem Politbüro und dem Sekretariat des ZK Vorschläge für die Besetzung von Funktionen der Kadernomenklatur.

Inwieweit der zentrale Apparat auch die Außenwirtschaftsbeziehungen steuerte und kontrollierte, verdeutlicht die Arbeitsgruppe des RGW, die auf Beschluss des Politbüros vom 22. Oktober 1974 als selbstständige, dem Sekretär für Wirtschaft unterstehende Arbeitsgruppe des ZK gebildet wurde.⁵³ Bis dahin erledigte diese Aufgaben der Sektor Internationale ökonomische Beziehungen (Sektor RGW) der Abteilung Planung und Finanzen. Als Arbeitsgruppenleiter wurde 1974 Horst Tschanter eingesetzt. Tschanter arbeitete seit Dezember 1971 als Sektorenleiter in der ZK-Abteilung Planung und Finanzen. Im Mai 1985 ordnete ein Sekretariatsbeschluss die Arbeitsgruppe der ZK-Abteilung Planung und Finanzen zu.⁵⁴ Als Leiterin setzte das Sekretariat Käthe Frei ein, die ab 1985 zugleich stellvertretende Leiterin der Abteilung Planung und Finanzen wurde. Die Arbeitsgruppe beaufsichtigte die für RGW-Fragen zuständigen Instanzen des Ministerrates. Sie erarbeitete Analysen für die Parteiführung und bereitete deren Entscheidungen über Fragen der ökonomischen Integration der RGW-Länder vor, einschließlich der Preisbildung. Sie kontrollierte die Umsetzung der Beschlüsse bei der Realisierung des Programms der internationalen ökonomischen Integration zwischen den RGW-Ländern.

Bei der Besetzung der Abteilungsleiterposten galt für Honecker der Grundsatz der personellen Kontinuität. Im ZK-Apparat verblieben bis zum Herbst 1989 14 Abteilungsleiter auf ihren Posten, die ein Dienstalter von mindestens 20 Jahren erreicht hatten; vier Abteilungsleiter waren sogar seit mindestens 30 Jahren im Amt.⁵⁵ Die dienstältesten Abteilungsleiter waren im Herbst 1989 Klaus Sorgenicht als Leiter der Abteilung Staat und Recht (1954–1989) sowie Johannes Hörnig als Leiter der Abteilung Wissenschaft (1955–1989). Im historischen Rückblick hielten sogar einige Abteilungsleiter selbst, so wie Günter Sieber, der von 1980 bis 1989 die Abteilung Internationale Verbindungen leitete, das jahrzehntelange Aus-

⁵³ Vgl. das Protokoll Nr. 44/74 der Sitzung des Politbüros am 22. Oktober 1974, in: SAPMO BAArch, DY 30/J IV 2/2/1533.

⁵⁴ Vgl. das Protokoll Nr. 60/85 der Sitzung des Sekretariats am 22. Mai 1985, in: ebenda, DY 30/J IV 2/3/3822.

⁵⁵ Vgl. Mario Niemann, *Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952–1989*, Paderborn 2007, S. 121.

harren im ZK-Apparat für eine „Schwäche des Sozialismus“: „Es gab ja welche, die waren 30 Jahre als Kreissekretär der SED tätig. Oder einer tatsächlich 35 Jahre lang als Abteilungsleiter im ZK. Das ist Wahnsinn! Das können die anständigsten Leute sein und aus Gold, nach einer gewissen Zeit schlägst du aus ihnen keinen Funken mehr.“⁵⁶

Die SED war auch in der Amtszeit Honeckers eine streng hierarchisch gegliederte Organisation, welche die Herrschaftsansprüche der Führung in der Gesellschaft durchzusetzen hatte. Dazu gehörten auf der zentralen Ebene das Institut für Marxismus-Leninismus (IML), das Institut für Gesellschaftswissenschaften und die Parteihochschule „Karl Marx“. Die dem Zentralkomitee unterstellten Parteiinstitute erfüllten unterschiedliche, jedoch wichtige Funktionen im Komplex der Herrschaftssicherung der SED. Von den drei genannten zentralen Einrichtungen kann das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK am ehesten als Thinktank der Partei angesehen werden. Das Institut, das seit 1953 das Promotionsrecht besaß, war mit dem Direktor Otto Reinhold maßgeblich an der Ausarbeitung von parteiinternen Untersuchungen zu gesellschaftspolitischen und theoretischen Problemen sowie bei der Vorbereitung von Resolutionen und Beschlüssen verschiedener zentraler Parteigremien (Parteitag, Zentralkomitee, Politbüro) beteiligt. Verschiedene Arbeitsgruppen erstellten auftragsbezogene Analysen für die Mitglieder der Parteiführung und bereiteten Referate für Politbüromitglieder, die Plenartagungen des Zentralkomitees sowie zentrale gesellschaftswissenschaftliche Konferenzen vor.⁵⁷ Das Institut wurde 1976 in Akademie für Gesellschaftswissenschaften (AfG) umbenannt. Seit dieser Zeit bildete sie künftiges Führungspersonal der SED aus allen gesellschaftlichen Bereichen entsprechend der Nomenklaturordnung und den Kaderrichtlinien in einem vierjährigen Studium (Aspirantur) aus. Den Studienabschluss bildete die Promotion.

Die Parteihochschule diente dagegen bis zuletzt trotz ihres hochtrabenden Namens vorwiegend der Schulung leitender Funktionäre. Sie wurde von 1950 bis 1983 von Hanna Wolf und von 1983 bis 1989 von Kurt Tiedke geleitet. Das IML trat wiederum stärker als Schöpfer historischer Legitimität der SED in Erscheinung. Dem Auftrag, die Geschichte der Arbeiterbewegung aus Sicht der SED-Führung verbindlich darzustellen, kam das Institut 1966 mit der Herausgabe einer achtbändigen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ und 1978 mit der „Geschichte der SED. Abriß“ nach. Das zum Kanon erhobene Bild über die deutsche Geschichte im ausgehenden 19. Jahrhundert und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts diente als Herrschaftslegitimation der Parteiführung.⁵⁸ Bis 1989

⁵⁶ Zitiert in: Brigitte Zimmermann/Hans-Dieter Schütt (Hrsg.), *ohnMacht. DDR-Funktionäre sagen aus*, Berlin 1992, S. 233.

⁵⁷ Vgl. Lothar Mertens, *Rote Denkfabrik? Die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED*, Münster 2004.

⁵⁸ Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, *Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961*, Berlin 1997; Siegfried Lokatis, *Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht*, Köln 2003.

steckte das Institut – insbesondere über die Anfertigung von Gutachten und seine Dominanz in wissenschaftlichen Gremien – als „Leiteinrichtung“ den verbindlichen Rahmen ab, in dem sich historische Erörterungen in der DDR, auch an den Universitäten, zu bewegen hatten. Einen adäquaten Hochschulstatus erhielt das Institut jedoch nicht, obwohl es 1969 das volle Promotionsrecht zugesprochen bekam. Günter Heyden war von 1969 bis Dezember 1989 Direktor des IML.

Darüber hinaus existierten mit dem Zentralinstitut für Sozialistische Wirtschaftsführung beim ZK der SED und dem Institut für Meinungsforschung beim ZK der SED zentrale Institutionen, die noch in der Ulbricht-Ära als Instrumente der Politikberatung geschaffen worden waren. Das Zentralinstitut für sozialistische Wirtschaftsführung, das von 1965 bis 1990 Helmut Koziolk leitete, sollte den politischen Führungsgremien der SED wissenschaftliche Expertisen vorlegen, um wirtschaftspolitische Entscheidungen im Politbüro vorzubereiten. Dies gelang dem Institut am ehesten in der Phase des NÖSPL, das die SED-Führung als entscheidenden Schlüssel für die Modernisierung der Wirtschaft sah, um die staatlichen Betriebe in gewinnorientiert arbeitende Wirtschaftsorganisationen umzuwandeln. Nach dem Abbruch der Wirtschaftsreformen verlor die wissenschaftliche Expertentätigkeit des Instituts zunehmend an Bedeutung. Das Zentralinstitut führte Lehrgänge u. a. für Führungskräfte der Ministerien, Generaldirektoren sowie Betriebsleiter auf den Gebieten Betriebswirtschaft und Wirtschaftslenkung durch.

Das ZK-Institut für Meinungsforschung, das auf Initiative Ulbrichts im April 1964 mit Karl Maron als Direktor gegründet worden war und seit 1974 von Helene Berg geleitet wurde, ließ Honecker im Januar 1979 mit der lapidaren Begründung schließen, es habe seine Aufgaben erfüllt.⁵⁹ Honecker, den die vom Institut vorgelegten Umfrageergebnisse sichtlich irritierten, ließ die Datenbank und einen Großteil der empirischen Untersuchungsergebnisse mit dem Argument vernichten⁶⁰, es sei sehr wohl denkbar, dass bei Fortexistenz des Instituts die dort gewonnenen empirischen Daten und Informationen in die Hände des „Klassenfeindes“ geraten könnten.⁶¹ In der Honecker-Ära wurde Politikberatung im Sinne wissenschaftlicher Expertise von der SED-Führung zunehmend als störend empfunden.⁶²

In seiner Amtszeit stärkte Honecker die Stellung der ZK-Abteilungen. Sie erhielten wieder Kompetenzen zurück, die sie zuvor an die im Januar 1963 gebil-

⁵⁹ Vgl. den Beschluss des Sekretariats des ZK über die „Beendigung der Tätigkeit des Instituts für Meinungsforschung beim ZK der SED“ vom 17. Januar 1979, in: Protokoll Nr. 5/79 der Sitzung des Sekretariats am 17. Januar 1979, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/3/2853.

⁶⁰ Die überlieferten Umfragen des Instituts für Meinungsforschung aus den Jahren 1967–1977 befinden sich u. a. im Büro Werner Lamberz: SAPMO BArch, DY 30/25723–25724, sowie in den Informationen für das Politbüro: ebenda, DY 30/5198–5208.

⁶¹ Vgl. Heinz Niemann, *Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED*, Köln 1993, S. 34; Monika Gibas, *Propaganda in der DDR 1949–1989*, Erfurt 2000, S. 71; Rüdiger Thomas, *Zur Geschichte soziologischer Forschung in der DDR*, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), *Lebenslagen. Sozialindikatorenforschung in beiden Teilen Deutschlands*, Saarbrücken 1990, S. 9–35.

⁶² Vgl. André Steiner, *Wissenschaft und Politik: Politikberatung in der DDR?*, in: Stefan Fisch/Wilfried Rudloff (Hrsg.), *Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive*, Berlin 2004, S. 101–125.

deten Politbüro-Kommissionen verloren hatten.⁶³ Die Bildung der Kommissionen diente ursprünglich dem Zweck, die zentralisierte Zuständigkeit beim jeweiligen ZK-Sekretär sowie der betreffenden Fachabteilung abzubauen, die Arbeit des Apparates stärker auf fachlich-inhaltliche Probleme zu konzentrieren und Querverbindungen zwischen inhaltlich ähnlichen bzw. zusammengehörenden Bereichen möglich zu machen. Ulbricht ließ in den Kommissionen Beschlussvorlagen für das Politbüro und das Sekretariat zu ihrem Fachgebiet unter Mitwirkung von Wissenschaftlern und Praktikern erarbeiten. Zugleich wurden die ZK-Abteilungen den jeweiligen Kommissionen unterstellt.⁶⁴ Nach dem Machtwechsel von 1971 wurden wieder alle relevanten Entscheidungsvorlagen für das Politbüro in den Fachabteilungen vorbereitet, die stark auf ihr jeweiliges Ressort fixiert waren.

Die Politbüro-Kommissionen blieben in der Honecker-Ära zwar weiter bestehen, spielten jedoch bei der Entscheidungsfindung nur noch eine untergeordnete Rolle. So war die seit 1963 von Axen geleitete Außenpolitische Kommission an der Wende von den 1960er zu den 1970er Jahren noch relativ stark in den Entscheidungsprozess einbezogen worden, verlor in der Honecker-Ära jedoch stark an Bedeutung.⁶⁵ Allerdings gab es auch in der Honecker-Ära politisch bedeutsame fachübergreifende Gremien im zentralen Apparat, in denen wichtige Entscheidungen fielen. So war die im September 1974 gegründete Arbeitsgruppe BRD ursprünglich als Koordinierungs- und Entscheidungsgremium für innerdeutsche Wirtschaftsbeziehungen konzipiert worden, dehnte ihre Kompetenzen aber auf alle die deutsch-deutschen Beziehungen betreffenden Fragen aus.⁶⁶ Die Mittag unterstehende Arbeitsgruppe entschied darüber, welche Vorschläge an Honecker zur Entscheidung weitergeleitet wurden. Aufgrund der weitreichenden Zuständigkeiten auf dem Feld der deutsch-deutschen Beziehungen verlor die von Norden geleitete Westkommission des Politbüros erheblich an Einfluss. Sie wurde schließlich im Juni 1976 aufgelöst.⁶⁷

Auch die Wirtschaftskommission des Politbüros, die sich am 2. November 1976 neu konstituierte und in der Mittag den Vorsitz innehatte⁶⁸, wurde kaum in den

⁶³ Entsprechend einem Politbürobeschluss zur Änderung der Arbeitsweise nach dem Produktionsprinzip vom 29. Januar 1963 wurden sechs Kommissionen des Politbüros gebildet: Kommissionen für Agitation (Leiter: Albert Norden), Ideologische Kommission (Leiter: Kurt Hager), Außenpolitische Kommission (Leiter: Hermann Axen), Westkommission (Leiter: Albert Norden), Jugendkommission (Leiter: Paul Verner) und Frauenkommission (Leiterin: Ingeburg Lange). Vgl. das Protokoll Nr. 1/63 der Sitzung des Politbüros am 29. Januar 1963, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/865.

⁶⁴ Vgl. Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale, S. 608.

⁶⁵ Vgl. Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989, München 2007, S. 376.

⁶⁶ Vgl. ebenda, S. 377.

⁶⁷ Vgl. die am 29. Juni 1976 im Umlauf bestätigten Kommissionen des Politbüros, in: Protokoll Nr. 6/76 der außerordentlichen Sitzung des Politbüros am 24. Juni 1976, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1624.

⁶⁸ Vgl. das Protokoll Nr. 23/76 der Sitzung des Politbüros am 2. November 1976, in: ebenda, DY 30/J IV 2/2/1642.

politischen Entscheidungsprozess einbezogen.⁶⁹ Der Wirtschaftskommission gehörten 35 Mitglieder an. Sie erfüllte lediglich die Funktion, die zuvor von der Abteilung Planung und Finanzen ausgearbeiteten und von Mittag genehmigten Entscheidungsvorschläge und Entwicklungskonzepte abzusegnen, ehe sie dem Politbüro zur Bestätigung vorgelegt wurden. Als wirtschaftspolitisches Beratungsorgan oder Entscheidungsgremium trat sie nicht in Erscheinung. Die Kommission stellte das Forum dar, in dem Mittag wirtschaftspolitische Direktiven an Minister und ZK-Abteilungsleiter übergab. Mittag kritisierte in den Beratungen die entstandenen Planrückstände der Industriekombinate und stellte detaillierte Forderungen. Eine problemorientierte Diskussion fand nicht statt; niemand wagte es, den Forderungen Mittags zu widersprechen.⁷⁰

3. Personalpolitische Rochaden an der Führungsspitze

Bedeutende Personalentscheidungen an der Spitze der SED und des Staates fanden nach Ulbrichts Tod am 1. August 1973 statt. Auf der 10. Tagung des Zentralkomitees Anfang Oktober 1973 rückte Verteidigungsminister Armeegeneral Heinz Hoffmann, ohne vorher Kandidat gewesen zu sein, als Mitglied in das Politbüro nach. Kandidaten wurden Werner Felfe, seit 1971 Nachfolger Sindermanns als 1. Sekretär der Bezirksleitung Halle, Joachim Herrmann, Chefredakteur des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“, Ingeburg Lange, Leiterin der Abteilung Frauenfragen des ZK, Konrad Naumann, seit Mai 1971 Nachfolger Verners als 1. Sekretär der Bezirksleitung Berlin, und Gerhard Schürer, seit 1965 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission. Schließlich schied Walter Halbritter, Leiter des Amtes für Preise und ebenfalls ein Architekt der Wirtschaftsreformen der 1960er Jahre, „auf eigenen Wunsch“ als Kandidat des Politbüros aus, blieb aber in seinem Staatsamt.⁷¹

Im September 1973 ordnete Honecker weitere Personalveränderungen in den zentralen Führungsgremien an: Mittag wurde als Sekretär des ZK für Wirtschaft abberufen und der Volkskammer „empfohlen“, ihn als Ersten Stellvertreter des Ministerratsvorsitzenden einzusetzen.⁷² Zum Nachfolger Mittags als Wirtschaftssekretär bestimmte die 10. ZK-Tagung am 2. Oktober 1973 das Politbüromitglied Werner Krolikowski.⁷³ Nachfolger Krolikowskis als 1. Sekretär der Bezirksleitung

⁶⁹ Die Wirtschaftskommission beim Politbüro wurde im Januar 1958 unter Leitung Erich Apels gebildet. Nach ihrer letzten Sitzung am 17. Juni 1961 stellte sie jedoch ihre Tätigkeit ein. Einen formalen Beschluss zu ihrer Auflösung gab es nicht.

⁷⁰ Vgl. Carl-Heinz Janson, Totengräber der DDR. Wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte, Düsseldorf 1991, S. 155.

⁷¹ Vgl. den Bericht Honeckers über Kaderfragen auf der 10. ZK-Tagung am 2. Oktober 1973, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/478.

⁷² Vgl. das Protokoll Nr. 42/73 der Sitzung des Politbüros am 25. September 1973, in: ebenda, DY 30/J IV 2/2/1470.

⁷³ Vgl. das Protokoll der 10. Tagung des Zentralkomitees am 2. Oktober 1973, in: ebenda, DY 30/IV 2/1/480.

Dresden wurde Hans Modrow, der seit 1971 die Abteilung Agitation des Zentralkomitees leitete. Für den früheren Protagonisten des NÖSPL Günter Mittag war die Ablösung als ZK-Sekretär für Wirtschaft und seine Versetzung in den Ministerrat Maßregelung, Warnschuss und Bewährungsfrist zugleich. Seinen Sitz im Staatsrat hatte Mittag bereits 1971 verloren; erst 1979 wurde er wieder Mitglied und rückte 1984 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrates auf. Die 10. ZK-Tagung bestätigte am 2. Oktober 1973 außer Krolikowski noch zwei neue Sekretäre des ZK: Horst Dohlus, seit 1960 Leiter der Abteilung Parteiorgane beim ZK, und Ingeburg Lange. Am 3. Oktober 1973 wählte schließlich die Volkskammer nach Honeckers Willen Sindermann zum Vorsitzenden des Ministerrats, Willi Stoph zum Vorsitzenden des Staatsrats und Mittag zum Ersten Stellvertreter Sindermanns.

Der neue Wirtschaftssekretär Krolikowski verstand von Agitation und Propaganda offenbar mehr als von Wirtschaft. Der frühere Verwaltungsangestellte hatte seit 1951 eine für seine Generation typische Karriere im Parteiapparat durchlaufen: Politischer Mitarbeiter in der SED-Landesleitung Mecklenburg in Schwerin, Leiter der Abteilung Agitation in der SED-Landesleitung Mecklenburg, 1. Sekretär der Kreisleitung der SED Ribnitz-Damgarten, Sekretär für Agitation und Propaganda der SED-Kreisleitung Greifswald, 1. Sekretär der Kreisleitung der SED Greifswald, Sekretär für Agitation und Propaganda der SED-Bezirksleitung Rostock.⁷⁴ In den „kaderpolitischen“ Beurteilungen wurde er für fähig gehalten, leitende Funktionen in der Partei auszuüben.⁷⁵ Von Mai 1960 bis September 1973 war er schließlich 1. Sekretär der Bezirksleitung Dresden.

Krolikowski versuchte anfangs, sich mit großer Energie in die komplexen Fragen der Wirtschaftspolitik einzuarbeiten. Von den Leitern der Wirtschaftsabteilungen im ZK, die sich vom Vorgänger Mittag gegängelt gefühlt hatten und unter seinem Nachfolger auf größere Freiräume hofften, wurde er zunächst nachhaltig unterstützt. Einen der Schwerpunkte seiner Tätigkeit sah Krolikowski darin, die offenkundigen Probleme der Zahlungsbilanz zu thematisieren. Entsprechende Analysen, die er für Honecker persönlich in der Staatlichen Plankommission anfertigen ließ, stießen beim Generalsekretär jedoch nicht auf die erhoffte Resonanz. Sie führten letztlich zu einem angespannten Verhältnis zwischen dem Parteichef und seinem Wirtschaftssekretär.⁷⁶ In Honeckers Augen reifte schließlich nach drei Jahren die Erkenntnis, dass Krolikowski ganz offensichtlich mit seinem Ressort überfordert war. Für Honecker blieb Mittag auch in den Jahren seiner Abwesenheit im „großen Haus“ der Einzige, der zur Steuerung des planwirtschaftlichen Systems und zur Durchsetzung wirtschaftspolitischer Kennziffern fähig war. Auch in der Zeit, als Krolikowski als Wirtschaftssekretär amtierte, wurde Mittag stets zu internen Beratungen im sogenannten kleinen Kreis, zu dem in

⁷⁴ Vgl. die Kaderakte Werner Krolikowskis, in: ebenda, DY 30 IV 2/11/v.5377.

⁷⁵ Vgl. die Beurteilung durch das Büro der Bezirksleitung Rostock vom 25. Januar 1960, in: ebenda.

⁷⁶ Vgl. Harry Möbis, Von der Hoffnung gefesselt. Zwischen Stoph und Mittag – unter Modrow, Münchenberg/Mark 1999, S. 142.

der Regel Honecker, Mittag und Schürer gehörten, hinzugezogen.⁷⁷ Krolkowski selbst war oftmals nicht dabei, sondern kam erst in einer größeren Runde von ausgewählten Politbüromitgliedern hinzu. Honecker hatte seinem Wirtschaftssekretär Mittag keineswegs das Vertrauen entzogen, sondern ihn wohl eher aus der „Schusslinie“ genommen.⁷⁸

Die Personalwechsel in den obersten Führungsetagen der Staats- und Wirtschaftsverwaltung nährten im Politbüro die Ungewissheit über die weiteren „kaderpolitischen“ Absichten Honeckers. Der SED-Chef hatte einerseits durch die Absetzung Mittags als ZK-Sekretär für Wirtschaft seinen Machtwillen in der obersten Führungshierarchie demonstriert. Andererseits erscheint die von Mittag selbst gegebene Erklärung plausibel, wonach Honecker zwar auf dessen Fachkompetenz nicht verzichten wollte, ihn jedoch als Symbolfigur der Wirtschaftsreform für einige Zeit aus dem direkten Blickfeld des konservativen Flügels im Politbüro nehmen wollte. Es habe im Politbüro Widersacher gegeben, die ausdauernd nach einem Sündenbock für die 1970 ausgebrochene Versorgungskrise gesucht hätten.⁷⁹ Außerdem war Mittag bei Breschnew wegen seines Engagements für das NÖSPL in Ungnade gefallen. Mittag wiederum schuf sich zwischen 1973 und 1976 im Ministerrat einen eigenen Apparat und brachte sich damit in eine Führungsposition, in der er losgelöst vom Vorsitzenden des Ministerrates agieren konnte. Ehemalige Mitarbeiter des Ministerrates sahen darin eine wichtige Etappe beim Ausbau seiner persönlichen Dominanz.⁸⁰

Auch die ungewöhnlichen „kaderpolitischen“ Zugeständnisse, die der Parteichef Mittag bei seinem Ausscheiden als ZK-Sekretär gewährte, deuten darauf hin, dass dieser nur aus taktischen Gründen zeitweise zurückgezogen wurde. Dessen persönliche bzw. wissenschaftliche Mitarbeiter, Manfred Ermlich, Claus Krömke und Horst Werner, schieden aus dem ZK-Apparat aus und wechselten gemeinsam mit Mittag in den Ministerrat, um ihm dort weiter zu assistieren. Dies entschied das Sekretariat am 5. Oktober 1973 auf Vorschlag Honeckers.⁸¹ Mit der Rückkehr Mittags auf seinen alten Posten im Oktober 1976 kamen dessen Mitarbeiter auf Sekretariatsbeschluss wieder zurück.⁸²

⁷⁷ Vgl. den Vermerk von Gerhard Schürer über eine Beratung bei Honecker im „kleinen Kreis“ über Probleme des Fünfjahrplanes 1976 bis 1980 am 2. April 1976, in: Bundesarchiv, DE 1/58746.

⁷⁸ Vgl. Jochen Stelkens, Machtwechsel in Ost-Berlin. Der Sturz Walter Ulbrichts 1971, in: VfZ 45 (1997), S. 517f.

⁷⁹ Vgl. Günter Mittag, Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweier Systeme, Berlin/Weimar 1991, S. 148.

⁸⁰ Vgl. Möbis, Von der Hoffnung gefesselt, S. 141; Herbert Wolf, Hatte die DDR je eine Chance?, Hamburg 1991, S. 45.

⁸¹ Vgl. den Beschluss des Sekretariats über das „Ausscheiden aus dem zentralen Parteiapparat“ vom 5. Oktober 1973, in: SAPMO BArch, DY 30/550.

⁸² Vgl. den Beschluss des Sekretariats vom 2. November 1976, in: SAPMO BArch, DY 30/5538. Manfred Ermlich arbeitete seit Juli 1962 als persönlicher Mitarbeiter Mittags, der damals gerade den Posten des Wirtschaftssekretärs übernommen hatte. Ermlich war zuvor als politischer Mitarbeiter in der ZK-Abteilung Planung und Finanzen tätig. Klaus Krömke wurde ebenfalls im Juli 1962 als wissenschaftlicher Mitarbeiter des ZK-Sekretärs Mittag eingesetzt. Krömke lehrte bis dahin als Dozent an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst.

Tabelle 9: Mitglieder und Zuständigkeitsbereiche des am 22. Mai 1976 bestätigten Politbüros⁸³

Mitglieder	Zuständigkeitsbereich
Erich Honecker	Generalsekretär, Vorsitzender des Staatsrates, Innen- u. Außenpolitik, Abteilung Kaderfragen, Abteilung f. Sicherheitsfragen, Abteilung Verkehr, Allgemeine Abteilung u. Büro des Politbüros, Vorsitzender d. Nationalen Verteidigungsrates
Hermann Axen	Sekretär ZK, Abteilung f. Internationale Verbindungen
Friedrich Ebert	Abteilung f. Staats- und Rechtsfragen, Vorsitzender der SED-Fraktion in der Volkskammer
Werner Felfe	1. Sekretär d. SED-Bezirksleitung Halle
Gerhard Grüneberg	Sekretär ZK, Abteilung Landwirtschaft
Kurt Hager	Sekretär ZK, Abteilung Wissenschaften, Abteilung Kultur, Abteilung Volksbildung, Abteilung Gesundheitspolitik, Redaktion Parteizeitschrift „Einheit“, Institut für Marxismus-Leninismus, Akademie f. Gesellschaftswissenschaften, Dietz Verlag, Kulturkommission beim Politbüro
Heinz Hoffmann	Minister für Nationale Verteidigung
Werner Krolkowski	Sekretär ZK, Abteilung Planung und Finanzen, Abteilung Forschung u. technische Entwicklung, Abteilung Grundstoffindustrie, Abteilung Maschinenbau und Metallurgie, Abteilung Bauwesen, Abteilung Leicht-, Lebensmittel und bezirksgeleitete Industrie, Abteilung Verkehr u. Verbindungswesen, Abteilung Gewerkschaften u. Sozialpolitik, Abteilung sozialistische Wirtschaftsführung, Zentralinstitut f. sozialistische Wirtschaftsführung
Werner Lamberz	Sekretär ZK, Abteilung Agitation, Abteilung Propaganda, Parteihochschule „Karl Marx“, Institut für Meinungsforschung
Erich Mielke	Minister für Staatssicherheit
Günter Mittag	Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates
Erich Mückenberger	Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission
Konrad Naumann	1. Sekretär d. SED-Bezirksleitung Berlin
Alfred Neumann	Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates
Albert Norden	Sekretär ZK, Abteilung Auslandsinformation, Westabteilung, Arbeitsgruppe Wehrerziehung, Arbeitsgruppe befreundete Parteien, Nationalrat der Nationalen Front und Friedensrat
Horst Sindermann	Vorsitzender des Ministerrates
Willi Stoph	Vorsitzender des Staatsrates
Harry Tisch	Vorsitzender des Bundesvorstandes des FDGB
Paul Verner	Sekretär ZK, Abteilung Jugend, Abteilung Sport, Abteilung Finanzverwaltung u. Parteibetriebe, Arbeitsgruppe RGW, Arbeitsgruppe Kirchenfragen, Redaktion Zeitschrift „Neuer Weg“

Sukzessive baute Honecker seine Machtposition in Partei und Staat weiter aus. Auf dem IX. Parteitag der SED (18. bis 22. Mai 1976), der im neu erbauten „Palast der Republik“ stattfand, wurden die bisherigen Kandidaten Werner Felfe, Erich Mielke und Konrad Naumann vom Zentralkomitee zu Mitgliedern des Politbüros

⁸³ Vgl. SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/518 und 519. Das Politbüro beschloss am 25. Mai 1976 die hier aufgelistete Arbeitsverteilung.

Tabelle 10: Kandidaten des am 22. Mai 1976 bestätigten Politbüros⁸⁴

Kandidaten	Zuständigkeitsbereich
Horst Dohlus	Sekretär ZK, Abteilung Parteiorgane und Organisationsfragen
Joachim Herrmann	Sekretär ZK, Chefredakteur „Neues Deutschland“
Werner Jarowsky	Sekretär ZK, Abteilung Handel, Versorgung, Außenhandel
Günther Kleiber	Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Minister für allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau
Egon Krenz	Erster Sekretär des Zentralrats der FDJ
Ingeburg Lange	Sekretär ZK, Abteilung Frauen
Margarete Müller	Vorsitzende der LPG Pflanzenproduktion Kotelow
Gerhard Schürer	Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission
Werner Walde	1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Cottbus

bestimmt. Harry Tisch, der nach dem Tod von Herbert Warnke am 28. April 1975 den Vorsitz des FDGB übernommen hatte, war bereits am 5. Juni 1975 auf der 14. Tagung des ZK der SED zum Mitglied des Politbüros bestimmt worden. Am 22. Mai 1976 bestätigte das Zentralkomitee das Politbüro (siehe Tabelle 9).

Zu neuen Kandidaten wurden Horst Dohlus, Egon Krenz, 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ, und Werner Walde, 1. Sekretär der Bezirksleitung Cottbus, berufen (siehe Tabelle 10). Dem Politbüro gehörten nunmehr 19 Mitglieder und neun Kandidaten an.

Fünf Jahre nach seinem Amtsantritt als Erster Sekretär des ZK der SED hatte Honecker den Höhepunkt seiner Macht erreicht. Der Parteichef trug nun wieder den bis 1954 üblichen Titel eines „Generalsekretärs“.⁸⁵ Durch seine Personalpolitik hatte er jene Funktionäre um sich versammelt, von denen er glaubte, dass sie seiner Politik widerspruchsfrei folgen würden. Felfe, Lamberz, Naumann, Herrmann, Krenz und Inge Lange hatten sich in der FDJ in leitenden Funktionen „bewährt“, Krolkowski, Tisch und Dohlus – Honeckers Mann für Organisationsfragen – sowie Walde hatten sich im Parteiapparat hochgearbeitet. In acht von 16 Bezirksparteiorganisationen waren seit dem Machtantritt Honeckers neue 1. Sekretäre eingesetzt worden, auf die sich Honecker verlassen zu können glaubte: Konrad Naumann (Ost-Berlin), Hans Modrow (Dresden), Hans-Joachim Hertwig (Frankfurt/Oder), Werner Felfe (Halle), Siegfried Lorenz (Karl-Marx-Stadt), Günther Jahn (Potsdam), Ernst Timm (Rostock), Heinz Ziegner (Schwerin). Sie alle waren zuvor leitende Funktionäre in der FDJ gewesen und hatten sich in Honeckers Augen als politisch und ideologisch zuverlässige „Führungskader“ erwiesen.

⁸⁴ Vgl. das Protokoll der 1. Tagung des ZK am 22. Mai 1976, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/519.

⁸⁵ Statut der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlossen auf dem IX. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 18.–22. Mai 1976, Berlin 1976, S. 20 und 56.

Tabelle 11: Die am 22. Mai 1976 bestätigten Sekretäre des Zentralkomitees⁸⁶

Sekretäre des Zentralkomitees	Arbeitsbereich
Erich Honecker	Generalsekretär, Kaderfragen, Sicherheitsfragen
Hermann Axen	Internationale Beziehungen
Horst Dohlus	Organisation und Parteiorgane
Gerhard Grüneberg	Landwirtschaft
Kurt Hager	Wissenschaft, Bildung, Kultur und Ideologie
Joachim Herrmann	Chefredakteur des „Neuen Deutschland“
Werner Jarowinsky	Handel und Versorgung
Werner Krolikowski	Wirtschaft
Werner Lamberz	Agitation und Propaganda
Ingeburg Lange	Frauenpolitik
Albert Norden	Auslandsinformation, soz. Wehrerziehung
Paul Verner	Jugend, Sport, Kirchenfragen, Parteibetriebe

Die Personalpolitik Honeckers schlug sich auch im neuen Sekretariat des ZK nieder (siehe Tabelle 11).

Der im Politbüro für Sicherheitsfragen verantwortliche Generalsekretär Honecker beförderte somit die Minister für Nationale Verteidigung und Staatssicherheit, die beide über große Militärapparate verfügten und sich unabhängig von der Parteibürokratie fühlten, ins Politbüro. Er räumte damit – sicher auch dem Moskauer Beispiel folgend⁸⁷ – Fragen der Sicherheit eine vorrangige Stellung ein. Generell spielte das Sicherheitsdenken im Politikverständnis Honeckers seit Mitte der 1970er Jahre eine immer größere Rolle. Für Mielke, der zu diesem Zeitpunkt bereits das Rentenalter überschritten hatte, bedeutete die Vollmitgliedschaft im Politbüro den Höhepunkt seiner Karriere. Er gehörte ebenso wie Honecker und Hoffmann zwei wichtigen internen Entscheidungsgremien in Partei und Staat an: dem Politbüro und dem Nationalen Verteidigungsrat der DDR.

Nachdem Honecker 1971 in der Nachfolge Ulbrichts den Vorsitz des Nationalen Verteidigungsrats übernommen hatte, wählte ihn die Volkskammer am 29. Oktober 1976 schließlich zum Vorsitzenden des Staatsrates. Die Vereinigung der Funktion des SED-Generalsekretärs mit der des faktischen Staatsoberhauptes der DDR in der Person Honeckers entsprach den Vorstellungen Breschnews, der 1977 auch das Amt des Staatsoberhauptes (Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets) übernahm. Das neue Amt ermöglichte es Honecker, sich auf internationalem Parkett zu präsentieren und anderen Staats- und Regierungschefs fortan bei internationalen Konferenzen und bilateralen Treffen auf Augenhöhe zu begegnen. Honecker vereinigte nun als Generalsekretär der Partei, Vorsitzender

⁸⁶ Vgl. das Protokoll der 1. Tagung des ZK am 22. Mai 1976, SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/519.

⁸⁷ Auch der Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit (KGB) der UdSSR, Juri W. Andropow, war im April 1973 vom Kandidaten zum Vollmitglied des Politbüros des ZK der KPdSU befördert worden. Andropow leitete das KGB von 1967 bis 1982.

des Staatsrats und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrats tatsächlich eine unumschränkte, nahezu unkontrollierte Machtfülle in seiner Person.

Der bisherige Staatsratsvorsitzende Stoph, der sich insgeheim als legitimer Nachfolger Ulbrichts gesehen hatte und noch immer um die Macht an der Spitze der Partei konkurrierte, übernahm im Oktober 1976 wieder den Vorsitz im Ministerrat. Sindermann wurde auf den unbedeutenden Posten des Präsidenten der Volkskammer abgeschoben. Bis dahin hatten dieses Amt Repräsentanten von Blockparteien innegehabt: von 1949 bis 1969 Friedrich Dieckmann (LDPD) und von 1969 bis 1976 Gerald Götting (CDU). Die Degradierung Sindermanns entsprach offenbar ebenso Moskauer Wünschen wie die Wiedereinsetzung des moskautreuen Stophs.⁸⁸ In seinem alten Amt konnte er jedoch kaum Einfluss auf die Wirtschaftspolitik ausüben, die nun wieder maßgeblich von Mittag im ZK-Apparat gestaltet wurde.

Ende Oktober 1976 betraute Honecker überraschend Mittag erneut mit der Funktion des ZK-Sekretärs für Wirtschaft, was schwer zu erklären ist. Der Verweis auf dessen Opportunismus greift gewiss zu kurz.⁸⁹ Vieles spricht dafür, dass Mittag trotz seiner Versetzung in den Ministerrat nie das Wohlwollen und das Vertrauen Honeckers verloren hatte. Honecker hielt Mittag im „großen Haus“ für unentbehrlich, da sich die wirtschaftspolitischen Probleme häuften. In einem Persönlichkeitsprofil, das der DDR-Generalstaatsanwalt im März 1990 anfertigen ließ, wurde das Verhältnis zwischen dem Parteichef und seinem Wirtschaftssekretär auf folgende, gewiss zutreffende Weise beschrieben: „Honecker habe offensichtlich aufgrund seiner geringen ökonomischen Kenntnisse Günter Mittag als den für ihn notwendigen Vertrauten herangezogen und Mittag habe es verstanden, sich mit seinem Organisationstalent und Durchsetzungsvermögen unentbehrlich zu machen. Günter Mittag habe sich durch seine Haltung zu Erich Honecker eine Vorrangstellung gegenüber anderen Mitgliedern des Politbüros aufgebaut. Es entstand der Eindruck, als hätten beide einander gebraucht. Erich Honecker den Günter Mittag, um seine politischen Vorstellungen durchzusetzen, und Günter Mittag den Erich Honecker, um seine Machtpositionen zu erhalten und auszubauen. Die enge Bindung habe auch im Freizeitbereich ihren Niederschlag gefunden.“⁹⁰

Mittag verfügte zweifellos über die für diesen Posten erforderliche wirtschaftspolitische Kompetenz. Der frühere Leiter der ZK-Abteilung Sozialistische Wirtschaftsführung, Carl-Heinz Janson, beschrieb Mittag als einen intelligenten Administrator mit Mut zu Entscheidungen und „der Fähigkeit, schnell zu lesen, was ihn meist sofort zum Kern vorstoßen ließ und ihm half, umfangreiches analyti-

⁸⁸ Vgl. Ulrich Mähler, Willi Stoph – Ein Fußsoldat der KPD als Verteidigungsminister der DDR, in: Hans Ehlert/Armin Wagner (Hrsg.), Genosse General! Die Militärelite der DDR in biographischen Skizzen, Berlin 2003, S. 296.

⁸⁹ Vgl. Peter Przybylski, Tatort Politbüro, Bd. 2: Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, Berlin 1992, S. 171 f.

⁹⁰ Expertise über Erich Honecker vom 13. März 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 97/91, Bd. 3, Bl. 66.

sches Material durchzusehen“.⁹¹ Den intellektuellen Fähigkeiten standen jedoch Janson zufolge charakterliche Nachteile gegenüber: „Eindeutigkeit und Konsequenz waren bei ihm ausgeprägt bis zur Starrsinnigkeit. Eine einmal getroffene Entscheidung setzte er gegen alle Widerstände durch und nahm sie nie zurück, auch wenn sie sich als falsch erwies. Sturheit paarte sich bei Anforderungen an andere mit Härte bis zur Erbarmungslosigkeit. Ihn interessierte nur, ob das Ergebnis in der vorgegebenen Zeit erzielt war. Er war skrupellos.“⁹² Ähnlich urteilte der frühere Sektorenleiter der ZK-Abteilung Planung und Finanzen, Erhard Meyer: „Um das Bild von Günter Mittag abzurunden, sei noch erwähnt, dass seine Charaktereigenschaften dieser Art von Machtausübung voll entsprachen. Sie waren geprägt von dem bekannten Grundsatz preußischer Drillmeister, dass der Soldat einen Vorgesetzten mehr fürchten müsse als den Feind. Demütigungen, Drohungen und Arroganz charakterisierten ihn. Er duldet keinen Widerspruch in größeren Beratungen, wagte es dennoch jemand zu widersprechen, war er nachtragend und ungehalten.“⁹³

Auch Herta König, seit 1968 stellvertretende Ministerin im Ministerium für Finanzen, betonte den engen Zusammenhang zwischen dem Führungsstil Mittags und seinem ausgeprägten Machtbewusstsein: „Dieser Führungsstil war, nicht nur in Kaderfragen, sehr oft von spontanen Entscheidungen bestimmt und nicht selten sehr unsachlich und beleidigend in seiner Art gegenüber Unterstellten. Obwohl in dem langen Zeitraum auch differenziert werden muss, zeigte er ein ausgeprägtes Streben nach uneingeschränkter Macht, duldet und ertrug keine Kritik und besaß eine deutlich dirigistische Einstellung zu allen Fragen. Ich persönlich hatte das Gefühl, dass er stets bestrebt war, den Eindruck zu erhalten, dass er nur richtige Entscheidungen traf. Daraus resultierte auch seine Intoleranz gegenüber Widersprüchen und kompetenten, ihm fachlich überlegenen Menschen. Aber eine Folge seines Arbeitsstils war, dass viele führende Wirtschaftsfunktionäre und Industrieminister stark eingeschüchtert und verunsichert vor G. Mittag auftraten. Sie erwarteten ständig in unsachlicher Art und Weise Vorwürfe wegen ‚Unfähigkeit‘. Nicht selten erfolgten diese durch G. Mittag schreiend und beleidigend. Da in der damaligen Realität jeder Widerspruch die Möglichkeit unabsehbarer Folgen für den Kritiker in sich trug, entwickelte sich aus all den genannten Gründen keine kreative, streitbare und offene Atmosphäre.“⁹⁴

Mittag verfügte über interne Einblicke in Abläufe, Planungsmechanismen und Strukturzusammenhänge der DDR-Wirtschaft. Der frühere Eisenbahner hatte seit Anfang der 1950er Jahre als Instrukteur in der Abteilung Handel und Verkehr des ZK, als Sektorenleiter in der ZK-Abteilung Eisenbahn, Verkehr und Verbin-

⁹¹ Zitiert in: Janson, Totengräber der DDR, S. 211.

⁹² Ebenda, S. 213.

⁹³ Vgl. Erhard Meyer, Der Bereich Günter Mittag. Das wirtschaftspolitische Machtzentrum, in: Hans Modrow (Hrsg.), Das Große Haus. Insider berichten aus dem ZK der SED, Berlin 1994, S. 142.

⁹⁴ Vernehmungsprotokoll der Zeugin Herta König vom 15. Februar 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 245/90, Bd. 2.

dungswesen und später als Leiter dieser Abteilung (Dezember 1953 bis Juli 1961) sowie als Sekretär des Volkswirtschaftsrates der DDR Organisationserfahrungen in der Wirtschaft gewonnen.⁹⁵ Ein Fernstudium an der Hochschule für Verkehrswesen Dresden von 1954 bis 1956 schloss er mit einem Diplom in der Fachrichtung Ingenieur-Ökonomie ab. 1958 beendete er dort seine Aspirantur in der Fachrichtung Wirtschaftswissenschaft mit der Promotion. Nachdem ihn die 16. ZK-Tagung im Juni 1962 als Wirtschaftssekretär des ZK eingesetzt hatte, konzipierte und koordinierte er die Wirtschaftsreformen der 1960er Jahre.

Die Moskauer Führung akzeptierte die Rückkehr Mittags als obersten Wirtschaftsfunktionär der SED, weil dieser ganz offensichtlich mit den Gesetzen der Ökonomie besser vertraut war als sein Vorgänger Krolikowski. Krolikowski, der sich mit dem Amt als Erster Stellvertreter des Ministerratsvorsitzenden begnügen musste, sollte fortan die Arbeit im Ministerrat zur Durchführung der Politbürobeschlüsse auf dem Gebiet der Wirtschaft koordinieren und organisieren. In vertraulichen Informationen für die sowjetische Führung präsentierte er sich seither als entschiedener Gegner des Wirtschaftskurses Honeckers.⁹⁶ Trotz seiner Ablösung als ZK-Sekretär gehörte er weiterhin einem auserwählten Kreis von Politbüromitgliedern an, die sich regelmäßig zu internen Besprechungen bei Honecker zur Vorbereitung der Wirtschaftspläne trafen. Außerdem war er von 1974 bis 1989 Mitglied der Arbeitsgruppe BRD des Politbüros.

Nach außen erschien Mittag seit seiner Rückkehr in den ZK-Apparat als treuer Gefolgsmann Honeckers, doch gab es intern durchaus Spannungen zwischen beiden. Honecker gestand Mittag zu, sich im Laufe der Jahre einen eigenen Machtapparat zu schaffen. Dazu gehörte in erster Linie die Wirtschaftskommission des Politbüros. Über die Wirtschaftskommission gelang es ihm, auf direktem Wege wirtschaftspolitische Entscheidungen umsetzen zu lassen und in kurzer Zeit viele Minister und Generaldirektoren der Industriekombinate in Bewegung zu setzen.⁹⁷

Innerhalb des Machtapparates von Mittag spielte der am 1. Oktober 1966 zunächst im Ministerium für Außenhandel gegründete Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo) eine ständig wachsende Rolle, nicht zuletzt bei der Beschaffung von Devisen außerhalb des Staatsplanes zur Gewährleistung der Zahlungsfähigkeit der DDR.⁹⁸ Dessen Leiter, Alexander Schalck-Golodkowski, der Wert darauf legte, nicht als „Devisenbeschaffer“, sondern als „Devisenerwirtschaftler“ bezeichnet zu werden⁹⁹, war Offizier im besonderen Einsatz (OibE) des Ministeriums für

⁹⁵ Vgl. die Kaderakte Günter Mittags, in: SAPMO BArchiv, DY 30 IV 2/11/v.5409.

⁹⁶ Vgl. die Aufzeichnungen und Notizen Krolikowskis aus den Jahren von 1980 bis 1987. Es handelt sich um Dokumente, die der Generalstaatsanwalt der DDR am 1. Februar 1990 im Haus des Zentralkomitees beschlagnahmte. Die Stiftung (SAPMO) erhielt die Unterlagen im September 1999 von der Staatsanwaltschaft II in Berlin Moabit. Vgl. SAPMO BArch, DY 30 25758; DY 30 25759; DY 30 25760.

⁹⁷ Vgl. Janson, Totengräber der DDR, S. 155–157.

⁹⁸ Vgl. Matthias Judt, Der Bereich Kommerzielle Koordinierung. Das DDR-Wirtschaftsimperium des Alexander Schalck-Golodkowski – Mythos und Realität, Berlin 2013.

⁹⁹ Vgl. Alexander Schalck-Golodkowski, Deutsch-deutsche Erinnerungen, Reinbek bei Hamburg 2000, S. 171 f.

Staatssicherheit und als solcher im Außenhandelsministerium seit Dezember 1966 einer der stellvertretenden Minister sowie ab 1975 Staatssekretär mit eigenem Geschäftsbereich.¹⁰⁰ Nachdem in den Anfangsjahren noch der Minister für Außenhandel sein Weisungsrecht über KoKo ausgeübt hatte, wurden Schalck und seine Mitarbeiter von 1972 bis 1976 dem 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und damit ab 1973 Mittag zugeordnet. Der Bereich KoKo hatte sich inzwischen zu einer eigenständigen Institution mit internationalen Geschäftsbeziehungen entwickelt.¹⁰¹ Er wurde im November 1976 als selbstständiger Dienstbereich Mittag direkt unterstellt und damit faktisch in den Apparat des SED-Zentralkomitees eingegliedert.¹⁰² Mittag begründete die Unterstellung in einem Brief an Honecker mit wachsenden Anforderungen der von KoKo organisierten Waren- und Finanzoperationen und der damit verbundenen Notwendigkeit, eine „hohe operative Beweglichkeit und Versorgungssicherheit im engen Zusammenwirken mit der Industrie, dem Verkehrs- und Bauwesen unter Nutzung und Ausbau der geschaffenen internationalen Geschäftsverbindungen“ zu gewährleisten.¹⁰³ Außerdem müsse für den Kriegsfall und den Verteidigungszustand die einheitliche Handlungsfähigkeit des Bereichs KoKo im In- und Ausland und die Verfügbarkeit der Umlaufmittel entsprechend den Weisungen des Generalsekretärs sichergestellt werden.

Nach der seit 1976 geltenden „Internen Ordnung für die Arbeit des Bereiches Kommerzielle Koordinierung“ arbeitete der Leiter des Bereichs KoKo ausschließlich auf der Grundlage von Beschlüssen des Politbüros sowie von Weisungen des Generalsekretärs und des Sekretärs für Wirtschaft. Als OibE war Schalck eigentlich Mielke unterstellt und rechenschaftspflichtig. Praktisch handelte der KoKo-Chef seit 1976 jedoch nur im Auftrag Honeckers und Mittags unter strikter Geheimhaltung eigenverantwortlich. Die Politbüromitglieder verfügten über keinerlei Einblick in die wirtschafts- und finanzpolitischen Planungen und Unternehmungen Honeckers und Mittags. Devisengewinne von Auslandsfirmen, mitunter Transaktionen aus juristisch fragwürdigen Geschäften, wurden zu einem nicht geringen Teil an den Staatshaushalt abgeführt, flossen aber auch auf disponible Sonderkonten der SED.¹⁰⁴ Honecker persönlich entschied über den weiteren Verbleib und die Verwendung dieser Devisenguthaben.

Der nachträglichen Aussage Gisela Glendes zufolge hatte die formelle Eingliederung in den ZK-Apparat rein taktische Gründe. Der Bereich KoKo sollte aus-

¹⁰⁰ Vgl. Reinhard Buthmann, *Die Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung* (MfS-Handbuch), Berlin 2003, S. 45f.; Frank Schumann/Heinz Wuschech, *Schalck-Golodkowski. Der Mann, der die DDR retten wollte*, Berlin 2012.

¹⁰¹ Vgl. das Gutachten „Die Bedeutung des Bereiches Kommerzielle Koordinierung für die Volkswirtschaft der DDR“, in: Deutscher Bundestag, *Beschlussempfehlungen und Bericht des I. Untersuchungsausschusses nach Artikel 44 des Grundgesetzes*, Bonn 1994, S. 3–158.

¹⁰² Vgl. das Protokoll Nr. 23/76 über die Sitzung des Politbüros am 2. November 1976, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1642.

¹⁰³ Schreiben Mittags an Honecker, ohne Datum [August 1976], in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 6/90, HA, Bd. 175.

¹⁰⁴ Vgl. Judt, *Der Bereich Kommerzielle Koordinierung*, S. 249.

schließlich und persönlich von Honecker und Mittag kontrolliert werden: „Alexander Schalck-Golodkowski hat nicht im Apparat des ZK gearbeitet. Er hat etwa 1981 oder 1982 auf Anweisung von G. Mittag einen Ausweis als Abteilungsleiter des ZK erhalten. Er ist aber nie als Abteilungsleiter tätig geworden und hatte auch kein Büro im Zentralkomitee.“¹⁰⁵ Allerdings übte Schalck im Apparat der Partei sehr wohl eine Funktion aus: Als Sekretär der „Arbeitsgruppe BRD“ des Politbüros war er für die Vorbereitung und Durchführung der Beratungen zuständig.¹⁰⁶ Zugleich agierte Schalck seit 1974 als Bevollmächtigter Honeckers für informelle Verhandlungen mit der Bundesrepublik. Schalck zählte zu den wichtigsten Beratern des Sekretärs für Wirtschaft in den Fragen des Außenhandels und der Staatsfinanzen.

Der Bereich KoKo bediente nicht zuletzt wirtschaftliche und finanzielle Interessen des MfS. Daher hatte die Staatssicherheit auch ein besonderes Interesse an einem direkten Einfluss auf die KoKo, den anfangs die HA XVIII, seit September 1983 eine eigens gebildete „Arbeitsgruppe Bereich KoKo (AG BKK)“ als selbstständige Diensteinheit des MfS ausübte.¹⁰⁷ Darüber hinaus war nicht nur Schalck, sondern auch sein langjähriger Stellvertreter Manfred Seidel als Offizier im besonderen Einsatz dem MfS unterstellt. Aufgrund der wirtschaftlichen und finanziellen Vorteile, die dem MfS durch den Bereich KoKo zugutekamen, war auch Mielke nicht sonderlich daran interessiert, die Sonderrolle des Bereichs KoKo einzuschränken.

4. Politbüro und Sekretariat in den 1980er Jahren

Im Januar 1979 schied der 76 Jahre alte Albert Norden wegen Krankheit aus dem Politbüro aus. Mit Wirkung vom 31. Januar 1979 wurde er auch von den Pflichten eines Mitgliedes des Nationalen Verteidigungsrates entbunden. Er starb am 30. Mai 1982. Norden hatte sich einst als wortgewandter Propagandist und Agitator einen Namen gemacht. Auf internationalen Pressekonferenzen hatte er immer wieder die Bundesrepublik beschuldigt, Hort alter Nazis zu sein, und ungezählte

¹⁰⁵ Protokoll der Befragung von Gisela Glende vom 22. November 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 245/90, Haft-Band VIII, Bd. 83.

¹⁰⁶ Nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages am 21. Dezember 1972 wurde zur Regelung aller Aktivitäten in den Bereichen Wirtschaft, Post und Verkehr vom Politbüro am 10. September 1974 eine Arbeitsgruppe BRD („Interne Gruppe für Koordinierung aller Aktivitäten betreffend Beziehungen DDR/BRD“) ins Leben gerufen. Sie wurde von Günter Mittag geleitet und direkt dem Generalsekretär unterstellt. Ihr gehörten Hermann Axen, Paul Verner (bis 1984), Werner Krolkowski, Gerhard Schürer, ein Vertreter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und Alexander Schalck-Golodkowski als Leiter des Bereiches Kommerzielle Koordinierung an. Die Arbeitsgruppe behandelte insbesondere wirtschaftliche Aspekte der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik. Sie fasste im Auftrag des Politbüros dementsprechende Beschlüsse und kontrollierte deren Durchführung. Vgl. zur Tätigkeit der Arbeitsgruppe BRD: Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 377.

¹⁰⁷ Vgl. Buthmann, Die Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung, S. 46.

Tabelle 12: Mitglieder und Zuständigkeitsbereiche des am 16. April 1981 bestätigten Politbüros¹⁰⁸

Mitglieder	Zuständigkeitsbereich
Erich Honecker	Generalsekretär, Vorsitzender des Staatsrates, Innen- und Außenpolitik, Abteilung Kaderfragen, Abteilung Sicherheitsfragen, Abteilung Verkehr, Büro des Politbüros, Vorsitzender d. Nationalen Verteidigungsrates
Hermann Axen	Sekretär ZK, Abteilung Internationale Verbindungen, Abteilung Auslandsinformation, Allgemeine Abteilung, Außenpolitische Kommission beim Politbüro.
Horst Dohlus	Sekretär ZK, Abteilung Parteiorgane
Werner Felfe	Sekretär ZK, Abteilung Landwirtschaft
Kurt Hager	Sekretär ZK, Abteilung Wissenschaften, Abteilung Kultur, Abteilung Volksbildung, Abteilung Gesundheitspolitik, Parteizeitschrift „Einheit“, Institut für Marxismus-Leninismus, Akademie f. Gesellschaftswissenschaften, Parteihochschule „Karl Marx“, Dietz Verlag, Kulturkommission beim Politbüro
Joachim Herrmann	Sekretär ZK, Abteilung Befreundete Parteien, Abteilung Agitation, Abteilung Propaganda, Agitationskommission beim Politbüro, Parteizeitung „Neues Deutschland“.
Heinz Hoffmann	Minister f. Nationale Verteidigung
Werner Krolkowski	Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates
Erich Mielke	Minister für Staatssicherheit
Günter Mittag	Sekretär ZK, Abteilung Planung u. Finanzen, Abteilung Forschung u. technische Entwicklung, Abteilung Grundstoffindustrie, Abteilung Maschinenbau u. Metallurgie, Abteilung Bauwesen, Abteilung Leicht-, Lebensmittel- u. bezirksgeleitete Industrie, Abteilung Transport- u. Nachrichtenwesen, Abteilung Gewerkschaften u. Sozialpolitik, Abteilung sozialistische Wirtschaftsführung, Zentralinstitut f. sozialistische Wirtschaftsführung, Wirtschaftskommission beim Politbüro, Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz beim Politbüro.
Erich Mückenberger	Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission
Konrad Naumann	1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin
Alfred Neumann	Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates
Horst Sindermann	Präsident d. Volkskammer, Stellvertreter d. Vorsitzenden d. Staatsrates
Willi Stoph	Vorsitzender d. Ministerrates, Stellvertreter d. Vorsitzenden d. Staatsrates
Harry Tisch	Vorsitzender des Bundesvorstandes des FDGB
Paul Verner	Sekretär ZK, Abteilung Staats- u. Rechtsfragen, Abteilung Jugend, Abteilung Sport, Abteilung Finanzverwaltung u. Parteibetriebe, Westabteilung, Arbeitsgruppe RGW, Arbeitsgruppe Kirchenfragen, Jugendkommission beim Politbüro, Redaktion Zeitschrift „Neuer Weg“

Aktenstücke als Beweise präsentiert, die teilweise ihre Wirkung im Westen nicht verfehlten. Aufgrund des Politbürobeschlusses vom 23. Januar 1979 über die neue Arbeitsverteilung für die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros übernahm Joachim Herrmann die Anleitung und Kontrolle der Abteilung Befreundete

¹⁰⁸ Vgl. SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/585 und 586. Das Politbüro beschloss am 21. April 1981 die hier aufgelistete Arbeitsverteilung. Vgl. ebenda, DY 30/J IV 2/2/1889.

Tabelle 13: Kandidaten des am 16. April 1981 bestätigten Politbüros¹⁰⁹

Kandidaten	Arbeitsbereich
Werner Jarowsky	Sekretär ZK, Abteilung Handel, Versorgung, Außenhandel
Günther Kleiber	Stellvertreter d. Vorsitzenden des Ministerrates, Minister f. Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- u. Fahrzeugbau
Egon Krenz	Erster Sekretär des Zentralrates der FDJ
Ingeburg Lange	Sekretär ZK, Abteilung Frauen
Margarete Müller	Vorsitzende d. LPG Pflanzenproduktion Kotelow
Günter Schabowski	Chefredakteur d. Parteizeitung „Neues Deutschland“
Gerhard Schürer	Stellvertreter d. Vorsitzenden d. Ministerrates, Vorsitzender d. Staatlichen Plankommission
Werner Walde	1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Cottbus

Parteien im ZK der SED und den Bereich Nationalrat der Nationalen Front. Die Zuständigkeit für die Westabteilung ging an Paul Verner. Hermann Axen übernahm die Verantwortung über die Abteilung Auslandsinformation des ZK. Die Arbeitsgruppe Sozialistische Wehrerziehung des ZK wurde aufgelöst und ihre Mitarbeiter der Abteilung für Sicherheitsfragen zugeordnet.¹¹⁰

Am 4. Dezember 1979 starb Friedrich Ebert im Alter von 85 Jahren. Das Zentralkomitee bestätigte auf seiner 12. Tagung am 22. Mai 1980 Horst Dohls als Mitglied des Politbüros.¹¹¹ Einen Tag vor dem X. Parteitag, der vom 11. bis 16. April 1981 stattfand, starb auch Gerhard Grüneberg, Mitglied des Politbüros und ZK-Sekretär für Landwirtschaft. Politbüromitglied Werner Felfe wurde nach dem Parteitag neuer ZK-Sekretär für Landwirtschaft. Das Politbüro umfasste nunmehr 17 Mitglieder, die das Zentralkomitee am 16. April 1981 bestätigte (siehe Tabelle 12).

Als Kandidat kam Günter Schabowski neu in das Politbüro. Die 1. ZK-Tagung bestätigte am 16. April 1981 die Kandidaten des Politbüros (siehe Tabelle 13).

Das Politbüro, dem alle Sekretäre des Zentralkomitees als Mitglieder oder Kandidaten angehörten, verfügte auch weiterhin über „Kommissionen beim Politbüro“. Nach dem X. Parteitag bestätigte es am 7. Juni 1981 ihre personelle Zusammensetzung.¹¹² Die acht Kommissionen, in denen Funktionäre der Partei, des Staates und gesellschaftlicher Organisationen vertreten waren, leiteten Mitglieder des Politbüros und Sekretäre des ZK: Joachim Herrmann die Agitationskommission; Hermann Axen die Außenpolitische Kommission; Ingeburg Lange die Frauenkommission; Paul Verner die Jugendkommission; Kurt Hager die Kulturkommission sowie die Kommission der Leiter der gesellschaftswissenschaftlichen Institute beim ZK der SED (früher: Ideologische Kommission); Günter Mittag

¹⁰⁹ Vgl. das Protokoll der 1. Tagung des ZK am 16. April 1981, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/586.

¹¹⁰ Vgl. die Sitzung des Politbüros am 23. Januar 1979, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1762.

¹¹¹ Vgl. das Protokoll der 2. Tagung des ZK am 21./22. Mai 1980, in: ebenda, DY 30/IV 2/1/577.

¹¹² Vgl. das Protokoll Nr. 7/81 der Sitzung des Politbüros am 7. Juni 1981, in: ebenda, DY 30/IV 2/2/1895.

Tabelle 14: Die am 16. April 1981 bestätigten Sekretäre des Zentralkomitees

Sekretäre des Zentralkomitees	Arbeitsbereich
Erich Honecker	Generalsekretär, Kaderfragen, Sicherheitsfragen
Hermann Axen	Beziehungen mit Kommunistischen- und Arbeiterparteien
Horst Dohls	Parteiorgane und Organisationsfragen
Werner Felfe	Landwirtschaft
Kurt Hager	Wissenschaft, Bildung, Kultur und Ideologie
Joachim Herrmann	Agitation und Propaganda
Werner Jarowinsky	Handel, Versorgung und Außenhandel
Ingeburg Lange	Frauenpolitik
Günter Mittag	Wirtschaft
Paul Verner	Jugend, Sport, Kirchenfragen, Finanzen und Parteibetriebe

die Wirtschaftskommission sowie die Kommission zur Koordinierung der ökonomischen, kulturellen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen der DDR zu Ländern Asiens, Afrikas und des arabischen Raumes. Zudem leitete Mittag die „Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz“ sowie die „Arbeitsgruppe BRD“ des Politbüros.

Das Zentralkomitee bestätigte am 16. April 1981 die Sekretäre des ZK (siehe Tabelle 14).

1983/84 kam es im obersten Führungsgremium der SED mit dem Aufrücken von Egon Krenz, Werner Jarowinsky, Günther Kleiber und Herbert Häber zu Mitgliedern des Politbüros erneut zu personellen Veränderungen. Paul Verner schied auf der 8. Tagung des Zentralkomitees am 24. Mai 1984 „aus gesundheitlichen Gründen und auf eigenen Wunsch“ als Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees aus. Er starb am 12. Dezember 1986. Verner hatte dem Politbüro seit 1963 angehört und galt seit seiner Zeit als Leiter der ZK-Abteilung für gesamtdeutsche Fragen (1953–1958) als „Westexperte“. Verner war mit Verve für die politische und ideologische Abgrenzung der DDR gegenüber der Bundesrepublik eingetreten und hatte Honeckers wirtschaftlicher Kooperationspolitik mit der Bundesrepublik immer reserviert, wenn nicht ablehnend gegenübergestanden. An seine Stelle trat Herbert Häber, den die 8. ZK-Tagung am 24. Mai 1984 als Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED bestätigte.¹¹³ Die Verantwortung für die Westabteilung des ZK, die Ende Mai 1984 in Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft umbenannt wurde¹¹⁴, ging von Verner an Häber über.

Häber verfügte in seiner Funktion als Leiter der Westabteilung über langjährige Erfahrungen bei der Gestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen.¹¹⁵ Seine Berufung ins Politbüro und Sekretariat war eine überraschende Personalentscheidung Honeckers. Mit Häber holte Honecker einen strategischen Kopf und ent-

¹¹³ Vgl. das Protokoll der 8. Tagung des ZK am 24. Mai 1984, in: ebenda, DY 30/IV 2/1/622.

¹¹⁴ Vgl. das Schreiben des Büros des Politbüros an die Leiter der ZK-Abteilungen vom 29. Mai 1984, in: ebenda, DY 30/18600.

¹¹⁵ Häber leitete die Westabteilung des ZK seit 1973. Vgl. Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.), Die Häber-Protokolle. Schlaglichter der SED-Westpolitik 1973–1985, Berlin 1999, S. 25–64.

schiedenen Fürsprecher seiner Westpolitik in den engeren Führungskreis. Im Politbüro hatte Honecker mit Stoph, Neumann, Krolikowski und wohl auch Mielke immer noch ernstzunehmende Widersacher, von denen Krolikowski über enge Kontakte zur Partei- und Staatsführung in Moskau sowie zum sowjetischen Geheimdienst KGB verfügte.¹¹⁶

Bereits am 26. Oktober 1983 beschloss das Politbüro eine neue Arbeitsverteilung, in deren Folge ein Teil der Kompetenzen Verners an Krenz übergeben wurde.¹¹⁷ Das Politbüro setzte Krenz als Sekretär für Sicherheitsfragen, Jugend, Sport sowie für Staats- und Rechtsfragen ein. Zugleich wurde er Mitglied im Staatsrat und im Nationalen Verteidigungsrat der DDR. Kurz darauf bestätigte ihn die 7. ZK-Tagung am 25. November 1983 als Mitglied des Politbüros.¹¹⁸ Honecker übertrug jetzt Krenz auch im Politbüro die Zuständigkeit für Sicherheitsfragen. Damit übergab Honecker erstmals in seiner Amtszeit diesen sensiblen Verantwortungsbereich an ein anderes Führungsmitglied. Für den Bereich „Kirchenfragen“ wurde der ZK-Sekretär für Handel und Versorgung Jarowsky zuständig. Im Mai 1984 wurde Krenz zudem stellvertretender Vorsitzender des Staatsrates.

Krenz hatte damit einen gewaltigen Sprung auf der Karriereleiter gemacht. Von 1974 bis 1983 hatte er an der Spitze der Freien Deutschen Jugend (FDJ) gestanden; die Funktion des 1. Sekretärs des Zentralrats der FDJ übergab er an Eberhard Aurich. Seit Mai 1976 gehörte er dem Politbüro als Kandidat an. Zum Jahreswechsel 1984/85 legte Honecker fest, sich in seiner Abwesenheit bei Urlaub, Krankheit bzw. Auslandsreisen künftig von Krenz vertreten zu lassen.¹¹⁹ Damit schien sich der Generalsekretär für Krenz als seinen möglichen Nachfolger entschieden zu haben.

Am 24. Mai 1984 ließ Honecker auf der 8. Tagung des Zentralkomitees vier neue Mitglieder des Politbüros wählen: die bisherigen Kandidaten Werner Jarowsky, Günther Kleiber, einer der Stellvertreter des Ministerratsvorsitzenden und seit 1973 Minister für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau, Günter Schabowski, zunächst weiterhin Chefredakteur des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“, und Herbert Häber, der vorher nicht Kandidat des Politbüros war. Häber und Naumann wurden als Sekretäre des Zentralkomitees bestätigt.¹²⁰ Naumann wurde im ZK-Sekretariat aufgrund seiner Funktion als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin für die Vorbereitungen der 750-Jahr-Feier Berlins im Jahr 1987 verantwortlich gemacht. Naumann hatte bereits mehrfach Aufsehen erregt, weil er kritische Künstler und Wissenschaftler heftig atta-

¹¹⁶ Vgl. Iwan Kusmin, Die Verschwörung gegen Honecker, in: Deutschland Archiv 28 (1995), S. 286–290.

¹¹⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Politbüros am 26. Oktober 1983, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2025.

¹¹⁸ Vgl. das Protokoll über die 7. Tagung des ZK am 24./25. November 1983, in: ebenda, DY 30/J IV 2/1/616.

¹¹⁹ Vgl. Egon Krenz, Wenn Mauern fallen. Die Friedliche Revolution: Vorgeschichte – Ablauf – Auswirkungen, Wien 1990, S. 119.

¹²⁰ Vgl. das Protokoll über die 8. Tagung des ZK am 24. Mai 1984, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/621.

kierte und von ihm privilegierten Kultureinrichtungen der DDR-Hauptstadt materielle Vergünstigungen verschaffte. Im Verhältnis zu anderen 1. Bezirkssekretären und selbst gegenüber anderen Politbüromitgliedern präsentierte er sich als unangreifbare Führungsfigur, die es sich ungestraft leisten konnte, sich auch über Honecker und dessen Politik despektierlich zu äußern. Unter Politbüromitgliedern wie Hager und Herrmann provozierte sein anmaßendes Verhalten oft Unverständnis, das zum Teil in offene Gegnerschaft umschlug.¹²¹

Mit diesen „kaderpolitischen Veränderungen“ im Politbüro festigte Honecker seine Autorität im Politbüro, deren Mitglieder und Kandidaten es kaum noch wagten, vom Parteichef abweichende Ansichten in diesem obersten Führungsgremium offen zu äußern. Die Beförderung von Honeckers deutschlandpolitischem Experten Häber in das Sekretariat und das Politbüro verdeutlichte, welchen Stellenwert der Generalsekretär den deutsch-deutschen Beziehungen in der Politik der SED beimaß. Das schätzten auch damalige Kritiker von Honeckers Deutschlandpolitik im Politbüro so ein. Krolkowski notierte im Juni 1984: „Der für die Westarbeit (BRD) zuständige bisherige Abteilungsleiter des ZK, Häber, wurde Mitglied des PB und Sekretär des ZK der SED. Mit dieser Entscheidung wird die Bedeutung der Arbeit der SED mit der BRD in einen hohen Führungsrang erhoben und der BRD signalisiert, welche vordergründige Rolle die Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD in der Politik der SED eingeräumt wird.“¹²²

Nur anderthalb Jahre später, am 22. November 1985, wurde Häber auf der 11. Tagung des Zentralkomitees als Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees „aus gesundheitlichen Gründen“ abgelöst.¹²³ Er ist damit derjenige Funktionär mit der kürzesten Verweildauer im Politbüro. Bereits am 28. Oktober 1985 hatte das Politbüro Häber als ZK-Abteilungsleiter entlassen und durch Gunter Rettner ersetzt.¹²⁴ Der SED-Generalsekretär nutzte diese ZK-Tagung, um sich auch von Naumann zu trennen, der von seinen Funktionen als Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK entbunden wurde. Zugleich legte Naumann seine Funktion als 1. Sekretär der Berliner SED-Bezirksleitung nieder. Zu seinem Nachfolger in diesem Amt wählte die Berliner Bezirksleitung am 25. November 1985 Politbüromitglied Schabowski. Die Entscheidung für Schabowski, der 1978 die Nachfolge von Herrmann als Chefredakteur des Zentralorgans „Neues Deutschland“ angetreten hatte und seit 1981 dem Politbüro als Kandidat angehörte, war bereits auf der Politbürositzung am 5. November 1985 gefallen.¹²⁵ Schließlich

¹²¹ Vgl. Helmut Müller, *Wendejahre 1949–1989*, Berlin 1999, S. 285; Notiz über das Gespräch mit Helmut Müller am 2. November 2010.

¹²² Notiz von Werner Krolkowski vom 4. Juni 1984, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 97/91, Bd. 3, Bl. 288.

¹²³ Vgl. das Protokoll der 11. Tagung des ZK am 22. November 1985, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/1/642.

¹²⁴ Vgl. das Protokoll Nr. 43/85 der Sitzung des Politbüros am 28. Oktober 1985, in: ebenda, DY 30/J IV 2/2/2136.

¹²⁵ Vgl. das Protokoll Nr. 44/85 der Sitzung des Politbüros am 5. November 1985, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2137.

setzte das Politbüro am 19. November 1985 den bisherigen 1. Stellvertreter Schabowskis, Herbert Naumann, als neuen Chefredakteur des „Neuen Deutschland“ ein.¹²⁶

Diese Entscheidung kam für alle, auch für Schabowski selbst, überraschend. Krenz hatte auf der Politbürositzung am 5. November 1985 nach Honeckers Aufforderung, personelle Vorschläge zu machen, Siegfried Lorenz oder Helmut Müller als Berliner Bezirkschef vorgeschlagen. Günter Mittag nannte den 1. Sekretär der Bezirksleitung Erfurt, Gerhard Müller. Ohne auf die genannten Vorschläge einzugehen, entschied sich Honecker für Schabowski.¹²⁷ Schabowski schilderte in seinen Erinnerungen seine Wahl als einen spontanen Akt Honeckers und typisch für die Art seiner Kaderentscheidungen: „Ich hatte eine der seltenen dramatischen Sitzungen der letzten Jahre erlebt. Wir rätselten in dem Augenblick, ob er jemanden aus der Republik dorthin setzen würde, obwohl die Berliner schwerlich einen Sachsen goutieren würden. Und plötzlich sagt er: ‚Ich schlage vor, den Schabowski dorthin zu setzen.‘ Stille. Ich dachte, mich tritt ein Pferd. Aber auch Joachim Herrmann, der Sekretär für Agitation, mein Vorgesetzter sozusagen, schien davon total überrascht. Ich schließe daraus, dass es wieder ein einsamer Ratschluss Honeckers war.“¹²⁸

Schabowski vermutete später, dass sich Honecker wegen seiner Kommunikationsfähigkeit für ihn entschieden habe. Entscheidend dürfte der Umstand gewesen sein, dass Schabowski als vergleichsweise junger Mann bereits seit April 1981 dem Politbüro angehörte und es kaum personelle Alternativen im obersten Führungsgremium gab. Der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin musste dem Politbüro angehören, da Honecker der Berliner Bezirksorganisation eine große politische Bedeutung beimaß. Überdies stand Schabowski nicht im Verdacht, im Politbüro oder im Apparat des ZK über eine „Lobby“ zu verfügen. Als „intellektueller Seiteneinsteiger“, wie er sich gern selbst bezeichnete, war er für fraktionelle Machtkämpfe ungeeignet und kam bei einem möglichen Gerangel um die Nachfolge als Generalsekretär nicht in die engere Auswahl. In seiner Antrittsrede am 25. November 1985 vor der Berliner Bezirksleitung unterstrich Schabowski seine Ergebenheit und Dankbarkeit gegenüber dem Generalsekretär. Seine Zuversicht, die ihm übertragene Funktion erfolgreich ausüben zu können, verband Schabowski sogleich mit einer inzwischen zur Pflicht gewordenen Berufung auf den Generalsekretär: „In unserer Arbeit sind wir des Rates und der Unterstützung unseres Generalsekretärs und des ZK gewiss. Und als Mitglied des Politbüros müsste man schon einen mit dieser Funktion unvereinbaren Defekt aufweisen, wenn man aus der ständigen Schule des politischen Kampfes und des Lebens, die die Beratungen

¹²⁶ Vgl. die Anlage zum Protokoll Nr. 46/85 vom 19. November 1985, in: ebenda, DY 30/J IV 2/2/2140.

¹²⁷ Vgl. das unveröffentlichte Manuskript von Helmut Müller: Die Berliner Parteiorganisation der SED in der zweiten Hälfte der 80er Jahre, April 2010, S. 28. Müller beruft sich bei der Darstellung dieser Episode auf eine mündliche Information von Egon Krenz.

¹²⁸ Zitiert in: Schabowski, Das Politbüro, S. 28f.

Tabelle 15: Mitglieder und Zuständigkeitsbereiche des am 21. April 1986 bestätigten Politbüros¹²⁹

Mitglieder	Zuständigkeitsbereich
Erich Honecker	Generalsekretär, Vorsitzender des Staatsrates, Innen- und Außenpolitik, Abteilung Kaderfragen, Abteilung Verkehr, Büro des Politbüros, Vorsitzender d. Nationalen Verteidigungsrates
Hermann Axen	Sekretär ZK, Abteilung Internationale Verbindungen, Abteilung Auslandsinformation, Abteilung f. Internationale Politik und Wirtschaft, Außenpolitische Kommission beim Politbüro
Hans-Joachim Böhme	1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle
Horst Dohlus	Sekretär ZK, Abteilung Parteiorgane, Abteilung Finanzverwaltung u. Parteibetriebe, Abteilung Verwaltung d. Wirtschaftsbetriebe, Zeitschrift „Neuer Weg“
Werner Eberlein	1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Magdeburg
Werner Felfe	Sekretär ZK, Abteilung Landwirtschaft
Kurt Hager	Sekretär ZK, Abteilung Wissenschaften, Abteilung Kultur, Abteilung Volksbildung, Abteilung Gesundheitspolitik, Parteizeitschrift „Einheit“, Institut f. Marxismus-Leninismus, Akademie f. Gesellschaftswissenschaften, Parteihochschule „Karl Marx“, Dietz Verlag, Kulturkommission beim Politbüro
Joachim Hermann	Sekretär ZK, Abteilung Befreundete Parteien, Abteilung Agitation, Abteilung Propaganda, Agitationskommission beim Politbüro, Parteizeitung „Neues Deutschland“, Arbeit mit ausländischen Korrespondenten
Werner Jarowinsky	Sekretär ZK, Abteilung Handel, Versorgung/Außenhandel, Arbeitsgruppe f. Kirchenfragen
Heinz Keßler	Minister für Nationale Verteidigung
Günther Kleiber	Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates
Egon Krenz	Sekretär ZK, Abteilung f. Sicherheitsfragen, Abteilung für Staats- u. Rechtsfragen, Abteilung Jugend, Abteilung Sport, Jugendkommission beim Politbüro
Werner Krolikowski	Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates
Siegfried Lorenz	1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt
Erich Mielke	Minister für Staatssicherheit
Günter Mittag	Sekretär ZK, Abteilung Planung u. Finanzen, Abteilung Forschung u. technische Entwicklung, Abteilung Grundstoffindustrie, Abteilung Maschinenbau u. Metallurgie, Abteilung Bauwesen, Abteilung Leicht-, Lebensmittel- u. bezirksgeleitete Industrie, Abteilung Transport- u. Nachrichtenwesen, Abteilung Gewerkschaften u. Sozialpolitik, Abteilung sozialistische Wirtschaftsführung, Zentralinstitut f. sozialistische Wirtschaftsführung, Wirtschaftskommission beim Politbüro, Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz beim Politbüro
Erich Mückenberger	Vorsitzender der Zentralen Parteikontrollkommission
Alfred Neumann	Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates
Günter Schabowski	Sekretär ZK, Parteizeitung „Neues Deutschland“, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin
Horst Sindermann	Präsident der Volkskammer
Willi Stoph	Vorsitzender des Ministerrates
Harry Tisch	Vorsitzender des Bundesvorstandes des FDGB

¹²⁹ Vgl. SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/650. Zur Arbeitsverteilung im Politbüro vgl. das Protokoll der 2. Tagung des ZK vom 13. Juni 1986, in: ebenda, DY 30/IV 2/1/655.

Tabelle 16: Kandidaten des am 21. April 1986 bestätigten Politbüros¹³⁰

Kandidaten	Zuständigkeitsbereich
Ingeburg Lange	Sekretär ZK, Abteilung Frauen im ZK, Frauenkommission beim Politbüro
Gerhard Müller	1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Erfurt
Margarete Müller	Leiterin d. Agrar-Industrie-Vereinigung Pflanzenproduktion Friedland
Gerhard Schürer	Vorsitzender der Staatlichen Plankommission
Werner Walde	1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Cottbus

des Politbüros unter dem Vorsitz des Generalsekretärs darstellen, keinen über-
ragenden Nutzen für die eigene Arbeit zöge.“¹³¹

Am 22. November 1985 bestätigte das Zentralkomitee drei neue Kandidaten des Politbüros: Werner Eberlein, seit 1983 1. Sekretär der Bezirksleitung Magdeburg, Siegfried Lorenz, seit 1976 1. Sekretär der Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), und Gerhard Müller, seit 1980 1. Sekretär der Bezirksleitung Erfurt.¹³² Am 2. Dezember 1985 starb kurz nach seinem 75. Geburtstag Politbüromitglied Heinz Hoffmann, seit 1960 Verteidigungsminister der DDR. An seine Stelle trat unter Beförderung zum Armeegeneral der seit 1957 in verschiedenen militärischen Führungspositionen tätige Heinz Keßler. Zusammen mit Honecker und Verner hatte er 1946 die FDJ mitbegründet und nach der Gründung der Nationalen Volksarmee (NVA) 1956 als Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung die Luftwaffe der DDR aufgebaut. Von 1967 bis 1979 war er Chef des Hauptstabes und seitdem Chef der Politischen Hauptverwaltung der NVA.

Mit dem XI. Parteitag der SED, der vom 17. bis 21. April 1986 tagte, wurde Heinz Keßler Mitglied des Politbüros. Auch Hans-Joachim Böhme kam als Mitglied ins Politbüro, ohne vorher Kandidat gewesen zu sein. Im April 1981 hatte ihn das Politbüro zum Nachfolger von Werner Felfe als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle bestimmt.¹³³ Zudem rückten zwei der bisherigen Kandidaten zu Mitgliedern des Politbüros auf: Werner Eberlein, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Magdeburg, und Siegfried Lorenz, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt.

Die 1. Tagung des Zentralkomitees bestätigte am 21. April 1986 22 Mitglieder des Politbüros (siehe Tabelle 15).

Neue Kandidaten wurden nicht in das Politbüro aufgenommen, sondern nur die bisherigen Kandidaten bestätigt (siehe Tabelle 16).

¹³⁰ Vgl. das Protokoll der 1. Tagung des ZK am 21. April 1986, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/650.

¹³¹ Zitiert in: Unveröffentlichtes Manuskript von Helmut Müller: Die Berliner Parteiorganisation der SED in der zweiten Hälfte der 80er Jahre, April 2010, S. 33.

¹³² Vgl. das Protokoll der 11. Tagung des ZK am 22. November 1985, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/641.

¹³³ Vgl. das Protokoll Nr. 1/81 der Sitzung des Politbüros am 21. April 1981, in: ebenda, DY 30/IV 2/2/1889.

Tabelle 17: Die am 21. April 1986 bestätigten Sekretäre des Zentralkomitees

Sekretäre des Zentralkomitees	Arbeitsbereich
Erich Honecker	Generalsekretär, Kaderfragen
Hermann Axen	Parteibeziehungen
Horst Dohlus	Organisationsfragen, Parteiorgane, Parteibetriebe u. Finanzen
Werner Felfe	Landwirtschaft
Kurt Hager	Wissenschaft, Bildung, Kultur und Ideologie
Joachim Herrmann	Agitation und Propaganda
Werner Jarowinsky	Handel, Versorgung, Außenhandel, Kirchenfragen
Egon Krenz	Sicherheitsfragen, Staats- und Rechtsfragen, Jugend, Sport
Ingeburg Lange	Frauenpolitik
Günter Mittag	Wirtschaft
Günter Schabowski	1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin

Im Sekretariat des Zentralkomitees gab es nur geringfügige Veränderungen. Alle ZK-Sekretäre behielten ihre Funktionen. Hinzu kam lediglich Schabowski, den das ZK wie seinen Vorgänger Naumann mit der Zuständigkeit für Fragen der „Hauptstadt der DDR“ betraute. Das Zentralkomitee bestätigte am 21. April 1986 die ZK-Sekretäre (siehe Tabelle 17).

Das Politbüro zählte nun 22 Mitglieder und 5 Kandidaten. Der XI. Parteitag, insgesamt ein Parteitag der Stagnation und der Reformunwilligkeit, machte deutlich, dass Honecker 15 Jahre nach seinem Amtsantritt als SED-Chef keinen Personalwechsel im engeren Führungszirkel der SED mehr zulassen wollte. Die kaderpolitische Stagnation resultierte aus Honeckers Verständnis von personeller Stabilität an der Führungsspitze der Partei. Ein gravierender Personalwechsel im Politbüro, so befürchtete er, könnte ihm als Führungsschwäche ausgelegt werden.

Nach dem plötzlichen Tod von Politbüromitglied Felfe am 7. September 1988 wurde sein Platz im Politbüro nicht wieder besetzt. Felfe hatte als aussichtsreicher Nachfolger Honeckers gegolten und als ZK-Sekretär für Landwirtschaft dafür gesorgt, dass Tier- und Pflanzenproduktion, die sein Vorgänger getrennt hatte und zu jeweils großen Agrarfabriken entwickeln wollte, in überschaubare Einheiten zurückfanden. Seine Funktion als ZK-Sekretär übernahm nun Politbüromitglied Krolkowski, bisher einer von zwei Ersten Stellvertretern des Ministerratsvorsitzenden Stoph.¹³⁴ Der Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft, Bruno Lietz, beurteilte im Nachhinein diesen Personalwechsel als einen Rückschritt: „Bei ihm standen die industriellen Methoden der Intensivierung, die Leistungssteigerung im Vordergrund. Man merkte, dass er zuvor im wesentlichen mit der Industrie stark beschäftigt war.“¹³⁵

¹³⁴ Vgl. das Protokoll Nr. 36/88 der außerordentlichen Sitzung des Politbüros am 7. September 1988, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2293.

¹³⁵ Protokoll der Vernehmung von Bruno Lietz vom 8. Februar 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen: 2 Js 6/90, Bd. 174.

Das 7. Plenum des ZK bestätigte Krolikowski am 2. Dezember 1988 als Mitglied des Sekretariats und Sekretär für Landwirtschaft.¹³⁶ Sein Amt als Erster Stellvertreter des Ministerratsvorsitzenden erhielt Anfang Dezember 1988 Politbüromitglied Günther Kleiber, der seit 1986 und auch weiterhin Ständiger Vertreter der DDR im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) war. Das Durchschnittsalter der Mitglieder des Politbüros lag 1988 bei 67, das der Kandidaten bei 61 Jahren. Bis Oktober 1989 änderte sich die personelle Zusammensetzung des Politbüros nicht mehr.

5. Die SED-Bezirksleitungen

In der vertikalen Herrschaftspraxis, also im Verhältnis der Zentrale zu den SED-Bezirksleitungen, vertraute Honecker im Unterschied zu Ulbricht wieder stärker als zuvor zentralisierten Anleitungsmechanismen. So wurden die Spielräume regionaler Strukturpolitik, Handlungsmöglichkeiten und Gestaltungsfähigkeit der SED-Bezirksleitungen, die in den 1960er Jahren spürbar zugenommen hatten, jetzt wieder deutlich eingeschränkt.¹³⁷ Zwar führte der neue Parteichef die unter Ulbricht praktizierten regelmäßigen Beratungen des ZK-Sekretariats mit den 1. Sekretären der SED-Bezirksleitungen und den ZK-Abteilungsleitern fort, auf denen zunächst eine – im Vergleich zu späteren Jahren – kritische Atmosphäre herrschte. Auf den Zusammenkünften mit den Bezirksfunktionären am 21. Februar 1972, am 30. August 1972, am 15. November 1972 sowie am 31. Januar 1973 hielt Honecker die üblichen Referate zur Wirtschafts- und Außenpolitik, forderte jedoch gleichzeitig zu offenen Aussprachen auf, die nach anfänglichen Unsicherheiten tatsächlich dazu genutzt wurden, um wirtschaftliche Probleme in den Bezirken offen anzusprechen.¹³⁸ Danach kehrte Honecker zu den traditionellen Anleitungsmethoden zurück, mit denen die Bezirksfunktionäre durch monotone Vorträge auf die jeweils geltenden politischen Leitsätze eingestimmt werden sollten. Von derartigen Monologen, die zunehmend wirklichkeitsfremder wurden, waren später auch die jährlichen Beratungen Honeckers mit den 1. Kreissekretären der Partei geprägt, die traditionell im Januar bzw. Februar des Jahres stattfanden.

Mit den Bezirksleitungen verfügte die SED-Führung über lenkbare Steuerungsinstanzen auf der mittleren Organisationsebene. Bereits in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre hatte wieder eine Rückkehr zum Zentralismus und eine Überlage-

¹³⁶ Vgl. das Protokoll der 7. Tagung des ZK am 1./2. Dezember 1988, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/693.

¹³⁷ Vgl. Jay Rowell, Der Erste Bezirkssekretär: Zur Scharnierfunktion der „Bezirksfürsten“ zwischen Zentrum und Peripherie, in: Michael Richter/Thomas Schaarschmidt/Mike Schmeitzner (Hrsg.), Länder, Gaue und Bezirke. Mitteldeutschland im 20. Jahrhundert, Dresden/Halle 2007, S. 213–230; Heinz Mestrup in Verbindung mit Ronald Gebauer, Die thüringischen Bezirke und ihre Ersten Sekretäre, in: ebenda, S. 191–210.

¹³⁸ Vgl. hierzu die stenographischen Protokolle in: SAPMO BArch, DY 30/2144, DY 30/2145, DY 30/2146, DY 30/2147 und 2148.

rung der bezirklichen Handlungsspielräume durch die Kombinatiatsbildung eingesetzt, mit der neue großräumige Wirtschaftsregionen entstanden, die die weitere Entwicklung der DDR-Wirtschaftspolitik nach dem VIII. Parteitag der SED bestimmten.

Die Bezirksparteiorganisationen fungierten als regionale Mittelinstanzen zwischen der Parteiführung und den SED-Kreisleitungen.¹³⁹ Ihre Leitungen bildeten das wichtigste Bindeglied zwischen dem zentralen Parteiapparat in Berlin und den Apparaten der unteren Organisationseinheiten. Die Bezirksorganisationen vereinten die nach dem Produktionsprinzip organisierten (Industriekreisleitungen) sowie die territorialen Kreisorganisationen (Stadt- bzw. Stadtbezirkskreisleitungen) eines Bezirkes. Ebenso wie der Apparat der zentralen Parteiführung unmittelbar auf die Arbeit der Bezirksleitungen Einfluss nehmen bzw. diese von oben herab dirigieren konnte, verfügten auch die Abteilungen der Bezirksleitungen über direkte Einflussmöglichkeiten auf politische und personelle Entscheidungen von Kreisleitungen und Grundorganisationen. Innerhalb der einzelnen Bezirke beanspruchten die Bezirks(haupt)städte eine herausgehobene Stellung. Diese ergab sich teilweise aus ihrem dominanten Wirtschaftspotenzial, teilweise aus ihrer Tradition als Verwaltungssitz und nicht zuletzt aus dem Repräsentationsbedürfnis der regionalen Funktionsebenen und der zentralen Parteiführung, die großen Wert darauf legte, in den Bezirksstädten den Erfolg des sozialistischen Aufbaus zu demonstrieren.

An der Spitze der Bezirksleitung stand das Sekretariat als das eigentliche Machtzentrum im Bezirk. Das Sekretariat der Bezirksleitung umfasste seit 1966 sechs hauptamtlich arbeitende Mitglieder (Sekretäre). Als weitere Mitglieder gehörten dem Sekretariat an: der Vorsitzende des Rates des Bezirkes, die Vorsitzenden des Bezirkswirtschaftsrates bzw. des Bezirkslandwirtschaftsrates, der Leiter der Bezirksplankommission, der 1. Sekretär der SED-Stadtleitung der Bezirkshauptstadt, der 1. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung sowie der Vorsitzende des FDGB-Bezirksvorstandes.¹⁴⁰ Seit Oktober 1975 zählten die Vorsitzenden der Bezirksparteikontrollkommissionen ebenfalls zu Mitgliedern des Sekretariats der Bezirksleitung. Die Vorsitzenden der Wirtschafts- und Landwirtschaftsräte waren dagegen seitdem nicht mehr in diesem Gremium vertreten.¹⁴¹ Über eine herausgehobene Position verfügte der 1. Sekretär der Bezirksleitung. Er gehörte in der Regel dem Zentralkomitee an.¹⁴²

Honecker betrachtete es als sein unangefochtenes Privileg, die 1. Bezirkssekretäre persönlich auszuwählen. Dieses Vorrecht hatte sich bereits unter Ulbricht fest

¹³⁹ Vgl. Heinz Mestrup, *Die SED. Ideologischer Anspruch, Herrschaftspraxis und Konflikte im Bezirk Erfurt 1971–1989*, Rudolstadt 2000, S. 80ff.

¹⁴⁰ Vgl. Niemann, *Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen*, S. 43.

¹⁴¹ Ebenda.

¹⁴² Vgl. Heinrich Best/Heinz Mestrup (Hrsg.), *Die Ersten und Zweiten Sekretäre der SED. Machtstrukturen und Herrschaftspraxis in den thüringischen Bezirken der DDR*, Weimar 2003; Heinrich Best/Stefan Hornbostel (Hrsg.), *Funktionsebenen der DDR. Theoretische Kontroversen und empirische Befunde*, Köln 2003.

etabliert. So war sichergestellt, dass kein Kandidat, der nicht das uneingeschränkte Vertrauen und Wohlwollen des SED-Chefs besaß, in diese Funktion aufrücken konnte. Die 1. Bezirkssekretäre unterlagen in der Parteihierarchie der Kadernomenklatur des ZK, das heißt, sie mussten vom Politbüro bestätigt werden, bevor sie von der Bezirksdelegiertenkonferenz „gewählt“ wurden. Über die Einsetzung und Entbindung der 2. Sekretäre und der sechs Ressortsekretäre der Bezirksleitung entschied das Sekretariat des ZK.¹⁴³ Die politischen Mitarbeiter der SED-Bezirksleitungen wurden von der Kaderkommission des Sekretariats bestätigt. Damit blieb der dominierende Einfluss der Parteiführung auf die Besetzung der regionalen Führungspositionen in der SED gewährleistet.

In den erweiterten Bezirksleitungen der SED, die auf Bezirksdelegiertenkonferenzen alle vier Jahre „gewählt“ wurden, spielte Fachkompetenz nur noch eine untergeordnete Rolle. Die in den 1960er Jahren spürbare Öffnung der Führungsgremien der Partei – von den Kreisleitungen bis hin zum Zentralkomitee – für Wissenschaftler und Praktiker, deren fachliche Beratung insbesondere im wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozess während der späten Ulbricht-Ära noch erwünscht war, fand ein jähes Ende. Somit war es für einen fachkompetenten Seiteneinsteiger kaum noch möglich, eine Schlüsselposition im Apparat der Bezirksleitung zu erringen. Dies galt vor allem dann, wenn dieser keine langjährige „Parteierfahrung“ vorweisen konnte. Eine „Information über die Zusammensetzung der Nomenklaturkader des Zentralkomitees der SED“ vom Dezember 1986 bestätigt, dass ältere Funktionäre die Mehrheit innerhalb der Funktionselite der SED bildeten: „80,4 Prozent der Nomenklaturkader des Zentralkomitees der SED, die Mitglieder der SED sind, gehören über 20 Jahre unserem marxistisch-leninistischen Kampfbund an.“¹⁴⁴ Das führte nicht nur zu einer starken personellen Beharrungskraft, sondern auch zu einer zunehmenden fachlichen Beschränktheit in den regionalen Mittelinstanzen der Partei. Denn gerade von den Seiteneinsteigern waren in den 1960er Jahren Kreativität und kritische Veränderungsimpulse ausgegangen.¹⁴⁵ Die 1. Bezirks- und Kreissekretäre der Honecker-Ära hatten zumeist als Mitarbeiter, hauptamtliche Instruktoren oder Sekretäre in größeren Betriebsparteiorganisationen oder Kreisleitungen der FDJ bzw. SED begonnen, eine Bezirksparteischule, häufig sogar die Parteihochschule „Karl Marx“, besucht und waren nach einiger Zeit auf die nächsthöhere Ebene berufen worden.¹⁴⁶

¹⁴³ Vgl. Matthias Wagner, Das Nomenklaturesystem – Hauptinstrument der Kaderpolitik der SED, in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. IV/1: Bildung, Wissenschaft, Kultur, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1999, S. 10–30.

¹⁴⁴ Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 97/86 der Sitzung des Sekretariats am 3. Dezember 1986, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/3/4052.

¹⁴⁵ Vgl. Peter Christian Ludz, Parteielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Opladen 1970.

¹⁴⁶ 1981 hatten 93 Prozent, 1986 etwas mehr als 96 Prozent der 1. Sekretäre der SED-Kreisleitungen die Parteihochschule besucht. Vgl. Wagner, Ab morgen bist du Direktor, S. 95.

Nach einer Phase hektischer Kaderwechsel in den 1950er Jahren blieben viele Funktionäre auf der Bezirksebene ab Mitte/Ende der 1960er Jahre dauerhaft auf ihren Posten. Dies galt etwa für Horst Schumann, der seit 1970 als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig amtierte und bis November 1989 trotz schwerer Krankheit seine Funktion nicht aufgeben durfte.¹⁴⁷ Schumann ging den üblichen Karriereweg über die FDJ, deren Mitbegründer er in Leipzig war; von 1952 bis 1967 gehörte er dem Zentralrat der FDJ an, ab Mai 1959 als deren Erster Sekretär. Honecker beließ Schumann im Amt, weil ein Wechsel an der Spitze der Leipziger Bezirksleitung seiner Auffassung von personeller Stabilität widersprochen hätte. Die Ablösung oder gar der Ausschluss – auch aus dem Politbüro – kam nur als allerletztes Mittel zur Bewältigung eines Problems in Frage.¹⁴⁸

Honeckers Abneigung gegen personelle Veränderungen sorgte einerseits für Stabilität, führte andererseits aber auch zur Erstarrung des Parteiapparates auf regionaler Ebene. So kann durchaus von „erfahrungskumulierender Amtsverhaftung“ in den 1970er und 1980er gesprochen werden.¹⁴⁹ Ebenso zutreffend ist es, die Personalpolitik der Honecker-Ära mit einem eklatanten Mangel an institutionalisierten Ablösungsmechanismen und einem Führungsgebaren zu verbinden, das personelle Kontinuität und politisch-ideologische Einigkeit zu obersten Maximen beförderte. Auf diese Weise gingen tatsächlich „Beharrungs- und autokratische Tendenzen sowie Perfektionierung und Routinisierung eine Symbiose ein, die sich letztlich als krisenhaft herausstellte.“¹⁵⁰

Für Honecker galt jede Auswechslung von Personen nicht nur an der Spitze der Partei, sondern auch in den regionalen Führungsgremien, als ein Indiz, das auf politische Instabilität oder gar Führungsschwäche hinweisen könnte. Das langjährige Verharren auf bestimmten Positionen geht sehr deutlich aus der Amtszeit der 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen in der Honecker-Ära hervor (siehe Tabelle 18).

Die Tabelle verweist auf die im Vergleich zur Ulbricht-Ära außerordentlich starke personelle Kontinuität an der Spitze der Bezirksleitungen. In sechs Bezirken, nämlich in Cottbus, Leipzig, Neubrandenburg, Gera, Suhl sowie in der Gebietsleitung Wismut gab es während der gesamten Honecker-Ära nicht einen einzigen personellen Wechsel. In den anderen Bezirken gab es jeweils einen Austausch, lediglich in Magdeburg amtierten in der Amtszeit Honeckers drei 1. Bezirkssekretäre. Nur zweimal griff Honecker zum Mittel der Abstrafung, wenn er eine regionale Unbotmäßigkeit oder einen eklatanten Disziplinbruch vermutete: zunächst in Magdeburg, als es Alois Pisnik gewagt hatte, während seiner Rede auf dem 9. ZK-Plenum am 13./14. Dezember 1978 auf einige gravierende wirtschaftliche Schwierigkeiten im Bezirk hinzuweisen und dabei auch die Arbeits-

¹⁴⁷ Vgl. Niemann, Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen, S. 120.

¹⁴⁸ Vgl. Günter Schabowski, Der Absturz, Berlin 1991, S. 114f.

¹⁴⁹ Vgl. Best/Mestrup, Die Ersten und Zweiten Sekretäre der SED, S. 491.

¹⁵⁰ Helga A. Welsh, Kaderpolitik auf dem Prüfstand. Die Bezirke und ihre Sekretäre 1952–1989, in: Peter Hübner (Hrsg.), Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, Köln 1999, S. 110.

Tabelle 18: Die in der Honecker-Ära (1971–1989) amtierenden 1. Sekretäre der Bezirksleitungen

Bezirk	1. Sekretär	Amtszeit
Berlin	Konrad Naumann	1971–1985
	Günter Schabowski	1985–1989
Rostock	Harry Tisch	1962–1975
	Ernst Timm	1975–1989
Schwerin	Bernhard Quandt	1952–1974
	Heinz Ziegner	1974–1989
Neubrandenburg	Johannes Chemnitzer	1963–1989
Frankfurt (O.)	Hans-Joachim Hertwig	1971–1988
	Christa Zellmer	1988/89
Potsdam	Werner Wittig	1964–1976
	Günther Jahn	1976–1989
Cottbus	Werner Walde	1969–1989
Dresden	Werner Krolikowski	1960–1973
	Hans Modrow	1973–1989
Karl-Marx-Stadt	Paul Roscher	1963–1976
	Siegfried Lorenz	1976–1989
Leipzig	Horst Schumann	1970–1989
Halle	Werner Felfe	1971–1981
	Hans-Joachim Böhme	1981–1989
Magdeburg	Alois Pisnik	1952–1979
	Kurt Tiedke	1979–1983
	Werner Eberlein	1983–1989
Gera	Herbert Ziegenhahn	1963–1989
Erfurt	Alois Bräutigam	1958–1980
	Gerhard Müller	1980–1989
Suhl	Hans Albrecht	1968–1989
Gebietsleitung	Alfred Rohde	1971–1989
Wismut*		

* Die „Gebietsleitung Wismut“ hatte als eine gesonderte Parteiorganisation den Rang einer SED-Bezirksleitung. Die Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft Wismut (SDAG) betrieb in einigen Gebieten Sachsens (Zwickau, Aue, Schwarzenberg, Freiberg, Freital) und Thüringens (Ronneburg) Uranabbau.

weise der zentralen Partei- und Staatsorgane kritisierte.¹⁵¹ Honecker wertete die Rede als Affront gegen die Parteiführung, so dass Pisnik im Januar 1979 abgelöst wurde.¹⁵² Das zweite Mal traf es Konrad Naumann im November 1985, den eine Rede im Herbst 1985 vor Professoren und Dozenten der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED zu Fall brachte, in der er den Gesellschaftswissenschaftlern Inkompetenz und Faulheit vorwarf.¹⁵³

In der Regel gaben die aus dem Amt des 1. Bezirkssekretärs ausscheidenden Funktionäre ihren Posten aus Altersgründen auf (Bernhard Quandt, Alois Bräuti-

¹⁵¹ Vgl. das Protokoll der 9. Tagung des ZK am 13./14. Dezember 1978, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/557.

¹⁵² Vgl. Niemann, Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen, S. 238 ff.

¹⁵³ Vgl. zu Naumann ausführlich Kapitel III.

gam, Paul Roscher) oder sie rückten in höhere Positionen in der Parteihierarchie auf (Werner Krolikowski, Werner Felfe, Kurt Tiedke). Ein Wechsel auf andere Führungspositionen außerhalb der zentralen Parteihierarchie war eher selten: Harry Tisch (Rostock) wurde 1975 Vorsitzender des Bundesvorstandes des FDGB, im gleichen Jahr jedoch auch als Mitglied des Politbüros bestätigt. In zwei Bezirken starb der jeweilige 1. Bezirkssekretär im Amt: in Potsdam Werner Wittig im Januar 1976 und in Frankfurt (Oder) Hans-Joachim Hertwig im August 1988.

Honecker griff beim Wechsel der 1. Bezirkssekretäre zwischen 1971 und 1976 ausschließlich auf frühere FDJ-Kader zurück. Konrad Naumann, Ernst Timm, Heinz Ziegner, Günther Jahn, Hans Modrow, Siegfried Lorenz, Hans-Joachim Hertwig und Werner Felfe waren als Sekretäre im FDJ-Zentralrat bzw. 1. Sekretär einer Bezirks- oder Kreisleitung der FDJ tätig gewesen. Die sechs 1. SED-Bezirkssekretäre, die zwischen 1979 und 1988 neu ins Amt kamen, verfügten über keinerlei Erfahrungen im Apparat der Jugendorganisation (Günter Schabowski, Gerhard Müller, Werner Eberlein, Kurt Tiedke, Christa Zellmer, Hans-Joachim Böhme). Gleichwohl war die Personalpolitik Honeckers von der generellen Tendenz geprägt, beim Wechsel von 1. Bezirkssekretären früheren FDJ-Funktionären den Vorzug zu geben.

In der Ära Honecker standen durchweg Männer an der Spitze einer Bezirksleitung. Nur im Bezirk Frankfurt/Oder gab es eine Ausnahme. Zum ersten und einzigen Mal wurde eine Frau 1. Sekretär einer SED-Bezirksleitung. Im November 1988 trat die damals 58 Jahre alte Christa Zellmer die Nachfolge des Ende September gestorbenen Frankfurter Bezirksparteichefs Hans-Joachim Hertwig an. Seit 1966 war sie als Sekretär für Agitation und Propaganda bei der Bezirksleitung tätig gewesen. Ihre Berufung an die Spitze der SED-Bezirksleitung war jedoch typisch für die Karriere auf der mittleren Organisationsebene: Die eindeutige Mehrheit der unter Honecker eingesetzten 1. Sekretäre der Bezirksleitungen waren vorher 2. Sekretär oder als hauptamtliche Sekretäre der Bezirksleitung tätig gewesen.

Die Bezirke spielten insbesondere bei der Umsetzung wirtschaftlicher Strukturpolitik eine besondere Rolle. Diese umfasste sowohl die Förderung eines branchenspezifischen Strukturwandels als auch die regionale Strukturpolitik im Sinne einer gezielten Förderung der Wirtschaftskraft durch die Ansiedlung von Betrieben und den Ausbau der Infrastruktur. In der DDR erstreckte sich dieser Strukturausgleich auf das gesamte Staatsgebiet, wenn es beispielsweise darum ging, das Süd-Nord-Gefälle zwischen dem vorrangig agrarischen Norden und dem stark industrialisierten Süden der DDR zu entschärfen. Beide Zielsetzungen – branchenspezifischer Strukturwandel und regionaler Strukturausgleich – überschritten sich potenziell in der Strukturpolitik der DDR und führten zu Interessenkonflikten zwischen der Bezirks- und Zentralebene bzw. zwischen verschiedenen Regionen untereinander. Das war immer dann der Fall, wenn etwa ein durch zentrale Wirtschaftsentscheidungen eingeleiteter Strukturwandel Konzentrationsprozesse zur Folge hatte oder einen Großteil von Ressourcen band. Während die obersten wirtschaftslenkenden Instanzen der DDR in Anbetracht chronisch knapper Mittel dazu tendierten, Investitionen auf den strukturellen Wandel wich-

Tabelle 19: Im Politbüro vertretene 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952–1989¹⁵⁴

1. Sekretär	Bezirk	Amtszeit	Kandidat	Mitglied
Hans-Joachim Böhme	Halle	1981–1989		1986–1989
Johannes Chemnitzer	Neubrandenburg	1963–1989	1989	
Werner Eberlein	Magdeburg	1983–1989	1985–1986	1986–1989
Werner Felfe	Halle	1971–1981	1973–1976	1976–1988
Paul Fröhlich	Leipzig	1952–1970	1958–1963	1963–1970
Hans Jendretzky	Berlin	1952–1953	1950–1953	
Werner Krolkowski	Dresden	1960–1973		1971–1989
Siegfried Lorenz	Karl-Marx-Stadt	1976–1989	1985–1986	1986–1989
Karl Mewis	Rostock	1952–1961	1958–1963	
Hans Modrow	Dresden	1973–1989		1989
Erich Mückenberger	Erfurt	1952–1953	1950–1954	1954–1989
	Frankfurt (Oder)	1961–1971		
Gerhard Müller	Erfurt	1980–1989	1985–1989	
Konrad Naumann	Berlin	1971–1985	1973–1976	1976–1985
Alfred Neumann	Berlin	1953–1957	1954–1958	1958–1989
Alois Pisknik	Magdeburg	1952–1979	1958–1963	
Günter Schabowski	Berlin	1985–1989	1981–1984	1984–1989
Horst Sindermann	Halle	1963–1971	1963–1967	1967–1989
Harry Tisch	Rostock	1961–1975	1971–1975	1975–1989
Paul Verner	Berlin	1959–1971	1958–1963	1963–1984
Werner Walde	Cottbus	1969–1989	1976–1989	

tiger Branchen (Schwerindustrie, Energie, Chemie, Elektronik, Landwirtschaft) zu lenken, blieb es der Bezirksleitung als lokalem Machtzentrum vorbehalten, regionale Interessen zur Geltung zu bringen.

Ob sie sich dabei auf die Bestandssicherung und ein reines Krisenmanagement beschränkte oder ob sie die Möglichkeit hatte, Einfluss auf zentrale strukturelle Entscheidungen zu nehmen, hing wesentlich von der Stellung des 1. Sekretärs innerhalb der SED-Machthierarchie und von informellen Netzwerken ab.¹⁵⁵ Besonders wirkungsvoll konnten derartige persönliche Netzwerke sein, wenn sie sich von der regionalen auf die zentrale Entscheidungsebene erstreckten und wichtige Repräsentanten der Bezirke in Personalunion Ämter in den zentralen Machtinstanzen – wie beispielsweise im Politbüro – innehatten. Auf diese Weise gelang es einigen 1. Sekretären, bis zu einem gewissen Grad Wirtschaftsinteressen der Bezirke zu vertreten und durchzusetzen. Zu ihnen gehörten in den Jahren seit 1971 beispielsweise Naumann (Berlin), Schabowski (Berlin), Krolkowski (Dresden), Lorenz (Karl-Marx-Stadt) und Felfe (Halle).

Die 1. Bezirkssekretäre, die im Politbüro als Kandidat oder Mitglied vertreten waren, bildeten in der Honecker-Ära – wie schon zuvor – eine Minderheit. Zwi-

¹⁵⁴ Die Tabelle wurde übernommen aus: Niemann, Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen, S. 179.

¹⁵⁵ Vgl. Niemann, Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen, S. 168 ff.

schen 1952 und 1989 gehörten insgesamt 20 „Bezirksfürsten“ dem Politbüro an (siehe Tabelle 19).

Die Präsenz von 1. Bezirkssekretären im Politbüro hing wesentlich von der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Bezirkes ab. Dadurch waren die Bezirke Halle, Berlin und Magdeburg besonders stark in diesem Gremium repräsentiert. Zwar konnten die Bezirkssekretäre durch ihre Zugehörigkeit zum Politbüro bei der wirtschaftlichen Standortbestimmung mitreden, doch innerhalb der Führungsspitze spielten sie bei Grundsatzentscheidungen nur eine untergeordnete Rolle. Chancen der Einflussnahme ergaben sich zumeist dann, wenn branchenabhängige Interessenkonflikte der beteiligten zentralen Instanzen ausgenutzt werden konnten, um regionale Interessen zur Geltung zu bringen. Innerhalb der Bezirke verfügten die 1. Sekretäre über ausreichende Handlungsmöglichkeiten, um regionale Strukturpolitik zu gestalten. Die staatlichen Bezirksverwaltungen – die Räte der Bezirke – nahmen dabei eine nachgeordnete Stellung ein.

Honecker betrieb eine Personalpolitik in der SED, die im Vergleich zu den 1950er und 1960er Jahren durch geringe, doch stetige Veränderungen gekennzeichnet war.¹⁵⁶ Bis zum Ende der SED 1989 dominierten Funktionäre in den regionalen und zentralen Führungsgremien, deren Geburtsjahr zwischen 1925 und 1929 lag.¹⁵⁷ Auch im Politbüro der Honecker-Ära war die „Aufbaugeneration“ der Jahrgänge von 1925 bis 1931 stark vertreten.¹⁵⁸ Diejenigen, die aufgrund ihrer politischen Herkunft (Altkommunisten) als „alte Garde“ bezeichnet werden konnten¹⁵⁹ und bis 1917 geboren wurden, bildeten quantitativ ebenfalls immer noch eine starke Gruppe, die ihren dominanten politischen Einfluss im Politbüro behaupten konnte.¹⁶⁰ „Kinder des Dritten Reiches“¹⁶¹, also Jahrgänge zwischen 1935 und 1945, bildeten im Politbüro die absolute Ausnahme.¹⁶²

In der Ära Honecker führte der geradlinigste Weg, um innerhalb der Parteihierarchie bis in das Politbüro aufzusteigen, über den Zentralrat der FDJ. Im Gegensatz zu Ulbricht, der in seinen letzten Amtsjahren mehr auf die „Technokraten“ setzte und wissenschaftlich ausgebildete junge Leute in Führungspositionen brachte, vertraute Honecker nun wieder vorrangig jenen Funktionären, die ihre

¹⁵⁶ Dies galt insbesondere für die personelle Zusammensetzung der Sekretariate der SED-Bezirksleitungen.

¹⁵⁷ Vgl. Mary Fulbrook, Generationen und Kohorten in der DDR. Protagonisten und Widersacher des DDR-Systems aus der Perspektive biographischer Daten, in: Annegret Schüle/Thomas Ahbe/Rainer Gries (Hrsg.), Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur, Leipzig 2006, S. 119.

¹⁵⁸ Dohlus (1925), Mittag (1926), Ewald (1926), Lange (1927), Halbritter (1927), Jarowsky (1927), Tisch (1927), Herrmann (1928), Felfe (1928), Naumann (1928), Krolkowksi (1928), Lamberz (1929), Schabowski (1929), Häber (1930), Kleiber (1931).

¹⁵⁹ So bei Heike Solga, Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR, Berlin 1995, S. 109.

¹⁶⁰ Ebert (1894), Warnke (1902), Norden (1904), Mielke (1907), Neumann (1909), Mückenberger (1910), Verner (1911), Honecker (1912), Hager (1912), Stoph (1914), Sindermann (1915), Axen (1916).

¹⁶¹ So die Bezeichnung bei Fulbrook, Generationen und Kohorten in der DDR, S. 125.

¹⁶² Krenz (1937).

Karriere im „sozialistische Jugendverband“ begonnen hatten. Für Honecker galten weniger Universitäten und Hochschulen und auch nicht die Produktionsstätten in Industrie und Landwirtschaft als Sprungbretter zu Führungspositionen in der Partei, sondern die hauptamtlichen Apparate und die Parteischulen, insbesondere die Parteihochschule „Karl Marx“. Funktionäre mit fachlicher Kompetenz und politischen Ambitionen, die nicht im Jugendverband sozialisiert worden waren, fanden bei ihm kaum Gehör. Dabei war es unerheblich, ob, wie das bei Werner Lamberz der Fall war, der Wunschkandidat Honeckers während der NS-Zeit an einer der NS-Ordensburgen als „Adolf-Hitler-Schüler“ ideologisch indoktriniert wurde. Ausschlaggebend für den Karriereverlauf dürfte indes gewesen sein, während der internen Machtkämpfe und politischen Querelen in der Jugendorganisation während der 1950er Jahre auf der „richtigen Seite“ gestanden, d. h. die Stellung Honeckers als damaliger FDJ-Vorsitzender gestützt zu haben.

In den 1980er Jahren zeigte der SED-Chef kaum noch Bereitschaft, Personalveränderungen an der Führungsspitze vorzunehmen und jüngere Funktionäre heranzuziehen.¹⁶³ Hatte Honecker einem Funktionär zu einer einflussreichen Stellung im engeren Führungszirkel der Partei verholfen, verlangte er bedingungslose „Parteidisziplin“, insbesondere im Umgang mit vertraulichen Informationen. Schlüsselbegriffe wie Loyalität und Vertrauen spielten für ihn eine zentrale Rolle. Verstöße gegen diese Prinzipien wurden je nachdem, welchen Rang sie in den Augen des Generalsekretärs hatten, kompromisslos geahndet. Vieles spricht dafür, dass Honecker die politischen Eigenmächtigkeiten Konrad Naumanns und die Unvorsichtigkeit Herbert Häbers als Vertrauensbruch wertete, womit sich die beiden Spitzenfunktionäre selbst zu Fall brachten. Letztlich führten nicht ein isoliertes Ereignis, sondern ein ganzes Ursachenbündel dazu, um einen hochrangigen Funktionär ablösen zu lassen.

¹⁶³ Dies trifft vor allem auf jüngere Funktionäre zu, die in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren geboren wurden: Fulbrook, *Generationen und Kohorten in der DDR*, S. 126; Dorothee Wierling, *Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR und seine historischen Erfahrungen*, Berlin 2002.

III. Schlaglichter der Personalpolitik im Politbüro

1. Absturz in der Wüste – Legenden um Werner Lamberz

Wie wichtig die Zugehörigkeit zum Zentralrat der FDJ für den Aufstieg in der Parteihierarchie in der Ära Honecker war, verdeutlicht in geradezu idealtypischer Weise der Karriereweg von Werner Lamberz. Der gelernte Heizungsmonteur begann im April 1948 seine politische Karriere im Jugendverband als 1. Sekretär des FDJ-Kreisvorstandes Luckenwalde. Im Mai 1951 wurde er Sekretär im Landesvorstand der FDJ in Potsdam und schließlich Sekretär für Agitation und Propaganda im Sekretariat des Zentralrats der FDJ in Berlin (1953 bis 1963). In seiner Funktion als Sekretär des Zentralrates arbeitete Lamberz einige Zeit eng mit Honecker zusammen, der bis 1955 an der Spitze des Zentralrats der FDJ stand. Nach seinem Aufenthalt in Budapest (1955–1959) als Vertreter des Zentralrates der FDJ im Exekutivkomitee des Weltbundes der demokratischen Jugend übernahm Lamberz im FDJ-Zentralrat die Zuständigkeit für Internationale Verbindungen, Westarbeit und Studentenangelegenheiten. Danach folgte noch in der Ära Ulbricht der Aufstieg in der Parteihierarchie: von 1963 bis 1966 hauptamtliches Mitglied der Agitationskommission beim Politbüro, von 1966 bis 1967 Leiter der Abteilung Agitation des ZK und von 1967 bis 1970 Sekretär des ZK und Leiter der ZK-Abteilung Agitation.¹ Die 14. ZK-Tagung wählte ihn am 11. Dezember 1970 als Kandidat in das Politbüro und bestätigte ihn als Sekretär des ZK. Schließlich bestimmte ihn die 1. ZK-Tagung am 19. Juni 1971 zum Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees. Damit hatte Honecker seine eigene Stellung im Politbüro gefestigt, denn Lamberz stärkte dort die ihm ergebene Gruppe, zu der u. a. Axen, Sindermann und Hager gehörten.

Stets bekam Lamberz glänzende Beurteilungen, so wie nach dem Abschluss der Landesparteischule der SED-Brandenburg in Schmerwitz im März 1951: „Gen. Lamberz verfügt über eine überdurchschnittliche Intelligenz, hat ein ausgeprägtes Denkvermögen und erkennt das Wesentliche.“² Auf der Komsomolhochschule in Moskau, die er von September 1952 bis August 1953 besuchte, entdeckte Lamberz sein Sprachtalent. Schon in den 1960er Jahren kam er als Leiter der Arbeitsgruppe Auslandsinformation innerhalb der Agitationskommission beim Politbüro mit ausländischen Korrespondenten in der DDR in Kontakt – ein Arbeitsfeld, auf dem er sich neben seiner Rolle als „Chefagitator“ außerordentlich erfolgreich bewegte.

Als Werner Lamberz am 6. März 1978 bei einem Hubschrauberabsturz in der Nähe von Tripolis tödlich verunglückte, war er mit 48 Jahren das damals jüngste

¹ Vgl. die Kaderakte von Werner Lamberz, in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/11/v.5381.

² Charakteristik der Betriebsgruppenleitung der Landesparteischule „Ernst Thälmann“ Schmerwitz vom 14. März 1951, in: Kaderakte von Werner Lamberz, in: ebenda.

Politbüromitglied. Er galt in langfristiger Perspektive als einer der aussichtsreichsten Kandidaten für die Nachfolge Honeckers. Dank seiner Intelligenz, seiner Sprachkenntnisse und internationalen Kontakte stach der kluge Taktiker aus dem Grau des führenden Funktionärskorps der SED hervor. Zwar gab Lamberz als „Chefagitator“ die ideologische Linie für die öffentliche Propaganda der Partei vor und scheute auch keine scharfen Töne und Attacken gegen den „Klassenfeind“, doch fielen seine Referate weniger steril und langatmig aus als gemeinhin üblich. Er benutzte in seinen Reden mitunter originelle Formulierungen, konnte in der Öffentlichkeit frei sprechen und galt als äußerst kulturinteressiert.³ Damit bildete er im Politbüro eine Ausnahme. Seine politischen und weltanschaulichen Auffassungen unterschieden sich hingegen kaum von denen der anderen Politbüromitglieder.

1.1 Zwischen Einbindung und Ausgrenzung: Werner Lamberz und die Kulturpolitik der SED

In der Kulturpolitik gab es Vertreter einer eher „harten“, dogmatischen sowie einer vergleichsweise „weichen“, liberalen Linie. Für die kulturpolitischen Hardliner im Politbüro steht exemplarisch Naumann, wogegen Hager, ZK-Sekretär für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur, einer eher kompromissbereiten Linie zuzurechnen ist. Das betrifft im Grundsatz das Verhalten gegenüber Schriftstellern und Künstlern und die Berücksichtigung ihrer künstlerischen Arbeitsbedingungen (Auslandsreisen, Auftritte, Druckgenehmigungen). Die Mehrheit im Politbüro trat stets für ein rigides Vorgehen gegen kritische Schriftsteller und Künstler ein, worin sich eine grundsätzliche Intellektuellenfeindlichkeit widerspiegelte. Im Unterschied dazu strebte Hager eher eine Kompromisslösung an. In den Kernbereichen der Ideologie, des Marxismus-Leninismus, duldete Hager dagegen keine Abweichungen; er bekämpfte unorthodoxe Ideen in den Gesellschaftswissenschaften in jeder nur denkbaren Form.⁴

Ogleich die Kultur in den Verantwortungsbereich Hagers als zuständiger ZK-Sekretär und Politbüromitglied fiel, mischte sich Lamberz nicht selten in die kulturpolitischen Auseinandersetzungen ein. Nicht zufällig übergab Mielke „Informationen über die Haltung von Kulturschaffenden der DDR zu Problemen der Kulturpolitik der DDR“ nicht nur an Hager, sondern auch an Lamberz⁵, der durch seine Zuständigkeit für die „Anleitung und Kontrolle“ der Medien einen erheblichen Teil der kulturpolitischen Kompetenz an sich zog. Lamberz unterhielt

³ Vgl. Jan Eik, *Besondere Vorkommnisse – Politische Affären und Attentate*, Berlin 2011, S. 111.

⁴ Vgl. Guntolf Herzberg, *Abhängigkeit und Verstrickung. Studien zur DDR-Philosophie*, Berlin 1996, S. 144 ff.; ders./Kurt Seifert, Rudolf Bahro – Glaube an das Veränderbare. Eine Biographie, Berlin 2002.

⁵ Vgl. das Schreiben Mielkes an Lamberz vom 23. Juni 1972 sowie die beigefügte Anlage mit der Information über „Haltung von Kulturschaffenden der DDR zu Problemen in der Kulturpolitik der DDR“, in: Archiv BStU, MfS ZAIG 2017, Bl. 43–94. Diese Information leitete Mielke ausschließlich an Lamberz und Hager weiter.

wie auch Hager selbst persönliche Kontakte zu Schriftstellern, Journalisten, Sängern und vor allem Schauspielern. Lamberz fühlte sich Rundfunk und Fernsehen offenbar eng verbunden, zumal mit der Amtsübernahme Honeckers ein kulturpolitischer Frühling anzubrechen schien.

Im Zuge der „liberalen“ Phase in der DDR in den frühen 1970er Jahren machte sich auch unter Schriftstellern und Künstlern so etwas wie Aufbruchsstimmung breit.⁶ Dies umso mehr, als Kulturpolitiker der SED öffentlich erklärten, Kunst ließe sich nicht allein auf ihre ideologische Funktion reduzieren. Hager sprach sich vor dem Plenum der Akademie der Künste am 9. März 1972 gegen ein „reglementierendes, bürokratisches Eingreifen in den Kunstprozess“ aus, was zugleich eine „vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Partei und Künstlern“ voraussetze.⁷ Das war eine deutliche Abgrenzung zur rigiden Kulturpolitik der späten 1960er Jahre, die mit dem „Kahlschlag-Plenum“ vom Dezember 1965 noch immer nachwirkte.⁸ Honecker brachte die erneute kulturpolitische Wende auf dem 4. Plenum des ZK der SED im Dezember 1971 auf folgende Weise zum Ausdruck: „Wenn man von der festen Position des Sozialismus ausgeht, kann es meines Erachtens auf dem Gebiet von Kunst und Literatur keine Tabus geben. Das betrifft sowohl Fragen der inneren Gestaltung als auch des Stils – kurz gesagt: die Frage dessen, was man die künstlerische Meisterschaft nennt.“⁹ Vieles spricht dafür, dass Werner Lamberz den neuen kulturpolitischen Ansatz im Politbüro aus voller Überzeugung mittrug.

Zu Intellektuellen, Schriftstellern und Künstlern hatte die SED nicht erst seit dem „Kahlschlag-Plenum“, auf dem Honecker als Scharfmacher hervorgetreten war, ein gespanntes Verhältnis. Die Intellektuellenfeindlichkeit äußerte sich bei den älteren Genossen im weit verbreiteten Misstrauen gegenüber Künstlern und Schriftstellern. Honecker selbst dürfte jedoch keine allzu großen kulturpolitischen Ambitionen gehabt haben. Sein langjähriger persönlicher Mitarbeiter, Frank-Joachim Herrmann, mutmaßte im Hinblick auf die Erklärung Honeckers auf dem 4. ZK-Plenum: Die zitierte Feststellung habe Furore gemacht „und machen sollen“.¹⁰ Honecker habe vielmehr ein eher distanziertes Verhältnis zur Kunst gehabt. „Die hielt er wohl weitgehend für unökonomisch. Da kam zunächst nichts Faßbares heraus.“¹¹

⁶ Vgl. Werner Mittenzwei, *Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945–2000*, Leipzig 2001, S. 232 ff.

⁷ Vortrag Hagers vor dem Plenum der Akademie der Künste am 9. März 1972: „Die Partnerschaft zwischen Arbeiterklasse und Künstlern“, in: Archiv BStU, MfS HA XX Nr. 11427, Bl. 42–61.

⁸ Vgl. Günter Agde (Hrsg.), *Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED. Studien und Dokumente*, Berlin 1999.

⁹ Stenografisches Protokoll der 4. Tagung des Zentralkomitees am 16. und 17. Dezember 1971, Bd. 2, SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/445.

¹⁰ Vgl. Frank-Joachim Herrmann, *Der Sekretär des Generalsekretärs. Honeckers persönlicher Mitarbeiter über seinen Chef. Ein Gespräch mit Brigitte Zimmermann und Reiner Oschmann*, Berlin 1996, S. 75.

¹¹ Zitiert in: ebenda.

Denkbar scheint, dass einige der kulturpolitischen Initiativen von dem neuen Leiter der ZK-Abteilung für Kultur, Hans-Joachim Hoffmann, ausgingen. Hoffmann, der wie viele der Abteilungsleiter seine Karriere im Jugendverband FDJ begonnen hatte und offenbar auf ausdrücklichen Wunsch Honeckers ins „große Haus“ geholt wurde, übernahm am 1. Dezember 1971 die Leitung der Abteilung und wurde zum 1. Februar 1973 in der Nachfolge Klaus Gysis zum Minister für Kultur berufen. Hoffmann gehörte zu jenem Funktionärstypus, dessen Entscheidungen vorwiegend von Pragmatismus und Kompromissen, weniger von abstrakten Theorien und Dogmen bestimmt wurden. Hoffmann und wohl auch Hager und Lamberz versuchten im Konflikt mit Künstlern, die sich gegen die Willkür staatlicher Behörden bei der Erteilung von Druckgenehmigungen oder Auslandsreisen auflehnten oder gar das Land verlassen wollten, zunächst zu vermitteln und einen offenen Bruch zu vermeiden.¹² Auch sein Nachfolger als Abteilungsleiter, Peter Heldt, gehörte eher zu den Pragmatikern, die immer wiederkehrende kulturpolitische Kampagnen nicht als nützlich empfanden. Nachdem dann Ursula Ragwitz 1975 die Leitung der ZK-Abteilung für Kultur übernommen hatte, konnte von einem liberalen Kurs in der SED-Kulturpolitik nicht mehr die Rede sein. Wenngleich ihr persönlicher Anteil am Ende des „kulturpolitischen Frühlings“ nur schwer beurteilt werden kann, spricht vieles dafür, dass sie im ZK-Apparat eine „harte Linie“ gegen kritische Intellektuelle mittrug und sich vehement gegen Kompromisse mit renitenten Schriftstellern aussprach.

Die neuen Freiräume wurden bald wieder geschlossen. Die Grenzen der zeitweiligen kulturpolitischen Öffnung wurden deutlich, als der Liedermacher Wolf Biermann auf der Grundlage eines Politbürobeschlusses vom 16. November 1976 ausgebürgert wurde.¹³ Biermann, seit 1965 in der DDR mit einem totalen Auftritts- und Publikationsverbot belegt, gab auf Einladung der IG Metall am 13. November 1976 ein Konzert in Köln, auf dem er sich zwar eindeutig zur DDR bekannte, jedoch nicht an massiver Kritik an den Zuständen in der DDR sparte. Im persönlichen Auftrag Honeckers wurde ihm daraufhin die Wiedereinreise verwehrt und die DDR-Staatsbürgerschaft entzogen. Gegen die Ausbürgerung Biermanns protestierten zwölf Schriftsteller – Stephan Hermlin, Stefan Heym, Christa und Gerhard Wolf, Volker Braun, Heiner Müller, Erich Arendt, Sarah Kirsch, Rolf Schneider, Franz Fühmann, Günter Kunert, Jurek Becker und der Bildhauer Fritz Cremer am 17. November 1976 mit einer öffentlichen Erklärung, in der sie die Partei- und Staatsführung aufforderten, die beschlossenen Maßnahmen zu über-

¹² Vgl. Mittenzwei, *Die Intellektuellen*, S. 285f.; Angela Borgwardt, *Im Umgang mit der Macht. Herrschaft und Selbstbehauptung in einem autoritären politischen System*, Opladen 2002.

¹³ Vgl. den Tagungsordnungspunkt 4: „Aberkennung der Staatsbürgerschaft für Wolf Biermann“ im Protokoll Nr. 25/76 der Sitzung des Politbüros am 16. November 1976, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1644. Dort hieß es: „Wolf Biermann wird die Staatsbürgerschaft aberkannt. Die Pressemitteilung wird bestätigt. Die Veröffentlichung erfolgt am 16. November 1976, abends.“ Hager behauptete später, von der Ausbürgerung erst am Abend des 16. November in der „Aktuellen Kamera“ erfahren zu haben: Kurt Hager, *Erinnerungen*, Leipzig 1996, S. 338. Laut Protokoll Nr. 25/76 war Hager auf der Politbürositzung anwesend.

denken.¹⁴ Acht der 13 Unterzeichner gehörten der SED an. Gegen sie wurden Parteiverfahren unter dem Vorwurf eröffnet, die Protestnote über westliche Presseorgane an die Öffentlichkeit gebracht zu haben. Die laut Statut abgestuften Parteistrafen (Rüge, strenge Rüge, Streichung aus der Mitgliederliste, Ausschluss aus der Partei)¹⁵ zielten auf die Ausschaltung jeglicher oppositioneller Stimmungen in den eigenen Reihen.

Mehr als hundert weitere Künstler schlossen sich in den folgenden Tagen dieser Petition an und lösten eine regelrechte Protestwelle aus. Mit ähnlichem Inhalt protestierten weitere Künstler und bekannte Persönlichkeiten mit eigenen Erklärungen. Ein Großteil der künstlerischen Elite stellte sich gegen den Willkürakt, womit die SED-Führung offenbar nicht gerechnet hatte.¹⁶ Drei Tage nach der Veröffentlichung des Künstlerprotestes startete die SED-Führung unter Federführung des zuständigen ZK-Sekretärs Lamberz eine Medienoffensive zur Rechtfertigung der Ausbürgerung, der sich auch Schriftsteller wie Hermann Kant, Bernhard Seeger und Erik Neutsch mit Beifallsbekundungen anschlossen. Die Wochenendausgabe des „Neuen Deutschland“ veröffentlichte am 20. November 1976 auch zahlreiche Wortmeldungen von Intellektuellen, die die Ausbürgerung Biermanns ausdrücklich befürworteten.

Doch war die künstlerische Elite der DDR nicht erst seit November 1976 politisch gespalten. Schon im Mai 1976 klagte Eberhard Panitz, Mitglied im Vorstand des Berliner Schriftstellerverbandes, darüber, nur aus Parteidisziplin gegenüber renitenten Schriftstellern schweigen zu müssen. „Eberhard Panitz äußerte in diesem Zusammenhang, dass es ein Unding sei, immer von stärkerer ideologischer Auseinandersetzung zu sprechen und dann wird man gezwungen, im Vorstand neben solchen Leuten wie Plenzdorf, die sich auch Genossen nennen, zu sitzen. Das schlimmste dabei ist, dass man diesen Leuten nicht offen seine Meinung sagen darf, nur um keine Konfrontation zu haben. Er frage sich, wie lange das noch gut gehen soll. Er und andere halten sich als ‚brave‘ Genossen an die Parteidisziplin und halten den Mund oder setzen sich nur tröpfchenweise, wie es die Partei erlaubt, auseinander. Das hätte er satt.“¹⁷ Jetzt wurden die Risse nicht nur zwischen Intellektuellen und SED, sondern auch innerhalb der Schriftsteller und Künstler öffentlich sichtbar.

¹⁴ Vgl. die Protesterklärung mit der Liste der Unterzeichner in: Roland Berbig u. a. (Hrsg.), In Sachen Biermann. Protokolle, Berichte und Briefe zu den Folgen einer Ausbürgerung, Berlin 1994, S. 70f.

¹⁵ Der IX. Parteitag der SED hatte im Mai 1976 ein neues Statut verabschiedet, das die Streichung aus der Mitgliederliste als Form der Parteistrafe einführte.

¹⁶ Vgl. Dietmar Keller/Matthias Kirchner (Hrsg.), Biermann und keine Ende. Eine Dokumentation zur DDR-Kulturpolitik, Berlin 1991; Robert Grünbaum, Wolf Biermann 1976: Die Ausbürgerung und ihre Folgen, Erfurt 2006; Johannes Hürter, Die Ausbürgerung Wolf Biermanns. Künstler und Intellektuelle zwischen den Stühlen, in: Udo Wengst/Hermann Wentker (Hrsg.), Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin 2008, S. 283–306.

¹⁷ Information der MfS-HA XX/7 über „Meinungen von Mitgliedern des Vorstandes des Berliner Schriftstellerverbandes“ vom 31. Mai 1976, in: Archiv BStU, MfS HA XX 11157, Bl. 4.

Dass kulturpolitische Scharfmacher wie Naumann die Protestaktion in einem Schreiben an Honecker als „organisiertes, offenes konterrevolutionäres Auftreten einer Gruppe von Künstlern und anderen Personen gegen die Politik der Partei und Regierung“ bewerteten, war zu erwarten.¹⁸ Mit solchen Unterstellungen operierten diese Funktionäre immer, obwohl es sich bei den Erstunterzeichnern ausschließlich um Personen handelte, die sich trotz ihrer kritischen Haltung zur Kulturpolitik der SED mit dem Gesellschaftssystem in der DDR eng verbunden fühlten.

Lamberz hingegen versuchte in diesen November-Tagen seine persönlichen Kontakte zu nutzen, um prominente Schauspieler wie Angelica Domröse, Manfred Krug, Armin Müller-Stahl oder Hilmar Thate davon zu überzeugen, ihre Unterschrift unter die Protestnote wieder zurückzuziehen. Sein Engagement blieb jedoch in den meisten Fällen erfolglos – auch bei denen, die bislang zwar kritisch, aber durchaus loyal zur SED gestanden hatten. So schrieb Armin Müller-Stahl nach einem persönlichen Gespräch mit Lamberz am 6. Dezember 1976: „Für mich ist vollkommen klar, dass meine Bitte, die Angelegenheit Biermann überdenken zu wollen, nicht das Geringste mit meiner Haltung zu Partei und Staat zu tun hatte und hat. Sie dürfen mir glauben, dass ich über zwanzig Jahre in unserem Staat bewusst und mit künstlerisch-politischer Verantwortung tätig bin und nicht als rollenaufsagender Papagei.“¹⁹ Dem Drängen, seine Haltung in der „Biermann-Angelegenheit“ zu ändern, erteilte er eine eindeutige Absage: „Die Aufhebung der einen durch die andere Unterschrift, so einfach das ist, ließe mich nur noch unfroh in den Rasierspiegel sehen. Dies alles hat mit Selbstachtung mehr zu tun als mit Selbstgerechtigkeit, es geht schließlich nicht um ein Autogramm.“²⁰

Auch versuchte Lamberz, die Unterzeichner der Erklärung gegen die Biermann-Ausbürgerung am 20. November 1976 in der Privatwohnung Manfred Krugs zum Rückzug zu bewegen.²¹ Viele von ihnen, die sich an diesem Tag im Wohnzimmer Krugs trafen, kannte Lamberz aus persönlichen Gesprächen.²² In dieser emotional aufgeladenen Diskussion ging es vor allem um die strittige Frage, ob es gerechtfertigt gewesen sei, die Protesterklärung über die Westmedien verbreiten zu lassen. Dies führte zu einer lebhaften Diskussion über die Kultur-

¹⁸ Bericht Naumanns an Honecker „über politisch-ideologische Erscheinungen und Maßnahmen im Zusammenhang mit der Aberkennung der Staatsbürgerschaft für Wolf Biermann“ vom 6. Dezember 1976, in: ebenda, MfS HA XX 4806, Bl. 3.

¹⁹ Brief von Müller-Stahl an Lamberz vom 6. Dezember 1976, in: Archiv BStU, MfS ZAIG 26068, Bl. 63.

²⁰ Ebenda.

²¹ Vgl. den Bericht der MfS-HA XX/9 über das Gespräch zwischen den Unterzeichnern der Erklärung gegen die Biermann-Ausbürgerung am 20. November 1976, in: ebenda, MfS HA XX/9 758, Bl. 104–107.

²² An dem Gespräch nahmen folgende Unterzeichner der Protesterklärung teil: Christa Wolf, Stefan Heym, Heiner Müller, Gerhard Wolf, Jurek Becker, Jutta Hoffmann, Manfred Krug, Ulrich Plenzdorf, Klaus Schlesinger, Hilmar Thate, Angelica Domröse, Frank Beyer, Dieter Schubert. Ferner Politbüromitglied Werner Lamberz, der Vorsitzende des Staatlichen Komitees für Fernsehen, Heinz Adameck, und Eberhard Heinrich, Mitglied der Agitationskommission beim Politbüro und persönlicher Mitarbeiter von Lamberz.

politik der SED und über die berechnete Forderung der Intellektuellen, Kritik an bestehenden Mängeln und Fehlentwicklungen in der Gesellschaft öffentlich artikulieren zu dürfen, ohne gleich als „Feinde des Sozialismus“ diffamiert zu werden.²³ Denn darin bestand der Kern der Bemühungen der Schriftsteller: Sie wollten mit ihrer Gesellschaftskritik die Öffentlichkeit erreichen, was ihnen bislang verwehrt wurde.²⁴

Letztlich bestanden die am 20. November versammelten Künstler, im Unterschied zu einigen anderen, auf der Gültigkeit ihrer Unterschrift unter der Protesterklärung gegen Biermanns Ausbürgerung. Die Strategie der Schadensbegrenzung, die Lamberz im November/Dezember 1976 verfolgte, war insgesamt gescheitert, so wie sich auch seine Illusion von einem wiederherstellbaren Vertrauensverhältnis zu parteigebundenen Schriftstellern und Künstlern als trügerisch erwies. Prominente Schriftsteller, die der SED angehörten, beurteilten sein politisches Engagement nach der Protestaktion durchaus kritisch. Helmut Baierl, Vizepräsident der Akademie der Künste und Mitglied der SED-Bezirksleitung Berlin, rechnete nach den recht hilflosen Bemühungen, die Unterzeichner zur Rücknahme ihrer Unterschriften zu bewegen, sogar mit gegenteiligen Effekten. „Durch einen Besuch eines Politbüromitgliedes würde ein Mann wie Krug nur noch weiter politisch aufgewertet und wie wenig ernst der Besuch von Gen. Lamberz bei Manfred Krug genommen werde, gehe daraus hervor, dass unter einigen Künstlern der Witz kreist, Krug wäre eine so starke Persönlichkeit, er hätte womöglich Lamberz noch zur Unterschrift überreden können.“²⁵

Die repressive Reaktion auf die Protestbewegung der Schriftsteller und Künstler konnte als Signal verstanden werden, dass sich die kulturpolitischen Hardliner um Naumann und Verner im Politbüro durchgesetzt hatten. In deren Augen galten Schriftsteller und Künstler nun vollends als unsichere Kantonisten, die fortan mit besonderer Vorsicht und Misstrauen zu beobachten waren. Die Anhänger eines eher liberalen kulturpolitischen Kurses befanden sich nun in der Defensive, zumal auch bei ihnen das Entsetzen über den öffentlich wirksamen Protest der Schriftsteller-Elite groß war: Ausgerechnet die bekanntesten Literaten, die zudem mehrheitlich der SED angehörten, hatten sich mit ihrer Petition an westdeutsche Massenmedien gewandt, was als grundsätzlicher Vertrauens- und Tabubruch gewertet wurde. Dementsprechend endeten die von der SED-Grundorganisation des Berliner Schriftstellerverbandes im Dezember 1976 eingeleiteten Parteiverfahren gegen die Erstunterzeichner der Protesterklärung: Gerhard Wolf und Jurek Becker wurden aus der SED ausgeschlossen. Günter Kunert und Sarah Kirsch wurden aus den „Reihen der Partei gestrichen“ – eine modifizierte Form des Par-

²³ Manfred Krug hat das Gespräch heimlich mitgeschnitten und später veröffentlicht: Manfred Krug, *Abgehauen. Ein Mittschnitt und ein Tagebuch*, Berlin 1996. Stefan Heym hat später ebenfalls das Gespräch ausführlich geschildert: Stefan Heym, *Der Winter unseres Missvergnügens*. Aus den Aufzeichnungen des OV Diversant, München 1996.

²⁴ Vgl. Mittenzwei, *Die Intellektuellen*, S. 295.

²⁵ Information der MfS-HA XX „Zu einigen Problemen der gegenwärtigen Situation in der Kulturpolitik der DDR“ vom 6. Dezember 1976, in: Archiv BStU, MfS HA XX 10075, Bl. 33.

teiausschlusses. In der Begründung wurde den Unterzeichnern u. a. vorgeworfen, die „Regeln sozialistischer und innerparteilicher Demokratie mißachtet“ und versucht zu haben, „mit Hilfe des Klassengegners Druck auf unsere Parteiführung und Regierung auszuüben.“²⁶ Dem Initiator der Protesterklärung, dem Schriftsteller Stephan Hermlin, wurde eine „strenge Rüge“ ausgesprochen. Eine „strenge Rüge“ erhielt ebenfalls Christa Wolf. Volker Braun erhielt eine „Rüge“. Alle diese Maßnahmen führten letztlich zur weiteren Entfremdung der protestierenden Künstler von der Kulturpolitik der SED.²⁷

Der Riss zwischen der SED und den Intellektuellen wurde generell tiefer. Selbst bei parteigebundenen Schriftstellern und Künstlern, die wie Rainer Kerndl, Erwin Strittmatter, Jurij Brézan, Konrad Wolf und Hermann Kant die Ausweisung Biermanns öffentlich verteidigt hatten, wuchs die Unzufriedenheit und die Enttäuschung über den zunehmend rigider werdenden Umgang mit jenen Intellektuellen, die mit künstlerischen Mitteln gesellschaftliche Widersprüche thematisierten. Ein Jahr nach der Biermann-Ausbürgerung hatte sich bei ihnen der Eindruck verfestigt, im offenen Konflikt zwar uneingeschränkt die Interessen der Parteiführung verfochten zu haben. Die „führenden Genossen“ hätten aber danach keinerlei Interesse mehr an ihren Meinungen gehabt. Sie vermissten insbesondere das Gespräch mit führenden Funktionären, um endlich einmal ihre Sicht auf den offen zutage getretenen Gegensatz zwischen Macht und Geist erläutern zu können. So notierte die MfS-Hauptabteilung XX über die Stimmung „progressiver Kräfte unter Kulturschaffenden“ im November 1977: „Es werde für notwendig erachtet, für sie bessere Bedingungen zu schaffen und ihre Verantwortlichkeit zu heben, mit ihnen im ständigen Gespräch zu bleiben, Fragen der Politik auf dem Gebiet der Literatur und Kunst mit ihnen gemeinsam zu erörtern und sie systematisch mit einzubeziehen in Diskussionen und Auseinandersetzungen mit noch schwankenden Kräften. Gegenwärtig sei es aber so, dass sie sich zurückgesetzt oder allein gelassen fühlen. Sie seien zwar gerufen gewesen, um sich in den Auseinandersetzungen mit den Unterzeichnern zu engagieren, und sie hätten sich im Interesse der Kulturpolitik der DDR stark eingesetzt. Jetzt dagegen wäre ihre Meinung nicht mehr gefragt.“²⁸ Dementsprechend käme es unter ihnen zu „Resignation und Verärgerung“, weil auch der Generalsekretär offenbar kein Interesse an klärenden Gesprächen habe.²⁹ Tatsächlich betrachtete das Politbüro die Intellektuellen nicht als Subjekt, sondern Objekt der Kulturpolitik, die auf der

²⁶ Bericht Naumanns an das Politbüro vom 7. Dezember 1976, in: In Sachen Biermann, S. 221.

²⁷ Vgl. Roland Berbig/Holger Jens Karlson, „Leute haben sich eindeutig als Gruppe erwiesen“. Zur Gruppenbildung bei Wolf Biermanns Ausbürgerung, in: In Sachen Biermann, S. 26.

²⁸ Information der MfS-HA XX „über Reaktionen aus Kreisen progressiver Schriftsteller im Zusammenhang mit konzeptionellen Vorbereitungen des VIII. Schriftstellerkongresses“ vom November 1977, in: Archiv BStU, MfS HA XX 4807, Bl. 3.

²⁹ Erst am 3. März 1978 fand ein Gespräch zwischen Honecker und Mitgliedern des Präsidiums des Schriftstellerverbandes statt, die der SED angehörten. Von Seiten der Schriftsteller nahmen an dem Gespräch teil: Hermann Kant, Erwin Strittmatter, Jurij Brézan, Max Walter Schulz, Helmut Sokowski, Günter Görlich, Gerhard Holtz-Baumert, Gerhard Henniger.

Grundlage von Parteibeschlüssen zur Ausbildung „sozialistischen Bewusstseins“ beizutragen haben.

Die Biermann-Ausbürgerung und mehr noch deren unerwartetes Echo bildeten für Lamberz offenbar auch einen Wendpunkt. Da er im Politbüro am 16. November 1976 den Beschluss zur Ausbürgerung mitgetragen und auch danach die harte kulturpolitische Linie Honeckers unterstützt hatte, verlor er bei vielen der ihm persönlich bekannten Künstler an Ansehen und Vertrauen. Deren Hoffnung, Lamberz könne als einzig denkbarer Spitzenfunktionär einen Ausweg aus den üblichen Praktiken im Umgang der SED-Führung mit Intellektuellen ausbrechen, erfüllte sich nicht. Er zog sich seitdem aus der Kulturpolitik sichtbar zurück und trat in der Öffentlichkeit stärker als zuvor mit propagandistischen Argumentationen hervor, die die kulturpolitische Kursänderung Honeckers mit ideologischen Phrasen fundierte. Dennoch wandten sich auch weiterhin Schriftsteller wie Stefan Heym oder Schauspieler wie Eberhard Esche an ihn³⁰, wenn es um Konflikte mit staatlichen Behörden, Reiseerlaubnisse, materielle Vergünstigungen oder gar, wie im Falle Manfred Krugs im Mai/Juni 1977, um den Antrag auf „ständige Ausreise“ in die Bundesrepublik ging.³¹ Glaubt man den Tagebuchaufzeichnungen von Manfred Krug, so engagierte sich Lamberz außerordentlich stark, um den beliebten Schauspieler in der DDR zu halten.³² Dass sich Schauspieler wie Angelica Domröse, Hilmar Thate und Jutta Hoffmann sowie der Filmregisseur Frank Beyer im Herbst 1976 nicht an Hager, sondern an Lamberz wandten, hing, wie erwähnt, mit der Zuständigkeit im Parteiapparat zusammen: Das Fernsehen unterstand dem ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda.

Lamberz verkörperte nicht einen grundsätzlichen Kurswechsel in der Kulturpolitik, der darin bestanden hätte, den Künstlern und Schriftstellern den unzensurierten und freien Zugang zur Öffentlichkeit zu ermöglichen. Das hätte im Politbüro auch keine Befürworter gefunden, denn in den Fragen der Weltanschauung wollte die Honecker-Führung keine Abstriche an ihrem Monopol zulassen. Gewiss wäre dies auch mit einem generellen Funktionswandel von Agitation und Propaganda und einer ganz anderen Arbeitsweise des zuständigen Parteiapparates verbunden gewesen. Zweifellos hatte Lamberz an einem solchen Wandel kein wirkliches Interesse. Für ihn ging es während der Auseinandersetzungen mit kritischen Intellektuellen um Disziplinierung und Unterordnung, was nicht ausschloss, ein offenes Ohr für die Sorgen und alltäglichen Nöte jener zu haben, die sich mit persönlichen Anliegen an ihn wandten.³³

Nach der Biermann-Affäre setzte ein bis zum Ende der DDR nicht endender Exodus von Schriftstellern und Künstlern ein, die vom „real existierenden Sozialismus“ in der DDR endgültig genug hatten. Diejenigen, die es jetzt noch wagten,

³⁰ Vgl. den entsprechenden Schriftverkehr in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/2.033/49 (Büro Lamberz).

³¹ Vgl. die Informationen über die Bearbeitung des Ausreiseantrages von Manfred Krug in: ebenda, DY 30 IV 2/2.033/54.

³² Vgl. Krug, Abgehauen, S. 250.

³³ Vgl. Mittenzwei, Die Intellektuellen, S. 304.

mit Kritik an der Kulturpolitik der SED an die Öffentlichkeit zu gehen, zerbrachen im Kreislauf von Auftritts- und Publikationsverboten, Verhören und Bessitzungen. Die Diffamierung kritischer Autoren und die Abstrafung von Schriftstellern, die ihre Besorgnis über die repressive Kulturpolitik offen zum Ausdruck brachten, erreichte im Juni 1979 einen gewissen Höhepunkt, als neun Schriftsteller, darunter Stefan Heym, aus dem Schriftstellerverband der DDR ausgeschlossen wurden.³⁴ Obgleich formal das Präsidium des Schriftstellerverbandes mit Hermann Kant an der Spitze die Verantwortung für die Ausschlüsse trug, konnte kein Zweifel darüber bestehen, dass das SED-Politbüro unter Führung Honeckers mit diesem rigiden kulturpolitischen Akt deutliche machtpolitische Zeichen setzten wollte.

1.2 Honeckers persönlicher Botschafter in der „Dritten Welt“

Seitdem das Zentralkomitee am 22. Mai 1976 Lamberz mit allen Fragen der Arbeit mit ausländischen Korrespondenten betraut hatte, setzte ihn Honecker bevorzugt als seinen persönlichen Botschafter in komplizierten Verhandlungen in Ländern der „Dritten Welt“ ein. Die Außenpolitik fiel eigentlich in das Ressort des Sekretärs für Internationale Verbindungen, Hermann Axen. Lamberz galt jedoch mit seinen guten persönlichen Verbindungen als Kenner des afrikanischen und arabischen Raumes. Der sprachbegabte ZK-Sekretär reiste erfolgreich nach Angola, Kongo, Nigeria, Sambia, Südjemen. Er organisierte während der Kaffee-krise 1977, als es in der Folge von Preiserhöhungen für Rohkaffee zu erheblichen Versorgungsschwierigkeiten in der DDR kam, preisgünstige Lieferungen aus Äthiopien.³⁵ Lamberz verhandelte auch erfolgreich über Dollarkredite mit Libyen. Es ging dabei nicht nur um die begehrten Devisen, sondern im Gegenzug auch um den Kauf von Waffen.³⁶ Als Lamberz im März 1978 nach Libyen reiste und beim Absturz eines Hubschraubers ums Leben kam, war er allerdings nicht als Außenhändler, sondern als politischer Vermittler im Eritrea-Konflikt unterwegs.³⁷

Lamberz versuchte im Auftrag Honeckers als Sonderbotschafter zwischen Ländern, die in den Konflikt verwickelt waren, zu vermitteln. Neben Äthiopien waren das der Südjemen sowie Libyen. Eritrea, einst eine italienische Kolonie, war nach dem Zweiten Weltkrieg unter britische Verwaltung gestellt worden. Mit dem Ende des Kolonialismus gab es in der UNO ein langes Tauziehen, bis schließlich beschlossen wurde, Eritrea in eine Föderation mit Äthiopien zu bringen. Doch Kaiser Haile Selassie gliederte Eritrea 1961 als eine Provinz seinem Lande ein.

³⁴ Vgl. Joachim Walther u. a. (Hrsg.): Protokoll eines Tribunals. Die Ausschlüsse aus dem DDR-Schriftstellerverband 1979, Reinbek bei Hamburg 1991.

³⁵ Vgl. Gabriel Haile Dagne, Das entwicklungspolitische Engagement der DDR in Äthiopien. Eine Studie auf der Basis äthiopischer Quellen, Münster 2004, S. 73f.

³⁶ Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 461.

³⁷ Vgl. Jana Wüstenhagen, „... das Maximum für die DDR herausholen.“ Die Rolle von Werner Lamberz im Eritrea-Konflikt 1978/79, in Heiner Timmermann (Hrsg.), Die DDR in Deutschland. Ein Rückblick auf 50 Jahre, Berlin 2001, S. 159–180.

Seitdem wurde dort ein erbitterter Krieg für oder gegen die Unabhängigkeit Eritreas geführt. Auch nach dem Sturz Haile Selassies 1974 durch eine „revolutionäre“ Regierung änderte sich nichts daran. Beide Seiten beharrten auf ihren Positionen und der Krieg nahm sogar an Schärfe zu. Als Sonderbotschafter Honeckers flog Lamberz 1977/78 zu Äthiopiens Regierungschef Mengistu Haile Mariam und nach Libyen zu Muammar al-Gaddafi und spielte in dieser Zeit eine herausragende Rolle in der Eritrea-Mission der SED. Er versprach sich von seiner Vermittlerrolle in diesem Konflikt der Parteien, die sich beide sozialistisch nannten und dezidiert auf den Marxismus beriefen, einen erheblichen Prestigegewinn für die SED und die DDR. Der DDR gelang es zwar, beide Krieg führenden Parteien Anfang Februar 1978 zu Gesprächen, die einzeln und an verschiedenen Tagen stattfanden, nach Ost-Berlin zu bringen. Doch die Geheimkonferenz scheiterte, weil keine von ihren Maximalforderungen ablief.³⁸

Ungeachtet dessen versuchte Lamberz erneut, sowohl die äthiopische Führung um Mengistu als auch die „Eritrean Liberation Front“ für eine politische Lösung des Konflikts zu gewinnen. Laut einer Verhandlungskonzeption vom November 1977 sollten Kontakte zu Vertretern der eritreischen Unabhängigkeitsbewegung hergestellt werden, um diese von einer politischen Regelung der Probleme zu überzeugen.³⁹ Die SED-Führung hatte sich zuvor das Einverständnis der sowjetischen Führung geholt, die zwar ebenfalls an einer politischen Regelung interessiert war, aber wohl keine aktive Rolle dabei spielen wollte.⁴⁰ Das Engagement der DDR im subsaharischen Afrika folgte zwar der von Moskau vorgegebenen Ausrichtung. Die Verhandlungen von Lamberz in Afrika zeigten aber auch ein hohes Maß an Eigenständigkeit in konzeptioneller und praktischer Hinsicht.⁴¹ Dennoch spielte Honeckers Sondergesandter aus Sicht der sowjetischen Führung allenfalls die Rolle eines Briefträgers im weltpolitischen Kalkül der UdSSR.⁴² Ähnlich sah es der libysche Staatschef Gaddafi, dem die SED im Eritrea-Konflikt vor allem als Brücke zur Sowjetunion diene. Während eines Treffens mit Lamberz am 12. Dezember 1977 ließ Gaddafi durchblicken, dass er von der UdSSR Waffen erwartete: „Ihr habt gute Beziehungen zur Sowjetunion und könntet sie ansprechen, damit sie uns umfassend militärisch unterstützt, ehe es zu spät ist.“⁴³

Der persönliche Einsatz von Lamberz hatte aber auch etwas mit einem besonderen Sendungsbewusstsein zu tun, das er in den 1970er Jahren entwickelte, um

³⁸ Vgl. Hans-Joachim Döring, „Es geht um unsere Existenz“. Die Politik der DDR gegenüber der Dritten Welt am Beispiel vom Mosambik und Äthiopien, Berlin 1999, S. 83.

³⁹ Vgl. die Konzeption für die Gespräche des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs des ZK der SED, Werner Lamberz, mit Mengistu vom November 1977, in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/2.033/120.

⁴⁰ Vgl. Harald Möller, DDR und Dritte Welt. Die Beziehungen der DDR mit Entwicklungsländern – ein neues theoretisches Konzept, dargestellt anhand der Beispiele China, Äthiopien sowie Irak/Iran, Berlin 2004, S. 210.

⁴¹ Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 463.

⁴² Vgl. Wüstenhagen, Die Rolle von Werner Lamberz, S. 180.

⁴³ Vermerk von Werner Lamberz über ein Gespräch mit Muammar el Gaddhafi am 12. Dezember 1977, in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/2.033/125.

als Außenpolitiker zur Rettung der äthiopischen Revolution und damit zur weiteren Ausbreitung des Kommunismus in der Dritten Welt beizutragen.⁴⁴ Letztlich ging es Honecker ebenso wie der sowjetischen Führung um Einflussphären auf dem afrikanischen Kontinent. Im Politbüro begründete Lamberz das Engagement der SED in den afrikanischen Staaten am 20. Dezember 1977 mit der Erfordernis, „die Voraussetzungen für die weitere Veränderung des Kräfteverhältnisses zu unseren Gunsten zu schaffen.“⁴⁵ Nicht zuletzt sah Honecker im aktiven Beitrag der DDR zur Lösung des Konflikts eine Möglichkeit, der DDR internationale Geltung zu verschaffen.⁴⁶

1.3 Der Hubschrauberabsturz: Attentat oder tragischer Unfall?

Am 6. März 1978 war Lamberz wieder als Sondergesandter Honeckers in politischer Mission nach Libyen unterwegs. Er hatte um ein Gespräch mit Gaddafi gebeten, der sich außerhalb von Tripolis in einem Beduinenzelt aufhielt. Eine Einladung zum Gespräch in dieses Zelt war eine besondere Wertschätzung des Gastes. Nach dem Treffen mit Gaddafi kam der Hubschrauber auf dem Rückflug nach Tripolis ins Trudeln und stürzte ab. Alle 11 Insassen kamen in den Flammen ums Leben.⁴⁷ Mit Lamberz starben im Hubschrauber der Leiter der Abteilung Internationale Verbindungen im ZK der SED Paul Markowski (Jahrgang 1929), der Dolmetscher Dr. Armin Ernst (Jahrgang 1951) und der Fotoreporter Hans-Joachim Spremberg (Jahrgang 1943). Die anderen Insassen waren Libyer, darunter der Minister für Angelegenheiten des Generalsekretariats und Direktor des Büros des Libyschen Präsidenten Gaddafi, Taher Sherif Ben Amer, ein enger Vertrauter Gaddafis. In den Augen nicht weniger SED-Mitglieder hatte die Partei mit Lamberz einen ausgesprochenen Hoffnungsträger verloren, der sich in seinem Habitus von den meisten anderen Politbüromitgliedern abhob. Daher kamen sofort abenteuerliche Spekulationen und Gerüchte auf: War es ein gewaltsamer Tod im Auftrag des KGB, war es Mord durch Gegner des libyschen Revolutionsführers Gaddafi, dessen Gast Lamberz war? Oder war es sogar Mord im Auftrag Honeckers selbst?⁴⁸ Die Spekulationen erhielten weitere Nahrung durch die verschleppte Aufklärung des tödlichen Unfalls.

⁴⁴ Vgl. Christian Ostermann, East Germany and the Horn Crisis: Documents on SED Afrika-politik, in: Cold War International History Project Bulletin 8/9 1996/7, S. 4.

⁴⁵ Bericht über die Reise nach Südjemen, Äthiopien und Libyen für die Sitzung des Politbüros vom 20. Dezember 1977, in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/2.033/87. Vgl. den Bericht über die „Reise des Sonderbotschafters des Generalsekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR nach der VDR Jemen, Äthiopien und Libyen vom 4. bis 14. Dezember 1977“ auf der Sitzung des Politbüros am 20. Dezember 1977, in: ebenda, Protokoll Nr. 49/77 über die Sitzung des Politbüros am 20. Dezember 1977, in: ebenda, DY 30/J IV 2/2/1705.

⁴⁶ Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 459ff.; Ulf Engel/Hans-Georg Schleicher, Die beiden deutschen Staaten in Afrika: Zwischen Konkurrenz und Koexistenz, Hamburg 1998.

⁴⁷ Vgl. den Bericht über die Untersuchungsergebnisse zum Hubschrauberunglück, ohne Datum, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.033/131.

⁴⁸ Vgl. Jan Eik, Besondere Vorkommnisse, S. 149f.

Im Ergebnis von gerichtsmedizinischen Untersuchungen an der Berliner Charité stellte der Leiter des Instituts für Gerichtliche Medizin, Otto Prokop, als Todesursache eine Verbrennung durch massive Hitzeeinwirkung fest.⁴⁹ Für einen gezielten Terrorakt konnten die Berliner Gerichtsmediziner keine sicheren Anhaltspunkte gewinnen.⁵⁰ Der abschließende Bericht des stellvertretenden Leiters der Hauptabteilung IX des MfS, Oberst Ewald Pyka, schloss eine Explosion in großer Höhe mit nachfolgendem Absturz und freiem Fall definitiv aus. Somit kam ein „plötzliches hartes Aufsetzen des Hubschraubers oder eines Absturzes aus geringer Höhe mit nachfolgend ausgedehnter Brandfolge“ als wahrscheinliche Unfallursache in Frage.⁵¹

Über die tatsächlichen Hintergründe des Hubschrauberabsturzes wird bis heute spekuliert, nicht zuletzt weil die libysche Regierung die Ursachenforschung massiv verschleppte und letztlich eine mystische Erklärung verbreiten ließ. Zur Untersuchung der Absturzursache wurden DDR-Fachleute (mit Ausnahme eines Arztes, der zur Identifizierung der verkohlten Leichen konsultiert wurde) nicht zugelassen. Der damalige DDR-Botschafter in Libyen, Freimut Seidel, machte sich gemeinsam mit einem Mitglied der Delegation am Tag nach dem Absturz auf den Weg zur Unglücksstelle, ihnen wurde aber wenige Kilometer vor dem Ziel trotz vorheriger Zusicherungen des libyschen Außensekretariats in Tripolis der Zutritt zum Unglücksort verwehrt. Am Abend des 7. März 1978 traf eine Sondermaschine aus Ost-Berlin mit einer Expertendelegation in Tripolis ein, die den Auftrag hatte, den Absturz vor Ort zu untersuchen. Eine Genehmigung, die Absturzstelle aufzusuchen, erhielt sie nicht. Proteste unter Berufung auf Honecker und seine persönlichen Beziehungen zu Gaddafi blieben ohne Ergebnis.⁵² Mit dem Verweis auf eine noch am 7. März 1978 gebildete Untersuchungskommission wich die libysche Seite jeglichen Erklärungen aus.

Gaddafi präsentierte relativ rasch zwei Sündenböcke für das Unglück: Am 12. März 1978 wurden der Generalstabschef der Libyschen Luftwaffe und der Minister für Verkehr mit der Begründung vom Dienst suspendiert, ihre Pflichten verletzt zu haben.⁵³ Botschafter Seidel übermittelte schließlich am 24. April 1978 Axen die „Information der Regierung der Sozialistischen Libyschen Arabischen Volksjamahiriya über die Ursachen des Hubschrauberunglücks am 6. März 1978“, die den technischen Bericht über die Arbeit der libyschen Untersuchungskom-

⁴⁹ Vgl. den Autopsie-Bericht von Otto Prokop vom 8. März 1978, in: Archiv BStU, MfS HA IX 11400.

⁵⁰ Vgl. Gunther Geserick/Klaus Vendura/Ingo Wirth, Endstation Tod. Gerichtsmedizin im Katastropheneinsatz, Leipzig 2005.

⁵¹ MfS-Abschlussbericht über den Absturz von Werner Lamberz und der anderen drei Mitglieder der DDR-Delegation vom 10. März 1978, in: Archiv BStU, MfS HA IX 11400.

⁵² So die Darstellung des 1980 in Libyen berufenen DDR-Botschafters Wolfgang Bator: Hubschrauberabsturz. In Erinnerung an Paul Markowski, in: Angelika u. Wolfgang Bator: Beiträge zu Nahost und Iran, in: www.bator.eu.

⁵³ Vgl. den MfS-Abschlussbericht vom 10. März 1978, in: Archiv BStU, MfS HA IX Nr. 11400.

mission enthielt.⁵⁴ Axen erhielt diesen Abschlussbericht am 26. April, ließ ihn sogleich übersetzen und leitete ihn umgehend an Honecker weiter. Honecker versah diese Information noch am 26. April mit dem Vermerk „Umlauf PB EH 26. 4. 78“. Das Politbüro nahm auf seiner Sitzung am 9. Mai 1978 laut Protokoll die „Information der Regierung der Libyschen Sozialistischen Arabischen Volksjamahiriya über die Ursachen des Hubschrauberunglücks am 6. März 1978“ von Honecker persönlich entgegen.⁵⁵

Der libysche Abschlussbericht listete die genauen technischen Details der Fluggeräte sowie der Absturzstelle auf und hob besonders die abgeschlossene Flugausbildung des Piloten und des Co-Piloten hervor, die sie jeweils 1967 in Westdeutschland bzw. 1973 in Frankreich erhalten hatten. Zwar handelte es sich um erfahrene Piloten, doch galt ihre Flugzeugbescheinigung nicht für den Nachtflug. Da der Flug nach Sonnenuntergang stattfand, wurde die Schuld für den Absturz letztlich den Piloten zugeschrieben. Es hieß: „Der Erste und der Zweite Pilot werden beschuldigt, die geltenden militärischen Instruktionen und Befehle sowie die Regeln und Bedingungen der zivilen und militärischen Luftfahrt verletzt zu haben, da sie nachts geflogen sind, obwohl der Flug auf der Grundlage einer Erlaubnis für Sichtflug am Tage und einer vorbereiteten Sichtflugstrecke durchzuführen war.“⁵⁶ Der Untersuchungsbericht nannte drei mögliche Unglücksursachen, wobei ein Absturz des Hubschraubers infolge einer plötzlichen Havarie als wahrscheinliche Ursache in Betracht gezogen wurde. Der Hubschrauber, mit dem Lamberz, Markowski, Ernst und Spremberg am 6. März 1978 von Tripolis zur Wüstenresidenz des libyschen Staatschefs befördert wurden, stürzte wahrscheinlich nach einem technischen Defekt aus geringer Flughöhe ab und ging sofort in Flammen auf, in denen alle Insassen umkamen. Auch die Annahme, dass sich die Fluggeräte aufgrund mangelnder Wartung nicht in einem einwandfreien technischen Zustand befanden, ist glaubhaft.⁵⁷ Bei dem Hubschrauber handelte es sich um ein französisches Fabrikat, auf dem beide Piloten ausgebildet worden waren und mit dem Gaddafi gewöhnlich flog. Ein Attentat auf Gaddafi selbst ist demnach nicht auszuschließen.

Nach dem Tod von Lamberz verhandelte ZK-Sekretär Axen im Eritrea-Konflikt, um Äthiopien zur Weiterführung der Verhandlungen mit der eritreischen Befreiungsbewegung zu veranlassen. Zu diesem Zweck berief sich Axen in seinen Gesprächen mit der äthiopischen Führung ausdrücklich auf den Tod von Lamberz und Markowski: „Wir haben die Verpflichtung, gemeinsam das zu erfüllen, wofür Lamberz und Markowski gekämpft haben.“⁵⁸ Auch gegenüber der eritrei-

⁵⁴ Vgl. das Schreiben des DDR-Botschafters in Libyen, Freimut Seidel, an ZK-Sekretär Hermann Axen vom 24. April 1978, in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/2.033/131.

⁵⁵ Vgl. das Protokoll Nr. 18/78 über die Sitzung des Politbüros am 9. Mai 1978, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1725.

⁵⁶ Information der Regierung der Sozialistischen Libyschen Arabischen Volksjamahiriya über die Ursachen des Hubschrauberunglücks am 6. März 1978, in: ebenda, DY 30 IV 2/2.033/131.

⁵⁷ Vgl. Eik, *Besondere Vorkommnisse*, S. 145.

⁵⁸ Vermerk über das Gespräch Axens mit Berhanu Bayeh, Mitglied des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrates Äthopiens, am 18. März 1978, in: SAPMO BArch, DY 30/11383.

schen Seite benutzte er dieses Argument: „Wir haben in dieser Frage zwei hervorragende Genossen verloren. Bedenken Sie bei Ihrer Entscheidung auch Ihre Haltung gegenüber unserer Partei.“⁵⁹ Seine Versuche, die Kriegsparteien noch einmal an den Verhandlungstisch zu bringen, scheiterten jedoch im Juni 1978 endgültig.⁶⁰ Damit endete die Vermittlungsmission der SED im Eritreakonflikt, die allerdings nicht wegen des Todes von Lamberz scheiterte. Die äthiopische Führung war zu keinerlei Verhandlungen mehr bereit. Mengistu setzte dank umfangreicher Waffenlieferungen aus der UdSSR, Kuba und der DDR wieder alles auf die militärische Karte.

Der Tod von Lamberz beeinträchtigte die Beziehungen zwischen der DDR und Libyen anscheinend nicht. Im Juni 1978 weilte Gaddafi zu einem offiziellen Staatsbesuch in der DDR. Honecker und Gaddafi waren sich darin einig, den Ausbau der wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen weiter voranzutreiben. 1979 besuchte der SED-Generalsekretär Libyen.

Zum Nachfolger als verantwortlicher ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda bestimmte das Politbüro am 14. März 1978 Joachim Herrmann⁶¹, der seit Oktober 1973 dem Politbüro als Kandidat angehörte und nun als Mitglied aufrückte.⁶² Herrmann hatte, wie auch andere von Honecker protegierte Funktionäre, seine politische Karriere im Jugendverband zusammen mit dem damaligen FDJ-Zentralratsvorsitzenden begonnen. Herrmann wurde 1949 stellvertretender Chefredakteur der FDJ-Zeitung „Junge Welt“ und 1960 deren Chefredakteur. 1962 wurde er Chefredakteur der „Berliner Zeitung“. Er war seit 1952 Mitglied sowie ab 1959 hauptamtlicher Sekretär im Zentralrat der FDJ. 1953 absolvierte er einen mehrmonatigen Lehrgang an der Jugend-Hochschule des Komsomol in Moskau. Ab 1958 gehörte er der Jugendkommission des Politbüros und von 1963 bis 1989 der Agitationskommission des Politbüros an, deren Leitung er 1978 von Lamberz übernahm. Seit Juli 1971 hatte Herrmann den Posten des Chefredakteurs des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ inne, den er jetzt an Schabowski, den bisherigen stellvertretenden Chefredakteur, abtrat.

Die Personalentscheidung vom März 1978 wurde damals zu Recht als Zeichen für eine Verschärfung der medienpolitischen Zensur gedeutet, hinter der Honecker stand.⁶³ Wenngleich Herrmann als Sekretär für Agitation und Propaganda ausschließlich im Auftrag Honeckers agierte, wurde bis zum Herbst 1989 vor allem mit seiner Person die wirklichkeitsfremde Medienpolitik der SED verbunden,

⁵⁹ Vermerk über das Gespräch Axens mit Siassi Aforki, Leiter der EPLF (Eritrean People's Liberation Front)-Delegation, am 23. März 1978, in: ebenda.

⁶⁰ Vgl. Wüstenhagen, Die Rolle von Werner Lamberz, S. 175.

⁶¹ Vgl. das Protokoll Nr. 10/78 der Sitzung des Politbüros am 14. März 1978, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1716.

⁶² In der Nachfolge des tödlich verunglückten Leiters der Abteilung Internationale Verbindungen, Paul Markowski, bestätigte das Zentralkomitee am 25. Mai 1978 Egon Winkelmann. Vgl. das Protokoll der 8. ZK-Tagung am 24./25. Mai 1978, in: ebenda, DY 30 IV 2/153.

⁶³ Dies äußerte der damalige Chefredakteur der Aktuellen Kamera, Erich Selbmann, in einem Interview vom 22. März 1990, in: Peter Ludes (Hrsg.), DDR-Fernsehen intern – Von der Honecker-Ära bis „Deutschland einig Fernsehland“, Berlin 1990, S. 205.

die jede nur denkbare öffentliche Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen in der DDR verhinderte. Als ZK-Sekretär und Leiter der Agitationskommission beim Politbüro übten Herrmann und sein unterstellter Apparat eine rigide ideologische Kontrolle über Presse, Rundfunk und Fernsehen aus. Er war derjenige, der fortan für die Gängelung der staatlichen Medien, die verlogene Erfolgspropaganda und das Verschweigen von gravierenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten sowie den peinlichen Personenkult um den Partei- und Staatschef die Verantwortung trug.

Mit dem Tod von Lamberz verlor die SED einen aussichtsreichen Nachfolger Honeckers. Für nicht wenige SED-Mitglieder galt er als ein Hoffnungsträger. Ein politischer Konkurrent des SED-Chefs war er, wie gemutmaßt wurde, mit Sicherheit nicht.⁶⁴ Für grundsätzliche Widersprüche in den politischen Auffassungen zwischen Honecker und Lamberz fehlen jegliche Hinweise. Lamberz schien flexibel genug zu sein, um politische Entscheidungen der SED-Führung ohne die üblichen Floskeln vermitteln zu können. Insgesamt war er jedoch ganz in die damalige Vorstellungswelt der SED eingebunden, in der es bei Fragen des Machterhalts keine Kompromisse geben konnte.

2. Sturz eines selbst ernannten Kronprinzen – Auf- und Abstieg Konrad Naumanns

2.1 Der plötzliche Rücktritt im November 1985

Auf der 11. ZK-Tagung am 22. November 1985 überraschte eine Mitteilung Werner Jarowinskys nicht nur das Zentralkomitee, sondern die gesamte Partei: Der umstrittene starke Mann an der Spitze der Berliner Bezirksleitung bat um seine Ablösung – aus gesundheitlichen Gründen, wie es später offiziell hieß. Darüber hinaus legte er seinen Posten als Politbüromitglied und Mitglied des Sekretariats des ZK nieder, ebenfalls aus „gesundheitlichen Gründen“. Auf der ZK-Tagung war von dessen Gesundheitszustand jedoch noch nicht die Rede: „Das Politbüro musste das Auftreten des Genossen Konrad Naumann als parteischädigend werten und daraus die erforderlichen Schlussfolgerungen ziehen. Das erfolgte nach einer umfassenden Aussprache im Politbüro, in der alle Mitglieder des Politbüros das Auftreten des Genossen Konrad Naumann verurteilten und dem Antrag des Generalsekretärs zustimmten, dem Zentralkomitee vorzuschlagen, Genossen Naumann von seiner Funktion als Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees zu entbinden und damit im Zusammenhang als 1. Sekretär der Bezirksleitung Berlin der SED abzubrufen.“⁶⁵ In Hinblick auf die Außendarstel-

⁶⁴ So behauptete der persönliche Mitarbeiter Axens, Manfred Uschner, Lamberz sei für Honecker ein gefährlicher Rivale gewesen, in: Stern vom 2. Mai 1991.

⁶⁵ Werner Jarowsky: Bericht des Politbüros, in: Protokoll über die 11. ZK-Tagung am 22. November 1985, SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/639.

lung der kompletten Entmachtung Naumanns fügte Jarowsky noch hinzu: „Die für die öffentliche Bekanntgabe vorgeschlagene Begründung, den Genossen Konrad Naumann aus gesundheitlichen Gründen abzurufen, wird für zweckmäßig erachtet, um Schaden von der Partei abzuwenden. Genosse Konrad Naumann hat in der Aussprache im Politbüro die Schädlichkeit seines Auftretens nicht bestritten.“⁶⁶

Obwohl die Parteipresse der Anweisung folgte, glaubte innerhalb der Partei niemand so recht an einen Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen. Auch der Lebenswandel sowie der mit vielen Mythen umgebene Nimbus Naumanns als Frauenheld und trinkfreudiger Zeitgenosse reichten wohl kaum aus, um diesen ungeheuren Vorgang zu erklären.⁶⁷ Der Rücktritt Naumanns bestimmte eine Zeitlang die innerparteiliche Diskussion und kam für viele unverhofft, galt er doch als selbst ernannter Kronprinz Honeckers. Naumann sah sich selbst schon als Nachfolger Honeckers an der Spitze der Partei stehen.⁶⁸ Was war also geschehen?

Naumann stolperte über eine Rede, die er am 17. Oktober 1985 vor Professoren und Dozenten der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED gehalten und diesen darin Inkompetenz und Faulheit vorgeworfen hatte.⁶⁹ Die Wissenschaftler, so erklärte er zum Entsetzen des anwesenden Lehrkörpers der Akademie, sollten, „statt Ansprüche zu stellen, endlich einmal richtig arbeiten“.⁷⁰ Die Rede in der „roten Denkfabrik“ brachte das Fass zum Überlaufen. Vermutlich hätte Honecker auch weiter seine schützende Hand über Naumann gehalten, wäre er nur rechtzeitig über den Inhalt der Rede informiert worden. Erst während eines Ungarn-Besuchs wurde er von János Kádár darauf angesprochen. Honecker sprach mit dem ungarischen Parteichef am 29. Oktober 1985 in Budapest offiziell über das „langfristige Programm der Entwicklung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokrati-

⁶⁶ Ebenda.

⁶⁷ Der damalige Mitarbeiter Axens im ZK-Apparat, Manfred Uschner, bezeichnete Naumann als einen „stadtbekannten Sauf- und Hurenbold“. Zitiert in: Manfred Uschner, *Die zweite Etage. Funktionsweise eines Machtapparates*, Berlin 1993, S. 84.

⁶⁸ So erinnert sich u. a. seine damalige Ehefrau Vera Oelschlegel an die Ambitionen Naumanns: „Er hatte die Krankheit: Macht. Ihm ging es nicht um Partei oder Volk, ihm ging es, wie anderen, um die Befriedigung seines Machtwillens. Von engen Mitarbeitern wurde er so beschrieben: ‚Er war ehrgeizig, machthungrig, skrupellos, er wollte Generalsekretär werden.‘“ Zitiert in: Vera Oelschlegel: „Wenn das meine Mutter wüsst“. Selbstporträt, Frankfurt (M.) 1991, S. 263.

⁶⁹ Vgl. Mario Niemann, *Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952–1989*, Paderborn 2007, S. 287; Lothar Mertens, *Rote Denkfabrik? Die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED*, Münster 2004, S. 286–297; Otto Wenzel, *Der Sturz des Politbüromitgliedes Konrad Naumann im Herbst 1985*, in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat*, Heft 5/1998, S. 84–90.

⁷⁰ Die Original-Rede Naumanns am 17. Oktober 1985, die damals in einem Tonband-Mitschnitt dokumentiert wurde, konnte trotz intensiver Recherche im Bundesarchiv und im Archiv des BStU nicht gefunden werden. Die hier zitierten Stellen sind aus dem Brief Otto Reinholds an Erich Honecker sowie aus der Rede Kurt Hagers vor Professoren und Dozenten der Akademie für Gesellschaftswissenschaften entnommen.

schen Republik und der Ungarischen Volksrepublik bis zum Jahre 2000⁷¹ Ausgerechnet Honecker belehrte den ungarischen Generalsekretär darüber, wie die drängenden Probleme der Zahlungsbilanz mit dem westlichen Ausland zu lösen seien: „In der Volkswirtschaft der DDR sei eine solche Entwicklung erreicht worden, dass unsere Waren auf dem Markt der BRD konkurrenzfähig sind. Grundlage für unsere Sozialpolitik, das werde immer wieder deutlich gemacht, ist die Produktion. Man kann nur verbrauchen, was man erarbeitet hat. Dies sei ein wichtiger Maßstab für das Verhalten.“⁷² Nach Darstellung des 2. Sekretärs der Berliner Bezirksleitung, Helmut Müller, fragte Kádár am Rande des Gesprächs unvermittelt nach dem Auftritt von Naumann in der Akademie und konfrontierte ihn mit Aufzeichnungen, die wahrscheinlich von einem ungarischen Teilnehmer an der Veranstaltung angefertigt worden waren.⁷³ Da Honecker – bislang ahnungslos – erst durch eine „befreundete Bruderpartei“ von dem Vorfall Kenntnis erhielt und sich dabei wohl insgeheim den Vorwurf gefallen lassen musste, er wisse nicht, was in seiner Partei vor sich gehe, reagierte er prompt.

Da Honecker das Verschweigen eines Vorfalles dieser Größenordnung schlimmer bewertete als den Vorfall selbst, machte er die Angelegenheit nach seiner Rückkehr zur „Chefsache“. Der Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, Otto Reinhold, wurde aufgefordert, Honecker zu informieren, was er auch umgehend tat.⁷⁴ Der Umstand, dass Reinhold fast zwei Wochen nach der Rede Naumanns an der Akademie den Brief an Honecker verfasste, spricht gegen die Version, er habe den 1. Bezirkssekretär beim Generalsekretär anschwärzen wollen.⁷⁵ Tatsächlich kam die Angelegenheit erst nach der Rückkehr Honeckers aus Budapest ins Rollen.

Gleichwohl muss für die Ablösung Naumanns im November 1985 nach tiefer gehenden Gründen gesucht werden. Naumann vertrat eine besonders rigide Auffassung von Kultur- und Intellektuellen-Politik, die im Politbüro seit mehreren Jahren misstrauisch beobachtet wurde. Insbesondere riet Hager wiederholt zur Mäßigung und plädierte für großzügige Regelungen, wenn es beispielsweise um Reisemöglichkeiten für Künstler und die Erteilung von Visa für längere Aufenthalte im westlichen Ausland ging.⁷⁶ Für Auseinandersetzungen zwischen Hager und Naumann im Politbüro fehlen indes noch immer die archivalischen Belege. Zweifelsfrei fand die harte Linie Naumanns im Politbüro, insbesondere gegenüber renitenten Schriftstellern, auch starke Unterstützung, so von Verner und nicht

⁷¹ Vgl. die Niederschrift über das Gespräch Erich Honeckers mit dem Generalsekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei János Kádár am 29. Oktober 1985 in Budapest, in: SAPMO BArch, DY 30/11491.

⁷² Ebenda.

⁷³ Vgl. das unveröffentlichte Manuskript von Helmut Müller: Die Berliner Parteiorganisation der SED in der zweiten Hälfte der 80er Jahre, April 2010, S. 28. Müller beruft sich bei der Darstellung dieser Episode auf eine mündliche Information von Egon Krenz.

⁷⁴ Vgl. den Brief Reinholds an Honecker vom 31. Oktober 1985, in: SAPMO BArch, DY 30/26268.

⁷⁵ Vgl. Mertens, Rote Denkfabrik?, S. 286.

⁷⁶ Vgl. Hager, Erinnerungen, S. 339.

zuletzt von Honecker selbst. Naumann hatte jedoch den verhängnisvollen Fehler begangen, ausgerechnet parteiverbundenen Intellektuellen seine Verachtung empfindlich spüren zu lassen. So brachte ihn sein Vortrag in der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED am 17. Oktober 1985 zu Fall, wenngleich er nur aussprach, was viele an der Spitze der Partei dachten.

Naumann traf mit seiner unverhüllten Intellektuellenschelte nicht nur bei vielen in der Führung, sondern auch in Teilen der Parteibasis den Nerv. Auch brachte ihm sein proletarischer Habitus viel Zustimmung bei Industriearbeitern ein, die seine schnoddrige Art, unbequeme Wahrheiten auszusprechen, schätzten, aber auch seine Verachtung gegenüber „faulen Intellektuellen“ teilten. So steht seine Haltung gegenüber Künstlern und Intellektuellen exemplarisch für die lange Tradition der Intellektuellenfeindlichkeit innerhalb der SED, die in der kommunistischen Bewegung tief verwurzelt war, offiziell zwar stets kaschiert und bemäntelt wurde, intern aber immer wieder aufbrach. Der „Fall Naumann“ ist hier deshalb weniger aufgrund des von Honecker persönlich erzwungenen Rücktritts eines potenziellen Nachfolgers interessant. Vielmehr wirft dieser Vorgang ein aufschlussreiches Schlaglicht auf die Haltung des engeren Führungszirkels der Partei gegenüber jenen Intellektuellen, die sich kritisch mit der gesellschaftlichen Realität in der DDR auseinandersetzten und dafür öffentliche Freiräume suchten. Da diese Freiräume ihnen in der DDR aufgrund der rigiden Zensur verwehrt wurden, blieb ihnen letztlich nur der Weg, Manuskripte in der Bundesrepublik drucken zu lassen.

2.2 Von der FDJ ins Politbüro: Eine typische Karriere im SED-Herrschaftsgefüge

Naumann konnte auf eine Bilderbuchkarriere innerhalb von FDJ und SED zurückblicken: Instrukteur im Zentralrat der FDJ in Berlin (1948/49); Sekretär des Landesvorstandes der FDJ Mecklenburg in Schwerin (1949 bis 1951); 1. Sekretär der Bezirksleitung der FDJ Frankfurt/Oder (1952 bis 1957); Sekretär des Zentralrates der FDJ (1957 bis 1964).⁷⁷ In den Jahren von 1964 bis 1971 arbeitete Naumann als 2. Sekretär der Bezirksleitung der SED Berlin an der Seite Paul Verners, der seit 1959 an der Spitze des Berliner Bezirksverbandes gestanden hatte und im Mai 1971 die Leitung der Jugendkommission beim Politbüro des ZK der SED übernahm. Die Berufung Naumanns, der bereits auf dem berüchtigten „Kahlschlag“-Plenum im Dezember 1965 die kulturpolitischen Attacken Honeckers gegen kritische Schriftsteller und Regisseure wirkungsvoll unterstützt hatte, zum 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin am 16. Mai 1971 kann als erste bedeutende personalpolitische Entscheidung Honeckers als neuer SED-Chef gewertet werden. Ost-Berlin galt in politischer, aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht als wichtiger Bezirk, deren Leitung Honecker nur engen Vertrauten und Weggefährten aus dem FDJ-Apparat anvertraute. Auch danach förderte Honecker stets den

⁷⁷ Vgl. die Kaderakte Konrad Naumanns, in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/11/v.5558.

Aufstieg Naumanns in den inneren Zirkel der Macht: Naumann wurde im Oktober 1973 Kandidat und im Mai 1976 Mitglied des Politbüros.

Der jähe Sturz Naumanns nach seinem steilen Aufstieg in der SED-Hierarchie war bislang beispiellos. Geboren am 25. November 1928 in Leipzig, arbeitete Naumann unmittelbar nach Kriegsende zunächst als Landarbeiter in Holzhausen, von Sommer bis zum Ende des Jahres 1945 dann als Bauhilfsarbeiter im Braunkohlewerk Espenhain. An diese vergleichsweise kurze Zeit körperlicher Arbeit hat Naumann wohl gedacht, wenn er sich vor Arbeitern später auf seine proletarischen Wurzeln berief. Mit 17 Jahren trat er im November 1945 in die KPD ein. Nach einem dreimonatigen Lehrgang auf der KPD-Landespartei-schule in Ottendorf begann im April 1946 Naumanns Karriere in der FDJ: zunächst als Mitarbeiter im Jugendausschuss Leipzig-Markkleeberg sowie als Arbeitsgebietsleiter der FDJ Markkleeberg (April 1946 bis September 1946), als Abteilungsleiter im Kreisvorstand der FDJ Leipzig (September 1946 bis Februar 1947), als Abteilungsleiter im Landesvorstand der FDJ Sachsen in Dresden (Februar bis Oktober 1947) sowie als Vorsitzender der Kreisleitung der FDJ in Leipzig (November 1947 bis Mai 1948).⁷⁸

Am 31. Mai 1948 erlebte Naumann allerdings den ersten Rückschlag in seiner politischen Biografie: Er wurde als Kreisvorsitzender der FDJ in Leipzig abgelöst und zur „Bewährung“ als Hilfsschlosser im Braunkohlewerk Hirschfelde eingesetzt. Er schrieb im Dezember 1949 über die Gründe für seine Ablösung: „Durch einen grundsätzlichen Fehler (eine Verfehlung), den ich als 1. Vorsitzender des Kreises Leipzig der FDJ bei einer Aktivistenkonferenz machte, beschloss das Sekretariat unserer Partei in Leipzig auf Vorschlag des ehemaligen Jugendsekretärs und ehemaligen Genossen Gerhard Röbel, dass ich für einige Zeit als Kreisvorsitzender in Leipzig nicht tragbar bin und in einem Betrieb arbeiten sollte. Ich arbeitete dann bis Anfang August 1948 im Bergbau Hirschfelde/Zittau.“⁷⁹

Sein „Fehler“ war bezeichnend sowohl für die charakterliche Prägung als auch für den späteren politischen Führungsstil Naumanns. In einem Anhang zu seinem Lebenslauf vom Dezember 1949 erläuterte er die näheren Umstände dieser „Verfehlung“ während einer „Konferenz junger Aktivisten“ im März 1948: „Meine Aufgabe zum Aktivistenkongress in Leipzig war es mit, Weinflaschen, die die SMA der Konferenz zur Verfügung gestellt hatte, aufzubewahren und dann verteilen zu lassen. Da weniger Teilnehmer erschienen als vorgesehen, besprach ich mit dem damaligen Org.-Leiter Gerhard Amm (jetzt Oberinspekteur der Volkspolizei), dass wir nicht alle Flaschen ausgeben und einen Teil als Kreisvorstand aufbewahren. Einige waren verbraucht mit westdeutschen Genossen, die während der Messe in Leipzig waren. Da ich mit dem damaligen Jugendsekretär der Partei, Gerhard Röbel, politische Differenzen hatte, war meine Verfehlung ein Anlass, mich aus dem Kollektiv im KV FDJ zu entfernen, wonach ich ins Berg-

⁷⁸ Fragebogen für SED-Mitglieder vom 3. Juli 1958, in: ebenda.

⁷⁹ Handschriftlicher Lebenslauf Naumanns vom 10. Dezember 1949, in: ebenda.

werk ging und Gerhard Amm ebenfalls aus der hauptamtlichen Tätigkeit ausschied.“⁸⁰

Es ging also um eine handfeste Zecherei mit „Genossen“ aus Westdeutschland, bei der Weinflaschen aus Beständen der Sowjetischen Militäradministration geleert worden waren. Naumann stellte diesen Fehltritt allerdings so dar, als habe es sich um einen Akt politischer Verurteilung durch den damaligen SED-Jugendsekretär Röbel gehandelt. Dieser wurde während der Parteisäuberungen 1949 als „Trotzkist“ aus der SED ausgeschlossen, so dass sich Naumann die Chance bot, sich als politisches Opfer „parteischädigender Elemente“ darzustellen. So schrieb er: „Nach einer durchgeführten Parteierziehung trat auch das ein, was ja instinktiv alle wussten, nur kein konkretes Material hatten: Gerhard Röbel (Jugendsekretär der SED Leipzig) entlarvte sich als parteischädigendes Element – als Trotzkist – und ist, soweit mir bekannt, nachdem er aus der Partei ausgeschlossen wurde, nach dem Westen geflohen.“⁸¹ In späteren Lebensläufen schrieb Naumann stets von „politischen Fehlern“, die sich im Laufe „politischer Auseinandersetzungen“ im Kreis Leipzig ergeben hätten, und deutete damit eine moralisch zweifelhafte Handlung zu einem politischen Akt um.

In jedem Fall hatte Naumann die „Bewährung in der Produktion“, in diesem Fall eine dreimonatige Arbeit als Hilfsschlosser im Braunkohlewerk Hirschfelde, gut in Erinnerung behalten. Trotz des Fehltritts ging seine Karriere über mehrere Stufen schrittweise aufwärts: Instrukteur im Zentralrat der FDJ in Berlin (August 1948 bis April 1949), Sekretär des Landesvorstandes der FDJ Mecklenburg in Schwerin (April 1949 bis September 1951), Zentralschule des Komsomol in Moskau (September 1951 bis September 1952), 1. Sekretär der Bezirksleitung der FDJ Frankfurt/Oder (September 1952 bis April 1957), Sekretär des Zentralrates der FDJ (April 1957 bis 1964).

Schon früh offenbarten sich Fähigkeiten, mit denen Naumann in rasch wechselnden FDJ- und SED-Funktionen immer wieder auffiel. So hieß es in einer Charakterisierung seiner Tätigkeit als Organisationssekretär im Landesvorstand der FDJ Mecklenburg vom September 1950: „Naumann besitzt auf dem Gebiet der Org.-Arbeit große Erfahrungen. Er hat ein aufgeschlossenes Wesen, welches leicht zur Überheblichkeit neigt, worüber er bereits vom Parteigruppenbetriebsvorstand kritisiert wurde. Hier wurde des weiteren festgestellt, dass Naumann einen großen Einfluß auf andere Mitarbeiter ausübt. Naumann erschien im Sekretariat als Mittelpunkt. Seine Worte waren sozusagen der Schlußstrich vor der Beschlußfassung.“⁸²

In seinen späteren Beurteilungen wurde Naumann stets als engagierter und entscheidungsfreudiger Funktionär beschrieben, der durch proletarischen Habitus seine kleinbürgerliche Herkunft kompensieren wolle und nur schwer seine

⁸⁰ Ebenda.

⁸¹ Ebenda.

⁸² Einschätzung des „Informators Montag“ über Naumann vom 25. September 1950, in: Archiv BStU, MfS AIM 211/51.

„charakterlichen Schwächen“ überspielen könne. So schrieb die Parteisekretärin der SED-Grundorganisation im Zentralrat der FDJ im Juli 1958 in ihrer Beurteilung: „Genosse Naumann kommt aus kleinbürgerlichen Verhältnissen (Vater aktive Dienstzeit bei der Reichswehr – danach Steuerbeamter), was auf seine Erziehung im Elternhaus nicht ohne Einfluss blieb. Seine Bemühungen, für die Partei alles zu tun, schnell das Alte zu überwinden, führten besonders in der ersten Zeit dazu, dass er betont ‚proletarisch‘ und ‚revolutionär‘ auftrat. [...] Genosse Naumann ist sehr intelligent und besitzt durch den Besuch der Komsomolhochschule gute politische Qualitäten. Es gibt aber bei ihm Tendenzen der Überheblichkeit, die besonders in dem Gefühl der Unfehlbarkeit und der Kritiklosigkeit sich selbst gegenüber zum Ausdruck kommt.“⁸³ Axen, der Naumann als Mitglied der Kreisleitung der FDJ Leipzig aus den Jahren 1946/47 kannte, schrieb ebenfalls von Licht- und Schattenseiten in seiner Charakteristik Naumanns vom Mai 1956: „Genosse Naumann, der nicht proletarischer Herkunft ist, zeichnete sich durch Intelligenz, rasche Auffassungsgabe, Verbundenheit mit der werktätigen Jugend und hoher Aktivität und Initiative aus. Andererseits waren damals bei Genossen Naumann aufgrund seiner guten Fähigkeiten und der Erfolge Tendenzen der Überheblichkeit und mangelnder Selbstkritik festzustellen.“⁸⁴

„Tendenzen der Überheblichkeit“ und das „Gefühl der Unfehlbarkeit“ begleiteten Naumann auch während seines Aufstieges in der SED-Hierarchie. Auf dem VI. Parteitag der SED im Januar 1963 wurde er als Kandidat in das ZK gewählt, dem er seit September 1966 (13. ZK-Tagung) als Mitglied angehörte. Auf der 10. Tagung des Zentralkomitees Anfang Oktober 1973 als Kandidat in das Politbüro gewählt, rückte er schließlich auf dem IX. Parteitag der SED (18. bis 22. Mai 1976) vom Kandidatenstatus zum vollwertigen Mitglied. Die 8. ZK-Tagung bestätigte ihn am 24. Mai 1984 als Sekretär des ZK der SED. Im gleichen Jahr wurde er Mitglied des Staatsrates. Damit hatte Naumann den Gipfel seiner Karriere im politischen System der DDR erreicht. Es fehlte nur noch ein kurzer Schritt bis ganz an die Spitze der SED.

2.3 Polarisierung und Abstrafung: Konrad Naumann und die Kulturpolitik der SED

Im Politbüro trat Naumann als Verfechter einer kompromisslosen Linie gegen jene Künstler und Schriftsteller in Erscheinung, die mit künstlerischen Mitteln gesellschaftliche Widersprüche aufgriffen und engagiert für die Veröffentlichung ihrer kritischen Texte – notfalls im westlichen Ausland – eintraten. Schon als 2. Bezirkssekretär der Berliner SED machte er mit verbalen Attacken gegen Künstler

⁸³ Beurteilung der SED-Parteorganisation des Zentralrats der FDJ vom 3. Juli 1958, in: Kaderakte Konrad Naumanns, in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/11/v.5558.

⁸⁴ Schreiben Axens, 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin, an die SED-Bezirksleitung Frankfurt(O.), Abteilung Leitende Organe, vom 11. Mai 1956, in: Kaderakte Konrad Naumanns, in: ebenda.

und Schriftsteller auf sich aufmerksam. Ihm fiel auf dem berüchtigten „Kulturplenum“ im Dezember 1965 die Rolle als ideologischer Scharfmacher zu. Den inquisitorischen Auftakt zur Verdammung kritischer Künstler und Schriftsteller machte Honecker vor dem Zentralkomitee am 15. Dezember 1965 in seinem Bericht des Politbüros über „Fragen der weiteren Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens“, in dem er die Richtung für die vorbereiteten Diskussionsreden vorgab: „Unsere Republik ist ein sauberer Staat. In ihr gibt es unverrückbare Maßstäbe der Ethik und Moral, für Anstand und gute Sitte.“⁸⁵ Naumann knüpfte unmittelbar daran an und erhielt vom Politbüro die Chance, mit ersten verbalen Ausfällen gegen einen prominenten DEFA-Regisseur auf sich aufmerksam zu machen. Bezug nehmend auf den Film Kurt Maetzig's „Das Kaninchen bin ich“ sprach er von „Schweinerei“ und „ideologischer Verwilderung“.⁸⁶ Unter Verweis auf die verschwendeten Gelder verunglimpfte er die finanzielle Förderung des Films als „Wirtschaftsverbrechen mit staatlicher Duldung.“ Auf mögliche politische Drahtzieher und Verantwortliche des Filmprojekts anspielend, empörte er sich: „Wir entrüsten uns alle, aber jeder hat doch seine Planstelle der Verantwortung. Es muss doch irgendwo eine persönliche Verantwortung in diesem Jahr oder im vorigen Jahre oder überhaupt irgendwo dafür gegeben haben, Produktionsmittel, Exposé, Sujet, und was es gibt, dass das läuft. Ich weiß, wir sind hochorganisiert, und das gibt es nicht, dass jemand spontan einen Film dreht.“⁸⁷

Naumann beschrieb am Beispiel des Films von Maetzig auch die politischen Mechanismen, die er in der Kulturpolitik der Hauptstadt für angemessen hielt und die er später als 1. Sekretär der Berliner Bezirksleitung kompromisslos nutzte: „Ich frage mich immer folgendes: Solche Dinge entstehen. Da stehen doch Gedanken dahinter, da schreibt man. Gibt es nicht jemanden, der den an die Seite nimmt und sagt: Komm mal her, was hast Du überhaupt geschrieben? Und wenn er nicht hört, was das Leben fordert, was die Linie des sozialistischen Realismus fordert, dann kriegt er überhaupt keine Tribüne. Bei uns bekommt er Technik, duftete Kameramänner, Mäuse und dazu interne Vorführungen, von denen die Menschheit nichts hat. Wenn wir es könnten, sollten sich noch mehr Menschen an dem Film erzürnen.“ Das erste Auftreten des noch jungen SED-Funktionärs vor dem Zentralkomitee lässt somit auf die weitgehende Übereinstimmung von Honecker und Naumann auf dem Feld der Kulturpolitik schließen.

Seitdem Naumann am 16. Mai 1971 die Nachfolge Verners als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin angetreten hatte, versuchte er sich auf dem Gebiet der Kulturpolitik noch stärker zu profilieren. Er redete offen einer noch restriktiveren Kulturpolitik das Wort und präsentierte sich auf öffentlichen Parteiveranstaltungen

⁸⁵ Protokoll über die 11. Tagung des Zentralkomitees vom 15. bis 18. Dezember 1965, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/336.

⁸⁶ Ebenda. Vgl. auch: Wolfgang Engler, Strafgericht über die Moderne – das 11. Plenum im historischen Rückblick, in: Agde, Kahlschlag, S. 21.

⁸⁷ Rede Naumanns am 15. Dezember 1965 vor dem ZK-Plenum, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/336.

gen als Scharfmacher.⁸⁸ Manche Schriftsteller und Künstler befürchteten sogar, er könne Hager demnächst als ZK-Sekretär für Kultur, Volksbildung und Wissenschaft ablösen. Seine im Juli 1977 geschlossene Ehe mit der Schauspielerin Vera Oelschlegel hielt ihn nicht davon ab, unter Betonung seiner angeblich proletarischen Herkunft verächtlich auf Künstler und Schriftsteller herabzublicken, die in seinen Augen wenig zum gesellschaftlichen Fortschritt in der DDR beitrugen.

Aufsehen erregten nicht nur unter Intellektuellen in Ost und West seine diffamierenden Äußerungen gegenüber Schriftstellern auf der 8. ZK-Tagung im Mai 1978, die er zunächst unwidersprochen und mit Zustimmung Honeckers und des gesamten Politbüros in respektloser Weise vortragen durfte. Unmittelbar nachdem Honecker am 24. Mai 1978 vor dem Zentralkomitee den Bericht des Politbüros vorgetragen hatte, ergriff Naumann das Wort und verteilte an die Berliner Schriftsteller ästhetische und politische Zensuren. Während deren übergroße Mehrheit ein „parteiliches schöpferisch-literarisches Wirken für den Sozialismus“ praktizieren und mit ihren Werken ihre „volle Übereinstimmung mit dem Kurs unserer Partei“ demonstrieren würde, verstünden es „einige wenige“ noch nicht, „ihre Schaffensprobleme in produktiver Übereinstimmung mit der Lösung der tatsächlich revolutionären und eben deshalb komplizierten und großartigen Aufgaben unseres Parteiprogramms zu meistern“.⁸⁹ In Anspielung auf „bürgerliche“ Schriftsteller wie Stefan Heym, Rolf Schneider und Jurek Becker, die aufgrund von Publikationsverboten in der DDR nur in westdeutschen Verlagen publizieren konnten⁹⁰, erklärte Naumann: „Sie flüchten sich, statt die jeder Zeit mögliche offene und kritische Diskussion mit Genossen und Kollegen in den Künstlerverbänden zu suchen, in Verbesserungsvorschläge für den realen Sozialismus in der DDR, die sie uns dann über bürgerliche Massenmedien servieren. Dafür haben sie dann auch noch ein entsprechendes Geldkonto. Zwar ist das nur eine Handvoll, doch bei manchen hat sich die merkwürdige Angewohnheit herausgebildet, aus dem Westen mit ihrer DDR-Heimat zu sprechen. Und auf einige bürgerliche Künstler in der DDR trifft das bürgerliche Sprichwort zu: Das Intimste der Intimsphäre ist das Geld. Wenn man weiß, wieviel Geld ein Mensch hat, weiß man von ihm fast alles.“⁹¹

⁸⁸ Karl Corino bezeichnete Naumann wohl zu Recht als „kulturpolitischen Scharfmacher“: Karl Corino (Hrsg.), *Die Akte Kant. IM „Martin“, die Stasi und die Literatur in Ost und West*, Reinbek bei Hamburg 1995, S. 326.

⁸⁹ Stenographische Niederschrift der 8. ZK-Tagung am 24. und 25. Mai 1978, in: SAPMO Barch, DY 30 IV 2/1/550.

⁹⁰ Um die unzensurierte Veröffentlichung von Manuskripten renommierter ebenso wie junger Schriftsteller der DDR in der Bundesrepublik zu verhindern, wurde die Publikation ihrer Texte in westdeutschen Verlagen ohne ausdrückliche staatliche Genehmigung unter Hinweis auf Devisenbestimmungen unter Strafe gestellt. Damit und mit der Ablehnung kurzfristiger Auslandsreisen sollten kritische Schriftsteller und Künstler mundtot gemacht werden. Der erste, den es traf, war Stefan Heym, dessen Roman „Collin“ ohne Genehmigung in der Bundesrepublik erschienen war. Wegen Verstoß gegen das Devisengesetz der DDR wurde Heym am 22. Mai 1979 zu einer Geldstrafe von 9000 Mark verurteilt.

⁹¹ Stenographische Niederschrift der 8. ZK-Tagung am 24. und 25. Mai 1978, in: SAPMO Barch, DY 30 IV 2/1/550.

Die provozierende Rede, in der er den „ehrlichen Arbeitern“ die „nicht vertrauenswürdigen“, „parasitären“ Intellektuellen gegenüberstellte, die angeblich nur an ihr Geldkonto dächten, wurde unverändert im Zentralorgan „Neues Deutschland“ am 26. Mai 1978 abgedruckt⁹², was wiederum darauf schließen lässt, dass kein Mitglied des Politbüros Anstoß an den Verunglimpfungen der Schriftsteller nahm. Einige Schriftsteller hingegen reagierten empört über Naumanns öffentliche Diffamierungen. Sie sahen die kulturpolitischen Auslassungen des Berliner Parteichefs als politische Botschaft der SED-Führung an den unmittelbar bevorstehenden VIII. Schriftstellerkongress, der für Ende Mai 1978 einberufen worden war. In einer Hausmitteilung Hagers für Honecker vom 29. Mai 1978 wird die Empörung unter den Schriftstellern wie folgt geschildert: „Ich muß Dich davon informieren, daß die Sekretäre für Wissenschaft, Volksbildung und Kultur der Bezirksleitungen Leipzig, Halle, Dresden, Magdeburg und Frankfurt/Oder bei der Vorbesprechung des Parteiaktivs zum Schriftstellerkongreß davon informierten, daß die Stelle in der Diskussionsrede des Genossen Naumann, wo von bürgerlichen Künstlern in der DDR die Rede ist und auch die Ausführungen über das Geldkonto bei zum Teil namhaften Künstlern auf Unverständnis stößt. Sie stellen die Frage, warum wir plötzlich wieder von bürgerlichen Künstlern reden, nachdem dies viele Jahre nicht der Fall war. Der Leiter des Gewandhausorchesters, Prof. Masur, betonte, daß er durch die Auslandstätigkeit seines Orchesters für die Republik viel Geld einbringe. Er wolle sich an Genossen Naumann wenden, um sein Unverständnis für diese Ausführungen zum Ausdruck zu bringen.“⁹³

In internen Informationen der Hauptabteilung (HA) XX des MfS⁹⁴ wurde gleichfalls über „kritische Reaktionen auf die Ausführungen des Genossen Naumann auf dem 8. ZK-Plenum“ berichtet.⁹⁵ So hätten die der SED angehörenden Schriftsteller Eva Strittmatter, Rainer Kerndl, Paul Wiens und Heinz Kamnitzer „Zweifel über die Notwendigkeit und Richtigkeit dieses Diskussionsbeitrages“ geäußert. Der Beitrag des Genossen Naumann stünde ihrer Meinung nach nicht in Übereinstimmung mit dem differenzierten Vorgehen der Partei. Generell herrsche, so schätzte die HA XX ein, auch unter Schriftstellern, die sich eng mit der Partei verbunden fühlten, die Meinung vor, „Naumann sei zu weit gegangen, er habe geschimpft, statt sachlich zu argumentieren“.⁹⁶ Auch der Vizepräsident des DDR-Schriftstellerverbandes, Hermann Kant, hielt die kulturpolitische Attacke Naumanns für überzogen. Der MfS-Information zufolge hielt er dessen Diskus-

⁹² Vgl. Konrad Naumann, Unsere Hauptstadt erfolgreich auf dem Weg des IX. Parteitages, in: Neues Deutschland vom 26. Mai 1978.

⁹³ Hausmitteilung Hagers an Honecker vom 29. Mai 1978, in: SAPMO BArch, DY 30/IV B 2/2.024/90.

⁹⁴ Die von Generalmajor Paul Kienberg geleitete Hauptabteilung XX des MfS überwachte mit geheimdienstlichen Mitteln u. a. den gesamten Kulturbereich. Sie war auch federführend bei der „Bekämpfung“ der politischen Opposition. Vgl. Thomas Auerbach/Matthias Braun/Bernd Eisenfeld/Gesine von Prittwitz/Clemens Vollnhals, Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, „politischer Untergrund“ (MfS-Handbuch), Berlin 2008.

⁹⁵ Information der HA XX/2 vom 29. Mai 1978, in: Archiv BStU, MfS HA XX 4807, Bl. 69.

⁹⁶ Ebenda.

sionsbeitrag für „zu wenig differenziert“. Außerdem seien „die DDR-Schriftsteller, die im westlichen Ausland veröffentlichen, in unzulässiger Weise auf eine Stufe gestellt worden.“⁹⁷

Am heftigsten reagierte Stephan Hermlin, der sich nach den Auseinandersetzungen um die Biermann-Ausbürgerung erstmals wieder innerhalb des Schriftstellerverbandes öffentlich zu Wort melden wollte. In einer ersten Reaktion auf die Rede Naumanns auf dem ZK-Plenum sagte er seine Teilnahme und sein Auftreten auf dem bevorstehenden Schriftstellerkongress demonstrativ ab. So schrieb er am 27. Mai 1978 an Hermann Kant: „Nach längerer Überlegung hielt ich es nicht für sinnvoll, an einem Schriftstellerkongress teilzunehmen, ohne einen eigenen Beitrag zu leisten. Und so schrieb ich in Salzburg, wo ich eigentlich etwas anderes hatte schreiben wollen, ein paar Seiten über meine Existenz als ein spätbürgerlicher Schriftsteller und ein Kommunist, denn ich bin ja beides, auch wenn andere darüber den Kopf schütteln mögen. Inzwischen ereignete sich Schwerwiegendes. Wie es der Zufall will, fand ich bei meiner Rückkehr einen Exkurs über eine Handvoll bürgerlicher Künstler in der DDR – wie lange war eigentlich eine solche Formulierung nicht mehr gebraucht worden? – freilich in einem durchaus pejorativen Sinne. Ich werde darauf nicht eingehen. Man hatte mich gebeten, am Kongress teilzunehmen, und ich hatte sofort zugestimmt. Ich glaube, ich darf mich einen Menschen guten Willens nennen. Man komme mir nun nicht mit dem Einwand, ich sei ja gar nicht gemeint gewesen. Mein Leben hat mich darüber belehrt, dass ich immer gemeint war. Ich kann an diesem Kongress nicht teilnehmen, weil ich nicht in einem Saal sitzen möchte, in dem, woran ich nicht zweifle, der Beleidiger seinen Platz auf der Tribüne einnehmen wird.“⁹⁸

Nachdem sich Herman Kant zunächst vergeblich um seine Teilnahme am Schriftstellerkongress bemühte, konnte Hermlin schließlich doch noch mit der Aussicht umgestimmt werden, die Diffamierungen Naumanns in seiner eigenen Rede unzensiert zurückweisen zu können. Aus diversen MfS-Berichten geht hervor, dass Hermlin „nur aufgrund der persönlichen Bitte des Genossen Erich Honecker am VIII. Schriftstellerkongress der DDR teilgenommen hat.“⁹⁹ Um die Wogen einigermaßen zu glätten, erhielt Hermlin auf dem Schriftstellerkongress der DDR mit ausdrücklicher Befürwortung Honeckers die wohl einmalige Gelegenheit, auf die Vorwürfe eines Politbüromitglieds mit einer geharnischten Antwort zu reagieren. Hermlin selbst führte dies auf kulturpolitische Differenzen im Politbüro zurück. Außerdem hielt er dies für „ein Zeichen, dass es in der Zukunft

⁹⁷ Information der Hauptabteilung XX/7 „über Hinweise zur Vorbereitung des VIII. Schriftstellerkongresses der DDR“ vom 29. Mai 1978, in: ebenda, MfS HA XX 4807, Bl. 64.

⁹⁸ Brief Hermlins an Kant vom 27. Mai 1978, in: SAPMO BArch, DY 30/IV B 2/2.024/90.

⁹⁹ Information der HA XX/7 vom 10. Juni 1978, in: Archiv BStU, MfS AOP 3706/87, Bd. 15, Bl. 81. Eine ähnliche Version, wonach Hermlin nur auf ausdrücklichen Wunsch Honeckers am Kongress teilnahm, übermittelte der Inoffizielle Mitarbeiter „Hein Fink“ dem MfS: Vgl. den Bericht über ein Treffen von IME „Hein Fink“ mit Stephan Hermlin am 16. Juni 1978, in: ebenda, MfS AOP 3706/87, Bd. 15, Bl. 86–93.

möglich sein wird, sich über unterschiedliche Auffassungen polemisch auszusprechen und auseinanderzusetzen.“¹⁰⁰

In seinem Diskussionsbeitrag auf dem Kongress am 30. Mai 1978 nahm Hermlin direkt Bezug auf Naumanns Rede: „Ich hatte dies und ähnliches im Ausland notiert, von wo ich erst kurz vor dem Kongress und um des Kongresses willen zurückkehrte, als ich, erst wenige Minuten wieder in Berlin, eine Passage in einer Rede lesen musste, die in ihrer Niedertracht nicht leicht ihresgleichen findet. Man muss schon eine Reihe von Jahren zurückdenken – ich sage einmal aufs Geratewohl dreizehn oder vierzehn Jahre –, um auf ähnliches zu stoßen.“¹⁰¹ Und er fügte hinzu: „In Ermangelung wirklicher Argumente greift man zu einer Demagogie, die in Deutschland, wenn es um das Herabsetzen von Intellektuellen geht, eine lange und schmäbliche Geschichte hat. Wenn die Literatur Einwände erhebt, wenn der Geist Sorgen und Trauer äußert, weist man mit Augurenlächeln auf das Pekuniäre im Hintergrund. Die bürgerliche Schreiberbande ist bestochen, die tieferen Ursachen sind enthüllt, und der Volkszorn steht vor der Tür. Schriftsteller tragen Verantwortung, das steht mit Recht zur Diskussion, aber tragen nicht auch andere Verantwortung, zumal solche, die Macht besitzen? [...] Hofft man auf das Schweigen der Betretenheit, der Furcht? Wenn dem so ist, befindet man sich in einem Irrtum. Ich versage es mir, die von mir gemeinten Sätze zu widerlegen – die Antwort auf sie sehe ich auf vielen Lippen schweben.“¹⁰²

Die scharfe Replik Hermlins auf Naumann war ein Zugeständnis, zu dem sich das Politbüro angesichts der empörten Proteste verschiedener Schriftsteller und Künstler gezwungen sah. Es handelte sich um einen einmaligen Vorgang in der Ära Honecker, da ein Politbüromitglied vor einem prominenten Auditorium öffentlich massiv angegriffen wurde. Gleichwohl löste Hermlins Rede unter den anwesenden Schriftstellern ein unterschiedliches Echo aus. Glaubt man den Einschätzungen der ZAIG des MfS vom 31. Mai 1978, so empfand Gerhard Holtz-Baumert Hermlins Diskussionsbeitrag als eine „Unverschämtheit“ und nach Ansicht Harald Hausers habe sich Hermlin wie ein „aufgeblasener Gockel“ aufgeführt.¹⁰³ In den Augen von Eberhard Panitz sei Hermlin mit diesem Diskussionsbeitrag zu einer „lächerlichen Figur“ geworden. Ein nicht geringer Teil der Kongressteilnehmer empfand dagegen die Äußerungen Hermlins als „das befreiende Wort auf diesem Kon-

¹⁰⁰ Information der HA XX/7 vom 10. Juni 1978, in: Archiv BStU, MfS AOP 3706/87, Bd. 15, Bl. 82.

¹⁰¹ Rede Stephan Hermlins auf dem VIII. Schriftstellerkongress der DDR am 30. Mai 1978, in: Archiv BStU, MfS ZAIG 24027, Bl. 314. Vgl. auch: Stephan Hermlin, In den Kämpfen dieser Zeit, Berlin 1995, S. 22. In dem veröffentlichten Protokoll des Kongresses ist diese Passage in der Rede Hermlins nicht enthalten: VIII. Schriftstellerkongress der Deutschen Demokratischen Republik. Referat und Diskussion, hrsg. v. Schriftstellerverband der DDR, Berlin/Weimar 1979, S. 115–119. Der volle Wortlaut der Rede Hermlins wurde abgedruckt in: Deutschland Archiv 11 (1978), S. 1115–1117.

¹⁰² Archiv BStU, MfS ZAIG 24027, Bl. 314.

¹⁰³ Information der ZAIG des MfS über Reaktionen von Teilnehmern des VIII. Schriftstellerkongresses vom 31. Mai 1978, in: ebenda, MfS HA XX 4807, Bl. 74.

gress“.¹⁰⁴ Volker Braun hätte sich der MfS-Information zufolge mehr von derartigen „streitbaren Diskussionsbeiträgen“ gewünscht. Helga Schubert hatte die Rede Hermlins „sehr gut gefunden“ und war „von ihm tief beeindruckt gewesen“.¹⁰⁵ Stefan Heym, Günter Kunert und Christa Wolf, die dem Kongress ferngeblieben waren, äußerten sich anerkennend zu Hermlins Diskussionsbeitrag. „Ihrer Auffassung zufolge sind die Ausführungen des Gen. Naumann auf dem VIII. Plenum ein Ausdruck oder ein Anzeichen dafür, dass in Zukunft ihnen gegenüber mit den Mitteln der Macht und nicht des Geistes reagiert werden könnte.“¹⁰⁶

Naumann hielt an seiner dogmatischen Linie, die er als proletarisch deklarierte, im kulturellen Leben Berlins unbeirrt fest. An den Berliner Theatern, so belehrte er die Mitglieder des Berliner Parteiaktivs der SED-Bezirksleitung am 9. Oktober 1978 im „Palast der Republik“, dürfe die Wirklichkeit nicht ungefiltert und ohne „klaren Klassenstandpunkt“ auf die Bühne kommen.¹⁰⁷ Die Frage der Macht und der führenden Rolle der Partei, so stellte er klar, stehe auch auf der Bühne nicht zur Disposition. Ein Stück möge noch so ehrlich gemeint sein, wenn es aber Entscheidungen der Partei öffentlich in Frage stelle, dann müsse man sich davon trennen, bevor es an die Öffentlichkeit komme. Der Grund für die Mahnung war das Gegenwartsstück „Die Flüsterparty“ von Rudi Strahl, das auf Betreiben Naumanns kurz vor der Premiere am Maxim-Gorki-Theater „aus innerbetrieblichen Gründen“ abgesetzt worden war. In dem Stück kam die Doppelmoral des Intershop-Sozialismus zur Sprache, womit die künstlerischen Ansprüche jener Generation von Intellektuellen artikuliert wurden, die in der DDR aufgewachsen und sozialisiert worden waren: In Gegenwartsstücken kritisierten sie die dogmatische Beschränktheit der herrschenden Ideologie, die kleinbürgerliche Enge sozialer Verhältnisse, den in der nachwachsenden Generation spürbaren Anpassungsdruck, mithin die Schattenseiten des „real existierenden Sozialismus“.¹⁰⁸ An der künstlerischen Darstellung ungeschminkter Wahrheiten des Alltages hatte das SED-Politbüro jedoch kein Interesse.

Im Politbüro setzte sich Ende der 1970er Jahre eine Mehrheit um Naumann durch, die für ein rigides Vorgehen gegen kritische Schriftsteller und Künstler eintrat. Den Hauptstreitpunkt bildete die von Hager befürwortete Bewilligung von Ausreisevisa für Künstler und Schriftsteller.¹⁰⁹ Naumann wollte diese Praxis beenden, für die sich Hager im Politbüro immer wieder rechtfertigen musste.¹¹⁰

¹⁰⁴ Ebenda.

¹⁰⁵ Bericht der MfS-HA XX über Helga Schubert vom 10. Juni 1978, in: ebenda, MfS HA XX 12000.

¹⁰⁶ Bericht der MfS-HA XX/7 über Reaktionen von Schriftstellern nach dem VIII. Schriftstellerkongress der DDR vom 10. Juni 1978, in: ebenda, MfS AOP 3706/87, Bd. 15, Bl. 83.

¹⁰⁷ Referat Naumanns über „Die Aufgaben der Berliner Parteiorganisation zur Vorbereitung der Parteiwahlen und des Parteilehrjahres 1978/79“ auf der Bezirksparteiaktivtagung der Bezirksleitung Berlin der SED am 9. Oktober 1978, in: Landesarchiv Berlin, C Rep. 902/3938.

¹⁰⁸ Vgl. Der Spiegel, 13/1979 vom 26. März 1979, S. 233.

¹⁰⁹ Vgl. Mittenzwei, Die Intellektuellen, S. 320f.

¹¹⁰ Vgl. Hager, Erinnerungen, S. 345. Vgl. hierzu auch den Schriftverkehr im Büro Hager: SAPMO BArch, DY 30/27618-27625.

Auch Honecker schien offenbar zu keinen Kompromissen mehr bereit zu sein. Beiden war vor allem die vergleichsweise großzügige Genehmigung von Auftritten in der Bundesrepublik ein Dorn im Auge. Die Hardliner erwirkten auf der Sitzung des Politbüros am 4. November 1980 einen folgenreichen Beschluss, in dem es lapidar hieß: „Reisen von Künstlern und Delegationen von Künstlern zu Veranstaltungen in die BRD und nach Westberlin sind bis auf weiteres nicht durchzuführen.“¹¹¹ Aufenthalte in der Bundesrepublik sollten demnach nicht mehr genehmigt werden, um dort DDR-kritische Äußerungen ostdeutscher Künstler zu verhindern. Aufgrund zahlreicher Proteste prominenter Künstler wurde dieser Beschluss lautlos wieder zurückgenommen. Honecker konnte von Hager davon überzeugt werden, dass es aus praktischen und vertragsrechtlichen Gründen wie auch aus kulturpolitischer Perspektive unsinnig war, alle für die Bundesrepublik vorgesehenen Gastspiele abzusagen und künftige gänzlich zu unterbinden.¹¹² In dieser Hinsicht hatte sich der kompromissbereite Pragmatiker Hager gegen die kulturpolitischen Dogmatiker im Politbüro durchgesetzt. Hager und Naumann waren sich jedoch darin einig, am Meinungsmonopol der SED-Führung strikt festzuhalten. Insgesamt dominierte in der Kulturpolitik in den 1980er Jahren ein Freund-Feind-Denken, das von unverhüllten Drohungen einerseits und schwer kalkulierbaren Konzessionen andererseits geprägt war.¹¹³

Das kulturpolitische Wirken Naumanns in Ost-Berlin zeigt, über welchen Handlungsspielraum er als Mitglied des Politbüro, des ZK-Sekretariats und als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung nicht nur im Bereich der Kulturpolitik tatsächlich verfügte. Die Annahme, nach dem frühen Tod von Lamberz habe Honecker in Naumann einen ernsthaften politischen Konkurrenten gesehen, ist nicht sehr überzeugend.¹¹⁴ Naumann blieb, nicht zuletzt aufgrund seiner früheren Tätigkeit in der FDJ, bis November 1985 ein Vertrauter Honeckers.

2.4 Die Rede Naumanns am 17. Oktober 1985 und ihre Folgen

Seit dem Beginn seiner Parteikarriere hatte Naumann mit verbalen Attacken gegen Künstler und Schriftsteller für Schlagzeilen gesorgt. Er knüpfte in seinem Vortrag vom 17. Oktober 1985 daher an diese kulturpolitischen Angriffe an. Darüber hinaus sah sich Naumann offenbar in einer so unangreifbaren Position, dass er glaubte, bislang tot geschwiegene, aber bekannte Wahrheiten über die

¹¹¹ Protokoll Nr. 44 über die Sitzung des Politbüros am 4. November 1980, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2 1864.

¹¹² Vgl. die Hausmitteilung Hagers an Honecker vom 13. November 1980, in: ebenda, DY 30/26307.

¹¹³ Vgl. Manfred Jäger, *Kultur und Politik in der DDR 1945–1990*, Köln 1995, S. 187; Matthias Braun, *Kulturinsel und Machtinstrument. Die Akademie der Künste, die Partei und die Staatssicherheit*, Göttingen 2007, S. 404.

¹¹⁴ Vgl. Manfred Uschner, *Die zweite Etage. Funktionsweise eines Machtapparates*, Berlin 1993, S. 84.

gesellschaftliche Situation in der DDR im Allgemeinen und über die ökonomische Lage im Besonderen ungestraft aussprechen zu können. Der Rektor der Akademie, ZK-Mitglied Otto Reinhold, beschwerte sich bei Honecker persönlich über Form und Inhalt des Vortrages. Da die auf Band mitgeschnittene Rede bisher nicht aufgefunden wurde, stehen ausschließlich der Brief Reinholds an Honecker vom 31. Oktober 1985 und die Erklärung Hagers vor den Professoren und Dozenten der Akademie für Gesellschaftswissenschaften am 6. November 1985 für eine Rekonstruktion zur Verfügung.

Naumann war an die Akademie geladen worden, um über „die Arbeit der Berliner Parteiorganisation zur Vorbereitung des XI. Parteitages der SED“ zu referieren. Er war im Vergleich zu anderen Politbüromitgliedern ein durchaus geschätzter Redner, da er im internen Kreis unverblümt über Probleme sprach, die andere verdrängten oder entsprechend der offiziellen Parteipropaganda einer „konstruktiven Lösung“ herbeiführen wollten. So herrschte eine angespannte Vorfreude auf das Auftreten Naumanns. Doch ist die Behauptung seiner damaligen Ehefrau, es habe sich bei der Einladung um eine Falle gehandelt, um einen handfesten Vorwand für seinen Rauswurf aus dem Politbüro zu bekommen, wohl unbegründet.¹¹⁵ Offenbar glaubte Naumann in seiner selbstherrlichen Art, er könne aufgrund seines Rückhalts bei Honecker etwas riskieren.

Dem Brief Reinholds zufolge wich Naumann an vielen Stellen seiner Rede vom vorbereiteten Manuskript ab und sprach in der ihm eigenen Art laut aus, was er zur Kulturpolitik wirklich dachte. So notierte Reinhold: „Seine Darlegungen über die Ergebnisse der Parteiarbeit, über Probleme und Aufgaben verband er mit einer Vielzahl von flapsigen Bemerkungen, die beim Zuhörer Zweifel über die Politik der Parteiführung in einigen Bereichen, insbesondere auf dem Gebiet der Kultur erwecken mussten.“¹¹⁶ Naumann vertrat erneut die Ansicht, „dass der Einfluss der Partei – gemessen an der Zahl der Parteimitglieder – besonders bei jungen Künstlern und Schriftstellern sehr gering ist und selbst viele Genossen ihre eigenen Auffassungen von der Partei haben, die mit unserer Meinung nichts zu tun hat.“ Daran anschließend belehrte Naumann die Professoren und Dozenten darüber, wie man seiner Meinung nach mit Schriftstellern umgehen müsse. Reinhold zitierte diese Passage in seinem Brief an Honecker so: „Sagt niemals, dass ihr etwas von Kunst versteht, sondern erklärt ihnen, dass ihre Arbeiten einen großen Gestank verbreiten, ihr aber diesen Gestank nicht mehr vertragen könnt.“ Diese Äußerung Naumanns sei „in vielerlei Variationen“ von ihm wiederholt worden. „Die Quintessenz für den Zuhörer war: zumindest die Mehrzahl der Künstler und Schriftsteller sind im Grunde Dummköpfe und so müsse man sie auch behandeln, leider geschieht das bei uns zu wenig. Die Ansprüche der Arbeiter an die Kultur wachsen sehr schnell, aber gerade diese Ansprüche würden in keiner Weise befriedigt.“

¹¹⁵ Vgl. Oelschlegel, „Wenn das meine Mutter wüsst.“, S. 261.

¹¹⁶ Brief Reinholds an Honecker vom 31. Oktober 1985, in: SAPMO BArch, DY 30/26268. Alle folgenden Zitate ebenda.

Entsprechend der Version Reinholds sprach Naumann von zwei Linien in der Kulturpolitik, wobei er offenbar auf die vergleichsweise moderate Haltung Hagers gegenüber Schriftstellern und Künstlern einerseits und seine eigenen rüden Attacken andererseits anspielte: „Bei uns ist das so – die einen loben nur alles das, was Künstler und Schriftsteller machen, die anderen sollen sich mit ihnen auseinandersetzen.“ Grundsätzlich sei nach Ansicht Naumanns eine einheitliche Strategie in der Kulturpolitik nötig, die er anscheinend vermisste. So erklärte er mehrfach: „Die Summe der Taktik ist noch lange keine Strategie.“ In selten offener Weise machte Naumann damit deutlich, dass er Hagers kulturpolitische Zurückhaltung für einen Fehler hielt. Nach jahrelanger Kritik an dessen Kulturpolitik hatte sich zwischen beiden eine heftige Feindschaft entwickelt, die sich auch in persönlicher Antipathie äußerte.¹¹⁷

Im Kontext der Kulturpolitik sprach Naumann auch über den Umgang mit Wissenschaftlern, wie er ihn im Interesse einer richtigen „Arbeiterpolitik“ für angemessen hielt. In der Version Reinholds brachte er dies auf folgende Weise zum Ausdruck: Statt materielle Ansprüche (Wohnungen, Telefon) zu stellen, sollten die Wissenschaftler „endlich einmal richtig arbeiten.“ Damit attackierte Naumann direkt die anwesenden Zuhörer der Akademie, die diesen Teil der Rede zu Recht als Verhöhnung empfinden mussten.

Die anderen Passagen der Rede Naumanns, die sich auf die ökonomische Lage, die „Blockpolitik“ sowie auf die mangelnde Effizienz bürokratischer Verwaltungsinstanzen bezogen, enthielten Wahrnehmungen, die bei Gesellschaftswissenschaftlern wahrscheinlich keinen ernsthaften Widerspruch ausgelöst haben dürften. In dem Brief Reinholds hieß es dazu: „Bei der Behandlung der ökonomischen Entwicklung erklärte er: ‚Wenn ihr ein optimistischeres Bild haben wollt, müsst ihr dann besser das Neue Deutschland lesen.‘ Im Zusammenhang mit der Bündnispolitik der SED mit den Blockparteien sagte er: ‚Wir haben denen nun auch große schwarze Autos gegeben, da werden sie schon machen, was wir von ihnen wollen.‘ Mehrfach sprach er von der ‚Reichsregierung‘ und der Unfähigkeit, die Arbeit der verschiedenen Ministerien zu koordinieren.“ Die von Reinhold eingefügten Zitate aus der Rede Naumanns bildeten „nur eine kleine Auswahl, um die Tendenz deutlich zu machen, die sich besonders im Zusammenhang mit den Ausführungen zu Fragen der Wissenschaft und Kultur zeigten“. Naumann schloss Reinhold zufolge die Rede mit den Worten: „Ich hoffe, ihr habt meinen Vortrag nicht auf Band aufgenommen. Aber wenn ihr das habt, ist es auch nicht so schlimm, dann werde ich sagen, ihr lügt!“

Honecker nahm den Brief Reinholds zum Anlass, die Rede Naumanns am 5. November 1985 im Politbüro mit der Absicht zur Diskussion zu stellen, den 1. Bezirkssekretär aus allen Ämtern zu entfernen.¹¹⁸ Ursprünglich gehörte Naumann zwar zu den engsten Vertrauten Honeckers und garantierte dafür, dass im

¹¹⁷ Vgl. Schabowski, Das Politbüro, S. 27.

¹¹⁸ Vgl. Mertens, Rote Denkfabrik?, S. 286ff.; Niemann, Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen, S. 286ff.

wichtigsten Bezirksverband die „Linie“ des Politbüros uneingeschränkt durchgesetzt wurde. Doch offensichtlich waren dem Generalsekretär die Eigenmächtigkeiten Naumanns doch zu weit gegangen. Honecker informierte am 5. November 1985 das – außer Herbert Häber – vollständig versammelte Politbüro¹¹⁹ über den Brief Reinholds und forderte die Kandidaten und Mitglieder zu Stellungnahmen auf.¹²⁰ Es folgte eine ausgiebige, zweieinhalbstündige Diskussion, an der sich alle anwesenden Kandidaten und Mitglieder beteiligten. Schabowski, der als Chefredakteur des „Neuen Deutschland“ dem Politbüro angehörte, erinnerte sich wie folgt: „Es war einer der seltenen Fälle, dass im Politbüro richtig diskutiert wurde. Jeder nahm Stellung – und Naumann hatte kaum Freunde. Es wurde eine leidenschaftliche Diskussion im Politbüro, in der einige anders als üblich aus sich herausgingen, weil die Großtuerei von Naumann sie schon lange geärgert hatte. Seine Art wurde als Illoyalität gegenüber der Führung betrachtet. Seine Saufgelage kamen zur Sprache, bei denen er zu prahlen pflegte, dass er bald den Laden übernehmen würde und einige sich dann gratulieren könnten. Honecker hatte natürlich von diesen Dingen erfahren und sich sicherlich schon längere Zeit mit dem Gedanken getragen, das Problem Naumann zu lösen.“¹²¹

Im Ergebnis der Diskussion am 5. November verurteilte das Politbüro „das parteischädigende Verhalten“ Naumanns und forderte ihn auf, einen Brief an Honecker zu schreiben, in dem er „aus gesundheitlichen Gründen“ um seine Abberufung als Politbüromitglied, Sekretär des ZK und 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung bitten sollte.¹²² Zugleich wurde Günter Schabowski als neuer 1. Sekretär der Bezirksleitung Berlin bestätigt. Schließlich wurde Hager dem Politbürobeschluss zufolge beauftragt, sich im Kreis der Dozenten und Professoren der Akademie für Gesellschaftswissenschaften mit jenen Passagen aus der Rede Naumanns auseinanderzusetzen, die der Rektor zuvor in dem Brief an Honecker aufgeführt hatte.

Der anschließende Ablauf der Ereignisse folgte präzise diesem Politbürobeschluss. Einen Tag nach der Sitzung, am 6. November 1985, gab Hager vor Gesellschaftswissenschaftlern die vom Politbüro geforderte Erklärung ab. Darin verwies er in bekannter Manier auf die vermeintlichen Erfolge in der Wirtschaft seit dem VIII. Parteitag 1971, die auf „nachprüfbaren Tatsachen“ beruhten.¹²³ Es habe in den letzten Jahren „ein kontinuierliches, dynamisches wirtschaftliches Wachstum“ gegeben. Erwartungsgemäß widmete sich Hager ausführlich der Kulturpoli-

¹¹⁹ Laut Protokoll waren anwesend: Honecker, Axen, Dohls, Felfe, Hager, Herrmann, Hoffmann, Jarowsky, Krenz, Krolkowski, Mielke, Mittag, Mückenberger, Naumann (bis Punkt 2), Neumann, Schabowski, Sindermann, Stoph, Tisch, Lange, Müller, Schürer, Walde.

¹²⁰ Vgl. das Protokoll über die Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 5. November 1985, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2137.

¹²¹ Zitiert in: Schabowski, Das Politbüro, S. 27.

¹²² Protokoll Nr. 44/85 der Sitzung des Politbüros am 5. November 1985, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2137.

¹²³ Erklärung vor den Professoren und Dozenten der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, in: SAPMO BArch, DY 30/26268. Alle folgenden Zitate ebenda.

tik. Er verurteilte die abschätzigen Aussprüche Naumanns über Schriftsteller und Künstler. „Solche Äußerungen zerstören wertvolles, langjährig geschaffenes Vertrauen. Sie erzeugen Mißtrauen in die Politik unserer Partei. [...] Beschimpfungen oder wegwerfende Bemerkungen dienen nicht dazu, das Vertrauensverhältnis der Kulturschaffenden zur Partei zu stärken.“ Ebenso hielt Hager die Aussagen Naumanns über vermeintlich ungerechtfertigte materielle Ansprüche der Wissenschaftler für falsch. Derartige Ansichten zeugten von einer „reichlichen Überheblichkeit“ sowie von der „Mißachtung gegenüber Wissenschaftlern“.

Hager nannte überdies einen wichtigen Grund, warum Naumann mit seinem Auftreten den Unwillen Honeckers und des gesamten Politbüros auf sich gezogen hatte. Hager sprach von der „Einheit und Geschlossenheit der Partei“ sowie vom „Vertrauen zum Generalsekretär“, das „heilig“ sei. Indem Naumann durch seine unverhüllten Anspielungen auf zwei Linien in der Politik der SED diese Einheit in Zweifel zog, verstieß er gegen einen unumstößlichen Grundsatz der herrschenden Parteidoktrin. Damit wurde auch die Autorität des Generalsekretärs in Abrede gestellt. Deshalb verwies Hager am Schluss seiner Rede noch einmal ausdrücklich darauf, „dass es in der Partei nicht zwei Linien gibt, weder in der ökonomischen Politik, noch in der Agitation und Propaganda, noch in der Wissenschaft, noch in der Kulturpolitik. Es gibt nur eine Linie, wie sie im Parteiprogramm festgelegt wurde, in den Beschlüssen der Parteitage und des Zentralkomitees und diese Linie wird vom Zentralkomitee und seinem Politbüro, den Bezirks- und Kreisleitungen, den Grundorganisationen einheitlich vertreten.“ Dem ausgesuchten Teilnehmerkreis der Akademie sollte damit uneingeschränkter politischer Konsens innerhalb der Parteiführung suggeriert werden – obwohl es diesen weder in der Kultur- noch in der Wirtschaftspolitik gab. Mit dem nach außen getragenen Bild von der Einheit und Geschlossenheit wollte die Parteiführung jeglicher Infragestellung ihres Machtmonopols vorbeugen und hielt damit an den Mechanismen der Disziplinierung und Gleichschaltung der Partei während der Ulbricht-Ära fest.¹²⁴

Nach der Politbürositzung am 5. November fügte sich Naumann der Parteidisziplin und verfasste tags darauf den geforderten Brief an den Generalsekretär, in dem er „aus gesundheitlichen Gründen“ um die Entbindung von sämtlichen Funktionen bat.¹²⁵ Einen Tag später schrieb er an Honecker einen persönlich gehaltenen Brief, der mit „Lieber Erich“ überschrieben war und die ganz Tragik der Parteikarriere Naumanns sichtbar machte: „Deine prinzipielle Kritik und die aller Genossen des Politbüros ist richtig und hat mich sehr getroffen – und ich habe noch keine Fassung wieder gefunden. Ich habe mich durch mein Verhalten selbst ausgestoßen und fühle mich sehr allein. Da ich mein ganzes bewusstes Leben immer das gemacht habe, was beschlossen wurde, bin ich momentan noch nicht in

¹²⁴ Vgl. Thomas Klein: „Für die Einheit und Reinheit der Partei“. Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht, Köln 2002, S. 349.

¹²⁵ Handschriftlich verfasster Brief Naumanns an Honecker vom 6. November 1985, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/642.

der Lage, selbst zu sagen, was ich arbeiten will, was ich überhaupt kann. Ich bitte Dich in diesem Punkt aufrichtig um Nachsicht.“¹²⁶ Am 26. November 1985 übersandte Naumann abermals ein Schreiben an Honecker, in dem er zusicherte, „dass ich jeden Parteiauftrag, ob im In- oder Ausland gewissenhaft erfüllen werde – bei Bekämpfung meiner schlechten und bei Festigung des Klassenstandpunktes u. meiner guten Charaktereigenschaften. So, wie Du und andere PB-Mitglieder/Kandidaten es gesagt haben. Alles andere muss meine Arbeit zeigen.“¹²⁷

Da nun an eine hauptamtliche Tätigkeit im Apparat der SED nicht mehr zu denken war, überließ er es der Parteiführung, über seinen weiteren Einsatz zu bestimmen. Offenbar hielt Naumann seine Ablösung für ein kurzzeitiges Intermezzo, das er auf lange Sicht gut zu überstehen hoffte. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Staatlichen Archivverwaltung in Potsdam wollte er seit Januar 1986 beweisen, dass er für höhere Aufgaben bereit stünde, wenn die Partei ihn eines Tages zurückrief.

Die 11. ZK-Tagung bestätigte am 22. November 1985 die Abberufung Naumanns als Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK ohne Gegenstimme und ohne eine einzige Nachfrage.¹²⁸ Er blieb formell Mitglied des Zentralkomitees, was angesichts der Einstufung seines Verhaltens als „parteischädigend“ bemerkenswert war. Bis zur Wahl eines neuen Zentralkomitees auf dem XI. Parteitag im April 1986 galt er als „beurlaubt“. Am 25. November 1985 entband eine eilig zusammengerufene Tagung der Berliner Bezirksleitung Naumann von der Funktion des 1. Sekretärs und bestimmte das Politbüromitglied Schabowski zum Nachfolger.¹²⁹ Die Entscheidung für Schabowski, dem seit 1978 amtierenden Chefredakteur des Zentralorgans „Neues Deutschland“, war bereits auf der Politbürositzung am 5. November gefallen.

In den Grundorganisationen der SED wurde die Nachricht von der Ablösung Naumanns aus gesundheitlichen Gründen mit Augenzwinkern überbracht. Obwohl Spekulationen und Gerüchte über die wahren Gründe im Umlauf waren, machte selbst Mielke in seinem Ministerium nur grobe Andeutungen, worin denn nun das „parteischädigende Verhalten“ Naumanns wirklich bestand. Vor Mitgliedern der SED-Grundorganisation der Hauptabteilung IX (Disziplinar- und Untersuchungsorgane) erklärte Mielke auf deren Delegiertenkonferenz Ende November 1985: „Zu Konrad Naumann: Das ganze persönliche Lebenshaltungs-wesen [sic!] hatte dazu beigetragen, dass er sich verrannt hat und sich parteischädigend verhalten hat. [...] Wir haben gesagt, er ist krank. Das war für die Öffentlichkeit. Ich sage euch: Das, was er gesagt hat, ist parteischädigend. Wir haben gesagt, aus gesundheitlichen Gründen wird er von seinem Posten entbunden. Ihr

¹²⁶ Persönlicher Brief Naumanns an Honecker vom 7. November 1985, in: ebenda.

¹²⁷ Brief Naumanns an Honecker vom 26. November 1985, in: ebenda, DY 30 IV 2/11/v.5558.

¹²⁸ Vgl. das Protokoll der 11. ZK-Tagung am 22. November 1985, in: ebenda, DY 30/IV 2/1/639.

¹²⁹ Vgl. Niemann, Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen, S. 293; Helmut Müller, Wendejahre 1949–1989, Berlin 1999, S. 285.

seid doch alles kluge Menschen, wir haben das gemacht, damit der Gegner das nicht aufgreifen kann.“¹³⁰

In den Berliner Grundorganisationen der Partei wurden Helmut Müller zufolge schon wesentlich konkretere Vermutungen angestellt: „Es gibt Spekulationen, dass die Begründung ‚aus gesundheitlichen Gründen‘ nicht stimme, sondern dass Haltungen von Konrad Naumann zu politischen Fragen nicht mit der Generallinie der Partei übereinstimmen. Besonders häufig werden dabei die Gebiete Kultur und Wissenschaft genannt. Verschiedentlich werden karrieristische Gründe von Konrad Naumann und damit verbundene Widersprüche zum Generalsekretär und zu Mitgliedern des Politbüros vermutet.“¹³¹ Somit musste auch für Honecker deutlich geworden sein, dass zumindest den Berliner Mitgliedern der Partei die im Politbüro schwelenden Konflikte und intern geführten Kontroversen auf dem Feld der Kulturpolitik nicht verborgen geblieben waren.

Die öffentliche Mitteilung über die Ablösung Naumanns durch das Kommuniké der ZK-Tagung fand in der Bevölkerung ein geteiltes Echo. So konnte zweifellos erwartet werden, dass die von Naumann drangsalierten Künstler und Schriftsteller große Erleichterung über die Nachricht empfanden, wenngleich es auch unter ZK-Sekretär Hager keine Aussicht auf spürbare Lockerungen der Zensur oder auf die Rücknahme von Auftrittsverboten gab. Zumindest fand jetzt die Kraut- und Politik Naumanns im kulturellen Leben Ost-Berlins ein Ende. Hager bevorzugte eher die leisen Töne und hielt an seiner Praxis, fest, besonders lautstarken Kritikern der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR Visa für einen mehrjährigen Aufenthalt in der Bundesrepublik zu gewähren. Dieser Praxis lag die Annahme zugrunde, die vermeintlichen „Störenfriede“ von oppositionellen Einflüssen auf die DDR-Bevölkerung fernhalten zu können.¹³²

Über Reaktionen sowohl in der Bevölkerung als auch in der Partei lagen dem MfS Informationen vor, die in geraffter Form an die Parteiführung weitergeleitet wurden. Die Einschätzungen der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG)¹³³ des MfS trafen durchaus den Kern der Stimmungen unter Mitgliedern der SED in Berlin. Erwartungsgemäß registrierte das MfS unter Intellektuellen, insbesondere unter Schriftstellern, Schauspielern und Regisseuren, darunter auch Mitgliedern der SED, große Erleichterung. In einer persönlichen Information für Mielke vom 10. Dezember 1985 verwies die ZAIG auf angeregte Diskussi-

¹³⁰ Tonbandmitschnitt der Rede Mielkes auf der Delegiertenkonferenz der SED-Grundorganisation der Hauptabteilung IX des MfS im November 1985, in: Archiv BStU, MfS ZAIG/Tb/334.

¹³¹ Brief Müllers an Honecker vom 25. November 1985. Zitiert in: Mertens, Rote Denkfabrik?, S. 296.

¹³² Vgl. Mittenzwei, Die Intellektuellen, S. 320; Ehrhart Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Berlin 1997, S. 531 ff.; Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur – Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Berlin 1998, S. 244 ff.

¹³³ Zu den Aufgaben und der Funktionsweise der ZAIG des MfS und ihren Berichten an die Parteiführung vgl. Siegfried Suckut (Hrsg.), Die DDR im Blick der Stasi 1976. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Göttingen 2009, S. 13–55; Roger Engelmann/Frank Joestel, Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (MfS-Handbuch), Berlin 2009.

onen unter „Kunst- und Kulturschaffenden sowie journalistisch tätigen Personen und kirchlichen Amtsträgern. Sie begründen ihre in vielfältigsten Diskussionen geäußerte Befriedigung über diese Entscheidung vordergründig mit der angeblich durch Abneigung und Geringschätzung geprägten Einstellungen des Gen. Naumann gegenüber Intellektuellen, hauptsächlich gegenüber Kulturschaffenden, und mit seinem ‚harten Kurs‘ gegenüber den Kirchen.“¹³⁴ Zitiert wurden Äußerungen namentlich genannter Schriftsteller und Künstler, die angesichts der Skandale um die Absetzung zeitgenössischer Theaterstücke an Berliner Bühnen bereits seit längerem unter der „Kulturfeindlichkeit“ Naumanns zu leiden gehabt und auf dessen Ablösung gehofft hätten. Einige Gesellschaftswissenschaftler sahen dem MfS-Bericht zufolge in der Ablösung Naumanns die einzige Alternative, um dem Eindruck entgegenzutreten, im Politbüro gäbe es unterschiedliche Auffassungen in Grundfragen der Politik der Partei.

Mit diesem Stimmungsbericht präsentierte die ZAIG des MfS ein breites Spektrum von Ansichten zur Rolle Naumanns als SED-Chef Berlins und Vermutungen über die Hintergründe seines Sturzes. Nicht nur sein Ruf als kulturpolitischer Hardliner, sondern auch die provozierende Art, wie er die Intendantin des „Theater im Palast“ (TiP), seine Ehefrau Vera Oelschlegel, protegierte, hatten zur Unbeliebtheit Naumanns in Ost-Berliner Künstlerkreisen beigetragen. Unter Schriftstellern verdichtete sich mit dem „Fall Naumann“ der zutreffende Eindruck, im obersten Führungszirkel der SED gehe es keineswegs so harmonisch zu, wie es nach außen hin den Anschein hatte. Der Stimmungsbericht der ZAIG dokumentiert darüber hinaus, in welchem Maße die offizielle Version für völlig unglaublich gehalten wurde: „Nahezu einhellig wird unter allen Kreisen und Schichten der Bevölkerung die im Kommuniqué der 11. Tagung des ZK der SED enthaltene Begründung für die Funktionsentbindung des Gen. Naumann angezweifelt; teilweise wird sie offen abgelehnt.“

Im Unterschied zur Reaktion vieler Intellektueller registrierte das MfS unter Arbeitern staatlicher Industriebetriebe auch Bedauern über die Ablösung Naumanns. Begründet wurde dies mit seinem „volksverbundenen und politisch überzeugenden Auftreten in der Öffentlichkeit“. Angesichts seiner „flotten Sprüche“ und „flapsigen Bemerkungen“ genoss Naumann unter Angehörigen der Berliner Parteiorganisation durchaus Popularität. Er verstand es im Gegensatz zu manch anderen Funktionären, die SED-Politik mit einer vergleichsweise lebendigen Sprache zu erläutern und Betriebsangehörige im direkten Gespräch zu begeistern. Nicht wenige sahen in „Konni“ trotz seiner zahlreichen Eskapaden den kommenden Mann an der Spitze der Partei.

Naumann wurde nach seiner erzwungenen Ablösung keineswegs als Unperson behandelt. Ihm gelang es mit Zustimmung Honeckers, einen Teil seiner materiel-

¹³⁴ Bericht der ZAIG über „Reaktionen von Personenkreisen aus der Hauptstadt der DDR auf den Beschluss der 11. Tagung über die Entbindung Konrad Naumanns von seinen Funktionen vom 10. Dezember 1985“, in: Archiv BStU, MfS ZAIG 4201. Alle folgenden Zitate ebenda.

len Privilegien zu sichern, die er sich aufgrund seiner Parteifunktionen sukzessive angeeignet hatte. So behielt er das Vorrecht, wie bisher im Staatsjagdgebiet in der Choriner Schorfheide privat jagen zu dürfen – ein Privileg, das sonst nur ausgewählte Politbüromitglieder in Anspruch nehmen durften und das nach der Funktionsenthebung generell entzogen wurde.¹³⁵ Da Naumann und seine Ehefrau das Wohnhaus in der Waldsiedlung Wandlitz räumen mussten, wurde ihnen ein Wohnhaus in Berlin-Karlshorst zugewiesen.¹³⁶ Das Haus in der Waldowallee wurde damals als Gästehaus des Ministerrates genutzt und hatte zuvor als Wohnsitz der Familie des NDPD-Vorsitzenden Heinrich Homann gedient. Das zweigeschossige Haus mit seinen 224 Quadratmetern Wohnfläche bot Naumann im Vergleich zum Standard der DDR-Bevölkerung durchaus luxuriöse Wohnverhältnisse. Darüber hinaus erhielt Naumann ab dem 1. Januar 1986 eine „Ehrenpension“ durch den Ministerrat in Höhe von 5850,- Mark. Das entsprach den üblichen Regelungen nach dem Ausscheiden aus dem Politbüro.¹³⁷

Über das berufliche Schicksal des einstigen Berliner SED-Chefs wurde von Honecker persönlich entschieden. Am 11. Dezember 1985 bestätigte das Sekretariat des ZK seinen Vorschlag, Naumann als wissenschaftlichen Mitarbeiter in der Staatlichen Archivverwaltung in Potsdam arbeiten zu lassen.¹³⁸ Der Vorschlag war zuvor dem Generalsekretär vom Minister für Staatssicherheit unterbreitet worden.¹³⁹ Die Delegation abgesetzter Führungsmitglieder in das Archiv nach Potsdam hatte schon eine gewisse Tradition. Bereits Karl Schirdewan wurde nach seinem Ausschluss aus dem Politbüro im Februar 1958 als Leiter der Staatlichen Archivverwaltung Potsdam strafversetzt. Naumann nahm am 6. Januar 1986 seine neue Tätigkeit auf.¹⁴⁰

An seinem neuen Dienort gab sich Naumann ganz offensichtlich Mühe, nicht mit besserwisserischen Bemerkungen zu provozieren, seine Dienstpflichten formell zu erfüllen und sich generell unauffällig zu verhalten.¹⁴¹ Er fasste die ihm in

¹³⁵ Vgl. den Brief Naumanns an Honecker vom 26. November 1985 mit handschriftlichen Bemerkungen Honeckers sowie den Vermerk von Gisela Glende, Leiterin des Büros des Politbüros, über eine Besprechung mit Honecker vom 27. November 1985, in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/11/v.5558.

¹³⁶ Vgl. die Hausmitteilung Gisela Glendes an Honecker vom 5. Dezember 1985, in: ebenda.

¹³⁷ Vgl. den Beschluss des Politbüros über die „Ordnung für die Betreuung für Mitglieder und Kandidaten des Politbüros und Sekretäre des ZK, die aus gesundheitlichen oder Altersgründen aus dieser Funktion ausscheiden“, vom 4. Oktober 1983, in: Protokoll Nr. 37/83 der Sitzung des Politbüros am 4. Oktober 1983, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/202.

¹³⁸ Vgl. den Beschluss des Sekretariats vom 11. Dezember 1985, in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/11/v.5558.

¹³⁹ Vgl. das Schreiben Mielkes an das Büro des Politbüros vom 11. Dezember 1985, in: Archiv BStU, MfS SdM 645.

¹⁴⁰ Vgl. Hermann Schreyer, *Das Staatliche Archivwesen der DDR. Ein Überblick*, Düsseldorf 2008, S. 221–224.

¹⁴¹ Vgl. das Schreiben des Leiters der Hauptabteilung VII, Generalmajor Joachim Büchner, an den Stellvertreter des Ministers, Generalleutnant Gerhard Neiber, vom 6. Mai 1986: „Information über Tätigkeit, Auftreten und Verhalten des Genossen Konrad Naumann in der Staatlichen Archivverwaltung des MfI“, in: Archiv BStU, MfS HA VII 3326.

Potsdam übertragenen Arbeitsaufgaben als eine Art Bewährungsauflagen auf. Wie aus Berichten des MfS hervorgeht, gab es bis Ende Oktober 1989 eine „operative Sicherung“ Naumanns, was bedeutete, dass dieser mit geheimdienstlichen Methoden überwacht wurde. Diesem Zweck dienten verschiedene Gespräche mit Arbeitskollegen, Bekannten, Familienangehörigen und ehemaligen Mitarbeitern, über die Berichte an die Hauptabteilung VII des MfS übermittelt wurden.¹⁴² Auf diese Weise erfuhr das MfS nicht nur Details über die seelische Verfassung Naumanns, sondern auch über seine politische Haltung zu aktuellen Ereignissen.¹⁴³

Ein persönlicher Brief Naumanns an Honecker vom 22. April 1986 macht deutlich, dass er seine Hoffnungen auf Rehabilitierung und Rückkehr in den Kreis der „verantwortlichen Genossen“ noch nicht aufgegeben hatte. Darin gratulierte Naumann dem Generalsekretär unterwürfig zu dem „großartigen Parteitag“, dessen Gelingen einzig und allein Honecker zu verdanken sei. Die Bestätigung Honeckers als Generalsekretär empfand er als einen Glücksfall für die Partei. Dem schloss sich ein Bericht über sein Bemühen an, durch fleißige Arbeit in der Staatlichen Archivverwaltung seine Verfehlungen vergessen zu machen. Im Übrigen versicherte er Honecker, dass er sich „gesundheitlich gut fühle und jederzeit jeden Parteiauftrag auf der Grundlage meiner eigenen selbstkritischen Einschätzung gut und mit Gewissenhaftigkeit erfüllen werde“.¹⁴⁴

Honecker dachte jedoch nicht daran, Naumann eine neue Chance zu geben. In „kaderpolitischer“ Hinsicht war der „Fall Naumann“ für ihn erledigt. Dennoch unternahm Naumann am 11. Februar 1987 einen letzten, jedoch vergeblichen Versuch, sich gegenüber Honecker wieder ins Gespräch zu bringen: „Ich fühle mich mit meinen 58 Jahren in der Lage und bereit, um auch noch andere Parteiaufträge zu erfüllen, wenn Du es für richtig hältst – es sei denn, dass es ausdrücklich festgelegt wird, dass ich ‚hier‘ in der Staatlichen Archivverwaltung Potsdam bis zu meinem politischen Lebensende zu verbleiben habe.“¹⁴⁵ Auch wenn sich Naumanns Hoffnungen auf eine Rehabilitierung zerschlugen, kam bis zuletzt kein kritisches Urteil über Honecker über seine Lippen. Selbst nach dessen Sturz im Herbst 1989 äußerte er sich dazu nicht.¹⁴⁶

Naumann konnte sich mit seiner politischen Entmachtung bis zuletzt nicht abfinden. Ebenso wenig kam er mit seiner Rolle als untergeordneter Mitarbeiter

¹⁴² Die Hauptabteilung VII des MfS organisierte u. a. die Kooperation des MfS mit dem Ministerium des Innern und war zugleich für die Überprüfung und Überwachung der MdI-Mitarbeiter sowie die Kontrolle der dortigen Arbeitsprozesse verantwortlich. Vgl. Tobias Wunschik, Hauptabteilung VII: Ministerium des Innern, Deutsche Volkspolizei (MfS-Handbuch), Berlin 2009, S. 3ff.

¹⁴³ Vgl. das Schreiben Büchners an Neiber vom 8. April 1987: „Information über Tätigkeit, Auftreten und Verhalten des Genossen Konrad Naumann in der Staatlichen Archivverwaltung des MdI“, in: Archiv BStU, MfS HA VII 3326.

¹⁴⁴ Vgl. den Brief Naumanns an Honecker vom 22. April 1986, in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/11/v.5558.

¹⁴⁵ Brief Naumanns an Honecker vom 11. Februar 1987, in: ebenda.

¹⁴⁶ Vgl. das Schreiben Büchners an Neiber vom 19. Oktober 1989: „Information über Tätigkeit, Auftreten und Verhalten des Genossen Konrad Naumann in der Staatlichen Archivverwaltung des MdI“, in: Archiv BStU, MfS HA VII 2245.

in einem Archiv zurecht. Nach dem Ende der SED und der DDR ging Naumann im April 1991 zusammen mit seiner dritten Ehefrau nach Ekuador (Quito). Dort starb er am 25. Juli 1992.¹⁴⁷ Sein Schicksal steht exemplarisch für den Umgang mit in Ungnade gefallenem Spitzenfunktionären in der Honecker-Ära. Wenn- gleich der Karriere-Absturz mit dem Verlust politischer Einflussnahmen und persönlicher Macht verbunden war, kamen auf die Betroffenen keine materiellen Entbehrungen zu, wie diese noch in der Ulbricht-Ära drohten. Es gab auch keinen persönlichen Rachefeldzug Honeckers gegen den ehemaligen Berliner Bezirks- chef. Naumann musste nach seiner Entfernung aus dem inneren Zirkel der Macht im November 1985 zwar politische Isolation und Ausgrenzung erdulden, jedoch keine persönlichen Demütigungen des SED-Chefs fürchten.

Nach seiner eigenen Entmachtung bereute es Honecker sogar, seinen ehema- ligen 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin sang- und klanglos abgelöst zu haben. Während seiner 169-tägigen Untersuchungshaft 1992/93 in der Justizvoll- zugsanstalt Berlin-Moabit notierte er am 11. August 1992 in seinem Tagebuch: „Ich habe soeben die taz mit der Meldung von Konnis Tod gelesen. [...] Im Übri- gen, das habe ich schon in Lobetal¹⁴⁸ gesagt, war es ein Fehler von mir, dem Polit- büro und dem Sekretariat, ihn wegen seines Auftretens bei einigen Intellektuellen ablösen zu lassen. Ich habe zwar kameradschaftlich mit ihm vorher gesprochen, aber die Entwicklung hat gezeigt, dass trotz aller Argumente die Ablösung falsch war. [...] Er war ein aufrechter und ehrlicher Genosse.“¹⁴⁹ Dass Honecker in dem machtbewussten Bezirkssekretär keinen ernsthaften Konkurrenten gesehen hatte und dessen Intoleranz in der Berliner Kulturpolitik durchaus zu schätzen wusste, belegen die nachfolgenden Sätze aus Honeckers Tagebuch: „Wenn es geht, werde ich in Erinnerung bringen, dass Konrad Naumann es war, der die Initiative zum Bau des Nikolai-Viertels ergriff und durchsetzte. Das Viertel ist ein Denkmal für ihn und die Kulturpolitik der SED-Bezirksleitung der Hauptstadt der DDR. Ich habe ihn nie als Konkurrenten betrachtet, da mir ein solches Denken nicht ent- spricht. Jedenfalls wäre er besser als Krenz gewesen, nicht zu reden vom Verräter Schabowski.“¹⁵⁰

Tatsächlich trifft die frühere Mutmaßung, Honecker habe im November 1985 seinen letzten ernsthaften Widersacher und lästigen Konkurrenten in den eigenen Reihen ausschließlich aus machtpolitischen Erwägungen kaltgestellt, nicht zu. Ebenso falsch ist die Behauptung, Naumann habe im Politbüro seit Jahren gegen den in seinen Augen viel zu laschen innenpolitischen Kurs des Generalsekretärs sowie die Wirtschaftspolitik Honeckers opponiert und damit handfeste Gründe

¹⁴⁷ Vgl. Monika Zimmermann (Hrsg.), Was macht eigentlich...? 100 Prominente heute, Berlin 1994, S. 102; Paul Bergner, Die Waldsiedlung. Ein Sachbuch über „Wandlitz“, Berlin 2001, S. 211.

¹⁴⁸ Vom 30. Januar bis 3. April 1990 hielt sich Honecker in Lobetal bei Bernau bei der Familie des Lobetaler Pfarrers Uwe Holmer auf. Holmer war Leiter der Hoffnungstaler Anstalten in Lobetal – eine Klinik für psychisch Kranke.

¹⁴⁹ Zitiert in: Erich Honecker, Letzte Aufzeichnungen, Berlin 2012, S. 39.

¹⁵⁰ Ebenda.

für seinen Sturz geliefert.¹⁵¹ Grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Honecker und Naumann gab es nicht. Honecker sah in Naumann einen pflichtbewussten Kommunisten und „treuen Parteisoldaten“, dessen persönliche Eigenheiten und Kapriolen er tolerierte. Sicherlich hatte das Ausmaß seiner Eskapaden, die im Politbüro mit wachsendem Unmut zu Kenntnis genommen wurden, eine kaum mehr tolerierbare Grenze erreicht.¹⁵² Für Honecker war wohl die Entgleisung an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften der letzte Anstoß, um den eigenwilligen Bezirkschef in den politischen Ruhestand zu schicken. Die öffentlichen Auftritte von Naumann untergruben die Autorität des Politbüros und zugleich auch das Ansehen des SED-Chefs. Damit war das nach außen vermittelte Bild von der Einheit der Parteiführung und damit ein unumstößlicher Grundsatz kommunistischer Parteidogmen bedroht. Mit der Abgabe einer schriftlichen Erklärung beim Generalsekretär und einer selbstkritischen Entschuldigung, mit der Naumann bislang im Amt verbleiben konnte, gab sich Honecker nun nicht mehr zufrieden.

3. Herbert Häber – ein Fall eigenständiger Westpolitik?

3.1 Aufstieg und Fall Herbert Häbers als deutschland-politischer Berater Honeckers

Auf der 11. Tagung des Zentralkomitees am 22. November 1985 wurde neben Naumann auch Herbert Häber als Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees verabschiedet. Er ist in der Amtszeit Honeckers der Funktionär mit der kürzesten Verweildauer im SED-Politbüro. Jarowsky begründete die Ablösung Häbers in der üblichen Weise mit gesundheitlichen Gründen.¹⁵³ Seine angeschlagene Gesundheit war jedoch nicht der einzige Grund. Schon damals wurde über sein angebliches Streben nach einer eigenständigen Westpolitik gemunkelt, das dem Generalsekretär ein Dorn im Auge sei – eine Version, die Häber im Herbst 1989 selbst in der Öffentlichkeit verbreitete¹⁵⁴ und seitdem immer

¹⁵¹ So Der Spiegel, 49/1985 vom 2. Dezember 1985; Naumanns Sturz – Ein Sieg für Krenz? Die kaderpolitischen Beschlüsse des 11. ZK-Plenums, in: Deutschland Archiv 18 (1985), S. 1251 ff.

¹⁵² Helmut Müller schildert einen weiteren ausschlaggebenden Faktor: „Vera Oelschlegel hatte Erich Honecker davon informiert, dass ihr Mann ein Verhältnis mit ihrer Tochter hat. Das ging ihm ‚unter die Gürtellinie‘. Das überstieg das Maß der Tolerierung dessen, was ihm von der allzu lieben Zuneigung Konrad Naumanns zum anderen Geschlecht bekannt war und in der Öffentlichkeit für viel Gesprächsstoff sorgte.“ Zitiert in: Müller, Die Berliner Parteiorganisation der SED, S. 31.

¹⁵³ Vgl. das Protokoll der 11. ZK-Tagung am 22. November 1985, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/639.

¹⁵⁴ Vgl. das Interview mit Herbert Häber in der Sendung von ELF 99 im 2. Programm des DDR-Fernsehens vom 5. Dezember 1989 unter dem Titel „Vier Jahre danach... Herbert Häber gibt zu Protokoll“.

wieder in Interviews pflegt.¹⁵⁵ Zeitgenössische Beobachter in der Bundesrepublik vermuteten sogar, Häber habe eine kritische Haltung zu Honeckers Politik des innerdeutschen Dialogs eingenommen und sei deshalb als Folge parteiinterner Machtkämpfe um die Ausrichtung der Deutschland- und Westpolitik aus dem Führungszirkel ausgeschaltet worden.¹⁵⁶

Bis zur Ablösung Häbers im November 1985 deutete nichts auf Differenzen zwischen Honecker und seinem Experten für die Deutschlandpolitik hin. Der Generalsekretär schätzte und nutzte Häbers deutschlandpolitische Erfahrungen, seinen Rat und seine langjährigen, vielfältigen Verbindungen zu einflussreichen Politikern in der Bundesrepublik, nicht zuletzt zu der seit 1982 regierenden CDU.¹⁵⁷ Häber war in der Ulbricht-Ära von Dezember 1965 bis Juli 1971 stellvertretender Staatssekretär für gesamtdeutsche (später westdeutsche) Fragen gewesen und leitete anschließend das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft¹⁵⁸, das als deutschlandpolitische Forschungsstätte der DDR galt, ehe er im November 1973 zum Leiter der Westabteilung des Zentralkomitees ernannt wurde. Zum Tätigkeitsfeld der Abteilung gehörte es, die politische Arbeit der Vorstände von DKP und SEW zu koordinieren und anzuleiten, Informationen über Parteien und Organisationen sowie über die politische und wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik zu sammeln und für den Generalsekretär bzw. das Politbüro auszuwerten, die politische Propaganda der SED in der Bundesrepublik zu steuern, Protestaktionen gegen die Regierungspolitik in der Bundesrepublik zu organisieren sowie die gesamte Westarbeit der Blockparteien und Massenorganisationen der DDR zu koordinieren und zu kontrollieren.¹⁵⁹

Häber wurde auf persönlichen Vorschlag Honeckers am 24. Mai 1984 auf der 8. ZK-Tagung zum Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK bestimmt. Die

¹⁵⁵ Vgl. Paul Kohl, *Der Fall Herbert Häber – Vom Politbüro in die Psychiatrie* (Feature). Regie: Holger Jackisch (Produktion: MDR/DLF/RBB 1999); Daniel Küchenmeister, *Der „heiße Draht“ zwischen Bonn und Ostberlin. Ein Interview mit Herbert Häber*, in: Daniel Küchenmeister (Hrsg.), ... abgegrenzte Weltoffenheit... Zur Außen- und Deutschlandpolitik der DDR, Potsdam 1999, S. 153–161.

¹⁵⁶ Vgl. Johannes Kuppe, *Marschroute zum XI. Parteitag festgelegt. Politische Aspekte des 11. ZK-Plenums*, in: *Deutschland Archiv* 19 (1986), S. 1 ff.

¹⁵⁷ Vgl. Detlef Nakath, *Die Häber-Gespräche. Zur Herstellung der Kontakte des SED-Deutschlandpolitikers Herbert Häber zu Regierungs- und Oppositionskreisen der Bundesrepublik in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre*, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), *Die DDR – Analysen eines aufgegebenen Staates*, Berlin, 2001, S. 653–668; Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.), *Die Häber-Protokolle. Schlaglichter der SED-Westpolitik 1973–1985*, Berlin 1999.

¹⁵⁸ Das im Juli 1971 gebildete Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) wurde aus dem in Berlin ansässigen Deutschen Institut für Zeitgeschichte (DIZ), dem Deutschen Wirtschaftsinstitut (DWI) sowie den wissenschaftlichen Bereichen des Staatssekretariats für westdeutsche Fragen gebildet. Erster Direktor wurde Herbert Häber, der diese Funktion bis Mitte September 1973 ausübte. Sein Nachfolger als IPW-Direktor, Max Schmidt, bekleidete dieses Amt bis zum Ende der DDR im Jahre 1990.

¹⁵⁹ Leiter der Westabteilung waren Alfred Zeidler (1948–1949), Paul Verner (1953–1958), Arne Rehan (1959–1963), Heinz Geggel (1963–1973), Herbert Häber (1973–1985) und Gunter Rettner (1985–1989).

Umbildung der Westabteilung des ZK in die von ihm geleitete Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft erfolgte im Mai 1984 auf seine persönliche Anregung hin. Häber war ZK-Sekretär für Internationale Politik und Wirtschaft und zugleich Abteilungsleiter in einer Person. Faktisch waren bei Häber die deutschlandpolitischen Zuständigkeiten im Parteiapparat konzentriert. Nach seiner Ablösung als Politbüromitglied, ZK-Sekretär und Abteilungsleiter übernahm Hermann Axen die „Anleitung“ der Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft des ZK der SED. Axen war damit im Sekretariat bis November 1989 auch für die Arbeit in Westdeutschland zuständig. Als neuen Leiter der Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft bestätigte das Politbüro auf seiner Sitzung am 28. Oktober 1985 Gunter Rettner.¹⁶⁰

Der nach dem Krieg in einem Zwickauer Metallwerk beschäftigte Hilfsarbeiter Herbert Häber hatte seine Karriere im Jugendverband als Organisationsleiter in der FDJ-Kreisleitung Zwickau (1947) begonnen. Nach kurzer Korrespondentenzeit beim Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst (ADN) in Zwickau (1947/1948) und einem Intermezzo in der Redaktion der SED-Zeitung „Freie Presse“ in Zwickau (1949/50) kletterte er die Karriereleiter im Parteiapparat hoch: als Jugendsekretär in der SED-Kreisleitung Zwickau (1948/49), Instrukteur im ZK der SED und politischer Mitarbeiter der Westkommission beim Politbüro des ZK der SED (1951 bis 1953), Leiter des Sektors für gesamtdeutsche Fragen der Abteilung Presse und Rundfunk des ZK der SED (1953 bis 1955) und Sektorenleiter im „Arbeitsbüro“ des ZK der SED (1955 bis 1960). 1960 holte ihn Ulbricht als hauptamtliches Mitglied bzw. Abteilungsleiter in die Kommission für gesamtdeutsche Arbeit bzw. Westkommission beim Politbüro des ZK der SED (bis 1965).¹⁶¹ Dieser biographische Hintergrund verweist auf die reichhaltigen Erfahrungen, die Häber über viele Jahre auf dem Feld der deutsch-deutschen Kontakte und Beziehungen gesammelt hatte. Nie hatte es erkennbare Unstimmigkeiten zwischen seinen deutschlandpolitischen Vorlagen sowie Analysen und den Ansichten im Politbüro zur Politik in den deutsch-deutschen Beziehungen gegeben.

Seine Vorgesetzten im Apparat der Partei stellten Häber stets vorbildliche Zeugnisse aus.¹⁶² Die SED-Landesparteschule hob in ihrer Abschlussbeurteilung vom 7. November 1949 besonders seine intellektuellen Fähigkeiten heraus: „Sein Intellekt ist überdurchschnittlich, ebenso seine Aufnahmefähigkeit, wobei seine Eigeninitiative und sein dialektisches Denken als sehr gut zu bezeichnen sind.“¹⁶³ Seitdem der „Westexperte“ Häber am 1. November 1973 die Leitung der Westabteilung im SED-Zentralkomitee übernommen hatte, baute er im Laufe der Jahre und bei zahlreichen Reisen in die Bundesrepublik Kontakte zu Politikern vieler

¹⁶⁰ Vgl. das Protokoll Nr. 43/85 der Sitzung des Politbüros am 28. Oktober 1985, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2136.

¹⁶¹ Vgl. die Kaderakte Herbert Häbers, in: ebenda, DY 30 IV 2/11/v.5550.

¹⁶² Vgl. die Beurteilung des Leiters der Abteilung Presse und Rundfunk des ZK vom 23. Februar 1954, in: ebenda.

¹⁶³ Beurteilung des SED-Landesvorstandes Sachsen, Personalpolitische Abteilung, vom 7. November 1949, in: ebenda.

Bonner Parteien auf und war während seiner gesamten Amtszeit – insbesondere auch nach dem Regierungswechsel in Bonn 1982 – ein von westdeutschen Akteuren gefragter Gesprächspartner.¹⁶⁴ So legte z. B. Wolfgang Schäuble bei seinem ersten offiziellen Besuch als Kanzleramtsminister am 6. Dezember 1984 in Ost-Berlin Wert darauf, neben DDR-Außenminister Oskar Fischer auch Herbert Häber zu treffen.¹⁶⁵ Häber profilierte sich als einer der wichtigsten deutschlandpolitischen Berater des SED-Chefs.¹⁶⁶

Nachdem am 22. November 1983 der Deutsche Bundestag der Aufstellung amerikanischer Raketensysteme vom Typ Pershing II und Cruise-Missile auf dem Territorium der Bundesrepublik zugestimmt und die Sowjetunion einen Tag später die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten über die atomaren Waffensysteme mittlerer Reichweite (INF) in Genf sowie die Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffensysteme abgebrochen hatte, verfolgte Honecker eine von der sowjetischen Linie der Konfrontation deutlich abweichende Politik.¹⁶⁷ Durch die Berichte Häbers sowohl aus Moskau als auch aus Bonn im Herbst 1983 sah sich Honecker in seinem „Sonderweg“ bestätigt.¹⁶⁸ So erklärte der SED-Chef auf der 7. ZK-Tagung am 25. November 1983, dass der Kampf für die Abwendung eines nuklearen Weltkrieges, für die Beendigung des Wettrüstens „jetzt erst recht fortgesetzt“ werde. Es sei auf jeden Fall besser, „zehnmal zu verhandeln als einmal zu schießen“.¹⁶⁹ Deshalb werde die DDR „jeden vernünftigen Vorschlag der BRD, die Beziehungen zwischen den beiden Staaten entsprechend dem Vertragssystem auf ein normales Gleis zu bringen, sorgfältig prüfen.“ Demgegenüber fiel auf dieser ZK-Tagung Konrad Naumann mit Beschimpfungen des Bundeskanzlers auf, den er als „Atomkanzler“ bezeichnete, der mit „atlantischer Nibelungentreue“ alles, aber auch alles unterlassen habe, um deutsche Interessen prinzipieller zu vertreten. Wie könne ein solcher Kanzler, so fragte Naumann ver-

¹⁶⁴ Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 501f.; Detlef Nakath, Deutsch-deutsche Grundlagen. Zur Geschichte der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik in den Jahren von 1969 bis 1982, Schkeuditz 2002, S. 290 ff.

¹⁶⁵ Vgl. Karl-Rudolf Korte, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989, Stuttgart 1998, S. 73.

¹⁶⁶ Vgl. Jürgen Nitz, Unterhändler zwischen Berlin und Bonn. Zur Geschichte der deutsch-deutschen Geheimdiplomatie in den 80er Jahren, Berlin 1998, S. 62 ff.

¹⁶⁷ Vgl. Hans-Hermann Hertle/Konrad H. Jarausch (Hrsg.), Risse im Bruderbund. Die Gespräche Honecker-Breshnew 1974 bis 1982, Berlin 2006, S. 56f.; Hermann Wentker, Zwischen Unterstützung und Ablehnung der sowjetischen Linie: Die DDR, der Doppelbeschluss und die Nachrüstung, in: Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 137–154.

¹⁶⁸ Vgl. Nakath, Deutsch-deutsche Grundlagen, S. 311 ff.; Herbert Häber, Die Deutschlandpolitik der SED, in: Reinhard Hübsch (Hrsg.), „Hört die Signale!“, Berlin 2002, S. 79–92; Hermann Wentker, Öffnung als Risiko. Bedrohungsvorstellungen der DDR-Führung infolge der Ost-West-Entspannung, in: Torsten Diedrich/Walter Süß (Hrsg.), Militär und Staatssicherheit im Sicherheitskonzept der Warschauer-Pakt-Staaten, Berlin 2010, S. 297–318.

¹⁶⁹ Protokoll der 7. ZK-Tagung am 24./25. November 1983, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/616.

ächtlich, jetzt noch glaubwürdig davon sprechen, alles zu tun, damit von deutschem Boden nie mehr ein Krieg ausgehe? Die Rolle als Scharfmacher gestand Honecker dem Ost-Berliner Bezirkssekretär durchaus zu, konnte er sich doch dadurch umso mehr als „Friedenspolitiker“ profilieren.

Nach dem Tod Jurij Andropows, dem Konstantin Tschernenko am 13. Februar 1984 als neuer Generalsekretär der KPdSU nachfolgte, verschlechterte sich in der sowjetischen Führung die Stimmung gegenüber Honecker, seine ohne vorherige Abstimmung mit Moskau betriebene wirtschaftliche Kooperation mit der Bundesrepublik und seine eigenständige Friedenspolitik nach der Raketenstationierung, die von der unflexiblen starren Linie der sowjetischen Führung deutlich abwich. Honecker erhoffte sich von Tschernenko grünes Licht für seinen mit Helmut Kohl grundsätzlich vereinbarten Besuch in der Bundesrepublik.¹⁷⁰ Bei einem Geheimtreffen der beiden Generalsekretäre Tschernenko und Honecker am 17. August 1984 in Moskau übte der KPdSU-Chef jedoch heftige Kritik an Honeckers Absicht, die Bundesrepublik zu besuchen und warnte ihn eindringlich vor dem zunehmenden Einfluss Bonns auf die Angelegenheiten der DDR.¹⁷¹

In den einschlägigen Darstellungen bildet das geheime Treffen am 17. August 1984 den Ausgangspunkt für die spätere Ablösung Häbers und verdient deshalb besondere Aufmerksamkeit.¹⁷² Neben Tschernenko waren auf sowjetischer Seite die Politbüromitglieder Michail S. Gorbatschow, Dmitri F. Ustinow, Wiktor M. Tschebrikow und Konstantin W. Russakow anwesend. Honecker kam in Begleitung der SED-Politbüromitglieder Hermann Axen, Kurt Hager und Erich Mielke sowie des Leiters der ZK-Abteilung Internationale Verbindungen, Günther Sieber. Häber gehörte der Delegation nicht an, war zuvor aber von Honecker beauftragt worden, „ein Konzeptionspapier über die Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik“ für dessen Vortrag in Moskau auszuarbeiten.¹⁷³ Dort ließ Honecker am 17. August die Ausarbeitung Häbers in russischer Sprache wörtlich vortragen. Ausführlich begründete er, warum sein Besuch in der Bundesrepublik gerade jetzt stattfinden müsse und welche Ziele damit erreicht werden könnten.¹⁷⁴

Tschernenko und vor allem Verteidigungsminister Ustinow ließen sich davon nicht beeindrucken und kanzelten Honecker mitsamt seinen deutsch-deutschen

¹⁷⁰ Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 483.

¹⁷¹ Vgl. die Auszüge aus der Niederschrift des Geheimtreffens zwischen Honecker und Tschernenko am 17. August 1984 in Moskau in: Nakath/Stephan, Die Häber-Protokolle, S. 398 ff.

¹⁷² Vgl. Nakath, Deutsch-deutsche Grundlagen, S. 316; Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan, Aufstieg und Fall des Herbert Häber. Zu Vorgeschichte und Hintergründen seines Ausschlusses aus dem SED-Politbüro 1985, in: Deutschland Archiv 32 (1999), S. 199–209; Peter Jochen Winters, Herbert Häber und der zweite Politbüro-Prozess, in: Deutschland Archiv 36 (2003), S. 5–11.

¹⁷³ Vgl. Nakath/Stephan, Die Häber-Protokolle, S. 60 f.; Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan, Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980–1987, Berlin 1995, S. 194 ff.

¹⁷⁴ Vgl. die Niederschrift des Geheimtreffens am 17. August 1984, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039/280.

Annäherungsversuchen regelrecht ab. Trotz Honeckers Versicherung, dass die DDR sich in allen internationalen Fragen in voller Übereinstimmung mit der sowjetischen Politik befinde, hatte Tschernenko den Eindruck gewonnen, dass Honecker keine Einsicht zeige und weiter an seinem Kurs festhalten wolle. Wie sich die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten gestalten, sei eine Frage, die direkt die Sowjetunion und die gesamte sozialistische Gemeinschaft berühre, sagte Tschernenko während des Treffens. Den geplanten Besuch Honeckers in Bonn, dessen Vorbereitungen bereits angelaufen waren, bezeichnete Tschernenko zwar als eine Angelegenheit, die von der SED zu entscheiden sei. Er forderte Honecker jedoch dringend dazu auf, „in der entstandenen Lage von dem Besuch Abstand [zu] nehmen.“¹⁷⁵ Vor dem Hintergrund der versteckten Drohung Tschernenkos, eine Fortführung der bislang betriebenen deutsch-deutschen Annäherungstendenzen könne auch Konsequenzen für den SED-Chef persönlich haben, fügte sich Honecker dem Willen der sowjetischen Führung. Am 28. August 1984 entschied das SED-Politbüro, dass der Besuch des Generalsekretärs zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht stattfinden könne.¹⁷⁶

Trotz der brüskierenden Zurechtweisung während des Treffens im August 1984 in Moskau gibt es keine verlässlichen Hinweise darauf, dass Honecker nun nach einem Sündenbock gesucht hätte, um die Spannungen zwischen der SED und der KPdSU zu mildern. Die SED-Führung schlug zwar einen härteren Ton gegen den angeblichen westdeutschen Revanchismus an, intern suchte Honecker nach wie vor nach Möglichkeiten, um die Beziehungen mit der Bundesrepublik auszuweiten.

Wenngleich Häber das uneingeschränkte Vertrauen Honeckers genoss, hatte er im Politbüro einen schweren Stand. Axen, ZK-Sekretär für Internationale Beziehungen, sah seine Zuständigkeit durch Häber eingeschränkt, ebenso wie Mittag, der seine Autorität in den deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen bedroht sah. Mielke hielt Häber mit seinen zahlreichen Westkontakten für ein Sicherheitsrisiko und argwöhnte, dass er dem „Klassenfeind“ die Tür in die DDR öffnen würde. Der MfS-Chef ließ gegen Häber ermitteln und in seinem Ministerium eine „Operative Auskunft“ erarbeiten, die das Datum des 15. Oktober 1984 trägt.¹⁷⁷ Die Überprüfung von Politbüromitgliedern bildete in derartigen Verdachtsfällen in Mielkes Ministerium nichts Außergewöhnliches. Vergleichbare „operative Auskünfte“ existieren auch über andere Politbüromitglieder. So ließ Mielke beispielsweise im März 1982 Dohlus, Felfe und Schürer von der Abteilung 11 der Hauptverwaltung IX überprüfen.¹⁷⁸ Die von Oberstleutnant Dieter Skiba geleitete Abteilung IX/11 befasste sich mit der Aufklärung von Nazi- und Kriegs-

¹⁷⁵ Zitiert in: Nakath/Stephan, Die Häber-Protokolle, S. 410.

¹⁷⁶ Vgl. das Protokoll Nr. 34/84 der Sitzung des Politbüros am 28. August 1984, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2073 und 2074.

¹⁷⁷ Vgl. die operative Auskunft des MfS über Häber vom 15. Oktober 1984, in Archiv BStU, MfS ZA HA II/6 1112, Bl. 9ff.

¹⁷⁸ Vgl. den handschriftlichen Vermerk über die Überprüfung von Politbüromitgliedern vom 11. März 1982, in: ebenda, MfS HA IX/11 SV 9/82, Bl. 3.

verbrechen, der Beschaffung und Aufbereitung von Dokumenten aus der NS-Zeit und mit Recherchen zur Überprüfung zu Personen und Sachverhalten, die sich auf die NS-Zeit bezogen.¹⁷⁹ Ziel der Überprüfung von Dohlus, Felfe und Schürer war die Suche nach Unterlagen aus der Zeit vor 1945, die dem „Ansehen unserer Partei und unsere Staates schweren Schaden zufügen könnten“.¹⁸⁰ Es ging bei derartigen Fällen stets um Mitgliedschaften in der NSDAP sowie deren Gliederungen bzw. um die Zugehörigkeit zu bewaffneten Formationen der SS und Wehrmacht oder um die Beteiligung an Verbrechen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg. Nach Abschluss der Überprüfung von Dohlus, Felfe und Schürer meldete die Hauptabteilung IX/11 am 11. März 1982, dass sich zu diesen Personen keinerlei Hinweise aus der Zeit vor 1945 ergeben hätten.¹⁸¹ Die Ergebnisse der Untersuchung wurden als „spezieller Vorgang“ (SV) erfasst und gesperrt abgelegt. Eine Einsicht in die Akten über den Vorgang war nur mit Genehmigung des Leiters der HA IX/11 möglich.

Unmittelbar nach der Bestätigung Häbers als Politbüro- und Sekretariatsmitglied auf der 8. ZK-Tagung am 24. Mai 1984 wurde die MfS-Hauptabteilung IX/11 aktiv und recherchierte über die Aktivitäten Häbers und seiner Familie (Ehefrau, Eltern, Geschwister sowie deren Ehepartner) in den Jahren zwischen 1933 und 1945. Anfang Juni 1984 lagen dem MfS nach ersten intensiven Recherchen vorläufige Erkenntnisse über die Beschuldigung gegen den Vater Fritz Häber vor, die sich auf die NS-Zeit bezogen.¹⁸² Die Unterlagen zur „operativen Überprüfung“ Herbert Häbers, die in der Hauptabteilung IX/11 erarbeitet wurden, enthalten insgesamt keine Hinweise darauf, dass die Gründe für die Amtsenthebung des Westexperten Honeckers in seinen deutsch-deutschen Kontakten oder seiner deutschlandpolitischen Beratertätigkeit für den Generalsekretär zu suchen sind. Der Unmut der sowjetischen Führung über die deutschlandpolitischen Eigenmächtigkeiten des SED-Chefs hätte kaum als Grund ausgereicht, um Häber als „Sündenbock“ von sämtlichen Funktionen im Apparat der Partei zu entbinden. Eine derartige Version entsprach zweifellos den Versuchen Häbers seit dem Herbst 1989, sich als Opfer politischer Intrigen zu inszenieren und sich unter dem neuen Generalsekretär Krenz politisch rehabilitieren zu lassen.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass schwerwiegende Anschuldigen gegen Häbers Vater, die sich auf dessen illegalen Widerstand in den Jahren nach 1933 bezogen und noch immer nicht vollständig geklärt im Raum standen, den Anstoß dazu gaben, Häber als Politbüromitglied zurückzuziehen.¹⁸³ Alle vom

¹⁷⁹ Vgl. Die Organisationsstruktur des Ministeriums für Staatssicherheit, bearbeitet von Roland Wiedmann, in: Klaus-Dietmar Henke/Siegfried Suckut/Clemens Vollnhals/Walter Süß/Roger Engelmann (Hrsg.), *Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden* (MfS-Handbuch), Berlin 1996, S. 135.

¹⁸⁰ Handschriftlicher Vermerk über die Überprüfung von Politbüromitgliedern vom 11. März 1982, in: Archiv BStU, MfS HA IX/11 SV 9/82, Bl. 3.

¹⁸¹ Ebenda.

¹⁸² Vgl. den Bericht der HA IX/11 über die Ergebnisse der Überprüfung von Fritz Häber vom 4. Juni 1984, in: Archiv BStU, MfS HA II/6 1112, Bl. 46.

¹⁸³ Vgl. den Vermerk von Fritz Skiba vom 11. Juni 1984, in: ebenda, MfS HA II/6 1112, Bl. 60f.

MfS ausgewerteten Unterlagen über die Vergangenheit Fritz Häbers, die u. a. konspirativ aus dem Zentralen Staatsarchiv in Potsdam beschafft wurden, nahm der Leiter der Abteilung 11 der HA IX zum Anlass, auch Herbert Häber als politisch angreifbar einzustufen, was seiner Ansicht nach mit seiner Mitgliedschaft im Politbüro und im Sekretariat des ZK nur schwer zu vereinbaren sei.¹⁸⁴ In diesem Sinne war auch ein Brief der Schwester der geschiedenen Ehefrau Häbers an den Minister für Staatssicherheit abgefasst. Sie schrieb wahrscheinlich nicht nur aus eigenem Antrieb am 17. Oktober 1984 an Mielke und verwies auf schwerwiegende Vorwürfe gegen den Vater, die aus ihrer Sicht zu einer Abberufung Herbert Häbers führen müssten: „So wurden in der Vergangenheit Funktionäre aus ihren Funktionen abberufen, weil sich im Verlaufe der Zeit herausstellte, dass bei Bekanntwerden solcher und ähnlicher Fakten das Ansehen unserer Partei und unseres Staats diskriminiert wird. Ich persönlich habe über die Entscheidung unserer Parteiführung nicht zu befinden, halte mich auch wie stets diszipliniert an die Beschlüsse meiner Partei, möchte aber zum Ausdruck bringen, dass es mich doch persönlich tief bewegt, dass unter diesen Bedingungen Genosse Prof. Häber als Mitglied unseres Politbüros und Sekretär des ZK gewählt wurde. Ich nehme an, dass diese Fakten unserem Generalsekretär nicht bekannt sind.“¹⁸⁵

Der Inhalt dieses Briefes entsprach vermutlich den Intentionen der zuständigen Hauptabteilung IX/11 und verfehlte seine Wirkung nicht. In einem abschließenden Bericht über Fritz Häber vom Februar 1985 verband Abteilungsleiter Skiba die Untersuchungsergebnisse seiner Abteilung – den Vorwurf des Verrats von politischen Gesinnungsgenossen an die Gestapo im Jahre 1933 und die Mitgliedschaft in einem Exekutionskommando der Wehrmacht im März/April 1943 – mit einer Anklage gegen den Sohn Herbert Häber. Häber wisse, so hieß es abschließend, über die Verhaltensweisen und Handlungen seines Vaters während des Krieges genau Bescheid und habe sich bis zum heutigen Tage gegenüber der Partei nicht dazu geäußert. Der Partei war es somit nicht möglich, „die entsprechenden kaderpolitischen Entscheidungen zu treffen“.¹⁸⁶

Das waren schwerwiegende Vorwürfe, die weder Mielke noch Honecker einfach vom Tisch wischen konnten. Im Herbst 1984 leitete die HA IX/11 die Informationen zur Überprüfung Häbers und seiner Familie an die Abteilung 6 der MfS-Hauptabteilung II „Spionageabwehr“ weiter, die den Überprüfungsrahmen auf die deutsch-deutschen Kontakte ausdehnte.¹⁸⁷ Jetzt stand auch der vom MfS erhobene Verdacht im Raum, in der engsten Umgebung Häbers könne ein Informant für den Bundesnachrichtendienst (BND) arbeiten. Die Untersuchungen

¹⁸⁴ Vgl. den Bericht des Leiters der HA IX/11 für den Leiter der HA II/6 vom Februar 1985, in: ebenda, MfS HA II/6 1923, Bl. 2f.

¹⁸⁵ Brief Annemarie Schneiders an Mielke vom 17. Oktober 1984, in: ebenda, MfS HA II/6 1112, Bl. 19.

¹⁸⁶ Bericht der HA IX/11 für den Leiter der HA II/6 vom Februar 1985, in: ebenda, MfS HA II/6 1923, Bl. 2.

¹⁸⁷ Zu den Aufgaben dieser Hauptabteilung vgl. Hanna Labrenz-Weiß, Die Hauptabteilung II: Spionageabwehr (MfS-Handbuch), Berlin 2001, S. 17f.

der Hauptabteilung II mündeten schließlich in die „Operative Auskunft“ vom 15. Oktober 1984, in der Häber im Verdacht stand, seit den 1950er Jahren vom BND „abgeschöpft“ worden zu sein, wodurch dieser wichtige Informationen über die Parteiführung erlangt habe.¹⁸⁸ So wollte die zuständige Abteilung II/6 „Interessen imperialistischer Geheimdienste“ an Häber erkannt haben. Dem BND sei es angeblich gelungen, in dessen unmittelbarem Umfeld einen Agenten einzubauen, der das uneingeschränkte Vertrauen Häbers besitze. Gleichwohl musste die zuständige Abteilung II/6 einräumen, keine schlüssigen Beweise für diese Verdachtsmomente vorlegen zu können. Es hieß: „Diese Version muss im Zuge der Bearbeitung des verdächtigen ‚Grenzgängers‘ noch bewiesen werden.“¹⁸⁹ Darüber hinaus enthielt die „operative Auskunft“ die bereits zuvor von der HA IX/11 erhobenen Vorwürfe gegen Fritz Häber.

Den Nachweis für den Verdacht, im persönlichen Umfeld Häbers befinde sich ein BND-Agent, konnte das MfS letztlich nicht vorlegen. Am 5. März 1985 zeichnete Honecker das Dossier ab. Nach den umfangreichen Überprüfungen und Recherchen, die angeblich belastendes Material aus dem familiären Umfeld zutage gefördert hatten, schien Häber nunmehr ein Politbüromitglied auf Abruf geworden zu sein. Es gibt jedoch keinen verlässlichen Hinweis darauf, dass die geheimdienstlichen Erkenntnisse aus dem Ministerium Mielkes tatsächlich den Sturz Häbers beschleunigt oder gar herbeigeführt haben. Häber verhandelte im Auftrag Honeckers weiter mit westdeutschen Politikern und traf sich im März 1985 mit einer Delegation des Parteivorstandes der DKP im ZK der SED.¹⁹⁰ Seine letzte per Gesprächsvermerk nachgewiesene deutschlandpolitische Amtshandlung datiert vom 4. Juni 1985, als er in Ost-Berlin zwei FDP-Politiker im Beisein des Ständigen Vertreters Hans Otto Bräutigam empfing.¹⁹¹ Für die Behauptung, Häber sei seit Oktober 1984 aus allen wichtigen Gremien der Parteiführung ausgegrenzt und nicht mehr zu Politbürositzungen eingeladen worden, finden sich keine Belege.¹⁹² Honecker hielt auch nach dem unerfreulichen Treffen mit dem sowjetischen Parteichef im August 1984 seine schützende Hand über den Westexperten.

Vor dem Hintergrund politischer und strafrechtlicher Anklagen gegen Honecker im Spätherbst 1989, nicht zuletzt in einem Klima der politischen Abrechnung mit dem ehemaligen Generalsekretär in der SED selbst, inszenierte sich Häber als politischer Gegenspieler Honeckers auf dem Feld der deutsch-deutschen Beziehungen.¹⁹³ Die Annahme, Häber sei ein „Bauernopfer“ der Zerwürfnisse zwi-

¹⁸⁸ Operative Auskunft der HA II/6 des MfS über Häber vom 15. Oktober 1984, in Archiv BStU, MfS HA II/6 1112, Bl. 9f.

¹⁸⁹ Ebenda.

¹⁹⁰ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Sekretariats (Umlauf) vom 8. März 1985, in: SAPMO BAArch, DY 30/J IV 2/3/3792.

¹⁹¹ Vgl. Nakath, *Deutsch-deutsche Grundlagen*, S. 319. Hans Otto Bräutigam schreibt in seinen Erinnerungen, Häber sei im Frühjahr 1985 aus seinem Blickfeld verschwunden: Ständige Vertretung. *Meine Jahre in Ost-Berlin*, Hamburg 2009, S. 346.

¹⁹² Vgl. *Der Spiegel*, 42/1998 vom 12. Oktober 1998.

¹⁹³ Erstmals öffentlich in einer Sendung von „ELF 99“ im 2. Programm des DDR-Fernsehens am 5. Dezember 1989 unter dem Titel „Vier Jahre danach... Herbert Häber gibt zu Proto-

schen Ost-Berlin und Moskau gewesen und habe auf Druck der sowjetischen Führung aus allen Ämtern ausscheiden müssen, konnte bislang nicht sicher belegt werden.¹⁹⁴ Häber bot sich unter diesem Aspekt zwar an, denn er agierte als die zentrale Figur in den deutsch-deutschen Verhandlungen und während der Gespräche mit Politikern vieler westdeutscher Parteien. Doch muss bezweifelt werden, ob Honecker tatsächlich nach einem Schuldigen suchte, der als Verantwortlicher für die deutsch-deutschen Annäherungen präsentiert werden konnte. Häbers ehemalige Mitarbeiter in der ZK-Abteilung Internationale Politik und Wirtschaft, darunter sein Nachfolger als Abteilungsleiter Gunter Rettner, bestritten in einem Schreiben vom 6. Dezember 1989 an den ZPKK-Vorsitzenden Eberlein die Selbstdarstellung Häbers. Sie verwiesen wohl zu Recht darauf, dass gerade auf dem Feld der Deutschlandpolitik stets völlige Übereinstimmung zwischen Honecker und Häber geherrscht habe.¹⁹⁵

3.2 Ein Fall für die Psychiatrie? Mythen und Legenden nach dem Sturz Häbers

Im Sommer 1985 trat Häber bei Besuchen westdeutscher Politiker in Ost-Berlin nicht mehr auf. Gesprächswünsche des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik wurden vom Büro Häbers mit dem Hinweis auf gesundheitlich bedingte Gründe inhaltend beantwortet.¹⁹⁶ Tatsächlich erlitt Häber im August 1985 einen Nervenzusammenbruch und wurde am 18. August 1985 in das Regierungskrankenhaus in Berlin-Buch eingeliefert und längere Zeit dort behandelt.¹⁹⁷ Eine nervliche Labilität wurde Häber schon seit den 1950er Jahren bescheinigt. Seinen Dreijahreslehrgang an der Parteihochschule der KPdSU in Moskau musste er bereits nach wenigen Monaten krankheitsbedingt abbrechen.¹⁹⁸ Ärztliche Befunde aus dem Regierungskrankenhaus dokumentieren, dass sein angegriffener Gesundheitszustand eine ständige ärztliche Behandlung erforderlich machte und keineswegs als eine Erfindung des Politbüros abgetan werden kann.¹⁹⁹ Ganz

koll“. Vgl. auch Herbert Häber, Persönliche Anmerkungen zum Verhältnis zwischen den Führungen der SED und der KPdSU, in: Jürgen Hofmann/Detlef Nakath (Hrsg.), Konflikt – Konfrontation – Kooperation. Deutsch-deutsche Beziehungen in vierzig Jahren Zweistaatlichkeit, Schkeuditz 1998, S. 127 ff.

¹⁹⁴ Die Version vom „Bauernopfer“ hatte Häber in Interviews seit 1990 häufig benutzt: Vgl. Berliner Zeitung vom 14./15. Juni 1997; Der Tagesspiegel vom 2. Oktober 1997. Vgl. auch: Der Spiegel, 22/1997 vom 26. Mai 1997, S. 38.

¹⁹⁵ Vgl. das Schreiben von Mitarbeitern der ZK-Abteilung für Internationale Politik und Wirtschaft an die ZPPK vom 6. Dezember 1989, in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/11/v.5550.

¹⁹⁶ Vgl. Bräutigam, Ständige Vertretung, S. 346.

¹⁹⁷ Vgl. das Schreiben der ärztlichen Direktorin des Regierungskrankenhauses in Berlin-Buch, Helga Wittbrodt, an Honecker vom 22. August 1985, in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/11/v.5550.

¹⁹⁸ Vgl. die Mitteilung der ZK-Abteilung Leitende Organe vom 19. März 1955, in: Archiv BStU, MfS HA II/6 1110, Bl. 69.

¹⁹⁹ Vgl. den ärztlichen Bericht der Oberärztin im Regierungskrankenhaus vom 26. März 1955, in: ebenda, Bl. 68.

offensichtlich war Häber den Anforderungen, die sich aus der Übernahme gleich mehrerer verantwortungsvoller Funktionen im Apparat und innerhalb der Führung der Partei ergaben, gesundheitlich nicht gewachsen. Häbers Gesundheitszustand verschlechterte sich im Sommer 1985 ernstlich, denn das Politbüro beschäftigte sich im August und September 1985 mehrfach mit Informationen über seine krankheitsbedingten Beschwerden.²⁰⁰

Im September entschied Honecker persönlich über das politische Schicksal seines deutschlandpolitischen Experten. Häber zufolge erschien der Generalsekretär am 17. September 1985 im Regierungskrankenhaus und forderte ihn ultimativ auf, ein vorbereitetes Rücktrittsgesuch zu unterzeichnen.²⁰¹ Honecker habe ihm während seines überraschenden Krankenbesuchs vorgeworfen, einen Disziplinbruch begangen zu haben, den man sich als Politbüromitglied nicht leisten könne. „Der angegebene Disziplinbruch bestand darin, dass ich mich besorgt über unterschiedliche Momente in der Haltung der KPdSU und der SED und mögliche Rückwirkungen auf die DKP geäußert hatte, und zwar in einer ganz kurzen, beiläufigen Bemerkung. Das war hinterbracht worden, wobei ich nicht weiß, in welcher Darstellung.“²⁰² In seinem Schreiben an Honecker bat Häber daraufhin, ihn „aus gesundheitlichen Gründen“ von der Funktion als Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED zu entbinden.²⁰³

Während seiner Bemühungen um politische Rehabilitierung im Herbst 1989 wiederholte Häber seine Schilderung über den Besuch Honeckers im Regierungskrankenhaus und dessen Vorwurf, einen „Disziplinbruch“ begangen zu haben.²⁰⁴ Am 7. Dezember 1989 schrieb er an den Vorsitzenden der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK), Werner Eberlein: „Tatsache ist, dass mir die Entscheidung über meine Ablösung von E. Honecker im September 1985 mit dem Hinweis auf eine Meinungsäußerung mitgeteilt wurde und dann gesagt, Du bist ohnehin für längere Zeit krank, schreibe mir einen Brief und bitte aus Gesundheitsgründen um die Ablösung.“²⁰⁵ Krankheit bildete ganz offensichtlich den aktuellen Anlass, nicht jedoch den einzigen Grund für sein Ausscheiden aus sämtlichen Führungsgremien der Partei. Häber hatte offenbar eine interne Information an eine dritte Person weitergegeben, was Honecker als Vertrauensbruch, mithin als „Disziplinverletzung“ wertete. Über den Inhalt der weitergegebenen Information kann nur spekuliert werden. Generell war für Honecker die Weitergabe vertraulicher Informationen unverzeihlich, zumal in einem äußerst sensiblen Bereich wie dem der deutsch-deutschen Beziehungen.

²⁰⁰ So am 27. August, 10. September und 17. September 1985: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2127; DY 30/J IV 2/2/2129; DY 30/J IV 2/2/2130.

²⁰¹ Vgl. den Brief Häbers an Krenz vom 11. November 1989, in: ebenda, DY 30 IV 2/11/v.5550.
²⁰² Ebenda.

²⁰³ Vgl. den Brief Häbers an Honecker vom 17. September 1985, in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/11/v.5550.

²⁰⁴ Vgl. das Schreiben Häbers an den Vorsitzenden der ZPKK, Werner Eberlein, vom 23. November 1989, in: ebenda.

²⁰⁵ Schreiben Häbers an Eberlein vom 7. Dezember 1989, in: ebenda.

Nach seinem erzwungenen Rücktritt, den das Zentralkomitee am 22. November 1985 bestätigte, begann die abenteuerlichste Episode im „Fall Herbert Häber“. Sie ist gespickt mit Legenden und Spekulationen.²⁰⁶ Demnach sei Häber nach seiner Entlassung aus dem Regierungskrankenhaus in Berlin-Buch im Dezember 1985 unter einem Vorwand wieder ins Regierungskrankenhaus bestellt, dort drei Tage lang festgehalten, unter Psychopharmaka gesetzt und am 6. Januar 1986 als „hoffnungsloser Fall“ gegen seinen Willen in einen für spezielle Patienten vorgesehenen Bereich des Bezirkskrankenhauses für Neurologie und Psychiatrie in Bernburg/Saale gebracht und dort bis zum 18. März isoliert worden.²⁰⁷ Häber selbst schilderte die Vorgänge in einem Schreiben an Krenz vom 11. November 1989 auf ähnliche Weise. Er habe nur dank des persönlichen Muts und Verantwortungsbewusstseins des Chefarztes in der Bernburger Klinik seine Gesundheit wieder hergestellt und nach Berlin zurückkehren können.²⁰⁸

Vor dem Hintergrund der überlieferten Akten ist es schwierig, die tatsächlichen Vorgänge zu rekonstruieren. Belegt werden kann, dass Häber nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus in Berlin-Buch und dem Ende seiner Kur in Bad Liebenstein am 6. Januar 1986 in die Bernburger psychiatrische Außenstelle des Berliner Regierungskrankenhauses eingewiesen wurde. Sie war Anfang der 1970er Jahre als Fachkrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie für Angehörige von Regierungsmitgliedern, SED-Funktionäre der mittleren Ebene sowie Künstler und andere DDR-Prominente eingerichtet worden.²⁰⁹ Die konkreten Umstände der Einweisung sind nach wie vor mysteriös und ungeklärt. Nachdem der „Fall Häber“ seit Herbst 1989 ein Medienereignis geworden war, ließ der Generalstaatsanwalt der DDR am 1. Februar 1990 in einer Erklärung mitteilen, dass die medizinische Behandlung Häbers in Bernburg strikt unter medizinischen Gesichtspunkten erfolgte. Unterbringung und Behandlung seien dort nicht gegen seinen Willen erfolgt.²¹⁰ Nach umfangreichen Recherchen in Akten des MfS konnte auch Sonja Süß keine Indizien für den Vorwurf finden, bei der medizinischen Behandlung Häbers im psychiatrischen Fachkrankenhaus in Bernburg sei es zu einem politischen Missbrauch der Psychiatrie gekommen, um einen politisch unbequem gewordenen Spitzenfunktionär aus der SED-Machtzentrale geräuschlos zu entfernen.²¹¹

Nach seiner Entlassung aus der Bernburger Klinik wurde Häber keineswegs als „Unperson“ behandelt. Da er und seine Ehefrau das Wohnhaus in der Waldsiedlung Wandlitz räumen mussten, bezogen sie Anfang August 1986 ein Einfamilien-

²⁰⁶ Vgl. Paul Kohl, Der Fall Herbert Häber – Vom Politbüro in die Psychiatrie (Feature). Regie: Holger Jackisch (Produktion: MDR/DLF/RBB 1999); Wanzen in Wandlitz, in: Der Spiegel, 42/1998 vom 12. Oktober 1998.

²⁰⁷ Vgl. Sonja Süß, Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR, Berlin 1998, S. 481 ff.

²⁰⁸ Vgl. den Brief Häbers an Krenz vom 11. November 1989, in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/11/v.5550.

²⁰⁹ Vgl. Süß, Politisch mißbraucht?, S. 484.

²¹⁰ Vgl. Neues Deutschland vom 2. Februar 1990.

²¹¹ Vgl. Süß, Politisch mißbraucht?, S. 486.

haus in Berlin-Heinersdorf. Das Haus war vor dem Einzug der Familie Häber auf Staatskosten komplett instandgesetzt bzw. rekonstruiert und mit hochwertigem Mobiliar ausgestattet worden.²¹² Häber wurde im Herbst 1985 zwar politisch entmachtet und aus dem Parteiapparat entfernt, konnte sich jedoch unter vergleichsweise komfortablen Bedingungen seinem früheren Arbeitsgegenstand, der aktuellen Politik Westdeutschlands, weiterhin widmen. Über das berufliche Schicksal Häbers hatte Honecker bereits Mitte Dezember 1985 entschieden. Der Generalsekretär stimmte dem Vorschlag Axens zu, Häber an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED in der „interdisziplinären Arbeitsgruppe Auseinandersetzung mit der aktuellen bürgerlichen Ideologie“ arbeiten zu lassen.²¹³ Dort sollte er im Rahmen der Arbeitspläne der Akademie selbstständige Forschungsarbeit leisten. Im April 1986 nahm Häber seine Tätigkeit an der Akademie auf. Einfluss auf die Gestaltung der aktuellen deutsch-deutschen Beziehungen hatte er jedoch nicht mehr.

Die Frage, warum der SED-Chef seinen deutschlandpolitischen Berater letztlich fallen ließ, kann anhand der Archivquellen nicht überzeugend beantwortet werden. Die Entfernung Häbers aus allen Parteiämtern ist wohl auf ein ganzes Ursachenbündel zurückzuführen. Neben dem angegriffenen Gesundheitszustand spielten auch Konflikte innerhalb des Politbüros eine nicht unbedeutende Rolle. Axen fühlte sich in seinen Kompetenzen in den internationalen Beziehungen durch die weitreichenden Befugnisse Häbers in den deutsch-deutschen Verhandlungen, die sich auch auf DKP und SEW erstreckten, beschnitten. Mittag sah in Häber womöglich einen Konkurrenten im Kontakt zu westdeutschen Unternehmern und Politikern, die in Häber einen aufgeschlossenen Gesprächspartner sahen.²¹⁴ Nicht zuletzt wurde Häber von Mielke als Risikofaktor bewertet und seit Dezember 1984 vom Aufbau eines neuen vertraulichen deutsch-deutschen Verhandlungskanals ausgeschlossen.²¹⁵ Diese Widersacher im Politbüro hatten offensichtlich auf einen Anlass gewartet, den SED-Chef zur Ablösung Häbers zu drängen. Ein Gegenspieler Honeckers in der Deutschlandpolitik ist er definitiv nicht gewesen. Mit Häber war ein ausgewiesener Westexperte und loyaler Berater Honeckers ausgeschieden.

Die Ablösung Häbers und Naumanns im November 1985 wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf die Personalpolitik Honeckers an der Spitze der Partei. Die Entfernung altgedienter Funktionäre aus dem höchsten Parteiamt kam für ihn nur in Ausnahmefällen in Frage, da jede Auswechslung von Personen an der Spitze der Partei auf politische Instabilität oder gar Führungsschwäche des Generalsekretärs hinweisen konnte. Honecker vertraute vorrangig jenen Funktionären, die ihre Karriere im „sozialistischen Jugendverband“ begonnen hatten oder die er

²¹² Vgl. die Information von Gisela Glende für Honecker vom 29. April 1986 in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/11/v.5550.

²¹³ Vgl. die Hausmitteilung Axens an Gisela Glende vom 17. Dezember 1985, in: ebenda.

²¹⁴ Vgl. Bräutigam, Ständige Vertretung, S. 351.

²¹⁵ Vgl. Nakath, Deutsch-deutsche Grundlagen, S. 321.

aus der Zeit seiner Tätigkeit an der Spitze der FDJ persönlich kannte. Dabei war es unerheblich, ob, wie das bei Lamberz der Fall war, der Wunschkandidat Honeckers während der NS-Zeit an einer der NS-Ordensburgen als „Adolf-Hitler-Schüler“ ideologisch indoktriniert worden war. Hatte Honecker einem Funktionär zu einer einflussreichen Stellung im engeren Führungszirkel der Partei verholfen, verlangte er bedingungslose „Parteidisziplin“, insbesondere im Umgang mit vertraulichen Informationen. Schlüsselbegriffe wie Loyalität und Vertrauen spielten für ihn eine zentrale Rolle. Verstöße gegen diese Prinzipien wurden je nachdem, welchen Rang sie in den Augen des Generalsekretärs hatten, kompromisslos geahndet. Vieles spricht dafür, dass Honecker die politischen Eigenmächtigkeiten Naumanns und die Unvorsichtigkeit Häbers als Vertrauensbruch wertete, womit sich die beiden Spitzenfunktionäre selbst zu Fall brachten.

IV. Der „Konsumsozialismus“ der Honecker-Ära

1. Sozialpolitik als Herrschaftssicherung – ein Strategiewechsel?

Honecker und die Mehrheit des Politbüros hatten das Ende der Wirtschaftsreformen und eine ordnungspolitische Rückbesinnung auf das System der Wirtschaftsplanung der 1950er Jahre mit einer neuen Dimension der Sozialpolitik verknüpft.¹ Nicht mehr die Modernisierung der industriellen Basis, sondern die Sozialpolitik sollte als Herrschaftsstabilisierung dienen. Oberstes Rationalitätskriterium war – wie schon zuvor – die Erhöhung der Akzeptanz der Partei Herrschaft.² Die Entscheidung für die Stabilisierung politischer Herrschaft durch soziale Leistungen wurde bewusst und in Kenntnis des die Ökonomie überfordernden Aufwandes, also letztendlich auf Kosten der mittel- und langfristigen Stabilität der DDR getroffen. Führende Ökonomen und Experten in der obersten Planungsinstanz zweifelten zwar an dieser Strategie, doch fand sich nach dem Machtantritt Honeckers zunächst niemand im Politbüro, der diese Bedenken offen aussprach. Nach den Turbulenzen um die Ablösung Ulbrichts und die damit verbundenen Auseinandersetzungen im Politbüro sollte nach dem VIII. Parteitag erst einmal Ruhe in der engeren SED-Führung einkehren.

Tatsächlich gelang es der Honecker-Führung zunächst, die 1970 ausgebrochene Versorgungskrise zu überwinden, die im Ergebnis unrealistischer Wachstumsziele in der Industrie entstanden war. Das werteten Honecker und die Mehrheit im Politbüro als Erfolg und Bestätigung der neuen Wirtschaftsstrategie. Da nun die bevorzugte Förderung von Forschung und Entwicklung in bedeutsamen Technologiebereichen aufgegeben wurde³, blieb im Staatsbudget mehr Spielraum für ambi-

¹ Vgl. Peter Skyba, Politische Rahmenbedingungen 1971–1981, in: Christoph Boyer/Klaus-Dietmar Henke/Peter Skyba (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 10: 1971–1989. Deutsche Demokratische Republik. Bewegung in der Sozialpolitik, Erstarung und Niedergang, Baden-Baden 2008, S. 5–34; Günter Manz/Ekkehard Sachse/Gunnar Winkler (Hrsg.), Sozialpolitik in der DDR. Ziele und Wirklichkeit, Berlin 2001; Beatrix Bouvier, Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker, Bonn 2002.

² Vgl. M. Rainer Lepsius, Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 21; Hans Günter Hockerts, Grundlinien und soziale Folgen der Sozialpolitik in der DDR, in: ebenda, S. 519–544; Manfred G. Schmidt, Grundzüge der Sozialpolitik in der DDR, in: Eberhart Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck u. Gunter Holzweißig (Hrsg.), Die Endzeit der DDR-Wirtschaft – Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Opladen 1999, S. 273–319; Peter Skyba, Sozialpolitik als Herrschaftssicherung. Entscheidungsprozesse und Folgen in der DDR der siebziger Jahre, in: Clemens Vollnhals/Jürgen Weber (Hrsg.), Der Schein der Normalität. Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, München 2002, S. 39–80.

³ Vgl. Agnes Charlotte Tandler, Geplante Zukunft. Wissenschaftler und Wissenschaftspolitik in der DDR 1955–1971, Freiberg 2000; Andreas Malycha, Wissenschaft und Politik in der DDR 1945 bis 1990. Ansätze zu einer Gesamtsicht, in: Clemens Burrichter/Gerald Diesener (Hrsg.),

tionierte Sozialprojekte. Den Umstand, dass in den Jahren zuvor konsumorientierte Wirtschaftssektoren sträflich vernachlässigt worden waren, nutzte der neue Erste Sekretär des ZK der SED, um auf dem VIII. Parteitag im Juni 1971 zu verkünden, dass in Zukunft sozialpolitischen Leistungen in der Regierungspolitik mehr Platz eingeräumt werden solle.⁴ Der damit politisch erzwungene Rückgang der Investitionen in Forschung und Entwicklung kann als einer der Gründe für die später aufbrechenden Krisensymptome gesehen werden. Die technische Basis der Industrie konnte mit den internationalen Standards nicht mehr Schritt halten. Honeckers Konzept der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik war mit einer innovativen Eigendynamik in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik grundsätzlich nicht zu vereinbaren. Sein Kalkül, unter Ignorierung der wissenschaftlich-technischen Revolution eine exzessive Sozialpolitik zu verwirklichen und auf diese Weise das Herrschaftssystem zu stabilisieren, trug das Risiko des völligen Scheiterns in sich.⁵

Der Kurswechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde bereits vor der Ablösung Ulbrichts mit einem Beschluss des Politbüros vom 16. Februar 1971 eingeleitet, der die „Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes“ an die Spitze der ökonomischen Agenda setzte.⁶ Honecker begründete diese Grundsatzentscheidung am 23. März 1971 im Politbüro mit dem dringenden Gebot, in Anbetracht der andauernden Versorgungskrise die DDR politisch zu stabilisieren, denn man könne „nie gegen die Arbeiter regieren“.⁷ Vor dem Hintergrund des sich verschlechternden Konsumangebots und des wachsenden Unmuts in der Bevölkerung fürchtete die SED-Spitze, es könne zum offenen Protest kommen. In besonderer Weise beeinflussten auch die Ereignisse in Polen die Entscheidung für ein Umsteuern in der Sozialpolitik. Denn in Gdynia, Szczecin und Gdańsk war es im Dezember 1970 als Folge drastischer Preiserhöhungen für Lebensmittel und andere Gebrauchsgüter zu Streiks, Massenkundgebungen und Demonstrationen gekommen.⁸ Die Vorstellungswelt Honeckers war in weit-

Reformzeiten und Wissenschaften. Beiträge zur DDR-Wissenschaftsgeschichte, Reihe B/ Bd. 2, Leipzig 2005, S. 181–205.

⁴ Vgl. Christoph Boyer/Peter Skyba, Sozial- und Konsumpolitik als Stabilisierungsstrategie. Zur Genese der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in der DDR, in: Deutschland Archiv 32 (1999), S. 577–590.

⁵ Vgl. Peter Skyba, Die Sozialpolitik der Ära Honecker aus institutionengeschichtlicher Perspektive, in: Christoph Boyer/Peter Skyba (Hrsg.), Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR, Dresden 1999, S. 49–62; André Steiner, Zwischen Konsumversprechen und Innovationszwang. Zum wirtschaftlichen Niedergang der DDR, in: Konrad Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S. 153–192.

⁶ Protokoll Nr. 7/71 der Sitzung des Politbüros am 16. Februar 1971, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1325.

⁷ Persönliche Niederschrift Heinz Klopfers über die Beratung im Politbüro am 23. März 1971, in: Bundesarchiv, DE 1/58548.

⁸ Vgl. Peter Hübner/Christa Hübner, Sozialismus als soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968–1976, Köln 2008, S. 184ff.; Christoph Kleßmann, Gesamtbetrachtung, in: ders. (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 9: Deutsche Demokratische Republik 1961–1971. Politische Stabilisierung und wirtschaftliche Mobilisierung, Baden-Baden 2006, S. 797.

aus stärkerem Maße als die der anderen SED-Funktionäre von dem Glauben geprägt, durch Sozialpolitik Loyalität in der Bevölkerung und damit politische Stabilität des Systems erzeugen zu können. Für die SED-Wirtschaftsfunktionäre in der Staatlichen Plankommission dagegen war die Erzeugung von Massenloyalität weniger wichtig. Sie waren vordergründig auf ein ansatzweise effizientes Wirtschaftssystem fixiert. Grundsätzlich entschied sich die SED-Führung nicht eigensinnig für einen Wirtschaftskurs, der auf eine Anhebung des Lebensstandards der Bevölkerung abzielte. Dieser beruhte vielmehr auf sowjetischen Vorgaben. In Moskau hatte sich das Politbüro der KPdSU im Vorfeld des XXIV. Parteitages für eine konsumorientierte Wirtschaftspolitik entschieden, der nun alle osteuropäischen Staatsparteien folgten.⁹

Allerdings war das Ziel der Herrschaftssicherung durch eine Ausweitung der Sozialpolitik nicht mit einem ausgefeilten wirtschafts- und sozialpolitischen Konzept verbunden. In allgemeiner Form erwähnte Honecker während der Beratungen im Politbüro über den Volkswirtschaftsplan 1971 bis 1975 lediglich den gesellschaftspolitischen Grundgedanken, der mit dem Kurs der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ verbunden war: Die Steigerung des Wohlstandes der Bevölkerung werde im Gegenzug die Arbeitsleistung stimulieren und damit ein stetiges Produktionswachstum ermöglichen.¹⁰ Über den Umfang und die Schwerpunkte des neuen Wirtschaftskurses gab es zunächst keine konkreten Vorstellungen. Honecker betonte lediglich während der Politbürositzung am 23. März 1971 den Grundsatz, dass dem konsumorientierten Wirtschaftskurs durch die begrenzte Leistungskraft der Wirtschaft natürliche Grenzen gesetzt würden und dieser somit nur für den kommenden Fünfjahrplan gelte. Die noch nicht beantwortete Frage, wie die künftige Sozial- und Konsumpolitik konkret ausgestaltet werden sollte, führte seit 1972 zu „ständigen Aushandlungsprozessen innerhalb der SED-Spitze und zwischen dieser und den Apparaten“.¹¹

Nicht nur das rigorose Streben nach Machterhalt und Legitimation, auch das marxistische Selbstverständnis der SED, die daraus resultierenden ideologischen Zwänge sowie insbesondere die Systemkonkurrenz in unmittelbarer Nachbarschaft zur Bundesrepublik Deutschland verpflichteten die SED-Führung dazu, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zum Maßstab ihres Handelns zu machen. Das gesellschaftspolitische Ideal, so wie es offiziell als ideologischer Anspruch formuliert und propagiert wurde, wurzelte in der kommunistischen Tradition des ersten Drittels des 20. Jahrhunderts. Darin spielte das Leitbild, in dem die Grund-

⁹ Vgl. André Steiner, *Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül*, Berlin 1999, S. 543.

¹⁰ Vgl. Skyba, *Sozialpolitik als Herrschaftssicherung*, S. 38f.; Hans Günter Hockerts, *Soziale Erlungenschaften? Zum sozialpolitischen Legitimitätsanspruch der zweiten deutschen Diktatur*, in: Jürgen Kocka/Hans-Jürgen Puhle/Klaus Tenfelde (Hrsg.), *Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat*, München 1994, S. 798; Christoph Boyer, *Grundlinien der Sozial- und Konsumpolitik der DDR in den siebziger und achtziger Jahren in theoretischer Perspektive*, in: Renate Hürtgen/Thomas Reichel (Hrsg.), *Der Schein der Stabilität. DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker*, Berlin 2001, S. 669–684.

¹¹ Zitiert in: Skyba, *Sozialpolitik als Herrschaftssicherung*, S. 47.

bedürfnisse Arbeit, Wohnen und Ernährung der Arbeiter nicht nur gesichert, sondern auch unter finanziell günstigen Bedingungen befriedigt werden sollten, eine zentrale Rolle.¹² Nicht nur in der offiziellen Propaganda, auch in internen Debatten über sozialpolitische Grundsatzentscheidungen tauchte die kommunistische Interpretation sozialer Gleichheit immer wieder auf. Sozial- und Wirtschaftspolitik kam unter diesen Prämissen eine doppelte Funktion zu. Zum einen gehörten sie zu den großen Verheißungen der SED, die den DDR-Bürgern ein „kulturvolles Leben“ in sozialer Absicherung versprachen, zum anderen sollten diese Perspektiven das Engagement für die sozialistische Ordnung fördern und damit wiederum der wirtschaftlichen Leistungskraft zugutekommen.¹³ Sozial- und Wirtschaftspolitik standen aber stets unter dem Primat herrschaftssichernder Zielsetzungen.¹⁴

Als „Hauptaufgabe“ des vom VIII. Parteitag beschlossenen Fünfjahrplans 1971–1975, mit dem nach Honeckers Worten „ein ganzes wirtschaftspolitisches Programm umrissen war“, beschloss der Parteitag die weitere „Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität“.¹⁵ Mit dieser Formulierung wurden die Versprechungen des neuen Parteichefs zum Programm erhoben: eine wesentliche Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs, mit Konsumgütern, Ersatzteilen und Dienstleistungen, die stärkere Entwicklung der Produktion der Konsumgüterindustrie, ein ehrgeiziges Wohnungsbauprogramm sowie die Stabilität der Verbraucherpreise, der Preise für Dienstleistungen und Mieten. Nach kontroversen Debatten im Politbüro im Januar und Februar 1972¹⁶ nahmen derartige Ankündigungen allerdings erst im Frühjahr 1972 konkrete Gestalt an: mit dem gemeinsamen Beschluss des ZK der SED, des Bundesvorstandes des FDGB und des Ministerrates der DDR „über sozialpolitische Maßnahmen in Durchführung der auf dem VIII. Parteitag beschlossenen Hauptaufgaben des Fünfjahrplans“ vom 28. April 1972.¹⁷

Die SED-Führung beschloss in der ersten Hälfte der 1970er Jahre ein ganzes Bündel sozialpolitischer Maßnahmen, in deren Zentrum sie die Verbesserung der

¹² Vgl. Christoph Kleßmann, *Arbeiter im „Arbeiterstaat“ DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld (1945–1971)*, Bonn 2007; Peter Hübner, *Arbeit, Arbeiter und Technik in der DDR 1971 bis 1989. Zwischen Fordismus und digitaler Revolution*, Bonn 2013.

¹³ Vgl. Sandrine Kott, *Zur Geschichte des kulturellen Lebens in DDR-Betrieben. Konzepte und Praxis der betrieblichen Kulturarbeit*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 39 (1999), S. 167–195.

¹⁴ Vgl. Peter Skyba/Christoph Boyer, *Gesellschaftliche Strukturen und sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder*, in: *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland*, Bd. 10, S. 67–144.

¹⁵ *Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, 15. bis 19. Juni 1971, Bd. 2, Berlin 1971, S. 322.

¹⁶ Vgl. Skyba, *Sozialpolitik als Herrschaftssicherung*, S. 48ff.

¹⁷ Vgl. *Dokumente der SED. Beschlüsse und Erklärungen des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats*, Bd. XIV, Berlin 1977, S. 81–91.

Wohnbedingungen durch ein umfassendes Wohnungsbauprogramm rückte.¹⁸ Der noch immer anhaltende Wohnungsmangel stand als dringend zu lösendes Problem im Vordergrund.¹⁹ Um die Arbeiter in den Zentren der Chemieindustrie wie beispielsweise in Bitterfeld, Merseburg, Halle und Wolfen hinreichend unterzubringen, wurden große Wohnkomplexe auf der grünen Wiese errichtet. Das Zentralkomitee kündigte auf seiner 10. Tagung im Oktober 1973 großspurig an, die Wohnungsfrage als „soziales Problem“ bis 1990 lösen zu wollen.²⁰ Zum Bündel der sozialpolitischen Maßnahmen gehörten ferner die Erhöhung der Mindestlöhne und Mindestrenten, die Arbeitszeitverkürzung für Frauen, besonders für solche mit Kindern. Die Zahl der bezahlten Urlaubstage wurde mehrmals erhöht, insbesondere erhielten berufstätige Mütter mehr Urlaub. Zudem gewährte man jungen Eheleuten zinslose Kredite bis zu 5000 Mark, die teilweise erlassen wurden, wenn die Paare Kinder bekamen. Die staatliche Kinderbetreuung wurde erheblich ausgebaut, so dass 1980 für 90 Prozent der Kinder im entsprechenden Alter ein Platz im Kindergarten zur Verfügung stand.²¹ Diese sozialen Leistungen hatten allerdings auch einen bevölkerungspolitischen Hintergrund: Sie sollten der rückläufigen Geburtenentwicklung in der DDR entgegenwirken, in deren Folge permanenter Arbeitskräftemangel entstanden war.²²

Zwar sollte die von Honecker 1971 begonnene exzessive Sozialpolitik auf dem Grundsatz beruhen, dass sozialpolitische Segnungen, insbesondere die mit Valutamittel eingeführten westlichen Konsumgüter, nur dann verteilt werden konnten, wenn die wirtschaftliche Grundlage dafür gegeben sei. So erklärte er auf dem VIII. Parteitag: „Wir sind uns doch wohl alle darüber einig: Was wir nicht erarbeitet haben, können wir selbstverständlich auch nicht verbrauchen.“²³ Diese Aussage weckte unter führenden Wirtschaftsfunktionären die Hoffnung, Honeckers Wirtschaftspolitik werde mit „Augenmaß“ betrieben. Doch nahm die sozialpolitische Praxis kaum Rücksichten auf volkswirtschaftliche Voraussetzungen. Das unerlässliche Leistungsdenken wurde immer mehr durch Anspruchsdenken ersetzt, nicht zuletzt deshalb, weil die Partei die versprochenen Wohltaten zunächst schneller verteilte, als es die volkswirtschaftlichen Ergebnisse rechtfertigten. Die Kosten dafür überschritten die Planungsansätze bei weitem. Waren in der Direk-

¹⁸ Vgl. Jay Rowell, Wohnungspolitik, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 10, S. 679–701; Christine Hannemann, Die Platte. Industrialisierter Wohnungsbau in der DDR, Berlin 2005.

¹⁹ Vgl. Hannsjörg F. Buck, Mit hohem Anspruch gescheitert – Die Wohnungspolitik der DDR, Münster 2004.

²⁰ Vgl. das Referat von Wolfgang Junker über die Wohnungspolitik der DDR in den Jahren von 1976 bis 1990, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/478.

²¹ Vgl. Gisela Helwig/Barbara Hille, Familien-, Jugend- und Altenpolitik, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 10, S. 476.

²² Vgl. ebenda, S. 474ff.; Dierk Hoffmann, Leistungsprinzip und Versorgungsprinzip: Widersprüche der DDR-Arbeitsgesellschaft, in: ders./Michael Schwartz (Hrsg.), Sozialstaatlichkeit in der DDR. Sozialpolitische Entwicklungen im Spannungsfeld von Diktatur und Gesellschaft 1945/49–1989, München 2005, S. 89–113.

²³ Erich Honecker, Reden und Aufsätze, Bd. 1, Berlin 1975, S. 76.

tive für den Fünfjahrplan 1971 bis 1975 noch ca. 1,4 Milliarden DDR-Mark für die Erhöhung der Löhne, Renten sowie verbesserte soziale Leistungen vorgesehen, so stiegen sie schließlich am Ende des Fünfjahrplanzeitraums auf über 5 Milliarden Mark.²⁴

Die kostspielige Sozialpolitik wurde unter Missachtung ökonomischer Grundregeln auch in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre fortgeführt. Trotz der zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die zu einer Verknappung des Warenangebots für die Bevölkerung führten, ließ sich Honecker nicht von seinem Sozialprogramm abbringen. Auf dem IX. Parteitag der SED im Mai 1976 ließ Honecker dann sogar weitere Erhöhungen von Löhnen und Renten, eine Verkürzung der Arbeitszeit sowie eine Verlängerung des Erholungsurlaubs beschließen. Partei und Regierung verabschiedeten außerdem ein umfangreiches Konsumprogramm. Allerdings mussten dafür Konsumgüter aus westlichen Ländern importiert werden, die nur für kostbare Devisen zu haben waren. Da Honecker Abstriche an seiner Sozialpolitik ablehnte, zu der insbesondere stabile Verbraucherpreise und Mieten auf niedrigem Niveau gehörten, bekamen die Ministerien immer höhere Planvorgaben, die sie nur mit statistischen Tricks und sogenannten Plankorrekturen im Laufe eines Jahresplanes einhalten konnten. Mit wachsenden Subventionen als Folge des Kostenauftriebs in der Produktion hielt die SED-Führung die Verbraucherpreise künstlich stabil. Allein für die staatliche Stützung der Preise wurden in den Jahren von 1971 bis 1975 50 Mrd., für Mieten 15 Mrd. sowie für das Bildungswesen, Gesundheitswesen, Sozialwesen und die Kultur 160 Mrd. Mark im Staatshaushalt kalkuliert.²⁵

Honecker kann innerhalb der SED-Führung zu Recht als treibende Kraft der Sozial- und Konsumpolitik bezeichnet werden, da er mit ausgeprägtem persönlichem Engagement sein Gewicht als SED-Chef in die Waagschale warf, um sozialpolitische Entscheidungen durchzusetzen. Ökonomisch begründete Einwände von SED-Wirtschaftsfunktionären gegen eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die sich von der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft abkoppelte und sich allein auf die Hoffnung gründete, Loyalität in der Bevölkerung zu erzeugen, ließ der Parteichef von Anfang an nicht gelten. Honecker und eine Mehrheit im Politbüro glaubten, dass für die Umsetzung der auf dem VIII. Parteitag verkündeten „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ über einen längeren Zeitraum ein Wachstum des Lebensstandards der Bevölkerung von 5 bis 7 Prozent notwendig sein würde.²⁶ Das hierfür eingeplante jährliche Wirtschaftswachstum reichte jedoch nicht für die materielle Umsetzung dieses Programms aus, so dass es nur durch wachsende Kreditaufnahmen im westlichen Ausland finanziert werden konnte.²⁷

²⁴ Vgl. Skyba, Sozialpolitik als Herrschaftssicherung, S. 52.

²⁵ Vgl. das Schreiben Schürers an Honecker vom 31. Januar 1975, in: Bundesarchiv, DE 1/58746.

²⁶ Vgl. Gerhard Schürer, *Gewagt und verloren. Eine deutsche Biographie*, Frankfurt (O.) 1998, S. 126; Siegfried Wenzel, *Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie. Dokumentation und Erinnerungen*, St. Katharinen 1998, S. 58 f.

²⁷ Vgl. Christoph Buchheim, *Die Defizite der Sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft*, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die*

Im Unterschied zu bisherigen Annahmen gab es bereits während der konkreten Ausgestaltung der Sozial- und Konsumpolitik in den Jahren 1972 und 1973 Konflikte im Politbüro, in deren Zentrum die Belastungs- und Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft als Folge ausufernder Sozial- und Konsumpolitik, insbesondere einer Ausweitung kreditfinanzierter Konsumgüterimporte, standen.²⁸ Insbesondere die zentrale Planungsbehörde meldete grundsätzliche Vorbehalte an. Sie hielt den im Politbüro beschlossenen Umfang des Sozialpakets aufgrund der hierfür notwendigen wirtschaftlichen Leistungssteigerungen von vornherein für nicht realistisch. Vor allem befürchtete die SPK durch eine Ausweitung des Konsumgüterangebots ein stetiges Schrumpfen der Investitionen im produktiven Bereich der Industrie und damit einen nicht mehr auszugleichenden Leistungsabfall der gesamten Volkswirtschaft. So stand im Kern des über zwei Jahrzehnte anhaltenden Konflikts, der sich in der Hauptsache auf die Personen Erich Honecker und Gerhard Schürer zuspitzte, die Frage nach den Prioritäten im Mittelpunkt: Konsumtion oder produktive Investitionen.

Gegen die konsumorientierte Wirtschaftspolitik, insbesondere gegen das Anwachsen der Devisenverschuldung, regte sich im Politbüro und unter Wirtschaftsexperten früher als bislang angenommen Widerstand – und dies sowohl aus politischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen. Vor allem Schürer wies im Politbüro schon sehr früh darauf hin, dass die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in der 1971 beschlossenen Form aus eigenen Wirtschaftsleistungen nicht finanzierbar sein würde und somit unvermeidlich zur Verschuldung führen müsse. Anfangs wurde Schürer noch durch die Wirtschaftssekretäre Günter Mittag und Werner Krolkowski in dem Anliegen unterstützt, auf die Grenzen der Produktionskapazitäten hinzuweisen und insbesondere vor den Gefahren der Auslandsverschuldung zu warnen. Der Vorsitzende des Ministerrates, Willi Stoph, äußerte sich im Oktober 1972 besorgt über die im Politbüro diskutierten Pläne, die Investitionsquote in der Industrie schrittweise zu senken.²⁹ Die ZK-Abteilung Planung und Finanzen sah im Februar 1972 in der Ausweitung der kreditfinanzierten Konsumgüterimporte die Gefahr einer zunehmenden Westverschuldung, wodurch die Wirtschaft der DDR störanfällig und politisch erpressbar werden könnte.³⁰ Die Bedenken und Alternativvorschläge der Wirtschaftsfunktionäre, die

Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 81–91; Werner Plumpe, Die alltägliche Selbstzermürbung und der stille Sieg der D-Mark, in: ebenda, S. 92–103, hier S. 97.

²⁸ Für die 1970er Jahre hat Peter Skyba die sozialpolitischen Entscheidungsprozesse analysiert: Sozialpolitik als Herrschaftssicherung, S. 39–80. Im Kontext von Interviews mit Wirtschaftsfachleuten aus der obersten Planungsbehörde der DDR hat Hans-Hermann Hertle Hinweise damaliger Insider über Konflikte und Vorgänge im engeren Führungskreis ausgewertet: Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED, in: Theo Pirker/M. Rainer Lepsius/Rainer Weinert/Hans-Hermann Hertle (Hrsg.), Der Plan als Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen, Opladen 1995, S. 314–345.

²⁹ Vgl. die Beratung bei Willi Stoph über den Volkswirtschaftsplan 1973 vom 17. Oktober 1972, in: Bundesarchiv, DE 1/58536.

³⁰ Vgl. die Stellungnahme der Abteilung Planung und Finanzen über die Durchführung des Fünfjahrplans vom 11. Februar 1972, in: Bundesarchiv, DE 1/58657.

sich bereits zwischen 1972 und 1975 zu Wort meldeten und das überdimensionierte sozialpolitische Programm der SED kritisierten, wurden von einer Politbüromehrheit zurückgewiesen. Im Politbüro trat der SED-Chef bis zum Herbst 1989 mit dem machtpolitisch motivierten Argument auf, dass wirtschaftlicher Fortschritt und Leistungszuwachs unmittelbar und in gleichem Umfang zu einer Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung führen müsse. Eine Umkehrung dieses Prinzips, dass nämlich schwindende Leistungskraft der Wirtschaft auch zur Einschränkung des Lebensstandards führen könne, kam ihm dabei zu keiner Zeit in den Sinn. So wurde die kurzfristige Wohlstandssteigerung zum obersten Ziel der Wirtschaftspolitik erklärt.

Die im Laufe der 1970er Jahre im Politbüro aufbrechenden Konflikte über den wirtschaftspolitischen Kurs der Partei entwickelten sich zu einem zentralen Konfliktfeld innerhalb der SED-Führung, lange bevor in den 1980er Jahren die ökonomische Krise in der DDR rasant anwuchs. Für die späten 1980er Jahre war bisher bekannt, wie selbst in der Phase des ökonomischen Niedergangs eine Politbüromehrheit um Parteichef Honecker Korrekturen am Wirtschaftskurs der Partei vereitelte.³¹ Gegen die Entscheidung für eine kurzfristige Stabilisierung politischer Herrschaft durch soziale Leistungen auf Kosten der mittel- und langfristigen Stabilität der DDR wurden bereits in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre prononciert Einwände erhoben, die zu Auseinandersetzungen in der obersten Führungsetage der SED führten. Seit 1975/76 sprach der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission in internen Analysen die aufbrechenden Krisensymptome immer wieder an.³²

Die Diskussionen, Konflikte und Entscheidungshintergründe auf dem existenziellen Feld der Wirtschaftspolitik können für die 1970er und 1980er Jahre aufgrund der überlieferten persönlichen Mitschriften des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, bzw. seines Stellvertreters Heinz Klopfer über die Beratungen bei Honecker bzw. im SED-Politbüro außerordentlich gut rekonstruiert werden. Vor entscheidenden Politbürositzungen, in denen Eckdaten der wirtschaftlichen Perspektivpläne erörtert wurden, fanden regelmäßig interne Besprechungen in einem engen und einem erweiterten Kreis statt.³³ Dem engeren Kreis gehörten den Aufzeichnungen zufolge lediglich Honecker, Mittag und Schürer an.³⁴ Im Anschluss daran wurden die Planentwürfe in einem erweiterten

³¹ Vgl. Hans-Hermann Hertle, Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft. Das Scheitern der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ am Beispiel der Schürer-Mittag-Kontroverse im Politbüro 1988, in: Deutschland Archiv 25 (1992), S. 127–131; ders., Der ökonomische Untergang des SED-Staates, in: ebenda, S. 1019–1030; ders., Der Sturz Erich Honeckers. Zur Rekonstruktion eines innerparteilichen Machtkampfes, in: Klaus-Dietmar Henke/Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.), Widerstand und Opposition in der DDR, Köln, 1999, S. 327–346.

³² Vgl. die Einschätzung von Gerhard Schürer zum Entwurf des Fünfjahresplanes 1976 bis 1980 vom 6. Oktober 1976, in: Bundesarchiv, DE 1/58746.

³³ Vgl. das Protokoll über das Gespräch zwischen Hans-Hermann Hertle und Gerhard Schürer am 9. August 1991, in: Deutschland Archiv 25 (1992), S. 133.

³⁴ Vgl. die Notiz über die Beratung bei Honecker am 2. April 1976 über Probleme des Fünfjahresplans 1976 bis 1980, in: Bundesarchiv, DE 1/58746.

Kreis von ausgewählten Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros sowie ZK-Abteilungsleitern behandelt. Dazu gehörten Erich Honecker, Günter Mittag, Gerhard Schürer bzw. Heinz Klopfer, Willi Stoph, Gerhard Grüneberg, Kurt Hager, Werner Krolikowski, Harry Tisch, Paul Verner, Werner Jarowinsky und der Leiter der ZK-Abteilung Planung und Finanzen Günter Ehrensperger.³⁵ Erst danach wurde der jeweilige Planentwurf dem gesamten Politbüro vorgelegt, das in der Regel das vorgelegte Material ohne grundsätzliche Einwände bestätigte.

Die Beratungen im „kleinen Kreis“ oder im gesamten Politbüro zeigen, wie schon seit Mitte der 1970er Jahre die negativen Auswirkungen der wirtschaftspolitischen Weichenstellungen des VIII. Parteitags 1971 sowohl in der SED-Führung als auch unter führenden Wirtschaftsexperten zu heftigen Diskussionen und recht unterschiedlichen Korrekturvorschlägen führten. Spätestens im Laufe des Jahres 1976 sahen sich die mit Wirtschaftsfragen befassten Politbüromitglieder mit der Mahnung der Wirtschaftsexperten in der Staatlichen Plankommission konfrontiert, dass die ökonomische Leistungskraft der DDR viel zu schwach sei, um das auf dem VIII. Parteitag der SED 1971 verkündete sozialpolitische Vorhaben zu realisieren. Dies bildete den Ausgangspunkt für Kontroversen grundsätzlicher Art, wobei die Funktionsmängel der Planungsökonomie zunehmend in den Mittelpunkt rückten.³⁶

Sowohl im „kleinen Kreis“ als auch im Politbüro stand die Außenhandelsbilanz und die ständig steigende Verschuldung im westlichen Ausland im Zentrum des Konflikts.³⁷ Die mit der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ propagierte Steigerung des Lebensstandards war nur mit einem erweiterten Import von westlichen Konsumprodukten möglich. Da jedoch im Interesse künftigen Wachstums die Investitionen eigentlich nicht sinken durften, wurde im Widerspruch zu sämtlichen Politbürobeschlüssen immer mehr importiert als exportiert. Bereits 1972/73 nahm das Handelsdefizit gegenüber den westlichen Industriestaaten deutlich zu.³⁸ Der Außenhandel entwickelte sich zur Achillesferse der DDR³⁹, mit dem Ergebnis, dass die sich aus dem Handelsdefizit ergebende Gesamtverschuldung der DDR zum zentralen Konfliktstoff innerhalb des Politbüros wurde.

³⁵ Vgl. die Notiz über die Beratung zum Entwurf des Fünfjahrplanes am 5. November 1976 bei Honecker sowie den Hinweis über die Beratung beim Generalsekretär am 18. November 1977, in: ebenda, DE 1/58746.

³⁶ Vgl. Hertle, Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED, S. 311.

³⁷ Vgl. Ralf Ahrens, Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW – Strukturen und handelspolitische Strategien 1963–1976, Köln 2000; Jörg Roesler, Die Wirtschafts- und Finanzbeziehungen der DDR zum Westen in den 70er und 80er Jahren, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), Die DDR in Europa – zwischen Isolation und Öffnung. Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Münster 2005, S. 134–151.

³⁸ Vgl. Steiner, Von Plan zu Plan, S. 217.

³⁹ Vgl. Christoph Buchheim, Die Achillesferse der DDR – der Außenhandel, in: André Steiner (Hrsg.), Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte?, Berlin 2006, S. 91–103.

2. Die Verschuldungsfalle – beginnende Unruhe im Politbüro

Mit dem wirtschaftspolitischen Kurswechsel versuchten Honecker und sein Politbüro in den 1970er Jahren, die Defizite der Binnenwirtschaft und des Handels innerhalb des RGW durch einen Ausbau der Außenhandelsbeziehungen zu westlichen Industrieländern auszugleichen.⁴⁰ Der materiell nicht abgesicherte Außenhandel mit den westlichen Industrieländern setzte seit 1971 einen inneren und äußeren Verschuldungsmechanismus in Gang, der in der Folgezeit nicht mehr beherrscht werden konnte, zumal die sozialpolitischen Leistungen aus eigener Wirtschaftskraft nicht finanzierbar waren.⁴¹

Die unausgeglichene Zahlungsbilanz gehörte seit 1971 zu den zentralen Problemen, deren Lösung für das Überleben der DDR unabdingbar war. Je schneller die Preise für Rohstoffe im Vergleich zu denen für Industrieerzeugnisse stiegen, desto höher türmten sich die Schuldenprobleme im Handel mit Valutawaren auf. Die Bargeldeinnahmen aus dem Export reichten nicht mehr aus, um neue Importgeschäfte zu finanzieren. Das Bargelddefizit entwickelte sich zu einer der existenziellen Fragen des Außenhandels der DDR.⁴² Gegen das ungebremsste Anwachsen der Devisenverschuldung regte sich bereits in den ersten Jahren der Honecker-Ära sowohl unter Wirtschaftsexperten in der Staatlichen Plankommission (SPK) als auch im Politbüro Widerstand. Am hartnäckigsten trat dabei Schürer in Erscheinung – und dies über den gesamten Zeitraum der 1970er und 1980er Jahre.

Schürer, der auf der 10. ZK-Tagung im Oktober 1973 als Kandidat des Politbüros in die oberste Machthierarchie der DDR aufrückte, verfügte aufgrund seiner langjährigen Erfahrungen in wirtschaftspolitischen Planungsstäben über intime Einblicke in die Abläufe, Planungsmechanismen und Strukturzusammenhänge, mithin aber auch über die strukturellen Schwächen und Defizite der DDR-Wirtschaft.⁴³ Der gelernte Maschinenschlosser – am 14. April 1921 in Auerbach bei Zwickau in einer Arbeiterfamilie geboren – hatte schon seit 1950/51 in seiner Funktion als stellvertretender Leiter der Hauptabteilung Wirtschaftsplanung in der Landesregierung Sachsen sowie als Abteilungsleiter in der Staatlichen Plankommission die Anfänge zentralstaatlicher Wirtschaftsplanung mitgestaltet. Seit 1953 konnte er sich in der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED als

⁴⁰ Vgl. Steiner, Von Plan zu Plan, S. 191–196; Ahrens, Gegenseitige Wirtschaftshilfe?, S. 313f.

⁴¹ Vgl. Hertle, Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED, S. 310.

⁴² Vgl. Armin Volze, Zur Devisenverschuldung der DDR – Entstehung, Bewältigung und Folgen, in: Die Endzeit der DDR-Wirtschaft, S. 151–177; Ahrens, Gegenseitige Wirtschaftshilfe?, S. 258–270.

⁴³ Vgl. die Protokolle über die Gespräche mit Gerhard Schürer und Siegfried Wenzel am 25. 2. 1993 und 21. 5. 1993, in: Der Plan als Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR, S. 67–120; Gerhard Schürer, Planung und Lenkung der Volkswirtschaft in der DDR – Ein Zeitzeugenbericht aus dem Zentrum der DDR-Wirtschaftslenkung, in: Die Endzeit der DDR-Wirtschaft, S. 61–98.

ausgewiesener Fachmann für Wirtschaftsplanung und -lenkung profilieren, zunächst als Instrukteur, dann als Sektorenleiter für Planung, seit 1958 als stellvertretender Abteilungsleiter und seit 1960 als Leiter der Abteilung Planung und Finanzen. 1962 übernahm er den Posten eines stellvertretenden Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission; am 16. Dezember 1965 wurde er vom Politbüro in der Nachfolge Erich Apels als deren Vorsitzender eingesetzt.⁴⁴ Sowohl Personalabteilungen der staatlichen Instanzen als auch die Kaderabteilung des Zentralkomitees bescheinigten Schürer stets ausgezeichnete fachliche Qualitäten. Die Abteilung Planung und Finanzen des ZK zählte Schürer zu den „begabten, intelligenten und zuverlässigen Nachwuchskadern der Partei auf wirtschaftspolitischem Gebiet.“⁴⁵ Als Student der Parteihochschule beim ZK der KPdSU in Moskau, die er von 1955 bis 1958 besuchte, erwarb Schürer die weltanschaulichen Voraussetzungen für eine berufliche Karriere in der Chefetage des „großen Hauses“. Seit 1966 fungierte Schürer zugleich als Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR.

Schürer waren demnach die internen Funktionsmechanismen sowohl in den staatlichen Wirtschaftsverwaltungen als auch im zentralen Parteiapparat bestens vertraut. Mit seinem Wechsel in die SPK 1962 gehörte er allerdings zu den wenigen Spitzenfunktionären, die von einer herausgehobenen Stellung als Abteilungsleiter im zentralen SED-Apparat in eine staatliche Funktion wechselten. Die im November 1950 gebildete Staatliche Plankommission fungierte als ein Organ des Ministerrates und verantwortete die gesamtstaatliche Planung der Volkswirtschaft. Nach Auflösung der Industrieministerien 1958 übernahm die Staatliche Plankommission durch ihre neu strukturierten Industrieabteilungen neben der bisherigen Planung auch die operative Leitung der Volkswirtschaft. Sie nahm damit im Wirtschaftsgefüge der DDR eine außerordentliche Stellung ein. Die exzellenten Fachkenntnisse Schürers auf dem Gebiet der Wirtschaftsplanung waren zweifellos ein wichtiger Grund dafür, dass er bis Dezember 1989 trotz wiederholter Anfeindungen und Anschuldigungen Vorsitzender der SPK bleiben konnte.

Schon als Stellvertreter Apels machte Schürer die Außenhandelsbilanz der DDR zu einem Schwerpunkt seiner Tätigkeit und setzte sich für eine ausgeglichene Zahlungsbilanz ein. Im August 1965 erstellte er für seinen Chef ein Papier, in dem er sich kritisch mit der beginnenden negativen Zahlungsbilanz gegenüber dem westlichen Ausland auseinandersetzte. Dabei ging es im Vergleich zu späteren Jahren um geringe Beträge: Die Gesamtverschuldung gegenüber dem Westen betrug zum Jahresende 1965 ca. 455 Millionen Valutamark (VM), das entsprach dem damaligen Wert von 158 Millionen US-Dollar. Dennoch sahen Schürer und offenbar auch das Politbüro in der langsam zunehmenden Devisenverschuldung ein volkswirtschaftliches Problem, das es zu lösen galt. Da sich bereits schon damals im Politbüro Unmut über die Funktionsmängel der Planungsökonomie zu

⁴⁴ Vgl. die Kaderakte Gerhard Schürers, in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/11/v.5472.

⁴⁵ Beurteilung des Leiters der ZK-Abteilung Planung und Finanzen vom 31. März 1955, in: ebenda.

regen begann, stellte Schürer in seiner Ausarbeitung zur Zahlungsbilanz vom 23. August 1965 die Plankommission als warnende Stimme negativer außenwirtschaftlicher Entwicklungen dar. Mehrfach, so notierte er, habe die SPK auf Defizite in der Zahlungsbilanz hingewiesen. „An Signalen und Einschätzungen fehlt es also offensichtlich nicht, aber der Kampf um die Erfüllung des Außenhandelsplanes ist ungenügend und für das Jahr 1966 entwickelt sich eine außerordentlich ernste Lage.“⁴⁶

In Anbetracht dieser Lage war es nach Ansicht Schürers beunruhigend, dass um die Erfüllung des Exportplanes 1965 nicht mindestens mit der gleichen Energie gekämpft würde wie um die Einbringung der Ernte. Zum Ausgleich für das Defizit unterbreitete er, wie später in den 1970er Jahren, Vorschläge zur deutlichen Reduzierung der Westimporte. „Ohne die Streichung von ca. 600 Mio. Importen aus den Orientierungshilfen 1966 wird offensichtlich dieses Problem nicht mehr zu meistern sein.“ Schürer machte darüber hinaus die Nichterfüllung der Exportpläne zum Thema, um auf das wachsende Schuldenproblem aufmerksam zu machen. Um die Zahlungsbilanz mit den westlichen Industrieländern zu sichern, hatte das Politbüro für den Plan 1965 eine Verdopplung des Exports der metallverarbeitenden Industrie vorgesehen. Dies hielt Schürer für vollkommen unrealistisch. „Man muss einschätzen, dass eine derartige sprunghafte Steigerung des Exports von Erzeugnissen der metallverarbeitenden Industrie, wie sie im Plan 1965 vorgesehen war, unter den Bedingungen der verschärften Konkurrenz auf dem Weltmarkt und der Entwicklung im Maschinenbau unserer Republik nicht real ist.“ Aus der Nichterfüllung des Außenhandelsplanes für das „Nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet“ (NSW) ergab sich für Schürer schon damals nur eine Schlussfolgerung: die Exporte in die westlichen Industrieländer zu erhöhen und gleichzeitig die Importe aus dem Westen zu verringern.⁴⁷

Nachdem Honecker zum Parteichef aufgerückt war, griff Schürer das Problem der Zahlungsbilanz wieder auf und begründete in der SED-Spitze seinen Ruf als Überbringer schlechter Botschaften, indem er in regelmäßigen Abständen auf den wachsenden Schuldenberg verwies, der seiner Meinung nach die Liquidität der DDR bedrohe. So erläuterte er im Januar 1972 im Politbüro, dass das anvisierte Einkommens- und Konsumniveau mit den binnen- und außenwirtschaftlichen Möglichkeiten der DDR nicht zu bewerkstelligen sei und sich somit das Verhältnis von Export und Import weiter verschieben würde.⁴⁸ Auch der Leiter der ZK-Abteilung Planung und Finanzen, Erich Wappler, äußerte mit Blick auf die Westverschuldung seine Auffassung, dass sich die DDR „hart an der Grenze einer ökonomischen Störanfälligkeit und daraus entstehender politischer Konsequenzen in

⁴⁶ Ausarbeitung Schürers zur Zahlungsbilanz 1965/66 vom 23. August 1965, in: Archiv BStU, MfS SdM 1178, Bl. 204.

⁴⁷ Vgl. die Vorlage für die Beratung mit den Stellvertretern des Vorsitzenden der SPK vom 31. August 1965 über „Probleme der Gesamtbilanzierung des Außenhandelsplanes 1966“, in: ebenda, Bl. 249.

⁴⁸ Vgl. die persönlichen Notizen Heinz Klopfers über die Sitzung des Politbüros am 18. Januar 1972, in: Bundesarchiv, DE 1/58550.

Bezug auf die kapitalistischen Länder“ bewege.⁴⁹ Honecker bewertete schon damals derartige Warnungen als „Torpedierung der Hauptaufgabe“, die sich gegen die Beschlüsse des VIII. Parteitages richteten.⁵⁰ Im Leitungsgremium der SPK machte sich daraufhin Ernüchterung breit, war doch die Ablösung Ulbrichts u. a. mit unrealistischen Wirtschaftsplänen und utopischen Plankennziffern begründet worden.⁵¹ Nun deutete sich an, dass die Forderungen führender Wirtschaftsfunktionäre nach realistischer Wirtschaftsplanung erneut von einer Politbüromehrheit ignoriert wurden und sich in der Parteispitze abermals ökonomisches Wunschenken breit machte.

Am 6. November 1972 berieten führende Außenwirtschaftsexperten mit dem Vorsitzenden der SPK über Probleme der Zahlungsbilanz, die sich aus ihrer Sicht aus dem eingeschlagenen Wirtschaftskurs der SED ergäben. Anwesend waren außer Schürer der Minister der Finanzen, Siegfried Böhm, der Minister für Außenwirtschaft, Horst Sölle, der Leiter der ZK-Abteilung Handel, Versorgung und Außenhandel, Hilmar Weiß, der Sektorenleiter in der ZK-Abteilung Planung und Finanzen, Horst Tschanter, der Staatssekretär in der SPK, Karl Grünheid, der stellvertretende Minister für Außenwirtschaft, Kurt Fenske, der Präsident der Deutschen Außenhandelsbank, Helmut Dietrich, und der Vizepräsident der Staatsbank, Friedmar John.⁵² Sie äußerten sich besorgt über den zu erwartenden Anstieg der Devisenverbindlichkeiten um 2,2 Mrd. VM im Jahre 1973. Der erhöhte Finanzbedarf konnte ihrer Ansicht nach nicht durch die Mobilisierung weiterer Kreditquellen über westliche Banken abgedeckt werden, da sich dadurch eine nicht zu rechtfertigende Abhängigkeit von kapitalistischen Kreditgebern ergebe. Insgesamt befürchteten die Beratungsteilnehmer eine weiter wachsende Schere zwischen Valutaeinnahmen und -ausgaben, die mit der „inneren Struktur der Volkswirtschaft“ in den nächsten Jahren nicht geschlossen werden könne. Die Exportkraft der DDR reiche nicht aus, um allen geforderten Rückzahlungen nachzukommen und gleichzeitig die notwendigen Importe zu finanzieren. Ihr Fazit lautete: „Das verwendete Nationaleinkommen ist höher als das erwirtschaftete.“⁵³ Die Aufnahme von weiteren Krediten in einer Größenordnung von 1 Mrd. VM hielten sie „vom Standpunkt des politischen Spielraums für die Durchführung der Außenpolitik als auch hinsichtlich der volkswirtschaftlichen Kraft“ nur für vertretbar, wenn in den nächsten Jahren eine ausgeglichene Handels- und Zahlungsbilanz bei konvertierbaren Devisen erreicht und darüber hinaus ein Export-

⁴⁹ Stellungnahme der Abteilung Planung und Finanzen über die Durchführung des Fünfjahresplans vom 11. Februar 1972, in: ebenda, DE 1/58657.

⁵⁰ Persönliche Notizen Klopfers über die Sitzung des Politbüros am 18. Januar 1972, in: ebenda, DE 1/58550.

⁵¹ Vgl. die Notizen Schürers über die Beratung bei Mittag am 3. Oktober 1972, in: ebenda, DE 1/58536.

⁵² Vgl. den Bericht über die Beratung bei Schürer vom 7. November 1972, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 6/90, Bd. 174, Bl. 83–89.

⁵³ Ebenda, Bl. 85.

überschuss erzielt werde, „der eine sukzessive Tilgung eines Teiles der aufgenommenen Kreditverpflichtungen ermöglicht“.

Dieser deutliche Warnruf der Wirtschaftsfunktionäre aus dem Partei- und Staatsapparat ist eines der frühen Zeugnisse über das fühlbare Unbehagen, welches sich über das von Honecker eingegangene Devisenabenteuer schon im Spätherbst 1972 ausbreitete. Der Widerstand gegen die mit ausländischen Krediten finanzierte Wirtschaftspolitik war sowohl politisch als auch wirtschaftlich motiviert. Die Wirtschaftsfunktionäre bemängelten nicht die Devisenimporte an sich, sondern die gesamte Importstruktur, die überwiegend nicht auf Technologietransfer sowie Modernisierung der DDR-Wirtschaft und damit auf eine Stärkung der Exportkraft ausgerichtet war. So wurde in dem gemeinsamen Papier auf das grundlegende Strukturproblem der vom Politbüro befürworteten Außenwirtschaft verwiesen: Die Exporterlöse, insbesondere in der metallverarbeitenden Industrie, wurden überwiegend für die Bezahlung der Konsumgüter verwendet. Eine politische Entscheidung, die die Wirtschaftspolitik auf die Intensivierung des Wirtschaftswachstums auf der Basis westlicher Technologien orientiert hätte, lag nicht vor.⁵⁴ Eine daraus resultierende Verschuldungspolitik hätte zumindest in der Staatlichen Plankommission etliche Befürworter gefunden.

Im Ergebnis dieser Beratung warnte Schürer im November 1972 in deutlicher Form vor der wachsenden Westverschuldung, die zu akuten Zahlungsschwierigkeiten führen könne.⁵⁵ In einer Information zur Zahlungsbilanz verwies er auf eine „ungedekte Differenz“ von 2,1 Mrd. VM in der Zahlungsbilanz für das „nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet“. Die Verschuldung würde sich demnach von 3,9 Mrd. VM Ende 1972 auf 6 Mrd. VM Ende des Jahres 1973 erhöhen. Und er fügte warnend hinzu: „Eine solche Erhöhung der Verschuldung lässt sich nicht realisieren.“ Schürer sorgte sich allerdings nicht nur um den rasch wachsenden Negativ-Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten, sondern auch um das zunehmende Bargelddefizit. Die Hauptursache für diese Entwicklung bestand für ihn darin, „daß den in zunehmendem Maße steigenden Importen im NSW – insbesondere gegen konvertierbare Devisen – keine entsprechenden Exporte gegenüberstehen. Außerdem wurden über mehrere Jahre hinweg die Exportpläne nicht erfüllt und die Importpläne wurden überzogen.“⁵⁶

Auf der Grundlage des Schürer-Berichts beschloss das Politbüro am 28. November 1972, nach „Möglichkeiten zur Erschließung von Reserven und zur Durchsetzung einer strengen Sparsamkeit auf dem Gebiet der Valutawirtschaft gegenüber dem kapitalistischen Wirtschaftsgebiet“ zu suchen.⁵⁷ Hierzu sollte eine

⁵⁴ Vgl. Plümpe, Die alltägliche Selbstzermürbung und der stille Sieg der D-Mark, S. 98; Ahrens, Außenwirtschaft in der Schuldenfalle, S. 105 f.; Buchheim, Die Achillesferse der DDR, S. 91 ff.; Steiner, Von Plan zu Plan, S. 165 ff.

⁵⁵ Vgl. die „Information über Probleme des Planentwurfs 1973 der Zahlungsbilanz für das kapitalistische Wirtschaftsgebiet“ vom 24. November 1972, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2A/1644.

⁵⁶ Ebenda.

⁵⁷ Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros am 28. November 1972, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2A/1644.

zu gründende „Arbeitsgruppe zur Lösung der Probleme der Zahlungsbilanz gegenüber dem kapitalistischen Wirtschaftsgebiet“ entsprechende Vorschläge unterbreiten. Zu Mitgliedern dieser „Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz“ bestimmte das Politbüro Wirtschaftssekretär Mittag, Landwirtschaftssekretär Grüneberg, ZK-Sekretär Hager, den stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates Sindermann, Politbüromitglied Jarowsky, Finanzminister Böhm, den SPK-Vorsitzenden Schürer, den Minister für Außenhandel Sölle und die Präsidentin der Staatsbank Wittkowski. Die Bildung dieser Arbeitsgruppe zeigt, dass das Politbüro die Beherrschung der Probleme der Zahlungsbilanz für ein existenzielles Problem hielt. Mit der Delegierung grundsätzlicher Fragen der Außen- und Finanzwirtschaft an einen internen Führungszirkel beim Politbüro verloren die zuständigen Ministerien weiter an Einfluss.⁵⁸

Nach dem Wechsel von Mittag in die Regierung konstituierte sich Anfang 1974 unter seiner Leitung diese Arbeitsgruppe zunächst als Kommission des Ministerrates. Nach seiner Rückkehr in den Parteiapparat wurde sie am 2. November 1976 erneut als Arbeitsgruppe dem Politbüro zugeordnet.⁵⁹ Dem Gremium gehörten seitdem an: die bisherigen Mitglieder Mittag (Leiter), Jarowsky, Schürer, Sölle (ab 1986 Beil), Böhm (ab 1981 Höfner) und Grüneberg (ab 1981 Felfe) sowie die neu hinzugekommenen Mitglieder Krolkowski, der Minister für Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft Kuhrig (ab 1986 Lietz), der Minister für Materialwirtschaft Rauchfuß, der Präsident der Staatsbank Kaminsky, der Präsident der Außenhandelsbank Polze, der Leiter der ZK-Abteilung Planung und Finanzen Ehrensperger, der Leiter der ZK-Abteilung Handel, Versorgung und Außenhandel Weiß, der Staatssekretär in der SPK Grünheid und der Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung Schalck-Golodkowski. In dieser strukturübergreifenden Arbeitsgruppe, die den Instruktionen Mittags unterworfen war, versammelten sich die wirtschaftspolitische sowie finanz- und außenwirtschaftliche Kompetenz unter dem Dach des Politbüros.

Zur Lösung der Schuldenprobleme wurde im Januar 1973 ein umfangreicher Maßnahmenkatalog präsentiert, der im Kern eine Erhöhung der Exportauflagen für die Industrie sowie eine Reduzierung der Westimporte enthielt.⁶⁰ Die Arbeitsgruppe legte dem Politbüro darüber hinaus ein Grundsatzdokument zur Zahlungsbilanz vor, das für die Gestaltung der Außenhandelsbeziehungen für die nächsten Jahre als Richtlinie dienen sollte. Darin hieß es: „Die für die Volkswirtschaft notwendigen Importe, Ausgaben für Dienstleistungen, fällige Zahlungen usw. müssen durch wachsende Exporte erwirtschaftet werden. Auch auf diesem Gebiet gilt der Grundsatz des VIII. Parteitages der SED, dass die DDR auf die Dauer nicht mehr importieren und verbrauchen kann, als sie produziert und

⁵⁸ Vgl. Dietrich Lemke, *Handel & Wandel. Lebenserinnerungen eines DDR-Außenhändlers 1952–1995*, Bd. II: 1969–1995, Zeuthen 2004, S. 839f.

⁵⁹ Vgl. das Protokoll Nr. 23/76 der Sitzung des Politbüros am 2. November 1976, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2 1642.

⁶⁰ Vgl. das Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros am 16. Januar 1973, in: ebenda, DY 30 J IV 2/2A/1653.

Tabelle 20: Entwicklung der Verschuldung bei westlichen Gläubigern in konvertierbaren Devisen (Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten) von 1969 bis 1975 in Mrd. Valutamark (VM)⁶¹
(Stand: jeweils im Dezember des Jahres)

Konvertierbare Währungen	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Verbindlichkeiten	-1280	-1828	-2947	-3736	-5529	-8087	-11 034
Forderungen	+763	+916	+1120	+1326	+1548	+1591	+1785
Saldo	-517	-912	-1827	-2410	-3981	-6496	-9249

exportiert. Der Maßstab für die Arbeit im Handel mit den nichtsozialistischen Ländern ist die Erfüllung und Übererfüllung der Exportpläne sowie erreichte Einsparungen bei den vorgesehenen Importen und Valutaausgaben.⁶² Der darauf beruhende Beschluss des Politbüros legte zudem fest, die Zahlungsbilanz jeweils monatlich zu erstellen und dem Präsidium des Ministerrates vorzulegen.⁶³ Detaillierte Informationen zu den Außenhandelsbeziehungen und zur Zahlungsbilanz mussten zudem monatlich dem Politbüro zugestellt werden. Dabei war nachzuweisen, in welchem Umfang die im Politbürobeschluss vom 28. November 1972 enthaltenen Ex- und Importauflagen der einzelnen Ministerien verwirklicht wurden.

Honecker und Mittag sahen in der Erhöhung der Leistungskraft der Wirtschaft und einem damit verbundenen Exportüberschuss die einzige Möglichkeit, um die ständig wachsende Auslandsverschuldung zu bremsen bzw. zu reduzieren. Somit setzte das Politbüro mit seinem Beschluss vom 28. November 1972 auf einen ständig steigenden Exportüberschuss im Handel mit den westlichen Industriestaaten, der angesichts mangelnder Konkurrenzfähigkeit ostdeutscher Produkte auf dem Weltmarkt illusorisch war und dennoch bis 1989 innerhalb der SED-Führung als Schlüssel für die Beherrschung des Zahlungsbilanzproblems galt.⁶⁴

Angesichts des schnelleren Anstiegens der Verbindlichkeiten gegenüber den Forderungen wuchs in den Jahren bis 1975 die Verschuldung der DDR bei westlichen Gläubigern insbesondere in konvertierbaren Devisen, wodurch sogenannte Zwischenfinanzierungen in Form von Bargeldkrediten zur Rückzahlung der anstehenden Tilgungsraten und Zinsen erforderlich wurden. Die Verschuldung der DDR bei westlichen Gläubigern in konvertierbaren Devisen zeigt die obenstehende Tabelle 20.⁶⁵

⁶¹ Die Valutamark beruht auf dem Verhältnis 1:1 zur Deutschen Mark (DM). Davon abgeleitet wurden die internen Umrechnungsverhältnisse der Mark der DDR zu den anderen westlichen Währungen festgelegt: 1972: 1 US-Dollar = 3,20 VM; 1973: 1 US Dollar = 2,88 VM; 1974: 1 US Dollar = 2,50 VM.

⁶² Direktive zu den politisch-ideologischen und ökonomischen Aufgaben im Handel mit den nichtsozialistischen Ländern zur Durchführung der Beschlüsse des VIII. Parteitages vom 16. Januar 1973, in: ebenda, DY 30/J IV 2/2A/1653.

⁶³ Vgl. das Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros am 16. Januar 1973, in: ebenda.

⁶⁴ Vgl. Ahrens, Außenwirtschaft in der Schuldenfalle, S. 108.

⁶⁵ Vgl. die Information für das Politbüro vom Dezember 1975: Zahlungsbilanz und Außenwirtschaftsbeziehungen bis Ende Dezember 1975, in: SAMPO BArch, DY 30/J IV 2/2J 7096.

Tabelle 21: Entwicklung der Zahlungsbilanz (Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten) gegenüber den westlichen Industrieländern von 1969 bis 1985 in Valutamark (VM) ⁶⁶

(Stand: jeweils im Dezember des Jahres bei wechselnden Umrechnungskursen: 1972: 1 US-Dollar = 3,20 VM; 1980: 1 US-Dollar = 1,90 VM; 1984: 1 US-Dollar = 2,60 VM; 1985: 1 US-Dollar = 3,00 VM)

Jahr	Forderungen Mrd. VM	Verbindlichkeiten Mrd. VM	Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten
1969	+1,702	-3,153	-1,451
1970	+2,090	-4,129	-2,039
1971	+2,436	-5,346	-2,910
1972	+2,683	-6,605	-3,922
1973	+2,972	-8,347	-5,375
1974	+3,025	-10,771	-7,746
1975	+3,293	-14,041	-10,748
1976	+3,698	-19,005	-15,307
1977	+3,953	-22,528	-18,575
1978	+4,539	-25,676	-21,137
1979	+4,696	-27,348	-22,652
1980	+5,656	-30,450	-24,794
1981	+7,687	-38,283	-30,596
1982	+8,509	-36,718	-28,209
1983	+8,300	-39,813	-31,513
1984	+9,453	-41,604	-32,151
1985	+9,768	-39,763	-29,995

Trotz fortwährender Mahnungen der SPK, die Verschuldung gegenüber dem westlichen Ausland würde in absehbarer Zeit nicht mehr beherrschbar sein, sowie erneuter Politbürobeschlüsse⁶⁷, konnte die Zunahme der Auslandsverschuldung bis Anfang der 1980er Jahre nicht gestoppt werden, wie Tabelle 21 zeigt.

Das ständig steigende Bargelddefizit entwickelte sich bereits damals zu einem ernsthaften Problem, weil die zur Verfügung stehenden Barmittel insgesamt nicht mehr ausreichten, um die fälligen Barausgaben (Kredittilgungen, Zinszahlungen) zu decken. Dafür mussten jeweils neue Bargeldkredite mit weiteren Zinsbelastungen zu immer ungünstiger werdenden Zinsbedingungen aufgenommen werden. Die SPK, die Außenhandelsbank der DDR, das Finanzministerium und die ZK-

⁶⁶ Berechnet auf der Grundlage der monatlichen „Informationen für das Politbüro über Außenwirtschaftsbeziehungen und Zahlungsbilanzen“: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2J/5607; DY 30/J IV 2/2J 7096; DY 30/J IV 2/2J 7478; DY 30/J IV 2/2J/8214; DY 30/J IV 2/2J 7896; DY 30 5211 bis DY 30 5215. Die Deutsche Bundesbank kam in Berechnungen vom August 1999 auf wesentlich niedrigere Werte: Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, Frankfurt (M.) 1999, S. 60. Ausschlaggebend für die damalige Diskussion bzw. Entscheidungsfindung in der SED-Führung waren jedoch die dem Politbüro vorgelegten Zahlen. Insofern können die Angaben der Bundesbank hier vernachlässigt werden.

⁶⁷ Vgl. den Beschluss des Politbüros „über Maßnahmen zur vollen Sicherung der Zahlungsbilanz 1981 gegenüber dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“ vom 30. Juni 1981, in: ebenda, DY 30/J IV 2/2/1899.

Abteilung Planung und Finanzen befürchteten deshalb einen rasanten Anstieg des Bargelddefizits, der schon in den 1970er Jahren nicht mehr beherrschbar zu sein schien. Den ebenfalls stetig steigenden Sockel, also die Gesamtverschuldung, hielten sie hingegen für eine bedenkliche, aber noch kalkulierbare Belastung des Wirtschaftssystems. Bis Ende des Jahres 1979 kletterte das Bargelddefizit auf 3,3 Mrd. VM, das nur durch die Neuaufnahme von Krediten zeitweilig ausgeglichen werden konnte. Dadurch entstanden sofort neue, ständig wachsende Vorbelastungen in Form zu tilgender Kredite. Da auch die Zinsen durch die Aufnahme neuer Kredite finanziert wurden, wuchs das gesamte Kreditvolumen immer weiter an.⁶⁸

Die Hauptursache für den gewachsenen Minussaldo der DDR gegenüber den westlichen Industrieländern in der ersten Hälfte der 1970er Jahre lag im ständig wachsenden Überschuss der Importe über die Exporte. Nachdem der Importüberschuss 1972 1,5 Mrd. VM und 1973 2,2 Mrd. VM betrug, lag er 1974 schon bei 2,7 Mrd. VM.⁶⁹ Den größten Anteil der Importe machten Rohstoffe, Halbfabrikate und Agrarerzeugnisse, also zum Verbrauch bestimmte Güter aus. Negativ zu Buche schlugen die explosionsartig gestiegenen Preise auf den Rohstoffmärkten. Aufgrund der im RGW geltenden Mechanismen der Preisbildung wirkten sich Preiserhöhungen für Rohstoffe zwar nur verzögert in der DDR aus.⁷⁰ Die UdSSR hatte jedoch schon im Dezember 1974 während eines Gesprächs zwischen Erich Honecker und dem Vorsitzenden des Staatskomitees für Planung der Sowjetunion, Nikolai K. Baibakow, zu verstehen gegeben, dass sie künftig deutlich höhere Preise für Rohstoffe verlangen werde.⁷¹ Für die rohstoffarme DDR mussten sich die verschlechterten Außenhandelsbedingungen außerordentlich stark auf die Binnenwirtschaft auswirken.

Da die ungelösten Probleme der Zahlungsbilanz nicht nur in wirtschaftspolitischer Hinsicht zu einem unberechenbaren Faktor im Planungssystem der DDR zu werden drohten, sondern auch die Abhängigkeit von westlichen Banken immens verstärkte, wuchsen die Bedenken von DDR-Wirtschaftsfunktionären, vor allem in der Staatlichen Plankommission. Im Dezember 1974 übergab Schürer dem SED-Chef eine als „geheim“ deklarierte Übersicht über „die Entwicklung der Forderungen und Verbindlichkeiten der DDR gegenüber dem NSW 1963 bis 1973“, um auf die Dynamik des Schuldenproblems aufmerksam zu machen.⁷²

⁶⁸ Vgl. Volze, Zur Devisenverschuldung der DDR, S. 156f.; ders., Die gesplante Valuta-Mark. Anmerkungen zur Währungspolitik und Außenhandelsstatistik der DDR, in: Deutschland Archiv 32 (1999), S. 232–241.

⁶⁹ Vgl. die Informationen für das Politbüro über die Zahlungsbilanz und Außenwirtschaftsbeziehungen bis Ende Dezember 1974 vom Dezember 1974, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2J 5607.

⁷⁰ Vgl. Ahrens, Gegenseitige Wirtschaftshilfe?, S. 302–311.

⁷¹ Vgl. die Notizen Klopfers über ein Gespräch zwischen Honecker und Baibakow zu Rohstoffpreisen und RGW-Preisen am 21. Dezember 1974, in: Bundesarchiv, DE 1/58586.

⁷² Vgl. die Übersicht von Schürer über die Entwicklung der Zahlungsbilanz 1963 bis 1973 vom Dezember 1974, in: Bundesarchiv, DE 1/58633. Honecker hat diese Übersicht mit seinem üblichen Kürzel „EH“ abgezeichnet.

Darin war erkennbar, wie die Westverschuldung seit 1963 allmählich, seit dem Beginn der Ära Honecker schon deutlich stärker angewachsen war: Lag die Gesamtverschuldung 1963 noch bei 269 Mio. VM (= 93 Mio. US-Dollar), so war sie bis 1973 auf 5,3 Mrd. VM (= 1,8 Mrd. US-Dollar) angewachsen.

Der Abbau der Schulden und der beabsichtigte Exportüberschuss konnten im Rahmen der von Honecker verfolgten Wirtschaftspolitik nur mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten der industriellen Warenproduktion gelingen, was angesichts der volkswirtschaftlichen Voraussetzungen auch in den staatlichen Planungsbehörden und Ministerien als unrealistisch eingeschätzt wurde.⁷³ In den „Informationen über die Zahlungsbilanz und Außenwirtschaftsbeziehungen“, die monatlich vom Ministerium der Finanzen, der Außenhandelsbank sowie der SPK erarbeitet wurden, musste seit Mitte der 1970er Jahre das Scheitern der vom Politbüro im November 1972 beschlossenen Exportoffensive eingeräumt werden.⁷⁴ Gegen das Anwachsen der Devisenverschuldung regte sich nicht nur in der SPK frühzeitig Widerstand. Auch die Präsidentin der Staatsbank der DDR, Margarete Wittkowski, hielt beispielsweise die im Staatsplan für 1974 vorgesehenen Auslandskredite von mehr als 4 Mrd. VM zur Finanzierung von Importüberschüssen für eine „ernste Gefahr“, die möglicherweise zu einer nicht mehr beherrschbaren Zahlungssituation führen könnten.⁷⁵ In der ZK-Abteilung Planung und Finanzen wurde beständig darüber nachgedacht, auf welche Weise die Westimporte gesenkt und die Westexporte gesteigert werden könnten. Entsprechende Vorgaben konnten in den betreffenden Ministerien und den ihnen untergeordneten Kombinatn jedoch nicht umgesetzt werden.

Die ZK-Abteilung Planung und Finanzen sowie auch der seit Oktober 1973 amtierende Wirtschaftssekretär Werner Krolikowski nahmen die ökonomischen Warnungen zwar frühzeitig zur Kenntnis, insgesamt jedoch überwog bei ihnen eine ähnliche Haltung, wie sie Honecker im internen Kreis praktizierte: Westliche Handelserleichterungen, die seit Anfang der 1970er Jahre im Zeichen der Entspannung großzügig gewährt wurden, sowie Kreditangebote mit moderaten Zinssätzen schienen die wachsende Devisenverschuldung erträglicher zu machen. So wuchs das Kreditvolumen sprunghaft an. Honecker sah in den großzügigen Kreditangeboten westlicher Banken eine willkommene Möglichkeit, seine konsumorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik zu finanzieren. Zwar hielt sich der direkte Import westlicher Konsumgüter in Grenzen, doch diente ein wesentlicher Teil der importierten Waren und Rohstoffe der heimischen Produktion von Verbrauchsgütern und Nahrungsmitteln.⁷⁶ Ein Anwachsen der Devisenverschuldung, um die DDR-Wirtschaft zu modernisieren, wie dies unter dem Zeichen Ulbricht-

⁷³ Vgl. die Protokolle über die Gespräche mit Gerhard Schürer und Siegfried Wenzel am 25. 2. 1993 und 21. 5. 1993, in: *Der Plan als Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR*, S. 67–120.

⁷⁴ Vgl. die „Informationen für das Politbüro über Außenwirtschaftsbeziehungen und Zahlungsbilanzen“ 1973 bis 1980. SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/5607 bis DY 30/J IV 2/2/8214.

⁷⁵ Vgl. die Information über die Entwicklung der Außenwirtschaftsbeziehungen und der Zahlungsbilanz vom 15. Juni 1973, in: *Archiv BStU, MfS SdM 1607*.

⁷⁶ Vgl. Volze, *Zur Devisenverschuldung der DDR*, S. 155.

scher Wirtschaftsreformen denkbar gewesen wäre, kam dagegen in der wirtschaftspolitischen Grundsatzentscheidung Honeckers nicht vor.

Im Rahmen des Fünfjahrplanes 1976 bis 1981 unternahm das Politbüro einen erneuten Anlauf, um die Auslandsverschuldung deutlich zu reduzieren. 1975 griff hier erstmals die durchaus begründete Angst vor einer drohenden Zahlungsunfähigkeit um sich. Während einer Aussprache mit Schürer im Mai 1975 räumte der SED-Chef mit Blick auf die Auslandsverschuldung freimütig ein: „So ein Problem hat noch nie vor der DDR gestanden. An sich müßten wir Pleite anmelden.“⁷⁷ Praktische Konsequenzen hatte dieses Eingeständnis jedoch nicht. Schürer warnte in seinem Brief an Honecker vom 31. März 1976 wiederum vor einem Anwachsen der Zinsen, die er im Rahmen des kommenden Fünfjahrplans auf 9 bis 10 Mrd. VM bezifferte.⁷⁸ Dadurch würde sich das Bargelddefizit weiter verschärfen und neue Finanzkredite müssten aufgenommen werden, die jedoch von der Außenhandelsbank bereits für 1976/77 als nicht realisierbar eingeschätzt wurden. Der im Fünfjahrplankonzept enthaltene Exportüberschuss von 7,1 Mrd. VM reiche somit nicht einmal zur Bezahlung der Zinsen aus. An einer Einschränkung der Westimporte, so meinte Schürer, führe deshalb kein Weg vorbei. Anfang April 1976 lehnte Honecker in einem persönlichen Gespräch die von Schürer unterbreiteten Vorschläge zur drastischen Importreduzierung für den Fünfjahrplan 1976 bis 1980 entschieden ab.⁷⁹ Im Gegenteil, Honecker befürwortete u. a. zusätzliche Importe von 1,5 Mio t Getreide, die in einer überplanmäßigen Belastung von 700 Millionen VM im Staatshaushalt zu Buche schlugen.

Im Oktober 1976, unmittelbar vor der Fertigstellung des Planentwurfs für die Jahre 1976 bis 1980, betrachtete Schürer die Schließung der Devisenlücke in der Zahlungsbilanz nach wie vor als ein ungelöstes Problem. In einer vertraulichen und persönlichen Information für den Generalsekretär verglich er die geplanten Valuta-Einnahmen mit den Ausgaben in den kommenden Jahren und kam zu dem Schluss, „dass die Zahlungsbilanz mit dem NSW in der vorliegenden Form noch nicht durchführbar ist“⁸⁰. Nach dieser Einnahmen-Ausgaben-Rechnung verschärfte sich Schürer zufolge das Schuldenproblem erheblich, da rund 6 Mrd. VM durch neue Finanzkredite beschafft werden müssten, die wiederum weitere Zinszahlungen zur Folge haben würden.

Der „kleine Kreis“ von Politbüromitgliedern erörterte am 5. November 1976 erneut das ungelöste Problem der negativen Zahlungsbilanz gegenüber den westlichen Industrieländern. Neben Honecker waren Stoph, Grüneberg, Hager, Krolkowski, Mittag, Tisch, Verner, Jarowinsky, Schürer und Sindermann anwe-

⁷⁷ Handschriftliche Notizen Schürers über eine Beratung bei Honecker zum Fünfjahrplan 1976 bis 1980 vom 5. Mai 1975, in: Bundesarchiv, DE 1/58587. Zitiert in: Skyba, Sozialpolitik als Herrschaftssicherung, S. 57.

⁷⁸ Vgl. das Schreiben Schürers an Honecker vom 31. März 1976, in: Bundesarchiv, DE 1/58746.

⁷⁹ Vgl. den Vermerk über eine Aussprache bei Honecker am 2. April 1976, in: ebenda.

⁸⁰ Mitteilung Schürers für Honecker zum Entwurf des Fünfjahrplanes 1976 bis 1980 vom 6. Oktober 1976, in: ebenda.

send.⁸¹ Als Grundlage der Diskussion diente ein Entwurf des Fünfjahrplans, den die SPK den Teilnehmern wenige Tage zuvor zugestellt hatte. Schürer wies zu Beginn der Beratung darauf hin, dass sich die Schere zwischen Import und Export weiter geöffnet habe, diese aber unbedingt geschlossen werden müsse. „Das ist für die DDR eine schicksalhafte Frage.“ Er sehe sich aber außerstande, dafür gegenwärtig Lösungsvorschläge zu unterbreiten, da insbesondere in der Landwirtschaft die geplanten Exportziele bei Fleisch, Milch und der Verarbeitung von Zuckerrüben seit Jahren nicht erfüllt werden konnten. Stoph sprach mehrdeutig davon, „noch schärfere Maßnahmen in unserem Handeln mit dem NSW durchzusetzen, insbesondere hohe Preise“. Mittag, der von Honecker gerade erst wieder als Wirtschaftssekretär eingesetzt wurde, sah einen Ausweg aus der Schuldenkrise im Abschluss von Kompensationsgeschäften: „Das sind die besten Posten der Zahlungsbilanz. Wichtig ist, dass wir noch viele große Möglichkeiten haben, um die Sache gut voranzuführen, ohne Hast, aber mit der notwendigen Zielstrebigkeit.“

Hager zeigte sich dagegen weitaus stärker beunruhigt als seine Vorredner. Die Zahlungsbilanz gegenüber dem „Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“ (NSW), so brachte er zum Ausdruck, sei in dem ganzen Material, das die SPK vorgelegt habe, „der unrealste Punkt von allen Aufgaben“. Manchmal habe er den Eindruck, dass es eine Ideologie gäbe, aus dem NSW nur das zu importieren, was man in der Sache nicht beherrsche. Als Beispiele nannte er elektronische Bauelemente und elektronische Taschenrechner. Hager rechnete den Politbüromitgliedern vor, dass die Ausgaben für Wissenschaft und Technik im letzten Planjahrfünft stark gesunken seien und ebenfalls eine absinkende Relation zum Nationaleinkommen bestünde. Die Bundesrepublik, so betonte er, investiere für Forschung und Entwicklung fast das Doppelte. Eine weitaus stärkere Förderung von Wissenschaft und Technik im eigenen Land sei daher erforderlich, um auf teure Importe zu verzichten. Auch Sindermann sprach sich für höhere Investitionen in Wissenschaft und Technik aus, um NSW-Importe einzusparen. Für den FDGB-Vorsitzenden Tisch gab es ganz einfache Lösungen: Es käme nur auf die Arbeitsdisziplin in den Betrieben und eine überdurchschnittliche Planerfüllung an, die sich in dem Modell vom „Gegenplan“ manifestierte, bei dem die Arbeiter die jeweilige Planvorgabe noch einmal „freiwillig“ überboten.

Die Diskussion im „kleinen Kreis“ über den Fünfjahrplanentwurf dokumentiert, dass der seit 1971 eingeschlagene Wirtschaftskurs nicht unumstritten war, vor allem hinsichtlich der von Honecker befürworteten Kürzung der Ausgaben für Wissenschaft und Technik. In ähnlicher Weise wurde in diesem Kreis auch in den folgenden Jahren über das Zahlungsproblem sowie anstehende wirtschaftspolitische Direktiven diskutiert. Honecker schloss die Diskussion mit dem ihm eigenen Optimismus und der Zuversicht ab, die Probleme vor Ort lösen zu können: „Wenn wir die Kombinate richtig ausbauen, wenn sie einen qualifizierten Direktor haben, wenn die entsprechenden wissenschaftlichen Kader zur Verfü-

⁸¹ Vgl. die Niederschrift über die Beratung bei Honecker zum Fünfjahrplan 1976 bis 1980 vom 5. November 1976, in: Bundesarchiv, DE 1/58633. Alle folgenden Zitate ebenda.

gung stehen und die entsprechenden Mittel bereitstehen, werden sie von sich aus Dinge aus dem Boden stampfen, die wir uns heute noch nicht vorstellen können.“ Über die Zahlungsbilanz gegenüber dem NSW müsse man sich zwar ernste Sorgen machen, denn es ginge hier um die Fragen der Existenz der DDR. Aber auch hier werde man praktikable Lösungen für das Schuldenproblem finden. Honecker vertraute ganz seinem Wirtschaftssekretär und dem ihm unterstellten Apparat. Honecker beauftragte Mittag, in der Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz eine Strategie für die Verringerung der Auslandsschulden zu erarbeiten.

Auch in dem von der Volkskammer am 15. Dezember 1976 beschlossenen Fünfjahrplan für die Jahre von 1976 bis 1980 konnte das Devisenproblem nicht annähernd gelöst werden, so dass weitere Kredite bei ausländischen Banken aufgenommen werden mussten.⁸² Die wachsende Verschuldung resultierte bis zum Ende der 1970er Jahre weitgehend aus der Finanzierung der Importüberschüsse. Ein augenfälliges Handelsdefizit bestand insbesondere gegenüber den Niederlanden, Österreich, der Schweiz, Japan und den USA. Ein nicht unerheblicher Posten machten Getreide und Futtermittel aus, die aus den USA bezogen wurden. Die Niederlande, Österreich und die Schweiz spielten als Transithandelsländer beim Bezug von Rohstoffen und Halbfabrikaten (Erze, Buntmetalle, Walzstahl, Chemie- und Baumwollerzeugnisse) eine besondere Rolle.⁸³ Da sich die Importüberschüsse und damit das Handelsdefizit gegenüber den westlichen Industrieländern im neuen Fünfjahrplan nicht verringerten, sondern diese im Gegenteil immer mehr zunahmen, wuchs im Politbüro die Sorge darüber, dass die Devisenverschuldung zu einer akuten Zahlungsunfähigkeit führen könnte.

Mittag und Schürer wiesen am 14. März 1977 in einem gemeinsamen Brief an Honecker nochmals eindringlich auf die außerordentliche Verschärfung der Zahlungsbilanzsituation gegenüber dem westlichen Ausland hin, die immer höhere Kredite allein für die Rückzahlung der Zinsschulden erforderlich mache. Sie schrieben: „Wir halten es für erforderlich, Dich ohne Verzug über die zugespitzte Situation in der Zahlungsbilanz mit dem NSW zu informieren und Dich um eine interne Beratung zu bitten, auch wenn wir zur Zeit noch keine Schlussfolgerungen formulieren konnten.“⁸⁴ Dem Brief lag eine Anlage bei, in der der Warenaustausch mit dem westlichen Ausland zwischen 1971 und 1976, insbesondere der Import und Export, aufgeschlüsselt wurde. Dabei zeigten Mittag und Schürer, wie die beträchtlichen Importüberschüsse zur außerordentlichen Verschärfung des Zahlungsbilanzproblems beigetragen hatten. Das Hauptproblem sei ein „jahrelanger Importüberschuss bei Waren, die nach ihrem Einsatz in der DDR nicht unmittelbar zur Produktivitätssteigerung und damit zu Quellen der Rückzahlung

⁸² Vgl. Der Fünfjahrplan 1976–1980 – ein Plan zum Wohle des Volkes und zur allseitigen Stärkung der DDR. Materialien der 3. Tagung der Volkskammer der DDR am 15. Dezember 1976, Berlin 1977.

⁸³ Vgl. Volze, Zur Devisenverschuldung der DDR, S. 155.

⁸⁴ Schreiben von Schürer und Mittag an Honecker vom 14. März 1977, in: Bundesarchiv, DE 1/58746. Vgl. Hertle, Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED, S. 314.

dieser Mittel beigetragen haben. Diese Waren wie Getreide, Futtermittel, Kaffee, Trockenfrüchte, Südfrüchte wurden mit kurzfristigen Krediten finanziert, die jetzt in wachsendem Maße plus Zinsen zurückzuzahlen sind.“⁸⁵ Da die Bargeldeinnahmen aus dem Export in westliche Industrieländer nicht ausreichten, um Kredite und Zinsen zurückzuzahlen, mussten Schürer und Mittag zufolge in zunehmendem Maße neue Kredite zur Tilgung der Altschulden aufgenommen werden. Den einzig möglichen Weg, um aus diesem Teufelskreis herauszukommen, sahen sie in der Umsetzung der Politbürobeschlüsse von 1972 und 1973, die neben einer Exportoffensive eine drastische Einschränkung westlicher Importe vorgesehen hatten.

Honecker reagierte auf Kritik an der Wirtschaftspolitik, insbesondere auf kritische Kommentare zur Zahlungsbilanz, zunehmend gereizt. Den Hinweis von Mittag und Schürer auf den seit 1971 wachsenden Importüberschuss als wesentliche Ursache für das aktuelle Bargelddefizit in Höhe von 3,6 Mrd. VM betrachtete er als persönlichen Angriff. Er lehnte insbesondere die Forderungen nach der Ablösung westlicher Importe für die Versorgung der Bevölkerung rigoros ab. Vorschläge, die Einfuhr westlicher Konsumgüter zu reduzieren sowie die Ausfuhr attraktiver Exportgüter auf Kosten des Versorgungsniveaus im Inland zu erhöhen, wies er vehement zurück. Während der von Mittag und Schürer erbetenen Aussprache am 28. April 1977 erklärte Honecker aufgeregt: „Im Material kommt es so raus, als sei die Politik nach Ulbricht falsch gewesen, als habe Ulbricht keine Schulden gemacht und Honecker macht Schulden. Welche Politik hätten wir denn machen sollen?“⁸⁶ Honecker erregte sich mehrmals über den Verweis auf die Importüberschüsse, die in der Zeit von 1971 bis 1976 entstanden seien. Darüber hinaus warf er den beiden vor, den Eindruck zu erwecken, seit dem VIII. Parteitag würde eine falsche Wirtschaftspolitik betrieben. Die Behauptung, seit 1971 werde mehr verbraucht als produziert, sei nicht zutreffend. Ein wirtschaftspolitischer Kurswechsel kam für Honecker nicht in Frage: „Wir können doch nicht von heute auf morgen die ganze Politik ändern. Was vorgeschlagen wird, bedeutet tiefe Einschnitte in die Politik.“

Mittag und Schürer zeigten sich überrascht von der heftigen Reaktion Honeckers, der sich auf der Anklagebank wähnte. Mittag rechtfertigte sich mit dem Ernst der Lage, die ein rasches Handeln erfordere. Es sei nicht ihre Absicht gewesen, Honecker persönlich die Schuld für die Zahlungsschwierigkeiten anzulasten. Schürer versuchte ebenfalls den SED-Chef zu beschwichtigen. Honecker schlug daraufhin Einsparungen vor, von denen er sich eine Reduzierung der Importkosten versprach. Er nannte u. a. den Import von Edelmetallen, Tabak, Getreide und Papier. „Ich bin für Kürzen der Importe. Es macht gar nichts, wenn das ND mit 6 Seiten erscheint und eine Reihe Bücher nicht gedruckt werden.“ Honecker schloss

⁸⁵ Schreiben von Schürer und Mittag an Honecker vom 14. März 1977, in: Bundesarchiv, DE 1/58746.

⁸⁶ Handschriftliche Aufzeichnungen Schürers über ein Gespräch bei Honecker am 28. April 1977, in: Bundesarchiv, DE 1/58746. Alle folgenden Zitate ebenda.

die Zusammenkunft mit der Aufforderung, noch einmal darüber nachzudenken, wie die Exporte ins westliche Ausland gesteigert werden könnten. Über eine andere Lösung des Zahlungsproblems wollte er nicht mehr diskutieren.

Die für die Wirtschaftspläne 1977 und 1978 beschlossenen Exporterhöhungen sowie die Importsenkungen konnten allerdings nicht umgesetzt werden. Da der geplante Exportüberschuss gegenüber den westlichen Industriestaaten niemals erreicht wurde, stieg der Sockel, also der Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten, von rund 2 Mrd. Valutamark (VM) im Jahre 1970⁸⁷ auf über 22 Mrd. VM im Jahre 1979.⁸⁸ Der vom Politbüro am 28. November 1972 beschlossene Grundsatz, die für die Volkswirtschaft notwendigen Importe, Ausgaben für Dienstleistungen sowie fällige Zahlungen durch wachsende Exporte zu erwirtschaften, wurde somit nie eingehalten.⁸⁹ Eine politische Grundsatzentscheidung, das Risiko einer wachsenden Devisenverschuldung bewusst in Kauf zu nehmen, hat es demnach nicht gegeben. Dennoch wurde die stetig wachsende Westverschuldung toleriert, um die zum Verbrauch bestimmten Importgüter, also Rohstoffe, Halbfabrikate, Agrarerzeugnisse sowie Nahrungsmittel und Konsumgüter, finanzieren zu können. Der Eintritt in die Schuldenspirale wurde durch westliche Handels erleichterungen und verlockende Kreditangebote im Zeichen der deutsch-deutschen Entspannung begünstigt.⁹⁰ In der ersten Hälfte der 1970er Jahre waren die Zinssätze der westlichen Banken noch moderat und die Laufzeiten vergleichsweise lang. Honecker verband mit den Krediten die Hoffnung, den konsumorientierten Wirtschaftskurs trotz anhaltender Wirtschaftsschwäche durchhalten zu können. Schürer und andere führende Wirtschaftsfunktionäre wiesen in schriftlichen und mündlichen Informationen mehrfach auf die Gefahr hin, dass das Sozialprogramm nur durch wachsende Kreditaufnahmen im westlichen Ausland oder, was sie für noch schlimmer hielten, durch die Vernachlässigung der Investitionen zur Modernisierung der Wirtschaft zu finanzieren sei. In den sich anschließenden Diskussionen im Politbüro wurden diese Gefahren zwar ebenso gesehen, Schürers Vorschläge zur Reduzierung der Westverschuldung jedoch stets zurückgewiesen.⁹¹

Es war aber nicht nur die konsumorientierte Wirtschaftspolitik, die die Volkswirtschaft der DDR Ende der 1970er Jahre in eine Krise stürzte. Als ausschlaggebende Faktoren kamen die gravierende Verschlechterung der Außenwirtschaftsbedingungen, die strukturelle Innovationsschwäche und die systembedingt

⁸⁷ Vgl. die Information Schürers zur Zahlungsbilanz vom 24. November 1972, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2A/1644.

⁸⁸ Vgl. die Information für das Politbüro über die Entwicklung der Zahlungsbilanz und der Außenwirtschaftsbeziehungen vom 18. September 1980, in: ebenda, DY 30/5211.

⁸⁹ Vgl. den Beschluss des Politbüros der SED über „Lösungsvorschläge zur Zahlungsbilanz 1973 für das kapitalistische Wirtschaftsgebiet“ vom 28. November 1972, in: ebenda, DY 30/J IV 2/2A/1644.

⁹⁰ Vgl. Volze, Zur Devisenverschuldung, S. 156; Jörg Roesler, Die Wirtschafts- und Finanzbeziehungen der DDR zum Westen in den 70er und 80er Jahren, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), Die DDR in Europa – zwischen Isolation und Öffnung, Münster 2005, S. 134–151.

⁹¹ Vgl. Skyba, Sozialpolitik als Herrschaftssicherung, S. 58f.

niedrige Arbeitsproduktivität hinzu.⁹² Spielräume für weitere sozialpolitische Verbesserungen waren ohne einen deutlichen Produktivitätszuwachs indes Mitte der 1970er Jahre nicht mehr vorhanden. Honecker ließ sich aber trotz der offen zutage getretenen Probleme nicht darauf ein, Korrekturen am 1971 eingeschlagenen Wohlstandskurs zuzulassen.

3. Kontroversen über die Wirtschaftspolitik der SED

Als die Probleme Mitte der 1970er Jahre offenkundig wurden, setzten erste Kontroversen grundsätzlicher Art über die seit 1971 verfolgte Wirtschaftspolitik ein.⁹³ Regelmäßig vor entscheidenden Politbürositzungen, in denen Eckdaten der wirtschaftlichen Perspektivpläne erörtert wurden, fanden interne Besprechungen in einem engen und einem erweiterten Kreis statt. Dem engeren Kreis gehörten lediglich Honecker, Mittag und Schürer an. Hier wurde vergleichsweise offen über das Ausmaß der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, insbesondere über die Rückstände in der Planerfüllung staatlicher Kombinate gesprochen. Daran schloss sich die Behandlung der Planentwürfe in einem erweiterten Kreis an. Neben Honecker, Mittag und Schürer bzw. dem Stellvertreter Klopfer zählten Stoph, Grüneberg, Hager, Krolkowski, Tisch, Verner, Jarowinsky und der Leiter der Abteilung Planung und Finanzen Ehrensperger dazu. Honecker nannte diese Gesprächsrunde den „kleinen Kreis“. Erst danach wurde der jeweilige Planentwurf dem gesamten Politbüro vorgelegt. Hier präsentierte sich Mittag als kluger Analytiker mit Mut zu schnellen Entscheidungen.

Während sich seit der harschen Zurückweisung der gemeinsamen Intervention Mittags und Schürers durch Honecker im April 1977 der Wirtschaftssekretär bedingungslos auf die Seite des Generalsekretärs geschlagen hatte, trat der SPK-Chef weiterhin als Mahner auf. In den von der Plankommission für den Generalsekretär vorbereiteten und als „Geheime Verschlussache“ deklarierten Vorschlägen zur Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes für 1978 vom 12. Mai 1977 hieß es unmissverständlich: „Die Grundfrage besteht jetzt in der Sicherung der Zahlungsfähigkeit der DDR, d. h. in der Beschaffung des erforderlichen Bargeldes zur Bezahlung der anfallenden Zinsen, der fälligen Kredite sowie der unabdingbar

⁹² Vgl. Steiner, Zwischen Konsumversprechen und Innovationszwang, S. 153ff.; Hans-Jürgen Wagener, Zur Innovationsschwäche der DDR-Wirtschaft, in: Johannes Bähr/Dietmar Petzina (Hrsg.), Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen. Vergleichende Studien zur wirtschaftlichen Entwicklung im geteilten Deutschland 1945–1990, Berlin 1996, S. 21–48; Gernot Gutmann, In der Wirtschaftsordnung der DDR angelegte Blockaden und Effizienzhindernisse für die Prozesse der Modernisierung, des Strukturwandels und des Wirtschaftswachstums, in: Die Endzeit der DDR-Wirtschaft, S. 1–57; Albrecht Ritschl, Aufstieg und Niedergang der Wirtschaft der DDR. Ein Zahlenbild 1945–1989, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1995/2, S. 11–46.

⁹³ Vgl. Hans-Hermann Hertle, Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED, in: Der Plan als Fiktion, S. 314ff.; Peter Skyba, Politische Rahmenbedingungen 1971–1981, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 10, S. 21.

erforderlichen Anzahlungen für die notwendigen Importe.“⁹⁴ Da Schürer zufolge die gesamten Bargeldeinnahmen des Jahres 1978 allein zur Abdeckung der fälligen Kredite und Zinsen eingesetzt werden mussten, waren drastische Importbeschränkungen unvermeidlich. Daher mussten, so Schürer weiter, Abstriche an den geplanten wirtschaftlichen Wachstumsraten in Kauf genommen und über die Verteilung des Nationaleinkommens neu nachgedacht werden.

Die Vorschläge der SPK liefen darauf hinaus, einen Teil der Mehrbelastungen, die aus der Importbeschränkung und der Exporterweiterung entstehen würden, durch eine deutliche Korrektur zentraler Kennziffern des laufenden Fünfjahresplans zugunsten exportorientierter Wirtschaftszweige abzufangen. Dies hätte zu einer spürbaren Einschränkung des privaten Konsums und damit zum Absinken des Lebensstandards geführt. Stoph lehnte diese Vorschläge, die er als „ein Modell der Restriktion“ bezeichnete, deshalb rigoros ab.⁹⁵ Man könne nicht, so schrieb er an Honecker, allein die Sicherung der Zahlungsfähigkeit zum Maßstab der Wirtschaftspolitik machen. Der Weg der Umverteilung würde zwar zu einer Erhöhung des NSW-Exports, aber auch zu einem Ausfall an Warenproduktion in der Binnenwirtschaft führen. Da die für den Export vorgesehenen Güter nicht durch einen realen Zuwachs in der Produktion erwirtschaftet, sondern einfach dem Binnenmarkt entzogen wurden, befürchtete Stoph eine gravierende Verschlechterung des Versorgungsniveaus der Bevölkerung und damit auch politische Instabilität. Die Strategie, den Import technologieintensiver Waren und westlicher Konsumgüter zu beschränken und den Export in den Westen zu erhöhen, rief bei Stoph und ebenso beim SED-Chef deshalb keine Begeisterung hervor.

Auch später, so während einer Beratung bei Honecker im „kleinen Kreis“ am 2. Juni 1977, stieß Schürer mit dieser Außenwirtschaftsstrategie, die vorrangig auf eine Bewältigung der Zahlungsschwierigkeiten orientierte und zugleich die Binnenwirtschaft außerordentlich schwer belastete, auf strikte Ablehnung.⁹⁶ Zwar stimmte der SED-Chef einer Reduzierung von Erdöl- und Chemieimporten aus westlichen Industrieländern und von Walzstahlimporten sowie Einsparungen im gesellschaftlichen Verbrauch, besonders bei Treibstoffen, Papier und einigen Waren für den Bevölkerungsverbrauch, zu. Eine Korrektur der im laufenden Fünfjahrplan vorgesehenen Investitionen zugunsten der exportorientierten Industriezweige, die Schürer erneut zur Sprache brachte, kam für ihn jedoch nicht in Frage. Er verwies auf die großen Reserven, die angeblich in der Volkswirtschaft stecken würden. In der Freisetzung von Arbeitskräften sah er die ausschlaggebende Reserve, um volkswirtschaftliche Schlüsselprobleme zu lösen. Als Vorbild stellte er die Bundesrepublik heraus: „Die Genossen haben sicher den Bericht im Fernsehen der BRD gesehen. Sie haben 2 Mio. Arbeitskräfte freigesetzt und haben

⁹⁴ Ausarbeitung der SPK zum Volkswirtschaftsplan 1978 vom 12. Mai 1977, in: Bundesarchiv, DE 1/58746.

⁹⁵ Schreiben von Stoph an Honecker vom 20. Mai 1977, in: ebenda.

⁹⁶ Vgl. die Niederschrift über die Beratung bei Honecker zur Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes für 1978 am 2. Juni 1977, in: Bundesarchiv, DE 1/58746. Alle folgenden Zitate ebenda.

die Produktion erhöht. [...] Was die BRD fertig bringt, müssen wir auch fertig bringen, besonders was die Technologie betrifft.“

Hager konnte sich dagegen der optimistischen Sicht Honeckers auf die Volkswirtschaft nicht anschließen. Er verwies zum wiederholten Mal auf das im Vergleich zu Westdeutschland niedrige wissenschaftlich-technische Niveau, das sich negativ auf die Volkswirtschaft auswirke. Seiner Meinung nach seien viele Forschungs- und Entwicklungsarbeiten „Fummeleien“ und stellten keine wirklichen Fortschritte dar. „Wenn wir das nicht ändern, kann das ins Auge gehen.“ Er wandte sich gegen einige der von Honecker genannten Importreduzierungen, da seiner Meinung nach dadurch die wissenschaftlich-technische Entwicklung gehemmt werde. Es müsse generell geprüft werden, mit welchen Konsequenzen bei den Einsparungen westlicher Importe zu rechnen seien. Es könne auf Dauer nicht akzeptiert werden, „dass die technischen Leistungen aus der eigenen Produktion noch stark zurückhängen“.

Hager schnitt damit ein heikles und zugleich umstrittenes Thema an. Honecker glaubte im Unterschied zu seinem Vorgänger nicht an die von Ulbricht beschworene „wissenschaftlich-technische Revolution“. Zwar wollte die SED-Führung die wissenschaftlich-technische Lücke zu den westlichen Industrieländern schließen. Wenn jedoch die Investitionen in Forschung und Entwicklung in bedeutsamen Bereichen – etwa in den Biowissenschaften⁹⁷ – zugunsten einer Erweiterung des Konsumsektors gedrosselt wurden, drohte die DDR den Anschluss an die internationale Entwicklung zu verpassen. Die unter Ulbricht verstärkten Investitionen vor allem in die Elektronik wurden nach Honeckers Amtsantritt drastisch zurückgefahren. Angesichts stetig steigender Kosten der Entwicklung von Spitzentechnologien und der damit verbundenen Grundlagenforschung sowie auch der anwachsenden negativen Handelsbilanz konnte das jetzt wieder proklamierte Weltniveau selbst in ausgewählten Schwerpunkten nicht erreicht werden.⁹⁸ Der Beschluss der 6. ZK-Tagung zur schwerpunktmäßigen Entwicklung der Mikroelektronik aus eigener Kraft vom Juni 1977 war letztlich ein untauglicher Versuch, die traditionellen Exportgüter der DDR wie Werkzeugmaschinen den neuen Erfordernissen des Weltmarktes mit Hilfe der Mikroelektronik anzupassen.⁹⁹ Die Parteispitze ging zwar zu Recht davon aus, dass ohne die Anwendung der Mikroelektronik die DDR über kurz oder lang auf den Weltmärkten nicht konkurrenzfähig und nicht überlebensfähig sein würde. Das Programm zur Förderung der Mikroelektronik basierte jedoch – insbesondere aufgrund bestehender Embargolisten des Westens – nahezu ausschließlich auf dem eigenen wissen-

⁹⁷ Vgl. Andreas Malycha, Biowissenschaften im Zeichen von Forschungsplanung und Fortschrittsdenken in Ost und West in den 1960er Jahren, in: Deutschland Archiv 43 (2010), S. 1024–1033.

⁹⁸ Vgl. Hubert Laitko, Wissenschaftspolitik, in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hrsg.), Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 405–420.

⁹⁹ Vgl. das Protokoll der 6. ZK-Tagung am 23./24. Juni 1977, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/541.

schaftlichen Potenzial und war abgeschnitten von der internationalen Entwicklung.¹⁰⁰ Wie schon einmal in den 1960er Jahren erklärte die SED-Führung eine vermeintliche „Fortschrittsindustrie“ zu einem strukturpolitischen Investitionsschwerpunkt, ohne jedoch Abstriche am kostspieligen sozialpolitischen Programm zuzulassen.

Während der Beratung bei Honecker am 2. Juni 1977 wandten sich auch andere Politbüromitglieder, so Krolkowski und Grüneberg, strikt gegen den Vorschlag Schürers, die Konsumgüterproduktion zugunsten exportintensiver Industriezweige zu drosseln. Um die Aufnahme eines größeren Kredites, so erklärten sie, werde man notwendigerweise nicht herumkommen. Nur Verner unterstützte mit seiner Wortmeldung den von Schürer befürworteten Ansatz, die Exportfähigkeit der DDR-Wirtschaft auf Kosten des privaten Konsums zu erhöhen: „Wir müssen uns stärker auf solche Waren orientieren, die exportfähig sind; und zwar schnell und auf längere Dauer.“¹⁰¹ Die abschließenden Worte Honeckers zeigen, dass während der Debatten über den Volkswirtschaftsplan 1978 das Konzept der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht in seiner Gesamtausrichtung, wohl aber in seiner konkreten Ausgestaltung kritisch debattiert wurde. Deshalb verteidigte Honecker noch einmal seine 1971 begonnene exzessive Sozialpolitik: „Die Lösung für uns müssen wir suchen, wie das hier ausführlich dargelegt wurde, indem wir weiterhin verwirklichen die Politik des Wachstums, des Wohlstandes und der Stabilität. Einen anderen Weg kann es gar nicht geben. Jeder andere Weg führt in den Abgrund. Das ist der Weg der Restriktionen. Das hat man in der Weimarer Republik schon versucht.“ Den Einwand, die Ziele der Wirtschaftspläne seien zu hoch gesteckt, wies er mit der Bemerkung zurück: „Man muß auch berücksichtigen, daß im Plan nie alles gestimmt hat, aber man muss natürlich die Initiative der Menschen einrechnen.“

Generell hielt Honecker weiter an der politischen Strategie fest, Sozialpolitik unabhängig von wirtschaftlichen Erfolgen zu betreiben. Der Grundsatz, sozialen Wohlstand an das wirtschaftliche Wachstum zu koppeln, galt zwar in offiziellen Parteibeschlüssen; praktisch wurde er jedoch permanent verletzt. Das Schlusswort Honeckers machte einmal mehr die überzogenen Erwartungen an die realen Möglichkeiten des Wirtschaftswachstums deutlich. Die Maßstäbe für die Wirtschaftspläne wurden immer unrealistischer. Die prognostizierten jährlichen Zuwachsraten in der Produktivität entbehrten jeglicher ökonomischer Grundlage und entsprachen reinem Wunschdenken. Mit Blick auf den industriellen Entwicklungsstand der DDR und die technische Ausstattung der Betriebe hätte die politische Führung die Wachstumsziele sowie auch die Exportvorgaben deutlich reduzieren und grundlegende Strukturprobleme des Wirtschaftssystems lösen müssen.

¹⁰⁰ Vgl. Olaf Klenke, Ist die DDR an der Globalisierung gescheitert? Autarke Wirtschaftspolitik versus internationale Weltwirtschaft – am Beispiel der Mikroelektronik, Frankfurt (M.) 2001; ders., Kampfauftrag Mikrochip. Rationalisierung und sozialer Konflikt in der DDR, Hamburg 2008.

¹⁰¹ Niederschrift über die Beratung bei Honecker am 2. Juni 1977, in: Bundesarchiv, DE 1/58746. Alle folgenden Zitate ebenda.

Honecker gab sich auch später immer wieder der Illusion hin, mit hohen Steigerungsraten in der gesamten Wirtschaft wesentliche Ziele des Sozialprogramms umsetzen zu können. Wiederholt sprach er sich gegen die Überlegung des SPK-Chefs aus, das Wachstumstempo in konsumorientierten Branchen herabzusetzen. Die Mitschriften von Beratungen über Vorlagen zum Volkswirtschaftsplan aus dem Jahre 1977 dokumentieren, dass kritische Einwände stets beiseitegeschoben wurden. Repräsentativ hierfür ist eine Mitschrift Klopfers über die Beratung zum Volkswirtschaftsplan im Politbüro am 22. November 1977.¹⁰² Nachdem Schürer den Tagesordnungspunkt mit dem Eingeständnis eingeleitet hatte, dass wesentliche Teile der Planziele noch nicht materiell abgesichert seien, erklärte Honecker: „Insgesamt gesehen ist die Plankonzeption in ihrer Struktur für uns die günstigste Variante, das Optimalste, real aber anspruchsvoll.“ Um aus der Schuldenfalle herauszukommen, so merkte er allgemein an, müsse man eine langfristige Konzeption ausarbeiten. Bei entsprechendem Verantwortungsbewusstsein, so war sich Honecker sicher, sei es möglich, die hohen Vorgaben für den NSW-Export umzusetzen und somit die Verschuldung zu verringern. Auch Mittag hielt die Schwarzmalerei Schürers für unangebracht. „Es wird viel gequatscht und es wird viel Pessimismus verbreitet.“ Entscheidend war für ihn „eine einheitliche Disziplin und Moral zur Durchführung dieser Aufgaben. Mit Pessimismus und Desorientierung kann man nicht begeistern, sondern nur mit einer klaren Konzeption. Das ist für den Erfolg der Sache außerordentlich wichtig.“

Nach der eindringlichen Ermahnung Mittags, die in der Sache durchaus berechtigten Bedenken Schürers zurückzustellen, gab es keine Wortmeldungen mehr im Politbüro. Honecker stellte daraufhin fest, dass damit der Gesetzentwurf vom Politbüro angenommen sei und Anfang Dezember im Ministerrat beraten und anschließend von der Volkskammer bestätigt werde. Allerdings deutete der SED-Chef an, dass es künftig aufgrund der ökonomischen Situation keine zusätzlichen sozialpolitischen Wohltaten mehr geben werde, die über das bereits beschlossene Programm hinausgingen: „Es muss aber verstanden werden, dass es notwendig ist, das sozialpolitische Programm so durchzuführen, wie es beschlossen ist und dass nicht aufgesattelt wird.“ Es müsse jedem klar sein, „dass selbstverständlich die Bedürfnisse größer sind, aber wir können nur das verbrauchen, was wir produzieren. Die Bedürfnisse werden in keinem Land der Erde befriedigt, erst im Kommunismus. Alle Bedürfnisse heute zu befriedigen, das geht nicht!“ Unter dem Eindruck der schwierigen wirtschaftlichen Situation war Honecker offenbar bereit, Einschränkungen bei künftigen sozialpolitischen Leistungen zu befürworten. Ohnehin hatten Experten aus der Plankommission, aber auch Wirtschaftsfunktionäre aus wirtschaftspolitischen Abteilungen des Zentralkomitees gefordert, sozialpolitische Maßnahmen stärker als bislang an die Stimulierung von Leistung und die Förderung des Wirtschaftswachstums zu koppeln.¹⁰³

¹⁰² Vgl. die Niederschrift Klopfers über die Beratung über den Volkswirtschaftsplan 1978 im Politbüro am 22. November 1977, in: Bundesarchiv, DE 1/58746. Alle folgenden Zitate ebenda.

¹⁰³ Vgl. Skyba, Sozialpolitik als Herrschaftssicherung, S. 58 f.

Das Bemühen Honeckers, unter den Mitgliedern des Politbüros die Erwartungen an künftige sozialpolitische Programme zu dämpfen, klang vor dem Hintergrund der gerade erst beschlossenen „sozialpolitischen Maßnahmen“ nicht sehr glaubwürdig. Denn auf dem IX. Parteitag der SED im Mai 1976 hatte Honecker sogar weitere „Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen“ im Zeitraum von 1976 bis 1980 beschließen lassen: Erhöhung von Löhnen und Renten, Verkürzung der Arbeitszeit, Verlängerung des Erholungsurlaubs. Der Katalog sozialpolitischer Wohltaten entsprach vollkommen den Vorschlägen, die einige 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen im Vorfeld des Parteitages Honecker übermittelt hatten.¹⁰⁴ Honecker berief sich darum dezidiert auf die Wünsche der Bevölkerung, die an ihn herangetragen worden seien. Bereits zuvor hatte das Politbüro weitere „Aufgaben zur Entwicklung der Hauptstadt der DDR, Berlin, bis 1990“ beschlossen. Der vorgesehene Ausbau Ost-Berlins als politisches, wirtschaftliches und geistig-kulturelles Zentrum der DDR führte zu erheblichen personellen, finanziellen und materiellen Belastungen nicht zuletzt für die Bauindustrie und die Bezirke, die Kapazitäten für die Hauptstadt zur Verfügung stellen mussten.

Mit dem vom IX. Parteitag verabschiedeten Programm der SED wurde Honeckers Wirtschafts- und Sozialpolitik verbindlich für die Partei festgeschrieben und bis zum Untergang der DDR nicht verändert.¹⁰⁵ Die SED-Führung hielt ebenso an der Illusion fest, mit sozialpolitischen Anreizen ökonomische Fortschritte stimulieren zu können.¹⁰⁶ Da sowohl der geplante Leistungszuwachs als auch der erhoffte Produktivitätszuwachs nicht erbracht werden konnten und sich die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen weiter verschlechterten, gehörte das Sozialpaket des Jahres 1976 zu den letzten großen sozialpolitischen Leistungsausweitungen. Die danach beschlossenen sozialpolitischen Regelungen fielen wesentlich bescheidener aus und kamen nur noch einzelnen sozialen Gruppen zugute.¹⁰⁷

Die Debatten im exklusiven Kreis von Politbüromitgliedern verweisen darauf, dass in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre die steigende Westverschuldung als existenzielles Problem erkannt worden war.¹⁰⁸ Eine Mehrheit im Politbüro lehnte die von Schürer wiederholt geforderte Drosselung der Einfuhr westlicher Konsumgüter ab, weil dadurch eine Verschlechterung der Versorgungslage der Bevöl-

¹⁰⁴ Vgl. exemplarisch die Information des 1. Sekretärs der SED-Bezirksleitung Schwerin, Heinz Ziegner, für Erich Honecker vom 2. April 1976, in: Bundesarchiv, DE 1/58561.

¹⁰⁵ Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Angenommen auf dem IX. Parteitag der SED, 18. bis 22. Mai 1976, Berlin 1976.

¹⁰⁶ Vgl. André Steiner, Leistungen und Kosten: Das Verhältnis von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Sozialpolitik in der DDR, in: Hoffmann/Schwartz, Sozialstaatlichkeit in der DDR, S. 31–45.

¹⁰⁷ Vgl. Manz/Sachse/Winkler, Sozialpolitik in der DDR – Ziele und Wirklichkeit, S. 230ff.; Bouvier, Die DDR – ein Sozialstaat?, S. 81f.; Peter Skyba/Christoph Boyer, Gesellschaftliche Strukturen und sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder 1971–1981, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 10, S. 100ff.

¹⁰⁸ Vgl. Hertle, Die Diskussion der ökonomischen Krisen, S. 313.

kerung befürchtet wurde. Ähnliche Auswirkungen wurden durch die Steigerung der Exporte in den Westen erwartet, weil die dafür vorgesehenen Güter, darunter landwirtschaftliche Produkte, auf dem Binnenmarkt fehlten, was sich wiederum auf das Versorgungsniveau im Inland negativ auswirken musste. Als Folge drastischer Einschnitte in die Lebensqualität der Bevölkerung wären politische Instabilität, soziale Unruhe und eine Stärkung der innenpolitischen Opposition zu erwarten gewesen. Dies hatte sich in Polen gezeigt, wo es im Dezember 1970 als Folge drastischer Preiserhöhungen für Lebensmittel und andere Gebrauchsgüter zu Unruhen gekommen war. Für eine erfolgreiche Exportoffensive fehlten aufgrund des technologischen Rückstandes und der vergleichsweise geringeren Arbeitsproduktivität in der DDR-Wirtschaft wettbewerbsfähige und devisenrentable Exportgüter.¹⁰⁹

Während der Beratungen der Parteispitze blieb die Gewährleistung der Zahlungsfähigkeit ein existenzielles Problem, zumal die Rückstände in der Planerfüllung immer größere Dimensionen annahmen. Auf Einladung Honeckers berieten am 26. Mai 1978 er selbst, Grüneberg, Jarowsky, Schürer, Stoph und Mittag („kleiner Kreis“) auf der Grundlage eines Papiers des SPK-Chefs, in dem von einem Schuldenstand von 18,6 Milliarden VM im Dezember 1977 die Rede war, „den ganzen Komplex der Vorbereitung des Planes 1979“.¹¹⁰ Abermals hatte Schürer davor gewarnt, für die fälligen Tilgungs- und Zinszahlungen wie schon zuvor neue Bargeldkredite westlicher Banken in Anspruch zu nehmen. Honecker reagierte auf die erneuten Warnungen Schürers auffallend ungehalten. Mit deutlichem Bezug auf ökonomische Bilanzen, die in der SPK erarbeitet und diskutiert wurden, forderte er dazu auf, das „Geschwätz in verschiedenen Staatsorganen“ zu beenden. Die dort vertretene These, „dass wir mehr verbrauchen, als wir erarbeiten, stimmt nicht. Dieses Geschwätz gefährdet die Einheit der Partei und ist an eine bestimmte Adresse gerichtet.“¹¹¹ Stattdessen sollte die SPK mit ihren 1500 Mitarbeitern noch mehr an Lösungsvorschlägen arbeiten. Die Ursache des Übels schien Honecker nunmehr nicht in den Problemen der Planwirtschaft, sondern in der dafür zuständigen Planungsbehörde ausgemacht zu haben. „Von einer vorausschauenden Planung muss man verlangen, dass rechtzeitig die Schlussfolgerungen gezogen werden und die Sache nicht erst zu einer solch zugespitzten Situation führt.“

In der anschließenden Debatte über das angewachsene Verschuldungsproblem infolge nicht erfüllter Exportpläne kamen jene Argumente zur Sprache, die auch schon in den Jahren zuvor im „kleinen Kreis“ immer wieder vorgetragen wurden.

¹⁰⁹ Gernot Gutmann, Die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft. Ausgangslage, Handlungserfordernisse, Perspektiven, Berlin 1995; Christoph Buchheim, Die Wirtschaftsordnung als Barriere des gesamtwirtschaftlichen Wachstums in der DDR, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 82 (1995), S. 194–210.

¹¹⁰ Einladung Honeckers zur Beratung am 26. Mai vom 22. Mai 1978, in: Bundesarchiv, DE 1/58746.

¹¹¹ Persönliche Niederschrift Schürers über die Beratung bei Honecker am 26. Mai 1978, in: ebenda. Alle folgenden Zitate ebenda.

Grüneberg warnte vor Einschnitten in der Landwirtschaft: „Wir sollten keine Maßnahmen machen, die das Niveau der Versorgung der Bevölkerung beeinträchtigen.“ Jarowsky hatte ebenfalls die ohnehin schwierige Versorgungslage im Blick: „Verbrauchsregulierende Maßnahmen könnten sehr gefährlich werden. [...] Es muss aber vermieden werden, dass Hamsterkäufe auftreten.“ Nach Ansicht Stophs konnte man das Problem nur schrittweise lösen: „Es ist unmöglich, alles auf einmal zu machen. Es wird notwendig sein, eine längerfristige Konzeption auszuarbeiten und dem Politbüro vorzulegen, in der die Grundlinie der Stufenmaßnahmen zur Lösung des Zahlungsbilanzproblems vorgelegt wird.“ Honecker beauftragte zum Abschluss der Beratung Schürer und Mittag, für den Plan 1979 wiederum Vorschläge zu unterbreiten, auf welche Weise Exporte gesteigert und Importe gesenkt werden könnten.

Nach den heftigen Vorwürfen Honeckers legte die SPK für die Beratung beim SED-Generalsekretär am 22. Juni 1978 einen überarbeiteten Entwurf des Volkswirtschaftsplanes vor, der rein rechnerisch das Zahlungsproblem zu lösen schien. Jetzt bezweifelte Stoph, dass die von der SPK vorgelegten Zahlen der realen Wirtschaftskraft entsprachen.¹¹² Er verlangte ehrliche Bilanzen und verwies auf die Folgen neuer Bargeldkredite und sagte eine wachsende Verschuldung für 1979 voraus. Stoph stellte die Frage, ob der Planentwurf für 1979 überhaupt realistisch sei. Die Hauptkennziffern der Zahlungsbilanz würden nur durch die Aufnahme neuer Kredite möglich und das sei ein unhaltbarer Zustand. Dem Politbüro müsse endlich gesagt werden, wie sich die Kennziffern wirklich entwickeln würden. Stophs Vorschläge zielten in der Gesamtheit offenbar auf eine ehrliche Bilanz und entsprechende Schlussfolgerungen. Seine Einwände gegen die Plankennziffern fielen wie selten zuvor grundsätzlich aus. Er stand in der Beratung am 22. Juni jedoch auf verlorenem Posten, da Schürer das von ihm eingereichte und nach den Wünschen Honeckers überarbeitete Material verteidigte, obwohl er wusste, dass die Zahlen auf unsicheren bzw. falschen Berechnungen beruhten. Die übrigen Politbüromitglieder äußerten sich ausnahmslos euphorisch über die vermeintlichen Problemlösungen der SPK.

Stophs Beharren auf realistischeren Einschätzungen kann mit der wirtschaftlichen Lage erklärt werden, die sich im Laufe des Jahres 1978 dramatisch verschlechtert hatte und mit der er als Vorsitzender des Ministerrates unmittelbar konfrontiert wurde. Der Plan der industriellen Warenproduktion wurde nicht erfüllt, sondern um 3,5 Milliarden Mark unterschritten.¹¹³ Stoph musste notgedrungen Plankorrekturen zustimmen, um am Ende des Jahres den Wirtschaftsplan formell als erfüllt abrechnen zu können. Sowohl im Ministerrat als auch in der Plankommission wuchs der Missmut über die Korrekturen während des lau-

¹¹² Vgl. die handschriftlichen Notizen Schürers über die Beratung bei Honecker über den Volkswirtschaftsplan 1979 am 22. Juni 1978, in: Bundesarchiv, DE 1/58746.

¹¹³ Vgl. Carl-Heinz Janson, Totengräber der DDR. Wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte, Düsseldorf, 1991, S. 93.

fenden Plans, die durch illusorische Vorgaben für die Jahrespläne aus dem Büro Mittag immer wieder notwendig wurden.¹¹⁴

Nach der Energiekrise im Winter 1978/79, in deren Folge es zu flächendeckenden Stromabschaltungen und dadurch zu erheblichen Produktionsausfällen gekommen war, forderte nun auch der SED-Chef, zumindest solidere Zahlen für die Entwürfe zum Volkswirtschaftsplan zugrunde zu legen. Er eröffnete die Sitzung im Politbüro am 17. April 1979 mit dem bemerkenswerten Eingeständnis, dass die von der Zentralverwaltung für Statistik veröffentlichten Zahlen über die Planerfüllung nicht den realen Stand widerspiegeln.¹¹⁵ Einige Wochen später beklagte er sich sogar über die verlogene Erfolgspropaganda der Massenmedien, die er selbst anordnete: „Im Fernsehen verkünden wir unsere Erfolge und in Wirklichkeit sieht es anders aus.“¹¹⁶ Wie schon zuvor machte Honecker Mängel in der Leitungstätigkeit staatlicher Verwaltungen für die Misere verantwortlich. In besonderer Weise gerieten einige Minister ins Visier, in deren Zuständigkeitsbereich die Versäumnisse am größten schienen. „Allen Genossen ist bekannt, dass wir bei der Ausarbeitung des Planes 1979 eine Arbeitsgruppe gebildet hatten, der einer Reihe Genossen von hier angehörten. Der Chef der Plankommission hat damals gesagt: Hier stehe ich, ich kann nicht anders, helft mir weiter. So ungefähr war es doch gewesen, Gerhard. Du nimmst mir das sicher nicht übel? Wir haben gesagt: Lieber Gerhard, gehe zurück, spreche mit den Ministern, gehe Objekt für Objekt durch, und sage, was notwendig ist und was wir weiter hinausschieben können. Wenn die sogar vor dem Chef der Plankommission die Objekte verschweigen können, wo wir wirtschaftlich unter einem internationalen Druck stehen, dann muss ich die Frage stellen, weshalb wir nicht rechtzeitig Objekte verschieben über das Jahr 1980 hinaus in den nächsten Fünfjahrplan?“¹¹⁷

Außerdem kritisierte Honecker öffentliche Bauvorhaben der Ministerien, die man sich einfach nicht mehr leisten könne. Er betonte nicht zum ersten Mal, dass man nur das verbrauchen könne, was vorher erwirtschaftet worden sei. Ihm schien inzwischen klar geworden zu sein, dass von diesem Grundsatz in erheblichem Ausmaß abgewichen worden war. Doch konnte sich Honecker nicht dazu entschließen, den wirtschaftspolitischen Kurs zu ändern. Stattdessen hoffte er offenbar, sein Wirtschaftssekretär werde mit viel Druck und Überzeugungskraft sowohl Minister als auch Kombinatdirektoren dazu zwingen können, die Planrückstände aufzuholen. Mittag sollte insbesondere dafür sorgen, dass die Minister

¹¹⁴ Der Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Arno Donda, machte während einer Zeugenvernehmung am 2. Februar 1990 ausschließlich den Wirtschaftssekretär für die unrealistischen Planvorgaben verantwortlich: „Aus Gesprächen mit Siegfried Wenzel weiß ich, dass die SPK durch Günter Mittag gezwungen wurde, Pläne an das Politbüro und den Ministerrat einzureichen, die nicht real waren. Günter Mittag vertrat dazu den Standpunkt, dass, wenn die Ziele hoch gesteckt sind, auch hohe Leistungen kommen werden.“, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 6/90, HA, Bd. 198.

¹¹⁵ Vgl. die Niederschrift Klopfers über die Beratung im Politbüro am 17. April 1979, in: Bundesarchiv, DE 1/58659.

¹¹⁶ Niederschrift Klopfers über die Beratung im Politbüro am 15. Mai 1979, in: ebenda.

¹¹⁷ Niederschrift Klopfers über die Beratung im Politbüro am 17. April 1979, in: ebenda.

in ihren Bilanzen „nicht betrügen“. So nahmen die Überstunden und Sonderschichten der Belegschaften zu, womit allerdings die strukturellen Defizite und systembedingten Probleme der Volkswirtschaft nicht behoben waren. Infolge der Wirtschaftsstrategie des Politbüros waren die Bruttoinvestitionen in der Industrie im Laufe der 1970er Jahre kontinuierlich gesunken.¹¹⁸ Dafür verlagerten sich die Ausgaben des Staatshaushalts zunehmend in konsumtive Bereiche, vor allem in den Wohnungsbau, die Bildung, das Gesundheitswesen sowie in soziale und kulturelle Projekte. Der Anteil der im produzierenden Bereich eingesetzten Investitionen am Nationaleinkommen war in den Jahren von 1970 bis 1978 von 11,0 auf 9,6 Prozent gesunken, während der Anteil der im nichtproduzierenden Bereich eingesetzten Investitionen im gleichen Zeitraum von 7,7 auf 9,4 Prozent gestiegen war.¹¹⁹

Die jahrelange Umverteilung der Investitionen vom produktiven zum konsumtiven Sektor gefährdete nach Ansicht vieler SED-Wirtschaftsfunktionäre die Reproduktionsfähigkeit der Wirtschaft.¹²⁰ Die SPK schlug deshalb im September 1979 vor, die Investitionen in der Industrie wieder deutlich zu erhöhen, innerhalb des konsumtiven Bereichs auf den Wohnungsbau statt auf Gesellschaftsbauten zu konzentrieren und im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen nicht weiter wachsen zu lassen.¹²¹ Ökonomisch begründete Einwände gegen seine Sozial-, Wirtschafts- und Konsumpolitik, die die binnen- und außenwirtschaftliche Leistungsfähigkeit der DDR überforderte, ließ der Parteichef weiterhin nicht gelten.¹²² Auch eine Mehrheit im Politbüro konnte sich nicht dazu durchringen, dem Rat von Wirtschaftsexperten der Plankommission zu folgen und die Ausweitung von Produktionskapazitäten im konsumtiven Bereich stärker zu begrenzen. Eine Abkehr von der konsumorientierten Investitionspolitik wurde vom Politbüro am 30. Oktober 1979 nach lebhafter Diskussion vehement abgeblockt.¹²³

Die Diskussionen im Politbüro über die Wirtschaftspolitik der SED und die damit zusammenhängenden Zahlungsbilanzprobleme liefen bis zuletzt nach einem bestimmten Muster ab. Zutreffende Kritik Schürers an der ausufernden Verschuldung, konsumorientierten Investitionen sowie illusionären Wirtschaftsplänen wurde während der Beratungen im „kleinen Kreis“ oder in den Aussprachen im Politbüro grundsätzlich zurückgewiesen. Für das Scheitern der Pläne, die außenwirtschaftlichen Fehlschläge sowie das Anwachsen der Devisenschulden wur-

¹¹⁸ Vgl. Steiner, Von Plan zu Plan, S. 202f.

¹¹⁹ Vgl. die Ausarbeitung Schürers über die Investitionstätigkeit von 1970 bis 1978 vom August 1979, in: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros am 21. August 1979, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2A/2254.

¹²⁰ Vgl. Skyba, Sozialpolitik als Herrschaftssicherung, S. 63.

¹²¹ Vgl. die Analyse der SPK über die Effektivität der Investitionen in der Volkswirtschaft vom 28. September 1979, in: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros am 30. Oktober 1979, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2A/2271.

¹²² Vgl. Skyba, Sozialpolitik als Herrschaftssicherung, S. 53; Hertle, Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED, S. 322f.

¹²³ Vgl. die Niederschrift Klopfers über die Sitzung des Politbüros am 30. Oktober 1979, in: Bundesarchiv, DE 1/58659.

den die SPK, die Ministerien sowie die Kombinatdirektoren, also staatliche Instanzen verantwortlich gemacht. So entwarfen Honecker und das Politbüro ein eigentümliches Bild wirtschaftspolitischer Hierarchien, das angesichts zunehmender wirtschaftlicher Schwierigkeiten intern immer wieder propagiert wurde: Das Politbüro fasst die richtigen Beschlüsse, die staatliche Verwaltung ist aber nicht in der Lage, diese umzusetzen. Diese Sicht widersprach allerdings der Doktrin von der „führenden Rolle der Partei“, denn derzufolge sorgte die Partei auch für die Umsetzung der Beschlüsse.

Entsprechend diesem Muster verhielt sich auch der Wirtschaftssekretär im Politbüro, der sich seit 1979 als Wortführer wirtschaftspolitischer Aussprachen profilierte. In der Regel kritisierte Mittag die Plan- und Exportrückstände der einzelnen Wirtschaftszweige, indem er die Minister persönlich dafür verantwortlich machte. Die Ursachen für nicht erbrachte Wirtschaftsleistungen suchte er ausschließlich in einer „ungenügenden Leitungstätigkeit“. Seiner Ansicht nach würden heikle Entscheidungen umgangen und wichtige Aufgaben hinausgeschoben. Es gäbe ein System der Verlagerung der Aufgaben auf andere, ohne dass die eigene Verantwortung wahrgenommen werde.¹²⁴ Nach diesen Schuldzuweisungen forderte Mittag den Chef der SPK beständig dazu auf, die Minister streng in die Pflicht zu nehmen. Während der Zusammenkünfte, auf denen er persönlich den Ministern Aufträge übermittelte, trat er selbstherrlich und anmaßend auf. Er bestellte einzelne Minister zum Rapport in das Zentralkomitee, wo sie sich zur bedingungslosen Planerfüllung verpflichten mussten.¹²⁵ Er beschimpfte die anwesenden Industrieminister als notorische Lügner und stellte einzelne Minister an den Pranger, die besonders hohe Planrückstände zu verantworten hätten.¹²⁶ Trotz der von den Ministern vorgebrachten Verweise auf den physischen und moralischen Verschleiß vieler Ausrüstungen und Anlagen in den Industriebetrieben in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich forderte Mittag kategorisch, die geplante Produktivität und Effektivität ohne Einschränkung zu gewährleisten. Er erklärte den Ministern, dass zu viel geredet und gejammert werde.

Nach den Schuldzuweisungen an Minister und Kombinatdirektoren hatte Schürer als Chef der SPK stets dafür zu sorgen, dass am Jahresende eine positive Bilanz gezogen werden konnte. Die Mehrheit im Politbüro ließ sich offensichtlich von der Vorstellung leiten, komplizierte ökonomische Probleme könnten noch wie in den 1950er Jahren allein mit ideologischen Appellen und politischen Direktiven gelöst werden. Insbesondere bei Honecker dominierte ökonomisches Wunschdenken und politisches Kalkül gegenüber nüchternem Sachverstand. Funktionäre mit wirtschaftswissenschaftlicher Kompetenz fanden bei ihm kaum

¹²⁴ Vgl. die Niederschrift über die Leitungssitzung der SPK am 18. Mai 1979, in: ebenda.

¹²⁵ Vgl. die handschriftlichen Aufzeichnungen Klopfers über die Beratung bei Mittag am 21. Mai 1979, in: ebenda.

¹²⁶ Dazu zählten der Minister für Kohle und Energie, Klaus Siebold, der Minister für Chemische Industrie, Günther Wyschowsky, der Minister für Glas- und Keramikindustrie, Werner Greiner-Petter, der Minister für Elektrotechnik und Elektronik, Otfried Steger, sowie der Minister für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau, Günther Kleiber.

noch Gehör. Doch alle politischen Appelle und wiederholten Politbürobeschlüsse halfen nichts. Gegen Ende des Jahres 1979 hatte sich die wirtschaftliche Situation keineswegs gebessert, im Gegenteil. Der Plan der industriellen Warenproduktion konnte wie schon in den Jahren zuvor nicht erfüllt werden, wobei auch die Rentabilitätsziele nicht erreicht wurden. Der Zuwachs des Exports in die westlichen Industriestaaten war weit unter der geplanten Größe geblieben. Der Import von Rohstoffen und Konsumgütern aus westlicher Produktion sank nicht wie gefordert. Das Zahlungsbilanzdefizit wuchs trotz gegenteiliger Beschlüsse weiter. Über wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum verfügte die SED-Führung kaum noch. Unter diesen Umständen nahmen Nervosität und Hektik in der Führungsspitze, in den wirtschaftspolitischen Abteilungen des Zentralkomitees sowie in der SPK zu. Nicht erst Anfang der 1980er Jahre, wie oftmals angenommen, sondern bereits seit Mitte der 1970er Jahre hatten die negativen Auswirkungen der wirtschaftspolitischen Weichenstellungen des VIII. Parteitags sowohl im Politbüro als auch unter führenden Wirtschaftsexperten zu heftigen Diskussionen und recht unterschiedlichen Korrekturvorschlägen geführt.

4. Ein vertrauliches Gespräch über wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen

In den Überlegungen zur Bewältigung der strukturellen Probleme der Planwirtschaft brachte Schürer immer wieder eine Abkehr von der bisherigen Investitionspolitik ins Gespräch, die seit 1971 allzu stark auf die konsumorientierten Industriebereiche fixiert war. Nach den erfolglosen Interventionen Schürers im Politbüro im Hinblick auf die Zahlungsbilanz und eine andere Investitionspolitik redete der Planungschef am 24. April 1978 mit dem Leiter der Abteilung XVIII/4 des MfS Klartext.¹²⁷ Oberstleutnant Horst Roigk stand an der Spitze dieser Abteilung, die für die Überwachung der zentralen Leitungs- und Planungsorgane der Wirtschaft zuständig war. Die Hauptabteilung XVIII, die für die „operative Bearbeitung“ der zentralen volkswirtschaftlichen Bereiche eingesetzt wurde, leitete seit 1974 der Diplom-Wirtschaftswissenschaftler Alfred Kleine im Range eines Generalmajors.¹²⁸ Roigk gehörte dem MfS seit 1955 an und war im Oktober 1966 erster kommissarischer Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung (KoKo)

¹²⁷ Vgl. die Information über ein Gespräch mit Gerhard Schürer über Probleme der Volkswirtschaft am 24. April 1979 vom 27. April 1978, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 16067, Bl. 1–12. Abgedruckt in: Andreas Malycha, Ungeschminkte Wahrheiten. Ein vertrauliches Gespräch von Gerhard Schürer, Chefplaner der DDR, mit der Stasi über die Wirtschaftspolitik der SED im April 1978, in: VfZ 59 (2011), S. 283–305.

¹²⁸ Vgl. Maria Haendcke-Hoppe-Arndt, Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft (MfS-Handbuch), Berlin 1997; Hans-Hermann Hertle/Franz-Otto Gilles, Sicherung der Volkswirtschaft. Struktur und Tätigkeit der „Linie XVIII“ des MfS, in: Deutschland Archiv 29 (1996), S. 48–57; dies., Zur Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR-Wirtschaft, in: Renate Hürtgen (Hrsg.), Der Schein der Stabilität. DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker, Berlin 2001, S. 173–189.

als Offizier im besonderen Einsatz (OibE) der Hauptabteilung XVIII im Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel, bevor er Anfang 1967 von Alexander Schalck-Golodkowski abgelöst wurde.¹²⁹ Aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit und seiner leitenden Position in der HA XVIII hatte Roigk Zugriff auf „operative“ Informationen aus dem Wirtschaftsapparat und erhielt somit vertrauliche Mitteilungen über die reale Situation der DDR-Wirtschaft, die er an den Leiter der Hauptabteilung sowie an den Stellvertreter Mielkes, Generaloberst Rudi Mittag, weiterleitete.¹³⁰

Bei den Gesprächspartnern handelte es sich um Funktionsträger aus der obersten Machthierarchie der DDR, die über intime Einblicke in die Abläufe, Planungsmechanismen und Strukturzusammenhänge, mithin auch über die strukturellen Schwächen und Defizite der DDR-Wirtschaft, verfügten. In dem Gespräch vom 24. April 1978 ging es um die Wirtschaftspolitik der SED, die Stellung Günter Mittags in der obersten Machthierarchie, Schürers persönliches Verhältnis zu Mittag und Honecker sowie interne Querelen in der obersten staatlichen Planungsbehörde.¹³¹ Roigk kennzeichnete die Unterredung als „internes, persönliches Gespräch über die Probleme der SPK, der Volkswirtschaft, über Kaderfragen und über persönliche Angelegenheiten“¹³²; es handelte sich somit nicht um eine Auskunft eines Inoffiziellen Mitarbeiters des MfS. Offenbar gab es in diesem Kreis mehrere Gespräche dieser Art, in der sich über die Jahre hinweg eine Art Vertrauensverhältnis aufzubauen schien. Den konkreten Anlass des Gesprächs zwischen Schürer und Roigk bildete eine Beratung in der Leitung der SPK – beteiligt waren die Stellvertreter Schürers sowie die Abteilungsleiter – am 21. April 1978 über die Eckpunkte des Volkswirtschaftsplanes 1979. Der von der SPK vorgelegte Planentwurf wurde von Honecker, Mittag und Stoph zurückgewiesen, weil die Probleme der Zahlungsbilanz, die im Laufe des Jahres 1979 gelöst werden sollten, angeblich nicht berücksichtigt worden waren.

Wie Schürer berichtete, führten die ultimativen Forderungen Mittags und Honeckers, die ohnehin schon hohen Plankennziffern noch einmal nach oben zu korrigieren, während der Beratung in der obersten Planungsbehörde am 21. April 1978 zu heftigen Unmutsäußerungen der Bereichsleiter der SPK und Stellvertreter Schürers. „Ausgangspunkt für diese Verhaltensweisen waren die zentralen Festlegungen zur Ausarbeitung der staatlichen Aufgaben für den Volkswirtschaftsplan 1979, die von außen in die SPK hineingetragen wurden und die bar jeder

¹²⁹ Vgl. Reinhard Buthmann, *Die Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (MfS-Handbuch)*, Berlin 2003, S. 7.

¹³⁰ Vgl. das Interview mit „Dr. Horst R.“, in: Gisela Karau, *Stasi-Protokolle. Gespräche mit ehemaligen Mitarbeitern des „Ministeriums für Staatssicherheit“ der DDR*, Frankfurt (M.) 1992, S. 20–34.

¹³¹ Die Aufzeichnungen wurden mit großer Wahrscheinlichkeit vom Leiter der Abteilung XVIII/4, zentrale Planungs- und Finanzorgane, Oberstleutnant Horst Roigk, angefertigt und an den Leiter der HA XVIII, Alfred Kleine, sowie Mielke weitergeleitet. Dies bestätigte Kleine in einer mündlichen Mitteilung vom 25. Oktober 2010.

¹³² Zitiert in: Malycha, *Ungeschminkte Wahrheiten*, S. 296. Alle folgenden Zitate wurden dieser Dokumentation entnommen.

Objektivität sind und in keiner Weise der volkswirtschaftlichen Lage und Situation entsprechen. Die geforderten Leistungen zum Plan 1979 wären selbst überspitzt und zu hoch, wenn der Plan 1978 in der konzipierten Form, wie er durch die Volkskammer beschlossen wurde, erfüllt werden würde.“ Die Stellvertreter Schürers bewerteten insbesondere die von Mittag verlangten zusätzlichen Leistungen in Kernbereichen der Wirtschaft, verbunden mit Investitionskürzungen in der Landwirtschaft, als unerfüllbar. Vom Leiter für Land- und Nahrungsgüterwirtschaft, Bruno Lietz, fielen Begriffe wie „Zauberkünstler“ oder „Scharlatanerie“, die als Synonyme für die erforderlichen Rechentricks standen, um die utopischen Forderungen Mittags umsetzen zu können.

Die vom Präsidium des Ministerrates beschlossene „Planreduzierung“ begründete Schürer während des Gesprächs mit unrealistischen Wirtschaftsplänen, die auf Drängen der Parteiführung notwendig wurden.¹³³ Er hielt eine überdurchschnittliche Leistungssteigerung in der Volkswirtschaft, wie sie vom Politbüro immer wieder gefordert wurde, aufgrund mangelhafter materiell-technischer Ausrüstungen für undenkbar: „Da wir in den vergangenen Jahren unsere aufgenommenen Kredite für sozial-politische Maßnahmen im wesentlichen einsetzten und bei den getätigten Investitionen nicht die Effekte erreichten, um weltmarktfähige Produkte für den Weltmarkt zu produzieren, sind diese Voraussetzungen nicht gegeben.“ Wie die Gesprächsaufzeichnung zeigt, bewertete Schürer den Leistungsstand der DDR-Wirtschaft weitaus realistischer als die Mehrheit im Politbüro.

Anknüpfend an die während der internen Beratung in der SPK kritisierten politisch motivierten Eingriffe in den Wirtschaftsablauf machen die Aufzeichnungen über das Gespräch mit dem SPK-Vorsitzenden drei Aspekte der Wirtschaftspolitik der SED deutlich, über die im Politbüro unterschiedliche Auffassungen herrschten: erstens die Ausgaben für westliche Importgüter, zweitens das Verhältnis von Sozial- und Wirtschaftspolitik und drittens die Zahlungsbilanz der DDR. Darüber hinaus gibt das Dokument schon zu einem frühen Zeitpunkt Einblick in die Entscheidungshintergründe in der Wirtschaftspolitik bzw. über den persönlichen Einfluss Mittags auf wirtschaftspolitische Entscheidungen.

Wie Schürer in dem Gespräch erklärte, habe seine kritische Haltung seit Mitte der 1970er Jahre zu einem angespannten Verhältnis mit Honecker geführt, insbesondere nachdem er 1975 das erste Mal bei einer internen Aussprache mit ihm einige unbequeme Wahrheiten über die Situation in der Wirtschaft angesprochen hatte.¹³⁴ Honecker habe ihm daraufhin sehr erregt die Frage gestellt, ob er gegen

¹³³ Vgl. hierzu auch die Anmerkungen Schürers aus historischer Rückschau: Gerhard Schürer, Planung und Lenkung der Volkswirtschaft in der DDR – Ein Zeitzeugenbericht aus dem Zentrum der DDR-Wirtschaftslenkung, in: Die Endzeit der DDR-Wirtschaft, S. 84f. Grundsätzlich: André Steiner, Möglichkeiten und Grenzen einer Planwirtschaft, in: Helga Schultz/Hans-Jürgen Wagner (Hrsg.), Die DDR im Rückblick. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Berlin 2007, S. 135–153.

¹³⁴ Vgl. hierzu den Vermerk von Schürer über das Gespräch mit Honecker am 31. Januar 1975, in: Bundesarchiv, DE 1/58746.

die Beschlüsse des VIII. Parteitagcs sei und ob er wünsche, dass man diese Beschlüsse ändere. Für eine sachliche Argumentation sei Honecker nicht ansprechbar gewesen. Schürer gab in dem Gespräch ferner seinen Eindruck wieder, dass man mit dem Generalsekretär bis vor ein bis zwei Jahren noch über die anstehenden wirtschaftlichen Probleme diskutieren konnte und er auf sachliche Argumente reagiert habe. Doch jetzt, im Jahre 1978, sei dies nicht mehr der Fall. Nunmehr werde er kaum noch von Honecker empfangen und dieser verlasse sich ausschließlich auf den Rat seines Wirtschaftssekretärs. Schürer zufolge hatte der Generalsekretär die Kompliziertheit der ökonomischen Situation nicht erfasst und war offensichtlich auch nicht willens, sich mit den Problemen ernsthaft auseinanderzusetzen.

Schürer räumte zudem ein, dass sich sein Verhältnis zu Mittag seit ca. einem halben Jahr verschlechtert und zugespitzt habe. Die „Kanonen“ richteten sich auf die SPK, da man einen Schuldigen für die wirtschaftliche Misere suche. Der Wirtschaftssekretär erwecke mit seinem feindseligen Verhalten den Eindruck, in der Arbeitsweise der SPK einen Sündenbock für die derzeitige wirtschaftlich kritische Situation gefunden zu haben. Ganz offensichtlich verbarg sich hinter dieser Einschätzung auch Schürers Enttäuschung darüber, dass sich Mittag als früherer Mitkämpfer für wirtschaftliche Reformen und ökonomischen Sachverstand nunmehr kritiklos den Wünschen Honeckers gebeugt hatte und damit wider besseren Wissens den verhängnisvollen wirtschaftspolitischen Kurs des Politbüros mittrug. Schürer berichtete ferner darüber, wie er die sich verschlechternde ökonomische Lage, insbesondere die Zahlungsschwierigkeiten, wiederholt im engen Kreis offen zur Sprache gebracht habe und seine kritischen Einwände bei der Vorlage zum Volkswirtschaftsplan 1978 im Politbüro ohne große Diskussion beiseitegeschoben worden seien.

Dokumentiert wird in den Gesprächsaufzeichnungen ferner die tiefe Skepsis, die sich in der zentralen Planungsbehörde über die Preispolitik breitgemacht hatte. Schürer hielt die von Honecker hartnäckig verteidigte Preispolitik volkswirtschaftlich für unsinnig und unrealistisch. Mit ironischem Unterton erklärte er, „daß unsere Preispolitik volkswirtschaftlich unmöglich ist, jeder Realität widerspricht und offensichtlich einer falschen Idee entspringt. Wenn sich in der ganzen Welt, selbst in der großen Sowjetunion, die Rohstoffe, Konsumgüter und andere Produkte verteuerten, dann könne man in der kleinen DDR nicht eine sogenannte stabile Preispolitik betreiben und aufrecht erhalten. Dafür gebe es keine Rechtfertigung, weder in politischer noch in volkswirtschaftlicher Hinsicht.“ Die Stabilität der Verbraucherpreise, der Preise für Dienstleistungen und Mieten gehörte im Verständnis Honeckers allerdings zu den eisernen Maximen, an denen nicht gerüttelt werden durfte.

Schürer widmete sich in dem Gespräch mit dem MfS-Abteilungsleiter einem weiteren Streitpunkt, der für grundsätzliche Auseinandersetzungen im Politbüro gesorgt hatte: die Devisenimporte aus westlichen Industrieländern, die nach Ansicht Schürers nicht in den privaten Konsum gesteckt, sondern zur Modernisierung der industriellen Basis verwendet werden sollten. Devisenausgaben,

die „große Summen von Valuta-Mark binden und letztendlich in der produktiven Sphäre keine Ergebnisse bringen, müßten sofort eingestellt werden bzw. um politischen Schaden zu verhindern und die Bevölkerung nicht gegen die Partei- und Staatsführung aufzubringen, auf dem jetzigen Niveau gehalten werden“. Als Beispiel führte Schürer u. a. die Exquisit- und Delikatläden an, in denen auch importierte Erzeugnisse westlicher Herkunft gegen DDR-Mark verkauft wurden.

Über den Import für das Exquisit- und Delikatprogramm in Höhe von 60 bis 80 Mio. VM hatte es bereits während eines Gesprächs zwischen Honecker, Mittag und Schürer am 10. November 1977, auf dem detaillierte Vorschläge zur Reduzierung der Westimporte zur Debatte standen, heftige Auseinandersetzungen gegeben.¹³⁵ Folgt man dem MfS-Bericht, so hatte Honecker in der Aussprache noch einmal vehement seine grundsätzliche Auffassung zur konsumorientierten Sozialpolitik und zu den damit notwendigen Importen westlicher Konsumgüter vertreten. Stark subventionierte Mieten und Grundnahrungsmittel, preiswerte Konsumgüter und die stetige Anhebung des privaten Konsums galten für Honecker und seine Gefolgsleute als eine der großen sozialpolitischen Errungenschaften, von denen die Arbeiter schon immer geträumt hatten. Da die Arbeiter Produzenten aller Werte seien und die Volkswirtschaft ständig wachse, stünde ihnen auch ein stetig wachsender Teil des Nationaleinkommens zu. Schürer und andere Wirtschaftsfunktionäre hielten dies allerdings für einen Irrtum, da seit Jahren effektiv mehr Nationaleinkommen verbraucht als produziert wurde. Es hieß hierzu in der MfS-Information: „Verantwortliche Funktionäre der staatlichen Plankommission und der Fachabteilungen des ZK vertreten einhellig die Auffassung, dass sich Genosse E. Honecker in einem für die Volkswirtschaft der DDR schwerwiegenden Irrtum befindet.“¹³⁶

Schürer befürwortete bekanntlich einen anderen Ansatz als Honecker. Er hielt die vom Politbüro am 16. Januar 1973 beschlossene Formel, mit hohen Exportüberschüssen das Zahlungsbilanzdefizit in deutlichen Größenordnungen zu beseitigen, für illusorisch. In dem Gespräch mit Roigk forderte er nochmals die Drosselung des privaten Konsums, weitgehende Importeinschränkungen in den Bereichen, die für die Konsumtion bestimmt waren, sowie den Stopp weiterer sozialpolitischer Maßnahmen. Eine radikale Umverteilung der Investitionen zugunsten produktiver Bereiche hielt Schürer ebenso für unausweichlich.

Darüber hinaus ging Schürer in dem Gespräch auf die Rolle des Bereichs Kommerzielle Koordinierung (KoKo) im Außenhandel der DDR ein. Deren Leiter, so meinte Schürer, würde zwar gute und devisenbringende Geschäfte tätigen, durch interne Absprachen zwischen Alexander Schalck-Golodkowski und Günter Mittag seien aber eine Reihe von Disproportionen geschaffen worden, die sich volkswirtschaftlich negativ auswirkten. Es könne nicht zugelassen werden, dass neben

¹³⁵ Vgl. die Information der HA XVIII zur Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1978 vom 18. November 1977, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 12478.

¹³⁶ Ebenda.

dem offiziellen Außenhandel der DDR zunehmend ein inoffizieller und daher unkontrollierter Außenhandel im alleinigen Zuständigkeitsbereich Mittags Dominanz erlange. Es konnte Schürer als Chef der SPK tatsächlich nicht gleichgültig sein, dass der Bereich KoKo dem Zugriff und der Kontrolle nicht nur der obersten Planungsbehörde, sondern der Regierung der DDR völlig entzogen war.¹³⁷ KoKo wurde im November 1976 unter Beibehaltung der offiziellen Bezeichnung „Ministerium für Außenhandel, Bereich Kommerzielle Koordinierung“ als selbstständiger Dienstbereich Mittag unterstellt und damit faktisch in den Apparat des SED-Zentralkomitees eingegliedert.¹³⁸ Schalck-Golodkowski, der sich als Offizier im besonderen Einsatz (OibE) in einem Dienstverhältnis zum MfS befand, handelte als KoKo-Chef im Dreieck Honecker-Mittag-Mielke nur im Auftrag dieser drei Politbüromitglieder unter strikter Geheimhaltung und Abschirmung gegenüber dem Apparat des ZK eigenverantwortlich und nur den dreien rechenschaftspflichtig. Allerdings führte die schwer durchschaubare Stellung des Bereichs KoKo zwischen Außenhandel, Wirtschaft und MfS zu internen Konflikten, die aus der dreifachen Unterstellung Schalck-Golodkowskis resultierten: in Wirtschaftsfragen Mittag, in sicherheitspolitischen Angelegenheiten Mielke sowie auf dem Feld der deutsch-deutschen Beziehungen Honecker, da Schalck seit 1974 zusätzlich als Bevollmächtigter des SED-Chefs agierte.¹³⁹

Honecker und Mittag verfügten durch Schalck über Kenntnisse über die außerplanmäßig vorhandenen Devisenreserven, die sie auch stets in Beratungen mit Schürer über Planvorgaben einsetzten, um mit dem Hinweis auf geheime Reserven eine Heraufsetzung volkswirtschaftlicher Plankennziffern zu fordern. Letztlich war es der Bereich KoKo, der das permanente Bargelddefizit im letzten Moment noch ausgleichen und die drohende Zahlungsunfähigkeit der DDR abwenden konnte. Schalck selbst schrieb dazu in seinen Erinnerungen, Ziel sei die „maximale Erwirtschaftung kapitalistischer Valuten außerhalb des Staatsplans“ gewesen.¹⁴⁰ Mit der Gründung von KoKo sei seiner Meinung nach eine nach kapitalistischen Methoden funktionierende Organisation einer sozialistischen Volkswirtschaft an die Seite gestellt worden.

Es ist bemerkenswert, dass Schürer über die genannten Themen mit einem ranghohen Offizier der Staatssicherheit offenbar mit der Absicht sprach, Honecker zu einem Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik zu bewegen. Ganz im Gegensatz zu seinen späteren Einsprüchen und Korrekturvorschlägen hoffte Schürer offenbar auf eine grundsätzliche Umkehr in der Wirtschaftsstrategie der SED und

¹³⁷ Vgl. grundsätzlich Matthias Judt, Der Bereich Kommerzielle Koordinierung. Das DDR-Wirtschaftsimperium des Alexander Schalck-Golodkowski – Mythos und Realität, Berlin 2013.

¹³⁸ Vgl. das Protokoll Nr. 23/76 der Sitzung des Politbüros am 2. November 1976, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1642.

¹³⁹ Vgl. Buthmann, Die Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung, S. 5.

¹⁴⁰ Zitiert in: Alexander Schalck-Golodkowski, Deutsch-deutsche Erinnerungen, Reinbek bei Hamburg 2000, S. 171; Frank Schumann/Heinz Wuschech, Schalck-Golodkowski. Der Mann, der die DDR retten wollte, Berlin 2012.

eine damit verbundene Besserung der wirtschaftlichen Lage in der DDR. Es handelt sich damit um ein frühes Zeugnis eines führenden DDR-Funktionärs zu Problemen, die nach gängiger Auffassung erst in den 1980er Jahren akut wurden.¹⁴¹ Wie die Gesprächsaufzeichnungen sowie ebenso die Mitschriften von Politbürositzungen zeigen, waren jedoch im Jahre 1978 die mit dem VIII. Parteitag 1971 verbundenen negativen Auswirkungen der wirtschaftspolitischen Weichenstellungen längst zum Dauerthema der Beratungen der SED-Spitze geworden.

Vermutlich wurde Honecker über den Inhalt des Gesprächs zwischen Schürer und Roigk von Mielke informiert. Denn in den folgenden Monaten stand die Staatliche Plankommission und insbesondere ihr Vorsitzender im Zentrum persönlicher Angriffe des Generalsekretärs. Bereits in der Beratung im „kleinen Kreis“ am 26. Mai 1978 geißelte Honecker das „Geschwätz in verschiedenen Staatsorganen“, das angeblich die Einheit der Partei gefährde – ein Vorwurf, der in der Regel schwerwiegende Konsequenzen nach sich zog.¹⁴² Im Sommer 1978 war der Zorn Honeckers, den sich Schürer durch die Preisgabe interner Kritik an der Wirtschaftspolitik nach dem VIII. Parteitag zugezogen hatte, noch nicht verflogen. Der SED-Chef sprach auf der Politbürositzung am 15. August 1978 die Diskussionen in der SPK über den Zusammenhang zwischen der Verschuldung und dem sozialpolitischen Programm an und fügte drohend hinzu: „Wir kennen die Namen der Genossen. Es wird notwendig sein, dass die Parteiorganisation der Staatlichen Plankommission sich damit auseinandersetzt und kritisch aufräumt.“¹⁴³ Das Gespräch zwischen Schürer und einem ranghohen MfS-Offizier hatte demnach für einigen Wirbel in der engeren Parteispitze gesorgt. Honecker wollte nicht länger den Vorwurf auf sich sitzen lassen, dem Anwachsen des Schuldenberges tatenlos zuzusehen.

Aus den Quellen geht hervor, wie sich Schürer im permanenten Konflikt zwischen ökonomischem Sachverstand und Parteidisziplin stets dem politischen Druck des Generalsekretärs und der Politbüromehrheit beugte. Auf die nachträgliche Frage, warum er auf dem Posten des SPK-Vorsitzenden trotz des ökonomischen Widersinns ausgeharrt habe, erklärte er: „Ich hätte manchmal alles hinschmeißen können. Dann saß ich mit meinen engsten Mitarbeitern zusammen, und die haben gesagt, Gerhard, wenn du gehst, dann wird es alles nur noch schlechter bei uns, bleib doch da.“¹⁴⁴

¹⁴¹ Vgl. exemplarisch: Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck u. Gunter Holzweißig (Hrsg.), *Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren*, Opladen 1996.

¹⁴² Vgl. die Niederschrift Schürers über die Beratung bei Honecker am 26. Mai 1978, in: Bundesarchiv, DE 1/58746.

¹⁴³ Mitschrift Klopfers über die Ausführungen Honeckers auf der Beratung des Politbüros am 15. August 1978, in: ebenda, DE 1/58647.

¹⁴⁴ Zitiert in: *Der Plan als Befehl und Fiktion*, S. 82.

5. Das „Spiegel-Manifest“ und die Kritik an der Wirtschaftspolitik der Parteiführung

Nicht nur innerhalb der Führungsspitze nahmen die Spannungen und Auseinandersetzungen um den Abbau der Staatsschulden im westlichen Ausland zu. Auch an der Parteibasis, insbesondere unter Angehörigen wirtschaftswissenschaftlicher Institute und Forschungseinrichtungen, wuchs die Kritik am ruinösen Wirtschaftskurs der SED-Führung. Ausdruck hierfür war ein im Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ am 2. und 9. Januar 1978 in zwei Teilen abgedruckter Text, der als Manifest eines angeblichen „Bundes Demokratischer Kommunisten Deutschlands“ bezeichnet wurde.¹⁴⁵ Tatsächlich handelte es sich um einen lockeren Gesprächskreis weniger Professoren der Berliner Humboldt-Universität sowie der Leipziger Karl-Marx-Universität, die über die Veröffentlichung im „Spiegel“ entsetzt waren und bei den folgenden Verhören durch das MfS versicherten, mit dem „Manifest“ nichts zu tun zu haben.¹⁴⁶ Das Papier war von den Teilnehmern des Gesprächskreises nicht formuliert und autorisiert, sondern von Hermann von Berg dem „Spiegel“-Korrespondenten Ulrich Schwarz in der Wohnung von Bergs in Schöneiche bei Berlin kurz vor Weihnachten 1977 in die Feder diktiert worden.¹⁴⁷ Von einer organisierten Opposition und einem „Manifest des Bundes Demokratischer Kommunisten“ konnte also nicht die Rede sein.

Der Autor des Manifestes – Hermann von Berg – war in den 1960er Jahren Abteilungsleiter für Internationale Verbindungen im Presseamt beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, gelegentlich Geheimkurier von Willi Stoph in der Bundesrepublik. Seit 1969 profilierte sich von Berg als geheimer Gesprächspartner in den deutsch-deutschen Verhandlungen, bei denen er wichtige Aufgaben in der Vorbereitung deutsch-deutscher Kontakte auf höchster Ebene übernahm.¹⁴⁸ Von Berg war in den Jahren von 1966 bis 1970 Aspirant an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und nach seiner Promotion ab 1970 Dozent und ab 1972 Professor an der Sektion Wirtschaftswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Wenngleich es keine organisierte Opposition von SED-Mitgliedern an der Berliner Humboldt-Universität gab, die ein Manifest verabschiedete, widerspiegelte der Text doch die wachsende Unzufriedenheit von Intellektuellen aus dem Umfeld der SED über die wirtschaftliche und politische Lage in der DDR. Der einzige, der sich nach 1990 neben von Berg zur Teilnahme an dem Gesprächskreis be-

¹⁴⁵ Vgl. Der Spiegel, Nr. 1+2, 2./9. Januar 1978.

¹⁴⁶ Vgl. ausführlich: Dominik Geppert, Störmanöver. Das „Manifest der Opposition“ und die Schließung des Ost-Berliner „Spiegel“-Büros im Januar 1978, Berlin 1996.

¹⁴⁷ Gift und Galle. Ulrich Schwarz erinnert sich, in: einestages. Zeitgeschichten auf Spiegel-ONLINE, 8. Januar 2008; Hermann von Berg, Das Spiegel-Manifest, in: Siegfried Prokop (Hrsg.), Der versäumte Paradigmenwechsel. „Spiegel-Manifest“ und „Erster Deutscher im All“ – die DDR im Jahr 1978, S. 320ff.

¹⁴⁸ Vgl. die Information des Leiters der HA II des MfS, Generalleutnant Kratsch, vom 7. Februar 1986, in: Archiv BStU, MfS HA II/6 1069, Bl. 04–07.

kannte, der damals in Leipzig wirkende Historiker Heinz Niemann, bezeichnete den kleinen Zirkel als „informelles Geflecht“, in dem angesichts der voraussehbaren wirtschaftlichen Katastrophe Alternativen zu Honeckers Wirtschaftspolitik formuliert worden seien.¹⁴⁹ Vor dem Hintergrund negativer Wirtschaftsbilanzen in den Jahren 1976 und 1977 habe sich laut Niemann „unter informierten Eingeweihten“ zunehmende Panik ausgebreitet. „Wir erhielten Kenntnis über verschiedene Analysen und Vorlagen aus der Staatlichen Plankommission und aus dem Büro des für den RGW verantwortlichen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Gerhard Weiß, welche Auswirkungen die veränderten außenwirtschaftlichen Bedingungen auf die DDR-Wirtschaft wirklich hatten.“¹⁵⁰ Im Kontrast zu diesen realen Lageeinschätzungen seien die Schlussfolgerungen der Parteiführung von „erschütternder Kläglichkeit“ geblieben, obwohl es durchaus kluge Vorstellungen und Vorlagen zuständiger Fachabteilungen gegeben habe.

Der im „Spiegel“ veröffentlichte Text enthielt durchaus zutreffende Analysen der ökonomischen Situation in der DDR, die so beschrieben wurde: „Die Außenwirtschaftsverschuldung nimmt im Osten und Westen zu. Die DDR-Bevölkerung lebt über ihre Kosten auf Kredit, die Zins- und Schuldtilgungen fressen die Investitionsmittel auf, und das wiederum verhindert die durchgreifend nötige Struktur-, Lohn-, Preis- und Währungsreform, ein Teufelskreis!“¹⁵¹ Die Situationsbeschreibungen beruhten offenbar auf Informationen aus dem Umfeld von Stoph. Von Berg kannte auch die intern kritisch gehaltenen Berichte der Staatlichen Plankommission, über die in dem lockeren Gesprächskreis wiederholt debattiert wurde. An eine organisierte Opposition war in einer marxistisch-leninistischen Partei allerdings nicht zu denken.

Das „Manifest“ beschrieb in zutreffender Weise den frustrierenden Betriebsalltag am Ende der 1970er Jahre. Hier wuchs die Unzufriedenheit der Parteibasis über die sich ausbreitende Misswirtschaft. Es fehlte an technischen Ausrüstungen, Ersatzteilen und Rohstoffen, so dass sich die Stillstandszeiten der Maschinen häuften. Arbeitsorganisation und Arbeitsdisziplin waren miserabel und die Motivation der Beschäftigten nahm spürbar ab. Es kam nun häufiger vor, dass Einkäufe von knappen Konsumgütern während der Arbeitszeit erledigt wurden. Immer öfter musste sich der Parteisekretär im Werk die Frage gefallen lassen, ob die Parteiführung überhaupt die Lage der Arbeiter kenne. Die von Honecker seit 1971 propagierte Politik stabiler Verbraucherpreise stand ebenso im Zentrum des in teilweise drastischer Sprache abgefassten Spotts. Anstatt die Preise aus politischen Gründen zu subventionieren, sei es ökonomisch sinnvoller, mit realen Preisen zu planen. Im „Manifest“ hieß es: „Wir fordern eine andere Politik: reale, kostendeckende Preise, entsprechend reale Planung, reale, den jetzigen

¹⁴⁹ Vgl. Heinz Niemann, Der sogenannte „Bund Demokratischer Kommunisten Deutschlands“ in der Opposition und Dissidenz der DDR. Zu einem Artikel von Christoph Kleßmann in *Aus Politik und Zeitgeschichte*, in: *Deutschland Archiv* 24 (1991), S. 535.

¹⁵⁰ Zitiert in: ebenda.

¹⁵¹ Zitiert in: Geppert, *Störmanöver*, S. 181. Alle folgenden Zitate wurden dieser Publikation entnommen.

Stand des Lebensniveaus garantierende Einkünfte für die Arbeiter, Handwerker, Angestellten. [...] Die Preis- und Lohnentwicklung muß je Fünfjahrplan zugunsten der Produzenten in Industrie und Landwirtschaft mit dem realen Wirtschaftswachstum gekoppelt werden.“

Die gesellschaftlichen Zustände in der DDR wurden im „Manifest“ einer beißenden Kritik unterzogen. In besonders sarkastischer, gleichwohl zutreffender Weise kam das politische und moralische Versagen der SED-Führungsriege zur Sprache: „Korruption, Ämtermißbrauch, skandalöses Schmarotzertum, Nepotismus, wohin man blickt. Nach Statut müßte diese Sorte von Genossen längst aus der Partei ausgeschlossen sein.“ Insgesamt entsprachen die sich daran anschließenden Forderungen einem Modell des Sozialismus, wie es etwa in den 1960er Jahren von den tschechoslowakischen Kommunisten oder in den 1970er Jahren von den italienischen Kommunisten unter dem Etikett „Eurokommunismus“ entwickelt worden war: Gefordert wurden u. a. die Abschaffung des demokratischen Zentralismus in Partei, Staat und Gesellschaft, da er ein Zentralismus gegen die Demokratie sei, ein unabhängiges frei gewähltes Parlament sowie Parteienpluralismus im politischen System. Lenins Partei-, Demokratie- und Staatskonzept wurde für untauglich befunden. In welcher Form die SED selbst reformiert werden sollte, blieb unerwähnt. Im Fokus der Anklage stand lediglich die korruptierte Führungskaste der Partei. Der „Spiegel“-Text endete mit der Aufforderung, einen „schöpferischen, undogmatischen, demokratisch-humanistischen Reformkommunismus“ zu entwickeln.

Im Grunde genommen bildete die „Spiegel“-Streitschrift eine willkürliche Mixtur aus Gedanken von Karl Marx, Rosa Luxemburg, Mao, Tito und von Rudolf Bahro sowie theoretischen Versatzstücken des Eurokommunismus. Ein konsistentes Gedankengebäude war nicht zu erkennen. Von der SED-Führung wurde dieses „Manifest“ zunächst als „Machwerk des Bundesnachrichtendienstes“ deklariert¹⁵² und das DDR-Büro des „Spiegel“ in Ost-Berlin geschlossen.¹⁵³ Wie sehr sich die SED-Führung von den Aussagen des „Manifestes“ getroffen fühlte, zeigte sich an dem Umstand, dass Honecker am 10. Januar, einen Tag nach der Veröffentlichung des zweiten Teils im „Spiegel“, ein Fernschreiben an alle 1. Bezirkssekretäre der SED absetzte, in dem mit altbekannten Feindbildern das Dokument als antisowjetisches Pamphlet des BND diskreditiert wurde, das den Zweck verfolge, „die Welt erneut in die Zeit des Kalten Krieges zurückzustößen“.¹⁵⁴ Auch in der Bundesrepublik gab es starke Zweifel an der Echtheit des Textes.¹⁵⁵

¹⁵² Vgl. Neues Deutschland vom 4. Januar 1978.

¹⁵³ Vgl. Ulrich Schwarz, „Sie werden euer Büro dichtmachen“, in: Erich Böhme (Hrsg.), Deutsch-Deutsche Pressefreiheit. Vom Grundlagenvertrag bis zur Schließung des Spiegel-Büros, Hamburg 1978, S. 38.

¹⁵⁴ Fernschreiben Honeckers an die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen vom 10. Januar 1978, in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/2.033/111.

¹⁵⁵ Vgl. Günter Johannes /Ulrich Schwarz (Hrsg.), DDR – Das Manifest der Opposition. Eine Dokumentation. Fakten. Analysen. Berichte, München 1978.

Die eigentliche Urheberschaft des Textes konnte vom MfS relativ schnell geklärt werden. Es war kein Geheimnis, dass Hermann von Berg seit dem Mauerbau als Pendler zwischen Ost-Berlin und Bonn mit politischem Auftrag enge Kontakte zu westdeutschen Journalisten, Politikern und Unternehmensbossen pflegte, über die der ostdeutsche Auslandsgeheimdienst detaillierte Kenntnisse erhielt.¹⁵⁶ Seit der Biermann-Ausweisung im November 1976 lieferte er insbesondere dem „Spiegel“ Informationen über die wirtschaftliche Lage und die Stimmung unter DDR-Intellektuellen, was wiederum vom MfS misstrauisch beobachtet wurde. Von Berg schilderte dem „Spiegel“-Redakteur Ulrich Schwarz, der seit August 1976 aus Ost-Berlin berichtete, auch Interna aus dem Politbüro – unter anderem vertrauliche Informationen über die dort geführten Auseinandersetzungen über den Wirtschaftskurs der Partei zwischen Honecker, Schürer und Stoph.

Das MfS verhaftete von Berg unmittelbar nach der Veröffentlichung des zweiten Teils des Textes auf Weisung Mielkes am 9. Januar 1978, ließ ihn aber nach wochenlangen Verhören am 9. März 1978 frei und anschließend wieder an der Berliner Humboldt-Universität tätig werden.¹⁵⁷ Angesichts der drastischen Sprache, mit der von Berg die Führungsriege der Partei angriff, öffnete seine überraschende Freilassung viel Raum für Spekulationen. Der Text war gespickt mit Attacken auf den üppigen Lebensstil der Mitglieder des SED-Politbüros in der abgeschotteten Walsiedlung bei Wandlitz. In Anspielung auf seine Funktion als ZK-Sekretär für Agitation wurde Politbüromitglied Lamberz sogar mit dem Kürzel „Lüla“ titulierte, was für den Spottnamen „Lügen-Lamberz“ stand. Dem Berliner SED-Bezirkschef Naumann wurden moralisches Versagen und Korruption vorgeworfen. Die Angriffe auf führende Funktionäre der SED hätten unter „normalen“ Umständen unweigerlich zu strafrechtlichen Konsequenzen geführt.

An der Humboldt-Universität zu Berlin schloss von Berg nach seiner Haftentlassung seine Promotion B (Habilitation) erfolgreich ab und betreute Fernstudenten an der Sektion Geschichte. Da ihm Reisen ins westliche Ausland sowie Vortrags- und Publikationstätigkeit in der Bundesrepublik untersagt worden waren, wandte sich von Berg am 22. April 1979 mit schriftlichen Eingaben sowohl an den Generalsekretär der SED als auch an den Minister für Staatssicherheit, in denen er ungehinderte Reise- und Kontaktmöglichkeiten in das westliche Ausland forderte.¹⁵⁸ Nach erfolglosen Interventionen schrieb er im Juli 1980 seinem alten Fürsprecher Stoph und wiederholte seine zentralen Anliegen.¹⁵⁹ In den folgenden Jahren versuchte von Berg sich der anhaltenden politischen und geheimdienst-

¹⁵⁶ Vgl. die Unterlagen der HV A, Abteilung X/3, in: Archiv BStU, MfS GH 65/88. Insgesamt 17 Bände mit 4529 Blatt, die als Operativ-Vorgang „Informant“ am 26. September 1988 in Geheimer Ablage mit Sperrvermerk abgelegt wurden. Zum Aufgabenfeld der Abteilung X der HV A vgl. Helmut Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A (HV A). Aufgaben – Strukturen – Quellen (MfS-Handbuch), Berlin 2011, S. 171f.

¹⁵⁷ Vgl. Geppert, Störmanöver, S. 118f.

¹⁵⁸ Vgl. die Briefe von Bergs an Honecker und Mielke vom 22. April 1979, in: Archiv BStU, MfS HA II/6 904, Bl. 16 u. Bl. 20–23.

¹⁵⁹ Vgl. den Brief von Bergs an Stoph vom 13. Juli 1980, in: ebenda, Bl. 42.

lichen Kontrolle durch das MfS zu entziehen und nahm wieder Kontakte zu seinen früheren Gesprächspartnern aus dem Umfeld westdeutscher Medien auf. Auf seinen am 5. August 1985 gestellten Antrag auf Austritt aus der SED, der er seit 1952 angehört hatte, reagierte die SED-Kreisleitung der Humboldt-Universität in Abstimmung mit der ZK-Abteilung für Kaderfragen mit Ausschluss. Zugleich stellte von Berg im August 1985 einen Antrag auf Ausreise aus der DDR und Übersiedlung in die Bundesrepublik.¹⁶⁰ Nach monatelangem Hin und Her und verschiedenen Entscheidungsvorlagen des MfS reiste von Berg aufgrund einer persönlichen Entscheidung Honeckers sowie der Fürsprache Willy Brandts und Egon Bahrs am 11. Mai 1986 über die Grenzübergangsstelle Oebisfelde in die Bundesrepublik aus.¹⁶¹

Die von Hermann von Berg „in zutiefst frustrierter Stimmung“¹⁶² und in rigider Sprache diktierte Fassung des „Spiegel-Manifests“ zielte auf die Parteibasis und sollte aufwühlen. Einfache Mitglieder hatten jedoch nur geringe Chancen, sich auf legale Weise die beiden Ausgaben des „Spiegel“ zu verschaffen. Die Meinungsmache im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“, in dem von einer antikomunistischen Fälschung des BND die Rede war, löste in der Mitgliedschaft erwartungsgemäß Fragen nach der authentischen Quelle des Textes aus. Die Bezirksleitung der SED in Leipzig berichtete über Irritationen in den Grundorganisationen, die darüber klagten, dass die Genossen über das „Machwerk des BND“ nicht diskutieren könnten, solange sein Inhalt nicht bekannt sei.¹⁶³ Die Bezirksleitung Suhl zitierte die Frage eines namentlich nicht genannten Genossen einer Grundorganisation: „Warum wird das ‚Manifest‘ nicht bei uns veröffentlicht, wir könnten dann doch besser argumentieren?“¹⁶⁴ So blieb für den größten Teil der Parteibasis der wahre Inhalt des Textes weitgehend im Dunkeln.

Die Wirkung des „Spiegel-Manifests“ innerhalb der Parteibasis kann schwer beurteilt werden. Es löste keine größeren Diskussionen aus, obgleich es durchaus den Wahrnehmungen und Erfahrungen vieler Mitglieder mit dem realsozialistischen Alltag entsprach. Den Berichten des MfS zufolge wurde der Text zumindest in der „technischen und künstlerischen Intelligenz“ zur Kenntnis genommen und für authentisch gehalten.¹⁶⁵ Die Bezirksverwaltung Berlin des MfS informierte den SED-Bezirkschef Nauman darüber, dass bei einigen Genossen eine gewisse Aufgeschlossenheit gegenüber bestimmten Passagen der Veröffentlichungen im „Spiegel“ zu beobachten sei. Als Beispiele wurden die Exquisit-, Delikat- und

¹⁶⁰ Vgl. die Stellungnahme des Leiters der HV A/X zum Ausreiseantrag von Bergs vom 13. August 1985, in: Archiv BStU, MfS HA II/6 1102, Bl. 55.

¹⁶¹ Vgl. die Information des Leiters der HA II des MfS vom Juni 1986, in: ebenda, Bl. 115.

¹⁶² Zitiert in: Niemann, Der sogenannte „Bund Demokratischer Kommunisten Deutschlands“, S. 536.

¹⁶³ Vgl. den Bericht der SED-Bezirksleitung Leipzig vom 12. Januar 1978, in: SAPMO BArch, DY 30/IV B 2/5/1139.

¹⁶⁴ Bericht der SED-Bezirksleitung Suhl vom 20. Januar 1978, in: ebenda, DY 30/IV B 2/5/1697.

¹⁶⁵ Vgl. den Bericht der MfS-Hauptabteilung VI, Abteilung Auswertung und Information, über Meinungen unter der Bevölkerung vom 15. Februar 1978, in: Archiv BStU, MfS HA VI 12601, Bl. 217.

Intershopgeschäfte und die damit zusammenhängenden Unterschiede in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen in der DDR genannt, wofür einige Genossen kein Verständnis aufbringen würden. Dieser Zustand zeuge von keiner sozialen Gerechtigkeit. In Einzelfällen hätten Genossen die Meinung geäußert, dass sie an eine kommunistische Bescheidenheit der Parteifunktionäre nicht glauben würden.¹⁶⁶ Auch die Berliner MfS-Kreisdienststellen meldeten „negative Diskussionen“ über den Lebensstil der Führungsmitglieder: „In den negativen Diskussionen werden hauptsächlich die Genossen Honecker, Naumann und Mielke genannt. Es wird behauptet, dass diese Genossen sich aufgrund ihrer führenden Rolle Vorteile für sich und ihre Familienangehörigen verschaffen und dass die Lebensweise dieser führenden Genossen nicht mit der sozialistischen Moral und Ethik übereinstimmen soll.“¹⁶⁷ Darüber hinaus hätten Mitglieder von Berliner Grundorganisationen der Partei in Diskussionen zum Ausdruck gebracht, dass viele Dinge im „Manifest“ den Kern der derzeitigen politischen und ökonomischen Situation trafen.¹⁶⁸

Ogleich das „Manifest“ innerhalb der SED offenbar keine breite Wirkung entfaltete und die Verfasser offiziell im Dunkeln blieben, spiegelten die MfS-Berichte die weit verbreitete Stimmung über den desolaten Zustand der DDR-Wirtschaft wider.¹⁶⁹ Diese enthielten mitunter authentische Beschreibungen der wirklichen Ansichten über die Politik der Honecker-Führung, die viele Mitglieder nur in privaten Gesprächen, nicht aber in den Parteiversammlungen im Betrieb äußerten. Für viele stellte sich die politische Lage in der DDR im Winter 1977/78 schlechter dar als jemals zuvor. Im Zentrum der MfS-Stimmungsberichterstattung standen die Versorgungslage und die daraus resultierende Unzufriedenheit in der Bevölkerung.¹⁷⁰ Insofern lassen sich bereits zu diesem Zeitpunkt die enttäuschten Reaktionen auf die ausgebliebenen Versprechungen Honeckers nachweisen, die schließlich wesentlich zum Systemzusammenbruch beitrugen.¹⁷¹

Hauptsächlich trafen die Bezüge im „Spiegel“-Manifest zu den paradoxen Auswüchsen der Konsumpolitik den Nerv der Parteibasis. Diese hatten bereits in den Jahren zuvor für Unruhe in den SED-Grundorganisationen gesorgt. Das betraf

¹⁶⁶ Vgl. die Information der MfS-Bezirksverwaltung Berlin über Meinungen unter der Bevölkerung vom 23. Januar 1978, in: ebenda, MfS BV Berlin AKG 1172, Bl. 7.

¹⁶⁷ Information der MfS-Kreisdienststelle Berlin-Pankow vom 17. Januar 1978, in: ebenda, MfS BV Berlin AKG 2413, Bl. 2.

¹⁶⁸ Vgl. die Information der MfS-Kreisdienststelle Weißensee vom 27. Januar 1978, in: MfS BV Berlin AKG 2405, Bl. 1–3.

¹⁶⁹ Vgl. Jens Gieseke, Annäherung und Fragen an die „Meldungen aus der Republik“, in: ders. (Hrsg.), Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsaltag in der DDR, Göttingen 2007, S. 79–98; ders., Bevölkerungstimmungen in der geschlossenen Gesellschaft. MfS-Berichte an die DDR-Führung in den 1960er- und 1970er-Jahren, in: Zeithistorische Forschungen, Online-Ausgabe 5 (2008)/H. 2.

¹⁷⁰ Vgl. ders., „Seit langem angestaute Unzufriedenheit breitetester Bevölkerungskreise“ – Das Volk in den Stimmungsberichten des Staatssicherheitsdienstes, in: Revolution und Vereinigung 1989/90, S. 132.

¹⁷¹ Vgl. Mark Allinson, 1977 – the GDR's most normal year?, in: Mary Fulbrook (Hrsg.), Power and Society in the GDR, 1961–1979: The ‚Normalisation‘ of Rule?, Oxford 2009, S. 253–277.

u. a. die widersinnige Praxis der 1962 gegründeten Einzelhandelskette „Intershop“, die die allgegenwärtige Misere der Mangelwirtschaft in den staatlichen Verkaufsgeschäften besonders drastisch sichtbar machte. Da es vor allem an hochwertigen Textilien, zahlreichen technischen Konsumgütern, ästhetisch ansprechenden Wohnungseinrichtungen, Bettwäsche und anderen Bedarfsgütern mangelte, suchte die SED-Führung durch die Schaffung besonderer Verkaufseinrichtungen Abhilfe, in denen man diese äußerst knappen Konsumgüter anbot, die mit kostbaren Devisen aus dem westlichen Ausland importiert werden mussten.¹⁷² Seit 1974 durften in den „Intershop“-Läden, in denen Waren ausschließlich mit konvertierbaren Währungen bezahlt werden mussten, auch DDR-Bürger einkaufen.¹⁷³ Sie konnten Valuta jedoch nicht legal gegen Mark der DDR eintauschen; umso mehr blühte der illegale Umtausch. Die kräftige Ausweitung der „Intershops“ und ihre Ausgestaltung zu regelrechten Supermärkten verbesserte in den 1970er Jahren zwar für einen Teil der Bevölkerung die Versorgungslage und mag auch die prekäre Devisenlage der DDR etwas entspannt haben.¹⁷⁴ Sie bewirkte aber vor allem, dass es praktisch zwei Währungen in der DDR gab und sich eine Art Zwei-Klassen-Gesellschaft herausbildete.¹⁷⁵ Das führte zu erheblicher Verstimmung aller derjenigen, die keine Verwandten und Bekannten im Westen oder andere Gelegenheiten hatten, an Westgeld zu kommen, oder die aufgrund ihrer beruflichen Stellung keinen Westkontakt pflegen durften.¹⁷⁶

Die Bezirksdienststellen des MfS informierten die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen sporadisch über diesbezügliche Stimmungen unter SED-Mitgliedern in den Großbetrieben. So wurde in einer Information der Bezirksverwaltung Cottbus für Werner Walde vom 31. März 1977 berichtet, dass die Ankündigung, das Netz der „Intershop“-Läden weiter auszubauen, erhebliche Irritationen ausgelöst hätte: „Es wird durch Bürger aus verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaft, darunter auch durch Mitglieder unserer Partei, geäußert, dass diese Maßnahme nicht mit der Politik von Partei und Regierung übereinstimmen könne, da der Lebensstandard der DDR-Bevölkerung damit durch das Geld der Westverwandtschaft bestimmt werde und nicht wie bisher betont wurde, von der Erhöhung der Arbeitsproduktivität.“¹⁷⁷ Eine weitere Information vom 5. Mai 1977 enthielt ähnliche Einschätzungen. So hätten Genossen des Kombinates „Schwarze Pumpe“ die Meinung vertreten, dass der „Intershop“-Handel einerseits zur Verbesserung der Devisenlage beitrage. „Andererseits sehen sie darin einen Wider-

¹⁷² Vgl. Annette Kaminsky, Wohlstand, Schönheit, Glück. Kleine Konsumgeschichte der DDR, München 2001, S. 144ff.

¹⁷³ Vgl. Steiner, Von Plan zu Plan, S. 189.

¹⁷⁴ Allein 1979 erwirtschafteten die „Intershops“ Einnahmen in Höhe von 450 Millionen Westmark (DM).

¹⁷⁵ Vgl. Hans-Hermann Hertle, Wunderwirtschaft – Konsumsozialismus, in: ders./Stefan Wölle, Damals in der DDR. Der Alltag im Arbeiter- und Bauernstaat, München 2006, S. 250.

¹⁷⁶ Vgl. Werner Plumpe, Die alltägliche Selbstzermürbung und der stille Sieg der D-Mark, in: Revolution und Vereinigung 1989/90, S. 93.

¹⁷⁷ Information der BV Cottbus des MfS über die Reaktion auf die Rede Honeckers auf der 5. ZK-Tagung vom 31. März 1977, in: Archiv BStU, MfS BV Cottbus AKG 4113, Bl. 360.

spruch zur bisherigen Politik unserer Partei, die darauf gerichtet war, den wachsenden Wohlstand des Volkes durch höhere Arbeitsleistungen zu realisieren. Jetzt sehe man jedoch den Wohlstand durch Westverwandte, die Westgeld in die DDR einführen, bestimmt.“¹⁷⁸

Ähnlich lautende Berichte, die auch der Parteizentrale nicht verborgen geblieben sein dürften¹⁷⁹, nahm der Cottbuser Bezirkschef in den folgenden Monaten zur Kenntnis. Über vergleichbare Informationen verfügte ebenso die Hauptabteilung VI des MfS, die u. a. für die Überwachung des Ein- und Ausreise- sowie des Transitverkehrs zuständig war. Deren Abteilung „Auswertung und Information“ schilderte am 10. Februar 1978 die Stimmung unter den SED-Mitgliedern wie folgt: „Die Kritik vieler Bürger, insbesondere aber der Parteimitglieder, richtet sich gegen die nach ihrer Meinung überbetonte Orientierung auf maximale Devisenerwirtschaftung für unsere Volkswirtschaft. Mit dem Aufbau der Intershops sei ein Ausverkauf der Ideologie betrieben worden. [...] Viele Bürger fühlen sich benachteiligt, da sie aus persönlichen oder beruflichen Gründen nicht in den Besitz von Devisen gelangen können. So würde eine Zweiteilung der Gesellschaft herbeigeführt.“¹⁸⁰ Unruhe kam in den Betrieben auf, wenn Beschäftigte hier und da schon eine teilweise Entlohnung in Westmark forderten.¹⁸¹

Die Stimmungsberichte des MfS machten sowohl Vor- als auch gravierende Nachteile dieser Konsumpolitik deutlich: Einerseits konnten durch den Kauf von Konsumgütern westlicher Produktion in den „Intershop“-Geschäften die Versorgungsprobleme etwas gemildert werden. Andererseits spaltete die ungehinderte Verbreitung der D-Mark als „zweite Währung“ die Gesellschaft in Besitzer und Nichtbesitzer von Devisen. Dadurch wurde dem Gesellschaftssystem die moralische und politische Legitimation entzogen. Denn offenbar war entgegen aller offiziellen Propaganda das von der SED-Führung verteilte kapitalistische System im Unterschied zur staatlichen Zentralplanwirtschaft durchaus in der Lage, die Konsumbedürfnisse der Bürger zu befriedigen. Diese Erfahrung musste vor allem die Parteibasis treffen. In den SED-Grundorganisationen der Betriebe fehlten selbst den Parteisekretären die Argumente, um auf kritische Fragen nach dem widersinnigen Versorgungsalltag zu reagieren. Der „stille Sieg der D-Mark“¹⁸² führte langfristig zur Erosion der SED-Herrschaft, denn er entlarvte die SED-Propaganda von der DDR als dem besseren Teil Deutschlands als inhaltsleere Phrase.

Aufgrund derartiger Berichte erklärte der SED-Chef zur Eröffnung des Parteilehrjahres 1977/78 am 26. September 1977 in Dresden: „Gestattet mir in diesem

¹⁷⁸ Information der BV Cottbus über die Reaktion auf die Rede Honeckers auf der Beratung mit den 1. Sekretären der SED-Kreisleitungen vom 5. Mai 1977, in: ebenda, MfS BV Cottbus AKG 4123, Bl. 02.

¹⁷⁹ Vgl. das Fernschreiben der Bezirksleitung der SED Cottbus an die ZK-Abteilung Parteiorgane vom 11. Januar 1978, in: SAPMO BArch, DY 30/IV B 2/5/241.

¹⁸⁰ Informationsbericht der Hauptabteilung VI des MfS, Abteilung Auswertung und Information, „zu Stimmungen und Meinungen unter der Bevölkerung der DDR“ vom 10. Februar 1978, in: Archiv BStU, MfS HA VI 12601, Bl. 213.

¹⁸¹ Vgl. Gieseke, Bevölkerungsstimmungen in der geschlossenen Gesellschaft, S. 14.

¹⁸² So formuliert Plumpe, Die alltägliche Selbstzermürbung und der stille Sieg der D-Mark, S. 92.

Zusammenhang noch einmal ein offenes Wort zu den Intershop-Läden. Diese Läden sind selbstverständlich kein ständiger Begleiter des Sozialismus. Wir können aber nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß besonders der große Besucherstrom viel mehr Devisen unter die Leute bringt, als das früher der Fall war. Bekanntlich kommen zu uns im Jahr etwa 9,5 Millionen Gäste aus kapitalistischen Ländern, die bei uns essen, zum großen Teil übernachten und selbstverständlich auch Geld in den Taschen haben. Durch die Intershop-Läden haben wir die Möglichkeit geschaffen, daß diese Devisen bei uns im Lande bleiben.“¹⁸³ Es sei jedoch nicht zu übersehen, „dass nun Bürger der DDR, die keine Devisen besitzen, in gewissem Sinne im Nachteil gegenüber denen sind, die über diese Währung verfügen.“

Honeckers „offene Worte“ über die Notwendigkeit von „Intershop“-Läden konnten jedoch weder in der Bevölkerung noch unter den SED-Mitgliedern überzeugen.¹⁸⁴ Diese widersprüchliche Praxis im sensiblen Sektor der Konsumgüter sorgte ständig für Unmut in den Grundorganisationen der SED und zwang Honecker im Politbüro zum Lavieren. Im Juni 1977 sprach er sich im „kleinen Kreis“ gegen eine Ausweitung der Intershop-Läden aus: „Im Übrigen müssen wir uns Gedanken machen, wie wir noch zu mehr Devisen kommen. Ich bin gegen die Erweiterung von Intershop-Läden. Man soll das Programm reduzieren. Es kommen zwar 100 Mio. VM dabei heraus, aber wir haben eine große Diskussion.“¹⁸⁵ Im November 1979 setzte er sich plötzlich für eine Ausdehnung dieser Einzelhandelskette ein und argumentierte mit der Aussicht auf erhöhte Deviseneinnahmen.¹⁸⁶ Bis zuletzt konnte die SED-Führung die Existenz der „Intershops“ nicht glaubhaft rechtfertigen.

Eine offene Diskussion über die durch die Wirtschaftspolitik der Parteiführung ausgelösten Widersprüche und die tatsächlichen Probleme der Betriebe und ihrer Arbeiter kam in den monatlichen Versammlungen der Grundorganisationen der SED in den 1970er und 1980er Jahren nicht zustande.¹⁸⁷ Typisch für die Situation an der Parteibasis ist folgende Einschätzung eines Inoffiziellen Mitarbeiters des MfS aus dem Ministerium für Außenhandel vom Februar 1978, die zweifellos stellvertretend für die gesamte Atmosphäre in den SED-Grundorganisationen sein dürfte: „Von jungen Parteimitgliedern wird in Gesprächen hervorgehoben, dass in den Mitgliederversammlungen derartige Probleme nicht ausreichend diskutiert werden. So sahen z. B. viele Genossen die Notwendigkeit der Einrichtung

¹⁸³ Erich Honecker, Reden und Aufsätze, Bd. 5, Berlin 1978, S. 492.

¹⁸⁴ Vgl. den Bericht der Hauptabteilung VI, Abteilung Auswertung und Information, über Stimmungen in der Bevölkerung vom 11. Oktober 1977, in: Archiv BSTU, MfS HA VI 12601, Bl. 138f.

¹⁸⁵ Niederschrift von Siegfried Wenzel über die Beratung bei Honecker zur Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1978 am 2. Juni 1977, in: Bundesarchiv, DE 1/58746.

¹⁸⁶ Vgl. die Notizen Klopfers zur Beratung des Politbüros am 27. November 1979, in: ebenda, DE 1/58719.

¹⁸⁷ Vgl. Sandrine Kott, Die SED im Betrieb, in: Jens Gieseke/Hermann Wentker (Hrsg.), Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme, Berlin 2011, S. 238. Vgl. grundsätzlich zu Konflikten im Betrieb: Renate Hürtgen, Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb, Köln 2005.

von Intershops für die Bevölkerung der DDR nicht ein. Eine zu früh beendete Diskussion in den Parteiorganisationen führte zu Erscheinungen von Resignation. (Es hat ja sowieso keinen Sinn, darüber zu diskutieren).“¹⁸⁸ Einem Bericht der Kreisdienststelle Forst des MfS zufolge sei die Stimmung unter den Genossen von Hoffnungslosigkeit geprägt: „Es ändert sich ja doch nichts. Überall werden Schlussfolgerungen gezogen. So ist es doch immer. Diese Schlussfolgerungen werden aufgeschrieben und die Probleme werden immer größer.“¹⁸⁹ Die sich am Ende der 1970er Jahre ausbreitende Resignation der Mitglieder war ein untrügliches Signal ihrer wachsenden Entpolitisierung, die seit dem Beginn der Honecker-Ära zur Normalität des innerparteilichen Lebens geworden war.

Auch andere Berichte der Bezirksverwaltungen des MfS an die Zentrale in Berlin zeichneten insgesamt ein eher düsteres Bild über die Stimmung an der Parteibasis. Wenngleich ausführlich über Zustimmungserklärungen zum Wirtschaftskurs der Partei berichtet wurde, war nicht selten von Resignation und Unzufriedenheit die Rede.¹⁹⁰ Den Genossen in den Grundorganisationen der SED fiel es zunehmend schwerer, ihre ganz persönlichen Erfahrungen im „realen Sozialismus“ mit der offiziell verkündeten Idee des Sozialismus und den Idealen einer sozial gerechten Gesellschaft in Übereinstimmung zu bringen. An die Stelle der Hoffnungen auf einen modernen Sozialismus traten zunehmend Desillusionierung und Zweifel an der Reformierbarkeit des gesellschaftlichen Systems. Sowohl das „Spiegel“-Manifest als auch die Stimmungsberichte des MfS dokumentieren, dass die 1970er Jahre nicht als relativ stabile Phase der DDR-Geschichte bewertet werden können. Sie waren vielmehr eine historische Etappe, in der die Ursachen des ökonomischen Zusammenbruchs 1989 deutlich zutage traten. Devisenmangel und Versorgungsprobleme bildeten zwar nicht die einzige Ursache für den Untergang der DDR. Sie untergruben aber nachhaltig die moralische Legitimation der Parteiherrschaft und damit die politische Stabilität des Gesellschaftssystems.

6. Der Eklat um die Erhöhung der Verbraucherpreise

Die SED-Führung verfolgte mit politisch-ideologischen Prämissen eine staatlich regulierte Verbraucherpreispolitik, die sie als Teil ihrer Sozialpolitik begriff.¹⁹¹ Seit 1971 gehörten stabile Verbraucherpreise für existenzielle Grundbedürfnisse wie Wohnung, Kleidung und Ernährung zur Staatsdoktrin, mit der der Lebens-

¹⁸⁸ Bericht der Hauptabteilung VI, Abteilung Auswertung und Information, über Stimmungen in der Bevölkerung vom 10. Februar 1978, in: Archiv BStU, MfS HA VI 12601, Bl. 215.

¹⁸⁹ Information der Kreisdienststelle Forst des MfS über Reaktionen der Bevölkerung vom 26. März 1980, in: ebenda, MfS BV Cottbus AKG 5951, Bl. 328.

¹⁹⁰ Generell darf nicht übersehen werden, dass die MfS-Berichte kritische Haltungen zur SED-Politik in der Regel als Minderheitsmeinungen präsentierten und mit systemkonformen Argumentationsmustern kombinierten: Gieseke, Bevölkerungsstimmungen in der geschlossenen Gesellschaft, S. 9.

¹⁹¹ Vgl. André Steiner, Preisgestaltung, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 10, S. 304–323.

standard gesteigert und damit die politische Stabilität des Systems gefestigt werden sollte.¹⁹² Die Anhebung der Verbraucherpreise wurde durch einen Beschluss des Politbüros vom 3. August 1971 blockiert, der Preiserhöhungen für „auf dem Markt befindliche Erzeugnisse“ zunächst für den Zeitraum des Fünfjahrplans 1971/75 ausdrücklich verbot.¹⁹³ Die beabsichtigten Wirkungen dieser Preispolitik wurden allerdings durch die Probleme einer Mangelwirtschaft stark abgeschwächt bzw. sogar ins Gegenteil verkehrt. Zwar steigerte die Politik stabiler Verbraucherpreise die Kaufkraft der Bevölkerung, wodurch sich jedoch der Warenmangel noch weiter verstärkte. Die SED-Führung unter Honecker ebenso wie unter Ulbricht vernachlässigte aufgrund ihrer ideologischen Prämissen die Preispolitik als ein flexibles Instrument der Wirtschaftspolitik, so dass die Preispolitik der SED als widerspruchsvoller Teil der Sozialpolitik wirkte.¹⁹⁴

Nach den Tendenzen der Dezentralisierung in den 1960er Jahren lagen die Kompetenzen für die Ausarbeitung und Bestätigung der Verbraucherpreise seit August 1971 wieder beim Leiter des Amtes für Preise, der formal dem Ministerrat unterstellt war.¹⁹⁵ Da die Verbraucherpreise als Teil der Wirtschaftsplanung aufgefasst wurden, hatte die Staatliche Plankommission ausgehend von konstanten Preisen und dem Bedarf der Bevölkerung für die als zentral angesehenen Konsumgüter konkrete Preisvorgaben zu planen. Aus diesem Grund waren enge Absprachen zwischen dem Amt für Preise und der entsprechenden Abteilung der SPK zur Preisgestaltung notwendig. Im sensiblen Bereich der Nahrungs- und Genussmittel sowie auch der industriellen Verbrauchswaren, die für den Lebensstandard der Bevölkerung als entscheidend angesehen wurden, bestätigte das Politbüro die Höhe der Verbraucherpreise. Die in den Jahren 1971 und 1972 definierten Regeln zur Festsetzung der Verbraucherpreise wiesen allerdings erhebliche Unschärfen auf, die den beteiligten Instanzen – Ministerrat, Amt für Preise, SPK, Generaldirektoren der Kombinate – Spielräume ermöglichten, die zu schleichenden Preissteigerungen für industrielle Verbrauchswaren, insbesondere für technische Konsumgüter und Textilwaren, führten.¹⁹⁶

Da Honecker die Verbraucherpreise seit seiner Amtsübernahme zur Chefsache erklärte, dürfte er den engen Zusammenhang zwischen der staatlichen Verbraucherpreispolitik, dem allgemeinen Lebensstandard und der Legitimität des wirtschaftlich-politischen Systems erkannt haben. Er brachte die Grundsätze der Verbraucherpreispolitik auf der 4. ZK-Tagung am 16./17. Dezember 1971 auf folgende Formel: Die Verbraucherpreise für auf dem Markt befindliche Erzeugnisse

¹⁹² Vgl. das Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der SED, 15. bis 19. Juni 1971, Bd. 1, Berlin 1971, S. 78.

¹⁹³ Vgl. den Beschluss des Politbüros zur Sicherung der Stabilität der Verbraucherpreise vom 3. August 1971, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2A/1530.

¹⁹⁴ Vgl. André Steiner, Preispolitik und ihre Folgen unter den Bedingungen von Diktatur und Demokratie in Deutschland im Vergleich, in: ders. (Hrsg.), Preispolitik und Lebensstandard. Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich, Köln 2006, S. 171–203.

¹⁹⁵ Vgl. den Beschluss des Politbüros zur Sicherung der Stabilität der Verbraucherpreise vom 3. August 1971, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2A/1530.

¹⁹⁶ Vgl. Steiner, Preisgestaltung, S. 309.

sind nicht zu erhöhen und damit stabil beizubehalten. Höhere Verbraucherpreise für neue Erzeugnisse der Konsumgüterindustrie können nur dann genehmigt werden, wenn größerer Komfort, längere Lebensdauer, geringerer Pflege- und Bedienungsaufwand oder verbesserte Gebrauchseigenschaften zu erwarten waren, die sich von den auf den Markt befindlichen Erzeugnissen unterschieden.¹⁹⁷ Dar- aus ergaben sich zwei systembedingte Probleme der Preispolitik, die bis 1989 nicht abgemildert werden konnten: Zum einen bot die Einführung neuer Erzeug- nisse für die Industriebetriebe immer die Gelegenheit, neue Preise zu fordern, so dass auch im Rahmen der offiziell verkündeten Preispolitik tendenziell höhere Verbraucherpreise zustande kamen. Zum anderen reichte die Leistungskraft der Wirtschaft nicht aus, um ein grundlegend verbessertes Angebot an Nahrungs- und Genussmitteln sowie Konsumgütern zu gewährleisten, so dass die Diskre- panz zwischen Kaufkraft und Warenangebot nicht wie angestrebt kleiner, sondern größer wurde.¹⁹⁸ Unter der vorherrschenden Ideologie des Konsumwachstums hatten die Vorschläge der Finanzexperten nur geringe Chancen, im Parteiapparat Gehör zu finden. Deren unmissverständliche Botschaft lautete: Wenn es nicht ge- lingt, die Produktion gegenüber der Konsumtion signifikant zu steigern, wird die Preisstabilität zur Farce.¹⁹⁹

Honecker hatte sich lange Zeit strikt geweigert, die von einigen führenden Ökonomen, so vom Direktor des Zentralinstituts für sozialistische Wirtschafts- führung, Helmut Koziolk, geforderten Preissteigerungen vorzunehmen und da- rauf beharrt, die kostspielige Subventionspolitik trotz der immer drängender werdenden außenwirtschaftlichen Belastungen fortzuführen.²⁰⁰ Erst nachdem die Preise für Rohstoffe, beispielsweise für Rohkaffee, in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre rasant angestiegen waren, ließ sich Honecker auf erste Experimente in der Preispolitik ein, die jedoch Unruhe in der Bevölkerung produzierten und deshalb abrupt abgebrochen wurden. Das demonstrierte beispielsweise die sogenannte Kaffee-Krise im Herbst 1977.²⁰¹ Nachdem am 28. Juni 1977 das Politbüro einer Reduzierung der Rohkaffeimporte zugestimmt hatte, um Devisen einzusparen²⁰²,

¹⁹⁷ Vgl. das Referat Honeckers auf der 4. ZK-Tagung am 16./17. Dezember 1971, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/445.

¹⁹⁸ Vgl. Peter Hübner/Christa Hübner, Sozialismus als soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968–1976, Köln 2008, S. 206f.; Steiner, Preispolitik und ihre Folgen unter den Bedingungen von Diktatur und Demokratie in Deutschland im Vergleich, S. 194.

¹⁹⁹ Vgl. die Vorschläge der Arbeitsgruppe des ZK-Instituts für Gesellschaftswissenschaften (Leiter Karl-Heinz Stiemerling) zur weiteren Sicherung der Stabilität der Währung vom Sep- tember 1973, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/3/2017. Die Vorschläge wurden an Honecker übergeben: Hausmitteilung von Hager an Honecker vom 12. September 1973, in: ebenda.

²⁰⁰ Vgl. Hertle, Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED, S. 309ff.

²⁰¹ Vgl. Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Berlin 1998, S. 199ff.; Volker Wunderlich, Die „Kaffeekrise“ von 1977. Genußmittel und Verbraucherprotest in der DDR, in: Historische Anthropologie 11 (2003), S. 240–261; Jörg Roesler, „Kaffeekrise“ und Mangelwirtschaft. Bemühungen um die Klärung einer Epi- sode aus der DDR-Geschichte, Berlin 2014.

²⁰² Vgl. den Beschluss des Politbüros zur Versorgung mit Kaffee- und Kakaoerzeugnissen vom 28. Juni 1977, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1680.

wurden nur noch die teuren Sorten Röstkaffee „Mona“ und „Rondo“ verkauft und darüber hinaus ein Mischkaffee aus 50 Prozent Röstkaffee und 50 Prozent „Surrogaten“ in den Geschäften angeboten. Das Verschwinden der vergleichsweise billigen Kaffeesorten aus dem Angebot und die Propaganda für Mischkaffee aus Malz- und Bohnenkaffee hatten im September 1977 zu großer Unruhe unter der Bevölkerung geführt, so dass die Importbeschränkungen für Rohkaffee wieder aufgehoben werden mussten.²⁰³

Da sowohl von den SED-Bezirksleitungen als auch von MfS-Bezirksdienststellen besorgniserregende Meldungen über Unruhe und Missstimmungen in der Bevölkerung – ausgelöst durch flächendeckende Gerüchte über bevorstehende Preissteigerungen bei Nahrungs- und Genussmitteln – an Honecker herangetragen wurden, sandte der SED-Chef am 28. September 1977 persönlich ein Fernschreiben an die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen, um die Lage zu beruhigen. Darin dementierte er bevorstehende Preiserhöhungen und verteidigte nochmals die bisher geltenden Grundsätze der Preispolitik: „Wir möchten nochmals ausdrücklich betonen, dass mit Ausnahme der Veränderungen, die im Zusammenhang mit der Kaffeefrage erforderlich waren, wir nach wie vor entsprechend den Beschlüssen des IX. Parteitages die Preisstabilität auch weiterhin gewährleisten. Die Einzelhandelsverkaufspreise für Nahrungs- und Genussmittel, industrielle Konsumgüter, Mieten, Verkehrstarife und Dienstleistungen bleiben stabil. [...] Wir bitten die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen, Maßnahmen einzuleiten, damit die Kreisleitungen und Grundorganisationen überall in der mündlichen Argumentation solchen Gerüchten entschieden entgegentreten, weil sie jeder Grundlage entbehren.“²⁰⁴

Die „Kaffee Krise“ war ein Schock für die SED-Führung: Sie musste realisieren, dass eine allgemeine oder auch nur spezielle Preiserhöhung für bestimmte Waren Unruhe und nur schwer unter Kontrolle zu bringende Reaktionen auslösen konnte. Trotz der zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die zu einer Verknappung des Warenangebots für die Bevölkerung führten, wies Honecker Forderungen nach prinzipiellen Änderungen der Preispolitik vehement zurück. Vor allem verweigerte er allen Vorschlägen zu Preiserhöhungen, wie sie in den anderen RGW-Ländern vorgenommen wurden, seine Zustimmung. Er ließ sich nicht von seiner Vorstellung abbringen, dass stabile Preise und materieller Wohlstand die politische Stabilität der SED-Herrschaft an der Grenze zum fast von allen DDR-Bewohnern so gesehenen „goldenen Westen“ am ehesten gewährleisten könnten. Erst unter dem Druck verschärfter Zahlungsprobleme und drastischer Preissteigerungen in Polen und Ungarn deutete Honecker während einer Beratung im „kleinen Kreis“ am 22. Juni 1978 erstmals Korrekturen in der Preisentwicklung im Inland an. „Wir können“, so erklärte er den verblüfften Politbüromitgliedern,

²⁰³ Vgl. Gieseke, Bevölkerungsstimmungen in der geschlossenen Gesellschaft, S. 13.

²⁰⁴ Fernschreiben Honeckers an die 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen vom 28. September 1977, in: SAPMO BArch, DY 30/2195.

„in einer Welt nicht Wunderland mit gleichen Preisen bleiben.“²⁰⁵ Diese und weitere Bemerkungen des Parteichefs waren ein Indiz dafür, dass Honecker eine Erhöhung der Verbraucherpreise nicht länger ablehnte.

Im Mai 1979 erhielt Planungschef Schürer von Mittag den Auftrag, detaillierte Vorschläge für eine Erhöhung der Verbraucherpreise zu entwerfen.²⁰⁶ Die konkreten Planungen lagen in den Händen von Walter Halbritter, der seit 1965 als Minister und Leiter des Amtes für Preise beim Ministerrat der DDR für die Bestätigung der Preise aller im staatlichen Handel der DDR verkauften Erzeugnisse zuständig war. Der gelernte Verwaltungsangestellte – am 17. November 1927 in Hoym, Kreis Aschersleben, in einer Landarbeiterfamilie geboren – konnte auf langjährige Erfahrungen im DDR-Finanzsystem zurückgreifen. In den 1950er Jahren hatte Halbritter im Ministerium der Finanzen Karriere gemacht. 1955 wechselte er in den Parteiparat und stieg in der ZK-Abteilung Planung und Finanzen wiederum stetig die Karriereleiter hinauf.²⁰⁷ Nach seiner Rückkehr in den staatlichen Apparat amtierte er in den Jahren von 1961 bis 1963 als stellvertretender Minister für Finanzen und von 1963 bis 1965 als stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission. Ulbricht holte ihn im April 1967 als Kandidat ins Politbüro, bis er im Oktober 1973 „auf eigenen Wunsch“ aus dem Politbüro ausschied. Er blieb aber Leiter des Amtes für Preise.

Halbritter und Schürer übernahmen eine heikle Aufgabe, als sie im Mai 1979 von Mittag grünes Licht für Vorschläge zur den Verbraucherpreisen erhielten.²⁰⁸ Die Preispolitik enthielt politische Sprengkraft, da die Bevölkerung unmittelbar davon betroffen war. Obgleich Schürer und Halbritter viele Jahre in der ZK-Abteilung Planung und Finanzen sowie der Staatlichen Plankommission eng zusammengearbeitet hatten, herrschten zwischen ihnen nicht selten Meinungsverschiedenheiten über die konkrete Ausgestaltung der vom Politbüro verabschiedeten Grundsätze der Preispolitik.²⁰⁹ Für die Beratung beim Wirtschaftssekretär am 5. Juni 1979 präsentierte Schürer erste Vorstellungen, wie die Preise für ausgewählte Konsumgüter angehoben werden könnten.²¹⁰ Preiserhöhungen betrafen in erster Linie Kinderbekleidung (bei gleichzeitiger Erhöhung des Kindergeldes), Vergaserkraftstoff und Dieselmotorkraftstoff sowie Heizöl, ausgewählte Fleisch- und Wurstsortimente sowie höherklassige Gaststättenpreise. In der ZK-Abteilung Planung und Finanzen erwog man ebenfalls Preiserhöhungen, jedoch vorerst aus-

²⁰⁵ Handschriftliche Notizen Schürers über die Beratung bei Honecker zum Ansatz für den Volkswirtschaftsplan 1979 am 22. Juni 1978, in: Bundesarchiv, DE 1/58746.

²⁰⁶ Vgl. die handschriftlichen Aufzeichnungen Schürers über die Beratung bei Mittag am 21. Mai 1979, in: ebenda, DE 1/58659.

²⁰⁷ Vgl. die Kaderakte Walter Halbritters, in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/11/v.5321.

²⁰⁸ Vgl. Andreas Malycha, Der „Konsumsozialismus“ der Honecker-Ära und der Eklat um die Erhöhung der Verbraucherpreise im Herbst 1979, in: Deutschland Archiv 45 (2012), S. 305–318.

²⁰⁹ Vgl. die Vorlage Halbritters zur Stabilität der Verbraucherpreise vom 25. November 1971, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2A 1560.

²¹⁰ Vgl. die Ausarbeitung Schürers zur Vorbereitung der Beratung bei Mittag vom 1. Juni 1979, in: Bundesarchiv, DE 1/58659.

schließlich für höherwertige Konsumgüter, vor allem für Importprodukte, die in den Delikat- und Exquisitgeschäften angeboten wurden. Abteilungsleiter Ehrensperger versprach sich mit den damit verbundenen Importeinschränkungen eine Entlastung der Zahlungsbilanz, die seiner Meinung nach bedrohliche Ausmaße angenommen hatte.²¹¹ Sorgen bereitete Ehrensperger vor allem die Verdopplung der Subventionen für die Preisstabilität von rund 8 Mrd. auf 16 Mrd. DDR-Mark zwischen 1971 und 1980 infolge gestiegener Weltmarktpreise.

Wie Honecker dem Politbüro Ende November 1979 berichtete, hatten die Überlegungen zu Preissteigerungen für eine breite Palette von Konsumgütern „in einem engeren Kreis von Mitgliedern des Politbüros“ bereits im Mai begonnen. Als ein hauptsächliches Motiv nannte er die negative Zahlungsbilanz und die Preisentwicklung in den osteuropäischen Ländern. „Wir haben gesagt, dass man an diesem Problem arbeiten soll vom Standpunkt der Verringerung der NSW-Importe und der Erhöhung der Exporte, um das Bargeldproblem in die Hand zu bekommen. [...] Die Meinung war so: Nachdem in den anderen Ländern das vorgenommen wurde, müssen wir das auch machen.“²¹²

Selbst der SED-Chef schreckte jetzt nicht mehr vor dem brisanten Thema Preiserhöhung zurück.²¹³ Während der Beratung bei Honecker am 4. Juli 1979, zu der Mittag, Stoph und Schürer geladen waren, sprach der Generalsekretär ausdrücklich von notwendigen Preissteigerungen. „Wir stehen vor Preiskorrekturen, umfassend. Es kommt der Moment, wo wir es öffentlich machen müssen. 1980 werden wir einiges formulieren.“²¹⁴ Er kündigte Preiserhöhungen bei Kinderbekleidung („dafür Kindergeld erhöhen“), Gaststätten („mit verbesserter Bedienung“) sowie Benzin und Diesel an. Das bezog sich wortgetreu auf die Überlegungen Schürers, die er zuvor für Mittag formuliert hatte. Mittag errechnete einen Mehrbetrag im Staatshaushalt durch Preiserhöhungen für Vergaserkraftstoff, Textilien, Spirituosen sowie Kinderbekleidung von rund 4 Mrd. DDR-Mark. Honecker schloss die Aussprache mit der Anweisung, eine entsprechende Vorlage für die Politbürositzung am 14. August 1979 vorzubereiten, auf der die Preiserhöhungen beschlossen werden sollten. Über den Vorsitzenden des Ministerrates erteilte Honecker Halbritter den Auftrag, die Politbürovorlage mit detaillierten Vorschlägen für Preiserhöhungen vorzubereiten. Honecker gab seine Zustimmung zu Preiserhöhungen unter der Bedingung, „dass dieser Auftrag unter strikter Geheimhaltung zu realisieren ist.“²¹⁵

²¹¹ Vgl. die Stellungnahme der ZK-Abteilung Planung und Finanzen zu den Vorschlägen Schürers zur Ausarbeitung des Planansatzes 1980 vom 22. Juni 1979, in: ebenda, DE 1/58657.

²¹² Notizen Klopfers zur Beratung des Politbüros zum Planentwurf 1980 am 27. November 1979, in: ebenda, DE 1/58719.

²¹³ Vgl. die davon abweichende Darstellung bei Steiner, Von Plan zu Plan, S. 215f.; Skyba, Sozialpolitik als Herrschaftssicherung, S. 72f.

²¹⁴ Handschriftliche Notizen Schürers über eine Beratung bei Honecker zum Volkswirtschaftsplan 1980 am 4. Juli 1979, in: Bundesarchiv, DE 1/58657.

²¹⁵ Vgl. die Information der Hauptabteilung XVIII des MfS über Verbraucherpreiserhöhungen vom 7. August 1979, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 12480, Bl. 1–6.

Unter Federführung Schürers, Halbritters und Böhms konkretisierten sich die bislang vagen Vorstellungen zu detaillierten Listen mit Produkten und Dienstleistungen, für die eine deutliche Erhöhung der Verbraucherpreise vorgeschlagen wurde.²¹⁶ Allerdings gingen die Vorschläge weit über den Umfang der Produkte hinaus, die Honecker Anfang Juli 1979 erwähnt und befürwortet hatte. Verschont wurden in dieser Variante auch nicht die Preise für „Waren des Grundbedarfs“, also Grundnahrungsmittel, an deren Stabilität bislang aufgrund politischer Prämissen kein Wirtschaftsfunktionär zu rütteln wagte.²¹⁷ Ende Juli 1979 umfassten die ausgearbeiteten Vorschläge für Preiserhöhungen rund 22 Mrd. Mark bei gleichzeitiger Gewährung von Ausgleichsmaßnahmen in Höhe von 6 Mrd. Mark.²¹⁸ Über den Wertumfang und die Reichweite der Preiserhöhungen gab es zwischen Mittag, Schürer, Böhm und Halbritter heftige Auseinandersetzungen. Halbritter hielt Preiserhöhungen in einem Umfang von 22 Mrd. Mark politisch nicht für realisierbar. Er brachte deshalb eine andere Variante ins Gespräch, die Verbraucherpreiserhöhungen im Wert von 7,2 Mrd. bei 1,8 Mrd. Mark Ausgleichsmaßnahmen vorsah. Mittag hielt diese Variante dagegen für weitgehend wirkungslos und bezeichnete in einer internen Beratung am 4. August 1979 das von Halbritter ausgearbeitete Material in deutlicher Anspielung auf den Familiennamen des Ministers als „eine Halbheit“. Nur Vorschläge mit sichtbarer Wirkung auf die Zahlungsbilanz seien akzeptabel.²¹⁹

Eine Diskussion am 5. August 1979 darüber, welche Variante dem Generalsekretär nun vorgelegt werden solle, brachte zunächst keine Einigung. Auf die Frage Mittags, was der Vorsitzende der Plankommission vorschlagen würde, antwortete Schürer: „Vor dem 30. Jahrestag der Republik sollte man die Positionen, die im Material des Genossen Halbritter enthalten sind, voll in Kraft setzen, aber ohne die Preiserhöhungen für Edelfleisch und spezielle Wurstsorten. Bei Fleischpreiserhöhungen müsse sofort die in der großen Variante enthaltene Erhöhung in Kraft treten. Bei Vergaserkraftstoff muß sofort eine Preiserhöhung um 131% erfolgen, also nicht wie im Material des Genossen Halbritter vorgeschlagen, bei VK 94 vom jetzigen Preis 1,65 M auf 2,70 M, sondern auf 3,70 M. In der großen Variante bisher vorgesehene Preiserhöhungen für Brot und Nahrungsmittel um 100% soll auf 50% formuliert werden. Bei Fisch nicht 150%, sondern nur 80% und bei Kartoffeln nicht 150%, sondern ebenfalls nur 80%. Das ist eine Frage der Taktik, damit die Preiserhöhungen nicht so hoch ausgewiesen werden und außerdem aus diesen Preiserhöhungen keine Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz eintreten.“²²⁰

²¹⁶ Vgl. Hertle, Wunderwirtschaft – Konsumsozialismus, in: Damals in der DDR, S. 266f.

²¹⁷ Generell herrschte im Politbüro eine weitgehende Intransparenz darüber, welche Waren zum Grundbedarf zu rechnen sind und welche nicht. Ein Minimalkonsens bestand über elementare Lebensmittel wie Teigwaren, Eier, Butter, Milch und Fleischerzeugnisse. Der Grundbedarf im weiteren Sinne des Wortes umfasste auch Dienstleistungen wie Mieten und Preise für öffentliche Verkehrsmittel.

²¹⁸ Vgl. die Information der Hauptabteilung XVIII vom 7. August 1979, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 12480, Bl. 3.

²¹⁹ Vgl. ebenda.

²²⁰ Ebenda, Bl. 4.

Generell hielt Schürer ebenso wie Mittag die „große Variante“ der Preiserhöhungen für notwendig, um unübersehbare volkswirtschaftliche Probleme wie das Zahlungsbilanzdefizit und den Kaufkraftüberhang zu entschärfen. Sie erhielten für ihre Pläne von Finanzminister Böhm uneingeschränkte Unterstützung, der vor allem das riesige Loch im Staatshaushaltsplan im Blick hatte, das die enormen Preisstützungen verursachten.

In der SPK fand Schürer mit seiner „großen Variante“ keine Unterstützer. Seine Stellvertreter Hermann Leihkauf, Siegfried Wenzel und Siegfried Zscherpe vertraten einhellig den Standpunkt, dass die vorgeschlagenen Verbraucherpreiserhöhungen politisch nicht zu vertreten seien und „konterrevolutionäre Ausschreitungen“ herbeiführen könnten. Halbritter und sein Stellvertreter Alfred Dost sahen dies genauso. Mittag setzte schließlich mit seiner Autorität als Wirtschaftssekretär die „große Variante“ durch. Als wichtiges Argument diente das Zahlungsbilanzdefizit. Mittag rechnete damit, infolge der vorgeschlagenen Preissteigerungen das materielle Volumen des Warenangebots in der DDR, verglichen mit den Planvorgaben für 1979, auf 92 Prozent herunterfahren zu können, um so den eingesparten Teil für den Export von Produkten in das westliche Ausland einsetzen zu können. Das wertmäßige Volumen des Warenangebots sollte demgegenüber auf 115 Prozent steigen, so dass damit gerechnet werden konnte, den Kaufkraftüberhang in der Bevölkerung abzubauen.²²¹ Alle vorgeschlagenen Varianten der Preissteigerungen waren nach den Kalkulationen von Schürer, Böhm und Halbritter mit einem Rückgang des Realeinkommens pro Kopf der Bevölkerung um fünf bis zehn Prozent verbunden.²²²

Nach mehreren Beratungen beim Wirtschaftssekretär legte dann Schürer am 6. August 1979 dem Generalsekretär die mit Mittag abgesprochene Variante vor, die Preiserhöhungen von insgesamt 21 Milliarden Mark vorsah.²²³ Schürer übersandte Mittag die Unterlagen ebenfalls am 6. August mit der Mitteilung, er habe die Fassung am heutigen Nachmittag an Honecker übersandt.²²⁴ Insofern kann im Unterschied zu bisherigen Darstellungen nicht davon gesprochen werden, dass der von Mittag initiierte Vorstoß für Preiserhöhungen hinter dem Rücken des SED-Chefs erfolgte.²²⁵

²²¹ Vgl. die Information der Hauptabteilung XVIII über die Durchsetzung veränderter Verbraucherpreise vom 23. Oktober 1979, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 18836, Bl. 20.

²²² Vgl. Gerhard Schürer/Walter Halbritter/Siegfried Böhm, Material zum gegenwärtigen Stand und Entscheidungsvorschläge zur Fertigstellung der staatlichen Aufgaben für den Volkswirtschaftsplan 1980, 6. August 1979, in: ebenda.

²²³ Vgl. die Information der Hauptabteilung XVIII vom 30. August 1979, in: ebenda, Bl. 15f.

²²⁴ Vgl. das Schreiben von Schürer an Mittag vom 6. August 1979, in: Bundesarchiv, DE 1/58719.

²²⁵ Vgl. die gegenteilige Version bei: Walter Halbritter, Problemdarstellung über die im Oktober 1979 durchgeführte und im November 1979 korrigierte illegale Preiserhöhung für Konsumgüter in der DDR vom 30. Juli 1997, in: Rainer Weinert (Hrsg.), „Preise sind gefährlicher als Ideen“. Das Scheitern der Preisreform 1979 in der DDR. Protokoll einer Tagung. Arbeitshefte der Forschungsstelle Diktatur und Demokratie am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin, Berlin 1999, Anlage 1, S. 1–3.

Die Autoren der Vorlage hielten Verbraucherpreiserhöhungen aufgrund der „internationalen Entwicklungen der Wert- und Preisverhältnisse und der damit zusammenhängenden außerordentlich hohen Devisenbelastung sowie der Veränderungen von Verbraucherpreisen in den Nachbarländern der DDR“ für dringend erforderlich.²²⁶ Die vorgeschlagenen Preiserhöhungen betrafen u. a. Kraftstoffe, Spirituosen, Bekleidung, Textilien, Bettwäsche und diverse Ersatzteile. Bestandteil dieser Variante waren auch die Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel, so beispielsweise für Fleisch, Eier, Wurst, Kartoffeln, Zucker und Brot. Etwa ein Drittel des Umfangs der Preissteigerungen sollte über Ausgleichszahlungen an besonders betroffene soziale Gruppen abgefangen werden. Genannt wurde eine Summe von 7,15 Mrd. Mark, die insbesondere an Familien mit mehreren Kindern als Ausgleichszahlung gewährt werden sollte. Die Verfasser des Honecker vorgelegten Materials verwiesen ausdrücklich darauf, dass die vorgeschlagenen Preiserhöhungen nicht nur zur Lösung des Bargeldproblems und zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der DDR im Jahre 1980 unbedingt erforderlich seien, sondern „zugleich die Voraussetzung für die Sicherung der ökonomischen Stabilität der DDR in den folgenden Jahren darstellen“. Die Ausarbeitung wurde unter bewusster Umgehung Stophs sowie der zuständigen Abteilungsleiter des ZK und anderer Parteigremien Honecker zur Entscheidung vorgelegt, was einiges über informelle Netzwerke, Cliquen- und Gruppenbildung innerhalb der SED-Führung aussagt.²²⁷

Die Höhe der vorgeschlagenen Preissteigerungen für Lebensmittel und Kraftstoffe übertraf alles, was bislang in Polen und Ungarn im Rahmen der Preispolitik der Staatsparteien praktiziert worden war. Der Umfang wird aus nachstehender Tabelle 22 deutlich.

Honecker war, glaubt man der MfS-Information vom 30. August 1979, die vermutlich auf Mitteilungen Halbritters beruhte, angesichts des immensen Umfangs der empfohlenen Preiserhöhungen zunächst geschockt.²²⁸ Zwar tasteten die Vorschläge nicht den 1979 erreichten Kernbestand der Sozialpolitik im engeren Sinn an, dennoch konnte der SED-Chef das Konzept de facto als einen Frontalangriff auf den 1971 eingeschlagenen konsumorientierten Wirtschaftskurs der Partei deuten. Honecker schilderte einige Monate später, Ende November 1979, während einer Sitzung des Politbüros die Situation im Sommer 1979 wie folgt: „Der damaligen Sitzung des Politbüros ging eine Beratung im engeren Kreis voraus. In dieser Beratung lag ein konkretes Material vor, was ich hier vor mir liegen habe. Einschließlich von Genossen Böhm wurde gesagt, ohne diese Maßnahmen kann man keinen Staatshaushalt machen. Wenn ich mich recht erinnere, handelte es

²²⁶ Gerhard Schürer/Walter Halbritter/Siegfried Böhm, „Berechnungen und Varianten zur Erhaltung und Stärkung der Marktstabilität, Kaufkraftbindung, Verbesserung der Zahlungsbilanz und zur Sicherung normaler Touristenabkäufe“, 6. August 1979, in: Bundesarchiv, DE 1/58719.

²²⁷ Vgl. die Information der Hauptabteilung XVIII über die Vorschläge zu Verbraucherpreiserhöhungen vom 7. August 1979, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 12480, Bl. 1.

²²⁸ Vgl. die Information der Hauptabteilung XVIII vom 30. August 1979, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 18836, Bl. 15f.

Tabelle 22: Geplante Preiserhöhungen für ausgewählte Erzeugnisse und Waren des Grundbedarfs²²⁹

Erzeugnis	Steigerung in Prozent
Vergaserkraftstoff	130
Koks	100
Fleisch, Fleisch- und Wurstwaren	70
Fisch und Fischwaren	80
Kaffee	80
Baumwollerzeugnisse	25
Schuhe	40
Wein und Sekt	35
Spirituosen und ausgewählte Biere	50
Brot und Brötchen	50
Haferflocken, Graupen, Reis	50
Mehl	50
Teigwaren	50
Kartoffeln	80
Butter	25
Käse	10
Zucker	40
Zuckerwaren	33

sich um Preismaßnahmen von 21 Mrd. M mit Ausgleichsbeträgen im Umfange von 7,1 Mrd. M. [...] Die Genossen waren alle dafür. Ich habe vorgeschlagen, diese Fragen vorzubereiten und mit dem Plan zu entscheiden. Danach habe ich mit Genossen Stoph und Genossen Mittag gesprochen und habe gesagt: Wenn man das macht, dann kann gleich das Politbüro zurücktreten, und die Regierung auch.“²³⁰

Die von Honecker erwähnte Beratung fand am 16. August 1979 statt, bei der neben ihm selbst Mittag, Stoph, Schürer, Jarowinsky, Grüneberg, Klopfer und Ehrensperger anwesend waren.²³¹ Gegen die Vorschläge für die neuen Verbraucherpreise gab es im „kleinen Kreis“ keinen Widerspruch. Mit der Entwicklung neuer Muster und ansprechender Verpackungen könne die Ware zu höheren Preisen verkauft werden, ohne dass dazu Beschlüsse notwendig seien. Die Preise seien auch unter Inkaufnahme von Diskussionen unter der Bevölkerung über schleichende Preiserhöhungen Zug um Zug zu verändern. Auf dem Tisch lagen auch die einschneidenden Preiserhöhungen für Lebensmittel. Die Beratungsteilnehmer sprachen sich für die Preissteigerungen mit der Begründung aus, ohne sie sei es unmöglich, einen auch nur halbwegs realistischen Volkswirtschaftsplan für 1980

²²⁹ Vgl. Schürer/Halbritter/Böhm, „Berechnungen und Varianten zur Erhaltung und Stärkung der Marktstabilität“ vom 6. August 1979, in: Bundesarchiv, DE 1/58719.

²³⁰ Notizen Klopfers zur Beratung des Politbüros zum Planentwurf 1980 am 27. November 1979, in: Bundesarchiv, DE 1/58719.

²³¹ Vgl. die Information der Hauptabteilung XVIII vom 30. August 1979, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 18836, Bl. 16.

zu entwerfen. Honecker selbst sprach offenbar nicht offen gegen die Vorschläge. Mittag und Schürer sahen sich mit ihrer „großen Variante“ bestätigt und bereiteten eine entsprechende Politbürovorlage vor. In dem von Mittag für die Politbürositzung vom 17. August 1979 eingereichten Entwurf zum Volkswirtschaftsplan 1980 war die Konsumgüterpreisproblematik allerdings nicht enthalten.

Das Politbüro behandelte die Preispolitik am 21. August 1979 im Kontext des Volkswirtschaftsplans für 1980.²³² Honecker sprach sich für höhere Preise aus, wenn die Erzeugnisse mit gesteigerter Qualität oder neu entwickelte Produkte angeboten werden konnten: „Für neue Erzeugnisse muss es neue Preise geben, und das ist keine Preiserhöhung.“²³³ Die Details für neue Preisgruppen, die zuvor von Schürer, Böhm und Halbritter für den SED-Chef vorbereitet waren, lagen dem Politbüro am 21. August zwar nicht vor, doch bestätigte es eine Grundrichtung der Preispolitik, die stillschweigend bereits seit 1973 verfolgt worden war: deutliche Preissteigerungen bei neuen, bei importierten oder importabhängigen Konsumgütern, bei höherwertigen Produkten (z. B. technischen Haushaltsgeräten und Unterhaltungselektronik) und bei Waren, die häufigen Sortimentswechseln (z. B. Textilien) unterlagen. Honecker berief sich auf dieser Politbürositzung auf das von Wirtschaftsfunktionären häufig benutzte Argument, massive Kaufkraftabschöpfung und Einnahmesteigerung im Staatshaushalt würden zu positiven volkswirtschaftlichen Effekten führen.

Seitdem entwickelten sich die Preisvorstellungen in einer Art Selbstlauf. Am 28. August 1979 wurden Honecker im ZK-Gebäude Erzeugnisse mit neuer Verpackung vorgestellt, für die Preiserhöhungen in Betracht kamen. Im Ergebnis dieser Ausstellung erhielt das Amt für Preise den Auftrag, unverzüglich die neuen Preise zu bestätigen. Einzelne Industrieministerien beriefen sich bei ihrer Preisgestaltung auf die Zustimmung Honeckers während seines Rundgangs am 28. August. Den Ministern hatte Honecker an diesem Tag die Orientierung gegeben, für Waren, die sich durch veränderte Gebrauchswerteigenschaften oder durch eine „Niveauverbesserung“ (schöneres Aussehen, attraktivere Verpackung) auszeichnen, deutlich höhere Preise festzusetzen.²³⁴ Konkrete Beschlüsse des Politbüros, des Sekretariats des ZK bzw. des Ministerrats lagen anscheinend nicht vor. Die Minister beriefen sich auf persönliche Anordnungen des Generalsekretärs bzw. des Wirtschaftssekretärs, wie es in einer geheimen MfS-Mitteilung für Mielke vom 6. September 1979 hieß.²³⁵

Mit äußerster Skepsis verfolgte das MfS die Preisexperimente. Hauptabteilungsleiter Alfred Kleine verwies wiederholt auf die politische Sprengkraft der „Preiskorrekturen“: „Die Durchführung dieses Vorschlages würde in der Bevölke-

²³² Vgl. das Protokoll Nr. 32/79 der Sitzung des Politbüros am 21. August 1979, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1794 bis 1795.

²³³ Niederschrift Klopfers über die Beratung zum Entwurf des Volkswirtschaftsplanes 1980 im Politbüro am 21. August 1979, in: Bundesarchiv, DE 1/58719.

²³⁴ Vgl. die Information der Hauptabteilung XVIII „zu Maßnahmen über Veränderungen von Konsumgüterpreisen“ vom 30. August 1979, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 18836, Bl. 2.

²³⁵ Vgl. die Information Hauptabteilung XVIII vom 6. September 1979, in: ebenda, Bl. 7.

rung der DDR – gleich zu welchem Zeitpunkt es durchgeführt wird – eine Schockwirkung auslösen. Es muß mit negativen Auswirkungen auf die politische Moral und den Leistungswillen breiter Schichten der Werktätigen gerechnet werden, wodurch eine Reihe von Problemen unserer Volkswirtschaft 1980 zusätzlich verschärft werden können.“²³⁶ Kleine befürchtete eine erhebliche Verschlechterung der „politischen Stimmung im Volk“. Zudem sorgte er sich vor allem über die unkoordinierten und chaotischen Arbeiten an neuen Preisen für einzelne Erzeugnisse in den Industrieministerien. So seien herkömmliche Produkte mit neuen Preisaufdrucken versehen worden, wodurch es zu Preisverdopplungen gekommen wäre.²³⁷ Für einige Erzeugnisse, so für Waschmittel und Weichspüler, hätte sich im Rahmen des Preisbestätigungsverfahrens die Bezeichnung „Skandalpositionen“ etabliert. Die als geheim deklarierten Vorhaben der Preissteigerungen würden ad absurdum geführt, so schätzte abschließend Kleine ein.

Trotz dieser Warnungen, die offenkundig auch Mielke erreichten, wurde der Versuch, Preiserhöhungen durchzusetzen, im September 1979 fortgesetzt. Die HA XVIII des MfS informierte Mielke im Oktober 1979 noch einmal eindringlich über die besorgniserregende Stimmung, die der tatsächliche bzw. zu erwartende Preisauftrieb in der Bevölkerung verursacht habe.²³⁸ Besonderen Ärger erregte der Umstand, dass offiziell die Preissteigerungen bestritten wurden. Den Lageeinschätzungen des MfS zufolge hatte die Unruhe in der Bevölkerung ein unkalkulierbares Ausmaß erreicht. Vieles spricht dafür, dass Mielke den Generalsekretär über die besorgniserregenden Stimmungsberichte informierte und von weiteren Maßnahmen abriet. Honecker ließ aus diesem Grund die Preisexperimente in zentralen Bereichen abbrechen. In einer internen Beratung am 29. Oktober 1979, an der Honecker, Mittag und Jarowsky sowie Halbritter teilnahmen, erklärte der SED-Chef den Versuch, höhere Verbraucherpreise auf breiter Front durchzusetzen, für gescheitert. Halbritter gab die Meinungsäußerung Honeckers auf folgende Weise wieder: „Es ist notwendig, einige Sachen, die bei den Preisen nicht so gehen, zu korrigieren. Eine einfache Preisverdopplung bei neuen Waren geht nicht. Wir befinden uns in der Vorbereitung des X. Parteitages. Die Vorbereitung geht nicht mit einer breiten Stimmung des Mißmutes. Bei unseren Richtlinien sind die Erfahrungen auszuwerten, dass unsere Menschen noch nicht alles verstehen. Das Schlimmste wäre, wenn die Partei das nicht erklären kann. Deshalb ist die Verbraucherpreispolitik so zu machen, dass die richtige Stimmung zur Vorbereitung des Parteitages bleibt. Die Preisfrage und die Politik auf diesem Gebiet kann man nicht nur als Planungs- und Bilanzfrage betrachten, sondern die Preisfragen haben eine gesellschaftliche Bedeutung. Man

²³⁶ Information der Hauptabteilung XVIII vom 7. August 1979, in: ebenda, MfS HA XVIII 12480, Bl. 5.

²³⁷ Vgl. die Information der Hauptabteilung XVIII „zu Veränderungen auf dem Gebiet der Konsumgüterpreise“ vom 10. September 1979, in: ebenda, MfS HA XVIII 18836, Bl. 12.

²³⁸ Vgl. die Information der Hauptabteilung XVIII zu Problemen bei der Durchsetzung veränderter Preise vom 23. Oktober 1979, in: ebenda, Bl. 17 ff.

kann nicht über Preisfragen im Innern Dinge lösen, die uns auf dem Außenmarkt Probleme bringen.“²³⁹

Damit hatte Honecker dem Konzept seines Wirtschaftssekretärs, über deutliche Preisanhebungen im Inland auch eine Verbesserung der Zahlungsbilanz gegenüber den westlichen Gläubigern zu erreichen, eine deutliche Absage erteilt. Die Rückkehr zur alten Preispolitik bedeutete freilich nicht, dass auf Preissteigerungen künftig verzichtet wurde. Für neue Erzeugnisse sollten entsprechend der Qualität auch höhere Preise festgesetzt werden. Ausgenommen waren lediglich „Waren des Grundbedarfs“. Der schleichende Preisauftrieb wurde nun zur Grundlage der Plankonzeptionen. Insbesondere bei Textilien, Schuhen und „Gütern mit hohem Gebrauchswert“ wurde permanent an der Preisschraube gedreht. Aber auch die gezielt vorgenommenen Aktionen zur Steigerung des Preisniveaus, die keineswegs nur wirklich hochwertige Produkte betrafen, reichten nicht aus, um das Warenangebot mit der Kaufkraft tatsächlich in Einklang zu bringen.²⁴⁰

Im Unterschied zu bisherigen Annahmen²⁴¹ muss davon ausgegangen werden, dass die beabsichtigte Steigerung von Preisen für Grundnahrungsmittel wie Brot, Kartoffeln, Fleischprodukte sowie Milcherzeugnisse nicht gegen den ausdrücklichen Willen, sondern mit stillschweigender Duldung Honeckers anvisiert worden war. Er hatte zähneknirschend der „großen Variante“ der Preissteigerungen zunächst seine Zustimmung gegeben. Das ursprüngliche Vorhaben, die Verbraucherpreise zum Ende des Jahres 1979 deutlich zu erhöhen, scheiterte jedoch an der letztlich übermächtigen Angst vor politischen Erschütterungen und Missstimmungen in der Bevölkerung. Allein die vergleichsweise moderaten Preissteigerungen für Bettwäsche im September 1979 und die darauf folgenden Gerüchte über bevorstehende Preiserhöhungen hatten unter der Bevölkerung für erhebliche Unruhe gesorgt und zu regelrechten Hamsterkäufen geführt.

Aus Furcht vor politischer Destabilisierung und Machtverlust, die durch Berichte des MfS massiv verstärkt wurde, erteilte Honecker am 5. November 1979 Halbritter persönlich den Auftrag, die überhöhten Endverbraucherpreise für die skandalträchtigen Erzeugnisse umgehend zu korrigieren.²⁴² Dazu gehörte die Rückführung bzw. ein Auslieferungsstopp von 30 Erzeugnissen bis zum 8. November 1979, die sich bereits im Einzelhandel befanden. Dies betraf u. a. Bodenstaubsauger, Rasenmäher, Gefriertruhen, PKW-Ersatzteile, Fahrräder und An-

²³⁹ Information der Hauptabteilung XVIII vom 1. November 1979, in: ebenda, Bl. 31.

²⁴⁰ Vgl. Steiner, Von Plan zu Plan, S. 216; Hertle, Wunderwirtschaft – Konsumsozialismus, in: Damals in der DDR, S. 269.

²⁴¹ Vgl. Rainer Weinert, Einleitung: Aspekte der gescheiterten Preisreform 1979, in: „Preise sind gefährlicher als Ideen“, S. 10. Diese Darstellung beruht auf Berichten von Zeitzeugen, die Honecker keinerlei Beteiligung am Preisexperiment zuschreiben. In deren Version lag die Verantwortung dafür ausschließlich beim Wirtschaftssekretär. Diese Zuschreibungen entsprachen der Tendenz in den 1990er Jahren, insbesondere Mittag für eine verfehlte Wirtschaftspolitik in Haftung zu nehmen. Schürer spielte in den Zeitzeugendebatten über das Preisexperiment seine aktive Rolle erkennbar herunter.

²⁴² Vgl. die Information der Hauptabteilung XVIII vom 8. November 1979, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 18836, Bl. 40ff.

strichstoffe. Ein Auslieferungsstopp wurde für Wein und Spirituosen verfügt, die wesentlich teurer werden sollten. Dies betraf rund 3,9 Millionen Flaschen. Für Bettwäsche und Frottierhandtücher sollten völlig neue Preisgruppen festgelegt werden. Honecker ordnete ferner an, die Verbraucherpreise für Erzeugnisse, die sich noch nicht im Einzelhandel befanden, so beispielsweise für Kleinkrafträder, Waschmittel, Kosmetikerzeugnisse, Farben und Lacke, neu festzusetzen. Die ursprünglich geplanten Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel waren schon zuvor in der Schreibtischschublade Schürers abgelegt worden. In der gleichen Weise wurden die anvisierten drastischen Preiserhöhungen für Benzin und Diesel – die Preise für Kraftstoffe sollten um mehr als 150 Prozent steigen – vorerst auf Eis gelegt.

Um einem drohenden Gesichtsverlust und damit schwindender Autorität vorzubeugen, behauptete Honecker seitdem, er und das gesamte Politbüro hätten von den Vorschlägen Schürers und Halbritters zur Erhöhung der Preise für Grundnahrungsmittel nichts gewusst. Er selbst, so erklärte der SED-Chef im Gespräch mit Halbritter, lehne grundsätzlich jegliche Preiserhöhungen bei „Waren des Grund- und Massenbedarfs“ ab.²⁴³ Honecker verpflichtete Halbritter bis auf Widerruf dazu, bei Preisfragen einzig und allein seine Weisungen und Anordnungen zu befolgen – ein wohl einzigartiger Vorgang, der als Zeichen des Misstrauens gegenüber Stoph als Halbritters Vorgesetztem gedeutet werden kann.²⁴⁴ Zugleich bedeutete das persönliche Eingreifen Honeckers eine Missbilligung seines Wirtschaftssekretärs, unter dessen Aufsicht das gesamte Preisexperiment bislang durchgeführt worden war. Das MfS wertete die Rücknahme der Preiserhöhungen als persönliche Niederlage Mittags und seiner wirtschaftspolitischen Abteilungen.²⁴⁵ Dass Honeckers Vertrauen in seinen Wirtschaftssekretär durch dessen Alleingang nachhaltig erschüttert worden wäre, ist jedoch nicht erkennbar. Mielke nahm das gescheiterte Preisexperiment zum Anlass, noch intensiver als zuvor über die Stimmungen in der Bevölkerung zur aktuellen Preisentwicklung berichten zu lassen.²⁴⁶

Während in der Staatlichen Plankommission weiterhin über Preissteigerungen bei hochwertigen Konsumgütern intensiv nachgedacht wurde, wollte sich Honecker auf neue Experimente bei Benzin, Lebensmitteln, Dienstleistungen und Mieten nicht mehr einlassen. Als Halbritter Mitte November 1979 angesichts steigender Rohölpreise auf dem Weltmarkt erneut vorschlug, die Preise für Vergaserkraftstoffe zu erhöhen, lehnte Honecker dies kategorisch ab.²⁴⁷ Ende November

²⁴³ Notizen Halbritters über ein Gespräch bei Honecker am 29. Oktober 1979, in: Bundesarchiv, DE 1/58719.

²⁴⁴ Vgl. den Vermerk der Hauptabteilung XVIII über eine Beratung bei Honecker am 19. November 1979, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 12480, Bl. 14.

²⁴⁵ Vgl. die Information der Hauptabteilung XVIII vom 8. November 1979, in: ebenda, MfS HA XVIII 18836, Bl. 42.

²⁴⁶ Vgl. das Telegramm des Leiters der ZAIG, Generalmajor Irmeler, an die Leiter der Bezirksverwaltungen des MfS vom 13. November 1979, in: ebenda, MfS HA XVIII 20374, Bl. 2.

²⁴⁷ Vgl. den Vermerk der Hauptabteilung XVIII vom 20. November 1979, in: ebenda, MfS HA XVIII 12480, Bl. 14.

1979 bekräftigte Honecker seine Haltung und erklärte im Politbüro, dass an den Preisen für Grundnahrungsmittel nicht gerüttelt werde.²⁴⁸ Selbst Spitzenfunktionäre, die noch im Sommer 1979 für die „große Variante“ der Preissteigerung als Überlebensfrage der DDR-Wirtschaft eingetreten waren, distanzieren sich ab November 1979 von dieser Preispolitik. Honecker erhielt damit die Möglichkeit, mit der Autorität des Parteichefs den bisherigen Grundsatz stabiler Verbraucherpreise bis zum Ende der DDR zu zementieren. Gleichwohl wurde die bisherige Praxis verdeckter Preiserhöhungen fortgesetzt: Stabilität des Grundbedarfs und erhöhte Preise für qualitativ neue Konsumgüter. Der Begriff „Grundbedarf“ konnte jedoch unterschiedlich ausgelegt werden.

Im Sommer 1979 hatten Schürer und Mittag die Anhebung der Verbraucherpreise aus ökonomischen Gründen vorangetrieben. Beide vereinte zu dieser Zeit der Gedanke, zwei Probleme der Binnen- und Außenwirtschaft wenn nicht zu lösen, dann aber doch abzumildern: Binnenwirtschaftlich überstieg die Nachfrage das Einzelhandelsangebot; die stabilen Verbraucherpreise des Grundbedarfs erhöhten den Anteil der Subventionen im Staatsbudget. Außenwirtschaftlich schlugen die Kostensteigerungen auf den Weltmärkten für Rohstoffe auf die Binnenwirtschaft durch. Das führte zur Verschärfung der ohnehin angespannten Zahlungsbilanz gegenüber dem westlichen Ausland. Bei ihren Vorschlägen konnten Schürer und Mittag auf die Unterstützung von Finanzminister Böhm rechnen, der die Erhöhung der Verbraucherpreise als Voraussetzung für einen einigermaßen ausgeglichenen Staatshaushalt betrachtete. Halbritter war dagegen für eine moderatere Variante der Preissteigerungen eingetreten, obgleich er ebenfalls eine Anhebung der Verbraucherpreise für unvermeidlich hielt.

Vieles spricht dafür, dass das Preisexperiment nicht, wie bislang angenommen, hinter dem Rücken des Generalsekretärs, sondern mit stillschweigender Duldung Honeckers durchgeführt wurde. Erst nachdem die ersten Preissteigerungen im September/Oktober 1979 zu flächendeckenden Spekulationen und Hamsterkäufen in der Bevölkerung und zu dramatischen Lageeinschätzungen des MfS geführt hatten, zog Honecker die Notbremse und ließ die begonnene Preiserhöhung rückgängig machen. Nach dem Scheitern des Experiments und der Intervention Honeckers gehörte auch Mittag zu den erklärten Gegnern von allgemeinen Preiserhöhungen für Erzeugnisse des Grundbedarfs. Die Unruhe in der Bevölkerung brachte zudem Politbüromitglieder wie Stoph, Krolkowski und Neumann, die eine moderate Änderung der Verbraucherpreispolitik befürworteten, zunächst zum Schweigen.

Klarheit herrschte sowohl unter den Befürwortern als auch unter den Gegnern der Preiserhöhungen im Politbüro darüber, dass die der Bevölkerung gewährten sozialpolitischen Vergünstigungen, nicht zuletzt das Festschreiben von Verbraucherpreisen und Mieten, die wachsenden Ansprüche an die Versorgung mit Konsumgütern und Nahrungsmitteln sowie die höheren Rohstoffkosten, denen

²⁴⁸ Vgl. die Notizen Klopfers über die Beratung des Politbüros zum Planentwurf 1980 am 27. November 1979, in: Bundesarchiv, DE 1/58719.

innerhalb des RGW zunächst keine höheren Exportpreise für Fertigwaren folgen durften, durch die Leistungen der DDR-Volkswirtschaft nicht zu finanzieren waren. Doch wie man aus diesem Dilemma herauskommen konnte, darüber gab es nach dem missglückten Preisexperiment keine konkreten Vorstellungen.

Der von Honecker verfügte Abbruch des Preisexperiments machte die politische Dimension der Wirtschafts- und Sozialpolitik der SED deutlich: Stärker als je zuvor rangierte Machterhalt vor wirtschaftlichem Sachverstand. Diesen Grundsatz brachte Honecker Ende Oktober 1979 auf folgende Formel: „Alles das, was wir politisch verdauen können, werden wir machen, und was nicht geht, werden wir bleiben lassen. Die Stimmung der Werktätigen und insbesondere der Arbeiterklasse muß gut bleiben.“²⁴⁹ Vor dem Hintergrund der Streikwelle in Polen im Sommer 1980, die durch drastische Preiserhöhungen ausgelöst worden war, folgte die Mehrheit des Politbüros dem politischen Kalkül, trotz dringender wirtschaftlicher Erfordernisse eine Gefährdung der eigenen Macht unter allen Umständen zu vermeiden. Bis zuletzt konnten sich Wirtschaftsexperten, die Verbraucherpreise nicht nur unter sozial-, sondern auch unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten betrachteten, nicht durchsetzen.

7. Die Gegner des „Konsumsozialismus“ im Politbüro

Als die SED-Führung im Oktober 1979 den 30. Jahrestag der Staatsgründung feierte, befand sich die DDR nicht zuletzt durch das rasante Ansteigen der Westverschuldung bereits in einer Krisensituation. Zwar hatte das Politbüro seit Mitte der 1970er Jahre verzweifelt versucht, durch Erhöhung der Exporte und Drosselung der Importe Abhilfe zu schaffen. Absatzschwierigkeiten im Westen wegen des technologischen Rückstandes der DDR-Volkswirtschaft und Honeckers strikte Weigerung, ökonomisch notwendige Anpassungen seines Wohlstandsprogramms an die wirtschaftliche Lage zuzulassen, machten das unmöglich. So wurde die weitere Verschuldung in Kauf genommen, deren wahres Ausmaß dem Politbüro durchaus bekannt war. Honecker bestritt während der Politbürositzungen hartnäckig, dass die Verschuldung auf irgendeine Weise mit seinem ausufernden sozialpolitischen Programm zusammenhängen konnte.

Am 27. November 1979 sprach Honecker im Politbüro das Bargelddefizit zwar als immer drängender werdendes Problem an, doch machte er fehlerhafte Analysen der Staatlichen Plankommission für offensichtliche Fehleinschätzungen verantwortlich. Nicht das sozialpolitische Programm der Partei sei schuld am offenen Bargeldproblem, sondern die nicht erfüllten Exportpläne. Darüber hinaus führte er außerplanmäßige Umstände an: „Außerplanmäßig ist es tatsächlich so, dass wir seit Jahren kein Getreide mehr aus der UdSSR erhalten. Das sind Bargeldprobleme in Größenordnungen. [...] Es kann doch nicht der Eindruck hervorgezaubert werden, dass wir aufgrund des sozialpolitischen Programms in diese

²⁴⁹ Notizen Halbritters über ein Gespräch bei Honecker am 29. Oktober 1979, in: ebenda.

Verschuldung geraten sind.“²⁵⁰ Honecker sprach sich gegen die Reduzierung der ursprünglich geplanten Wachstumsraten der Wirtschaft aus. „Die Wachstumsraten runtersetzen bedeutet, dass wir die Zahlungsbilanz nicht verändern können. Deshalb vertrete ich den Standpunkt, dass wir lieber etwas importieren und dann entsprechend exportieren in die kapitalistischen Länder anstatt eine Senkung der Produktion vorzunehmen. Zum Beispiel muss man mehr Erdöl importieren, verarbeiten und die Produkte exportieren, und dann haben wir noch einen Gewinn.“

Die Politbürositzungen dokumentierten die Hilflosigkeit der SED-Führung, den Anstieg der Westverschuldung zu bremsen. Mit Parteibeschlüssen konnten die außenwirtschaftlichen Defizite kaum ausgeglichen werden, denn Importabhängigkeit und Exportschwäche waren die Folgen der systemimmanenten Mängel der Zentralplanwirtschaft. Die wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen Anfang der 1970er Jahre hatten die Devisenverschuldung zwar in die Höhe getrieben, diese hing ursächlich aber mit grundlegenden wirtschaftlichen Strukturproblemen zusammen.²⁵¹ Gleichwohl versuchte eine Minderheit im Politbüro, mit wirtschaftspolitischen Korrekturen die Nettoverschuldung des Landes zu reduzieren.

Anfang der 1980er Jahre wuchs in der engeren Führung der SED der Unmut über das Unvermögen, die Westverschuldung zu stoppen. Zum heimlichen Sprecher dieses Unmuts avancierte Krolikowski, der die Strategie der Herrschaftssicherung durch gesteigerte Konsumangebote für einen ökonomischen Irrweg hielt. Krolikowski gehörte zu jenen Politbüromitgliedern, die hinter dem Rücken des SED-Chefs auf eine Zurücknahme bzw. Korrektur der ausufernden Sozialpolitik drängten und den privaten Konsum der Bevölkerung zugunsten produktiver Investitionen drosseln wollten. Seine während der Untersuchungshaft im Januar 1990 niedergeschriebene Behauptung, er habe als einziger im Politbüro von Anfang an offen den abenteuerlichen Verschuldungskurs Honeckers kritisiert und sei daraufhin ins politische Abseits gedrängt worden, gehört allerdings zu den sorgsam gepflegten Mythen, die nach dem Niedergang der SED von vormaligen Spitzenfunktionären in Umlauf gebracht wurden.²⁵² Die Mitschriften über die Beratungen bei Honecker über den Wirtschaftskurs der Partei belegen, dass Krolikowski mit keinerlei kritischen Bemerkungen auffiel. Der nach außen unauffällig agierende Stellvertreter Stophs im Ministerrat nutzte für seine Ansichten nicht die Plattform der Beratungen bei Honecker im „kleinen Kreis“, sondern geheime Kanäle nach Moskau, um sich bei der sowjetischen Führung über Honeckers Sozialpolitik und die daraus resultierende Verschuldung gegenüber dem Westen zu beschweren.²⁵³

²⁵⁰ Notizen Klopfers zur Beratung des Politbüros zum Planentwurf 1980 am 27. November 1979, in: Bundesarchiv, DE 1/58719.

²⁵¹ Vgl. Ahrens, Außenwirtschaft in der Schuldenfalle, S. 104.

²⁵² Vgl. die Aufzeichnungen Krolikowskis vom 16. Januar 1990, in: Peter Przybylski, Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, Berlin 1991, S. 321–339.

²⁵³ Vgl. Iwan Kusmin, Die Verschwörung gegen Honecker, in: Deutschland Archiv 28 (1995), S. 286–290.

Nachdem Breschnew während eines Treffens mit dem SED-Chef auf der Krim im August 1980 angesichts des anwachsenden Negativsaldos im Handel mit dem Westen mit scharfen Worten vor einer Abhängigkeit von westlichen Kreditgebern gewarnt hatte²⁵⁴, rechnete Krolikowski in seinem geheimen Bericht an den sowjetischen Parteichef mit der konsumorientierten Wirtschaftspolitik Honeckers ab.²⁵⁵ Krolikowski beklagte in seinem Dossier vom 24. Oktober 1980 vor allem das Festhalten Honeckers am „Konsumsozialismus“ sowie „das Leben auf Vorgriff für bisher noch nicht erbrachte Leistungen, was dazu führte, dass mit Beginn der 70er Jahre von Jahr zu Jahr die Schuldenlast stieg, die inzwischen eine Höhe erreicht hat, die immer unbeherrschbarer wird und dem Kapitalismus zu jeder Zeit – wie ebenfalls mehrfach bereits belegt – die Möglichkeit gibt, die Zahlungsunfähigkeit der DDR herzustellen bzw. politisch die DDR zu erpressen.“ Krolikowski zufolge hatte Honecker im Unterschied zu früheren Jahren seine Heimlichtuerei in der Verschuldungspolitik geändert, um das ganze Politbüro faktisch in Haftung für eine verfehlte Außenwirtschaft zu nehmen. „Im PB lässt EH durch Schürer jedoch die ganze Schuldenlast auf den Tisch legen, damit das gesamte PB Mitwisser, Mitschuldiger, Mitlügner, Mittäuscher ist. Früher hat er das PB in dieser Hinsicht – was die DDR-Verschuldung anbetrifft – im unklaren gelassen. Inzwischen hat er diese Taktik mit den bereits erwähnten Absichten geändert.“

Nach Einschätzung Krolikowskis wagte es kein Politbüromitglied, Honecker oder Mittag in den regulären Sitzungen offen zu widersprechen. Er beschrieb damit die Situation im Politbüro Anfang der 1980er Jahre durchaus zutreffend. Eine Ausnahme bildete die Sitzung am 14. Oktober 1980, in der sich Stoph zum Entwurf des Planes für 1981 zu Wort meldete und in moderater Form reale PlanKennziffern verlangte, was von Honecker durchaus als Widersinn ausgelegt werden konnte. In der Darstellung Krolikowskis habe Stoph vor allem darauf verwiesen, wie katastrophal sich die Schuldenwirtschaft auswirke.²⁵⁶ Damit wiederholte Stoph im Politbüro lediglich das, was SPK-Chef Schürer schon seit etlichen Jahren im „kleinen Kreis“ erfolglos gefordert hatte. Während dieser Beratungen waren die Probleme der Devisenverschuldung von Schürer wiederholt offen angesprochen worden. Krolikowski zufolge reagierte Honecker auf die Wortmeldung Stophs und dessen Kritik an der Westverschuldung in der Politbürositzung am 14. Oktober 1980 feindselig und versuchte, den Spieß umzudrehen und die Regierung für die Misere in den Außenwirtschaftsbeziehungen verantwortlich zu machen. Honecker wiederholte sein bekanntes Credo: „Wenn das Volk arbeitet,

²⁵⁴ Vgl. Hans-Hermann Hertle/Konrad Jarausch (Hrsg.), *Risse im Bruderbund. Die Gespräche Honecker-Breschnew 1974 bis 1982*, Berlin 2006, S. 49.

²⁵⁵ Vgl. die Information von Krolikowski für Breschnew „Zur Wirkung des Krimtreffens“ vom 24. Oktober 1980, in: SAPMO BArch, DY 30/25758. Alle folgenden Zitate ebenda.

²⁵⁶ Über die Wortmeldung Stophs im Politbüro am 14. Oktober 1980 konnten bislang keine Aufzeichnungen Schürers oder seiner Stellvertreter gefunden werden. Die Schilderung Krolikowskis kann jedoch als glaubhaft gelten, denn das MfS informierte über den Verlauf der Beratung im Politbüro in ähnlicher Form: Stellungnahme der HA XVIII zur Vorlage für das Politbüro über den Entwurf des Volkswirtschaftsplanes vom 3. November 1980, in: Archiv BStU, MfS SdM 1669, Bl. 124–127.

muss es sich auch etwas leisten können. Einschneidende Maßnahmen werden nicht sein. Das führt nur zu Erschütterungen.“ Die Replik des SED-Chefs unterscheidet sich kaum von seiner Reaktion auf die schon zuvor von Schürer erhobene Forderung, den Konsum der Bevölkerung zugunsten produktiver Bereiche einzuschränken.

Stoph zog sich nach seiner barschen Zurechtweisung durch Honecker während der Politbürositzung am 14. Oktober 1980 kleinlaut in sein Refugium als Regierungschef zurück, wobei ihm allerdings nichts anderes übrig blieb, als die wirtschaftspolitischen Entscheidungen des Politbüros widerspruchslos umzusetzen. In dem provokanten Auftritt Stophs im Politbüro soll Honecker einen Anlass gesehen haben, ihn von seinem Posten abzulösen und wieder, wie schon 1973, durch Mittag zu ersetzen. Die Amtsenthebung Stophs soll schließlich durch die sowjetische Führung verhindert worden sein.²⁵⁷ Vieles spricht dafür, dass Stoph zum heimlichen Gegenspieler Honeckers gerechnet werden muss und im Herbst 1989 als einer der eifrigsten dessen Ablösung betrieb.²⁵⁸ Zu den engsten Mitstreitern Stophs gehörten seine beiden Stellvertreter im Ministerrat, Krolikowski und Neumann.

Stoph sah nach seiner Abkanzelung im Politbüro im Oktober 1980 in MfS-Chef Mielke den letzten Hoffnungsträger, der den scheinbaren wirtschaftlichen Ausverkauf der DDR an den Westen stoppen konnte. Mielke sorgte sich ebenso wie Stoph und Krolikowski um die politische und ökonomische Unabhängigkeit der DDR von der Bundesrepublik, die er durch den Ausbau der deutsch-deutschen Beziehungen ernsthaft bedroht sah.²⁵⁹ Nach den Aufzeichnungen Krolikowskis redete Stoph am 13. November 1980 Mielke ins Gewissen, nicht länger dem unverantwortlichen Treiben Honeckers zuzusehen.²⁶⁰ Für Krolikowski war Mielke jedoch kein verlässlicher Verbündeter im Kampf gegen das unheilvolle Treiben des Generalsekretärs. Er zeigte sich von der auffallenden Tatenlosigkeit Mielkes tief enttäuscht. „Es zeigt sich immer stärker, wie E. Mielke für EH und GM arbeitet, ihr Machwerk gedankenlos oder bewusst unterstützt. Man muss das in der Haltung ihm gegenüber berücksichtigen und wachsam sein.“²⁶¹

Krolikowski selbst verhielt sich sowohl in den regulären Sitzungen des Politbüros als auch in den Beratungen bei Honecker im „kleinen Kreis“ opportunistisch. Dort lobte er den Generalsekretär für seine Wirtschafts- und Sozialpolitik und nutzte jede sich bietende Gelegenheit, um gegen die Staatliche Plankommission und deren Vorsitzenden zu polemisieren. Obwohl Krolikowski mit Schürer in

²⁵⁷ Vgl. Kusmin, Die Verschwörung gegen Honecker, S. 286.

²⁵⁸ Vgl. Ulrich Mählert, Willi Stoph – Ein Fußsoldat der KPD als Verteidigungsminister der DDR, in: Hans Ehlert/Armin Wagner (Hrsg.), Genosse General! Die Militärelite der DDR in biographischen Skizzen, Berlin 2003, S. 295f.

²⁵⁹ Vgl. Hans-Hermann Hertle, Wunderwirtschaft – Konsumsozialismus, in: Damals in der DDR, S. 274.

²⁶⁰ Vgl. die Notiz Krolikowskis über ein Gespräch zwischen Stoph und Mielke am 13. November 1980, in: Przybylski, Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, S. 346f.

²⁶¹ Zur Lage in der DDR, ohne Datum (vermutlich 16. Juni 1982), in: SAPMO BArch, DY 30/25759.

seiner Kritik an Honeckers Verschuldungspolitik völlig übereinstimmte, war ihr persönliches Verhältnis von einer beiderseitigen Abneigung geprägt. Hinter dem Rücken des Generalsekretärs begann Krolikowski seit 1980, den „Konsumsozialismus“ Honeckers über KGB-Kanäle bei der Kreml-Führung zu diskreditieren. In den Berichten an Breschnew sah er ferner eine Möglichkeit, die sowjetische Führung zum energischen Einschreiten gegen die deutsch-deutsche Annäherung zu animieren. Krolikowski interpretierte den von Honecker betriebenen Ausbau der deutsch-deutschen Wirtschaftskontakte als Verrat der DDR gegenüber der Sowjetunion.²⁶²

Der sowjetische Parteichef verfolgte die ökonomische Kooperation der DDR mit dem Westen mit zunehmendem Unbehagen und warnte vor den Gefahren der wachsenden West-Verschuldung. Insbesondere befürchtete Moskau, die Kontrolle über die deutsch-deutschen Beziehungen zu verlieren.²⁶³ Nach Darstellung des früheren sowjetischen Botschafters in der Bundesrepublik, Julij A. Kwizinskij, seien seit 1975 mehrfach Versuche unternommen worden, Honecker von der zu engen außenwirtschaftlichen Bindung an die Bundesrepublik abzubringen, aber die Gespräche mit ihm hätten in der Regel zu nichts geführt. Alle Bedenken und Warnungen, die ihm aus Moskau überbracht worden seien, habe er ignoriert.²⁶⁴ Wie stark die sowjetische Führung den wachsenden Außenhandel der DDR mit den westlichen Industrieländern beargwöhnte, offenbarte ein Vier-Augen-Gespräch zwischen Schürer und dem Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Nikolai Tichonow, am 21. März 1979.²⁶⁵ Dabei habe Tichonow besorgt gefragt, ob es in der Staats- und Parteiführung der DDR Tendenzen gäbe, die Zusammenarbeit mit der UdSSR abzuschwächen und stärkere Verbindungen zu kapitalistischen Industrieländern herzustellen. Schürer habe dies in dem Gespräch eindeutig zurückgewiesen. In ähnlicher Weise verdeutlichte ein Treffen zwischen dem sowjetischen Außenminister Andrei Gromyko und Honecker am 11./12. Mai 1978 in Ost-Berlin das wachsende Misstrauen, mit dem die sowjetische Staats- und Parteiführung die deutsch-deutschen Beziehungen beobachtete.²⁶⁶

Während des traditionellen Treffens auf der Krim kritisierte Breschnew im Juli 1979 erstmals mit deutlichen Worten die Verschuldungspolitik Honeckers und die zunehmende außenwirtschaftliche Orientierung auf die westlichen Industrieländer, unter der die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der UdSSR leiden würde: „Unsere Genossen, ich sage es dir offen, Erich, hat es ein wenig in Verwunderung versetzt, dass es in letzter Zeit Fälle gab, in denen die DDR auf die Verwirklichung einiger mit der Sowjetunion vereinbarter gemeinsamer Projekte

²⁶² Vgl. die Ausarbeitung Krolikowskis vom 16. Dezember 1980, in: ebenda, DY 30/25758.

²⁶³ Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 402.

²⁶⁴ Vgl. Julij A. Kwizinskij, Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993, S. 259ff.

²⁶⁵ Vgl. die Information Schürers über ein Gespräch mit Tichonow vom 21. März 1979, in: Bundesarchiv, DE 1/58674.

²⁶⁶ Vgl. Helmut Altrichter, „Entspannung nicht auf Kosten des Sozialismus“. Das Treffen Andrei Gromyko – Erich Honecker am 11./12. Mai 1978, in: VfZ 59 (2011), S. 121ff.

zugunsten der Zusammenarbeit mit westlichen Firmen verzichtet hat. Kann es nicht so sein, dass jemand von euren Genossen, die sich mit der Wirtschaft befassen, die Gefahr übermäßig enger Beziehungen mit dem Westen und der Zunahme der Devisenverschuldung in diesem Zusammenhang unterschätzen?“²⁶⁷ Seinen Besuch zum 30. Jahrestag der DDR nutzte er dann, um am 4. Oktober 1979 vor Mitgliedern und Kandidaten des SED-Politbüros in ungewohnt scharfen Tönen die Verschuldung der DDR im Westen zu attackieren. Die Devisen-Schulden gegenüber den westlichen Industrieländern müssten schrittweise verringert werden, denn es sei richtig, „wenn gesagt wird, dass man nur das verbrauchen kann, was man erzeugt hat. Es ist doch so, dass keiner von uns auf Kosten anderer leben oder sich für bankrott erklären will.“²⁶⁸

Während des Krim-Treffens im August 1980 prangerte Breschnew noch deutlicher als zuvor die seiner Ansicht nach verhängnisvolle Verschuldungspolitik Honeckers und dessen außenwirtschaftliche Orientierung auf die westlichen Industrieländer an.²⁶⁹ Nach der Darstellung Krolikowskis kam es dabei zwischen Breschnew und Honecker zu einem offenen Konflikt über die „Westorientierung“ des SED-Generalsekretärs und seine Wirtschaftspolitik.²⁷⁰ Die von Breschnew erhobenen außen- und wirtschaftspolitischen Vorwürfe empfand der SED-Chef offenbar als eine erniedrigende Belehrung, denn im Politbüro habe er später erklärt, „dass er so etwas, was er beim Krimtreffen 1980 erlebt hat, nicht mehr mitmachen würde“.²⁷¹ Über den Inhalt des vertraulichen Gesprächs zwischen Honecker und Breschnew informierte Planungschef Schürer auf einer Stellvertreterberatung der SPK am 21. August 1980.²⁷² Schürer bezog sich bei seinen Ausführungen auf eine Politbürositzung am 19. August 1980, auf der Honecker über die Ergebnisse des Krimtreffens berichtete.²⁷³ Dem SPK-Chef zufolge hatte Breschnew die Wirtschaftspolitik der SED in einer „bisher nicht festgestellten Härte“ kritisiert. Die hohe Verschuldung der DDR führte nach Ansicht Breschnews zu einer Ex-

²⁶⁷ Niederschrift über das Treffen zwischen Honecker und Breschnew am 27. Juli 1979 auf der Krim, zitiert in: Hertle/Jarausch, *Risse im Bruderbund*, S. 167.

²⁶⁸ Niederschrift über das Treffen zwischen Mitgliedern und Kandidaten des SED-Politbüros und einer sowjetischen Partei- und Regierungsdelegation am 4. Oktober 1979 in Ost-Berlin, in: Bundesarchiv, DE 1/58719.

²⁶⁹ Über das Krimtreffen vom 11. August 1980 konnte in den Beständen des ehemaligen SED-Parteiarchivs bisher keine Niederschrift gefunden werden. Über inhaltliche Aspekte des Gesprächs zwischen Breschnew und Honecker vgl. Hertle/Jarausch, *Risse im Bruderbund*, S. 188f.

²⁷⁰ Vgl. die Notizen Krolikowskis „Zur Wirkung des Krim-Treffens“ vom Oktober 1980, in: SAPMO BArch, DY 30/25758. Vgl. auch Egon Winkelmann, *Moskau, das war's. Erinnerungen des DDR-Botschafters in der Sowjetunion 1981–1987*, Berlin 1997, S. 19; Wjatscheslaw Kotschemassow, *Meine letzte Mission*, Berlin 1994.

²⁷¹ Aufzeichnungen Krolikowskis „zum Verhalten von EH nach dem Krim-Treffen“, ohne Datum, in: SAPMO BArch, DY 30/25759.

²⁷² Vgl. die Information der HA XVIII über eine Beratung der Stellvertreter Schürers vom 25. August 1980, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 18843, Bl. 21f.

²⁷³ Vgl. das Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros am 19. August 1980, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2A/2344.

portpolitik, die sich vorrangig auf die Bundesrepublik orientiere und sich nachteilig auf die Sowjetunion auswirke. Dadurch schränke die DDR ihre politische Handlungsfähigkeit ein. Abschließend betonte Schürer, dass die von „Breschnew geübte Kritik in dieser Klarheit und Härte erstmalig vorgenommen wurde“.²⁷⁴

Während des Krim-Treffens am 3. August 1981 erneuerte Breschnew seine Angriffe auf die DDR-Außenhandelspolitik.²⁷⁵ Er hielt Honecker in dem Gespräch ein weiteres Anwachsen der Verschuldung gegenüber westlichen Industrieländern vor. Breschnew sah darin ein Druckmittel des Westens. Er hatte sicherlich das Beispiel Polens vor Augen, das 1981 angesichts jahrelanger Schuldenkumulierung seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen konnte und sich seitdem in Verhandlungen mit den westlichen Gläubigerstaaten um eine Verschiebung der Zahlungsfristen bemühte. Die polnische Regierung konnte damit einen Staatsbankrott zwar abwenden, doch nahm sie die weitere Kumulierung von Schulden in Kauf und führte das Land in eine hoffnungslose Verschuldungsfalle. Hinzu kam der bereits zuvor erhobene Vorwurf der sowjetischen Führung, die DDR grenze sich politisch und ideologisch nicht eindeutig von der Bundesrepublik ab.²⁷⁶ Gegenüber den westdeutschen Politikern, so belehrte Breschnew den SED-Chef, müsse „größere Härte an den Tag gelegt“ werden, um ihnen verständlich zu machen, „dass man unsere Interessen nicht ungestraft schmälern kann“.²⁷⁷ Zwar verstärkte Honecker als Reaktion auf sowjetische Vorwürfe die Abgrenzungsrhetorik gegenüber der Bundesrepublik.²⁷⁸ Breschnew konnte Honecker jedoch nicht von dem innerdeutschen „Tachtelmechtel“ abbringen, so dass die Spannungen in der Frage der Beziehungen zur Bundesrepublik immer mehr zunahmen.²⁷⁹

Seit Anfang der 1980er Jahre vertieften sich die wirtschaftspolitischen Differenzen zwischen Ost-Berlin und Moskau. Die wirtschaftliche Leistungskraft der Sowjetunion reichte nicht mehr aus, den „Konsumsozialismus“ Honeckers durch die Lieferung preiswerter Rohstoffe zu unterstützen. Seit 1974 galt die Praxis, die bis dahin festen Preise für Erdöllieferungen, auf die die DDR-Volkswirtschaft in hohem Maße angewiesen war, jährlich den Weltmarktpreisen anzupassen. Es war das erste Mal, dass das Prinzip vereinbarter Festpreise im RGW durchbrochen

²⁷⁴ Information der HA XVIII über eine Beratung der Stellvertreter Schürers vom 25. August 1980, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 18843, Bl. 22.

²⁷⁵ Vgl. die Niederschrift über das Treffen zwischen Honecker und Breschnew auf der Krim am 3. August 1981, in: Hertel/Jarusch, Risse im Bruderbund, S. 198–231.

²⁷⁶ Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 405f.; Altrichter, Das Treffen Gromyko – Honecker, S. 122.

²⁷⁷ Zitiert in: Hertel/Jarusch, Risse im Bruderbund, S. 203.

²⁷⁸ Vgl. Heinrich Potthoff, Bonn und Ost-Berlin 1969–1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente, Bonn 1997, S. 67ff.; Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan, Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980–1987, Berlin 1995; Karl Seidel, Berlin-Bonner Balance. 20 Jahre deutsch-deutsche Beziehungen. Erinnerungen und Erkenntnisse eines Beteiligten, Berlin 2002, S. 253.

²⁷⁹ Vgl. Hertel/Jarusch, Risse im Bruderbund, S. 192f.

wurde.²⁸⁰ Dabei wurde der Durchschnitt der Weltmarktpreise für Rohöl in den vergangenen fünf Jahren zugrunde gelegt, was bei steigenden Preisen vorteilhaft war, sich bei den bald sinkenden Preisen aber sehr nachteilig auswirkte.²⁸¹ Da bei der „sozialistischen ökonomischen Integration“ im Handel innerhalb des RGW in den Fünfjahrplänen Festpreise vereinbart worden waren, veränderten sich die den Volkswirtschaftsplänen zugrunde liegenden Kalkulationen. Die DDR-Volkswirtschaft musste fortan einen wesentlich höheren Anteil des erarbeiteten jährlichen Gesamtergebnisses für den Export in die Sowjetunion zur Verfügung stellen, vor allem Produktionsausrüstungen, Erzeugnisse des Maschinenbaus und Konsumgüter wie Textilien oder Möbel. Dieser Anteil fehlte dann im Inland bei der Versorgung der Bevölkerung und den Investitionen.²⁸²

In zusätzliche Schwierigkeiten wurde die SED-Führung durch wiederholte Missernten in den 1970er Jahren gestürzt, weil die DDR nicht mehr auf großzügige Getreidelieferungen aus der Sowjetunion rechnen konnte. So konnte Breschnew der SED-Führung keine zusätzliche wirtschaftliche Unterstützung zusagen, so wie es noch Anfang der 1970er Jahre möglich gewesen war. Bei seinem DDR-Besuch am 4./5. Oktober 1979 wurde nach zwei Jahre dauernden Verhandlungen ein „Programm der Spezialisierung und Kooperation der Produktion zwischen der DDR und der UdSSR bis zum Jahr 1990“ unterzeichnet, mit dem die Sowjetunion kontinuierliche Lieferungen energetischer Roh- und Brennstoffe – vor allem Erdöl- und Erdgas – garantierte. Die nachdrückliche Forderung der SED-Führung, die Erdöllieferungen um jährlich zwei Millionen Tonnen zu erhöhen, wurde jedoch kategorisch abgelehnt. So blieb Honecker nichts anderes übrig, als der Sowjetunion offiziell treue Gefolgschaft zu schwören, parallel dazu aber nach Wegen zu suchen, um die deutsch-deutschen Handelsbeziehungen zu intensivieren.²⁸³ Allerdings konnte die deutliche Wende von der Entspannungsära hin zur globalen Ost-West-Konfrontation am Ende der 1970er Jahre nicht ohne Auswirkungen auf die deutsch-deutschen Beziehungen bleiben.²⁸⁴

²⁸⁰ Vgl. Ahrens, *Gegenseitige Wirtschaftshilfe?*, S. 333.

²⁸¹ Vgl. Harm G. Schröter, *Ölkrise und Reaktionen in der chemischen Industrie beider deutscher Staaten. Ein Beitrag zur Erklärung wirtschaftlicher Leistungsdifferenzen*, in: Johannes Bähr/Dietmar Petzina (Hrsg.), *Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen. Vergleichende Studien zur wirtschaftlichen Entwicklung im geteilten Deutschland 1945–1990*, Berlin 1996, S. 114.

²⁸² Vgl. Steiner, *Von Plan zu Plan*, S. 192f.

²⁸³ Vgl. Jörg Roesler, *Der Einfluß der Außenwirtschaftspolitik auf die Beziehungen DDR – Bundesrepublik. Die achtziger Jahre*, in: *Deutschland Archiv* 26 (1993), S. 558–572; Hermann Wentker, *Zwischen Unterstützung und Ablehnung der sowjetischen Linie: Die DDR, der Doppelbeschluss und die Nachrüstung*, in: Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hrsg.), *Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive*, München 2011, S. 137–154.

²⁸⁴ Vgl. Anja Hanisch, *Die DDR im KSZE-Prozess 1972–1985. Zwischen Ostabhängigkeit, Westabgrenzung und Ausreisebewegung*, München 2012, S. 225; dies., *Zwischen sowjetischer Konzessionsbereitschaft und Ausreisebewegung. Die DDR und das Madrider KSZE-Folgetreffen 1980–1983*, in: Matthias Peter/Hermann Wentker (Hrsg.), *Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990*, München 2012, S. 201–218.

Durch die sich ausweitenden deutsch-deutschen Handelskontakte befürchteten nicht nur die Führung der KPdSU um Breschnew, sondern auch einige Mitglieder des SED-Politbüros – wie etwa Stoph, Krolikowski, Neumann, Mielke und Hoffmann – eine wachsende Abhängigkeit der DDR von der Bundesrepublik. Sie bargewöhnten misstrauisch die Versuche Honeckers, einerseits die sowjetische Führung mit demonstrativen Abgrenzungsreden zu beschwichtigen, andererseits aber die deutsch-deutschen Beziehungen weiter zu vertiefen. Den Vorwurf, Honecker treibe durch die deutsch-deutschen Wirtschaftskontakte die DDR in eine politische und ökonomische Abhängigkeit von der Bundesrepublik, erhob Krolikowski in seinen geheimen Informationen an die sowjetische Führung in regelmäßigen Abständen.²⁸⁵ Die Gehässigkeit, mit der Krolikowski sowohl sprachlich als auch inhaltlich Honecker in Moskau denunzierte, war schon ungewöhnlich. Offenbar war seit seiner Ablösung als Wirtschaftssekretär und seiner Versetzung in den Ministerrat 1976 eine persönliche Feindschaft zwischen Krolikowski und dem SED-Chef entstanden.

In dem am 24. Oktober 1980 verfassten Dossier für Breschnew verurteilte Krolikowski mit scharfen Worten die wirtschaftspolitische Bindung an den Westen und die vermeintliche Loslösung von der Sowjetunion: „EH und GM glauben nicht an die Kraft und Stärke des Weltsozialismus mit der Sowjetunion an der Spitze. Sie sind der Auffassung, dass er nicht in der Lage ist, die Probleme zu lösen. Sie sind von den technischen Möglichkeiten des Kapitalismus fasziniert und glauben, dass nur über die Vertiefung der Zusammenarbeit mit dem Kapitalismus ihr Modell des ‚Konsumsozialismus‘ aufrecht erhalten werden kann.“²⁸⁶ Sein Fazit lautete: Die DDR gerate in eine immer tieferer Abhängigkeit gegenüber dem Kapitalismus, wenn dieser gefährlichen Politik kein Einhalt geboten werde.

Die Aussichten, die ökonomische Abhängigkeit von den westeuropäischen Industrieländern zu lockern, erhielten einen empfindlichen Dämpfer, als Breschnew während seines Gesprächs mit Honecker auf der Krim im Sommer 1981 ankündigte, dass die vorgesehenen Lieferungen von Erdöl in die „Bruderländer“ nicht in vollem Umfang gesichert werden könnten. Für die Wirtschaftspolitik der SED spielten die Erdöllieferungen aus der Sowjetunion eine zentrale Rolle. Der Export veredelter Erdölprodukte in westliche Industrieländer (Vergaser- und Dieselmotoren) verbesserte die Devisenbilanz erheblich, wobei die Abhängigkeit von Schwankungen des Erdölpreises die Außenhandelsgeschäfte schwer kalkulierbar machte.²⁸⁷ Eine Erhöhung der Deviseneinnahmen gelang der DDR in den 1970er Jahren vor allem dadurch, dass sie Rohöl aus der Sowjetunion zu Preisen unterhalb des Weltmarktniveaus einkaufte und das raffinierte Mineralöl an die westlichen Industrieländer verkaufte. Das Geschäft mit dem Export von Erdölproduk-

²⁸⁵ Vgl. Przybylski, Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, S. 340–344; 349–356.

²⁸⁶ Bericht Krolikowskis für Breschnew „Zur Wirkung des Krimtreffens“ vom 24. Oktober 1980, in: SAPMO BArch, DY 30/25758.

²⁸⁷ Vgl. Schröter, Ölkrisen und Reaktionen in der chemischen Industrie beider deutscher Staaten, S. 114ff.; Rainer Karlsch/Raymond G. Stokes, Faktor Öl. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859–1974, München 2003, S. 343ff.

ten brachte noch bis Anfang der 1980er Jahre hohe Devisengewinne – allerdings zu einem enormen Preis für die Binnenwirtschaft der DDR.²⁸⁸ Um das devisen-trächtige Mineralölexportprogramm zu realisieren, waren zum Beispiel 14 Milliarden DDR-Mark für die Anwendung eines 1977 eingeführten Verfahrens zur tieferen Spaltung des Erdöls erforderlich.²⁸⁹

Die sowjetischen Lieferungen waren für die Jahre von 1981 bis 1985 ursprünglich auf einen Umfang von 95 Millionen Tonnen Erdöl, also 19 Millionen Tonnen jährlich festgesetzt worden. Auf der RGW-Tagung in Prag im Juni 1980 hatte der sowjetische Ministerpräsident Alexej Kossygin diese Zahlen bestätigt, so dass die SED-Führung sie in die Direktive zum Fünfjahrplan 1981–1985 aufnahm. Wenige Wochen nach dem Krim-Treffen teilte Breschnew der SED-Führung überraschend mit, dass statt der vereinbarten 19 Millionen Tonnen Erdöl nur 17,1 Millionen Tonnen jährlich geliefert werden könnten.²⁹⁰ In zwei Briefen vom 4. September und 2. Oktober 1981 beschwor Honecker im Namen des SED-Politbüros den sowjetischen Parteichef vergeblich, die Kürzung zurückzunehmen, da sonst die Existenz der DDR bedroht sei.²⁹¹ Im persönlichen Gespräch soll Honecker nach der brieflichen Mitteilung Breschnews über die Lieferkürzungen zu Stoph gesagt haben: „Das ist eine schlimme Sache. Er versteht das überhaupt nicht. Auf der Krim hat das gar nicht so eine Rolle gespielt. Damit macht man die DDR kaputt. Dann soll man die DDR doch gleich zu einer Sowjetrepublik machen.“²⁹² Honecker informierte das Politbüro am 8. September 1981 über seinen Brief an den sowjetischen Parteichef, in dem er die verheerenden Folgen der sowjetischen Liefereinschränkungen zu bedenken gab.²⁹³ Nach einer Notiz Krolikowskis hielt Honecker eine Brandrede gegen Breschnew, in der er seine „Verachtung“ gegenüber der gesamten sowjetischen Führung zum Ausdruck gebracht haben soll. Honecker habe die Schuld an den wirtschaftlichen Problemen in der DDR einzig der Sowjetunion in die Schuhe geschoben.²⁹⁴

Die Sowjetunion exportierte inzwischen selbst mehr Erdöl gegen Devisen in die westlichen Industrieländer, da infolge von drei aufeinanderfolgender Missernten Getreide auf dem Weltmarkt eingekauft werden musste.²⁹⁵ In der „Kornkam-

²⁸⁸ Vgl. Steiner, *Von Plan zu Plan*, S. 220f.

²⁸⁹ Vgl. Günter Mittag, *Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweier Systeme*, Berlin 1991, S. 274.

²⁹⁰ Vgl. Hertle, *Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED*, S. 320f.; Maria Haendcke-Hoppe, *Die DDR-Außenwirtschaft am Beginn der Fünfjahrplanperiode 1986–90*, in: *Deutschland Archiv* 20 (1987), S. 49f.; dies., *Die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR und der innerdeutsche Handel*, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hrsg.), *Deutschland Handbuch. Eine doppelte Bilanz*, Bonn 1989, S. 639–652.

²⁹¹ Der Briefwechsel ist überliefert in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1908 und 1909.

²⁹² Notiz Krolikowskis „zum Verhalten von EH nach dem Krim-Treffen“, ohne Datum [8. September 1981], in: ebenda, DY 30/25759.

²⁹³ Vgl. das Protokoll Nr. 20/81 der Sitzung des Politbüros am 8. September 1981, in: ebenda, DY 30/J IV 2/2/1909.

²⁹⁴ Vgl. die Notiz Krolikowskis vom 8. September 1981, in: ebenda, DY 30/25759.

²⁹⁵ Vgl. Hertle/Jarausch, *Risse im Bruderbund*, S. 44.

mer Europas“, wie die Ukraine aufgrund ihrer Schwarzerdeböden genannt wurde, drohte eine Hungersnot. Breschnew schickte ZK-Sekretär Konstantin Russakow zu Honecker, um ihm die Notwendigkeit der Reduzierungen zu erläutern. Während des Gesprächs am 21. Oktober 1981 erklärte Russakow die verzweifelte Lage der Sowjetunion nach drei Missernten in Folge: „Leider besteht der einzige Ausweg, den wir sehen, nur im Ankauf von Getreide und Zucker im Ausland gegen Devisen. [...] Wir haben vielfach alle unsere Möglichkeiten geprüft, aber als real erwies sich nur der erhöhte Export von Erdöl in kapitalistische Länder.“²⁹⁶ Honecker versuchte dem ZK-Sekretär der KPdSU den Ernst der Lage in der DDR vor Augen zu führen: „Ich muß sagen, es wird sehr, sehr schwer sein, eine zehnprozentige Kürzung des Erdölbezugs aus der Sowjetunion und ihre Auswirkungen auf die Volkswirtschaft politisch und ökonomisch zu beherrschen. [...] Niemand wird uns verstehen, wenn wir plötzlich erklären müssen, daß der Lebensstandard bei uns sinkt.“ Nach Honeckers Ansicht stünde sogar die Existenz der DDR auf dem Spiel: „Ich bitte Dich, Genossen Leonid Iljitsch Breschnew offen zu fragen, ob es zwei Millionen Tonnen Erdöl wert sind, die DDR zu destabilisieren und das Vertrauen unserer Menschen in die Partei- und Staatsführung zu erschüttern. [...] Es geht um die Stabilität der DDR.“²⁹⁷

Der Hilferuf Honeckers ist von Zeitzeugen als übertriebene Dramatisierung der wirtschaftlichen Situation in der DDR gewertet worden, um ein Entgegenkommen Breschnews zu erreichen und die Handelsbeziehungen zur Sowjetunion auf stabilem Niveau zu halten.²⁹⁸ Dies trifft, wie die bisherigen Darlegungen gezeigt haben, nicht zu. Die wirtschaftliche und damit auch die politische Stabilität der DDR war bei Honecker und anderen Politbüromitgliedern ein zentrales Element ihres politischen Denkens und Handelns geworden. Aus gutem Grund verwies Honecker in dem Gespräch mit Russakow auf die Ereignisse in Polen und die verheerenden Auswirkungen, die Streiks in der DDR auf die politische Lage an der Trennlinie der Militärblöcke haben würden. Schließlich stehe man „unter dem pausenlosen Feuer des Westens“. Die Aussicht, die Existenz der DDR könne aufgrund eines wirtschaftlichen Desasters nicht mehr gesichert werden, nahm offenbar am Anfang der 1980er Jahre einen festen Platz in der Gedankenwelt der SED-Führung ein.

Bei den Erdöllieferungen bewegte sich die sowjetische Führung jedoch nicht. Die Bezugsmöglichkeit von Erdöl aus der UdSSR zu den vereinbarten Bedingungen verringerte sich von 1982 bis 1987 um insgesamt rund 13 Millionen Tonnen.

²⁹⁶ Niederschrift über das Gespräch zwischen Honecker und Russakow am 21. Oktober 1981, zitiert in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hrsg.), *Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch*, Berlin 1997, S. 752.

²⁹⁷ Zitiert in: ebenda, S. 754.

²⁹⁸ Vgl. Günter Sieber, *Schwierige Beziehungen. Die Haltung der SED zur KPdSU und zur Perestroika*, in: Hans Modrow (Hrsg.), *Das große Haus. Insider berichten aus dem ZK der SED*, Berlin 1994, S. 71f.; Herbert Häber, *Persönliche Anmerkungen zum Verhältnis zwischen den Führungen der SED und der KPdSU*, in: Jürgen Hofmann/Detlef Nakath (Hrsg.), *Konflikt – Konfrontation – Kooperation. Deutsch-deutsche Beziehungen in vierzig Jahren Zweistaatlichkeit*, Schkeuditz 1998, S. 127ff.

Tabelle 23: Entwicklung des Erdölimports der DDR aus der UdSSR 1970 bis 1989²⁹⁹

Jahr	Bezugsmenge in kt	Erdölpreis in Rubel/t
1970	9235	14,00
1975	15 097	35,00
1976	16 012	37,95
1977	17 007	47,20
1978	17 760	57,70
1979	18 536	66,00
1980	19 012	70,74
1981	19 036	91,10
1982	17 709	115,40
1983	17 051	138,00
1984	17 068	157,10
1985	17 075	168,18
1986	17 067	172,00
1987	17 072	152,63
1988	17 081	131,59
1989	17 081	112,34

Die obenstehende Tabelle 23 gibt eine Übersicht über die Erdölimporte der DDR aus der UdSSR.

Die Verringerung sowjetischer Erdöllieferungen wirkte sich insbesondere auf den Export von Erdölprodukten aus, der die DDR Anfang der 1980er Jahre befähigt hatte, ihre Auslandsschulden in etwa stabil zu halten bzw. sogar geringfügig abzubauen. Bis Ende 1981 war die Gesamtverschuldung auf 30,6 Mrd. VM gestiegen.³⁰⁰ 1982 gelang es mit Hilfe eines Exportüberschusses, den Negativ-Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Vorjahr erstmals zu senken und den damit anhaltenden Negativtrend zu stoppen. Die Verschuldung gegenüber den westlichen Gläubigern belief sich Ende 1982 auf 28,2 VM (Bei einem Umrechnungskurs von 1 US-Dollar = 2,40 VM).³⁰¹ Angesichts steigender Rohölpreise konnte die DDR durch das Geschäft mit dem Export von Erdölprodukten noch bis Mitte der 1980er Jahre hohe Devisengewinne erwirtschaften.³⁰² Das devisenträchtige Mineralölexportprogramm war möglich, da die seitens der DDR an die Sowjetunion zu zahlenden Preise unter den Weltmarktpreisen lagen. Dennoch stiegen die Gesamtschulden gegenüber westlichen Gläubigern seit 1983

²⁹⁹ Vgl. die Information der ZK-Abteilung Planung und Finanzen vom 21. November 1988, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 6/90, Bd. 176, Bl. 15.

³⁰⁰ Vgl. die Informationen über die Zahlungsbilanz und Außenwirtschaftsbeziehungen bis Ende Dezember 1981 vom Januar 1982, in: SAPMO BArch, DY 30/5212.

³⁰¹ Vgl. die Informationen über die Zahlungsbilanz und Außenwirtschaftsbeziehungen bis Ende Dezember 1982 vom Januar 1983, in: ebenda, DY 30/5213.

³⁰² Vgl. Steiner, Von Plan zu Plan, S. 221.

erneut an. Die vom Politbüro im Oktober 1978 beschlossene Halbierung der Westverschuldung bis 1985 wurde nicht erreicht.³⁰³

In Anbetracht der nicht mehr zu übersehenden wirtschaftlichen Notlagen suchte das SED-Politbüro nach Auswegen aus der Wirtschaftskrise. Während Honecker die Beziehungen zu Bonn intensivierte, da er sich von dort die nötige wirtschaftliche Entlastung versprach, erwog Krokowski in seinen Notizen für die sowjetische Führung wirtschaftspolitische Alternativen. Um die Wirtschaft zu stabilisieren, hielt er es ebenso, wie dies Schürer bereits 1978 vorgeschlagen hatte, für erforderlich, Abstriche am Lebensstandard der Bevölkerung in Kauf zu nehmen. In seinem Vermerk vom Juni 1982 notierte er: „Natürlich muss in der DDR das Lebensniveau eingeschränkt werden. Die Mehrheit von Partei, Arbeiterklasse und Volk ist auch dazu bereit, wenn dies ehrlich erklärt und mit einer überzeugenden Konzeption begründet wird. Aber die Bereitschaft, den Schwindel der einseitigen Erfolgspropaganda bei ständiger Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen mitzumachen, geht verständlicherweise zurück.“³⁰⁴ Es werde sich, so orakelte Krokowski, noch bitter rächen, dass Honecker auf eine kritische Beurteilung der Lage in der DDR auf dem X. Parteitag im April 1981 bewusst verzichtet und stattdessen Schönfärberei betrieben hatte. Auch an der Parteibasis verliere die Führung an Glaubwürdigkeit: „Bei vielen Genossen und guten Parteilosern gibt es wachsende Fragen, warum die Parteiführung das Volk über die wirkliche Lage und die begrenzten Möglichkeiten nicht ins Vertrauen zieht, sondern die platte unglaubliche einseitige Erfolgspropaganda, die in Polen Schiffbruch erlitt, rigoros fortsetzt.“³⁰⁵

Wenngleich Krokowski in seinen Ausarbeitungen die innenpolitischen Zustände in der DDR zutreffend beschrieb, irrte er in einem entscheidenden Punkt: Die Bereitschaft, eine deutliche Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen mit der Aussicht auf bessere Zeiten zu tolerieren, war in den 1980er Jahren nicht mehr vorhanden. In den Reihen der Nachkriegsgeneration hatte das propagandistische Versprechen, für ein besseres Leben in Wohlstand und Frieden zu sorgen, noch erhebliche Wirkung entfaltet. Ein Leben in einer Gesellschaft ohne materielle Not und ohne Arbeitslosigkeit schien jenen Kommunisten erstrebenswert, die die bitteren Erfahrungen von Wirtschaftskrise, Krieg und Vertreibung noch selbst durchlebt hatten. Die in der DDR aufgewachsene Generation wollte sich jedoch nicht auf eine ferne Zukunft vertrösten lassen. Die entscheidende Funktion des Wohlstandsversprechens, für politische Ruhe im Land zu sorgen, ließ deutlich an Wirkung nach. Die offizielle Erfolgspropaganda konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die SED ihr Versprechen einer besseren Zukunft nicht einlösen konnte und die Erwartungen an künftige Lebensperspektiven viel-

³⁰³ Vgl. den Beschluss des Politbüros „Zur Entwicklung der Volkswirtschaft“ vom 24. Oktober 1978, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1748.

³⁰⁴ Niederschrift Krokowskis „Zur Lage in der DDR“, ohne Datum [16. Juni 1982], in: ebenda, DY 30/25759.

³⁰⁵ Ebenda.

fach enttäuscht wurden. Die durch den Vergleich mit der westlichen Konsumwelt wachsenden Ansprüche konnten nicht mehr befriedigt werden. Die Lebenslage der Bevölkerung verschlechterte sich zunehmend, da die Versorgung selbst mit Erzeugnissen des „Grundbedarfs“ nicht mehr flächendeckend und durchgängig garantiert werden konnte. Die Vorschläge Krolikowskis, die er in Briefen an die sowjetische Führung präsentierte, stellten somit keine echte Alternative zum „Konsumsozialismus“ Honeckers dar.

Die Wirtschaft der DDR befand sich auf einer rasanten Talfahrt. Zunehmender Verschleiß der technischen Ausrüstung, rückläufige Investitionsquoten, steigende Rohstoffkosten, mangelnde Konkurrenzfähigkeit der DDR-Erzeugnisse auf dem Weltmarkt, steigende Zinsen für die Aufnahme neuer Schulden bei westlichen Banken und die Kürzung sowjetischer Rohöllieferungen seit Anfang 1982 stürzten die DDR in die bis dahin tiefste ökonomische Krise.³⁰⁶ Hinzu kam ein Kreditstopp des Westens, der auf die Zahlungsunfähigkeit Rumäniens und Polens und die Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 folgte. Generell war die Wirtschaft der DDR aufgrund systembedingter Funktionsmängel nicht mehr in der Lage, auf die neuen Herausforderungen der Weltwirtschaft zu reagieren. Mit dem herkömmlichen Produktionsprofil war es weder möglich, die Exporte zu steigern noch die Importe zu senken. Die Forschungs- und Wirtschaftspolitik in der Honecker-Ära propagierte zwar stets die Weltmarktfähigkeit der Industrieerzeugnisse, in der Praxis jedoch waren Forschung und Entwicklung nahezu ausschließlich auf Instandhaltung, die Entwicklung von Ersatzstoffen als Importablösung und die Nutzung der eigenen Ressourcen orientiert.³⁰⁷ Dem von Honecker in den 1980er Jahren immer wieder aufs Neue angekündigten Modernisierungskurs fehlten ausreichende Innovationsbedingungen, insbesondere die Anpassungs- und Selbststeuerungsmöglichkeiten der Betriebe.³⁰⁸ Mit dem extensiven, auf Wachstum orientierten Wirtschaftskonzept konnten die Innovationsdefizite der Wirtschaft nicht mehr kompensiert werden.³⁰⁹

³⁰⁶ Vgl. Steiner, Von Plan zu Plan, S. 222f.

³⁰⁷ Vgl. Johannes Abele, Technik und nationale Identität in der DDR, in: Sabine Schleiermacher/Norman Pohl (Hrsg.), *Medizin, Wissenschaft und Technik in der SBZ und DDR. Organisationsformen, Inhalte, Realitäten*, Husum 2009, S. 255.

³⁰⁸ Vgl. Manuel Schramm, *Wirtschaft und Wissenschaft in der DDR und BRD. Die Kategorie Vertrauen in Innovationsprozessen*, Köln 2008, S. 217; Hans-Jürgen Wagener, *Zur Innovationschwäche der DDR-Wirtschaft*, in: Bähr/Petzina, *Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen*, S. 30ff.

³⁰⁹ Vgl. André Steiner, *Anschluss an den „Welthöchststand“? Versuche des Aufbrechens der Innovationsblockaden im DDR-Wirtschaftssystem*, in: Johannes Abele/Gerhard Barkleit/Thomas Hänseroth (Hrsg.), *Innovationskulturen und Fortschrittserwartungen im geteilten Deutschland*, Köln 2001, S. 71–88.

V. Schleichende Erosion der SED-Herrschaft

1. Allwissenheit des MfS? Informationsquellen über den Verfall der Wirtschaft

Anfang der 1980er Jahre war Honeckers Wirtschafts- und Sozialprogramm praktisch gescheitert. Stagnierende Wirtschaftskraft, steigende Ausgaben für die sozialen Wohltaten sowie eine erhebliche Verteuerung und Kürzung der lebensnotwendigen Erdöllieferungen aus der Sowjetunion, die ihre Verpflichtungen nicht mehr erfüllen konnte, verursachten eine ernste Wirtschafts- und Versorgungskrise.¹ Negative außenwirtschaftliche Bedingungen (Anstieg der Rohstoffpreise), das westliche Embargo (COCOM-Liste der Güter, die als „militärisch relevant“ betrachtet wurden und deshalb nicht an die Staaten des Warschauer Pakts verkauft werden durften), vor allem aber volkswirtschaftliche Missstände und die Unzulänglichkeiten der Planwirtschaft führten zu einem rapide zunehmenden wirtschaftlichen Verfall und drohender Zahlungsunfähigkeit gegenüber westlichen Gläubigern, so dass die DDR schließlich in ihre finale Existenzkrise stürzte. Nicht nur unter den führenden SED-Wirtschaftsfunktionären, auch in der für die Wirtschaft zuständigen Hauptabteilung (HA) XVIII mit seinem Hauptabteilungsleiter Alfred Kleine an der Spitze machte sich Furcht vor dem drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch der DDR breit.²

Für die Beurteilung der wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume und Entscheidungshintergründe sind die Informationen, auf die sich die SED-Führung stützen konnte, von außerordentlichem Interesse.³ Umso aufschlussreicher ist ein Einblick in den Kenntnisstand, über den das MfS durch seine Inoffiziellen Mitarbeiter sowie offizielle Kanäle in der Wirtschaft tatsächlich verfügte.⁴ Über einen komplexen Informationsfluss gewann die HA XVIII ein differenziertes Bild über die Wirtschaftsabläufe von der Planaufstellung bis hin zum Planvollzug. Diese

¹ Vgl. Steiner, Von Plan zu Plan, S. 194ff.

² Vgl. Hans-Hermann Hertle, Die DDR an die Sowjetunion verkaufen? Stasi-Analysen zum ökonomischen Niedergang der DDR, in: Deutschland Archiv 42 (2009), S. 476–495; Hans-Hermann Hertle/Franz-Otto Gilles, Zur Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR-Wirtschaft, in: Renate Hürtgen/Thomas Reichel (Hrsg.), Der Schein der Stabilität – DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker, Berlin 2001, S. 173–189.

³ Vgl. Maria Haendcke-Hoppe-Arndt, Wer wußte was? Der ökonomische Niedergang der DDR, in: Deutschland Archiv 28 (1995), S. 588–602; Jens Gieseke, „Seit Langem angestaute Unzufriedenheit breitet sich in Bevölkerungskreisen“ – Das Volk in den Stimmungsberichten des Staatssicherheitsdienstes, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 130–148.

⁴ Vgl. zu den Mechanismen der MfS-Überwachung in der Wirtschaft: Hans-Hermann Hertle/Franz-Otto Gilles, Stasi in der Produktion – Die „Sicherung der Volkswirtschaft“ am Beispiel der Struktur und Arbeitsweise der Objektdienststellen des MfS in den Chemiekombinaten, in: Klaus-Dietmar Henke/Roger Engelmann (Hrsg.), Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995, S. 118–137.

Diensteinheit des MfS, die seit 1974 von Alfred Kleine im Range eines Generalmajors geleitet wurde, war für die „Sicherung der zentralen volkswirtschaftlichen Bereiche, Objekte und Einrichtungen“, insbesondere für die Überwachung der zentralen Leitungs- und Planungsorgane der Wirtschaft zuständig.⁵ Unter Kleines Leitung trat die HA XVIII zunehmend als eine Art Aufsichtsbehörde über den Wirtschaftsapparat in Erscheinung. Die jeweiligen Politbürovorlagen zu den Jahres- und Fünfjahrplänen wurden ihr zur Stellungnahme übersandt, um den Realitätsgehalt der einzelnen Plankennziffern zu überprüfen. Auch die Daten über die tatsächliche Erfüllung der Wirtschaftspläne in den einzelnen Ministerien, die in den offiziellen Angaben der Zentralverwaltung für Statistik nicht korrekt ausgewiesen wurden, sollten von den mehr als 600 Mitarbeitern der Hauptabteilung ermittelt und analysiert werden.

Eine Schlüsselrolle spielte die von Oberstleutnant Horst Roigk geleitete Abteilung 4. Sie knüpfte enge Verbindungen zu zentralen Planungs- und Finanzorganen, insbesondere zur Staatlichen Plankommission, zur Zentralverwaltung für Statistik, zum Finanzministerium, zur Staatsbank der DDR und zum Amt für Preise. Zu den prominenten Informationsquellen aus dem staatlichen Wirtschaftsapparat zählte Harry Möbis, Staatssekretär für Organisation und Inspektion beim Ministerrat der DDR. Möbis war als „Offizier im besonderen Einsatz (OibE)“ des MfS dem Leiter der HA XVIII direkt unterstellt.⁶ Über Inoffizielle Mitarbeiter (IM) und offizielle Kontakte zum mittleren bzw. oberen Führungspersonal, aber auch über geheime Informanten aus den wirtschaftspolitischen Abteilungen des Zentralkomitees sammelte die HA XVIII Informationen aus den Ministerien für Industrie, Landwirtschaft, Finanzen und Handel und leitete diese gefiltert an die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS weiter, die wiederum aus diesem Material geheime Berichte für ausgewählte Personen der SED-Führung zusammenstellte.⁷

Die internen Informationen der HA XVIII über den Zustand der DDR-Wirtschaft, die Kleine Mielke direkt weiterleitete, dokumentieren, dass Grundprobleme des wirtschaftlichen Planungsmechanismus und strukturelle Mängel der DDR-Wirtschaft bereits in den 1970er Jahren zutreffend beschrieben wurden.⁸ Informationen aus der Staatlichen Plankommission dienten dabei als wichtige

⁵ Vgl. Maria Haendcke-Hoppe-Arndt, *Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft (MfS-Handbuch)*, Berlin 1997, S. 4ff.; Hans-Hermann Hertle/Franz-Otto Gilles, *Sicherung der Volkswirtschaft. Struktur und Tätigkeit der „Linie XVIII“ des MfS*, in: *Deutschland Archiv* 29 (1996), S. 48–57.

⁶ Vgl. Haendcke-Hoppe-Arndt, *Die Hauptabteilung XVIII*, S. 11.

⁷ Vgl. zum Aufbau und der Arbeitsweise der ZAIG: Roger Engelmann/Frank Joestel, *Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (MfS-Handbuch)*, Berlin 2009; Daniela Munkel, *Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1953 bis 1989*, in: dies. (Hrsg.), *Die DDR im Blick der Stasi 1961. Die geheimen Berichte an die SED-Führung*, Göttingen 2011, S. 7–11.

⁸ Vgl. zu den Berichten des MfS aus der Wirtschaft: Siegfried Suckut, *Einleitung 1976*, in: ders. (Hrsg.), *Die DDR im Blick der Stasi 1976. Die geheimen Berichte an die SED-Führung*, Göttingen 2009, S. 32–36.

Quellen. Auch Minister, stellvertretende Minister sowie Generaldirektoren volkseigener Betriebe und Kombinate zählte das MfS zu den wertvollen Informationsquellen. In der Regel wurden unter dem Leitungspersonal der zu überwachenden Ministerien und zentralen staatlichen Institutionen OibE als Sicherheitsbeauftragte (SB) geworben.⁹ Aufgrund ihrer Berichte gelangte die HA XVIII zu einer realistischen Bestandsaufnahme der volkswirtschaftlichen Lage, die im staatlichen Berichtswesen nicht üblich war.¹⁰

Die Annahme, es habe keine Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS im Apparat des ZK gegeben¹¹, kann im Lichte neuer Quellen nicht aufrechterhalten werden. Trotz des offiziellen Verbots, die Parteizentrale auszuforschen¹², gelangten Informationen über politisch relevante Diskussionen und Stimmungen in der SED-Zentrale, aber auch Vorlagen und Beschlussentwürfe aus den wirtschaftspolitischen Abteilungen zu den entsprechenden Dienstseinheiten des MfS. Mitunter übergaben Inoffizielle Mitarbeiter aus ZK-Abteilungen geheime Unterlagen über sensible Wirtschaftsdaten dem MfS.¹³ Auf diese Weise erhielt die Staatssicherheit Kenntnisse über das tatsächliche Ausmaß der Zahlungsbilanzdefizite. Kontakte und Informationsaustausch gab es in Form von „vertraulichen Gesprächen“, über deren Inhalt Mielke umgehend informiert wurde. So wandte sich der Leiter der ZK-Abteilung Planung und Finanzen Ehrensperger Anfang Februar 1982 an den Leiter der HA XVIII und bat um eine Aussprache über drängende Wirtschaftsprobleme.¹⁴ Ähnliche Gespräche dürfte das MfS auch mit anderen Funktionären sowohl aus dem zentralen Parteiapparat als auch aus den Institutionen des Ministerrates geführt haben.

Darüber hinaus war Ehrensperger für die HA XX/10 des MfS „aktiv erfasst“¹⁵, woraus geschlussfolgert werden kann, dass der ZK-Abteilungsleiter mit dem MfS

⁹ Vgl. Haendcke-Hoppe-Arndt, Die Hauptabteilung XVIII, S. 11.

¹⁰ Vgl. Siegfried Suckut, Seismographische Aufzeichnungen. Der Blick des MfS auf Staat und Gesellschaft in der DDR am Beispiel der Berichte an die SED-Führung 1976, in: Jens Gieseke (Hrsg.), Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsallday in der DDR, Göttingen 2007, S. 99–128. Generell zu den Stimmungsberichten des MfS vgl. Jens Gieseke, Annäherung und Fragen an die „Meldungen aus der Republik“, in: ebenda, S. 79–98.

¹¹ So bei Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Berlin 1998, S. 106.

¹² Die bislang in der Literatur vorherrschende Annahme, es habe keine Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS im Apparat des ZK gegeben, stützt sich auf interne Dienstanweisungen des MfS. Walter Süß verweist auf einen entsprechenden Beschluss der Sicherheitskommission des Politbüros vom 16. Dezember 1954: Das Verhältnis von SED und Staatssicherheit. Eine Skizze seiner Entwicklung, Berlin 1997, S. 17. Die Richtlinien für die Anwerbung und „Führung“ von Inoffiziellen Mitarbeitern geben darüber keine eindeutigen Hinweise: Helmut Müller-Enbergs, Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 1: Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, Berlin 2010.

¹³ Vgl. das Schreiben von OSL Ralf Hecht an Generalmajor Alfred Kleine vom 27. Februar 1985, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 13254, Bl. 12.

¹⁴ Vgl. die Aufzeichnungen Kleines über eine Beratung beim Stellvertreter des Ministers, Rudi Mittag, am 2. Februar 1982, in: ebenda, MfS HA XVIII 4693, Bl. 104.

¹⁵ Vgl. das Schreiben des Leiters Abteilung XII, Oberst Heinz Roth, an den Leiter der HA XX/10 vom 25. Mai 1981, in: ebenda, MfS HA XX 15109, Bl. 199.

in irgendeiner Form zusammenarbeitete oder potentiell für eine konspirative Zusammenarbeit in Frage kam.¹⁶ Die Hauptabteilung XX hatte u. a. zentrale Institutionen des Staatsapparates sowie der SED zu überwachen und „politisch-ideologische Diversion“ in diesen Einrichtungen zu bekämpfen.¹⁷ Die Zusammenarbeit mit Funktionären aus zentralen Parteiinstitutionen musste intern verschleiert werden, da im ZK-Apparat keine Inoffiziellen Mitarbeiter geworben werden durften.¹⁸ Entsprechende Anfragen durch eine andere Dienstseinheit hatte die Abteilung XII des MfS, die die zentrale Personenkartei der Staatssicherheit führte, aufgrund der gesellschaftlichen Stellung der betreffenden Person mit „nicht erfasst“ zu beantworten.¹⁹ Das Verbot, Inoffizielle Mitarbeiter im SED-Apparat zu rekrutieren, wurde unterlaufen, indem die Kontakte nur rein formell abgebrochen wurden, wenn beispielsweise ein SED-Funktionär eine Funktion im zentralen Parteiapparat übernahm. Der IM-Vorgang wurde dann zwar offiziell beendet, die Gespräche mit dem Führungsoffizier liefen aber ungehindert weiter, indem der IM als „Kontaktperson“ oder eben aktenkundig gar nicht mehr geführt wurde. Rein formell wurde damit der Regelung entsprochen; am Informationsfluss änderte sich aber nichts. Durch diese Praxis musste das MfS nicht auf wichtige Informationsquellen verzichten, die sich gegebenenfalls für innerparteiliche Auseinandersetzungen instrumentalisieren ließen. Wie die jahrzehntelange geheimdienstliche Überwachung von Verteidigungsminister Heinz Hoffmann dokumentiert, sah Mielke keinen Tabubruch darin, Interna aus dem obersten Partei- und Staatsapparat heimlich ausforschen zu lassen.²⁰

Wie es gelang, die Parteizentrale aufgrund von Informationen politischer Mitarbeiter trotz offiziellen Verbots auszuforschen, zeigen die Berichte von IMS²¹ „Fritz Schuchardt“, die er seit 1981 in regelmäßigen Abständen der HA II/6 des MfS übermittelte.²² Die HA II/6 war für die Spionageabwehr in Politik und Wirtschaft zuständig und lieferte wie auch die HA XVIII „sicherheitspolitisch“ bedeutsame Informationen für die zentrale Schaltstelle der Staatssicherheit, die

¹⁶ Entsprechend der einschlägigen Definition handelt es sich bei einer „aktiven Erfassung“ um Personen im Rahmen eines IM-Vorlaufs, eines IM-Vorgangs, einer GMS-Akte sowie eines operativen Vorgangs. Vgl. Siegfried Suckut (Hrsg.), *Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“*, Berlin 2001, S. 111.

¹⁷ Vgl. Thomas Auerbach/Matthias Braun/Bernd Eisenfeld/Gesine von Prittwitz/Clemens Vollnhals, *Hauptabteilung XX: Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, „politischer Untergrund“* (MfS-Handbuch), Berlin 2008, S. 175.

¹⁸ Vgl. Süß, *Das Verhältnis von SED und Staatssicherheit*, S. 17.

¹⁹ Vgl. das Schreiben des Leiters Abteilung XII an den Leiter der HA XX/10 vom 25. Mai 1981, in: Archiv BStU, MfS HA XX 15109, Bl. 199.

²⁰ Vgl. Siegfried Suckut: Mielke contra Hoffmann. Wie die Stasi die Entlassung des DDR-Verteidigungsministers betrieb. Eine Fallstudie zum Verhältnis MfS-SED, in: JHK 2012, Berlin 2012, S. 265–302.

²¹ Abkürzung für: Inoffizieller Mitarbeiter zur politisch-operativen Durchdringung und Sicherung des Verantwortungsbereichs.

²² Vgl. den Auskunftsbericht der HA II/6 über IMS „Fritz Schuchardt“ vom 30. Januar 1989, in: Archiv BStU, MfS AIM 1825/89, Bd. 1, Bl. 232–240.

ZAIG. Diese wurden dann analytisch ausgewertet und für die Berichterstattung an die SED-Führung unter direkter Anleitung Mielkes vorbereitet.²³

Der studierte und promovierte Finanzökonom arbeitete seit November 1981 nach einem mehrjährigen Auslandsaufenthalt in der Abteilung Sozialistische Rechnungsführung des Ministeriums der Finanzen und seit September 1983 als persönlicher Referent des Staatssekretärs im Ministerium der Finanzen. Bereits in einem seiner ersten Berichte schilderte IMS „Fritz Schuchardt“ seinem Führungsoffizier die fragwürdigen Methoden, mit denen offizielle Statistiken und Analysen für die SED-Führung manipuliert wurden.²⁴ Seit August 1988 arbeitete IMS „Fritz Schuchardt“ als politischer Mitarbeiter in der Abteilung Planung und Finanzen des ZK der SED, Sektor Finanzen und Preise. Die geheimdienstliche Zusammenarbeit nach seinem Wechsel in den zentralen Parteiapparat lässt erkennen, wie – zumindest in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre – das Verbot, Inoffizielle Mitarbeiter des MfS im Parteiapparat zu führen, mit einem Trick umgangen werden konnte. Mit Beginn seiner hauptamtlichen Tätigkeit im Parteiapparat wurde die „inoffizielle Zusammenarbeit“ mit ihm zwar eingestellt. Doch schon wenige Tage später trafen sich die vertrauten Gesprächspartner wie schon in den Jahren zuvor in einem Ost-Berliner Restaurant, um die Perspektiven der Kooperation zwischen dem MfS und IMS „Fritz Schuchardt“ auszuloten, den die Staatssicherheit offenbar für eine unverzichtbare Informationsquelle hielt.²⁵

Da IMS „Fritz Schuchardt“ über interne wirtschafts- und finanzpolitische Analysen der ZK-Abteilung Planung und Finanzen zu berichten wusste, lief die Informationstätigkeit in gewohnter Weise unter anderer Bezeichnung weiter. Die konspirativen Methoden der Kontaktaufnahme unterschieden sich nicht von jenen Praktiken, die bei Inoffiziellen Mitarbeitern in anderen Bereichen benutzt wurden. Das Besondere liegt eben darin, dass es sich hier um die Machtzentrale der SED handelte. Als „Kontaktperson“ bzw. als „ständiger Konsultationspartner“ informierte der Mitarbeiter der ZK-Abteilung Planung und Finanzen bis Ende November 1989 das MfS über die fieberhaften und letztlich erfolglosen Versuche der Wirtschaftsfunktionäre im ZK-Apparat, die Wirtschaft einigermaßen in Gang zu halten. Die „Kontaktperson“ konnte über die Stimmung im zentralen Parteiapparat und über konzeptionelle Überlegungen der ZK-Abteilung Planung und Finanzen zum Abbau der Staatsschulden berichten. Derartige Meldungen stufte die HA II/6 als „sicherheitspolitisch“ bedeutsam ein, so dass diese an die ZAIG weitergeleitet wurden.²⁶ Damit wird auch dokumentiert, dass diese verschleierte Form von konspirativer Tätigkeit im ZK-Apparat von den zuständigen Abteilungsleitern, Hauptabteilungsleitern sowie auch vom Minister und seinen Stell-

²³ Vgl. Engelmann/Joestel, Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, S. 4.

²⁴ Vgl. den Bericht über eine Information von IMS „Fritz Schuchardt“ vom 20. Oktober 1982, in: Archiv BStU, MfS AIM 1825/89, Bd. 2, Bl. 23.

²⁵ Vgl. den Treffbericht mit IMS „Fritz Schuchardt“ vom 22. August 1988, in: ebenda, MfS AIM 1825/89, Bd. 1, Bl. 114.

²⁶ Vgl. das Schreiben des Leiters der HA II/6, Major Neuberger, an den Leiter der HA II, Generalleutnant Kratsch, vom 22. Februar 1989, in: ebenda, Bl. 130.

vertretern gebilligt, möglicherweise sogar angeordnet wurde. Für Informanten aus anderen ZK-Abteilungen galten vermutlich ähnliche Praktiken, um einerseits den formal geltenden Richtlinien zu entsprechen und andererseits auf die überaus wertvollen Informationen aus der Machtzentrale der SED nicht verzichten zu müssen. So erfuhr das MfS Interna über die Machthierarchien und Kompetenzstreitigkeiten im ZK-Apparat, die sich gegebenenfalls zur gezielten Einflussnahme einsetzen ließen.

Die Zugehörigkeit zum zentralen Parteiapparat bot keineswegs einen ausreichenden Schutz vor geheimdienstlicher Observation. Selbst Abteilungsleiter des ZK wurden mit nachrichtendienstlichen Methoden, d. h. mittels Telefonüberwachung durch die MfS-Abteilung 26²⁷, zeitweilig überwacht. Nach Zeugenaussagen des Leiters der HA II (Spionageabwehr), Generalleutnant Günther Kratsch, gegenüber der Staatsanwaltschaft hatte dies Mielke persönlich angeordnet.²⁸ Davon betroffen waren beispielsweise Ursula Ragwitz, Leiterin der Abteilung Kultur, sowie Karl Seidel, Leiter der Abteilung Gesundheitspolitik. Auch Manfred Uschner, persönlicher Mitarbeiter von Hermann Axen, sowie Otto Reinhold, Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, unterlagen in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zeitweilig der Telefonüberwachung. Es gab offenbar keine Tabuzonen für bestimmte Bereiche innerhalb der SED, die dem Zugriff der Staatssicherheit entzogen waren.²⁹

Die geschilderten Methoden der konspirativen Informationsbeschaffung dienten dem umfassenden Kontrollanspruch der Staatssicherheit und werfen neue Fragen nach dem Verhältnis zwischen MfS und SED auf.³⁰ Obgleich das MfS existenziell für den Machterhalt der SED und zweifellos kein „Staat im Staate war“³¹ war, erfasst die vorherrschende Sicht auf die Staatssicherheit als „Schild und Schwert der Partei“ den Beziehungsalltag zwischen Partei und Sicherheitsapparat nicht vollständig.³² Bislang unzureichend beantwortet wurde die Frage, welche Diskrepanzen, Wechselwirkungen und Spannungen es trotz der engen Verzah-

²⁷ Vgl. Angela Schmole, Abteilung 26. Telefonkontrolle, Abhörmaßnahmen und Videoüberwachung (MfS-Handbuch), Berlin 2009.

²⁸ Vgl. die Zeugenaussage von Günther Kratsch vom 16. April 1991, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 245/90, Bd. 31, Bl. 125.

²⁹ Selbst private Telefongespräche zwischen Honecker und Schriftstellern, die unter geheimdienstlicher Überwachung standen, wurden mitgeschnitten und protokolliert: Protokoll über das Gespräch zwischen Erich Honecker und Stephan Hermlin am 12. Juni 1978, in: Archiv BStU, MfS HA XX 209, Bl. 5f.

³⁰ Vgl. zum Verhältnis zwischen SED und MfS: Walter Süß, „Schild und Schwert“ – Das Ministerium für Staatssicherheit und die SED, in: Aktenlage, S. 83–97; Siegfried Suckut/Walter Süß (Hrsg.), Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997; Helge Heidemeyer, SED und Ministerium für Staatssicherheit: „Schild und Schwert der Partei“, in: Jens Gieseke/Hermann Wentker (Hrsg.), Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme, Berlin 2011, S. 114–135.

³¹ Dies behaupteten sowohl Honecker als auch Krenz: Egon Krenz, Wenn Mauern fallen. Die Friedliche Revolution: Vorgeschichte, Ablauf, Auswirkungen, Wien 1990, S. 124; Reinhold Andert/ Wolfgang Herzberg, Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör, Berlin 1990, S. 368.

³² Darauf hat bereits Siegfried Suckut hingewiesen: Mielke gegen Hoffmann, S. 299.

nung zwischen MfS und SED auf regionaler Ebene gab.³³ Vieles spricht dafür, dass die Rollenverteilung von Befehlsgeber und Befehlsempfänger nicht immer so eindeutig war, wie es die institutionelle Subordination des MfS unter die SED vermuten lässt.

Wenngleich viele Berichte aus dem Partei- und Staatsapparat über eine Beschreibung der Symptome der krisenhaften ökonomischen Entwicklung nicht hinausgingen, ermöglichten die vielfältigen Informationskanäle dem MfS doch bemerkenswerte Einsichten in einige Ursachen der seit Anfang der 1980er Jahre ausgebrochenen Wirtschaftskrise. Zunächst konnten die sich häufenden Mitteilungen über die gängige Praxis, durch statistische Tricks und Manipulationen vor Ort die Kennziffern der Jahrespläne als erfüllt abrechnen zu können, noch als temporäre Funktionsmängel der Planwirtschaft bagatellisiert werden. Später wurden die Berichte über den fortschreitenden Verschleiß der materiell-technischen Ausrüstungen in den staatlichen Betrieben und damit der ökonomische Substanzverlust zu Recht als Vorboten des bevorstehenden wirtschaftlichen Untergangs gedeutet. Über die verschlungenen Wege der konspirativen Informationsbeschaffung auf verschiedenen Leitungsebenen der Partei, des Staates sowie der Wirtschaft gewann das MfS insbesondere tiefe Einblicke in die sich dramatisch zuspitzenden Zahlungsbilanzprobleme, die in den internen Analysen als existenzielles Problem der DDR bewertet wurden. Die sensiblen Daten aus dem Ministerium für Außenwirtschaft, dem Ministerium der Finanzen und der Abteilung Planung und Finanzen des ZK wurden allerdings nur intern an den Minister sowie die zuständigen Stellvertreter und Hauptabteilungsleiter geleitet.³⁴ So begnügte sich das MfS mit der Rolle des allwissenden Chronisten ökonomischer Mängel und Unzulänglichkeiten, die Mielke freilich weit über den ursprünglichen Auftrag hinaus ausdehnte. Letztlich blieb der HA XVIII seit den 1980er Jahren noch eine Art Ventilfunktion, indem diese Dienstseinheit als aufmerksamer Zuhörer und Empfänger wachsender Sorgen und der zunehmenden Verzweiflung in Erscheinung trat, die leitende Staats- und Wirtschaftsfunktionäre angesichts des drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruchs erfasst hatte.³⁵

2. Warnungen vor dem ökonomischen Niedergang

Der nicht mehr zu übersehende wirtschaftliche Verfall rückte in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre immer mehr in den Mittelpunkt interner Analysen des MfS. Die HA XVIII übermittelte der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe

³³ Vgl. Gunter Gerick, SED und MfS. Das Verhältnis der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt und der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit 1961 bis 1989, Berlin 2013; Roger Engelmann, Eine Regionalstudie zu Herrschaft und Alltag im Staatssozialismus, in: Staatssicherheit und Gesellschaft, S. 167–186.

³⁴ Vgl. den analogen Umgang mit „Hinweise zu Reaktionen der Bevölkerung“: Gieseke, Das Volk in den Stimmungsberichten des Staatssicherheitsdienstes, S. 130.

³⁵ Vgl. Haendcke-Hoppe-Arndt, Die Hauptabteilung XVIII, S. 123.

(ZAIG) des MfS immer häufiger Informationen, in denen die tatsächliche Wirtschaftslage geschildert wurde.³⁶ Immer öfter war jetzt von Skepsis und Resignation unter führenden Wirtschaftsfunktionären die Rede, so dass unrealistische Vorgaben wider besseres Wissen hingenommen wurden. Die Berichte des MfS dokumentieren die bereits Ende der 1970er Jahre nicht mehr zu übersehende Erosion der Macht. In der Wirtschaftselite der SED, ja selbst in Teilen der Machtzentrale im „großen Haus“, breiteten sich Zweifel am Sinn ihrer eigenen Tätigkeit aus. Insofern begann der innere Zerfall der wichtigsten Machtstützen nicht erst im Herbst 1989. Auswege aus der wirtschaftlichen Krise sahen einige Funktionäre der mittleren Leitungsebene im ZK (Sektorenleiter) sowie politische Mitarbeiter nur in einem radikalen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik, der aber nur nach einem Generationswechsel in den Führungsetagen der Partei denkbar schien.

Im April 1978 beobachtete das MfS „Tendenzen der Rat- und Ausweglosigkeit“ in der Staatlichen Plankommission, die durch die Auffassung bestärkt wurden, „dass die durch den Vorsitzenden der SPK, Genossen Schürer, mehrfach vorgenommenen offenen Darstellungen zur komplizierten Lage in der Volkswirtschaft gegenüber den Genossen Honecker, Mittag, Stoph und Krolkowski bisher nicht dazu beigetragen haben, von der SPK für begründet und als unbedingt notwendig erachtete Entscheidungen herbeizuführen“.³⁷ In der Information der HA XVIII war davon die Rede, „dass Genosse Honecker sich ausschließlich auf Vorschläge und Entscheidungsvarianten des Genossen Mittag orientiere, der seinerseits ein konsequentes Durchsetzungsvermögen besitze, das sich aber auf richtige und falsche Maßnahmen erstreckte, und kaum Widerspruch dulde“. In der Leitung der SPK, so hieß es weiter, verstärkte sich die Auffassung, dass die sich häufenden Probleme zur Änderung der bisherigen Wirtschaftspolitik drängten.

Im folgenden Jahr hatte sich in der Wahrnehmung der HA XVIII die Wirtschaftslage weiter verschlechtert. Immer mehr Wirtschaftsfunktionäre der SED und der Regierung luden ihre Sorgen und zunehmende Verzweiflung über den fatalen Wirtschaftskurs Honeckers bei der Staatssicherheit ab. Offensichtlich herrschte bei ihnen die Erwartung, das MfS könne zum Umsteuern in der Wirtschaftsstrategie der SED beitragen. Ungeschminkte Wahrheiten konnten Staats- und Wirtschaftsfunktionäre nirgendwo sonst offen äußern. So notierte der Leiter der Allgemeinen Kontrollgruppe (AKG) in einer Information vom 22. Juni 1979: „In wachsendem Maße werden an das MfS problemorientierte Informationen herangetragen, denen zufolge sich bei verantwortlichen Partei- und Staatsfunktionären Erscheinungen einer pessimistischen Grundhaltung zeigen und sich teilweise Resignation ausbreitet. So häufen sich die bekanntgewordenen Meinungen, dass Staatsfunktionäre Aufträge ausführen, ohne von deren Richtigkeit und Wahrhaftigkeit überzeugt zu sein, lediglich aus Gründen der Parteidisziplin,

³⁶ Vgl. Gilles/Hertle, Sicherung der Volkswirtschaft, S. 48 ff.

³⁷ Information Nr. 60/78 der HA XVIII zu Problemen der Plandurchführung vom 28. April 1978, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 16067, Bl. 16.

Unterordnung unter drakonische Festlegungen der Spitze bzw. Angst vor harter Kritik oder vor Ablösung aus der Funktion. Es ist bekannt, dass zum Beispiel leitende Genossen wie Genosse Schürer, Kleiber, Beil, Ehrensperger³⁸ und andere zu den insgesamt anstehenden kritischen Fragen der Volkswirtschaft in vertraulichen persönlichen Gesprächen Vorbehalte, Besorgnis und Unsicherheit äußern, aber offiziell – zum Teil wider besseren Wissens – Grundsatzdokumente und Vorlagen unterschreiben.³⁹

In den vertraulichen Gesprächen, so wurde weiter mitgeteilt, „wird übereinstimmend festgestellt, dass die volkswirtschaftliche Situation noch niemals so ausweglos erschienen ist, wie in der gegenwärtigen Periode“. Mehrmals fielen die Begriffe „Resignation“, „Unsicherheit“, „Ratlosigkeit“ und „Ausweglosigkeit“. Diese Informationen über volkswirtschaftliche Missstände wollte Hauptabteilungsleiter Kleine nicht länger tatenlos hinnehmen. Deshalb schlug er am 22. Juni 1979 vor: „Mit Hilfe einer unbeschönigten, realistischen, nüchternen Lageeinschätzung/Analyse, die von verantwortlichen, sachkundigen und erfahrenen Leitern/Experten ausgearbeitet wird, müsse die Parteiführung unterrichtet werden und daraus zu einer langfristigen Konzeption bis 1990 gelangen. Diese Konzeption sollte die erforderlichen Maßnahmen zur Beherrschung der ökonomischen Situation auch unter den komplizierter gewordenen außenwirtschaftlichen Bedingungen enthalten.“⁴⁰

Aufgrund dieses Vorschlages und der alarmierenden Berichte Kleines über die wirtschaftliche Krise in der DDR, die auch die politische Stabilität der DDR bedrohte, gab Mielke in den Jahren zwischen 1980 und 1982 der HA XVIII den Auftrag, mehrere Studien zur ökonomischen Lage in der DDR anzufertigen und sich daraus ergebende Problemlösungen vorzuschlagen.⁴¹ Den ersten Auftrag für eine umfassende Studie erteilte Mielke dem Leiter der HA XVIII am 14. Oktober 1980, um im Anschluss daran „Vorschläge für die Lösung volkswirtschaftlicher Schlüsselprobleme 1981“ vorlegen zu können.⁴² Die für die Ausarbeitung der Studie gebildete Arbeitsgruppe nahm Kontakt mit Experten aus der Staatlichen Plankommission, dem Finanzministerium, der Staatsbank der DDR, dem Außenhandelsministerium sowie volkswirtschaftlich wichtiger Kombinate auf, um diese

³⁸ Mit den hier genannten Personen aus den Führungsetagen der Partei- und Staatsverwaltung unterhielt das MfS bis zum Herbst 1989 persönliche Kontakte: Gerhard Schürer, Vorsitzender der SPK und Kandidat des Politbüros, Günther Kleiber, Minister für Allgemeinen Maschinen-, Landmaschinen- u. Fahrzeugbau und ab 1984 Mitglied des Politbüros, Gerhard Beil, stellv. Minister und ab 1986 Minister für Außenhandel, Günter Ehrensperger, Leiter der ZK-Abteilung Planung und Finanzen.

³⁹ Information Nr. 73/79 der HA XVIII über „Probleme der Leitung, Planung und Bewältigung bedeutender Aufgaben in der Volkswirtschaft“ vom 22. Juni 1979, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 16067, Bl. 30.

⁴⁰ Ebenda.

⁴¹ Vgl. Hans-Hermann Hertle, Die DDR an die Sowjetunion verkaufen? Stasi-Analysen zum ökonomischen Niedergang der DDR, in: Deutschland Archiv 42 (2009), S. 476–487.

⁴² Vgl. den Vermerk Kleines für Mielke vom 18. Oktober 1980, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 4692, Bl. 9.

schriftlich um Meinungen und Lösungsvorschläge zu bitten. Nach einer Schilderung des damals an der Ausarbeitung der Studie beteiligten Abteilungsleiters Horst Roigk gab es auch individuelle Aussprachen und vertrauliche Informationen aus der Führungsebene des Wirtschaftsapparates. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe wurden zu absolutem Stillschweigen verpflichtet.⁴³

Nachdem Mielke am 18. Oktober 1980 die Konzeption Kleines für die Analyse bestätigt hatte, legte der Leiter der HA XVIII bereits am 25. November 1980 dem Minister „Empfehlungen und Lösungsvorschläge“ für die Stabilisierung der Wirtschaft vor, die im Ergebnis der „streng konspirativ durchgeführten“ Expertengespräche entstanden waren. Kleine zufolge handelte es sich bei den Experten „um Patrioten, der Partei ergebene und dem MfS verbundene Kader“.⁴⁴ Die von ihm präsentierte Ausarbeitung deckte einige der Funktionsmängel der Planwirtschaft auf und benannte sowohl lösbare als auch unlösbare Grundprobleme der DDR-Ökonomie.⁴⁵ Zu den ökonomischen Problemen, die im Rahmen der Planwirtschaft sowjetischen Typs kaum zu lösen sein würden, zählten die befragten SED-Wirtschaftsfunktionäre die Befriedigung der ständig wachsenden Konsumwünsche der Bevölkerung. „Die kapitalistische Konsumideologie wirkt auf breite Teile der DDR-Bevölkerung und fordert permanent neue Bedürfnisse heraus. Dieser Bedarf kann durch die Kraft der Volkswirtschaft der DDR gegenwärtig nicht gedeckt werden und sollte auch nicht Grundlage für die Planung von Erzeugnissen für die Konsumtion sein.“ Die Studie verwies andererseits auf die strukturellen Ursachen für die Mängel im Leitungsmechanismus der Wirtschaft. Durch die Kompetenzanhäufung der Fachabteilungen des ZK würden „die verantwortlichen Funktionäre der Staats- und Wirtschaftsführung aus ihrer Verantwortung entlassen“. Dieser strukturelle Mangel ließe sich aber langfristig beheben, wenn den Ministern die volle Entscheidungsgewalt über ihren Zuständigkeitsbereich gegeben und der Einfluss der zuständigen Parteiinstanzen begrenzt werde. Zugleich wurde einer der Verursacher der ökonomischen Probleme genannt, der auch schon in den Berichten der MfS-Hauptabteilung zuvor als Schuldiger für die ungerechtfertigten Eingriffe in den Wirtschaftsablauf ausgemacht worden war: ZK-Sekretär Günter Mittag.

Auch der Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung, Alexander Schalck-Golodkowski, geriet in die Schusslinie der befragten Wirtschaftsfunktionäre. Der durch ihn organisierte zweite Außenhandel wurde als eine Ursache für die unkoordinierten Planungsabläufe genannt. „Im Interesse der Stabilität des Wirtschaftsablaufes sollten alle Valutaeinnahmen und Valutaausgaben in einer Hand konzen-

⁴³ Vgl. das Interview mit „Dr. Horst R.“, in: Gisela Karau, Stasiprotokolle. Gespräche mit ehemaligen Mitarbeitern des „Ministeriums für Staatssicherheit“ der DDR, Frankfurt(M.) 1992, S. 27.

⁴⁴ Schreiben Kleines an Mielke vom 25. November 1980, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 4692, Bl. 42.

⁴⁵ Studie über „Empfehlungen und Lösungsvorschläge im Interesse des weiteren stabilen Leistungsanstiegs in der Volkswirtschaft der DDR“ vom 24. November 1980, in: ebenda, MfS HA XVIII Nr. 4692, Bl. 13–38. Alle folgenden Zitate ebenda.

triert werden.“ Generell mahnte die Studie eine umgehende Lösung der Zahlungsbilanzprobleme an, wozu es erforderlich sei, die vom Politbüro mehrfach beschlossenen „Maßnahmen zur straffen Steuerung und Limitierung des NSW-Imports“ ohne Abstriche durchzusetzen. „Es muss garantiert werden, dass lebens- und produktionswichtige Importe gesichert bleiben. NSW-Importe außerhalb des Planes, die nicht der Aufrechterhaltung der Produktion dienen, sind zu verbieten.“ Dadurch könnten, wenngleich nur als erster Anfang, der Verschuldungsprozess im Westen gestoppt und neue Handlungsspielräume geschaffen werden. Langfristig müsse der Export „auf traditionell effektive und absatzfähige Produktionslinien spezialisiert werden“.

Aufschlussreich ist die Liste der befragten Experten. Darunter befanden sich stellvertretende Vorsitzende bzw. Abteilungsleiter der SPK, Minister bzw. stellvertretende Minister, ein politischer Mitarbeiter der ZK-Abteilung Planung und Finanzen, Generaldirektoren staatlicher Kombinate und Außenhandelsbetriebe sowie ein Abteilungsleiter des Ministeriums für Außenhandel. Die Auswahl der Wirtschaftsfunktionäre wurde zweifellos mit der Absicht vorgenommen, die bereits zuvor von der HA XVIII wiederholten Warnungen vor politischer Instabilität zu bekräftigen. Nicht konsultiert wurde der SPK-Vorsitzende Schürer, obgleich viele Vorschläge seinen wirtschaftspolitischen Vorstellungen entsprachen. Die Vorschläge zur Preispolitik standen jedoch in deutlichem Gegensatz zu den von Schürer und Halbritter initiierten Preisexperimenten. Die Studie setzte sich vehement für stabile Verbraucherpreise ein und hielt die zuvor unternommenen Preisexperimente für außerordentlich gefährlich. „Preiskorrekturen nach oben und unten sind notwendig, dürfen aber nicht vom Standpunkt der Geldabschöpfung vorgenommen werden, sondern haben überhöhten Verbrauch und Verschwendung zu beseitigen.“ Eindringlich wurde vor ungerechtfertigten Preiserhöhungen gewarnt, die zu Hamsterkäufen sowie Unzufriedenheit und Unruhe in der Bevölkerung führen würden. Diese Warnungen entsprachen dem politischen Selbstverständnis des MfS, Bedrohungsszenarien zu schildern und daraus Schlussfolgerungen für die Machtstabilisierung der SED abzuleiten.⁴⁶

Unklar bleibt, welchen Weg diese Studie nahm. Es ist unwahrscheinlich, dass die Ausarbeitung den Mitgliedern des Politbüros zur Kenntnis gegeben wurde. Möglich scheint, dass Mielke den Generalsekretär unter vier Augen mündlich darüber informierte.⁴⁷ Dass Mielke selbst dem Generalsekretär der SED unangenehme Wahrheiten über die reale Wirtschaftslage nicht zumuten wollte, belegen die Berichte der „Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe“ (ZAIG) des MfS. Was die ZAIG über ausgewählte aktuelle Probleme in einzelnen Betrieben und Wirtschaftszweigen an die SED-Führung lieferte, hatte aufgrund der Selbst-

⁴⁶ Vgl. Jens Gieseke, Bevölkerungsstimmungen in der geschlossenen Gesellschaft. MfS-Berichte an die DDR-Führung in den 1960er- und 1970er-Jahren, in: Zeithistorische Forschungen, Online-Ausgabe 5 (2008)/H. 2, S. 6ff.

⁴⁷ Vgl. Hertle, Die DDR an die Sowjetunion verkaufen?, S. 480.

zensur ihrer Berichte keinen seismografischen Charakter.⁴⁸ Denn eine zusammenfassende Analyse der grundlegenden Ursachen für die auftretenden Missstände, zu der das MfS aufgrund der vielen Detailinformationen aus den Betrieben der DDR in der Lage war, legte es dem Politbüro nicht vor. Stattdessen beschränkte es sich in den Berichten an die Parteiführung auf Informationen über Havarien in den volkseigenen Betrieben und darauf, einzelne Betriebsdirektoren für bestimmte Missstände verantwortlich zu machen.

Intern berichtete Hauptabteilungsleiter Kleine in den folgenden Monaten unentwegt über ständig anwachsende wirtschaftliche Probleme: das steigende Zahlungsbilanzdefizit, Planmanipulationen in einzelnen Wirtschaftsministerien, Rückstände im Wohnungsbauprogramm und in der Erfüllung des Wirtschaftsplanes. Besorgniserregend seien insbesondere die rapide sinkende Arbeitsmoral in den Betrieben und die wachsende Unzufriedenheit unter den Belegschaften. Anfang Januar 1982 informierte Kleine den Minister von den wachsenden Sorgen über den Zustand der Wirtschaft, die aus dem Kreis von „standhaften und zuverlässigen Genossen“ an ihn oder seine Abteilungsleiter herangetragen worden seien.⁴⁹ Diese Genossen sähen keine Möglichkeiten, ihre Bedenken offen zu äußern. Darüber hinaus seien besonders auf der mittleren Leitungsebene Erscheinungen der Resignation und Gleichgültigkeit verbreitet.

Kleine schilderte dem Minister die vorherrschende pessimistische Stimmung unter leitenden SED-Wirtschaftsfunktionären, die längst nicht mehr an die offiziell gepriesenen Vorzüge der sozialistischen Planwirtschaft glaubten. Vielfach fügten sie sich wider besseres Wissen der Parteidisziplin und stimmten den Vorgaben zu. Als Beispiel führte Kleine die sogenannte Verpflichtungsbewegung an, bei der sich Generaldirektoren der Kombinate „spontan“ zu höheren Leistungskennziffern ihrer unterstellten Staatsbetriebe verpflichteten, obwohl sie derartige Verpflichtungen für völlig unrealistisch hielten. „So sei die Verpflichtungsbewegung gegenüber dem Generalsekretär des ZK der SED anlässlich der Tagung und des Erfahrungsaustausches des Zentralkomitees mit Generaldirektoren zentralgeleiteter Kombinate am 28./29.4.1981 in Leipzig, wichtige Steigerungsraten zu erhöhen und in den Volkswirtschaftsplan für 1981 aufzunehmen, auf der Grundlage von verschiedenen Fragebogen, die innerhalb von 24 Stunden auszufüllen gewesen wären, zustande gekommen.“ Auf ähnliche Weise seien auch andere ökonomisch irrsinnige Entscheidungen zustande gekommen, die Mittag innerhalb der Wirtschaftskommission des Politbüros initiiert habe. Insgesamt werde so ein Trugbild über die wirtschaftliche Situation konstruiert, das mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht mehr viel zu tun habe.

⁴⁸ Vgl. Siegfried Suckut, Einleitung 1976, in: ders. (Hrsg.), Die DDR im Blick der Stasi 1976. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Göttingen 2009, S. 36; Henrik Bispinck, Einleitung 1977, in: Daniela Munkel (Hrsg.), Die DDR im Blick der Stasi 1977. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Göttingen 2012, S. 15f.

⁴⁹ Vgl. den Brief Kleines an Mielke vom 2. Januar 1982, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 4693, Bl. 03.

Vor dem Hintergrund dieser alarmierenden Berichte über die krisengeschüttelte Wirtschaft bewertete der Minister die gesellschaftliche Situation während eines Gesprächs mit Kleine am 11. Januar 1982 als „gefährliche Lage für die DDR“, die nicht alle „ernst nehmen“ würden.⁵⁰ Gemeint war damit sicherlich Honecker, der entsprechende Berichte stets für Übertreibungen und Panikmache hielt. Mielke verwies dagegen auf ein notwendiges „Verantwortungsbewusstsein“, dass man nicht mit „Panik“ gleichsetzen könne. Seiner Ansicht nach werde „aus Angst“ nicht die „ganze Wahrheit ausgesprochen“. Im Ergebnis dieses Gesprächs beauftragte Mielke die HA XVIII am 11. Januar 1982, in Fortsetzung der Ausarbeitung vom Oktober 1980 eine neue Analyse mit kurz- und mittelfristigen Lösungsvorschlägen auszuarbeiten. Die Probleme, so erklärte der Minister bedeutungsvoll, „zwingen uns zu Reaktionen“.⁵¹

Der von Kleine und seinen Abteilungsleitern für die neue Analyse einbezogene Expertenkreis wurde nun deutlich erweitert. Er umfasste Funktionäre aus den oberen Etagen des Wirtschafts- und Parteiapparates, die das MfS als zuverlässige Vertrauenspersonen einstufte. Beteiligt waren Staatssekretäre in verschiedenen Ministerien, Minister und stellvertretende Minister, Generaldirektoren ausgewählter Kombinate, Abteilungsleiter bzw. stellvertretende Vorsitzende der SPK sowie politische Mitarbeiter der ZK-Abteilung Planung und Finanzen. Hinzugekommen waren u. a. Alexander Schalck-Golodkowski, Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel und Leiter des Bereichs „Kommerzielle Koordinierung“, und Werner Polze, Präsident der Deutschen Außenhandelsbank. Schürer war wieder nicht an der Abfassung der Analyse beteiligt, wohl weil er als Kandidat des Politbüros offiziell nicht befragt werden durfte.

Kleine übergab die neue Studie am 25. Januar 1982 an Mielke.⁵² Die einzelnen Aussagen und Vorschläge dieses Papiers mussten allerdings nicht in jedem Fall mit den Ansichten der Experten übereinstimmen, denn es fällt auf, dass die zentralen Beurteilungen weitgehend den bislang von Hauptabteilungsleiter Kleine an Mielke übermittelten Lageeinschätzungen entsprachen. Gleichwohl waren die in der Studie gewählten Begriffe „Vertrauensabfall“, „Gleichgültigkeit“ und „Resignation“ moralische Zuschreibungen, die das Verhaltens- und Aktionsmuster der SED-Wirtschaftskader und damit einer wichtigen politischen Führungsschicht zutreffend beschrieben und zu einer politischen Erstarrung führten, die wesentlichen Einfluss auf die innere Stabilität der DDR haben musste.

Die von Kleine dem Minister vorgelegte Analyse⁵³ begann mit dem bemerkenswerten Eingeständnis, dass die Verwirklichung der Beschlüsse der Partei auf öko-

⁵⁰ Handschriftliche Notizen Kleines über eine Aussprache mit Mielke am 11. Januar 1982, in: ebenda, Bl. 35.

⁵¹ Ebenda.

⁵² Vgl. das Schreiben Kleines an Mielke vom [25.] Januar 1982, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 4693, Bl. 30.

⁵³ Vgl. die Analyse der HA XVIII über die Situation in der Volkswirtschaft und Vorschläge zur Lösung volkswirtschaftlicher Probleme vom 25. Januar 1982, in: ebenda, Bl. 63–98. Das Dokument wurde in Auszügen veröffentlicht von Hans-Hermann Hertle, Die DDR an die Sowjetunion verkaufen?, S. 487–495.

nomischem Gebiet „zu einer Gefährdung der inneren Stabilität der DDR“ geführt hätten.⁵⁴ Als zentralen Ausgangspunkt wählten die Verfasser die Zahlungsbilanz gegenüber den westlichen Gläubigern, die offenbar nicht nur das MfS, sondern auch die Mehrzahl der befragten Wirtschaftsfunktionäre als eine Kernfrage der ökonomischen und damit auch der politischen Stabilität der DDR betrachtete. Aufgrund der von den Experten gelieferten Bestandsaufnahmen in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft sahen die Autoren folgende gravierende Probleme: Erstens könne kurzfristig die „Zahlungsunfähigkeit gegenüber dem NSW“ eintreten, zweitens sahen sie die „innere Stabilität der DDR durch Produktionseinschränkungen, Stilllegung von Anlagen, Frei- und Umsetzung von Arbeitskräften sowie eine Beeinträchtigung der Versorgung der Bevölkerung“ gefährdet, drittens reichten die Staatsreserven zur Abwehr möglicher Gefahrensituationen nicht aus, viertens sei der Volkswirtschaftsplan 1982 „materiell und finanziell nicht bilanziert“ und fünftens könne der Fünfjahrplan 1981 bis 1985 „in seiner Gesamtheit seine bilanzierende und steuernde Funktion für den Fünfjahrplanzeitraum nicht mehr erfüllen“. Die Verfasser machten dafür aber nicht die systembedingten Funktionsmängel der Planwirtschaft, sondern hauptsächlich den konsumorientierten Wirtschaftskurs Honeckers verantwortlich.

Für die entstandene Lage führte die Studie entgegen der üblichen Praxis des MfS vorwiegend interne Faktoren an. Insbesondere sei sie auf gezielte Desinformationen der leitenden Parteiorgane zurückzuführen. „Diese Entwicklung konnte eintreten, weil die leitenden Parteiorgane bei der Vorlage von Beschlussentwürfen über einen langen Zeitraum hinsichtlich der realen Lage in der Volkswirtschaft und ihres tatsächlichen ökonomischen Leistungsvermögens desinformiert und die ökonomischen Auswirkungen und Konsequenzen der zu fassenden Beschlüsse einschließlich der wachsenden äußeren Verschuldung der DDR nicht oder nur unzureichend dargestellt wurden.“ Als Urheber derartiger Desinformationen wurde Mittag genannt, der dem Generalsekretär gegenüber mehrfach wahrheitswidrige Angaben über die realen Möglichkeiten zur Gewährleistung der Zahlungsbilanz sowie zur Erfüllung des Exportplanes 1981 gemacht habe. Auch das von Mittag eingebrachte und schließlich vom Politbüro im Juni 1981 beschlossene Vorhaben, die Schulden gegenüber dem Westen bis 1985 zu halbieren⁵⁵, beruhe auf unrealistischen Voraussetzungen. Auch Schürer wurde als einer der Urheber von Desinformationen der Parteiführung genannt. So habe er den falschen Eindruck vermittelt, die Reduzierung der Erdöllieferung der UdSSR auf 17 Millionen Tonnen jährlich sei die Hauptsache für die schwierige Lage in der Volkswirtschaft. Die Sowjetunion könne jedoch nicht für die unrealistischen Exportpläne verantwortlich gemacht werden.

⁵⁴ Analyse über die Situation in der Volkswirtschaft vom 25. Januar 1982, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 4693. Alle folgenden Zitate ebenda.

⁵⁵ Vgl. den Beschluss des Politbüros über „Maßnahmen zur vollen Sicherung der Zahlungsbilanz 1981 gegenüber dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“ vom 30. Juni 1981, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1899.

Zudem sei es ein verhängnisvoller Irrtum des Wirtschaftssekretärs, die Minister sowie die Generaldirektoren der Kombinate mit administrativen Mitteln „auf Kampffositionen zur Erfüllung der Außenwirtschaftspläne“ zu bringen. Das „zweite Leitungssystem“ in der Volkswirtschaft mit Mittag und seiner Wirtschaftskommission wurde, wie schon in der Ausarbeitung vom Oktober 1980, als Verursacher struktureller Fehlentwicklungen ausgemacht. Durch dessen Entscheidungen habe der Ministerrat seine Aktionsfähigkeit verloren. Dieser könne seine Verantwortung für die Leitung der Volkswirtschaft nicht mehr wahrnehmen, da er lediglich Parteibeschlüsse nachträglich als „juristischen Akt“ zu legitimieren habe. Die Studie rückte somit stärker als zuvor die strukturellen Mängel im Leitungssystem der Wirtschaft in den Mittelpunkt. Um die Rettung der Wirtschaft vorzubereiten, sollte „ein Kreis ausgewählter Genossen aus zentralen wirtschaftsleitenden Organen“ unter Leitung Honeckers die reale Lage der Volkswirtschaft einschätzen und sowohl kurzfristige als auch längerfristige Lösungen erarbeiten.

Eine dauerhafte Lösung der wirtschaftlichen Probleme sahen die Autoren der Studie vom 25. Januar 1982 in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und dem RGW. Veränderungen in Struktur und Umfang des Außenhandels mit der UdSSR sollten es möglich machen, die deutsch-deutschen Handelsbeziehungen einzufrieren bzw. ganz aufzugeben. Die Abkehr vom Handel mit den westlichen Industrieländern würde zwar Nachteile bringen, so etwa den Verlust von bisherigen Marktpositionen im Westen. Doch könnte damit die zunehmende ökonomische und mithin politische Abhängigkeit von den westlichen Industrieländern beseitigt werden. Mit dieser Forderung wurde die schon zuvor von Mielke und seinen Stellvertretern geäußerte Sorge kanalisiert, die DDR mache sich durch den deutsch-deutschen Handel erpressbar. Eine noch stärkere außenwirtschaftliche Fixierung auf die Sowjetunion war allerdings mit unabsehbaren Risiken verbunden, da die UdSSR selbst mit einer schweren Wirtschaftskrise zu kämpfen hatte. Insofern konnte Mielke mit dieser Ausarbeitung keine brauchbare konzeptionelle Alternative zum Handel mit den westlichen Industrieländern anbieten.

Welchen Illusionen über die wirtschaftliche Leistungskraft der Sowjetunion Mielke und Kleine damals anhängen, zeigt der Vorschlag, Moskau um die Übernahme der Auslandsschulden der DDR zu bitten. Als Gegenleistung sollten die für den Westhandel vorgesehenen Waren aus dem NSW-Exportplan gestrichen und stattdessen in die Sowjetunion exportiert werden. Der Partei- und Staatsführung der UdSSR sollte folgender Vorschlag unterbreitet werden: „Die Partei- und Staatsführung der DDR bekräftigt ihre Entschlossenheit, ihre Zahlungsbilanz gegenüber dem NSW auf maximal 12 Mrd. VM saldierte Verbindlichkeiten zu reduzieren. Der zur Lösung dieser Aufgabe erforderliche Exportüberschuss im NSW wird für Warenlieferungen in die UdSSR eingesetzt. Dafür übernimmt die UdSSR sofort Verbindlichkeiten der DDR bei kapitalistischen Banken in Höhe von ca. 20 Mrd. VM (Dollarbasis 2,40 VM).“ Angesichts der katastrophalen ökonomischen Situation, in der sich die Sowjetunion Anfang der 1980er Jahre befand, war es

schon aberwitzig, ausgerechnet die sowjetische Führung um die Übernahme der Devisenschulden der DDR zu bitten.

Doch wollte Mielke Honecker wirklich von einer außenwirtschaftlichen Neuorientierung auf den Handel mit der Sowjetunion und einer ökonomischen Abschottung der DDR gegenüber dem Westen überzeugen?⁵⁶ Eine Unterredung Kleines mit dem Stellvertreter des Ministers, Rudi Mittag, vom 2. Februar 1982 ist in dieser Hinsicht aufschlussreich.⁵⁷ Mittag drängte darauf, jene Passagen aus der Ausarbeitung zu streichen, in denen Kritik an der von Honecker seit 1971 verfolgten Wirtschafts- und Sozialpolitik geübt wurde. Die seitdem gefassten wirtschaftspolitischen Beschlüsse seien seiner Ansicht nach nicht in Zweifel zu ziehen. Auf konkrete Angaben über die Entwicklung der Auslandsverschuldung, die ursprünglich für die Jahre seit 1971 detailliert ausgewiesen worden war, sollte gänzlich verzichtet werden. Ebenso sollten sämtliche Verweise auf Mittag und seine wirtschaftspolitischen Abenteuer entfernt werden, die vermutlich den Unmut des Generalsekretärs hervorgerufen hätten. Der nicht zu übersehende deprimierende Grundton in der Beschreibung der wirtschaftlichen Situation war zu relativieren. Kleine notierte bruchstückhaft zu den Ausführungen Mittags: „Angst braucht bei uns keiner zu haben. [...] DDR ist stark genug. Lösungen wurden immer gefunden. [...] Reserven muss es noch geben.“ Gleichwohl kam es nach Ansicht Mittags darauf an, den Ernst der Lage zu verdeutlichen.

Auf der Grundlage der Beratung bei Mittag, der wahrscheinlich die Hinweise des Ministers kolportierte⁵⁸, wurden zwei neue Fassungen der Studie der HA XVIII erarbeitet: eine am 5. und eine weitere am 8. Februar 1982.⁵⁹ Die Fassung vom 8. Februar machte zwar auf einige ökonomische Grundprobleme der DDR-Ökonomie aufmerksam; ihr fehlte jedoch die ursprüngliche strukturelle Kritik am Leitungssystem der Wirtschaft und damit die eigentliche Brisanz. Zahlen zur Bilanz der Valutawirtschaft tauchten nicht mehr auf. Die Aussagen über eine angebliche Desinformation der Parteiführung wurden genauso gestrichen wie Zitate aus den Briefen von Mittag an Honecker. Jeglicher Hinweis auf eine sich nach 1971 entwickelnde negative wirtschaftliche Bilanz, die zuvor mit anschaulichem Faktenmaterial unterlegt worden war, wurde entfernt, um keine Zweifel an den Beschlüssen des VIII. Parteitags aufkommen zu lassen. Dem Rotstift fielen auch sämtliche Anmerkungen zum Opfer, die auf Erscheinungen der Resignation der Wirtschaftskader aufmerksam machten. Die ausdrückliche Warnung vor den negativen Auswirkungen für die DDR-Wirtschaft aufgrund des Handels mit den westlichen Industrieländern hatte Kleine auf Anweisung Mittags ebenfalls entfernt. Stattdessen wurde Honeckers Politik der friedlichen Koexistenz gelobt und die gewachsene internationale Position der DDR betont. Die Ausweitung der

⁵⁶ Diese Frage lässt auch Hertle offen: Die DDR an die Sowjetunion verkaufen?, S. 483.

⁵⁷ Vgl. die Aufzeichnungen Kleines über eine Beratung bei Mittag am 2. Februar 1982, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 4693, Bl. 104–109. Alle folgenden Zitate ebenda.

⁵⁸ Vgl. die Notizen Kleines über eine Beratung bei Mielke am 29. Januar 1982, in: ebenda, Bl. 101–104.

⁵⁹ Vgl. Archiv BStU, MfS HA XVIII 4693, Bl. 125–139.

Handelsbeziehungen mit den westlichen Industrieländern wurde nun plötzlich positiv gedeutet. Dafür tauchten in dem redigierten Papier Hinweise auf Krisenerscheinungen im Kapitalismus auf, die vorher nicht enthalten waren.

Das überarbeitete Papier erweckte den Eindruck, als sei die wirtschaftliche Lage durchaus beherrschbar, es müssten nur die Beschlüsse der Partei zur Qualifizierung der Leitung und Planung der Volkswirtschaft in allen Bereichen der Volkswirtschaft noch stärker zur Wirksamkeit gebracht werden. Das entsprach den sinnentleerten Allgemeinplätzen, die auf Parteitag und ZK-Tagungen benutzt wurden. An wen die geschönte Ausarbeitung der HA XVIII letztlich übergeben wurde, ist unklar. Da Mittag darauf Wert legte, grundsätzliche Kritik am Wirtschaftskurs Honeckers und seines Wirtschaftssekretärs zu streichen, könnte es in der redigierten Form an Honecker übergeben worden sein. Als Mittel, dem Generalsekretär die wirklichen Probleme in der Wirtschaft nahezu bringen, taugte es jetzt nicht mehr.

In den internen Analysen und Berichten der HA XVIII für Mielke und seine Stellvertreter rückte der Wirtschaftssekretär als alleiniger Verursacher einer verfehlten Wirtschaftspolitik zunehmend in den Mittelpunkt der Kritik. Für Kleine war Mittag das personelle Haupthindernis für einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel. Seine Kritik an den uneingeschränkten Machtbefugnissen des „Systems Mittag“ wurde in den 1980er Jahren immer unverhohlener. Ähnliche Vorbehalte schien selbst der MfS-Chef gegen Mittag zu hegen, insbesondere aus „sicherheitspolitischen“ Gründen. Für Mielke war nur schwer zu erkennen, inwieweit Mittag in den deutsch-deutschen Kooperationsgeschäften noch die „Parteilinie“ vertrat und nicht – gewollt oder ungewollt – ökonomische Abhängigkeiten von den imperialistischen Staaten erzeugte und damit die Interessen des „Klassenfeindes“ bediente.⁶⁰ Gegenüber Honecker scheint Mielke derartige Bedenken nicht geäußert zu haben.

In den Notizen Kleines über die Dienstberatungen bei Mielke und Mittag finden sich keine begründeten Hinweise für die Annahme, der zuständige Hauptabteilungsleiter des MfS habe von Mielke einen Rüffel erhalten, weil seine Mitarbeiter es im Rahmen der Wirtschaftsanalyse gewagt hatten, in den Verantwortungsbereich des Sekretärs für Wirtschaft kritisch hineinzuleuchten.⁶¹ Das Gegenteil ist wahrscheinlicher, denn zwischen Mittag und Mielke gab es durchaus Spannungen, die sich aus unterschiedlichen Ansichten zu den deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen ergaben. Die deutliche Kritik an Mittag durfte nur nicht, und dies ist wohl der entscheidende Punkt, in den für Honecker bestimmten Informationen und Berichten namentlich erwähnt werden. Vermutlich bewahrte Mielke die geheimen Analysen der HA XVIII über die Wirtschaftspolitik, die Mittag schwer belasteten, im Panzerschrank auf. Dies bot die Möglichkeit, brisantes Material bei möglichen Differenzen innerhalb der Führungsspitze der Partei einsetzen zu können.

⁶⁰ Vgl. Hertle, Die DDR an die Sowjetunion verkaufen?, S. 479.

⁶¹ Dies vermutete Walter Süß, in: Horch und Guck, Heft 40/2002, S. 95.

Nach ihrer Analyse vom 25. Januar 1982 warnte die HA XVIII zwar immer wieder vor einem bedrohlichen Ansteigen der Westverschuldung und den damit verbundenen Gefahren einer finanziellen Abhängigkeit vom Westen. Vergleichbare Studien, die auf der Grundlage von Expertenbefragungen wirtschaftspolitische Alternativen aufzeigten, legte Kleine in den 1980er Jahren jedoch nicht mehr vor. Trotz der vielfachen Versuche der Staatssicherheit, den zentralen Parteigremien vor Augen zu führen, wie politisch gefährlich der wirtschaftliche Niedergang war, bemühte sich das MfS letztlich darum, die Vorgaben der SED-Führung mit eigener Logik und Methode zu erfüllen.⁶² Mielke hatte wohl eingesehen, dass das MfS nicht dafür geschaffen worden war, eine alternative Wirtschaftspolitik zu entwickeln. Dennoch zeigen die internen Analysen der Jahre 1980 und 1982, wie zumindest Hauptabteilungsleiter Kleine und seine Dienstseinheit versuchten, unter Berufung auf Expertenmeinungen die Prioritäten der Wirtschaftspolitik partiell selbst zu bestimmen. Auf regionaler Ebene gab es zudem sporadische Versuche des MfS, eine „Steuerungsfunktion“⁶³ in der Volkswirtschaft wahrzunehmen.⁶⁴ Somit kann die praktische Tätigkeit des MfS in den 1980er Jahren nicht auf die Rolle eines willfährigen Erfüllungsgehilfen der SED reduziert werden.

Im Herbst 1989 behauptete Kleine in einem Brief an den Leiter der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen, Wolfgang Herger, dass seine Dienstseinheit seit 1975 regelmäßig und umfangreich über „die sich abzeichnenden und ständig weiter zuspitzenden grundsätzlichen Probleme in der Volkswirtschaft, über dazu erkannte Ursachen“, hingewiesen sowie „Vorschläge zur Verhinderung weiterer negativer Entwicklungstendenzen“ vorgelegt habe.⁶⁵ Seine Rechtfertigung, die er als Antwort auf den peinlichen Auftritt Mielkes in der Volkskammersitzung am 13. November 1989 verfasste, enthielt allerdings nur die halbe Wahrheit. Gewiss verfügte das MfS dank seiner zahlreichen inoffiziellen Mitarbeiter über unge-schönte ökonomische Daten und glaubwürdige Lageeinschätzungen. Doch wurden die Meldungen aus der Wirtschaft den dafür Verantwortlichen in der Parteiführung lediglich als partielle Mängelberichterstattung oder als Information über Ursachen von „Betriebsgefährdungen“ und „Havarien“ zugeleitet, nicht aber in Form einer gesamtwirtschaftlichen „Gutachtertätigkeit“⁶⁶.

Die Staatssicherheit verfügte zwar über innenpolitisch relevantes Herrschaftswissen. Die wirklich brisanten Lageeinschätzungen und Analysen blieben jedoch

⁶² Vgl. Siegfried Suckut, Generalbeauftragter der SED oder gewöhnliches Staatsorgan. Probleme der Funktionsbestimmung des MfS in den sechziger Jahren, in: Suckut/Süß (Hrsg.), Staatspartei und Staatssicherheit, S. 157–167.

⁶³ Die Annahme, das MfS sei in der Lage gewesen, „staatliche Steuerungsfunktion in Schlüsselbereichen partiell zu substituieren“, formulierte Klaus-Dietmar Henke: Zu Nutzung und Auswertung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, in: VfZ 41 (1993), S. 585. Im Gegensatz dazu: Heidemeyer, SED und Ministerium für Staatssicherheit, S. 114ff.

⁶⁴ Vgl. Gunter Gerick, SED und MfS. Das Verhältnis der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt und der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit von 1961–1989, Berlin 2013.

⁶⁵ Schreiben Kleines an Herger vom 14. November 1989, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 19640, Bl. 171.

⁶⁶ Haendcke-Hoppe-Arndt, Die Hauptabteilung XVIII, S. 122.

unter Verschluss und der internen Auswertung vorbehalten. Zudem durchliefen die aus den Bezirksdienststellen des MfS und den Hauptabteilungen kommenden Informationen mehrere Filter, in denen allzu brisantes Material abgeschwächt oder gänzlich herausgenommen wurde. Auf diese Weise spiegelten die in der ZAIG verallgemeinerten Informationen für die SED-Führung nur Teile der ursprünglichen internen Lageeinschätzungen wider. Ferner kam es vor, dass Mielke die Weiterleitung von einzelnen Informationen der ZAIG, die für die zuständigen Sekretariats- bzw. Politbüromitglieder vorbereitet worden waren, in letzter Instanz verhinderte.⁶⁷ Über den Verteilerkreis und die Weitergabe der Informationen an die Parteiführung entschied ausschließlich der Minister. Er konnte bestimmte Politbüromitglieder bewusst ausschließen. In der Regel erhielten die Politbüromitglieder nur jene Informationsmaterialien, die zu ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich zugeordnet werden konnten.⁶⁸ So wurden Meldungen aus der Wirtschaft häufig nur Mittag und Krolkowski zugeleitet, nicht aber Honecker.

Die regelmäßigen Informationen des MfS an ausgewählte Mitglieder des Politbüros hätten eine wichtige Quelle sein können, um sich ein realistisches Bild von der politischen Lage in der DDR zu machen. Doch gerade bei sensiblen Themen, die politische Stimmungen und somit die Legitimation der SED-Herrschaft berührten, wurden Halbwahrheiten übermittelt und tendenziös berichtet.⁶⁹ Inwieweit und in welcher Form interne Gutachten und Analysen, die über den Informations- und Wahrheitsgehalt der ZAIG-Berichte hinausgingen, an die SED-Führung gelangten, ist nach wie vor schwer feststellbar. Dokumentiert ist, dass Mielke neben den ZAIG-Informationen auch andere Berichte an Honecker weiterleitete.⁷⁰ In den Gesprächen zwischen Honecker und Mielke, die regelmäßig nach den Politbürositzungen stattfanden, kamen offenbar nicht nur Angelegenheiten des Staatssicherheitsdienstes zur Sprache. Nach Aussage von Honeckers langjähriger Chefsekretärin sei es vorgekommen, dass Mielke erregt und sichtlich aufgebracht aus Honeckers Zimmer eilte.⁷¹ Mielke gehörte neben Mittag zu jenen auserwählten Politbüromitgliedern, die ohne vorherige Anmeldung jederzeit zum Parteichef vorgelassen wurden und dieses Privileg auch in Anspruch nahmen.

In letzter Instanz entschied allein Mielke, worüber er Honecker – entweder über die ZAIG-Berichte, über andere Wege unter Umgehung des MfS-internen Dienstweges oder in Vier-Augen-Gesprächen – unterrichten wollte und worüber nicht. Dabei bildeten Berichte aus dem MfS nicht die einzige Informationsquelle des Politbüros. Der engere Führungskreis um Honecker verfügte durch Schürers Informationen und ungeschönte Statistiken aus der Staatlichen Plankommission

⁶⁷ Vgl. Suckut, Einleitung 1976, in: Die DDR im Blick der Stasi 1976, S. 24.

⁶⁸ Vgl. Daniela Munkel, Vorwort, in: Die DDR im Blick der Stasi 1976, S. 8; Bispinck, Einleitung 1977, in: Die DDR im Blick der Stasi 1977, S. 46f.

⁶⁹ Vgl. Gieseke, Bevölkerungsstimmungen in der geschlossenen Gesellschaft, S. 9; ders., Annäherung und Fragen an die „Meldungen aus der Republik“, S. 79ff.

⁷⁰ Vgl. Suckut, Einleitung 1976, S. 15.

⁷¹ Vgl. das Protokoll der Zeugenvernehmung von Elli Kelm am 21. Februar 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 97/91, Bd. 3.

über exakte Daten über die wirtschaftliche Gesamtlage, den realen Stand der Planerfüllung sowie das tatsächliche Ausmaß der Auslandsverschuldung. Im „kleinen Kreis“ um Honecker, Mittag, Krolkowski und Schürer wurde relativ offen über das Scheitern der Sozialpolitik auf Pump gesprochen. Ratlosigkeit herrschte allgemein darüber, welcher Ausweg sich aus der zu Beginn der 1980er Jahre ausgebrochenen Wirtschaftskrise bieten könnte. Weder im Politbüro noch in Mielkes Ministerium konnten gangbare Alternativen und Lösungswege aufgezeigt werden. Die in der HA XVIII vorgeschlagene Lösung, sich völlig vom Außenhandel mit den westlichen Industrieländern abzukoppeln, war illusorisch. Insgesamt steuerten Honecker und das Politbüro aber nicht ahnungslos, ohne Kenntnis der tatsächlichen Wirtschaftslage, auf die wirtschaftliche Katastrophe zu.

3. Das Gespenst der Zahlungsunfähigkeit und die Angst vor dem Staatsbankrott

1981/82 drohte das, was seit langem befürchtet worden war: die Zahlungsunfähigkeit der DDR. Die Kredit- und Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR standen kurz vor dem Kollaps. Alle zuvor vom Politbüro gefassten Beschlüsse zur Steigerung der Exporte in die westlichen Industrieländer und zur Einsparung der westlichen Importe blieben Makulatur.⁷² Der Stand der Westverschuldung war zum 1. Januar 1982 auf 24,9 Milliarden VM angestiegen, darunter bei konvertierbaren Devisen auf 21,5 Mrd. VM.⁷³ Als existenzielles Problem belasteten die zu zahlenden Zinsen das Schuldenproblem, die sich 1981 auf 4,0 Mrd. VM summieren.⁷⁴ Durch die Untererfüllung des Exportplanes und damit der Valutaeinnahmen wuchs der Umfang der aufgenommenen Bargeldkredite auf 8,2 Mrd. VM per 31. Dezember 1981.⁷⁵ Die Valutaeinnahmen aus Exporten, Dienstleistungen und dem Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo), die „Einschüsse“ aus Sondermitteln und die Neuaufnahme von Bargeldkrediten – das waren insgesamt 3,9 Mrd. VM – reichten nicht aus, um die 1982 anfallenden Aufwendungen für den Schuldendienst von insgesamt 5,3 Mrd. VM zu decken. Anfang des Jahres 1982 konnte die Deutsche Außenhandelsbank AG (DABA) keine verbindlichen Aussagen darüber vorlegen, ob die für das laufende Jahr nötigen Bargeldkredite beschafft werden könnten. Das steigende internationale Zinsniveau und die er-

⁷² Beispielsweise hatte das Politbüro am 30. Juni 1981 beschlossen, NSW-Importe in Höhe von 1 Mrd. VM einzusparen. Vgl. SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1899.

⁷³ Vgl. die Informationen für das Politbüro über die Zahlungsbilanz und Außenwirtschaftsbeziehungen vom Januar 1982, in: SAPMO BArch, DY 30/5212.

⁷⁴ Alle Zahlenangaben beruhen auf dem bis Ende 1981 gültigen Umrechnungsverhältnis 1 US-Dollar = 1,80 VM. Ab 1. Januar 1982 galt ein interner Umrechnungskurs von 1 US-Dollar = 2,40 VM.

⁷⁵ Vgl. die Informationen für das Politbüro über die Zahlungsbilanz und Außenwirtschaftsbeziehungen vom Januar 1982, in: SAPMO BArch, DY 30/5212.

höhten Kreditmargen führten zur Schuldenkumulierung, die wiederum die DDR an den Rand der Zahlungsunfähigkeit brachte.⁷⁶

Die Beschaffung von Bargeldkrediten gestaltete sich für die Deutsche Außenhandelsbank zunehmend schwieriger, da westliche Banken nicht mehr ohne weiteres bereit waren, Kredite an Banken in den osteuropäischen Staaten auszureichen. Zudem wurden die Tilgungsfristen immer kürzer. Banken, zu denen die DDR bislang stabile Geschäftskontakte unterhielt, schlossen für die nächste Zukunft einen Neuabschluss von Kreditvereinbarungen definitiv aus. Ein Grund für die zunehmende Zurückhaltung westlicher Banken, die Ende 1981 sogar in einen Kreditboykott einmündete, war die Zahlungsunfähigkeit Polens im März 1981 und die Einstellung des Schuldendienstes durch Rumänien.⁷⁷ Polen konnte die Schuldentilgung und die fälligen Zinsen nicht mehr aus eigener Kraft aufbringen. Die Verschuldung Polens belief sich Anfang 1981 auf rund 25 Mrd. Dollar.⁷⁸ Die für 1981 anfallenden Zahlungsverpflichtungen überschritten deutlich die 9 Mrd.-Grenze, so dass Polen praktisch zahlungsunfähig war und sich immer mehr Gläubiger weigerten, neue Kredite einzuräumen.⁷⁹ Offiziell nannten die Banken die Verhängung des Kriegsrechts in Polen am 13. Dezember 1981 als Grund für den Stopp neuer Kreditzusagen, doch befürchteten sie die Zahlungsunfähigkeit weiterer Ostblockländer. Der polnischen Regierung boten sich angesichts dieser Situation nur zwei Alternativen: sich immer wieder um eine Verschiebung der Zahlungsfristen zu bemühen und damit die weitere Kumulierung von Schulden in Kauf zu nehmen oder einseitig den Staatsbankrott zu erklären. Durch verschiedene Vereinbarungen mit den westlichen Gläubigern, die sich im sogenannten Pariser Club organisiert hatten, konnte schließlich eine permanente Verschiebung der Zahlungsfristen erreicht werden. Diese Abkommen brachten für Polen jedoch dauerhafte Belastungen: Die Schuldentilgung wurde nur um einige Jahre verschoben, die nicht bezahlten Zinsen wurden kapitalisiert, den Schulden zugeschrieben und noch höher verzinst, da das Zinsniveau auf den internationalen Kapitalmärkten in den 1980er Jahren stark gestiegen war.⁸⁰

Ein ähnliches Szenario drohte auch der DDR. Die UdSSR war an die Grenzen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit geraten und konnte der DDR beim Abbau der Devisenschulden nicht helfen. Ein nicht geringer Teil der sowjetischen Valutaeinnahmen aus dem Export von Erdöl floss zwar in die Unterstützung der

⁷⁶ Vgl. ausführlich Armin Volze, Zur Devisenverschuldung der DDR – Entstehung, Bewältigung und Folgen, in: Die Endzeit der DDR-Wirtschaft – Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Am Ende des realen Sozialismus, Bd. 4, hrsg. v. Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig, Opladen 1999, S. 151–188.

⁷⁷ Vgl. Steiner, Von Plan zu Plan, S. 198.

⁷⁸ Vgl. die Information Schürers für Honecker über sein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Plankommission der VR Polen, Henryk Kisiel, am 2. März 1981, in: Bundesarchiv, DE 1/58674.

⁷⁹ Vgl. Christoph Sowada, Haushaltspolitische Konsequenzen steigender Staatsverschuldung in Polen. Diskussionsbeitrag. Universität Potsdam, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät, Potsdam 1995, S. 4.

⁸⁰ Vgl. Sowada, Haushaltspolitische Konsequenzen steigender Staatsverschuldung in Polen, S. 5.

osteuropäischen Verbündeten. So leistete die Sowjetunion beispielsweise Polen in der Krise 1980/81 Sonderhilfen im Wert von drei Milliarden Dollar.⁸¹ Doch konnte dies nicht die Zahlungsfähigkeit Polens garantieren, so dass sich die polnische Regierung angesichts akuter Zahlungsverpflichtungen von mehr als 9 Mrd. Dollar im Laufe der 1980er Jahre immer tiefer in eine Verschuldungsfalle hineinmanövrierte.⁸² Die Unfähigkeit der Sowjetunion, die zunehmende Abhängigkeit Polens von westlichen Gläubigern und die weitere Kumulierung von Schulden zu verhindern, signalisierte den inneren Zerfall des sowjetischen Imperiums. So konnte die Forderung Breschnews auf der Krim 1981, die Wirtschaftsbeziehungen zum Westen zumindest einzufrieren, Honecker nicht davon abhalten, die Defizite des ökonomischen Austauschs im RGW weiterhin durch den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen zu westlichen Industrieländern zu kompensieren.⁸³

Die drängenden Probleme der Zahlungsbilanz zwangen das Politbüro jedoch, die Exporte in die westlichen Industrieländer zu steigern und die Importe zu reduzieren. Am 19. Januar 1982 fasste das Politbüro einen entsprechenden Beschluss, der eine deutliche Reduzierung des NSW-Imports vorsah.⁸⁴ Honecker begründete während dieser Sitzung die Einschnitte vieldeutig mit komplizierten Entwicklungen auf dem Weltmarkt, die „eine generelle Umstellung der Volkswirtschaft“ erforderlich machten. Die Produkte der heimischen Industrie, so klärte er das Politbüro auf, könnten unter den sich verändernden Weltmarktbedingungen im westlichen Ausland nicht mehr verkauft werden. Ein MfS-Bericht zitierte ihn mit den Worten: „Auf jeder Leipziger Messe bewundern wir die Qualität unserer metallverarbeitenden Industrie und müssen jetzt feststellen, dass die Erzeugnisse im kapitalistischen Ausland nicht absatzfähig sind.“⁸⁵ Der Kreditboykott der westlichen Länder biete nach Ansicht Honeckers eine Chance. „Die Nichtgewährung weiterer Kredite ist für uns die Basis, eine neue innere Ordnung in der Volkswirtschaft durchzusetzen. [...] Die verantwortlichen Minister müssen den Prozess der Umstellung der Volkswirtschaft leiten.“

In einer Information für den stellvertretenden MfS-Minister Mittag zur Entwicklung der Zahlungsbilanz der DDR gegenüber den westlichen Industrieländern vom 4. März 1982 schlug Hauptabteilungsleiter Kleine erneut alarmierende Töne an: „Der Auftrag der Parteiführung zur unbedingten Gewährleistung der Erfüllung der außenwirtschaftlichen Aufgaben gegenüber dem NSW im Interesse der Sicherung der Zahlungsfähigkeit der DDR ist nach Ablauf der ersten zwei

⁸¹ Vgl. György Dalos, Gorbatschow. Mensch und Macht. Eine Biografie, München 2011, S. 58.

⁸² Vgl. Burkhard Olschowsky, Polen und die DDR in den achtziger Jahren, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), Die DDR in Europa – zwischen Isolation und Öffnung. Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Münster 2005, S. 47–56.

⁸³ Vgl. Hans-Hermann Hertle/Konrad Jarausch (Hrsg.), Risse im Bruderbund. Die Gespräche Honecker-Breshnew 1974 bis 1982, Berlin, 2006, S. 43f.

⁸⁴ Vgl. das Protokoll Nr. 3/82 der Sitzung des Politbüros am 19. Januar 1982, in: SAPMO BArch, DY 30/J 2/2/1929.

⁸⁵ Information Kleines für Generalmajor Hans Carlsohn, Sekretariat des Ministers, über die Sitzung des Politbüros am 19. Januar 1982, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 4693, Bl. 54.

Monate des Jahres 1982 in seiner Realisierung ernsthaft gefährdet.⁸⁶ Die Deutsche Außenhandelsbank gab für den Zeitraum vom 1. April bis 31. Dezember 1982 eine Summe von 9,1 Mrd. VM in konvertierbaren Devisen an, die an westliche Gläubigerbanken zurückgezahlt werden mussten.⁸⁷ Zugleich sah sie keine Möglichkeiten, wie die fälligen Zahlungen termingemäß beglichen werden könnten. Die größten Zahlungsverpflichtungen bestanden gegenüber Frankreich, den USA, Großbritannien und Österreich.

In Anbetracht der eingetretenen Ratlosigkeit lud Planungschef Schürer den Minister der Finanzen sowie die Präsidenten der Staatsbank der DDR und der Deutschen Außenhandelsbank AG am 2. März 1982 in sein Büro, um über Alternativvorschläge zur Abwendung der Zahlungsunfähigkeit der DDR zu beraten.⁸⁸ Während der Beratung zwischen Gerhard Schürer, Ernst Höfner, Horst Kaminsky und Werner Polze standen drei Vorschläge zur Debatte. Ein Vorschlag sah vor, die sowjetische Führung um eine „kurzfristige Kreditausreichung“ in Höhe von 1 Mrd. VM zu bitten. Die Kredittilgung sollte u. a. durch zusätzliche Lieferungen von Konsumgütern an die UdSSR erfolgen. Als weitere Variante wurde erwogen, die Kredittilgung vorläufig einzustellen, die fälligen Zinsen aber weiter zu zahlen. Eine entsprechende Erklärung sollte gegenüber den Gläubigerbanken abgegeben werden. Diese Variante verfolgte das Ziel, eine formelle Erklärung der Zahlungsunfähigkeit zu vermeiden. Die Gesprächsteilnehmer einigten sich schließlich auf den Vorschlag, zum Ausgleich des Bargelddefizits zusätzlich zum Exportplan Erzeugnisse gegen Devisen zu exportieren, die sofort als Bargeld zu Verfügung stehen könnten. Diese Variante hätte eine erhebliche Reduzierung der Inlandsversorgung, insbesondere mit Agrarprodukten, bedeutet und damit zusätzliche Engpässe in der Versorgung der Bevölkerung verursacht.

Im Ergebnis dieser Beratung bereitete Schürer eine Vorlage für das Politbüro vor, in der ein zusätzlicher Export von Erzeugnissen gegen Bargeld favorisiert wurde, um die fälligen Kreditzinsen zahlen zu können. Über das Papier verhandelten Schürer und Mittag am 5. März 1982 im Büro des Wirtschaftssekretärs.⁸⁹ Die von Schürer vorbereitete und von Mittag eingereichte Vorlage zur weiteren Exportsteigerung beschloss das Politbüro in seiner Sitzung am 10. März 1982.⁹⁰ In den außerplanmäßigen Export waren Rohstoffe und chemische Ausgangs-

⁸⁶ Information der HA XVIII für den stellvertretenden Minister Rudolf Mittag zur Entwicklung der Zahlungsbilanz der DDR gegenüber dem NSW im Jahre 1982 vom 4. März 1982, in: ebenda, MfS HA XVIII 13329, Bl. 16.

⁸⁷ Vgl. die Information der Deutschen Außenhandelsbank über Fälligkeiten von Bankkrediten, einschließlich Zinsen und kurzfristigen Geldeinlagen (Depositen) vom 2. April 1982, in: ebenda, MfS HA XVIII 19204, Bl. 26.

⁸⁸ Vgl. die Information der HA XVIII für Mittag zur Entwicklung der Zahlungsbilanz der DDR gegenüber dem NSW im Jahre 1982 vom 4. März 1982, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 13329, Bl. 16.

⁸⁹ Vgl. die Information der HA XVIII für Mittag zur Entwicklung der Zahlungsbilanz der DDR gegenüber dem NSW vom 6. März 1982, in: ebenda, Bl. 19.

⁹⁰ Vgl. das Protokoll Nr. 10/82 der Sitzung des Politbüros am 10. März 1982, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1936.

produkte, Ausrüstungen und Zulieferungen, Nahrungsgüter und Konsumgüter einbezogen. Ende März 1982 beantragte Schürer bei Mittag zusätzlich noch den außerplanmäßigen Export von Vergaserkraftstoff, Dieselmkraftstoff und Heizöl, dem der Wirtschaftssekretär zustimmte.⁹¹ Das Gesamtpaket dieser spontanen und abenteuerlichen Aktionen diente einzig dem Ziel, die für Mai 1982 vorausgesagte Zahlungsunfähigkeit der DDR unter allen Umständen zu verhindern.

Vor dem Hintergrund dieser sich dramatisch zuspitzenden Situation schlugen die stellvertretende Finanzministerin, Herta König, sowie der Präsident der Deutschen Außenhandelsbank dem Wirtschaftssekretär in einer persönlichen Stellungnahme vor, mit den Gläubigerbanken Verhandlungen über eine Umschuldung nach polnischem Vorbild aufzunehmen, da es keine Möglichkeit mehr gebe, weitere Finanzkredite zur Sicherung der Zahlungsbilanz aufzunehmen.⁹² Beide sahen nur den einzig möglichen Ausweg, im Mai 1982 gegenüber den Gläubigerbanken die Zahlungsunfähigkeit der DDR zu erklären. Hierzu sei jedoch aufgrund der außerordentlichen politischen Auswirkungen eine persönliche Entscheidung des Generalsekretärs notwendig. Zudem sollte nach Ansicht von König und Polze geprüft werden, ob darüber hinaus die Bemühungen um einen größeren Kredit bei der Bundesrepublik intensiviert werden sollten, der höchstwahrscheinlich mit entsprechenden politischen Zugeständnissen verbunden sein würde. Hierzu sei gleichfalls eine politische Entscheidung des Generalsekretärs notwendig. Eine Reaktion von Mittag auf diese Empfehlungen ist nicht überliefert, doch zeigen sie, wie angespannt das Zahlungsbilanzproblem intern eingeschätzt wurde.

In einer Ausarbeitung von Ende März 1982 fragten Schürer und Polze nach den Konsequenzen von Umschuldungsverhandlungen: „Wenn durch weitere schwerwiegende materielle Entscheidungen sowie durch Weiterführung des Kreditboykotts gegenüber der DDR und der Hochzinspolitik die Zahlungsfähigkeit der DDR nicht gewährleistet werden kann, müsste sie eine Umschuldung ihres Kreditvolumens erreichen. Auch in diesem Falle muss verhindert werden, dass die Zahlungsunfähigkeit spontan eintritt, das heißt, dass fällige Zinsen und Tilgungen nicht termingemäß überwiesen werden.“⁹³ Der Planungschef und der Präsident der Außenhandelsbank gingen in ihren Überlegungen völlig zu Recht davon aus, dass eine spontan erklärte Zahlungsunfähigkeit aufgrund des Ausbleibens von Zinszahlungen auch für die Kreditgeber die denkbar schlechteste Möglichkeit wäre. Schürer und Polze entwarfen daher ein Szenario, wie die Umschuldung des Kreditvolumens unter für alle Beteiligten akzeptablen Bedingungen zu erreichen wäre. In einer Erklärung an die Gläubigerbanken sollten die fälligen Zinszahlungen in vollem Umfang garantiert werden, während die Erfüllung der fälligen Til-

⁹¹ Vgl. den Brief Schürers an Mittag vom 29. März 1982, in: Bundesarchiv, DE 1/58673.

⁹² Vgl. die Information der HA XVIII für Mittag zur Entwicklung der Zahlungsbilanz der DDR gegenüber dem NSW vom 6. März 1982, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 13329, Bl. 21.

⁹³ Gerhard Schürer/Werner Polze, „Was müsste entschieden werden, wenn die DDR eine Umschuldung des Kreditvolumens erreichen will?“, ohne Datum [März 1982], in: ebenda, Bl. 22.

gungsverpflichtungen nur zu einem Teil zugesagt werden könne. Diese Variante der Umschuldung, so vermuteten Polze und Schürer, hätte den Vorteil, dass die Außenwirtschaftsprobleme der DDR nicht mit rapiden Eingriffen in die Akkumulation und Konsumtion gelöst werden müssten. Ein entsprechender Entwurf dieser Erklärung lag Ende März 1982 vor.⁹⁴ Dieser wies ausdrücklich darauf hin, dass die Gläubigerbanken praktisch nicht geschädigt würden, da sie ihre Zinsen vollständig und die Tilgungsraten zeitversetzt zurückerhalten würden.

Das Politbüro beschäftigte sich erneut am 25. Mai 1982 mit dem noch immer ungelösten Problem aktueller Zahlungsverpflichtungen.⁹⁵ Planungschef Schürer verwies auf fällige Zahlungen in einer Höhe von insgesamt 1556 Mio. VM per 30. Juni 1982, wobei Verpflichtungen von ca. 400 Mio. VM noch nicht „gedeckt“ seien und somit ein „offenes Bargeldproblem“ darstellen würden. Bis 30. September 1982 wären dann noch einmal für die Tilgung von Zahlungsverpflichtungen ca. 1 Mrd. VM fällig. Schürer erklärte den Politbüromitgliedern noch einmal den Kern des Problems: Die Bargeldprobleme würden sich aus der Differenz der bei den Banken der DDR verfügbaren Valuta und der in Valuta fälligen Zahlungen ergeben. Bisher seien derartige Differenzen durch die Neuaufnahme von Valutakrediten überbrückt worden. Aus den bekannten Gründen sei die Bargeldbeschaffung bei den westlichen Banken in der erforderlichen Höhe nicht möglich.⁹⁶ Wie schon zuvor beschloss das Politbüro „Sondermaßnahmen“, u. a. die unverzügliche Exportbereitstellung von ausgewählten Erzeugnissen (Erdölprodukte, chemische Erzeugnisse, Eier, Butter, Fleisch), die damit der Binnenversorgung entzogen wurden.⁹⁷ Das Politbüro wandte sich gegen eine Umschuldung von Krediten, da es eine „politische Kampagne des Gegners“ befürchtete, der „nur teilweise hinsichtlich des Kreditboykotts und der Hochzinspolitik begegnet werden kann“.⁹⁸

Die SED-Führung glaubte, mit abenteuerlichen Exportaktionen die fälligen Zinsen und Tilgungsraten an die Gläubigerstaaten zahlen zu können. Wie das Beispiel Rumäniens demonstrierte, bewirkte die auf vollständige Rückzahlung der Auslandsschulden durch maximale Exportsteigerung bei gleichzeitiger Importreduzierung orientierte Wirtschaftspolitik eine dramatische Senkung des Lebensstandards der Bevölkerung. Im ersten Halbjahr 1982 hielt Rumänien keine Zahlungstermine mehr ein und rumänische Regierungsvertreter führten mit westlichen Banken Umschuldungsverhandlungen. Die darauf folgende Spar- und Schuldentilgungspolitik Ceaușescus zeitigte verheerende Folgen für die Bevölke-

⁹⁴ Vgl. den Entwurf einer „Erklärung der Deutschen Außenhandelsbank AG gegenüber allen kapitalistischen Banken und Banken sozialistischer Länder, mit denen Kreditverträge bestehen“, ohne Datum [März 1982], in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 13329, Bl. 25.

⁹⁵ Vgl. das Protokoll Nr. 21/82 der Sitzung des Politbüros am 25. Mai 1982, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1948.

⁹⁶ Vgl. die Information Kleines für Mielke vom 27. Mai 1982, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 19204, Bl. 53.

⁹⁷ Vgl. den Beschluss über „Maßnahmen zur Erfüllung der außenwirtschaftlichen Aufgaben im Jahre 1982“ vom 25. Mai 1982, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1948.

⁹⁸ Information Kleines für Mielke vom 27. Mai 1982, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 19204, Bl. 54.

rung, aber auch für die Wirtschaft. Lebensmittelimporte wurden rigoros reduziert, die Ausfuhren von verarbeiteten Nahrungsmitteln zum Nachteil der landeseigenen Versorgung gesteigert. Lebensmittel wurden streng rationiert, der private Energiekonsum drastisch gekürzt, die Arbeiter mussten starke Lohneinbußen hinnehmen. Kein anderer Staat Osteuropas erreichte einen ähnlich kritischen Zustand wirtschaftlicher und sozialer Not wie Rumänien.⁹⁹

In Anbetracht der zugespitzten Bargeldprobleme und der drohenden Zahlungsunfähigkeit wuchs der Einfluss des Bereichs Kommerzielle Koordinierung (KoKo) des Ministeriums für Außenhandel und der seines Leiters auf wirtschaftspolitische Grundsatzentscheidungen, insbesondere auf die Vergabe von Valuta-Investitionsmitteln.¹⁰⁰ Nachdem der Bereich KoKo im November 1976 dem Wirtschaftssekretär als selbstständiger Dienstbereich direkt unterstellt worden war¹⁰¹, übertrug Mittag durch eine mündliche Weisung 1982 Schalck-Golodkowski die gesamte Koordination auf dem Gebiet der Bank- und Kreditpolitik. Dies gab Herta König im Februar 1990 während einer Zeugenbefragung zu Protokoll.¹⁰² Aufgrund dieser Verfügung habe Schalck ihr als stellvertretender Finanzministerin, dem Präsidenten der Deutschen Außenhandelsbank und dem Generaldirektor der Deutschen Handelsbank Weisungen erteilen können. Damit agierte Schalck vollkommen eigenverantwortlich in zentralen Bereichen, die unmittelbaren Einfluss auf die Zahlungsfähigkeit der DDR hatten. Seit dem Kreditboykott westlicher Banken Ende 1981 trug der Bereich KoKo mit seinen Außenhandelsbetrieben und Exportunternehmen maßgeblich dazu bei, für einige Jahre die Devisen-Liquidität der DDR zu sichern.¹⁰³

Schalck informierte Mittag in „persönlichen Informationen“ regelmäßig über den aktuellen Valuta-Bestand seines Bereichs und ebenso über den Stand von Verhandlungen über Kreditverträge mit ausländischen Banken, so dass der Wirtschaftssekretär die Zahlungsfähigkeit der DDR umfassend einschätzen und überblicken konnte.¹⁰⁴ Zudem unterrichtete Schalck den Generalsekretär über die jeweiligen Festlegungen zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der DDR in konvertierbaren Devisen, die vom Bereich KoKo getroffen wurden.¹⁰⁵ Die übrigen Mitglieder und Kandidaten des Politbüros wurden somit weitgehend im Unklaren über das gelassen, was Schalck-Golodkowski und Mittag handels- und finanzpolitisch planten und unternahmen.

⁹⁹ Vgl. Thomas Kunze, Nicolae Ceausescu. Eine Biographie, Berlin 2009, S. 303.

¹⁰⁰ Vgl. Matthias Judt, Der Bereich Kommerzielle Koordinierung. Das DDR-Wirtschaftsimperium des Alexander Schalck-Golodkowski – Mythos und Realität, Berlin 2013, S. 30f.

¹⁰¹ Vgl. das Protokoll Nr. 23/76 der Sitzung des Politbüros am 2. November 1976, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/1642.

¹⁰² Vgl. das Protokoll der Vernehmung von Herta König vom 15. Februar 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 245/90, Bd. 2.

¹⁰³ Vgl. Judt, Der Bereich Kommerzielle Koordinierung, S. 30.

¹⁰⁴ Vgl. das Schreiben Schalcks an Mittag vom 11. Februar 1981, in: ebenda, Aktenzeichen 2 Js 6/90, Bd. 178.

¹⁰⁵ Vgl. die Hausmitteilung Schalcks an Honecker vom 13. Februar 1981, in: ebenda.

Inwieweit Schalck als „Offizier im besonderen Einsatz (OibE)“ des Ministeriums für Staatssicherheit Mielke über die Devisengeschäfte auf dem Laufenden hielt, kann anhand des zugänglichen Quellenmaterials schwer beurteilt werden. Schalck war Mielke in sicherheitspolitischen Fragen direkt unterstellt und persönlich rechenschaftspflichtig. Da die für den Bereich KoKo zuständige Hauptabteilung XVIII, insbesondere Hauptabteilungsleiter Kleine, wiederholt „operative“ Entscheidungen des Wirtschaftssekretärs und auch die unkontrollierten Devisengeschäfte Schalcks bei Mielke angeprangert hatte, versuchte der KoKo-Chef sich der unmittelbaren Aufsicht der für die Wirtschaft zuständigen Dienst Einheit des MfS zu entziehen. Dies gelang ihm schließlich, indem die „Arbeitsgruppe Bereich KoKo“ zum 1. September 1983 als selbstständige Dienst Einheit des MfS gegründet wurde, die von nun ab für die „politisch-operative Sicherung“ von KoKo zuständig war. Mielke unterstellte die Arbeitsgruppe direkt seinem Stellvertreter Generalleutnant Rudi Mittag.¹⁰⁶ Die Arbeitsgruppe besaß jedoch keine Befugnisse, die den wirtschaftspolitischen Handlungsraum Schalcks hätten einschränken können.¹⁰⁷

Die Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz beim Politbüro verlor dagegen seit 1982 an Bedeutung. Offenbar traute ihr selbst der Generalsekretär nicht mehr zu, das Devisenproblem zu lösen. Mit den zunehmenden Zahlungsschwierigkeiten wurde die Verantwortung für die Zahlungsfähigkeit der DDR in den Ministerrat delegiert, in dem seit Anfang der 1980er Jahre ebenfalls eine Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz existierte.¹⁰⁸ Diese stand unter der Leitung Schürers. Sie tagte im kleineren Gremium wöchentlich und leitete Lösungsvorschläge zur Absicherung der Zahlungsfähigkeit der DDR direkt dem Generalsekretär zu. Honecker beauftragte dann Mittag bzw. die ihm unterstehende Abteilung Planung und Finanzen, die Vorlagen zu prüfen, ehe sie im Politbüro abschließend beschlossen wurden. Herta König zufolge wurden die Politbürovorlagen zur Zahlungsbilanz seit 1982 ausschließlich in der Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz des Ministerrates diskutiert und vorbereitet.¹⁰⁹ Dies entsprach der allgemeinen Tendenz, die Verantwortung für den wirtschaftlichen Niedergang und die außenwirtschaftlichen Fehlschläge staatlichen Instanzen zuzuschieben.

Durch die Erhöhung der Exporte in die westlichen Länder sowie die Reduzierung der Devisen-Importe konnte zunächst der Eintritt der Zahlungsunfähigkeit verhindert werden. 1982 konnte insbesondere durch eine bedeutende Importsenkung ein Exportüberschuss von 3,9 Mrd. VM erzielt werden.¹¹⁰ Dadurch verringerte sich die Verschuldung gegenüber den westlichen Industriestaaten im Ver-

¹⁰⁶ Vgl. Reinhard Buthmann, Die Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (MfS-Handbuch), Berlin 2003, S. 48.

¹⁰⁷ Vgl. ebenda, S. 53.

¹⁰⁸ Vgl. Harry Möbis, Von der Hoffnung gefesselt – zwischen Stoph und Mittag – unter Modrow, Frankfurt (O.) 1999, S. 114f.

¹⁰⁹ Vgl. das Protokoll der Vernehmung von Herta König vom 15. Februar 1990, Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 245/90, Bd. 2, Bl. 19.

¹¹⁰ Vgl. die Information für das Politbüro über die Zahlungsbilanz und Außenwirtschaftsbeziehungen vom Januar 1983, in: SAPMO BArch, DY 30/5213.

gleich zum Vorjahr um 2,3 Mrd. VM. Die Gesamtverschuldung war Ende 1982 auf ca. 28,2 Mrd. VM gesunken. Der zusätzliche Export von Rohstoffen, chemischen Erzeugnissen und Konsumgütern ging überwiegend zu Lasten der Binnenversorgung. Das dringend benötigte Bargeld zur Rückzahlung der Zinsen wurde „operativ“ beschafft: Durch den Verkauf von Gold aus der Staatsreserve. Nicht zuletzt gelang es mit Hilfe von Schalcks Wirtschaftsimperium, in letzter Minute das nötige Bargeld bereitzustellen. Die dem Staatshaushalt der DDR aus dem Bereich KoKo („Einschüsse“) zugeführten Valuta-Zuschüsse beliefen sich im gesamten Jahr 1982 auf rund 4,5 Mrd. VM.¹¹¹ Ein Jahr später wurden sogar durch „Sondergeschäfte“ des Bereiches KoKo Finanzierungsquellen in Höhe von 5,5 Mrd. VM mobilisiert.¹¹² In der Information für die Politbüromitglieder hieß es in nüchternem Stil: „Obwohl die planmäßig beauftragten Valutaeinnahmen insgesamt realisiert wurden, reichte das nicht aus, um die Zahlungsfähigkeit der DDR in konvertierbaren Devisen zu gewährleisten. Der Hauptteil der fälligen Zahlungen konnte nur durch die Sondergeschäfte des Bereiches Kommerzielle Koordination und weitere zeitweilige Finanzierungsquellen gesichert werden.“¹¹³

Im Laufe des Jahres 1983 kamen bald wieder die alten Probleme auf die Tagesordnung des Politbüros. Die Kreditlaufzeiten waren von ursprünglich 24 auf sechs Monate gefallen. Bis August 1983 stand die Rückzahlung allein von Kreditzinsen in einer Höhe von 3,8 Mrd. VM an.¹¹⁴ 1983 mussten insgesamt 17 Mrd. VM zurückgezahlt werden. Der Druck auf die Zahlungsbilanz nahm wieder enorm zu. Einmal mehr war es Honeckers Beauftragter auf dem Feld der deutsch-deutschen Beziehungen, Alexander Schalck-Golodkowski, der neue Kreditquellen akquirieren konnte. Zunächst favorisierten Schalck und Mittag ein Modell des in der Schweiz lebenden deutschen Bankiers Holger Bahl, der mit ihnen Verhandlungen über die Gründung einer gemeinsamen deutsch-deutschen Finanzgesellschaft in Zürich führte.¹¹⁵ Für das geheime Finanzprojekt wurde die Bezeichnung „Züricher Modell“ benutzt.¹¹⁶

Durch die Gründung einer deutsch-deutschen Finanzgesellschaft in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft mit Sitz in Zürich sollte der DDR ein Rahmenkredit

¹¹¹ Vgl. das Schreiben von Alexander Schalck an Günter Mittag über die „Erfüllung der gestellten Aufgaben im Jahre 1982“ vom 15. Dezember 1982, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 6/90, Bd. 178. 4,5 Mrd. VM entsprachen ca. 1,8 Mrd. Dollar bei einem Umrechnungskurs von 1 US-Dollar = 2,40 VM.

¹¹² Vgl. die Informationen über die Zahlungsbilanz und Außenwirtschaftsbeziehungen vom 9. April 1984, in: SAPMO BArch, DY 30/5214.

¹¹³ Ebenda.

¹¹⁴ Vgl. die Informationen über die Zahlungsbilanz und Außenwirtschaftsbeziehungen vom 14. September 1983, in: SAPMO BArch, DY 30/5213.

¹¹⁵ Vgl. Holger Bahl, Als Banker zwischen Ost und West. Zürich als Drehscheibe für deutsch-deutsche Geschäfte, Zürich 2002; Jürgen Nitz, Länderspiel, Berlin 1995; Reinhard Buthmann, Bleiben Sie unser Mann in Zürich! Schalck-Golodkowskis Bereich KoKo, das „Züricher Modell“ und ein „Länderspiel“, in: Deutschland Archiv 36 (2003), S. 63–67.

¹¹⁶ Vgl. Reinhard Buthmann, Megakrise und Megakredit. Das Züricher Modell im Lichte der Stasi-Akten, in: Deutschland Archiv 38 (2005), S. 991–1000; Judt, Der Bereich Kommerzielle Koordinierung, S. 158 ff.

in Höhe von 4 Mrd. DM mit einer Laufzeit von 20 Jahren eingeräumt werden.¹¹⁷ Durch spätere Kapitalerhöhungen wurden sogar Kredite in Höhe von 10 Mrd. DM in Aussicht gestellt. Mit einer permanent steigenden Kapitalausstattung sollte die Finanzgesellschaft dann in die Lage versetzt werden, den Finanzbedarf weiterer Geschäfte aus eigener Kraft an den internationalen Kreditmärkten einzudecken. Geplant war außerdem die räumliche Ausdehnung der Geschäftstätigkeit durch die Errichtung von Tochterfilialen in Frankfurt (Main), West-Berlin und Ost-Berlin. Dieses lukrative Angebot konnte die DDR nicht einfach ausschlagen, denn es schien als ständig sprudelnde Devisenquelle die Lösung aller drängenden Bargeldsorgen möglich zu machen. Darüber hinaus schien dieses Bankenmodell die Chance zu bieten, über die gemeinsame Finanzgesellschaft langfristig größere Kredite mit deutlich längeren Laufzeiten an den internationalen Kreditmärkten einzuholen. Das „Züricher Modell“ kam über ein Planungsstadium jedoch nicht hinaus.

Parallel dazu liefen auch konkrete Verhandlungen über die Gewährung eines Kredits über eine Mrd. DM eines westdeutschen Bankenkonsortiums an die Deutsche Außenhandelsbank der DDR, den CSU-Chef Franz Josef Strauß vermittelte.¹¹⁸ Am 5. März 1983 sprach Schalck mit dem bayerischen Ministerpräsidenten über die Kreditwünsche der DDR.¹¹⁹ Strauß versprach, sich bei Bundeskanzler Helmut Kohl für einen Milliardenkredit an die DDR einzusetzen, machte aber zugleich deutlich, dass der Kredit auch ohne formelles Junktim ein politisches Entgegenkommen der DDR erfordere. Am 1. Juli 1983 wurde der Vertrag über den von Strauß und Schalck ausgehandelten Milliardenkredit unterzeichnet, ohne dass Moskau gefragt und das SED-Politbüro vorher von Honecker und Mittag informiert wurde.¹²⁰ Die Bundesregierung leistete eine Bürgschaft für einen der DDR von einem Bankenconsortium gewährten Fünfjahreskredit über eine Milliarde DM. Das Politbüro wurde erst am 2. August 1983 über den Abschluss der Verhandlungen mit Strauß informiert.¹²¹ Auf diese Weise konnte sich Honecker als Retter in letzter Not präsentieren. Alle Informationen über die geheimen Bankgeschäfte mit der Bundesrepublik liefen bei Honecker, Mittag, Schalck-Golodkowski und wohl auch Mielke zusammen.

Als Gegenleistungen für den Kredit verfügte der SED-Generalsekretär eine Verbesserung der Abfertigung an den DDR-Grenzen, nachdem ein Transitreisender

¹¹⁷ Vgl. den Aktenvermerk Holger Bahls über die „Zusammenarbeit zwischen einer staatlichen Institution der Bundesrepublik Deutschland und der Intrac Handelsgesellschaft mbH, DDR-Berlin, im internationalen Kreditgeschäft“ vom 17. Februar 1982, in: Archiv BStU, MfS AG BKK 3, Bl. 158.

¹¹⁸ Vgl. Judt, Der Bereich Kommerzielle Koordinierung, S. 163 ff.; Wolfgang Seifert/Norbert Treutwein, Die Schalck-Papiere. DDR-Mafia zwischen Ost und West, Wien 1991, S. 295 f.; Hermann Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989, München 2007, S. 504.

¹¹⁹ Vgl. Alexander Schalck-Golodkowski, Deutsch-deutsche Erinnerungen, Berlin 2000, S. 294 f.

¹²⁰ Vgl. Karl-Rudolf Korte, Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989, Stuttgart 1998, S. 169 ff.

¹²¹ Vgl. die Information über das Gespräch Honeckers mit Franz J. Strauß auf der Sitzung des Politbüros am 2. August 1983, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2013.

bei der Grenzkontrolle einen Herzinfarkt erlitten hatte, was zu einer erheblichen Aufregung im innerdeutschen Verhältnis geführt hatte.¹²² Gleich beim ersten Gespräch mit Schalck forderte Strauß, der den Tod des Transitreisenden öffentlich als „Mord“ angeprangert hatte, Bundesbürger an der Grenze und in der DDR nicht als Bürger eines Feindstaates zu behandeln, sowie Erleichterungen bei der Familienzusammenführung und Befreiung von Kindern vom Mindestumtausch. Im Spätsommer 1983 begann überraschend der Abbau der 1972 auf Weisung Honeckers installierten Selbstschussanlagen und der einst auf sowjetische Weisung verlegten Minen an der innerdeutschen Grenze. Die Selbstschussanlagen waren Ende 1984 abgeräumt, die Bodenminen bis Ende 1985. Im Sommer 1984 übernahm die Bundesregierung zum zweiten Mal eine Kreditgarantie für einen Kredit über 950 Millionen DM an die DDR, für den diese sich abermals durch Gegenleistungen – erleichternde Maßnahmen im innerdeutschen Reiseverkehr – revanchierte.

Ogleich über die Pläne zur Gründung einer deutsch-deutschen Bank in der Schweiz mit Zustimmung des SED-Chefs weiter verhandelt wurde, erklärte Honecker während eines Treffens mit Altkanzler Helmut Schmidt im September 1983, dass das „Züricher Modell“ nach dem Milliardenkredit wohl nicht mehr nötig sei.¹²³ Honecker hielt das Kreditangebot über die Münchener „Südschiene“ für die bessere Alternative, da es vorerst ohne größere politische Zugeständnisse akzeptiert werden konnte. Denn während der Verhandlungen über das „Züricher Modell“ hatte die westdeutsche Seite politische Forderungen gestellt, die Honecker nicht akzeptieren wollte. Gedacht war an eine Senkung des Reisealters für Bürger der DDR bei Reisen in die Bundesrepublik und West-Berlin von 65 auf 60 Jahre. Ferner wurde gefordert, den Mindestumtausch für West-Bürger bei ihren Besuchen in der DDR herabzusetzen.¹²⁴

Dank der Milliardenkredite von 1983 und 1984 sowie mit Hilfe zusätzlicher Transferleistungen der Bundesrepublik konnte die Zahlungsunfähigkeit der DDR erneut abgewendet werden. Auch die besonderen Tauschgeschäfte mit der Sowjetunion während der Kreditkrise von 1982 bis 1984 sowie die Devisenerträge des Bereichs KoKo trugen dazu bei, die Zahlungsfähigkeit der DDR zu wahren.¹²⁵ Herta König, die als stellvertretende Finanzministerin an der Ausarbeitung der monatlichen Statistiken zur Zahlungsbilanz beteiligt war, bestätigte später die Dramatik der Situation der Jahre 1982/83: „Wir standen unmittelbar vor der Zahlungsunfähigkeit.“¹²⁶ Wenngleich die Verschuldung der DDR im Vergleich zu Polen, Rumänien und Ungarn als moderat und beherrschbar erschien, stieß das

¹²² Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 504f.

¹²³ Vgl. den Aktenvermerk Holger Bahls über die „Entwicklung und den derzeitigen Stand des Züricher Modells (ZM)“ vom 2. Juni 1986, in: Archiv BStU, MfS AG BKK 3, Bl. 178.

¹²⁴ Vgl. Heinrich Potthoff, Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990, Berlin 1999, S. 218f.

¹²⁵ Vgl. Judt, Der Bereich Kommerzielle Koordinierung, S. 265.

¹²⁶ Protokoll der Vernehmung Herta Königs am 15. Februar 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 245/90, Bd. 2.

aufgelaufene Kreditvolumen an die Grenzen sowohl einer weiteren Erhöhung der Kreditaufnahme als auch der weiteren Beherrschung der Zins- und Tilgungszahlungen. Die Bundesbürgschaften für die Milliardenkredite stellten die Kreditwürdigkeit der DDR auf den internationalen Finanzmärkten wieder her und schufen somit die Voraussetzungen für die Aufnahme neuer Kredite bei westlichen Banken. Insofern hatten die Milliardenkredite der Bundesrepublik zunächst das wirtschaftliche Überleben der DDR gesichert.

In höchster Not sprang weiterhin Schalck-Golodkowski ein, um die Zahlungsfähigkeit der DDR zu gewährleisten. Wie er in seiner Information für Mittag vom 26. Juli 1984 notierte, organisierte sein Bereich im laufenden Jahr Kredite in einer Höhe von 6,7 Mrd. VM (= 2,6 Mrd. US-Dollar) mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 370 Tagen und einem Zinssatz von 25 Prozent.¹²⁷ Für seinen Bereich bilanzierte er im ersten Halbjahr 1984 Valutaeinnahmen von 2,7 Mrd. VM, von denen 1,4 Mrd. VM direkt in den Staatshaushalt flossen. Zusätzlich stellte KoKo dem Außenhandel 215 Mio. DM für Importe zur Versorgung der Bevölkerung bereit. Dies betraf Bekleidung, Modewaren, Kosmetik, Schuhe, Lederwaren, Sportbekleidung, Feinkostserzeugnisse sowie Genussmittel. Mit den außerplanmäßigen Devisenzuschüssen des Bereichs KoKo, die allein Honecker, Mittag und wohl auch Mielke überblickten, gelang es dem SED-Chef, beschwichtigend auf entsprechende Anfragen besorgter Politbüromitglieder zu reagieren.

Honecker, Mittag und die Politbüromehrheit glaubten, die kritische Situation durch verstärkte Anstrengungen im Außenhandel, insbesondere durch weitere Exportsteigerungen, meistern zu können. Die zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit notwendigen hohen Exportüberschüsse konnten wiederum nur zu Lasten der inneren Verwendung realisiert werden. Die Folgen für die Wirtschaft der DDR und die Versorgung der Bevölkerung waren zwar nicht so katastrophal spürbar wie in Rumänien. Langfristig musste der damit einhergehende Rückgang der Investitionen in der Industrie jedoch in den Ruin führen.

Nachdem die Gesamtverschuldung 1984/85 aufgrund der erzielten Exportüberschüsse leicht abgebaut werden konnte, lagen bald wieder die alten Probleme der Zahlungsbilanz auf dem Tisch. Während einer Beratung beim Wirtschaftssekretär am 4. März 1985 machte Mittag die Plankommission für das „Loch in der Zahlungsbilanz“ verantwortlich.¹²⁸ Er griff Schürer heftig an und warf ihm vor, die zentralen Exportvorgaben gegenüber den Ministern und Generaldirektoren nicht energisch genug durchzusetzen. Die Plankommission höre sich lediglich die Klagen der Minister an und trage diese dann an die Partei heran. Mittag forderte den Planungschef auf, an Stelle der vorliegenden Entwürfe für den kommenden Fünfjahrplan neue Zahlen vorzulegen. Er gab einen Richtwert von 12 Mrd. VM

¹²⁷ Vgl. die Information Schalcks für Mittag über die Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgaben des Bereiches Kommerzielle Koordinierung vom 26. Juli 1984, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 6/90, Bd. 178.

¹²⁸ Vgl. die Niederschrift von Siegfried Wenzel über die Beratung bei Mittag am 4. März 1985, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 13254, Bl. 67–76.

vor¹²⁹, auf die die Devisenverschuldung bis 1990 insgesamt reduziert werden sollte, was einen Exportüberschuss in einer jährlichen Größenordnung bis zu 7 Mrd. VM voraussetzte. Mittag wollte die Westverschuldung mit außergewöhnlichen Steigerungen im Export in die westlichen Industrieländer deutlich absenken. Wirtschaftsexperten hielten einen Exportüberschuss von 35 Mrd. VM in den Jahren von 1986 bis 1990 jedoch für nicht möglich.

Das starrsinnige Festhalten an unrealistischen Vorgaben sowohl für den Export als auch für die Wirtschaftsentwicklung insgesamt untergrub die wirtschaftspolitische Legitimität der politischen Führung. Führende Wirtschaftsfunktionäre glaubten nicht mehr daran, die Probleme im Außenhandel und in der Wirtschaft mit dem alten Führungspersonal lösen zu können. Darüber hinaus zweifelten nicht wenige an den bislang praktizierten Methoden der Wirtschaftsplanung und hielten Reformen für unerlässlich. Der Verlust des Legitimitätsglaubens spiegelte sich deutlich in den Berichten von Inoffiziellen Mitarbeitern aus dem Wirtschaftsapparat sowie in den Informationen der Hauptabteilung XVIII des MfS an Mielke wider. Wirtschaftsfunktionäre aus den zentralen Apparaten von Partei und Staat lieferten bereitwillig Interna aus dem engsten Führungszirkel um Honecker, Mittag, Schalck und Schürer, da bei ihnen die Besorgnisse über den allgemeinen Zustand der Wirtschaft immer größer wurden.¹³⁰ Etliche Abteilungsleiter der SPK schätzten die volkswirtschaftliche Situation Mitte der 1980er Jahre als ausweglos ein. War Anfang der 1980er Jahre in den internen MfS-Berichten noch von Resignation die Rede, so kennzeichneten die MfS-Analysen jetzt die allgemeine Stimmung mit Begriffen wie Frustration, Kapitulation und Fatalismus.¹³¹ Alle Versuche von Wirtschaftsfunktionären der Plankommission, die Planziele zu korrigieren sowie die Ausgaben für soziale Leistungen einzuschränken und damit der realen Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft anzupassen, scheiterten am Beharrungswillen der Politbüromehrheit. Auch die neuen Ansätze zur Modernisierung der Wirtschaft, um auf deutlich veränderte internationale Rahmenbedingungen reagieren zu können, versandeten im bürokratischen Getriebe der Planwirtschaft.

Die MfS-Berichte zeigen, wie nicht nur verschiedene Abteilungsleiter der SPK, sondern auch Funktionäre der wirtschaftspolitischen Abteilungen des Zentralkomitees wie Abteilungsleiter Ehrensperger Mitte der 1980er Jahre zu der Überzeugung gelangten, dass der Wirtschaftskurs Honeckers die DDR in den Abgrund führen würde. Das betraf nicht nur einzelne Politbürobeschlüsse, sondern die gesamte Wirtschaftspolitik seit 1971 mit steigender individueller Konsumtion zu Lasten der produktiven Akkumulation. Damit stand gleichermaßen die Führungskompetenz des Politbüros und insbesondere des Generalsekretärs auf einem

¹²⁹ Ende 1985 belief sich die Gesamtverschuldung nach internen Berechnungen auf rd. 30 Mrd. VM.

¹³⁰ Vgl. exemplarisch die Information von IMS „Lenz“ aus der SPK zur Ausarbeitung des Fünfjahrplans 1986 bis 1990 vom 8. März 1985, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 13254, Bl. 64.

¹³¹ Vgl. das Schreiben von Oberstleutnant Ralf Hecht an Generalmajor Alfred Kleine vom 27. Februar 1985, in: ebenda, Bl. 14.

entscheidenden Politikbereich zur Disposition. Wenngleich die Führungskompetenz des Parteichefs und seines Politbüros lediglich in informellen Gesprächen und vertraulichen Informationen für das MfS in Frage gestellt wurde, rüttelte dies an einem tragenden Fundament innerparteilicher Herrschaft, nämlich am Tabu, den Sinn von Entscheidungen der jeweils übergeordneten Hierarchieebene anzuzweifeln. Somit lösten diese Zweifel zugleich auch grundsätzliche Besorgnisse über die generellen Überlebenschancen des gesamten sowjetischen Gesellschaftsmodells aus und unterhöhlten damit die inneren Stabilitätsgrundlagen der SED-Herrschaft.¹³² Aus dieser Perspektive erscheint der rasante Zusammenbruch der Parteierrschaft im Herbst 1989 keineswegs so überraschend, wie dies auf den ersten Blick erscheint.

Eine Kursänderung war auch in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre nicht in Sicht, denn eine breite Diskussion in den Führungsetagen der Partei über die Lösung der aufgestauten Wirtschaftsprobleme, die einen Reformdruck aus den Apparaten heraus befördert hätte, blieb aus. Die wirtschaftspolitischen Irrtümer wurden zähneknirschend hingenommen und nur informell diskutiert. Ungeachtet widersprechender Auffassungen und interner Unmutsäußerungen wurden die vom Politbüro getroffenen wirtschaftspolitischen Entscheidungen in Partei und Staat umgesetzt. Der im Apparat weit verbreitete Zweifel am Erfolg von Honeckers konsumorientierter Wirtschaftspolitik trug damit wesentlich dazu bei, den inneren Erosionsprozess der SED-Herrschaft zu beschleunigen.

4. Innere Erosion im Herrschaftsgefüge

Nachdem Honecker am 3. Mai 1971 das Amt des Parteichefs von Ulbricht übernommen hatte, schaffte es der neue Mann an der Spitze, sich durch sozialpolitische Versprechungen und kulturpolitische Liberalisierungen sowohl in der Mitgliedschaft der SED als auch bei der Bevölkerung ein gewisses Ansehen zu verschaffen. Doch zog mit Honecker als Erstem Sekretär kein neuer Politikstil in das Politbüro ein und die totalitären Herrschaftsmethoden blieben unverändert. Die politische Propaganda der Staatspartei, für ein besseres Leben in Wohlstand und Frieden zu sorgen, wirkte seit Beginn der 1980er Jahre nicht mehr. Das Vertrauen der Bevölkerung war endgültig geschwunden, als klar wurde, dass die SED ihr Versprechen einer besseren Zukunft auch unter Honecker nicht einlösen konnte. Die von Honecker auf der 7. Plenartagung im Dezember 1988 propagierte Lösung vom „Sozialismus in den Farben der DDR“ zeugte nur noch von der völligen Hilflosigkeit gegenüber den in der Gesellschaft aufgestauten Problemen. Der Slogan, den Honecker am 11. November 1988 anlässlich der Auszeichnung von DDR-Sportlern für ihre herausragenden Leistungen bei den Olympischen Spielen

¹³² Vgl. Peter Skyba, Sozialpolitik als Herrschaftssicherung. Entscheidungsprozesse und Folgen in der DDR der siebziger Jahre, in: Clemens Vollnhals/Jürgen Weber (Hrsg.), Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, München 2002, S. 78f.

in Seoul spontan kreierte¹³³, zielte auf eine Abgrenzung von der Reformpolitik des sowjetischen Partei- und Staatschefs Michail Gorbatschow, der einen Umbau des gesamten gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Systems anvisierte.

Seit dem Ende der 1970er Jahre standen Partei und Regierung vor einem Widerspruch, der sich im Rahmen des bestehenden gesellschaftlichen Systems nicht auflösen ließ. Auf der einen Seite hatten die hohen Investitionen der sozialpolitischen Programme zu messbaren Ergebnissen geführt. Das ehrgeizige Wohnungsbauprogramm, subventionierte Mieten und Grundnahrungsmittel, der Ausbau des staatlichen Gesundheitswesens, hoher Bildungsstandard sowie staatliche und betriebliche Kinderbetreuung erleichterten den Alltag. Auf der anderen Seite wuchs der Unmut in der Bevölkerung, und zwar nicht nur wegen der überall spürbaren staatlichen Gängelung und fehlender Demokratie. Die vollmundigen Versprechen Honeckers auf den Parteitag der SED hatten Erwartungen geweckt, denen die heimische Industrie angesichts der angespannten Wirtschaftslage nicht entsprechen konnte.

Vor allem in den staatlichen Betrieben wuchs die Unzufriedenheit. Es fehlte an technischer Ausrüstung, Ersatzteilen und Rohstoffen, so dass sich die Stillstandszeiten der Maschinen häuften. Arbeitsorganisation und Arbeitsdisziplin waren miserabel und die Motivation der Beschäftigten näherte sich dem Nullpunkt. Da sich viele Werke, wie zum Beispiel in der Chemieindustrie, in einem beklagenswerten Zustand befanden, häuften sich die Betriebsunfälle und Havarien. Im Chemiekombinat Bitterfeld herrschten Bedingungen, die die Gesundheit der Belegschaft akut gefährdeten.¹³⁴ Die unkontrollierte Freisetzung von Schadstoffen und das Ignorieren von Grenzwerten belasteten die Umwelt.¹³⁵ Dies führte zur Bildung von unabhängigen Natur- und Umweltschutzgruppen, insbesondere in den südlichen industriellen Ballungsgebieten der DDR.¹³⁶

Zudem schwanden in den SED-Grundorganisationen der Betriebe die Legitimation der Leitungen und die Identifikation der Mitglieder mit der Gesellschaftspolitik ihrer Führung. Weil die Betriebsparteileitungen die tatsächlichen Probleme

¹³³ Vgl. Klaus Taubert, *Generation Fußnote. Bekenntnisse eines Opportunisten*, Berlin 2008, S. 200.

¹³⁴ Vgl. Rainer Karlsch/Raymond G. Stokes, „Die Chemie muss stimmen“. Bilanz des Wandels 1990–2000, Leipzig 2000, S. 28ff.; Raymond G. Stokes, *Chemie und chemische Industrie im Sozialismus*, in: Dieter Hoffmann/Kristie Macrakis (Hrsg.), *Naturwissenschaft und Technik in der DDR*, Berlin 1997, S. 283–296.

¹³⁵ Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München 2009, S. 125ff.

¹³⁶ Vgl. Hubertus Knabe, *Umweltkonflikte im Sozialismus: Möglichkeiten und Grenzen gesellschaftlicher Problemartikulation in sozialistischen Systemen. Eine vergleichende Analyse der Umweltdiskussion in der DDR und Ungarn*, Köln 1993; Ehrhart Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Bonn 1997, S. 585–592; Carlo Jordan/Hans-Michael Kloth (Hrsg.), *Arche Nova – Opposition in der DDR. Das „Grün-ökologische Netzwerk Arche“ 1988–90*, Berlin 1995; Michael Beleites, *Pflanzzeit. Die kirchliche Umweltbewegung in der DDR – Impulse und Wirkungen*, Wittenberg 1999; Jeanette Michelmann, *Verdacht Untergründigkeit. Eine Erfurter Umweltschutzgruppe und die Staatssicherheit*, Rudolstadt 2001.

der Betriebe und ihrer Beschäftigten vor Ort nicht lösen konnten und in den Informationen an die Kreisleitungen auch immer wieder folgenlos thematisierten, flüchteten sie sich in inhaltsleere Rituale und ohnmächtigen Aktivismus. Wenn gleich die SED in den Betrieben noch immer offiziell regierte, konnte sie die Geschehnisse vor Ort kaum mehr beherrschen.¹³⁷ Unter den echten und vermeintlichen Zwängen zur Anpassung als Überlebensstrategie äußerten sich viele Mitglieder privat anders als in den Grundorganisationen der Betriebe. Auf diese Weise entstand ein von Konformität geprägtes Milieu, in dem zunehmend Pessimismus über die von der Führungsriege proklamierte gesellschaftspolitische Perspektive Oberhand gewann.¹³⁸

Hinzu kam der steigende Misstrauen über die Weigerung der politischen Führung, die Reisefreiheit auszuweiten. In immer stärkerem Maße forderten DDR-Bürger ihr Recht auf Freizügigkeit, das die DDR-Führung mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975 offiziell anerkannt hatte.¹³⁹ Es stieg die Zahl derjenigen, die einen „Antrag auf ständige Ausreise“ beim DDR-Innenministerium stellten. Daran konnten auch die Schikanen staatlicher Instanzen sowie örtlicher SED-Leitungen nichts ändern, die den Alltag vieler Ausreisearbeitgeber erschwerten. Verließen 1978 offiziell 11 287 Bürger mit staatlicher Genehmigung die DDR in Richtung Westdeutschland bzw. West-Berlin, so waren es 1984 schon 36 699.¹⁴⁰ Zudem erhielten 1984 im Rahmen einer von Honecker persönlich angewiesenen Aktion weitere 12 000 Personen eine Ausreisegenehmigung, so dass im gesamten Jahr 1984 weit mehr als 48 000 Personen die staatliche Erlaubnis zur „Übersiedlung“ nach West-Berlin oder in die Bundesrepublik erhielten.¹⁴¹ Die stark anschwellende Ausreisewelle demotivierte nicht nur die staatlichen Betriebsleiter, die von ihren Parteileitungen ja angehalten waren,

¹³⁷ Vgl. Sandrine Kott, Die SED im Betrieb, in: Jens Gieseke/Hermann Wentker (Hrsg.), Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme, Berlin 2011, S. 238.

¹³⁸ Vgl. Johannes L. Kuppe, Die SED: Avantgarde der Arbeiterklasse, Instrument der Parteiführung oder Teil einer deutschen Gesellschaft?, in: Gerd-Rüdiger Stephan/Andreas Herbst/Christine Krauss/Daniel Küchenmeister/Detlef Nakath (Hrsg.), Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, Berlin 2002, S. 276.

¹³⁹ Vgl. Anja Hanisch, Zwischen sowjetischer Konzessionsbereitschaft und Ausreisebewegung. Die DDR und das Madrider KSZE-Folgetreffen 1980–1983, in: Matthias Peter/Hermann Wentker (Hrsg.), Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990, München 2012, S. 201–218; dies., Die DDR im KSZE-Prozess 1972–1985. Zwischen Ostabhängigkeit, Westabgrenzung und Ausreisebewegung, München 2012.

¹⁴⁰ Vgl. die Übersicht über „Übersiedlung/ständige Ausreisen und illegales Verlassen der DDR in nichtsozialistische Staaten und Berlin (West)“ vom Oktober 1989, in: Archiv BStU, MfS ZAIG 15865, Bl. 9. Vgl. identische Zahlen bei: Johannes Raschka, Justizpolitik und Wandel des Strafrechts während der Amtszeit Honeckers, Köln 2000, S. 220. Abweichende Zahlen bei: Bernd Eisenfeld, Die Ausreisebewegung – eine Erscheinungsform widerständigen Verhaltens, in: Ulrike Poppe/Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk (Hrsg.), Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995, S. 214.

¹⁴¹ Anja Hanisch ermittelte die Zahl von 48 400 Personen, die 1984 insgesamt eine Ausreise genehmigt bekommen haben: Die DDR im KSZE-Prozess, S. 352.

durch „politisch-ideologische Einflussnahme“ die Ausreisen einzudämmen. Auch an der Spitze des MfS wirkte die von Honecker 1984 gegen den erklärten Willen Mielkes angewiesene Ausreise einer großen Zahl von Personen alles andere als motivierend, um die Ausreisebewegung zurückzudrängen.¹⁴² Die Ausreisebewegung erhöhte den Druck auf staatliche Behörden und Repressionsapparate und verstärkte die innere Erosion im Herrschaftsgefüge der DDR.

Darüber hinaus ließ ein Generationenwechsel die Loyalität gegenüber dem SED-Staat und damit die innere Stabilität der Gesellschaft schwinden.¹⁴³ Mit Beginn der 1980er Jahre trat eine neue Generation in das Berufsleben ein, die nicht mehr von hochgesteckten Zukunftserwartungen wie die „Aufbaugeneration“ geprägt war, sondern den ideologischen Dogmatismus und die starrsinnige Reformverweigerung der Altkader beklagte. Die Generation der Jahrgänge zwischen 1961 und 1975 vollzog anfangs eine innere, in der finalen Krise der DDR dann auch eine massenhaft physische Abwendung vom „real existierenden Sozialismus“.¹⁴⁴ Lutz Niethammer hat das den „Generationenriß“ der DDR genannt, der sich schon in den 1970er Jahren abzeichnete.¹⁴⁵ Selbst in den internen Analysen wissenschaftlicher Institute wurde der tendenzielle Einstellungswandel unter der nachwachsenden Generation aufmerksam registriert, ohne Konsequenzen daraus zu ziehen.

So konstatierte der Direktor des Leipziger Zentralinstituts für Jugendforschung, Walter Friedrich, in einer Expertise für Egon Krenz vom November 1988 einen gravierenden „Wandel im Denken, Fühlen und Verhalten“ der Jugend, der seiner Ansicht nach politisch nicht klar genug zur Kenntnis genommen werde. Den Mentalitätswandel, den Friedrich schon seit längerer Zeit im Bewusstsein und Verhalten „unserer Jugend“ beobachtete, definierte er als „Veränderungen grundlegender Persönlichkeitshaltungen, Veränderungen der Charakterstruktur der Menschen, schließt natürlich die konkreten Wertorientierungen, Einstellungen, Verhaltensweisen ein. Mentalitätswandel ist mehr als ein Wandel von Wertvorstellungen (Wertewandel), er bezeichnet grundlegende Veränderungsprozesse im Denken, Fühlen und Verhalten, das findet seinen Ausdruck in veränderten Interessen, Ansprüchen, Grundmotiven, Stimmungen sowie in dem entsprechenden Realverhalten im Alltag.“¹⁴⁶ Damit verbunden seien gewachsenes Selbstbewusstsein, erhöhte

¹⁴² Vgl. Hanisch, Die DDR im KSZE-Prozess, S. 351.

¹⁴³ Vgl. Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt (M.) 1993, S. 240.

¹⁴⁴ Vgl. Bernd Lindner, Die Generation der Unberatenen. Zur Generationenfolge in der DDR und ihren strukturellen Konsequenzen für die Nachwendezeit, in: Annegret Schüle/Thomas Ahbe/Rainer Gries (Hrsg.), Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur, Leipzig 2006, S. 97.

¹⁴⁵ Vgl. Lutz Niethammer, Das Volk der DDR und die Revolution, in: Charles Schüddekopf (Hrsg.), „Wir sind das Volk!“ Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution, Reinbek bei Hamburg 1990, S. 254; Lutz Niethammer/Alexander von Plato/Dorothee Wirling (Hrsg.), Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Berlin 1991.

¹⁴⁶ Walter Friedrich, Expertise „Einige Reflexionen über geistig-kulturelle Prozesse in der DDR“ vom 21. November 1988, in: Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.), Vorwärts immer, rückwärts immer. Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994,

Selbstwertigkeit, Unabhängigkeitsstreben, Drang nach Lebensfreude sowie die Ablehnung von Gängelei, Bevormundung, Dirigismus und von Scheinverantwortung und Scheinmitbestimmung. Ganz offensichtlich werde nach Ansicht Friedrichs die große Bedeutung dieses Mentalitätswandels, also dieses Wandels von Grundhaltungen der Persönlichkeit, weithin unterschätzt. In einem Begleitschreiben an Krenz wies Friedrich noch einmal explizit auf die politische Brisanz dieser Expertise hin, die auch zu entsprechenden Schlussfolgerungen führen müsse. Abschließend hieß es in dem Schreiben vom 21. November 1988: „Diese Expertise Dir zu übergeben, ist mir nur dank eines tiefen Vertrauensverhältnisses möglich. Ich meine aber, dass ich es unserer Partei, Dir persönlich und meinem Gewissen schuldig bin. Die Zukunft wird, so glaube ich, uns recht bald zeigen, daß wir solche geistig-kulturellen Wandlungsprozesse viel ernster nehmen müssen.“¹⁴⁷

Bereits in den 1970er Jahren belegten empirisch-soziologische Untersuchungen der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW) über das Freizeitverhalten von Jugendlichen veränderte Lebenseinstellungen der jungen Generation, die mitunter zur Darstellung von Widersprüchen in wissenschaftlichen Diskussionen benutzt wurden, solange sie nicht Herrschaftsstrukturen generell in Frage stellten.¹⁴⁸ Das war beispielsweise bei den 1976 von den Bildungssoziologen der APW begonnenen Untersuchungen zur „sozialistischen Lebensweise älterer Schüler“ der Fall.¹⁴⁹ Auf der Grundlage dieser soziologischen Studien konnte nachgewiesen werden, wie sich seit den 1970er Jahren die gesamte Lebensweise, wesentliche Wertvorstellungen und der berufliche Werdegang der Schuljugend stark zu verändern begannen. Die Ergebnisse einiger Studien, bei denen Jugendliche über ihre Wertvorstellungen standardisiert befragt wurden, konnten als interne Forschungsberichte für einen ausgewählten Leserkreis nur in der gewünschten ideologischen Verpackung bekannt gemacht werden.¹⁵⁰ Die in den 1970er Jahren von Bildungssoziologen der APW erarbeiteten Studien sowie auch die brisanten Befunde des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig beförderten innerhalb der politischen Administration jedoch kein Umdenken und bewirkten somit politisch kaum etwas, weil die Führungselite der SED unbequeme Wahrheiten einfach nicht zur Kenntnis

S. 43f. Vgl. Walter Friedrich/Peter Förster/Kurt Starke, Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse, Berlin 1999.

¹⁴⁷ Schreiben von Walter Friedrich an Egon Krenz vom 21. November 1988, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039/246 (Büro Krenz).

¹⁴⁸ Vgl. Andreas Malycha, Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR 1970–1990. Zur Geschichte einer Wissenschaftsinstitution im Kontext staatlicher Bildungspolitik, Leipzig 2008, S. 290ff.

¹⁴⁹ Vgl. Artur Meier/Ingo Grund/Hildegard-Maria Nickel/Achim Reimann/Gerhard Wenzke, Zur sozialistischen Lebensweise älterer Schüler. Fortschrittsberichte und Studien. Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (APW), Berlin 1978.

¹⁵⁰ Vgl. Charlotte Grünberg/Ingo Grund/Artur Meier/Irmgard Steiner/Gerhard Wenzke, Bewährung von Schulabsolventen im gesellschaftlichen Leben. Fortschrittsberichte und Studien der APW, Berlin 1974; Artur Meier/Sabine Hoffmann/Hildegard-Maria Nickel/Lutz Raunitschke/Irmgard Steiner/Gerhard Wenzke, Lebensbedingungen und Lebensweise von Schuljugendlichen (mit einem partiellen Vergleich zu Lehrlingen). Forschungsbericht der APW, Berlin 1980.

nahm und wissenschaftlich untermauerte Untersuchungsergebnisse – in ähnlicher Weise wie die Befunde des im Januar 1979 aufgelösten Instituts für Meinungsforschung beim ZK der SED – nicht einmal als Herrschaftswissen zu nutzen verstand.

Die Bedeutung dieses gravierenden Mentalitätswandels für die schleichende Erosion und den Zusammenbruch des gesellschaftlichen Systems kann kaum überschätzt werden. Vieles spricht dafür, dass sich vergleichbare innere Erosionsprozesse auch unter den Mitgliedern der SED in den erwähnten Jahrgängen abspielten. Obwohl sich der politische Erziehungseifer der politischen Administration insbesondere auf die erste Nachkriegsgeneration, also die etwa 1945 bis 1955 Geborenen, gerichtet hatte, ist die „allseitig entwickelte sozialistische Persönlichkeit“, die pädagogische Idealvorstellung des Marxismus-Leninismus, auch aus den „Kindern der Republik“ nicht hervorgegangen.¹⁵¹ Symptomatisch für den Prozess der Wandels im politischen Denken vieler Mitglieder, die „in die DDR hineingeboren“ wurden, ist die Schilderung von Annette Leo über die Empfindungen, die ihr beim Lesen des 1980 erschienenen dritten Bandes des „Wundertäters“ von Erwin Strittmatter durch den Kopf gingen: „Ich las die Geschichte gespannt und berührt. Sie traf genau meinen Nerv. Strittmatters vorsichtige, subtile Abrechnung mit dem Stalinismus der fünfziger Jahre passte zu dem Prozess der inneren Distanzierung, den ich zu dieser Zeit durchmachte. Zu einer offenen Auflehnung reichte es noch lange nicht, aber ich begann viele der bisher für unverrückbar gehaltenen Werte zu hinterfragen und konnte mich dabei mit diesem Stanislaus Büdner identifizieren, der sich Stück für Stück frei macht von seinem Glaubens- und Dogmenballast, um die Welt endlich mit eigenen Augen zu sehen.“¹⁵² So wie sie dürften zu Beginn der 1980er Jahre viele gedacht haben, die ihre politische Sozialisation in der DDR erhalten hatten. Zugleich beschleunigte sich eine ungeheure Polarisierung: Am Ende der 1980er Jahre herrschten einerseits Lähmung und Resignation und andererseits Mut und Aufbruchsstimmung.

Die Mitgliedschaft in der SED blieb allerdings nach wie vor eine entscheidende Sprosse auf der Karriereleiter und wichtiges Instrument der sozialen Mobilität für einen Teil der Bevölkerung. Wie viele Menschen letztlich aus Opportunismus oder Karrierestreben in die SED eintraten, vermag niemand zu sagen. Schließlich fanden sich auch noch immer junge Menschen, die sich durch ihr Elternhaus, Schule und Jugendorganisationen für die Idee des Sozialismus begeistern ließen. Aber auch ihnen fiel es zunehmend schwer, ihre ganz persönlichen Erfahrungen im „realen Sozialismus“ mit den Idealen einer sozial gerechten Gesellschaft in Übereinstimmung zu bringen.

Die Parteiführung bemühte sich permanent um eine Verjüngung der Gesamtmitgliedschaft. Nachdem sich die Altersstruktur der Partei in den 1950er Jahren nur geringfügig verändert hatte, führten die Rekrutierungsbemühungen in der Altersgruppe der unter 30-Jährigen in den 1960er Jahren zu einem leicht anstei-

¹⁵¹ Dies weist Dorothee Wierling überzeugend nach: Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR und seine historischen Erfahrungen, Berlin 2002.

¹⁵² Zitiert in: Annette Leo, Erwin Strittmatter. Die Biographie, Berlin 2012, S. 12.

Tabelle 24: Mitgliederentwicklung der SED in den Jahren von 1971 bis 1988¹⁵³

Jahr	Mitglieder	Kandidaten	Gesamt
1971	1 836 019	67 257	1 903 276
1972	1 858 815	79 230	1 938 045
1973	1 898 365	39 925	1 938 290
1974	1 913 452	40 311	1 953 763
1975	1 932 612	82 281	2 014 893
1976	1 956 541	118 258	2 074 799
1977	2 027 316	61 049	2 088 365
1978	2 037 500	70 481	2 107 981
1979	2 053 834	77 089	2 130 923
1980	2 062 875	93 579	2 156 454
1981	2 089 036	113 241	2 202 277
1982	2 143 696	75 179	2 218 875
1983	2 161 677	76 606	2 238 283
1984	2 183 443	70 496	2 253 939
1985	2 194 585	98 704	2 293 289
1986	2 231 039	91 136	2 322 175
1987	2 264 412	63 919	2 328 331
1988	2 260 979	64 016	2 324 995

genden Verjüngungsprozess. 1971 betrug der Anteil der 18- bis 30-jährigen Mitglieder und Kandidaten bereits 19,4 Prozent. Er stieg bis 1986 auf ansehnliche 23,6 Prozent.¹⁵⁴ Die Erhöhung des Anteils junger Menschen in der Partei kann auch auf den Umstand zurückgeführt werden, dass die SED der jüngeren Generation vor allem in den 1960er Jahren größere Aufstiegschancen in der Gesellschaft bot. Gerade in diesen Jahren wurde die Mitgliederzahl durch eine vermehrte Aufnahme von Kandidaten schrittweise erhöht. Im Juni 1971 gehörten der Partei 1 909 859 Mitglieder und Kandidaten an.¹⁵⁵ Seitdem ging die SED-Führung dazu über, die Mitgliederwerbung im Vorfeld von Parteitag zu intensivieren. Dies wird an der im Vergleich zu den Vorjahren überdurchschnittlichen Kandidatenaufnahme vor dem IX. Parteitag 1976 und vor dem X. Parteitag 1981 deutlich sichtbar. Auf diese Weise stieg die Mitgliederzahl auch im Laufe der 1970er Jahre weiter an. 1975 übersprang die SED erstmals die Zweimillionen-Grenze: Sie zählte zu diesem Zeitpunkt 2 014 893 Mitglieder und Kandidaten. Im Jahre 1987 befand sich die Partei mit 2 328 331 Mitgliedern und Kandidaten auf einem absoluten Höchststand. Damit gehörte jeder sechste Bürger der DDR über 18 Jahre der SED an. Die obenstehende Tabelle 24 zeigt die Mitgliederentwicklung seit Anfang der 1970er Jahre.

¹⁵³ Vgl. SAPMO BArch, DY 30/27892. Angaben jeweils für das I. Quartal.

¹⁵⁴ Vgl. die Mitgliederstatistiken in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/3/2407; DY 30/J IV 2/3/3154; DY 30/J IV 2/3/4067.

¹⁵⁵ Vgl. den statistischen Quartalsbericht der ZK-Abteilung Parteiorgane für das I. Quartal 1971, in: ebenda, DY 30/27867.

Der schwelende Konflikt zwischen der „Aufsteiger- und der Aussteigergeneration“¹⁵⁶ wurde durch den Umstand verstärkt, dass die soziale Dynamik der DDR-Gesellschaft in den 1980er Jahren weitgehend zum Stillstand kam. Hatte die „Aufbaugeneration“ noch fabelhafte soziale Aufstiegschancen erhalten, blieb der in der DDR aufgewachsenen Generation der Karriereweg oftmals versperrt.¹⁵⁷ Gerade innerhalb der Parteielite zeichneten sich starke Beharrungstendenzen ab.¹⁵⁸ Waren noch bis in die 1960er Jahre hinein innerhalb der hauptamtlichen Apparate in der SED zahlreiche Auf-, aber auch Abstiege typisch, so gab es insbesondere in den 1980er Jahren kaum noch personelle Veränderungen in den oberen und mittleren Parteigremien.¹⁵⁹ In einem Zeitzeugeninterview beschrieb der frühere 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin, wie selbst der mehrjährige Besuch einer Moskauer Parteihochschule keinen Karriere-sprung mehr bewirkte und somit soziale Konflikte verursachte: „Wir haben junge Entwicklungsingenieure aus dem KWO¹⁶⁰, aus dem Narva-Kombinat¹⁶¹, für ein oder drei Jahre nach Moskau geschickt, die zum Teil schon fünf Jahre in Moskau ein Fachstudium gemacht hatten. Und dann kam eine Tragödie: Die kamen zurück, und wir hatten für die keine Plätze frei. Unsere Ersten Kreis-sekretäre waren so stabil, und wenn die Fachkader wiederkamen, haben wir gesagt: ‚Dann mache Instrukteur bei uns in der Bezirksleitung.‘ Als sie dann als Instrukteure bei uns im Apparat eingesetzt wurden, haben wir zwar alles be-gründet und gerechtfertigt, daß sie dadurch die Parteiarbeit kennenlernen, aber in Wirklichkeit war das eine Notlösung, weil alles durch alte Kader blockiert war.“¹⁶² Die soziale Mobilität nahm insgesamt rapide ab, die freie Berufswahl wurde insbesondere im akademischen Bereich zunehmend eingeschränkt. So wuchs unter den „in die DDR Hineingeborenen“ die Unzufriedenheit darüber, dass die „Alten“ ihren Lebensentwürfen im Weg standen. Auch aus beruflicher

¹⁵⁶ So die Bezeichnung bei: Michael Hofmann/Dieter Rink, Die Auflösung der ostdeutschen Arbeitermilieus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26-27/93, S. 33. Zu Einschätzungen über die allgemeine Stimmungs- und Konfliktlage vgl. Helke Stadtland, Konfliktlagen und Konfliktformen. Arbeiter in der DDR zwischen Integration, Disziplinierung und Verweigerung, in: Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, Köln 2005, S. 357-381.

¹⁵⁷ Vgl. Frank Adler, Soziale Umbrüche, in: Rolf Reißig/Gert-Joachim Glaesner (Hrsg.), Das Ende eines Experiments. Umbrüche in der DDR und deutsche Einheit, Berlin 1991, S. 174.

¹⁵⁸ Vgl. Helga A. Welsh, Kaderpolitik auf dem Prüfstand. Die Bezirke und ihre Sekretäre 1952-1989, in: Peter Hübner (Hrsg.), Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR, Köln 1999, S. 107-129; Mario Niemann, Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952-1989, Paderborn 2007, S. 149f.

¹⁵⁹ Vgl. Heike Solga, Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR, Berlin 1995, S. 109f.; Rüdiger Bergien, „Parteiarbeiter“. Die hauptamtlichen Funktionäre der SED, in: Gieseke/Wentker (Hrsg.), Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme, S. 179f.

¹⁶⁰ Abkürzung für: Kabelwerk Oberspree (Ost-Berlin).

¹⁶¹ Firmenbezeichnung des Volkseigenen Betriebes (Kombinates), der u. a. in Ost-Berlin Glühlampen herstellte.

¹⁶² Zitiert in: Mario Niemann, Gesprächsprotokoll Helmut Müller, 1971-1989 2. Sekretär der BL Berlin, in: Forschungskonzept vom September 2008.

Perspektivlosigkeit entwickelten sich gesellschaftliche Konflikte, die dann im Herbst 1989 offen aufbrachen.

Mitunter ermöglichen die Stimmungsberichte von Inoffiziellen Mitarbeitern des MfS an ihren Führungsoffizier authentische Einblicke nicht nur in gewandelte Mentalitäten, sondern auch in die zunehmende Verbitterung an der Parteibasis angesichts des starrsinnigen Festhaltens der Führungsriege an den alten Dogmen der Parteiherrschaft. Die Berichte von IM „Renn“, die er in den Jahren von 1967 bis 1989 an das MfS lieferte, werfen Schlaglichter auf den inneren Zustand der Partei.¹⁶³ Der erstaunlich mitteilssame Informant, der 1947 in die SED eintrat, besaß aufgrund seiner Funktion in der populärwissenschaftlichen Zeitschrift „Urania“ weitreichende berufliche, aber auch persönliche Kontakte zu SED-Mitgliedern aus unterschiedlichen Lebenswelten. Diese nutzte er nicht nur für seinen Auftrag, „operativ notwendige Informationen“ bei Reisen, Teilnahme an Kongressen und Messen zu beschaffen, sondern auch für darüber hinausgehende Meldungen über Stimmungen und Diskussionen in der Mitgliedschaft.

Seit Beginn der 1980er Jahre häuften sich in den Berichten die von IM „Renn“ zitierten Äußerungen über die Unzufriedenheit mit der Politik der Honecker-Führung. Angesichts des zunehmenden Verfalls der Wirtschaft und der daraus resultierenden Versorgungsengpässe bezweifelten nicht wenige Mitglieder, dass die Führungsriege der SED die reale Lage im eigenen Land noch richtig einschätzen könne. So vermutete ein Chefarzt im Krankenhaus Berlin-Friedrichshain, ein langjähriges Parteimitglied, „dass im Politbüro und im ZK der SED mangelhafte Offenheit herrsche, beschönigt oder gar verschwiegen werde, was wirklich vorgeht“.¹⁶⁴ Wenn sich dieser Zustand nicht ändere, stünde die Parteiführung „eines Tages vor einem Scherbengericht“. Wiederholt gab IM „Renn“ die Unzufriedenheit seiner Gesprächspartner über das Fehlen einer offenen Diskussion über den inneren Zustand der Partei in den SED-Grundorganisationen zu Protokoll. Nach Ansicht von „erfahrenen Parteikadern“ müsse „endlich Schluss gemacht werden mit dem Gegensatz von Wort und Tat, von Parteimitglied und Privatperson: In der Parteiversammlung redet man entweder gar nicht, oder nur das, was im ND steht; und um die Schwierigkeiten, Aufgaben, Sorgen sollen sich andere kümmern, Hauptsache ist das gute persönliche Leben – so etwa lautet die Lebensmaxime eines Großteils unserer Parteimitglieder, die in den 70er Jahren zur Partei gestoßen sind.“¹⁶⁵

Der Bericht vom April 1981 reflektierte die Unzufriedenheit langjähriger Parteimitglieder über die wachsende Entpolitisierung der Parteibasis, die inzwischen zur Normalität des innerparteilichen Lebens geworden war. Er beschrieb auf zutreffende Weise die typischen Mechanismen der Anpassung als Überlebensstrate-

¹⁶³ Vgl. den Beschluss des Leiters der MfS-HA XX/2/1 über den IM-Vorgang „Renn“ vom 16. Mai 1967, in: Archiv BStU, MfS AIM 15396/89, Bd. 1, sowie den Abschlussbericht zum IM-Vorgang „Renn“ vom 8. Dezember 1989, in: ebenda, Bl. 22.

¹⁶⁴ Bericht von IM „Renn“ vom 18. Dezember 1980, in: ebenda, Bd. 12, Bl. 56.

¹⁶⁵ Bericht von IM „Renn“ vom 6. April 1981, in: ebenda, Bl. 126.

gie jener Mitglieder, die im jugendlichen Alter in den 1970er Jahren in die SED eingetreten waren und persönliche Entwicklungsperspektiven höher bewertet hatten als abstrakte Parteinormen und von anderen Erwartungen an eine Mitgliedschaft in der SED ausgingen als ihre kommunistisch-stalinistischen Mentoren. Weil aber zu viele Mitglieder sich privat anders äußerten als im öffentlichen Raum – in den Institutionen, Organisationen, in den Grundorganisationen –, breitete sich zunehmend ein Klima der Anpassung und Gleichgültigkeit aus. So verfestigte sich die Vorstellung, durch den Rückzug in private Nischen begrenzte Freiheiten oder gar Freiräume erfolgreich verteidigen zu können. Auf diese Weise entstand in der SED ein unpolitisches, nahezu kleinbürgerliches Milieu. Das überwiegende Schweigen der Mitglieder in den Parteiversammlungen war zugleich ein untrüglicher Hinweis auf Desillusionierung und Zweifel an der Reformierbarkeit des gesellschaftlichen Systems.

Die Mitteilungen zeigen in aller Deutlichkeit, wie der Glaube vieler Mitglieder an positive Veränderungen im innerparteilichen Leben allmählich verloren gegangen war. Im März 1981 schilderte IM „Renn“ die Ansichten des Leiters der Pressestelle der Generaldirektion des Reisebüros der DDR, denen der Berichterstatter ganz offensichtlich zuzustimmen schien: „Die Spaltung einer Persönlichkeit in Parteimitglied auf der einen und in Privatperson auf der anderen Seite war noch nie so groß. Daher sei der Abstand zwischen der Masse des Volkes einschließlich der einfachen Parteimitglieder und dem allmächtigen Apparat so groß, dass kurzfristige gesellschaftliche Lösungen nicht erwartet werden können. [...] Außerdem sei die Abhängigkeit der Parteimitglieder von dem jeweiligen staatlichen Leiter noch größer geworden, sodass der Verlust an Offenheit, Ehrlichkeit und Anständigkeit bereits unter den Genossen immer schlimmere Folgen zeitigt.“¹⁶⁶ Die Mehrzahl der Genossen in Führungspositionen, die er befragt habe, würde kaum noch an praktische Veränderungen in der Politik der Partei glauben.

Im Verlauf der 1980er Jahre nahm die pessimistische Haltung deutlich zu. Als sich die Wirtschaftskrise nicht mehr ignorieren ließ, zeichnete IM „Renn“ ein ungeschminktes Bild über die Stimmung unter Wirtschaftsfunktionären, die den Glauben an die Lösbarkeit der aufgestauten Probleme längst schon verloren hatten. Der Bericht von IM „Renn“ vom Juni 1982 warf ein bezeichnendes Licht auf den fortschreitenden Erosionsprozess innerhalb der SED. Aus Angst vor Pressionen würden sowohl Minister als auch „leitende Kader der Betriebe und des Staatsapparates“ den Mund halten und gefälschte Berichte über die tatsächliche Planerfüllung „nach oben“ melden. Die Situation sei vergleichbar mit der, „wie das schon im Märchen von des Kaisers neuen Kleidern geschildert sei“.¹⁶⁷ Weit verbreitet wären das Verschweigen der Wahrheit, kaschierte Berichte und unehrliches Verhalten.

¹⁶⁶ Bericht von IM „Renn“ vom 18. März 1981, in: ebenda, Bl. 124.

¹⁶⁷ Bericht von IM „Renn“ vom 24. Juni 1982, in: ebenda, MfS AIM 15396/89, Bd. 13, Bl. 275f.

Im Herbst 1982 berichtete IM „Renn“ über die gereizte Stimmung unter Spitzenfunktionären der Partei und des Staates. Der Leiter der ZK-Abteilung Transport- und Nachrichtenwesen, Hubert Egemann, schilderte die Atmosphäre beim alljährlich stattfindenden Seminar des Zentralkomitees der SED mit den Generaldirektoren der Kombinate in Leipzig, über das IM „Renn“ sogleich ausführlich berichtete. Günter Mittag, der üblicherweise das Seminar in Form eines Monologs dominierte, habe beim Seminar am 3./4. September 1982 die Fassung verloren und „getobt“, weil zahlreiche Kombinate gegenüber dem Jahresplan Rückstände in der Warenproduktion sowie bei der Qualität der Produkte und bei den Lieferterminen im Außenhandel gehabt hätten.¹⁶⁸ Die Wutausbrüche des Wirtschaftssekretärs waren geradezu legendär. Ministern und Generaldirektoren, die Planrückstände zu vermelden hatten, trat er während dieser Seminare, die stets einige Tage vor der Eröffnung der Leipziger Frühjahrs- bzw. Herbstmesse stattfanden¹⁶⁹, mit demonstrativer Verachtung gegenüber. Die mit großem propagandistischem Aufwand zelebrierten Leipziger Seminare im Frühjahr endeten stets mit einem Brief der Teilnehmer an Honecker, in denen sich diese zu Produktionsleistungen über den Plan hinaus verpflichteten. Auf den jährlichen „Kontroll-Seminaren“ im Herbst setzte Mittag dann persönlich die Generaldirektoren unter Druck, um die Einhaltung der Verpflichtungen durchzusetzen. Auch im „großen Haus“ herrschte im Arbeitsbereich Mittags eine gereizte Atmosphäre. „Ziemlich oft werde – anstatt sachlich angeleitet – angeblich nur noch herumgebrüllt, besonders dann, wenn etwas nicht so laufe, wie es für die Berichterstattung beim Generalsekretär laufen muss.“¹⁷⁰

Einige Jahre später schilderte IM „Renn“ die Stimmung unter SED-Mitgliedern, vor allem im Gesundheitswesen, als noch pessimistischer. Er berief sich dabei immer wieder auf seinen mehrfach zitierten Gesprächspartner aus dem Städtischen Krankenhaus Berlin-Friedrichshain. Auch der Chefarzt hatte, glaubt man den Berichten des Informanten, offenbar den Glauben an die Ideologie des Marxismus-Leninismus verloren, zu der er sich als Mitglied der SED eigentlich bekennen musste. So teilte IM „Renn“ im Dezember 1987 über die Ansichten seines Gesprächspartners mit: „Nach 70 Jahren Sozialismus sei endgültig klar, und dies zeige ein Vergleich mit den wissenschaftlich-technischen Errungenschaften des Kapitalismus und ihre Anwendung in allen Lebensbereichen, dass dieses von Marx und Lenin vorgedachte System nicht in der gleichen effizienten Weise funktionieren könne wie das kapitalistische. Speziell Lenin habe geplant, der Sozialismus könne mit und über das Bewusstsein einen Mechanismus finden, der das im

¹⁶⁸ Vgl. den Bericht von IM „Renn“ vom 10. September 1982, in: ebenda, Bd. 14, Bl. 32.

¹⁶⁹ Zu den Teilnehmern der Leipziger Seminare gehörten die Generaldirektoren und Parteiorganisatoren der zentralgeleiteten Kombinate, die Generaldirektoren der bezirksgeleiteten Kombinate, die Generaldirektoren der Außenhandelsbetriebe, die zuständigen Minister und ihre Stellvertreter, Leiter zentraler Staats- und Wirtschaftsorgane, Wirtschaftssekretäre der SED-Bezirksleitungen sowie Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilungen des ZK.

¹⁷⁰ Bericht von IM „Renn“ vom 19. Oktober 1983, in: Archiv BStU, MfS AIM 15396/89, Bd. 15, Bl. 63.

Menschen verwurzelte Streben nach Besitz und Profit ablöse und überwinde. Dies habe sich in der Praxis als ein totaler Irrtum erwiesen.“¹⁷¹

Nicht nur für den Chefarzt hatte sich die SED-Propaganda von der angeblichen Überlegenheit des Sozialismus gründlich erledigt. Die Zahl jener, die einen Antrag „auf ständige Ausreise“ aus der DDR stellten, nahm in bestimmten Berufszweigen, besonders im staatlichen Gesundheitswesen, stetig zu. Der Wunsch nach Ausreise war für den Berliner Chefarzt nachvollziehbar. „Er persönlich sehe darin nicht seine Perspektive, aber er könne die Menschen verstehen, die es satt haben, länger mit all den Unzulänglichkeiten und Unzumutbarkeiten des trostlosen Alltags in der DDR zu leben. Nichts sei von allen großen Versprechungen der Parteitage und ZK-Tagungen geschehen, was die Lebens- und Arbeitssituation der Menschen tatsächlich grundlegend geändert habe.“¹⁷² Sein Gesprächspartner aus der Generaldirektion des staatlichen Reisebüros der DDR sah die Lage nicht weniger trostlos, wie IM „Renn“ im Dezember 1987 zu berichten wusste: „Eine der wichtigsten Gründe für die zunehmende Verdrossenheit bei den Bürgern und auch bei den Genossen sei, dass sie unter ein starres, dogmatisches System geraten sind, das jede schöpferische Initiative, jedes freie Spiel menschlicher Kräfte nur nach seinen starren Regeln zulässt. [...] In der DDR laufe man von der Wiege bis zur Bahre den von Schule und Staat verordneten Weg, einschließlich einer materiell bescheidenen und dann bedrückenden Existenz. Leider sei auch die SED, die Partei innerlich krank von dieser Entwicklung. Es würden keine grundlegenden Probleme mehr zwischen Führung und Basis beraten, Diskussion und Meinungsstreit im Grundlegenden finde in der Parteibasis nicht mehr statt.“¹⁷³

Die Schilderungen von IM „Renn“ aus den 1980er Jahren fügen sich zu einem anschaulichen Bild über die Situation in der Endphase der SED-Herrschaft, das deutlich macht, wie weit der innere Zerfallsprozess lange vor dem Zusammenbruch der SED vorangeschritten war. Dennoch knüpften nicht wenige SED-Mitglieder noch immer Hoffnungen an einen Wechsel an der Führungsspitze der Partei, von dem sie sich einen politischen Kurswechsel versprachen. IM „Renn“ berichtete im Dezember 1987 auch von Gerüchten unter Genossen, Hans Modrow stünde für die Rolle als Nachfolger Honeckers zur Verfügung. Dieser habe die für die SED heute erforderliche Ausstrahlung als Generalsekretär. Honecker solle sich, so wurde die Meinung mehrerer Genossen zitiert, ernsthafte Gedanken über seinen baldigen Rücktritt als Parteichef machen. Die SED-Basis suchte demnach einen Reformer wie Gorbatschow. Einem Funktionär wie Modrow war dies in den Augen vieler Mitglieder durchaus zuzutrauen. Krenz war dagegen wegen seiner vermeintlichen oder tatsächlichen Nähe zu Honecker diskreditiert. Viele glaubten, ein Kurswechsel der SED könne nur von oben und ein gesellschaftlicher Wandel aus der Staatspartei heraus begonnen werden. Spontane oder organisierte Massenproteste in der Gesellschaft, noch dazu losgelöst und nicht gesteuert von

¹⁷¹ Bericht von IM „Renn“ vom 23. Dezember 1987, in: ebenda, Bd. 19, Bl. 228.

¹⁷² Ebenda.

¹⁷³ Ebenda.

Tabelle 25: Mitgliederverluste der SED in den Jahren von 1976 bis 1988¹⁷⁴

Jahr	Verluste gesamt	Tod	Ausschluss	Streichung	Austritt	Ausreise
1976	41 003	29 895	6405	3392	816	495
1977	42 832	29 098	4333	4551	4466	384
1978	42 285	30 121	3700	3484	4668	312
1979	43 768	29 614	4368	4028	5449	309
1980	55 088	31 944	8224	7563	6993	364
1981	47 422	29 875	6911	5350	4984	302
1982	48 381	30 038	6777	5864	5279	423
1983	47 019	29 612	7002	4771	5417	217
1984	47 835	29 879	7686	4814	5250	207
1985	53 786	30 548	8245	8548	6295	150
1986	47 423	29 563	6899	5225	5563	173
1987	52 279	30 142	7559	5917	8467	194
1988	55 885	30 075	10 788	6115	8748	159
Gesamt	625 006	390 404	88 897	69 622	72 395	3688

der SED, kamen dagegen nicht in Betracht, weil Spontaneität schon immer, nicht zuletzt durch die auf Parteischulen vermittelten Schriften Lenins, als untauglich gewertet wurden. Die politischen Wünsche vieler Mitglieder beschränkten sich demzufolge auf eine Reform des Machtapparates von innen heraus. Insofern war der Blick stets auf bestimmte Personen an der Parteispitze gerichtet, von denen man sich eine Unterstützung von Reformbemühungen erhoffte. Diese Fokussierung auf die Vorgänge innerhalb der SED und ihrer Führung behinderte einen unverstellten Blick auf die neu entstandenen Oppositionsbewegungen.¹⁷⁵

Die Versuche der Parteiführung, den ökonomischen Niedergang, die wachsenden ökologischen Probleme sowie die gesellschaftlichen Widersprüche insgesamt zu ignorieren, führten in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zum Ansteigen der Austritte aus der Partei in bislang unbekannten Größenordnungen. Zugleich wurde eine wachsende Zahl in der SED organisierter Kritiker an den gesellschaftlichen Zuständen aus der Partei ausgeschlossen bzw. „gestrichen“. Bei der sogenannten Streichung handelte es sich um einen Vorgang, bei dem Mitglieder, die längere Zeit keinen Beitrag mehr gezahlt und auch nicht mehr am Versammlungsleben der Partei teilgenommen hatten, aus den Mitgliederlisten getilgt wurden. Die Einstellung der Beitragszahlung wiederum stellte eine bevorzugte Form des passiven Parteiaustritts dar, da auf diesem Wege inquisitorische Fragen nach den Austrittsgründen vermieden werden konnten.

Die obenstehende Tabelle 25 über die Mitgliederverluste der Partei dokumentiert die deutliche Zunahme der Austritte seit 1987, nachdem die SED-Führung ihre Reformverweigerung auch in der Öffentlichkeit deutlich herausgestellt hatte.

¹⁷⁴ Vgl. SAPMO BArch, DY 30/27891.

¹⁷⁵ Vgl. Dieter Segert, *Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR*, Köln 2008, S. 74f.

Die hohe Zahl von Austritten in den Jahren 1987 und 1988 verdeutlicht den wachsenden Unmut über die hartnäckige Verdrängung der eskalierenden Widersprüche der DDR-Wirklichkeit durch die Parteiführung. Zugleich belegen die 1988 von den Parteikontrollkommissionen bestätigten Ausschlüsse, wie hilflos die SED-Führung auf die Unzufriedenheit an der Parteibasis reagierte. 1988 war die Rekordmarke von über 10 000 Ausschlüssen erreicht. Ferner wurden in diesem Jahr 23 000 Parteiverfahren durchgeführt, die mit einer hohen Zahl von politisch begründeten Parteistrafen (Rüge, strenge Rüge) gegen „Nörgler und Meckerer“ endeten.¹⁷⁶ Spätestens jetzt erreichte der Niedergang der SED trotz der noch immer 2,3 Millionen organisierten Mitglieder eine außerordentliche Dynamik.

5. Reformunwilligkeit der Führung und Resignation in der SED-Mitgliedschaft

Die Führungen von SED und KPdSU reagierten mit unterschiedlichen Strategien auf die vielfältigen Krisensymptome. Michail Gorbatschow, der Konstantin Tschernenko im März 1985 als Generalsekretär der KPdSU folgte, leitete angesichts der tiefgreifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Krise der Sowjetunion mit „Glasnost“ und „Perestroika“ („Offenheit“ und „Umgestaltung“) Reformen ein. Das SED-Politbüro konnte sich wenige Monate später durch die von Gorbatschow vorgetragenen neuen Denkansätze in der Außenpolitik und die im November 1986 verkündete Abkehr von der Praxis der Breschnew-Doktrin eigentlich bestätigt fühlen.¹⁷⁷ Doch lagen die Vorstellungen von KPdSU und SED über die Deutschlandpolitik nach dem Amtsantritt Gorbatschows ziemlich weit auseinander.¹⁷⁸ Während Moskau offenbar daran gelegen war, die Bundesrepublik zu isolieren, war Honecker bestrebt, die Politik des Dialogs – vor allem aus handelspolitischen Gründen – fortzusetzen und den deutsch-deutschen Verhandlungsfaden nicht abreißen zu lassen.¹⁷⁹ Denn die SED-Führung hatte ein vitales ökonomisches Interesse daran, die guten Beziehungen zu Bonn nicht etwa, wie der Kreml und die „Moskau-Gruppe“ im Politbüro vehement forderten, einzu-

¹⁷⁶ Vgl. Thomas Klein, Parteisäuberungen und Widerstand in der SED. Die innerbürokratische Logik von Repression und Disziplinierung, in: Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Grieder, Visionen. Repression und Opposition in der SED 1949–1989, Bd. 1, Frankfurt (O.) 1996, S. 91.

¹⁷⁷ Vgl. Daniel Küchenmeister/Gerd-Rüdiger Stephan, Gorbatschows Entfernung von der Breschnew-Doktrin. Die Moskauer Beratung der Partei- und Staatschefs des Warschauer Vertrages vom 10./11. November 1986, in: ZfG 42 (1994), S. 716–721.

¹⁷⁸ Vgl. Hermann Wentker, Zwischen Unterstützung und Ablehnung der sowjetischen Linie: Die DDR, der Doppelbeschluss und die Nachrüstung, in: Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 137–154; Benno-Eide Siebs, Die Außenpolitik der DDR 1976–1989. Strategien und Grenzen, Paderborn 1999, S. 244f.; Heinrich Potthoff, Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995.

¹⁷⁹ Vgl. Wentker, Außenpolitik in engen Grenzen, S. 494f.

schränken, sondern aufrechtzuerhalten, ja sogar angesichts der wirtschaftlichen Schwäche der Sowjetunion noch auszubauen.¹⁸⁰

Nach dem Amtsantritt Gorbatschows erhoffte Honecker vom neuen KPdSU-Chef eine Erweiterung des Spielraums für den deutsch-deutschen Handel. Doch die neue sowjetische Führung sah den Ausbau der Wirtschaftskontakte der DDR mit der Bundesrepublik ähnlich wie ihre Vorgänger skeptisch. Wie sehr die sowjetische Führung eine deutsch-deutsche Annäherung aus politischen Gründen verhindern wollte, geht aus einer Äußerung Gorbatschows auf der Sitzung des KPdSU-Politbüros am 27. März 1986 hervor: „Unsere Linie gegenüber der BRD hält auch die DDR im Zaum. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Faktoren könnte man sich in Berlin in die Umarmung durch Westdeutschland werfen.“¹⁸¹ So hielt die Kritik aus der sowjetischen Hauptstadt an einer zu großen Nähe Ost-Berlins zu Bonn vorerst an, da Moskau nach wie vor befürchtete, entweder gar nicht oder erst nachträglich über innerdeutsche Abkommen und wirtschaftliche Abmachungen konsultiert zu werden.¹⁸² Gorbatschow sah in dem Ausbau der wirtschaftlichen Kontakte der DDR zur Bundesrepublik und dem gleichzeitigen Bezug wertvoller Rohstoffe aus der Sowjetunion ein „doppeltes Spiel“, das er im Sommer 1986 mit einem bissigen Vergleich umschrieb: Die DDR sauge wie ein „zartes Kälbchen“ intensiv an zwei Muttertieren herum, der BRD und der UdSSR.¹⁸³

Dass die Sowjetunion ihre vertraglich zugesicherten Lieferverpflichtungen vor allem in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre nicht erfüllen konnte, schien allerdings bei dem Gedankenspiel Gorbatschows keine große Rolle zu spielen. Grundsätzlich bildeten die divergierenden Handelsinteressen auf beiden Seiten wiederholt Anlass für zahlreiche Auseinandersetzungen in den Beziehungen zwischen Moskau und Ost-Berlin.¹⁸⁴ Die SED-Führung haderte noch immer mit den seit 1982 gekürzten Rohöllieferungen, da der DDR dadurch wichtige Deviseneinnahmen im Export von Erdölprodukten verloren gegangen waren. Während eines

¹⁸⁰ Vgl. Jörg Roesler, Der Einfluss der Außenwirtschaftsbeziehungen auf die Beziehungen DDR-Bundesrepublik. Die achtziger Jahre, in: Deutschland Archiv 26 (1993), S. 558–572; Maria Haendcke-Hoppe-Arndt, Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel, in: Eberhard Kuhrt/Hanns Jörg F. Buck/Gunter Holzweißig (Hrsg.), Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, Opladen 1996, S. 55–66.

¹⁸¹ Zitiert in: Aleksandr Galkin/Anatolij Tschernjajew (Hrsg.), Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991, München 2011, S. 1.

¹⁸² Vgl. Anatolij S. Tschernjajew, Mein deutsches Tagebuch. Die deutsche Frage im ZK der KPdSU (1972–1991), Klitzschen 2005, S. 216; Julij A. Kwizinski, Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin, 1993, S. 396f.

¹⁸³ Vgl. György Dalos, Gorbatschow. Mensch und Macht. Eine Biografie, München 2011, S. 104. Dalos stützt sich bei dieser Version auf Schilderungen des russischen Gorbatschow-Biografen Andrej Gratschow. Gratschow war u. a. als stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU und als Sprecher des sowjetischen Präsidenten Gorbatschow tätig.

¹⁸⁴ Vgl. Gerd König, Die Beziehungen zur UdSSR (1985–1990), in: Siegfried Bock/Ingrid Muth/Hermann Schwiesau (Hrsg.), DDR-Außenpolitik im Rückspiegel. Diplomaten im Gespräch, Münster 2004, S. 142–157.

Gesprächs mit Honecker am 28. Mai 1987 versprach Gorbatschow, die erneut vorgetragene Bitte des SED-Chefs, die Liefermenge von Rohöl in die DDR um zwei Mio. Tonnen jährlich zu erhöhen, wohlwollend zu prüfen. „Wir verstehen Ihre Sorgen. Wenn es irgendeine Möglichkeit gibt, die Öllieferungen an Sie zu erhöhen, dann werden wir das bestimmt tun.“¹⁸⁵ Tatsächlich kündigte die UdSSR im Juni 1987 jedoch an, den Export von Rohöl in die DDR ab 1990 um weitere 2 Mio. Tonnen jährlich zu reduzieren.¹⁸⁶ Auch andere wichtige Rohstoffe konnten der sowjetischen Ankündigung zufolge ab 1990 lediglich in einem stark reduzierten Umfang geliefert werden. Die immer konfliktreicher werdenden Verhandlungen mit der Sowjetunion über die dringend benötigten Rohstofflieferungen zeigten, wie wichtig der Ausbau der Wirtschaftskontakte mit der Bundesrepublik inzwischen geworden war. Darüber hinaus kam es zu ernsthaften Konflikten zwischen Moskau und Ost-Berlin, als die Sowjetunion im Frühjahr 1987 den Mitgliedsstaaten Pläne zur Reform des RGW unterbreitete, die u. a. auf die Konvertierbarkeit der Währungen abzielte.¹⁸⁷

Die Mehrheit des Politbüros sah den Amtsantritt Gorbatschows zunächst positiv und verband mit seiner Person die Hoffnung, er könne die gesellschaftlichen und insbesondere die ökonomischen Verhältnisse in der Sowjetunion stabilisieren.¹⁸⁸ Auch Honecker hatte nach eigenem Bekunden im März 1985 offenbar noch eine hohe Meinung von Gorbatschow.¹⁸⁹ Doch bereits 1986 schwenkte Honecker auf einen Kurs ein, der das Beispiel der Sowjetunion entwertete und nur noch den nationalen Kurs der SED als „zukunftsweisend“ propagierte. Das „neue Denken“, Glasnost und Perestroika, sollten für die DDR nicht gelten. Honecker hielt beides für ungeeignet, den inneren Zerfallsprozess aufzuhalten. In internen Gesprächen äußerten sich Honecker und andere Politbüromitglieder abfällig über die Politik Gorbatschows.¹⁹⁰ Darüber hinaus machte ein Treffen zwischen dem KPdSU-Chef und Honecker im Oktober 1986 sichtbar, wie sehr Honeckers Abneigung gegen das sowjetische Reformprojekt inzwischen in offene Feindschaft gegen Gorbatschow umgeschlagen war.¹⁹¹ Seit dem ZK-Plenum der KPdSU vom Januar 1987, das die innenpolitischen Reformen in der Sowjetunion noch einmal forcierte, nahm die Ablehnung von Gorbatschows innenpolitischer

¹⁸⁵ Aus dem Gespräch Gorbatschows mit Honecker am 28. Mai 1987. Zitiert in: Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 36.

¹⁸⁶ Vgl. die Information der HA XVIII für Mielke vom 1. Juli 1987, in Archiv BStU, MfS HA XVIII 16069, Bl. 1f. Die Information stützte sich auf eine mündliche Mitteilung Günther Kleibers vom 29. Juni 1987.

¹⁸⁷ Vgl. Leonid I. Zedilin, Sowjetunion, DDR und RGW in der Ära Gorbatschow, Köln 1995, S. 29–31.

¹⁸⁸ Vgl. Alexandra Nepit, Die SED unter dem Druck der Reformen Gorbatschows. Der Versuch der Parteiführung, das SED-Regime durch konservatives Systemmanagement zu stabilisieren, Baden-Baden 2004, S. 63.

¹⁸⁹ Vgl. Andert/Herzberg, Der Sturz, S. 60.

¹⁹⁰ Vgl. Nepit, Die SED unter dem Druck der Reformen Gorbatschows, S. 152.

¹⁹¹ Vgl. die Niederschrift über ein Gespräch zwischen Honecker und Gorbatschow am 3. Oktober 1986, in: Daniel Küchenmeister (Hrsg.), Honecker-Gorbatschow. Vieraugengespräche, Berlin 1993, S. 140–165.

Strategie als Modell für die SED weiter zu. Heinz Keßler, der im Dezember 1985 die Nachfolge des verstorbenen Armeegenerals Heinz Hoffmann als Verteidigungsminister antrat und seit dem XI. Parteitag im April 1986 dem Politbüro als Mitglied angehörte, erinnerte sich an die Stimmung der Politbüromitglieder nach dem Januar-Plenum des ZK der KPdSU wie folgt: „Selbst wenn sie die [Reformen] für die Sowjetunion als möglicherweise richtig, vielleicht sogar als notwendig akzeptierten, für das westlichste Land des sozialistischen Lagers – mit den besonderen Bedingungen eines geteilten Landes, mit der unmittelbaren Nachbarschaft zum industriell stärksten Staat in Europa, auch mit der immer schon starken, jetzt noch zunehmenden Einwirkung der uns fremden Ideologien – betrachteten sie jegliche Experimente mit ungesichertem Ausgang als ungeeignet und gefährlich.“¹⁹² In der Öffentlichkeit zögerte Honecker jedoch noch, die Übernahme der Reformen Gorbatschows in der DDR zurückzuweisen.

Eine von Egon Krenz mitverfasste und redigierte Studie zur Politik Gorbatschows nach dem Januar-Plenum der KPdSU, die von Honecker im Januar 1987 in Auftrag gegeben wurde, distanzierte sich von der innenpolitischen Entwicklung in der Sowjetunion.¹⁹³ Die bislang gültige Parole „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ betrachtete Krenz nun nicht mehr als angemessene Antwort auf die innenpolitischen Probleme in der DDR. Er notierte handschriftlich auf dem Manuskript der Studie: „Die im Zusammenhang mit dem Januar-Plenum aufgeworfene Frage, ob es noch richtig sei zu sagen, von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen, erscheint wenig produktiv. Die Losung entstand in einer historisch konkreten Zeit und brachte vor allem zum Ausdruck, dass die UdSSR für uns der Pionier des Menschheitsfortschritts ist.“¹⁹⁴ Das war 1987 für Krenz ganz offensichtlich nicht mehr der Fall. Er behauptete sogar, die SED hätte zu keiner Zeit die Entwicklung in der Sowjetunion schematisch kopiert: „Wir tun es auch heute nicht, da wir über 40-jährige eigene Erfolge verfügen.“ Deutlicher konnte die Distanz zur Gesellschaftspolitik der KPdSU nicht ausfallen.

Die Studie von Krenz zum Januar-Plenum der KPdSU brachte noch einmal die vorherrschende Ansicht im Politbüro zum Ausdruck, deren Mitglieder sich darin einig waren, die innenpolitischen Reformen Gorbatschows nicht auf die DDR zu übertragen. Die Krenz-Studie verdeutlichte überdies, dass man sich der Sowjetunion wirtschaftspolitisch überlegen fühlte: Denn während die KPdSU erst mit ihrem XXVII. Parteitag vom Februar/März 1986 eine „Intensivierung der Volkswirtschaft und deren enge Verknüpfung mit der Sozialpolitik“ eingeleitet habe, nahm die SED für sich in Anspruch, diesen Kurs seit Beginn der 70er Jahre zu

¹⁹² Zitiert in: Heinz Keßler, *Zur Sache und zur Person*, Berlin 1996, S. 239.

¹⁹³ Nach der Darstellung von Egon Krenz wurde diese Studie von ihm, Hans-Joachim Willerding und Hartmut König verfasst: Egon Krenz, Herbst '89, Berlin 1999, S. 193. Vgl. zur Urhebererschaft auch Nepit, *Die SED unter dem Druck der Reformen Gorbatschows*, S. 153.

¹⁹⁴ Studie „Zum Vergleich der Aussagen des Januar-Plenums des ZK der KPdSU und danach gehaltener Reden Michail Gorbatschows mit dem Programm der SED und den Beschlüssen des XI. Parteitages der SED“, ohne Datum [Februar 1987], in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039/282 (Büro Krenz).

verfolgen. Die SED-Führung schrieb der konsumorientierten Wirtschaftspolitik der Honecker-Führung tatsächlich eine Vorbildrolle für die Sowjetunion und die Länder Osteuropas zu. Honecker trat dementsprechend nicht nur in der partei-internen Diskussion, sondern in den öffentlichen Verlautbarungen, ja sogar in den Gesprächen mit Gorbatschow, in dieser Weise auf.

Bezeichnend für die beherrschende Art, wie Honecker seit 1987 gegenüber Gorbatschow auftrat, war ein Treffen während eines Arbeitsbesuches der SED-Chefs am 28. September 1988 in Moskau.¹⁹⁵ Nachdem Gorbatschow auf das heikle Thema der Demokratie in Partei und Gesellschaft eingegangen war und auch in der DDR diesbezüglich Defizite angedeutet hatte, erklärte Honecker trotzig: „Bei uns in der Partei hat es immer Demokratie gegeben, wir haben uns mit dem Volk beraten. Die SED arbeitet bei uns mit anderen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen zusammen und kümmert sich darum, dass sie ihre Vertreter in den Machtorganen haben. Ich habe im Staatsrat fünf Stellvertreter. Das ist unsere Erfahrung, aber wir wollen sie nicht anderen aufdrängen.“¹⁹⁶ Das Gespräch verdeutlichte, wie sich Honecker in seinem politischen Denken Illusionen hingab und die gravierenden innenpolitischen Konflikte in der DDR ignorierte bzw. verdrängte.

Auf den Parteiversammlungen der SED fragten Parteimitglieder immer wieder, wie die SED zu Gorbatschows Reformkurs stehe, welche Schlüsse in der DDR aus den Vorgängen in der Sowjetunion gezogen würden. Eine offizielle Antwort der Parteiführung gab Politbüromitglied Kurt Hager im April 1987 in einem Interview mit dem DDR-Korrespondenten des Hamburger Magazins „stern“, das vom SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ wortgetreu nachgedruckt wurde.¹⁹⁷ Auf die Frage, ob es auch in der DDR eine „Perestroika“, also eine Umgestaltung, geben werde, antwortete Hager zunächst in der üblichen verklausulierten Art ausweichend: Der Generalsekretär und die SED hätten die vom XXVII. KPdSU-Parteitag eingeleitete Umgestaltung begrüßt, weil sie darauf hofften, die „ungünstigen Tendenzen und Schwierigkeiten“, die in den 1970er Jahren und Anfang der 1980er Jahre in der Sowjetunion eingetreten wären, könnten dadurch überwunden werden. Generell, so dozierte Hager ganz in der Diktion der Krenz-Studie vom Februar 1987 weiter, hätte die SED auch in der Vergangenheit nicht alles, was in der Sowjetunion geschah, kopiert. Er verwies dabei auf den Aufruf des ZK der KPD vom 15. Juni 1945 und zitierte daraus die bekannte Passage „Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den Entwicklungsbedingungen in Deutschland.“ Seinem Eindruck nach wären die westlichen Medien an dem Thema vom „Kopieren“ vor allem deshalb interessiert, weil es in ihr Trugbild von der

¹⁹⁵ Vgl. die Niederschrift des Gesprächs zwischen Honecker und Gorbatschow am 28. September 1988, in: Küchenmeister, Honecker-Gorbatschow, S. 186–207. Das russische Protokoll in: Galkin/Tschernjajew, Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 104–109.

¹⁹⁶ Zitiert in: Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 108.

¹⁹⁷ Vgl. Neues Deutschland vom 10. April 1987. Am 9. April 1987 war das Interview im „stern“ erschienen.

„Hand Moskaus“ oder von der angeblichen Einförmigkeit und Eintönigkeit des Sozialismus passe. Schließlich brachte Hager nach den bohrenden Nachfragen die Haltung der SED zu den Gorbatschow-Reformen auf die Formel: „Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?“¹⁹⁸

Diese Äußerung erregte ungeheures Aufsehen, verursachte in breiten Kreisen der Bevölkerung, aber auch in den SED-Grundorganisationen, Enttäuschung und Wut. Hager rechtfertigte sich für sein Interview in seinen Erinnerungen: „Die Redaktion hatte Fragen eingereicht, zu deren Beantwortung die Pressestelle unseres Außenministeriums einen Entwurf lieferte. Es war ein Fehler, daß ich mich zu eng an diesen Entwurf hielt und nicht meinen eigenen Stil gebrauchte.“¹⁹⁹ Nach dem Zusammenbruch der SED-Herrschaft, als gemutmaßt wurde, Honecker persönlich habe den Satz vom Tapezieren in Hagers Äußerung hineingeschrieben, behauptete Hager, dass dieser Satz der einzige in dem ganzen Interview sei, der wirklich von ihm stamme.²⁰⁰ Im internen Schriftverkehr äußerte sich Hager ähnlich wie in seinem Interview für den „stern“, so beispielsweise in einem Schreiben an Krenz vom 23. Juli 1987: In der DDR stünde seiner Meinung nach nicht die schematische Übernahme der sowjetischen Methoden, „sondern die Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED auf der Tagesordnung.“²⁰¹

Nicht wenige SED-Mitglieder beschwerten sich bei ihren übergeordneten Leitungen über die abwertenden Äußerungen Hagers. So reagierten die Mitglieder der SED-Grundorganisation des Staatsschauspiels Dresden im Juni 1987 mit einem Protestbrief an den 1. Bezirkssekretär, Hans Modrow, auf das berüchtigte Interview.²⁰² Sie baten darum, diesen Brief an den ZK-Sekretär für Kultur weiterzuleiten, was Modrow dann schließlich auch tat.²⁰³ In dem Brief brachten sie ihr „außerordentliches Befremden“ über die Äußerungen des ZK-Sekretärs zum Ausdruck, der den Eindruck erwecke, die Politik Gorbatschows sei kein Vorbild für die DDR. Sie seien im Gegensatz dazu durchaus der Meinung, dass die Reformen in der Sowjetunion Anregungen für die DDR böten. Sie wiesen insbesondere auf die Informations- und Medienpolitik hin, die in der DDR von „Schönfärberei“ befreit werden müsse. Wörtlich hieß es in dem Schreiben an Hager: „Alle bisher bei uns veröffentlichten Materialien seit dem April-Plenum 1985 zeugen von der Konsequenz und Komplexität, mit der die Politik der revolutionären Umgestaltung von der KPdSU in Angriff genommen und verwirklicht wird. Die-

¹⁹⁸ Neues Deutschland vom 10. April 1987, S. 3. Abgedruckt in: Deutschland Archiv 20 (1987), S. 655–657.

¹⁹⁹ Kurt Hager, Erinnerungen, Leipzig 1996, S. 384.

²⁰⁰ Vgl. das Protokoll der Zeugenvernehmung Hagers vom 26. Juli 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 245/90, Bd. 82.

²⁰¹ Schreiben Hagers an Krenz vom 23. Juli 1987, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039/7.

²⁰² Vgl. das Schreiben des Sekretärs der SED-Grundorganisation des Staatsschauspiels Dresden an Modrow vom 18. Juni 1987, in: ebenda, DY 30 IV 2/2.039/274.

²⁰³ Vgl. ausführlich hierzu: Mario Niemann, Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952–1989, Paderborn 2007, S. 299–325; Nepit, Die SED unter dem Druck der Reformen Gorbatschows, S. 312–319.

sen revolutionären Prozess als ‚Tapetenwechsel‘ zu charakterisieren, ist nach unserer Auffassung nicht nur absolut verfehlt, sondern auch desorientierend. Geht es doch beim Kurs der ‚Perestroika‘ nicht um eine Veränderung im Sinnes eines neuen ‚Zimmerschmückens‘, sondern um einen revolutionären Prozeß, in dem ‚alles auf allen Gebieten gründlich umgestaltet‘ werden muß, wie M. Gorbatschow erst jüngst wieder in seiner Rede in Leninsk betonte.“²⁰⁴ Die Dresdener Genossen ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, dass sie vergleichbare Veränderungen, insbesondere bei der „weiteren Entfaltung der sozialistischen Demokratie“, auch in der DDR für dringend geboten hielten. Schließlich sprachen sie sich für eine „Qualifizierung unserer Informations- und Meinungspolitik“ aus.

Der Brief ging ohne eine eigene Stellungnahme Modrows im Büro Hager am 26. Juni 1987 ein. In seiner Antwort vom 13. Juli erläuterte Hager noch einmal die Haltung der SED-Führung zur Perestroika in der Sowjetunion, auf die sich das Politbüro intern sowie in der Öffentlichkeit geeinigt hatte. Zwar würden an „unserer Unterstützung des Kurses der KPdSU auf Beschleunigung der sozialen und ökonomischen Entwicklung“ keine Zweifel bestehen, so notierte Hager, doch „müssen wir zugleich auch feststellen, dass es in der DDR gegenwärtig nicht um die Lösung der gleichen Aufgaben der sozialen und ökonomischen Entwicklung geht wie in der Sowjetunion“.²⁰⁵ Die SED habe bereits seit 1971 jene Prozesse eingeleitet, die in der Sowjetunion jetzt im Nachgang initiiert würden. Vor dem Hintergrund dieser Haltung, die er im Interview klar zum Ausdruck gebracht habe, könne sich Hager nur wundern, warum seine Äußerungen ein derartiges Befremden in der Grundorganisation ausgelöst hätten. Die Aussage über den Tapetenwechsel solle man nach Ansicht Hagers nicht aus ihrem Zusammenhang reißen, denn es handele sich bei dem Vergleich ganz eindeutig um „eine Zurückweisung der westlichen Propaganda über das ‚Kopieren‘ der Maßnahmen der Sowjetunion.“²⁰⁶ Hager wies auch den Eindruck zurück, im Interview sei die Informationspolitik als nicht veränderungsbedürftig dargestellt worden. In dem Interview sei es einzig und allein darum gegangen, den Kurs unserer Partei richtig darzustellen. In dieser Hinsicht habe sich Hager nichts vorzuwerfen.

Hager informierte am 13. Juli Krenz, der Honecker während seines Urlaubs vertrat, über den Inhalt des Briefes der Dresdener Grundorganisation und sein Antwortschreiben an die Parteisekretärin der Grundorganisation, Lilian Floß.²⁰⁷ Nach Ansicht Hagers war die Angelegenheit durch seine Antwort nunmehr erledigt und ein „Eingreifen der Bezirksleitung nicht erforderlich, es sei denn, dass die Diskussionen in dieser Grundorganisation nicht aufhören“.²⁰⁸ Zugleich bat er Krenz, den gesamten Briefwechsel dem Generalsekretär zu übergeben. „Vielleicht

²⁰⁴ Schreiben des Sekretärs der SED-Grundorganisation des Staatsschauspiels Dresden an Kurt Hager vom 16. Juni 1987, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039/274.

²⁰⁵ Schreiben Hagers an den Parteisekretär der Grundorganisation der SED im Staatsschauspiel Dresden vom 13. Juli 1987, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039/274.

²⁰⁶ Ebenda.

²⁰⁷ Vgl. den Brief Hagers an Krenz vom 13. Juli 1987, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039/274.

²⁰⁸ Ebenda.

wäre dieser Briefwechsel auch für Genossen Honecker interessant, da er die Meinungen eines Teils unserer Intelligenz (besonders in dem letzten Abschnitt des Briefes) widerspiegelt. Falls Du den Brief nicht weiterleiten kannst, wäre ich dafür, ihn Genossen Honecker dann aber nach der Rückkehr vom Urlaub zu geben.“²⁰⁹

Krenz ließ die Angelegenheit jedoch nicht auf sich beruhen, denn ein kollektiver Widerspruch einer SED-Grundorganisation war kein normaler Vorgang und konnte als offene Rebellion gegen die Politik der Parteiführung gedeutet werden.²¹⁰ Krenz bat Hager, seinen Brief nicht an die Parteiorganisation des Staatsschauspiels Dresden zu übergeben, da unklar sei, „in welche Hände dieser Brief kommt“. Zudem habe man es nicht nötig, „die klaren Aussagen in einem Interview des Genossen Hager, ja die Politik unserer Partei auf irgendwelche Art zu rechtfertigen“.²¹¹ Stattdessen setzte Krenz den Brief der Dresdener Grundorganisation an Hager sogleich auf die Tagesordnung der Sitzung des Sekretariats des ZK am 15. Juli 1987.²¹² Dort attackierte er die SED-Grundorganisation des Dresdener Staatsschauspiels und deren Parteileitung scharf. Krenz sah in dem Brief ein „Zurückweichen der Parteileitung vor dem offensiven Vertreten unserer Politik“.²¹³ Mehr noch, er interpretierte den Brief als einen Angriff auf die tragenden Eckpfeiler der SED-Politik. „Der Brief der Grundorganisation des Staatsschauspiels Dresden ist ein kollektiver Irrtum über Grundfragen unserer Politik.“ Ausführlich ging Krenz auf die wesentlichen Aussagen des Briefes ein und versuchte, diese mit den üblichen propagandistischen Argumenten zu widerlegen. Im Hinblick auf die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft stritt Krenz jegliche Defizite ab. „Das Leben selbst bestätigt die Lebendigkeit unserer Demokratie. Unser Demokratieverständnis liegt nicht im Nachahmen des bürgerlichen Parlamentarismus, sondern in der tatsächlichen Einbeziehung des Volkes. Auf mehreren Tagungen des Zentralkomitees unterstrich Genosse Erich Honecker, dass das Volk nicht für die Partei, sondern die Partei für das Volk da ist. Demzufolge wird bei uns – und besonders seit dem VIII. Parteitag – danach gehandelt.“ Krenz bekräftigte noch einmal die Haltung der Parteiführung: Die KPdSU vollziehe lediglich das nach, was die SED mit der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik bereits seit 1971 praktiziere. Insofern verbiete sich ein Nachahmen sowjetischer Praktiken schon von selbst.

²⁰⁹ Hausmitteilung Hagers für Krenz vom 13. Juli 1987, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039/274.

²¹⁰ Vgl. hierzu Stefan Wolle, *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989*, Berlin 1998, S. 292.

²¹¹ Notiz von Krenz für das Gespräch mit Hager, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039/274.

²¹² Vgl. die Niederschrift über den Verlauf der Sitzung des Sekretariats des ZK am 15. Juli 1987, in: ebenda. An der Sitzung nahmen teil: Egon Krenz, Hermann Axen, Horst Dohls, Werner Felfe, Kurt Hager, Inge Lange, Heinz Geggel, Hermann Pöschel sowie Lothar Stammnitz, 2. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, und Gabriele Fink, Sekretärin für Kultur der Bezirksleitung Dresden.

²¹³ Vgl. die Bemerkungen von Krenz auf der Sitzung des Sekretariats am 15. Juli 1987, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039/274.

Als Schlussfolgerung aus dem Brief der Dresdener Grundorganisation empfahl Krenz, die dortigen Parteileitungen eindringlich auf ihre Pflicht hinzuweisen, die Politik der Partei offensiv zu vertreten und die Beschlüsse des XI. Parteitages umzusetzen. Dies entsprach der jahrzehntelang geübten Praxis, unbotmäßige Gliederungen der Partei zu disziplinieren. Wie immer in derartigen Fällen stand die zuständige Bezirksleitung im Fokus der „Parteikontrolle“. „Es ist notwendig, dass die SED-Bezirksleitung den Brief der Parteiorganisation des Staatsschauspiels zum Anlass nimmt, um gründlich ihre Führungstätigkeit auf dem Gebiet der politisch-ideologischen Arbeit einzuschätzen.“ Das war vorrangig an die Adresse des 1. Bezirkssekretärs, Hans Modrow, gerichtet, der im Verdacht stand, mit einigen Ideen Gorbatschows zu sympathisieren. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe der ZK-Abteilungen Parteiorgane und Kultur sollte an Ort und Stelle untersuchen, „wie es zum sorglosen Verhalten der Leitungen der Partei im Zusammenhang mit der Lage in der Grundorganisation des Staatsschauspiels kommen konnte“. In der historischen Rückschau behauptete Krenz später, von Honecker aus dessen Urlaubsort telefonisch den Auftrag erhalten zu haben, in Dresden „für Ordnung“ zu sorgen. „Fahre nach Dresden zur Bezirksleitung und führe die Auseinandersetzung, wenn notwendig auch bis zur Absetzung des Genossen Modrow.“²¹⁴

In einer eilig einberufenen Sitzung des Sekretariats der SED-Bezirksleitung Dresden warf Krenz zwei Tage später der Bezirksleitung noch einmal politische Sorglosigkeit vor.²¹⁵ Die Mitglieder des Bezirkssekretariats fragte er, was eigentlich in ihnen vorgegangen sei, als sie den Brief unkommentiert an die Parteiführung weitergeleitet hätten. Dann stellte er die Grundregel des demokratischen Zentralismus klar: „Der kollektive Beschluss der Grundorganisation Staatsschauspiel Dresden, einen Brief solchen Inhalts an die Parteiführung zu senden, ist als Zurückweichen vor den Beschlüssen des ZK zu werten. [...] Nicht das ZK irrt, wenn es konsequent die Beschlüsse des XI. Parteitages verwirklicht, sondern jede Grundorganisation ist verpflichtet, sich von den Beschlüssen des ZK leiten zu lassen.“²¹⁶ Modrow bekannte auf dieser Sitzung in dem geübten stalinistischen Ritual von Kritik und Selbstkritik, die politische Lage in der Grundorganisation Staatsschauspiel nicht gründlich genug eingeschätzt zu haben. „Der Brief ist eine gegen die Linie des XI. Parteitages gerichtete Plattform. Die von Genossen Egon Krenz dargelegte Einschätzung findet meine volle Zustimmung.“ Modrow versicherte, „dass es von ihm nicht die Absicht der Unehrllichkeit gegeben habe. Er werde alle Kraft einsetzen und die richtigen Schlußfolgerungen ziehen.“ Damit nahm sich Modrow zunächst aus der Schusslinie, zumal der Bezirk Dresden schon zuvor im Zentrum parteiinterner Kritik gestanden hatte.²¹⁷

²¹⁴ Zitiert in: Egon Krenz, Herbst '89, Berlin 1999, S. 193.

²¹⁵ Vgl. die Niederschrift über die Sitzung des Sekretariats der Bezirksleitung der SED Dresden am 17. Juli 1987, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039/274.

²¹⁶ Ebenda.

²¹⁷ Vgl. den Beschluss des Politbüros vom 2. Juni 1987, in dem das Politbüro den Bericht der Bezirksleitung Dresden über „Erfahrungen und Ergebnisse der politisch-ideologischen Arbeit bei der Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED“ kritisch bewertete.

Die folgenden Wochen und Monate lieferten ein Beispiel dafür, wie unbotmäßige Gliederungen in einer kommunistischen Partei sowjetischen Typs auch noch in den 1980er Jahren diszipliniert wurden. Nicht nur die betreffende SED-Grundorganisation, auch die Dresdener Stadt- und Bezirksleitung distanzieren sich nach „gründlicher Aussprache“ von den im Brief an Hager formulierten Aussagen.²¹⁸ Die vom ZK-Sekretariat eingesetzte Arbeitsgruppe der Abteilungen Parteiorgane und Kultur, die Ende August 1987 während ihrer Inspektion in Dresden für „politisch-ideologische Klarheit“ sorgen sollte, konstatierte am 10. September 1987 zufrieden: Die Genossen des Staatsschauspiels hätten sich „vollinhaltlich“ von der im Juni formulierten „Plattform“ distanziert und sich „einhütig“ zur Politik der Partei bekannt. Weiter hieß es: „Übereinstimmend brachten die Genossen ihr festes Vertrauen zum Zentralkomitee und seinem Generalsekretär, Genossen Erich Honecker, zum Ausdruck. Im intensiven Klärungsprozeß konnten die klassenmäßigen Positionen zu den Grundfragen der Politik der SED gefestigt werden.“²¹⁹ Formal konnte die SED-Führung damit die Disziplinierung als Erfolg des „demokratischen Zentralismus“ verbuchen. Tatsächlich steigerte diese Demonstration der Macht erneut die Unzufriedenheit und den Missmut an der Parteibasis.²²⁰

Nach Hagers Interview im „stern“ äußerte sich auch Honecker öffentlich deutlicher. Er erklärte vor den 1. Sekretären der Kreisleitungen im Februar 1988 zu den Gorbatschow-Reformen, es gelte, „entsprechend unseren nationalen Bedingungen“ immer wieder neue Antworten auf die Fragen zu finden, die das Leben stelle. Dass dabei die Erfahrungen der anderen sozialistischen Länder bei ihrem sozialistischen Aufbau in Betracht gezogen würden, sei selbstverständlich. „Das bedeutet aber noch lange nicht, sie einfach zu kopieren. Das wäre schädlich.“²²¹ Hager legte Ende Oktober 1988 noch einmal nach. In einer Rede vor Schulräten sagte er, die SED habe sich die Aufgabe gestellt, in der DDR weiterhin „die entwickelte sozialistische Gesellschaft“ zu gestalten. Mit dieser Aufgabenstellung besitze sie eine von den Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus begründete Gesellschaftskonzeption und Orientierung für die Zukunft. Seit dem VIII. Parteitag 1971 habe die SED einen eigenständigen theoretischen und praktischen Beitrag zur Ausarbeitung der Konzeption von der entwickelten sozialistischen Gesellschaft geleistet. Dies sei „ein historischer Prozeß tiefgreifender politischer, ökonomischer, sozialer und geistig kultureller Wandlungen“. Die SED könne sich den

Vgl. die Anlage Nr. 4 zum Protokoll Nr. 22/87 der Sitzung des Politbüros am 2. Juni 1987, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2222.

²¹⁸ Vgl. Niemann, Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen, S. 318–322.

²¹⁹ Information der ZK-Abteilung Parteiorgane „über die politisch-ideologische Situation am Staatsschauspiel Dresden und die Führungstätigkeit der Bezirks- und Stadtleitung Dresden der SED“ vom 10. September 1987, in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/2.039/274.

²²⁰ Vgl. Otfried Arnold/Hans Modrow, Außenansichten, in: Hans Modrow (Hrsg.), Das große Haus von außen. Erfahrungen im Umgang mit der Machtzentrale in der DDR, Berlin 1996, S. 35f.; Hans Modrow, Ich wollte ein neues Deutschland, Berlin 1998, S. 208f.

²²¹ Rede Honeckers auf der Beratung des Sekretariats des ZK der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen am 13. Februar 1988, in: Neues Deutschland vom 14. Februar 1988.

gesellschaftlichen Herausforderungen der Zeit in dem Bewusstsein stellen, „daß wir mit dem Kurs der entwickelten sozialistischen Gesellschaft den richtigen Kurs eingeschlagen haben“.²²²

Trotz der krisenhaften Situation in Wirtschaft und Gesellschaft verharrte die Parteiführung auf ihren längst illusionär gewordenen Positionen, verkündete die alten Formeln und Parolen und fand keine angemessenen Rezepte zur Besserung der sich immer weiter zuspitzenden Lage. Während der jährlichen Beratungen mit den 1. Kreissekretären der Partei feierte Honecker die vermeintlichen Erfolge der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ und pries die Fortschritte im Wohnungsbau und bei der Entwicklung von Schlüsseltechnologien. Es war in der Parteizentrale jedoch kein Geheimnis, wie sehr in der Parteibasis der Unmut über die permanente Reformverweigerung des Politbüros wuchs. So mischten sich unter die Information der ZK-Abteilung Parteiorgane über die Ansichten in den SED-Grundorganisationen auch deutliche Misstöne. In einer Information für Honecker vom Juli 1987 verwies Abteilungsleiter Horst Dohls auf Forderungen einiger Genossen, die von Gorbatschow angesprochenen Probleme auch „bei uns“ zu lösen, „wenn wir zum Beispiel an die Ersatzteilversorgung, Transportprozesse, den Berufsverkehr und einige andere Dinge denken.“²²³ Gleichwohl versuchte die Abteilung Parteiorgane den Eindruck zu vermitteln, es ginge bei diesen Diskussionen unter Genossen nicht um eine Abkehr vom bisherigen Wirtschaftskurs der Partei, sondern lediglich um das Ausschöpfen von „Leistungsreserven“ im sozialistischen Wettbewerb.

Die Wellen der Empörung über die abfälligen Perestroika-Kommentare der SED-Führung schlugen erneut hoch, als das SED-Organ „Neues Deutschland“ am 2. April 1988 einen „offenen Brief“ von Nina Andrejewa, einer Dozentin der Leningrader Universität, veröffentlichte, der zuvor am 13. März in der „Sowjetskaja Rossija“ erschienen war.²²⁴ Unter der Überschrift „Ich kann meine Prinzipien nicht preisgeben“ brachte „Neues Deutschland“ auf eineinhalb Seiten diesen Brief, in dem Gorbatschows Politik der Perestroika vorgeworfen wurde, eine Bewegung des „linksliberalen Sozialismus“ eingeleitet zu haben, deren Anhänger „die demokratischen Attraktionen des modernen Kapitalismus“ predigen und „Kniefälle vor seinen angeblichen Erfolgen“ machen.²²⁵ Die in der „Sowjetskaja Rossija“ vorgetragenen Einwände gegen die Konsequenzen einer Politik größerer Offenheit, zu der auch eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Stalinismus gehörte, entsprach offenbar so sehr den Vorstellungen der SED-Führung und ihrer Sorge vor mehr Spielraum zur Diskussion, dass der Artikel mit einiger Verzögerung im Wortlaut nachgedruckt wurde. Der „offene Brief“ schürte

²²² Neues Deutschland vom 30. Oktober 1988.

²²³ Bericht von Dohls für Honecker über „aktuelle Fragen und die Stimmung der Werktätigen“ vom 22. Juli 1987, in: SAPMO BArch, DY 30/2181.

²²⁴ „Ich kann meine Prinzipien nicht preisgeben“. Brief der Leningrader Dozentin Nina Andrejewa, in: Neues Deutschland vom 2./3. April 1988, S. 11 f.

²²⁵ Vgl. zum Hintergrund der Nina-Andrejewa-Affäre: Archie Brown, Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht, Frankfurt (M.) 2000, S. 286 ff.

unter den Reformgegnern in der SED Hoffnungen auf eine konservative Wende in der Politik der sowjetischen Führung.

Den am 5. April 1988 als Antwort auf den „offenen Brief“ in der „Prawda“ erschienenen Artikel wollte Honecker im „Neuen Deutschland“ zunächst nicht veröffentlichen lassen. Krenz, der den Generalsekretär während seines Urlaubs vertrat, informierte den Parteichef umgehend über diesen Artikel: „In der heutigen ‚Prawda‘ wird ein ausführlicher redaktioneller Artikel über die Gegner der Umgestaltung innerhalb der UdSSR veröffentlicht. In dem Beitrag wird die Haltung jener analysiert, die in der Umgestaltung ‚die Abkehr vom Sozialismus‘ sehen. Die Zeitung betrachtet in diesem Zusammenhang den am 13. März in der ‚Sowjetskaja Rossija‘ veröffentlichten Beitrag unter der Überschrift ‚Ich kann von meinen Prinzipien nicht abgehen‘ und bewertet ihn als eine Art Manifest der Gegner der Umgestaltung und als ‚Versuch, die Beschlüsse der Partei allmählich zu revidieren‘. Der Artikel wird gegenwärtig übersetzt. Sobald er vorliegt, werde ich ihn Dir übersenden. Es wäre zu entscheiden, ob und wann wir ihn veröffentlichen. Ich bitte um entsprechende Weisung.“²²⁶

Honecker zögerte die Entscheidung jedoch hinaus, so dass Krenz während eines Gesprächs mit dem sowjetischen Botschafter Kotschemassow in Erklärungsnot geriet. Krenz notierte für Honecker über dieses Gespräch am 6. April 1988: „Auf den ‚Prawda‘-Artikel vom 5. April eingehend sagte er, dass er keinerlei Auftrag habe, darüber mit der Führung der DDR zu sprechen. Er wolle jedoch als Freund und Genosse vermerken, dass es sich um einen offiziellen Artikel handelt, der die Meinung der sowjetischen Führung widerspiegelt. Während der Artikel in ‚Sowjetskaja Rossija‘ jene unterstützen will, die der Stagnation verhaftet sind, geht es beim ‚Prawda‘-Artikel auf der Grundlage der Rede von M.S. Gorbatschow zum 70. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution darum, auf die vielen in diesem Zusammenhang diskutierten Fragen eine klare Antwort zu geben. [...] Ich bin inhaltlich auf den Artikel nicht eingegangen und habe lediglich vermerkt, dass es im Moment schwer sei, aus der sowjetischen Presse zu entnehmen, welche Artikel offiziell und welche Artikel nicht offiziell sind. Genosse Kotschemassow nahm das lächelnd zu Kenntnis.“²²⁷

Einige Tage später erschien dieser Artikel als übersetzter Nachdruck aus der „Prawda“ im „Neuen Deutschland“, durch den sich die Perestroika-Anhänger in der SED bestätigt sehen konnten.²²⁸ Generell führten die parteiinternen Debatten über die Frage, ob die DDR eine Reform ähnlich der sowjetischen Perestroika nötig hätte, dazu, dass sich ein Großteil der Mitglieder der SED, aber auch Funktionäre der Kreis- und Bezirksleitungen, von der Parteiführung endgültig loslös-

²²⁶ Hausmitteilung von Egon Krenz an Erich Honecker vom 5. April 1988, in: SAPMO BArch, DY 30/2116.

²²⁷ Hausmitteilung von Egon Krenz an Erich Honecker vom 6. April 1988, in: ebenda, DY 30/2122.

²²⁸ Die Prinzipien der Umgestaltung: revolutionäres Denken und Handeln. Als redaktioneller Artikel gekennzeichnet und veröffentlicht im Neuen Deutschland vom 9./10. April 1988, S. 11f.

ten.²²⁹ Die Behauptung, Perestroika und Glasnost seien nichts weiter als ein Ausdruck sowjetischer Probleme, die nichts mit der Lage in der DDR zu tun hätten, konnte von Anfang an wenig Glaubwürdigkeit für sich beanspruchen. So hatte die SED-Führung in weiten Teilen der Mitgliedschaft jegliche Legitimation zu einem Zeitpunkt verloren, als die Machtstrukturen der Partei noch intakt zu sein schienen.

Einen für alle Mitglieder der Partei sichtbaren Höhepunkt erreichte die Erstarrung Honeckers und die Handlungsunfähigkeit des Politbüros auf der 7. Tagung des Zentralkomitees Anfang Dezember 1988, auf der ohne Widerspruch und wider besseres Wissen das Bild der Einheit von Partei und Volk, einer heilen Welt des Sozialismus, gezeichnet wurde. Zum Umgang mit den Gorbatschow-Reformen hatte Honecker als Berichterstatter des Politbüros nichts weiter beizutragen als Sätze wie: „Bei der Beurteilung dieser Fragen darf sich niemand ablenken lassen durch das Gequake wildgewordener Spießer, die die Geschichte der KPdSU und der Sowjetunion im bürgerlichen Sinne umschreiben möchten.“²³⁰ KPdSU und SED seien vereint durch feste Freundschaft und internationalistische Solidarität, gestützt auf die Gemeinsamkeiten der Ansichten zu den prinzipiellen Fragen der Außenpolitik und des sozialistischen Aufbaus sowie auch künftig entschlossen, den bereits erreichten Stand der in ihrer Intensität und Vielfalt beispiellosen deutsch-sowjetischen Beziehungen auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus weiter zu erhöhen. „Voller Freude und nicht ohne innere Bewegung“ behauptete der SED-Chef, dass die DDR unter Führung der Partei zu einem „blühenden sozialistischen Land“ geworden sei. „Stets lassen wir uns davon leiten, daß das Antlitz des Sozialismus, man kann es heute so sagen, in den Farben der DDR vor allem in dem Maße zunimmt, wie wissenschaftlich-technischer Fortschritt mit sozialem Fortschritt verbunden wird.“²³¹ In seiner Rede zum 70. Jahrestag der Gründung der KPD wiederholte Honecker diese Formel: „Wir gestalten die sozialistische Gesellschaft hier in diesem Lande, nicht im luftleeren Raum und auch nicht unter Verhältnissen, wie sie anderswo, aber nicht bei uns bestehen. Wir gestalten sie in den Farben der DDR.“²³² Deutlicher konnte die Absage an Gorbatschows „Umgestaltung“ (Perestroika) kaum ausfallen.

Von den Mitgliedern der Partei- und Staatsführung gab es keinen Widerspruch, nicht im Politbüro und schon gar nicht in der Öffentlichkeit. Nur einer wagte es, eine abweichende Meinung öffentlich zu äußern, und das auch noch beim „Klassenfeind“: ZK-Mitglied und Kulturminister Hans-Joachim Hoffmann, seit 1973 in diesem Amt als Nachfolger von Klaus Gysi und zuvor Leiter der Abteilung Kultur des Zentralkomitees der SED. Im Juni 1988 führte die westdeutsche Zeitschrift

²²⁹ Vgl. Dieter Segert, *Intelligenz und Macht: Der Beitrag der intellektuellen Dienstklasse zu Stabilität und Wandel in der DDR*, in: Astrid Lorenz/Werner Reutter (Hrsg.), *Ordnung und Wandel als Herausforderungen für Staat und Gesellschaft*, Opladen 2009, S. 139.

²³⁰ Bericht des Politbüros (Berichterstatter: Erich Honecker) auf der 7. Tagung des Zentralkomitees am 1./ 2. Dezember 1988, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/687.

²³¹ Ebenda.

²³² Neues Deutschland vom 30. Dezember 1988.

„Theater heute“ mit ihm ein langes Gespräch, von dem sie zutreffend bemerkte, wohl noch nie habe ein Regierungsmitglied der DDR öffentlich so offen und ohne Bindung an den zuvor angeforderten schriftlichen Fragenkatalog geredet – „bar aller parteioffiziellen Floskeln“.²³³ Hoffmann, zu einer „Öffnung nach innen“ in der DDR anknüpfend an die Reformen Gorbatschows befragt, antwortete nach einem Hinweis auf wesentliche Unterschiede zwischen der DDR und der Sowjetunion, die es immer gegeben habe: „Dennoch gehen viele Inspirationen aus von diesem Prozeß. Die werden wir systematisch aufarbeiten. Das einzige, was sicher ist, ist, daß sich alles weiterentwickelt. [...] Es gibt ein neues Denken, in der Sowjetunion, in anderen sozialistischen Ländern, bei uns. Das ist nicht nur im Kommen, das ist die Normalität. Das Sicherste ist die Veränderung! Kann ja gar nicht anders sein.“

Hoffmanns Plädoyer für Veränderungen und sein Einsatz dafür, dass Künstler und Schriftsteller, die aus dem Land gedrängt worden waren oder es freiwillig verlassen hatten, zurückkommen oder wenigstens wieder in der DDR arbeiten durften, trug ihm heftige Kritik Hagers und den Zorn des Generalsekretärs ein. Hoffmann war schon einige Jahre zuvor beim SED-Chef in Ungnade gefallen, weil er sich nicht wie gewünscht gegenüber renitenten Schriftstellern durchsetzen konnte. Als 1984 der Vorsitzende des DDR-Schriftstellerverbandes, Hermann Kant, gegen die SED-Kulturpolitik aufbegehrte und dabei noch von Hoffmann in einige Punkten unterstützt wurde, hielt Honecker den Kulturminister nicht mehr für tragbar. Auf einer Hausmitteilung Hagers an den Generalsekretär vom 26. März 1984, die in der Anlage auch einen Brief Hermann Kants enthielt, notierte Honecker handschriftlich: „Lieber Kurt, ich denke, wir brauchen einen neuen Kulturminister, einen der es versteht Dich und die Partei vor solchem Wirrwarr zu bewahren.“²³⁴ Hoffmann blieb damals im Amt, auch weil Hager von einem Personalwechsel an der Spitze des Kulturministeriums abriet.

Auf dem 7. ZK-Plenum im Dezember 1988 musste sich Hoffmann schließlich von FDJ-Chef Eberhard Aurich vorwerfen lassen, in dem Interview keinen „klassenkämpferischen Standpunkt“ eingenommen und das Parteiprogramm missachtet zu haben.²³⁵ Daraufhin entschuldigte sich Hoffmann vor dem Plenum für dieses Interview, das „entstellt“ und ohne seine Autorisierung gedruckt worden sei. Einen Sturz des Ministers konnten die Kritiker, unter ihnen die Politbüromitglieder Böhme, Eberlein, Lorenz und Schabowski, wegen des zu erwartenden Aufsehens im In- und Ausland jedoch nicht mehr durchsetzen. Die Auseinandersetzung mit Hoffmann auf der 7. ZK-Tagung sollte als Signal verstanden werden, jegliche Anspielung an die Reformbedürftigkeit der DDR zu unterlassen.²³⁶

²³³ Text des Gesprächs nebst Einleitung der Redaktion in: Theater 1988. Jahrbuch der Zeitschrift „Theater heute“, hrsg. v. Peter von Becker, Michael Merschmeier und Hennig Rischbieter, Berlin 1988, S. 11–20.

²³⁴ Handschriftliche Anmerkung Honeckers vom 30. März 1984 auf der Hausmitteilung Hagers vom 26. März 1984, in: SAPMO BArch, DY 30/27480.

²³⁵ Vgl. das Protokoll der 7. ZK-Tagung am 1./2. Dezember 1988, in: ebenda, DY 30/IV 2/1/688.

²³⁶ Vgl. Gerd-Rüdiger Stephan, Die letzten Tagungen des Zentralkomitees der SED 1988/89, in: Deutschland Archiv 26 (1993), S. 303.

Wie sich die SED-Führung das Vorgehen gegen kritische Parteimitglieder vorstellte, geht aus einer Parteiinformation für die Grundorganisationen der Partei vom März 1988 hervor. Dort hieß es: „Wer feindliche Ideologien oder Auffassungen vertritt, gehört nicht in die Partei. Die Mitgliedschaft in der Partei setzt die Bereitschaft voraus, die auf dem XI. Parteitag beschlossene Strategie und Taktik unserer Partei unter allen Bedingungen mit durchsetzen zu helfen. Wer der gegnerischen Hetze und Demagogie erliegt, von dem trennen wir uns. Er hat das Recht verwirkt, den Ehrennamen eines Kommunisten zu tragen. Das gleiche gilt auch für Meckerer und ewige Nörgler.“²³⁷ Die Parteispitze stemmte sich mit armseligen Durchhalteparolen und offenen Drohungen gegen die in den Grundorganisationen immer lauter werdenden Forderungen nach innenpolitischen Reformen.

Den aggressiven Stil, den nun Honecker persönlich in seiner Abwehrhaltung gegen Forderungen nach innenpolitischen Reformen pflegte, verdeutlichte eine Politbürositzung am 3. Januar 1989, über die Gregor Schirmer, seit 1977 stellvertretender Leiter der ZK-Abteilung Wissenschaften, am gleichen Tag an Kurt Hager berichtete.²³⁸ Honecker empörte sich heftig über jene SED-Mitglieder, die sich für Perestrojka und Glasnost begeisterten. Er bezog sich dabei auf ihm zugelegte Vorgänge an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar und an der Hochschule für Verkehrswesen Dresden, wo nicht nur Studenten, sondern auch Lehrkräfte Forderungen nach innenpolitischen Reformen erhoben hatten.²³⁹ Für die Auseinandersetzung mit den Anhängern der sowjetischen Reformpolitik gab Honecker Argumente vor, die einen unverstellten Einblick in seine Denkweise bieten. Schirmer zitierte die Ausführungen Honeckers im Politbüro wie folgt:

„Wenn wir die Produktion und die Konsumtion senken wollen, dann müssen wir die Perestrojka machen, dann müssen wir ein solches Durcheinander organisieren. Die Perestrojka ist aus den Bedürfnissen der Sowjetunion heraus entstanden und notwendig, um dort die Produktion zu steigern und die Lebenslage der Menschen zu verbessern. Die sowjetischen Genossen sagen selbst, dass die Umgestaltung bisher keine grundlegenden ökonomischen Fortschritte gebracht habe, dass das Ernährungsproblem in der Sowjetunion weiter akut ist. In Moskau und anderswo kann man sich nicht ohne weiteres ein Stück Butter und ein Pfund Zucker kaufen. Wenn wir die weitere stabile und dynamische Entwicklung der Volkswirtschaft in der DDR wollen, dann gibt es hier nichts ‚zu lernen‘, dann müssen wir unseren bewährten Kurs fortsetzen. Dass muss man den Anhängern der Perestrojka bei uns ganz deutlich sagen. Wir haben schon früher die wirt-

²³⁷ Parteiinformation Nr. 245 vom März 1988: Zum einheitlichen und geschlossenen Handeln der Mitglieder und Kandidaten der SED, zitiert in: Andreas Herbst/Gerd-Rüdiger Stephan/Jürgen Winkler (Hrsg.), *Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch*, Berlin 1997, S. 797 ff.

²³⁸ Vgl. den Bericht Schirmers für Hager über die Sitzung des Politbüros am 3. Januar 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/26364 (Büro Hager).

²³⁹ Vgl. die Information der Abteilung Parteiorgane über die politische Situation an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar vom 9. Januar 1989, in: ebenda, DY 30/2182.

schaftliche Rechnungsführung der Betriebe eingeführt, die Neuererbewegung entwickelt, Betriebskollektivverträge eingeführt. Sollen wir etwa das Leuna-Werk an die Werktätigen verpachten, sie sind schon Eigentümer. Geheime Wahlen sind in unserer Partei schon lange üblich. Auch Gegenstimmen bei Wahlen gibt es. Genosse Honecker erklärte, dass wir keine Architekten, Verkehrsingenieure und Wissenschaftler brauchen, die sich bei uns als Anhänger von Perestrojka betätigen und gegen die Linie der Partei auftreten. In der Partei brauchen wir solche Leute auch nicht.“²⁴⁰

Damit war die Methode der Rundumverteidigung, die nun vom Politbüro praktiziert wurde, klar umrissen. Honecker ordnete an, unverzüglich eine Arbeitsgruppe aus Mitarbeitern des zentralen Apparates zu bilden, die mit den betreffenden Bezirksleitungen an den beiden Hochschulen in Weimar und Dresden „die erforderliche Auseinandersetzung“ mit dem Ziel zu führen habe, „bis zum Freitag in beiden Fällen eine klare parteiliche Einschätzung mit entsprechenden Schlussfolgerungen herbeizuführen. [...] Der Absicht, unter Missbrauch des Begriffs Perestrojka sogenannte informelle Gruppen gegen die Politik der Partei zu schaffen, müsse nachdrücklich entgegengewirkt werden. Notwendig sei, in Durchführung der Beschlüsse der 7. ZK-Tagung die politisch-ideologische Arbeit mit hohem Niveau und Überzeugungskraft durchzuführen und überall ein offensives Vorgehen zu gewährleisten.“

Auf der Politbürositzung am 28. Februar 1989 erregte sich Honecker noch einmal heftig über die Sympathiebekundungen für Gorbatschow und seine Reformen in der Mitgliedschaft und schlug erneut aggressive Töne an.²⁴¹ Die SED, so mahnte er, sei ein „Kampfbund von Gleichgesinnten und nicht von Nörglern“. Wo von der Linie abgewichen werde, stifte die Führung nur Verwirrung unter den Massen. „Wir brauchen Kampfbefähigung, gute Leistungen, die überall zum Durchbruch zu bringen sind. [...] Ungenügendes Auftreten der Bezirksleitungsmitglieder in den Betrieben, in den wissenschaftlichen Einrichtungen, in den Arbeitskollektiven hilft uns nicht, Kampfpositionen für die Durchführung der Beschlüsse des Zentralkomitees zu entfalten.“²⁴² Den Anlass für den Wutausbruch Honeckers im Politbüro bildete ein Bericht einer Arbeitsgruppe des Zentralkomitees, die sowohl der Bezirksleitung als auch der Stadtleitung Dresden Untätigkeit im Vorgehen gegen Studenten der Dresdener Hochschulen vorgeworfen hatte.²⁴³

²⁴⁰ Bericht Schirmers für Hager über die Sitzung des Politbüros am 3. Januar 1989, in: SAPMO BArch DY, 30/26364. Alle folgenden Zitate ebenda.

²⁴¹ Vgl. das Protokoll Nr. 9/89 der Sitzung des Politbüros am 28. Februar 1989, in: ebenda, DY 30/J IV 2/2317.

²⁴² Aufzeichnungen des 1. Sekretärs der SED-Stadtleitung Dresden, Werner Moke, über die Rede Honeckers auf der Politbürositzung am 28. Februar 1989, in: Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.), „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994, S. 65.

²⁴³ Bericht der „Arbeitsgruppe des Zentralkomitees der SED zur Unterstützung der Arbeit der Bezirksparteiorganisation Dresden zur Verwirklichung der Beschlüsse der 7. Tagung des ZK der SED“, in: Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros am 28. Februar 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2A/3197.

Während der Faschingsveranstaltungen war es dort zu Unmutsäußerungen über die starrsinnige Ablehnung von Perestroika und Glasnost gekommen. Die SED sei nicht daran interessiert, so ereiferte sich Honecker im Politbüro, die historischen Rückstände, wie sie in anderen sozialistischen Ländern vorhanden seien, als zu erstrebenswerte Ziele auszugeben. „Die Sowjetunion heute ist in einigen Fragen die DDR von 1948. Wollt ihr dorthin zurück?“²⁴⁴ Das Auftreten Honeckers im Politbüro verdeutlichte noch einmal den letztlich vergeblichen Versuch, durch selbstgerechte Nabelschau und zur Schau gestellte Reformfeindlichkeit die anhaltenden Diskussionen in den Parteioorganisationen über die Reformbedürftigkeit der DDR zu unterbinden.

Der Beschluss des 7. ZK-Plenums vom Dezember 1988 über den Umtausch der Parteidokumente für die Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1989 dokumentierte den Willen der Parteiführung, die Disziplinierung der rund 2,3 Millionen Mitglieder und Kandidaten der SED in gewohnter Weise fortzuführen.²⁴⁵ Über persönliche Gespräche der Parteileitungen mit den Parteimitgliedern sollten deren ideologische Standfestigkeit, gerade auch in den heiklen Fragen von Glasnost und Perestroika, überprüft werden, um im Zweifelsfall mit Parteiausschlüssen und Streichungen aus der Mitgliedschaft reagieren zu können.

Ferner wurde auf der ZK-Tagung beschlossen, den XII. Parteitag der SED um ein Jahr vorzuziehen. Er wurde für den 15. bis 19. Mai 1990 einberufen. Zugleich bestätigte das Zentralkomitee Arbeitsgruppen zur Vorbereitung des Parteitages, deren Mitglieder sich inhaltlich vor allem mit der kriselnden Wirtschaft beschäftigen sollten.²⁴⁶ Als Anzeichen von Reformfreudigkeit und eines bevorstehenden Kurswechsels konnte die Bildung dieser Arbeitsgruppen keineswegs gedeutet werden, ganz im Gegenteil. Mit Kleiber, Schürer, Jarowsky und Krolkowski wurden Politbüromitglieder als Arbeitsgruppenleiter berufen, die den gescheiterten Wirtschaftskurs Honeckers zwar zähneknirschend, letztlich aber doch mitgetragen hatten. Entschieden war damit auch, dass es auf dem kommenden Parteitag keinen Führungswechsel geben werde. Somit hatten sich die Hoffnungen auf die nach dem Abgang Honeckers und seines Politbüros erhoffte Reformpolitik zerschlagen.

Vorbereitungen für den XII. Parteitag liefen bereits seit 1987 in verschiedenen gesellschaftswissenschaftlichen Institutionen von Universitäten, Hochschulen und parteieigenen Forschungseinrichtungen. Das Sekretariat des ZK hatte themenspezifische „Parteitagsstudien“ erarbeiten lassen, die für die Weiterentwicklung des Gesellschaftskonzepts der SED zur Verfügung gestellt werden sollten.²⁴⁷ Rund 100

²⁴⁴ Zitiert in Stephan, „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“, S. 67.

²⁴⁵ Vgl. die Beschlüsse der 7. ZK-Tagung vom 1./2. Dezember 1988, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/693.

²⁴⁶ Vgl. die Übersicht über Kommissionen und Arbeitsgruppen zur Vorbereitung des XII. Parteitages der SED, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 19639, Bl. 137.

²⁴⁷ Vgl. Gerd-Rüdiger Stephan, Ein „moderner Sozialismus“ für die neunziger Jahre?, in: Clemens Burrichter/Gerald Diesener (Hrsg.), Auf dem Weg zur „Produktivkraft Wissenschaft“, Leipzig 2002, S. 254–259.

Studien bzw. Teilstudien sind bis zum Sommer 1989 insbesondere an den Instituten der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED verfasst worden.²⁴⁸ Im Juni 1989 übergab Otto Reinhold, Rektor der Akademie, der ZK-Abteilung Wissenschaften die Studie „Sozialismus in den neunziger Jahren“, die als Grundlage für ein neues Parteiprogramm konzipiert war.²⁴⁹ Die Studie verblieb ganz im Rahmen der marxistisch-leninistischen Doktrin und begründete wortreich die Fortführung der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. So hieß es ganz im Sinne von Honeckers Wirtschaftskurs: „In den neunziger Jahren wird sich der Sozialismus in der DDR noch deutlicher als eine sozial gerechte und leistungsorientierte Gesellschaft entfalten. Soziale Sicherheit für alle und soziale Differenzen, die auf Leistungsunterschieden basieren, bilden dabei eine Einheit. Dabei ist das Prinzip stabiler Verbraucherpreise für Waren des Grundbedarfs, Mieten und Tarife auch in den neunziger Jahren ein zuverlässiger Ausgangspunkt für die Verbesserung des Lebensniveaus.“

Obleich der politische Kurs der SED-Führung in keiner Weise in Frage gestellt wurde, konnte man aus der Studie die weit verbreitete Unzufriedenheit über das Fehlen demokratischer Mitwirkungsrechte herauslesen. So notierten die Autoren: „Deshalb sind im Vorfeld von Entscheidungen stärker als bisher Alternativen möglicher Lösungswege zu diskutieren, ist der Öffentlichkeitsgrad von Varianten- und Problemdiskussionen zu erhöhen und damit der Prozess des Interessenausgleichs sichtbar und erlebbar zu machen. Untersuchungen unterstreichen die Demokratieerwartungen der Werktätigen gerade in dieser Beziehung. Zugleich verdeutlichen sie, dass die Demokratieerfahrungen wesentlich hinter den Erwartungen zurückbleiben.“ Im Anschluss an dieses Eingeständnis versuchten die Autoren jedoch gleich wieder den Eindruck zu vermeiden, es handele sich um ein systemspezifisches Strukturproblem, das mit den herkömmlichen Mechanismen nicht gelöst werden könne: „Dieser Widerspruch ist keine Frage von Strukturdefiziten. In den Volksvertretungen, in den Arbeitskollektiven, in den Territorien sowie in den politischen Organisationen existieren vielfältige Gremien zur Entscheidungsvorbereitung in Sinne der Austragung von spezifischen Interessen.“ Damit war klar, dass die marxistisch-leninistischen Maximen, die keine wie auch immer geartete politische Opposition zuließen, auch im „Sozialismus der neunziger Jahre“ weiterhin uneingeschränkt gelten sollten. Das schloss die vehemente Verteidigung des „demokratischen Zentralismus“ als Organisationsprinzip von Partei und Gesellschaft ein: „Auffassungen kann nicht zugestimmt werden, wonach sich im Voranschreiten der sozialistischen Gesellschaft ein Prozess des Abrückens vom Zentralismus und der Hinwendung zur Demokratie in Gestalt einer einseitigen Dezentralisierung vollziehen müsse.“ Die in der Studie erwähnten Defizite, so lautete das Fazit, gelte es innerhalb des ordnungspolitischen Systems

²⁴⁸ Vgl. Kowalczyk, Endspiel, S. 312.

²⁴⁹ Vgl. die Studie der Akademie für Gesellschaftswissenschaften „Sozialismus in den 90er Jahren“, in: Archiv BStU, MfS SED-KL 561, Bl. 1-77. Alle folgenden Zitate ebenda.

auszugleichen. Erwartungsgemäß wurde an den in der Partei herrschenden Dogmen nicht gerüttelt.

Etwa zur gleichen Zeit legte eine Gruppe von Gesellschaftswissenschaftlern der Berliner Humboldt-Universität Thesen für einen „modernen Sozialismus“ vor, die Ergebnisse des 1987 von Michael Brie initiierten „Sozialismusprojekts“ an der Humboldt-Universität präsentierten und die im zentralen Parteiapparat für Aufsehen und Unruhe sorgten.²⁵⁰ Denn die Autoren des Papiers, die sich im weiteren Sinne als „Reformsozialisten“ innerhalb der SED verstanden und die im Herbst 1989 engagiert für politische Veränderungen in der DDR eintraten, beschrieben die Herausforderungen ökonomischer, politischer, sozialer und kultureller Wandlungen, deren Bewältigung sie für die DDR zu einer Existenzfrage erklärten.²⁵¹ Die Studie des Forschungsprojekts „Moderner Sozialismus“ enthielt Vorschläge zur Um- und Neubildung des politischen Systems, die den Gedanken des Rechtsstaates und den politischen Pluralismus in einer Weise betonten, die bei orthodoxen Marxisten-Leninisten in der Parteizentrale, aber auch an den gesellschaftswissenschaftlichen Parteiinstituten, im Sommer 1989 auf vehemente Ablehnung stießen. Die Verfasser der Studie, zu der u. a. Michael Brie, Dieter Segert und Rainer Land gehörten, forderten politische Reformen in verschiedenen Bereichen: im Verhältnis von Staat und SED, beim Wahlrecht, in der Justiz, in der Frage der Menschenrechte und bei den regionalen staatlichen Verwaltungen.²⁵² Eine Verfassungsreform sollte insbesondere dem Prinzip der Gewaltenteilung Geltung verschaffen.

Gewiss kann die seit 1987 an der Humboldt-Universität zu Berlin im Forschungsprojekt „Moderner Sozialismus“ wirkende Gruppe von SED-Gesellschaftswissenschaftlern nicht als innerparteiliche Opposition eingestuft werden. Die Autoren der Studie über den „modernen Sozialismus“, die im Sommer 1989 der ZK-Abteilung Wissenschaften zur Information vorlag, betrachteten die „führende Rolle der Partei“, das „sozialistische Volkseigentum“ sowie die zentrale staatliche Planung als Prinzipien, auf die auch in einem reformierten Sozialismus nicht verzichtet werden sollte. Als Orientierung diente die sowjetische Politik von Glasnost und Perestroika. Wenngleich oppositionellen Kräften mehr politischer Spielraum gewährt werden sollte, bedeutete dies noch keine radikale Abkehr von dem bis dahin gültigen Gesellschaftskonzept. Absicht war es, der SED politische Legitimität zu verschaffen, um sich an die Spitze des erwarteten gesellschaftlichen Umbruchs stellen zu können. Die Ergebnisse der Sozialismus-Studie flossen dann in verschiedene Reformüberlegungen ein, die seit November 1989 unter dem Begriff „Dritter Weg“ die Programmatik der SED/PDS maßgeblich beeinflussten.²⁵³

²⁵⁰ Vgl. Dieter Segert, *Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR*, Köln/Weimar 2008, S. 61.

²⁵¹ Vgl. Michal Brie/Rainer Land/Hannelore Petsch/Dieter Segert/Rosemarie Will, *Studien zur Gesellschaftsstrategie (Forschungsprojekt Moderner Sozialismus)*, Berlin 1989.

²⁵² Vgl. ebenda, S. 76f.

²⁵³ Vgl. Gero Neugebauer, *Von der SED zur PDS und Linkspartei*, in: Jens Gieseke/Hermann Wentker (Hrsg.), *Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme*, Berlin 2011, S. 239f.

Während die Führung um Honecker ihre Reformfeindlichkeit deutlich herausstellte, wuchs unter Funktionären der unteren Parteiebenen die Hoffnungslosigkeit und Resignation. Angesichts der innenpolitischen Stagnation und der selbstgerechten Nabelschau der Führung schien es nun keinen Ausweg mehr aus dem schier unübersehbaren Wirrwarr der Probleme zu geben. Beispielhaft für die Situation in den Kreisverbänden der Partei ist eine Schilderung von Rudolf Ortner, politischer Mitarbeiter in der ZK-Abteilung Parteiorgane, über seine Gespräche mit den 1. Kreissekretären der SED im Bezirk Erfurt. Ortner äußerte sich darüber in einem vertraulichen Gespräch mit IM „Renn“ im Februar 1988, über das dieser seinem Führungsoffizier wie folgt berichtete:

„Objektive, aber mehr noch subjektive Mängel und Fehler wie mangelnde Verantwortung, Gleichgültigkeit und Abschieberei sowie fehlende Kompetenz, so habe er kürzlich bei einem Kontrollbesuch in den Parteiorganisationen des Bezirkes Erfurt festgestellt, hinderten die Partei oft an der allseitigen und konsequenten Verwirklichung ihrer eigenen Beschlüsse. Dabei komme es mitunter auch zu inneren Widersprüchen und manchmal tragischen Situationen bei Parteikadern, wenn ihre subjektiven Anstrengungen, ihr Wollen und ihr bewusster Einsatz nicht zu den erhofften oder geplanten Ergebnissen führen, weil ihnen Hindernisse wie z. B. Materialmängel, Zulieferungsprobleme im Wege stehen, die sie ebensowenig selbst wegräumen können wie Subjektivismus und Bürokratie auf höherer Leitungsebene. Gen. Ortner bezog sich dabei auf den Kreissekretär der SED von Nordhausen, einen erfahrenen und ehrlichen Genossen, wie er sagte, der ihm seine persönliche Situation so geschildert habe: Ich schlafe nicht mehr, laufe nachts wie im Fieber umher und schreibe Briefe an den Genossen Honecker, die ich aber wieder vernichte. Was wird sein, wenn nicht er, sondern ein anderer in der Partei meinen Brief erhält? Da bin ich politisch wie menschlich erledigt. Aber niemand will meine Probleme im Kreis hören oder damit zu tun haben.“²⁵⁴

Die Schilderungen des ZK-Mitarbeiters über seine deprimierenden Eindrücke vom seelischen Zustand des 1. Kreissekretärs von Nordhausen im Bezirk Erfurt sind vergleichbar mit den damaligen Beschreibungen Landolf Scherzers.²⁵⁵ Scherzer hatte im November 1986 den 1. Sekretär der SED-Kreisleitung von Bad Salzungen im Bezirk Suhl vier Wochen lang begleitet und dabei vor allem die Überforderung der lokalen Funktionäre angesichts zunehmender Schwierigkeiten dargestellt. Scherzer beschreibt die Arbeit eines umtriebigen Funktionärs, der trotzig an der Illusion festhält, strukturelle Defizite der volkseigenen Betriebe durch persönliches Engagement ausgleichen zu können. Das Buch erschien 1988 und galt als außergewöhnliches Beispiel für Glasnost, denn bis dahin hatte es noch nie eine glaubwürdige Innenansicht aus dem Parteiapparat gegeben. Wenn gleich man damals in der üblichen Weise viel zwischen den Zeilen herauslesen

²⁵⁴ Bericht von IM „Renn“ vom 25. Februar 1988, in: Archiv BStU, MfS AIM 15396/89, Bd. 19, Bl. 303.

²⁵⁵ Vgl. Landolf Scherzer, *Der Erste*, Rudolstadt 1988.

musste, so dokumentiert diese Reportage auch – gewiss ungewollt – die beginnende Auflösung der Machtstrukturen im SED-Staat.

Das Unvermögen, die anwachsenden ökonomischen Probleme lösen und auf die bestehenden Missstände reagieren zu können, erschütterte unter Funktionären in den regionalen Herrschaftsapparaten den Glauben an die Lebensfähigkeit des planwirtschaftlichen Systems. In den Kreis- und Bezirksleitungen der Partei erhärtete sich zudem die Gewissheit, dass die SED unter Honecker nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern auch im Hinblick auf die Gesellschaftspolitik einen verhängnisvollen Weg eingeschlagen hatte. Die internen Informationsberichte des MfS offenbarten, wie rasant die Demoralisierung der politischen Eliten in den 1980er Jahren voranschritt. Der herkömmliche Herrschaftsalltag konnte innerhalb der Partei nur noch mit Hinweisen auf die geltende Parteidisziplin oder aus Angst vor Ablösung aus der Funktion aufrechterhalten werden. Während nach außen hin die Fassade von politischer und ökonomischer Stabilität noch bis weit in die 1980er Jahre bewahrt werden konnte, forcierte die starrsinnige Reformverweigerung der Führung die innere Erosion im Herrschaftsgefüge der SED.

VI. Die vergebliche Suche des Politbüros nach Auswegen aus Krise

1. Das Schwinden der Handlungsspielräume

Seit Mitte der 1980er Jahre hatte sich die latente Wirtschaftskrise wieder so weit verschärft, dass die anvisierten wirtschaftlichen Leistungssteigerungen nur durch statistische Tricks verbucht werden konnten. Da sich die Wirtschaft der DDR weit ungünstiger entwickelte als erhofft und weil sich die internationalen ökonomischen Rahmenbedingungen weiter verschlechterten, schwand für das Politbüro der ökonomische Handlungsspielraum rapide.¹ Insgesamt blieben die internen Ankündigungen, die Sozialpolitik sowie die Verbesserung der Lebensbedingungen würden künftig stärker mit dem Leistungsprinzip gekoppelt, bloße Makulatur.² Die zusätzlichen Kosten für ausbleibende Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion und aus Polen sowie für spürbare Leistungseinbrüche in der Exportwirtschaft sprengten die ursprünglichen Kalkulationsgrundlagen des Fünfjahrplanes 1981 bis 1985. Hinzu kamen die enormen Kosten für die „Heizölablösung“ in der DDR-Binnenwirtschaft, d. h. die Rückkehr zur Verfeuerung von Rohbraunkohle, um das aus der Sowjetunion bezogene Erdöl so weit wie möglich als Ausgangsprodukt für Exporte in den Westen einsetzen zu können. Etwa ein Drittel des sowjetischen Erdöls diente als Rohstoff für den Export von Vergaser- und Dieselmotorkraftstoffen in den Westen. Für die Umstellung von Öl auf Kohle mussten 15 Mrd. DDR-Mark investiert werden³ – eine Ausgabe, die lediglich auf die Devisenerwirtschaftung orientiert und mit der kein Leistungs- und Effektivitätszuwachs für die DDR-Wirtschaft verbunden war.

Unter den Experten in der SPK, aber auch in der ZK-Abteilung Planung und Finanzen, bestand seit Anfang der 1980er Jahre Einigkeit darüber, dass Schuldentilgung und Zinszahlungen die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume zunehmend einengten. Dauerhafte Exportüberschüsse konnten angesichts schwindender internationaler Konkurrenzfähigkeit und ausbleibender Investitionen in

¹ Vgl. André Steiner, *Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR*, München 2004, S. 209; Klaus Krakat, *Probleme der DDR-Industrie im letzten Fünfjahrplanzeitraum (1986–1989/1990)*, in: *Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren*, hrsg. v. Eberhard Kuhrt in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig, Opladen 1996, S. 137–176.

² Vgl. Peter Skyba, *Sozialpolitik als Herrschaftssicherung. Entscheidungsprozesse und Folgen in der DDR der siebziger Jahre*, in: Clemens Vollnhals/Jürgen Weber (Hrsg.), *Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur*, München 2002, S. 62f.

³ Vgl. Jörg Roesler, *Zur Geschichte der beiden deutschen Staaten von 1945 bis 1990 mit dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung*, in: Clemens Burrichter/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.), *Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik. Ein Handbuch*, Berlin 2006, S. 110.

die Modernisierung der Wirtschaft nicht mehr realisiert werden.⁴ Unter dem Eindruck ausgereizter ökonomischer Handlungsspielräume sah jetzt auch Günter Mittag dringenden Handlungsbedarf. Daher lud er führende Wirtschaftsfunktionäre zum 26. März 1987 in sein Büro, um über eine grundsätzliche Lösung des Schuldenproblems zu beraten. Anwesend waren neben Mittag Planungschef Schürer, Abteilungsleiter Ehrensperger, Außenwirtschaftsminister Beil, Ko-Ko-Chef Schalck, die stellvertretende Finanzministerin Herta König sowie die Abteilungsleiter der SPK Peter Grabley und Siegfried Wenzel. Mittag leitete die Zusammenkunft mit dem bemerkenswerten Eingeständnis ein, dass die Verschuldung mit nahezu 34 Mrd. Valutamark (VM) eine bedrohliche Größenordnung angenommen habe: „Ich sage das ganz offen, mit dieser Zahlungsbilanz gehen wir einen abschüssigen Weg. Wenn wir diesen Weg nicht stoppen, wird er nicht zu beherrschen sein. Es entwickelt sich eine Dynamik im negativen Sinne, vor der man die Augen nicht verschließen darf. Die objektive Lage ist so, wenn wir hier keinen Ausweg zeigen oder gehen, fügen wir der Partei einen Schaden zu. Es geht nicht darum, eine Woche oder einen Monat über die Runden zu kommen. Es geht darum, dass wir der Partei einen solchen Weg der abschüssigen Entwicklung nicht vorschlagen dürfen.“⁵

Schürer teilte „die Sorge und die Meinung, dass wir eine Wende erreichen müssen“. Eine Lösung, die im Politbüro akzeptiert werden würde, sehe er allerdings nicht. Eine Leistungssteigerung, die die politische Führung seit 1971 unablässig propagierte, hielt er für unrealistisch. „Das Problem, wie ich es sehe, ist, dass wir bei den hohen Leistungen, die nicht weiter ausdehnbar sind, keinen gangbaren Weg für die Zahlungsbilanz gefunden haben.“ Ehrensperger schätzte die Lage ähnlich ein: „Die Lage ist so, wie das hier dargelegt worden ist, z. B. die Einschätzung, dass die bisherigen Vorstellungen des Planes 1988 leistungsmäßig das Maximum ist. Von dieser Seite aus ist keine Änderung der Situation zu erwarten. Die 1986 und 1987 eingetretene Erhöhung des Sockels entgegen den strategisch getroffenen Festlegungen wird nicht beherrscht. Das Ausmaß der tatsächlich eingetretenen Veränderungen ist nicht genügend bekannt. Deshalb werden daraus ungenügende Schlussfolgerungen gezogen.“

Den Vorschlag Schürers, dem Generalsekretär die schier ausweglose Lage ohne Umschweife zu schildern und ihm die deprimierende Zahlungsbilanz vorzulegen, ohne mit einer Lösung aufwarten zu können, hielt der ZK-Abteilungsleiter jedoch für undenkbar. „Nach der Darstellung, wie sie jetzt vom Genossen Schürer gegeben wurde, halte ich es für schwer möglich, damit zum Generalsekretär zu gehen. Man muss jetzt erst einmal die Möglichkeiten klarstellen, die für die nächsten Jahre real vorhanden sind und die Gedanken entwickeln, wie das geän-

⁴ Vgl. Ralf Ahrens, Außenwirtschaft in der Schuldenfalle, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90*. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009, S. 108.

⁵ Niederschrift über eine Beratung bei Günter Mittag am 26. März 1987, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 16068, Bl. 156. Alle folgenden Zitate ebenda.

dert werden muss.“ Auch Mittag hielt nicht viel davon, mit den bedrückenden Zahlen zu Honecker zu gehen. „Genosse Mittag verwies darauf, dass man den Generalsekretär damit nicht von einem Tag auf den andern überraschen kann. Mündlichen Darlegungen von dieser Tragweite kann man ohne schriftliches Material im Politbüro nicht folgen. Man würde sagen, dass man das nicht kenne und würde den Auftrag erhalten, die Schularbeiten noch einmal zu machen. [...] Einen mündlichen Vortrag von einer halben Stunde kann niemand verkraften. Wichtig ist, dass Lösungsvorschläge gemacht werden, über die man sich verständigen muss. Zur Zeit wird verteilt und verteilt, als wenn sich an der Situation nichts geändert hätte. Die ganze Welt spart, aber wir tun so, als ob alles so weitergehen könne. Im nächsten Jahr werden wir nicht einmal mehr 2 Mrd. VM Exportüberschuss haben, sondern bald 5 Mrd. Minus.“

Mittag stimmte dem von Schürer bereits seit vielen Jahren unterbreiteten Vorschlag zu, die exportträchtigen Industriezweige stärker zu fördern. Zur Herstellung konkurrenzfähiger Produkte für den Export waren mehr Investitionsmittel erforderlich, diese wurden jedoch vor allem in die Konsumgüterproduktion geleitet. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Situation war bei Mittag offenbar die Einsicht gereift, dass für die Modernisierung der Industrieanlagen und der Infrastruktur erheblich mehr Mittel bereitgestellt werden mussten, wenn die DDR-Ökonomie ihre Zukunftsfähigkeit nicht völlig einbüßen sollte. Wieder einmal griff das Politbüro zum Mittel der Umverteilung und Kürzung der Investitionen. Die Veränderung eines Parameters konnte allerdings nur zu Lasten eines anderen vorgenommen werden. Nach den gravierenden Einschnitten bei den Ausgaben für Wissenschaft und Technik in den 1970er Jahren befürwortete Honecker erneut Einsparungen im Wissenschaftssektor. Zwar konnte das seit 1986 noch einmal intensivierte Programm zum Ausbau der Mikroelektronik⁶, für das allein von 1986 bis 1989 rund 14 Mrd. Mark für Forschung und Entwicklung sowie 15,5 Mrd. Mark für direkte Industrieinvestitionen bereitgestellt wurden⁷, zur allgemeinen Wissenschaftsförderung gerechnet werden, doch dafür wurden andere wissenschaftliche Bereiche stark vernachlässigt. Der Großteil der Investitionen kam drei Industriekombinaten zugute: Carl Zeiss Jena, Mikroelektronik Erfurt und Robotron Dresden.⁸ Gerade diese Investitionsvorhaben waren überwiegend extensiv und banden bedeutende Forschungs- und Entwicklungskapazitäten. Die akademische Forschung einschließlich der naturwissenschaftlich-medizinischen

⁶ Vgl. den Beschluss des Politbüros über die „Entwicklung weiterer Kapazitäten für die Forschung und Entwicklung der Mikroelektronik in den Kombinaten VEB Carl Zeiss Jena und VEB Kombinat Mikroelektronik, in: Protokoll Nr. 6/86 der Sitzung des Politbüros am 11. Februar 1986, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2153.

⁷ Zahlen nach: Harry Pollei, Kombinat Mikroelektronik Erfurt. Jäher Aufstieg und Fall ins Bodenlose, in: Kombinate. Was aus ihnen geworden ist. Reportagen aus den neuen Ländern, Berlin/München 1993, S. 320.

⁸ Vgl. Olaf Klenke, Ist die DDR an der Globalisierung gescheitert? Autarke Wirtschaftspolitik versus internationale Weltwirtschaft – am Beispiel der Mikroelektronik, Frankfurt (M.) 2001, S. 84.

Grundlagenforschung an den Universitäten und Hochschulen ging weitgehend leer aus und musste sogar Einbußen hinnehmen.⁹

Kurt Hager, im Politbüro und im ZK-Sekretariat für diesen Bereich zuständig, konnte auf der Sitzung des Politbüros am 21. April 1987 seinen Ärger über die neuerliche Sparrunde für die Akademie der Wissenschaften und für die Hochschulen nicht verbergen. Zum Entwurf der „staatlichen Aufgaben“ für das Jahr 1988 erklärte er: „Auf Seite 18 sei dargelegt, dass für Wissenschaft und Technik insgesamt 13,8 Mrd. M zur Verfügung gestellt würden. Im Staatshaushalt sei ausgewiesen, dass für die Akademie und die Hochschulforschung 900 Mio. M aufgewendet würden. Seines Erachtens müsse man überprüfen, ob dieser Aufwand in bezug auf Akademie und Hochschulwesen im Verhältnis zum Gesamtaufwand in Ordnung ist. In vielen Forschungseinrichtungen der Akademie und des Hochschulwesens sei die Ausstattung wesentlich veraltet. Es könne natürlich keine moderne Forschung zustande kommen mit einer rückständigen Ausstattung. Diese Fragen der Modernisierung der Ausrüstungen und Ausstattung für die Forschung in der Akademie und im Hochschulwesen sollte in geeigneter Weise gesondert untersucht werden.“¹⁰

In dem Einwurf Hagers kam der Unmut über die von Mittag und Honecker seit Anfang der 1980er Jahre getroffenen wirtschaftspolitischen Entscheidungen zum Ausdruck, die Entwicklung der Konsumtion beizubehalten, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung hingegen zu kürzen, was fatale Folgen für die Wirtschaft der DDR hatte. Das betraf insbesondere die Investitionen für moderne Forschungstechnik, während die Bauinvestitionen im Wissenschaftssektor nach Jahren des Rückgangs im Laufe der 1980er Jahre wieder anstiegen.¹¹ Der sowohl durch volkswirtschaftliche Missstände als auch durch das westliche Embargo (COCOM-Bestimmungen) hervorgerufene Mangel an hochwertiger Forschungstechnik fiel umso schwerer ins Gewicht, als es sich dabei gerade um wissenschaftliche Geräte und Ausrüstungen handelte, die für eine industrienahe Forschung nötig waren. Die technische Basis der naturwissenschaftlichen und medizinischen Forschung konnte mit den internationalen Standards nicht mehr Schritt halten. Nunmehr wurde deutlich spürbar, dass Honeckers Konzept der Einheit von Wirt-

⁹ Vgl. Johannes Abele, *Modernisierung der Industriegesellschaft. Hochschulpolitik in der DDR*, in: Thomas Hänseroth (Hrsg.), *Wissenschaft und Technik. Studien zur Geschichte der TU Dresden*, Köln 2003, S. 171–187.

¹⁰ Niederschrift über die Beratung des Politbüros zum Entwurf der staatlichen Aufgaben 1988 vom 21. April 1987, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 16068, Bl. 148.

¹¹ Vgl. Andreas Malycha, *Wissenschaft und Politik in der DDR 1945 bis 1990. Ansätze zu einer Gesamtsicht*, in: *Deutschland Archiv* 38 (2005), S. 657 f.; Eckart Förtsch, *Wissenschafts- und Technologiepolitik in der DDR*, in: Dieter Hoffmann/Kristie Macrakis (Hrsg.), *Naturwissenschaft und Technik in der DDR*, Berlin 1997, S. 17–33; Agnes Charlotte Tandler, *Visionen einer sozialistischen Großforschung in der DDR 1968–1971*, in: Gerhard A. Ritter/Margit Szöllosi-Janze/Helmuth Trischler (Hrsg.), *Antworten auf die amerikanische Herausforderung. Forschung in der Bundesrepublik und der DDR in den „langen“ siebziger Jahren*, Frankfurt (M.)/New York 1999, S. 361–375.

schafts- und Sozialpolitik sich mit einer innovativen Eigendynamik in Wissenschaft, Technik und Wirtschaft schwerlich vereinbaren ließ.¹²

In der gesamten Honecker-Ära war die in den Wirtschaftsplänen verankerte Mittelvergabe auf sogenannte entwicklungsbestimmende Schwerpunkte konzentriert. Im Investitionsschwerpunkt Chemie beispielsweise sollten Technologien zur Verwertung der einheimischen Braunkohle sowie petrochemischer Produkte entwickelt werden. Neben dem schon seit den 1960er Jahren auf der Prioritätenliste stehenden Maschinenbau, der Optik und Elektroindustrie wurde schon in den 1970er Jahren die Mikroelektronik als Forschungs- und Produktionsfeld gefördert.¹³ Zur Lösung des in der DDR besonders dringlichen Energieproblems sollten Forschung und Technik neue Energiequellen und Verfahren der Energieumwandlung, -übertragung und -einsparung erschließen. Wirtschaftspolitische Maximen der 1970er Jahre waren: Mechanisierung; Automatisierung; Übergang zur Großserienfertigung in der Industrie; Verkürzung der Projektierungs- und Entwicklungszeiten für neue Produkte und Herstellungsverfahren; Herstellung von Rationalisierungsmitteln.¹⁴ Angesichts stetig steigender Kosten bei der Entwicklung von Spitzentechnologien und der damit verbundenen Grundlagenforschung sowie auch des technologischen Rückstands gegenüber den westlichen Industriestaaten konnte der erhoffte Modernisierungsschub selbst in ausgewählten Schwerpunkten nicht erreicht werden.

In den 1980er Jahren hatte es aus den Reihen der Wissenschaft durchaus Vorschläge zu Korrekturen der herrschenden Ressourcenverteilung gegeben. So trafen im Büro Hager zahlreiche Vorschläge für die Erarbeitung eines neuen Staatsplanes der Grundlagenforschung ein, die der Vernachlässigung der Grundlagenforschung ein Ende bereiten sollten.¹⁵ Ferner forderte die Akademie der Wissenschaften mehr Eigenverantwortung für die Forschung und die Wissenschaftler selbst.¹⁶ Nicht wenige Wissenschaftler beklagten sich bei übergeordneten Parteigremien lautstark über unsinnige lange Planvorläufe und Eingriffe aus den volkseigenen Betrieben in laufende und geplante Forschungsvorhaben. Seit Anfang der 1980er Jahre häuften sich zudem die Beschwerden über die mangelnden oder hoffnungslos veralteten technischen Ausrüstungen. Immerhin führten diese Appelle in der ZK-Abteilung Wissenschaften zu authentischen Problembeschreibungen.

¹² Vgl. Harry Maier, Die Innovationsträgheit der Planwirtschaft in der DDR, in: Deutschland Archiv 26 (1993), S. 813 f.; Manuel Schramm, Wirtschaft und Wissenschaft in DDR und BRD. Die Kategorie Vertrauen in Innovationsprozessen, Köln 2008.

¹³ Vgl. André Steiner, Die DDR-Volkswirtschaft am Ende, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), Revolution und Vereinigung 1989/90, S. 115 f.

¹⁴ Vgl. Hubert Laitko, Produktivkraftentwicklung und Wissenschaft in der DDR, in: Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000, S. 475–540.

¹⁵ Vgl. die Berichte aus der Akademie der Wissenschaften in den Jahren 1985 bis 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/26367.

¹⁶ Vgl. Peter Nötzold, Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin in Gesellschaft und Politik. Gelehrtenegesellschaft und Großorganisation außeruniversitärer Forschung 1946–1972, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990, Berlin 2002, S. 39–80.

gen, die ZK-Sekretär Hager immer wieder in Politbürositzungen zu Interventionen gegen die Vernachlässigung der Wissenschaft im Staatshaushaltsplan veranlassten.

Beispielhaft dafür ist die Beratung im Politbüro am 28. Juni 1988. Da infolge knapper werdender Investitionsmittel erneut Kürzungen der Ausgaben für Wissenschaft und Technik drohten, wehrte sich Hager als zuständiger ZK-Sekretär in bislang ungewohnter Weise gegen weitere finanzielle Zumutungen in seinem Ressort: „Ich weiß aber aus dem Gespräch mit dem Präsidenten der Akademie der Wissenschaften, dass eine Kürzung der Investitionsmittel sowohl für Bau, aber insbesondere für Ausrüstungen der Akademie vorgesehen ist. Das sind meist Investitionen, die gemeinsam mit den Kombinatenvorgesehen sind (Genosse Hager nannte Beispiele wie Optoelektronik). Das sind 20 Investitionsvorhaben im Jahre 1989, davon sind 18 Fortführungsvorhaben und 15 Vorhaben, die 1989 fertiggestellt werden sollen. Was die Ausrüstungen in vielen Akademieinstituten betrifft, so sind wir nicht auf dem modernsten Stand. Und nun werden Ausrüstungen weiter gekürzt. Da hört mein Verständnis auf! Warum knabbert man an der Akademie der Wissenschaften herum? Ich bin der Meinung, dass man bei den weiteren Überlegungen diese Frage noch einmal gründlich durcharbeiten sollte. Was wird eigentlich aus der Modernisierung unserer Forschungseinrichtungen selbst?“¹⁷ Eine weitere Vernachlässigung der Wissenschaft wäre Hager zufolge für die DDR verhängnisvoll. Es könne nicht nur darum gehen, was man von der Wissenschaft erwarte, sondern auch darum, ob die Wissenschaft aufgrund ihrer materiellen Ausstattung überhaupt in der Lage sei, die gewünschten Ergebnisse zu liefern.

Mittag begründete die finanziellen Einschnitte in der Wissenschaftsförderung mit notwendig gewordenen Umverteilungen. Seiner Ansicht nach waren bedeutende Strukturveränderungen in der Wirtschaft nötig, die sich aus internationalen Erfordernissen ergäben. Dazu gehöre nun einmal die Mikroelektronik als Schlüsseltechnologie. Mit deren Hilfe könnte die Devisenrentabilität einheimischer Produkte bedeutend erhöht werden, denn die Zahlungsbilanz gegenüber dem westlichen Ausland verschlechtere sich dramatisch. Doch die Rechnung des Wirtschaftssekretärs ging nicht auf. Die gesamtwirtschaftliche Produktivitätssteigerung, die mit der extensiven Förderung der Mikroelektronik erreicht werden sollte, blieb aus. Mikroelektronik und Robotertechnologie kamen eben nicht in allen Zweigen der Volkswirtschaft, sondern nur als „Insellösungen“ zur Anwendung, während weite Teile der DDR-Wirtschaft regelrecht verfielen.¹⁸ Die eigentlichen Exportschlager blieben auch in den 1980er Jahren Halbfertigerzeugnisse

¹⁷ Niederschrift Klopfers über die Beratung im Politbüro am 28. Juni 1988, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 24/2 Js 6/90, HA, Bd. 207.

¹⁸ Vgl. Siegfried Kupper, Ziele und Folgen des zentral gelenkten sektoralen und regionalen Strukturwandels in der DDR-Planwirtschaft, in: Die Endzeit der DDR-Wirtschaft, S. 135f.; Hans-Jürgen Wagener, Zur Innovationsschwäche der DDR-Wirtschaft, in: Johannes Bär/Dietmar Petzina (Hrsg.), Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen, Berlin 1996, S. 21–48.

und vor allem Erdölprodukte. Die Absicht, die mit mikroelektronischen Schaltungen aus DDR-Produktion ausgestatteten Maschinenbauerzeugnisse mit hohen Devisenerlösen zu exportieren, scheiterte an einer überforderten nationalen Ökonomie, die ihre Entwicklung zum überwiegenden Teil innerhalb der eigenen Volkswirtschaft organisierte und damit nur sehr begrenzt innovationsfähig war. Entgegen allen Ankündigungen mussten bis Ende 1989 in 80 Prozent der Werkzeugmaschinen noch immer mikroelektronische Steuerungen westlicher Herkunft eingebaut werden.¹⁹

Wenn nicht nur die Beschlussprotokolle der Politbürositzungen, sondern auch die Notizen der anwesenden Wirtschaftsfunktionäre betrachtet werden, so wird sichtbar, dass die ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED permanent thematisiert wurden. In den Beratungen des Jahres 1987 kam die miserable Wirtschaftslage nahezu wöchentlich zur Sprache. Dabei etablierte sich ein Szenario, bei dem der Wirtschaftssekretär sich stets in der Rolle des energischen Krisenmanagers präsentierte. Das Benennen von wirtschaftlichen Fehlentwicklungen durch Mittag entwickelte sich geradezu zum Ritual. Dass er dabei oft mit der ihm eigenen ruppigen Sprache dem wirklichen Zustand sehr nahe kam, demonstrierten seine einleitenden Bemerkungen zur Politbürositzung am 17. August 1987, als die Rückstände im Wohnungsbau, insbesondere im Bezirk Leipzig, erklärt werden mussten. Zum beklagenswerten Zustand der Leipziger Altbauten bemerkte er zutreffend: „Wenn man nach Leipzig reinfährt, dann befinden sich manche Häuser noch in einem Zustand wie in den letzten Tagen des 2. Weltkrieges.“²⁰ Die Schuld an diesen Verhältnissen schob Mittag, wie immer in derartigen Fällen, dem örtlichen Baukombinat und der Leipziger Bezirksleitung zu, die die vorhandenen Mittel im Bauwesen seiner Ansicht nach falsch einsetzten.

Auch der SED-Chef schien sich ernsthafte Sorgen über den Zustand der Wirtschaft zu machen, denn die erheblichen Rückstände der Betriebe bei der Erfüllung des Staatsplanes nahm er durchaus zur Kenntnis. Angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage fordert er am 17. August 1987 im Politbüro nicht zum ersten Mal dazu auf, den „Dingen auf den Grund zu gehen. Das ist der Weg der Anarchie und nicht der Planwirtschaft. Das gilt sowohl für Fragen der Planerfüllung, der Kostenentwicklung und der Erfüllung des Planes 1987 als Grundlage für den Plan 1988.“ Honecker listete im Politbüro die Rückstände auf, die er auf eine eklatante Misswirtschaft vor Ort und falsche Prioritäten zurückführte. Auch ihm war aufgefallen, dass der bauliche Zustand der Wohnhäuser arg gelitten hatte. „Ich habe in verschiedenen Ländern gesehen, dass die kleinen Städte und auch in den Dörfern die Häuser zumindest von außen besser in Ordnung sind als bei uns. Dort herrscht oftmals eine größere Sauberkeit.“ Seiner Ansicht nach werde viel

¹⁹ Vgl. Olaf Klenke, Kampfauftrag Mikrochip. Rationalisierung und sozialer Konflikt in der DDR, Hamburg 2008, S. 49.

²⁰ Niederschrift von Siegfried Wenzel über die Beratung des Politbüros der SED zur weiteren Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1987 am 19. August 1987, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 16069, Bl. 69. Alle folgenden Zitate ebenda.

zu viel in den Denkmalschutz investiert, so dass die Wohnhäuser in den Innenstädten zunehmend verfielen. „Wir haben eine richtige Sucht, irgendein Schloss zu finden, das man ausbaut und möglichst vergoldet.“ Es müsse mit jedem Pfennig gerechnet werden, erklärte er den Politbüromitgliedern, denn: „Wir leben im ganzen über unsere Verhältnisse.“

Als besorgniserregend bezeichnete Honecker die Anhäufung der Auslandsschulden, die im laufenden Jahr erneut um 2 Mrd. VM angewachsen seien. „Diese Entwicklung muss man von der DDR abwenden. Die DDR hat wirklich die entscheidenden Dinge in die Hand genommen. Aber wir können uns auf solche leichtfertigen Entscheidungen nicht einlassen. Da nützt auch kein begeisterndes Referat. [...] Selbstzufriedenheit können wir nicht gebrauchen.“ Wenn weiterhin Erzeugnisse mit geringen Devisen-Erlösen exportiert werden, so warnte Honecker, „werfen wir unser Nationaleinkommen zum Fenster hinaus“. Das waren bemerkenswerte Eingeständnisse des Generalsekretärs, die jedoch nicht zu Korrekturen an der Wirtschafts- und Investitionspolitik führten.

Auch über das parteiinterne Berichtswesen machte sich Honecker offenbar keine großen Illusionen. „Es besteht eine Kunst des Verschweigens vor dem Politbüro. Das ist unter aller Würde.“ Das hätten ihm die frisierten Berichte über das Leipziger Turn- und Sportfest (27. Juli–2. August 1987) gezeigt. „Bei der Ankunft der Berliner Delegation im Leipziger Zentralstadion wurde gepfiffen. Das stand in keinem Bericht.“ Dies zeige, dass „in der Republik“ die Meinung herrsche, alles werde nur nach Berlin gegeben. Diesem Eindruck müsse man mit politischer Aufklärung entgegentreten, denn das Berlin-Programm habe nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische Dimension. „Für eine Berlinfeindlichkeit gibt es überhaupt keine Grundlage. Genossen, die so diskutieren, wissen nicht, welchen harten Kampf die Imperialisten um Berlin führen, warum Reagan vor dem Brandenburger Tor auftrat. Diesen Kampf um Berlin gibt es seit 1945. In einer Zeit, wo pro Jahr 210 000 Wohnungen neugebaut und rekonstruiert werden, sind 30 000 für Berlin nicht zu viel. Ich will nicht über Moskau und Warschau sprechen. Aber z. B. sind die Franzosen stolz auf ihr Paris. Die Bürger unserer Republik müssen stolz sein auf Berlin.“

Darüber hinaus warnte Honecker eindringlich davor, Sparmaßnahmen auf Kosten der Versorgung der Bevölkerung zu beschließen. Seinem allgemeinen Eindruck nach würden die Bezirke in den Fragen der Versorgung ihrer Verantwortung nicht gerecht. „Er denke nicht an Bananen, aber er denke an Gemüse und andere Dinge des Grundbedarfs. [...] Zum Schluss ist es so, dass Genosse Schalck das Notwendige am Jahresende heranfliegt, wenn wir uns nicht rechtzeitig darauf einstellen.“ Damit gab der SED-Chef den Politbüromitgliedern zu verstehen, dass er die wahren Probleme zumindest erkannt hatte. Über etwaige Lösungen hätten sich dann die Mitglieder in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich zu kümmern. Wie schon während vorhergehender Politbürositzungen schien Honecker auch am 17. August 1987 besonderen Wert darauf zu legen, Handlungsfähigkeit und Durchsetzungsfähigkeit zu demonstrieren. Dieses Auftreten versuchte er im Politbüro bis Ende 1988 durchzuhalten.

Zum Schluss jeder Politbürositzung versuchte Mittag stets die Zweifler zu beruhigen und forderte dazu auf, „Kampfpositionen“ zu beziehen. Dem SED-Chef und dem Politbüro versuchte er den Eindruck zu vermitteln, mit Hilfe von politischen Direktiven, Druck auf die Minister und Generaldirektoren staatlicher Kombinate und „ideologischer Standfestigkeit“ könnten die Probleme letztlich doch gelöst werden. Wie sich Mittag auch gegen Einwände und Bedenken seines Abteilungsleiters Günter Ehrensperger hinwegsetzte, demonstrierte der Wirtschaftssekretär auf einer Beratung am 21. Oktober 1987. Ehrensperger hatte in der Diskussion zum Planentwurf für 1988 einen von Mittag geforderten Exportüberschuss von 5 Mrd. VM für unrealistisch gehalten und Schürer in seiner Einschätzung bestätigt, der lediglich 2 Mrd. VM Exportüberschuss im Außenhandel mit westlichen Industriestaaten für möglich hielt. Mittag wischte sämtliche Bedenken vom Tisch: „Der Weg der 2 Mrd. VM NSW-Exportüberschuß ist nicht gangbar. Solange diese Summe drin steht, gibt es von mir keine Zustimmung zum Plan 1988.“²¹ Mittag entschied letztlich, einen Exportüberschuss von 5 Mrd. VM in den Planentwurf für 1988 hineinzuschreiben – eine Größenordnung, die jeglicher Grundlage entbehrte und im folgenden Jahr auch nicht erzielt werden konnte.

Wie schon in den Jahren zuvor schob Honecker die Schuld für die Nichterfüllung der Jahrespläne den Ministern zu. Im Politbüro behauptete er am 17. November 1987, subjektive Faktoren seien für die missliche Lage verantwortlich.²² Statt den eigenen Führungsstil zu überprüfen, flüchteten sich die Minister in objektive Erklärungen. Harry Tisch pflichtete dem SED-Chef bei und stellte die Frage: „Wozu habe ich eine Regierung? Nimmt die Regierung ihre Verantwortung wahr? Wir müssen uns ja nun einmal einig werden: Wer trägt in unserem Lande wofür die Verantwortung? Alles auf die Partei abzuschieben, das kann nicht wahr sein.“ Honecker listete dann im Detail die Rückstände bei den Staatsplanpositionen auf, die ihm Mittag zuvor übergeben hatte. Der SED-Chef hantierte mit diversen Statistiken zu Wachstumsraten und Warenfonds, womit er den Eindruck erweckte, er habe die Zügel in der Wirtschaftspolitik fest in der Hand. Es war aber deutlich erkennbar, dass sich die vereinfachte Art der Entscheidung von politischen und ökonomischen Grundfragen seit Beginn seiner Amtszeit nicht verändert hatte. Er hielt unbeeindruckt an seiner recht eigenwilligen Konzeption fest, die Situation zu meistern: Man brauchte für den kommenden Jahresplan einen durchschnittlichen Zuwachs des Nationaleinkommens von 4 Prozent, der in jedem Fall realisiert werden müsse.²³ So wurde auch der Entwurf des Volkswirtschaftsplans 1988 allein an dem Kriterium gemessen, 4 Prozent Zuwachs an Nationaleinkommen auszuweisen.

²¹ Niederschrift Klopfers über die Beratung bei Mittag am 21. Oktober 1987, in: ebenda, MfS HA XVIII 16069, Bl. 162.

²² Vgl. die Niederschrift über die Beratung im Politbüro zum Entwurf des Volkswirtschaftsplans am 17. November 1987, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 6/90, HA, Bd. 206. Alle folgenden Zitate ebenda.

²³ Vgl. Siegfried Wenzel, Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie. Dokumentation und Erinnerungen, St. Katharinen 1998, S. 59.

Die sich anschließende Aussprache im Politbüro verlief nach der bekannten Rollenverteilung: Keßler, Neumann und Krolkowski unterstützten ohne Einschränkungen die Ausführungen des Generalsekretärs. Hager bemängelte die vorgesehenen Einsparungen im Wissenschaftsbereich und im Gesundheitswesen. Zugleich machte er auf die Unzufriedenheit in der Bevölkerung aufmerksam, die aus unbefriedigenden Konsumwünschen entstehe: „Die Leute haben mehr Geld und wir haben nichts, wofür sie sich etwas kaufen können. Nehmen wir das Beispiel der Unterhaltungselektronik. Hier fehlt es an vielem, zum Beispiel Video machen wir gar nicht. Woanders gibt es schon Kompaktdisk. [...] Da wird die Diskussion wachsen. Unsere Errungenschaften leugnen wir doch gar nicht. Die Menschen sagen aber, warum muss ich denn stundenlang durch die Geschäfte latschen oder wir haben stundenlang in der Produktion gestanden, weil der Produktionsrhythmus nicht klappt.“ Vielleicht, so überlegte Hager laut im Politbüro, „sollten wir in der ökonomischen Entwicklung auch offener sagen, was klappt noch nicht“.

Honecker trug in seinen Schlussbemerkungen der vorherrschenden Stimmung im Politbüro Rechnung, indem er auf die Zuständigkeit der Regierung verwies: „Die Verantwortung der Minister wird mit Recht gestellt. Ich habe die Schreiben der Minister über die Verpflichtungen von Anfang des Jahres erwähnt. Aber nur die Hälfte hat ihre Aufgaben erfüllt. Wenn man schon Verantwortung übernimmt, muss man sie auch erfüllen. Oder man darf keine solchen Briefe schreiben. Von Genossen Schalck weiß ich, dass er, wenn er seine Verpflichtungen einreicht, sie am Jahresende auch hält. Das trifft aber nicht bei den Ministern zu.“ Abschließend erklärte der Parteichef den Politbüromitgliedern, dass weder eine neue Theorie der Planwirtschaft noch der Umbau der Volkswirtschaft angesagt sei. Es käme allein auf die Qualität der Arbeit der zuständigen Organe, also des Ministerrates an.

Am Ende des Jahres stand das Politbüro wieder vor dem allseits beklagten Zustand. Der SED-Chef musste im Politbüro am 8. Dezember 1987 auf Planrückstände und Investitionsruinen verweisen. Die Rückstände, die jetzt zu verzeichnen seien, könnten bis zum Jahresende nicht mehr aufgeholt werden. „Nach den Unterlagen, die hier vorhanden sind, ist es ja so, dass es wahrscheinlich schwer verständlich ist, wie man die Rückstände auf diesem Gebiet aufholen will in den letzten Tagen dieses Jahres.“²⁴ Der sichtlich verunsicherte Parteichef konnte sich das alles nicht erklären. „Es ist in unserer Volkswirtschaft etwas durcheinander gekommen, das müssen wir wieder in Ordnung bringen.“ Aufgrund der wachsenden Besorgnisse in den eigenen Reihen und der allgemeinen Erklärungsnot beauftragte Honecker die wirtschaftspolitischen Abteilungen des ZK, eine Analyse der Wirtschaftslage und der ökonomischen Entwicklung seit dem VIII. Parteitag zu erarbeiten. Die außenwirtschaftlichen Faktoren, die auf die Volkswirtschaft seit den 1970er Jahren einwirkten, sollten besonders herausgestellt werden. Dieser Auftrag lag dem Bestreben Honeckers zugrunde, die generellen Probleme im

²⁴ Niederschrift Klopfers über die Beratung im Politbüro am 8. Dezember 1987, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 6/90, HA, Bd. 206. Alle folgenden Zitate ebenda.

Wirtschaftsablauf und die stetig steigende Westverschuldung auf externe Faktoren, wie außenwirtschaftliche Belastungen und die Entwicklung der internationalen Finanzmärkte, zurückzuführen. Dies wollte Honecker der SPK entgegenhalten, die behauptete, die Wirtschaft drohe unter den Belastungen der nicht finanzierbaren Sozialpolitik zusammenzuberechnen.

Die Analyse wurde Anfang Februar 1988 im ersten Entwurf an Mittag übergeben und in den folgenden Monaten ständig überarbeitet und als Argumentationsgrundlage Honeckers im Politbüro genutzt. In der Fassung vom November 1988 lag dann ein Zustandsbericht der ZK-Abteilung Planung und Finanzen über die DDR-Ökonomie vor, der die wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen der Honecker-Führung konsequent ausblendete und die externen Faktoren, von denen die DDR-Wirtschaft maßgeblich beeinflusst wurde, in weiten Teilen unvollständig analysierte. So war davon die Rede, dass im Jahre 1973 die DDR erstmals mit generellen Preiserhöhungen für Erdöl konfrontiert wurde. Dadurch hätte sich die Produktion in vielen Industriebranchen stark verteuert.²⁵ Zugleich verwies die ZK-Abteilung noch einmal auf die enormen Auswirkungen, die die Kürzung der Erdöllieferungen aus der Sowjetunion ab 1982 verursachten. „Für die DDR war es dadurch notwendig, Anlagen für die tiefere Spaltung von Erdöl im Werte von fast 7 Milliarden Mark zu installieren. Zugleich entstanden zur Ablösung von Heizöl und Importerdgas zusätzliche Aufwendungen in Höhe von 12 Milliarden Mark. Hinzu kommen beträchtliche Investitionen in der Braunkohleindustrie zur Steigerung der Produktion an Rohbraunkohle.“²⁶

Nicht erwähnt wurde in der ZK-Analyse, dass die Folgen des Erdölpreisschocks 1973 zunächst nicht die DDR trafen, da für sowjetisches Erdöl Vereinbarungspreise des RGW galten. Daran änderte sich auch nichts, als die Weltmarktpreise Anfang der 1980er Jahre erneut stiegen. Erdöl wurde innerhalb der osteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft vereinbarungsgemäß weiterhin nach den Durchschnittsweltmarktpreisen der Jahre 1976 bis 1980 gehandelt. Erst in den folgenden Jahren wurden auch die RGW-Preise für Erdöl und Rohstoffe auf sowjetisches Verlangen angehoben und an die Weltmarktpreise angepasst; und dies auf der Basis eines gleitenden Fünf- bzw. später Dreijahresdurchschnittes.²⁷ Damit fielen für die Wirtschaft der DDR die Wirkungen der Preisveränderungen erstens moderater und zweitens zeitverzögert aus. Diese Regelung, die sich für die DDR bis 1985 günstig auswirkte, spiegelt sich auch in nachstehender Tabelle 26 wider.

Gleichwohl verschlechterten sich für die DDR in den 1980er Jahren die Bedingungen im Handel mit der Sowjetunion als dem Hauptrohstofflieferanten, denn die UdSSR verlangte für ihre Rohstofflieferungen in zunehmendem Maße die Bereitstellung hochwertiger Exportgüter. Zudem wirkten sich die seit 1986 stark

²⁵ Vgl. die Analyse über „Anforderungen, die an die Volkswirtschaft der DDR gestellt wurden“, vom 21. November 1988, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 6/90, HA, Bd. 176.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Vgl. Steiner, Die DDR-Volkswirtschaft am Ende, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), Revolution und Vereinigung 1989/90, S. 117.

Tabelle 26: Entwicklung des Erdölimports der DDR aus der UdSSR 1980 bis 1990²⁸

Jahr	Bezugsmenge in Mio. t	Vertragspreis in Rbl./t	Weltmarktpreise in US-Dollar/t
1980	19,0	70,74	238,46
1981	19,0	91,10	263,56
1982	17,7	115,40	258,28
1983	17,1	138,00	220,19
1984	17,1	157,10	212,34
1985	17,1	168,18	206,84
1986	17,1	172,00	101,63
1987	17,1	152,63	128,62
1988	17,1	131,59	112,96
1989	17,1	112,34	118,54
1990	17,1	94,54	118,54

sinkenden Erdölpreise auf dem Weltmarkt auch für die DDR deutlich negativ aus. Mit der bislang praktizierten Methode, aus der Sowjetunion importiertes Erdöl nach der „tieferen Spaltung“ nach Westdeutschland zu exportieren, konnten nun weit weniger Devisen eingenommen werden als noch in den Jahren von 1983 bis 1985. Durch diese Mineralölexporte erzielte die DDR 1985 Deviseneinnahmen von mehr als 2,5 Mrd. VM.²⁹ Die seit 1986 dramatisch sinkenden Einnahmen aus dem Export von flüssigen Energieträgern sind aus folgender Tabelle ablesbar:

Tabelle 27: Einnahmen aus dem Export von flüssigen Energieträgern in das westliche Ausland 1985 bis 1988³⁰

Jahr	Vergaserkraftstoff		Dieselkraftstoff		Heizöl	
	Menge in kt	Erlös in Mio. VM	Menge in kt	Erlös in Mio. VM	Menge in kt	Erlös in Mio. VM
1985	310	209	538	398	4537	1916
1986	282	100	616	220	4029	723
1987	129	49	482	154	3737	698
1988	168	46	781	226	3449	535

Die SED-Führung ging mit dem Mineralölexportprogramm, das mit beachtlichem Kostenaufwand im Inland verbunden war, ein hohes Risiko ein. Denn ob es Gewinne oder Verluste einbrachte, hing von den schwankenden Erdölpreisen ab. Als diese Ende 1985 innerhalb kurzer Zeit drastisch fielen, hörte das Mineral-

²⁸ Information über die ökonomische Effektivität von Erdölbezügen der DDR aus der UdSSR, ohne Datum [1990], in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 19287, Bl. 213.

²⁹ Vgl. Steiner, Von Plan zu Plan, S. 202.

³⁰ Analyse über „Anforderungen, die an die Volkswirtschaft der DDR gestellt wurden“, vom 21. November 1988, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 6/90, HA, Bd. 176.

Tabelle 28: Entwicklung des Exportüberschusses und der Zahlungsbilanz 1982 bis 1988³¹
(in Mrd. Valutamark)

Jahr	Exportüberschuss	Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten
1982	+2,8	-28,2
1983	+2,3	-31,5
1984	+4,0	-32,1
1985	+4,9	-29,9
1986	+0,7	-33,1
1987	+0,1	-34,7
1988	+0,4	-35,8

ölexportprogramm schlagartig auf, wichtigster Devisenbringer zu sein.³² Durch die Einbußen aus dem Erdölgeschäft stieg die Verschuldung der DDR gegenüber dem westlichen Ausland in den folgenden Jahren wieder an, obwohl das Politbüro die Politik des „Westexports um jeden Preis“ unbeirrt weiterführte. Der Preis für eine Außenwirtschaft, die überwiegend auf Kreditbasis beruht, war – ins Verhältnis zur realen Wirtschaftskraft gesetzt – hoch: Im Jahre 1987 wurden für die Bezahlung der Zinsen und Kreditkosten rund 5 Mrd. VM aufgewandt, was die Bereitstellung von Exportwaren in einem Wert von 20 Mrd. DDR-Mark zu inneren Preisen erforderlich machte und in gleicher Höhe den Staatshaushalt belastete.³³ Diese jährlichen Zins- und Tilgungszahlungen umfassten eine Größenordnung, die rund 40 Prozent des gesamten Jahresexports für 1987 in westliche Industrieländer entsprach.

So gravierend die außenwirtschaftlichen Belastungen auch auf die DDR einwirkten, so deutete vieles in der ZK-Analyse vom November 1988 darauf hin, dass die Sowjetunion für die schier unlösbaren Probleme, vor der die DDR-Wirtschaft jetzt stand, verantwortlich gemacht werden sollte. Honecker rechtfertigte damit im Politbüro die Umorientierung der Außenwirtschaft auf die westlichen Industrieländer, die sich bereits seit etlichen Jahren praktisch vollzogen hatte. So steigerte sich der Anteil des Handels (Export/Import) mit westlichen Industrieländern am gesamten Außenhandelsvolumen der DDR zwischen 1980 und 1989 von 27 auf 51 Prozent, also auf etwas mehr als die Hälfte des gesamten Außenhandels der DDR.³⁴ Zugleich wuchs der Druck auf die Zahlungsbilanz, denn im Ost-West-Handel hatte sich der Exportüberschuss in den vergangenen Jahren stark rückläufig entwickelt (siehe Tabelle 28).

³¹ Vgl. die Vorlage von Schürer und Höfner für das Politbüro vom 15. Februar 1989, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 7318, Bl. 4.

³² Vgl. Harm G. Schröter, Ölkrisen und Reaktionen in der chemischen Industrie beider deutscher Staaten, in: Johannes Bähr/Dietmar Petzina (Hrsg.), Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen. Vergleichende Studien zur wirtschaftlichen Entwicklung im geteilten Deutschland, Berlin 1996, S. 128f.

³³ Vgl. Ernst Höfner/Horst Kaminsky, Analyse über die Entwicklung der Stabilität der Währung der DDR im Zusammenhang mit den außenwirtschaftlichen Prozessen vom 6. Oktober 1988, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 19286, Bl. 49.

³⁴ Vgl. Klenke, Ist die DDR an der Globalisierung gescheitert?, S. 24.

Durch den hohen Exportüberschuss der Jahre 1984 und 1985 konnte die Situation in der Zahlungsbilanz gegenüber westlichen Gläubigern spürbar entlastet werden. In der Folge des Erdölpreisverfalls war der Exporterlös besonders in den Jahren 1986 und 1987 jedoch absolut gesunken, weil die Preisausfälle bei erdölabhängigen Produkten nicht durch andere Warenexporte ausgeglichen werden konnten. Gleichzeitig mussten die Importe erhöht werden, so dass der Exportüberschuss ab 1986 drastisch zurückging und die Gesamtverschuldung wieder anstieg. Insgesamt hatten die Exportüberschüsse in den Jahren von 1981 bis 1987 nicht ausgereicht, um allein die Valutaaufwendungen für Zinsen und Kreditkosten zu decken, so dass die saldierten Valutaverbindlichkeiten weiter anstiegen. So betrugen im Zeitraum von 1981 bis 1987 die Valutaaufwendungen an Zinsen und Kreditkosten rund 35,5 Mrd. VM. Dem stand ein Exportüberschuss von nur 16 Mrd. VM gegenüber. Zudem belastete der Exportwahn den Staatshaushalt in bislang nicht gekannten Dimensionen.

Die wirtschaftspolitische Entscheidung, die Wirtschaft vorrangig auf den Export auszurichten, beeinflusste die Wirtschaft der DDR grundlegend. Die Industriezweige, die nicht für den Export produzierten, wurden im Ergebnis der Verringerung der produktiven Investitionen stark vernachlässigt. Die wiederholt angekündigten Exportoffensiven brachten jedoch nicht die gewünschten ökonomischen Effekte.³⁵ Folglich häuften sich die spontanen „Operativentscheidungen“ des Wirtschaftssekretärs, deren volkswirtschaftliche Auswirkungen nur schwer zu kalkulieren waren. So waren in den 1980er Jahren die wirtschaftspolitischen Entscheidungen des Politbüros von „hektischem Krisenmanagement“ gekennzeichnet.³⁶ Die drohende Zahlungsunfähigkeit trieb die SED-Führung letztlich dazu, für die Mehrzahl der Wirtschaftsbereiche ein Wirtschaften auf Kosten der Substanz anzuordnen.

2. Der Eklat um die Versorgung mit Kinderhosen

Seit 1982/83 gelang es durch einen überdurchschnittlichen Exportüberschuss, die Westverschuldung trotz ansteigenden „Sockels“ einigermaßen zu beherrschen. Dies wurde allerdings mit dem rapiden Verschleiß des Produktionspotenzials, ökologischem Raubbau, weiter wachsenden Krediten und einer zu niedrigen Akkumulationsrate (Anteil der Investitionen am Nationaleinkommen) vor allem im produktiven Bereich bezahlt. In erster Linie fehlten die in den Westen gegen Devisen exportierten Konsumgüter in der Versorgung im Inland, was sich zu einem unlösbaren Problem hochschaukelte, das sich in folgender Alternative ausdrückte: Werden die Exporte heimischer Produkte in das westliche Ausland weiter erhöht

³⁵ Vgl. Ahrens, Außenwirtschaft in der Schuldenfalle, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), Revolution und Vereinigung 1989/90, S. 109f.

³⁶ Vgl. Maria Haendcke-Hoppe-Arndt, Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel, in: Eberhard Kuhrt/Hannsjörg F. Buck/Gunter Holzweißig (Hrsg.), Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, S. 58.

und die Importe fortwährend gesenkt, fallen „volkswirtschaftlich Endprodukte“, also dringend benötigte Waren, für den Binnenmarkt aus. Diese Praxis führte seit Mitte der 1980er Jahre zu gravierenden Versorgungsproblemen, über die nahezu alle 1. Bezirkssekretäre in ihren Monatsberichten an die Parteizentrale (Abteilung Parteiorgane) klagten. Einige von ihnen, so beispielsweise der 1. Bezirkssekretär Magdeburgs, Werner Eberlein, wandten sich auch direkt an den Generalsekretär, um darauf aufmerksam zu machen, dass sich in der Versorgung des Bezirkes Probleme abzeichnen, „die wir aus eigener Kraft nicht lösen können, für die zentrale Entscheidungen erforderlich sind“.³⁷

Honecker selbst ließ sich regelmäßig über die Versorgungssituation in den Bezirken informieren, wie aus einer Hausmitteilung von Krenz an den Generalsekretär vom 9. November 1987 hervorgeht.³⁸ Krenz schilderte ihm die „kritischen Diskussionen über das Warenangebot“, die er den Monatsberichten der Bezirkssekretäre entnahm: „Aus den Kreisen gibt es Hinweise, dass bei einer Reihe wichtiger Erzeugnisse, vor allem bei herbstlicher und winterlicher Bekleidung für Damen, Herren und für die Jugendmode sowie bei technischen Konsumgütern für den Haushalt, bei Werkzeugen und bei RFT-Erzeugnissen³⁹ kein stabiles Angebot besteht. Hauptsächliche Ursachen sind Lieferrückstände der Industrie.“⁴⁰ Eine Verringerung der Exporte würde wiederum den dringend benötigten Exportüberschuss schmälern, wodurch die Auslandsverschuldung wieder anwachsen würde. Eine Situation, in der die DDR wie Anfang der 1980er Jahre am Rand der Zahlungsunfähigkeit stand, sollte unter allen Umständen vermieden werden. Die Wirtschaftspolitik der SED befand sich somit in einer Art Teufelskreis.

Das Absurde und die Ausweglosigkeit dieser Situation im Rahmen der bestehenden Planwirtschaft machte eine groteske Politbürositzung am 19. Januar 1988 sichtbar, in der die Versorgung mit Kinderbekleidung auf der Tagesordnung stand.⁴¹ Es ging insbesondere um Hosen für Kinder und Jugendliche, die nach Honecker vorliegenden Berichten seit mehreren Wochen weder in Ost-Berlin noch in den anderen DDR-Bezirken zu bekommen waren. Honecker erregte sich in bislang ungewohnter Weise über diesen eklatanten Engpass und führte mit seinen Ausführungen praktisch die bisherige Wirtschaftspolitik, die auf einen hohen Exportüberschuss zur Begleichung der Auslandsschulden fixiert war, ad absurdum.

Zu dem erwähnten Tagesordnungspunkt lag dem Politbüro ein angeforderter Bericht des Ministers für Leichtindustrie „über den Stand der Produktion und

³⁷ Schreiben von Eberlein an Honecker vom 27. Juli 1987, in: SAMPO BArch, DY 30/IV 2/2.039 264.

³⁸ Vgl. die Hausmitteilung von Krenz an Honecker über die Versorgungslage in den Bezirken vom 9. November 1987, in: ebenda, DY 30/IV 2/2.039 268.

³⁹ Es handelt sich um Erzeugnisse der Rundfunk- und Fernmeldetechnik (RFT), u. a. um Radio- und Fernsehempfänger sowie Nachrichten- und Messtechnik.

⁴⁰ Hausmitteilung von Krenz an Honecker vom 9. November 1987, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039 268.

⁴¹ Vgl. das Protokoll Nr. 3/88 der Sitzung des Politbüros am 19. Januar 1988, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2256.

Versorgung mit Kinderhosen“ vor, den Honecker mit folgenden einleitenden Worten kommentierte: „Wir dürfen uns doch nicht lächerlich machen. Auf der einen Seite sprechen wir von Schlüsseltechnologien, Computern usw. und auf der anderen Seite bringen wir es nicht einmal fertig, den Kindern Hosen zu geben. Jetzt haben wir hier eine Vorlage und nach dieser Vorlage wird es immer noch nicht möglich sein, den Bedarf an Kinderhosen zu decken.“⁴² Den zur Sitzung vorgeladenen Minister für Leichtindustrie, Werner Buschmann, fragte Honecker, wie viel Kinderhosen denn im Jahre 1988 exportiert werden sollen, worauf der Minister die Zahl von 2,5 Millionen Stück nannte; und zwar 1 Millionen Stück in das westliche Ausland und 1,5 Millionen Stück in die UdSSR. Daraufhin schlug der Parteichef eine einfache Lösung vor: „Also wenn wir den Export streichen, haben wir 2,5 Mio. Stück Kinderhosen.“

Die Versorgung mit Kinderbekleidung gehörte für Honecker zum sogenannten Grundbedarf der Bevölkerung, der laut den öffentlichen Verlautbarungen der SED stets zu gewährleisten war. Daher konnte zu Recht der chronische Mangel in diesem Bereich als Peinlichkeit und Versagen der Wirtschaftspolitik gedeutet werden. Das sah auch Honecker so. Er erklärte im Politbüro: „Wenn wir einen solchen hohen Export an Kinderhosen haben und gleichzeitig die Leute bei uns ohne Hosen laufen, dann ist das eine Situation, die es noch nicht gegeben hat in der DDR. Ich kann das aus eigener Erfahrung sagen, denn mein Enkel⁴³ ist eine ganze Zeit auch bei kalter Witterung mit einer Trainingshose herumgelaufen. In ganz Berlin gibt es eine große Hosendiskussion unter der Bevölkerung. Wie kann so etwas eintreten? Das ist unmöglich! Man kann doch nicht die ganze Bevölkerung wegen den Kinderhosen durcheinanderbringen.“ In bemerkenswerter Offenheit fügte Honecker hinzu, dass Ost-Berlin ja sogar noch vorzugsweise versorgt werde. In den Bezirken würde es schlimmer aussehen und in den Kreisen sei es noch schlimmer. „Auf dem Dorf kriegt man überhaupt nichts.“

Die Versorgungspolitik, so stellte Honecker entrüstet fest, habe zum Hamstern geführt. Der Export müsse doch mit Verstand geregelt werden. „Ich bin nicht dafür, dass unsere Leute nackt herumlaufen und dafür exportiert wird!“ Da die Exportverträge für 1988 bereits abgeschlossen waren, schlug Honecker vor, schnellstmöglich Kinderhosen aus dem westlichen Ausland, u. a. aus der Bundesrepublik, zu importieren. Die Devisen dafür, so kündigte er an, werde er umgehend „zweckgebunden“ besorgen. Praktisch hieß das, dass Devisenbeschaffer Schalck-Golodkowski wieder einmal als Retter einspringen musste. Gedacht war an einen zusätzlichen Import in einer Größenordnung von ungefähr 5 Millionen Stück. „Ich würde vorschlagen, dem zuzustimmen, die Eigenproduktion, wie in der Vorlage vorgeschlagen, zu steigern und in Verbindung damit die Sache weitgehend zu unseren Gunsten zu entscheiden, aber dafür zu sorgen, dass durch die Erhöhung

⁴² Niederschrift Klopfers über die Beratung im Politbüro am 19. Januar 1988, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 24/2 Js 6/90, HA, Bd. 206. Alle folgenden Zitate ebenda.

⁴³ Honeckers Enkel Roberto, der Sohn seiner Tochter Sonja, war damals 14 Jahre alt.

der Importe wir das Loch nun endlich zubekommen und damit das Hamstern aufhört.“ Die Ursache für die entstandene Situation sah Honecker letztlich darin, „dass wir falsch planen. Wie können wir hohe Exporte festlegen nach dem Ausland, wenn wir nicht einmal die eigene Versorgung sichern?“

Werner Eberlein, seit April 1986 Mitglied des Politbüros, erinnerte in der anschließenden Aussprache daran, dass ja schließlich alle dem Volkswirtschaftsplan 1988 zugestimmt hätten, der eine Steigerung im Export sowohl in das westliche als auch das östliche Wirtschaftsgebiet um über 50 Prozent vorsah. Das müsse, so stellte er lapidar fest, künftig geändert werden. Honecker pflichtete ihm in einem Zwischenruf bei: „Wir hatten in Berlin eine solche Situation, dass Kinder 3 Wochen ohne Hosen waren. Da nutzt nichts, wenn Du 50% steigertest für die BRD und die Bewohner der DDR haben keine Hosen!“ Nachdem Wirtschaftssekretär Mittag den Export von Kinderhosen, den er zuvor in internen Beratungen über den Exportplan mit Planungschef Schürer noch vehement verteidigt hatte, nunmehr auch als einen Fehler betrachtete, schloss Honecker die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt mit folgender Feststellung: „Wir müssen wirklich dafür sorgen, dass die Versorgung der Bevölkerung klappt. [...] Wenn es keine Lösungen geben würde, dann müssten ja die Franzosen ihr Urteil über mich ändern.“

Mit dieser Notlösung verdeutlichte Honecker noch einmal die widersinnige Wirtschaftspolitik: Auf der einen Seite wurden Konsumgüter, darunter Textilien aller Art, weit unter dem Produktionswert in die Bundesrepublik exportiert, die dann in der Binnenversorgung große Lücken rissen. Auf der anderen Seite wurden dringend benötigte Bedarfsgüter gegen kostbare Devisen von dort importiert. Honecker selbst hatte seit seinem Amtsantritt eine solche Außenhandelspolitik immer wieder befördert. Es ist bemerkenswert, dass er sich nun, da er offenbar auch im Familienkreis eigene Erfahrungen machen durfte, über die fatalen Wirkungen dieser Praxis wunderte.⁴⁴ Schürer konnte in einem späteren Interview in diesem Widersinn doch noch eine gewisse Logik erkennen, denn auf diese Weise kam dringend benötigtes Bargeld in die leeren Kassen: „Und da haben wir die Zahlungssicherheit gewährleistet mit ganz unökonomischen Dingen, also wir haben zum Teil die gleichen Produkte exportiert wie importiert, weil wir den Export gegen Bargeld durchführen konnten und den Import gegen ein Zahlungsziel von eineinhalb Jahren. Obwohl das ökonomisch ungünstig war, mussten wir es machen, um zu Bargeld zu kommen.“⁴⁵

⁴⁴ Wie sich sein persönlicher Mitarbeiter Frank-Joachim Herrmann erinnerte, erfuhr Honecker über seine Tochter Sonja hin und wieder etwas über den Alltag in der DDR: „Sonja spielte schon hin und wieder eine Rolle in Gesprächen, weil sie ihn auch über den Alltag in der DDR und dessen Mängel informierte, und da stellte er dann in seiner Umgebung auch kritische Nachfragen.“ Zitiert in: Frank-Joachim Herrmann, Der Sekretär des Generalsekretärs. Honeckers persönlicher Mitarbeiter über seinen Chef. Ein Gespräch mit Brigitte Zimmermann und Reiner Oschmann, Berlin 1996, S. 121.

⁴⁵ Zitiert in: Gespräch mit Gerhard Schürer: „Es wäre besser gewesen, wir wären früher pleite gegangen!“, in: Deutschland Archiv 25 (1992), S. 138.

Die gereizte Art, wie Honecker eklatante Versorgungsprobleme im Politbüro jetzt auf die Tagesordnung setzte, ließ ahnen, dass der Parteichef nun selbst nicht mehr vom Funktionieren der Planwirtschaft überzeugt schien. Nach dem Eklat um die Kinderhosen befasste sich das Politbüro im Februar und März 1988 wiederholt mit den negativen Auswirkungen der eingetretenen Planrückstände auf die Versorgung der Bevölkerung.⁴⁶ Der SED-Chef sprach am 9. Februar 1988 im Politbüro von Planrückständen in erheblichen Größenordnungen, für die er hauptsächlich den Vorsitzenden der SPK persönlich verantwortlich machte. Denn dieser habe seiner Ansicht nach für das Jahr 1988 dem Politbüro einen unrealistischen Plan vorgelegt. Honecker erinnerte an die Wirtschaftskrise des Jahres 1970, während der schon einmal ähnliche Probleme aufgetreten seien: „Im Jahre 1970 hat es eine solche Lage schon einmal gegeben.“⁴⁷ Da damals die wirtschaftspolitischen Wunschträume zum Sturz des Parteichefs Ulbricht geführt hatten, musste Honecker unter ähnlichen Verhältnissen einen Sündenbock präsentieren. Wie schon in den Jahren zuvor kamen für Honecker dafür allein Schürer und die SPK in Frage: „Das Problem besteht darin, dass wir einen Plan bestätigt haben, der nicht bilanziert. Der Plan wird ausgearbeitet von der Staatlichen Plankommission.“

Grundsätzlich konnte Honecker nicht verstehen, warum es in der kapitalistischen Bundesrepublik gelingen konnte, ohne Planwirtschaft ein viel effektiveres Wirtschaftssystem auf die Beine zu stellen. „In der BRD gibt es echt über 4 Millionen Arbeitslose. Trotzdem steigt dort die Arbeitsproduktivität und sie haben einen Außenhandelsüberschuss von jährlich 117 Milliarden DM. Das ist natürlich zurückzuführen auf eine hohe Qualität aller Erzeugnisse.“ Warum, so fragte Honecker, sei die „sozialistische Industrie“ dazu nicht in der Lage? Auf der Beratung des Politbüros am 1. März 1988 räumte Landwirtschaftssekretär Werner Felfe ein, dass „unsere Planwirtschaft“ nicht mehr die Garantie dafür abgebe, die gestellten wirtschaftspolitischen Ziele zu erfüllen.⁴⁸ Im ersten Quartal 1988 zeichnete sich ein Produktionseinbruch in wichtigen Industriezweigen ab. Im Politbüro machte Honecker wiederum die Staatliche Plankommission für die unrealistischen Pläne und für das Chaos verantwortlich: „Es bleibt nach wie vor bestehen, dass wir einen Plan bestätigt haben, bei dem sich später herausgestellt hat, dass die Voraussetzungen gar nicht vorhanden waren, ihn allseitig zu erfüllen.“⁴⁹ Die SPK, so wettete der Parteichef, könne doch nicht Ziele für die Produktion vorgeben, für deren Realisierung es keinerlei Voraussetzungen gebe. „Das ist ja ein Rückfall in die alte Zeit von Apel.“

Die Mahnung Honeckers richtete sich in erster Linie an Planungschef Schürer, doch war es Mittag und seine Abteilung Planung und Finanzen, die immer wie-

⁴⁶ Vgl. das Protokoll Nr. 8/88 der Sitzung des Politbüros am 23. Februar 1988, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2261.

⁴⁷ Niederschrift Klopfers über die Beratung im Politbüro am 9. Februar 1988, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 6/90, HA, Bd. 206. Alle folgenden Zitate ebenda.

⁴⁸ Niederschrift Klopfers über die Beratung im Politbüro am 1. März 1988, in: ebenda.

⁴⁹ Ebenda.

der die ursprünglichen Kennziffern nach oben korrigierten und Änderungen im laufenden Planjahr anordneten. Mittag selbst nannte derartige Praktiken während einer Politbürositzung am 10. Mai 1988 „operative Produktionssteuerung“.⁵⁰ Auf diese Weise hatten am Ende des Jahres die realen Wirtschaftsdaten mit den ursprünglichen Planvorgaben nicht mehr viel zu tun.

3. Die Schürer-Mittag-Kontroverse

Der SED-Apparat formulierte wie in jedem Jahr auch im Frühjahr 1988 ökonomische und politische Vorgaben für den Volkswirtschafts- und Staatshaushaltsplan für das folgende Jahr. Doch die Staatliche Plankommission, die üblicherweise dazu eine Vorlage für das Politbüro erarbeiten sollte, stand diesmal vor schier unlösbaren Problemen. Es gelang einfach nicht, die Forderungen der ZK-Abteilung Planung und Finanzen und die Möglichkeiten der staatlichen Betriebe in Übereinstimmung zu bringen. Die zuständigen Minister konnten die Vorgaben nicht mit realen Wirtschaftsleistungen untersetzen.⁵¹ Das betraf insbesondere den Exportplan – wie jedes Jahr das Sorgenkind Schürers. In diesem Jahr gestaltete sich der Planentwurf allerdings noch komplizierter als sonst. So musste Schürer Mitte April 1988 in einem Brief an Honecker einräumen, keinen bilanzierten Planentwurf vorlegen zu können. Zugleich schlug er Honecker vor, den Ministeratsvorsitzenden Stoph mit der weiteren Planausarbeitung zu beauftragen.⁵²

Stoph lehnte diesen Vorschlag rundweg ab. In einem Vier-Augen-Gespräch mit Schürer am 13. April 1988 äußerte sich Stoph „sehr verärgert darüber, dass Gen. Schürer in einem Brief an Gen. Honecker den Vorschlag unterbreitet hat, ihn mit der weiteren Arbeit am Planentwurf zu beauftragen. Er wäre in die Arbeit nie einbezogen, nie über den Arbeitsstand und die Probleme informiert worden und kennt auch die Entscheidungen nicht, z. B. zu den Sonderimporten aus dem NSW. Alles wurde bisher in der Wirtschaftskommission entschieden, ohne dass er über Ergebnisse und den Arbeitsstand informiert wurde. Jetzt, wo es nicht weitergeht und keine Lösungen vorhanden sind, käme man zu ihm und er soll die Probleme nun lösen und die Verantwortung übernehmen. [...] Die bisher geübte Praxis bei der Ausarbeitung der Entwürfe der Volkswirtschaftspläne lässt er sich nicht mehr gefallen.“⁵³ Stoph forderte den SPK-Vorsitzenden auf, ihm mögliche Auswege aus der wirtschaftlichen Misere aufzuzeigen, die er vertraulich behandeln wolle.

⁵⁰ Vgl. die Arbeitsnotizen über die Beratung im Politbüro am 10. Mai 1988, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 6/90, HA, Bd. 175.

⁵¹ Vgl. Hans-Hermann Hertle, Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft. Das Scheitern der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ am Beispiel der Schürer-Mittag-Kontroverse im Politbüro 1988, in: Deutschland Archiv 25 (1992), S. 127–131.

⁵² Vgl. die Information des Leiters der Abteilung Inspektion der SPK vom 14. April 1988, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen, 24/2 Js 6/90, HA, Bd. 206.

⁵³ Ebenda.

Schürer schlug daraufhin Korrekturen in der Investitionspolitik vor, die in den kommenden Wochen und Monaten noch eine Rolle spielen sollten. Es ging dabei vor allem um die stark gestiegenen Investitionen für die Mikroelektronik als „Schlüsseltechnologie“, die Schürer für falsch hielt. Stattdessen plädierte er für eine bessere finanzielle Ausstattung der Zulieferindustrie, um die gestörten Wirtschaftsabläufe zu normalisieren. Die Zulieferindustrie hatte sich wieder einmal als Schwachstelle der gesamten Wirtschaft erwiesen. Zudem sprach sich Schürer dafür aus, den Umfang des Wohnungsbauprogramms deutlich zu reduzieren. Stoph konnte sich mit diesen Vorstellungen anfreunden und ermunterte den SPK-Chef, „in diesen Richtungen weiter zu überlegen, um der Parteiführung entsprechende Vorschläge unterbreiten zu können“. Beide verabredeten, sich in Kürze über das weitere Vorgehen zu verständigen. Offenbar kamen Stoph und Schürer überein, die Überlegungen des Planungschefs zur Abkehr von der bisherigen Investitionspolitik dem SED-Chef persönlich, also unter Umgehung des Wirtschaftssekretärs, zu unterbreiten.

Nach dieser Unterredung mit Stoph übergab Schürer am 26. April 1988 dem SED-Chef „Überlegungen zur weiteren Arbeit am Volkswirtschaftsplan 1989 und darüber hinaus“ und bat zugleich um ein persönliches Gespräch. Schürer wies in dem Schreiben an Honecker ausdrücklich darauf hin, dass er über seine Ausarbeitung mit niemandem gesprochen habe.⁵⁴ Der Wirtschaftssekretär, mit dem Schürer sonst die Vorlagen für Honecker besprach, war demnach bewusst übergangen worden – ein für den Parteichef unerhörtes Anliegen.⁵⁵ Den Anlass der „Überlegungen“ Schürers bildeten Bilanzierungslücken im Entwurf des Volkswirtschaftsplans 1989 in Höhe von 8,1 Mrd. Mark sowie ein erwarteter Anstieg der Auslandsverschuldung um 4,4 Mrd. auf insgesamt 38,9 Mrd. VM.⁵⁶ Obgleich das Politbüro am 30. Juni 1987 wieder einmal beschlossen hatte, bis 1995 den „Sockel“ zu halbieren⁵⁷, waren die Schulden gegenüber dem westlichen Ausland wieder gewachsen und ein Ausweg aus dem strukturellen Dilemma nicht zu erkennen. Erneut entwickelten sich wie schon 1982/83 nicht die wachsende Verschuldung an sich, sondern die enormen Aufwendungen für fällige Zinsen und Kredittilgungen zum existenziellen Problem. Sämtliche Exporteinnahmen aus dem Westhandel reichten nicht aus, um die Zinsen zahlen und die Kredite bei westlichen Banken tilgen zu können. 1988 mussten dafür 268 Prozent der Einnahmen aus dem Westexport bereitgestellt werden.⁵⁸

⁵⁴ Vgl. das Schreiben Schürers an Honecker vom 26. April 1988, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 3374, Bl. 1.

⁵⁵ Schürer begründete dieses Vorgehen in einem späteren Interview wie folgt: „Mittag hätte dieses Material nie an Honecker weitergeleitet. Das war mir klar, denn es war ja gegen die von ihm ausgedachte Wirtschaftspolitik gerichtet.“ Zitiert in: „Es wäre besser gewesen, wir wären früher pleite gegangen!“, S. 133f.

⁵⁶ Vgl. Hertle, *Der Weg in den Bankrott*, S. 128.

⁵⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Politbüros am 30. Juni 1987, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2227.

⁵⁸ Vgl. Matthias Judt, *Der Bereich Kommerzielle Koordinierung. Das DDR-Wirtschaftsimperium des Alexander Schalck-Golodkowski – Mythos und Realität*, Berlin 2013, S. 180.

Auch die ZK-Abteilung Planung und Finanzen beurteilte die allgemeine Wirtschaftslage skeptisch. In einer Stellungnahme vom 27. April 1988 hielt Abteilungsleiter Ehrensperger den Planentwurf der SPK für völlig unzureichend.⁵⁹ Das Hauptproblem sah er wie auch Schürer selbst in einer zu geringen Leistungskraft der Wirtschaft, die nicht ausreiche, um den Bedarf sowohl für den Binnenmarkt als auch für den Export zu sichern. Wie schon in den Jahren zuvor mangelte es an Exportfähigkeit der Wirtschaft, um die anvisierten Exportüberschüsse zu erzielen. Mit ihrer Analyse lag die Abteilung Planung und Finanzen auf derselben Linie wie Schürer. Doch einen Ausweg aus dem Dilemma konnte Ehrensperger nicht aufzeigen.⁶⁰

Vor dem Hintergrund der kritischen Wirtschaftslage unterbreitete Schürer Vorschläge, um eine drohende Zahlungsunfähigkeit abzuwenden.⁶¹ Schürer forderte zwar nur partielle, in ihren Auswirkungen dennoch schmerzhaft Korrekturen in der Wirtschaftspolitik, wie er sie schon in den 1970er Jahren mehrfach ins Gespräch gebracht hatte. Dazu gehörten eine Änderung der Praxis stabiler Verbraucherpreise für den sogenannten Grundbedarf durch Kürzung der Subventionen u. a. für Mieten und Energie, Abstriche am Wohnungsbauprogramm, die Rückführung eines großen Teils der in Ost-Berlin beschäftigten Bauarbeiter in die DDR-Bezirke, Kürzungen bei Investitionen in der Mikroelektronik sowie den Einsatz der frei werdenden Investitionsmittel zum Ausbau der Zulieferindustrie. Schürer plante damit zwar keine Revolution der Wirtschaftspolitik, wohl aber einige Korrekturen, insbesondere im Hinblick auf die Mikroelektronik, wo die Investitionen drastisch gekürzt werden sollten.

Durch einen Politbürobeschluss vom Februar 1986 war das Programm zur Entwicklung der Mikroelektronik noch einmal wesentlich aufgebläht worden.⁶² Die Parteispitze ging davon aus, dass die DDR ohne die Anwendung der Mikroelektronik über kurz oder lang auf den Weltmärkten nicht konkurrenzfähig und nicht überlebensfähig sein würde.⁶³ Dieser durchaus zutreffenden Überlegung lag der westliche Cocom-Technologieboykott zugrunde, der die Mitglieder des RGW vom Markt für westliche Hochtechnologie abschnitt und sie somit zwang, alle modernen Technologien vollständig innerhalb der eigenen Volkswirtschaften zu entwickeln. Der Export im Maschinenbau hing wesentlich davon ab, den techno-

⁵⁹ Vgl. die Stellungnahme der Abteilung Planung und Finanzen zur Vorlage für das Politbüro vom 27. April 1988, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 19286, Bl. 12.

⁶⁰ In einem späteren Interview verwies Schürer zu Recht auf diesen Umstand: „Die Stellungnahme der Abteilung Planung und Finanzen war in der Regel so, dass sie offen, mit klaren Worten die Probleme aufgezeigt hat, aber keinerlei Ausweg. Den wussten auch sie nicht.“ Zitiert in: „Es wäre besser gewesen, wir wären früher pleite gegangen!“, S. 137.

⁶¹ Gerhard Schürer, „Überlegungen zur weiteren Arbeit am Volkswirtschaftsplan 1989 und darüber hinaus“ vom 26. April 1988, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 3374, Bl. 1–14.

⁶² Vgl. den Beschluss des Politbüros über die „Entwicklung weiterer Kapazitäten für die Forschung und Entwicklung der Mikroelektronik in den Kombinat VEB Carl Zeiss Jena und VEB Kombinat Mikroelektronik. Protokoll Nr. 6/86 der Sitzung des Politbüros am 11. Februar 1986“, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2153.

⁶³ Vgl. Klenke, Ist die DDR an der Globalisierung gescheitert?, S. 83f.

Tabelle 29: Subventionen aus dem Staatshaushalt 1971 und 1987 (in Mrd. DDR-Mark)⁶⁴

Subventionen	1971	1987
Waren d. Grundbedarfs u. Dienstleistungen	8,5	49,3
Wohnungsbewirtschaftung	0,6	7,5
Gesamt	9,1	56,8
Anteil am Nationaleinkommen (in Prozent)	7,8	22,8

logischen Rückstand in der Entwicklung elektronischer Steuerungen aufzuholen.⁶⁵ Die Investitionen waren im Vergleich zu anderen Bereichen enorm. Allein in den Jahren von 1986 bis 1989 wurden rund 4 Mrd. DM in westliche Produktionsanlagen sowie elektronische Spezialausrüstungen investiert.⁶⁶ Von den 14 Mrd. Mark, die von 1977 bis 1988 insgesamt in die Mikroelektronik flossen, entfiel etwa die Hälfte auf die Halbleiter-Industrie.⁶⁷ Doch war es der DDR-Volkswirtschaft mit dem Kombinat Mikroelektronik Erfurt trotz der zugeführten überdurchschnittlichen finanziellen, personellen und materiellen Mittel letztlich nicht gelungen, den Entwicklungsabstand zu den weltweit führenden Halbleiterherstellern von durchschnittlich ein bis zwei Bauteilgenerationen aufzuheben.⁶⁸ Das ursprünglich angestrebte Ziel, eine importunabhängige Produktion von Standard-Bauelementen in der DDR zu gewährleisten, wurde bis zuletzt nicht erreicht. Die Parteibeschlüsse, so monierte Schürer denn auch in seinem Papier, würden zu einseitig auf möglichst viel Technikeinsatz, dagegen kaum auf einen Effektivitätsgewinn orientieren.

Schließlich konnte die von Schürer wieder einmal vorgeschlagene Änderung der Energie- und Mietpreise sowie der Preise für wichtige Konsumgüter als ein Angriff auf Honeckers Subventionspolitik gedeutet werden. Schürer hatte sich bekanntlich in der gesamten Honecker-Ära gegen die immensen Subventionen für „Waren des Grundbedarfs“ ausgesprochen. Die seit 1971 enorm gestiegenen Zuschüsse aus dem Staatshaushalt werden in obenstehender Tabelle 29 deutlich.

Zur Sicherung stabiler Preise und Mieten wurden aus dem Staatshaushalt in den Jahren von 1971 bis 1987 insgesamt ca. 410 Mrd. M zur Verfügung gestellt.⁶⁹

⁶⁴ Vgl. Ernst Höfner/Horst Kaminsky, Analyse über die Entwicklung der Stabilität der Währung der DDR vom 6. Oktober 1988, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 19286, Bl. 45.

⁶⁵ Vgl. Jörg Roesler, Zu groß für die kleine DDR? Der Auf- und Ausbau neuer Industriezweige in der Planwirtschaft. Wirtschaft im Umbruch am Beispiel Flugzeugbau und Mikroelektronik, in: Wolfram Fischer/Uwe Müller/Frank Zschaler (Hrsg.), Wirtschaft im Umbruch. Strukturveränderungen und Wirtschaftspolitik im 19. und 20. Jahrhundert, St. Katharinen 1997, S. 307–334; Gerhard Barkleit, Mikroelektronik in der DDR. SED, Staatsapparat und Staatssicherheit im Wettstreit der Systeme, Dresden 2000.

⁶⁶ Vgl. Steiner, Von Plan zu Plan, S. 209.

⁶⁷ Vgl. Hans-Hermann Hertle, Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED, in: Theo Pirker/M. Rainer Lepsius/Rainer Weinert/Hans-Hermann Hertle (Hrsg.), Der Plan als Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen, Opladen 1995, S. 336.

⁶⁸ Vgl. Klenke, Kampfauftrag Mikrochip, S. 45f.

⁶⁹ Vgl. ebenda.

Zugleich hatte sich das Verbraucherpreisniveau für Konsumgüter, Leistungen und Tarife von 1970 bis 1987 um 20 Prozent erhöht, darunter für Nahrungs- und Genussmittel um 9 Prozent und für Industriewaren um 43 Prozent. Diese schleichenden Preissteigerungen hielt Schürer jedoch nicht für ausreichend, um die gewachsene Kaufkraft der Bevölkerung abzuschöpfen.

Auf ein Vier-Augen-Gespräch mit Schürer ließ sich Honecker nicht ein. Stattdessen reichte der Parteichef die Ausarbeitung Schürers am 27. April 1988 zur „Prüfung“ an Mittag weiter.⁷⁰ Dessen Bewertung fiel erwartungsgemäß vernichtend aus. Mittag wies die Kritik am Wirtschaftskurs zurück und machte für alle Probleme die Staatliche Plankommission verantwortlich.⁷¹ Er wischte das Schürer-Papier mit dem Argument vom Tisch, dass es die Beschlüsse vorausgegangener Parteitage und damit die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in Frage stelle. Er lehnte die vorgeschlagenen Preisänderungen für Konsumgüter, Energie und Mieten mit dem Hinweis darauf ab, dass Schürers Ansichten die „Massenwirksamkeit“ der Sozialpolitik der Partei untergraben würden. Zudem wandte er sich gegen ein vorzeitiges Ende des Berlin-Programms, weil es eine große politische, soziale und kulturelle Bedeutung habe.

Mittag versuchte das Programm zum Ausbau der Mikroelektronik ins rechte Licht zu rücken, indem er auf die vermeintlichen Erfolge in dieser „Schlüsseltechnologie“ verwies. Insbesondere sei die Behauptung Schürers falsch, die Exportrentabilität bei elektronischen Bauelementen wäre zu gering. Das Gegenteil sei zutreffend, denn es gebe „Erzeugnisse, die mit einer guten und zum Teil hohen Exportrentabilität verkauft werden können und das in der DDR verfügbare Nationaleinkommen vergrößern“.⁷² Mittag hielt es „für unverständlich und für falsch, einseitig die weitere Entwicklung der Mikroelektronik zu Gunsten des Verarbeitungsmaschinenbaus einzuschränken“.

Zweifellos hatte Mittag Recht, wenn er betonte, dass das Mikroelektronikprogramm dem Entwicklungstrend moderner Industriestaaten folgte. Denn ohne mikroelektronische Bauelemente war ein leistungsfähiger und auf Export orientierter Maschinenbau nicht denkbar.⁷³ Mittag rechnete jedoch die enormen Kosten, die für das Programm bereitgestellt wurden und im internationalen Vergleich kaum zu rechtfertigen waren, mit statistischen Tricks herunter. Allein für den nicht im Plan vorgesehenen zusätzlichen Import von elektronischen Bauelementen und Geräten der Rechentechnik, die den Embargobestimmungen unterlagen und illegal durch den Sektor Wissenschaft und Technik der HV A des MfS „orga-

⁷⁰ Honecker notierte handschriftlich am 27. April 1988 auf dem Schreiben Schürers: „Gen. G. Mittag zur Prüfung.“

⁷¹ Günter Mittag, Zur Prüfung des Materials des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, „Überlegungen zur weiteren Arbeit am Volkswirtschaftsplan 1989 und darüber hinaus“, 4. Mai 1988, in: BStU, MfS HA XVIII 3374, Bl. 15–39.

⁷² Ebenda, Bl. 20.

⁷³ Vgl. Jörg Roesler, Im Wettlauf mit Siemens. Die Entwicklung von numerischen Steuerungen für den DDR-Maschinenbau im deutsch-deutschen Vergleich, in: Lothar Baar/Dietmar Petzina (Hrsg.), Deutsch-Deutsche Wirtschaft 1945 bis 1990. Strukturveränderungen, Innovationen und regionaler Wandel. Ein Vergleich, St. Katharinen 1999, S. 349–398.

nisiert“ wurden⁷⁴, waren seit 1986 Devisen in Höhe von über einer Mrd. VM notwendig, die Schalck-Golodkowski über den Bereich KoKo außerplanmäßig bereitstellte.⁷⁵ Der enorme Investitionsaufwand sollte nach den Vorstellungen Mittags durch Exporte in die westlichen Industrieländer refinanziert werden, was angesichts der von Schürer dargestellten geringen Exportrentabilität jedoch unrealistisch war. Angesichts der hohen Kosten für den Bau elektronischer Schaltkreise, die durch den Staatshaushalt subventioniert wurden, mit dem internationalen Standard aber nicht Schritt halten konnten, war das Mikroelektronikprogramm mit ökonomischen Kriterien nicht zu rechtfertigen.

Die Einschätzungen Mittags setzte Honecker auf die Tagesordnung der Politbürositzung am 10. Mai 1988.⁷⁶ Schürer erhielt während der Politbürositzung die Möglichkeit, seine Motive für die Kritik an der aktuellen Wirtschaftspolitik vorzutragen. Seinen Schritt, sich mit „persönlichen Gedanken“ direkt an den Generalsekretär zu wenden, begründete er mit den Worten: „Als Vorsitzender der Staatlichen Plankommission und Leiter der Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz des Ministerrates stehe ich unter dem ungeheuren Druck des ständig wachsenden Sockels gegenüber dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet bei gleichzeitig wachsenden Störungen in der materiell-technischen Bilanzierung und Lücken in der Versorgung der Bevölkerung.“⁷⁷ Schürer äußerte Verständnis dafür, dass seine Kritik am Mikroelektronik-Programm auf Widerstand im Politbüro stieß. In der Zulieferindustrie müssten jedoch umgehend Lösungen gefunden werden, da ganze Branchen von diesen „Fehlkapazitäten“ negativ beeinflusst würden. Schürer schilderte schließlich die außerordentlich schwierige Situation, in der sich die Außenhandelswirtschaft der DDR befand.

In der Aussprache attackierte Mittag noch einmal die Arbeit der Staatlichen Plankommission und warf ihr Versäumnisse und Unterlassungen vor. Die Wirklichkeit sehe vielfach anders aus, als dies von Schürer dargelegt werde. Die DDR-Wirtschaft würde seiner Ansicht nach unzureichend analysiert. „Das steht aber als Aufgabenstellung im Statut der Staatlichen Plankommission.“ Seine Schuldzuweisung gipfelte in der Behauptung, die SPK sei ein bürokratischer Apparat und führe faktisch ein Eigenleben: „Und dann hängt viel davon ab, wie dieser große Apparat von 2000 Menschen arbeitet. Das ist ein gewaltiger Apparat, der, so möchte ich sagen, sich etwas verselbständigt hat, wo im Apparat anders formuliert wird, als das in den Parteibeschlüssen zum Ausdruck kommt.“⁷⁸ Hatte sich Mittag im Kreis der Politbüromitglieder bislang mit herber Kritik an der Plan-

⁷⁴ Vgl. Helmut Müller-Enbergs, Hauptverwaltung A (HV A). Aufgaben – Strukturen – Quellen, Berlin 2011, S. 198f.

⁷⁵ Vgl. Hertle, Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED, S. 335; Judt, Der Bereich Kommerzielle Koordinierung, S. 217f.

⁷⁶ Vgl. das Protokoll Nr. 19/88 der Sitzung des Politbüros am 10. Mai 1988, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2272.

⁷⁷ Mündliche Erklärung Schürers auf der Sitzung des Politbüros am 10. Mai 1988, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 24/2 Js 6/90, HA, Bd. 207.

⁷⁸ Arbeitsnotizen über die Beratung im Politbüro am 10. Mai 1988, in: ebenda, Aktenzeichen 2 Js 6/90, HA, Bd. 175. Alle folgenden Zitate ebenda.

kommission zurückgehalten, so fiel sein Groll auf Schürer während dieser Politbürositzung umso heftiger aus. Offenbar konnte es Mittag nicht verwinden, dass Schürer ihn mit seinem Papier übergangen hatte.

Anschließend ging Mittag auf die von Schürer vorgeschlagenen Änderungen in der Preispolitik ein und führte erneut jene Argumente an, die schon alle vorherigen Korrekturvorschläge zum Scheitern gebracht hatten. Die Preiserhöhungen in den anderen sozialistischen Ländern, so behauptete er, hätten zu politischer Instabilität und Unruhen in der Bevölkerung geführt. „Es haben sich Misstrauen bis hin zu Streiks entwickelt.“ Deshalb müsse ohne Kompromisse um die Durchsetzung des wirtschaftspolitischen Kurses gekämpft werden. Um die ökonomischen Kennziffern allen Missstimmungen zum Trotz doch noch zu erreichen, sollte der Druck auf die Kombinatdirektoren noch einmal erhöht werden. Als Vorzeigeprojekt nannte Mittag das Kombinat VEB Carl Zeiss Jena, dessen Direktor Wolfgang Biermann zusicherte, die Produktion im Zeitraum von 1991 bis 1995 von 5 Mrd. Mark auf 10 Mrd. Mark zu erhöhen und dabei noch 2000 Arbeitskräfte einzusparen. Was Biermann könne, müsse auch anderen Kombinatdirektoren abverlangt werden. Wie sich hier im Politbüro zeigte, klammerte sich der Wirtschaftssekretär mit dem Hinweis auf die Kombinatdirektoren an den letzten Strohalm, von dem er sich eine Steigerung der Produktivität und Effektivität in der Industrieproduktion versprach.

Stoph sprach während dieser Beratung wie auch schon in den vergangenen Jahren das leidige Problem der Zahlungsbilanz an. Die immer weiter anwachsende Verschuldung, so warnte er, sei von keinem mehr verantwortbar. Er erinnerte an die zahlreichen Beschlüsse des Politbüros seit 1980, den „Sockel“ zu senken bzw. zu halbieren. Nichts davon sei umgesetzt worden und die Verschuldung stattdessen auf 34,5 Mrd. VM angestiegen. Dies könne auf keinen Fall akzeptiert werden. Ein Ansteigen der Verschuldung musste nach Ansicht Stophs unbedingt gestoppt, gleichzeitig aber die in der DDR bestehende Lebensqualität gehalten werden. Auf die Frage, wie das zu bewerkstelligen sei, konnte Stoph keine befriedigende Antwort geben. Er wiederholte lediglich das, was als folgenlose Floskel in den Jahren zuvor auch schon gefordert worden war: „Die Produktions- und Exportstruktur unserer Volkswirtschaft muss so entwickelt werden, dass höhere und effektivere Leistungen erbracht werden.“

Honecker schloss sich am Ende der Debatte im Politbüro ausnahmslos den Ausführungen Mittags an: „Nach meiner Auffassung hat Genosse Mittag in allen Punkten Recht.“ Dennoch äußerte er sich erschüttert darüber, wie die fortwährenden Beschlüsse des Politbüros zur Zahlungsbilanz ignoriert würden: „Von der Halbierung der Verschuldung, wie vom Politbüro beschlossen, ist nichts geworden. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Unterschriften gelten also nichts.“ Zu den von Schürer vorgeschlagenen Einsparungen im Wohnungsbauprogramm, eines der wichtigsten Projekte im Sozialprogramm der SED, erklärte Honecker entrüstet: „Man kann doch nicht das Wohnungsbauprogramm senken!“ Abschließend entschied Honecker, das gesamte Material dem Ministerrat zu übergeben, damit dort ein neuer Entwurf des Volkswirtschaftsplanes 1989 ausgearbeitet werden

könne. Dies traute er der SPK offenbar nicht mehr zu. Das Politbüro bestätigte am 10. Mai 1988 die Vorlage Mittags, die der Wirtschaftssekretär als Antwort auf das Schürer-Papier von der Abteilung Planung und Finanzen ausarbeiten ließ. Damit entschied sich die SED-Führung wieder einmal gegen Änderungen der seit 1971 geltenden Prämissen der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Ein solches Scherbengericht über Schürer und seine Plankommission hatte es noch nicht gegeben. Weil die Vorschläge Schürers unweigerlich zur Senkung des Lebensstandards geführt hätten und es dann wohl zu politischen Unruhen gekommen wäre, folgte das Politbüro dem Urteil Mittags. Insofern war dieses Argument aus der Perspektive der Herrschaftssicherung schwerlich zu entkräften. Für das Politbüro standen grundlegende Reformen des Wirtschaftssystems also nicht zur Diskussion. Zudem konnten bereits minimale Korrekturen der Wirtschaftspolitik als Eingeständnis vorhergehender Fehlentscheidungen gedeutet werden. Dies wäre angesichts der Machtfülle des Generalsekretärs unweigerlich auf Honecker selbst zurückgefallen. In der öffentlichen Selbstdarstellung war das Eingeständnis von Fehlentscheidungen ohnehin tabu, denn dies hätte den Wahrheitsanspruch der SED generell und damit auch den Machtanspruch der Staatspartei erschüttert.

Wieder einmal schätzte die Staatssicherheit die wirtschaftliche Lage realistischer ein als das Politbüro, das sich der Brisanz der katastrophalen Wirtschaftsdaten zwar bewusst war, doch keinen Ausweg finden konnte und offenbar noch immer darauf hoffte, mit politischen Direktiven und Appellen an die Leistungsbereitschaft der Arbeiter eine Wende zum Besseren herbeiführen zu können. In einer persönlichen Information für Mielke vom 7. Mai 1988 resümierte Hauptabteilungsleiter Kleine die Mittag-Schürer-Kontroverse auf eine Weise, die der Realität sehr nahe kam: „Weder mit dem vorliegenden Planansatz 1989 noch mit den Überlegungen des Genossen Schürer und den ‚Rechtfertigungs‘-Ergebnissen aus der Überprüfung des Genossen Mittag kann eine stabile, langfristige positive Veränderung in der Leitung, Planung und Durchführung des gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozesses zur weiteren erfolgreichen Durchführung unserer Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik eingeleitet werden.“⁷⁹ Nach Kleines Ansicht war es zwingend notwendig, operative Eingriffe des Wirtschaftssekretärs in die Plandurchführung künftig auszuschließen. In Zukunft müsse die Ausarbeitung und Durchführung des Volkswirtschaftsplanes unter straffer Führung des Vorsitzenden des Ministerrates Stoph erfolgen.

Allerdings konnten Kleine und seine Hauptabteilung XVIII mit ihren Analysen wie schon zuvor keine akzeptable konzeptionelle und personelle Alternative anbieten. Letztlich sollte eine eilig zusammengerufene Arbeitsgruppe des Politbüros mit Günther Kleiber an der Spitze über unkonventionelle Lösungsvorschläge nachdenken. „Es wird vorgeschlagen, im Politbüro eine spezifische Arbeitsgruppe anzuregen, die mit besonderen Vollmachten ausgestattet wird, unter Führung des

⁷⁹ Information Kleines für Mielke vom 7. Mai 1988, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 19286, Bl. 34.

Genossen Kleiber stehen könnte, junge zuverlässige, leistungsstarke politische und ökonomische Kader mit Ideen für die stabile Gestaltung unserer ökonomischen Entwicklung auf lange Sicht einordnet und ein realisierungsfähiges, komplexes Projekt für das künftige Antlitz unserer Volkswirtschaft ausarbeitet.“⁸⁰ Eine solche Arbeitsgruppe kam vor allem deshalb nicht zustande, weil sich Günter Mittag die alleinige Zuständigkeit für die Wirtschaftspolitik im Sekretariat des ZK und im Politbüro nicht aus der Hand nehmen lassen wollte. So blieb es bei der bislang praktizierten Methode, die zu hohe Auslandsverschuldung, die zu niedrige Arbeitsproduktivität, den Rückgang der produktiven Akkumulation und die hohe Verschleißquote der Ausrüstungen in den Betrieben immer wieder in persönlichen Informationen für den Minister und das Leitungsgremium des MfS zu beklagen, ohne aktiv auf den Kurs in der Wirtschaftspolitik der SED einwirken zu können.

Angesichts der Weigerung Honeckers, den Wirtschaftskurs zu ändern, fühlten sich im Politbüro jene „moskautreuen“ Mitglieder in ihrer Ansicht bestärkt, den SED-Chef in Moskau zu denunzieren und auf seine Absetzung zu drängen. Bereits Ende Mai 1986 hatte Stoph dem sowjetischen Geheimdienst Unterlagen mit detaillierten Informationen über die katastrophale Wirtschaftslage der DDR übergeben und daraus Schlussfolgerungen für die Neubesetzung der Führungsspitze der SED gezogen.⁸¹ Stoph behauptete in dem Papier, Honecker habe die Fähigkeit verloren, die Lage real einzuschätzen und sei unwillig, Korrekturen in der Politik der SED vorzunehmen. Eine unverzügliche Absetzung Honeckers sei daher dringend geboten. Doch ließ Gorbatschow diesen Versuch unbeantwortet. Auch ein Jahr später reagierte der sowjetische Parteichef nicht auf ein derartiges Verlangen.⁸²

Das Ausbleiben einer Reaktion aus Moskau führte ganz offensichtlich zu großer Unsicherheit darüber, wie die sowjetische Führung unter Gorbatschow auf einen internen Putsch gegen Honecker reagieren würde. Ende 1986 gab der Botschafter der Sowjetunion in der DDR, Wjatscheslaw Kotschemassow, während eines Gesprächs mit Krolikowski zu verstehen, dass ein Führungswechsel in der SED nicht mehr wie früher von Moskau aus befohlen werde. In seinen Erinnerungen zitierte er seine Antwort auf das entsprechende Drängen Krolikowskis wie folgt: „Mein Lieber, wenn es solche Kräfte gibt, dann müsst ihr selbst eure inneren Probleme lösen. Die Zeiten sind vorbei, als wir Generalsekretäre absetzten und ernannten. Verstehen Sie mich richtig. Wir werden natürlich nicht abseits bleiben. [...] Alles, was Sie mir gesagt haben, bleibt nicht unbeachtet. Aber die Frage liegt nicht im Prinzip, sondern in der Methode.“⁸³ Das bedeutete jedoch nicht, dass die Moskauer Führung gänzlich darauf verzichtete hätte, über verschiedene Ka-

⁸⁰ Ebenda, Bl. 36.

⁸¹ Vgl. Iwan Kusmin, Die Verschwörung gegen Honecker, in: Deutschland Archiv 28 (1995), S. 288.

⁸² Vgl. die Notiz Krolikowskis für Gorbatschow vom 8. September 1987, in: SAPMO BArch, DY 30/25760.

⁸³ Zitiert in: Wjatscheslaw Kotschemassow, Meine letzte Mission, Berlin 1994, S. 60.

nähe doch Einfluss auf die Besetzung von Führungspositionen im SED-Politbüro zu nehmen. In einem Punkt hatte der sowjetische Botschafter zweifellos Recht: Auf direkte Weisungen aus Moskau zur Absetzung Honeckers konnten Krokowski und Stoph nicht hoffen.

Die Denunziationen der „Moskau-Gruppe“ führten nicht zu den gewünschten Resultaten. Die sowjetische Führung registrierte diese Mitteilungen zwar aufmerksam, unternahm jedoch nichts, um die heimlichen Kritiker der Politik Honeckers im Politbüro zu unterstützen. Weder Breschnew, der möglicherweise nach einem Nachfolger Honeckers gesucht hatte, noch Gorbatschow wirkten an einer politischen Schwächung und gar dem Sturz des SED-Generalsekretärs mit. So hielt Gorbatschow einen Führungswechsel innerhalb der Staatsparteien Osteuropas und der DDR auf der Sitzung des Politbüros der KPdSU am 29. Januar 1987 zwar für notwendig, doch sollte die Sowjetunion diesen nicht aktiv herbeiführen: „Es hat sich eine Unmenge von Problemen angesammelt. Es fällt diesen Leuten in dem Alter schon allein physisch schwer, ihre Aufgaben zu bewältigen. Auf höchster Ebene ist bei ihnen im Grunde ein Kampf entbrannt. Es findet ein Erneuerungsprozeß statt. Bei den einen so, bei den anderen anders. Wir können uns nicht auf eine Position begeben, wo wir eine politische Bewertung abgeben oder irgendjemanden geringschätzig behandeln. Wir haben nur eine Möglichkeit der Einwirkung: mittels dessen, was wir bei uns selbst tun.“⁸⁴ Das schloss natürlich nicht aus, dass Gorbatschow seinen persönlichen Einfluss geltend machte, um mit geheimdienstlichen Methoden sowjetische Interessen in der DDR durchzusetzen und bestimmte Personen in der Führungsspitze der SED persönlich oder über diplomatische Kanäle zu beeinflussen.

4. Ratlosigkeit angesichts des wirtschaftlichen Verfalls

Trotz intensiver Suche nach Lösungen für die Bilanzlücken im Planentwurf 1989 gelang es nicht, politische Forderungen nach Leistungssteigerungen und ökonomische Realitäten in Übereinstimmung zu bringen. Mehr noch, im ersten Halbjahr 1988 häuften sich die Produktionsausfälle, so dass das wirtschaftliche Fundament für die hochgesteckten Ziele immer mehr zerbröselte. Stoph räumte am 28. Juni 1988 im Politbüro ein, dass bis Ende Mai 1988 bereits wieder bedeutende Korrekturen am laufenden Plan vorgenommen werden mussten. Das habe auch Auswirkungen auf künftige Planaufgaben. „Es hat keinen Sinn, mit Erfüllungsdaten zu rechnen, für die schon heute erkennbar ist, dass sie nicht realisierbar sind.“⁸⁵ Mittag rief die Politbüromitglieder zu Standhaftigkeit auf. „Wir dürfen denen nicht nachgeben, die eine niedrige Planerfüllung einschätzen.“ Auch Ho-

⁸⁴ Protokoll der Sitzung des Politbüros der KPdSU vom 29. Januar 1987. Zitiert in: Galkin/Tschernjajew, Michael Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 25.

⁸⁵ Notizen Klopfers über die Beratung im Politbüro am 28. Juni 1988, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen Js 6/90, HA, Bd. 207. Alle folgenden Zitate ebenda.

necker beschwichtigte die beunruhigten Politbüromitglieder: „Es besteht kein Grund in Panik zu machen.“ Zugleich deutete der SED-Chef an, dass es aufgrund der schwierigen Lage zu Kürzungen im Staatshaushalt kommen werde. Er schien von der Notwendigkeit überzeugt zu sein, die Ausgaben für den Verwaltungsaufwand der Partei, die innere Sicherheit und die Verteidigung zu senken.

Nachdem sich in den Sommermonaten des Jahres 1988 die wirtschaftliche Lage entgegen allen Beschwörungen Mittags dramatisch verschärft hatte, sah sich Honecker zum raschen Handeln gezwungen. Zum 6. September 1988 lud er den „kleinen Kreis“ von Politbüromitgliedern ein, um die ausweglose Lage in der Volkswirtschaft zu beraten und Lösungen zu diskutieren. Informationen der Staatssicherheit zufolge war der Generalsekretär angesichts der wirtschaftlichen Lage außerordentlich beunruhigt.⁸⁶ Schürer sollte sich deshalb auf die Beantwortung der von Honecker gestellten Fragen vorbereiten. Das waren:

- Wie konnte es zu dieser hohen Verschuldung kommen und warum wurde sie entgegen allen Beschlüssen nicht halbiert?
- Wer hat beschlossen, dass die DDR mehr verbrauchen darf als sie durch Leistung schafft?
- Warum mussten in den letzten 10 Jahren 20 Mrd. VM zur Sicherung der Zahlungsbilanz außerplanmäßig bereitgestellt werden?
- Wie kam es zum Widerspruch zwischen Leistung und Verteilung?

Angesichts der seit 1975 von Schürer immer wieder vorgebrachten Warnungen vor der Zahlungsunfähigkeit der DDR mutete es schon merkwürdig an, dass ausgerechnet der SPK-Chef diese Fragen beantworten sollte. Letztlich war es der SED-Chef selbst, der sämtliche Einwände gegen den Wirtschaftskurs abgewiegt und die Folgen der Gesamtverschuldung heruntergespielt hatte. Seine Fragen zeigten indes, wie nervös und dünnhäutig er angesichts der sich häufenden Notlagen in der Wirtschaft geworden war.

Die Beratung im „kleinen Kreis“ am 6. September 1988⁸⁷ machte einmal mehr sichtbar, wie angestrengt, zugleich aber vergeblich, die SED-Führung nach einem Ausweg aus der wirtschaftlichen Misere suchte, da jederzeit ein wirtschaftlicher Kollaps drohte.⁸⁸ Honecker schien die Probleme, die ihm seit langem bekannt waren, angesichts der kritischen Lage nun ernster zu nehmen. An der wachsenden Verschuldung, so meinte er, seien nicht der Wirtschaftskurs der SED, sondern die veränderten Außenwirtschaftsbeziehungen, insbesondere der fallende Erdölpreis, schuld. Um die Wirtschaft weiter in Takt halten zu können, sei es „selbstverständlich notwendig, nach einem Ausweg zu suchen, wie wir die Dinge meistern können, denn einen Ausweg müssen wir selbstverständlich finden“.

⁸⁶ Vgl. die Information der HA XVIII des MfS vom 4. September 1988, in: ebenda.

⁸⁷ Anwesend waren Honecker, Stoph, Sindermann, Mittag, Krolkowski, Jarowsky, Kleiber, Tisch, Schürer, Höfner, Wenzel und Ehrensperger.

⁸⁸ Vgl. die Niederschrift von Siegfried Wenzel über die Beratung bei Honecker am 6. September 1988, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 24/2 Js 6/90, HA, Bd. 207. Alle folgenden Zitate ebenda.

Eine mögliche Lösung sah Honecker darin, die Staatsausgaben für die „bewaffneten Organe“ um 10 Prozent zu senken. Zudem schlug er vor, weitere 10 000 Wehrdienstleistende für den Einsatz in staatlichen Betrieben und der Bauwirtschaft „freizumachen“, um wichtige Investitionsobjekte fertigzustellen. Dies bedeutete eine erhebliche Ausweitung der bisherigen Praxis, Angehörige der NVA an wirtschaftlichen Brennpunkten, insbesondere in der Kohle- und Energiewirtschaft, im Schwermaschinen- und Anlagenbau sowie der chemischen Industrie einzusetzen. Nach einer Übersicht der Staatlichen Plankommission „zum Einsatz von Sonderarbeitskräften in der Industrie“ vom 21. März 1988 waren zu diesem Zeitpunkt 10 523 Angehörige der „bewaffneten Organe“ in verschiedenen Bereichen der Volkswirtschaft im Einsatz, davon 9683 Angehörige der NVA und 840 Angehörige von Volkspolizei-Bereitschaften. Darüber hinaus waren im Jahre 1987 18 000 Strafgefangene als Produktionsarbeiter in den verschiedensten Industriebetrieben der DDR eingesetzt.⁸⁹ Honecker setzte sich in der Beratung am 6. September 1988 dafür ein, diese „Sonderarbeitskräfte“ als Retter in der Not der Industrie zur Verfügung zu stellen. Auch Mittag befürwortete den Vorschlag, noch einmal zusätzlich 10 000 Angehörige der „bewaffneten Organe freizustellen“, und erweckte damit den Eindruck, damit die auf den Nägeln brennenden wirtschaftlichen Probleme lösen zu können.

Der Wirtschaftssekretär schien ein völliges Scheitern der Wirtschaftspolitik der SED nicht mehr für ausgeschlossen zu halten, denn er erklärte am 6. September 1988: „Wir sind an einem Punkt, wo die Sache umkippen kann.“ Als „außerordentlich große Hilfe“ bewertete er den Vorschlag Honeckers, die Ausgaben für den „Sonderbedarf“, also NVA, MfS und MdI, um 10 Prozent zu kürzen. Auch Harry Tisch dachte laut über Möglichkeiten nach, um den Staatshaushalt von unnötigen Ausgaben zu entlasten. Als 1. Vorsitzender des Bundesvorstandes des FDGB sah er das größte Manko in der mangelnden Arbeitsdisziplin, insbesondere im Bauwesen. Die vergleichsweise hohe Entlohnung der Bauarbeiter sei mit den von ihnen erbrachten Leistungen nicht zu rechtfertigen. Der Chef der Einheitsgewerkschaft konnte es auch nicht verstehen, warum die Bevölkerung immer höhere soziale Ansprüche stellte: „Unsere Leute wollen die soziale Sicherheit, Geborgenheit, sichere Arbeitsplätze und Ausbildung von uns und die Kaufhäuser aus der BRD.“ In seinen Augen stellten sich das Anspruchsdenken der Bevölkerung und die mangelhafte Arbeitsmoral als Grundübel der gesellschaftlichen Entwicklung dar.

Die Zusammenkunft bei Honecker am 6. September 1988 veranschaulichte die allgemeine Ratlosigkeit im Politbüro. Alle, die sich an der Aussprache beteiligten, sahen zwar die enormen wirtschaftlichen Probleme, doch keiner konnte brauchbare Lösungen anbieten. Die Vorschläge, die Wirtschaftsexperten seit vielen Jahren diskutiert hatten und die von Schürer im Politbüro mehrfach eingebracht worden waren, wollte die Politbüromehrheit aus Angst vor politischen Erschütte-

⁸⁹ Vgl. die Übersicht der SPK zum Einsatz von Sonderarbeitskräften in der Industrie vom 21. März 1988, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039 265.

rungen nicht akzeptieren. Einen Ausweg konnten die Abteilungsleiter der SPK, mit denen Schürer am 7. September 1988 die Beratung im „kleinen Kreis“ auswertete, ebenfalls nicht erkennen. So hieß es in einem MfS-Bericht über die Stimmung innerhalb der Leitungsebene der SPK: „Die Genossen konnten ihre Enttäuschung nicht verbergen, dass in der Beratung keine Orientierung für die Lösung der Grundprobleme gegeben wurde. Aus ihrer Sicht sind einmal mehr Augenblicksaufgaben entschieden worden, die weder die ökonomische Wende noch die Lösung des Zahlungsbilanzproblems herbeiführen.“⁹⁰ Schürer teilte seinen Abteilungsleitern mit, dass man sich im „kleinen Kreis“ nicht auf eine Kursänderung in der Wirtschaftspolitik einigen konnte. Aus der Beratung bei Honecker nahm er zumindest eine positive Erkenntnis mit: Die Parteiführung sei jetzt endlich über die wirkliche Lage informiert und sich deshalb darüber völlig im Klaren, „dass wir jetzt einen Ausweg suchen müssen, der etwas umkehrt“.

Doch von einer Abkehr vom bisherigen Wirtschaftskurs der SED konnte keine Rede sein. Auch der Planentwurf für 1989, den das Politbüro am 15. September 1988 beschloss⁹¹, wurde wie in jedem Jahr aus unrealistischen Wunschvorstellungen konstruiert und enthielt zahlreiche Luftbuchungen. Das größte Rätsel bestand darin, wie der Exportüberschuss von 3 Mrd. VM erwirtschaftet werden konnte. Da sich einige Minister hartnäckig geweigert hatten, der angeordneten Erhöhung des Exportplanes zuzustimmen, bestand noch immer eine erhebliche Differenz zwischen zentralen Forderungen und „Angeboten“ der Industriekombinate. Honecker konnte die Renitenz der Minister nicht verstehen. Auch wenn die Anforderungen auf dem einen oder anderen Gebiet hoch seien, so betonte der Parteichef am 15. September im Politbüro, stünde in letzter Konsequenz der soziale Wohlstand auf dem Spiel. Die DDR könne nicht den Weg der anderen sozialistischen Länder, z. B. Rumäniens gehen: „Wir wollen das Lebensniveau der Bevölkerung halten und auf einigen Gebieten weiter steigern.“⁹² Widerspruch meldete keiner im Politbüro an. Nur Hager monierte die seiner Meinung nach unverhältnismäßig starken Kürzungen in seinem Ressort, die in einem gesonderten und kurzfristig zwischen Honecker, Mittag und Schürer vereinbarten „Maßnahmeplan“ festgelegt wurden. Dennoch stimmte Hager den Einsparungen letztlich zähneknirschend zu.

Da der vom Politbüro am 15. September 1988 beschlossene Entwurf des Volkswirtschaftsplans für das Jahr 1989 die Einwände einiger Minister schlichtweg ignorierte und höhere Vorgaben bzw. rigide Einschnitte bei den Investitionen enthielt, kam es im Ministerrat am 15. September 1988 zu einem Eklat, der als einmalig in der Honecker-Ära gelten kann. Einige Minister, so beispielsweise der

⁹⁰ Information der HA XVIII über die Ergebnisse der Beratung am 6. September 1988 im „kleinen Kreis“ vom 7. September 1988, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 24/2 Js 6/90, HA, Bd. 207.

⁹¹ Vgl. das Protokoll Nr. 37/88 der Sitzung des Politbüros am 15. September 1988, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2294.

⁹² Niederschrift Klopfers über die Beratung im Politbüro am 15. September 1988, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 24/2 Js 6/90, HA, Bd. 206.

Minister für Elektrotechnik und Elektronik, Felix Meier, und der Minister für Landwirtschaft, Bruno Lietz, erklärten sich mit dem Diktat des Politbüros nicht einverstanden und verlangten die Rücknahme des „Maßnahmeplans“, da dieser mit ihnen nicht abgestimmt gewesen sei.⁹³ Selbst Volksbildungsministerin Margot Honecker schloss sich der Kritik an der „unmöglichen Arbeitsweise“ des Politbüros, wie es im Protokoll hieß, „durch Zwischenbemerkungen“ an, da auch in ihrem Ressort Einsparungen beschlossen wurden. Hans-Joachim Böhme, Minister für Hoch- und Fachschulwesen, wandte sich entschieden gegen die vorgeschlagene Verkürzung der Studienzeiten, wenn es nur darum ginge, den Staatshaushalt zu entlasten. „Er sei nicht einverstanden, wenn hintenherum bildungspolitische Grundpositionen in Frage gestellt würden.“ Ludwig Mecklinger, Minister für Gesundheitswesen und Mitglied des Zentralkomitees, kritisierte die Einsparungen in dem beschlossenen Umfang von 370 Mio. Mark. Wenn es dabei bliebe, so warnte er, käme es zu „tieferen Einschnitten, besonders in der spezialisierten und hochspezialisierten medizinischen Betreuung“.

Stoph wusste sich als Vorsitzender des Ministerrates nicht anders zu helfen, als auf die vermeintliche Alternativlosigkeit der Situation zu verweisen. Sowohl die hohen Vorgaben für den Export als auch die Investitionskürzungen seien notwendig, um die Wirtschaft in Gang zu halten. Es könne, so beschwor Stoph die Minister, eben nicht mehr verteilt werden als erwirtschaftet werde. Diese Praxis müsse endlich aufhören. „Wir müssen uns endlich angewöhnen, den Tatsachen ins Auge zu sehen, sie zur Kenntnis zu nehmen und nicht so zu tun, als wenn es das nicht gibt. [...] Auf alle Fälle geht es nicht, dass wir mehr Nationaleinkommen verteilen, als wir selber erwirtschaften oder produzieren. Wo soll das hergenommen werden? Es schenkt uns doch keiner etwas.“ Erwartungsgemäß meldete sich nach dem hilflosen Einwurf Stophs kein Minister mehr zu Wort. Letztlich wurden sowohl der Entwurf des Volkswirtschaftsplans als auch der „Maßnahmeplan“ vom Ministerrat am 15. September 1988 bestätigt.

Das unbotmäßige Verhalten einiger Minister nahm das Politbüro zum Anlass, auf die bestehende Machthierarchie zu verweisen.⁹⁴ Es stellte auf seiner Sitzung am 20. September 1988 noch einmal klar, dass der Ministerrat die Beschlüsse der Parteiführung widerspruchsfrei auszuführen habe: „Das Politbüro ist der Meinung, dass entsprechend der staatlichen Ordnung der Ministerrat verpflichtet ist, die Beschlüsse des Politbüros konsequent durchzuführen. Darum entspricht das Verhalten einiger Mitglieder des Ministerrates in der Sitzung am 15.9.1988 nicht der festgelegten Ordnung.“⁹⁵ Stoph wurde beauftragt, dem Ministerrat diese EntschlieÙung vorzutragen und die Minister darüber zu belehren, wer die uneingeschränkte Macht im Staat für sich beanspruchte.

⁹³ Vgl. die Notizen Wenzels zur Beratung des Ministerrates über den Entwurf des Volkswirtschaftsplans 1989 am 15. September 1988 vom 16. September 1988, in: ebenda. Alle folgenden Zitate ebenda.

⁹⁴ Vgl. Hertle, Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED, S. 343.

⁹⁵ Anlage Nr. 1 zum Protokoll Nr. 38/88 der Sitzung des Politbüros am 20. September 1988, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2295.

Letztlich führten die Maßregelung der Minister und die vom Politbüro erzwungenen Investitionskürzungen nicht zur Besserung der wirtschaftlichen Lage. Die nun offen zutage tretenden wirtschaftspolitischen Fehler der vergangenen Jahre ließen sich durch administrative Verordnungen nicht einfach rückgängig machen. So versammelten sich einige Wochen später im Büro Krolikowskis, der für den erkrankten Stoph als Vorsitzender des Ministerrates amtierte, ausgewählte Wirtschaftsfunktionäre.⁹⁶ Es ging am 24. Oktober 1988 um die Gestaltung des Wirtschaftskurses bis zum Jahre 2000 und um mittelfristige Lösungen für die angestauten Probleme.

Schürer betonte zu Beginn, dass es „um Fragen von schicksalhafter Bedeutung für die DDR“ ginge.⁹⁷ Er trug noch einmal die denkbaren wirtschaftspolitischen Alternativen vor, die bereits seit 1971 diskutiert wurden. Es gebe, wenn über die künftige Wirtschaftsstrategie zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit der DDR diskutiert werden solle, nur zwei „Grundmodelle“: Bei dem ersten „Grundmodell“ könne das Anwachsen der Verschuldung mit einem extrem hohen NSW-Exportüberschuss gestoppt werden, der von 6,9 Mrd. VM im Jahre 1990 auf 18 bis 19 Mrd. VM im Jahre 1995 erhöht und nur zu Lasten der Binnenversorgung realisiert werden müsste. „Eine solche Konzeption ist undenkbar, weil wir damit den Lebensstandard schon im Jahre 1990 um etwa 10% absenken müssten. Das würde auch nicht dazu führen, dass man entschuldet.“ Somit käme nur das zweite „Grundmodell“ in Frage: Ein moderater Exportüberschuss ohne jegliche Einschränkung der Binnenversorgung, der allerdings nur mit einem außergewöhnlich hohen Wirtschaftswachstum zu erreichen wäre. Dafür sah Schürer jedoch keine Spielräume. Letztlich müsse, so resümierte er die wenig erfreulichen Perspektiven, eine moderate Steigerung der Auslandsschulden in Kauf genommen werden, da auch bei einer bis 1995 anvisierten Gesamtverschuldung von 64 Mrd. VM die DDR als „stabiler und angesehener Staat“ auf den Devisenmärkten auftreten könne. „Die Grundfrage besteht darin, wie man die Kredite anlegt. Wir müssen die Kredite nutzen, um produktive Akkumulation zu machen.“

Damit redete Schürer abermals einer Vorstellung das Wort, mit der seit 1971 Westimporte gegen Devisen immer wieder begründet wurden: Mit kreditfinanziertem Import von Technik, Technologie und Industrieanlagen sollte die eigene Wirtschaft modernisiert werden, um diese in die Lage zu versetzen, durch Exporte die aufgelaufenen Schulden zurückzahlen zu können.⁹⁸ Realisiert wurde dieses Konzept freilich nur in Ansätzen, da die DDR aus dem Westen im Wesentlichen Rohstoffe und Zulieferungen für die konsumorientierte Industrie importierte.

⁹⁶ Anwesend waren Werner Krolikowski, Alfred Neumann, Günther Kleiber, Gerhard Schürer, Ernst Höfner, Heinz Klopfer und Harry Möbis.

⁹⁷ Notizen Klopfers über die Beratung bei Krolikowski am 24. Oktober 1988, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 24/2 Js 6/90, HA, Bd. 206. Alle folgenden Zitate ebenda.

⁹⁸ Vgl. Christoph Buchheim, Die Achillesferse der DDR – der Außenhandel, in: André Steiner (Hrsg.), Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte?, Berlin 2006, S. 97; Ahrens, Gegenseitige Wirtschaftshilfe?, S. 258–270.

Selbst dann, wenn die importierten Investitionsgüter im produktiven Bereich genutzt wurden, konnten die hergestellten Produkte nur noch zu extrem niedrigen Preisen im westlichen Ausland abgesetzt werden, so dass diese Rechnung von Anfang an nie vollständig aufgehen konnte.⁹⁹

Schürers Konzept für die 1990er Jahre, das er für die Beratung am 24. Oktober 1988 vorbereitet hatte, ähnelte seinen schon früher gemachten Vorschlägen: Steigerung der Investitionen im produktiven Bereich, Einsparungen im Gesundheitswesen, im Wohnungsbau sowie bei den Preisstützungen für Verkehrstarife, Mieten und für Lebensmittel sowie Ausgabenkürzungen für den Partei- und Staatsapparat. Eine „ökonomische Wende“ bedeutete dies alles jedoch nicht. Politbüromitglied Alfred Neumann, der seit 1968 zugleich als einer der beiden ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrates fungierte, sah in den Vorschlägen Schürers deshalb eine „Bankrotterklärung, die keinen Ausweg zeigt“. Man müsse, so ereiferte er sich, dem kommenden Parteitag doch eine tragfähige Wirtschaftsstrategie vorlegen. „Wir müssen 1990 eine Grundkonzeption haben, mit der wir vor die Partei treten können. Die hier vorliegende Grundlinie kann man nicht offerieren. Mit diesem Material kann ich nicht vor ein Parteigremium treten. Das ist eine Bankrotterklärung.“¹⁰⁰ Neumann sah in den Darlegungen Schürers lediglich eine Aneinanderreihung von Disharmonien und Disproportionen, die seit dem VIII. Parteitag das Bild über die DDR-Wirtschaft bestimmen würden. „Haben wir“, so fragte er in die Runde, „keine Arbeiter- und Bauernmacht, die so etwas verändern kann? Wir können doch nicht nur Aschekübel über das Haupt stürzen.“

Wie andere Politbüromitglieder bewertete Neumann das Zahlungsbilanzproblem nicht als eine Existenzfrage für die DDR. Damit gab er die vorherrschende Stimmung im Politbüro wieder: Die Westverschuldung würde von Schürer, der immer nur seine Bilanzen und Zahlen im Kopf habe, unnötigerweise zu einer Existenzfrage der DDR hochstilisiert. Letztlich, so die vorherrschende Meinung, habe es für die Rückzahlung der Kredite ja auch immer eine Lösung gegeben. Insofern stand Schürer, das hatte der SED-Chef bereits häufig im Politbüro selbst so erklärt, als störender Panikmacher da, der mit seinen negativen Bilanzen die vermeintlichen Erfolge der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik in Misskredit bringe. Als viel existenzieller stellte sich in dieser Sichtweise die Machtsicherung und damit der Ausbau des Herrschafts- und Sicherheitsapparates dar. Als dann im Herbst 1989 der fatale Irrtum einer solchen Denkweise offen zutage trat, war Schürer plötzlich als Ratgeber in letzter Not gefragt, der mit seinen Untergangsszenarien nun doch Recht behalten hatte.

Gleichwohl konnte der generellen Wahrnehmung Neumanns, der Planungschef und sein Staatssekretär könnten keinen Ausweg aus der Misere aufzeigen,

⁹⁹ Vgl. Ahrens, Außenwirtschaft in der Schuldenfalle, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90*, S. 107ff.

¹⁰⁰ Notizen Klopfers über die Beratung bei Krolkowski am 24. Oktober 1988, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 24/2 Js 6/90, HA, Bd. 206. Alle folgenden Zitate ebenda.

schwerlich widersprochen werden. „Offensichtlich wisst Ihr auch nicht, wie Ihr zum Ziele kommt. [...] Das Problem besteht darin, dass wir uns in der Arbeit des Herangehens eine Halskrause anlegen und keiner kommt weiter, keiner findet einen Weg.“ Schürers Analyse der wirtschaftlichen Talfahrt konnte Neumann zwar zustimmen, denn in vielen Bereichen fahre die Wirtschaft tatsächlich „auf Verschleiß“. Im Gesundheitswesen würden seiner Kenntnis nach katastrophale Zustände herrschen. „In der Charité haben die Frauen gesagt zu den Kranken, bringt Euch ein Handtuch mit, wir haben keinen Zellstoff für Euch als Unterlage.“ Insgesamt sei aber vieles von dem, was Schürer vorschlage, „halb gewalkt“. Neumann habe den Eindruck, alles stehe auf „tönernen Füßen“. Er bezweifelte, dass die Vorschläge Schürers tatsächlich zu einer Korrektur führen würden. Die übliche Ausrede, die aufgelaufenen Probleme seien Kinderkrankheiten des Sozialismus, könnten nicht mehr gelten. „Die Periode der Kinderkrankheiten muss hinter uns bleiben.“ Jetzt helfe nur ein realistisches Konzept. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass „wir eine Schlinge um den Hals haben, aus der wir uns nicht befreien können“.

Krolikowski räumte ein, auch keine fertigen Lösungen zu haben. An einer Leistungssteigerung in allen Wirtschaftsbereichen führe jedoch kein Weg vorbei. Beschlossene Planpositionen müssten seiner Meinung nach „mit Brachialgewalt“ durchgesetzt werden. So blieb letztlich ein ratloser Planungschef zurück, der noch einmal die Ausweglosigkeit mit folgenden Worten umschrieb: „Ich stehe unter einem Trauma, das ist die Zahlungsbilanz. Wenn Du die Verschuldung nur stoppen willst, brauchst Du einen Exportüberschuss im Jahre 1990 von 6,9 Mrd. Valutamark. Da brauchen wir ein Nationaleinkommen von 30 Mrd. Mark. Wenn Du das machen willst, kannst Du die Stabilität und alles andere, was notwendig ist, abschreiben.“

Der politischen Stabilität auf der Grundlage sozialer Sicherheit räumte Honecker absolute Priorität ein, obwohl auch ihm inzwischen klar geworden war, dass die Mittel für die Aufrechterhaltung der sozialpolitischen Standards längst nicht aufzubringen waren. In einer Unterredung am 21. Februar 1989 mit Mittag und Schürer, die nach der regulären Sitzung des Politbüros stattfand, definierte er noch einmal die politischen Prämissen, unter denen der Fünfjahrplan 1991 bis 1995 zu konzipieren sei: Es dürfe keine Verschlechterung bzw. ein Absinken der produktiven Akkumulation, der Bevölkerungsversorgung sowie der gesundheitlichen Betreuung der Bürger geben.¹⁰¹ Ansonsten würde er Einsparungen im Staatshaushalt in deutlichen Größenordnungen zustimmen, die den Wohnungsbau, das Verwaltungspersonal sowie den „Sonderbedarf“ betreffen. Wie schon während der Beratungen 1988 sah der SED-Chef in der Kürzung des Militäretats eine wesentliche Möglichkeit, um den Staatshaushalt zu entlasten und auf diesem Wege die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ im nächsten Fünfjahrplan doch noch fortführen zu können. Dafür war er sogar bereit, eine neue Militär-

¹⁰¹ Vgl. den Vermerk von Oberst Horst Roigk über eine Unterredung zwischen Honecker, Mittag und Schürer vom 22. Februar 1989, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 7318, Bl. 30.

doktrin im Nationalen Verteidigungsrat durchzusetzen. In dem Vermerk über die Aussprache am 21. Februar 1989 hieß es dazu: „Die Überlegungen sollten davon ausgehen, dass es keinen Krieg mehr gibt. Entgegenstehende Beschlüsse des Nationalen Verteidigungsrates müssten aufgehoben werden.“¹⁰² Honecker ging davon aus, die Aufwendungen für den „Sonderbedarf I und II“, also für die Ministerien für Verteidigung und für Inneres, um insgesamt 3 Mrd. Mark zu reduzieren.¹⁰³ Auch das MfS sollte sich ab 1990 auf Kürzungen in einem Umfang von zunächst 80 Mio. Mark einstellen. Wieder einmal hatte der SED-Chef zu verstehen gegeben, dass an Korrekturen am Wirtschaftskurs aus Furcht vor sozialen Erschütterungen mit ihm nicht zu denken war.

Doch die weiter wachsende Westverschuldung um monatlich 500 Mio. VM konnte Honecker weder mit frommen Wünschen noch mit Rückendeckung aus Schalcks Ko-Ko-Imperium aus der Welt schaffen. Wirtschaftsexperten prognostizierten die Zahlungsunfähigkeit im Jahre 1991, wenn die Westverschuldung in diesem Ausmaß weiter anstieg.¹⁰⁴ Mittlerweile sah sich auch Mittag dazu veranlasst, den SED-Chef über das wirkliche Ausmaß des Schuldenproblems und die düsteren Prognosen zu unterrichten. Am 9. Mai 1989 schrieb er an Honecker, dass die erzielten Exportüberschüsse nicht ausreichten, „um die ökonomische Unangreifbarkeit der DDR zu gewährleisten“.¹⁰⁵ Es müsse damit gerechnet werden, dass der „Sockel“ in der Zahlungsbilanz von gegenwärtig rund 36 Mrd. VM bis Ende 1990 auf 47,4 Mrd. VM anwachsen würde. Dies wäre mit unvorstellbaren Belastungen für die Binnenwirtschaft verbunden: „Das bedeutet, dass für die Bezahlung von Zinsen und anderer Valutakosten im Jahre 1990 rund 36 Mrd. Mark des produzierten Nationaleinkommens der DDR eingesetzt werden müssen.“ Daher schlug Mittag vor, die Planentwürfe zunächst geheim zu halten und den „kleinen Kreis“ einzuberufen, um über Lösungen nachzudenken.

Als der „kleine Kreis“ der Politbüromitglieder am 16. Mai 1989 zusammentrat¹⁰⁶, klagte Schürer erneut über das Anwachsen des Schuldenberges. Die halbherzigen Korrekturen vom September 1988 hatten keine Wirkungen gezeigt. Das Zahlungsbilanzproblem, so stellte er in der Beratung bei Honecker resignierend fest, könne in der vorliegenden Größenordnung allein über einen Exportüberschuss nicht mehr gelöst werden.¹⁰⁷ Es führe seiner Meinung nach kein Weg daran vorbei, sowohl die private als auch die gesellschaftliche Konsumtion einzu-

¹⁰² Ebenda.

¹⁰³ Vgl. die Information zum Planentwurf vom 25. Februar 1989, in: ebenda, Bl. 33.

¹⁰⁴ Vgl. Hans-Hermann Hertle, Die DDR-Wirtschaft am Ende. Schürers Schlussbilanz an das SED-Politbüro im Herbst 1989, in: Franz-Josef Schlichting/Hans-Joachim Veen (Hrsg.), Der Anfang vom Ende 1989. Schlussbilanz der DDR-Diktatur, Erfurt 2009, S. 38.

¹⁰⁵ Hausmitteilung Mittags an Honecker vom 9. Mai 1989, in Archiv BStU, MfS HA XVIII 19287, Bl. 237.

¹⁰⁶ Teilnehmer waren: Honecker, Mittag, Stoph, Krenz, Kleiber, Jarowinsky, Krolikowski, Tisch, Hager, Schürer, Ehrensperger, Höfner und Klopfer.

¹⁰⁷ Vgl. die Notizen Klopfers über die Beratung bei Honecker am 16. Mai 1989, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 24/2 Js 6/90, HA, Bd. 207. Alle folgenden Zitate ebenda.

schränken und damit den Lebensstandard abzusenken. Mit diesem Grundgedanken hatte Schürer zuvor Vorschläge erarbeitet, die schmerzhaft Einschnitte im Staatshaushalt vorsahen. Diese betrafen nicht nur den Militäretat, sondern auch das Hoch- und Fachschulwesen, die Akademie der Wissenschaften und andere wissenschaftliche Einrichtungen sowie Volksbildung, Sport und Kultur. Zugleich unternahm Schürer den schon zuvor mehrfach gescheiterten Versuch, die Preispolitik zu korrigieren, indem er eine mit Halbritter abgestimmte Vorlage zu Preiskorrekturen einbrachte, die u. a. die Erhöhung der Verbraucherpreise für Kinderbekleidung vorsah. Da mit den Vorschlägen auch deutliche Abstriche am Wohnungsbauprogramm und einigen sozialpolitischen Leistungen verbunden waren, konnte Schürer kaum auf Zustimmung bei Honecker und den anwesenden Politbüromitgliedern rechnen.

Das gesamte Sparprogramm war mit dem Einverständnis Mittags an Honecker übergeben worden, womit auch die ambivalente Rolle des Wirtschaftssekretärs in den internen Debatten sichtbar wurde: Da ihm die Brisanz der wirtschaftlichen Lage durchaus bewusst war, schickte er Schürer mit dessen Agenda vor, die schon seit vielen Jahren auf eine Absenkung des Lebensstandards in der DDR zielte. Drohte dann die Konfrontation mit dem Generalsekretär, schlug sich Mittag auf dessen Seite. Wenn Honecker auf die Vorschläge Schürers tatsächlich eingegangen wäre, hätte Mittag dies als sein Programm ausgegeben und bedingungslos durchgesetzt. Wie sich am 16. Mai 1989 jedoch zeigte, war Schürer wie so oft im „kleinen Kreis“ mit seinen Vorschlägen völlig isoliert.

Günther Kleiber, seit Dezember 1988 1. Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, stand mit seiner Wortmeldung stellvertretend für eine schon seit längerem spürbare Tendenz unter den Politbüromitgliedern, einer Dramatisierung des Zahlungsbilanzproblems entgegenzuwirken und die Auswirkungen der Verschuldung herunterzuspielen: „Ich glaube nicht, dass wir laufend mit der Drohung leben können, mit der Unangreifbarkeit der DDR. Wenn die Lage so ist, dann müssen wir uns einmal hinsetzen und ein Konzept ausarbeiten. Ich bin bereit, dabei mitzuwirken. Wir haben ja mit den Banken bisher gut zusammengearbeitet. Warum kann man mit denen kein langfristiges Konzept ausarbeiten?“ Auch Tisch stimmte in diesen Tenor mit ein: „Man darf das mit den Schulden auch nicht übertreiben. Ich weiß gar nicht, ob es ein Land auf der Welt gibt, das schuldenfrei ist. Natürlich darf es nicht dazu führen, dass wir zahlungsunfähig werden, aber mit Schulden lebt jedes Land.“ Stoph wertete demgegenüber das Schuldenproblem als existenziell für die DDR und wollte eine weiter anwachsende Verschuldung nicht akzeptieren. Werner Krolikowski pflichtete dem bei: „Besonders schlimm sehe ich die Entwicklung der Zahlungsbilanz. Man sieht keine Lösung.“

Auch die Defizite im Staatshaushalt, der 1988 nur über einen Kredit von rund 120 Mrd. Mark ausgeglichen werden konnte, kamen zur Sprache. Selbst bei Honecker schien inzwischen die Erkenntnis gereift zu sein, dass die Staatsausgaben für die Sozialpolitik in der bisherigen Form nicht mehr zu halten sein würden. Auf dem kommenden XII. Parteitag werde es zwar ein Bekenntnis zur Einheit von

Wirtschafts- und Sozialpolitik geben, doch könnten wohl keine neuen sozialen Wohltaten mehr verkündet werden. Es war vor allem Tisch, der sich mit der Beschränkung des Lebensstandards der Bevölkerung nicht abfinden wollte: „Es geht um die Psyche unseres Volkes. Bisher war es so, dass wir seit dem VIII. Parteitag auf jedem Parteitag eine konkrete Aussage zur Sozialpolitik gemacht haben. Es gibt Erwartungen vom Standpunkt der Möglichkeiten. Was sagen wir dann dem Volk, wie treten wir dann gegenüber dem Volk auf?“ Wie schon in den Jahren zuvor wehrte sich Tisch entschieden gegen eine Erhöhung der Verbraucherpreise mit dem Argument, mit dem bereits 1979 Preiserhöhungen in letzter Minute gestoppt worden waren: „Wir müssen die politische Lage in unserem Umfeld beachten. Was die Polen gemacht haben und was die Ungarn gemacht haben, hat niemandem geholfen. Solche Konflikte können wir nicht gebrauchen. Wir brauchen Ruhe in der Bevölkerung, damit wir weiterhin Kontinuität gewährleisten können.“

Entgegen seinen Gewohnheiten fiel Honecker während dieser Beratung mit zahlreichen Zwischenrufen auf, was als Indiz dafür gewertet werden kann, dass selbst bei ihm die Nervosität spürbar gestiegen war. Dies demonstrierte seine spontane Reaktion auf die Feststellung Hagers, dass „wir über unsere Verhältnisse leben“. Honecker reagierte daraufhin mit den Worten: „Das stimmt überhaupt nicht. All diese Berechnungen sind falsch!“ Das zielte vor allem auf die von Schürer belegte Statistik, wonach sich in den 1980er Jahren ein deutlicher Kaufkraftüberhang in der Bevölkerung entwickelt hatte. Honecker wollte davon nichts hören. Sein Kommentar zu den vorgeschlagenen Preiserhöhungen lautete: „Beim Material Schürer/Halbritter zu den Preisen habe ich alles durchgestrichen.“ Damit war auch dieser letzte Versuch, die Preispolitik doch noch mit dem Segen des Parteichefs korrigieren zu können, gescheitert. Auch Krenz, der über die Stimmungslage in der Bevölkerung weitaus besser informiert war als die meisten anderen Politbüromitglieder, sprach sich gegen Preiserhöhungen aus: „Preisfragen sind immer sensible Fragen. Immer muss gesagt werden, was ist der Nutzen von solchen Entscheidungen? Wir können nicht kleine Dinge zum Anlass nehmen, um Diskussionen hervorzurufen.“ Für Krenz ergaben sich ansonsten kaum Alternativen zum aktuellen Wirtschaftskurs der Partei. „Wir sollen jetzt nach vorne sehen. Es ist für mich gar keine Frage, ob die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik fortgeführt wird. Sie muss fortgeführt werden, denn sie ist ja der Sozialismus in der DDR!“

Die Aufzeichnungen über die Politbürositzungen aus den 1980er Jahren widerlegen die mitunter anzutreffende Behauptung, dem Politbüro hätten keine realistischen Wirtschaftsdaten über den desolaten Zustand der Wirtschaft vorgelegen.¹⁰⁸ Auch die Erklärung, im Politbüro habe im Angesicht der prekären Wirtschaftslage eisiges Schweigen geherrscht¹⁰⁹, erweist sich im Lichte der Mit-

¹⁰⁸ So antwortete Günter Schabowski auf die Frage, ob er wusste, wie schlecht es um die Wirtschaft der DDR bestellt war: „Wie prekär die Lage war, erfuhren wir erst nach der Absetzung Honeckers.“ Zitiert in: Günter Schabowski im Gespräch mit Frank Sieren, *Wir haben fast alles falsch gemacht. Die letzten Tage der DDR*, Berlin 2009, S. 203.

¹⁰⁹ Vgl. Günter Schabowski, *Das Politbüro. Ende eines Mythos. Eine Befragung*, hrsg. v. Frank Sieren und Ludwig Koehne, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 24f.

schriften Klopfers, Schürers und Wenzels als nicht zutreffend. Nicht nur im „kleinen Kreis“, sondern auch im Politbüro wurde in den Jahren 1987 und 1988 ausgiebig, letztlich jedoch vergeblich, nach Auswegen aus der wirtschaftlichen Katastrophe gesucht. So sah die Führungsriege der Partei dem drohenden wirtschaftlichen Bankrott zwar sehenden Auges entgehen, doch auf wirkliche Alternativen konnte sie nicht zurückgreifen. Auch Schürer konnte im Politbüro kein praktikables und durchsetzbares Wirtschaftskonzept anbieten. Eine Absenkung des Lebensstandards kam für die Politbüromehrheit nicht in Frage, weil dies zu offenen Konflikten mit der Bevölkerung geführt hätte. So wurden die durchaus erkannten und oft diskutierten Ursachen für den wirtschaftlichen Niedergang einfach verdrängt und für den Macherhalt ein hoher ökonomischer Preis bezahlt.

Während der Politbürositzungen fiel der Redebedarf der Mitglieder und Kandidaten unterschiedlich aus. Zu den großen Schweigern gehörte Schabowski. Den Aufzeichnungen zufolge hat er sich nicht ein einziges Mal an den Debatten über die Wirtschaftspolitik beteiligt – auch dann nicht, wenn es um Investitionskürzungen für prestigeträchtige Bauvorhaben in Ost-Berlin ging, die ja sein unmittelbares Tätigkeitsfeld berührten. Grundsätzlich fällt auf, dass sich jene Kandidaten und Mitglieder des Politbüros, die durch ihre Funktion als 1. Sekretär einer Bezirksleitung in diesen Führungskreis gelangten, äußerst selten zu Wort meldeten. Wenn sie sich äußerten, dann nur zu Tagesordnungspunkten, zu denen sie von Honecker direkt angesprochen wurden. Somit dürfte ihr Einfluss auf Grundsatzentscheidungen nur sehr gering gewesen sein.

Neumann ist zu Unrecht als „Poltergeist“ im Politbüro bezeichnet worden. Er trat im Führungszirkel der Partei nur sehr selten in Erscheinung und meldete sich hin und wieder zu Themen zu Wort, die in seinem direkten Zuständigkeitsbereich lagen, so beispielsweise zur desolaten Situation bei der Eisenbahn. Ansonsten nutzte er den Ministerrat und seine Kontakte zum 1. Vorsitzenden, um seinem Unmut über die Unzulänglichkeiten des Wirtschaftssystems Luft zu machen. Hager hingegen trat im Politbüro immer wieder als murrender Kritiker von Investitionskürzungen in seinen Bereich auf und wies wiederholt auf den besorgniserregenden Zustand der Wissenschaft und des Gesundheitswesens hin. Er konnte sich dies offenbar als eines der dienstältesten Politbüromitglieder leisten, ohne befürchten zu müssen, von Honecker gemäßregelt zu werden.

Auch Tisch meldete sich häufig zu Wort. Er brachte wiederholt das angeblich überzogene Anspruchsdenken der Arbeiter zur Sprache, das in krassem Gegensatz zu den Arbeitsleistungen stünde. Mangelnde Arbeitsdisziplin und Moral der Arbeiter in den Betrieben, die eben nicht nach Leistung, sondern nach Anwesenheit bezahlt würden, sah er als entscheidende Ursachen für das Verfehlen der wirtschaftlichen Planziele. Einerseits schob er also den Arbeitern die Schuld an der wirtschaftlichen Misere zu; andererseits verteidigte Tisch als FDGB-Chef aber immer wieder die sozialen Standards, die mit der Sozialpolitik erreicht worden waren. Hier wollte er genau wie Honecker keine Abstriche zulassen.

Krolikowski gehörte zu den großen Opportunisten. Während er geharnischte Denunziationen an die sowjetische Führung verfasste, trat er wie kein anderer im Politbüro mit Lobhudeleien des Parteichefs in Erscheinung. Nach den Aussprachen mit Honecker verunglimpfte Krolikowski diesen in geradezu übler Weise und schwärzte ihn seit 1980 bei allen sowjetischen Parteiführern an. Ob die Berichte für Moskau Honecker selbst zu Ohren kamen, ist nicht bekannt. Wenn ja, hat es Krolikowski zumindest nicht geschadet. Womöglich ließ Honecker ihn gewähren, um über andere Informationskanäle zu erfahren, was andere Politbüromitglieder wirklich über ihn dachten.

Ogleich Mielke über die wirtschaftliche Lage bestens informiert war, meldete er sich zu keinem Zeitpunkt im Politbüro zu Wort. Er schwieg auch, wenn angesichts der katastrophalen Versorgungslage über die Stimmung in der Bevölkerung diskutiert wurde. Die Motive für dieses Schweigen können nur schwer erklärt werden. Mielke gehörte im Unterschied zu Krolikowski, Mittag und Hager nicht zum „kleinen Kreis“. Aufgrund der Informationen der Hauptabteilung XVIII kannte er jedoch die Diskussionen, die dort geführt wurden. Mielke wollte im Politbüro möglicherweise seine Ansichten nicht offen preisgeben, um als stiller Beobachter seine persönlichen Schlussfolgerungen aus diesen Diskussionen für seine Tätigkeit als Minister ziehen zu können. Womöglich sprach Mielke während der vertraulichen Gespräche mit Honecker nach jeder Politbürositzung einige Probleme an, die ihm in den internen Berichten seiner Hauptabteilungsleiter mitgeteilt wurden.

Seit Anfang 1989 glaubte Honecker offenbar selbst nicht mehr an die Möglichkeit, den wirtschaftlichen Niedergang noch aufhalten zu können. Seit dieser Zeit fiel er im Politbüro nur noch mit kraft- und ideenlosen Durchhalteparolen auf. Er nahm die gesellschaftliche Realität lediglich mit bitterem Sarkasmus zur Kenntnis und wusste nicht mehr, wie darauf reagiert werden sollte. Honecker sah allem Anschein nach in Mittag den einzigen Hoffnungsträger, der in der Lage zu sein schien, die wirtschaftliche Katastrophe doch noch abzuwenden. Im Laufe der ersten Monate des Jahres 1989 konnte dann nicht mehr übersehen werden, dass selbst Honecker nicht mehr an seinen Wirtschaftssekretär glaubte. Die Politbüromitglieder erlebten im Frühjahr 1989 während der wöchentlichen Beratungen einen desillusionierten Generalsekretär.¹¹⁰

5. Interne Bilanzen und Eingeständnisse im Angesicht des Untergangs

Im Ministerium für Staatssicherheit und in der für die Volkswirtschaft zuständigen Hauptabteilung XVIII entwickelte man im Frühjahr 1989 düstere Zukunftsprognosen für die DDR-Wirtschaft und analysierte wie auch schon in den Jahren zuvor die Ursachen für die wirtschaftliche Misere. Zum wiederholten Mal machte

¹¹⁰ Vgl. exemplarisch die persönlichen Notizen von Heinz Klopfer über die Beratung im Politbüro am 14. März 1989, in: Archiv BStU, MfS Sekr. Mittag 151, Bl. 114–116.

Hauptabteilungsleiter Kleine völlig zu Recht die fehlenden ökonomischen Voraussetzungen und nicht realisierbare Zielsetzungen für das Scheitern von Honeckers Wirtschafts- und Sozialpolitik verantwortlich. In seinen „persönlichen Anmerkungen“ zur Zahlungsbilanz gegenüber dem westlichen Ausland vom 6. Mai 1989 waren unbequeme Wahrheiten zu lesen, die schon einige Wirtschaftsexperten mehrfach ausgesprochen hatten. Sein Fazit lautete: „Den Beschlüssen des IX. Parteitages wurden nicht realisierbare Zielstellungen zugrunde gelegt, Wunschträume wurden als Realität ausgegeben. Das führte u. a. zur Realisierung sozialpolitischer Maßnahmen, die nicht durch eigene volkswirtschaftliche Leistungen erwirtschaftet wurden.“¹¹¹

Die wirtschaftspolitischen Politbürobeschlüsse der 1980er Jahre, insbesondere die Weichenstellungen des XI. Parteitages im April 1986 zum Ausbau der Mikroelektronik, hielt Kleine für falsch, wobei ihm offenbar die Einschätzungen der Wirtschaftsfunktionäre aus der ZK-Abteilung Planung und Finanzen sowie der SPK vorlagen. Erwartungsgemäß schob Kleine dem Wirtschaftssekretär mit seinem nur ihm unterstellten Bereich Kommerzielle Koordinierung einen Großteil der Schuld zu. Schon seit langem hielt die Hauptabteilung XVIII die operativen Eingriffe Mittags in den Wirtschaftskreislauf für das Grundübel, wenn nach den Ursachen für das Scheitern der Planwirtschaft gesucht wurde. Die Notizen Kleines können insgesamt als eine Generalabrechnung mit der seit 1971 betriebenen Wirtschaftspolitik der SED gelesen werden.

Angesichts des zunehmenden wirtschaftlichen Verfalls war das MfS um Rechtfertigungen gegenüber der Parteiführung bemüht, indem es nachzuweisen versuchte, mit welchem Eifer und welcher Intensität das „Schild und Schwert der Partei“ auf die wirtschaftlichen Missstände aufmerksam gemacht habe. So erinnerte die HA XVIII in ihrer Notiz für Mielke vom Februar 1989 daran, dass allein 1988 ca. 140 Informationen über gravierende Probleme in der Volkswirtschaft der DDR verfasst worden seien, „die bedeutsame Hinweise auf negative volkswirtschaftliche Entwicklungstendenzen enthielten und deren Veränderung zentraler Entscheidungen bedarf“.¹¹² Darüber hinaus hätte die HA XVIII im August 1988 von der ihr unterstellten „Arbeitsgruppe für Organisation und Inspektion beim Ministerrat“ eine umfangreiche Analyse über „die ungünstigen Tendenzen in der Entwicklung der Volkswirtschaft“ erarbeiten lassen, die Stoph übergeben worden sei. Gegenwärtig, so ließ die HA XVIII Mielke wissen, werde im Auftrag von Kleiber an der Aktualisierung der seinerzeit getroffenen Aussagen gearbeitet. Abschließend wiederholte diese MfS-Dienstseinheit ihre schon einmal formulierte Wahrnehmung, „dass die angespannte volkswirtschaftliche Gesamtsituation bei einem zunehmend größer werdenden Teil der Wirtschafts- und Wissenschaftskader zu Pessimismus, Skepsis und Resignation führt“. Zugleich häuften sich die Manipulationen von Wirtschaftsdaten, denen entgegengewirkt werden müsse.

¹¹¹ Persönliche Anmerkungen Kleines vom 6. Mai 1989, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 3331, Bl. 4. Alle folgenden Zitate ebenda.

¹¹² Information der HA XVIII vom 22. Februar 1989, in: ebenda, MfS Sekr. Mittag 151, Bl. 187.

Alles in allem, so liest sich das Resümee dieser Mitteilung an den Minister, habe sich die für die Überwachung der Volkswirtschaft zuständige Hauptabteilung nichts vorzuwerfen. Sie habe rechtzeitig auf den Ernst der Lage aufmerksam gemacht. Doch Lösungen für die in der finalen Krise der Wirtschaft zutage tretenden Probleme blieb auch die HA XVIII schuldig. Mitunter schaltete sich das MfS aktiv in die Produktionssphäre von Teilen der DDR-Wirtschaft, so beispielsweise in der Chemieindustrie, ein, wenn es galt, akute Zuliefer- und Ersatzteilprobleme zu lösen.¹¹³ Insofern trat das MfS zeitweise als regionaler Akteur regulierend in Erscheinung, um planwirtschaftliche Funktionsmängel wenigstens partiell zu kompensieren.¹¹⁴ Einen grundsätzlichen Ausweg aus dem Dilemma der zentralstaatlichen Planwirtschaft, das von den für die Wirtschaft zuständigen Dienststellen des Überwachungsapparates durchaus erkannt wurde, konnte das MfS indes nicht bieten.

Zur Krisenstimmung, die sich jetzt nicht nur unter den Wirtschaftsexperten in Partei und Staat breitgemacht hatte, trugen auch die monatlichen Informationen über die wachsenden Defizite im Außenhandel mit den westlichen Industrieländern bei. Innerhalb des Politbüros gab es dazu unterschiedliche Ansichten. Wie bereits erwähnt, hielten einige Politbüromitglieder die Westverschuldung für das zentrale Problem des Außenhandels und damit der Volkswirtschaft der DDR. Dies hing wesentlich mit der Angst zusammen, die DDR könnte aufgrund von Zahlungsschwierigkeiten vom Westen politisch erpresst werden. Zu diesem Kreis der Bedenkenträger zählte neben Krolkowski, Neumann, Keßler und Mielke auch Stoph. In Anbetracht der Lage, so forderte er auf einer Beratung mit Schürer und seinen Abteilungsleitern am 10. April 1989, müsse „mit aller Offenheit“ über die Konsequenzen gesprochen werden, die sich aus den wachsenden Zinsbelastungen ergäben. „Mit der Geheimniskrämerei auf diesem Gebiet vor dem Kollektiv der Partei- und Staatsführung muss Schluss gemacht werden. Ich erwarte, dass die Genossen Schürer und Höfner in dem Material, was sie dem Politbüro vorzulegen haben, die Grundprobleme offen darlegen.“¹¹⁵

Wenngleich die Politbüromitglieder über den tatsächlichen Umfang der Westverschuldung offenbar falsch unterrichtet wurden¹¹⁶, zeigte die als „geheime Ver-

¹¹³ Vgl. Franz-Otto Gilles/Hans-Hermann Hertle, Stasi in der Produktion. Die „Sicherung der Volkswirtschaft“ am Beispiel der Struktur und Arbeitsweise der Objektdienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in den Chemiekombinaten, in: Klaus-Dietmar Henke/Roger Engelmann (Hrsg.), Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995, S. 118ff. Auf ähnliche Befunde verweist Gunter Gerick: SED und MfS. Das Verhältnis der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt und der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit von 1961 bis 1989, Berlin 2013.

¹¹⁴ Vgl. Hans-Hermann Hertle/Franz-Otto Gilles, Zur Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR-Wirtschaft, in: Renate Hürtgen/Thomas Reichel (Hrsg.), Der Schein der Stabilität – DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker, Berlin 2001, S. 188; Franz-Otto Gilles, *The Rationale of Muddling Through. The Function of the Stasi in the Planned Economy*, Berlin 1997.

¹¹⁵ Redeentwurf Stophs zur Beratung am 10. April 1989, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 19287, Bl. 50.

¹¹⁶ Sie lag kurioserweise nicht höher, sondern deutlich niedriger, als in der Zahlungsbilanz ausgewiesen. Vgl. Armin Volze, Ein großer Bluff? Die Westverschuldung der DDR, in: Deutsch-

schlußsache“ deklarierte Information für das Politbüro über die Entwicklung der Zahlungsbilanz und der Außenwirtschaftsbeziehungen vom 11. August 1989 an, dass – wie schon einmal in den Jahren 1982/83 – die Zahlungsunfähigkeit der DDR drohte. Der Saldo aus Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber westlichen Gläubigern wurde mit dem Stand von Ende Juli mit –37,8 Mrd. VM angegeben – das war eine Zunahme der Auslandsschulden gegenüber dem Jahresbeginn von rund 2 Mrd. VM.¹¹⁷ Nach dem intern zugrunde liegenden Umrechnungskurs belief sich die Nettoverschuldung der DDR in konvertierbaren Devisen somit auf ca. 20,6 Mrd. US-Dollar.¹¹⁸ Die Auslandskredite konnten nur unter größten Mühen besorgt werden, zumal es der DDR-Wirtschaft immer schwerer fiel, die für den Schuldendienst erforderlichen Devisen über den Außenhandel zu erwirtschaften.

Schürer sah die DDR im Sommer 1989 erneut vor der Zahlungsunfähigkeit stehen, was zu langwierigen und für die DDR-Volkswirtschaft schmerzhaften Umschuldungsverhandlungen mit den westlichen Gläubigerbanken geführt hätte. Während der Beratung der von ihm geleiteten Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz des Ministerrates schätzte er am 29. Juni 1989 ein, dass „sich die Entwicklung zur Zahlungsunfähigkeit der DDR gegenüber dem NSW immer deutlicher abzeichnet“. ¹¹⁹ Kein Mensch wisse, so wurde Schürer zitiert, wie die für 1990 notwendigen Bargeldkredite in einer Höhe von über 29 Mrd. VM beschafft werden könnten. Schalck-Golodkowski, der sonst immer als Retter in der Not einsprang, konnte die erforderlichen Summen der „Zwischenfinanzierung“ diesmal nicht annähernd zusichern. Der Parteiapparat schlug jetzt ebenfalls Alarm: „Von der Abteilung Planung und Finanzen des ZK wird ganz offensichtlich der Ernst der Lage hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit der DDR gegenüber dem NSW ebenfalls gesehen.“¹²⁰

Dennoch sah die Mehrheit im Politbüro diese Größenordnung noch nicht als bedrohlich an. Tatsächlich dürfte es zutreffen, dass nicht primär die Devisenverschuldung und ihre Folgen für den desolaten Zustand der DDR-Wirtschaft am Ende der 1980er Jahre verantwortlich waren.¹²¹ Dennoch zog die Verschuldungspolitik schwere volkswirtschaftliche Verluste im Inland nach sich und beschleunigte

land Archiv 29 (1996), S. 711; ders., Zur Devisenverschuldung der DDR, in: Die Endzeit der DDR-Wirtschaft, S. 162.

¹¹⁷ Vgl. die Information über die Entwicklung der Zahlungsbilanz und der Außenwirtschaftsbeziehungen vom 11. August 1989, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 12088, Bl. 39–44.

¹¹⁸ Für die Beurteilung der Diskussionen in der SED-Führung über die Zahlungsbilanz wird hier von den Daten ausgegangen, die in den monatlichen Informationen für das Politbüro zusammengestellt wurden. Es ist daher im Hinblick auf die hier zu beantwortenden Fragen unerheblich, dass in späteren Berechnungen der Deutschen Bundesbank eine wesentlich niedrigere Nettoverschuldung konstatiert wurde. Vgl. Deutsche Bundesbank (Hrsg.), Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, Frankfurt (M.) August 1999.

¹¹⁹ Information des Leiters der Inspektion der SPK, Günter Koch, vom 6. Juli 1989, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 19287, Bl. 222.

¹²⁰ Ebenda.

¹²¹ Vgl. Volze, Zur Devisenverschuldung der DDR, in: Die Endzeit der DDR-Wirtschaft, S. 170.

nigte auf diese Weise den wirtschaftlichen Niedergang. Vor allem ließ der Umfang der inneren und äußeren Verschuldung nunmehr keine durchsetzbaren Handlungsoptionen für das Politbüro zu. Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen des Politbüros waren in ihrer Wirkung stets auf die Perspektive fixiert, solvent zu bleiben und nicht wegen Zahlungsunfähigkeit wirtschaftlich und politisch erpressbar zu werden. Aufgrund dieser Prämisse ließen sich auch alle Lösungsansätze, die unter den Wirtschaftsexperten in den wirtschaftspolitischen Abteilungen des Zentralkomitees und der Staatlichen Plankommission diskutiert wurden, von dem Grundgedanken der Bewältigung der Liquiditätskrise leiten.

Dieser wirtschaftspolitische Grundsatz behielt bis zum Herbst 1989 seine uneingeschränkte Gültigkeit. Ende September 1989 wiesen Planungschef Schürer, Außenwirtschaftsminister Beil, Ko-Ko-Chef Schalck-Golodkowski, die stellvertretende Finanzministerin König sowie der Präsident der Deutschen Außenhandelsbank Polze noch einmal eindringlich auf die politischen und ökonomischen Folgen einer Zahlungsunfähigkeit der DDR hin: „Die bedingungslose Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Republik ist die entscheidende Voraussetzung für die politische Stabilität der DDR und die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Eine Nichteinhaltung eingegangener Rückzahlungsverpflichtungen aus Krediten oder eine nicht termingemäße Bezahlung von Zinsen würde zur Einstellung der gesamten Kreditgewährung kapitalistischer Banken führen. Damit würden auch keine Kredite mehr für den Import der DDR zur Verfügung stehen. Das beweist das Beispiel von Polen. Die VR Polen hat nachweislich seit Einstellung der Zahlungen 1981 keine neuen Kredite von kapitalistischen Banken mehr erhalten. Importe können nur durchgeführt werden, wenn sie aus Exporteinnahmen oder Devisenreserven bar bezahlt werden können. Umschuldungsabkommen, wie sie früher üblich waren, gibt es nicht mehr. Seit Jahren werden Umschuldungsabkommen durch kapitalistische Banken nur noch unter Mitwirkung des IWF abgeschlossen. Voraussetzung für eine mögliche Umschuldung ist die Einhaltung von Auflagen, die der IWF erteilt. Der Frage der Sicherung der Zahlungsfähigkeit der Republik ist deshalb unter politischem und ökonomischem Aspekt oberste Priorität einzuräumen.“¹²²

Deshalb, so lautete die abschließende Schlussfolgerung, käme man um eine deutliche Reduzierung der gesellschaftlichen und individuellen Konsumtion nicht herum. Das hatte Schürer allerdings seit Mitte der 1970er Jahre gefordert und war damit stets am Generalsekretär und der Politbüromehrheit gescheitert. Wenngleich sich jetzt Beil, Schalck und offenbar auch Mittag an die Seite Schürers stellten, hatten sich die Aussichten für die Akzeptanz eines rigiden Sparprogramms anscheinend kaum verbessert.

Wenige Tage vor dem Sturz Honeckers, am 11. Oktober 1989, diskutierte das Politbüro letztmalig in der bisherigen Zusammensetzung die Staatsverschuldung.

¹²² Gerhard Schürer/Gerhard Beil/Alexander Schalck/Herta König/Werner Polze, Ausarbeitung zur NSW-Zahlungsbilanz vom 28. September 1989, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 7726, Bl. 5f.

Grundlage der Debatte war eine Information der Arbeitsgruppe Zahlungsbilanz des Ministerrates, die die Gesamtverschuldung gegenüber westlichen Gläubigern mit 41,8 Mrd. VM bezifferte.¹²³ Als Konsequenz daraus forderte die Arbeitsgruppe wirtschaftspolitische Korrekturen, die auf eine Umverteilung der Staatsausgaben zugunsten exportorientierter Industriezweige hinausliefen. Honecker beharrte im Politbüro dagegen auf seinem bekannten Standpunkt: Eine Reduzierung der Verschuldung mit Hilfe eines drastischen Sparprogramms käme seiner Ansicht nach nur in Betracht, wenn dadurch die Versorgung der Bevölkerung nicht beeinträchtigt werde.¹²⁴ Somit gab der Generalsekretär noch einmal zu verstehen, dass es mit ihm an der Spitze der Partei keinen wirtschaftspolitischen Kurswechsel geben werde.

Nicht nur die unkontrollierte Devisenverschuldung verschärfte die wirtschaftlichen Probleme. Auch die Staatsausgaben im Inland waren aus den Fugen geraten. Erstmals konnten zum Jahreswechsel 1987/88 die fälligen Zahlungen aus dem Staatshaushalt an das nationale Kreditsystem im Umfang von 3,7 Mrd. Mark nicht geleistet werden.¹²⁵ Damit wurde durch den Staatshaushalt auch in der Binnenwirtschaft mehr verteilt, als durch Einnahmen aus Gewinnen und Steuern zur Verfügung stand. Diese Entwicklung hatte seitdem zu einer beträchtlichen Ausweitung des Geldumlaufs beigetragen und die Stabilität der Währung untergraben. Der Zustand des Staatshaushalts und des gesamten Kreditsystems der DDR brachte die bislang nur intern murrenden Wirtschaftsfunktionäre zu der Erkenntnis, dass sich das Scheitern von Honeckers Strategie der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ nun nicht länger verdrängen ließ.

Nach dem Sturz Honeckers erteilte das Politbüro einer Arbeitsgruppe den Auftrag, der SED-Führung eine detaillierte Gesamtanalyse über die wirtschaftliche Lage der DDR vorzulegen.¹²⁶ Derartige Analysen gab es zwar bereits in mehreren Versionen in den Jahren zuvor, jetzt aber wollte der neue Generalsekretär Krenz die ungeschönten Daten über die prekäre wirtschaftliche Lage nicht nur im „kleinen Kreis“, sondern im gesamten Politbüro offen verhandeln. Hierzu mussten die Statistiken allen Mitgliedern des Politbüros bekannt gemacht werden. Aufgrund früherer Analysen, von denen die meisten Politbüromitglieder durchaus Kenntnis hatten, konnten Arno Donda, Leiter der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Ernst Höfner, Minister der Finanzen, Gerhard Beil, Minister für Außenhandel, Alexander Schalck-Golodkowski, Leiter des Bereichs Kommerzielle Koordinierung, und der Chef der SPK, Gerhard Schürer, bereits am 30. Oktober

¹²³ Vgl. die Information zur Entwicklung der Zahlungsbilanz gegenüber dem NSW im Zeitraum 1986 bis 1990 vom 11. Oktober 1989, in: ebenda, MfS HA XVIII 7318, Bl. 79.

¹²⁴ Vgl. die Information über die Sitzung des Politbüros am 10./11. Oktober 1989 vom 12. Oktober 1989, in: ebenda, Bl. 87-90.

¹²⁵ Vgl. die Analyse von Ernst Höfner und Horst Kaminsky über die Stabilität der Währung der DDR vom 6. Oktober 1988, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 19286, Bl. 52.

¹²⁶ Vgl. das Protokoll Nr. 45/89 der Sitzung des Politbüros am 24. Oktober 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2354.

1989 die geforderte detaillierte Gesamtanalyse über die wirtschaftliche Lage vorlegen¹²⁷, über die bereits mehrfach publiziert worden ist.¹²⁸

Die „Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen“, die dem Politbüro auf seiner Sitzung am 31. Oktober 1989 präsentiert wurde¹²⁹, dokumentierte das ökonomische Scheitern von Honeckers Wirtschaftspolitik mit niederschmetternden Statistiken. Die Experten stellten unter anderem fest, dass seit 1971 in der Volkswirtschaft der Konsum schneller als die Leistungen gewachsen waren und insgesamt mehr verbraucht als aus eigener Produktion erwirtschaftet wurde. Das habe zu einer stetig wachsenden Verschuldung des Landes gegenüber dem „Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet“ geführt. Mit ihren Valuta-einnahmen könne die DDR gegenwärtig nur noch 35 Prozent ihrer Valuta-ausgaben decken, die für Kredittilgungen, Zinszahlungen und Importe erforderlich seien. Somit müssten 65 Prozent der Ausgaben durch die Aufnahme neuer Kredite finanziert werden. Das Verhältnis der fälligen Kredittilgungen und Zinszahlungen zum Jahreexport, die sogenannte Schuldendienststrategie, die 1972 mit etwa 25 Prozent des Jahreexportvolumens noch absolut im Bereich solider Finanzwirtschaft gelegen habe, betrage nunmehr 150 Prozent des Jahreexports. Das habe unabsehbare Folgen für die Einschätzung der Kreditwürdigkeit der DDR durch westliche Banken.

Neben einer Reihe von – allerdings nicht kurzfristig Erfolg versprechenden – Maßnahmen hielten es die Wirtschafts- und Finanzexperten für unabdingbar, zum Erhalt der Zahlungsfähigkeit der DDR mit der Regierung der Bundesrepublik über Finanzkredite in Höhe von zwei bis drei Mrd. VM zu verhandeln.¹³⁰ Für den Fall, dass die Bundesregierung den Kreditwünschen der DDR zunächst nicht entsprechen wolle, schlugen die Autoren des Papiers vor, der Bundesrepublik eine erweiterte wirtschaftliche Kooperation anzubieten. Diesem Vorschlag lagen vorherige Überlegungen Schürers über ein umfassendes Programm der ökonomischen Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik zugrunde, womit ein Kreditwunsch der DDR in Höhe von 8 bis 10 Mrd. VM verbunden war.¹³¹ Als Tauschmittel für neue Kredite brachte Schürer am 31. Oktober 1989 im Politbüro den Fall der Mauer ins Gespräch. In seinen einführenden Bemerkungen zur vorgelegten Analyse verwies er im Politbüro zwar in etwas verklausulierter Form, doch

¹²⁷ Gerhard Schürer/Gerhard Beil/Alexander Schalck/Ernst Höfner/Arno Donda, Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen vom 30. Oktober 1989, in: ebenda, DY 30/5195.

¹²⁸ Die Ausarbeitung wurde erstmals veröffentlicht in: Deutschland Archiv 25 (1992), S. 1112–1120. Vgl. Hans-Hermann Hertle, Der ökonomische Untergang des SED-Staates, in: ebenda, S. 1019–1030; Maria Haendcke-Hoppe-Arndt, Wer wußte was? Der ökonomische Niedergang der DDR, in: Deutschland Archiv 28 (1995), S. 594f.

¹²⁹ Vgl. das Protokoll Nr. 47/89 der Sitzung des Politbüros am 31. Oktober 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2356.

¹³⁰ Vgl. die Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen in: ebenda, DY 30/J IV 2/2A/3252.

¹³¹ Vgl. Hans-Hermann Hertle, Die DDR an die Sowjetunion verkaufen? Stasi-Analysen zum ökonomischen Niedergang der DDR, in: Deutschland Archiv 42 (2009), S. 485; ders.: Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen 1996, S. 461.

relativ freimütig auf die Überlegung, die Mauer zum Tausch gegen Kredite zur Disposition zu stellen: „Auf der letzten Seite sind wir bis zur großen Politik der Form der Staatsgrenze gegangen. [...] Diese Gedanken sollen aufmerksam machen, dass wir jetzt vielleicht für solche Ideen noch ökonomisches Entgegenkommen der BRD erreichen können.“¹³² In der vom Politbüro am 31. Oktober 1989 bestätigten Analyse findet sich diese Passage jedoch nicht mehr.¹³³ Der Gedanke, als letzten Ausweg auf Mauer, Stacheldraht und martialisches Grenzregime zu verzichten, um mit Krediten vom Klassenfeind die Überlebensfähigkeit der DDR zu retten, ging Egon Krenz offensichtlich zu weit.¹³⁴

Eine Woche später, am 7. November 1989, brachte Schürer erneut das Tauschgeschäft ins Gespräch und betonte den dringenden Verhandlungsbedarf gegenüber der Bundesrepublik, zumal er die Kosten für die „billigste Variante“ des im Politbüro an diesem Tag diskutierten Reisegesetzes¹³⁵ auf 3,5 Mrd. VM bezifferte. Und warnend fügte er hinzu: „Es droht die Zahlungsunfähigkeit der DDR noch im Jahre 1990.“¹³⁶ Das quantitative Ausmaß der für nötig erachteten Kredithilfe aus der Bundesrepublik nannte Schürer freilich nicht. Mit dem Fall der Mauer in der Nacht vom 9. zum 10. November hatte diese Option jedoch keine tragfähige Grundlage mehr. Für ein ökonomisches Entgegenkommen konnten der Bundesrepublik nunmehr keine zwingenden politischen Zugeständnisse in Aussicht gestellt werden.

Wenngleich das Schuldenproblem nachhaltige negative Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft der DDR hatte, war das ökonomische Desaster nicht primär durch die Westverschuldung verursacht worden. Zweifellos hat die seit 1972 proklamierte und dann seit Anfang der 1980er Jahre bedingungslos durchgesetzte Exportoffensive zu dauerhaften Schäden für die DDR-Volkswirtschaft geführt.¹³⁷ Allein mit der Entwicklung der Außenhandelsbilanz und der Verschuldungsspirale kann das Scheitern der Wirtschaftspolitik jedoch nicht hinreichend erklärt werden.¹³⁸ Eine bedeutende Rolle für den Niedergang der DDR-Wirtschaft in den

¹³² Gerhard Schürer, Bemerkungen im Politbüro am 31. Oktober 1989, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 245/90, Bd. 14. Zitiert auch bei: Hertle, Die DDR an die Sowjetunion verkaufen?, S. 485.

¹³³ Vgl. das Protokoll Nr. 47/89 der Sitzung des Politbüros am 31. Oktober 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2356. Vgl. auch Hans-Hermann Hertle, Die DDR-Wirtschaft am Ende. Schürers Schlussbilanz an das SED-Politbüro im Herbst 1989, in: Franz-Josef Schlichting/Hans-Joachim Veen (Hrsg.), Der Anfang vom Ende 1989. Schlussbilanz der DDR-Diktatur, Erfurt 2009, S. 46.

¹³⁴ Vgl. Hans-Hermann Hertle, Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, Berlin 1997, S. 92 ff.

¹³⁵ Vgl. das Protokoll Nr. 49/89 der Sitzung des Politbüros am 7. November 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2358.

¹³⁶ Gerhard Schürer, Bemerkungen im Politbüro am 7. November 1989, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 245/90, Bd. 14.

¹³⁷ Vgl. Ralf Ahrens, Außenwirtschaft in der Schuldenfalle, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), Revolution und Vereinigung 1989/90, S. 104–112.

¹³⁸ Vgl. André Steiner, Faktoren des wirtschaftlichen Niedergangs der DDR, in: Deutschland Archiv 42 (2009), S. 459–465.

1980er Jahren spielte der Verzicht auf Investitionen außerhalb der Schwerpunktzweige. In vielen Zweigen der Wirtschaft waren die Ausrüstungen (Maschinen und Anlagen) sowie die Werksgebäude veraltet und die Betriebe lebten von der Substanz.¹³⁹ Auch in den exportorientierten Industriezweigen, die punktuell stark gefördert wurden, sanken in den 1980er Jahren die Zuwachsraten der Industrieproduktion.¹⁴⁰ Die zunehmende Wachstumsschwäche konnte in den Planentwürfen Schürers zwar stets kritisch benannt werden. Darüber, wie sie strukturell überwunden werden könnte, schwiegen sich die Plankommission und die wirtschaftspolitischen Abteilungen des Zentralkomitees jedoch aus. Auf dem Wege einer rigorosen Umverteilung der Mittel durch die zentrale Planung konnten die Strukturprobleme auf Dauer nicht bewältigt werden.¹⁴¹

Insgesamt zeigte sich schon am Ende der 1970er Jahre, dass das Konzept, die kostspielige Sozialpolitik aus einem starken Wirtschaftswachstum heraus zu finanzieren, wegen der leistungsschwachen Wirtschaft nicht funktionierte. Insofern beruhten alle ökonomischen Annahmen, von denen aus das Politbüro seit 1971 seine Wirtschafts- und Sozialpolitik konzipierte, in weiten Teilen auf wirtschaftspolitischen Fehleinschätzungen und Irrtümern. Letztlich führten neben wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen die systembedingten Strukturfehler der zentralstaatlichen Planwirtschaft zu der finalen Krise, in die die Wirtschaft im Laufe der 1980er Jahre hineinrutschte.¹⁴² Eine wesentliche Rolle spielten sicherlich auch die komplizierten Entwicklungen auf dem Weltmarkt, in die die DDR-Wirtschaft trotz aller Autarkieversuche stark eingebunden war. Die von Mittag propagierte Strategie der Weltmarktintegration gelang nicht, obwohl die DDR versuchte, Anschluss an die internationale Technologieentwicklung zu finden. Diese Bemühungen liefen weitgehend ins Leere, weil die SED-Führung nicht bereit war, die sozialen und politischen Verhältnisse den Erfordernissen moderner Technologien anzupassen.¹⁴³ Partei- und Planbürokratie schufen eben keine günstigen strukturellen Voraussetzungen, die importierten Technologien erfolgreich zu nutzen. So blieben die erhofften Effekte trotz immenser Förderung der

¹³⁹ Vgl. Lothar Baar/Uwe Müller/Frank Zschaler, Strukturveränderungen und Wachstumsschwankungen. Investitionen und Budget in der DDR 1949 bis 1989, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1995/2, S. 51.

¹⁴⁰ Vgl. Albrecht Ritschl, Aufstieg und Niedergang der Wirtschaft der DDR: Ein Zahlenbild 1945–1949, in: ebenda, S. 14.

¹⁴¹ Vgl. Steiner, Die DDR-Volkswirtschaft am Ende, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90*, S. 125 f.

¹⁴² Vgl. André Steiner, Möglichkeiten und Grenzen einer Planwirtschaft, in: Helga Schultz/Hans-Jürgen Wagener (Hrsg.), *Die DDR im Rückblick. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur*, Berlin 2007, S. 135–153; ders., Zwischen Konsumversprechen und Innovationszwang. Zum wirtschaftlichen Niedergang der DDR, in: Konrad Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.), *Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR*, Göttingen 1999, S. 153–192.

¹⁴³ Vgl. Steiner, Von Plan zu Plan, S. 226; Harry Maier, Die Innovationsträgheit der Planwirtschaft in der DDR, in: *Deutschland Archiv* 26 (1993), S. 806–818; Gernot Gutmann, *Die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft. Ausgangslage, Handlungserfordernisse, Perspektiven*, Berlin 1995.

Mikroelektronik aus.¹⁴⁴ Innerhalb der Apparate in Partei und Staat kam man nicht auf den Gedanken, dass in modernen Gesellschaften wirtschaftliches Wachstum und wissenschaftliche Leistungsfähigkeit überwiegend auf nicht sicher planbarer und voraussehbarer Innovation beruht. Das planwirtschaftliche System, so wie es bis zum Ende der DDR existierte, war darum eher ein Hemmnis als ein Vehikel wirtschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Innovation.¹⁴⁵

Die Abwärtsspirale der DDR-Wirtschaft hätte wahrscheinlich nur gestoppt werden können, wenn es zu einer Abkehr vom System zentralstaatlicher Planung und zu einem konsequenten wirtschaftspolitischen Umsteuern gekommen wäre. Einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel hätten die SED-Wirtschaftsfunktionäre bis Mitte der 1980er Jahre hinein wohl noch mitgetragen, die Mehrzahl der Beschäftigten indes nicht, denn dieser wäre mit schmerzhaften Einschnitten in die Lebensverhältnisse verbunden gewesen. Im Herbst 1989 hatte nicht nur das Volk, sondern auch ein Großteil der Wirtschaftsfunktionäre in Partei und Staat den Glauben an die Reformfähigkeit des bestehenden Planungs- und Wirtschaftssystems verloren. Damit war eine zentrale Säule der SED-Herrschaft aufgeweicht. Das Ausmaß der inneren Erosion im Herrschaftsapparat der Partei bildete einen entscheidenden Faktor für den rasanten Zusammenbruch der SED-Herrschaft im Herbst 1989.

¹⁴⁴ Vgl. Klenke, Ist die DDR an der Globalisierung gescheitert?, S. 111.

¹⁴⁵ Vgl. Hans-Jürgen Wagener, Zur Innovationsschwäche der DDR-Wirtschaft, in: Johannes Bär/Dietmar Petzina (Hrsg.), Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen, Berlin 1996, S. 21–48; Gernot Gutmann, In der Wirtschaftsordnung der DDR angelegte Blockaden und Effizienzhindernisse für die Prozesse der Modernisierung, des Strukturwandels und des Wirtschaftswachstums, in: Die Endzeit der DDR-Wirtschaft, S. 1–47.

VII. Der Zusammenbruch der SED und ihrer Herrschaft

1. Der unaufhaltsame Niedergang

Die SED-Führung stand seit Beginn des Jahres 1989 nicht nur dem wirtschaftlichen Niedergang ratlos gegenüber. Sie wurde auch mit bislang nicht gekannten Dimensionen und Formen des politischen Protestes sowie des Aufbegehrens gegen politische Willkür konfrontiert, auf die die Honecker-Führung zwar mit den bekannten Herrschaftspraktiken reagierte, die sie aber nicht mehr eindämmen und beherrschen konnte. Im Jahr 1989 entwickelte sich Leipzig, ausgehend von den montäglichen Friedensgebeten in der Nikolaikirche, immer mehr zum Zentrum öffentlicher Demonstrationen von Bürgern, die Verbesserungen und Reformen in der DDR forderten, ihre Heimat jedoch nicht verlassen wollten. Am 15. Januar 1989 zogen mehrere hundert Demonstranten durch Leipzig und forderten Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit. In den Kirchen, die als ein Schutzraum für oppositionelle Gruppen dienten, trafen sich Menschen mit unterschiedlichen Anschauungen, die für eine demokratische und humane Gesellschaft eintraten. Die Forderungen nach Ausreise verbanden sich mit den Anliegen der politischen Opposition zu einer explosiven Mischung, die die Herrschaft der SED ins Wanken brachte.¹

Verärgerung und Empörung in der Bevölkerung nahmen noch zu, als die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 veröffentlicht wurden, die eindeutig nur mit Hilfe von unverfrorenen Wahlfälschungen zustande gekommen waren. Die Auszählung der Ergebnisse in den Wahllokalen wurde vielerorts durch Angehörige von Wohnbezirksausschüssen (WBA) der Nationalen Front, kirchlichen Basisgruppen und politischen Aktivisten beobachtet, die vielfach Verfälschungen des Wahlergebnisses dokumentierten und den Vorwurf der „Wahlfälschung“ erhoben.² Die Wahlkommission der DDR unter Vorsitz von Politbüromitglied Egon Krenz stellte jedoch „nach Überprüfung aller Unterlagen“ im Gegensatz zu vielen kirchlichen und unabhängigen Basisgruppen „keine gravierenden Unregelmäßigkeiten“ fest. Die Wahlbeteiligung gab sie mit 98,78 Prozent, die Zahl der ungültigen Stimmen mit 0,09 Prozent und die der Neinstimmen mit 1,15 Prozent an. Mehrere Gruppen wandten sich daraufhin mit Eingaben an den Staatsrat unter Vorsitz Honeckers und baten um eine Überprüfung der von ihnen festgestellten „sachlichen Unrichtigkeiten der Auszählungsergebnisse“. Die Abwei-

¹ Vgl. Ehrhart Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Berlin 1997; Thomas Klein, „Frieden und Gerechtigkeit!“ Die Politisierung der Unabhängigen Friedensbewegung in Ost-Berlin während der 80er Jahre, Köln 2007.

² Vgl. Stefan Wolle, *Die heile Welt der Diktatur – Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989*, Berlin 1998, S. 306–308; Ilko-Sascha Kowalczyk, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, München 2009, S. 326 ff.

chungen regionaler Auszählungsergebnisse von den veröffentlichten amtlichen Endergebnissen bewegten sich bei den Nein-Stimmen um die 20 Prozent.³ Örtliche Initiativen, aber auch kirchliche Dienststellen erstatteten ungeachtet staatlicher Repressionen Anzeigen beim Generalstaatsanwalt der DDR gegen örtliche Wahlkommissionen.

Der öffentliche Bürgerprotest gegen die Wahlfälschungen nahm bisher ungekannte Ausmaße an. Er brachte Ausreisewillige und oppositionelle Gruppen zusammen. Auf diese Weise trugen die Kommunalwahlen nicht zur Stabilisierung des Systems bei, sondern förderten den Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Die gezielt vorbereiteten Wahlkontrollaktionen der Basisgruppen vor Ort dienten insbesondere dazu, diese Wahl als staatliche Farce zu entlarven, entwickelten sich darüber hinaus zu einem dauerhaften Krisenherd im bröckelnden Herrschaftssystem der SED. Die Fälschung der Kommunalwahlen spielte dann im Herbst 1989 noch einmal eine Rolle, als auch unter SED-Mitgliedern nach den Urhebern und Auftraggebern der Manipulationen gefragt wurde.

Den lautstarken Bürgerprotest gegen die Wahlfälschungen bezeichnete die SED-Führung auf der 8. Tagung des Zentralkomitees in der zweiten Junihälfte 1989 in der üblichen Weise als „Provokationen von Vertretern bestimmter Gruppen“. Dies förderte in den SED-Grundorganisationen Enttäuschung, Resignation, Verzweiflung und zunehmendes Unverständnis darüber, dass die starrsinnige Parteiführung die wirkliche Stimmung nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch in den unteren Parteigliederungen nach den Kommunalwahlen beharrlich ignorierte. Die erregten Debatten in der Bevölkerung und in den Parteiorganisationen spielten auf der ZK-Beratung am 22./23. Juni erwartungsgemäß keine Rolle. Stattdessen nutzte die SED-Führung die 8. ZK-Tagung zum Tribunal gegen Hans Modrow, den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden, der bereits im Vorjahr im Zentrum interner Anfeindungen einiger Politbüromitglieder gestanden hatte.⁴ In dem von Joachim Herrmann, ZK-Sekretär für Agitation und Propaganda, am 22. Juni 1989 erstatteten Bericht des Politbüros wurde die Führungstätigkeit der Bezirksleitung Dresden massiv kritisiert. Herrmann informierte über die Ergebnisse der Tätigkeit einer „Arbeitsgruppe des Zentralkomitees“, die unter Leitung Mittags gebildet und in den sächsischen Bezirk entsandt worden war.⁵

Die Arbeitsgruppe war auf der Grundlage interner Untersuchungen von Mittag am 7. Februar 1989 im Politbüro initiiert und eingesetzt worden, weil es Modrow in einem Monatsbericht vom Januar 1989 gewagt hatte, die geforderten Bauleistungen des Bezirkes Dresden für das „Berlin-Programm“ als nicht gerechtfertigt zu kritisieren.⁶ Zwar fiel die Kritik Modrows am Ost-Berliner Bauprogramm, das von den Bezirken Material und Arbeitskräfte in bedeutenden Größenordnungen

³ Vgl. Klein, „Frieden und Gerechtigkeit“, S. 457.

⁴ Vgl. zur „Strafexpedition“ des ZK im Bezirk Dresden 1989: Mario Niemann, Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952–1989, Paderborn 2007, S. 325–336.

⁵ Vgl. den Bericht des Politbüros von Joachim Herrmann, in: Protokoll der 8. Tagung des ZK am 22./23. Juni 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/697.

⁶ Vgl. Hans Modrow, Ich wollte ein neues Deutschland, Berlin 1998, S. 245.

abzog, relativ harmlos aus. Doch Mittag vermutete in dem Monatsbericht einen versteckten Angriff auf die Wohnungspolitik des Politbüros. Modrow musste an diesem Tag im Politbüro persönlich Rede und Antwort stehen. Mittag, der ein Exempel statuieren wollte, kritisierte im Politbüro vor allem das angebliche Versagen der Bezirksleitung Dresden, das Wohnungsbauprogramm wie geplant umzusetzen. Honecker, der sich vehement gegen die von Modrow befürwortete Restaurierung der Dresdener Altstadt und insbesondere des im Krieg zerstörten Königspalastes aussprach, sah die Ursache der Rückstände im Wohnungsbau in einer falschen Prioritätenliste der Bezirksleitung begründet: „Die Menschen werden nicht fragen: Wie ist das mit dem Königsplatz, sondern wie ist das mit den Wohnungen?“⁷ Der Dresdener Bezirkschef wurde im Politbüro in ungewöhnlich heftiger Weise von Honecker und Mittag attackiert. Honecker behauptete wahrheitswidrig, nur im Bezirk Dresden könne die Wohnungsfrage nicht gelöst werden, in allen anderen Bezirken gebe es keine Schwierigkeiten, und fügte hinzu: „In Dresden ist auch die stärkste Konzentration von Ausreiseersuchenden. Wenn wir alle antragstellenden Ärzte ausreisen lassen würden, dann bräche das Gesundheitswesen in Dresden zusammen.“ Nach der rituellen Selbstkritik Modrows erteilte ihm der SED-Chef den Ratschlag: „Kümmert Euch nicht um die Paläste, kümmert Euch um die Wohnungen der Arbeiter.“⁸

Das Politbüro behandelte am 28. Februar 1989 den Bericht der Arbeitsgruppe, in dem der Bezirksleitung eklatante Mängel in der „politischen Führungstätigkeit“ vorgeworfen wurden. Honecker gab anschaulich zu verstehen, wie er die Lage grundsätzlich einschätzte: Das Politbüro fasse die richtigen Beschlüsse, die regionalen Leitungen der Partei seien aber nicht in der Lage, diese in der notwendigen Konsequenz umzusetzen.⁹ Das Beispiel Dresden diene ihm dabei als willkommenes Lehrstück. Demzufolge könne es auch keinen Grund geben, über Änderungen am Kurs der Parteiführung nachzudenken. Das entsprach auch der Auffassung Mittags: Alles käme nur darauf an, die entsprechende Härte bei der Umsetzung der Führungsbeschlüsse zu zeigen. Er ging offenbar noch immer davon aus, dass allein mit politischen Appellen die Probleme gelöst werden könnten. Honecker demonstrierte zum Abschluss des Strafgerichts über die SED-Bezirksleitung Dresden noch einmal, wie er auf interne Kritik an Führungsbeschlüssen zu reagieren pflegte: Der Leitspruch, „wo ein Genosse ist, da ist auch die Partei“, erfordere seiner Ansicht nach, dass die Partei ein Kampfbund von Gleichgesinnten zu sein habe und nicht von Nörglern. Wo immer davon abgegangen werde, da entstände „Verwirrung bei den Menschen“. Nötig sei dementsprechend „Entschlossenheit und mannhaftes Auftreten“. Mit diesem grundsätzlichen Ansatz glaubten Honecker und das Politbüro, die eskalierende Erosion der eigenen Machtbasis aufhalten zu können.

⁷ Aufzeichnung von Wolfgang Herger über die Sitzung des Politbüros am 7. Februar 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039/70, Bl. 2.

⁸ Ebenda, Bl. 3.

⁹ Vgl. die handschriftlichen Notizen von Egon Krenz über die Sitzung des Politbüros am 28. Februar 1989, in: ebenda, Bl. 68 f.

Die öffentliche Abstrafung Modrows auf der ZK-Tagung im Juni 1989 konnte als deutliches Signal an die Bezirksleitungen der Partei verstanden werden, dass die Parteiführung Kritik an Führungsbeschlüssen, auch wenn sie in den regulären Monatsberichten der 1. Bezirkssekretäre nur vorsichtig formuliert war, auch künftig nicht dulden werde.¹⁰ Auf diese Weise konnten im Frühsommer 1989 die Bezirksleitungen noch formal diszipliniert werden. Die Wirkung nach innen war jedoch verheerend, denn die Demütigung Modrows hatte gezeigt, wie kopf- und hilflos die Honecker-Führung auf die in allen Bezirken eskalierenden Probleme reagierte. Modrow verblieb vermutlich nur deshalb weiter im Amt, weil Honecker hämische Kommentare in der Westpresse vermeiden wollte. Schon seit längerem wurde der Dresdener Bezirkschef in den westdeutschen Medien als Hoffnungsträger und Nachfolger Honeckers gehandelt.

Der innenpolitische Druck auf die SED-Führung nahm im Sommer 1989 beträchtlich zu, als sich die Parteispitze stärker als je zuvor an den Verpflichtungen der Wiener KSZE-Folgekonferenz zur Achtung der Menschen- und Bürgerrechte messen lassen musste.¹¹ Die DDR erkannte mit der Unterzeichnung des Wiener Abschlussdokuments im Januar 1989 den Grundsatz an, „dass es jedermann freisteht, jedes Land einschließlich seines eigenen zu verlassen und in sein Land zurückzukehren“.¹² Die Forderungen nach menschlichen Erleichterungen hinsichtlich Reisen, Information und Kulturaustausch wurden daraufhin immer lauter.¹³ Viele Ausreisewillige waren über die seit Januar 1989 geltende Reiseverordnung enttäuscht, weil sie hinter der bisherigen Praxis zurückblieb.¹⁴ Die neuen bürokratischen Regelungen waren ihnen eher Anlass zu Pessimismus und Sorge, zumal es für „Anträge auf Übersiedlung von Bürgern der DDR in die BRD und nach Westberlin“ noch immer schwer zu überwindende Hürden gab und die Antragsteller mit behördlichen Schikanen und beruflicher Diskriminierung rechnen mussten. Nach einer vertraulichen Information des Ministers des Innern, Friedrich Dickel, für Egon Krenz vom 1. Juni 1989 hatten auf der Grundlage der neuen Reiseverordnung im Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Mai 1989 insgesamt 113 588 Bürger der DDR einen „Antrag auf ständige Ausreise nach der BRD und nach Westberlin“ gestellt.¹⁵ Nach Angaben Dickels wurden die Ausreiseanträge von

¹⁰ Vgl. Niemann, Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen, S. 334.

¹¹ Vgl. Walter Süß, Die Wiener KSZE-Folgekonferenz und der Handlungsspielraum des DDR-Sicherheitsapparates 1989, in: Matthias Peter/Hermann Wentker (Hrsg.), Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990, München 2012, S. 219–232.

¹² Zitiert in: ebenda, S. 221f.

¹³ Vgl. Walter Süß, Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, Berlin 1999, S. 142ff.

¹⁴ Vgl. die Verordnung für „Reisen von Bürgern der DDR nach dem Ausland“ vom 30. November 1988, in: Gesetzblatt der DDR, Teil I/1988, S. 271. Sie regelte nicht nur Dienst-, Touristen- und Privatreisen, sondern auch „ständige Ausreisen“, also Übersiedlungen in den Westen.

¹⁵ Information Dickels für Krenz über „die Entwicklung der Antragstellung auf ständige Ausreise nach der BRD und nach Westberlin“ vom 1. Juni 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039/309.

9429 Bürgern (= 8,3 Prozent) abgelehnt und von 24 553 Bürgern (= 21,6 Prozent) genehmigt. Bei 78 432 Bürgern (= 59,1 Prozent) sei die Bearbeitung der Anträge auf „ständige Ausreise“ noch nicht abgeschlossen.

Jene, die an keine innenpolitischen Veränderungen mehr glaubten und die DDR so schnell wie möglich verlassen wollten, sahen sich durch eine Äußerung Honeckers Mitte Januar auf einer Tagung des Thomas-Müntzer-Komitees der DDR, das die Feierlichkeiten zum 500. Geburtstag des „frühbürgerlichen Revolutionärs“ vorbereitete, provoziert. Als Reaktion auf Äußerungen westlicher Politiker zur Berliner Mauer, die als Relikt des Kalten Krieges bezeichnet wurde, sagte der SED-Chef, der 1989 auf seine traditionelle Rede vor den 1. Sekretären der SED-Kreisleitungen verzichtete: Die Mauer werde „so lange bleiben, wie die Bedingungen nicht geändert werden, die zu ihrer Errichtung geführt haben. Sie wird in 50 und auch in 100 Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt sind. Das ist schon erforderlich, um unsere Republik vor Räubern zu schützen, ganz zu schweigen von denen, die gern bereit sind, Stabilität und Frieden in Europa zu stören.“¹⁶ Das konnte nur als provokante Drohung nach innen verstanden werden. Immer mehr Enttäuschte suchten ihr Heil in der Flucht aus der DDR und drangen in ihrer Verzweiflung in die Bonner Ständige Vertretung in Ost-Berlin sowie in die Botschaften der Bundesrepublik in Prag, Budapest und Warschau ein und forderten ihre Übersiedlung in den Westen. Nachdem Ungarn im Mai 1989 begonnen hatte, die Grenzanlagen abzubauen und Ende Juni 1989 seine Grenze zu Österreich öffnete, setzte ein wahrer Massen-Exodus ein, dem die SED-Führung nichts mehr entgegensetzen konnte.

Im Sommer 1989 dokumentierte die Parteiführung durch eisiges Schweigen, dass sie die wirklichen Probleme im SED-Staat beharrlich ignorierte. Am 7. und 8. Juli 1989 trafen sich in Bukarest die Partei-, Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts. Dort proklamierte Gorbatschow die „eigenständige Lösung nationaler Probleme“ der Bruderländer und grenzte sich damit noch einmal deutlich von der „Breschnew-Doktrin“ ab. Honecker erlitt während der Tagung eine Gallenkolik und ließ sich nach Ost-Berlin zurückfliegen. Nach kurzem Krankenhausaufenthalt ging er in den Urlaub. Während dieser Zeit vertrat ihn wie üblich Krenz und leitete die Arbeit des Politbüros und des ZK-Sekretariats. Krenz beging als designierter Nachfolger Honeckers in den Augen des SED-Chefs jedoch einen folgenschweren Fehler, der von Honecker als Disziplinlosigkeit gewertet wurde.

Denn er nahm am 12. Juni und am 4. Juli 1989, faktisch hinter dem Rücken des Parteichefs, interne Informationen über die tatsächliche Versorgungslage und die äußerst angespannte Stimmung in der Bevölkerung in der DDR von Mielke entgegen¹⁷ und beriet diese dann in Honeckers Abwesenheit mit dem

¹⁶ Neues Deutschland vom 20. Januar 1989.

¹⁷ Vgl. die Information Mielkes für Krenz „mit der Bitte um Meinungsäußerung“ vom 12. Juni 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2. 039/268, sowie die Informationen an Krenz vom 20. Juni und 4. Juli 1989, in: ebenda, DY 30/IV 2/2.039/74, 75.

Leiter der Abteilung für Sicherheitsfragen, Wolfgang Herger.¹⁸ Krenz war der für die Abteilung für Sicherheitsfragen zuständige Sekretär und stand zu Herger offenbar auch in einem engen Vertrauensverhältnis. Die streng vertrauliche Information „über Meinungen der Bevölkerung in der Wirtschaft, im Handel und in der Versorgung“ enthielt neben den üblichen Hinweisen auf schmerzhaftes Versorgungslücken sowie Hemmnisse und Mängel in den Betrieben auch Auskünfte über grundsätzliche Zweifel am Projekt des Sozialismus: „In bestimmtem Umfang haben Äußerungen u. a. von Arbeitern, Angestellten und Angehörigen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz in Großbetrieben sowie von selbstständigen Handwerkern und Gewerbetreibenden zugenommen, der Sozialismus habe sich als unfähig erwiesen, seine ökonomischen Probleme aus eigener Kraft zu lösen. Er biete darüber hinaus auch keine gangbaren Lösungswege für die Befriedigung der Bedürfnisse seiner Bürger.“¹⁹ Zudem werde die Meinung vertreten, dass „verantwortliche Kader in zentralen Partei- und Staatsorganen aus Alters- und Gesundheitsgründen nicht mehr flexibel genug reagieren können“. Honecker wurde erst nach Rückkehr aus seinem Jahresurlaub Mitte August 1989 darüber von Mittag informiert. Bislang war es üblich gewesen, dass Krenz den Generalsekretär auch während seines Urlaubs, den er oft in seinem Jagdhaus „Wildfang“ in der Schorfheide bei Berlin verbrachte, über wichtige Vorgänge informierte.²⁰

Durch die Berichte des MfS alarmiert, erteilte Krenz an die ZK-Abteilung Handel, Versorgung und Außenhandel den Auftrag, eine interne „Information zur Lage in der Versorgung der Bevölkerung“ anzufertigen, die am 24. Juli 1989 übergeben wurde.²¹ Vier Tage später übergab die ZK-Abteilung auftragsgemäß eine weitere Information zu „ausgewählten Komplexen der Versorgung der Bevölkerung“.²² Im zentralen Apparat wurde heftig darüber spekuliert, warum Krenz sich in der Abwesenheit seines Chefs so intensiv für die Versorgungslage interessierte.²³ Nachdem die ZK-Abteilung am 7. August erneut über gravierende Versorgungslücken und den daraus resultierenden Unmut in der Bevölkerung informiert hatte²⁴, schickte Krenz den alarmierenden Bericht schließlich an Honecker. Der SED-Chef sah allerdings keinen Anlass zu großer Besorgnis. Krenz

¹⁸ Vgl. Egon Krenz, Herbst '89, Berlin 1999, S. 45.

¹⁹ Information Mielkes für Krenz vom 12. Juni 1989: Hinweise „auf beachtenswerte Aspekte der Reaktionen der Bevölkerung zur Um- und Durchsetzung der ökonomischen Strategie der SED und zu Problemen in den Bereichen Handel/Versorgung und Dienstleistungen“ vom 6. Juni 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039 268.

²⁰ Vgl. exemplarisch die Hausmitteilungen von Krenz an Honecker vom 13. März bis 28. März 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/2120.

²¹ Vgl. die Hausmitteilung der ZK-Abteilung Handel, Versorgung und Außenhandel für Krenz vom 24. Juli 1989, in: ebenda, DY 30/IV 2/2.039 266.

²² Vgl. die Hausmitteilung der ZK-Abteilung Handel, Versorgung und Außenhandel für Krenz vom 28. Juli 1989, in: ebenda, DY 30/IV 2/2.039 268.

²³ Vgl. Carl-Heinz Janson, Totengräber der DDR: wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte, Düsseldorf 1991, S. 246.

²⁴ Vgl. die Hausmitteilung der ZK-Abteilung Handel, Versorgung und Außenhandel für Krenz vom 7. August 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039 268.

notierte handschriftlich auf der Rückseite der Hausmitteilung der ZK-Abteilung an ihn: „Habe Gen. Honecker Bericht geschickt. Gen. Honecker geht davon aus, dass wir Veränderung herbeiführen + Stimmung zum 40. Jahrestag nicht verderben lassen. Berichte der Bezirke erst hören. Dabei gut unterscheiden – was ist Massenstimmung – Wo [...] Gerüchte – Wo muss verändert werden.“²⁵ Honecker sah die Lösung der Probleme lediglich darin, die „eigenen Beschlüsse [zu] verwirklichen“, womit er offenbar auf den Politbürobeschluss vom 4. Juli 1989 zur Versorgung der Bevölkerung anspielte, der gefordert hatte, alle im Volkswirtschaftsplan enthaltenen und zusätzlich beschlossenen Warenfonds vollständig und rechtzeitig für die Versorgung der Bevölkerung bereitzustellen.²⁶ Die ZK-Abteilung kam in ihrer Analyse vom 7. August jedoch zu dem Ergebnis, dass dieser Beschluss „nicht mit der gebotenen Zielstrebigkeit und Konsequenz erfüllt“ werde.

Da Krenz ihm die Berichte Mielkes vom Juni/Juli zunächst vorenthalten hatte, wuchs Honeckers Misstrauen. Hinzu kam, dass ZK-Abteilungsleiter Herger in Absprache mit Krenz auf der Grundlage einer Information Mielkes²⁷ eine Vorlage für das Politbüro vorbereitete, in der einige Ursachen für die anschwellende Ausreisewelle aufgelistet und einige „Sofortmaßnahmen für die politisch-ideologische Arbeit“ vorgeschlagen wurden.²⁸ Laut dieser Vorlage waren vom 1. Januar bis 31. Juli 1989 insgesamt 49 316 Bürger auf entsprechenden Antrag legal ausgereist. Weitere 133 274 Bürger warteten auf die Genehmigung ihrer Anträge auf „ständige Ausreise“. Über die Gründe für den Wunsch nach „ständiger Ausreise“ hieß es u. a.: „Verärgerung über bürokratisches Verhalten von Leitern und Mitarbeitern staatlicher Organe, Betriebe und Einrichtungen sowie über Herzlosigkeit im Umgang mit Bürgern bei der Lösung von staatlichen, betrieblichen oder persönlichen Problemen bzw. durch Nichtbeachtung berechtigter bzw. berechtigt empfundener Interessen.“ Darüber hinaus gebe es Unzufriedenheit über die fehlende Anerkennung „ihrer Individualität und Kompetenz in der beruflichen und gesellschaftlichen Tätigkeit, über fehlende Möglichkeiten zur Befriedigung individueller Bedürfnisse und besonders über unzureichend empfundene demokratische Einbeziehung in Entscheidungsprozesse“.²⁹ Mit dieser Einschätzung durchbrach Herger das übliche Klassenkampfschema: Denn er führte die wachsende Verdrossenheit und die daraus resultierenden Ausreisewünsche nicht auf das Einwirken äußerer

²⁵ Ebenda.

²⁶ Vgl. den Beschluss „über die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung im 2. Halbjahr 1989“, in: Protokoll Nr. 26/89 der Sitzung des Politbüros am 4. Juli 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2335.

²⁷ Vgl. die interne Information der ZAIG „über die Lage und Entwicklungstendenzen der ständigen Ausreise von Bürgern der DDR nach Westberlin sowie des ungesetzlichen Verlassens der DDR in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1989“ vom Juli 1989, in: Archiv BStU, MfS ZAIG 4681.

²⁸ Vgl. die Vorlage der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen über „Informationen und Schlußfolgerungen zu einigen aktuellen Fragen der feindlichen Einwirkung auf Bürger der DDR“, ohne Datum [August 1989], in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039/309.

²⁹ Ebenda.

Feinde, sondern ganz wesentlich auf innenpolitische Ursachen zurück. Eine der Schlussfolgerungen Hergers lautete: „Auch bei Vorliegen eines Antrages auf ständige Ausreise sind die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger zu garantieren und restriktive Maßnahmen weitestgehend auszuschließen.“

Honecker wertete diesen Vorgang als gravierenden Vertrauensbruch. Mittag betrachtete die Initiative von Krenz und Herger ebenso mit Argwohn. Unmittelbar nach seiner Rückkehr am 11. August 1989 ins „große Haus“ soll Honecker Krenz erregt gefragt haben: „Wer hat euch gestattet, die Zahl der Ausreisenden zusammenzustellen. Was soll das?“³⁰ Die von Herger ohne ausdrückliche Zustimmung Honeckers vorbereitete Politbürovorlage musste wieder zurückgezogen werden. Als sich Honecker kurze Zeit später einer Operation im Krankenhaus unterziehen musste, setzte er auf der Politbürositzung am 15. August 1989 überraschend Mittag und nicht Krenz als seinen Stellvertreter ein.³¹ Das war ein deutliches Misstrauensvotum gegen den als „Kronprinz“ gehandelten Krenz, der seit 1985 Honecker im Politbüro stets zur Zufriedenheit seines Chefs vertreten hatte und in den Augen des Generalsekretärs jetzt in der Rangfolge eine Reihe nach hinten rückte.³² Als Favorit für den Posten des Generalsekretärs nach einem möglichen Rücktritt Honeckers schien er nun nicht mehr in Frage zu kommen. Zu Krenz, der angeboten hatte, auf seinen Urlaub zu verzichten, sagte er nach dessen späterer Darstellung: „Du kannst in den Urlaub gehen, ich wünsche Dir gute Erholung.“³³ Der kurze, aber aufschlussreiche Vorgang vom Sommer 1989 zeigt, auf welche Weise Honecker eigenmächtiges Verhalten als Disziplinlosigkeit wertete, das nicht folgenlos bleiben konnte.

Mittag vertrat Honecker von Mitte August bis Ende September. Bevor sich Honecker ins Krankenhaus zur Operation wegen seines Gallensteinleidens begab, der ein mehrwöchiger Erholungsurlaub folgte, empfing er, um sich vor seiner längeren Abwesenheit noch einmal in der Öffentlichkeit zu zeigen, in Ost-Berlin am 14. August eine Delegation aus dem Erfurter Kombinat Mikroelektronik, die ihm die ersten Musterexemplare eines 32-Bit-Mikroprozessors überreichte. Das DDR-Fernsehen, das ausführlich über dieses Treffen berichtete, zeigte Bilder von einem wenig erholt aussehenden, angestrengt und unkonzentriert wirkenden Partei- und Staatschef, der zu der anschwellenden Ausreisewelle gar nichts sagte, dafür aber in die Kameras rief: „Den Sozialismus in seinem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf.“ Honecker benutzte damit einen alten Spottvers, der in den Jahren des Sozialistengesetzes (1878–1890) in der deutschen Sozialdemokratie gegen Gendarmen, Polizeispitzel und Personen der Obrigkeit gerichtet war und später

³⁰ Zitiert in: Krenz, Herbst '89, S. 54.

³¹ Vgl. das Protokoll Nr. 32/89 der Sitzung des Politbüros am 15. August 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/234.

³² Honecker entschied selbst über seine Vertretung im Politbüro. In den 1980er Jahren vertrat ihn Paul Verner am 14. Juli 1981, am 8. September 1981 Kurt Hager, am 15. August 1983 Horst Dohlus, am 4. September 1984 Günter Mittag, am 20. August 1984 Werner Jarowsky und ab 8. Oktober 1985 Egon Krenz.

³³ Zitiert in: Krenz, Herbst '89, S. 54.

August Bebel zugeschrieben wurde.³⁴ Honecker präsentierte sich mit seinem unpassenden Spruch in der Öffentlichkeit als altersstarrsinniger Dogmatiker, der die Zeichen der Zeit nicht mehr zu verstehen schien und sich mit aller Macht gegen die Realitäten stemmte.

Abteilungsleiter Herger nahm in Vertretung von Krenz an den Sitzungen des Politbüros und des Sekretariats teil und informierte Krenz über die anhaltende Agonie im engeren Führungszirkel der Partei. Mittag fiel in Abwesenheit seines Chefs insbesondere mit absurden Durchhalteparolen auf. Bezeichnend dafür war eine Sitzung des Sekretariats am 30. August 1989, auf der er erklärte: „In bezug auf die Versorgung muß man die Psychose Meckerei beseitigen. Nicht durch Schimpfen, sondern durch unseren klaren ideologischen Standpunkt.“³⁵ Die Fernsehbilder aus Budapest und Prag, wo die Menschen über die Zäune der Botschaften der Bundesrepublik kletterten, kommentierte er sarkastisch: „Natürlich: Wer die DDR verläßt, ist ein Verräter.“ Am 29. August ließ er sich im Politbüro zu folgender Bemerkung hinreißen: „Ich möchte auch manchmal den Fernseher zerschlagen, aber das nützt ja nichts.“³⁶ Wie Mittag auf die wachsende Misstimung reagieren wollte, erklärte er den Sekretariatsmitgliedern auf folgende Weise: „Wir müssen mehr Selbstvertrauen ausstrahlen, natürlich nicht Überheblichkeit und Arroganz. Wir müssen mehr auf die Werte des Sozialismus eingehen, sowohl in grundsätzlichen Artikeln wie in kurzen Kommentaren.“³⁷

Mit inhaltsleeren Phrasen konnte der offene Ausbruch der Systemkrise jedoch nicht mehr verhindert werden. Gleichwohl versuchte das Politbüro, allein durch das Ignorieren der existenziellen Probleme so lange wie möglich die Macht in den Händen zu halten. Symptomatisch dafür war die Diskussion im Politbüro über die anschwellende Ausreisewelle am 29. August 1989, die unter Hinweis auf die Abwesenheit Honeckers zu keinem greifbaren Ergebnis führte. Krolkowski mahnte zwar angesichts des Schweigens der Führung ein erklärendes Wort gegenüber den irritierten Parteimitgliedern an: „Unsere Genossen wollen das Wort der führenden Genossen hören. Das ist auch ein psychologischer Faktor.“³⁸ Zu einer öffentlichen Verlautbarung über die politische Situation im Lande konnten sich die Politbüromitglieder jedoch nicht durchringen. Maßgebend dafür war das platte Argument, das ZK-Sekretär Herrmann immer dann vorbrachte, wenn kritische Kommentare im Zentralorgan „Neues Deutschland“ verhindert werden sollten: „Wir sollten überlegen, wie wir den Genossen unten helfen, aber der Gegner darf nichts in die

³⁴ Vgl. Annemarie Lange, *Berlin zur Zeit Bebels und Bismarcks. Zwischen Reichsgründung und Jahrhundertwende*, Berlin (Ost) 1972, S. 61f.; Kurt Pätzold/Manfred Weißbecker (Hrsg.), *Schlagwörter und Schlachtrufe. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte*, Leipzig 2002.

³⁵ Information Hergers über die Sitzung des Sekretariats am 30. August 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039/86, Bl. 176.

³⁶ Niederschrift Hergers über die Sitzung des Politbüros am 29. August 1989, in: ebenda, DY 30/IV 2/2.039/76, Bl. 53.

³⁷ Information Hergers über die Sitzung des Sekretariats am 30. August 1989, in: ebenda, DY 30/IV 2/2.039/86, Bl. 178.

³⁸ Niederschrift Hergers über die Sitzung des Politbüros am 29. August 1989, in: ebenda, DY 30/IV 2/2.039/76, Bl. 50.

Hand bekommen.“ Und Mittag fügte hinzu: „Wir lassen uns die Diskussion nicht aufzwingen.“³⁹ Auf der darauf folgenden Politbürositzung demonstrierte Mittag noch einmal seine offenkundige Ahnungslosigkeit bzw. den Unwillen, die prekäre Lage zur Kenntnis zu nehmen: „Das Seminar und die Messe in Leipzig zeigen, dass die Stimmung bei unseren Genossen gut ist. Kampfposition ist vorhanden. [...] Wir dürfen uns nicht selbst in die Hysterie treiben lassen.“⁴⁰

Im Unterschied zu den irrigen Wahrnehmungen Mittags herrschten in der SED Unruhe, Ratlosigkeit, Verbitterung und Wut über die Ignoranz der Führung. In den hauptamtlichen Apparaten der Partei machten sich Lähmung und Resignation breit. Auf den Versammlungen der SED-Grundorganisationen wurden zwar mehr als jemals zuvor kritische Fragen an die Parteileitungen gestellt, doch zum offenen Aufbegehren gegen den politischen Starrsinn des Politbüros konnten sich nur wenige durchringen. In den „persönlichen Gesprächen“, die mit den Mitgliedern und Kandidaten aus Anlass des vom 7. ZK-Plenum im Dezember 1988 angeordneten „Umtausches der Parteidokumente“ geführt wurden, drückten sich deutlich die Unzufriedenheit, die Sorgen über die Lage und die hilflose Suche nach einem Ausweg aus. Nicht selten endeten die Gespräche mit der resignierenden Befürchtung, dass sich die „Altherrenriege“ des Politbüros auf dem bevorstehenden XII. Parteitag erneut an die Spitze der Partei „wählen“ lassen würde. Die aufgeregten Debatten an der SED-Basis signalisierten, dass die Führung jeglichen Kredit, selbst bei überzeugten Parteimitgliedern, eingebüßt hatte. Immer mehr Mitglieder sahen die einzig mögliche Alternative in einem Parteiaustritt. Schon im ersten Halbjahr 1989 konnten Neuaufnahmen die Austritte und Ausschlüsse nicht mehr ausgleichen. Der Mitgliederbestand sank von 2 324 775 Mitgliedern und Kandidaten im Dezember 1988 auf 2 296 775 Angehörige der SED Ende August 1989.⁴¹ Seit Juli 1989 nahmen die Austritte in bislang nicht gekannten Größenordnungen zu (siehe Tabelle 30).

Parteileitungen wichen Gesprächen, Diskussionen und Auseinandersetzungen aus. Ziemlich eindeutig herrschte die Meinung vor, die Ablösung der Führung sei eine Voraussetzung für Veränderungen in der Politik der SED. Der Umtausch der Parteidokumente wurde schließlich abgebrochen. Die Bezirksleitungen der Partei erhielten am 23. November vom Sekretariat des ZK die Weisung, die Ausgabe der neuen Mitgliedsbücher, die in feierlichen Mitgliederversammlungen erfolgen sollte, einzustellen.⁴²

Das MfS übergab ausgewählten Mitgliedern des Politbüros⁴³ im September 1989 eine Analyse der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG)

³⁹ Ebenda, Bl. 56.

⁴⁰ Niederschrift Hergers über die Sitzung des Politbüros am 5. September 1989, in: ebenda, DY 30/IV 2/2.039/77, Bl. 9.

⁴¹ Vgl. Thomas Klein/Wilfriede Otto/Peter Grieder, Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949–1989). Teil 2, Frankfurt (O.) 1996, S. 513.

⁴² Vgl. Helmut Müller, Die Berliner Parteiorganisation der SED in der zweiten Hälfte der 80er Jahre, unveröffentlichtes Manuskript, April 2010, S. 231.

⁴³ Die Analyse erhielten Axen, Dohls, Hager, Herrmann, Jarowinsky, Krenz, Krolkowski, Mittag, Schabowski und Tisch.

Tabelle 30: Mitgliederverluste und Aufnahmen von Januar bis Oktober 1989⁴⁴

Monat	Verluste Gesamt	Aus- schlüsse	Streichun- gen	Austritte	Tod	Aufnahmen
Januar	5462	1168	620	1222	2452	1836
Februar	6546	1397	835	1552	2762	3466
März	5746	1261	784	1334	2367	4420
April	6769	1627	1072	1299	2771	4793
Mai	5920	1454	840	1570	2056	4183
Juni	6763	1648	853	1769	2493	3895
Juli	9833	2244	1218	2803	3568	3848
August	7486	1715	1001	2586	2184	2386
September	9986	1940	1199	4642	2205	2786
Oktober	17 735	2709	2042	10 915	2069	3258
Gesamt	82 246	17 163	10 464	29 692	24 927	34 871

über die Stimmung in der Mitgliedschaft, die wohl ziemlich genau der Realität entsprach und den allgemeinen Eindruck von Unruhe und Unzufriedenheit einerseits und politischer Orientierungslosigkeit andererseits zu bestätigen schien. So schrieben die Autoren der ZAIG in ihrer als „streng geheim“ deklarierten Analyse vom 11. September: „Vorliegenden Informationen zufolge äußern sich zahlreiche, vor allem langjährige Parteimitglieder, sehr besorgt über die gegenwärtige allgemeine Stimmungslage unter großen Teilen der Werktätigen, besonders in den Betrieben, teilweise verbunden mit ernststen Befürchtungen hinsichtlich der weiteren Erhaltung der politischen Stabilität in der DDR.“⁴⁵ Die Diskussionen über die Versorgungslage seien von „Unwillen und Unzufriedenheit“ gekennzeichnet und würden „in immer aggressiverem Ton geführt“. Arbeitsdisziplin und Leistungsbereitschaft hätten weiter nachgelassen. Es gebe eine wachsende Tendenz, die Partei- und Staatsführung für die entstandene Lage verantwortlich zu machen. Zudem werde ihr unter dem Hinweis auf die altersmäßige Zusammensetzung die Fähigkeit abgesprochen, die vielfältigen Probleme zu lösen. Der Austritt aus der Partei werde vor allem damit begründet, dass man mit der ökonomischen Politik nicht einverstanden sei. Häufig werde die Begründung angeführt, dass sich trotz vieler Beschlüsse an der komplizierten Lage in der Volkswirtschaft und auf dem Gebiet der Versorgung nichts ändere. Man habe keine überzeugenden Argumente gegenüber Parteilosern und könne deshalb die Parteilinie nicht mehr vertreten.

Zudem herrsche besonders in den Grundorganisationen der Betriebe und der Universitäten die Meinung vor, die Parteiführung wolle die Probleme nicht wahr-

⁴⁴ Vgl. SAPMO BArch, DY 30/27891.

⁴⁵ Bericht der ZAIG über „Hinweise auf beachtenswerte Reaktionen von Mitgliedern und Funktionären der SED zu einigen aktuellen Aspekten der Lage in der DDR und zum innerparteilichen Leben“ vom 11. September 1989, in: Archiv BStU, MfS Sekretariat Neiber 224, Bl. 102. Abgedruckt in: Armin Mitter/Stefan Wolle (Hrsg.), *Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS, Januar bis November 1989*, Berlin 1990, S. 148–150.

haben und habe sich von der Basis abgelöst. Auch in den betrieblichen Parteileitungen werde an den Problemen vorbeigeredet. Auf konkrete Fragen gebe es keine Antwort bzw. kritische Diskussionen würden mit dem Hinweis auf die Parteidisziplin abgewürgt. Wer auf Parteiversammlungen die vorhandenen Probleme anspreche und klare Antworten verlange, werde sehr schnell als Nörgler abgestempelt. Viele Parteimitglieder würden resignieren, da sie sich mit ihren Problemen alleingelassen fühlten. Schließlich verwies die ZAIG auf die an der Parteibasis vorherrschende Ablehnung der Informationspolitik, auf die bereits zuvor in Berichten an die Parteiführung aufmerksam gemacht worden war⁴⁶: „Darüber hinaus mangle es ihren Ansichten zufolge den DDR-Massenmedien an Objektivität bei der Darstellung innenpolitischer Probleme. Es werde das Bild einer heilen Welt des Sozialismus in der DDR vermittelt, das teilweise in krassem Widerspruch zur Wirklichkeit stehe.“⁴⁷

Der Mehrheit der Politbüromitglieder war demnach die Beunruhigung an der Parteibasis durchaus bekannt. Dennoch konnte sich niemand im Politbüro zum aktiven Handeln entschließen, obgleich dies auch aus Gründen des politischen Überlebens notwendig gewesen wäre. Vieles spricht tatsächlich dafür, „dass beim überwiegenden Teil der Funktionäre im Laufe der Jahre alle für eine Gesellschaftsveränderung notwendigen Eigenschaften wie Kreativität, Phantasie, Risikobereitschaft, Initiative, Zivilcourage und Verantwortungsbewusstsein verkümmerten“.⁴⁸ Nach den vielen Jahren der Selbsttäuschung unter den Bedingungen einer künstlichen Normalität und hermetischen Abschottung wollte jeder im Politbüro die Realität lieber verdrängen und den Status quo so lange wie möglich aufrechterhalten. So rief Horst Dohls im Politbüro am 12. September aus: „Niemand darf nervös werden. Wir müssen Ruhe bewahren und das nach unten bis in die Grundorganisationen spüren lassen.“⁴⁹

Während das Politbüro unter dem „geschäftsführenden Urlaubsvertreter“ Günter Mittag in Sprachlosigkeit und absolute Starre verfiel und Entscheidungen bis zur Rückkehr des Generalsekretärs aufschob, spitzte sich die Situation dramatisch zu. Im Mai hatte Ungarn mit dem Abbau der Grenzbefestigungen gegenüber Österreich begonnen, aber die DDR wissen lassen, dass sich am Grenzregime selbst nichts geändert habe. DDR-Bürger, die über Ungarn in den Westen zu fliehen versuchten, würden auch künftig von den ungarischen Grenzorganen daran gehindert. Mitte August veranstaltete die Paneuropa-Union unter ihrem Vorsitzenden Otto von Habsburg, der als CSU-Abgeordneter dem Europa-Parlament angehörte, im ungarisch-österreichischen Grenzgebiet ein „Paneuropa-Picknick“,

⁴⁶ Vgl. Jens Gieseke, „Seit Langem angestaute Unzufriedenheit breitetest Bevölkerungskreise“ – Das Volk in den Stimmungsberichten des Staatssicherheitsdienstes, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90*, S. 146.

⁴⁷ Bericht der ZAIG vom 11. September 1989, in: Archiv BStU, MfS Sekretariat Neiber 224, Bl. 105 f.

⁴⁸ Zitiert in: Wollé, *Die heile Welt der Diktatur*, S. 317.

⁴⁹ Niederschrift Hergers über die Sitzung des Politbüros am 12. September 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039/77.

für das die Grenze am 19. August vorübergehend geöffnet wurde. Hunderte von DDR-Bürgern nutzten diesen „Spaziergang“ nach Österreich zur Flucht. Danach schwoll der Strom von Fluchtwilligen aus der DDR nach Ungarn erheblich an. Bereits am 8. August war die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin geschlossen worden, nachdem sich dort 131 Ausreisewillige festgesetzt hatten. Am 13. August, während in Ost-Berlin der Jahrestag des Mauerbaus „gefeiert“ wurde, musste auch die bundesdeutsche Botschaft in Budapest schließen, in der sich 181 DDR-Flüchtlinge aufhielten und ihre Ausreise in den Westen verlangten, die die ungarischen Behörden Ende August gestatteten. In Budapest wurden Flüchtlingslager errichtet, die schon bald den Flüchtlingsstrom nicht mehr fassen konnten.

In der Nacht zum 11. September öffnete Ungarn die Grenze für DDR-Bürger und in wenigen Tagen waren bereits 15 000 in Österreich angekommen, die in die Bundesrepublik weiterreisten. Der DDR war es nicht gelungen, die ungarischen Reformkommunisten davon abzuhalten, das 1969 geschlossene „Abkommen über den visafreien grenzüberschreitenden Verkehr“ zwischen der DDR und Ungarn einseitig aufzukündigen, das bestimmte, Staatsangehörige der DDR ohne amtliche Genehmigung (von der DDR erteilte Ausreisevisa) nicht in Drittstaaten ausreisen zu lassen.⁵⁰ Das Politbüro reagierte wiederum hilflos und hatte außer Drohungen keine Lösung anzubieten. So erklärte Mittag am 12. September im Politbüro: „Die erste Frage für mich ist, das Loch Ungarn zuzumachen, um keine neuen Sachen anlaufen zu lassen. Wir müssen Maßnahmen treffen, sonst wird es weitere schwere Einbußen geben – international und auch bei uns selbst.“⁵¹ Und Hager ergänzte: „Wir müssen Ungarn auffordern, den Vertragsbruch zurückzunehmen. Es steht überhaupt die Frage, was wir mit diesem sogenannten Bruderland machen. Wir sollten unseren Botschafter zur Berichterstattung zurückrufen.“

Das Loch im „Eisernen Vorhang“ ließ sich jedoch nicht mehr schließen. Der Vorsitzende des Ministerrates konnte sich den Massen-Exodus aus der DDR nicht erklären. Ratlos und überfordert fragte Stoph im Politbüro am 12. September nach den Ursachen: „Intern müssen wir analysieren, warum solche Menschen abhauen. Wir müssen noch mehr mit den Bürgern in ein vertrauensvolles Verhältnis kommen, denn es gibt Kritiken, Unzufriedenheit usw. Aber das kann ja nicht der Grund sein, warum man alles im Stich läßt. Was müssen wir noch besser machen?“ Hager fragte: „Wo liegen die Ursachen, dass viele junge Leute die DDR verlassen. Wir müssen das mit konkreten Schlussfolgerungen analysieren, was sich verändern muß.“ Mittag wusste auch keine Antwort auf die Frage, was denn die flüchtenden DDR-Bürger eigentlich wollten. „Bei uns hungert und friert keiner. Was die Ausreisenden in Ungarn betrifft, so wollten sie schon immer raus.“ Der Wirtschaftssekretär wollte mit der üblichen Propaganda über die „Vorzüge

⁵⁰ Vgl. Andreas Oplatka, *Der erste Riss in der Mauer*, Wien 2009.

⁵¹ Niederschrift Hergers über die Sitzung des Politbüros am 12. September 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039/77, Bl. 27. Alle folgenden Zitate ebenda.

des Sozialismus“ die Fluchtwelle stoppen. In dieser Hinsicht zeigte Mielke mehr Einsicht, als er am 5. September im Politbüro erklärte: „Die Leute, die weg wollen, kann man nicht nur mit ideologischen Argumenten aufhalten. Wir müssen mehr produzieren und Valuta erarbeiten. Es sind nicht nur Jugendliche, sondern auch viele Spezialisten, Ärzte, Techniker usw.“⁵²

Die Aufzeichnungen Hergers über die Politbüro- und Sekretariatssitzungen im August und September 1989 bestätigen das allgemeine Bild völliger Hilf- und Orientierungslosigkeit der Führung. Zweifel an der Richtigkeit des Kurses der Partei ließ keiner erkennen. Lediglich Werner Eberlein, der 1. Sekretär der Bezirksleitung Magdeburg, hinterfragte am 29. August im Politbüro die von Mittag vorgegebene Version, wonach man die Ausreisewilligen in den westdeutschen Botschaften in Prag und Budapest sowie in der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin als Verräter einstufen müsse: „Aber aus Magdeburg sitzen auch welche in der Bonner Vertretung in Berlin. Sollen wir sie am Werktor als Verräter empfangen? Wir müssen sie doch integrieren.“⁵³ Während im Politbüro ratlos nach den Ursachen für die Massenflucht gesucht wurde, inszenierte die SED-Führung in der Öffentlichkeit eine ideologische Kampagne gegen die Bundesregierung, die angeblich mittels psychologischer Kriegsführung in den Medien eine Massenpsychose in der DDR auslösen wolle.⁵⁴

Die von Hilflosigkeit geprägten Debatten in der Parteiführung fanden in Abwesenheit Honeckers, der sich nach seiner Operation außerhalb Berlins aufhielt, und ohne Krenz statt. Krenz bereitete sich im Urlaub auf einen aufrüttelnden Auftritt im Politbüro vor und verfasste „Notizen“ über die politische Situation und ihm denkbar erscheinende Korrekturen in der Politik der SED.⁵⁵ Die Dramatik der Lage schien er im Unterschied zu anderen Politbüromitgliedern zumindest im Ansatz zu erfassen, doch realisierbare Auswege konnte auch er nicht bieten. In einer Fassung vom 17. September 1989 notierte er: „Die politische Situation unter der Bevölkerung ist nach meiner Kenntnis sehr widersprüchlich, teilweise besorgniserregend, bei einigen auch von Ratlosigkeit und Resignation geprägt.“ Unter den Genossen gebe es den Willen, durch Leistung und Haltung die Probleme zu lösen. „Andererseits gibt es – und dies muß klar erkannt werden – auch Vertrauensverlust in unsere Fähigkeit, Antworten auf die Probleme der Bürger zu geben. Selbst erfahrene Genossen sind von tiefer Sorge erfüllt, junge Genossen bringen Zukunftsängste zum Ausdruck, wie es mit dem Sozialismus weitergehen soll. Nicht wenige leben in Gewissenskonflikten zwischen dem, was sie erkannt haben und dem, was sie beeinflussen können. Dieser Konflikt führt zu unterschiedlichen Lösungen: bei einigen zu Passivität, bei anderen zur Resignation, bei weiteren zur Aggressivität und schließlich bei einer Reihe von Leuten auch zum Ausreise-

⁵² Niederschrift Hergers über die Sitzung des Politbüros am 5. September 1989, in: ebenda, Bl. 8.

⁵³ Niederschrift Hergers über die Sitzung des Politbüros am 29. August 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039/76, Bl. 49.

⁵⁴ Vgl. Kowalczyk, Endspiel, S. 351.

⁵⁵ Vgl. Krenz, Herbst '89, S. 67.

antrag. Es ist schwer, einen oder zwei Gründe für diese Situation zu finden. Es ist ein ganzer Komplex von Fragen.“⁵⁶

Neben Allgemeinplätzen, wie etwa, dass der Jugend das Gefühl vermittelt werden müsse, „für die Lösung unserer großen Aufgaben gebraucht zu werden“, widmete sich Krenz auch einem wesentlichen Aspekt aktueller Ärgernisse: der gültigen Reiseverordnung. „Sie steht bei jenen in Kritik, die nicht reisen können und auch nicht einsehen wollen, daß das Kriterium für Reisen ins nichtsozialistische Ausland Verwandtschaftsbeziehungen sind.“ Eine denkbare Lösung dieses Problems sah er darin, „die Reiseverordnung zu erneuern, davon auszugehen, daß alle Bürger der DDR reisen können“. Er fügte zugleich eine Einschränkung hinzu, die einen solchen Schritt wieder in ferne Zukunft vertagen würde: Eine solche Reiseverordnung könne nur dann in Kraft treten, „wenn die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik anerkennt“.⁵⁷ Nachdem die ungarische Grenze nach Österreich seit dem 11. September auch für DDR-Bürger faktisch offen war, zeugte eine derartige Bedingung für das Gewähren von Reisefreiheit davon, wie sehr Krenz trotz seiner Kenntnisse über das bedrohliche Ausmaß der Ausreisewelle in den ideologischen Denkmustern der SED verwurzelt war. Es musste klar sein, dass die Bundesregierung die DDR-Staatsbürgerschaft nicht anerkennen würde. Jene, die vom „realen Sozialismus“ nun endgültig genug hatten und in die Bundesrepublik strebten, um ihr Leben frei zu gestalten, wollten sich nicht auf eine ferne Zukunft vertrösten lassen.

Im September hatten sich auch in Warschau, vor allem aber in Prag, DDR-Flüchtlinge in großer Zahl in die bundesdeutschen Botschaften begeben, um ihre Ausreise zu erzwingen. In Prag entstanden unhaltbare Zustände. Honecker, der am 27. September aus dem Genesungsurlaub nach seiner Operation zurückgekehrt war, ließ das Politbüro am 29. September seinem Vorschlag zustimmen, die inzwischen einige Tausend zählenden DDR-Bürger aus den bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau in Sonderzügen über das Territorium der DDR, statt auf direktem Weg, in die Bundesrepublik zu bringen.⁵⁸ Der SED-Chef glaubte, man könne das Problem mit einer einmaligen Nacht-und-Nebel-Aktion aus der Welt schaffen. Doch die Aktion führte nicht zu den erhofften Effekten – das Gegenteil trat ein. In der DDR versuchten Verzweifelte auf die Flüchtlingszüge aufzuspringen. In Prag strömten neue DDR-Flüchtlinge in Massen in die geräumte Bonner Botschaft, so dass der pass- und visafreie Verkehr zwischen der DDR und der Tschechoslowakei auf Honeckers Anweisung am 3. Oktober „zeitweilig“ ausgesetzt wurde, um die Ausreisewelle zu stoppen. Bei einer von Honecker angewiesenen zweiten Aktion kam es am 4. Oktober in Dresden, als Flüchtlingszüge mit rund 10 000 Menschen aus Prag den hermetisch abgeriegelten Hauptbahnhof passierten, zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Si-

⁵⁶ Notizen von Krenz vom 17. September 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039/77, Bl. 38.

⁵⁷ Ebenda, Bl. 54.

⁵⁸ Vgl. das Protokoll Nr. 39/89 der Sitzung des Politbüros am 29. September 1989, in: ebenda, DY 30/J IV 2/2/2348.

cherheitskräften und einer aufgebrauchten großen Menschenmenge, darunter viele Fluchtwillige, die wegen der Außerkraftsetzung des pass- und visafreien Reiseverkehrs mit der Tschechoslowakei Prag nicht mehr erreichen konnten und nun versuchten, in die Flüchtlingszüge zu gelangen. Auch entlang der Fahrtstrecke in der DDR kam es zu Aufläufen, Demonstrationen und Auseinandersetzungen.

Honecker nahm diese Vorgänge zum Anlass, um die Flüchtenden öffentlich zu verunglimpfen. Am 2. Oktober erschien in den Zeitungen der DDR ein Kommentar der amtlichen Nachrichtenagentur ADN, in dem den Flüchtlingen vorgeworfen wurde, sie hätten durch ihr Verhalten die „moralischen Werte“ mit Füßen getreten „und sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt“. Dann folgte der Satz: „Man sollte ihnen deshalb keine Träne nachweinen.“⁵⁹ Dieser Satz ist nach späteren Aussagen Joachim Herrmanns von Honecker eigenhändig hinzugefügt worden, bevor der Kommentar dem staatlichen Nachrichtenmagazin zum Abdruck übergeben wurde.⁶⁰ Die zynische Menschenverachtung, die Realitätsblindheit und die Unfähigkeit, eigene Fehler einzugestehen, die in diesem Kommentar zum Ausdruck kamen, lösten in der Bevölkerung, aber auch bei vielen SED-Mitgliedern, Empörung und Protest aus. Die Parteiführung hatte nun endgültig jeglichen Kredit verspielt.

Nicht nur die anschwellende Fluchtbewegung löste die akute Systemkrise aus. Der seit Mai 1989 andauernde Protest gegen die Wahlfälschungen hatte das Selbstvertrauen der Bürgerrechtler gestärkt, die nun mit neuen Initiativen und Organisationsformen die Opposition auf ein breiteres Fundament stellten. Im Juli 1989 unterzeichneten die Theologen Markus Meckel und Martin Gutzzeit den „Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe mit dem Ziel, eine sozialdemokratische Partei in der DDR ins Leben zu rufen“. Zur Gründung der „Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP)“ kam es am 7. Oktober im Pfarrhaus in Schwante (Brandenburg) durch 43 Personen. Anfang September 1989 trat das „Neue Forum“ mit einem Gründungsauf Ruf als politische Plattform für die DDR an die Öffentlichkeit. Darin wurden alle Bürger der DDR, „die an einer Umgestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen“, aufgerufen, Mitglieder des „Neuen Forums“ zu werden. Den Gründungsauf Ruf unterzeichneten 30 Personen, unter ihnen Bärbel Bohley. Dem Aufruf schlossen sich in wenigen Tagen spontan 4000 Menschen an. Mitte September 1989 trat als dritte Gruppe die „Bürgerbewegung Demokratie Jetzt“ mit der Forderung nach einer friedlichen demokratischen Erneuerung der DDR an die Öffentlichkeit. Anfang Oktober konstituierte sich schließlich trotz massiver Behinderungen durch Polizei- und Staatssicherheitskräfte in Ost-Berlin die Reformbewegung „Demokratischer Aufbruch“. Im Zentrum der Forderungen oppositioneller Bewegungen standen die Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit, politische Reformen und freie Wahlen.⁶¹

⁵⁹ Kommentar in: Neues Deutschland vom 2. Oktober 1989.

⁶⁰ Neues Deutschland vom 27./28. Januar 1990.

⁶¹ Vgl. Kowalczyk, Endspiel, S. 354–377; Ehrhart Neubert, Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90, München 2008, S. 90ff.

Die SED-Führung sah sich im Herbst 1989 nicht nur einer zunehmend breiter werdenden oppositionellen Bewegung gegenüber. Vor allem in Leipzig beteiligten sich nach den montäglichen Friedensgebeten in der Nikolaikirche trotz verstärkten Einsatzes von Polizei sowie Angehörigen der Staatssicherheit, trotz Festnahmen und Verurteilungen wegen „Zusammenrottung“, immer mehr Menschen an Demonstrationen. Waren es zunächst Hunderte, die Reise-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit forderten, so gingen bald Tausende für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte auf die Straße. Sie setzten sich der Gefahr aus, wegen der Beteiligung an „staatsfeindlichen Kundgebungen“ verhaftet und strafrechtlich verurteilt zu werden. Bereits am 2. Oktober demonstrierten mehr als 20 000 in der Leipziger Innenstadt. Am 9. Oktober 1989 demonstrierten auf den Straßen Leipzigs trotz der angedrohten militärischen Gewalt durch aufmarschierende Sicherheitskräfte 70 000 Menschen – weit mehr als erwartet worden waren. Sie skandierten „Wir sind das Volk“. Ihre machtvolle Demonstration richtete sich insbesondere gegen das Machtmonopol der SED. Mehr als 120 000 Menschen beteiligten sich am 16. Oktober in Leipzig an der bis dahin größten Demonstration für Reformen und demokratische Erneuerung in der DDR. Nach Friedensgebeten in den evangelischen Kirchen zogen sie, diesmal unbehelligt durch die Sicherheitskräfte, erstmals auch mit Transparenten und Plakaten in großer Zahl durch die Innenstadt. „Freie Wahlen“, „Pressefreiheit“, „Meinungsfreiheit“, „Neue Männer braucht das Land“, „Die Mauer muß weg“, „Ökologie statt Ökonomie“, „Zivildienst ist ein Menschenrecht“ lauteten einige der Parolen. Spätestens jetzt hatte begonnen, was als „friedliche Revolution“ in der DDR in die Geschichte eingehen sollte.

2. Der Sturz Erich Honeckers

Am 6. Oktober erwartete Honecker auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld die Ankunft Gorbatschows zur Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR. Gegenüber den anwesenden Journalisten verkündete der SED-Generalsekretär: „Totgesagte leben länger“. Doch sofern das auf sein politisches Überleben gemünzt war, sollte es sich als Fehlprognose erweisen. Seit Ende September machten sich Krenz, Schabowski, Lorenz und andere – aufgeschreckt durch die sich rasch zuspitzende Krisensituation im SED-Staat – Gedanken darüber, wie sie eine Mehrheit im Politbüro für die Ablösung Honeckers und einen generellen Kurswechsel zustande bringen könnten. Die Menschen, die bei Gorbatschows Fahrten durch Ost-Berlin am Straßenrand Spalier standen – diesmal freiwillig, um dem Hoffnungsträger aus Moskau ihre Reverenz zu erweisen –, feierten ihn mit „Gorbi-, Gorbi“-Rufen. Offizieller Höhepunkt der Feierlichkeiten war ein Festakt im „Palast der Republik“, bei dem Honecker und Gorbatschow sprachen. Honeckers Ansprache war eine schale Lobrede auf die DDR und ihre „führende Kraft“, die SED, und ihre „Erfolge“ in den vergangenen 40 Jahren – so, als gäbe es keine wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, keine an-

schwellende Flucht- und Ausreisebewegung, keine sich bildenden Oppositionsgruppen und keine Massendemonstrationen für Reformen in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat. Nur eines wurde deutlich: Dieser alte Mann war nicht gewillt, wirkliche Reformen zuzulassen. Trotzig meinte er: „Unsere Probleme lösen wir selbst mit unseren sozialistischen Mitteln.“ Gorbatschow hingegen warb eindringlich für seine Reformpolitik: „Demokratisierung, Offenheit, sozialistischer Rechtsstaat, freie Entwicklung aller Völker und ihre gleichberechtigte Mitbestimmung in den Angelegenheiten, die das ganze Land betreffen, würdige Lebensbedingungen für die ganze Bevölkerung und garantierte Rechte für jeden, umfassende Möglichkeiten für das Schöpfungstum eines jeden Menschen – das erstreben wir, und von diesen Zielen lassen wir uns leiten.“⁶² Der Beifall für Gorbatschow übertraf selbst in dieser ausgesuchten Versammlung den für Honecker bei weitem. Auch beim traditionellen Fackelzug der FDJ Unter den Linden am Vorabend des Republik-Geburtstages gab es Ovationen für den Reformers aus Moskau.

Am Vormittag des 7. Oktober traf sich Gorbatschow mit den Mitgliedern und Kandidaten des SED-Politbüros. Zuvor fand eine Begegnung der beiden Generalsekretäre statt⁶³, bei der zur Verblüffung des Politbüros auch Mittag zugegen war, der von Honecker als „Ehrenbegleiter“ Gorbatschows bestimmt worden war.⁶⁴ Bei dem Treffen mit dem Politbüro schilderte Gorbatschow offen die Erfahrungen mit der Umgestaltung in der Sowjetunion und nicht zuletzt die Schwierigkeiten dieses Reformprozesses. Auf Honeckers Festrede eingehend, sagte Gorbatschow: „Selbstverständlich stellt sich nun die Frage: Was weiter? Das, was Genosse Honecker in seiner Rede als Antwort auf diese Frage sagte, konnte natürlich nicht vollständig sein.“ Er habe aus der Rede entnommen, dass die Arbeit zum nächsten Parteitag der SED in vollem Gange sei, „dem Parteitag, der eine Wende in der Entwicklung des Landes sein und die Perspektiven für die weitere Entwicklung der Gesellschaft bestimmen muß.“ Er habe Honecker vorhin gesagt, dass die SED leichter Umgestaltungen durchführen könne, weil sie keine solchen Spannungen im sozialökonomischen Bereich habe wie die Sowjetunion. „Ich halte es für sehr wichtig, den Zeitpunkt nicht zu verpassen und keine Chance zu vertun. Die Partei muß ihre eigene Auffassung haben, ihr eigenes Herangehen vorschlagen. Wenn wir zurückbleiben, bestraft uns das Leben sofort.“⁶⁵ Wenn Gorbatschow erwartet

⁶² Text der Reden in: Neues Deutschland vom 8. Oktober 1989.

⁶³ Vgl. die Niederschrift über das Gespräch zwischen Honecker und Gorbatschow am 7. Oktober 1989 in Berlin-Niederschönhausen, in: Daniel Küchenmeister (Hrsg.), Honecker – Gorbatschow. Vieraugengespräche, Berlin 1993, S. 240–260. Vgl. auch: Aleksandr Galkin/Anatolij Tschernjajew (Hrsg.), Michael Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991, München 2011, S. 187–190.

⁶⁴ Nach der Version von Mittag: Um jeden Preis, S. 18; Krenz: Wenn Mauern fallen, S. 86; und Falin: Politische Erinnerungen, S. 485.

⁶⁵ Niederschrift über das Treffen der Mitglieder des SED-Politbüros mit Gorbatschow am 7. Oktober 1989 in Berlin-Niederschönhausen. Zitiert in: Küchenmeister, Honecker – Gorbatschow, S. 256. In einer anderen Fassung der Niederschrift wurde diese Passage etwas anders übersetzt: „Wenn wir zu spät kommen, bestraft uns das Leben.“ Zitiert in: Galkin/Tschernjajew, Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 193.

hatte, Honecker werde sich zu den angemahnten Reformen äußern, wurde er enttäuscht. Der SED-Chef hatte lediglich einen trivialen Spruch parat: „Für uns ist selbstverständlich von großer Bedeutung, was ich gestern in meiner Rede betonte: Im Zusammenhang mit der Entwicklung des Lebens des Volkes vorwärts immer, rückwärts nimmer!“⁶⁶

Der KPdSU-Chef flog mit einem zwiespältigen Eindruck zurück nach Moskau. Während er sich durch die Jubelrufe der Bevölkerung während seines Aufenthalts in Ost-Berlin bestätigt sehen konnte, brachte er für das starrsinnige Festhalten Honeckers an der Macht kaum Verständnis auf. Was Gorbatschow wirklich über Honecker dachte, vertraute er seinem außenpolitischen Berater, Anatolij S. Tschernjajew, nach seiner Rückkehr nach Moskau am 11. Oktober 1989 an. Nach dessen Tagebuchaufzeichnungen habe Gorbatschow in dem Gespräch mit ihm Honecker als „ein Arschloch“ bezeichnet. „Er könnte zu seinen Leuten sagen: Habe vier Operationen überstanden, bin 78, eine so stürmische Zeit fordert viel Kraft, lasst mich gehen, ich habe meine Sache gemacht. Dann würde er vielleicht in der Geschichte bleiben.“⁶⁷ Tschernjajew bezweifelte dies: „Vor zwei, drei Jahren: meinetwegen! Jetzt ist er schon vom Volk verflucht.“⁶⁸

Inzwischen sah sich sogar die FDJ-Führung veranlasst, das handlungsunfähige Politbüro auf einige Ursachen der Krise hinzuweisen und rasche Reaktionen auf die katastrophale Lage einzufordern. Am 9. Oktober 1989 übermittelte der 1. Sekretär des Zentralrats der FDJ, Eberhard Aurich, Honecker eine kritische Einschätzung der politischen Lage unter der Jugend. In dem Schreiben, das außer Aurich noch Wilfried Poßner, Vorsitzender der Pionierorganisation und Sekretär des Zentralrates, sowie der Leiter der ZK-Abteilung Jugend, Gerd Schulz, unterschrieben hatten, hieß es: „Wir wenden uns in großer Sorge an Dich. Wir sehen es als unsere Verantwortung, angesichts einer angespannten gesellschaftlichen Situation Dich über die politische Lage unter der Jugend zu informieren. Wir bitten Dich darum, dass die beiliegende Einschätzung im Politbüro der Partei behandelt wird. Wenn die Jugend der Partei auch künftig wie in den vergangenen 40 Jahren folgen soll, muß jetzt energisch gehandelt werden. Wir sind dazu bereit.“⁶⁹

Die Analyse, die als Vorlage für die nächste Sitzung des Politbüros gedacht war, enthielt neben schwülstigen Bekenntnissen zur Politik der Partei auch unangenehme Wahrheiten über die Stimmung unter der Jugend.⁷⁰ So hieß es bei-

⁶⁶ Ebenda, S. 259. Vgl. auch die handschriftlichen Aufzeichnungen von Egon Krenz über die Beratung des Politbüros mit Gorbatschow am 7. Oktober 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039/343, Bl. 1–34.

⁶⁷ Aus dem Tagebuch Anatolij S. Tschernjajews, zitiert in: Galkin/Tschernjajew, Michail Gorbatschow und die deutsche Frage, S. 200.

⁶⁸ Ebenda.

⁶⁹ Brief Aurichs an Honecker vom 9. Oktober 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039/322, Bl. 12.

⁷⁰ Vorlage des Zentralrats der FDJ und der ZK-Abteilung Jugend für das Politbüro: Einschätzung der politischen Lage unter der Jugend – Schlußfolgerungen für die weitere Vorbereitung des XII. Parteitages der SED und des XIII. Parlaments der FDJ, in: ebenda, Bl. 17–63. Alle folgenden Zitate ebenda.

spielsweise: „Es gibt unter der Jugend einen rapiden Vertrauensverlust zur Partei- und Staatsführung, zu ihren Entscheidungen und zu den Massenmedien, weil sie ihre Fragen ungenügend beachtet finden.“ Die Jugend, darunter nicht wenige Mitglieder der FDJ und der SED, würden sich statt plakativer Schönfärberei in den Medien „eine sachliche und kritische Erörterung der in der DDR zu lösenden Probleme“ wünschen. Die Argumente älterer Genossen zu den ständig wachsenden Ausreisen würden nicht mehr akzeptiert. Die Feiern zum 40. Jahrestag der DDR hätten die Zweifel bei vielen Jugendlichen verstärkt, ob ihre Sorgen von der Partei- und Staatsführung ernst genommen werden. „Aus vorliegenden Reaktionen auf die Festveranstaltung geht hervor, dass es breites Unverständnis darüber gibt, dass in der Festrede zu den die Partei, die Jugend und alle anderen Bürger bewegenden Fragen der Lage in der DDR und möglichen Lösungen nicht Stellung genommen wurde.“ Dagegen sei die Rede von Gorbatschow sehr zustimmend aufgenommen worden. In der gegenwärtigen Situation würden „Änderungen in der Politik und der sie in Partei und Regierung repräsentierenden Personen erwartet. Diese Erwartung wird auch durch eine weit verbreitete nichtoffizielle Diskussion in der Partei genährt und durch die gegnerische Propaganda verstärkt.“ Generell herrsche die Ansicht, dass die Parteiführung „zu alt und nicht dynamisch genug“ sei.

Bislang hatte es niemand gewagt, eine derartige Analyse über die Stimmung unter der Jugend dem Generalsekretär vorzulegen, um sie anschließend im Politbüro diskutieren zu lassen. Allerdings ließ Honecker das Papier nicht an die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros verteilen. Nur Krenz, der im Sekretariat und im Politbüro für Jugendfragen zuständig war, hatte bereits am Tag zuvor, am 8. Oktober, die Politbüro-Vorlage von Aurich erhalten. Er schrieb an Krenz: „Wir sind entschlossen, morgen früh die Anlage im Sekretariat des Genossen Honecker abzugeben.“⁷¹ Honecker nutzte diese Konstellation, um in der anschließenden Politbürositzung Krenz der Intrige zu bezichtigen.

Am 10. Oktober trat das Politbüro zu einer turnusmäßigen Sitzung zusammen. Es wurde nach Aussagen von Beteiligten die längste und kontroverseste Politbürositzung unter Honecker. Das Politbüro diskutierte am 10. und 11. Oktober 1989 über die Ereignisse (Massenfluchten, Demonstrationen, Erklärung des „Neuen Forums“) der letzten Wochen und Tage.⁷² Hierzu lagen dem Politbüro u. a. Analysen des Ministers für Staatssicherheit vor, die die Lage insgesamt kritisch einschätzten und die Ursachen hauptsächlich auf innere Probleme zurückführten. Zu diesem Punkt gab es unterschiedliche Ansichten, nämlich darüber, ob innere Entwicklungsprobleme der DDR bzw. eigenes Versagen oder äußere Faktoren die Krise verursacht hätten. Während Krenz und Mielke die Krise auf innere Fehlent-

⁷¹ Vermerk Aurichs für Krenz vom 8. Oktober 1989, in: SAPMO BArch, DY 30 2/2.039/322, Bl. 11.

⁷² Vgl. die Aufzeichnungen Schürers über die Sitzung des Politbüros am 10./11. Oktober 1989, in: Hans-Hermann Hertle, *Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates*, Opladen 1996, S. 409–426; Handschriftliche Notizen von Krenz über die Sitzung des Politbüros am 10./11. Oktober 1989, in: SAPMO BArch, DY 30 IV 2/2.039/344 (Büro Krenz).

wicklungen zurückführten, vertraten Honecker, Axen und Herrmann die Meinung, dass all diese Vorgänge ausschließlich durch den „Gegner“ verursacht worden seien. Eigene Fehleinschätzungen, Entwicklungsprobleme wiesen sie zurück. Demzufolge seien auch keine wesentlichen Veränderungen im Innern erforderlich.⁷³

Der Generalsekretär verteidigte sich während dieser Sitzung noch einmal gegen Vorwürfe, die 1971 vom VIII. Parteitag beschlossene „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ sei ein Fehler gewesen. In den handschriftlichen Notizen, die er zur Vorbereitung dieser Sitzung anfertigte, lesen sich die Stichworte als letzte Schlacht gegen seine Widersacher im Politbüro: Seit 1971 gebe es „stabile Verbraucherpreise für Waren des Grundbedarfs für Fleisch, Butter, Brot, Milch, Heizung, Elektroenergie, Verkehr, Post und noch andere Industriewaren“.⁷⁴ Die Nettogeldeinnahmen der Werktätigen seien seit 1970 um 205 Prozent gestiegen. Und noch eine andere Statistik hielt er seinen Kritikern entgegen: Seit 1970 erzeuge die DDR ein Nationaleinkommen von 3,5 Billionen Mark und Waren im Wert von 11,7 Billionen Mark. Auf die aktuelle Lage eingehend erklärte Honecker, dass die Staatsmacht nicht erpressbar sei und das Machtmonopol der SED nicht in Frage gestellt werden dürfe: „Wir werden auch künftig nicht zulassen, daß die Arbeiter- und Bauernmacht – ihre Werte, ihre Errungenschaft angetastet werden.“ Der Sozialismus stünde seiner Meinung nach nicht zur Disposition. Während seiner Einführungsrede verteidigte er trotz seiner seit 1971 verfolgten Politik: Die Lage sei zwar ernst, die Politik der Partei aber richtig.⁷⁵ Seine Ankündigung, auf der bevorstehenden 9. Tagung des ZK im November ein Referat zur Vorbereitung des XII. Parteitages zu halten, konnte als deutlicher Hinweis darauf verstanden werden, sich auf diesem Parteitag wiederum zum Generalsekretär wählen zu lassen. Krenz notierte handschriftlich die Bemerkung Honeckers. „Referat des XII. Pt. Referent: EH.“⁷⁶

Hager warf daraufhin die Frage auf, warum Zehntausende die DDR verließen und wie man auf die Demonstrationen reagieren solle. Er erinnerte an 1953 und die Demonstration auf der Berliner Stalinallee. „Das war am Vorabend des 17. Juni. 1953 kennen viele. Viele sind beunruhigt.“ Eine Erklärung des Politbüros oder des Zentralkomitees wäre angesichts der bisherigen Sprachlosigkeit der Führung dringend notwendig. Stoph wollte die Ursachen der Krise nicht „allein dem Gegner“ zuschieben und sprach wie schon mehrfach im Politbüro Probleme der Wirtschaft, insbesondere die Auslandsverschuldung an. Die Massenmedien sollten seiner Ansicht nach die ökonomischen Probleme offen behandeln und auch den aktuellen Stand der Verschuldung öffentlich machen. Die sozialpolitischen

⁷³ Information über die Sitzung des Politbüros am 10. und 11. Oktober 1989 vom 12. Oktober 1989, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII Nr. 7318, Bl. 87–90.

⁷⁴ Handschriftliche Notizen Honeckers zur Vorbereitung der Politbürositzung am 10./11. Oktober 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/2121.

⁷⁵ Handschriftliche Notizen von Krenz über die Sitzung des Politbüros am 10./11. Oktober 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039/344, Bl. 3.

⁷⁶ Ebenda, Bl. 7. Alle folgenden Zitate ebenda.

Maßnahmen wären zu überprüfen, insbesondere der subventionierte Wohnungsbau. Neumann richtete heftige Angriffe gegen Mittag, dem er vorwarf, an den Schwierigkeiten in der Volkswirtschaft schuld zu sein. Mittag könne keine Antworten auf die „gefährliche Lage“ in der Wirtschaft geben und müsse deshalb abgesetzt werden. Krenz sprach sich angesichts der anhaltenden Fluchtbewegung für einen politischen Dialog unter Führung der Partei aus. Auch Tisch konnte dem beipflichten: „Wir müssen Dialog nach innen machen!“ Die Parteimitglieder hätten ungeduldig auf eine Aussprache gewartet. „Wir haben keine Zeit mehr.“

Honecker erklärte schließlich in seiner Antwort auf entsprechende Forderungen erregt, wer mit den Demonstranten sprechen wolle, also mit Konterrevolutionären, vertrete selbst eine derartige Plattform. Unter Bezugnahme auf die Analyse des Zentralrats der FDJ, die ja dem Politbüro gar nicht vorgelegt worden war, fragte der Parteichef Krenz provokant, wer denn hinter dieser Vorlage stecke und was damit bezweckt werde. Honecker konnte sich offenbar nicht vorstellen, dass die Leitung des Jugendverbandes ohne Mitwisser im Politbüro die Führung der Partei und deren Jugendpolitik offen angriff, denn das hatte es bislang nicht gegeben. Er ahnte eine gegen ihn gerichtete Intrige, hinter der seiner Annahme nach nur Krenz stecken konnte, zumal die Analyse vom ZK-Abteilungsleiter Gerd Schulz mitgetragen wurde, der unmittelbar dem ZK-Sekretär für Jugendfragen und damit Krenz unterstellt war. Honecker zitierte einige Passagen, insbesondere jene, in der der Führung vorgeworfen wurde, aufgrund des Alters nicht mehr in der Lage zu sein, Partei und Staat zu führen. Axen stellte daraufhin die Frage, warum die FDJ nicht den „Feind“ attackiere statt beim Fackelzug am Abend des 6. Oktober „Gorbi-, Gorbi-Rufe“ zu dulden. Letztlich musste die Analyse des Zentralrates der FDJ von Aurich zurückgenommen werden. Honecker wertete das Papier als frontalen Angriff auf die Parteispitze.

In das Zentrum von Honeckers Unmut rückte während der gesamten Debatte Egon Krenz, da er zu partiellen Eingeständnissen eigener Fehlentscheidungen bereit war und wohl auch die Einschätzung des FDJ-Zentralrats zur politischen Lage unter der Jugend teilte. Im Vorfeld hatte Krenz eine Erklärung zur Situation im Lande formuliert, die das Politbüro verabschieden und veröffentlichen sollte. Sie enthielt eine Zurücknahme jener unsäglichen Formulierung, man solle den Flüchtlingen keine Träne nachweinen, und deutete die Bereitschaft der Partei zum Dialog mit den Menschen an. Gegen den Widerstand des Generalsekretärs – der sich generell gegen eine solche Erklärung aussprach und Krenz vorwarf, er wolle damit die Parteiführung spalten⁷⁷ – und mit Unterstützung Schabowskis und einiger anderer Politbüromitglieder wurde der Entwurf im Politbüro diskutiert. Honecker, der als Generalsekretär das alleinige Recht hatte, Vorlagen für die Beratung im Politbüro freizugeben, ließ den Entwurf widerwillig passieren, offenbar in der Hoffnung, dass er keine Mehrheit finden werde. In der Debatte überwog jedoch die Zustimmung, wenngleich mit Kritik nicht gespart wurde. Selbst Mittag

⁷⁷ Vgl. Krenz, Herbst '89, S. 96.

sprach sich für die Erklärung aus.⁷⁸ Auf Vorschlag Honeckers wurde eine Kommission zur Schlussredaktion der Erklärung eingesetzt, für die er Mittag, Krenz und Herrmann sowie Schabowski benannte.⁷⁹ Nach der redaktionellen Bearbeitung wurde die Erklärung am darauf folgenden Tag, am 11. Oktober, dem Politbüro wieder vorgelegt, erneut diskutiert, angenommen und in der abgeschwächten Version veröffentlicht.⁸⁰ Selbst die im Ergebnis der Diskussion abgemilderte Erklärung wurde gegen den erklärten Willen Honeckers, Axens und Herrmanns verabschiedet.

Die in der ritualisierten Sprache der SED-Führung verfasste, wortreiche, wenig konkrete und zwiespältige Erklärung des Politbüros, die deutlich den Charakter eines Kompromisses zwischen Gegnern und Befürwortern von Reformen zeigte, erfüllte die Erwartungen der Parteibasis nicht. In ihr fehlte das Wort „Reformen“ ebenso wie ein Hinweis auf die Massendemonstrationen oder ein direktes Eingehen auf das Vorhandensein und die Forderungen von Oppositionsgruppen und Bürgerinitiativen. Die Bemühungen der Kirchen wurden nicht erwähnt und die Ursachen der allgegenwärtigen Krisenerscheinungen nicht genannt. Stattdessen wurde versprochen, „gemeinsam“ wolle man „über alle grundlegenden Fragen unserer Gesellschaft beraten, die heute und morgen zu lösen sind“. Es gehe um die Weiterführung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, „um gute Warenangebote und leistungsgerechte Bezahlung, um lebensverbundene Medien, um Reisemöglichkeiten und gesunde Umwelt“. Alle Meinungsäußerungen und Vorschläge „für einen attraktiven Sozialismus in der DDR“ seien wichtig. Diese Versprechungen erwiesen sich jedoch sogleich als hohle Phrasen: „Doch wir sagen auch offen, daß wir gegen Vorschläge und Demonstrationen sind, hinter denen die Absicht steckt, Menschen irrezuführen und das verfassungsmäßige Fundament unseres Staates zu verändern.“⁸¹

Die Haltung zu den Flüchtenden war zwiespältig. Zwar wollte das Politbüro nach inneren Ursachen für die anhaltende Massenflucht suchen: „Der Sozialismus braucht jeden. [...] Gerade deshalb läßt es uns nicht gleichgültig, wenn sich Menschen, die hier arbeiteten und lebten, von unserer Deutschen Demokratischen Republik losgesagt haben. [...] Die Ursachen für ihren Schritt mögen vielfältig sein. Wir müssen und werden sie auch bei uns suchen, jeder an seinem Platz, wir alle gemeinsam.“ Doch dann folgten wieder der Rückgriff auf alte Klassenkampfparolen und die Suche nach äußeren Feinden: „Viele von denen, die unserer Republik in den letzten Monaten den Rücken gekehrt haben, wurden Opfer einer großangelegten Provokation. Wiederum bestätigt sich, daß sich der Imperialismus der BRD mit einem sozialistischen Staat auf deutschem Boden niemals abfinden wird, Verträge bricht und das Völkerrecht mißachtet.“

⁷⁸ Aufzeichnungen Schürers über die Sitzung des Politbüros am 10./11. Oktober 1989, in: Hertle, *Der Fall der Mauer*, S. 419.

⁷⁹ Vgl. Krenz, Herbst '89, S. 99; Schabowski, *Das Politbüro*, S. 93 f.

⁸⁰ Vgl. das Protokoll Nr. 42/89 der Sitzung des Politbüros am 10. und 11. Oktober 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2351.

⁸¹ *Neues Deutschland* vom 12. Oktober 1989.

Die Menschen in der DDR reagierten auf diese Erklärung der SED-Führung hinsichtlich der Situation im Lande mit bitterem Spott und Håme. Die SED-Mitglieder hielten die Erklärung des Politbüros für völlig unzureichend und für einen sichtbaren Ausdruck der allgemeinen Hilflosigkeit der Führung. In vielen Grundorganisationen der SED machten sich einem MfS-Bericht zufolge nach der Erklärung des Politbüros verstärkt „Ratlosigkeit, Entrüstung und Unsicherheit“ breit. „Vielfach wird die Meinung vertreten, dass sich die angespannte Lage nicht beruhigt, sondern weiter zuspitzen werde. Die Erklärung werde nicht zur Verbesserung des politisch-ideologischen Klimas führen. [...] Es müssen hier innerhalb kürzester Frist pragmatische und für die breite Masse sichtbar stabile Lösungen, Strategien, Konzeptionen und Taktiken folgen. Hierbei gehe es um die Glaubwürdigkeit der Partei und um die inhaltliche Vorbereitung strategischer Zielstellungen, die insbesondere vom XII. Parteitag erwartet werden und nicht um Satzfloskeln zur Beruhigung der Massen.“⁸² Eine MfS-Information vom 18. Oktober kolportierte den Frust vieler Mitglieder über die „unerträgliche Ignoranz in der Partei- und Staatsführung“. Unter den Genossen herrsche eine maßlose Enttäuschung darüber, dass es in den leitenden Organen der Partei und des Staates keine realistische Einschätzung der gegenwärtigen Lage gegeben habe.⁸³ Generell, so schätzte die HA XVIII des MfS ein, hätten die äußerst kritischen Meinungsäußerungen „mittlerer leitender Kader“, vielfach langjährige Mitglieder der SED, aus staatlichen und wirtschaftsleitenden Organen an „Deutlichkeit und Bissigkeit“ zugenommen.⁸⁴

Die Politbüro-Erklärung vom 11. Oktober erschien in den Augen der SED-Mitglieder als letzter Beweis für die Unfähigkeit der politischen Führung, einen Ausweg aus der Krise auch nur anzudeuten. Selbst altgediente Kommunisten hielten die Verlautbarung des Politbüros für völlig unzureichend. Symptomatisch für die Reaktionen an der Parteibasis ist ein Brief eines Abteilungsleiters des Außenhandelsbetriebes BAUKEMA⁸⁵ Export-Import, ein langjähriges SED-Mitglied, an den Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, Otto Reinhold, vom 11. Oktober 1989.⁸⁶ Darin brachte er seine Überzeugung zum Ausdruck, dass die Erklärung des Politbüros „nichts in Bewegung“ bringe und dem „alten Stil“ entspreche. Er fragte: „Wie sieht das Politbüro [die] eigene Verantwortung für die entstandene Situation? Wie ernst nimmt unser Politbüro eigentlich die entstandene Situation? Wäre nicht mindestens eine außerordentliche ZK-Tagung notwendig? Wurden denn unserer Partei und der internationalen Arbeiterklasse nicht

⁸² Information zu Reaktionen/Meinungen auf die Erklärung des Politbüros vom 11. Oktober 1989 vom 12. Oktober 1989, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 20461, Bl. 8.

⁸³ Information über ein Treffen mit GMS „Wolter“ am 18. Oktober 1989 im Haus der Ministerien über Meinungen zur Erklärung des Politbüros, in: ebenda, MfS HA XVIII 17023, Bl. 1.

⁸⁴ Vgl. die Information der HA XVIII über Reaktionen zur Erklärung des Politbüros vom 16. Oktober 1989, in: ebenda, Bl. 25.

⁸⁵ Abkürzung für: Bau-, Baustoff- und Keramikmaschinenbau.

⁸⁶ Vgl. den Brief von Erich Marks an Otto Reinhold vom 11. Oktober 1989, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 20461, Bl. 26. Alle folgenden Zitate ebenda.

schon genug Schäden durch persönliches Verhalten führender Genossen zugefügt? Wie schätzen denn unsere Genossen Honecker, Hager, Mittag, Schabowski, Dohls und einige andere sich persönlich in der Gegenwart sozialistischer Fehlschläge ein? Was ich und auch viele andere Mitglieder unserer Partei wissen möchten, ist, wie z. B. unsere führenden Genossen sich persönlich in der Verantwortung sehen, welche Konsequenzen sich ergeben.“

In einem Stimmungsbericht über die Reaktion „leitender Wirtschaftsfunktionäre“ auf die Politbüro-Erklärung vom 11. Oktober wurde ein ungeschminktes Bild über die Diskussionen in der SED gezeichnet, deren Mitglieder nunmehr ihren Unmut auch in Mitgliederversammlungen offen äußerten. Es hieß in dem MfS-Bericht vom 14. Oktober: „Eine derartige Erklärung wäre, bezüglich ihrer in Ansätzen vorhandenen kritischen Komponente, vor einigen Jahren notwendig gewesen und gut angekommen, hätte jedoch in der jetzigen Situation keine motivierende Wirkung mehr.“ Von den „wirtschaftsleitenden Kadern“ werde „überwiegend Unzufriedenheit über eine derartige lagefremde und die tatsächliche ökonomische Situation verkennende Einschätzung durch die Staatsführung zum Ausdruck gebracht. Mit derartigen Gemeinplätzen und Vertröstungen löse man nicht die herangereiften Probleme, sondern verliere Zeit, die in der jetzigen Situation umso schneller gegen uns laufe.“⁸⁷ Das Urteil der Parteimitglieder über die Politbüromitglieder wäre dem MfS-Bericht zufolge eindeutig: „physisch total überlastet, wirklichkeitsfremd, sich selbst überschätzend, unfähig zur realen politischen, ökonomischen und persönlichen Einschätzung.“ In den Diskussionen an der Parteibasis werde deutlich, „dass viele Minister, leitende Wirtschaftskader und engagierte Parteimitglieder nicht mehr akzeptieren, dass der reale Sozialismus und die sozialistische Ideologie mit Mangelerscheinungen, Massenflucht, ökonomischer Stagnation und offener Unzufriedenheit einhergehen. Besondere Kritik wird an der Person des Genossen Dr. Mittag geübt. Seinem Leitungsstil und seinen Prinzipien (es kann nicht sein, was nicht sein darf) werden im wesentlichen die Administrierung und Destabilisierung der Volkswirtschaft, die Einschränkung der Selbstständigkeit und Verantwortung entscheidungsbefugter Gremien bzw. Minister und des Selbstwertgefühls von verantwortlichen Leitern zugeordnet.“⁸⁸

Die Parteiführung hatte unter den SED-Mitgliedern jegliche Autorität und Legitimität verloren. Damit kam zum inneren Druck von Massenausreise und Massendemonstrationen nun auch der Autoritäts- und Glaubwürdigkeitsverlust der SED-Führung gegenüber der eigenen Parteibasis hinzu, womit sich die Auflösung herkömmlicher Machtstrukturen beschleunigte. Vor allem in den zentralen wie regionalen Wirtschaftsapparaten wuchs der Ärger über die lähmende Untätigkeit und die realitätsfremden Vorstellungen der politischen Führung, was

⁸⁷ Bericht der HA XVIII über „Reaktionen von leitenden Wirtschaftsfunktionären auf die Auswertung/Umsetzung der Politbüro-Erklärung vom 11. 10. 1989“ vom 14. Oktober 1989, in: ebenda, Bl. 15.

⁸⁸ Ebenda, Bl. 16.

aus den internen Berichten des MfS ohne Mühe herausgelesen werden konnte. So schilderte der stellvertretende Minister für Bauwesen, Erich Haak, seine „deprimierenden Eindrücke“ über den Auftritt Stophs auf einer Sitzung des Ministerrats am 12. Oktober 1989 auf folgende Weise: „Deprimierend deshalb, weil nach den Darstellungen abzuleiten ist, dass offensichtlich der Ernst der Lage bei der Parteiführung noch nicht begriffen wurde, in der Parteiführung und Regierung nach wie vor keine klare Konzeption für eine Bewältigung der eingetretenen Situation vorhanden ist. Der ‚Rat der alten Götter‘ arbeitet realitätsfremd. Es wurden zur gegenwärtigen inneren Situation so gut wie keine Ausführungen gemacht. Wenige Argumente von vorgestern beinhalten die imperialistische Politik der BRD gegenüber der DDR. Der Name ‚Neues Forum‘ wurde gar nicht erst erwähnt. Von einer Strategie der Partei war nichts zu erkennen. Zusammengefasst ist einzuschätzen, dass die dringenden interessierenden Fragen unbeantwortet blieben. Haarsträubend waren die Ausführungen der Genossen Stoph, Neumann, Schürer und M. Honecker. Die Ausführungen des Gen. Schürer zur weiteren Exportsteigerung, Materialeinsparung und weiterer Importreduzierung bedeuten die Fortsetzung des ‚Ausverkaufs‘ der DDR und sind wirtschaftspolitisch nicht mehr vertretbar.“⁸⁹

Die Resignation und die frustrierte Reaktion der SED-Wirtschaftsfunktionäre auf die bekannten Phrasen der Führung waren das Ergebnis aller fehlgeschlagenen Versuche, den Wirtschaftskurs der Partei zu korrigieren, die Ausgaben für soziale Wohltaten der Leistungsfähigkeit der DDR-Ökonomie anzupassen und die Wirtschaftspolitik auf die dramatisch veränderten internationalen Rahmenbedingungen einzustellen. Nachdem die jahrelang intern vorgetragenen Appelle für einen Wandel in der Wirtschaftspolitik ungehört verhallt waren und bei Honecker lediglich das Beharren auf der Politik des Konsumsozialismus befördert hatten, wurde nun nicht mehr nur die Führungskompetenz des Generalsekretärs, seines Wirtschaftssekretärs sowie des ganzen Politbüros in Frage gestellt. Jetzt wuchsen angesichts der anhaltenden Reformverweigerung der Honecker-Führung in der Wirtschaft und in ihrem Leitungspersonal auch Zweifel an der generellen Zukunftsfähigkeit des sozialistischen Gesellschaftsmodells.⁹⁰ Das Wegbrechen dieser institutionellen Grundlagen der SED-Herrschaft dürfte ein entscheidender Faktor für den rasanten Niedergang der kommunistischen Diktatur in diesen Oktobertagen gewesen sein.

Nach der Politbürositzung am 11. Oktober, in der Honecker noch einmal jegliche Fehlerdiskussion abgelehnt, ein Zurückweichen vor der „Konterrevolution“ zurückgewiesen und notfalls mit dem „Gebrauch der Macht“ gedroht hatte, fühlten sich die Honecker-Kritiker um Krenz, Stoph, Lorenz und Schabowski zum

⁸⁹ Vermerk zu einem Gespräch mit Erich Haak vom 13. Oktober 1989, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 20461, Bl. 11.

⁹⁰ Vgl. Peter Skyba, Sozialpolitik als Herrschaftssicherung. Entscheidungsprozesse und Folgen in der DDR der siebziger Jahre, in: Clemens Vollnhals/Jürgen Weber (Hrsg.), Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, München 2002, S. 76.

Handeln veranlasst. Krenz wollte die von Honecker einberufene Beratung mit den 1. Sekretären der SED-Bezirksleitungen am folgenden Tag nutzen, um die Politbüromitglieder unter ihnen für den Sturz Honeckers zu gewinnen. Die Verschwörung zum Sturz Honeckers trat nunmehr in die entscheidende Phase.

Über dieses Treffen am 12. Oktober berichten Krenz und Schabowski in ihren Erinnerungen übereinstimmend⁹¹, es habe von den Bezirkschefs eine sehr kritische Einschätzung der Situation gegeben und Honecker habe abermals die Schwierigkeiten der DDR und der SED auf das Wirken feindseliger Kräfte von außen zurückgeführt. Seine Rede dokumentierte noch einmal, in welche Scheinwelt er sich nunmehr geflüchtet hatte. Heftige Kritik an der Politik der Parteiführung äußerten vor allem Johannes Chemnitzer (Neubrandenburg), Hans Modrow (Dresden) und Günter Jahn (Potsdam).⁹² Modrow verlas sein vorbereitetes Redemanuskript, das er gemeinsam mit den 1. Sekretären der SED-Kreisleitungen des Bezirkes Dresden verfasst hatte. Darin hieß es: „Wenn wir nicht in aller Kürze mit einer Tagung des Zentralkomitees weitere Antworten geben, werden Resignation und nicht wieder gutzumachender Vertrauensschwund eintreten. Die Lage erfordert dringend eine wirksamere politische Führung. [...] Mit dem ‚Neuen Deutschland‘ und anderen zentralen Medien wird jedoch in den vergangenen Tagen und Wochen ein Bild für die Genossen und Werktätigen gezeichnet, als ginge das wirkliche Leben mit seinen Fragen, Problemen und scharfen Auseinandersetzungen an der Führung der Partei vorbei.“⁹³ Die Genossen im Bezirk, so gab Modrow die Stimmung vor Ort wieder, würden sich fragen, ob das Politbüro überhaupt noch wisse, was in der Republik vor sich gehe, wenn alles auf die NATO geschoben werde. Chemnitzer stimmte der Kritik Modrows zu. Auch er habe den Eindruck, die Politbüroerklärung vom 11. Oktober komme zu spät und gehe nicht weit genug.⁹⁴ Nach Informationen des MfS echauffierte er sich heftig über die offensichtliche Ahnungslosigkeit Honeckers. Chemnitzer sei aufgestanden und habe Honecker zugerufen, „dass er nicht mehr mitmacht“, und ihn entristet gefragt, „ob er nicht wüßte, was los ist“. Honecker habe ihm darauf geantwortet: „Was denn, die Leute arbeiten doch, es ist Ruhe.“⁹⁵ Danach meldete sich Jahn zu Wort und forderte eine Politik „des vernünftigen Dialogs“ mit den oppositionellen Kräften. Er schlug vor, das „Neue Forum“ als „gesellschaftliches Forum“ anzuerkennen und zu versuchen, es in die „Nationale Front“ zu integrier-

⁹¹ Vgl. Krenz, Herbst '89, S. 101–104; Schabowski, Das Politbüro, S. 94–96.

⁹² Vgl. die handschriftlichen Notizen von Krenz über die Beratung des Sekretariats des ZK mit den 1. Sekretären der Bezirksleitungen am 12. Oktober 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039/344, Bl. 54–78.

⁹³ Redemanuskript Modrows für die Beratung der 1. Bezirkssekretäre mit Honecker am 12. Oktober 1989. Zitiert in: Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.), „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994, S. 158 u. 160.

⁹⁴ Vgl. die handschriftlichen Notizen von Krenz über die Beratung des Sekretariats des ZK mit den 1. Sekretären der Bezirksleitungen am 12. Oktober 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039/344, Bl. 70.

⁹⁵ Bericht der HA XX des MfS „über Stimmungen und Meinungen zur aktuellen Lage“ vom 3. November 1989, in: Archiv BStU, MfS HA XX 8520.

ren, aber: „Nicht die Struktur anerkennen.“⁹⁶ Nach der Darstellung von Krenz soll Jahn schließlich den Rücktritt des Generalsekretärs gefordert haben, was aus seinen eigenen Notizen allerdings nicht hervorgeht. Jahn habe taktvoll auf einen Amtsverzicht des Generalsekretärs angespielt: Die Geschichte der SED kenne „ehrenvolle Beispiele“, wie ein Generalsekretär die Arbeit in die Hände eines Jüngeren legen könne.⁹⁷ Die Wortmeldungen der anderen Bezirkssekretäre machten indes deutlich, dass auch sie die Dramatik der Situation nicht erfasst hatten. Dies traf insbesondere auf Herbert Ziegenhahn (Gera) und Hans Albrecht (Suhl) zu, die mit der üblichen Phraseologie auftraten und die Auftritte von Modrow, Chemnitzer und Jahn für Panikmache hielten. Ziegenhahn und Albrecht gehörten dann Anfang November 1989 zu den ersten Bezirkschefs, die auf Druck der eigenen Bezirksleitung zurücktreten mussten.⁹⁸

Stoph, Krenz, Lorenz und Schabowski, die im Politbüro in anschließenden vertraulichen Gesprächen mit Tisch, Krolkowski und Hager Unterstützer für ihr Vorhaben gefunden hatten, waren sich nach dieser Beratung einig, in der nächsten Sitzung des Politbüros am 17. Oktober Honecker zu stürzen.⁹⁹ Ferner sollten an diesem Tag Mittag und Herrmann abgelöst werden. Modrow schildert in seinen Erinnerungen, wie ihn Krenz im Anschluss an die Beratung der 1. Bezirkssekretäre in das Vorhaben eingeweiht habe, Honecker abzulösen.¹⁰⁰ Pläne, wie es danach weitergehen sollte, hatten sie jedoch nicht. Nach eigener Darstellung vereinbarte Krenz mit Stoph, den er als Wortführer der Verschwörer gewonnen hatte, „vor der planmäßigen Politbürositzung mit einer Gruppe von Genossen des Politbüros zu Erich Honecker zu gehen, um ihm vorzuschlagen, von seiner Funktion zurückzutreten. Dieser Gruppe sollten angehören: Willi Stoph, Günter Schabowski, Siegfried Lorenz, Kurt Hager, Harry Tisch, Werner Krolkowski und ich. Später geben wir auf Vorschlag Willi Stophs diese Idee auf. Wir wählen den direkten Weg im Politbüro.“¹⁰¹ Die Chance, im Politbüro eine ausreichende Mehrheit für die Ablösung Honeckers zu bekommen, vergrößerte sich, nachdem auch Mielke seine Unterstützung zugesichert hatte.¹⁰² Außerdem gehörte der Leiter der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen, Wolfgang Herger, zu den Verschwörern. Herger verfügte durch sein Amt über gute Beziehungen zu leitenden Führungsoffizieren des MfS, der NVA sowie des MdI und war daher über die explosive Lage und den inneren Zerfall der Macht- und Herrschaftsapparate bestens informiert.

⁹⁶ Handschriftliche Notizen von Krenz über die Beratung am 12. Oktober 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/2.039/344, Bl. 75.

⁹⁷ Vgl. Krenz, Herbst '89, S. 103.

⁹⁸ Vgl. Mario Niemann, *Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952–1989*, Paderborn 2007, S. 396.

⁹⁹ Vgl. Günter Schabowski, *Der Absturz*, Berlin 1991, S. 256.

¹⁰⁰ Vgl. Hans Modrow, *Ich wollte ein neues Deutschland*, Berlin 1998, S. 313.

¹⁰¹ Zitiert in: Egon Krenz, *Wenn Mauern fallen. Die friedliche Revolution: Vorgeschichte – Ablauf – Auswirkungen*, Wien 1990, S. 207.

¹⁰² Vgl. Hans-Hermann Hertle, *Der Sturz Erich Honeckers. Zur Rekonstruktion eines innerparteilichen Machtkampfes*, in: Klaus-Dietmar Henke/Peter Steinbach/Johannes Tüchel (Hrsg.), *Widerstand und Opposition in der DDR*, Köln 1999, S. 337.

Am Sonntag, dem 15. Oktober, trafen sich Krenz und Schabowski mit dem FDGB-Vorsitzenden. Sie besprachen die Vorbereitungen für die Politbürositzung und baten Tisch, der am Tag darauf zu einem Routinebesuch beim sowjetischen Gewerkschaftschef nach Moskau flog, sich um einen Termin bei Gorbatschow zu bemühen, um diesen über das Vorhaben „in Kenntnis zu setzen“. Für die Vermutung, die Verschwörung zum Sturz Honeckers sei in Absprache oder gar mit Unterstützung Gorbatschows erfolgt, gibt es keine Belege. Tisch sagte später in einem Zeitungsinterview, Gorbatschow habe in dem Gespräch betont, dies sei eine innere Angelegenheit der DDR. „Aber er war auch froh, daß wir endlich begriffen haben, daß uns das Leben längst eingeholt hat. Aber eine seiner Bemerkungen war auch: Ob das noch hilft?“¹⁰³ Für den Erfolg der Pläne zum Sturz Honeckers war das stillschweigende Einverständnis Moskaus wichtig. Nach der Absage Gorbatschows an die „Breschnew-Doktrin“ war eine aktive sowjetische Unterstützung ausgeschlossen.

Ohne den Honecker-Vertrauten Heinz Keßler, der sich in Nicaragua befand, versammelten sich die übrigen 25 Mitglieder und Kandidaten des Politbüros am 17. Oktober zu einer nach der Tagesordnung „normalen“ Sitzung. Als Honecker zu Beginn fragte, ob es noch Vorschläge zur Tagesordnung gebe, sagte Stoph, er stelle den Antrag, das Zentralkomitee aufzufordern, den Genossen Honecker von seiner Funktion als Generalsekretär und auch die Genossen Mittag und Herrmann von ihren Funktionen zu entbinden.¹⁰⁴ Alle Anwesenden ergriffen – aufgefördert von Honecker – das Wort.¹⁰⁵ Keiner setzte sich für den Verbleib Honeckers ein, selbst sein Intimus Mittag konstatierte, dass Honecker das Vertrauen der Partei verloren habe. Auch Mielke, der schon seit Jahren die Politik des Generalsekretärs misstrauisch beobachtete, rückte demonstrativ vom bisherigen Parteichef ab.¹⁰⁶

Ausführlich begründete Schürer, warum Honecker freiwillig seinen Rücktritt erklären müsse. Der Generalsekretär habe, so meinte Schürer, in der letzten Politbürositzung am 10. und 11. Oktober bewiesen, „dass er nicht mehr imstande ist, die Tiefe der Aussprache zu erfassen“. Als Beispiel führte Schürer die Diskussion über die Auslandsverschuldung an, deren Tragweite Honecker offenbar nicht an-

¹⁰³ Neues Deutschland vom 24. Mai 1991.

¹⁰⁴ Zu diesem Sachverhalt existieren unterschiedliche Überlieferungen. Schabowski und Mittag behaupten, Stoph habe gleich zu Beginn der Sitzung nicht nur die Ablösung Honeckers, sondern auch die von Mittag und Herrmann beantragt: Schabowski, *Der Absturz*, S. 268; Günter Mittag, *Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweier Systeme*, Berlin 1991, S. 23. Auch Honecker stützt diese Version: Reinhold Andert/Wolfgang Herzberg, *Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör*, Berlin 1990, S. 31. Krenz zufolge habe Stoph jedoch zu Beginn der Sitzung beantragt, lediglich Honecker von seinen drei Funktionen abzulösen und ihn, Krenz, in die Funktion des Generalsekretärs zu wählen: Krenz, *Herbst '89*, S. 116. Die Forderung, auch Mittag und Herrmann von ihren Funktionen zu entbinden, sei erst im Laufe der Diskussion vorgebracht worden.

¹⁰⁵ Vgl. die Notizen Schürers über die Sitzung des Politbüros am 17. Oktober 1989, in: Hertle, *Der Fall der Mauer*, S. 430–437.

¹⁰⁶ Vgl. die Aufzeichnungen Schürers über die Politbürositzung am 17. Oktober 1989, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 245/90, Bd. 14, Bl. 117–122.

nähernd begriffen habe. „Ich habe zum Beispiel mit umfangreichen Argumenten dargelegt, dass die Verschuldung von 2 Mrd. 1970 auf 40 Mrd. 1989 gestiegen ist und wenn man den ‚Sockel‘ im Jahre 1990 stoppen will, also nur sein weiteres Wachstum verhindern, müsste man den Lebensstandard um 20–30% senken. In seiner Zusammenfassung im Schlusswort sagte er jedoch, der ‚Sockel‘ muss sinken, der Lebensstandard muss erhöht werden; wir brauchen einen realen angespannten Plan und bei Subventionen und Preisen muss man vorsichtig sein. Das ist doch die Quadratur des Kreises und keine Antwort auf die schwierigen Fragen, vor denen wir stehen.“¹⁰⁷ Schürer brachte abschließend zum Ausdruck, dass er sehr froh wäre, „wenn die Lösung mit dem Einverständnis des Genossen Erich Honecker selbst möglich wird, denn dann kann die Abberufung in voller Ehre und Würde erfolgen, die man dem revolutionären Leben von Erich entgegenbringen muss und die auch den Traditionen unserer Partei entspricht“.

Zugleich holte Schürer während dieser Sitzung zu einem Rundumschlag gegen den Wirtschaftssekretär und dessen wirtschaftspolitische Entscheidungen der letzten Jahre aus. Zwar habe Mittag „Großes“ geleistet, etwa bei der Bildung der Kombinate, die Mittags Idee gewesen seien. „Aber in den letzten Jahren hat Genosse Mittag avantgardistische Aufgaben für die Wirtschaft gestellt ohne realen Boden. Auf jeden Planentwurf, den wir eingereicht haben, wurden noch beträchtliche Dinge oben draufgelegt, die zur Unrealität führten und im Verlauf der Durchführung korrigiert werden mussten. Die Verpflichtungen der Seminare in Leipzig standen auf sehr dünnen Beinen und waren außerdem von den Generaldirektoren nicht demokratisch mit den Werktätigen und den Gewerkschaften vorbereitet.“ Erneut bezweifelte Schürer den Nutzen des von Mittag hartnäckig verteidigten Programms zum Ausbau der Mikroelektronik. Deshalb sei es erforderlich, Mittag von seiner Funktion als Wirtschaftssekretär des ZK und Mitglied des Politbüros zu entbinden. Auch Herrmann müsse seine Ämter niederlegen, da dieser in beträchtlichem Umfang für den Vertrauensschwund der Partei in der Bevölkerung verantwortlich sei.

Der fassungslose Generalsekretär zögerte zunächst, der Aufforderung zum Rücktritt widerspruchlos nachzukommen. Entscheidend für den Ausgang der Sitzung dürfte die Haltung des Stasi-Chefs gewesen sein, der allerdings im Vorfeld schon seine Zustimmung signalisiert hatte. Nach Aussagen von Sitzungsteilnehmern soll Mielke gedroht haben, brisante Details aus Honeckers Leben zu enthüllen: „Erich, wenn du nicht zurücktrittst, dann sage ich hier Dinge, die ich eigentlich mit ins Grab nehmen wollte.“¹⁰⁸ Lange Zeit wurde vermutet, dass Mielke damit auf private Lebensumstände Honeckers anspielte, die so gar nicht in die

¹⁰⁷ Vgl. die Rede Schürers auf der Sitzung des Politbüros am 17. Oktober 1989, in: ebenda, Bl. 115. Alle folgenden Zitate ebenda.

¹⁰⁸ Zitiert in: Christiane Wolters, Mielkes Geschichte im Koffer, in: SPIEGEL ONLINE, 31. März 2004, S. 2. In der Erinnerung Schabowskis habe Mielke, als Honecker ihm signalisierte, er solle die Klappe nicht so weit aufreißen, während der Sitzung am 17. Oktober 1989 geschrien, „er würde noch mal auspacken und erzählen, da würden wir uns noch wundern.“ Schabowski, Das Politbüro, S. 106.

geschönte Lebensgeschichte vom Aufstieg eines saarländischen Dachdeckerlehrlings an die Staats- und Parteispitze passten. Mielke bewahrte Zeugnisse davon in dem ominösen „roten Koffer“ auf.¹⁰⁹ Sichere Indizien gibt es jedoch dafür nicht. Fraglich ist auch, ob Mielke wirklich in dieser Weise auftrat. Die Aufzeichnungen Schürers geben jedenfalls darüber keine Auskunft. Dort wird Mielke lediglich mit den Worten zitiert: „Honecker soll nicht nach Erklärungen suchen, sondern den Vorschlag von Stoph akzeptieren. Wir haben vieles mitgemacht. Wir können doch nicht anfangen, mit Panzern zu schießen.“¹¹⁰ Später konnte sich Mielke nicht an eine Drohung erinnern.¹¹¹ Auch Honecker bestritt während einer Befragung im Haftkrankenhaus Berlin-Rummelsburg im Februar 1990, von Mielke mit der Androhung, unangenehme Wahrheiten zu enthüllen, eingeschüchtert worden zu sein. „Honecker erklärte, dass es solche Auseinandersetzungen zwischen ihm und Mielke nicht gegeben hat und auch Mielke seinen Rücktritt nicht forderte. Der Sprecher im Politbüro bezüglich seines Rücktritts wäre Willi Stoph gewesen in Verbindung mit Egon Krenz.“¹¹²

Alle Mitglieder und Kandidaten stimmten dem Antrag Stophs zu, Krenz auf dem kommenden ZK-Plenum zum neuen Generalsekretär wählen zu lassen. Krenz, der von Honecker als einer der Letzten zur Stellungnahme aufgerufen wurde, erklärte seine Bereitschaft, die Verantwortung zu übernehmen. Danach schloss Honecker die Aussprache mit dem sicherlich zutreffenden Hinweis darauf, dass mit seiner Ablösung die Probleme keineswegs gelöst werden könnten. Das Auswechseln von Personen an der Spitze der Partei zeige seiner Ansicht nach vielmehr, „dass wir erpressbar sind“.¹¹³ In seiner letzten und zugleich bissigen Verteidigungsrede brachte er seine Enttäuschung über das Verhalten derjenigen zum Ausdruck, „von denen ich das nie erwartet habe“. Honecker hatte dabei in erster Linie seinen Wirtschaftssekretär, aber auch Herrmann und wohl ebenfalls den Staatssicherheitschef im Sinn.¹¹⁴ Schließlich stimmte Honecker seiner eigenen Ablösung zu. Auch Mittag und Herrmann votierten für ihre eigene Ablösung. So beschloss das Politbüro ohne Gegenstimme, Honecker, Mittag und Herrmann von ihren Funktionen zu entbinden und dem Zentralkomitee Krenz als neuen Generalsekretär vorzuschlagen.¹¹⁵ In der darauf folgenden Sitzung am Vormittag

¹⁰⁹ Vgl. Peter Przybylski, Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, Berlin 1991, S. 202; Wilfriede Otto, Erich Mielke – Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten, Berlin 2000, S. 378; dies., Geschichte eines braunen Kalbslederbandes. Verdrängtes kehrt unerledigt zurück, in: Helmut Wagner (Hrsg.), Europa und Deutschland – Deutschland und Europa, Münster 2005, S. 390–419.

¹¹⁰ Zitiert in: Hertle, Der Fall der Mauer, S. 434.

¹¹¹ Vgl. das Protokoll der Vernehmung Mielkes vom 22. Februar 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, 2 Js 245/90, Bd. 77, Bl. 25.

¹¹² Notiz über die Befragung Honeckers am 29. Februar 1990, in: ebenda.

¹¹³ Aufzeichnungen Schürers über die Politbürositzung am 17. Oktober 1989, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 245/90, Bd. 14, Bl. 121.

¹¹⁴ Vgl. Andert/Herzberg, Der Sturz, S. 31.

¹¹⁵ Vgl. Hans-Hermann Hertle/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.), Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees, Berlin 1999, S. 52f.

des 18. Oktober 1989 stimmten die Politbüromitglieder der von Krenz und Schabowski entworfenen Rücktrittserklärung Honeckers zu und bestätigten die in der vorangegangenen Nacht ausgearbeitete Antrittsrede des künftigen Generalsekretärs.¹¹⁶ Wie sich Honecker einige Zeit später erinnerte, hätten ihn die Politbüromitglieder am 18. Oktober respektvoll behandelt: „Zu meiner Überraschung klatschten alle Beifall. Das hatte es noch nie im Politbüro gegeben.“¹¹⁷

Doch wie sollte der Sturz Honeckers vor dem Zentralkomitee begründet werden? An einer politischen Debatte über die Wirtschafts- und Sozialpolitik Honeckers seit 1971 konnte dem Politbüro nicht gelegen sein, da dies die Frage nach der politischen Verantwortung der gesamten Parteiführung nach sich zog. Insofern kam nur ein Rücktritt aus „gesundheitlichen Gründen“ in Frage, eine in kommunistischen Diktaturen übliche Variante des Ausweichens vor unbequemen Fragen nach politischen Verantwortlichkeiten. Dies war zuletzt bei der Ablösung von Naumann und Häber im November 1985 praktiziert worden. So wurde schon am Morgen des 18. Oktober während einer von Krenz einberufenen Beratung mit den 1. Bezirkssekretären der Sturz Honeckers als freiwilliger Rücktritt aus „gesundheitlichen Gründen“ inszeniert.¹¹⁸

Die eilig einberufene, vorgezogene 9. Tagung des SED-Zentralkomitees begann am 18. Oktober mit einer persönlichen Erklärung Honeckers, in der er sich an die am Vormittag vom Politbüro beschlossene Version hielt, um seinen Rücktritt von allen Ämtern zu begründen: „Infolge meiner Erkrankung und nach überstandener Operation erlaubt mir mein Gesundheitszustand nicht mehr den Einsatz an Kraft und Energie, den die Geschicke unserer Partei und des Volkes heute und künftig verlangen.“¹¹⁹ Honecker schlug Krenz als seinen Nachfolger vor.¹²⁰ Das Zentralkomitee akzeptierte wie immer, was ihm vom Generalsekretär und vom Politbüro vorgelegt wurde, ohne rückhaltlose Informationen über die wirklichen Ursachen und Hintergründe der Ablösung Honeckers zu verlangen und darüber ausführlich zu diskutieren. Der Öffentlichkeit wurde so suggeriert, dass ausschließlich gesundheitliche Gründe den Wechsel an der Spitze bewirkt hätten und nicht die krisenhafte Situation der DDR. Und da Krenz ohnehin als „Kronprinz“ galt, sollte der Eindruck eines geregelten Übergangs erweckt werden. Das Zentralkomitee stimmte Honeckers „Rücktritt“ mit einer Gegenstimme zu¹²¹ und dankte ihm für „sein politisches Lebenswerk, das dem Kampf für Sozialismus und

¹¹⁶ Vgl. das Protokoll Nr. 44/89 der Sitzung des Politbüros am 18. Oktober 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2353.

¹¹⁷ Zitiert in: Andert/Herzberg, *Der Sturz*, S. 34.

¹¹⁸ Vgl. Hertle, *Der Sturz Erich Honeckers*, S. 341.

¹¹⁹ Zitiert in: Hertle/Stephan, *Das Ende der SED*, S. 103.

¹²⁰ Darüber, ob Honecker eigenmächtig Krenz als seinen Nachfolger vorschlug oder einer Aufforderung von Krenz folgte, seinen Namen in die vorbereitete Erklärung einzusetzen, gibt es unterschiedliche Versionen: Schabowski, *Der Absturz*, S. 271; Krenz, *Herbst '89*, S. 126; Andert/Herzberg, *Der Sturz*, S. 33/34.

¹²¹ Gegen die Ablösung Honeckers stimmte nach Aussagen von Teilnehmern Hanna Wolf, die frühere Rektorin der Parteihochschule „Karl Marx“, die galt als eine der wenigen Honecker-Vertrauten. Vgl. Hertle, *Der Sturz Erich Honeckers*, S. 342.

Frieden gewidmet ist“.¹²² Anschließend verließ Honecker „unter stürmischem Beifall“ den Plenarsaal.

Mittag und Herrmann wurden als Mitglieder des Politbüros und Sekretäre des Zentralkomitees abberufen, ohne dass entschieden wurde, wer ihre Aufgabengebiete übernehmen sollte. Das Zentralkomitee bestimmte anschließend Krenz einstimmig zum Generalsekretär. Der Volkskammer wurde ebenso einstimmig „vorgeschlagen“, Krenz zum Vorsitzenden des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates zu wählen, also die Personalunion von Partei- und Staatsführung nicht anzutasten.¹²³

Krenz galt in den Augen der Mitglieder schon seit einigen Jahren als aussichtsreicher Nachfolger Honeckers und schon deshalb kaum dafür geeignet, das politische Ruder noch herumzureißen. Die Bezeichnung „Kronprinz“ wollte Krenz für sich jedoch nicht gelten lassen und hielt diese Zuschreibung in Verkennung der tatsächlichen Stimmung in der Parteimitgliedschaft für eine Erfindung westlicher Beobachter. Im Verfahren gegen Honecker erklärte Krenz am 23. Juli 1991 auf eine entsprechende Frage des Oberstaatsanwalts: „Der Begriff Kronprinz stammt nicht aus der ehemaligen DDR, sondern aus der alten Bundesrepublik (Medien). Offensichtlich hatte mich Erich Honecker 1983/1984 für die Funktion eines Mitglieds des Politbüros und Sekretärs des Zentralkomitees vorgeschlagen, um mich langfristig für die Funktion des Generalsekretärs vorzubereiten. Er hat dies jedoch niemals definitiv gesagt. Einmal, im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten zur Beerdigung von Tschernenko 1985 in Moskau, machte er die Andeutung, dass ich ja der Jüngste im Politbüro sei und auf mich sicher einmal die Leitung der Partei zukäme. Andere Bemerkungen in dieser Richtung kenne ich von ihm nicht.“¹²⁴ Allerdings, so fügte Krenz hinzu, habe sich die Haltung Honeckers zu ihm schon bald geändert, weil er mit den Ansichten Gorbatschows sympathisiert habe: „Das Verhältnis zwischen Honecker und mir gewann an Spannung nach der Jahreswende 1985/86. Damals waren Willi Stoph und Günter Mittag in Moskau und wurden von M.S. Gorbatschow darauf hingewiesen, dass die DDR in einer Reihe außenpolitischer Fragen kooperativer mit der UdSSR sein möge. Bei einem Gespräch mit mir bemerkte Erich Honecker, dass Gorbatschow sich in die Angelegenheiten der DDR einmische. Als ich ihn darauf aufmerksam machte, dass es doch gut sei, ein Vieraugengespräch mit Gorbatschow anzustreben, weil dessen Ansichten doch vernünftig seien, reagierte er verärgert. [...] Spätestens seit Erich Honecker meine Meinung über diese sowjetische Politik unter Gorbatschow kannte, war meine Rolle als Kronprinz beendet.“

Mit Krenz gelangte ein Funktionär aus der alten Politbürogarde an die Spitze der Partei, den die Basis als einen der Verursacher der Krise ansah. Eine wirkliche

¹²² Zitiert in: Hertle/Stephan, Das Ende der SED, S. 104.

¹²³ Protokoll der 9. Tagung des ZK SED vom 18. Oktober 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/IV 2/1/701.

¹²⁴ Protokoll der Vernehmung von Krenz am 23. Juli 1991, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 97/91, Bd. 36. Alle folgenden Zitate ebenda.

„Wende“, die er auf dem Plenum ankündigte, trauten ihm nur die Wenigsten zu. Vor dem Plenum hielt er seine Antrittsrede zur aktuellen politischen Lage und zu den Aufgaben der Partei, die jedoch kaum etwas anderes war als eine Paraphrase der Politbüro-Erklärung vom 11. Oktober. Stoph wollte nach der Antrittsrede von Krenz sofort darüber abstimmen lassen, wurde durch Einwände von Manfred Ewald, Präsident des NOK der DDR, und Moritz Mebel, bis 1988 Chef der Urologischen Klinik der Berliner Charité, jedoch daran gehindert. Beide bestanden darauf, über die Rede zu diskutieren. So sprachen anschließend Mebel, Ewald und Modrow im Plenum. Kulturminister Hans-Joachim Hoffmann forderte jedoch den sofortigen Abbruch der Diskussion: „Uns steht das Wasser bis hierher. Wir stehen vor neuen, gewaltigen Demonstrationen, die der Feind organisiert. Jetzt müssen die Kommunisten auf die Straße. [...] Wir haben jetzt keine Zeit, uns in Detaildiskussionen zu erschöpfen.“¹²⁵ Nach einem unübersichtlichen Wortwechsel, bei dem sich Heinz Keßler Gehör zu verschaffen versuchte, wurde die Sitzung beendet. Versuche von Modrow und anderen, über die Rede doch noch zu diskutieren und wenn möglich eine eigene Stellungnahme des Zentralkomitees zu formulieren, hatten keinen Erfolg. Das ZK-Plenum endete nach einer chaotischen Abstimmung über das Kommuniqué mit dem Argument, dass Krenz vor die Kamera des DDR-Fernsehens müsse.

Dort verlas er „aus Zeitmangel“ seine vor dem ZK gehaltene und anschließend einstimmig gebilligte Antrittsrede als Ansprache an die Bevölkerung der DDR. „Mit dem heutigen Tag werden wir eine Wende einleiten“, versprach er darin, nachdem er zuvor eingestanden hatte, dass die Partei in den vergangenen Monaten die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR „in ihrem Wesen nicht real genug eingeschätzt und nicht rechtzeitig die richtigen Schlußfolgerungen gezogen“ habe. Zur Massenauswanderung aus der DDR sagte Krenz: „Mehr als hunderttausend, darunter nicht wenige junge Leute, sind aus unserem Land weggegangen. [...] Ihren Weggang empfinden wir als großen Aderlaß. [...] Nur wenn wir uns rückhaltlos den Ursachen, die in unserer Gesellschaft entstanden sind, zuwenden, werden wir denen, die sich auch jetzt noch mit dem Gedanken der Ausreise tragen, möglicherweise einen Anstoß geben, ihren Entschluß zu überdenken. Wir brauchen alle bei uns.“ Zugleich bekräftigte er jedoch den Machtanspruch der SED: „Unsere Macht ist die Macht der Arbeiterklasse und des ganzen Volkes unter der Führung unserer Partei. [...] Wir halten sie fest und werden sie von den Kräften der Vergangenheit nicht antasten lassen.“ Der Sozialismus auf deutschem Boden stehe nicht zur Disposition. Für den nun angestrebten „ernstgemeinten innenpolitischen Dialog“ gebe es eine entscheidende Voraussetzung: „Alles, worüber wir uns einig sind und worüber wir uns streiten, muß eindeutig in seinem Ziel sein, den Sozialismus in der DDR weiter auszubauen, die sozialistischen Ideale hochzuhalten und keine unserer gemeinsamen Errungenschaften preiszugeben.“¹²⁶

¹²⁵ Zitiert in: Hertle/Stephan, Das Ende der SED, S. 126.

¹²⁶ Text der Rede in: Neues Deutschland vom 19. Oktober 1989.

Der Wechsel von Honecker zu Krenz, der Verlauf der 9. Tagung des Zentralkomitees und die Antrittsrede des neuen Generalsekretärs erfüllten die Forderungen und Erwartungen der Parteibasis in keiner Weise. Formuliert in der gewohnten, klischeehaften Funktionärssprache, unkonkret, ohne wirklich neue Ideen oder gar ein eigenes Programm für eine „revolutionäre Erneuerung“, dafür aber deutlich auf den Machterhalt der Partei gerichtet, konnte die Antrittsrede des neuen Generalsekretärs vor allem die Bevölkerung nicht mehr davon überzeugen, dass eine Wende zur grundlegenden Besserung ihrer Lebensverhältnisse bevorstehe. Das Misstrauen gegenüber der Partei als „führende Kraft“ blieb nicht nur, sondern verstärkte sich. Aber auch innerhalb der SED trat keine Beruhigung ein. Schließlich war ja nur einer, der bisher alles mitverantwortet hatte, an die Spitze getreten, und das auch noch – wenn der Inhalt der Erklärung Honeckers für bare Münze genommen wurde – auf ausdrückliche Empfehlung des abgelösten Generalsekretärs. Das zeugte eher von Kontinuität als von Wandel.

Die neue Führung, das waren – bis auf die drei Abgelösten – das alte Politbüro und das alte Zentralkomitee. Die Verfechter eines Kurswechsels, die viel zu spät gehandelt hatten, waren dort immer noch umgeben von den Beharrenden und den Reformunwilligen, und das Zentralkomitee hatte sich erneut als bloßes Bestätigungsorgan erwiesen. Die Menschen auf den Straßen der DDR aber forderten einen sofortigen und deutlichen Bruch mit der bisherigen Politik und denen, die für sie verantwortlich waren oder es unterlassen hatten, ihr entschieden entgegenzutreten. Krenz, seine Mitverschwörer, das alte Politbüro und das alte Zentralkomitee waren nicht mehr zu einer wirklichen Wende in der Lage. Für die Zeit nach dem Sturz Honeckers konnte das Politbüro auf keine Konzepte oder Strategien zurückgreifen, die womöglich konspirativ vorbereitet gewesen wären. Die wirtschaftspolitischen Alternativen, die Schürer, Krolkowski und Stoph im Politbüro immer wieder zur Diskussion gestellt hatten, taugten nun nicht mehr zur Krisenbewältigung, weil sie stärker als jede andere Variante auf eine drastische Verringerung des Lebensniveaus der Bevölkerung hinausliefen. Eine Politik nach der Devise „den Gürtel enger schnallen“ war angesichts der Massenproteste nicht mehr durchführbar. Wirtschaftspolitische Spielräume gab es nicht mehr, denn die Wirtschaftskraft der DDR reichte nicht aus, um weitere soziale Wohltaten finanzieren zu können. So blieb nur die Möglichkeit, den Forderungen nach politischen Freiheiten und Reisefreiheit zu entsprechen. Aber gerade hier agierte Krenz unentschlossen und halbherzig. In seinen politischen Vorstellungen war er noch ganz in den doktrinarischen Kategorien von der „führenden Rolle der SED“ verhaftet. Einen freiwilligen Machtverlust konnte er sich nicht vorstellen. So tat er alles, um die SED-Herrschaft aufrechtzuerhalten.

Eine auch von SED-Wirtschaftsfunktionären geforderte Entflechtung von Partei und Staat fand unter der Amtsführung von Krenz nicht statt. Die Regierung der DDR befand sich noch immer am Gängelband der SED. Am 24. Oktober wurde Krenz von der Volkskammer bei 26 Neinstimmen und 26 Enthaltungen zum Vorsitzenden des Staatsrates gewählt. Bei seiner Wahl zum Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrats gab es acht Gegenstimmen und 17 Enthaltungen.

In der bis dahin vierzigjährigen Geschichte der Volkskammer war es das erste Mal, dass bei einer Personalentscheidung keine Einstimmigkeit herrschte. „Wir sind das Volk“ hatten am Vorabend rund 300 000 Menschen bei einer Demonstration in Leipzig skandiert und die SED-Abgeordneten in der Volkskammer aufgerufen, sich dem Fraktionszwang zu entziehen und gegen Krenz zu stimmen. In Ost-Berlin hatten Demonstranten die Aufstellung mehrerer Kandidaten bei der Wahl zum Vorsitzenden des Staatsrates gefordert. Die „oberste Volksvertretung“ ignorierte diese Forderungen. Die SED-Fraktion in der Volkskammer votierte geschlossen für die auch in der Partei umstrittene Ämterhäufung ihres neuen Generalsekretärs. Zum letzten Mal konnte hier die Parteidisziplin durchgesetzt werden.

Da deutliche Signale ausblieben, dass nun echte Reformen in Angriff genommen würden, beschleunigte sich der innere Zerfall der SED und damit auch das Ende der SED-Herrschaft. Denn unbeeindruckt von dem Führungswechsel an der Parteispitze setzte sich die Austrittswelle fort. Die SED verlor Mitglieder in bislang nicht für möglich gehaltenen Dimensionen. Im Oktober und November 1989 verließen circa 220 000 Mitglieder und Kandidaten die SED.¹²⁷ Bis zum Ende des Jahres folgte eine weitere Austrittswelle.

Honecker selbst war angesichts der Art, wie sein Sturz konspirativ von Krenz und Stoph betrieben worden war, tief erschüttert. Er konnte auch keine Fehler in seiner Politik seit 1971 entdecken. Als Honecker im Rahmen von staatsanwalt-schaftlichen Ermittlungen gegen ihn wegen „Hochverrats, Amtsmissbrauch und Amtsanmaßung“ im Januar 1990 gefragt wurde, warum sich die Volkswirtschaft in einem außerordentlich desolaten Zustand befinde, antwortete er auf eine für ihn symptomatische Weise: „Nach dem 9. Plenum war ich dafür nicht mehr verantwortlich. Wir haben im letzten Jahr, trotz des Abfalls im IV. Quartal, immerhin noch über 237 Milliarden Nationaleinkommen gehabt. Das ist eine Steigerung um 2 Prozent. Wo andere Industriestaaten weniger haben.“¹²⁸ Schließlich, so fügte Honecker an, können wir „trotz des Durcheinanders gegenwärtig unser Volk hier immer noch ernähren, was in anderen sozialistischen Staaten, [wie in der] Sowjetunion, immer noch nicht der Fall ist, dank der Arbeit unserer Bauern“. Auf die Fragen nach den Auslandsschulden erklärte Honecker lapidar: „Na, ich will sagen, was die Auslandsschulden betrifft, das wurde ja übertrieben.“ Bislang habe man noch jede Rechnung ohne Probleme bezahlen können. Prägnanter konnte die Realitätsverweigerung Honeckers nicht illustriert werden. Honecker schloss die Beantwortung der Fragen nach dem ökonomischen Desaster mit dem bemerkenswerten Satz: „Ich hatte nicht die Verantwortung für die Wirtschaft.“

¹²⁷ Vgl. SAPMO BArch, DY 30/27891.

¹²⁸ Protokoll der Vernehmung Honeckers vom 29. Januar 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 245/90, Bd. 1, Bl. 34. Alle folgenden Zitate ebenda.

3. Das Ende von Politbüro und Zentralkomitee

Der Nachfolger Honeckers gab zwar mit seinem Begriff von der „Wende“ zu verstehen, dass sich die SED-Führung nun um Kurskorrekturen bemühen würde. Eine wirkliche Demokratisierung der Gesellschaft und politische Reformen standen jedoch nicht auf der Agenda. Die Menschen auf den Straßen aber forderten einen sofortigen und deutlichen Bruch mit der bisherigen Politik und mit denen, die in ihren Augen verantwortlich dafür waren. Krenz, das Politbüro und das Zentralkomitee waren nicht mehr zu einer glaubhaften Wende in der Lage. So rannte die SED-Führung den Ereignissen, die von einer breiten Bevölkerungsmehrheit bestimmt wurden, ständig hinterher.¹²⁹

Am Abend des 24. Oktober tagte das Politbüro zum ersten Mal unter seinem neuen Generalsekretär und berief das Zentralkomitee zu seiner 10. Tagung für den 8. bis 10. November ein. Dort sollten weitere Personalentscheidungen getroffen und die Vorschläge der SED für Reformen in der DDR vorgelegt werden. Der Ministerrat wurde beauftragt, den Entwurf eines Reisegesetzes auszuarbeiten und diesen im November öffentlich zur Diskussion zu stellen. In einem erstmals veröffentlichten Kommuniqué der Sitzung des Politbüros hieß es: „Es ist vorgesehen, daß jeder Bürger das Recht hat, einen Reisepaß zu erwerben und mit einem Visum – ohne Vorliegen verwandtschaftlicher Verhältnisse und bisher geforderter Reisegründe – nach allen Staaten und Berlin (West) zu reisen.“¹³⁰ Die von Krenz noch Anfang Oktober gestellte Bedingung für ungehinderte Reisefreiheit, wonach die Bundesregierung zuvor die Staatsbürgerschaft der DDR anerkennen müsse, wurde jetzt fallengelassen.¹³¹ Unklar blieb, wie die Reisewilligen ihren Aufenthalt im Ausland finanzieren sollten, da die Mark der DDR nicht zu den konvertierbaren Währungen zählte.

Am 31. Oktober 1989 flog Krenz zu seinem Antrittsbesuch nach Moskau, um den Schulterschluss mit der reformorientierten KPdSU zu demonstrieren, Gorbatschow über die äußerst bedrohliche finanzielle und ökonomische Lage zu informieren und ihn zu bitten, im Hinblick auf die künftige Gestaltung der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik klarzustellen, welchen Platz er den beiden deutschen Staaten im „gesamteuropäischen Haus“ einräume. Denn mit dem Abschied von der „Breschnew-Doktrin“ hatte der sowjetische Parteichef den osteuropäischen Bündnispartnern wiederholt zu verstehen gegeben, dass die bislang vorherrschende bedingungslose Gefolgschaft nicht mehr galt, die Sowjetunion verschiedene nationale Wege akzeptieren und schließlich im Krisenfall nicht mehr militärisch intervenieren werde. Konnten die Äußerungen Gorbatschows

¹²⁹ Vgl. Walter Süß, Der Untergang der Staatspartei, in: *Revolution und Vereinigung 1989/90*, S. 284–307.

¹³⁰ Neues Deutschland vom 25. Oktober 1989.

¹³¹ Am 3. Oktober 1989 hatte Krenz in einer Hausmitteilung an Honecker eine Variante vorgeschlagen, in der die Gewährung von Reisefreiheit an die „sofortige Anerkennung der Staatsbürgerschaft mit allen Konsequenzen“ gekoppelt wurde. Vgl. SAPMO BArch, DY 30 IV 2/2.039/309, Bl. 141 f.

schows tatsächlich als Signale aus dem Kreml gedeutet werden, dass die Sowjetunion ihren wichtigsten Bündnispartner an der Schnittstelle zur NATO im Interesse eines gesamteuropäischen Hauses opfern würde?¹³²

Während des Treffens am 1. November 1989 in Moskau ¹³³ wies Krenz auf die äußerst schwierige wirtschaftliche Lage in der DDR hin und forderte den sowjetischen Parteichef demonstrativ auf, der DDR nicht die Unterstützung zu entziehen. „Wir gehen davon aus, dass die DDR das Kind der Sowjetunion ist, und anständige Menschen anerkennen stets ihre Kinder und gestatten zumindest, ihnen ihren Vatersnamen zu geben.“¹³⁴ Gorbatschow wich einer offenen Antwort aus: „Was das angeht, wie am Ende die deutsche Frage gelöst wird, so brauchen wir jetzt kaum darüber Vermutungen anzustellen.“¹³⁵ Gorbatschow versicherte, die deutsche Frage stehe nicht auf der Tagesordnung und die sowjetische Seite bemühe sich, die Verpflichtungen gegenüber der DDR zu erfüllen. Er riet, die Beziehungen zur Bundesrepublik zu erhalten und kontinuierlich weiterzuentwickeln, die menschlichen Kontakte zwischen den beiden Staaten nicht zu verhindern, sie aber unter Kontrolle zu halten und zu steuern. Krenz musste sich mit diesen ausweichenden, halbherzigen und letztlich unaufrichtigen Aussagen zufrieden geben. Die Sowjetunion war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr bereit, Sicherheitsgarantien außerhalb der eigenen Grenzen zu übernehmen.¹³⁶ Zudem betrachtete Gorbatschow nicht Krenz, sondern die Bundesrepublik als maßgeblichen Partner, um über die „deutsche Frage“ zu verhandeln.

Auf die Frage, wie er sich eine Reform der SED und der DDR vorstelle und welche Rolle die Partei künftig in der Gesellschaft spielen würde, konnte Krenz keine überzeugende Antwort geben. „Jetzt haben wir gesagt, wir wollen eine Erneuerung, aber wie und was erneuern – darüber müssen wir alle erst einmal nachdenken. Die Hauptsache: Wir müssen sagen, was wir unter besserem, attraktiverem und modernerem Sozialismus verstehen und für welche Werte wir kämpfen.“¹³⁷ Damit räumte Krenz selbst ein, dass zwar die Führungsfigur an der Spitze von Partei und Staat gewechselt hatte, eine neue gesellschaftspolitische Strategie jedoch nicht vorbereitet war. Zeit zum Nachdenken gab es für Krenz und sein Politbüro nicht mehr. Sie wurden durch die Dynamik der Ereignisse regelrecht getrieben.

¹³² Vgl. Hermann Wentker, *Öffnung als Risiko: Bedrohungsvorstellungen der DDR-Führung infolge der Ost-West-Entspannung*, in: Torsten Diedrich/Walter Süß (Hrsg.), *Militär und Staatssicherheit im Sicherheitskonzept der Warschauer-Pakt-Staaten*, Berlin 2010, S. 309ff.

¹³³ Vgl. die Niederschrift über das Gespräch zwischen Krenz und Gorbatschow am 1. November 1989 in Moskau, in: Stephan, „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“, S. 199–224. Eine etwas längere Fassung ist abgedruckt in: Hertle, *Der Fall der Mauer*, S. 462ff. Ein in Moskau gefertigtes Protokoll ist abgedruckt in: Galkin/Tschernjajew, *Michail Gorbatschow und die deutsche Frage*, S. 213–227.

¹³⁴ Zitiert in: Galkin/Tschernjajew, *Michail Gorbatschow und die deutsche Frage*, S. 219.

¹³⁵ Ebenda, S. 220.

¹³⁶ Vgl. Wentker, *Außenpolitik in engen Grenzen*, S. 500; Michael Lemke, *Die Sowjetunion und die deutsche Einheit. Warum Moskau die DDR aufgab*, in: *Revolution und Vereinigung 1989/90*, S. 467.

¹³⁷ Zitiert in: Galkin/Tschernjajew, *Michail Gorbatschow und die deutsche Frage*, S. 224.

In der DDR verschärfte sich die innenpolitische Situation von Tag zu Tag. Die Demonstrationen erfassten neben den Bezirks- und Großstädten auch Klein- und Mittelstädte und nahmen an Teilnehmerzahlen und Intensität zu. An manchen Tagen waren es mehrere Hunderttausend Demonstranten. Die meisten Teilnehmer verzeichneten die Montagsdemonstrationen in Leipzig, wo sich am 30. Oktober wieder rund 200 000 beteiligten. Gefordert wurden unter anderem „Taten statt Worte“, die Zulassung des „Neuen Forum“ sowie persönliche Konsequenzen der verantwortlichen Politiker für die entstandene Situation. Die größte, nicht „von oben“ organisierte Demonstration, die jemals in der DDR stattgefunden hat, bewegte sich in Ost-Berlin am 4. November mit mehr als einer halben Million Teilnehmern friedlich vorbei am Palast der Republik – dem Sitz der Volkskammer – und am Staatsratsgebäude zum Alexanderplatz. Demonstriert wurde für Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit und gegen die Paragraphen des Strafgesetzbuches der DDR, die diese verfassungsmäßigen Rechte einschränkten, für freie Wahlen, Zulassung oppositioneller Bürgergruppen, Reisefreiheit, Reform der Massenmedien sowie für Reformen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Gefordert wurde auch eine Änderung der Verfassung, vor allem die Streichung der in Artikel 1 festgeschriebenen Rolle der marxistisch-leninistischen SED als führender Kraft in der DDR.¹³⁸

Inzwischen richtete sich auch innerhalb der SED die Welle der Empörung gegen jene Bezirkssekretäre der Partei, die die Dynamik und die gewaltige Dimension der oppositionellen gesellschaftlichen Bewegung nicht zur Kenntnis nehmen wollten und handlungsunfähig auf Signale der Führung in Ost-Berlin warteten. Hans Albrecht, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Suhl, wurde am 2. November von seiner Funktion entbunden. Ebenfalls am 2. November trat der 1. Sekretär der Bezirksleitung Gera, Herbert Ziegenhahn, auf Druck seiner Bezirksleitung zurück. Einen Tag später forderte auch das Sekretariat der Bezirksleitung Schwerin den 1. Sekretär Heinz Ziegner auf, sein Amt aufzugeben. In den folgenden 14 Tagen setzte in den Leitungen der Bezirke eine regelrechte Rücktrittswelle ein. Bis zum 15. November 1989 konnte sich keiner der bisherigen 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen mehr im Amt halten.¹³⁹ Zudem gab es einen erheblichen personellen Wechsel bei den Sekretariaten der SED-Bezirksleitungen.

Vier der abgelösten bzw. zurückgetretenen 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen rückten in das Politbüro auf: Werner Eberlein (Magdeburg), Siegfried Lorenz (Karl-Marx-Stadt), Hans Modrow (Dresden) und Günter Schabowski (Ost-Berlin). Von den 15 neuen Bezirksparteichefs gehörte nur einer, nämlich Erich Postler (Gera), dem Zentralkomitee an. In Erfurt und Dresden rückten zwei ehemalige Generaldirektoren an die Spitze der Bezirksleitungen. Fünf der neuen 1. Sekretäre hatten bisher den Bezirksleitungen angehört, sechs waren zuletzt 1. Sekretäre von Kreisleitungen gewesen, darunter Wolfgang Pohl (Stadtbezirksleitung Magdeburg-Nord), der nun 1. Sekretär der Bezirksleitung Magdeburg wurde.

¹³⁸ Vgl. Kowalczyk, Endspiel, S. 446ff.

¹³⁹ Vgl. Niemann, Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen, S. 396.

Mit der Neuwahl der 1. Sekretäre der Bezirksleitungen kam es auch zu einem längst fälligen Generationswechsel. Mit Roland Claus in Halle (34 Jahre) und Norbert Kertscher in Karl-Marx-Stadt (35 Jahre) gelangten junge Funktionäre in das Amt, die sich vehement nicht nur für eine personelle Erneuerung der gesamten Parteispitze, sondern auch für eine programmatische Neuausrichtung der Partei und eine Abkehr vom „demokratischen Zentralismus“ aussprachen. Das Durchschnittsalter der neuen 1. Bezirkssekretäre lag mit knapp 46 Jahren rund 20 Jahre niedriger als bei ihren Vorgängern, die zum überwiegenden Teil das Rentenalter von 65 Jahren erreicht bzw. überschritten hatten.¹⁴⁰ Die meisten konnten auf eine typische Karriere entweder im hauptamtlichen Apparat der jeweiligen FDJ-Bezirksleitung – wie zum Beispiel Heinz Vietze in Potsdam – oder im Apparat der SED-Bezirksleitung – wie zum Beispiel Roland Wötzel in Leipzig – zurückblicken. Auch deshalb gelang es den neuen Leitungen der SED-Bezirke nicht, für die Bevölkerung einen plausiblen politischen Neuanfang zu repräsentieren. Obwohl Bezirksfunktionäre in Ost-Berlin, Dresden, Leipzig, Neubrandenburg und vielen anderen Orten in „Bürgerforen“, „Rathausgesprächen“ und sonstigen Dialog-Veranstaltungen versuchten, sich den Bürgerprotesten zu stellen, Wogen zu glätten und durch Versprechungen Vertrauen zu gewinnen, konnten sie – vielfach in freier Rede und offener Diskussion ungeübt – die beteiligten Bürger nicht überzeugen.

Die Rücktrittswelle erfasste im November auch die Sekretariate der SED-Kreisleitungen.¹⁴¹ So waren im Bezirk Erfurt bis zum 20. November 1989 rund die Hälfte der 1. Sekretäre aller Kreisleitungen von ihrer Funktion zurückgetreten.¹⁴² Die meisten Politbüromitglieder wollten ihren Posten trotz der zahlreichen Rücktrittsforderungen zunächst nicht räumen. Am 3. November kündigte Krenz in einer Fernseh- und Rundfunkansprache den Verzicht der Politbüromitglieder Axen, Hager, Mielke, Mückenberger und Neumann auf ihre Funktionen an. Angesichts des nunmehr aggressiv vorgetragenen Unmuts der Bevölkerung über die Weigerung der SED-Führung, sich endlich der Verantwortung für die eingetretene Krise zu stellen, konnte der Wille zur Erneuerung nur durch einen vollständigen Personalwechsel im Politbüro und im Zentralkomitee glaubhaft vermittelt werden.

Währenddessen hielt die Massenabwanderung von DDR-Bürgern weiter an. Der Ansturm von Ausreisewilligen auf die Bonner Botschaft in Prag setzte erneut ein, nachdem die DDR den pass- und visafreien Verkehr mit der ČSSR am 1. November wieder zugelassen hatte. Die ČSSR öffnete am 3. November ihre Grenze zur Bundesrepublik für DDR-Bürger. Vom 4. bis zum 5. November verließen allein über die ČSSR mehr als 23 000 Menschen die DDR.¹⁴³ Die jetzt praktizierte

¹⁴⁰ Vgl. ebenda, S. 361.

¹⁴¹ Vgl. ausführlich zum Bezirk Erfurt: Heinz Mestrup, *Die SED. Ideologischer Anspruch, Herrschaftspraxis und Konflikte im Bezirk Erfurt (1971–1989)*, Rudolstadt/Jena 2000, S. 652–680.

¹⁴² Vgl. ders., *Die SED im Bezirk Erfurt vor und während der politischen Wende im Herbst 1989*, in: Günther Heydemann/Gunther Mai/Werner Müller (Hrsg.), *Revolution und Transformation in der DDR 1989/90*, Berlin 1999, S. 442.

¹⁴³ Vgl. Kowalczyk, *Endspiel*, S. 454.

Verfahrensweise, die es allen DDR-Bürgern gestattete, ohne Formalitäten und nur mit dem Personalausweis aus der Tschechoslowakei direkt in die Bundesrepublik auszureisen, sollte als „vorübergehende Regelung“ bis zum Inkrafttreten des von Krenz angekündigten neuen Reisegesetzes gelten. Das Politbüro behandelte am 31. Oktober und am 3. November entsprechende Entwürfe über ein „Gesetz über Reisen von Bürgern der DDR in das Ausland“.¹⁴⁴ Strittig und unbeantwortet blieb noch immer die Frage nach den Reisezahlungsmitteln.

Am 6. November wurde der vom Ministerrat erarbeitete Entwurf für das von Krenz angekündigte Reisegesetz, das für Privatreisen ebenso wie für ständige Ausreisen gelten sollte, veröffentlicht und zur Diskussion gestellt.¹⁴⁵ Darin war vorgesehen, dass für Reisen ins Ausland ein Reisepass der DDR, den zu erwerben jeder Bürger „das Recht hat“, und für jede Reise ein Ausreise-Visum, das in Ausnahmefällen versagt werden konnte, beantragt werden musste. Die Bearbeitungsfrist der Anträge sollte 30 Tage betragen. „Die Genehmigung einer Privatreise begründet keinen Anspruch auf den Erwerb von Reisezahlungsmitteln“, hieß es in dem Entwurf. Krenz und seine Mitstreiter hofften auf großzügige Hilfe der Bundesregierung zum Beispiel durch die Bereitstellung eines Reisezahlungsfonds, aus dem DDR-Bürger gegen Ostmark einmal jährlich 300 DM erwerben könnten. Der Entwurf des Reisegesetzes beschränkte den Reisezeitraum auf insgesamt 30 Tage pro Jahr.

Dieser mit allerlei bürokratischen Hürden versehene Gesetzentwurf entsprach keineswegs den Erwartungen der Öffentlichkeit. Er löste eine weitere Welle von Demonstrationen und empörten Protesten aus, auch in den Gliederungen der Partei. Mitglieder von SED-Grundorganisationen hielten den Entwurf des Reisegesetzes für nicht akzeptabel und verlangten einen generellen Verzicht auf die Ausreise-Visumpflicht.¹⁴⁶ Der Entwurf, so die Ansicht vieler SED-Mitglieder, werde nicht der Erwartungshaltung der Bürger gerecht und könne damit auch nicht die politische Glaubwürdigkeit der Partei wiederherstellen. Im Politbüro warnte Schürer am 7. November 1989 eindringlich davor, „dass die DDR weder die Fluchtwelle noch die Erwartungen aushalten kann, die mit dem Wirksamwerden des Reisegesetzes verbunden sind. Uns fehlen die Menschen in der Produktion und die billigs-te Variante des Reisegesetzes wird ca. 3,5 Mrd. VM kosten, wenn man nur 350 VM pro Reisenden im Jahr umtauscht. Mit dieser Summe kann der Reisende vielleicht 3 Tage in der BRD leben, aber nicht 30 Tage und sogar diese Grenze wird ja gefordert aufzuheben.“¹⁴⁷ Zur Finanzierung der Kosten für Reisen in die Bundesrepublik brachte Schürer Kredithilfen der Bundesrepublik ins Gespräch.

¹⁴⁴ Vgl. das Protokoll Nr. 47/89 der Sitzung des Politbüros am 31. Oktober 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2356, und das Protokoll Nr. 48/89 der Sitzung des Politbüros am 3. November 1989, in: ebenda, DY 30/J IV 2/2/2357.

¹⁴⁵ Neues Deutschland vom 6. November 1989.

¹⁴⁶ Vgl. die Information der HA XVIII zur aktuellen Lage vom 9. November 1989, in: Archiv BStU, MfS HA XVIII 20461, Bl. 78f.

¹⁴⁷ Bemerkungen Gerhard Schürers im Politbüro am 7. November 1989, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 245/90, Bd. 14, Bl. 110.

Bereits am 24. Oktober 1989 war Schalck-Golodkowski im Auftrag von Krenz zu informellen Verhandlungen mit dem Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramtes, Rudolf Seiters, und Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble nach Bonn gereist.¹⁴⁸ Schalck bat die Bundesregierung um finanzielle Hilfen, um die mit dem Reisegesetz zu erwartenden Kosten des Reiseverkehrs decken zu können. Gegenüber Seiters und Schäuble habe er, so hieß es in seinem Vermerk für Krenz, auf die notwendige Ausstattung mit Reisezahlungsmitteln verwiesen, wenn die DDR den unbegrenzten Reiseverkehr zwischen beiden deutschen Staaten zuließe.¹⁴⁹ Auf den Wunsch nach zusätzlichen Krediten reagierten Seiters und Schäuble zurückhaltend und knüpften Bedingungen daran. „Derartige Entscheidungen wären aus Sicht der BRD nur gerechtfertigt, wenn die DDR ihrerseits bestimmte Fragen ihrer Wirtschaftspolitik durchdenkt und so entscheidet, dass eine Wende zu größerer Effektivität in der Volkswirtschaft der DDR entsteht. Es wäre aus Sicht der BRD z. B. erforderlich, dass ein Abbau ungerechtfertigter Subventionen erfolgt und Schritte und Reformen eingeleitet werden, die die internationale Konkurrenzfähigkeit der DDR-Betriebe sichern.“¹⁵⁰ Hinsichtlich der zu erwartenden zusätzlichen Belastungen des Reiseverkehrs äußerten Seiters und Schäuble die „Bereitschaft, darüber nachzudenken, in welcher Form ein weiterer Ausgleich der der DDR entstehenden Aufwendungen erfolgen könnte“. Schalck brachte während eines darauf folgenden Gesprächs mit Seiters und Schäuble am 6. November schließlich einen Kreditwunsch in einer Größenordnung von 3,8 Mrd. DM ins Gespräch.¹⁵¹ Während eines weiteren Gesprächs am 29. November erklärte Rudolf Seiters, die Bundesregierung sei bereit, sich für eine Übergangszeit von 2 Jahren „großzügig“ an einem gemeinsamen Fonds zur Finanzierung von Zahlungsmitteln für Reisen aus der DDR in die Bundesrepublik zu beteiligen, wenn die DDR auf die Erhebung des Mindestumtausches verzichte.¹⁵² Aufgrund der sich in rasantem Tempo auflösenden staatlichen Machtstrukturen sowie des Rücktritts der ostdeutschen Verhandlungsführer kam es auf dieser Verhandlungsebene nicht mehr zu greifbaren Ergebnissen.

Der politische Handlungsspielraum der Krenz-Führung wurde jetzt immer enger. Anstatt nur immer den Forderungen von Demonstranten oder von Genossen der Partei nachzugeben, forderte Schürer auf der Politbürositzung am 7. November ein strategisches Vorgehen. Er schlug deshalb vor, den Staatsrat in einen „Volksrat“ umzubilden. „Allen gesellschaftlichen Organisationen einschließlich den oppositionellen Gruppen sollte die Möglichkeit gegeben werden, im Volksrat

¹⁴⁸ Vgl. Karl-Rudolf Korte, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft. Regierungsstil und Entscheidungen 1982–1989*, Stuttgart 1998, S. 461f.

¹⁴⁹ Vgl. den Vermerk Schalcks über ein informelles Gespräch mit Seiters und Schäuble am 24. Oktober 1989, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 97/91, Bd. 9, Bl. 211.

¹⁵⁰ Ebenda, Bl. 215.

¹⁵¹ Vgl. Hertle, *Der Fall der Mauer*, S. 483ff.; Korte, *Deutschlandpolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft*, S. 461.

¹⁵² Vgl. den Vermerk Schalcks über das informelle Gespräch mit Seiters am 29. November 1989, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 97/91, Bd. 9, Bl. 10.

durch Delegierte vertreten zu sein unter der Voraussetzung, dass sie den Sozialismus und seine Verbesserung als gesellschaftliches System akzeptieren.“¹⁵³ Den Vorsitz im Volksrat sollte Krenz als „gewähltes Staatsoberhaupt“ übernehmen. Vordringlichste Aufgabe des neu zu bildenden Volksrates sei es, den Entwurf für ein neues Wahlgesetz auszuarbeiten, über das dann die Volkskammer entscheiden sollte. Bis zur Neuwahl der Volkskammer müsse nach dem Rücktritt der bisherigen Regierung „eine provisorische Regierung der nationalen Einheit“ gebildet werden. Da die SED die stärkste Fraktion in der Volkskammer stelle, müsse sie nach Ansicht Schürers auch den Vorsitz im künftigen Ministerrat übernehmen. Wenngleich Schürer erstmals der Opposition unter bestimmten Voraussetzungen eine Funktion im politischen System zugestehen wollte, waren seine Vorschläge tief in der traditionellen Herrschaftsideologie der SED verwurzelt.

Zu einer Umbildung des Staatsrates in einen Volksrat konnte sich die Krenz-Führung indes nicht entschließen. Auch eine von Schürer vorgeschlagene „Regierung der nationalen Einheit“ kam nicht zustande. Das, was die Führung um Krenz in den nächsten Wochen auf den Weg zu bringen versuchte, um die Herrschaft der SED zu stabilisieren, entsprach in keiner Weise der Dramatik der Lage. Am 7. November trat der aus 44 Mitgliedern bestehende Ministerrat unter seinem Vorsitzenden Stoph geschlossen zurück, blieb aber bis zur Wahl einer neuen Regierung geschäftsführend im Amt. Nach der Abberufung des Vorsitzenden und der Mitglieder des Ministerrats wählte die Volkskammer am 13. November 1989 Hans Modrow – es gab keine Gegenkandidaten – zum Vorsitzenden des Ministerrats und beauftragte ihn mit der Regierungsbildung. Vorher war es in der Volkskammer zu einer bisher nie erlebten lebhaften Aussprache zur politischen Lage in der DDR und zu einer Abrechnung mit der realsozialistischen Vergangenheit gekommen. Dabei äußerten sich auch bisherige Minister, darunter erstmalig der Minister für Staatssicherheit, zu den Ursachen der katastrophalen Lage in der Wirtschaft. Auffällig war das Hin- und Herschieben der politischen Verantwortung. Mielke behauptete in seinem hilflosen und zugleich peinlichen Auftritt, das MfS habe stets vor dem ökonomischen Niedergang der DDR gewarnt, sei aber bei der SED-Führung stets auf taube Ohren gestoßen. Stoph rechtfertigte sich mit dem Hinweis, dass die Arbeit der Regierung wesentlich eingeschränkt gewesen sei durch „zentrale Entscheidungen“, die nicht vom Ministerrat getroffen worden seien. Auf die Frage, wer diese Entscheidungen zu verantworten habe, nannte Stoph Generalsekretär Honecker und Politbüromitglied Mittag.¹⁵⁴

Auf seiner Sitzung am 7. November 1989 befasste sich das Politbüro mit der für den darauf folgenden Tag einberufenen ZK-Tagung. Es wurde festgelegt, als Politbüro gleich zu Beginn des Plenums zurückzutreten und eine Neuwahl des engeren Führungsgremiums vornehmen zu lassen. Die Politbüromitglieder stimmten

¹⁵³ Bemerkungen Schürers im Politbüro am 7. November 1989, in: ebenda, Aktenzeichen 2 Js 245/90, Bd. 14, Bl. 111.

¹⁵⁴ Vgl. die Stenographische Niederschrift über die 11. Tagung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 9. Wahlperiode, am 13. November 1989, S. 257f.

der von Krenz vorgelegten Vorschlagsliste für das neue Politbüro zu und bestätigten den Entwurf eines Aktionsprogramms sowie die Kommissionen, die für die Ausarbeitung von Analysen zur Vorbereitung des XII. Parteitages zu bilden waren.¹⁵⁵ Die von Krenz eingebrachte Personalliste ließ erkennen, dass er eine gewisse personelle Kontinuität im Politbüro gewahrt wissen und insbesondere jene Mitglieder halten wollte, die als 1. Sekretäre der SED-Bezirksleitungen diesem Gremium bislang angehörten. Doch gerade die Bezirkschefs hatten das Vertrauen ihrer Bezirksleitungen verloren und mussten zurücktreten. Die Parteibasis erwartete eine grundlegende personelle Erneuerung an der Spitze der Partei.

Am 8. November 1989 begann die auf drei Tage angesetzte 10. Tagung des Zentralkomitees mit dem geschlossenen Rücktritt des bisherigen Politbüros – ein bis dahin einmaliger Vorgang. Zuvor hatten Axen, Hager, Krolkowski, Mielke, Mückenberger, Neumann, Sindermann, Stoph und Tisch gegenüber Krenz erklärt, dass sie nicht wieder für das Politbüro kandidieren würden. Das Zentralkomitee – es war immer noch unverändert das alte – bestimmte Krenz einstimmig zum Generalsekretär. Krenz ließ die 157 anwesenden Mitglieder des Zentralkomitees im Unterschied zur bisherigen Praxis über die von ihm vorgeschlagenen Mitglieder des neuen Politbüros einzeln abstimmen. Gewählt wurden: Hans Modrow mit einer Gegenstimme; Wolfgang Herger, bisher Leiter der ZK-Abteilung für Sicherheitsfragen, einstimmig; Wolfgang Rauchfuß, bisher Minister für Materialwirtschaft, mit vier Gegenstimmen sowie die bisherigen Politbüromitglieder Hans-Joachim Böhme mit 66 Gegenstimmen; Werner Eberlein, der zugleich zum Vorsitzenden der Zentralen Parteikontrollkommission bestimmt wurde, einstimmig; Werner Jarowinsky, der Vorsitzender der SED-Fraktion in der Volkskammer wurde, mit drei Gegenstimmen; Heinz Keßler mit zwei Gegenstimmen; Siegfried Lorenz einstimmig; Günter Schabowski einstimmig und der bisherige Kandidat Gerhard Schürer bei sieben Enthaltungen.

Zu Kandidaten des Politbüros wählte das Zentralkomitee Johannes Chemnitzer, 1. Sekretär der Bezirksleitung Neubrandenburg, mit zehn Gegenstimmen und acht Enthaltungen; Günter Sieber, bisher Leiter der ZK-Abteilung Internationale Verbindungen, einstimmig; Hans-Joachim Willerding, Sekretär des Zentralrats der FDJ und Vorsitzender der FDJ-Fraktion in der Volkskammer, einstimmig, sowie die bisherigen Kandidaten Ingeburg Lange mit zehn Gegenstimmen; Margarete Müller einstimmig und Werner Walde mit fünf Gegenstimmen. Horst Dohlus, Günther Kleiber und Gerhard Müller erhielten nicht die nötige Mehrheit. Zu Sekretären des ZK wurden gewählt: Johannes Chemnitzer (Landwirtschaft); Wolfgang Herger (Staat, Recht, Schutz- und Sicherheitsorgane); Ingeburg Lange (Frauen); Siegfried Lorenz (Parteiorgane); Wolfgang Rauchfuß (Ökonomie, Handel und Versorgung); Günter Schabowski (Informationswesen und Medienpolitik); Günter Sieber (vorgeschlagen als 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Ost-Berlin) und Hans-Joachim Willerding (Außenpolitik). Das bisherige Arbeits-

¹⁵⁵ Vgl. das Protokoll Nr. 49/89 der Sitzung des Politbüros am 7. November 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2358.

gebiet von Kurt Hager im ZK-Sekretariat – Kultur und Wissenschaft – wurde geteilt. Der bisherige stellvertretende Kulturminister Klaus Höpcke wurde zum Leiter der Kulturkommission beim Politbüro, der bisherige stellvertretende Leiter der Abteilung Wissenschaften des ZK, Gregor Schirmer, zum Leiter der Kommission Wissenschaft und Bildung beim Politbüro gewählt. Beide gehörten nicht dem Zentralkomitee an und konnten daher nicht zu Mitgliedern oder Kandidaten des Politbüros gewählt werden, erhielten aber die Möglichkeit, an den Sitzungen des Politbüros und des ZK-Sekretariats teilzunehmen.¹⁵⁶

Bereits am folgenden Tag erfuhr das Zentralkomitee, dass die Wahl der Mitglieder und Kandidaten des Politbüros in vielen Gliederungen der Partei keineswegs auf Zustimmung stieß. Als die Zusammensetzung des neu gewählten Politbüros bekannt wurde, brach in vielen SED-Grundorganisationen ein Proteststurm gegen die im Amt verbliebenen Altkader los. Unmut entstand in einigen Bezirken insbesondere deshalb, weil die Krenz-Führung noch immer an die alten Mechanismen des demokratischen Zentralismus glaubte und die ins Politbüro gewählten Bezirkssekretäre gegen den Willen der betreffenden Bezirksleitungen unbedingt im Amt halten wollte. So hatten die Bezirksleitungen in Halle, Neubrandenburg und Cottbus ihre 1. Sekretäre Hans-Joachim Böhme, Johannes Chemnitzer und Werner Walde bereits abgelöst und auch die Wiederwahl Ingeburg Langes war bei ihren Mitarbeitern auf Protest gestoßen.¹⁵⁷ So entschied das Zentralkomitee, Böhme, Chemnitzer, Walde und Lange von den ihnen kurz zuvor erst übertragenen Funktionen zu entbinden. Für Chemnitzer wurde der Leiter der Abteilung Landwirtschaft des ZK, Helmut Semmelmann, zum Kandidaten des Politbüros und Sekretär des ZK für Landwirtschaft bestimmt.¹⁵⁸

In der Mitgliedschaft und unter Funktionären der Partei, die auf Reformen hofften, stießen sämtliche Personalentscheidungen des Zentralkomitees auf Ablehnung. Das Zentralkomitee sei nicht mehr legitimiert, so die vorherrschende Stimmung, weiterhin Kaderentscheidungen selbstherrlich zu beschließen. Nach dem Rücktritt des Ministerrates und des Politbüros müsse auch das Zentralkomitee komplett zurücktreten. Unter der Parole „Wir sind die Partei“ forderten Hunderte von SED-Mitgliedern und Funktionären aus Basisorganisationen, die einem Aufruf einer SED-Grundorganisation der Akademie der Wissenschaften gefolgt waren, während der ZK-Tagung am 8. Dezember vor dem ZK-Gebäude den Rücktritt des Zentralkomitees. Sie demonstrierten gegen das Weiterwursteln der Parteiführung um Krenz und für die Einberufung eines Sonderparteitages anstelle einer von Krenz ins Gespräch gebrachten Parteikonferenz. Diese spontane Protestveranstaltung versetzte die Parteiführung und den ZK-Apparat in blankes Entsetzen: Zum ersten Mal demonstrierte die Parteibasis hier öffentlich gegen einen Beschluss der Parteiführung. Krenz konnte die Forderung nach einem

¹⁵⁶ Vgl. ausführlich: Hans-Hermann Hertle/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.), *Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees*, Berlin 1997, S. 66–68.

¹⁵⁷ Vgl. Niemann, *Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen*, S. 355.

¹⁵⁸ Vgl. Hertle/Stephan, *Das Ende der SED*, S. 66f.

Sonderparteitag zwar jetzt nicht mehr ignorieren. Doch kampflos wollte er sich nicht geschlagen geben.

Die Haltung der Krenz-Führung provozierte eine Machtprobe zwischen dem gerade erst gewählten Politbüro und der Parteibasis, die einen Parteitag forderte, zu dem Delegierte nach einem neuen Verfahren gewählt werden müssten und der ein komplett neues Zentralkomitee wählen sollte. Bis zu dem für April 1990 einberufenen XII. Parteitag konnte damit nicht gewartet werden. So wurde der Ruf nach einem Sonderparteitag immer lauter.¹⁵⁹ Krenz und das Zentralkomitee hatten jedoch kein Interesse an einem von der Parteibasis erhofften Austausch der Parteispitze, der sie selbst betreffen würde, und versuchten den geforderten Sonderparteitag zu verhindern. So berief die 10. Tagung des Zentralkomitees auf Beschluss des Politbüros für den 15. bis 17. Dezember 1989 eine Parteikonferenz ein. Nach dem Statut der SED von 1976 behandelte eine Parteikonferenz „dringende Fragen der Politik und Taktik der Partei und beschließt darüber“. Eine Parteikonferenz konnte zwar ZK-Mitglieder und -Kandidaten, „die ihre Pflicht nicht erfüllt haben“, abberufen und die Zahl der Mitglieder aus den Reihen der Kandidaten ergänzen, nicht aber Neuwahlen für das Zentralkomitee vornehmen. Dazu war ein Parteitag vonnöten, der auch das gesamte Zentralkomitee neu wählen konnte. In der Geschichte der SED hatte es bis dahin drei Parteikonferenzen gegeben, die letzte hatte im März 1956 nach dem XX. Parteitag der KPdSU stattgefunden. Jetzt aber ging es um die Zukunft der eigenen Partei.

Den zweiten Beratungstag, den 9. November, prägten vorwiegend erregte Debatten über die bedrohliche wirtschaftliche und politische Situation sowie den drohenden Machtverlust der SED. Bislang hatte es eine solche Aussprache mit hitzigen Wortgefechten in der SED noch nicht gegeben. Besonders dramatisch fiel die Diskussion über die wirtschaftliche Misere und die Westverschuldung der DDR aus. Der ausführliche Bericht über das Ausmaß der Verschuldung gegenüber westlichen Gläubigern, den der Leiter der ZK-Abteilung Planung und Finanzen, Günter Ehrensperger, den Mitgliedern des ZK vortrug, sorgte für einen regelrechten Schock. Er äußerte seine schon zuvor intern geäußerte Ansicht, dass die DDR aufgrund der Wirtschaftspolitik Honeckers schon seit 1973 über ihre Verhältnisse gelebt habe. Seine für viele ZK-Mitglieder erschütternde Bilanz gipfelte in dem Satz: „Und wenn wir aus dieser Situation herauskommen wollen, müssen wir 15 Jahre mindestens hart arbeiten und weniger verbrauchen als wir produzieren.“¹⁶⁰ Ehrensperger schilderte den Mitgliedern des Zentralkomitees die Ursachen der Verschuldung und die Einwände seiner Abteilung gegen den ständigen Anstieg des „Sockels“. Er habe zwar die kritische Situation immer wieder in seinen Stellungnahmen für das Politbüro benannt, doch im Zentralkomitee habe er stets geschwiegen. Seine Aussage, in voller Kenntnis der negativen Bilanzen in die Verschuldungsfalle getappt zu sein, und sein Bekenntnis zur Mitverantwortung an

¹⁵⁹ Vgl. Süß, *Der Untergang der Staatspartei*, S. 293.

¹⁶⁰ Zitiert in: Hertle/Stephan, *Das Ende der SED*, S. 364.

dem ökonomischen Desaster als rechte Hand Mittags provozierten unter den Anwesenden helle Empörung und erregte Zwischenrufe.

Die Rede Schürers am darauf folgenden dritten Beratungstag steigerte sogar noch den Schock über die trostlose ökonomische Lage. Schürer trug seine Bilanz über die seit 1971 betriebene und letztlich gescheiterte Wirtschafts- und Sozialpolitik vor, die er bereits dem Politbüro am 31. Oktober unterbreitet hatte.¹⁶¹ Er sprach von einer falschen Weichenstellung durch das sozialpolitische Programm des VIII. Parteitages, obgleich es eine positive Wirkung entfaltet habe. „Von da an aber fuhr der Zug von den Realitäten weg, und zwar immer schneller. Wir hatten damals eine Milliarde Dollar Verpflichtungen, und Egon Krenz hat mitgeteilt, dass wir zur Zeit 20 Milliarden Dollar haben.“¹⁶² Anschließend schilderte Schürer die vergeblichen Versuche, Honecker und die Mehrheit des Politbüros vom verhängnisvollen Kurs abzubringen. Schürer erwähnte auch die monatlichen Informationen für das Politbüro über den Stand der Auslandsverschuldung. Niemand im Politbüro könne sich also damit herausreden, er habe nichts gewusst. Aber alle Versuche, das Steuer doch noch herumzureißen, seien gescheitert. Schürer verwies in diesem Zusammenhang auf seine Korrekturvorschläge zur Investitionspolitik. Letztlich habe er sich immer der Parteidisziplin gefügt und die Beschlüsse zur Wirtschaftspolitik in der Plankommission durchgesetzt.

Als anschließend von Jarowsky eine Stellungnahme verlangt wurde, der ja schließlich für die wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen im Politbüro mit die Verantwortung trage, begründete dieser die Angst vor einer Kursänderung mit dem plausiblen Argument des Machterhalts: „Was hätte man anders machen können? Zauberformeln gibt es nicht. Es war die Angst und die Furcht vor solch rigorosen Eingriffen, die, wie in Polen, eine solche Lage hätten schaffen können des Absinkens des Lebensstandards und die Angst, vor dem Volk diese Konsequenzen offen darzulegen und das Volk um Mithilfe zu bitten und nachzudenken, die besten Köpfe unseres Landes, welche Wege man suchen kann unter diesen Bedingungen.“¹⁶³ Damit hatte Jarowsky das grundlegende Dilemma der Parteiführung angesprochen. Auch Schürer und Krolikowski, die ein Absinken des Lebensstandards in Kauf nehmen wollten, hatten kein überzeugendes Alternativkonzept anzubieten. Dem Zentralkomitee schien die ausweglose Lage, in der sich die Kritiker von Honeckers Wirtschafts- und Sozialpolitik befunden hatten, nicht ganz einzuleuchten. Immer wieder wurde durch empörte Zwischenrufe danach gefragt, wie es passieren konnte, dass das Politbüro wider besseres Wissen an einer verfehlten Wirtschaftspolitik festgehalten habe.

Auch andere Zwischenrufer stellten Jarowsky entrüstet die Frage, warum das formal höchste Gremium der Partei, das Zentralkomitee, über die alarmierende

¹⁶¹ Vgl. die von Schürer, Beil, Schalck, Höfner und Donda verfasste Vorlage für das Politbüro zur „Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen“ vom 30. Oktober 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/5195.

¹⁶² Zitiert in: Hertle/Stephan, Das Ende der SED, S. 387.

¹⁶³ Zitiert in: ebenda, S. 391.

Lage in der Wirtschaft über Jahre hinweg im Unklaren gelassen worden sei und das Politbüro erst jetzt mit der Wahrheit herausrücke. Durch die Empörung und den Zorn einiger ZK-Mitglieder musste der Eindruck entstehen, niemand unter den anwesenden SED-Wirtschaftsfunktionären und Generaldirektoren volkseigener Kombinate hätte etwas über die reale Wirtschaftslage gewusst. Dabei war ganz das Gegenteil der Fall. Hinter vorgehaltener Hand wurde nicht nur in den staatlichen Industriebetrieben, sondern auch in den Ministerien und SED-Wirtschaftsapparaten über die desaströse Wirtschaftslage geschimpft. Auch jene, die sich wie Moritz Mebel lautstark über die Zustände im Gesundheitswesen empörten, kannten die katastrophale Situation sehr genau und hatten ebenso wie die von ihnen attackierten Politbüromitglieder während der ZK-Tagungen geschwiegen. Insofern war es scheinheilig, sich über die vermeintliche Untätigkeit Schürers und Jarowinskys zu echauffieren und die eigene Rolle im System von Machtausübung, Unterordnung und Parteidisziplin zu unterschlagen.

Krenz verwies deshalb auch zu Recht auf die zweifelhafte Moral, die hinter der von einigen ZK-Mitgliedern vorgetragenen Entrüstung steckte: „Genossinnen und Genossen, man kann nun sagen, was man will, aber außerhalb der ZK-Tagungen, in den Kaffeepausen, haben auch ZK-Mitglieder anders diskutiert als hier am Rednerpult. Also, wir wollen die Dinge auch nicht vereinfachen.“¹⁶⁴ Dieser Einwand provozierte dann im Plenum einen erbitterten Streit darüber, ob das Zentralkomitee die Verantwortung für die gesellschaftliche Fehlentwicklung tragen solle oder nur einzelne Mitglieder. Mehrere Redner waren strikt dagegen, das Zentralkomitee als Ganzes von jeglicher Verantwortung freizusprechen. Letztlich konnte man sich nicht darüber einigen, als Zentralkomitee komplett zurückzutreten, was den Erwartungen der Parteibasis durchaus entsprochen hätte.

Der Verlauf dieser dreitägigen ZK-Tagung dokumentierte augenfällig, wie tief der Schock über die trostlose ökonomische Lage saß und wie hoffnungslos die Mehrheit des ZK die Chancen beurteilte, das wirtschaftliche Chaos künftig beherrschen zu können. Die meisten Plenumsteilnehmer mussten zunächst die Konsequenzen der Eingeständnisse Ehrenspersgers, Schürers und Jarowinskys verarbeiten. Sie waren auch nicht bereit, deren Vorstellungen über eine Wirtschaftsreform zur Kenntnis zu nehmen. Wiederholt wurden sie bei diesen Versuchen sowohl durch Zwischenrufe als auch von Tagungsleiter Krenz unterbrochen, so dass auch Jarowinsky keine Chance hatte, seine vorbereiteten Vorschläge zur Wirtschaftspolitik vorzutragen. Einig waren sich alle Plenumsteilnehmer schließlich darüber, die Daten und Kenntnisse über die missliche Wirtschaftslage nicht in die Öffentlichkeit gelangen zu lassen. Wenn das passiert, so warnte ein sichtlich schockierter Bernhard Quandt, „dann laufen uns die letzten Leute weg!“ Krenz sah dies ebenso: „Nein, um Gottes willen! Wir schockieren die ganze Republik!“¹⁶⁵

Das ursprünglich geplante Hauptereignis der 10. ZK-Tagung, das von einer Kommission unter Vorsitz von Siegfried Lorenz vorbereitet wurde, drohte durch

¹⁶⁴ Zitiert in: ebenda, S. 425.

¹⁶⁵ Zitiert in: ebenda, S. 366.

die immer aufgeregter werdende Diskussion über Schuld und Verantwortung beinahe an den Rand gedrängt zu werden: das Aktionsprogramm der SED. Lorenz stellte am dritten Beratungstag die Kernpunkte des neuen Aktionsprogramms der SED vor. Es sollte als Reformprogramm die SED-Führung wieder in die Offensive bringen. Darin hieß es: „Die Deutsche Demokratische Republik ist im Aufbruch. Eine revolutionäre Volksbewegung hat einen Prozeß gravierender Umwälzungen in Gang gebracht. Die Erneuerung des Sozialismus steht auf der Tagesordnung.“ Selbstkritisch wurde eingeräumt, dass es der friedlichen Massenproteste der Bevölkerung, der Willenskundgebungen vieler politischer Organisationen, des konstruktiven Wirkens christlicher Kreise und des wachsenden Drucks der Basis der SED sowie eines Lernprozesses der Parteiführung bedurft habe, „um die erstarrten politischen Strukturen aufzubrechen und erste Schritte einer Wende einzuleiten“.¹⁶⁶ Kernpunkte des Programms waren freie, allgemeine, demokratische und geheime Wahlen, eine „an den Marktbedingungen orientierte sozialistische Planwirtschaft“ sowie die Entflechtung von Partei und Staat. Gefordert wurden unter anderem ein „sozialistischer Rechtsstaat, der von den Grund- und Menschenrechten ausgeht und die Gesellschaft durchgehend auf der Grundlage des Rechts organisiert“, die Errichtung eines Verfassungsgerichtshofs, kommunale Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden. Die Volkskammer und die örtlichen Volksvertretungen sollten ihre verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten als souveräne Machtorgane, die nur dem Volk verantwortlich seien, „uneingeschränkt wahrnehmen.“ Innerhalb der Partei sollten alle Sonderregelungen und Vergünstigungen, die nicht durch Leistungen gerechtfertigt würden, sofort außer Kraft gesetzt werden. Für künftige Parteiwahlen wurde die Zulassung mehrerer Kandidaten und die zeitliche Begrenzung von Wahlfunktionen in Aussicht gestellt.

Obgleich sich das Programm von vorherigen halbherzigen Reformversprechen deutlich abhob, hinkte es den Ereignissen bereits hinterher und konnte daher nicht die erhoffte Wirkung entfalten. Die Forderungen, die auf den Straßen und von der politischen Opposition erhoben wurden, gingen schon weit über das hinaus, was die SED im Aktionsprogramm ankündigte. Während sich das Aktionsprogramm ganz selbstverständlich noch an das Machtmonopol der SED im Staat klammerte, wurde während der Massenproteste die Forderung nach dem vollständigen Machtverzicht der SED artikuliert.

Trotz einer lebhaften Aussprache, die mehrfach unterbrochen wurde, konnte die Erörterung des Aktionsprogramms nicht zu Ende geführt werden. Krenz informierte das Plenum darüber, dass sich durch die Maueröffnung in der Nacht vom 9. zum 10. November seit den frühen Morgenstunden eine neue Lage ergeben habe. Unter den Parteileitungen der Betriebe mache sich Panik breit, weil viele Arbeiter ihren Arbeitsplatz verließen, um sich an den Meldestellen der Volkspolizei Visa für Auslandsreisen zu besorgen. Nach dieser Mitteilung entstand im Plenum große Unruhe und Tagungsleiter Krenz gelang es nicht, die Genossen

¹⁶⁶ Schritte zur Erneuerung – Aktionsprogramm der SED, in: Neues Deutschland vom 11./12. November 1989.

zu beruhigen. Einige ZK-Mitglieder brachen innerlich regelrecht zusammen und riefen fassungslos und völlig desillusioniert dazwischen: „Und ich habe mein ganzes Leben versucht, mit dieser Partei zu leben. [...] Aber was ich hier erlebt habe, ist so deprimierend, so erschütternd, dass ich's nicht verwinden kann. [...] Wie sollen wir denn jetzt an die Arbeit gehen? Die Partei ist kaputt im Grunde genommen.“¹⁶⁷ Nur mit Mühe konnte wenigstens das Aktionsprogramm bestätigt werden. Krenz beendete die Tagung abrupt. 68 auf der Liste eingetragene Redner kamen nicht mehr zu Wort. In letzter Minute wurden noch Joachim Herrmann und Günter Mittag aus dem ZK ausgeschlossen. Erich Honecker, der sich schriftlich für sein Fernbleiben entschuldigt hatte, blieb hingegen Mitglied des Zentralkomitees.

Die 10. Tagung des Zentralkomitees lieferte den untrüglichen Beweis dafür, in welchem Maße das Prinzip des demokratischen Zentralismus, das Struktur- und Herrschaftsprinzip der marxistisch-leninistischen SED, seine Wirkungskraft verloren hatte. In den Bezirksleitungen kam es auf Druck der Parteibasis zu einem personellen Wechsel, der vom Sekretariat des ZK und der zentralen Kaderkommission nicht mehr wie bisher gesteuert werden konnte. Die Bezirksorganisationen, die nun begannen, ohne Weisungen von oben und ohne das Politbüro vorher auch nur zu informieren, ihre Leitungen abzuernennen und neue einzusetzen, und die Parteibasis, die sich gegen Beschlüsse des Zentralkomitees auflehnte, bestritten nun erfolgreich die Allmacht der Parteiführung. Generalsekretär Krenz, das Politbüro und das Zentralkomitee sahen sich zunehmend gezwungen, nur noch hilflos zu reagieren statt zu agieren oder gar zu führen. Das Anfang der 1950er Jahre in der SED etablierte horizontal und vertikal gegliederte Gefüge von personalpolitischen Zuständigkeiten – das Kadernomenklatursystem als Instrument der personalpolitischen Beherrschung von Partei und Staat – brach in sich zusammen.

Für den Abend des 10. November, nach dem vorzeitigen Ende der ZK-Tagung, ließ Krenz eine Kundgebung im Berliner Lustgarten organisieren, zu der mehrere tausend Parteimitglieder aufgebeten wurden und die ganz offensichtlich als Gegenveranstaltung zur Demonstration der Parteibasis vor dem ZK-Gebäude am 8. November konzipiert war. Anwesend waren neben Krenz und Schabowski weitere Mitglieder der SED-Führung. Es kamen – offenbar bestellte – Redner zu Wort. Sie alle verurteilten die Politik und Struktur des alten Politbüros und unterstützten die von Krenz versprochenen Reformen. Doch nach sich häufenden Äußerungen gegen radikale Veränderungen in Partei und Staat, insbesondere gegen das freiwillige Aufgeben der „führenden Rolle der SED“, hatten Beobachter den Eindruck, dass hier die neue Führung versuchte, die Forderungen der Parteibasis nach wirklichen Reformen zurückzuweisen und die aufmüpfigen Parteimitglieder mit Durchhalteparolen weiter an sich zu binden. Immerhin waren zwischen Mitte Oktober und Mitte November weit über 200 000 Mitglieder aus der SED ausgetreten.¹⁶⁸ Doch ließen sich die Mitglieder mit inhaltsleeren Appellen,

¹⁶⁷ Zitiert in: Hertle/Stephan, *Das Ende der SED*, S. 433.

¹⁶⁸ Vgl. Gerd-Rüdiger Stephan, *Vom Mauerbau bis zur Wende*, in: *Die SED*, S. 98.

die mangelnden Realitätssinn bewiesen, nicht mehr beeinflussen. Selbst an diesem Abend wurde die Forderung nach einem Sonderparteitag immer wieder laut. Die SED-Zentrale erreichten weiterhin zahlreiche Schreiben, in denen gefordert wurde, die Entscheidung für eine Parteikonferenz rückgängig zu machen und stattdessen einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen.

Kaum ein Parteimitglied brachte der Führung noch Loyalität entgegen. In der gesamten Partei waren die Auflösungstendenzen nicht mehr zu übersehen. Die Forderungen der Parteibasis nach einem Parteitag liefen darauf hinaus, das gesamte Zentralkomitee und damit auch den Generalsekretär und das Politbüro komplett neu zu wählen. Das wäre nach dem Parteistatut der SED von 1976 nicht möglich gewesen. Politbüro und Zentralkomitee mussten sich dem Willen der Parteibasis beugen. Das Politbüro machte am 12. November die zwei Tage zuvor vom ZK getroffene Entscheidung für eine Parteikonferenz rückgängig und sprach sich nun für die Abhaltung eines außerordentlichen Parteitages aus.¹⁶⁹ Am 13. November beschloss das Zentralkomitee die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages für den 15. bis 17. Dezember 1989 nach Berlin.

Während das Zentralkomitee vom 8. bis 10. November lebhaft über das eigene Versagen debattierte und die Schuldigen insbesondere im Politbüro zu finden glaubte, war eine innenpolitische Lage entstanden, die sämtliche Überlegungen der SED-Führung zur Stabilisierung ihrer Herrschaft gegenstandslos werden ließ. Auf ultimativen Druck der tschechoslowakischen Führung, die verlangte, die Ausreise von DDR-Bürgern über die Tschechoslowakei in die Bundesrepublik zu unterbinden, sahen sich Politbüro und Regierung gezwungen, kurzfristig eine Ausreiseregelung einzuführen, die bis zum Inkrafttreten des schon mehrfach diskutierten Reisegesetzes gelten sollte. Unter dem Druck der Ereignisse legte der Ministerrat am 9. November 1989 eine entsprechende Verordnung vor. Diese „zeitweilige Übergangsregelung für Reisen und ständige Ausreisen aus der DDR in das Ausland“ bedeutete faktisch die Einführung der allgemeinen Reisefreiheit, die zuvor auf den Massendemonstrationen gefordert worden war. Nach der überraschenden Bekanntgabe dieser Regelung durch Politbüromitglied Schabowski während einer Pressekonferenz am frühen Abend des 9. November strömten hunderttausende Menschen noch in der Nacht zum 10. November über die Grenzübergangsstellen nach West-Berlin.¹⁷⁰ Die Bilder der tanzenden Menschen auf

¹⁶⁹ Vgl. das Protokoll Nr. 51/89 der Sitzung des Politbüros am 12. November 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2360.

¹⁷⁰ Der Ablauf der Ereignisse, die in der Nacht vom 9. zum 10. November 1989 zur Öffnung der Mauer führten, ist inzwischen gut dokumentiert: Hans-Hermann Hertle, *Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates*, Opladen 1996, S. 165–230; ders., *Wußte der eine, was der andere tat? SED und MfS beim Mauerfall*, in: Siegfried Suckut/Walter Süß (Hrsg.), *Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS*, Berlin 1997, S. 271–292; ders., *Der Tag, an dem die Mauer fiel*, in: *Deutschland Archiv* 32 (1999), S. 743–755; Daniel Küchenmeister/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.), *„Sofort, ... unverzüglich.“ Der Fall der Mauer am 9. November 1989*, Potsdam 2000, S. 89–96; Hans-Hermann Hertle, *Der Mauerfall*, in: Ders./Konrad H. Jarausch/Christoph Kleßmann (Hrsg.), *Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen*, Berlin 2002, S. 269–284.

der Berliner Mauer wurden im Ausland nicht nur als Symbol für den starken Veränderungswillen der Ostdeutschen wahrgenommen, sondern auch als Symbol für den Zusammenbruch des Herrschaftssystems der SED und das Ende des Kalten Krieges.

Auf der 12. Tagung der Volkskammer am 17./18. November gab Ministerpräsident Modrow seine Regierungserklärung ab und stellte seine „Koalitionsregierung“ vor, die *en bloc* bei fünf Gegenstimmen und sechs Enthaltungen gewählt wurde. Dem neuen, erheblich verkleinerten Ministerrat gehörten nur noch 28 Mitglieder an. Die vier Koalitionspartner der SED – CDU, LDPD, NDPD, DBD – stellten zusammen elf Mitglieder. Acht der 17 SED-Regierungsmitglieder hatten auch der Regierung Stoph angehört, darunter Gerhard Schürer, Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, Außenminister Oskar Fischer und Außenhandelsminister Gerhard Beil. An Stelle des Politbüromitglieds Heinz Keßler wurde einer seiner Stellvertreter, Vizeadmiral Theodor Hoffmann, neuer Verteidigungsminister; Generalmajor Lothar Ahrendt, bisher stellvertretender Innenminister, löste Friedrich Dickel als Innenminister ab, und Dietmar Keller, bisher Staatssekretär im Kulturministerium, trat die Nachfolge von Hans-Joachim Hoffmann als Kulturminister an. Das Amt für Nationale Sicherheit, das an die Stelle des aufgelösten Ministeriums für Staatssicherheit trat, übernahm Generalleutnant Wolfgang Schwanitz, seit 1986 einer der Stellvertreter von Minister Erich Mielke.

In seiner Regierungserklärung bezeichnete Modrow es als „die wichtigste Aufgabe der Regierung“, die Wirtschaft der DDR aus der Krise zu führen, ihr Stabilität zu verleihen und Wachstumsimpulse zu geben. Verantwortlich sei die Regierung nur der Volkskammer. „Dies ist eine klare Absage an bisherige Einschränkungen der Regierungsarbeit, an frühere Bevormundung, an willkürliches Kommandieren der Wirtschaft zum Schaden der Wirtschaft durch das ehemalige Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Günter Mittag.“ Zur Reform des politischen Systems kündigte Modrow vor allem ein Wahlgesetz, ein Gesetz über den Ministerrat sowie ein Mediengesetz an. Er versprach eine Wirtschaftsreform, eine Bildungsreform, eine Verwaltungsreform sowie ein langfristig angelegtes Programm mit dem Ziel, Ökonomie und Ökologie in Übereinstimmung zu bringen.¹⁷¹

Damit verlagerte sich die Macht in der DDR von der SED auf die Regierung, die sich jetzt nicht mehr von Abteilungen des Zentralkomitees fachliche Entscheidungen und politische Vorgaben diktieren lassen wollte. Am 1. Dezember 1989 änderte die Volkskammer die Verfassung, indem der Passus über die führende Rolle der SED gestrichen wurde. Damit hatte das Machtmonopol der SED keine formale verfassungsrechtliche Grundlage mehr. Die Volkskammer war jedoch noch immer kein demokratisch gewähltes Parlament, sondern weiterhin nach dem Willen der SED zusammengesetzt. Umso mehr drängten die Menschen auf

¹⁷¹ Modrows Regierungserklärung in: Stenographische Niederschrift der 12. Tagung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 9. Wahlperiode, 17. und 18. November 1989, S. 272–281.

freie Wahlen. Die vordringliche Aufgabe der Regierung Modrow musste es daher sein, ein Wahlgesetz vorzulegen, das so schnell wie möglich allgemeine, freie, gleiche und geheime Wahlen zuließ. Die Regierung Modrow konnte daher nur eine Übergangsregierung sein.

Die SED-Führung verlor im November 1989 innerhalb der Partei immer mehr an Einfluss. Die Kritik an der zögerlichen Haltung von Generalsekretär Krenz und die Forderungen nach dem Rücktritt der Parteiführung wurden immer lauter. Dem Politbüro wurde weder der nötige Wille zu Reformen noch die Fähigkeit, diese auch zu realisieren, zugetraut. Am 30. November versammelten sich im Ost-Berliner Werk für Fernsehetelektronik (WF) 150 bis 170 Mitglieder von SED-Grundorganisationen aus verschiedenen staatlichen Betrieben und wissenschaftlichen Institutionen und gründeten eine „Plattform WF“, die sich als Sprachrohr der Parteibasis verstand und sich im Vorfeld des Parteitages als innerparteiliche Opposition formierte. Absicht der Initiatoren war es, der Parteiführung die alleinige Zuständigkeit für die Vorbereitung des Parteitages zu entziehen. Die Kernsätze der Gründungserklärung lauteten: „Mit dem bevorstehenden außerordentlichen Parteitag muß die Parteibasis der SED ihre Partei zurückerobern. [...] Die derzeitige Parteitagsvorbereitung führt nicht zur moralischen Säuberung und politischen Konsolidierung der Partei. Der Parteiführung entziehen wir unser Vertrauen, die jetzige Regierung stützen wir. Die Rettung der Partei liegt in ihrer kompromißlosen Erneuerung, die einer faktischen Neugründung gleichkäme.“¹⁷²

Die Resonanz auf diese Erklärung, die am 1. Dezember über mehrere Stunden in den Programmen der staatlichen Rundfunksender kommentiert wurde, war außerordentlich groß. Die SED-Bezirksleitung von Halle schloss sich uneingeschränkt der Plattform an.¹⁷³ Damit wurde sichtbar, dass es innerhalb der SED zwei Strömungen gab: Während Krenz und seine Anhänger die bestehende Partei zwar neu formieren, aber in den alten Strukturen erhalten wollten, strebten die sich in der „Plattform WF“ sammelnden Vertreter der Parteibasis eine Neugründung an. Da die Plattform zudem „alle Parteitagsdelegierten“ zu einer „gemeinsamen Beratung“ vor Beginn des außerordentlichen Parteitages einlud, konnte Krenz nicht mehr damit rechnen, dass der außerordentliche Parteitag ihn erneut als Generalsekretär wählen würde. Nach dem Aufruf der „Plattform WF“ musste ihm klar geworden sein, dass weder das Politbüro noch das Zentralkomitee bis zum Sonderparteitag im Amt gehalten werden konnten.

Jetzt begann auch die politische und juristische Abrechnung mit dem alten Politbüro. Auf Antrag des Generalstaatsanwalts der DDR bildete die Volkskammer am 13. November 1989 „einen zeitweiligen Ausschuß zur Überprüfung von Fällen des Amtsmißbrauchs, der Korruption, der ungerechtfertigten persönlichen Bereicherung und anderer Handlungen, bei denen der Verdacht auf Gesetzesverletzung

¹⁷² Gründungserklärung abgedruckt in: Thomas Falkner, Die letzten Tage der SED. Gedanken eines Beteiligten, in: Deutschland Archiv 23 (1990), S. 1760.

¹⁷³ Vgl. ebenda, S. 1759.

besteht“.¹⁷⁴ Etwa zur gleichen Zeit nahm die Zentrale Parteikontrollkommission unter der Leitung von Werner Eberlein ihre Arbeit auf, um früher politisch gemäßregelte Mitglieder sowie Opfer der politischen Justiz, insoweit sie der SED angehörten, zu rehabilitieren. Als einer der ersten wurde Walter Janka, der ehemalige Leiter des Aufbau-Verlages, rehabilitiert. Sein 1957 erfolgter Parteiausschluss wurde aufgehoben, weil er auf „falschen Beschuldigungen“ beruht habe. Später wurden postum auch Robert Havemann, Rudolf Herrnstadt, der 1953 aus dem ZK und 1954 aus der SED ausgeschlossen worden war, und der 1950 im Zusammenhang mit der „Noel-Field-Affäre“ aus der Partei ausgeschlossene Lex Ende rehabilitiert. Eberlein kündigte an, dass weitere SED-Mitglieder, denen in der Vergangenheit Unrecht geschehen sei oder die in anderer Weise gemäßregelt worden seien, rehabilitiert werden sollten. Als wichtige Aufgabe der Zentralen Parteikontrollkommission bezeichnete es Eberlein, „ohne jeden Zeitverzug“ allen Hinweisen nachzugehen, um die Verantwortlichkeit für Verletzungen des Partei-statuts und der Gesetze im Zusammenhang mit Machtmissbrauch, Korruption, persönlicher Bereicherung und anderem festzustellen und dafür zu sorgen, dass alle diejenigen, die Schuld auf sich geladen hätten, zur Verantwortung gezogen würden. Eine Reihe entsprechender Parteiverfahren sei bereits eingeleitet worden.¹⁷⁵

Auf der Tagung der Volkskammer am 1. Dezember legte der Vorsitzende des zeitweiligen Untersuchungsausschusses, der CDU-Abgeordnete Heinrich Toeplitz, der von 1960 bis 1986 Präsident des Obersten Gerichts der DDR gewesen war, die bis dahin ermittelten Fakten zu Amtsmissbrauch, Korruption und persönlicher Bereicherung vor. Er berichtete von ungerechtfertigten Baumaßnahmen, Gefälligkeitspreisen, Bauauflagen an örtliche Baubetriebe, von Projekten vor allem in Erholungsgebieten. Gesetzwidriger Umgang mit Devisen, aufwendige Prestigeobjekte, Malträtierung einer ganzen Dorfbevölkerung in der Nähe des Landsitzes von Staatssicherheitsminister Mielke, hemmungslose Inanspruchnahme vielfältiger Privilegien waren nur einige der Stichworte, die nicht nur die Abgeordneten, sondern nahezu die gesamte Bevölkerung in Wut und Empörung versetzten. In der Verantwortung des Ministerrates seien auf Anweisung der Väter Häuser für die Söhne von Stoph, Kleiber und Krolikowski gebaut worden. Toeplitz berichtete über abgeschirmte Sonderjagdgebiete mit großen Fahrzeugparks für Angehörige der alten Partei- und Staatsführung. Für Bauten leitender Funktionäre und für die Sonderversorgung der Waldsiedlung Wandlitz, in der die Mitglieder der Partei- und Staatsführung seit 1960 wohnten, seien Valuta-Mittel der DDR gesetzwidrig verwandt worden.¹⁷⁶

¹⁷⁴ Vgl. Volker Klemm, *Korruption und Amtsmissbrauch in der DDR*, Stuttgart 1991, S. 11 f.

¹⁷⁵ Neues Deutschland vom 26. November 1989.

¹⁷⁶ Zwischenbericht über die Tätigkeit des „Zeitweiligen Ausschusses zur Überprüfung von Fällen des Amtsmissbrauchs, der Korruption, der persönlichen Bereicherung und anderer Handlungen, bei denen der Verdacht der Gesetzesverletzung besteht“, in: Stenographische Niederschrift der 13. Tagung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, 9. Wahlperiode, 1. Dezember 1989, S. 343–353.

Nicht nur in der Volkskammer wurde über Amtsmissbrauch, Korruption und persönliche Bereicherung der alten Partei- und Staatsführung berichtet, von der ja noch immer sieben Mitglieder dem neuen Politbüro angehörten, auch die Medien der DDR enthüllten fast täglich neue Fälle. Im Fokus der allgemeinen Empörung, die sich durch immer neue Berichte über die tatsächliche oder vermutete persönliche Bereicherung der Politbüromitglieder regelrecht hochschaukelte, stand die Waldsiedlung Wandlitz. Aufgrund der Abschottung der Wohnsiedlung überschlugen sich die Spekulationen über das vermeintliche luxuriöse Leben der Politbüromitglieder. Einem Reporter der Jugendsendung des DDR-Fernsehens Elf 99 wurde es erstmals gestattet, mit einem Kamerateam am 22. November 1989 die Waldsiedlung zu besuchen. Beim Rundgang kam es zu einem zufälligen Zusammentreffen mit dem Ehepaar Hager. Auf Nachfragen des Reporters Jan Carpentier erklärte Hager, er habe sich hier wie in einem Internierungslager gefühlt und sich lediglich den damaligen Beschlüssen der Partei gebeugt. Die am 23. November im DDR-Fernsehen ausgestrahlte Sendung löste empörte Protestschreiben an den Sender aus und begründete den danach oft benutzten Slogan: „Nieder mit den Privilegien!“

Krenz und das Politbüro konnten die Proteste nicht mehr ignorieren, nicht nur wegen der im Vergleich zur DDR-Normalität äußerst komfortablen Lebensbedingungen in Wandlitz, sondern vor allem wegen der Doppelmoral der Führungsriege. Einerseits wurde in der Öffentlichkeit strengste Sparsamkeit gepredigt, während andererseits die Politbüromitglieder und ihre Angehörigen, abgeschirmt von jeglicher Kontrolle und Verantwortlichkeit, hier in einem parasitären Umfeld lebten.¹⁷⁷ Der Sturm der Entrüstung über die tatsächlichen oder vermeintlichen Privilegien der alten Führungsschicht hatte auch die Mitgliedschaft der SED erfasst. Durch die anhaltenden Medienberichte über „Amtsmissbrauch und Korruption“ erfuhren die SED-Mitglieder, dass sich ein Kreis auserwählter Begünstigter seit Jahren über ein besonderes Versorgungssystem westliche Konsumgüter beschafft hatte, während ihnen ähnliche Vergünstigungen vorenthalten wurden.¹⁷⁸ Berichte über ausgedehnte Staatsjagdgebiete und Aufenthalte in überdurchschnittlich ausgestatteten und versorgten Gästehäusern der Partei provozierten bei so manch altem Genossen Zorn und Verbitterung.¹⁷⁹

Zunächst hatte das Politbüro am 7. November 1989 lediglich beschlossen, die Versorgung des „Ladenkombinats“ im Innenring mit importierten Westprodukten (Nahrungs- und Genussmittel, Bekleidung, Haushaltselektronik) durch den Außenhandelsbetrieb „Delta“ einzustellen und die Valutamittel nur noch für

¹⁷⁷ Vgl. Paul Bergner, *Die Waldsiedlung. Ein Sachbuch über „Wandlitz“*, Berlin 2001, S. 36.

¹⁷⁸ In den Jahren von 1980 bis 1988 wurden für die Versorgung der Waldsiedlung Wandlitz insgesamt rund 51 Millionen Valutamark bereitgestellt. Vgl. das Protokoll der Vernehmung von Oberst Gerd Schmidt, Leiter der Abteilung V der HA PS des MfS (Verwaltung Wandlitz) vom 6. Februar 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 245/90, Bd. 2, Bl. 57.

¹⁷⁹ Vgl. Christian Booß, *Der Sonderparteitag der SED im Dezember 1989*, in: *Deutschland Archiv* 42 (2009), S. 994.

Reparaturen der Importtechnik und Ersatzteile in den Wohnhäusern über den Bereich Kommerzielle Koordinierung bereitzustellen.¹⁸⁰ Erst am 22. November, dem Tag, an dem das Reporterteam des DDR-Fernsehens Wandlitz besuchte, entschied sich das Politbüro für die Auflösung der Waldsiedlung – allerdings über einen längeren Zeitraum. In dem Beschluss hieß es u.a.: „Die Waldsiedlung Wandlitz bleibt bis auf weiteres als gesichertes Wohnobjekt für Persönlichkeiten im Ruhestand bestehen. Die dafür bereitgestellten Häuser werden auf der Grundlage von Mietverträgen, die mit dem Ministerrat abgeschlossen sind, genutzt. Diese Regelung gilt bis zu jenem Zeitpunkt, bis den Bewohnern entsprechender Wohnraum zugewiesen ist. [...] Die nicht genutzten Wohnhäuser werden den Einrichtungen des Gesundheitswesens in Berlin schrittweise als Rehabilitationszentrum zur Verfügung gestellt. Dafür sind die Schwimmhalle, die Physiotherapie und die Arztstation zu nutzen.“¹⁸¹ Mit dem Beschluss der Modrow-Regierung vom 14. Dezember 1989 wurden die noch verbliebenen Politbüromitglieder zum Verlassen der Wohnsiedlung aufgefordert und die Voraussetzungen für eine Umwandlung des gesamten Areals in ein Rehabilitationssanatorium geschaffen. Im Februar 1990 nahm es die ersten Patienten auf.¹⁸² Dem noch in Wandlitz wohnenden Ehepaar Honecker wurde am 22. Dezember 1989 mitgeteilt, dass „ein kurzfristiger Auszug“ aus ihrer Wohnung in der Waldsiedlung erforderlich sei. Am 3. Januar 1990 mussten sie ihr Haus in Wandlitz räumen.

Am 2. und 3. Dezember fanden auf Kreisdelegiertenkonferenzen der SED die – erstmals wieder geheimen – Wahlen der Delegierten für den außerordentlichen Parteitag statt. Mitglieder der SED forderten auf Protestdemonstrationen vor dem ZK-Gebäude den Rücktritt des Politbüros und des Zentralkomitees.¹⁸³ Am 3. Dezember kam das Politbüro zu seiner letzten Sitzung zusammen, um die zum gleichen Tag einberufene ZK-Tagung vorzubereiten.¹⁸⁴ Hans-Joachim Willerding, Kandidat des Politbüros und ZK-Sekretär, hatte Krenz bereits am 2. Dezember brieflich seinen Rücktritt von diesen Funktionen mitgeteilt. Die zwölf verbliebenen Mitglieder und Kandidaten des Politbüros einigten sich am 3. Dezember darauf, geschlossen zurückzutreten. In der Begründung für diesen Schritt hieß es: „Um einer weiteren Gefährdung der Existenz der Partei entgegenzuwirken sowie die politische und organisatorische Vorbereitung des Parteitages zu gewährleisten, hält es das Politbüro für erforderlich, seinen Rücktritt zu erklären.“¹⁸⁵ Das Politbüro akzeptierte die Kritik von großen Teilen der Mitgliedschaft, dass die derzei-

¹⁸⁰ Vgl. die „Regelungen für die Betreuung und Versorgung der Bewohner des Innenringes im Wohnobjekt Wandlitz“. Protokoll Nr. 49/89 über die Sitzung des Politbüros am 7. November 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2358.

¹⁸¹ Protokoll Nr. 55/89 der Sitzung des Politbüros am 22. November 1989, in: ebenda, DY 30/J IV 2/2/2364.

¹⁸² Vgl. Bergner, *Die Waldsiedlung*, S. 53.

¹⁸³ Vgl. Gregor Gysi/Thomas Falkner, *Sturm aufs Große Haus. Der Untergang der SED*, Berlin 1990, S. 75.

¹⁸⁴ Vgl. das Protokoll Nr. 58/89 der Sitzung des Politbüros am 3. Dezember 1989, in: SAPMO BArch, DY 30/J IV 2/2/2367.

¹⁸⁵ Anlage Nr. 2 der Politbürositzung am 3. Dezember 1989, in: ebenda.

tige Führung der Partei nicht imstande gewesen sei, entsprechend dem Auftrag der 9. und 10. Tagung des Zentralkomitees das ganze Ausmaß und die Schwere der Verfehlungen von Mitgliedern des ehemaligen Politbüros aufzudecken und daraus die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen.

Vor Beginn des außerordentlichen ZK-Plenums schilderte Krenz während einer Beratung des Sekretariats des ZK mit den 1. Sekretären der Bezirksleitungen am 3. Dezember mit beschwörenden Worten die Dramatik der Situation, in der sich die ganze Partei befand.¹⁸⁶ Die Krise der Partei, so konstatierte er, sei so tief wie nie zuvor. Es müsse ein Weg gefunden werden, die Partei zu retten. Davon würde seiner Ansicht nach die Existenz der DDR und die politische Stabilität in Europa abhängen. Krenz warnte eindringlich vor den Aktionen der „Plattform WF“, die für die Neugründung der Partei einträten. Wenn es gelänge, wie von den Aktivisten der Plattform geplant, die Delegierten unmittelbar vor dem Sonderparteitag zur Berliner Humboldt-Universität zu holen, dann würde das die Spaltung der Partei bedeuten. Auf jeden Fall, so appellierte er eindringlich an die Bezirkssekretäre, müsse die Einheit der Partei erhalten werden.¹⁸⁷ Schließlich brachte Krenz einen Arbeitsausschuss als zeitweilige Führung der Partei und Herbert Kroker, den neuen 1. Sekretär der Bezirksleitung Erfurt, als dessen Leiter ins Gespräch.

Die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen gaben sich jedoch nicht mit dem Rücktritt des Politbüros zufrieden. Im Namen der anwesenden Bezirkssekretäre forderte Erich Postler, 1. Sekretär der Bezirksleitung Gera, den sofortigen Rücktritt des gesamten Zentralkomitees.¹⁸⁸ Roland Wötzel, der neue Leipziger Bezirkschef, sah wie viele in der Runde den Parteitag als letzte Chance für die Partei. Er zeichnete ein düsteres Bild der Lage. Man sei in den Bezirken nur noch Konkursverwalter einer maroden Politik. Der Führungsanspruch der Partei sei verloren, aber keiner unternehme etwas. Beschwörungen der Einheit würden niemanden weiter bringen. Der von Krenz ins Spiel gebrachte Arbeitsausschuss sei eine Variante, eine Hoffnung. Die Bezirkssekretäre artikulierten auf dieser Beratung zwar ihren Willen zur Erneuerung der Partei nachdrücklicher als die Berliner Zentrale, doch war die Tendenz nicht zu übersehen, die alleinige Schuld für die Katastrophe der alten Führung zuzuschieben. Eine ähnliche Grundstimmung herrschte auch in vielen Grundorganisationen der Partei.

Sowohl das Politbüro als auch das Zentralkomitee erklärten daher am 3. Dezember ihre Selbstauflösung. Als zeitweilige Führung der Partei wurde nach einem Beschluss des zurückgetretenen Politbüros und der 1. Sekretäre der Bezirksleitungen ein Arbeitsausschuss gebildet, der den außerordentlichen Parteitag vorbereiten sollte und sich noch am 3. Dezember konstituierte.¹⁸⁹ Unter dem Vorsitz

¹⁸⁶ Vgl. Hertle/Stephan, Das Ende der SED, S. 92; Schabowski, Der Absturz, S. 324.

¹⁸⁷ Vgl. die Mitschrift der Beratung des Sekretariats des ZK mit den 1. Sekretären der Bezirksleitungen am 3. Dezember 1989, in: Archiv BStU, MfS SED-KL 3397, Bl. 2f.

¹⁸⁸ Vgl. ebenda, Bl. 4.

¹⁸⁹ Vgl. Edwin Schwertner, Zur Bildung des SED-Arbeitsausschusses, in: Lothar Bisky/Jochen Czerny/Herbert Mayer/Michael Schumann (Hrsg.), Die PDS – Herkunft und Selbstver-

von Herbert Kroker, den Krenz zuvor vorgeschlagen hatte, gehörten dem Ausschuss 14 neu gewählte 1. Sekretäre der Bezirksleitungen an.¹⁹⁰ Zumeist handelte es sich dabei um Funktionäre, die aus hauptamtlichen Parteifunktionen bzw. aus dem Sekretariat der Bezirksleitung an die Spitze der Bezirksorganisation aufgerückt waren.¹⁹¹ Es gab aber auch Ausnahmen: Herbert Kroker war seit 1970 Generaldirektor des Kombinati Umformtechnik in Erfurt gewesen. 1983 wurde er wegen Differenzen mit Günter Mittag als Generaldirektor abgelöst und nach Apolda als Direktor des VEB Feuerlöschgerätewerks versetzt. Als Wirtschaftspraktiker hatte er es gewagt, Mittag mehrfach zu widersprechen und während zentraler Beratungen der Generaldirektoren und Minister der DDR halböffentlich Kritik an ihm geübt. Kroker leitete bis zum Sonderparteitag am 8./9. Dezember 1989 den zeitweiligen Arbeitsausschuss der SED. Als Quereinsteiger kann ebenfalls der 1. Sekretär von Dresden bezeichnet werden: Hans-Joachim Hahn war von 1974 bis 1988 Generaldirektor des VEB Kombinat Elektromaschinenbau Dresden und seit 1989 ordentlicher Professor an der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft der Technischen Universität Dresden.

Hinzu kamen unter nicht ganz geklärten Umständen sogenannte Hoffnungsträger, also Personen, die in der Öffentlichkeit für eine konsequente Erneuerung der Partei standen.¹⁹² Dazu zählten der Dresdener Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer, der Rektor der Babelsberger Filmhochschule Lothar Bisky, der Rechtsanwalt Gregor Gysi, der Prorektor für Gesellschaftswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin Dieter Klein, der Leiter der Kulturkommission beim Politbüro des ZK der SED und vormalige stellvertretende Kulturminister Klaus Höpcke und der ehemalige Chef der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) des MfS Markus Wolf. Auch ein ZK-Abteilungsleiter war vertreten: Gerd Schulz, Leiter der Abteilung Jugend. Hinzu kamen vier Frauen: Brigitte Zimmermann, Chefredakteurin der Wochenzeitschrift „Wochenpost“, Eva Maleck-Lewy, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Philosophie der Humboldt-Universität zu Berlin, Ellen Brombacher, hauptamtliche Sekretärin für Kultur der SED-Bezirksleitung Berlin, und Dagmar Hülsenberg, Professorin am Lehrstuhl für „Glas- und Keramikwerkstoffe sowie -technologie“ der Technischen Universität Ilmenau und Präsidentin der Kammer der Technik (KdT).¹⁹³ Der Arbeitsausschuss wählte auf seiner ersten Zusammenkunft am 3. Dezember 1989 Herbert Kroker zum Vorsitzenden, Heinz Albrecht, Dieter Klein und Eva Maleck-Lewy

ständnis, Berlin 1996, S. 150 ff.; Lothar Hornbogen/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan, Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin 1999, S. 21 f.

¹⁹⁰ Zunächst als Mitglied vorgesehen, aber nicht im Arbeitsausschuss vertreten, war Wolfgang Herrmann, der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung von Neubrandenburg.

¹⁹¹ Vgl. Niemann, Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen, S. 365.

¹⁹² Vgl. Booß, Der Sonderparteitag der SED, S. 996; Gero Neugebauer/Richard Stöss, Die PDS. Geschichte, Organisation, Wähler, Konkurrenten, Opladen 1996, S. 36; Heinrich Bortfeldt, Von der SED zur PDS. Wandlung zur Demokratie?, Bonn/Berlin 1992, S. 30; Dieter Segert, Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR, Köln 2008, S. 27–33.

¹⁹³ Vgl. Hornbogen/Stephan, Außerordentlicher Parteitag, S. 20.

zu Stellvertretern des Vorsitzenden. Pressesprecherin wurde Brigitte Zimmermann.

Die Liste mit diesen insgesamt 25 Personen wurde wahrscheinlich von Abteilungsleitern im Zentralkomitee zusammengestellt und am 2. Dezember 1989 mit Ministerpräsident Modrow im Gästehaus der DDR-Regierung Johanneshof in Berlin besprochen und von Modrow abgesegnet.¹⁹⁴ Im hauptamtlichen Apparat wollte man sich auf einen Rücktritt der Führung vorbereiten, um ein Machtvakuum an der Spitze der Partei und ein drohendes Auseinanderbrechen der SED zu verhindern.¹⁹⁵ Von vornherein bestand Klarheit darüber, dass die 1. Bezirkssekretäre der SED in den Arbeitsausschuss gehörten, um den Forderungen nach Mitsprache aus den SED-Bezirken wenigstens formell nachzukommen. Schon Mitte November 1989 waren im ZK-Apparat einige Personen im Gespräch, die dann als sogenannte Hoffnungsträger in den Arbeitsausschuss kooptiert wurden: Gregor Gysi, Markus Wolf, Klaus Höpcke, Lothar Bisky, Dieter Klein.¹⁹⁶ Nachträglich wurde Andreas Thun, Parteisekretär im Werk für Fernsehelektronik und Mitinitiator der „Plattform WF“ kooptiert¹⁹⁷, so dass der Arbeitsausschuss aus 26 Personen bestand, die sich selbst in einem Aufruf „durch die Sorge um die Zukunft des Sozialismus“ legitimierten.¹⁹⁸

Nach dem Rücktritt von Politbüro und Zentralkomitee bestand das hauptsächliche Ziel des Arbeitsausschusses darin, eine Selbstauflösung der SED zu verhindern. Denn vor allem aus der Parteibasis, insbesondere von der „Plattform WF“, gab es Forderungen, die SED aufzulösen und eine neue, sozialistische Partei ohne die politisch belasteten „Altkader“ zu gründen. Die Auflösung der Partei wurde von allen Mitgliedern des Arbeitsausschusses vehement abgelehnt.¹⁹⁹ In der Zeit vom 3. bis 9. Dezember 1989 ersetzte der Arbeitsausschuss faktisch das Politbüro und das Zentralkomitee. Die Mitglieder des Arbeitsausschusses konnten sich auf die technische, materielle und logistische Unterstützung des ZK-Apparates stützen: Jedem Mitglied des Arbeitsausschusses stand im Gebäude des Zentralkomitees ein Büro mit mindestens einer Sekretärin sowie die gesamte Logistik des ZK-Apparates zur Verfügung.²⁰⁰ Zur Ausarbeitung der Materialien für den Parteitag wurden Arbeitsgruppen gebildet, die am 5. Dezember 1989 ihre Arbeit aufnahmen. Dabei war Eile geboten, denn seit Ende November 1989 wurden in der Öffentlichkeit, aber auch innerhalb der Partei, die Forderungen nach Auflösung der SED und Abgabe ihres Vermögens immer lauter. Der Arbeitsausschuss be-

¹⁹⁴ Vgl. Booß, Der Sonderparteitag der SED im Dezember 1989, S. 997.

¹⁹⁵ Nach Darstellung Heinrich Bortfeldts handelte es sich um eine Gruppe von Politbüromitgliedern um Siegfried Lorenz, Wolfgang Herger und Wolfgang Rauchfuß: Bortfeldt, Von der SED zur PDS, S. 132.

¹⁹⁶ Vgl. Booß, Der Sonderparteitag der SED im Dezember 1989, S. 996.

¹⁹⁷ Vgl. Bernd Florath, Die SED im Untergang, in: ders. (Hrsg.), Das Revolutionsjahr 1989. Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur, Göttingen 2011, S. 63–104 und 101.

¹⁹⁸ Aufruf des Arbeitsausschusses, in: Neues Deutschland vom 4. Dezember 1989.

¹⁹⁹ Vgl. Gysi/Falkner, Sturm aufs Große Haus, S. 70f.

²⁰⁰ Vgl. Booß, Der Sonderparteitag der SED im Dezember 1989, S. 998.

schloss daher am 6. Dezember aufgrund der sich zuspitzenden Situation, den außerordentlichen Parteitag bereits am 8. Dezember beginnen zu lassen. Festgelegt wurde die Tagesordnung, die vorsah, dass nach der Eröffnung durch Kroker Modrow eine Erklärung zur Lage abgeben und die neue Führung gewählt werden sollte. Als Kandidaten für die Funktion des Vorsitzenden und des Stellvertreters sollten Gysi und Berghofer und dem Parteitag als neuer Name „SED – Partei des demokratischen Sozialismus“ vorgeschlagen werden.²⁰¹

Der außerordentliche Parteitag fand in zwei Abschnitten am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in der Dynamo-Sporthalle in Berlin-Hohenschönhausen statt. Er wählte am 9. Dezember 1989 Gregor Gysi zum Parteivorsitzenden sowie Wolfgang Pohl, 1. Sekretär der Bezirksleitung Magdeburg, Wolfgang Berghofer, Oberbürgermeister von Dresden, und Ministerpräsident Hans Modrow zu Stellvertretern des Parteivorsitzenden. Der Vorsitzende und zwei Stellvertreter (Gysi, Pohl, Berghofer) waren zuvor Mitglieder des Arbeitsausschusses gewesen. Mit der Wahl eines Parteivorstandes fand ein radikaler Personalaustausch an der Spitze der SED statt. Im neuen Parteivorstand, der 101 Personen umfasste, waren nur noch vier der zuletzt 213 Mitglieder und Kandidaten des Zentralkomitees vertreten. Mit der Wahl eines neuen Parteivorstandes am 9. Dezember 1989 beendete der Arbeitsausschuss seine Tätigkeit.

Am 6. Dezember erklärte Krenz schließlich auf einer Tagung des Staatsrates seinen Rücktritt als Vorsitzender des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates, der später aufgelöst wurde. Am 21. Januar 1990 wurde er sogar aufgrund einer Entscheidung der neu gebildeten Schiedskommission aus der SED/PDS ausgeschlossen. Diese hatte ihm insbesondere vorgeworfen, die Chance zu einer grundlegenden Erneuerung im Herbst 1989 vertan zu haben.²⁰² Krenz akzeptierte die Ausschlussgründe nicht, die in der Tat wie ein hilfloser Versuch wirken mussten, sich mit Schuld und Verantwortung in der SED nicht ernsthaft auseinanderzusetzen zu wollen. Insofern hatte Krenz wohl nicht ganz Unrecht, als er in seinen Erinnerungen seinen Ausschluss wie folgt kommentierte: „Ich habe nie bestritten, daß meine Mitschuld am Untergang der DDR groß ist. Ich war nicht irgendein Genosse. Ich war Mitglied wichtiger Gremien, die ihre Spielräume hatten. Alternativ griff ich aber erst ein, als die DDR schon in einer tiefen Krise steckte. Wahr ist aber auch: Wir hätten im Herbst 1989 andere, bessere, klügere Genossen in das Politbüro wählen können, vielleicht hätte sich dadurch der Niedergang der DDR verzögert. An der prinzipiellen Situation hätte sich dadurch nichts geändert.“²⁰³

Die Selbstauflösung der zentralen Führungsgremien der Partei – des Politbüros, des Sekretariats des ZK sowie des Zentralkomitees – beschleunigten den Niedergang der SED. Hinzu kam die Entmachtung des zentralen Parteiapparates als Steuerungszentrale von SED und Staat. Damit brachen auch die institutionellen

²⁰¹ Vgl. das Gedächtnisprotokoll über die Sitzung des zeitweiligen Arbeitsausschusses der SED vom 6. Dezember 1989, in: Herbst/Stephan/Winkler, *Die SED*, S. 835.

²⁰² Vgl. *Neues Deutschland* vom 22. Januar 1990.

²⁰³ Zitiert in: Krenz, Herbst '89, S. 358.

Machtstrukturen der DDR zusammen. Das Ende der SED als Staatspartei war nicht mehr aufzuhalten. Mehrere Austrittswellen trugen zum inneren Zerfall der SED bei. Ein regelrechter Massenaustritt hatte seit November 1989 eingesetzt. Einer internen Erhebung zufolge hatte die SED bereits Anfang Dezember mehr als 600 000 Mitglieder verloren.²⁰⁴ Bis Ende Januar 1990 kehrten 907 480 Mitglieder und Kandidaten der Partei den Rücken.²⁰⁵ Zwar gelang es auf dem außerordentlichen Parteitag, die Anträge auf Auflösung und Neugründung der SED zurückzuweisen und den Bestand der Organisation und ihres Vermögens unter dem neuen Namen „SED-PDS“ zu erhalten. Eine Strategie, die aus der System- und Gesellschaftskrise herausführen konnte, war von den alten Machthabern jedoch weder vorbereitet noch überhaupt in Erwägung gezogen worden.

Notwendig waren völlig neue politische Konzepte sowie ein neues demokratisches Statut. Beides konnte unter den Bedingungen eingeschränkter Kommunikation nur in Ansätzen in der Parteibasis diskutiert werden. Erst der außerordentliche Parteitag machte sichtbar, wie unterschiedlich die politisch-programmatischen und organisationspolitischen Vorstellungen innerhalb der SED schon immer gewesen waren. Das von der alten Parteiführung inszenierte Bild einer homogenen Partei überdeckte die Tatsache, dass die SED eine überaus heterogene Basis besaß, in der unterschiedliche Motivationen, Auffassungen und Verhaltensweisen wirkten. Je mehr die Klammer der Parteidisziplin an Wirkungskraft verlor, desto deutlicher traten die vorhandenen Unterschiede hervor.²⁰⁶ Dass die SED eben nicht ausschließlich eine elitäre Kaderpartei, sondern zugleich auch Massenpartei war, wurde besonders deutlich, als sie im November/Dezember 1989 zerfiel.

²⁰⁴ Vgl. Hertle/Stephan, Das Ende der SED, S. 90.

²⁰⁵ Vgl. Klein/Otto/Grieder, Visionen, S. 513.

²⁰⁶ Vgl. Wolfgang Berghofer im Interview mit Manfred Wilke: „Wenn wir die Partei retten wollen, brauchen wir Schuldige“. Der erzwungene Wandel der SED in der Revolution 1989/90, in: JHK 2007, Berlin 2007, S. 414.

Schlussbetrachtung

Nach dem Machtwechsel 1971 bildeten sich in Honeckers Politbüro Konflikte heraus, die aus dem Übergang zu einer ausgedehnten Sozialpolitik resultierten und letztlich zur Erosion der wirtschaftlichen Grundlagen der SED-Herrschaft beitrugen. Diese Konflikte wurden unterhalb der Schwelle offener Machtkämpfe – ganz im Unterschied zur Ulbricht-Ära – ausgetragen. Einwände gegen den Kurs der Stabilisierung politischer Herrschaft durch soziale Leistungen wurden nicht erst Anfang der 1980er Jahre, sondern spätestens seit Mitte der 1970er Jahre mit dem Argument erhoben, dass der dazu erforderliche materielle und finanzielle Aufwand die Wirtschaft überfordere und somit die mittel- und langfristige Stabilität der DDR untergrabe.

Die Kontroversen über die konsumorientierte Wirtschaftspolitik Honeckers machen deutlich, dass die Funktionsmängel des zentralstaatlichen Planungssystems in der SED-Führung bekannt waren und daraus resultierende Wirtschaftsprobleme thematisiert wurden. Völlige Klarheit herrschte in der Führungsspitze darüber, dass die ökonomische Leistungskraft der DDR nicht ausreichte, um das seit 1971 verkündete sozialpolitische Programm umzusetzen. Um sowohl den anvisierten Leistungsanstieg der Wirtschaft mit dem Import von Rohstoffen und technischen Ausrüstungen abzusichern als auch den versprochenen Anstieg des Lebensstandards mit der Einfuhr westlicher Konsumgüter zu realisieren, mussten finanzielle Voraussetzungen geschaffen werden. Damit erhielt die Erwirtschaftung konvertierbarer Devisen innerhalb der gesamten Wirtschaft einen ungegerechtfertigt hohen Stellenwert und die Abhängigkeit von den Schwankungen des Weltmarktes wurde enorm erhöht. Die Honecker-Führung kalkulierte unter diesen Ausgangsbedingungen mit einem Exportüberschuss, der niemals erreicht werden konnte und der von den wirtschaftspolitischen Planungsinstanzen stets als unrealistisch eingeschätzt wurde. Das Politbüro ließ sich von Expertenhinweisen bis zuletzt jedoch nicht von diesem Kurs abbringen.

Die Staatliche Plankommission wies in internen Informationen für den Generalsekretär und die wirtschaftspolitischen Abteilungen des Zentralkomitees regelmäßig zu Beginn der Erarbeitung von Perspektivplänen der Volkswirtschaft auf den Umfang der wirtschaftlichen Probleme hin, die aus der Politik der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, der außenwirtschaftlichen Öffnung der DDR und dem damit verbundenen Devisenbedarf resultierten. Die SED-Führung rutschte also nicht ahnungslos und unversehens in den wirtschaftlichen Abgrund. Insbesondere die Zahlungsbilanz gehörte zu jenen Themen, die seit 1972 regelmäßig auf der Tagesordnung des Politbüros standen und auch im engeren Kreis, dem in der Regel Honecker, Mittag und Schürer angehörten, besprochen wurden. Dabei gab es allerdings deutliche Unterschiede in den Vorschlägen zur Lösung der existenziellen Probleme.

Honecker und die Mehrheit des Politbüros hielten trotz der erkennbaren Leistungsgrenzen der Wirtschaft und der Mängel der Planungsökonomie an der Stra-

tegie fest, durch eine ökonomisch nicht fundierte Sozialpolitik die Herrschaft der SED zu stabilisieren. Die Sozialpolitik und der damit verbundene Lebensstandard konnten nur mit Krediten finanziert werden, für deren Rückzahlung die Wirtschaftskraft der DDR wiederum nicht ausreichte. So mussten immer neue Kredite bei westlichen Gläubigern aufgenommen werden, um allein die Zinsen für die Altschulden zurückzahlen zu können. Für eine gewisse Zeit konnte das Politbüro diesen Verschuldungskurs durchhalten. Da neue Rahmenbedingungen für eine Stärkung der ökonomischen Leistungskraft und der Exportfähigkeit der DDR auch in den 1980er Jahren nicht geschaffen wurden, blieb als einziger Ausweg letztlich nur eine erneute Kreditanfrage an die Bundesrepublik, die führende Wirtschaftsexperten dann im Oktober 1989 vorschlugen.

Jegliche Korrektur oder gar Rücknahme sozialpolitischer Maßnahmen lehnte Honecker ab, weil als Folge davon politische Instabilität, soziale Unruhe und eine Stärkung der innenpolitischen Opposition befürchtet wurden. Hierbei wirkten neben den Erfahrungen des Aufstandes vom Juni 1953, die zu großer Vorsicht bei Einschnitten in die Lebenssituation der Bevölkerung zwangen, in besonderer Weise auch die Ereignisse in Polen als Menetekel, wo es im Dezember 1970 infolge drastischer Preiserhöhungen zu Streiks, Massenkundgebungen und Demonstrationen gekommen war. Nicht zuletzt war es die „polnische Krise“ 1980/81, die Honecker in seinem beharrlichen Festhalten am konsumorientierten Wirtschaftskurs scheinbar Recht gab und die intern immer wieder als Argument angeführt wurde, um Korrekturen an der Wirtschaftspolitik der SED zurückzuweisen.

Nicht zu bestreiten ist, dass die Befürchtung, ein Absenken des Lebensstandards würde die Macht der SED gefährden, einen realen Hintergrund hatte. Tatsächlich konnte mit der verkündeten Aussicht auf Verbesserungen der sozialen Lage der Bevölkerung das Herrschaftssystem zeitweilig stabilisiert werden. Indem aber dieser Ansatz zur zentralen Begründung der Legitimität der SED-Herrschaft erklärt wurde, stand die SED unter Erfolgswang. Die Kopplung von Wohlstandsversprechen und Legitimation der SED-Herrschaft bot zwar die Chance zur zeitweiligen Herrschaftskonsolidierung, vergrößerte aber das Risiko des völligen Scheiterns.

Zwar herrschte im Politbüro Einigkeit darüber, dass im Rahmen der ökonomischen Systemkonkurrenz ein systemgemäßer Ausweg aus der krisenhaften Wirtschaftssituation gefunden werden musste – und dies überwiegend aus eigener Kraft, denn die Sowjetunion hatte aufgrund eigener ökonomischer Schwierigkeiten die wirtschaftlichen Hilfeleistungen an die DDR drastisch reduzieren müssen. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der DDR reichte jedoch nicht aus, um sich dauerhaft als staatlich eigenständiges Gebilde an der Grenze zur Bundesrepublik behaupten zu können. Der von Honecker und Mittag in den 1980er Jahren unternommene Versuch, mit intensivierten deutsch-deutschen Handelsbeziehungen der DDR ein ökonomisches Überleben zu sichern, scheiterte nicht nur am ökonomischen Ungleichgewicht der Handelspartner, sondern insbesondere am völligen Zusammenbruch der politischen Legitimität der SED-Herrschaft.

Das Scheitern des Preisexperiments vom Sommer/Herbst 1979 gibt wichtige Aufschlüsse über die damaligen Handlungsbedingungen und Spielräume der politischen Akteure auf dem Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Im Sommer 1979 wollten Schürer und Mittag die Anhebung der Verbraucherpreise aus ökonomischen Gründen durchsetzen. Das Preisexperiment wurde nicht, wie bislang angenommen, hinter dem Rücken des Generalsekretärs, sondern mit dessen stillschweigender Duldung durchgeführt. Nach beharrlichem Drängen ließ sich Honecker auf ein Preisexperiment ein, das deutliche Steigerungen für Verbraucherpreise, auch für Grundnahrungsmittel, vorsah. Nachdem die ersten Preissteigerungen im September/Okttober 1979 zu flächendeckenden Spekulationen und Hamsterkäufen in der Bevölkerung und zu dramatischen Lageeinschätzungen des MfS geführt hatten, zog Honecker die Notbremse und ließ die begonnene Preiserhöhung rückgängig machen.

Die Botschaft, die Honecker mit dem von ihm persönlich verordneten Abbruch des Experiments an die SED-Wirtschaftsfunktionäre richtete, war unmissverständlich: Wer für die Erhöhung der Verbraucherpreise plädiert, stiftet politische Instabilität und provoziert Unruhe in der Bevölkerung, die womöglich die politische Herrschaft der SED ins Wanken bringen kann. Für Honecker hatte sich erwiesen, dass alle politischen Erschütterungen in Polen, Ungarn und in der ČSSR mit Preiserhöhungen begonnen hatten. Dies sollte in der DDR unter allen Umständen vermieden werden. Mit diesem Grundsatz war der politische und ökonomische Handlungsspielraum im sensiblen Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik definiert, in dem sich die wirtschaftsleitenden Institutionen, aber auch die Mitglieder des Politbüros bewegten. In der Ära Honecker war es vor allem der SED-Chef selbst, der mit seinen sozialen Visionen, wozu auch die Preisstabilität als vermeintlich wichtige soziale Errungenschaft zählte, am Widerspruch zwischen den ökonomischen Möglichkeiten und dem sozialpolitischen Programm scheiterte.

Angesichts des fortschreitenden Niedergangs der DDR-Wirtschaft kann das Beharrungsvermögen des Politbüros nicht nur mit Agonie beschrieben werden. Die Handlungsunfähigkeit der SED-Führung resultierte aus dem Mangel an Alternativen zum bislang eingeschlagenen Wirtschaftskurs. Während der Debatten im Politbüro konnten auch Schürer und seine Wirtschaftsexperten kein praktikables und durchsetzbares Wirtschaftskonzept anbieten. Insofern scheiterten die häufigen Korrekturversuche des Planungschefs eben nicht vordergründig an den erstarrten Führungsstrukturen, sondern an fehlenden wirtschaftspolitischen Alternativen.

Anfang der 1980er Jahre war Honeckers Wirtschafts- und Sozialprogramm praktisch gescheitert. Nicht nur die drohende Zahlungsunfähigkeit der DDR, auch der nicht mehr zu übersehende wirtschaftliche Verfall rückten immer mehr in den Mittelpunkt interner Analysen des MfS. In den internen Berichten und Informationen des MfS wurden die tatsächliche Wirtschaftslage mehr oder weniger deutlich angesprochen und auch einige der Ursachen dafür benannt. Immer öfter war von Skepsis und Fatalismus die Rede, die unter führenden Wirtschafts-

funktionären um sich griffen. Aufgrund dieser alarmierenden Berichte über die wirtschaftliche Krise in der DDR, die auch die politische Stabilität der DDR bedrohte, gab Mielke in den Jahren zwischen 1980 und 1982 der MfS-Hauptabteilung XVIII den Auftrag, mehrere Studien zur realen ökonomischen Lage der DDR anzufertigen und sich daraus ergebende Problemlösungen vorzuschlagen. Die Mielke vorgelegten geheimen Analysen deckten einige Funktionsmängel der Planwirtschaft auf und benannten lösbar und unlösbar Grundprobleme der DDR-Ökonomie. Unklar bleibt, welchen Weg diese Studien nahmen. Den Mitgliedern des Politbüros wurden die Ausarbeitungen nicht zur Kenntnis gegeben. Möglich scheint, dass Mielke den Generalsekretär mündlich und unter vier Augen darüber informierte. Dass Mielke dem Politbüro unangenehme Wahrheiten über die Wirtschaftslage nicht zumuten wollte, belegen die Berichte der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS. Was die ZAIG über ausgewählte Probleme in einzelnen Betrieben und Wirtschaftszweigen an die SED-Führung lieferte, hatte aufgrund der Selbstzensur ihrer Berichte keinen seismografischen Charakter. Eine zusammenfassende Analyse der grundlegenden Ursachen für die auftretenden Missstände, zu der das MfS aufgrund der vielen Detailinformationen aus den Betrieben der DDR in der Lage war, legte es dem Politbüro nicht vor. Für das Verhältnis zwischen SED und MfS in der Honecker-Ära muss konstatiert werden, dass die Rollenverteilung von Befehlsgeber und Befehlsempfänger nicht immer so eindeutig war, wie es die institutionelle Subordination des MfS unter die SED vermuten lässt.

Wie aus den überlieferten Berichten und Analysen des MfS sowie diversen Informationen von Inoffiziellen Mitarbeitern im zentralen Wirtschafts- und Parteiapparat hervorgeht, hatten führende Wirtschaftsfunktionäre in Partei und Staat bereits Ende der 1970er Jahre den Glauben an den Erfolg von Honeckers Konsumsozialismus verloren. Resignation und Ratlosigkeit machten sich breit, da alle Versuche, eine auch nur partielle Kursänderung herbeizuführen, am Beharrungsvermögen des Politbüros gescheitert waren. Insbesondere für führende Funktionäre der wirtschaftspolitischen Abteilungen des Zentralkomitees und der Staatlichen Plankommission schien es unmöglich, trotz schlagkräftiger Argumente eine für absolut notwendig gehaltene Anpassung der Wirtschaftspolitik an die nunmehr veränderten internationalen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen vorzunehmen. Somit wuchsen schon zu diesem relativ frühen Zeitpunkt bei Funktionseleiten der zentralen Ebene massive Zweifel an der Führungskompetenz der politischen Führung, die dann in den 1980er Jahren in generelle Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des herrschenden Gesellschaftsmodells umschlugen. Wirtschaftspolitische Entscheidungen des Politbüros wurden nur noch zähneknirschend und entgegen eigenen Einsichten umgesetzt, weil die eingetübte Parteidisziplin Widerspruch nicht zuließ. Nur in kleinen internen Zirkeln wurde der Unmut über Honeckers Wirtschaftspolitik artikuliert. Aus Gründen des Machterhalts wäre jedoch eine intensive innerparteiliche Diskussion über die Wirtschaftsprobleme und deren Lösung – zumindest im zentralen SED-Apparat – notwendig gewesen. So glich am Ende der 1970er Jahre die gesamte Wirtschaftspolitik, also

ein Kernbereich der Gesellschaftspolitik der SED und eine tragende Säule der Parteiherrschaft, einer politischen Inszenierung, an der führende Wirtschaftsfunktionäre in Partei und Staat mitwirkten, obgleich sie den Glauben an den Erfolg dieser Politik längst verloren hatten. Das musste unweigerlich die innere Stabilität der SED-Herrschaft untergraben. Seit Mitte der 1980er Jahre beschleunigte sich dann der innere Erosionsprozess weiter, so dass damit eine der entscheidenden Bedingungen für den rasanten Zusammenbruch der Parteiherrschaft im Herbst 1989 gegeben war. Dieser Faktor dürfte weitaus größer ins Gewicht fallen als der 1989 aufbrechende Missmut über fehlende Demokratie, unzureichende materielle Lebensbedingungen sowie die anhaltende Reformverweigerung der politischen Führung.

In wirtschaftspolitischen Fragen zeichnete sich bereits seit dem Machtantritt Honeckers ein deutliches Zerwürfnis zwischen einer Minderheit und einer Mehrheit im Politbüro ab. Eine Mehrheit um Honecker, Hager, Verner, Axen, Tisch, Lamberz und Grüneberg plädierte für relativ hohe sozialpolitische Leistungen und eine deutliche Anhebung des Lebensstandards, unabhängig davon, ob die ökonomischen Voraussetzungen hierfür gegeben waren. Die auch für sie sichtbaren Grenzen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sollten mit Importen aus dem westlichen Ausland ausgeglichen werden. Dies wiederum belastete die Zahlungsbilanz im Handel mit den westlichen Industriestaaten in einem Ausmaß, das Anfang der 1980er Jahre aus eigener Kraft nicht mehr beherrscht werden konnte. Die Devisenbilanz gehörte von Anfang an zu einem zentralen Konfliktstoff in den wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen im Politbüro.

Mittag, der im Zuge der Ablösung Ulbrichts seine uneingeschränkte Loyalität zu Honecker demonstriert hatte, unternahm gemeinsam mit Schürer im Verlauf der 1970er Jahre einzelne Vorstöße, um den Wirtschaftskurs zu korrigieren und den Druck auf die Zahlungsbilanz zu reduzieren. Insofern gehörte der Wirtschaftssekretär bis zu einem gewissen Grade zu den systemimmanenten Modernisierern, der seine nahezu grenzenlosen Zuständigkeiten in der Wirtschaftspolitik für mitunter eigenwillige Entscheidungen auszunutzen vermochte und der sich damit zumindest partiell im Widerspruch zur erklärten Politik des Generalsekretärs setzte. Mittag zählte auch zum Kreis jener Wirtschaftsfunktionäre, die die Finanzierbarkeit des Sozialprogramms von Anfang an in Zweifel zogen, aber keinen offenen Einspruch gegen die hochtrabenden Plänen des Parteichefs riskierten. Das traf in besonderer Weise auf das großspurige Wohnungsbauprogramm zu, über das sich Mittag jedoch erst im Zuge der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegen ihn kritisch äußerte. Die Einsicht, dass die Dimension des Wohnungsbauprogramms in keiner Weise den ökonomischen Realitäten entsprach, bekundete Mittag erst nach dem Scheitern des planwirtschaftlichen Experiments.

Seit Ende der 1970er Jahre gehörte der Wirtschaftssekretär des ZK zu den treuen Gefolgsleuten Honeckers, die ihn bei dessen maßloser Überbewertung der Leistungskraft der DDR-Wirtschaft unterstützten und die beschlossenen Wirtschaftspläne wider besseres Wissen für realistisch und umsetzbar hielten. Mittag beförderte bei Honecker den Glauben, es komme nur auf Härte und Unduldsam-

keit an, um die ökonomischen Leistungskennziffern der Jahrespläne in den Betrieben durchzusetzen. In der Vorstellungswelt Mittags war es lediglich eine Frage der politischen Einstellung, um die von den Wirtschaftsabteilungen des Zentralkomitees vorgegebenen Daten mit Hilfe von Direktiven und Anordnungen durchzusetzen. Im Zweifelsfalle könne, so glaubte Mittag, auch ein säumiger Minister mit der Ausübung von administrativem Druck zum Aufholen der Planrückstände gezwungen werden. In sämtlichen Beratungen der Führungsspitze hielten daher Mittag und Honecker permanente Leistungssteigerungen sowohl im Export als auch in der Binnenversorgung für möglich, um die auch von ihnen mit Sorge gesehenen Wirtschaftsprobleme zu lösen. Beiden war jedoch andererseits klar, dass die Wirtschaftskraft der DDR nicht ausreichte, um die Konsumbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Insbesondere Honecker wollte sich nicht davon abbringen lassen, den wachsenden Bedarf im Inland mit dem Import von Konsumgütern westlicher Herkunft bis zu einem gewissen Grade zu decken, die wiederum mit kostbaren Devisen bezahlt werden mussten. Insofern bewegten sich Honecker und Mittag in einem wirtschaftspolitischen Teufelskreis, der aus eigener Kraft nur schwerlich durchbrochen werden konnte.

Die Mehrheit des Politbüros teilte die Ansicht Honeckers und Mittags, die ständig wachsende Verschuldung durch einen rasant wachsenden Export in das westliche Ausland stoppen zu können. Dafür fehlten allerdings aufgrund des technologischen Rückstands der DDR-Wirtschaft sowie der Struktur des Exports die notwendigen ökonomischen Voraussetzungen. Forderungen und Vorschläge, die Exportstruktur grundlegend zu ändern, mündeten lediglich in vagen Konzepten, die über Jahre hinaus im Planungsstadium verharren. Generell erwiesen sich die anvisierten Steigerungsraten der Westexporte als völlig unrealistisch, was auch Schürer in internen Beratungen bei Honecker seit 1972 deutlich zum Ausdruck brachte. Bis zuletzt hielt der SPK-Chef an der Illusion fest, die Industriestruktur zugunsten exportentscheidender Zweige umstellen zu können, um so die Exportpläne doch noch zu erfüllen.

Seit Anfang der 1980er Jahre war in der engeren SED-Führung der Unmut über die offensichtliche Hilflosigkeit, grundlegende wirtschaftliche Strukturprobleme zu lösen, mehr und mehr gewachsen. Zum heimlichen Sprecher dieses Unmuts avancierte Werner Krolkowski. Er gehörte gemeinsam mit Willi Stoph zu den Informanten der Moskauer Führung. Die Aufzeichnungen Heinz Klopfers über die Sitzungen des Politbüros belegen allerdings, dass Krolkowski während den Beratungen bei Honecker über den Wirtschaftskurs der Partei mit keinerlei kritischen Bemerkungen auffiel. Im Gegenteil, die geradezu peinlichen Lobpreisungen Honeckers durch Krolkowski in den Politbürositzungen nahmen von Jahr zu Jahr immer groteskere Züge an. Statt offenen Widerspruch zu riskieren, diffamierte er Honecker und Mittag seit Sommer/Herbst 1980 heimlich bei KPdSU-Chef Breschnew, später bei seinen Nachfolgern Andropow, Tschernenko und Gorbatschow. Über geheime Kanäle nach Moskau beschwerte er sich bei der sowjetischen Führung über Honeckers Sozialpolitik und die daraus resultierende Verschuldung gegenüber dem Westen. Insgeheim erwartete er eine Initiative des

Ministerratsvorsitzenden Stoph, um den von Honecker verfolgten Wirtschaftskurs zu korrigieren. Stoph und Krolkowski pflegten ein enges persönliches Verhältnis, das sich auf völlig übereinstimmende wirtschaftspolitische Ansichten stützte. Beide hofften vergeblich darauf, ihre denunziatorischen Berichte an die Moskauer Führung würden zur Ablösung Honeckers beitragen.

Vieles spricht dafür, dass Stoph nicht erst seit 1980 ein heimlicher Kritiker von Honeckers „Konsumsozialismus“ war. Stoph beanspruchte bereits an der Wende zu den 1970er Jahren die Nachfolge Ulbrichts an der Spitze der Partei für sich selbst und wurde offenbar auch von Breschnew als aussichtsreicher Kandidat gehandelt. Aufgrund seines labilen Gesundheitszustandes war Stoph allerdings bereits in den 1960er Jahren in der Ausübung hoher politischer Funktionen eingeschränkt, was sich später umso deutlicher bemerkbar machte. Da Stoph zeitweise von Breschnew als Nachfolger Ulbrichts ins Gespräch gebracht worden war, bestand wohl seit dem Machtwechsel im Mai 1971 eine latente Aversion zwischen Stoph und Honecker. Mit der Rivalität und dem machtpolitischen Konkurrenzverhältnis zwischen beiden könnte auch erklärt werden, dass Stoph im Oktober 1973 als Vorsitzender des Ministerrates abgelöst, durch den Honecker-Vertrauten Sindermann ersetzt und als Vorsitzender des Staatsrates eingesetzt wurde. Stoph gab dann im Oktober 1976 den Vorsitz im Staatsrat ab und übernahm wieder den Vorsitz im Ministerrat. Es ist kaum vorstellbar, dass diese Personalrochade ohne Einwilligung der Moskauer Führung von Honecker eigenmächtig vollzogen wurde.

Es war dem SED-Chef auch nicht verborgen geblieben, dass Stoph in Moskau hohes Ansehen genoss und von dort gestützt wurde. Insofern war es von Anfang an schwierig, den Vorsitzenden des Ministerrates als Mitglied des Politbüros abzulösen. Honecker war grundsätzlich nicht daran gelegen, durch spektakuläre Personalentscheidungen Unruhe ins Politbüro hineinzubringen. Dies gehörte zu Honeckers Verständnis von der „Einheit und Geschlossenheit“. Solange sich Stoph loyal verhielt und nicht als politischer Quertreiber hervortat, unternahm Honecker nichts gegen den Regierungschef. Von den Bemühungen Stophs und Krolkowskis, ihn hinter seinem Rücken bei der Moskauer Führung wegen des ruinösen Wirtschaftskurses zu denunzieren, ahnte Honecker offenbar nichts.

Sowohl in den Gesprächen im „kleinen Kreis“ mit Honecker, Mittag und Schürer als auch in den Sitzungen des Politbüros beurteilte Stoph die Durchführbarkeit von Planvorgaben weitaus kritischer als alle anderen Politbüromitglieder und forderte „bilanzierte“ Wirtschaftspläne, was darauf hinauslief, sich von unrealistischen Planzielen zu verabschieden. Wie die Aufzeichnungen Klopfers, Wenzels und Schürers zeigen, fiel Stoph während der Beratungen im Politbüro in den 1970er Jahren mehrfach mit kritischen Kommentaren zur Wirtschaftspolitik Honeckers auf. Nicht zu übersehen ist allerdings, dass sich Stoph im Politbüro gegenüber den ständigen Klagen Schürers über die wachsende Auslandsverschuldung und die immer prekärer werdende Situation in der Zahlungsbilanz im Politbüro äußerst reserviert zeigte. Stoph und Schürer verband keine innige Freundschaft. Der Vorsitzende des Ministerrates zog sich dann nach seiner ständigen Abkanzelung – insbesondere nach der deutlichen Zurückweisung im Oktober 1980 – wäh-

rend der Debatten über den Wirtschaftskurs im Politbüro durch Honecker kleinlaut in sein Refugium als Regierungschef zurück. Er verfügte im Politbüro nicht über die Autorität, dem Wirtschaftskurs Honeckers offen zu widersprechen.

Es ist auch schwer erkennbar, ob sich Stoph tatsächlich an machtpolitischen Intrigen beteiligte, um den Parteichef zu stürzen. Der damalige Leiter der Informationsabteilung der KGB-Vertretung in Ost-Berlin, Iwan Kusmin, nennt insbesondere Stoph als wichtigen Akteur, der die sowjetische Führung für eine Ablösung Honeckers gewinnen wollte. Nach dem Machtantritt Gorbatschows im März 1985 unternahm Stoph offenbar einen ernsthaften Versuch, die Moskauer Führung von der Notwendigkeit zu überzeugen, Honecker als Generalsekretär abzulösen, da Honecker nach seiner Einschätzung die Fähigkeit verloren habe, die wirtschaftliche Situation real einzuschätzen. Ende Mai 1986 übergab Stoph dem sowjetischen Geheimdienst schließlich eine umfangreiche Ausarbeitung über den wirtschaftlichen Niedergang der DDR zur Weiterleitung an Gorbatschow, in dem die unverzügliche Absetzung Honeckers gefordert wurde. Die Denunziationen der „Moskau-Gruppe“ führten letztlich nicht zu den gewünschten Resultaten. Die sowjetische Führung registrierte diese Mitteilungen zwar aufmerksam, unternahm jedoch nichts, um die heimlichen Kritiker der Politik Honeckers im Politbüro zu unterstützen. Weder Breschnew, der möglicherweise nach einem Nachfolger Honeckers gesucht hatte, noch Gorbatschow wirkten an einer politischen Schwächung und gar am Sturz des SED-Generalsekretärs mit.

Schürer gehörte gemeinsam mit Stoph und Krolikowski zu jenen Mitgliedern bzw. Kandidaten im Politbüro, die die Beachtung ökonomischer Grundregeln einforderten, wozu es erforderlich gewesen wäre, realistische Wirtschaftspläne auszuarbeiten, eine wirtschaftlich effektive Rechnungsführung der Kombinate einzuführen und sowohl den gesellschaftlichen wie auch den privaten Konsum zu drosseln. Dazu gehörten der Abbau der Subventionen, eine deutliche Reduzierung des Wohnungsbauprogramms, ein grundlegendes Umschwenken in der Investitionspolitik und Preiserhöhungen in allen Bereichen, auch in der Preisgestaltung von Grundnahrungsmitteln. Ebenso wäre dazu der Verzicht auf weitere sozialpolitische Wohltaten notwendig gewesen. In der Folge wäre es höchstwahrscheinlich gelungen, die Wirtschaft zeitweilig zu stabilisieren. Doch im Hinblick auf den Wunsch nach sozialem Wohlstand hätte die Bevölkerung der DDR dann erneut auf die Zukunft vertröstet werden müssen. Eine Umsteuerung durch drastische Einschränkung der kostspieligen Sozialpolitik zugunsten einer industriellen Modernisierungs- und Wachstumspolitik konnte sich die SED-Führung nicht leisten, wenn sie die passive Loyalität der Bevölkerungsmehrheit nicht aufs Spiel setzen wollte. Insofern stellten auch der mehrfach – zuletzt im Oktober 1989 – eingebrachte Vorschlag Schürers, den Lebensstandard deutlich abzusenken, die Leistungsanforderungen drastisch zurückzuschrauben und die Investitionen auf den Ausbau der Industriestandorte umzulenken, keine wirtschaftspolitische Alternative dar, die ohne gravierende innenpolitische Auswirkungen durchzusetzen gewesen wäre.

In bestimmten Fragen zählte Mielke zu den internen Kritikern der Wirtschaftspolitik des SED-Chefs. Dies betraf insbesondere die von Honecker betriebene

Abkehr von der außenwirtschaftlichen Fixierung auf die Sowjetunion und die Orientierung auf die westlichen Industrieländer. Mielke befürchtete wie Krolikowski und Stoph eine zunehmende ökonomische und damit auch eine politische Abhängigkeit von den westeuropäischen Industriestaaten und insbesondere von der Bundesrepublik, die die DDR auch politisch erpressbar machen könnte. Der MfS-Chef wahrte zu Stoph und Krolikowski jedoch eine misstrauische Distanz und trat im Politbüro zu keinem Zeitpunkt gegen die Wirtschaftspolitik Honeckers auf. Auch Verteidigungsminister Hoffmann hegte ähnliche Befürchtungen. Die Honecker-Kritiker waren allerdings weit davon entfernt, ein gemeinsames Vorgehen gegen den Generalsekretär zu bewerkstelligen. Krolikowski und Schürer pflegten eine beiderseitige persönliche Abneigung. Das Verhältnis zwischen Schürer und Stoph war mit ähnlichen Spannungen behaftet. Schürer betrachtete Stoph keineswegs als fähigen Staatslenker, für den sich Stoph zu halten schien.

Durch die wöchentlichen Vier-Augen-Gespräche unterhielt Mielke einen engeren Kontakt zum Parteichef als die meisten anderen Politbüromitglieder. Zu Honeckers Freundeskreis gehörte Mielke zwar nicht, doch gab es, wie es scheint, keine machtpolitischen Rivalitäten zwischen den beiden. Der Geheimdienstchef bewahrte brisantes Material über das fragwürdige Verhalten Honeckers in der Gestapo-Haft in den Jahren von 1935 bis 1937 im sogenannten roten Koffer auf. Darüber, mit welcher Absicht der Stasi-Chef diese Unterlagen im Panzerschrank seines Büros aufbewahrte, wird jedoch noch immer spekuliert. In dem ominösen Koffer befanden sich auch Dokumente, die nachweisen, wie Honecker seinen Lebenslauf geschönt hatte. Vieles spricht dafür, dass Mielke den „roten Koffer“, den der damalige Staatsanwalt Peter Przybylski im Zuge staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen gegen Honecker wegen Korruption und Amtsmissbrauch sicherstellte, vorrangig zum Selbstschutz einsetzte. Denn der Stasi-Chef hatte seine Vita – so beispielsweise sein Agieren im spanischen Bürgerkrieg – in ähnlicher Weise geschönt. Honecker wusste davon. Der Verdacht, Mielke wollte Honecker mit den brisanten Aussagen Honeckers während der Gestapo-Verhöre erpressen, hat viel zum Mythos des „roten Koffers“ beigetragen.

Mielke ließ sich bis zum Sommer 1989 für keine Intrige zur Absetzung Honeckers einspannen. Zwar verfügte der MfS-Chef über innenpolitisch bedeutsames Herrschaftswissen, was auch für den SED-Chef hätte gefährlich werden können, doch nutzte er in den Jahren des Niedergangs der SED-Herrschaft seinen Informationsvorsprung machtpolitisch nicht aus. Erst als Honecker auf der denkwürdigen Politbürositzung am 17. Oktober 1989 zögerte, der Aufforderung zum Rücktritt nachzukommen, soll Mielke nach Aussagen von Sitzungsteilnehmern gedroht haben, brisante Details aus Honeckers Leben zu enthüllen. Der Verdacht, dass Mielke mit seiner Drohung auf den Inhalt des ominösen „roten Koffers“ anspielte, hat sich bislang nicht erhärtet. Die Zurückhaltung Mielkes im Fall Honecker bedeutet jedoch nicht, dass der Geheimdienstchef auf Intrigen gegen Personen aus dem obersten Partei- und Staatsapparat verzichtet hätte. Das belegen die Bestrebungen Mielkes in den Jahren 1963/64, die Ablösung des Verteidigungsministers Hoffmann zu bewirken.

Als ein Gegenspieler Honeckers wird mitunter Alfred Neumann genannt. Neumann gehörte zu den wenigen Mitgliedern des Politbüros, die Honecker beim Sturz Ulbrichts im Mai 1971 nicht aktiv unterstützt und auch den Brief an Breschnew im Januar 1971 nicht unterzeichnet hatten. Er stand in Honeckers Politbüro weitgehend isoliert zwischen den Fronten. Neumann konnte sich aber bis 1989 im obersten Führungsgremium halten und fiel lediglich durch ein stilles Grummeln während der Politbürositzungen auf, wenn wieder einmal die ökonomischen Planziele verfehlt wurden. In der historischen Rückschau bezeichnete er sich selbst als Poltergeist im Politbüro. Dort wurde er allerdings nicht allzu ernst genommen. Er beargwöhnte ebenso wie Mielke, Krolkowski und Stoph sowohl die deutschlandpolitischen Alleingänge Honeckers als auch dessen Verschuldungspolitik, hielt sich jedoch aus allen internen Auseinandersetzungen heraus und kann keinem Lager eindeutig zugeordnet werden. Es war allerdings ein offenes Geheimnis, dass sich seit dem Beginn der Wirtschaftsreform 1963 eine latente Aversion zwischen Mittag und Neumann entwickelt hatte. Neumann provozierte im November 1988 eine Kontroverse mit dem Wirtschaftssekretär, so über den beklagenswerten technischen Zustand der „Deutschen Reichsbahn“. Als ein politischer Querdenker oder gar Widersacher Honeckers trat er zu keinem Zeitpunkt in Erscheinung.

Die Mehrheit der Politbüromitglieder gab sich in den Beratungen über die Wirtschaftspläne mit den einführenden Erklärungen Stophs, Schürers oder Mittags zufrieden, weil es ihnen an wirtschaftspolitischem Sachverstand fehlte. Kurt Hager, der hin und wieder die Etatkürzungen in seinem Zuständigkeitsbereich Wissenschaft monierte, traf deshalb durchaus den Kern des Problems, als er während seiner Zeugenvernehmung am 26. Juli 1990 auf die Frage, inwieweit die Mehrheit der Mitglieder des Politbüros die Brisanz der Zahlungsbilanzsituation erkannt hätten, antwortete: „Bei der Beantwortung dieser Frage muss man zum einen berücksichtigen, dass es im Politbüro nur wenig Ökonomen gab. Deshalb glaube ich, dass nicht alle die damit zusammenhängenden Probleme in ihrer ganzen Tragweite erkannt haben. Zum anderen möchte ich aber nochmals feststellen, dass das Ausmaß der Verschuldung allen bekannt war und auch die negativen Veränderungen erkennbar waren. Auch wusste jeder im Politbüro um die notwendigen Eingriffe zur Sicherung der Zahlungsbilanz in den Bevölkerungsbedarf oder bei anderen Importen.“¹ Auf die sich daran anschließende Frage, inwieweit auch andere Konzeptionen und Lösungsvorschläge zur Veränderung der Wirtschaftspolitik Gegenstand von Beratungen im Politbüro waren, antwortete Hager wahrheitsgemäß: „Es gab in der Vergangenheit Diskussionen zu verschiedenen Konzeptionen, beispielsweise zum Abbau der Subventionen. Jedoch setzten sich die Gegenkonzeptionen zur bestehenden Wirtschaftspolitik nicht durch. Eine Ursache dafür sehe ich darin, dass solche Konzeptionen nicht in aller Schärfe und

¹ Protokoll der Vernehmung von Kurt Hager am 26. Juli 1990, in: Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin, Aktenzeichen 2 Js 245/90, Bd. VII (82), Bl. 14.

mit Nachdruck vertreten wurden. Ich glaube generell, dass die Ökonomen ihren Standpunkt entschiedener hätten vertreten müssen.“²

Durchsetzbare Handlungsalternativen zu einer kreditfinanzierten Wirtschaftspolitik standen dem Politbüro im Rahmen des herrschenden Wirtschaftssystems nicht zur Verfügung. So bleibt für die Wirkungen der Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Ära Honecker folgendes festzuhalten: Honeckers Politik der strikten Reformverweigerung kann durchaus als ein Faktor interpretiert werden, der der DDR über einen gewissen Zeitraum im Gegensatz zu anderen Ländern Osteuropas relative politische Stabilität sicherte. Honeckers Auffassung von Sozialpolitik, die von einer Politbüromehrheit bis zuletzt gestützt wurde, gehörte zweifellos zu einer der tragenden Säulen der SED-Herrschaft. Jedoch trug die rigorose Reformverweigerung nicht dazu bei, die Dauer der SED-Herrschaft zu verlängern. Da Honecker und das Politbüro versuchten, die durch die ruinöse Sozialpolitik entstandenen wirtschaftlichen Probleme normativ und durch Ignorieren ökonomischer Rationalität zu regeln, verhinderte die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ letztlich nicht nur wirtschaftliche Dynamik, sondern destabilisierte auch das gesamte Herrschaftssystem. Sozialpolitik als Mittel der Stabilisierung der SED-Herrschaft war zwar kurzfristig erfolgreich, führte langfristig jedoch zu Problemen, die innerhalb des herrschenden Gesellschaftssystems nicht mehr gelöst werden konnten.

In der vorliegenden Untersuchung standen Handlungsspielräume, Arbeitsstil und Entscheidungsprozesse in der SED-Machtzentrale sowie konträre Auffassungen über den wirtschaftspolitischen Kurs der Partei innerhalb des Politbüros im Mittelpunkt. Während dabei die Stimmung an der Parteibasis und die innere Erosion der zentralen Machtsäulen miteinbezogen wurden, bleibt die Stellung der regionalen Mittelinstanzen im Herrschaftssystem nach wie vor ein Forschungsdesiderat. Um ein aussagefähiges Bild über die SED in der Honecker-Ära gewinnen zu können, sind in erster Linie weitere Untersuchungen über das Verhältnis von zentralen Entscheidungen der SED-Führung, ihrer Umsetzung auf Bezirks- und Kreisebene und den sich möglicherweise aus diesem Spannungsverhältnis ergebenden Spielräumen für regional interessengeleitetes Handeln notwendig. Insofern sollten künftige Einzelstudien nach Handlungsmöglichkeiten, Gestaltungsfähigkeit, Eigeninteressen, Karrieremustern und Netzwerken bezirklicher Regionaleliten fragen. Die Frage, auf welchen Wegen der umfassende Gestaltungsanspruch der SED-Führung kommuniziert und durchgesetzt werden konnte, lässt sich hinreichend nur beantworten, wenn die Bezirke und Kreise in die SED-Geschichte einbezogen werden. Im Rahmen künftiger Forschungen sollten deshalb Möglichkeiten und Grenzen bezirklicher Regionalpolitik und deren Einfluss auf zentrale Entscheidungsfindungen besondere Aufmerksamkeit finden. Denn nicht zuletzt geht es darum, aus dem analytischen Blick auf das Innenleben der SED wichtige Erkenntnisse über die scheinbare Stabilität der Parteiherrschaft in den 1970er Jahren und deren Erosion und rasanten Zusammenbruch in den 1980er Jahren zu gewinnen.

² Ebenda, Bl. 15.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Archivquellen

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde (SAPMO BArch)

Politbüro des Zentralkomitees

Reinschriftprotokolle, DY 30/J IV 2/2/
Arbeitsprotokolle, DY 30/J IV 2/2A/
Beschlussauszüge, Rundschreiben, Informationen, DY 30/

Sekretariat des Zentralkomitees

Reinschriftprotokolle, DY 30/J IV 2/3/
Arbeitsprotokolle, DY 30/J IV 2/3A/
Beschlussauszüge, Rundschreiben, Informationen, DY 30/

Tagungen des Zentralkomitees

Stenographische Protokolle, Beschlüsse, Beschlussvorlagen, DY 30/IV 2/1/

Büros und Sekretariate

Erich Honecker, DY 30/2047 bis 2620
Günter Mittag, DY 3023/
Egon Krenz, DY 30/IV 2/2.039/
Kurt Hager, DY 30/IV B 2/2.024/; DY 30/26279 bis 26317
Horst Dohls, DY 30/IV 25770 bis 25775; DY 30/IV 2/2.041/1 bis 54
Werner Lamberz, DY 30/IV 2/2.033/92 bis 127
Werner Krolkowski, DY 30/25756 bis 25769

Abteilungen des ZK der SED und Kommissionen beim Politbüro:

Abteilung Planung und Finanzen, DY 30/6374 bis 7312
Abteilung Handel, Versorgung und Außenhandel, DY 30/17594 bis 17633
Abteilung Parteiorgane, DY 30/IV B 2/5/
Abteilung Kultur, DY 30/IV B 2/9.06/
Büro des Politbüros, DY 30/9159 bis 9174
Wirtschaftskommission, DY 30/IV 2/2.101/

Personalunterlagen

Willi Stoph, Konrad Naumann, Kurt Hager, Werner Krolkowski, Gerhard Schürer, Günter Mittag, Werner Lamberz, Herbert Häber, Walter Halbritter, Hans-Joachim Hoffmann, Werner Jarowinsky

Bundesarchiv, Abteilung DDR in Berlin-Lichterfelde

Staatliche Plankommission, DE 1/

Sekretariat des Ministerrates, DC 20/12234 bis 12632

Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)

Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, BStU, MfS ZAIG

Sekretariat des Ministers, BStU, MfS SdM

Sekretariat Mittag, BStU, MfS Sekr. Mittag

Sekretariat Neiber, BStU, MfS Sekr. Neiber
 SED-Kreisleitung des MfS, BStU, MfS SED-KL
 Hauptabteilung II, BStU, MfS HA II
 Hauptabteilung VII, BStU, MfS HA VII
 Hauptabteilung IX, BStU, MfS HA IX
 Hauptabteilung XVIII, BStU, MfS HA XVIII
 Hauptabteilung XX, BStU, MfS HA XX
 Geheime Ablage, BStU, MfS GH
 IM-Vorgang „Renn“, BStU, MfS AIM 15396/89
 IM-Vorgang „Fritz Schuchardt“, BStU, MfS AIM 1825/89
 Bezirksverwaltung Berlin, Allgemeine Kontrollgruppe, BStU, MfS BV Berlin, AKG
 Bezirksverwaltung Frankfurt (Oder), BStU, MfS BV Frankfurt (Oder)
 Bezirksverwaltung Cottbus, Allgemeine Kontrollgruppe, BStU, MfS BV Cottbus, AKG

Archiv der Staatsanwaltschaft Berlin bei dem Kammergericht (Landgericht) Berlin

Strafsache gegen Erich Mielke, Erich Honecker und Günter Mittag wegen Untreue, Rechtsbeugung und Amtsmaßnung
 Aktenzeichen der Strafverfolgungsbehörden: 2 Js 245/90, 2 Js 97/91, 2 Js 6/90, 24/2 Js 6/90, 21/2 Js 417/91

Landesarchiv Berlin

Unterlagen der SED-Bezirksleitung Berlin, Landesarchiv, C Rep. 902

Memoiren und Selbstzeugnisse

Ackermann, Anton, Der deutsch Weg zum Sozialismus. Selbstzeugnisse und Dokumente eines Patrioten, hrsg. v. Frank Schumann, Berlin 2005.
 Axen, Hermann, Ich war ein Diener der Partei. Autobiographische Gespräche mit Harald Neubert, Berlin 1996.
 Bahl, Holger, Als Banker zwischen Ost und West. Zürich als Drehscheibe für deutsch-deutsche Geschäfte, Zürich 2002.
 Bassistow, Juri W., Die DDR – ein Blick aus Wünsdorf, in: JHK 1994, Berlin 1994, S. 214–224.
 Beil, Gerhard, Außenhandel und Politik. Ein Minister erinnert sich, Berlin 2010.
 Bräutigam, Hans Otto, Ständige Vertretung. Meine Jahre in Ost-Berlin, Hamburg 2009.
 Eberlein, Werner, Geboren am 9. November. Erinnerungen, Berlin 2009.
 Falin, Valentin, Politische Erinnerungen, München 1993.
 Gysi, Gregor/Falkner, Thomas, Sturm aufs Große Haus. Der Untergang der SED, Berlin 1990.
 Hager, Kurt, Erinnerungen, Leipzig 1996.
 Herrmann, Frank-Joachim, Der Sekretär des Generalsekretärs. Honeckers persönlicher Mitarbeiter über seinen Chef. Ein Gespräch mit Brigitte Zimmermann und Reiner Oschmann, Berlin 1996.
 Herzog, Lothar, Honecker privat. Ein Personenschützer berichtet, Berlin 2012.
 Honecker, Erich, Aus meinem Leben, Berlin 1980.
 Honecker, Erich, Moabiter Notizen. Letztes schriftliches Zeugnis und Gesprächsprotokolle vom BRD-Besuch aus dem persönlichen Besitz Erich Honeckers. Mit einem Geleitwort zur Neuauflage von Margot Honecker, Berlin 2010.
 Honecker, Erich, Letzte Aufzeichnungen, hrsg. v. Frank Schumann, Berlin 2012.
 Janson, Carl-Heinz, Totengräber der DDR: wie Günter Mittag den SED-Staat ruinierte, Düsseldorf 1991.

- Keßler, Heinz, Zur Sache und zur Person. Erinnerungen, Berlin 1997.
- König, Gerd, Fiasko eines Bruderbundes. Erinnerungen des letzten DDR-Botschafters in Moskau, Berlin 2011.
- Kotschemassow, Wjatscheslaw, Meine letzte Mission, Berlin 1994.
- Krenz, Egon, Wenn Mauern fallen. Die Friedliche Revolution: Vorgeschichte, Ablauf, Auswirkungen, Wien/Berlin/Stuttgart 1990.
- Krenz, Egon, Herbst '89, Berlin 1999.
- Kwizinski, Julij A., Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin, 1993.
- Lemke, Dietrich, Handel & Wandel. Lebenserinnerungen eines DDR-Außenhändlers, Bd. II, 1969–1995, Zeuthen 2004.
- Mittag, Günter, Um jeden Preis. Im Spannungsfeld zweier Systeme, Berlin 1991.
- Modrow, Hans (Hrsg.), Das Große Haus. Insider berichten aus dem ZK der SED, Berlin 1994.
- Modrow, Hans (Hrsg.), Das Große Haus von außen. Erfahrungen im Umgang mit der Machtzentrale in der DDR, Berlin 1996.
- Modrow, Hans, Ich wollte ein neues Deutschland, Berlin 1998.
- Möbis, Harry, Von der Hoffnung gefesselt. Zwischen Stoph und Mittag – unter Modrow, München/Mark 1999.
- Most, Edgar, Fünfzig Jahre im Auftrag des Kapitals. Gibt es einen dritten Weg?, Berlin 2011.
- Müller, Helmut, Wendejahre 1949–1989, Berlin 1999.
- Nitz, Jürgen, Länderspiel. Ein Insider-Report, Berlin 1995.
- Nitz, Jürgen, Unterhändler zwischen Berlin und Bonn. Zur Geschichte der deutsch-deutschen Geheimdiplomatie in den achtziger Jahren, Berlin 2001.
- Oelschlegel, Vera, „Wenn das meine Mutter wüsst“. Selbstporträt, Frankfurt (M.) 1991.
- Schabowski, Günter, Der Absturz, Berlin 1991.
- Schabowski, Günter, Das Politbüro. Ende eines Mythos. Eine Befragung, hrsg. v. Frank Sieren und Ludwig Koehne, Reinbek bei Hamburg 1991.
- Schabowski, Günter, Wir haben fast alles falsch gemacht. Die letzten Tage der DDR, Berlin 2009.
- Schalck-Golodkowski, Alexander, Deutsch-deutsche Erinnerungen, Reinbek bei Hamburg 2000.
- Schmidt, Gerd, Ich war Butler beim Politbüro. Protokoll der Wahrheit über die Waldsiedlung Wandlitz, Schkeuditz 1999.
- Schürer, Gerhard, Gewagt und verloren. Eine deutsche Biographie, Frankfurt (Oder) 1998.
- Schürer, Gerhard, Planung und Lenkung der Volkswirtschaft in der DDR – Ein Zeitzeugenbericht aus dem Zentrum der DDR-Wirtschaftslenkung, in: Kuhrt/Buck/Holzweißig (Hrsg.), Die Endzeit der DDR-Wirtschaft, S. 61–98.
- Seidel, Karl, Berlin-Bonner Balance. 20 Jahre deutsch-deutsche Beziehungen. Erinnerungen und Erkenntnisse eines Beteiligten, Berlin 2002.
- Tschernjajew, Anatolij S., Mein deutsches Tagebuch. Die deutsche Frage im ZK der KPdSU (1972–1991), Klitzschen 2005.
- Uschner, Manfred, Die zweite Etage. Funktionsweise eines Machtapparates, Berlin 1993.
- Vogler, Günter, Erinnerungen eines Personenschützers. Vom Döllnsee nach Schlufft!, Schlufft (Gemeinde Schorfheide) 2010.
- Wenzel, Siegfried, Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie. Dokumentation und Erinnerungen, St. Katharinen 1998.
- Winkelmann, Egon, Moskau, das war's. Erinnerungen des DDR-Botschafters in der Sowjetunion 1981 bis 1987, Berlin 1997.
- Wolf, Herbert, Hatte die DDR je eine Chance?, Hamburg 1991.
- Wolf Markus, Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen, München 1997.

Gedruckte Quellen

- Agde, Günter (Hrsg.), Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED. Studien und Dokumente, Berlin 1999.

- Altrichter, Helmut, „Entspannung nicht auf Kosten des Sozialismus“. Das Treffen Andrei Gromyko – Erich Honecker am 11./12. Mai 1978, in: VfZ 59 (2011), S. 129–147.
- Berbig, Roland u. a. (Hrsg.), In Sachen Biermann. Zusatzprotokolle, Berichte und Briefe zu den Folgen einer Ausbürgerung, Berlin 1994.
- Bispinck, Henrik (Bearb.), Die DDR im Blick der Stasi 1977. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Göttingen 2012.
- Corino, Karl (Hrsg.), Die Akte Kant. IM „Martin“, die Stasi und die Literatur in Ost und West, Reinbek bei Hamburg 1995.
- Deutsche Bundesbank, Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999.
- Dokumente zur Deutschlandpolitik, hrsg. v. Bundesministerium des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs, VI. Reihe/Bd. 1, 21. Oktober 1969 bis 31. Dezember 1970, bearbeitet v. Daniel Hofmann, München 2002.
- Eberle, Henrik/Wesenberg, Denise (Hrsg.), Einverstanden, E.H. Parteiinterne Hausmitteilungen, Briefe, Akten und Intrigen aus der Honecker-Zeit, Berlin 1999.
- Eppelmann, Rainer/Faulenbach, Bernd/Mählert, Ulrich (Hrsg.), Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn 2003.
- Galkin, Aleksandr/Tschernjajew, Anatolij (Hrsg.), Michail Gorbatschow und die deutsche Frage. Sowjetische Dokumente 1986–1991, (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, hrsg. v. Institut für Zeitgeschichte, Bd. 83), München 2011.
- Hertle, Hans-Hermann/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.), Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees, Berlin 2012.
- Hertle, Hans-Hermann/Jarausch, Konrad H. (Hrsg.), Risse im Bruderbund. Die Gespräche Honecker – Breschnew 1974–1982, Berlin 2006.
- Hertle, Hans-Hermann, Der Fall der Mauer. Die unbeabsichtigte Selbstauflösung des SED-Staates, Opladen 1999.
- Heydemann, Günther, Die Innenpolitik der DDR. Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 66, hrsg. v. Lothar Gall, München 2003.
- Hornbogen, Lothar/Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.), Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin 1999.
- Judt, Matthias (Hrsg.), DDR-Geschichte in Dokumenten, Bonn 2010.
- Küchenmeister, Daniel (Hrsg.), Honecker Gorbatschow. Vieraugengespräche, Berlin 1993.
- Küchenmeister, Daniel/Stephan, Gerd-Rüdiger, Gorbatschows Entfernung von der Breshnew-Doktrin. Die Moskauer Beratung der Partei- und Staatschefs des Warschauer Vertrages vom 10./11. November 1986, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 42 (1994), S. 716–721.
- Malycha, Andreas, Ungeschminkte Wahrheiten. Ein vertrauliches Gespräch von Gerhard Schürer, Chefplaner der DDR, mit der Stasi über die Wirtschaftspolitik der SED im April 1978, in: VfZ 59 (2011), S. 283–305.
- Mitter, Armin/Wolle, Stefan (Hrsg.), Ich liebe euch doch alle! Befehle und Lageberichte des MfS, Januar bis November 1989, Berlin 1990.
- Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.), Von Hubertusstock nach Bonn. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen auf höchster Ebene 1980–1987, Berlin 1995.
- Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.), Countdown zur deutschen Einheit. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-deutschen Beziehungen 1987–1990, Berlin 1996.
- Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.), Die Häber-Protokolle. Schlaglichter der SED-Westpolitik 1973–1985, Berlin 1999.
- Przybylski, Peter, Tatort Politbüro. Die Akte Honecker, Berlin 1991.
- Przybylski, Peter, Tatort Politbüro. Bd. 2: Honecker, Mittag und Schalck-Golodkowski, Berlin 1992.
- Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Beschluss des Ministerrates der DDR vom 11. Juli 1963, Berlin 1965.
- Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.), „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994.
- Suckut, Siegfried (Hrsg.), Die DDR im Blick der Stasi 1976. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Göttingen 2009.

Wiegrefe, Klaus, Honecker und Brežnev auf der Krim. Eine Aufzeichnung über das Treffen vom 19. August 1976, in: VfZ 41 (1993), S. 589–619.

Literatur

- Abele, Johannes, Modernisierung der Industriegesellschaft. Hochschulpolitik in der DDR, in: Hänseroth (Hrsg.), Wissenschaft und Technik, S. 171–187.
- Abele, Johannes/Barkleit, Gerhardt/Hänseroth, Thomas (Hrsg.), Innovationskulturen und Fortschrittserwartungen im geteilten Deutschland, Köln 2001.
- Ahrens, Ralf, Gegenseitige Wirtschaftshilfe? Die DDR im RGW – Strukturen und handelspolitische Strategien 1963–1976, Köln 2000.
- Ahrens, Ralf (Hrsg.), Umbrüche und Kontinuitäten in der mitteleuropäischen Kreditwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 2008.
- Ahrens, Ralf, Außenwirtschaft in der Schuldenfalle, in: Henke, Revolution und Vereinigung 1989/90, S. 104–112.
- Altrichter, Helmut/Wentker, Hermann (Hrsg.), Der KSZE-Prozess. Vom Kaltem Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990, München 2011.
- Ambrosius, Gerold/Petzina, Dietmar/Plumpe, Werner (Hrsg.), Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen, München 1996.
- Amos, Heike, Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat, Münster 2003.
- Andert, Reinhold/Herzberg, Wolfgang, Der Sturz. Erich Honecker im Kreuzverhör, Berlin 1990.
- Ansorg, Leonore/Gehrke, Bernd/Klein, Thomas/Kneipp, Danuta (Hrsg.), „Das Land ist still – noch!“ Herrschaftswandel und politische Gegnerschaft in der DDR (1971–1989), Köln 2009.
- Baar, Lothar/Petzina, Dietmar (Hrsg.), Deutsch-Deutsche Wirtschaft 1945 bis 1990. Strukturveränderungen, Innovationen und regionaler Wandel. Ein Vergleich, St. Katharinen 1999.
- Bähr, Johannes/Petzina, Dietmar (Hrsg.), Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen. Vergleichende Studien zur wirtschaftlichen Entwicklung im geteilten Deutschland 1945–1990, Berlin 1996.
- Barkleit, Gerhard, Mikroelektronik in der DDR. SED, Staatsapparat und Staatssicherheit im Wettstreit der Systeme, Dresden 2000.
- Bauerkämper, Arnd/Danyel, Jürgen/Hübner, Peter/Roß, Sabine (Hrsg.), Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR, Berlin 1997.
- Bauerkämper, Arnd/Ciesla, Burghard/Roesler, Jörg, Wirklich wollen und nicht richtig können. Das Verhältnis von Innovation und Beharrung in der DDR-Wirtschaft, in: Kocka/Sabrow, Die DDR als Geschichte, S. 116–121.
- Bauerkämper, Arnd, Die Sozialgeschichte der DDR, München 2005.
- Berg von, Hermann, Das Spiegel-Manifest, in: Prokop, Der versäumte Paradigmenwechsel, S. 320–331.
- Bergner, Paul, Die Waldsiedlung. Ein Sachbuch über „Wandlitz“, Berlin 2001.
- Bessel, Richard/Jessen, Ralph (Hrsg.), Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996.
- Best, Heinrich/Mestrup, Heinz (Hrsg.), Die Ersten und Zweiten Sekretäre der SED. Machtstrukturen und Herrschaftspraxis in den thüringischen Bezirken der DDR, Weimar 2003.
- Best, Heinrich/Hornbostel, Stefan (Hrsg.), Funktionseliten der DDR. Theoretische Kontroversen und empirische Befunde, Köln 2003.
- Best, Heinrich/Meenzen, Sandra, „Da ist nichts gewesen.“ SED-Funktionäre mit NSDAP-Vergangenheit, in: Deutschland Archiv 43 (2010), S. 222–231.
- Booß, Christian, Der Sonderparteitag der SED im Dezember 1989, in: Deutschland Archiv 42 (2009), S. 993–1002.
- Bouvier, Beatrix, Die DDR – ein Sozialstaat? Sozialpolitik in der Ära Honecker, Bonn 2002.

- Boyer, Christoph (Hrsg.), *Zur Physiognomie sozialistischer Wirtschaftsreformen. Die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, die DDR und Jugoslawien im Vergleich*, Frankfurt (M.) 2007.
- Boyer, Christoph, *Grundlinien der Sozial- und Konsumpolitik der DDR in den siebziger und achtziger Jahren in theoretischer Perspektive*, in: Hürtgen/Reichel (Hrsg.), *Der Schein der Stabilität*, S. 669–684.
- Boyer, Christoph/Skyba, Peter (Hrsg.), *Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und der ČSSR*, Dresden 1999.
- Boyer, Christoph/Skyba, Peter, *Sozial- und Konsumpolitik als Stabilisierungsstrategie. Zur Genese der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ in der DDR*, in: *Deutschland Archiv* 32 (1999), S. 577–590.
- Boyer, Christoph/Henke, Klaus-Dietmar/Skyba, Peter (Hrsg.), *Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945*, Bd. 10: 1971–1989. *Deutsche Demokratische Republik. Bewegung in der Sozialpolitik, Erstarrung und Niedergang*, Baden-Baden 2008.
- Brunner, Detlev/Niemann, Mario (Hrsg.), *Die DDR – eine deutsche Geschichte. Wirkung und Wahrnehmung*, Paderborn 2011.
- Buchheim, Christoph, *Die Wirtschaftsordnung als Barriere des gesamtwirtschaftlichen Wachstums in der DDR*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 82 (1995)/2, S. 194–210.
- Buchheim, Christoph, *Die Achillesferse der DDR – der Außenhandel*, in: Steiner, *Überholen ohne einzuholen*, S. 91–103.
- Buchheim, Christoph, *Die Defizite der Sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft*, in: Henke, *Revolution und Vereinigung 1989/90*, S. 81–91.
- Buthmann, Reinhard, *Die Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung. MfS-Handbuch, Teil III/11*, Berlin 2003.
- Buthmann, Reinhard, *Bleiben Sie unser Mann in Zürich! Schalck-Golodkowski's Bereich KoKo, das „Züricher Modell“ und ein „Länderspiel“*, in: *Deutschland Archiv* 36 (2003), S. 63–67.
- Buthmann, Reinhard, *Megakrise und Megakredit. Das Züricher Modell im Lichte der Stasi-Akten*, in: *Deutschland Archiv* 38 (2005), S. 991–1000.
- Christian, Michel, *Ausschließen und disziplinieren. Kontrollpraxis in den kommunistischen Parteien der DDR und der Tschechoslowakei*, in: Kott/Droit, *Die ostdeutsche Gesellschaft*, S. 53–69.
- Ciesla, Burghard/Suter, Helmut, *Jagd und Macht, Die Geschichte des Jagdreviers Schorfheide*, Berlin 2011.
- Dalos, György, *Gorbatschow. Mensch und Macht. Eine Biografie*, München 2011.
- Diedrich, Torsten/Süß, Walter (Hrsg.), *Militär und Staatssicherheit im Sicherheitskonzept der Warschauer-Pakt-Staaten*, Berlin 2010.
- Eberle, Henrik, *Anmerkungen zu Honecker*, Berlin 2000.
- Ehlert, Hans/Rogg, Matthias (Hrsg.), *Militär, Staat und Gesellschaft in der DDR. Forschungsfelder, Ergebnisse, Perspektiven*, Berlin 2004.
- Eik, Jan, *Besondere Vorkommnisse. Politische Affären und Attentate in der DDR. Mit einem Beitrag von Klaus Behling*, Berlin 2011.
- Engelmann, Roger, *Eine Regionalstudie zu Herrschaft und Alltag im Staatssozialismus*, in: Gieseke, *Staatssicherheit und Gesellschaft*, S. 167–186.
- Engelmann, Roger/Joestel, Frank, *Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, MfS-Handbuch*, Berlin 2009.
- Engelmann, Roger/Florath, Bernd/Heidemeyer, Helge u. a. (Hrsg.), *Das MfS-Lexikon. Begriffe, Personen und Strukturen der Staatssicherheit der DDR*, Berlin 2011.
- Fischer, Wolfram/Müller, Uwe/Zschaler, Frank (Hrsg.), *Wirtschaft im Umbruch. Strukturveränderungen und Wirtschaftspolitik im 19. und 20. Jahrhundert*, St. Katharinen 1997.
- Florath, Bernd, *Das Revolutionsjahr 1989. Die demokratische Revolution in Osteuropa als transnationale Zäsur*, Göttingen 2011.
- Florath, Bernd, *Die SED im Untergang*, in: ders., *Das Revolutionsjahr 1989*, S. 63–104.

- Frank, Mario, Walter Ulbricht. Eine deutsche Biografie, Berlin 2001.
- Friedrich, Walter/Förster, Peter/Starke, Kurt, Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse, Berlin 1999.
- Fulbrook, Mary, Generationen und Kohorten in der DDR. Protagonisten und Widersacher des DDR-Systems aus der Perspektive biographischer Daten, in: Schüle/Ahbe/Gries, Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive, S. 113–130.
- Fulbrook, Mary (Hrsg.), Power and Society in the GDR, 1961–1979: The ‚Normalisation‘ of Rule?, Oxford 2009.
- Fulbrook, Mary, Ein ganz normales Leben. Alltag und Gesellschaft in der DDR, Darmstadt 2011.
- Gassert, Philipp/Geiger, Tim/Wentker, Hermann (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011.
- Geppert, Dominik, Störmanöver. Das „Manifest der Opposition“ und die Schließung des Ost-Berliner „Spiegel“-Büros im Januar 1978, Berlin 1996.
- Gerick, Gunter, SED und MfS. Das Verhältnis der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt und der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit 1961 bis 1989, Berlin 2013.
- Gieseke, Jens, Die Einheit von Wirtschafts-, Sozial- und Sicherheitspolitik. Militarisierung und Überwachung als Probleme einer DDR-Sozialgeschichte der Ära Honecker, in: ZfG 51 (2003), S. 996–1021.
- Gieseke, Jens (Hrsg.), Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsaltag in der DDR, Göttingen 2007.
- Gieseke, Jens, Annäherung und Fragen an die „Meldungen aus der Republik“, in: ders., Staatssicherheit und Gesellschaft, S. 79–98.
- Gieseke, Jens, „Seit langem angestaute Unzufriedenheit breitetest Bevölkerungskreise“ – Das Volk in den Stimmungsberichten des Staatssicherheitsdienstes, in: Henke (Hrsg.), Revolution und Vereinigung 1989/90, S. 130–148.
- Gieseke, Jens, Bevölkerungsstimmungen in der geschlossenen Gesellschaft. MfS-Berichte an die DDR-Führung in den 1960er- und 1970er-Jahren, in: Zeithistorische Forschungen, Online-Ausgabe 5 (2008)/H. 2.
- Gieseke, Jens, Die Stasi 1945–1990, München 2011.
- Gieseke, Jens/Wentker, Hermann (Hrsg.), Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme, Berlin 2011.
- Gill, David/Schröter, Ulrich, Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin 1991.
- Gilles, Franz-Otto, The Rationale of Muddling Through. The Function of the Stasi in the Planned Economy, Berlin 1997.
- Gilles, Franz-Otto/Hertle, Hans-Hermann, Überwiegend Negativ. Das Ministerium für Staatssicherheit in der Volkswirtschaft dargestellt am Beispiel der Struktur und Arbeitsweise der Objektdienststellen in den Chemiekombinaten des Bezirks Halle, Berlin 1994.
- Grimm, Thomas. Das Politbüro privat. Ulbricht, Honecker, Mielke & Co. aus der Sicht ihrer Angestellten, Berlin 2004.
- Gutmann, Gernot, Die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft. Ausgangslage, Handlungserfordernisse, Perspektiven, Berlin 1995.
- Gutmann, Gernot, In der Wirtschaftsordnung der DDR angelegte Blockaden und Effizienzhindernisse für die Prozesse der Modernisierung, des Strukturwandels und des Wirtschaftswachstums, in: Die Endzeit der DDR-Wirtschaft, S. 1–47.
- Haendcke-Hoppe, Maria, Die Außenwirtschaftsbeziehungen der DDR und der innerdeutsche Handel, in: Weidenfeld, Werner/Zimmermann, Hartmut (Hrsg.), Deutschland Handbuch. Eine doppelte Bilanz, Bonn 1989, S. 639–652.
- Haendcke-Hoppe, Maria, Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Legende und Wirklichkeit, in: dies./Lieser-Triebnigg, Erika (Hrsg.), 40 Jahre innerdeutsche Beziehungen, Berlin 1990, S. 119–140.

- Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria, Wer wußte was? Der ökonomische Niedergang der DDR, in: Deutschland Archiv 28 (1995), S. 588–602.
- Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria, Die Hauptabteilung XVIII: Volkswirtschaft. MfS-Handbuch, Teil III/10, Berlin 1997.
- Haendcke-Hoppe-Arndt, Maria, Außenwirtschaft und innerdeutscher Handel, in: Kuhr/Buck/Holzweißig, Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren, Opladen 1996, S. 55–66.
- Hänsleroth, Thomas (Hrsg.), Wissenschaft und Technik. Studien zur Geschichte der TU Dresden, Köln 2003.
- Hanisch, Anja, Zwischen Militarisierung und Systemloyalität. Die ostdeutsche Gesellschaft an der Wende zu den 1980er Jahren, in: Gassert/Geiger/Wentker (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung, S. 155–173.
- Hanisch, Anja, Zwischen sowjetischer Konzessionsbereitschaft und Ausreisebewegung. Die DDR und das Madrider KSZE-Folgetreffen 1980–1983, in: Peter/Wentker (Hrsg.), Die KSZE im Ost-West-Konflikt, S. 201–218.
- Hanisch, Anja, Die DDR im KSZE-Prozess 1972–1985. Zwischen Abhängigkeit, Westabgrenzung und Ausreisebewegung, München 2012.
- Hartmann, Heinrich/Vogel, Jakob (Hrsg.), Zukunftswissen. Prognosen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft seit 1900, Frankfurt (M.)
- Haupt, Heinz-Gerhard/Requate, Jörg (Hrsg.), Aufbruch in die Zukunft. Die 1960er Jahre zwischen Planungseuphorie und kulturellem Wandel. DDR, ČSSR und Bundesrepublik Deutschland im Vergleich, Weilerswist 2004.
- Helwig, Gisela (Hrsg.), Rückblicke auf die DDR, Köln 1995.
- Henke, Klaus-Dietmar/Engelmann, Roger (Hrsg.), Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995.
- Henke, Klaus-Dietmar/Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hrsg.), Widerstand und Opposition in der DDR, Köln 1999.
- Henke, Klaus-Dietmar (Hrsg.), Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte, München 2009.
- Henke, Klaus-Dietmar/Suckut, Siegfried/Vollnhals, Clemens/Süß, Walter/Engelmann, Roger (Hrsg.), Anatomie der Staatssicherheit. Geschichte, Struktur und Methoden. MfS-Handbuch, Berlin 1996.
- Herbst, Andreas/Stephan, Gerd-Rüdiger/Winkler, Jürgen (Hrsg.), Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997.
- Hertle, Hans-Hermann, Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft. Das Scheitern der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ am Beispiel der Schürer-Mittag-Kontroverse im Politbüro 1988, in: Deutschland Archiv 25 (1992), S. 127–131.
- Hertle, Hans-Hermann, Der ökonomische Untergang des SED-Staates, in: Deutschland Archiv 25 (1992), S. 1019–1030.
- Hertle, Hans-Hermann, Die Diskussion der ökonomischen Krisen in der Führungsspitze der SED, in: Pirker/Lepsius/Weinert/Hertle (Hrsg.), Der Plan als Fiktion, S. 314–345.
- Hertle, Hans-Hermann, Der Sturz Erich Honeckers. Zur Rekonstruktion eines innerparteilichen Machtkampfes, in: Henke/Steinbach/Tuchel (Hrsg.), Widerstand und Opposition in der DDR, S. 327–346.
- Hertle, Hans-Hermann, Die DDR an die Sowjetunion verkaufen? Stasi-Analysen zum ökonomischen Niedergang der DDR, in: Deutschland Archiv 42 (2009), S. 476–495.
- Hertle, Hans-Hermann, Chronik des Mauerfalls. Die dramatischen Ereignisse um den 9. November 1989, Berlin 2009.
- Hertle, Hans-Hermann/Gilles, Franz-Otto, Zur Rolle des Ministeriums für Staatssicherheit in der DDR-Wirtschaft, in: Hürtgen/Reichel (Hrsg.), Der Schein der Stabilität, S. 173–189.
- Hertle, Hans-Hermann/Gilles, Franz-Otto, Sicherung der Volkswirtschaft. Struktur und Tätigkeit der „Linie XVIII“ des MfS, in: Deutschland Archiv 29 (1996), S. 48–57.
- Hertle, Hans-Hermann/Gilles, Franz-Otto, Stasi in der Produktion – Die „Sicherung der Volkswirtschaft“ am Beispiel der Struktur und Arbeitsweise der Objektdienststellen des MfS in den Chemiekombinaten, in: Henke/Engelmann (Hrsg.), Aktenlage, S. 118–137.

- Hertle, Hans-Hermann/Wolle, Stefan, *Damals in der DDR. Der Alltag im Arbeiter- und Bauernstaat*, München 2004.
- Hertle, Hans-Hermann/Jaraus, Konrad H./Kleßmann, Christoph (Hrsg.), *Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen*, Berlin 2002.
- Heydemann, Günther, *Die Innenpolitik der DDR*, München 2003.
- Heydemann, Günther/Mai, Gunther/Müller, Werner (Hrsg.), *Revolution und Transformation in der DDR 1989/90*, Berlin 1999.
- Hildermeier, Manfred, *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*, München 1998.
- Hockerts, Hans Günter, *Grundlinien und soziale Folgen der Sozialpolitik in der DDR*, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hrsg.), *Sozialgeschichte der DDR*, S. 519–544.
- Hockerts, Hans Günter, *Soziale Errungenschaften? Zum sozialpolitischen Legitimitätsanspruch der zweiten deutschen Diktatur*, in: Kocka/Puhle/Tenfelde (Hrsg.), *Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat*, S. 790–804.
- Hockerts, Hans Günter (Hrsg.), *Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich*, München 1998.
- Hockerts, Hans Günter (Hrsg.), *Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts*, München 2004.
- Hoffmann, Dieter/Macraakis, Kristie (Hrsg.), *Naturwissenschaft und Technik in der DDR*, Berlin 1997.
- Hoffmann, Dierk/Schwartz, Michael (Hrsg.), *Sozialstaatlichkeit in der DDR. Sozialpolitische Entwicklungen im Spannungsfeld von Diktatur und Gesellschaft 1945/49–1989*, München 2005.
- Hornbostel, Stefan (Hrsg.), *Sozialistische Eliten. Horizontale und vertikale Differenzierungsmuster in der DDR*, Opladen 1999.
- Hübner, Peter (Hrsg.), *Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte des SED-Regimes*, Köln 1999.
- Hübner, Peter, *Arbeit, Arbeiter und Technik in der DDR 1971 bis 1989. Zwischen Fordismus und digitaler Revolution*, Bonn 2013.
- Hübner, Peter/Kleßmann, Christoph/Tenfelde, Klaus (Hrsg.), *Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit*, Köln 2005.
- Hübner, Peter/Hübner, Christa, *Sozialismus als soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968–1976*, Köln 2008.
- Hürtgen, Renate/Reichel, Thomas (Hrsg.), *Der Schein der Stabilität. DDR-Betriebsalltag in der Ära Honecker*, Berlin 2001.
- Jaraus, Konrad H./Sabrow, Martin (Hrsg.), *Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR*, Göttingen 1999.
- Jaraus, Konrad H., *Die unverhoffte Einheit 1989–1990*, Frankfurt (M.) 1995.
- Judt, Matthias, *Schalck KoKo. Mythos und Realität des Bereichs Kommerzielle Koordinierung*, in: Henke (Hrsg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90*, S. 307–315.
- Judt, Matthias, *Der Bereich Kommerzielle Koordinierung. Das DDR-Wirtschaftsimperium des Alexander Schalck-Golodkowski – Mythos und Realität*, Berlin 2013.
- Kaelble, Hartmut/Kocka, Jürgen/Zwahr, Hartmut (Hrsg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994.
- Kaiser, Monika, *Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972*, Berlin 1997.
- Karau, Gisela, *Stasi-Protokolle. Gespräche mit ehemaligen Mitarbeitern des „Ministeriums für Staatssicherheit“ der DDR*, Frankfurt (M.) 1992.
- Karlsch, Rainer/Tandler, Agnes, *Ein verzweifelter Wirtschaftsfunktionär? Neue Erkenntnisse über den Tod Erich Apels 1965*, in: *Deutschland Archiv* 34 (2001), S. 50–65.
- Karlsch, Rainer/Stokes, Raymond G., *Faktor Öl. Die Mineralölwirtschaft in Deutschland 1859–1974*, München 2003.

- Kaschka, Ralph, Die „Neumann-Mittag-Kontroverse“. Eine Auseinandersetzung über die DDR-Eisenbahn und deren Infrastruktur in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, in: *Deutschland Archiv* 44 (2011), S. 216–221.
- Kirschey, Peter, Wandlitz/Waldsiedlung – die geschlossene Gesellschaft. Versuch einer Reportage. Gespräche – Dokumente, Berlin 1990.
- Klein, Thomas/Otto, Wilfriede/Grieder, Peter, Visionen. Repression und Opposition in der SED 1949–1989, 2 Bde., Frankfurt (Oder) 1996.
- Klein, Thomas, „Für die Einheit und Reinheit der Partei“. Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht, Köln 2002.
- Klein, Thomas „Frieden und Gerechtigkeit!“ Die Politisierung der Unabhängigen Friedensbewegung in Ost-Berlin während der 80er Jahre, Köln 2007.
- Klemm, Volker, Korruption und Amtsmissbrauch in der DDR, Stuttgart 1991.
- Klenke, Olaf, Ist die DDR an der Globalisierung gescheitert? Autarke Wirtschaftspolitik versus internationale Weltwirtschaft – am Beispiel der Mikroelektronik, Frankfurt (M.) 2001.
- Klenke, Olaf, Kampfauftrag Mikrochip. Rationalisierung und sozialer Konflikt in der DDR, Hamburg 2008.
- Kleßmann, Christoph, Arbeiter im „Arbeiterstaat“ DDR. Deutsche Traditionen, sowjetisches Modell, westdeutsches Magnetfeld (1945–1971), Bonn 2007.
- Koch, Peter-Ferdinand, Enttarnt. Doppelagenten: Namen, Fakten, Beweise, Salzburg 2011.
- Kocka, Jürgen (Hrsg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993.
- Kocka, Jürgen/Sabrow, Martin (Hrsg.), Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven, Berlin 1994.
- Kocka, Jürgen/Puhle, Hans-Jürgen/Tenfelde, Klaus (Hrsg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, München 1994.
- Kornai, János, Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus, Baden-Baden 1995.
- Kott, Sandrine/Droit, Emmanuel (Hrsg.), Die ostdeutsche Gesellschaft. Eine transnationale Perspektive, Berlin 2006.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha, Legitimation eines neuen Staates. Parteiarbeiter an der historischen Front. Geschichtswissenschaft in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 1997.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, München 2009.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha, Stasi konkret. Überwachung und Repression in der DDR, München 2013.
- Kuhrt, Eberhard, in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig (Hrsg.), Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren. Am Ende des realen Sozialismus, Bd. 2, Opladen 1996.
- Kuhrt, Eberhard, in Verbindung mit Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig (Hrsg.), Die Endzeit der DDR-Wirtschaft – Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, Opladen 1999.
- Kusmin, Iwan, Die Verschwörung gegen Honecker, in: *Deutschland Archiv* 28 (1995), S. 286–290.
- Laitko, Hubert, Das Reformpaket der sechziger Jahre – wissenschaftspolitisches Finale der Ulbricht-Ära, in: Hoffmann/Macraakis (Hrsg.), Naturwissenschaft und Technik in der DDR, S. 35–57.
- Lemke, Michael, Die Sowjetunion und die deutsche Einheit. Warum Moskau die DDR aufgab, in: Henke (Hrsg.), Revolution und Vereinigung 1989/90, S. 456–473.
- Lepsius, M. Rainer, Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, S. 17–30.
- Lokatis, Siegfried, Der rote Faden. Kommunistische Parteigeschichte und Zensur unter Walter Ulbricht, Köln 2003.
- Lorenzen, Jan N., Erich Honecker. Eine Biographie, Reinbek bei Hamburg 2001.
- Loth, Wilfried, Die Sowjetunion und die deutsche Frage. Studien zur sowjetischen Deutschlandpolitik, Göttingen 2007.
- Ludz, Peter Christian, Partielite im Wandel. Funktionsaufbau, Sozialstruktur und Ideologie der SED-Führung. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Opladen 1970.

- Mählert, Ulrich, Willi Stoph – Ein Fußsoldat der KPD als Verteidigungsminister der DDR, in: Hans Ehlert/Armin Wagner (Hrsg.), *Genosse General! Die Militärelite der DDR in biographischen Skizzen*, Berlin 2003, S. 279–300.
- Maier, Charles S., Two Sorts of Crisis? The “long” 1970s in the West and the East, in: Hockerts (Hrsg.), *Koordinaten deutscher Geschichte*, S. 49–62.
- Maier, Harry, Die Innovationsträgheit der Planwirtschaft in der DDR, in: *Deutschland Archiv* 26 (1993), S. 806–818.
- Malycha, Andreas, *Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953*, Paderborn 2000.
- Malycha, Andreas, Der „Konsumsozialismus“ der Honecker-Ära und der Eklat um die Erhöhung der Verbraucherpreise im Herbst 1979, in: *Deutschland Archiv* 45 (2012), S. 305–318.
- Malycha, Andreas/Winters, Peter Jochen, *Die SED. Geschichte einer deutschen Partei*, München 2009.
- Manz, Günter/Sachse, Ekkehard/Winkler, Gunnar (Hrsg.), *Sozialpolitik in der DDR. Ziele und Wirklichkeit*, Berlin 2001.
- Materialien der Enquête-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. v. Deutschen Bundestag, 9 Bände in 18 Teilbänden, Baden-Baden 1995.
- Meissner, Boris, *Die Breshnew-Doktrin. Das Prinzip des „proletarisch-sozialistischen Internationalismus“ und die Theorie von den „verschiedenen Wegen zum Sozialismus“*, Köln 1969.
- Mertens, Lothar, *Rote Denkfabrik? Die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED*, Münster 2004.
- Mestrup, Heinz, *Die SED. Ideologischer Anspruch, Herrschaftspraxis und Konflikte im Bezirk Erfurt 1971–1989*, Rudolstadt 2000.
- Meuschel, Sigrid, *Legitimation und Partei Herrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989*, Frankfurt (M.) 1993.
- Meyer, Gerd, *Die DDR-Machtelite in der Ära Honecker*, Tübingen 1991.
- Mittenzwei, Werner, *Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland von 1945 bis 2000*, Leipzig 2001.
- Müller-Enbergs, Helmut, *Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 1: Richtlinien und Durchführungsbestimmungen*, Berlin 2010.
- Münkel, Daniela (Hrsg.), *Die DDR im Blick der Stasi 1961. Die geheimen Berichte an die SED-Führung*, Göttingen 2011.
- Münkel, Daniela, *Staatssicherheit in der Region. Die geheimen Berichte der MfS-Kreisdienststelle Halberstadt an die SED*, in: *Deutschland Archiv* 43 (2010), S. 31–38.
- Nakath, Detlef, *Deutsch-deutsche Grundlagen. Zur Geschichte der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik in den Jahren von 1969 bis 1982*, Schkeuditz 2002.
- Nepit, Alexandra, *Die SED unter dem Druck der Reformen Gorbatschows. Der Versuch der Parteiführung, das SED-Regime durch konservatives Systemmanagement zu stabilisieren*, Baden-Baden, 2004.
- Neubert, Ehrhart, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989*, Berlin 1997.
- Neubert, Ehrhart, *Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90*, München 2008.
- Neugebauer, Gero, *Partei- und Staatsapparat in der DDR. Aspekte der Instrumentalisierung des Staatsapparates durch die SED*, Opladen 1978.
- Niemann, Heinz, Der sogenannte „Bund Demokratischer Kommunisten Deutschlands“ in der Opposition und Dissidenz der DDR. Zu einem Artikel von Christoph Kleßmann in *Aus Politik und Zeitgeschichte*, in: *Deutschland Archiv* 24 (1991), S. 533–538.
- Niemann, Heinz, *Meinungsforschung in der DDR. Die geheimen Berichte des Instituts für Meinungsforschung an das Politbüro der SED*, Köln 1993.
- Niemann, Mario, „Vom Standpunkt des Pessimismus jedoch kann man keine erfolgreiche Parteiarbeit organisieren“ – Die Absetzung des 1. Sekretärs des Bezirks Magdeburg Alois Pisnik im Februar 1979, in: *JHK* 2006, Berlin 2006, S. 217–236.
- Niemann, Mario, *Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952–1989*, Paderborn 2007.

- Niemann, Mario/Herbst, Andreas (Hrsg.), SED-Kader: Die mittlere Ebene. Biographisches Lexikon der Sekretäre der Landes- und Bezirksleitungen, der Ministerpräsidenten und der Vorsitzenden der Räte der Bezirke 1946 bis 1989, Paderborn 2010.
- Niemann, Mario, Grundsätze der Kaderpolitik der SED, in: Niemann/Herbst (Hrsg.), SED-Kader: Die mittlere Ebene, S. 43–53.
- Niemann, Mario, „Schönfärberei und Schwarzmalerei“. Die Parteiinformation der SED, in: Brunner/Niemann (Hrsg.), Die DDR – eine deutsche Geschichte, S. 159–185.
- Oldenburg, Fred, Konflikt und Konfliktregelung in der Parteiführung der SED 1945/46–1972, Köln 1972.
- Oldenburg, Fred, Eine endliche Geschichte. Zum Verhältnis DDR-UdSSR 1970 bis 1990, in: Helwig (Hrsg.), Rückblicke auf die DDR, S. 163–174.
- Oldenburg, Fred/Stephan, Gerd-Rüdiger, Honecker kam nicht bis Bonn. Neue Quellen zum Konflikt zwischen Ost-Berlin und Moskau 1984, in: Deutschland Archiv 28 (1995), S. 791–805.
- Otto, Wilfriede, Geschichte eines braunen Kalbslederbandes. Verdrängtes kehrt unerledigt zurück, in: Wagner (Hrsg.), Europa und Deutschland – Deutschland und Europa, S. 390–419.
- Otto, Wilfriede, Erich Mielke. Aufstieg und Fall eines Tschekisten. Biographie, Berlin 2000.
- Otto, Wilfriede, SED-Mitglieder im politischen Spagat zwischen neuem Gesellschaftsvertrag und politischem Spannungsfeld, in: Prokop (Hrsg.), Der versäumte Paradigmenwechsel, S. 137–160.
- Peter, Matthias/Wentker, Hermann (Hrsg.), Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990, München 2012.
- Pirker, Theo/Lepsius, M. Rainer/Weinert, Rainer/Hertle, Hans-Hermann (Hrsg.), Der Plan als Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen, Opladen 1995.
- Plumpe, Werner, Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart 2008.
- Plumpe, Werner, Die alltägliche Selbstzermürbung und der stille Sieg der D-Mark, in: Henke (Hrsg.), Revolution und Vereinigung 1989/90, S. 92–103.
- Plumpe, Werner/Scholtzseck, Joachim (Hrsg.), Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft. Vom Kaiserreich bis zur Berliner Republik, Stuttgart 2012.
- Podewin, Norbert, Walter Ulbricht. Eine neue Biographie, Berlin 1995.
- Pötzl, Norbert F., Erich Honecker. Eine deutsche Biographie, Stuttgart 2002.
- Poppe, Ulrike/Eckert, Rainer/Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hrsg.), Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1996.
- Port, Andrew I., Die rätselhafte Stabilität der DDR. Arbeit und Alltag im sozialistischen Deutschland, Berlin 2010.
- Potthoff, Heinrich, Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995.
- Potthoff, Heinrich, Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990, Berlin 1999.
- Prokop, Siegfried, Das SED-Politbüro. Aufstieg und Ende (1949–1989). Reihe hefte zur ddr-geschichte, Heft 40, Berlin 1996.
- Prokop, Siegfried, Poltergeist im Politbüro. Siegfried Prokop im Gespräch mit Alfred Neumann, Frankfurt (Oder) 1996.
- Prokop, Siegfried (Hrsg.), Der versäumte Paradigmenwechsel. „Spiegel-Manifest“ und „Erster Deutscher im All“ – die DDR im Jahr 1978, Schkeuditz 2008.
- Prokop, Siegfried, Ulbrichts Favorit. Auskünfte von Alfred Neumann, Berlin 2009.
- Raschka Johannes, Justizpolitik und Wandel des Strafrechts während der Amtszeit Honeckers, Köln 2000.
- Richter, Michael/Schaarschmidt, Thomas/Schmeitzner, Mike (Hrsg.), Länder, Gaue und Bezirke. Mitteldeutschland im 20. Jahrhundert, Dresden/Halle 2007.
- Ritschl, Albrecht, Aufstieg und Niedergang der Wirtschaft der DDR. Ein Zahlenbild 1945–1989, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1995/2, S. 11–46.

- Ritter, Gerhard A./Szöllosi-Janze, Margit/Trischler, Helmuth (Hrsg.), Antworten auf die amerikanische Herausforderung. Forschung in der Bundesrepublik und der DDR in den „langen“ siebziger Jahren, Frankfurt (M.)/New York 1999.
- Roesler, Jörg, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, Berlin 1978.
- Roesler, Jörg, Die Wirtschafts- und Finanzbeziehungen der DDR zum Westen in den 70er und 80er Jahren, in: Timmermann (Hrsg.), Die DDR in Europa, S. 134–151.
- Roesler, Jörg, Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 und 1970, Freiburg i. Br. 1990.
- Roesler, Jörg, Der Handlungsspielraum der DDR-Führung gegenüber der UdSSR. Zu einem Schlüsselproblem des Verständnisses der DDR-Geschichte, in: ZfG 41 (1993), S. 293–304.
- Roesler, Jörg, Der Einfluss der Außenwirtschaftsbeziehungen auf die Beziehungen DDR-Bundesrepublik. Die achtziger Jahre, in: Deutschland Archiv 26 (1993), S. 558–572.
- Roesler, Jörg, Wie das Scheitern der Industriepolitik der DDR 1977/78 zu Überlegungen für eine Wende in der Wirtschafts- und Sozialpolitik führte und warum es dazu nicht kam, in: Prokop (Hrsg.), Der versäumte Paradigmenwechsel, S. 226–239.
- Roesler, Jörg, „Kaffee Krise“ und Mangelwirtschaft. Bemühungen um die Klärung einer Episode aus der DDR-Geschichte. Reihe hefte zur ddr-geschichte, Heft 130, Berlin 2014.
- Sabrow, Martin, Zukunftspathos als Legitimationsressource. Zu Charakter und Wandel des Fortschrittsparadigmas in der DDR, in: Haupt/Requate (Hrsg.), Aufbruch in die Zukunft, S. 165–185.
- Sabrow, Martin, Der unterschätzte Diktator, in: Der Spiegel, 34/2012, S. 46–48.
- Scherzer, Landolf, Der Erste. Protokoll einer Begegnung, Rudolstadt 1988.
- Schildt, Axel/Detlef, Siegfried/Lammers, Karl-Christian (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000.
- Schmidt, Manfred G., Grundzüge der Sozialpolitik in der DDR, in: Kuhr (Hrsg.), Die Endzeit der DDR-Wirtschaft, S. 273–319.
- Schneider, Eberhard, Die politische Funktionselite der DDR. Eine Empirische Studie zur SED-Nomenklatura, Opladen 1994.
- Schramm, Manuel, Wirtschaft und Wissenschaft in der DDR und BRD. Die Kategorie Vertrauen in Innovationsprozessen, Köln 2008.
- Schroeder, Klaus, Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR 1949–1990, Köln 2013.
- Schröter, Harm G., Ölkrisen und Reaktionen in der chemischen Industrie beider deutscher Staaten. Ein Beitrag zur Erklärung wirtschaftlicher Leistungsdifferenzen, in: Bähr/Petzina (Hrsg.), Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen, S. 109–138.
- Schüle, Annegret/Ahbe, Thomas/Gries, Rainer (Hrsg.), Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur, Leipzig 2006.
- Schultz, Helga/Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.), Die DDR im Rückblick. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Berlin 2007.
- Schumann, Frank/Wuschech, Heinz, Schalck-Golodkowski. Der Mann, der die DDR retten wollte, Berlin 2012.
- Schumann, Silke, Die Parteiorganisation der SED im Ministerium für Staatssicherheit, MfS-Handbuch, Teil III/20, Berlin 2002.
- Schwan, Heribert, Erich Mielke. Der Mann, der die Stasi war, München 1997.
- Schwarzenbach, Rudolf, Die Kaderpolitik in der Staatsverwaltung. Ein Beitrag zur Entwicklung des Verhältnisses von Partei und Staat in der DDR (1945–1975), Köln 1976.
- Schwarzer, Oskar, Sozialistische Zentralplanwirtschaft in der SBZ/DDR. Ergebnisse eines ordnungspolitischen Experiments (1945–1989), Stuttgart 1999.
- Segert, Dieter, Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR, Köln 2008.
- Seifert, Wolfgang/Treutwein, Norbert, Die Schalck-Papiere. DDR-Mafia zwischen Ost und West, Wien 1991.
- Siebs, Benno-Eide, Die Außenpolitik der DDR 1976–1989. Strategien und Grenzen, Paderborn 1999.
- Skyba, Peter, Die Sozialpolitik der Ära Honecker aus institutionengeschichtlicher Perspektive, in: Boyer/Skyba (Hrsg.), Repression und Wohlstandsversprechen, S. 49–62.

- Skyba, Peter, Sozialpolitik als Herrschaftssicherung. Entscheidungsprozesse und Folgen in der DDR der siebziger Jahre, in: Vollnhals/Weber (Hrsg.), Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, S. 39–80.
- Skyba, Peter/Boyer, Christoph, Gesellschaftliche Strukturen und sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder, in: Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 10, S. 67–144.
- Solga, Heike, Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR, Berlin 1995.
- Staat, Jochen, Walter Ulbrichts letzter Machtkampf, in: Deutschland Archiv 29 (1996), S. 686–700.
- Staritz, Dietrich, Geschichte der DDR, Frankfurt (M.) 1996.
- Steiner, André, Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999.
- Steiner, André, Weder Plan noch Markt: Bilanz der DDR-Wirtschaftsreformen der sechziger Jahre, in: Boyer/Skyba (Hrsg.), Repression und Wohlstandsversprechen, S. 29–36.
- Steiner, André, Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004.
- Steiner, André (Hrsg.), Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte?, Berlin 2006.
- Steiner, André (Hrsg.), Preispolitik und Lebensstandard. Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich, Köln 2006.
- Steiner, André, Faktoren des wirtschaftlichen Niedergangs der DDR, in: Deutschland Archiv 42 (2009), S. 459–465.
- Steiner, André, Leistungen und Kosten: Das Verhältnis von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und Sozialpolitik in der DDR, in: Hoffmann/Schwartz (Hrsg.), Sozialstaatlichkeit in der DDR, S. 31–45.
- Steiner, André, Zwischen Konsumversprechen und Innovationszwang. Zum wirtschaftlichen Niedergang der DDR, in: Jarausch/Sabrow (Hrsg.), Weg in den Untergang, S. 153–192.
- Steiner, André, Möglichkeiten und Grenzen einer Planwirtschaft, in: Schultz/Wagener (Hrsg.), Die DDR im Rückblick, S. 135–153.
- Steiner, André, Die DDR als ökonomische Konkurrenz: Das Scheitern des „zweiten deutschen Staates“ als Vergleichswirtschaft, in: Plumpe/Scholtyssek (Hrsg.), Der Staat und die Ordnung der Wirtschaft, S. 151–178.
- Stelkens, Jochen, Machtwechsel in Ost-Berlin. Der Sturz Walter Ulbrichts 1971, in: VfZ 45 (1997), S. 503–533.
- Stephan, Gerd-Rüdiger/Herbst, Andreas/Krauss, Christine/Küchenmeister, Daniel/Nakath, Detlef (Hrsg.), Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, Berlin 2002.
- Stöver, Bernd, Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947–1991, München 2007.
- Stuhler, Ed, Die Honeckers privat. Liebespaar und Kampfgemeinschaft, hrsg. v. Thomas Grimm, Berlin 2005.
- Stuhler, Ed, Margot Honecker. Eine Biografie, Wien 2003.
- Suckut, Siegfried/Süß, Walter (Hrsg.), Staatspartei und Staatssicherheit. Zum Verhältnis von SED und MfS, Berlin 1997.
- Suckut, Siegfried, Generalbeauftragter der SED oder gewöhnliches Staatsorgan? Probleme der Funktionsbestimmung des MfS in den sechziger Jahren, in: ders./Süß (Hrsg.), Staatspartei und Staatssicherheit, S. 151–169.
- Suckut, Siegfried, Seismographische Aufzeichnungen. Der Blick des MfS auf Staat und Gesellschaft in der DDR am Beispiel der Berichte an die SED-Führung 1976, in: Gieseke (Hrsg.), Staatssicherheit und Gesellschaft, S. 99–128.
- Suckut, Siegfried (Hrsg.), Die DDR im Blick der Stasi 1976. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Göttingen 2009.
- Suckut, Siegfried, Probleme mit dem „großen Bruder“. Die DDR-Staatssicherheit und die Deutschlandpolitik der KPdSU 1969/70, in: VfZ 58 (2010), S. 403–439.
- Suckut, Siegfried, Mielke contra Hoffmann. Wie die Stasi die Entlassung des DDR-Verteidigungsministers betrieb. Eine Fallstudie zum Verhältnis MfS-SED, in: JHK 2012, Berlin 2012, S. 265–302.

- Süß, Sonja, Politisch mißbraucht? Psychiatrie und Staatssicherheit in der DDR, Berlin 1998.
- Süß, Walter, „Schild und Schwert“ – Das Ministerium für Staatssicherheit und die SED, in: Henke/Engelmann (Hrsg.), Aktenlage, S. 83–97.
- Süß, Walter, Das Verhältnis von SED und Staatssicherheit. Eine Skizze seiner Entwicklung, Berlin 1997.
- Süß, Walter, Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, Berlin 1999.
- Süß, Walter, Der Untergang der Staatspartei, in: Henke (Hrsg.), Revolution und Vereinigung 1989/90, S. 284–307.
- Tandler, Agnes Charlotte, Geplante Zukunft. Wissenschaftler und Wissenschaftspolitik in der DDR 1955–1971, Freiberg 2000.
- Tandler, Agnes Charlotte, Visionen einer sozialistischen Großforschung in der DDR 1968–1971, in: Ritter/Szöllosi-Janze/Trischler (Hrsg.), Antworten auf die amerikanische Herausforderung, S. 361–375.
- Ulrike Thoms/Andreas Malycha, Aufbruch in eine neue Zukunft? Biowissenschaftliche Prognosen in der DDR und der Bundesrepublik in den 1960er und 1970er Jahren, in: Hartmann/Vogel (Hrsg.), Zukunftswissen, S. 107–134.
- Timmermann, Heiner (Hrsg.), Die DDR in Deutschland. Ein Rückblick auf 50 Jahre. Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Berlin 2001.
- Timmermann, Heiner (Hrsg.), Die DDR in Europa – zwischen Isolation und Öffnung. Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen, Münster 2005.
- Völklein, Ulrich, Honecker. Eine Biographie, Berlin 2003.
- Vollnhals, Clemens/Weber, Jürgen (Hrsg.), Der Schein der Normalität. Alltag und Herrschaft in der SED-Diktatur, München 2002.
- Volze, Armin, Ein großer Bluff? Die Westverschuldung der DDR, in: Deutschland Archiv 29 (1996), S. 701–713.
- Volze, Armin, Zur Devisenverschuldung der DDR – Entstehung, Bewältigung und Folgen, in: Kuhrt/Buck/Holzweißig (Hrsg.), Die Endzeit der DDR-Wirtschaft, S. 151–177.
- Wagener, Hans-Jürgen, Zur Innovationsschwäche der DDR-Wirtschaft, in: Bähr/Petzina (Hrsg.), Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen, S. 21–48.
- Wagner, Armin, Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der SED. Der Nationale Verteidigungsrat der DDR und seine Vorgeschichte (1953–1971), Berlin 2002.
- Wagner, Matthias, Ab morgen bist du Direktor. Das System der Nomenklatur in der DDR, Berlin 1998.
- Wagner, Matthias, Die Perfektionierung des Nomenklatursystems, in: Prokop (Hrsg.), Der versäumte Paradigmenwechsel, S. 315–319.
- Wagner, Helmut (Hrsg.), Europa und Deutschland – Deutschland und Europa: liber amicorum für Heiner Timmermann zum 65. Geburtstag, Münster 2005.
- Weber, Jürgen (Hrsg.), Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur, München 1994.
- Weber, Hermann/Herbst, Andreas (Hrsg.), Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2008.
- Weber, Hermann, Die DDR 1945–1990, München 2011.
- Weinert, Rainer (Hrsg.), „Preise sind gefährlicher als Ideen“. Das Scheitern der Preisreform 1979 in der DDR. Protokoll einer Tagung. Arbeitshefte der Forschungsstelle Diktatur und Demokratie am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin, Nr. 10, Berlin 1999.
- Weinert, Rainer, Wirtschaftsführung unter dem Primat der Parteipolitik, in: Pirker/Lepsius/Weinert/Hertle (Hrsg.), Der Plan als Fiktion, S. 285–308.
- Welsh, Helga A., Kaderpolitik auf dem Prüfstand. Die Bezirke und ihre Sekretäre 1952–1989, in: Hübner (Hrsg.), Eliten im Sozialismus, S. 107–129.
- Wengst, Udo/Wentker, Hermann (Hrsg.), Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin 2008.

- Wentker, Hermann, Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989, München 2007.
- Wentker, Hermann, Öffnung als Risiko. Bedrohungsvorstellungen der DDR-Führung infolge der Ost-West-Entspannung, in: Diedrich/Süß (Hrsg.), Militär und Staatssicherheit, S. 297–318.
- Wentker, Hermann, Zwischen Unterstützung und Ablehnung der sowjetischen Linie: Die DDR, der Doppelbeschluss und die Nachrüstung, in: Gassert/Geiger/Wentker (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung, S. 137–154.
- Wenzel, Otto, Der Sturz des Politbüromitgliedes Konrad Naumann im Herbst 1985, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 1998/H. 5, S. 84–90.
- Wenzel, Otto, Die Personalentscheidungen des SED-Politbüros – ein wichtiges Herrschaftsinstrument der DDR-Staatspartei, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat 2009/H. 26, S. 108–118.
- Wenzel, Siegfried, Was war die DDR wert? Und wo ist dieser Wert geblieben? Versuch einer Abschlussbilanz, Berlin 2001.
- Wettig, Gerhard, Sowjetische Deutschland-Politik 1953 bis 1958. Korrekturen an Stalins Erbe, Chruschtschows Aufstieg und der Weg zum Berlin-Ultimatum, München 2011.
- Wierling, Dorothee, Geboren im Jahr Eins. Der Jahrgang 1949 in der DDR und seine historischen Erfahrungen, Berlin 2002.
- Wolle, Stefan, Die heile Welt der Diktatur – Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989, Berlin 1998.
- Wolle, Stefan, Aufbruch nach Utopia. Alltag und Herrschaft in der DDR 1961–1971, Berlin 2011.
- Wüstenhagen, Jana, „... das Maximum für die DDR herausholen.“ Die Rolle von Werner Lamberz im Eritrea-Konflikt 1978/79, in: Timmermann (Hrsg.), Die DDR in Deutschland, S. 159–180.

Abkürzungen

Abt.	Abteilung
ADW	Akademie der Wissenschaften (der DDR)
AfG	Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED
AG	Aktiengesellschaft
AG BKK	Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung
AKG	Allgemeine Kontrollgruppe (des MfS)
APW	Akademie der Pädagogischen Wissenschaften (der DDR)
Aufl.	Auflage
Baukema	Bau-, Baustoff- und Keramikmaschinenbau
Bd.,Bde.	Band, Bände
Betr., betr.	Betreff, betrifft
Bearb.	Bearbeiter
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BL	Bezirksleitung
Bl.	Blatt
BND	Bundesnachrichtendienst
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
BV	Bezirksverwaltung
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich-Demokratische Union
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands (DDR)
COCOM	Coordinating Committee for East West Trade Policy
ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DA	Deutschland Archiv
DABA	Deutsche Außenhandelsbank AG
DAW	Deutsche Akademie der Wissenschaften
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEFA	Deutsche Film-AG (DDR)
Ders.	Derselbe
Dies.	Dieselbe/Dieselben
d. h.	das heißt
Dir.	Direktor
DM	Deutsche Mark (der Bundesrepublik Deutschland)
DVP	Deutsche Volkspolizei
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter(für) Sicherheit (des MfS)
HA	Hauptabteilung (des MfS)

HA	Handakte (der Staatsanwaltschaft)
Hrsg., hrsg.	Herausgeber, herausgegeben
HV A	Hauptverwaltung Aufklärung (des MfS)
IM	Inoffizieller Mitarbeiter (des MfS)
IME	Inoffizieller Mitarbeiter (des MfS) für einen besonderen Einsatz
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter (des MfS) zur politisch-operativen Durchdringung und Sicherung des Verantwortungsbereichs
IML	Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED
IPW	Institut für Internationale Politik und Wirtschaft
IWF	Internationaler Währungsfonds
JHK	Jahrbuch für Historische Kommunisforschung
KD	Konvertierbare Devisen
KdT	Kammer der Technik
KGB	Komitee für Staatssicherheit (der UdSSR)
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KL	Kreisleitung
KoKo	Kommerzielle Koordinierung
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPKK	Kreispartei kontrollkommission
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
kt	Kilotonne
KVP	Kasernierte Volkspolizei
KWO	Kabelwerk Oberspree (Ost-Berlin)
KZ	NS-Konzentrationslager
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
Ltg.	Leitung
M	Mark (der DDR)
MdI	Ministerium des Innern
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
NATO	North Atlantik Treaty Organization (Nordatlantikpakt)
ND	Neues Deutschland
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NL	Nachlass
NÖS	Neues Ökonomisches System
NÖSPL	Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft
NOK	Nationales Olympisches Komitee
Nr.	Nummer

NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
NVA	Nationale Volksarmee
OibE	Offizier im besonderen Einsatz (des Ministeriums für Staatssicherheit)
OSL	Oberstleutnant
PKK	Parteikontrollkommission
PDS	Partei des demokratischen Sozialismus
Politbüro	Politisches Büro
Rbl.	Rubel
RFT	Rundfunk- und Fernmeldetechnik
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
SAPMO BArch	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SB	Sicherheitsbeauftragter
SDAG	Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft
SdM	Sekretariat des Ministers (des MfS)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
Sekr.	Sekretariat
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPK	Staatliche Plankommission
SU	Sowjetunion
t	Tonne
TH	Technische Hochschule
TiP	Theater im Palast
TU	Technische Universität
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNO	United Nations Organization/Organisation der Vereinten Nationen
USA	United States of America
u. a.	und andere, unter anderem
v.	von
VEB	Volkseigene Betriebe
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Vgl.	Vergleiche
VM	Valutamark
Vors.	Vorsitzende/Vorsitzender
VP	Volkspolizei
VR	Volksrepublik
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
WBA	Wohnbezirksausschuss
WF	Werk für Fernsehelektronik
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (des MfS)
z. B.	zum Beispiel
Zentrag	Zentrale Druckerei- und Einkaufsgesellschaft

ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZK	Zentralkomitee
ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission

Personenregister

- Ackermann, Anton 69
Abusch, Alexander 44
Adameck, Heinz 29, 128
Albrecht, Hans 57, 117, 400, 411
Albrecht, Heinz 431
Albrecht, Werner 84
Amm, Gerhard 142f.
Andrejewa, Nina 312
Andropow, Jurij Wladimirowitsch 98, 166, 440
Apel, Erich 25, 34f., 38, 42, 44, 58, 93, 187, 340
Ardenne, Manfred von 32, 67
Arendt, Erich 126
Ahrendt, Lothar 424
Aurich, Eberhard 107, 315, 391f., 394
Axen, Hermann 25, 35, 44, 53, 55, 58f., 61, 75f., 78, 87, 92, 96, 98, 103–106, 110, 112, 120, 123, 132, 135–139, 144f., 164, 166f., 174, 262, 309, 382, 393–395, 412, 416, 439

Bahl, Holger 284–286
Bahr, Egon 223
Bahro, Rudolf 124, 221
Baibakow, Nikolai Konstantinowitsch 194
Baierl, Helmut 129
Bartsch, Karl-Heinz 35–37
Bassistow, Juri Wassiljewitsch 63
Baumann, Günther 21
Bebel, August 381
Becher, Jost 29
Becker, Jurek 126, 128f., 146
Beil, Gerhard 191, 265, 324, 366–368, 419, 424
Benjamin, Hilde 20
Berg, Helene 91
Berg, Hermann von 219, 220, 222f.
Berger, Wolfgang 42, 44f.
Berghofer, Wolfgang 430, 432f.
Betancourt y Honecker, Roberto Yáñez 338
Beyer, Frank 123, 131
Biermann, Wolf 126–131, 148, 222
Biermann, Wolfgang 347
Bisky, Lothar 85, 429–431
Bismarck, Otto Fürst von 382
Blessing, Klaus 85
Böhm, Siegfried 189, 191, 234–238, 242
Böhme, Hans-Joachim (Mitglied des Politbüros) 110f., 117–119, 315, 416f.
Böhme, Hans-Joachim (Minister für Hoch- und Fachschulwesen) 354

Bohley, Bärbel 388
Borning, Walter 85
Bräutigam, Alois 117
Bräutigam, Hans Otto 170f., 174
Brandt, Willy 52–55, 223
Braun, Edgar 65
Braun, Volker 126, 130, 150
Breschnew, Leonid Iljitsch 5f., 43, 46, 50–52, 54–56, 60–64, 66, 95, 98, 245, 247–253, 273, 350, 440–442, 444
Bržan, Jurij 130
Brie, Michael 320
Briksa, Gerhard 85
Brock, Fritz 85
Brombacher, Ellen 430
Büdner, Stanislaus 294
Buschmann, Werner 338

Carpentier, Jan 427
Ceaușescu, Nicolae 282
Cebulla, Julius 85
Chemnitzer, Johannes 117, 119, 399f., 416f.
Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 43
Claus, Roland 412
Cremer, Fritz 126

Dahlem, Franz 12, 31
Dickel, Friedrich 376, 424
Dieckmann, Friedrich 99
Dietrich, Helmut 189
Dohlus, Horst 73, 84f., 94, 97f., 104–106, 110, 112, 120, 154, 167f., 309, 312, 380, 382, 384, 397, 416
Domröse, Angelika 128, 131
Donda, Arno 209, 367f., 419
Dost, Alfred 235

Eberlein, Werner 55, 62, 110f., 117–119, 171f., 315, 337, 339, 386, 411, 416, 426
Ebert, Friedrich jun. 12, 31, 45, 63, 76f., 96, 105, 120
Egemann, Hubert 85, 299
Ehrensperger, Günter 85, 88, 185, 191, 201, 233, 237, 259, 265, 288, 324, 331, 343, 351, 358, 418
Ende, Lex 426
Ernst, Armin 134, 136
Esche, Eberhard 131
Ermlich, Manfred 95
Ewald, Georg 27, 35, 61f., 76f.,
Ewald, Manfred 406

- Feist, Manfred 85
 Felfe, Werner 25, 93, 96, 98, 104–106,
 110–112, 117–120, 154, 167f., 191, 309, 340
 Fenske, Kurt 189
 Fischer, Oskar 73, 165, 424
 Floß, Lilian 308
 Frei, Käthe 89
 Friedrich, Walter 292f.
 Fröhlich, Paul 44, 76, 119
 Fühmann, Franz 126
- Gäbler, Klaus 85
 Gaddafi, Muammar al 133–137
 Geggel, Heinz 84f., 163, 309
 Gierek, Edward 63
 Glende, Gisela (geborene Trautzsch) 14f.,
 22, 29, 80, 84, 103, 159, 174
 Glende, Günter 80, 85
 Golke, Martha 84
 Götting, Gerald 99
 Gorbatschow, Michail Sergejewitsch 166,
 278, 290, 300, 302–304, 306–308, 312f., 317,
 349f., 377, 389–392, 401, 405, 409f., 440, 442
 Grabley, Peter 324
 Gromyko, Andrej Andrejewitsch 247, 249
 Grotewohl, Otto 12, 31
 Grüneberg, Gerhard 25, 32, 35, 44, 61, 76,
 78, 96, 98, 105, 185, 191, 196, 201, 204, 207f.,
 237, 439
 Grünheid, Karl 189, 191
 Gutzeit, Martin 388
 Gysi, Gregor 428, 430–432
 Gysi, Klaus 314
- Haak, Erich 398
 Habsburg, Otto von 384
 Häber, Christa 169, 173
 Häber, Fritz 168–170
 Häber, Herbert 26, 85, 106–108, 120, 154,
 162–176, 404
 Hager, Kurt 17f., 24f., 27, 33f., 44, 53, 55,
 59, 61, 73, 76–78, 86, 92, 96, 98, 104–106, 108,
 110, 112, 120, 123–126, 131, 140, 146, 150f.,
 154f., 157, 166, 168, 185, 191, 196f., 201, 203,
 230, 306–309, 311, 315–317, 326–328, 332,
 353, 358, 361f., 380, 382, 385, 393, 397, 400,
 412, 416f., 427, 439, 444
 Hahn, Hans-Joachim 430
 Haile Selassie 132
 Hainke, Ulrike 27
 Halbritter, Walter 15, 38f., 42, 44, 60–62, 77,
 93, 120, 232–242, 267, 359f..
 Hartwig, Helmut 28
 Hauser, Harald 149
 Havemann, Robert 426
 Heidenrich, Gerhard 28
- Heldt, Peter 85, 126
 Hellmann, Rudolf 85
 Hering, Werner 85
 Herger, Wolfgang 85, 274, 375, 378–381,
 400, 416, 431
 Hermlin, Stephan 126, 130, 148f., 262
 Herrmann, Frank-Joachim 70f., 125, 339
 Herrmann, Joachim 18, 26f., 93, 97f.,
 104–109, 112, 120, 137f., 154, 374, 381f., 393,
 395, 400f., 403, 405, 422
 Herrnstadt, Rudolf 31, 426
 Hertwig, Hans-Joachim 97, 117f.
 Heyden, Günter 91
 Heym, Stefan 126, 128f., 131f., 146, 150
 Höfner, Ernst 191, 279, 335, 344, 351, 355,
 358, 364, 367f., 419
 Hörnig, Johannes 84f., 89
 Höpcke, Klaus 417, 430f.
 Hoffmann, Hans-Joachim 18, 84f., 126, 154,
 314f., 406, 424
 Hoffmann, Heinz 18, 21, 53, 93, 96, 98, 104,
 111, 251, 260, 262, 305, 443
 Hoffmann, Jutta 128, 131
 Hoffmann, Theodor 424
 Holtz-Baumert, Gerhard 130, 149
 Homann, Heinrich 159
 Honecker, Erich 4f., 6–9, 12–18, 20, 22–30,
 31–34, 39–41, 43f., 47–49, 51–56, 58–68,
 69–74, 75–79, 83f., 86f., 89, 91, 93–99,
 101–104, 106–114, 116–118, 120f., 123–132,
 134, 136–138, 139f., 141, 145f., 148, 151,
 153f., 157–162, 163, 165–167, 169–171, 172,
 174f., 177–186, 188–190, 192, 194–209, 211,
 213–218, 220–224, 226f., 229–253, 255–257,
 262, 264, 269–273, 275–278, 282–292, 299,
 302–307, 309–319, 321f., 325–327, 329–333,
 335, 337–342, 344–354, 357–363, 365, 367f.,
 373, 375–381, 386–395, 397–409, 415, 418f.,
 422, 428, 435–445
 Honecker, Margot 28–30, 86, 354, 398, 428,
 Hülensberg, Dagmar 430
- Jahn, Günter 97, 117f., 399f.
 Janka, Walter 426
 Janson, Carl-Heinz 85, 99f.
 Jarowsky, Werner 25, 34f., 61, 71f., 77f.,
 97f., 105–107, 110, 112, 120, 138f., 154, 162,
 185, 191, 196, 201, 207f., 237, 239, 318, 351,
 358, 380, 382, 416, 419, 420
 Jendretzky, Hans 119
 John, Friedmar 189
- Kádár, János 139f.
 Kalisch, Reiner 84
 Kaminsky, Horst 191, 279, 335
 Kamnitzer, Heinz 147

- Kant, Hermann 127, 130, 132, 146–148, 315
 Keller, Dietmar 127, 424
 Kelm, Elli 74, 275
 Kerndl, Rainer 130, 147
 Kertscher, Norbert 412
 Keßler, Heinz 18, 28, 110f., 305, 332, 364, 401, 406, 416, 424
 Kiefert, Hans 40
 Kiesler, Bruno 84f.
 Kirsch, Sarah 126, 129
 Kleiber, Günther 25, 38, 61, 77, 97, 105f., 108, 110, 113, 120, 211, 265, 304, 318, 348f., 351, 355, 358f., 363, 416, 426
 Klein, Dieter 430f.
 Kleine, Alfred 212f., 238f., 257–259, 265f., 268f., 271–274, 283, 288, 348, 363
 Klopfer, Heinz 7, 184f., 201, 237, 355, 358, 362
 König, Herta 100, 280, 282f., 286, 324, 366
 Kohl, Helmut 166, 285
 Korn, Klaus 29, 30
 Kossygin, Alexej Nikolajewitsch 56, 252
 Kotschemassow, Wjatscheslaw Iwanowitsch 313, 349
 Koziolk, Helmut 42, 91, 230
 Kratsch, Günther 219, 261–263
 Krenz, Egon 14, 26f., 73, 97, 105–107, 109f., 112, 140, 154, 161f., 168, 172f., 262, 292f., 301, 305–310, 313, 337, 358, 360, 367, 369, 373, 375–382, 386f., 389, 391–395, 397, 399, 400 f., 403–410, 412–422, 425, 427–430, 432
 Krömke, Claus 95
 Kroker, Herbert 429f., 432
 Krolikowski, Werner 4, 6f., 16, 57, 75–77, 93–98, 101, 103f., 107f., 110, 112f., 117–119, 154, 183, 185, 191, 195f., 201, 204, 242, 244–248, 251f., 255f., 264, 275f., 318, 332, 349–351, 355–359, 362, 364, 381f., 400, 407, 416, 419, 426, 440–444
 Krug, Manfred 128f., 131
 Kubach, Paul 80
 Kuhrig, Heinz 191
 Kunert, Günter 126, 129, 150
 Kurella, Alfred 44
 Kusmin, Iwan Nikolajewitsch 442
 Kwizinskij, Julij Alexandrowitsch 247

 Lamberz, Werner 61, 63f., 75–78, 91, 96–98, 120f., 123–138, 151, 175, 222, 439
 Land, Rainer 320
 Lange, Ingeburg (Inge) 85, 92–94, 97f., 105f., 111f., 120, 154, 309, 416f.
 Leihkauf, Hermann 235
 Lenin (Uljanow), Wladimir Iljitsch 50, 299
 Leo, Annette 294
 Leuschner, Bruno 12, 34

 Libermann, Evsei Grigorjewitsch 42
 Lietz, Bruno 85, 112, 191, 214, 354
 Lorenz, Siegfried 85, 97, 109–111, 117–119, 315, 389, 398, 400, 411, 416, 420f., 431
 Lübke, Heinz 84
 Luxemburg, Rosa 221

 Maetzig, Kurt 145
 Maleck-Lewy, Eva 430f.
 Markowski, Paul 85, 134, 136f.
 Maron, Karl 91
 Marx, Karl 221, 299
 Masur, Kurt 147
 Matern, Hermann 12, 20, 31, 44, 61f., 75, 77
 Mebel, Moritz 406, 420
 Meckel, Markus 388
 Mecklinger, Ludwig 354
 Meier, Felix 354
 Mengistu, Haile Mariam 133, 137
 Menzel, Robert 28
 Merker, Paul 31
 Mewis, Karl 34, 119
 Meyer, Erhard 16, 100
 Mielke, Erich 4, 8, 18, 22, 24f., 53, 65f., 77, 87, 96, 98, 102–104, 107, 110, 120, 124, 154, 156f., 166f., 169, 174, 213, 217f., 222, 224, 238f., 241, 246, 251, 258–260, 262f., 265–276, 281, 283, 285, 287f., 304, 348, 362–364, 377, 386, 392, 401–403, 412, 415f., 424, 426, 438, 442–444
 Miethe, Peter 85
 Mischner, Renate 65
 Mischner, Wolfgang 64–66
 Mirtschin, Heinz 85
 Mittag, Günter 7f., 16–18, 24–27, 34f., 42, 44, 48, 55, 58f., 61, 73, 76, 78, 88, 92–96, 99–106, 109f., 112, 120, 154, 167, 174, 183–185, 189, 191f., 196–199, 201, 205, 207–217, 232–235, 237–240, 242, 245f., 252, 264f., 268, 270–276, 279–288, 299, 324–326, 328f., 331, 333, 339–349, 350–352, 357–359, 362, 366, 370, 374f., 378, 380–386, 390, 394f., 397f., 400–403, 405f., 415, 422, 424, 430, 435–441, 444
 Mittag, Rudi 213, 259, 272f., 278–280, 283, 362f.
 Modrow, Hans 84, 94, 97, 117–119, 301, 307, 310, 374–376, 399f., 406, 411, 415f., 424f., 428, 431f.
 Möbis, Harry 258, 355
 Mückenberger, Erich 12, 21, 31, 33, 37, 45, 61, 76, 78, 96, 104, 110, 119f., 154, 412, 416
 Müller, Fritz 83–85
 Müller, Gerhard 109, 111, 117–119, 416
 Müller, Heiner 126, 128

- Müller, Helmut 109, 140, 154, 157, 162, 298, 382
 Müller, Margarete 35, 44, 61 f., 77, 97, 105, 111, 416
 Müller-Stahl, Armin 128
- Nahacz, Renate 27
 Naumann, Herbert 109
 Naumann, Konrad 4, 93, 96 f., 104, 107 f., 112, 117–119, 120 f., 124, 128–130, 138–162, 165, 174 f., 222, 224, 404
 Neumann, Alfred 4, 12, 33, 44, 57, 59, 61 f., 76 f., 96, 104, 107, 110, 119 f., 154, 242, 246, 251, 332, 355–357, 361, 364, 394, 398, 412, 416, 444
 Neutsch, Erik 127
 Niemann, Heinz 91, 220
 Norden, Albert 33, 44, 61 f., 76, 78, 92, 96, 98, 103, 120
- Oelfner, Fred 12, 31
 Oelschlegel, Vera 139, 146, 158, 162
 Oppermann, Lothar 85 f.
 Ortner, Rudolf 321
 Otto, Siegfried 70 f.
- Panitz, Eberhard 127, 149
 Pieck, Wilhelm 12, 31
 Pilz, Waldemar 84
 Pisknik, Alois 57, 116 f., 119
 Plenzdorf, Ulrich 127 f.
 Polze, Werner 191, 269, 279–281, 366
 Pöschel, Hermann 84, 309
 Pohl, Wolfgang 411, 432
 Postler, Erich 411, 429
 Poßner, Wilfried 391
 Prokop, Otto 135
 Przybylski, Peter 443
 Pyka, Ewald 135
- Quandt, Bernhard 57, 117, 420
- Raab, Karl 84
 Ragwitz, Ursula 18, 85, 126, 262
 Rapoport, Samuel Mitja 32
 Rau, Heinrich 12, 31, 34
 Rauchfuß, Wolfgang 191, 416, 431
 Reagan, Ronald 330
 Reinhold, Otto 42, 90, 140, 152 f., 262, 319, 396
 Rettner, Gunter 85, 108, 163 f., 171
 Röbel, Gerhard 142 f.
 Rohde, Alfred 117
 Roigk, Horst 212 f., 216, 218, 258, 266, 357
 Roscher, Paul 117 f.
 Rüscher, Hans-Joachim 84 f.
- Russakow, Konstantin Wiktorowitsch 166, 253
- Schabowski, Günter 26, 72, 105, 107–110, 112, 117–120, 137, 154, 156, 161, 315, 360 f., 382, 389, 395, 397–402, 404, 411, 416, 422 f.
 Schäuble, Wolfgang 165, 414
 Schalck-Golodkowski, Alexander 4, 23, 101–103, 191, 213, 216 f., 266, 269, 282, 284 f., 287, 338, 346, 365–367, 414
 Scheibe, Herbert 84 f.
 Scherzer, Landolf 321
 Schirdewan, Karl 31, 159
 Schirmer, Gregor 316 f., 417
 Schlesinger, Klaus 128
 Schmidt, Helmut 286
 Schmidt, Gerd 21, 23, 427
 Schneider, Annemarie 169
 Schneider, Rolf 126, 146
 Schön, Otto 14
 Schubert, Dieter 128
 Schubert, Helga 150
 Schuchardt, Fritz 260 f.
 Schulz, Gerd 85, 391, 394, 430
 Schürer, Gerhard 2–5, 7, 16, 60, 93, 95, 97, 103, 105, 111, 154, 167 f., 182–191, 194–202, 204–208, 211–219, 222, 232–238, 240–242, 245–249, 255, 264 f., 267, 269 f., 275–281, 283, 287 f., 318, 324 f., 331, 335, 339–349, 351–353, 355–361, 364–370, 392, 395, 398, 401–403, 407, 413–416, 419 f., 424, 435, 437, 439–444
 Schumann, Horst 116 f.
 Schwanitz, Wolfgang 424
 Schwarz, Ulrich 219, 221 f.
 Schwertner, Edwin 16–18, 80, 82, 84, 429
 Segert, Dieter 301, 314, 320
 Seeger, Bernhard 127
 Seidel, Freimut 135 f.
 Seidel, Karl 85, 249, 262
 Seidel, Manfred 24, 103
 Seiters, Rudolf 414
 Semmelmann, Helmut 85, 417
 Sieber, Günter 73, 85, 89, 166, 253, 416
 Sindermann, Horst 25, 35, 44, 59, 61, 76 f., 93 f., 96, 99, 104, 110, 119 f., 123, 154, 191, 196 f., 351, 416, 441
 Skiba, Dieter 167, 169
 Sölle, Horst 189, 191
 Sorgenicht, Klaus 85, 89
 Spremberg, Hans-Joachim 134, 136
 Stalin (Dshugaschwili), Jossif Wissarionowitsch 44, 50
 Steenbeck, Max 32
 Steidl, Josef 85
 Steinhorst, Erika 27
 Stephan, Ilse 84

Stoph, Willi 4, 12, 25, 27, 31, 33, 44, 48,
52f., 55, 57–59, 61f., 67, 76f., 94, 96, 99, 104,
107, 110, 112, 120, 154, 183, 185, 196f., 201f.,
207f., 213, 219f., 222, 233, 236f., 241f., 244–
246, 251f., 264, 341f., 347–451, 354f., 358f.,
363f., 387, 393, 398, 400f., 403, 405–408,
415f., 424, 426, 440–444
Strahl, Rudi 150
Strauß, Franz Josef 285f.
Strittmatter, Erwin 130, 294
Strittmatter, Eva 147

Taher Sherif Ben Amer 134
Tautenhahn, Gerhard 85
Thate, Hilmar 128, 131
Tichonow, Nikolai Alexandrowitsch 51, 247
Tiedke, Kurt 85, 90, 117f.
Timm, Ernst 98, 117f.
Tisch, Harry 57, 77, 96f., 104, 110, 117–120,
154, 185, 196f., 201, 331, 351f., 358–361, 382,
394, 400f., 416, 439
Thiessen, Peter Adolf 32, 67
Thun, Andreas 431
Toeplitz, Heinrich 426
Trölitisch, Gerhard 84
Tschanter, Horst 89, 189
Tschernenko, Konstantin Ustinowitsch 4,
166f., 302, 405, 440
Tschernjajew, Anatolij Sergejewitsch 391
Tschebrikow, Wiktor Michailowitsch 166

Ulbricht, Lotte 20, 25
Ulbricht, Walter 3, 6, 9, 11–14, 16, 18, 20,
24f., 27, 31–34, 37, 39–69, 71–73, 75f., 91–93,
98f., 113f., 120, 164, 177f., 189, 199, 203, 229,
232, 289, 340, 439, 441, 444
Uschner, Manfred 2, 138f., 262
Ustinow, Dmitrij Fjodorowitsch 166

Verner, Paul 25, 32, 44, 57, 59, 61, 73, 76–
78, 92f., 96, 98, 103–107, 111, 119f., 129,
140f., 145, 163, 185, 196, 201, 204, 380, 439

Vietze, Heinz 412
Vogel, Karl 84
Voigt, Manfred 85

Walde, Werner 97, 105, 111, 117, 119, 154,
225, 416f.
Wambutt, Horst 85
Wappler, Erich 86, 88, 188
Warnke, Herbert 12, 27, 61, 76, 97, 120
Weiß, Gerhard 220
Weiß, Hilmar 85, 189, 191
Wenzel, Siegfried 182, 186, 195, 209, 227,
235, 287, 324, 329, 351, 354, 361, 441
Werner, Horst 95
Wiens, Paul 147
Wildenhain, Heinz 84
Willerding, Hans-Joachim 305, 416, 428
Winkelman, Egon 85, 137
Winzer, Otto 55
Wittig, Werner 117f.
Wittkowski, Margarete 191, 195
Wösterfeld, Dieter 85
Wötzel, Roland 412, 429
Wolf, Christa 126, 128, 130, 150
Wolf, Gerhard 126–129
Wolf, Hanna 90, 404
Wolf, Herbert 42, 44
Wolf, Konrad 130
Wolf, Markus 28, 64, 430f.
Wolff, Joachim 71
Würzberger, Werner 80

Zaisser, Wilhelm 31
Zellmer, Christa 117f.
Ziegenhahn, Herbert 117, 400, 411
Ziegner, Heinz 97, 117f., 206, 411
Zimmermann, Brigitte 430f.
Zumpe, Heinz 84
Zscherpe, Siegfried 235

